DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

26

1. 1. 1973–31. 12. 1975

CHRONOS • ARMANDO DADÒ EDITORE • ÉDITIONS ZOÉ

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME 26

(1. 1. 1973–31. 12. 1975)

FORSCHUNGSGRUPPE – GROUPE DE RECHERCHE – GRUPPO DI RICERCA:
Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca

Sacha Zala

Mitarbeiter/innen – Collaborateurs/Collaboratrices – Collaboratori/Collaboratrici

Marc Perrenoud
Ursina Bentele
Pierre Brodard
Thomas Bürgisser
Vincent Juillerat
Dominik Matter
Maurizio Rossi
Franziska Ruchti
Christiane Sibille
Yves Steiner

CHRONOS VERLAG, ZÜRICH
ARMANDO DADÒ, LOCARNO
ÉDITIONS ZOÉ, GENÈVE

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Präsidentin	Madeleine Herren, Professorin an der Universität Basel
Vizepräsident	Andreas Kellerhals, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs
Sekretär	Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Direttore	Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz

Mitglieder / Membres / Membri

Benno Bättig	Generalsekretär des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten
Sébastien Guex	Professeur à l'Université de Lausanne
Claude Hauser	Professeur à l'Université de Fribourg
Matthieu Leimgruber	Professor an der Universität Zürich
Julia Richers	Professorin an der Universität Bern
Davide Rodogno	Professeur à l'Institut de hautes études internationales et du développement
Matthias Schulz	Professeur à l'Université de Genève
Brigitte Studer	Professorin an der Universität Bern
Laurent Tissot	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Andreas Wenger	Professor an der ETH Zürich

© 2018 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1297-3 (Chronos Verlag, Zürich)
ISBN 978-88-8281-433-5 (Armando Dadò Editore, Locarno)
ISBN 978-2-88927-315-7 (Éditions Zoé, Genève)

TABLE DES MATIÈRES / INHALTSÜBERSICHT / INDICE

I.	Vorwort / Avant-propos / Prefazione	VII
II.	Editorische Notiz / Note éditoriale / Introduzione editoriale	XVI
III.	Einleitung	XXXVII
IV.	Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni	XLV
V.	Dokumentenverzeichnis / Table des documents / Indice e sommario dei documenti	LI
VI.	Dokumente / Documents / Documenti	1
	Anhang / Annexes / Appendice	
VII.	Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica	521
VIII.	Register / Index / Indice	524
VIII.1.	Personenregister / Index des noms de personnes / Indice delle persone	524
VIII. 2.	Körperschaftsregister / Index des organisations / Indice delle organizzazioni	552
VIII. 3.	Register der geografischen Bezeichnungen / Index des noms géographiques / Indice dei nomi geografici	564
IX.	Verzeichnis der benutzten Bestände / Liste des fonds utilisés / Elenco dei fondi utilizzati	571
X.	Verzeichnis nicht frei gegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv / Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles / Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili	578

I. VORWORT

Mit der Reihe *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) möchten die beteiligten Forscherinnen und Forscher einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz vermitteln. Forschung und Öffentlichkeit stehen damit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung, welche die Aussenbeziehungen und die dichte transnationale Verflechtung der Schweiz illustriert und deren Verständnis erleichtert. Ein breites Verständnis von grenzübergreifenden Prozessen erlaubt die Reflexion neuer, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachteter Themen, die vielfältige Einsichten in die Verflechtungen der Schweiz im System der internationalen Beziehungen vermitteln.

Als Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) stehen die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) und geniessen die Unterstützung des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR), des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF). Die Verantwortung für das Projekt trägt die Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der die historischen Institute der Schweizer Universitäten und Hochschulen, die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, das Schweizerische Bundesarchiv und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten vertreten sind.

Die Edition der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* besteht aus einer ersten Serie von fünfzehn, die Zeit von 1848 bis 1945 dokumentierenden Bänden, sowie einer zweiten Serie mit bisher elf Bänden, die heute den Zeitraum von 1945 bis 1975 beleuchten. Durch einen akzelerierten Editionsplan wird angestrebt, den Anschluss an die gesetzliche 30-jährige Schutzfrist für Archivgut des Bundes zu erreichen und gleichzeitig die laufende zweite Serie über die Schweiz im Kalten Krieg mit der Epochenzäsur von 1989 abzuschliessen. Die dritte Serie über die Jahre 1990 bis 1999 sollte dann möglichst zeitnah an der Öffnung der Archivbestände erfolgen.

Neben der stetig wachsenden Menge an Dokumenten der Bundesverwaltung haben die verstärkte internationale Vernetzung und die wachsende Bedeutung transnationaler Fragestellungen die relevanten Bestände für aussenpolitische Fragestellungen substanziell erweitert. Mit dieser massiven Zunahme steigt auch die Bedeutung der Auswahl der für den jeweiligen Zeitraum relevanten Aktenstücke: In den einleitenden Texten sowie in den Anhängen liefert der Forschungsleiter alle nötigen Informationen, um die Überprüfbarkeit der getroffenen Selektion zu garantieren.

Die Relevanz eines solchen Editionsvorhabens hat mit der wachsenden Bedeutung neuer Informationstechnologien deutlich zugenommen. Durch die bereits eingesetzte Massendigitalisierung von Archivgut werden digital

verfügbare Quellen zunehmen. Umso wichtiger wird es sein, deren wissenschaftliche Relevanz durch präzis erfasste quellenkritische Merkmale und die Verwendung von Metadaten sicherzustellen. Seit Beginn der Publikation der zweiten Serie 1945–1989 im Jahre 1997 wird die Edition der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* von der Online-Datenbank Dodis (www.dodis.ch) begleitet. Die Datenbank Dodis, die mit der Unterstützung des Schweizerischen Bundesarchivs lanciert wurde, gilt international als Pionierleistung. Durch die in den letzten Jahren erfolgten kontinuierlichen Verbesserungen an der Datenbank Dodis haben die DDS eine führende Rolle im Netzwerk der internationalen Editoren diplomatischer Dokumente erreicht. Die im Internet frei zugängliche Datenbank enthält nun über 23'000 Dokumente über die gesamte Periode des Bundesstaats ab 1848.

Wie sehr das vielfältige Angebot neue Forschungszugänge befördert und zu neuen Erkenntnissen führt, zeigt unter anderen die von der Forschungsstelle der DDS 2012 geschaffene Reihe *Quaderni di Dodis*. Die frei zugänglichen *e-Books* sind dem Open Access-Prinzip verpflichtet und können von der Webseite der DDS www.dodis.ch heruntergeladen werden. Die *Quaderni* enthalten wissenschaftliche Studien, Essays oder Beiträge von Kolloquien zur neusten Geschichte und zur Aussenpolitik.

Von der Publikation der Quellenbände, der steten Verbesserung der Datenbank Dodis sowie der Herausgabe der *Quaderni* und den weiteren Produkten der Forschungsstelle erhoffen sich die DDS zweierlei: Das Forschungs- und Editionsprojekt soll einerseits dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Journalistinnen und Journalisten, Forscherinnen und Forschern, Analytikerinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch den amtierenden Magistratinnen und Magistraten, Angestellten der Bundesverwaltung, Diplomatinnen und Diplomaten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern aussenpolitische Orientierungshilfen geben und Wissen vermitteln, das bislang nur unter grossem Aufwand zu erhalten war.

Die unter der Leitung von *Sacha Zala* arbeitende Forschungsgruppe von neun Historikerinnen und Historikern hat mit dem vorliegenden Band über die Zeit von 1973 bis 1975 erneut eine überzeugende Auswahl von überaus interessanten Dokumenten getroffen und minuziös aufgearbeitet. Eine Übersicht des Inhalts findet sich in der Einleitung des Bandes. Wir danken der Forschungsgruppe an dieser Stelle für ihre unermüdliche Arbeit. Ihr ausserordentlich vielfältiges Engagement umfasst sowohl die Erforschung der Archivbestände zur Aussenpolitik als auch die tatkräftige Verbesserung der Funktionalitäten der Online-Datenbank Dodis und schliesst weiterführende wissenschaftliche Aktivitäten ein. Es freut uns sehr, dass die im Jahr 2014 im Auftrag der SAGW durchgeführte externe Evaluation der DDS äusserst positiv ausfiel und vollumfänglich bestätigte, dass die Forschungsgruppe innovative Arbeit leistet und Geschichte gegenwarts- und zukunftsorientiert zu vermitteln versteht.

Es gibt wohl kaum einen prägnanteren und glücklicheren Beweis für die erfolgreiche Tätigkeit des Präsidenten der Kommission *Hans Ulrich Jost* zu würdigen als diese Evaluation. Unter seiner Führung gelang es, das Unter-

nehmen der DDS zu festigen und in der nationalen wie internationalen Forschungslandschaft als Kompetenzstelle für die schweizerische Aussenpolitik fest zu verankern. Hans Ulrich Jost ist ein Historiker, der stets nachdrücklich die Bedeutung der Quellen für die historische Forschung unterstrichen hat. Besonders am Herzen lagen ihm dabei kollektive und kollaborative Projekte, die er immer wieder aktiv unterstützt und gefördert hat. Mit seiner grossen Erfahrung als akademischer Lehrer und Forscher hat Professor Jost die DDS als Mittel der kontinuierlichen und erfolgreichen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt und die zahlreichen innovativen Projekte der Forschungsstelle beraten und begleitet. Die Kommission möchte ihm für die engagierte und erfolgreiche Leitung der DDS ihren herzlichsten Dank aussprechen!

2015 konnten die DDS sowohl das 40-jährige Jubiläum ihrer Gründung im Jahre 1975 als auch das 20-jährige Jubiläum der Erfassung des ersten Dokumentes in der Datenbank Dodis im Jahre 1995 feiern. Die externe Evaluation von 2014 qualifizierte die Forschungsstelle der DDS gar als «Flaggschiff» der «Digital Humanities». Es gilt, das Projekt weiterhin auf Kurs zu halten und über die Dokumentation grenzübergreifender Verflechtungsprozesse die globale Vernetzung der Schweiz analytisch zugänglich zu machen.

Bern, November 2017

Kommission für die Veröffentlichung
diplomatischer Dokumente der Schweiz:
Madeleine Herren, *Präsidentin*
Andreas Kellerhals, *Vizepräsident*

I. AVANT-PROPOS

Avec la collection des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS), les chercheuses et chercheurs participants souhaitent fournir un aperçu des relations internationales de la Suisse dans leur ensemble. La recherche et le grand public disposent ainsi d'une sélection de sources officielles qui illustre les relations extérieures et la densité des liens transfrontaliers de la Suisse dont elle facilite la compréhension. Une meilleure compréhension des processus transfrontaliers permet une réflexion sur de nouveaux thèmes encore peu présents dans le débat public ce qui ouvre de nouvelles perspectives pour l'étude de l'intégration internationale de la Suisse.

En tant qu'entreprise affiliée à l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), les DDS sont placés sous le patronage de la Société suisse d'histoire (SSH) et peuvent compter sur le soutien des Archives fédérales suisses (AFS), du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS). La responsabilité de la publication est assumée par la Commission pour la publication de Documents Diplomatiques Suisses, dans laquelle sont représentés les instituts d'histoire des universités et hautes écoles suisses, l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, les Archives fédérales suisses et le Département fédéral des affaires étrangères.

L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* est constituée d'une première série de quinze volumes couvrant la période 1848–1945, ainsi que d'une deuxième série qui comprend à ce jour onze volumes portant sur la période 1945–1975. Un plan d'édition accéléré doit permettre de rejoindre le délai légal de protection de 30 ans pour les archives de la Confédération et d'achever dans le même temps la deuxième série consacrée à la Suisse durant la Guerre froide se terminant par la césure de 1989. La troisième série couvrant les années 1990 à 1999 devrait suivre au plus près l'ouverture des fonds d'archives.

En raison de la quantité toujours accrue de documents de l'Administration fédérale, du renforcement des liens internationaux et de l'importance croissante des questions transfrontalières, les fonds pertinents pour les thèmes touchant à la politique étrangère se sont multipliés de manière spectaculaire. Parallèlement à cette augmentation massive, l'importance prise par la sélection des dossiers pertinents pour la période correspondante s'est également accrue: dans les textes introductifs, ainsi que dans les annexes, le Directeur de la recherche fournit toutes les informations nécessaires pour garantir la transparence et le contrôle de la sélection effectuée.

L'importance d'un tel projet d'édition s'est clairement accrue avec la place croissante prise par les nouvelles technologies de l'information. Grâce à la numérisation massive des fonds d'archives déjà engagée, la quantité de sources numériques disponibles est amenée à s'accroître. Il sera dès lors essentiel de garantir leur importance scientifique grâce à des caractéristiques critiques établies avec précision et d'assurer l'utilisation de leurs métadonnées. Dès le

début de la publication de la deuxième série de 1945–1989 en 1997, l'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* est complétée par la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch). Cette dernière, lancée avec le soutien des Archives fédérales, fait office d'œuvre pionnière au niveau international. Grâce à de constantes améliorations apportées à la base de données Dodis, les DDS ont atteint ces dernières années un rôle de leader dans le réseau des éditeurs internationaux de documents diplomatiques. Disponible en libre-accès sur internet, cette base de données contient maintenant plus de 23'000 documents portant sur l'ensemble de la période de l'État fédéral dès 1848.

La nouvelle collection des *Quaderni di Dodis* créée par le groupe de recherche en 2012 démontre qu'une offre multiple favorise de nouveaux accès pour la recherche et permet l'acquisition de nouvelles connaissances. En libre accès, les livres électroniques sont soumis au principe de l'open access et peuvent être librement téléchargés sur le site internet des DDS www.dodis.ch. Les *Quaderni* contiennent des études scientifiques, des essais et des contributions de colloques sur l'histoire contemporaine et la politique étrangère.

La publication des volumes, l'amélioration constante de la base de données, ainsi que l'édition des *Quaderni* et des autres produits du groupe de recherche doivent permettre aux DDS de poursuivre deux objectifs: d'une part, le projet de recherche et d'édition doit contribuer à fournir aux citoyennes et citoyens, analystes, journalistes, chercheuses et chercheurs, une meilleure compréhension des défis auxquels la Suisse s'est vue constamment confrontée dans ses relations internationales. D'autre part, il s'agit également de fournir aux magistrats en fonction, employés de l'Administration fédérale, diplomates et parlementaires, une aide pour s'orienter dans le domaine des affaires étrangères et transmettre un savoir qui n'était jusque-là que difficilement accessible.

Le groupe de recherche de neuf historiennes et historiens travaillant sous la direction de *Sacha Zala* a de nouveau trouvé et minutieusement traité un choix convaincant de documents intéressants dans le présent ouvrage qui couvre la période de 1973 à 1975. Une vue d'ensemble du contenu se trouve dans l'introduction du volume. Nous remercions à cette occasion le groupe de recherche pour son inlassable travail. Son engagement varié et extraordinaire comprend non seulement l'analyse des fonds d'archives sur la politique étrangère, mais aussi l'amélioration dynamique des fonctionnalités de la base de données en ligne Dodis, ainsi que d'autres tâches scientifiques secondaires. Nous sommes contents que l'évaluation externe des DDS menée en 2014 sur mandat de l'ASSH se soit révélée extrêmement positive et qu'elle ait pleinement confirmé que le groupe de recherche réalise un travail innovant et comprend l'histoire comme devant être transmise pour le présent comme pour l'avenir.

Il n'y a probablement pas preuve plus éclatante et bienvenue que cette évaluation pour rendre hommage à l'activité couronnée de succès du Président de la Commission *Hans Ulrich Jost*. Sous sa conduite, l'entreprise des DDS s'est consolidée et a réussi à s'imposer dans le paysage de la recherche tant national qu'international comme centre de compétences pour la politique étrangère suisse. Hans Ulrich Jost est un historien qui a constamment et fermement souligné l'importance des sources pour la recherche historique. Les projets collectifs et synergiques qu'il a soutenus et encouragés lui ont toujours

particulièrement tenu à cœur. Avec sa grande expérience comme chercheur et enseignant universitaire, le Professeur Jost a soutenu les DDS comme un moyen continu et efficace de soutenir la relève scientifique tout en conseillant et accompagnant de nombreux projets innovants du groupe de recherche. La Commission aimerait lui exprimer ses plus chaleureux remerciements pour sa conduite engagée et efficace des DDS!

En 2015, les DDS ont pu fêter non seulement les 40 ans de leur fondation en 1975, mais également le 20e anniversaire de la saisie du premier document dans la base de données Dodis en 1995. L'évaluation externe effectuée en 2014 qualifie le groupe de recherche des DDS de «vaisseau amiral» des «digital humanities». Il convient de maintenir ce cap à l'avenir et de rendre accessible de manière analytique l'intégration internationale de la Suisse grâce à la documentation des processus des liens transfrontaliers.

Berne, novembre 2017

Commission pour la publication
de Documents Diplomatiques Suisses:
Madeleine Herren, *Présidente*
Andreas Kellerhals, *Vice-président*

I. PREFAZIONE

Con la collana dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS), le ricercatrici ed i ricercatori coinvolti desiderano fornire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Si tratta di mettere a disposizione della ricerca e del pubblico in generale una selezione di fonti ufficiali che illustrano le relazioni esterne e la densità dei legami transfrontalieri della Svizzera. Una miglior comprensione dei processi transnazionali permette una riflessione su nuovi temi ancora poco presenti nel dibattito pubblico, aprendo così nuove prospettive per lo studio dell'integrazione internazionale della Svizzera.

In qualità di centro di ricerca dell'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali (ASSUS), i DDS sono posti sotto il patrocinio della Società Svizzera di Storia (SSS) e possono contare sul sostegno dell'Archivio federale svizzero (AFS), del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS). Responsabile della pubblicazione è la Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri, in cui sono rappresentati gli istituti di storia delle università e delle alte scuole svizzere, l'Accademica svizzera delle scienze umane e sociali, l'Archivio federale svizzero ed il Dipartimento federale degli affari esteri.

L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* è costituita da una prima serie di quindici volumi, relativi al periodo 1848–1945, e da una seconda serie che conta ad oggi undici volumi che coprono il periodo 1945–1975. Un piano di pubblicazione accelerato si prefigge di sincronizzare il lavoro di ricerca con il limite legale di protezione fissato, per gli archivi della Confederazione, a 30 anni, e di concludere allo stesso tempo la seconda serie dedicata alla Svizzera durante la Guerra fredda, delimitata dalla cesura del 1989. La terza serie, dedicata agli anni 1990–1999, dovrebbe seguire in maniera più serrata il ritmo dell'apertura degli archivi.

A causa della quantità sempre più massiccia di documenti dell'Amministrazione federale, del rafforzamento dei legami internazionali e dell'importanza crescente delle questioni transfrontaliere, il numero dei fondi pertinenti per i temi relativi alla politica estera è cresciuto in maniera considerevole. Parallelamente a questo aumento, è cresciuta anche l'importanza della selezione e dell'analisi dei dossier pertinenti per il periodo corrispondente: nei testi introduttivi, come pure nelle appendici, il Direttore della ricerca fornisce tutte le informazioni necessarie a garanzia della trasparenza e della verificabilità della selezione effettuata.

La crescente importanza delle nuove tecnologie dell'informazione si rispecchia pienamente nell'aumento del valore del progetto d'edizione. La digitalizzazione massiccia dei fondi d'archivio fa crescere inesorabilmente la quantità di fonti disponibili in formato digitale. In futuro sarà dunque essenziale, alla luce di questi cambiamenti, poter valutare accuratamente la rilevanza scientifica dei documenti attraverso annotazioni critiche precise e l'uso di metadati. Fin dall'inizio, nel 1997, della pubblicazione della seconda

serie 1945–1989, all'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* si affianca la banca dati in linea Dodis (www.dodis.ch). Lanciata con il sostegno dell'Archivio federale, essa viene riconosciuta internazionalmente come un'opera pionieristica. Grazie al costante miglioramento della banca dati messo in atto negli ultimi anni, i DDS hanno acquisito un ruolo di leader nell'ambito della rete internazionale degli editori di documenti diplomatici. Liberamente accessibile su internet, la banca dati Dodis contiene ora più di 23'000 documenti che coprono l'insieme del periodo dello Stato federale dal 1848.

La nuova collezione dei *Quaderni di Dodis*, creata dal centro di ricerca dei DDS nel 2012, dimostra come un'offerta variegata stimola nuovi percorsi d'accesso alla ricerca e permette di acquisire nuove conoscenze. Liberamente accessibili, i volumi elettronici sottostanno al principio dell'*open access* e possono venir scaricati liberamente sul sito internet dei DDS www.dodis.ch. I *Quaderni* contengono studi scientifici, saggi ed atti di colloqui sulla storia contemporanea e la politica estera.

La pubblicazione dei volumi, il miglioramento costante della banca dati, senza dimenticare l'edizione dei *Quaderni* e gli altri prodotti del gruppo di ricerca debbono permettere ai DDS di raggiungere due obiettivi: da un lato, il progetto di ricerca e d'edizione deve contribuire a fornire a cittadine e cittadini, analisti, giornaliste e giornalisti, ricercatrici e ricercatori una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera si è vista costantemente confrontata nell'ambito delle sue relazioni internazionali. D'altro canto, si tratta altresì di fornire a politici in carica, impiegati dell'Amministrazione federale, diplomatici e parlamentari un aiuto per orientarsi nel mondo degli affari esteri, e trasmettere un sapere fino ad ora difficilmente accessibile.

Nel presente volume, il gruppo di ricerca di nove storiche e storici sotto la direzione di *Sacha Zala* ha, una volta ancora, trovato e minuziosamente elaborato una selezione convincente di documenti interessanti che coprono il periodo dal 1973 al 1975. Una visione d'insieme del contenuto è disponibile nell'introduzione del volume. Desideriamo in questa sede ringraziare il gruppo di ricerca per il suo lavoro infaticabile. L'impegno straordinariamente variegato include non soltanto l'analisi dei fondi d'archivio sulla politica estera, ma anche il miglioramento dinamico delle funzionalità della banca dati Dodis e numerose altre attività scientifiche. Ci rallegra molto il fatto che la valutazione esterna dei DDS, condotta nel 2014 su mandato della ASSUS, abbia fornito un esito estremamente positivo, confermando pienamente il carattere innovativo del lavoro svolto dai DDS nonché l'efficacia con la quale il gruppo di ricerca riesce a promuovere la storia in maniera moderna.

Difficile sperare in una dimostrazione più lampante di questa valutazione per rendere omaggio all'attività coronata di successo dell'uscente Presidente della Commissione *Hans Ulrich Jost*. Sotto la sua condotta, l'impresa dei DDS si è consolidata ed è riuscita ad imporsi nel panorama della ricerca sia nazionale che internazionale quale centro di competenza per la politica estera della Svizzera. Hans Urlich Jost è uno storico che ha costantemente e fermamente sottolineato l'importanza delle fonti per la ricerca storica. I progetti collettivi e collaborativi, che ha sostenuto ed incoraggiato, gli sono sempre stati particolarmente a cuore. Grazie alla sua grande esperienza di ricercatore e

insegnante universitario, il Professor Jost ha sostenuto i DDS quale strumento di promozione continua ed efficace del rinnovamento scientifico, consigliando e accompagnando nello stesso tempo numerosi progetti innovativi in seno al gruppo di ricerca. La Commissione desidera esprimergli i suoi più calorosi ringraziamenti per la sua condotta dei DDS appassionata e coronata di successo!

Nel 2015 i DDS hanno potuto festeggiare non soltanto i 40 di fondazione, ma anche il ventesimo anniversario dell'inserimento, nel 1995, del primo documento nella banca dati Dodis. La valutazione esterna effettuata l'anno precedente definisce il centro di ricerca dei DDS «nave ammiraglia» delle «digital humanities». Occorrerà mantenere anche in futuro questa rotta così da rendere analiticamente accessibile, attraverso la documentazione di processi transfrontalieri, l'integrazione internazionale della Svizzera.

Berna, novembre 2017

Commissione per la pubblicazione
di documenti diplomatici svizzeri:
Madeleine Herren, *presidente*
Andreas Kellerhals, *vicepresidente*

II. EDITORISCHE NOTIZ

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) sind ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und als solches ein Projekt der freien Forschung. Die Forschungsgruppe der DDS ist eine Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, deren Auftrag auf dem *Bundesbeschluss über die Kredite für die Institutionen der Forschungsförderung in den Jahren 2013–2016* basiert. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz; mit der laufenden Serie soll die Zeit des «Kalten Kriegs» 1945–1989 dokumentiert und für die historische Forschung erschlossen werden. Die Forschungsstelle besteht zurzeit aus neun Historikerinnen und Historikern sowie fünf bis sechs wissenschaftlichen Hilfskräften oder Praktikantinnen und Praktikanten, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Die Mitglieder der Forschungsgruppe haben sich in unterschiedlichen Themenbereichen des Forschungsprojekts und in Aspekten der internationalen Beziehungen spezialisiert; sie publizieren zu verschiedenen Fragestellungen und Methoden, organisieren internationale Konferenzen und nehmen mit Vorträgen an Tagungen und Kolloquien teil. Ferner bieten sie regelmässig Lehrveranstaltungen an Schweizer Universitäten an.

Der Direktor der DDS wird von der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz wissenschaftlich unterstützt. In ihr sind, nebst institutionellen Vertretungen, insbesondere Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten. Die personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen von zentraler Bedeutung.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) mit punktuellen Ergänzungen durch Quellen anderer Provenienz eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche möglichst das gesamte Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der damaligen Akteure exemplarisch wiedergibt. Diese Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsgruppe untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Die ausgewählten Dokumente werden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis (www.dodis.ch) als digitales Abbild mit allen Metadaten veröffentlicht. Daraus wird schliesslich eine noch limitiertere Auswahl an Dokumenten für die Bände der Serie *Diplomatische Dokumente der Schweiz* ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen. Für die nun vorliegend erforschte Periode 1973–1975 wurden aus den zahlreichen konsultierten Beständen (vgl. An-

hang IX), die mehrere Millionen Dokumente umfassen, 194 Dokumente in den Band und weitere ca. 2300 Dokumente in die Datenbank Dodis aufgenommen.

In den Bänden werden insbesondere Dokumente präsentiert, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat des Bandes werden Permalinks angegeben, die auch als Internet-Adresse verwendet werden können, so zum Beispiel in der Form dodis.ch/38410. Diese Permalinks ermöglichen direkte und dauerhafte Verweise auf Dokumente sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geographischen Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch. Die traditionellen Bände erhalten somit eine neue Funktion: Sie gehen über den Inhalt des jeweiligen Bandes hinaus und machen eine weitaus grössere Auswahl an Dokumenten zugänglich. Die Datensätze der Datenbank liefern detaillierte Metadaten zu den Dokumenten und erleichtern dadurch die Weiterführung der Forschung in den einschlägigen Archivbeständen. Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* als Langzeitunternehmen der Akademien der Wissenschaften Schweiz verpflichten sich, alle veröffentlichten Permalinks aktiv zu bewirtschaften und garantieren somit ihre Langzeit-Zitierbarkeit.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Perspektive an; so kann es nicht alle Entwicklungen der Aussenpolitik der Schweiz vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht die Forschungsgruppe, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; sodann Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen, Entscheidungsprozessen sowie der Rolle der Akteure zentral sind.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor der DDS. Die For-

schungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, publiziert die Forschungsgruppe der DDS im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang X) alle Dossiers, die sie auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsgruppe der DDS nicht konsultierbaren Dossiers mit dem Datum der ablehnenden Entscheide des zuständigen eidgenössischen Departements ist ferner im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA publiziert.

Da der Bundesrat am 20. Juni 2014 die im April 2003 verfügte Sperre gewisser Dossiers zu schweizerischen Exporten nach Südafrika aufgehoben hat, umfasst das Verzeichnis des vorliegenden Bandes erfreulicherweise wesentlich weniger Dossiers, die nicht konsultiert werden konnten. Da zentrale Bestände für die Erforschung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika auch während der Sperre immer frei zugänglich blieben, respektive sich eine Vielzahl von Kopien und Abschriften von Dokumenten der gesperrten Bestände ebenfalls in frei zugänglichen Dossiers befanden, hat die Forschungsstelle der DDS für die Periode 1955–1975 in den Bänden 20–26 insgesamt etwa 50 Dokumente und auf Dodis etwa 200 Dokumente zum Thema publiziert. Dies entspricht weitaus mehr Dokumenten als je zuvor, was letztlich auch den Unsinn von Aktensperren über die übliche gesetzliche 30-jährige Schutzfrist hinaus belegen dürfte. Auf Grund der systematischen Forschungsarbeit der DDS, der engen Verflechtung zwischen den Verwaltungsstellen sowie der sich dadurch stetig ergebenden Fülle von Akten in anderen, frei zugänglichen Beständen, sind die Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika in der Edition der DDS eingehend dokumentiert. Dies wird durch die nun mögliche systematische Analyse der nun frei zugänglichen Dossiers vollumfänglich bestätigt. Dadurch konnten 10 Dokumente im Original neu aufgefunden werden, welche im Rahmen des ordentlichen Editionsprogramms bereits aus Kopien aus frei zugänglichen oder mit Auflagen freigegebenen Dossiers publiziert worden waren. Ferner wurden nun zu Südafrika weitere 13 Dokumente aus der Zeit 1962–1972 nachträglich publiziert. Schliesslich wurden aus den nun frei zugänglichen Dossiers 11 weitere Dokumente aus der Zeit 1968–1972 publiziert, die allerdings keinen Bezug zu Südafrika aufweisen, sondern allgemein Waffen- und Kapitalexporte betreffen. Eine Liste der nachträglich freigegebenen Dossier inklusive der daraus publizierten Dokumente befindet sich im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA.

Das *Verzeichnis der benutzten Bestände* (Anhang IX) gibt schliesslich Rechenschaft über die von der Forschungsgruppe der DDS konsultierten Bestände. Die forschungsstrategisch relevantesten Bestände sind im Verzeichnis besonders hervorgehoben.

Die abgedruckten Dokumente in diesem Band und in der Datenbank Dodis stammen in der Regel aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Beim Vorliegen enger Schnittstellen mit der Bundesverwaltung wurde die Selektion mit Akten anderer Archiven punktuell ergänzt (vgl. Anhang IX). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide von einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen gilt es jeweils zu berücksichtigen.

Die Dokumente werden nach klassischen Editionsgrundsätzen in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Das *Thematische Verzeichnis* (Anhang VII) gruppiert die Dokumente nach Themenschwerpunkten. Zum raschen Auffinden der gesuchten Informationen enthält der Band schliesslich ein *Personenregister* (Anhang VIII.1), ein *Körperschaftsregister* (Anhang VIII.2) sowie ein *Register der geografischen Bezeichnungen* (Anhang VIII.3). In Letzterem werden die für die Beziehung zu einem bestimmten Land besonders relevanten Dokumente mit einem * speziell hervorgehoben. Alle diese Register verweisen über ihre Permalinks auf die Datenbank Dodis, wo sich eine Vielzahl zusätzlicher Informationen befindet. Dodis ermöglicht ferner gezieltere und ausgedehntere Suchfunktionen.

Im Allgemeinen sind die Dokumente im Band vollständig und in ihrer Originalsprache abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit edierten Dokumenten im Band und mit deren digitalen Abbildern im Internet ermöglicht es, im Band vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichte oder Rapporte, aber auch Protokolle von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind *immer* durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Dokument *immer* in ganzer Länge konsultierbar. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugedacht werden kann.

Die Einführung der *Online Recherche* durch das Schweizerische Bundesarchiv hat für die Forschenden diverse Konsequenzen. Zum einen enthält

nun die *Signatur* einen direkten Verweis auf das Dossier, zum anderen ist nun ein grosser Teil der Bestände online bestellbar. Aus diesem Grund wurde die Zitierweise der Aktenstücke seit Band 24 angepasst. Die neuen Signaturen sind durch das die verschiedenen Signatur-Teile trennende Zeichen # und das Schlusszeichen * zu erkennen (z. B. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). In den Fällen, in denen die neuen Signaturen noch nicht zugänglich sind, findet das herkömmliche System mit der Angabe der Behältnis-Nummer Anwendung. Zusätzlich zur Signatur werden im Band die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.25.61.1), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sowie weiterführende Recherchen erleichtert. Wenn ein Dossier über keine Aktenzeichen verfügt, wird das mit (–) vermerkt. Um den Übergang zum neuen Signatursystem des Bundesarchivs für Forschende zu erleichtern, werden für die Dokumente aus der in diesem Band abgedeckten Periode in der Datenbank Dodis noch beide Zitierweisen angegeben.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente und den Anmerkungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgeber in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht. Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. dodis.ch/39653) für das Auffinden des digitalen Abbildes und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in KAPITÄLCHEN gesetzt. In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ggf. dessen Ordnungsnummer angegeben sowie ein Hinweis, wenn es sich nicht um ein Originalexemplar (Kopie) handelt. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur, ggf. die Aufschlüsselung von Paraphen und weitere relevante quellenkritische Informationen. Schliesslich wird die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben aus Gründen der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text *immer* mit dem Abbild des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden Hinweise zu weiterführenden Dokumenten oder Dossiers angegeben. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen. Konnte ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden, steht die Formel *«nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato»*.

Um so rasch wie möglich zur gesetzlich verankerten 30-jährigen Schutzfrist des Archivgutes des Bundes aufzuschliessen, sieht der Editionsplan der DDS seit Band 23 einen akzelerierten Erscheinungsrhythmus der Bände vor.

Trotz des grossen Zeitdrucks durch den Editionsplan hat die Forschungsstelle auch während der Forschungen zum vorliegenden Band wesentliche Neuerungen und Verbesserungen der Funktionalitäten der Datenbank Dodis erreichen können. So sind nun alle geografischen Informationen georeferenziert, was das Auffinden auf kartographischen Visualisierungen ermöglicht. Die Forschenden erhalten somit neue Zugänge zum Auffinden der publizierten Dokumente. Dank einer Projektkooperation mit Absolventinnen und Absolventen technischer Hochschulen und Universitäten konnten 2015 auch alle Dokumente der Bände der ersten Serie in Dodis aufgenommen werden. Dodis dokumentiert demnach auch die Zeitspanne 1848–1945 samt ihren Vernetzungen zu Personen, Organisationen und geografische Orten. Somit liefert Dodis erstmals eine Übersicht über die Aussenpolitik des Bundesstaats seit seinem Anfang. Zusätzlich hat die Forschungsstelle der DDS in Zusammenarbeit mit dem *Historischen Lexikon der Schweiz* und mit der Unterstützung der *Schweizerischen Akademie der Geistes und Sozialwissenschaften* die Plattform *Metagrid* erfolgreich für die Vernetzung historischer Datenbanken zur Schweizer Geschichte etablieren können. Durch dieser Vernetzung von Dodis mit anderen Datenbanken (z. B. das *Historische Lexikon der Schweiz* oder die *Edition der Foreign Relations of the United States*) verfügen die Benutzerinnen und Benutzer nun über ein höchst effizientes Forschungs- und Rechercheinstrument, das mit einer vielseitigen Suchmaske ausgestattet ist.

Im Jahre 2014 wurde die Forschungsstelle der DDS im Auftrag der *Schweizerischen Akademie der Geistes und Sozialwissenschaften* durch eine externe Stelle eingehend evaluiert. Die Evaluation bestätigte die positiven Entwicklungen der letzten Jahre vollumfänglich, attestierte insbesondere eine «hohe Kadenz der Buchproduktion», eine «hohe Qualität» der Produkte der DDS, eine «hohe Standardisierung» und «systematische Qualitätskontrolle» sowie ein «hohes Engagement der Forschungsgruppe», was das Unternehmen zum «Flaggschiff» der *Digital Humanities* qualifiziere.

Diese erfreulichen Resultate waren nur durch das ausserordentliche Engagement aller Mitglieder der Forschungsgruppe möglich. Für ihren grossen Einsatz zur erfolgreichen Herausgabe dieses Bandes, für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für die Freude an der täglichen Arbeit danke ich herzlich Ursina Bentele, Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Silvia Gebhard, Vincent Juillerat, Dominik Matter, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Tobias Steiner und Yves Steiner. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsgruppe kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften, den Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie den verschiedenen Zivildienstleistenden, denen ich für ihren wertvollen Beitrag für den speditiven Fortgang der Edition bestens danke: Thierry Beyeler, Roman Bühlmann, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Stefan Dietrich, Céline Fürer, Samuel Hächler, Christoph Hertner, Michael Hischier, Dominic Jenni, Annika Knöpfle, Eva Kocher, Fabian Lindegger, Patrick Maître, Audrey Maire, Damian Murezzan, Joël Swai Praz, Andrea Quadri, Michael

Schaffner, Janine Scheurer, Daniel Stalder, Floraine Stauffer, Jonas Thion, Jonas Übersax, Marie Voirol, Rashid Waraich, Pascal Willfratt, Mike Wüthrich, Sascha Wüthrich und Henrik Zimmermann. Gleichzeitig freue ich mich, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle der DDS geleisteten Arbeitseinsätze auch eine erfolgreiche Nachwuchsförderung darstellen.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, die das Kompetenzzentrum der DDS finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften*, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser; dem S*chweizerischen Bundesarchiv*, insbesondere dessen Direktor Andreas Kellerhals und dessen Abteilungsleiter Stefan Kwasnitza; dem *Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten*, vertreten durch Generalsekretär Benno Bättig und den Chef des Historischen Diensts François Wisard.

Mit dem Jahresende 2014 ist die auch die Amtszeit des langjährigen Präsidenten der Kommission der DDS, Hans Ulrich Jost, zu Ende gegangen. Die DDS sind seinem grossen Engagement sowohl für die schweizerische Historiografie als auch für die Institutionalisierung der Forschungsstelle zu grösstem Dank verpflichtet. Unter seiner Präsidentschaft gelang es, das Forschungsprojekt speditiver voranzutreiben, die Datenbank Dodis grundlegend zu erneuern und die DDS mit verschiedenen Initiativen, Projekten und Konferenzen als Kompetenzzentrum nicht nur zur schweizerischen Aussenpolitik, sondern auch der *Digital Humanities* erfolgreich in der schweizerischen und internationalen Forschungslandschaft zu positionieren. Persönlich durfte ich Hans Ulrich Jost als stimulierenden und herausfordernden Gesprächspartner erleben. Ohne sein stetes Vertrauen und seine wohlwollende Unterstützung wären die vielen Neuerungen der letzten Jahre, welche die externe Evaluation eindrücklich gewürdigt hat, nicht denkbar gewesen.

Die Nachfolge von Hans Ulrich Jost im Präsidium der Kommission der DDS hat Anfang 2015 Madeleine Herren, Professorin an der Universität Basel, angetreten.

Bern, November 2017 SACHA ZALA

II. NOTE ÉDITORIALE

Les *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) sont une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) et constituent à ce titre un projet indépendant de recherche. Le groupe de recherche des DDS forme pour sa part un centre de compétences pour l'histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure. Sa mission se base sur l'*Arrêté fédéral ouvrant des crédits pour les institutions chargées d'encourager la recherche pendant les années 2013 à 2016*. L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* se conçoit comme une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. La série en cours documente la période de la «Guerre froide», de 1945 à 1989, et devrait ouvrir de nouvelles perspectives de recherche. Le groupe de recherche est à l'heure actuelle composé de neuf historiennes et historiens ainsi que de cinq à six assistants-étudiants et stagiaires issus des universités suisses. Les membres du groupe de recherche se sont spécialisés dans différents domaines du projet de recherche et dans divers aspects des relations extérieures de la Suisse. Ils publient des contributions thématiques, organisent des conférences internationales et interviennent au cours de colloques. De plus, ils dispensent régulièrement des enseignements dans différentes universités suisses.

Le Directeur des DDS est soutenu du point de vue scientifique par la Commission pour la publication de Documents Diplomatiques Suisses, dans laquelle siègent notamment des professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels entre les DDS et les universitaires jouent un rôle essentiel afin de déterminer les thèmes et problématiques pertinents.

Le but de l'édition imprimée est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les Archives fédérales suisses (AFS) complétées de manière ponctuelle par des sources d'autres provenances, une sélection de documents retraçant la politique extérieure de la Suisse dans son ensemble et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les acteurs de l'époque ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le groupe de recherche.

Les documents sélectionnés sont indexés de manière critique et précise et sont publiés en libre accès sur la base de données en ligne Dodis (www.dodis.ch), sous forme de fichiers numériques avec l'ensemble de leurs métadonnées. Une sélection de ces documents est ensuite publiée dans les volumes de la série des *Documents Diplomatiques Suisses* et accompagnée d'un appareil scientifique approfondi. Pour la période étudiée présentement (1973–1975), 194 documents pour le volume et environ 2'300 documents pour la base de données Dodis ont été choisis parmi plusieurs millions de documents issus des nombreux fonds consultés (cf. Annexe IX).

Les volumes présentent en particulier des documents offrant un large aperçu d'une thématique, tandis que de nombreuses notes de bas de pages sur des sujets spécifiques ou des thématiques connexes renvoient vers d'autres documents de la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permalinks figurent dans l'appareil critique du volume et peuvent être utilisés comme adresse internet, comme dans l'exemple dodis.ch/38410. Ces permalinks renvoient directement et durablement à des documents ou à des informations supplémentaires sur des personnes, des organisations ou des lieux géographiques et simplifient l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique. Les volumes traditionnels reçoivent ainsi une nouvelle fonction: ils vont au-delà du contenu du volume actuel et rendent possible l'accès à un plus grand choix de documents. Les enregistrements de la base de données fournissent des métadonnées détaillées sur les documents et facilitent ainsi la poursuite de la recherche dans les fonds d'archives pertinents. Les *Documents Diplomatiques Suisses*, entreprise de longue durée des Académies suisses des sciences, s'engagent à gérer les permalinks de manière active et garantissent, de la sorte, la possibilité de les citer à long terme.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique, mais en aucun cas exhaustive, d'événements de politique internationale perçus selon le point de vue suisse. Il ne peut dès lors retracer l'évolution des relations extérieures de la Confédération dans son intégralité. Le groupe de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers des domaines politiques les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue d'un État neutre sur des événements importants et enfin des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets, de processus de décision et du rôle des acteurs.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du groupe de recherche des DDS sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que toutes les chercheuses et tous les chercheurs. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la recherche. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique appartient au Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr). À des fins de vérification scientifique de

ses recherches, le groupe des DDS publie désormais dans la *Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles* (Annexe X) tous les dossiers qu'il n'a pu consulter sur la base des normes actuellement en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y figurent également, de même que des explications sur le nombre de demandes de consultations adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au groupe des DDS et les dates des décisions négatives du Département fédéral compétent sont disponibles sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

Comme le Conseil fédéral a levé le 20 juin 2014 le blocage en vigueur depuis avril 2003 sur certains dossiers concernant les exportations suisses vers l'Afrique du Sud, la liste du présent volume comprend relativement peu, ce qui est réjouissant, de dossiers n'ayant pu être consultés. Étant donné que les principaux fonds pour l'étude des relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud voire de nombreuses copies ou transcriptions des fonds bloqués sont toujours restés, même durant la période de blocage, librement accessibles, le groupe de recherches des DDS a publié en tout pour la période 1955–1975 quelque 50 documents sur ce thème dans les volumes 20–26 et environ 200 documents sur Dodis. Ceci correspond à bien plus de documents qu'auparavant, ce qui démontre en fin de compte l'absurdité du blocage des dossiers au-delà du délai légal normal de protection de 30 ans. En raison du travail de recherche systématique des DDS, de l'étroite interdépendance entre les services de l'Administration ainsi que de l'abondance de dossiers en résultant continuellement et se trouvant dans d'autres fonds librement accessibles, les relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud sont documentées de façon détaillée dans l'édition des DDS. Ceci a été confirmé par l'analyse systématique, désormais possible, des dossiers à présent librement accessibles dans leur intégralité. Ainsi, 10 exemplaires originaux de documents ont pu être retrouvés dont des copies, issues de dossiers librement accessibles ou avec autorisation, avaient déjà pu être publiées dans le cadre du programme d'édition ordinaire. Par ailleurs, 13 documents supplémentaires sur l'Afrique du Sud couvrant la période 1962–1972 ont pu être publiés ultérieurement. Finalement, à partir des dossiers désormais librement accessibles, 11 documents supplémentaires de la période 1968–1972 ont été publiés, qui n'ont d'ailleurs aucun rapport avec l'Afrique du Sud, mais concernent les exportations d'armes et de capitaux en général. Une liste des dossiers rendus librement accessibles ultérieurement comprenant également les documents publiés en question, se trouve sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

La *Liste des fonds utilisés* (Annexe IX) rend finalement compte des dossiers consultés par le groupe de recherche des DDS. Les fonds stratégiques pour la recherche sont marqués en gras dans la liste.

Les documents publiés dans ce volume et dans la base de données Dodis proviennent en règle générale des Archives fédérales suisses, chargées de conserver les actes du Parlement, du Conseil fédéral (Gouvernement) et des Départements fédéraux (ministères). En cas de liens étroits entre l'Administration fédérale et d'autres organisations, la sélection de documents a, par endroits, pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds

d'archives (cf. Annexe IX). Le Gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. Cela a pour effet que tous les Départements et les offices sont en prise avec des questions de politique extérieure et les imbrications entre politique intérieure et extérieure se reflètent dans les relations internationales et transnationales de la Suisse. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du Gouvernement lui-même, tels que les protocoles de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents Départements et offices, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du Parlement. À cela s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique conformément aux principes classiques d'édition de sources. Pour faciliter leur utilisation, la *Table des documents* est accompagnée de résumés dans la langue dans laquelle ils ont été rédigés. La *Table méthodique* (Annexe VII) regroupe les documents selon les thèmes principaux. Pour permettre un accès rapide aux informations recherchées, le volume contient un *Index des noms de personnes* (Annexe VIII.1), un *Index des organisations* (Annexe VIII.2) et un *Index des noms géographiques* (Annexe VIII.3). Les documents importants en lien avec un pays y sont mentionnés à l'aide d'un *. Ces index renvoient par l'intermédiaire de leurs permalinks à la base de données Dodis, qui contient de nombreuses informations supplémentaires. Dodis offre par ailleurs des fonctions de recherche plus ciblées et plus grandes.

Les documents sont en principe publiés dans leur intégralité et dans leur langue d'origine. La publication conjointe des documents dans le volume et sur internet, sous forme de reproduction numérique, permet de raccourcir, dans l'ouvrage, certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès-verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place dans les volumes. Les passages laissés de côté sont cependant *toujours* indiqués comme tels par des crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les documents en question sont par ailleurs *toujours* consultables en intégralité dans la base de données Dodis. Les formules de politesse ont été sans autre omises, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière.

L'introduction de la *recherche en ligne* par les Archives fédérales suisses entraîne plusieurs conséquences pour les chercheuses et les chercheurs. Désormais, la *cote* renvoie directement au dossier et une grande partie des fonds peut être commandée en ligne. C'est la raison pour laquelle le mode de citation des documents publiés a été adapté à partir du volume 24. La nouvelle cote est reconnaissable au caractère # qui en sépare les différentes parties et au caractère final * (p. ex. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Lorsque la nouvelle cote n'est pas encore disponible, la provenance du dossier est complétée par son numéro de volume. En plus de la cote, les *références* des dossiers (selon les divers systèmes de classement utilisés par les offices fédéraux), telles

qu'elles apparaissent dans les inventaires, sont indiquées entre parenthèses (p. ex. B.25.61.1), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Quand un dossier n'a pas de cadre de classement, un (–) est noté. Pour rendre plus aisée la transition vers le nouveau système de cotes des Archives fédérales, les documents publiés dans le volume sont encore accompagnés des deux modes de citation dans la base de données.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du document, soit en français, en allemand ou en italien. Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (soulignés, en caractères espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte. L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalink (p. ex. dodis.ch/39653) qui renvoie à la reproduction numérisée du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, la classification et le degré d'urgence éventuel (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de sa rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en PETITES CAPITALES de caractère romain. La première note de bas de page de chaque document contient toujours une mention sur le type de document et, si c'est le cas, son numéro d'ordre, de même que la qualification du texte (copie) dans le cas où l'original n'a pas pu être reproduit. S'y trouvent également la cote d'archives et d'autres informations pertinentes pour l'examen critique des sources. Enfin, les majuscules et les minuscules dans les télégrammes ont été adaptées pour faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est *toujours* possible de comparer et de contrôler le texte publié dans le volume avec la reproduction numérique du document dans la base de données Dodis.

L'appareil critique contient en particulier des renvois à des documents ou dossiers connexes. Dans la mesure du possible, des références sont faites à des documents mentionnés dans le corps des textes publiés. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, la formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» est indiquée.

Pour s'approcher au plus près du délai de protection de 30 ans des Archives fédérales prévu par la loi, le plan d'édition des DDS depuis le volume 23 prévoit un rythme accéléré de publication des volumes.

Malgré la pression des délais du plan d'édition, le groupe de recherche a également, au cours des recherches pour le présent volume, réussi à mettre en place des innovations et des améliorations importantes des fonctionnalités de la base de données Dodis. Ainsi, l'ensemble des informations géographiques sont désormais géoréférencées, ce qui rend possible la recherche par visualisations

cartographiques. Les chercheurs disposent ainsi d'une nouvelle manière d'accéder aux documents publiés. Dès 2015, grâce à un projet de coopération avec des diplômées et diplomés des universités et des hautes écoles polytechniques, tous les documents des volumes de la première série ont pu être enregistrés sur Dodis. En conséquence, la période 1848–1945 est également documentée sur Dodis et comprend la mise en réseau de personnes, d'organisations et de lieux géographiques. Dodis fournit ainsi pour la première fois une vue d'ensemble de la politique extérieure de l'État fédéral depuis sa fondation. De plus, le groupe de recherche des DDS a, en collaboration avec le *Dictionnaire historique de la Suisse* et avec le soutien de l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales*, réussi à mettre en place avec succès la plateforme *Metagrid* pour la mise en réseau des bases de données sur l'histoire suisse. Grâce à cette mise en réseau de Dodis avec d'autres bases de données (p. ex: le *Dictionnaire historique de la Suisse* ou l'édition des *Foreign Relations of the United States*), les utilisatrices et utilisateurs disposent désormais d'un outil de recherche extrêmement efficace équipé d'un masque étendu de recherche.

En 2014, le groupe de recherche des DDS a été évalué par un service externe mandaté par l'*Académie suisse des sciences humaines et sociale*s. L'évaluation confirme entièrement les développements positifs de ces dernières années et atteste en particulier d'une «cadence élevée dans la production des volumes», d'une «qualité élevée» des produits des DDS, d'une «standardisation élevée» et d'un «contrôle de qualité systématique» ainsi que d'un «engagement élevé du groupe de recherche», ce qui amène l'entreprise à être qualifiée de «vaisseau amiral» des *digital humanities*.

Ces résultats réjouissants n'ont été possibles que grâce à l'extraordinaire engagement de tous les membres du groupe de recherche. Pour leur grande implication dans l'édition réussie de ce volume, pour le plaisir commun et partagé de la découverte scientifique et pour la joie dans le travail quotidien, je tiens à remercier chaleureusement Ursina Bentele, Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Silvia Gebhard, Vincent Juillerat, Dominik Matter, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Tobias Steiner et Yves Steiner.

Les assistants-étudiants, les stagiaires issus des universités suisses, ainsi que plusieurs personnes astreintes au service civil ont apporté un précieux soutien au groupe de recherche et ont de la sorte contribué à la bonne marche de la parution du volume. J'adresse ainsi mes remerciements à Thierry Beyeler, Roman Bühlmann, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Stefan Dietrich, Céline Fürer, Samuel Hächler, Christoph Hertner, Michael Hischier, Dominic Jenni, Annika Knöpfle, Eva Kocher, Fabian Lindegger, Patrick Maître, Audrey Maire, Damian Murezzan, Joël Swai Praz, Andrea Quadri, Michael Schaffner, Janine Scheurer, Daniel Stalder, Floraine Stauffer, Jonas Thion, Jonas Übersax, Marie Voirol, Rashid Waraich, Pascal Willfratt, Mike Wüthrich, Sascha Wüthrich et Henrik Zimmermann. Fait réjouissant, ces engagements au sein du centre de recherche des DDS constituent un encouragement de la relève dans le domaine de la recherche historique.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de compétences des DDS et le soutiennent d'un point de vue logistique,

et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'*Académie suisse des sciences humaines et sociales*, notamment son Secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les *Archives fédérales suisses*, en particulier Andreas Kellerhals, Directeur, et Stefan Kwasnitza, Chef de division; le *Département fédéral des affaires étrangères*, représenté par son Secrétaire général Benno Bättig et le Chef du Service historique François Wisard.

Avec la fin de l'année 2014, le mandat du Président de longue date de la Commission des DDS, Hans Ulrich Jost s'est aussi achevé. Les DDS lui adressent leurs plus vifs remerciements pour son immense engagement non seulement pour l'historiographie suisse, mais également en faveur de l'institutionnalisation du groupe de recherche. Sous sa présidence, le projet de recherche s'est développé rapidement; la base de données Dodis a été renouvelée en profondeur et les DDS se sont positionnés avec succès, à travers différentes initiatives, projets et conférences, comme centre de compétences non seulement de la politique étrangère suisse, mais également des *digital humanities* dans le paysage de la recherche suisse et internationale. Hans Ulrich Jost fut pour moi un interlocuteur stimulant et exigeant. Sans sa confiance constante et son soutien bienveillant, les nombreuses innovations de ces dernières années, auxquelles l'évaluation externe a rendu hommage, n'auraient pas été possibles.

Au début de l'année 2015, Madeleine Herren, Professeure à l'Université de Bâle, a succédé à Hans Ulrich Jost à la Présidence de la Commission des DDS.

Berne, novembre 2017 SACHA ZALA

II. INTRODUZIONE EDITORIALE

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) sono un'impresa dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS) e come tali rappresentano un progetto di ricerca libero e indipendente. Il gruppo di ricerca dei DDS costituisce un centro di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera i cui compiti sono definiti nel *Decreto federale sullo stanziamento di crediti alle istituzioni che promuovono la ricerca negli anni 2013–2016*. L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. La serie in corso è dedicata alla documentazione della «Guerra fredda» 1945–1989. Attualmente nel gruppo di ricerca lavorano nove storiche e storici e cinque o sei aiuto assistenti o praticanti reclutati nelle università svizzere. Ogni ricercatore è specializzato in determinati ambiti tematici del progetto e in aspetti specifici delle relazioni internazionali. I membri del gruppo di ricerca pubblicano articoli su differenti questioni, organizzano conferenze internazionali e partecipano attivamente a convegni e colloqui scientifici. Inoltre propongono regolarmente corsi in università svizzere.

Nel suo compito, il direttore dei DDS è sostenuto scientificamente dalla Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri. Oltre a rappresentanti istituzionali, la Commissione riunisce soprattutto professoresse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. I contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria sono di primaria importanza per individuare le questioni di ricerca e i temi rilevanti in base ai quali procedere, in seguito, alla selezione dei documenti.

L'obiettivo che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'Archivio federale svizzero (AFS) – con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza – è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più importanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori problematiche e gli interrogativi che si ponevano agli attori dell'epoca. I temi – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal gruppo di ricerca.

I documenti selezionati vengono sottoposti ad una rigorosa analisi critica e sono messi a disposizione, sotto forma di facsimile corredati di tutti i metadati, nella banca dati in linea Dodis (www.dodis.ch), liberamente accessibile. Una selezione di questi documenti viene poi pubblicata nella serie a stampa dei *Documenti Diplomatici Svizzeri*, arricchita da un apparato critico approfondito. Per il periodo qui studiato (1973–1975), 194 documenti sono stati scelti per il volume e circa 2'300 per la banca dati Dodis, dopo aver consultato diversi milioni di documenti in provenienza da numerosi fondi d'archivio (cf. appendice IX).

L'edizione cartacea presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici

o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione cartacea riporta anche dei permalink che possono essere utilizzati come indirizzo internet (ad esempio dodis.ch/38410). I permalink permettono rimandi diretti e duraturi a documenti e ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I volumi tradizionali assumono così una nuova funzione: permettono di andare oltre il contenuto del volume attuale e schiudono l'accesso ad un ventaglio più ampio di documenti. Le informazioni della banca dati arricchiscono i documenti di numerosi metadati, facilitando così il proseguimento della ricerca nei rispettivi fondi d'archivio. I *Documenti Diplomatici Svizzeri*, in quanto impresa istituzionalizzata delle Accademie svizzere delle scienze, si impegnano a gestire attivamente tutti i permalink pubblicati, garantendone la citabilità a lungo termine.

Il progetto di ricerca mira a creare una documentazione ampia e caratteristica, ma certamente non completa sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti politici. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo degli attori.

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori dei DDS sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il gruppo di ricerca dei DDS è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla Società Svizzera di Storia (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il gruppo di ricerca dei DDS pubblica un *Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili* (appendice X). La lista contiene i dossier dell'Archivio federale svizzero la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'appendice X si trovano una spiegazione

delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure informazioni sul numero di richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. All'indirizzo dodis.ch/dds/LArc è pubblicato un elenco completo e costantemente aggiornato dei fascicoli che il gruppo di ricerca dei DDS non ha potuto consultare. L'elenco riporta anche il nome del Dipartimento federale competente e la data delle decisioni negative.

Il 20 giugno 2014 il Consiglio federale ha posto fine al blocco, decretato nell'aprile 2003, di determinati fascicoli relativi alle esportazioni verso il Sudafrica. Di conseguenza, e non possiamo che rallegrarcene, l'indice del presente volume comporta un numero significativamente più basso di dossier che non hanno potuto essere consultati. Siccome alcuni dei fondi più importanti per la ricerca nell'ambito delle relazioni tra la Svizzera e il Sudafrica sono rimasti accessibili anche durante il periodo del blocco, rispettivamente un gran numero di copie e duplicati erano disponibili in fascicoli liberamente accessibili, il centro di ricerca dei DDS ha pubblicato su questo tema, per il periodo 1955–1975, circa 50 documenti nei volumi 20–26 e circa 200 documenti in Dodis. Si tratta di una quantità di documenti senza precedenti, ciò che in fin dei conti mette in evidenza l'assurdità dell'estensione del periodo di protezione oltre i 30 anni abituali previsti dalla legge. In seguito al lavoro di ricerca sistematico svolto dai DDS, al fitto intreccio delle relazioni tra i diversi servizi dell'Amministrazione e alla conseguente costante presenza degli stessi documenti anche in altri fondi liberamente accessibili, le relazioni tra la Svizzera e il Sudafrica sono minuziosamente documentate nell'edizione dei DDS. Questa constatazione trova piena conferma anche dall'analisi sistematica dei dossier ora liberamente accessibili. In questo modo sono stati rintracciati 10 documenti in versione originale già pubblicati nell'ambito del normale programma di edizione sulla scorta di copie presenti in dossier liberamente accessibili o in dossier declassificati a determinate condizioni. Sul Sudafrica sono stati inoltre pubblicati altri 13 documenti risalenti al periodo 1962–1972. Infine sono stati pubblicati 11 nuovi documenti prodotti fra il 1968 e il 1972, rintracciati nei dossier ora liberamente accessibili, che però non hanno un rapporto diretto con il Sudafrica, ma riguardano in generale l'esportazione di armi e capitali. Un elenco dei dossier declassificati e dei documenti pubblicati tratti da tali dossier si trova online all'indirizzo dodis.ch/dds/BGA.

L'*Elenco dei fondi utilizzati* (appendice IX), infine, rende conto dei fondi consultati dal gruppo di ricerca dei DDS. Nell'elenco i fondi di importanza strategica per la ricerca sono segnalati in grassetto.

I documenti selezionati in questo volume e nella banca dati Dodis provengono di regola dall'Archivio federale svizzero che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei dipartimenti federali (ministeri). In casi in cui esistono forti connessioni con l'amministrazione federale, la selezione è stata integrata puntualmente con documenti provenienti da altri archivi (v. appendice IX). Poiché la Svizzera ha un governo collegiale, tutte le decisioni di una certa importanza dipendono dal Consiglio federale in corpore. Inoltre nella politica estera si rispecchiano in misura crescente anche questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così di fatto tutti i dipartimenti e gli uffici federali sono toccati, direttamente o

indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti pubblicati non provengono pertanto solo dal Dipartimento federale degli affari esteri: una parte non trascurabile dei documenti selezionati è costituita da atti dello stesso Consiglio federale (quali i processi verbali delle riunioni e le decisioni), di vari dipartimenti e singoli uffici, ma anche di delegazioni e missioni speciali e non da ultimo del Parlamento; sono inoltre prese in considerazione lettere scritte da personalità ufficiali o che esercitavano funzioni semiufficiali e da esponenti d'istituzioni private.

Per la pubblicazione sono stati seguiti i principi editoriali classici. Ciò significa che i documenti sono presentati in ordine strettamente cronologico. Per facilitarne la consultazione, il volume riporta un *Indice e sommario dei documenti* con regesti nella lingua originale del documento. Altro strumento utile per orientarsi tra le pagine del volume è la *Tavola metodica* (appendice VII), che raggruppa i documenti in grandi ambiti tematici. A disposizione del lettore ci sono inoltre gli indici delle *persone* (appendice VIII.1), delle *organizzazioni* (appendice VIII.2) e dei *nomi geografici* (appendice VIII.3). In quest'ultimo, i documenti particolarmente rilevanti per le relazioni con uno specifico paese sono contrassegnati con un *. Tutti questi indici comprendono dei permalink che rimandano alla banca dati Dodis, dove si trovano molte informazioni supplementari. Dodis offre dal canto suo nuove funzioni che permettono una ricerca più ampia e mirata.

In linea di massima, i documenti nel volume sono pubblicati integralmente e nella lingua originale. La doppia pubblicazione dei materiali, in forma trascritta nel volume e in facsimile su internet, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione dei testi per il volume per evitare lungaggini e ridondanze. Questo consente la pubblicazione in estratto di fonti che per la loro lunghezza non avrebbero altrimenti trovato posto in un'edizione di documenti, p. es. studi, rapporti, verbali dei dibattiti di diversi organi. I passi soppressi sono *sempre* indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. Le formule di saluto sono state tacitamente soppresse, tranne quando parevano rivestire un significato particolare. I tagli riguardano soltanto l'edizione a stampa; nella banca dati Dodis i documenti sono *sempre* consultabili nella loro integralità.

L'introduzione di un *sistema di ricerca in linea* da parte dell'Archivio federale svizzero comporta varie conseguenze per i ricercatori. Prima di tutto, la *segnatura* contiene ora un riferimento diretto ai dossier. Inoltre, gran parte dei fondi può essere richiesta in linea. Dal volume 24 la forma di citazione dei documenti pubblicati è stata perciò adattata. Le nuove segnature sono riconoscibili per il carattere #, che separa le varie parti della segnatura, e per il carattere *, che chiude la segnatura (p. es. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Nei casi in cui le nuove segnature non sono ancora disponibili, è stato utilizzato il vecchio sistema, con l'indicazione del numero del volume. Oltre alle segnature, nel volume sono indicati tra parentesi i numeri d'ordine (*Aktenzeichen*) dei dossier, così come appaiono negli inventari (p. es. B.25.61.1). Questo facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche. Nei casi in cui un dossier non dispone di alcun numero d'ordine, ciò è indicato con la dicitura (–). Per facilitare ai ricercatori il passaggio al nuovo sistema, i documenti del

periodo considerato da questo volume sono ancora pubblicati nella banca dati Dodis con entrambe le forme di citazione.

La parte redazionale si compone dell'intestazione dei documenti e dell'apparato critico, redatti nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo. L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p. es. dodis.ch/39653) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. Titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in MAIUSCOLETTO tondo. Nella prima nota a piè pagina di ogni documento sono menzionati il genere di fonte e la sua eventuale numerazione; è inoltre indicato se non si tratta un documento originale (copia). Infine vengono riportati l'eventuale numero d'ordine, la segnatura d'archivio, la risoluzione di eventuali iniziali o sigle del redattore e della segreteria come pure altre informazioni rilevanti relative alla fonte. Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per qualsiasi questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono *sempre* confrontare il testo dell'edizione con la versione digitale del documento nella banca dati in linea Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nei testi pubblicati. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula *«nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato»*.

A partire dal volume 23, il piano di edizione dei DDS prevede un ritmo accelerato di pubblicazione, per avvicinarsi il più rapidamente possibile al termine di protezione di 30 anni a cui sono sottoposti i documenti dell'amministrazione federale.

Nonostante i ritmi di lavoro serrati imposti dal piano d'edizione, il gruppo di ricerca ha potuto, nel corso delle ricerche per il presente volume, realizzare miglioramenti importanti e significativi delle funzionalità della banca dati Dodis. Tutte le informazioni geografiche sono ora georeferenziate, ciò che permette la ricerca per visualizzazione geografica. Le ricercatrici ed i ricercatori hanno così a disposizione uno strumento supplementare per trovare i documenti cercati. Grazie ad un progetto di collaborazione con diplomandi di università ed università professionali svizzere, è stato possibile integrare in Dodis tutti i volumi della prima serie. Così ora la banca dati copre anche il periodo 1848–1945, compresi i collegamenti dei documenti con persone, organizzazioni e luoghi. In questo modo, Dodis offre per la prima volta una

visione d'insieme sulla politica estera dello Stato federale fin dai sui inizi. Il centro di ricerca, in collaborazione con il *Dizionario storico della Svizzera* e con il sostegno dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali*, è inoltre riuscito a realizzare la piattaforma *Metagrid* per la messa in rete di banche dati sulla storia della Svizzera. Attraverso questo progetto che permette il collegamento di Dodis con altre banche dati (p. es. il *Dizionario storico della Svizzera* o l'edizione dei *Foreign Relations of the United States*), le utilizzatrici e gli utilizzatori dispongono di uno strumento di ricerca altamente efficace e dotato di una maschera di ricerca avanzata.

Nel 2014 il centro di ricerca, su incarico dell'*Accademia svizzera di scienze umane e sociali*, è stato sottoposto ad una valutazione da parte di un organismo indipendente. I risultati confermano gli sviluppi positivi degli ultimi anni e attestano, in particolare, una «cadenza elevata nella produzione dei volumi», l'«elevata qualità» della produzione dei DDS, una «elevata standardizzazione» ed un «controllo di qualità sistematico» nonché un «livello di impegno importante del gruppo di ricerca», ciò che permette di qualificare l'impresa quale «nave ammiraglia» delle *digital humanities*. Questi risultati incoraggianti sono stati possibili solo grazie all'impegno straordinario di tutti i membri del gruppo di ricerca. Per il loro grande impegno a favore della pubblicazione di questo volume, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica e per la gioia nell'affrontare il lavoro quotidiano ringrazio di cuore Ursina Bentele, Pierre Brodard, Thomas Bürgisser, Silvia Gebhard, Vincent Juillerat, Dominik Matter, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille, Tobias Steiner e Yves Steiner. Il gruppo di ricerca ha potuto contare sull'importante sostegno di personale ausiliario: aiuto assistenti e praticanti provenienti dalle università svizzere come pure persone impegnate nel servizio civile, che ringrazio per il loro prezioso contributo allo spedito avanzamento del lavoro d'edizione. Si tratta di Thierry Beyeler, Roman Bühlmann, Benjamin Bur, Lisia Bürgi, Stefan Dietrich, Céline Fürer, Samuel Hächler, Christoph Hertner, Michael Hischier, Dominic Jenni, Annika Knöpfle, Eva Kocher, Fabian Lindegger, Patrick Maître, Audrey Maire, Damian Murezzan, Joël Swai Praz, Andrea Quadri, Michael Schaffner, Janine Scheurer, Daniel Stalder, Floraine Stauffer, Jonas Thion, Jonas Übersax, Marie Voirol, Rashid Waraich, Pascal Willfratt, Mike Wüthrich, Sascha Wüthrich e Henrik Zimmermann. Mi rallegro inoltre per il fatto che le numerose opportunità di lavoro presso i DDS rappresentino un'ottima possibilità di formazione per una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori.Desidero inoltre ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di competenza dei DDS e che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in particolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che ripongono nella mia persona: l'*Accademia svizzera delle scienze umane e sociali*, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'*Archivio federale svizzero*, in particolare il direttore Andreas Kellerhals e il caposezione Stefan Kwasnitza; il *Dipartimento federale degli affari esteri*, rappresentato dal segretario generale Benno Bätig e dal capo del servizio storico, François Wisard.

Alla fine del 2014 si è pure concluso il mandato del presidente di lungo corso della Commissione dei DDS, Hans Ulrich Jost. I DDS gli sono estremamente

riconoscenti per il suo grande impegno in favore non soltanto della storiografia svizzera ma pure dell'istituzionalizzazione del centro di ricerca. Sotto la sua presidenza il progetto ha conosciuto un rapido sviluppo, la banca dati Dodis è stata profondamente rinnovata e i DDS sono riusciti – attraverso diverse iniziative, progetti e conferenze – ad affermarsi nel panorama della ricerca svizzero ed internazionale non solo come polo di competenza per la politica estera della Svizzera, ma anche nell'ambito delle *digital humanities*. Hans Ulrich Jost è stato per me un interlocutore stimolante e incoraggiante. Senza la sua costante fiducia ed il suo benevolo sostegno, le numerose innovazioni di questi ultimi anni, attestate dalla valutazione esterna, non sarebbero state possibili.

All'inizio del 2015, Madeleine Herren, professoressa all'Università di Basilea, è subentrata a Hans Ulrich Jost alla presidenza della Commissione dei DDS.

Berna, novembre 2017 SACHA ZALA

III. EINLEITUNG

Der Band 26 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS), welcher die drei Jahre vom 1. Januar 1973 bis zum 31. Dezember 1975 dokumentiert, führt die Arbeiten der Forschungsgruppe zu den 1970er Jahren fort.

Die Leitung der Aussenpolitik oblag in diesem Zeitraum Bundesrat Pierre Graber (1. Februar 1970 bis 31. Januar 1978). Der sozialdemokratische Magistrat aus der Romandie verfügte über eine langjährige Erfahrung als Parlamentarier, bevor er in den Bundesrat gewählt wurde und die Führung des Eidgenössischen Politischen Departements (EPD) übernahm. Graber steht am Beginn einer 23-jährigen Periode, in welcher die schweizerische Aussenpolitik von sozialdemokratischen Bundesräten aus dem Kanton Neuenburg geleitet wurde. Auf Graber folgte nämlich dessen Parteikollege Pierre Aubert (1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1987). Darauf übernahm bis Ende März 1993 der ebenfalls aus dem Kanton Neuenburg stammende sozialdemokratische Bundesrat René Felber die Führung des Aussenministeriums.

Bundesrat Pierre Graber gelang es im komplexen Umfeld der 1970er Jahre, für die Schweiz aussenpolitisch heikle Themen behutsam und geschickt anzupacken, wesentliche Impulse zu einer aktiveren Aussenpolitik zu verleihen und vor allem in der Europapolitik wichtige Weichen zu stellen. In diesem Bestreben wurde er vom freisinnigen Bundesrat Ernst Brugger unterstützt, der von 1970 bis 1978 das für die schweizerische Aussenpolitik ebenfalls zentrale Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) führte. Beide Magistraten waren am 10. Dezember 1969 von der Bundesversammlung gewählt worden und sollten gemeinsam am 31. Januar 1978 zurücktreten.

Zu den *Grundfragen der Aussenpolitik* gehörte auch in den in diesem Band untersuchten Jahren das kontinuierliche Ausloten der Grenzen staatlicher Souveränität in einer sich zunehmend vernetzenden Welt. Die sich vor dem Hintergrund einer Entspannung des Kalten Kriegs entwickelnden Gespräche zwischen den Blöcken erwiesen sich in dieser Phase als prägend. Nach verschiedenen Vorverhandlungen fand im Juli 1973 die erste blockübergreifende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki statt. Die Schweiz hatte sich bereits 1972 für eine Teilnahme entschieden und brachte sich verschiedentlich aktiv als Vermittlerin ein. Die Wahl des Verhandlungsortes Genf stärkte die Rolle der Schweiz, die als Gastgeberin einen besonderen Status besass und sich aktiv um den Fortschritt der Verhandlungen bemühte. Nicht zuletzt diese besonders verpflichtende Rolle half innerhalb des Aussenministeriums auch allgemein, Widerstände gegen internationale Engagements zu überwinden. Somit konnte die schweizerische Diplomatie im multilateralen Rahmen der KSZE neue Handlungsspielräume für eine aktivere Aussenpolitik ausloten. Sie tat dies in sachlicher und enger Abstimmung mit den neutralen und nicht-alliierten Staaten Europas (Dok. 89, dodis.ch/38858). Es galt, die unterschiedlichen Interessen von Ost und West anzunähern. Während die Sowjetunion primär ihre aktuelle Ein-

flusssphäre in Osteuropa halten wollte, drängten die westlichen Länder – noch geprägt von der Erfahrung der Niederschlagung des Prager Frühlings – auf eine Stärkung der Menschenrechte im Ostblock. Die Verhandlungen gestalteten sich zäh und drohten auch zeitweise zu scheitern. Es war deshalb ein zentrales Ereignis der Epoche des Kalten Kriegs, als die Staats- und Regierungschefs von 35 europäischen Staaten inklusive den USA und Kanadas im Sommer 1975 für die Unterzeichnung der Schlussakte am 1. August nach Helsinki reisten. Als Bundespräsident vertrat Pierre Graber die Schweiz. In seiner Ansprache lobte er das Konsensverfahren und die umsichtige Vorbereitung. Die Vereinbarungen brächten einen neuen Wind in die internationalen Beziehungen, würden aber ihren definitiven Wert erst in der Umsetzungsphase zeigen. Schliesslich bilanzierte der Bundespräsident, dass die Resultate «*peu et beaucoup*» gebracht hätten: «*Peu*, si on ne les considère qu'en eux-mêmes et comme le point final d'un long et difficile exercice. *Beaucoup* s'ils pouvaient être le signe et la promesse d'une ère vraiment nouvelle dans les relations internationales. Nous attendons quant à nous un tel avènement avec un *optimisme* à la mesure des quelques progrès qui ont été déjà obtenus. Mais aussi avec *réalisme et circonspection*» (Dok. 158, dodis.ch/38867). So hielt das Rundschreiben des EPD an die Botschafter im Nachgang der KSZE-Schlussakte fest, dass die Konferenz mit den Unterschriften nicht beendet sei, ja in mancher Beziehung jetzt erst richtig anfange (Dok. 177, dodis.ch/38875). Es steht aber ausser Frage, dass die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte einen markanten Meilenstein für die schweizerische Aussenpolitik darstellte. Diese aussenpolitische Öffnung wurde allerdings mit den besonderen Verpflichtungen der Neutralität argumentativ legitimiert, womit das neutralitätspolitische Masternarrativ gar an Bedeutung gewann.

Auf der internationalen Ebene blieb der Kalte Krieg prägend. Die herrschende Bipolarität wirkte weiterhin sinnstiftend für die Neutralität, und die Schweiz bemühte sich um eine glaubhafte neutrale Haltung zwischen den Blöcken. Für ein ökonomisch, politisch und ideologisch fest im Westen verankertes Land war dies jedoch nicht immer einfach, wie sich dies paradigmatisch in der zögerlichen Politik gegenüber den geteilten Staaten manifestiert hatte. Der KSZE-Prozess sowie die allgemeine Entspannung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre erleichterten es der Schweiz nun, diese jahrzehntelange Pendenz des Verhältnisses zu den geteilten Staaten zum Abschluss zu bringen und damit der Maxime der Universalität der Beziehungen Genüge zu tun. Mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren bereits 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen worden. 1975 folgte der Abschluss eines Handels- und Wirtschaftsabkommens mit Ost-Berlin (Dok. 189, dodis.ch/39026). Die Diskussionen um das Vertragswerk standen unter dem Eindruck der schwierigen, parallel verlaufenden Verhandlungen um Entschädigungszahlungen für nationalisierte Vermögenswerte. Weiter schilderte die Presse immer wieder Fälle von Schweizer Doppelbürgern oder DDR-Ehepartnern, die an der Ausreise gehindert wurden. Der Bundesrat geriet daher innenpolitisch unter Druck, gegenüber der DDR härter aufzutreten (Dok. 181, dodis.ch/38920). In Helsinki, am Rande der feierlichen Unterzeichnung der Schlussakte, fand ein Treffen zwischen Bundesrat Graber und Erich Honecker, dem Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), statt, um die schnellere Behandlung einzelner pendenter

Fälle voranzutreiben (Dok. 160, dodis.ch/38322). Die Beschlüsse der KSZE boten auch in humanitären Streitfällen mit anderen osteuropäischen Staaten eine gute Grundlage (Dok. 77, dodis.ch/38767). Die Schweiz setzte sich mit Vehemenz für die Ermöglichung von Ausreisen von Schweizer Doppelbürgern, für Familienzusammenführungen und Heiraten über die Grenze ein.

Auch gegenüber dem geteilten Korea, wo sich die Schweiz weiterhin aktiv in der Überwachungskommission engagierte, tat sich das Land schwer mit der Anerkennung des kommunistischen Nordens (Dok. 8, dodis.ch/39285), während andere Neutrale, etwa Schweden, vorpreschten. Nordkorea war der letzte kommunistische Staat, mit dem die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen pflegte. Trotz des immer wieder deklarierten «Universalitätsprinzips» wurde der Schritt erst nach den UNO-Debatten über Korea gewagt (Dok. 91, dodis.ch/39265). Nachdem Südkorea keine gravierenden Reaktionen gezeigt hatte, beruhigten sich auch die Gemüter der schweizerischen Diplomaten (Dok. 127, dodis.ch/39246).

Ebenfalls herausgefordert wurde die Schweizer Diplomatie vom wieder aufflammenden Nahostkonflikt. Während Bundesrat Graber kurz vor dem Ausbruch des Jom-Kippur-Kriegs apologetisch betonte, dass die Nicht-Parteinahme weder Gleichgültigkeit noch Egoismus bedeutete, lobte der israelische Aussenminister mit diplomatischem Wohlwollen die Neutralität, die «loin d'être le synonyme d'une politique d'isolement, est une activité créatrice» (Dok. 44, dodis.ch/39247). Die arabischen Staaten hingegen kritisierten die Schweiz immer wieder heftig für ihre als pro-israelisch empfundene Politik, wie beispielsweise Ende 1975 anlässlich der Verurteilung der Anti-Zionismus-Resolution der UNO durch schweizerische Würdenträger (Dok. 193, dodis.ch/37207).

Die *Wirtschafts- und Finanzbeziehungen* der Schweiz wurden in der untersuchten Periode stark von der weltweiten Währungskrise überschattet. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973, die Ölpreiskrise und die Rezession beschleunigten die Zusammenarbeit und die gegenseitigen Beziehungen unter den westeuropäischen Ländern zur Bewältigung der laufenden und tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Die traditionelle aussenpolitische Zurückhaltung der Schweiz erschwerte die Teilnahme an multilateralen Lösungsansätzen. Die Opposition gegen eine «normalisierte» Einbindung des Landes in das internationale System und nicht zuletzt in die üblichen Praktiken der multilateralen Diplomatie war in Öffentlichkeit, Parlament aber auch in weiten Teilen des Aussenministeriums nach wie vor sehr gross.

Die Loslösung des Dollars vom Gold als Folge des Vietnamkriegs und somit die Aufhebung der fixen Wechselkurse beschäftigten die Schweizer Wirtschaftspolitik (Dok. 7, dodis.ch/39504). Angesichts der internationalen Unsicherheiten erstarkte der Franken. Die Behörden sorgten sich um die Exporte und den Tourismus (Dok. 123, dodis.ch/39500) sowie über die Flucht in den Franken. Das wirtschaftliche Potenzial sowie der Geld- und Kapitalmarkt wurden als zu klein erachtet, um die internationale Verwendung des Schweizer Frankens als Reservewährung zu absorbieren (Dok. 117, dodis.ch/39505). In der Folge unternahm die Schweiz alles, um zwar nicht wieder fixe, jedoch zumindest stabile Währungskurse zu erhalten. Als Lösung anerbot sich ein allfälliger Beitritt zum

Europäischen Wechselkursverbund (sog. Währungsschlange), welcher 1972 von sechs Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Belgien, Niederlande, Frankreich und Italien) ins Leben gerufen wurde und ein gegenseitiges Interventionssystem der Währungen dieser Länder vorsah, die nur innerhalb bestimmter Bandbreiten schwanken durften. Im Januar 1973 stiessen Grossbritannien, Irland und Dänemark dazu. Um die Beitrittsfrage entbrannte eine politische Debatte, die nicht primär durch wirtschaftliche Aspekte determiniert wurde (Dok. 141, dodis.ch/39506). Die Schweizerische Nationalbank setzte sich für einen Beitritt zum Europäischen Wechselkursverbund ein, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, dass die volle stabilitätspolitische Autonomie auch ohne Mitgliedschaft in der Währungsschlange eine Fiktion sei. Trotzdem bestand in der Bundespolitik ein grundsätzlicher Widerstand gegen eine Einbindung der Schweiz in eine europäische Währungsallianz (Dok. 170, dodis.ch/39508). Neben der innenpolitischen Opposition war insbesondere Frankreichs Widerstand gegen einen Beitritt der Schweiz massgeblich. Paris versuchte, eine allfällige Beteiligung des Schweizer Frankens an der Währungsschlange zu verhindern, zu verzögern oder zumindest Zugeständnisse in anderen Politikfeldern, wie dem freien Kapitalverkehr oder Steuerfragen, zu erhalten (Dok. 161, dodis.ch/39509).

Die *wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern* wurde durch die Entwicklungen in Afrika und das gesteigerte handelspolitische Interesse an China geprägt. 1975 erlangten die portugiesischen Kolonien ihre Unabhängigkeit. Damit war der Dekolonisationsprozess in Afrika fast abgeschlossen. Der Zeitpunkt war gekommen, die Afrikapolitik der Schweiz neu zu überdenken, um langfristige Interessen zu sichern. Die Frage der Anerkennung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den konfliktbeladenen neuen Staaten stellte das schweizerische Aussenministerium allerdings vor nicht immer einfache diplomatische Opportunitätsabwägungen (Dok. 101, dodis.ch/38885 und Dok. 166, dodis.ch/38886). Ungleich grösseres politisches Sprengpotenzial behielten aber die Beziehungen mit Südafrika und Rhodesien (Dok. 162, dodis.ch/38916). Was bedeutete es, angesichts der Sanktionen der UNO und der weitgehenden Verurteilung des Apartheid-Regimes durch die Staatengemeinschaft eine «neutrale» Position zu halten? Die schweizerische Diplomatie musste abwägen zwischen den Interessen traditioneller Aussenhandelspolitik und der Notwendigkeit, mit den Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) korrekte Beziehungen aufrecht zu erhalten. Für Letztere stellte das Einvernehmen der Schweiz mit den rassistischen Regierungen Australafrikas ein entscheidender Faktor dar. Die schweizerischen Diplomaten an der Front bemängelten den «stationären» Kurs der Zentrale. An der Sitzung der Afrika-Botschafter im Rahmen der Botschaftertagung 1974 wurde «das Problem auch von den Vertretern des Politischen Departementes und der Handelsabteilung erkannt und es entstand der Eindruck, dass unsere Südafrika-Politik einer Überprüfung unterzogen werden sollte. Aber seither ist, soviel ich weiss, nichts geschehen und wir drehen uns immer noch mit Argumenten in Kreise herum, die zum Teil längst überholt sind», beklagte sich der Schweizer Botschafter in Nairobi (Dok. 154, dodis.ch/38890). Gemäss dem Schweizer Botschafter in Addis Abeba machten sich Kritik gegenüber Handel

und Industrie breit, «die unsere Afrika-Politik – wie ich aus meiner Zentrale-Zeit her weiss – unter hartem Druck halten und oft das langfristige, allgemeine schweizerische Interesse vernachlässigen» (Dok. 100, dodis.ch/38893).

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit geriet angesichts der Ölkrise und der angespannten Konjunkturlage gerade in der Phase unter Druck, als sich das Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Erarbeitung befand (Dok. 112, dodis.ch/38914). Bundesrat Graber nahm daher dezidiert gegen eine Unterstützung der erdölproduzierenden Länder Stellung (Dok. 74, dodis.ch/38300), engagierte sich jedoch stark für die humanitäre Hilfe an die Opfer des Jom-Kippur-Kriegs (Dok. 47, dodis.ch/39249). Auch in Afrika stellten sich Probleme für die Schweizer Entwicklungshilfe. Als diese nach den Massakern in Burundi 1972 zur Debatte stand, wurde pointiert argumentiert, dass das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit die Unterstützung der Bevölkerung und nicht des Regimes sei. Die Entwicklungshilfe sei ein Instrument, um das Vertrauen der afrikanischen Länder zu gewinnen, die ansonsten eine antiwestliche Politik betreiben würden (Dok. 2, dodis.ch/39600). Die erschwerten Umstände nach dem politischen Umsturz in Äthiopien zwangen die Schweiz hingegen beinahe dazu, ihre Hilfe einzustellen (Dok. 131, dodis.ch/38889).

Nach dem Besuch des US-Präsidenten Richard Nixon in China 1972 wandte sich auch die schweizerische Aussenpolitik diesem sich zögerlich öffnenden Markt zu. Zwischen 1973 und 1975 entwickelte sich eine intensive Besuchsdiplomatie. Sowohl die ehemaligen Aussenminister Max Petitpierre und Willy Spühler (1973) als auch die amtierenden Bundesräte Pierre Graber (1974) und Willi Ritschard (1975) reisten nach Peking (Dok. 153, dodis.ch/37707). Die weltweite Krise liess die Schweiz nach alternativen Märkten suchen, in welchen eine Expansion noch möglich war. Nach der Einschätzung des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge war das Potenzial Chinas mit seinen 800 Millionen möglichen Kunden bei weitem nicht ausgeschöpft. Das Handelsvolumen mit China entsprach nach wie vor bloss demjenigen mit Algerien oder Rumänien. Deshalb plädierten die Verantwortlichen für die Aussenhandelspolitik tatkräftig dafür, dass die Schweiz sich ihren Anteil am Geschäft sichern solle (Dok. 137, dodis.ch/37700).

Die Auseinandersetzung um eine Beteiligung der Schweiz an *Internationalen Organisationen* dauerte auch in der untersuchten Periode an. Wie bereits einleitend ausgeführt, erleichterte die blockübergreifende Struktur des KSZE-Prozesses die Partizipation des neutralen Staats. Diese schweizerische Teilnahme bildete einen eigentlichen Meilenstein in der multilateralen Einbindung der Schweiz und führte zu einer markanten aussenpolitischen Öffnung. Viel schwieriger gestalteten sich hingegen die Beziehungen zu den Vereinten Nationen. Die häufige Kritik der UNO an die Adresse der Schweiz, diese halte sich nicht an den Konsens der Weltgemeinschaft, erschwerte innenpolitisch den Annäherungskurs. Im EPD warnten deshalb einzelne Diplomaten davor, sich von der innenpolitischen Realität zu entfernen, wenn beispielsweise die UNO auf die Schweiz wegen ihrer Rhodesien- und Südafrika-Politik Druck ausübte. «Wenn wir bei jedem Räuspern der UN zusammenzucken und beflissen nach Erläu-

terungen und Entschuldigungen suchen», ermahnte die Zentrale die schweizerische Vertretung bei der UNO in New York, «stilisieren wir in den Augen der schweizerischen Öffentlichkeit diese UN um zu einer Art fremden Richters, dem wir Rechenschaft schuldig sind und der sich in schweizerische Belange einmischt. Dies nährt den unterschwelligen Widerstand in der Bevölkerung gegen den UN-Beitritt» (Dok. 183, dodis.ch/40605). Als mögliche Kompensation für die Nicht-Mitgliedschaft bei der UNO erhielt, nach anfänglicher Skepsis, nun auch die Bewegung der Blockfreien zunehmend eine grössere Aufmerksamkeit und die Schweiz zeigte ein verstärktes Interesse am sich anbahnenden «Nord-Süd-Dialog» (Dok. 165, dodis.ch/38984).

Die Bedeutung der *Europapolitik* blieb ungebrochen. Der Zugang zum zusammenwachsenden europäischen Markt war für die Schweizer Wirtschaft zentral, während die Politik versuchte, gleichzeitig die Souveränität soweit als möglich zu erhalten (Dok. 173, dodis.ch/39512). Der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie den daraus resultierenden Sachzwängen entkam auch die Schweiz nicht. Ereignisse wie die im Nahen Osten ausgelöste Energiekrise oder die Währungsschwankungen engten die Autonomie der Staaten ein: «Die schweizerische Politik wird immer stärker komplementär zu externen Umständen und Einflüssen» (Dok. 18, dodis.ch/40541). Um als Vertreterin eines ausserhalb der Strukturen der EWG stehenden Staats ihren Einfluss in wichtigen wirtschaftlichen Verhandlungen geltend zu machen, nutzte die Schweizer Diplomatie wiederholt die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und ihre Möglichkeiten (Dok. 105, dodis.ch/39407). Als Nationalrat James Schwarzenbach in einer Motion die Kündigung des Freihandelsabkommens mit der EWG forderte, um in der aktuellen Wirtschaftskrise mehr Autonomie zu erreichen, warnte das Aussenministerium, die Schweizer Exportwirtschaft, insbesondere die Industrie, benötige den Zugang zu den Exportmärkten, welcher durch das Abkommen gesichert sei (Dok. 145, dodis.ch/39510). Bundesrat Pierre Graber betonte gegenüber dem Aussenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, die starke Verbundenheit der Schweiz mit dem zusammenwachsenden Europa. Emphatisch unterstrich Graber den Wunsch nach Solidarität und den Kooperationswillen der Schweiz, die bloss begrenzt seien «par sa politique de neutralité et quelques particularités (politique agricole et de la main-d'œuvre, démocratie directe)» (Dok. 111, dodis.ch/39502).

Die *«Guten Dienste» und die humanitären Aktionen* standen vor diversen Herausforderungen. Die bedeutendste Rolle als neutraler Anbieter «Guter Dienste» spielte die Schweiz im Rahmen der Verhandlungen zur KSZE-Konferenz, da, wie erwähnt, die beteiligten Staaten zwischen September 1973 und Juli 1975 in Genf über die schliesslich in Helsinki unterzeichnete Schlussakte verhandelten. Die schweizerische Diplomatie empfand dies als eine Doppelrolle: nebst der traditionellen Rolle als gastgebender neutraler Vermittler «Guter Dienste» war nun die Schweiz auch aktive Teilnehmerin (Dok. 32, dodis.ch/38816). Nebst den Aktionen im Nahen Osten spielte die Schweiz ebenfalls eine wichtige Vermittlerrolle im pakistanisch-indischen Konflikt um

die Gründung von Bangladesch (Dok. 43, dodis.ch/39413 und Dok. 45, dodis.ch/39482). Angesichts der schweren Dürre und der Hungersnot in der Sahelzone lancierte das neu geschaffene schweizerische Katastrophenhilfekorps seinen ersten grossen Einsatz (Dok. 103, dodis.ch/39121 und Dok. 136, dodis.ch/39122).

Die Auseinandersetzung mit Italien über die italienischen Fremdarbeiter prägte die *Migrations- und Flüchtlingspolitik* sowie die Beziehung zum südlichen Nachbarn weiter. Viele andere wichtige Themen und Interessen fanden keine Berücksichtigung in bilateralen Verhandlungen, und das Verhältnis zwischen beiden Staaten verschlechterte sich (Dok. 35, dodis.ch/38348). Nach dem gewaltsamen Putsch von Augusto Pinochet gegen den linken Präsidenten Salvador Allende am 11. September 1973 in Chile (Dok. 85, dodis.ch/38253) gab es in der Schweizer Bevölkerungen Solidaritätskundgebungen für die Verfolgten. Max Frisch schaltete sich in die Debatte um die Legitimität dieser Bewegung ein. Sein offener Brief an den Bundesrat kritisierte die Regierung für ihre abwehrende Haltung gegenüber den Flüchtlingen aus Chile. Während Asylsuchende aus kommunistischen Staaten als Zeugen für die dort herrschenden unmenschlichen Zustände mit Solidarität rechnen könnten, träfe dies für die Chilenen – als Zeugen unmenschlicher Zustände unter einer faschistischen Junta – nicht zu. Der Schriftsteller verglich die Haltung des Bundesrates mit derjenigen der Landesregierung von 1938 gegenüber den deutschen Juden (Dok. 69, dodis.ch/38268).

Die im Zuge des Jom-Kippur-Kriegs beschlossene Drosselung der Fördermengen der Organisation erdölexportierenden Länder (OPEC) und die dadurch ausgelöste Erdölkrise offenbarten wiederum die *innenpolitischen Aspekte der Aussenpolitik*. Einerseits erforderten die akute Knappheit des Rohstoffs sowie die dadurch ausgelösten Preiserhöhungen kurzfristige Massnahmen wie das Sonntagsfahrverbot, die den Menschen nachhaltig in Erinnerung blieben (Dok. 49, dodis.ch/39686). Andererseits suchte die Schweiz nach Alternativen und Diversifizierung. Aus der Not drängte sie zu einer Beteiligung an der multilateralen Zusammenarbeit in Energie- und Rohstofffragen (Dok. 58, dodis.ch/40607 und Dok. 185, dodis.ch/40610) und trat beispielsweise dem International Energy Program (IEP) bei (Dok. 49, dodis.ch/39686). Ebenfalls versuchte Bundesrat Brugger anlässlich seines Besuches in der Sowjetunion 1973, über die Lieferung von Erdgas und angereichertem Uran für die Atomkraftwerke zu verhandeln (Dok. 34, dodis.ch/38769). Später verschwand das Interesse an Letzterem, während das sowjetische Erdgas ein Desiderat blieb, das auch Bundesrat Ritschard ansprach, als er zum Zwecke der Einweihung der Swissair-Linie nach Leningrad in der UdSSR weilte (Dok. 143, dodis.ch/38768). Unter Druck blieb die Schweiz seitens der USA. Trotz wiederholten Nachhakens aus Bern in der Frage der während des Zweiten Weltkriegs konfiszierten Vermögenswerte gab das Department of State nicht nach (Dok. 73, dodis.ch/38967). Zugleich gerieten die Schweizer Banken und ihr Bankgeheimnis in den Vereinigten Staaten vermehrt in die öffentliche Kritik (Dok. 109, dodis.ch/38960). Die Schweiz suchte schliesslich nach Wegen, ihr Bild und ihre internationale Perzeption zu verbessern. Die schwache nationale Koordination und das Fehlen eines Gesamtkonzepts zur schweizerischen Präsenz im Ausland stiessen auf Kritik (Dok. 135,

dodis.ch/40560). Daraus folgte die Einsetzung einer Koordinationskommission, aus der sich später «Präsenz Schweiz» entwickeln sollte. Nicht immer gestalteten sich Manifestationen zur Schweiz im Sinne der schweizerischen Diplomatie. So ereiferte sich der Schweizer Botschafter in Schweden über eine Ausstellung im Museum für Moderne Kunst in Stockholm, in der ein als «Alpen» betiteltes Kunstwerk «von einem Deutschen namens Joseph Beuys» ausgestellt wurde, welches aus einer «Art Pissoir» bestand, «auf dessen Gipfel eine Schweizer Fahne ausgebreitet ist» (Dok. 50, dodis.ch/39788).

Die *innere und äussere Sicherheitspolitik* behielt durch die weiterbestehende Bedrohung des palästinensischen Terrorismus, welche die Schweiz mit dem Attentat von Kloten (1969), dem Flugzeugabsturz von Würenlingen und der Entführung einer Swissair-Maschine nach Zerqa (1970) in einen Schockzustand versetzt hatte, weiterhin politische Aktualität. Bundesrat Grabers offizieller Besuch in Ägypten im Mai 1973 (Dok. 14, dodis.ch/39250) hatte eine positive Signalwirkung in der arabischen Welt, auch unter Vertretern der Palästinenser. Diese lobten im Juni 1973 den schweizerischen «Pragmatismus, der es schliesslich gestattet habe, einen Vertreter der PLO mit der Tarnkappe ‹membre de la Mission du Yémen› in Genf unterzubringen. Das sei ein guter Anfang gewesen. Heute wünsche die Fatah in aller Form ihren Wunsch vorzutragen, ihrem Vertreter einen offiziellen Status zu verleihen» (Dok. 23, dodis.ch/39251). Diesem Wunsch kam die Schweiz erst im Juni 1975 nach, nachdem die UNO-Generalversammlung im November 1974 der Palästinensischen Befreiungsorganisation einen Beobachterstatus zuerkannt und der UNO-Generalsekretär beim Bundesrat beantragt hatte, dem inoffiziellen PLO-Vertreter in Genf einen offiziellen Status zuzugestehen. Dem 1975 eröffneten Beobachterbüro bei der UNO in Genf wurde kein diplomatischer, sondern ein beschränkter ad-hoc-Status eingeräumt. Dem Anliegen, den Kompetenzbereich der Vertretung auch auf die Schweiz auszuweiten – was faktisch einer Anerkennung der PLO gleichgekommen wäre – widersetzte sich die Schweizer Diplomatie allerdings mit dem Argument, dass «für uns der multilaterale Bereich in Genf vom bilateralen Bereich klar geschieden sei» (Dok. 187, dodis.ch/38640). Spätestens seit der schweren Krise von Zerqa vom September 1970 war die Frage der Bekämpfung des Terrorismus auch zu einer zentralen Sorge der Schweizer Diplomatie geworden, welche in Anbetracht der internationalen Entwicklungen nicht an Bedeutung verloren hatte (Dok. 78, dodis.ch/39501).

Was schliesslich die historische Aufarbeitung der Geschichte der schweizerischen Aussenpolitik betrifft, so bestand unter den Diplomaten eine gewisse Skepsis gegenüber dem anlaufenden Forschungsprojekt für die Publikation der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz*. Der Vertreter des Departements befürchtete 1974 nach einer Planungssitzung der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz, das Forschungsprojekt werde «mit einem Leerlauf enden! Es wird endlos diskutiert, ohne dass eine genaue Vorstellung darüber besteht, was man praktisch eigentlich will» (Dok. 65, dodis.ch/37041).

Bern, November 2017 SACHA ZALA

IV. ABKÜRZUNGEN / ABRÉVIATIONS / ABBREVIAZIONI

Abs.	Absatz
ADB	Asian Development Bank
adj.	adjoint
AE	Affaires étrangères
AELE	Association européenne de libre-échange
AG	Aktiengesellschaft
a. i. / ad int.	ad interim
AMP	Armeemotorfahrzeugpark
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
Anm.	Anmerkung
Art. / art.	Artikel / article
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
ATS	Agence télégraphique suisse
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
BAD	Banque africaine de développement
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BB	Bundesbeschluss
BBC	Brown, Boveri & Cie
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd. / Bde.	Band / Bände
bes.	insbesondere
betr.	betreffend
BG	Bundesgesetz
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BIRD	Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BIT	Bureau international du travail
BNS	Banque nationale suisse
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BRD	Bundesrepublik Deutschland
brit.	britisch
BR-Beschlussprot. II	Beschlussprotokoll II des Bundesrates
BR-Prot.	Bundesratsprotokoll
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848–1947
BSP	Bruttosozialprodukt
Bull. of.	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
BV	Bundesverfassung
bzw. / bezw.	beziehungsweise
CAAC	Civil Aviation Administration of China
ca.	circa
CBLT	Commission du Bassin du Lac Tchad
CE	Communautés européennes
CEBM	Conférence européenne sur la biologie moléculaire
CEE	Communauté économique européenne

CELIMA	Cementos Lima SA
CERN	Centre européen de recherche nucléaire
CF	Conseil fédéral
cf.	confer
CFA	(Franc de la) Coopération Financière en Afrique centrale
CFPA	Centres de formation professionnelle agricole (au Tchad)
CH	Confoederatio Helvetica
CH-BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
CH-SNB	Archiv der Schweizerischen Nationalbank
CIBA	Gesellschaft für Chemische Industrie Basel
CICR	Comité international de la Croix-Rouge
Cie	Compagnie
CIEA	Centre international d'études agricoles (Algérie)
CIESM	Commission Internationale pour l'Exploration Scientifique de la Mer Méditerranée
CIJ	Cour internationale de Justice
Co.	Company
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance
COST	European Cooperation in Science and Technology
CRS	Croix-Rouge suisse
CSCE	Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CTM	Contrôle technique suisse des montres
DAC	Development Assistance Committee (of the OECD)
DAM	Direction de l'Administration militaire fédérale
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DC	Douglas Commercial
DCA	Défense contre avions
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz / Documents Diplomatiques Suisses / Documenti Diplomatici Svizzeri
DFEP	Département fédéral de l'économie publique
DFJP	Département fédéral de justice et police
DftZ	Der Delegierte für technische Zusammenarbeit (des Politischen Departements)
d. h.	das heisst
DIP	(Direction du) droit international public (du Département politique)
d. J.	dieses Jahres
DM / D-Mark	Deutsche Mark
DMF	Département militaire fédéral
DN	Doubles nationaux
Doc. / Dok.	Document / Dokument
dodis.ch	Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz / Base de données des Documents Diplomatiques Suisses / Banca dati dei Documenti Diplomatici Svizzeri
DPF	Département politique fédéral
Dr. / Dr	Doktor / Docteur
e. a.	entre autres
ECOSOC	Economic and Social Council
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFTA	European Free Trade Association
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EG	Europäische Gemeinschaften

ehem.	ehemaliger
Eidg.	Eidgenössisch / Eidgenössische
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPFL	École polytechnique fédérale de Lausanne
ERG	Exportrisikogarantie
ESO	European Southern Observatory
ESRO	European Space Research Organisation
EStV	Eidgenössische Steuerverwaltung
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
ev. / evt. / evtl. / event.	eventuell
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschafts-departement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ex.	exemple
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FAD	Fonds africain de développement
FAO	Food and Agriculture Organization
FF	Feuille fédérale de la Confédération
FH	Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie / Verband der schweizerischen Uhrenindustrie
FHA	Freihandelsabkommen
FMI	Fonds monétaire international
Fr. / fr. / frs.	Schweizer Franken / Francs suisses
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
Frepo	(Eidgenössische) Fremdenpolizei
FZD	(Eidgenössisches) Finanz- und Zolldepartement
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GD	Generaldirektion
GMT	Greenwich Mean Time
GR	Graubünden
GRP	Gouvernement révolutionnaire provisoire de la République du Sud Vietnam
h	heures
HCR	Haut-Commissariat (des Nations Unies) pour les réfugiés
HEI	(Institut universitaire de) hautes études internationales (Genève)
ibid.	ibidem
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IDA	International Development Association
IDN	Impôt de défense nationale
IE	(Service des) Intérêts étrangers (du Département politique)
IEP	International Energy Program
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IMF	International Monetary Fund
Ing.	Ingenieur
IRG	Geschäftsstelle für Investitionsrisikogarantie
IWF	Internationaler Währungsfonds

Jh.	Jahrhundert
JPD	(Eidgenössisches) Justiz- und Polizeidepartement
K-H	Katastrophenhilfe
KMV	Kriegsmaterialverwaltung
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LB	Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934
lit.	Littera
Ltd.	Limited
m	Meter / mètre
M. / MM.	Monsieur / Messieurs
MAE	Ministère des Affaires étrangères
m. a. W.	mit anderen Worten
MBFR / MFR	Mutual (and Balanced) Force Reductions
Me	Maître
m. E.	meines Erachtens
Mio. / mio	Millionen / millions
Mlle	Mademoiselle
Mme	Madame
MPLA	Mouvement populaire de libération de l'Angola
NN	(Pays) Neutres et Non-alignés (cf. CSCE)
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (in Korea)
N° / N°s	numéro / numéros
NOK	Nordostschweizer Kraftwerke AG
NR	Nationalrat
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NSH	Nouvelle Société Helvétique
NTB	Non-Tariff Barriers to Trade
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OACI	Organisation de l'aviation civile internationale
OAPEC	Organization of Arab Petroleum Exporting Countries
OAU	Organisation of African Unity
o. ä.	oder ähnliches
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
OFIAMT	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
OI	(Direction des) Organisations internationales (du Département politique)
OIT	Organisation internationale du travail
OLP	Organisation pour la libération de la Palestine
OMS	Organisation mondiale de la santé
ONST	Office national suisse du tourisme
ONU	Organisation des Nations Unies
ONUST	Organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve
OPAEC	Organization of Arab Petroleum Exporting Countries
op. cit.	opere citato
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries

OPEP	Organisation des pays exportateurs de pétrole
OSEC	Office suisse d'expansion commerciale
OTAN	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
OUA	Organisation de l'unité africaine
p. / pp.	page / pages suivantes
p. a.	per annum
PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde
PAM	Programme alimentaire mondial
PCE	Partido Comunista de España
p. e. / p. ex.	par exemple
PLO	Palestine Liberation Organization
PNB	Produit national brut
PNUD	Programme des Nations Unies pour le développement
p.o.	pour ordre
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll / Protocole
PS / P. S.	Post scriptum
PTT	Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung / Entreprise des postes, téléphones et télégraphes
PV	Procès-verbal
PVCF	Procès-verbal du Conseil fédéral
resp.	respectivement / respektiv
RFA	République fédérale d'Allemagne
RO	Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
RP	Rapport politique
RPDC	République populaire de Corée
RS	Recueil systématique des lois et ordonnances 1848–1947
RU	Raccolta ufficiale delle leggi federali
S.	Seite
s.	suivant
SA / S. A.	Société anonyme
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SATA	Swiss Association for Technical Assistance
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft
SBS	Société de Banque Suisse
SBV	Schweizerischer Bankverein
schweiz.	schweizerisch
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFr.	Schweizer Franken
SGS	Société Générale de Surveillance
SIFIDA	Société internationale financière pour les investissements et le développement en Afrique
SITEX	Swiss Industrial Technology Exhibition (in Beijing)
sKr	Schwedische Krone
SLM	Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog.	sogenannt
SR	Ständerat
SRPD	Système de règlement pacifique des différends
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
stv.	stellvertretend
s. v. p.	s'il vous plaît

SWAPO	South-West African People's Organisation
TI	Ticino
TRAFIPRO	Travail, Fidélité, Progrès (Rwanda)
TSR	Télévision Suisse Romande
TZ	Technische Zusammenarbeit
u. a.	unter anderem
UBS	Union de Banques Suisses
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens
UN / UNO	United Nations (Organization)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNCURK	United Nations Commission for the Unification and Rehabilitation of Korea
UNDP	United Nations Development Programme
UNEF	United Nations Emergency Force
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
USA / US	United States (of America)
USAID	United States Agency for International Development
US $ / $	Dollar (United States)
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
V.E.	Vostra Eccellenza
vgl.	vergleiche
vol.	volume
VS	Valais
VSM	Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
y. c.	y compris
z. B.	zum Beispiel
ZGV	Zentralstelle für Gesamtverteidigung (des Militärdepartements)
Zif. / Ziff.	Ziffer
ZOB	Zentralstelle für Organisationsfragen der Bundesverwaltung
z. T.	zum Teil

V. DOKUMENTENVERZEICHNIS / TABLE DES DOCUMENTS INDICE E SOMMARIO DEI DOCUMENTI

1
3.1.1973 dodis.ch/38410 *Der Sektionschef in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, S. Arioli, an den Chef der Rechtsabteilung des Politischen Departements, E. Diez, und den Bundesanwalt, H. Walder*
Es stellt sich die Frage, ob die Société Générale de Surveillance eine Bewilligung benötigt, um bei Schweizer Exportwaren nach Zaire, Ghana, Tansania und Kenia eine Qualitäts-, Mengen- und Preiskontrolle durchzuführen.

2
16. 1. 1973 dodis.ch/39600 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, S. Marcuard*
In Burundi wurde die Entwicklungszusammenarbeit nach dem Aufflammen der ethnischen Konflikte im Land nicht abgebrochen, aber eingeschränkt. Es stellt sich nun die Frage, ob die schweizerische Hilfe überhaupt weitergeführt werden soll.

3
31. 1. 1973 dodis.ch/39503 *Le Chef adj. du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen, à diverses représentations suisses*
La Banque nationale suisse a décidé le 23 janvier 1973 de laisser flotter le franc suisse. Explications des raisons de cette décision qui n'a pas toujours été pleinement comprise à l'étranger.

4
1. 2. 1973 dodis.ch/39024 *Referat des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Anlässlich des europäischen Management Forums in Davos wird auf die künftigen Aufgaben der europäischen Wirtschaft und die Rolle der Schweiz in Europa hingewiesen.

5
22. 2. 1973 dodis.ch/39496 *Der Direktor der Handelsabteilung, P. R. Jolles, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Der leitende Ausschuss der OECD wird neu zusammengesetzt. Die Leitung soll P. R. Jolles übernehmen. Hauptsächlich wird er sich mit der Frage der durch die multinationalen Gesellschaften und Investitionen ausgelösten Kapitalbewegungen beschäftigen.

6
22. 2. 1973 dodis.ch/35700 *Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
Der Fall des Schweizerbürgers J. Hentsch, der wegen Devisenvergehen in Schweden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat aufgrund der bevorstehenden Parlamentswahlen in Schweden eine starke politische Komponente erhalten.

7
1. 3. 1973 *Aufzeichnung des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, J. Zwahlen*
dodis.ch/39504 Orientierung über die Währungskrise und das «schmutzige Floaten» des Schweizerfrankens. Dieser ist die Währung, die weltweit die höchste Aufwertung erzielt hat. Die Schweiz verfügt aber nur über wenige aussenhandelspolitische Instrumente, um die Auswirkungen zu mildern.

8
1. 3. 1973 *Aufzeichnung des stv. Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, K. Fritschi*
dodis.ch/39285 Schweden will mit einer baldigen Anerkennung Nordkoreas vorprellen und sucht dafür Unterstützung. Die Schweiz beabsichtigt momentan nicht, Pjöngjang anzuerkennen, um das politische Gleichgewicht in der NNSC nicht zu stören und die USA nicht zu brüskieren.

9
6. 3. 1973 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern, U. Hochstrasser*
dodis.ch/39495 Aus politischer Sicht besteht ein grosses Interesse an einer Beteiligung der Schweiz am Forschungsprogramm der EURATOM, da ihr in diesem Teilgebiet die «gestaltende Mitwirkung» angeboten wurde, die die EWG sonst grundsätzlich ablehnt.

10
20. 3. 1973 *Le Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Département de justice et police, K. Furgler*
dodis.ch/39340 Le collaborateur tchécoslovaque soupçonné d'espionnage devrait être renvoyé par l'Ambassadeur tchécoslovaque à Berne. Cette affaire, considérée comme banale, ne devrait pas être rendue publique.

11
10. 4. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38471 Von der 1970 eingeführten Investitionsrisikogarantie wurde bisher erst wenig Gebrauch gemacht. Überblick inwiefern sie als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit dienen kann.

12
13. 4. 1973 *Notice du Chef adj. de la Division des organisations internationales du Département politique, F. Pictet*
dodis.ch/40106 Entretien de P. Graber avec K. Waldheim à Genève sur différents problèmes: Vietnam, situation financière de l'ONU, Afrique du Sud, sièges d'organisations internationales, Corée du Nord, deux Allemagnes, Chypre et Proche-Orient.

13
5. 1973 *Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/38907 Der Besuch E. Bruggers in Washington hinterliess einen positiven Eindruck, wenn auch das Freihandelsabkommen mit der EWG weiterhin für Missverständnisse sorgt. Weiter wurden die amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung und die GATT-Verhandlungen besprochen.

14
8. 5. 1973 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber, en vue de ses*
dodis.ch/39250 *interventions au Conseil fédéral, devant les Commissions des affaires étrangères des Chambres fédérales et devant la presse*
La visite officielle au Caire et l'échange de vues sur les problèmes du Proche-Orient ont certainement renforcé la réputation de la Suisse. Cette visite a été suivie par la première Conférence régionale des chefs de mission suisses.

15
9. 5. 1973 *Notice du Bureau du Délégué à la coopération technique aux Commis-*
dodis.ch/39603 *sions des finances des Chambres fédérales*
Trois projets de coopération au développement ont subi les contrecoups des évènements au Rwanda. En vue de clarifier la situation, un échange de vues aura lieu entre le Président rwandais, G. Kayibanda, et le Délégué à la coopération technique, S. Marcuard.

16
11. 5. 1973 *Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/39765 Im Rahmen der militärtechnischen Zusammenarbeit mit Schweden wird die schweizerische Beteiligung an der Entwicklung einer schwedischen Fliegerabwehrlenkwaffe beschlossen. Im Erfolgsfall wird die gemeinsame Beschaffung in Aussicht genommen.

17
15. 5. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38892 Überblick über die jüngsten Entwicklungen der Beziehungen der Schweiz zu diversen afrikanischen Staaten im Bereich von Wirtschaft und Finanzen, von Flüchtlingsfragen und Verstaatlichungen sowie der Entwicklungszusammenarbeit.

18
16. 5. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/40541 Der österreichische Aussenminister, A. Kirchschläger, will mit P. Graber die Stellung der Neutralen gegenüber der EG besprechen. Kirchschlägers Sorgen diesbezüglich seien unbegründet, da für die Neutralen diverse Aktionsmöglichkeiten vorhanden sind.

19
22. 5. 1973 *Beschlussprotokoll II der 19. Sitzung des Bundesrats vom 16. Mai 1973*
dodis.ch/39607 Diskussion über die vorgesehenen Auslandreisen der Mitglieder des Bundesrats im Hinblick auf das kritische Echo in der Öffentlichkeit.

20
24. 5. 1973 *Notice interne du Département militaire*
dodis.ch/38821 Lors de la séance demandée par le comité de l'initiative rejetée en 1972, la délégation du Conseil fédéral expose les principes observés par le Gouvernement en matière d'autorisations d'exporter du matériel de guerre et répond à plusieurs questions.

21
4. 6. 1973 *L'Ambassadeur de Suisse à Rome, A. Marcionelli, au Chef du Départe-*
dodis.ch/39487 *ment politique, P. Graber*
Le Premier Ministre maltais, D. Mintoff, a l'habitude de s'en prendre de manière très cavalière à ses interlocuteurs. Lors de son entretien avec A. Marcionelli, il a violemment critiqué l'aide suisse à son pays qu'il considère comme trop modeste.

22
19. 6. 1973 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/39248 Le recours éventuel à la Suisse comme puissance protectrice des adversaires du conflit du Proche-Orient pose de nombreux problèmes, en particulier celui de leur reconnaissance mutuelle.

23
19. 6. 1973 *Notiz des stv. Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, A. R. Hohl*
dodis.ch/39251 Die Fatah-Führung bedauert die Attentate der letzten Jahre, welche die Schweiz betrafen und lobt die Neutralität der Schweiz. Sie wünscht sich für den PLO-Vertreter in Genf einen offiziellen Status. Dies könnte auch Terrorakte in der Schweiz verhindern.

24
21. 6. 1973 *Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du*
dodis.ch/38891 *Département politique, R. Keller*
Il est proposé de donner aux délégations suisses auprès des organisations internationales l'instruction de s'abstenir lors des votes sur la question de la participation des mouvements de libération.

25
28. 6. 1973 *Nationalrat C. Alder an den Bundesrat*
dodis.ch/39375 Entgegen der Absicht des Bundesrats, mit der Botschaft über die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention zuzuwarten bis die Vorlage über die Revision des Staatsvertragsreferendums abstimmungsreif ist, sollte diese sobald wie möglich verabschiedet werden.

26
4. 7. 1973 *L'Ambassadeur de Suisse à La Havane, S. Masnata, au Chef de la Divi-*
dodis.ch/39066 *sion des affaires administratives du Département politique, A. Janner*
La représentation des intérêts étrangers exige des effectifs suffisants, même en période de restrictions financières.

27
13. 7. 1973 *Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/38361 Gleichzeitig mit der Präsentation des ersten Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik kann der Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und Ungarn unterbreitet werden. Die Abkommen entsprechen den mit den anderen Oststaaten ausgehandelten neuen Vertragswerken.

28
24. 7. 1973 *Le Chef du Département politique, P. Graber, au Secrétaire général du*
dodis.ch/38389 *Département politique, E. Thalmann*
Positions de P. Graber sur la question du Portugal au Comptoir Suisse, les problèmes avec le Ministère public concernant les relations avec la Yougoslavie, le commentaire Mobutu et la deuxième phase de la CSCE.

29
26. 7. 1973 *Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales*
dodis.ch/39408 *du Département politique, R. Keller*
Aperçu du développement de la coopération scientifique en Europe et notamment des efforts de coordination des organisations multilatérales en Europe et au sein de l'Administration fédérale.

30
13. 8. 1973 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38910 L'aide accordée aux pays du Sahel qui souffrent de la sécheresse se chiffre actuellement à 2,6 millions de francs. La situation dans cette région est encore loin d'être rétablie. La Suisse devra poursuivre son aide humanitaire dans cette région.

31
24. 8. 1973 *Le Chargé d'affaires de Suisse à Athènes, A. Coigny, à la Direction politique du Département politique*
dodis.ch/39160 En levant la loi martiale qui subsistait à Athènes-Le Pirée et en déclarant une très vaste amnistie, le Président grec, M. Papadopoulos, a dissipé le profond malaise qui planait sur tout le pays.

32
27. 8. 1973 *Rapport de la Délégation suisse aux consultations préliminaires de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe à Helsinki*
dodis.ch/38816 Résumé et bilan de la première phase des négociations de la CSCE avec une description de la position et des actions de la Suisse en tant qu'État neutre. Ordre du jour et positions des différentes parties prenantes.

33
27. 8. 1973 *Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, M. Grossenbacher, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/39938 Schweizerischerseits bestehen Bedenken zum Projekt eines argentinischen Gesetzes über ausländische Investitionen. Trotzdem soll von einer Intervention zugunsten der Pharmaindustrie abgesehen werden.

34
27. 8. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/38769 In den schweizerisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen stachen 1973 die Reise von E. Brugger, die erste Tagung der Gemischten Kommission, die Verhandlungen über die Verlängerung des Uhrenabkommens sowie über die Urananreicherung hervor.

35
28. 8. 1973 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/38348 Italien ist mit der schweizerischen Interpretation eines der Protokolle in Bezug auf Fremdarbeiter nicht einverstanden. Die italienische Seite möchte das Gespräch auf Regierungsebene fortführen, um die hängigen Probleme lösen zu können.

36
29. 8. 1973 *Exposé du 29 août 1973 du Directeur général de la Banque nationale suisse, A. Hay, à l'occasion de la Conférence des ambassadeurs*
dodis.ch/37657 Aperçu de la situation dans le domaine monétaire et des mesures qui ont été prises sur le plan national (mesures anticonjoncturelles) et sur le plan international (plusieurs réévaluations, diverses conférences, etc.).

37
30. 8. 1973 *Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/39289 Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung im Mekong-Gebiet im Rahmen des Mekong-Komitees, das Engagement von V. Umbricht und den schweizerischen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit in diesem Raum.

38
10. 9. 1973 *Kreisschreiben des Sicherheitsbeauftragten des Politischen Departements, L. Meier, an die schweizerischen Vertretungen*
dodis.ch/38191 Überblick über den Verlauf der Besetzungen der schweizerischen Botschaften in Paris und Brüssel durch die Béliers sowie über mögliche Abwehrmassnahmen. Insbesondere soll darauf geachtet werden, dass keine Akten in die Hände von Unbefugten fallen.

39
18. 9. 1973 *Telegramm des Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, Ch. Müller, an die schweizerische Botschaft in Berlin (DDR)*
dodis.ch/38849 Zwei DDR-Bürger, die sich unter vorgetäuschter Identität als Schweizerbürger mit Namen «Kälin» ausgaben, sind seit 1967 einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit nachgegangen. Der Bundesrat protestiert in aller Form gegen diese Machenschaften.

40
21. 9. 1973 *Proposition du Département de l'économie publique au Conseil fédéral*
dodis.ch/38919 Sur l'importance de l'Exposition industrielle suisse de Sao Paulo et le problème du règlement des finances des voyages de H. Schaffner et de son épouse à cette occasion.

41
25. 9. 1973 *Procès-verbal de décision II de la 30ème séance du Conseil fédéral du 22 août 1973*
dodis.ch/37698 En discutant de la venue du Dalaï-lama en Suisse, P. Graber insiste sur la responsabilité du DFJP à l'égard des activités politiques des étrangers tandis que K. Furgler considère les restrictions apportées à la venue du Dalaï-lama par le DPF comme excessives.

42
25. 9. 1973 *Notice interne du Département militaire*
dodis.ch/38820 Les exportations de fournitures suisses qui doivent être considérées et traitées comme du matériel de guerre, ne peuvent être autorisées que lorsque la destination finale est connue. L'application de l'ordonnance correspondante a soulevé certaines difficultés.

43
27. 9. 1973 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/39413 Pour faciliter les opérations de rapatriement et d'échange de personnes entre l'Inde, le Pakistan et le Bangladesh, la Suisse met à disposition un réseau de télécommunications et ses représentants diplomatiques dans ces trois pays.

44
2. 10. 1973 *Compte rendu du Secrétaire du Chef du Département politique, P.-Y. Simonin*
dodis.ch/39247 Lors de sa visite à Jérusalem, P. Graber donne une interprétation de la situation au Proche-Orient du point de vue suisse et fait part à A. Eban, Ministre des Affaires étrangères d'Israël, de ses impressions retenues au Caire au printemps 1973.

45
15. 10. 1973 *Notice du Chef adj. de la Division politique II du Département politique, A. R. Hohl*
dodis.ch/39482 Aperçu des relations bilatérales entre la Suisse et l'Inde en général ainsi que du mandat de puissance protectrice de la Suisse pendant le conflit indo-pakistanais et de la coopération au développement.

46
2. 11 1973 *Beschlussprotokoll II der 40. Sitzung des Bundesrats vom 31. Oktober 1973*
dodis.ch/39599 Ausgehend von der Frage einer schweizerischen Beteiligung an der Waffenstillstands-Aktion der UNO im Nahen Osten, werden verschiedene Möglichkeiten, die Disponibilität der Schweiz künftig aktiver unter Beweis zu stellen, diskutiert.

47
6. 11. 1973 *Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Conseil fédéral*
dodis.ch/39249 Vue d'ensemble du rôle de la Suisse sur le théâtre des opérations au Proche-Orient, notamment son aide à l'ONUST, sa participation éventuelle aux Forces de maintien de la Paix des Nations Unies et son appui donné au CICR.

48
15. 11. 1973 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/39499 L'entretien, avec des représentants du CICR, à la Maison de Watteville portera sur la Conférence internationale de la Croix-Rouge à Téhéran, les actions du CICR au Proche-Orient et la situation financière préoccupante du comité.

49
19. 11. 1973 *Beschlussprotokoll II der 42. Sitzung des Bundesrats vom 14. November 1973*
dodis.ch/39686 Die Versorgungslage der Schweiz mit Brenn- und Treibstoffen ist aufgrund der Restriktionen der ölproduzierenden Länder nicht mehr vollständig garantiert. Die Krise wird ab Mitte Dezember spürbar sein. Mögliche Massnahmen werden diskutiert.

50
22. 11. 1973 *Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/39788 Der schweizerische Botschafter beschwert sich darüber, wie die Schweiz an einer Ausstellung im Museum für Moderne Kunst in Stockholm dargestellt wird. Es wird allerdings schwierig sein, offiziell etwas dagegen zu unternehmen.

51
24. 11. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38766 Die Schweizer Filmwochen hätten in der UdSSR einen verfälschten Eindruck von den sozialen Verhältnissen in der Schweiz hinterlassen. Dennoch kann die Verbreitung einzelner Filme nicht unterbunden werden, ohne den Eindruck einer Zensur zu erwecken.

52
26. 11. 1973 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/40606 Da im Zusammenhang mit der Erdölkrise politische Druckversuche seitens der arabischen Länder auf die Neutralen erwartet werden, sollten die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz erörtert werden.

53
27. 11. 1973 *Notice du Chef du Service économique et financier, J. Zwahlen, à la Division politique I du Département politique*
dodis.ch/37679 Les problèmes de main-d'œuvre seraient à l'origine des relations italo-suisses difficiles. L'ouverture d'une discussion globale est préconisée. La Commission pour les investissements en Italie mériterait une plus grande attention.

54
5. 12. 1973 *Der Direktor der Handelsabteilung, P. R. Jolles, an den Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, A. Grübel*
dodis.ch/38420 Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Beschränkung der Arbeitsbewilligungen für Ausländer sind im In- und Ausland gravierend. Die Gefahr von Retorsionsmassnahmen ist ernst zu nehmen.

55
13. 12. 1973 dodis.ch/38943 *Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Beim Besuch in Washington konnte P. R. Jolles mit diversen Persönlichkeiten die innenpolitische Situation der USA, die Welthandelsbeziehungen und die GATT-Verhandlungen besprechen.

56
17. 12. 1973 dodis.ch/39008 *Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Tripoli, A. Hurni, au Département politique*
Compte rendu de l'entretien avec le Président libyen, M. Kadhafi, après la présentation des lettres de créance. Les positions de la Suisse doivent être mieux expliquées en Libye.

57
7. 1. 1974 dodis.ch/38848 *Protokoll der internen Sitzung des Politischen Departements vom 20. Dezember 1973*
Austausch innerhalb des EPD zum Stand der KSZE in Genf und Übersicht über die einzelnen Punkte der Tagesordnung auf Grundlage des Zwischenberichts der Delegation.

58
18. 1. 1974 dodis.ch/40607 *Compte rendu de l'entretien du 18 janvier entre le Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger, et le Chef du Département politique, P. Graber*
Discussion sur la prise de position de la Suisse sur les problèmes pétroliers actuels et sur la manière de procéder aux niveaux bilatéral et multilatéral, notamment lors de la Conférence sur l'énergie de Washington.

59
23. 1. 1974 dodis.ch/38918 *Notice pour le Chef adj. du Délégué à la coopération technique, Th. Raeber*
La livraison de matériel de guerre au Brésil nuirait aux efforts considérables de la coopération au développement et pourrait susciter des réactions critiques.

60
25. 1. 1974 dodis.ch/38915 *Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, G.-A. Chevallaz, an die Schweizerische Nationalbank*
Die schweizerischen Kapitalexporte nach Südafrika sollen fortan einen Gesamtbetrag von 250 Millionen Franken nicht übersteigen. Eine weitere Zunahme kann mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz nicht mehr verantwortet werden.

61
28. 1. 1974 dodis.ch/38903 *Compte rendu de la Division politique I du Département politique*
Interprétation de la position de la Suisse face au débat atlantique ainsi que de la politique souhaitable et possible.

62
1. 2. 1974 dodis.ch/38425 *Bericht des Vizedirektors des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, G. Pedotti*
Die Erdöl- und Energiekrise hat gezeigt, wie eng die Schweiz mit der Weltwirtschaft verbunden ist. Für die Zukunft ist eine strukturelle und technologische Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen.

63
1. 2. 1974 *Der schweizerische Botschafter in New Delhi, F. Real, an den Direktor*
dodis.ch/39412 *der Verwaltungsdirektion des Politischen Departements, A. Janner*
Es ist wünschenswert, dass F. Real sich wieder einmal nach Nepal begibt, das er gemäss Weisung einmal pro Jahr besuchen sollte. Der letzte geplante Besuch, bei dem das Finanzhilfeabkommen hätte unterzeichnet werden sollen, fand nicht statt.

64
7. 2. 1974 *Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepar-*
dodis.ch/39233 *tements, P. R. Jolles*
E. Brugger und der kanadische Premierminister, P. E. Trudeau, diskutieren die Auswirkungen der Erdölkrise, den Stand der schweizerisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen, die Möglichkeit kanadischer Erdöllieferungen und die Europäische Sicherheitskonferenz.

65
16. 2. 1974 *Protokoll des Generalsekretärs der Allgemeinen Geschichtforschenden*
dodis.ch/37041 *Gesellschaft der Schweiz, B. Junker*
Diskussion der Frage, welchen Umfang und welchen Schwerpunkt eine künftige Publikation zur schweizerischen Aussenpolitik haben und auf welchen Akten sie basieren soll.

66
19. 2. 1974 *Notice du Chef du Service des Suisses à l'étranger du Département*
dodis.ch/38761 *politique, M. Jaccard*
Tour d'horizon des points qui intéressent les Suisses de l'étranger: la loi sur les droits politiques, leur consultation lors de la conclusion d'accords de double imposition et les moyens de les informer, en particulier sur les assurances sociales.

67
25. 2. 1974 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/37676 Mit Portugal wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen gemäss OECD-Mustervertrag abgeschlossen. Die Verhandlungen mit Belgien werden aufgrund belgischer Bedenken bezüglich Steuerflucht und wegen Uneinigkeit bezüglich Quellensteuersatz für Dividenden verschoben.

68
25. 2. 1974 *Notiz für den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen*
dodis.ch/38299 *Departements, S. Marcuard*
Unter gewissen Umständen ist mit den muslimischen Ländern, die nicht zu den reichen Ölstaaten gehören, eine Entwicklungszusammenarbeit möglich.

69
2. 3. 1974 *Offener Brief von Max Frisch an den Bundesrat*
dodis.ch/38268 Kritische Beurteilung der Motive des bundesrätlichen Entscheids zur Einführung des Visum-Zwangs für chilenische Staatsbürger.

70
4. 3. 1974 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38622 Les associations économiques souhaitent que l'accord sur les frontaliers et celui sur la double imposition soient ratifiés en même temps. Cette solution risque cependant de détériorer les relations italo-suisses.

71
5. 3. 1974 *Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, K. Fritschi*
dodis.ch/38306 Auf der Durchreise zum KSZE-Koordinationsausschuss in Genf stattet der ungarische Vizeaussenminister, J. Nagy, E. Thalmann einen Höflichkeitsbesuch ab, bei dem er über die sich positiv entwickelnden Beziehungen mit der Schweiz spricht.

72
7. 3. 1974 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/38499 P. R. Jolles äussert sich ausdrücklich gegen den Antrag des EFZD zu einer weiteren Reduktion der Finanzhilfe. Es würde einem Wortbruch gleichkommen und der Bundesrat würde nebst seiner Glaubwürdigkeit auch politische und wirtschaftliche Interessen aufs Spiel setzen.

73
11. 3. 1974 *Notiz der Direktion für Völkerrecht an die Politische Direktion des Politischen Departements*
dodis.ch/38967 Überblick zum Stand der Frage der während des Zweiten Weltkriegs sequestrierten schweizerischen Vermögen in den USA. Vorschläge für die nächsten Verhandlungsschritte.

74
12. 3. 1974 *Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique, M. Heimo*
dodis.ch/38300 En raison de considérations de politique intérieure, le Chef du Département politique, P. Graber, refusera dorénavant de donner son accord à tout nouveau projet de coopération technique dans la zone géographique des pays producteurs de pétrole.

75
13. 3. 1974 *Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Keller, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38383 Jugoslawiens Präsident Tito empfing H. Keller zu einem Abschiedsbesuch, was als ausserordentliches Ereignis gewürdigt wurde. Tito kannte die bilateralen Verhältnisse und äusserte sich positiv über die Resultate der industriellen Kooperation.

76
19. 3. 1974 *Der stv. Chef der politischen Abteilung II, A. R. Hohl, an die Chefin der Sektion Internationale Hilfswerke des Politischen Departements, D. Werner*
dodis.ch/38817 Die Gewährung von Getreidehilfe an Chile und Zaire dürfte in der schweizerischen Öffentlichkeit auf Kritik stossen. Algerien profitiert von erhöhten Öleinnahmen, was auch hinsichtlich der humanitären Hilfe berücksichtigt werden sollte.

77
21. 3. 1974 *Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, K. Fritschi*
dodis.ch/38767 Die bilateralen Beziehungen zur UdSSR sind gut. Probleme stellen die Ausreisegesuche von Sowjetbürgerinnen zwecks Heirat mit Schweizern und die Tätigkeit sowjetischer Dissidenten in der Schweiz dar.

78
22. 3. 1974 *Notice du Chef de la Section du droit international public du Département politique, J.-P. Ritter*
dodis.ch/39501
Tour d'horizon des efforts entrepris contre le terrorisme. Il faut distinguer la question de principe et les problèmes pratiques qui se posent dans les domaines particuliers de la protection des diplomates et de la protection de l'aviation civile.

79
26. 3. 1974 *Notice du Chef du Secrétariat politique du Département politique, F. de Ziegler*
dodis.ch/38884
Les négociations sur le désarmement en Europe se poursuivent au niveau bilatéral entre les États-Unis et l'URSS sur la limitation des armements stratégiques (SALT) et au niveau des membres de l'OTAN et du Pacte de Varsovie sur la réduction des forces (MBFR).

80
8. 4. 1974 *L'Ambassadeur de Suisse à Paris, P. Dupont, au Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38634
Informations concernant le statut et le nombre de représentants au service funèbre de G. Pompidou. Insistance sur l'aspect exceptionnel – et donc apprécié – de la présence du Président de la Confédération, E. Brugger.

81
11. 4. 1974 *Rundschreiben des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/38270
Auch nach den in Chile gemachten Erfahrungen in Bezug auf die Gewährung von diplomatischem Asyl in schweizerischen Botschaften werden die Instruktionen über die Asylgewährung weiterhin als zweckmässig erachtet.

82
2. 5. 1974 *Rapport de fin de mission de l'Ambassadeur de Suisse à La Haye, C. Caillat*
dodis.ch/37180
L'attitude des Pays-Bas à l'égard de la Suisse a considérablement évolué ces dernières années. Jusqu'à la fin des années soixante les Pays-Bas n'éprouvaient guère de sympathie pour la neutralité suisse.

83
14. 5. 1974 *Procès-verbal de décision II de la 17ème séance du Conseil fédéral du 8 mai 1974*
dodis.ch/39484
Jean Frey SA souhaite exploiter un émetteur radio au Liechtenstein à destination de l'Allemagne du Sud. Il faudra examiner la manière de motiver l'hostilité du Conseil fédéral à cette installation qui permettra de diffuser dans toute la Suisse.

84
21. 5. 1974 *Notice du Directeur adj. de la Direction politique, M. Gelzer, au Délégué à la coopération technique du Département politique, M. Heimo*
dodis.ch/39411
La question se pose de savoir si la politique de coopération au développement de la Suisse à l'égard d'un pays déterminé est affectée lorsque celui-ci lèse des intérêts économiques suisses.

85
21. 5. 1974 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38253
Aperçu des événements au Chili après le coup d'État, des réactions du côté suisse, de l'application de l'asile diplomatique, de la consolidation des dettes et de la libération d'un ressortissant suisse.

86
22. 5. 1974 *Notice interne du Service information et presse du Département politique*
dodis.ch/38402 Les troisième et quatrième initiatives contre l'emprise étrangère en Suisse risquent de provoquer des réactions négatives à l'étranger. Un bulletin d'information sur ces initiatives devra être élaboré.

87
24. 5. 1974 *Circulaire du Directeur de la Direction administrative du Département*
dodis.ch/39216 *politique, A. Janner*
Réactions d'une quarantaine de missions sur la mise sur pied du groupe de travail «Florian». Liste des membres du groupe et des commissions.

88
28. 5. 1974 *Interne Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen De-*
dodis.ch/38459 *partements*
Besprechung zwischen Vertretern der Nationalbank, der Handelsabteilung, der Finanzverwaltung und des EPD über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds.

89
5. 6. 1974 *Compte rendu de la séance de la Délégation du Conseil fédéral pour*
dodis.ch/38858 *les affaires étrangères*
Échange de vues concernant les négociations CSCE à Genève en vue de préparer les options à prendre et les instructions à donner à la délégation suisse.

90
11. 6. 1974 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/40604 Da der Auslieferungsfall B. Losembe vom Staatspräsidenten von Zaire, J. D. Mobutu, sehr persönlich genommen wird und die gegenseitigen Beziehungen auf verschiedenen Ebenen belastet, sollte möglichst bald eine definitive Lösung gefunden werden.

91
17. 6. 1974 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/39265 Volonté, vu la situation internationale et en considération des intérêts économiques, d'établir des relations diplomatiques avec la Corée du Nord, permettant ainsi de combler la dernière lacune dans l'universalité des relations diplomatiques suisses.

92
19. 6. 1974 *Notice interne de la Division du commerce du Département de l'éco-*
dodis.ch/39007 *nomie publique*
Notes sur les relations commerciales avec Hongkong, en particulier dans le domaine de l'horlogerie et de l'industrie de l'habillement.

93
20. 6. 1974 *Der schweizerische Botschafter in Athen, E. von Graffenried, an den*
dodis.ch/39136 *Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann*
Pendent in den Beziehungen der Schweiz mit Griechenland sind die Fragen in Bezug auf die Zollpräferenzen, die Sozialversicherung, die Doppelbesteuerung und die Katastrophenhilfe.

94
8. 7. 1974 *Beschlussprotokoll II der 7. ausserordentlichen Sitzung des Bundesrats*
dodis.ch/38488 *vom 18. Juni 1974*
Diskussion darüber, welche Massnahmen anlässlich der Spanierdemonstration vom 23. Juni 1974 in Genf zu ergreifen sind. Aufgrund der internationalen Rolle des Kantons ist die Frage grundsätzlich mit dessen Regierung zu erörtern.

95
12. 7. 1974 *Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an Alt Bundesrat H. Schaffner*
dodis.ch/40080 Der UN-Bericht über die multinationalen Gesellschaften könnte in einzelnen Entwicklungsländern Tendenzen begünstigen, die Rechte von schweizerischen Unternehmungen in Mitleidenschaft ziehen könnten.

96
16. 7. 1974 *Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen*
dodis.ch/39094 Suite à la fermeture de la banque Herstatt et aux problèmes de liquidité qui en découlent, les banques centrales discutent d'une action coordonnée. La Suisse quant à elle voit la liquidité sur son marché des capitaux s'améliorer.

97
19. 7. 1974 *Notiz für den Direktor der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, Ch. Müller*
dodis.ch/38808 Nach gewaltsamen Regierungswechseln erfolgt in der Regel keine Anerkennung der neuen Führung. Im Falle der aktuellen Ereignisse in Zypern wird die Schweiz abwartend reagieren müssen, da eine Stellungnahme zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht wäre.

98
25. 7. 1974 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38813 En raison de l'aggravation de la situation politique à Chypre, un état-major de crise au DPF est constitué. Il coordonne les contacts diplomatiques de la Suisse avec les belligérants, soutient les actions du CICR et se charge du rapatriement des ressortissants suisses.

99
29. 7. 1974 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/39479 Mit Pakistan und Bangladesch sollen Schuldanerkennungs- und Schuldenkonsolidierungsabkommen abgeschlossen werden. Die Schulden aus einem Kredit, der Pakistan von schweizerischen Banken gewährt wurde, sollen zwischen beiden Ländern aufgeteilt werden.

100
29. 7. 1974 *Der schweizerische Botschafter in Addis Abeba, H. Langenbacher, an den Direktor der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements, R. Keller*
dodis.ch/38893 Die Schweiz sieht sich auf dem afrikanischen Kontinent vielfältiger Kritik ausgesetzt, der ein ausgewogenes Bild entgegengesetzt werden sollte. Der Zeitpunkt scheint gekommen, eine Neuausrichtung der Afrika-Politik in Angriff zu nehmen.

101
5. 8. 1974 *Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, J.-L. Pahud, à la Direction politique du Département politique*
dodis.ch/38885 Le Gouvernement portugais apprécierait vivement qu'aucune reconnaissance de la Guinée-Bissau n'ait lieu avant qu'il n'ait lui-même proclamé l'indépendance.

102
6. 8. 1974 *Interne Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements*
dodis.ch/38913 Die Entwicklungszusammenarbeit mit Asien ist vor allem aufgrund von in der Schweiz kritisch betrachteten politischen Ereignissen wie dem indisch-pakistanische Krieg, dem israelisch-arabische Krieg, dem Ölembargo und dem indischen Atomtest schwieriger geworden.

103
8. 8. 1974 *Rundschreiben des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe,*
dodis.ch/39121 *A. Bill*
Der Bundesrat hat die Einsatzpläne für die Hilfsaktion des Korps für Katastrophenhilfe im Ausland im Gebiet des Tschadsees und in der Gewani-Region in Äthiopien genehmigt. Die Hilfsaktion findet von Oktober bis Dezember 1974 statt.

104
30. 8. 1974 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/39180 La Grèce a besoin du soutien des autres pays européens dans sa transition démocratique. Elle se prépare à reprendre sa place au sein du Conseil de l'Europe.

105
3. 9. 1974 *Notiz des stv. Leiters der schweizerischen Delegation bei den internatio-*
dodis.ch/39407 *nalen Wirtschaftsorganisationen in Genf, C. Jagmetti*
Nach dem Austritt von Grossbritannien und Dänemark sind Zweifel an der weiteren Existenz und der Rolle der EFTA laut geworden. Es ist deshalb an der Zeit eine Standortbestimmung vorzunehmen.

106
5. 9. 1974 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/39478 Überblick über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Pakistan und insbesondere über die Schutzmachttätigkeit der Schweiz in Indien und Pakistan sowie über die Entwicklungshilfe.

107
16. 9. 1974 *Exposé du Chef du Département politique, P. Graber, devant la Com-*
dodis.ch/39382 *mission du Conseil national des 10–11 septembre 1974*
Rapport sur la Convention des droits de l'homme et les conséquences de sa ratification pour la Suisse, y compris la question d'un éventuel référendum.

108
7. 10. 1974 *Interne Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements*
dodis.ch/38470 Der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds wäre nach Auffassung der Völkerrechtsdirektion nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Sie begründet ihre Meinung mit ihrer Definition des Begriffs der Supranationalität.

109
12. 10. 1974 *Notiz des schweizerischen Botschafters in London, A. Weitnauer*
dodis.ch/38960 Erläuterung der Bedeutung des Rechtshilfeabkommens mit den USA für die bilateralen Beziehungen und für das Ansehen des schweizerischen Finanzplatzes.

110
16. 10. 1974 *Referat des Generalsekretärs des politischen Departements, E. Thalmann,*
dodis.ch/38752 *vor der Ständigen Wirtschaftsdelegation*
Erörterung der politischen Implikationen eines Beitritts der Schweiz zum International Energy Program sowie der Frage, ob dieser neutralitätskonform sei.

111
17. 10. 1974 *Compte rendu du Secrétaire du Chef du Département politique, P.-Y. Si-*
dodis.ch/39502 *monin*
La Suisse porte un grand intérêt au renforcement de l'Europe. Elle est satisfaite de l'accord de libre-échange avec les Communautés européennes et souhaiterait l'étendre à d'autres domaines. Dans l'intervalle, l'accord économique avec la RFA garde toute son importance.

112
18. 10. 1974 *Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique,*
dodis.ch/38914 *M. Heimo*
Mieux faire comprendre la distinction entre les intérêts économiques et la politique étrangère de la Suisse permettrait de défendre la coopération au développement face aux critiques du public et d'affronter les obstacles de plus en plus nombreux.

113
30. 10. 1974 *Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Alger, E. Vallotton*
dodis.ch/38991 Bilan des démarches et résultats de la mission suisse en Algérie. Si la mission suisse donne une suite positive à la plupart des demandes des autorités algériennes, celles-ci opposent un silence quasi-systématique aux demandes suisses.

114
1. 11. 1974 *Notice du Chef de division, A. Dunkel, au Directeur de la Division du*
dodis.ch/38593 *commerce du Département de l'économie publique, P. R. Jolles*
Suggestions pour les prochaines démarches lors des négociations commerciales du GATT du côté suisse concernant les objectifs et la durée des négociations ainsi que le rôle de la Suisse.

115
4. 11. 1974 *Procès-verbal de décision II de la séance extraordinaire du Conseil*
dodis.ch/38487 *fédéral du 14 octobre 1974*
L'acceptation de l'initiative de l'Action nationale contre l'emprise étrangère créerait une situation très grave. Le cas échéant, il faudrait éviter de prendre des mesures précipitées. Une séance extraordinaire est prévue.

116
4. 11. 1974 *Beschlussprotokoll II der 39. Sitzung des Bundesrats vom 30. Oktober*
dodis.ch/39630 *1974*
Bei der Diskussion über das Organisationsgesetz steht die Strukturierung der Bundesverwaltung im Zentrum. Die Schaffung eines Präsidialdepartements sowie die Erhöhung der Zahl der Bundesräte werden abgelehnt.

117
7. 11. 1974 *Die Schweizerische Nationalbank an die Staatsbank der Deutschen*
dodis.ch/39505 *Demokratischen Republik*
Transaktionen zwischen ausländischen Partnern in Schweizerfranken könnten schwerwiegende Störungen der Schweizer Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung auslösen. Die SNB wehrt sich deshalb gegen die internationale Verwendung des Schweizerfrankens.

118
8. 11. 1974 *Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Hess, an den Direktor*
dodis.ch/38379 *der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann*
Beim Antrittsbesuch in Belgrad kommen die gute Zusammenarbeit der Gruppe der «N + N» im Rahmen der KSZE sowie Probleme mit dem wachsenden Aussenhandelsdefizit Jugoslawiens gegenüber der Schweiz und die Situation der jugoslawischen Gastarbeiter zur Sprache.

119
13. 11. 1974 *Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen*
dodis.ch/38887
Les troubles relatifs à la fortune de l'ex-Empereur d'Éthiopie, Haïlé Sélassié, soupçonnée de se trouver sur des comptes suisses, donnent lieu à des réflexions sur les principes du secret bancaire et de ses conséquences pour l'image de la Suisse à l'étranger.

120
21. 11. 1974 *Notice pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst*
dodis.ch/38726
Nécessité de trouver une unité de doctrine en vue de la révision de l'Arrêté fédéral sur le contrôle officiel de la montre. L'objectif est d'assurer le bon renom de la montre suisse. La Confédération ne peut participer qu'à quelque chose de sérieux.

121
22. 11. 1974 *Der Direktor der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements, E. Diez, an den schweizerischen Botschafter in Addis Abeba, H. Langenbacher*
dodis.ch/38888
Trotz der bekundeten schweizerischen Kooperationsbereitschaft im Hinblick auf die Auffindung des Vermögens von Haile Selassie, wird das Politische Departement vermutlich kaum einen Beitrag dazu leisten können.

122
26. 11. 1974 *La Chambre des banques de la Commission fédérale des banques à la Direction du droit international public du Département politique*
dodis.ch/39488
Pour prendre une participation majoritaire dans une banque en Suisse, l'Istituto per le Opere di Religione devrait garantir la réciprocité à la Suisse, ce qui est impossible en raison du statut juridique exceptionnel du Vatican.

123
5. 12. 1974 *Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank*
dodis.ch/39500 Beim Festlegen des Wechselkurses fehlen verlässliche Anhaltspunkte an denen sich die Nationalbank orientieren könnte. Es ist zudem ungewiss, welches Kursniveau für den Export und den Tourismus effektiv noch tragbar ist.

124
12. 12. 1974 *Notice interne de l'Administration des finances du Département des finances et des douanes*
dodis.ch/40608
Conversation sur les différentes tendances au sein de l'OPEP concernant le prix du pétrole, le fonctionnement futur du marché du pétrole, les perspectives de négociation sur le plan international et les intentions de l'Arabie saoudite.

125
13. 12. 1974 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/38400 Die Genehmigung des Darlehens des Schweizerischen Bankvereins an Australien soll mit der Auflage versehen werden, dass die australischen Behörden zu Verhandlungen über die diskriminierende Behandlung der Swissair auf dem Tarifgebiet bereit sind.

126
14. 12. 1974 dodis.ch/38638 *Rapport politique du Chargé d'affaires a. i. de Suisse à Damas, W. Roch, au Département politique*
La décision des Chambres fédérales de réduire la contribution suisse à l'UNESCO, en raison des résolutions condamnant Israël, est vivement réprouvée à Damas et considérée comme une trahison de la neutralité et un acte hostile vis-à-vis des Arabes.

127
16. 12. 1974 dodis.ch/39246 *Der schweizerische Botschafter in Tokio, G. E. Bucher, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann*
Die bevorstehende schweizerische Anerkennung Nordkoreas erfolgt in einem für die Regierung Südkoreas psychologisch günstigen Moment. Auch Präsident Park Chung-hee zeigt Verständnis für die Neutralitätspolitik und das Universalitätsprinzip der Schweiz.

128
20. 12. 1974 dodis.ch/39647 *Rapport de fin de mission de l'Ambassadeur de Suisse à Tokyo, G. E. Bucher*
Les relations entre la Suisse et le Japon sont excellentes. Il y a quelques doléances du côté suisse sur les restrictions aux importations de quelques produits et les difficultés d'obtenir des visas à entrées multiples. La colonie suisse est très active.

129
16. 1. 1975 dodis.ch/38349 *Notiz des Sektionschefs der Direktion für Völkerrecht, F. Moser, an den Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, M. Gelzer*
Erläuterungen wie es zum Bundesbeschluss über die Verwendung des «Fonds erblose Vermögen» gekommen ist und weshalb die Summe an den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund und die Zentralstelle für Flüchtlingshilfe verteilt wird.

130
17. 1. 1975 dodis.ch/38490 *Procès-verbal de décision II de la séance extraordinaire du Conseil fédéral du 21 décembre 1974*
Une commande roumaine de boîtes à vitesses pour chars blindés offre l'occasion au Conseil fédéral de réfléchir à la politique de neutralité, aux intérêts commerciaux et militaires ainsi qu'aux réactions dans l'opinion publique.

131
30. 1. 1975 dodis.ch/38889 *Interne Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements*
Für die Fortführung des kostspieligen schweizerischen Spitalprojekts in Äthiopien muss angesichts der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem politischen Umsturz dringend eine Lösung gefunden werden.

132
5. 2. 1975 dodis.ch/39323 *L'Ambassadeur de Suisse à Prague, J.-D. Grandjean, au Directeur de la Direction politique du Département politique, E. Thalmann*
Lors de la présentation des lettres de créance au Premier Ministre tchécoslovaque, L. Strougal, fait part au nouvel Ambassadeur de Suisse à Prague de son désir d'améliorer les relations économiques bilatérales.

133
10. 2. 1975 *Notiz für den Direktor der Direktion für Völkerrecht des Politischen*
dodis.ch/38366 *Departements, E. Diez*
Erläuterung der besonderen Umstände, die 1949 zu den Vereinbarungen mit Polen und Ungarn über die «erblosen Vermögen» geführt hatten. Der Ständerat schliesst sich dem nationalrätlichen Entscheid zum neuen Bundesbeschluss dazu an.

134
11. 2. 1975 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38594 Überblick über die wichtigsten Punkte und die Position der Schweiz im Vorfeld der neuen GATT-Verhandlungsrunde.

135
11. 2. 1975 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/40560 La Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger a été créée car un manque de coordination a été identifié. La présence de la Suisse doit être renforcée en tenant compte du public que l'on souhaite atteindre.

136
12. 2. 1975 *Schreiben der Sektionschefin für Westafrika des Büros des Delegierten*
dodis.ch/39122 *für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, I. Cornaz, an P. Schubarth, Arzt in N'Djamena*
Entgegnung auf die Kritik an der Aktion des Katastrophenhilfekorps in der Sahelzone. Aufgrund der Konzeptionierung des Einsatzes als «Test» für das neugeschaffene Korps waren Fehler und Verbesserungsmöglichkeiten zu erwarten.

137
20. 2. 1975 *Referat des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst,*
dodis.ch/37700 *vor dem Hausverband der Ciba-Geigy AG am 25. Februar 1975 in Basel*
Ungeachtet der unterschiedlichen politischen Systeme wird sich langfristig die Mühe lohnen, die gute politische, psychologische und kommerzielle Ausgangslage der Schweiz in China nutzbar zu machen, um sich einen Anteil an diesem ausbaufähigen Markt zu sichern.

138
20. 3. 1975 *Interne Notiz des Integrationsbüros*
dodis.ch/39493 Beamte der Generaldirektion Wettbewerb der EG-Kommission untersuchen den europäischen Vitamin-Markt auf mögliche Wettbewerbsverstösse. Ein früherer Angestellter von Roche könnte vertrauliche Geschäftspapiere weitergeleitet haben.

139
24. 3. 1975 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/39653 Comme le refus d'autorisation d'une banque japonaise en Suisse le montre, la question de la réciprocité de l'établissement des banques étrangères en Suisse et suisses à l'étranger touche des intérêts économiques généraux.

140
25. 3. 1975 *Interne Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departe-*
dodis.ch/39498 *ments*
Um die Rückschleusung der Petrodollars zu erleichtern und die Zahlungsfähigkeit der Importländer aufrechtzuerhalten, wird von der OECD ein Solidaritätsfonds geschaffen. Der Fonds liegt im Interesse der Schweiz. Neutralitätspolitische Bedenken gibt es keine.

141
15. 4. 1975 *Procès-verbal de décision II de la 12ème séance du Conseil fédéral du*
dodis.ch/39506 *26 mars 1975*
Échange de vues avec F. Leutwiler, Président de la Banque nationale suisse, sur les relations de la Suisse avec le serpent monétaire européen. Les avantages et désavantages d'une participation éventuelle de la Suisse sont discutés.

142
25. 4. 1975 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,*
dodis.ch/37208 *P. R. Jolles, an diverse schweizerische Vertretungen*
Die Schweiz strebt aus handels- wie aus währungspolitischen Gründen eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu den OPEC-Ländern an. Insbesondere sollen die Exporte nach diesen neuen kaufkräftigen Märkten gesteigert werden.

143
25. 4. 1975 *Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge,*
dodis.ch/38768 *R. Probst, an die schweizerische Botschaft in Moskau*
W. Ritschard wird während seines Besuchs anlässlich des Eröffnungsflugs der Aeroflot von Zürich nach Leningrad versuchen, an geeigneter Stelle für die Bezüge von sowjetischem Erdgas durch die Schweiz in den 1980er Jahren eine Bresche zu schlagen.

144
28. 4. 1975 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst*
dodis.ch/39191 R. Probst konnte während der UNIDO-Konferenz in Lima auf die umstrittene Frage der Entschädigung bei Nationalisierungen hinweisen und am Beispiel der Cementos Lima SA illustrieren.

145
29. 4. 1975 *Der Chef des Integrationsbüros, F. Blankart, an den Vorsteher des Volks-*
dodis.ch/39510 *wirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Die Motion Schwarzenbach verlangt, dass das Freihandelsabkommen mit der EWG aufgrund der bestehenden Budgetschwierigkeiten der Schweiz gekündigt wird. Dies ist abzulehnen, da sich das Abkommen nahtlos in die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik einfügt.

146
13. 5. 1975 *Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. A. Nussbaumer, an*
dodis.ch/38309 *den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann, und den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Beim Antrittsbesuch von P. A. Nussbaumer lobt der polnische Staatspräsident, H. Jabłoński, die ungetrübten Beziehungen. Wünschenswert wäre der Abbau des wachsenden polnischen Handelsbilanzdefizits und der Ausbau der industriellen Kooperation.

147
13. 5. 1975 *Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen Departe-*
dodis.ch/39140 *ments, A. R. Hohl*
Gespräch mit Vertretern der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams über das Vorgehen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Schweiz.

148
15. 5. 1975 *Notiz des Präsidenten der Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung, A. Weitnauer*
dodis.ch/34236 Diskussion über die Notwendigkeit, die aussenpolitischen Interessen der Schweiz zur Geltung zu bringen und die Schwierigkeit, dem Wunsch von Parlament und Volk nach mehr Mitbestimmung in der Aussenpolitik gerecht zu werden.

149
2. 6. 1975 *Notice interne de la Division politique I du Département politique*
dodis.ch/38928 Discussions sur l'accord d'entraide judiciaire, l'achat d'avions, les mesures américaines de séquestration, le service militaire des ressortissants suisses et le trafic aérien.

150
3. 6. 1975 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/39074 Das Politische Departement wehrt sich gegen Vorwürfe, die schweizerischen Interessen gegenüber der DDR (Entschädigungs-, Luftfahrt- und Handelsabkommen, Ausreisebewilligungen und Spionagefall Wolf) nicht mit der nötigen Härte zu vertreten.

151
6. 6. 1975 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/38276 Das Ziel der Gläubigerländer bei der Schuldenkonsolidierung ist hauptsächlich die Interessenwahrung der eigenen Gläubiger. Überblick über die bisherigen Konsolidierungen mit Chile und die politischen Vorbehalte in Bezug auf die Menschenrechte.

152
10. 6. 1975 *Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller*
dodis.ch/38443 Beim Empfang des rumänischen Parlamentspräsidenten, N. Giosan, bringt P. Graber, neben der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der KSZE, das Problem der Ausreise von Rumänen zwecks Familienzusammenführung und Eheschliessung zur Sprache.

153
24. 6. 1975 *L'Ambassadeur de Suisse à Pékin, A. Natural, au Directeur de la Direction administrative du Département politique, A. Janner*
dodis.ch/37707 Ces dernières années, la Chine a vécu une période d'ouverture. De nombreuses visites, notamment celle de P. Graber à l'occasion de l'Exposition de l'industrie suisse de Pékin, prouvent le développement des relations bilatérales.

154
24. 6. 1975 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Direktor der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements, R. Keller*
dodis.ch/38890 Der Schweiz würde es gut anstehen, ihre aussenpolitische Haltung gegenüber Afrika neu zu überdenken, und dies nicht nur, weil sie bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen zu Rhodesien und Südafrika nicht im besten Licht dasteht.

155
26. 6. 1975 *Notice interne de la Division politique I du Département politique*
dodis.ch/38724 Aperçu des relations politiques, économiques et culturelles entre la Suisse et la Grande-Bretagne qui sont bonnes. La Grande-Bretagne a toujours fait montre de respect pour la neutralité suisse et a marqué quelque intérêt pour les institutions suisses.

156
7. 7. 1975 *Notiz für den Direktor der Eidg. Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech*
dodis.ch/38540 Die Einsätze des Katastrophenhilfekorps wären ohne die Mithilfe der Armee nicht möglich, vor allem was das Material betrifft. Zukünftig soll hauptsächlich in diesem Bereich zusammengearbeitet werden, da eine Anrechnung des WK eine heikle Angelegenheit ist.

157
23. 7. 1975 *Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, J. Iselin, an den schweizerischen Chargé d'affaires a. i. in Peking, F. Pianca*
dodis.ch/37693 Das EJPD hat das EPD mit der Bewilligung der Konzerttournee eines taiwanesischen Jugendorchesters vor ein «fait accompli» gestellt. Nun soll versucht werden, die Affäre zu beenden, ohne dass die Beziehungen zur Volksrepublik China grösseren Schaden nehmen.

158
30. 7. 1975 *Discours du Président de la Confédération, P. Graber, à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe*
dodis.ch/38867 Position de la Suisse dans la CSCE qui s'engage pour une paix durable et profitable à tous en Europe. Insistance sur l'indépendance des États, leur égalité, les droits de l'homme et le règlement pacifique des différends.

159
31. 7. 1975 *Notiz der politischen Abteilung II an die Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements*
dodis.ch/38439 Die politische Tätigkeit von Ausländern könnte die äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden und muss aus diesem Grund den Forderungen der Neutralitäts- und Nichteinmischungspolitik untergeordnet werden.

160
1. 8. 1975 *Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller*
dodis.ch/38322 Im Rahmen der KSZE in Helsinki führte P. Graber diverse Gespräche über bilaterale Themen mit Delegierten anderer Länder, darunter E. Honecker und V. Giscard d'Estaing.

161
5. 8. 1975 *Proposition du Département fédéral des finances et des douanes au Conseil fédéral*
dodis.ch/39509 La France a adopté une tactique générale pour empêcher une association du franc suisse au serpent monétaire européen. C'est la raison pour laquelle elle a proposé une rencontre bilatérale avec la Suisse avant la réunion à Bruxelles.

162
12. 8. 1975 *Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat*
dodis.ch/38916 Es sprechen mehrere Gründe sehr deutlich gegen die Gewährung einer Exportrisikogarantie von mehreren Milliarden Franken für die Realisierung eines Kernkraftwerkprojekts in Südafrika.

163
20. 8. 1975 *Notiz des Chefs des Integrationsbüros, F. Blankart*
dodis.ch/39526 Ein ausgedehntes Staatsvertragsreferendum ist ein undemokratisches Mittel, das die Regierungskompetenz im aussenpolitischen Handeln einschränkt. Der Vorschlag des Bundesrats ist, anders als der Kommissionsvorschlag, nicht mit unklaren Rechtsbegriffen belastet.

164
20. 8. 1975 *Notice de la Direction politique du Département politique*
dodis.ch/39059 Résumé en vue des débats aux Chambres de la situation du Portugal, des intérêts de la Suisse, de l'attitude de celle-ci et d'autres pays ainsi que des relations avec l'Angola.

165
20. 8. 1975 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/38984 Contrairement aux autres neutres européens, la Suisse ne participera pas à la Conférence des pays non-alignés à Lima. De manière générale et à long terme, il serait quand même souhaitable qu'elle manifeste un intérêt plus marqué pour les non-alignés.

166
21. 8. 1975 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/38886 L'établissement des relations diplomatiques suivant la décolonisation portugaise en Afrique pose des problèmes variés émanant de la situation politique dans la région et de l'attitude des nouveaux régimes à l'égard de la Suisse.

167
27. 8. 1975 *Mitbericht des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements an den*
dodis.ch/39486 *Bundesrat*
Der Beteiligung der Schweiz am Programm der EURATOM zur Kernfusion wird zugestimmt, da diese die Zukunftshoffnung aller Energiewirtschaftler ist. Zudem ist es eine günstige Gelegenheit, Zugang zu den Forschungsergebnissen der EURATOM zu erhalten.

168
8. 1975 *Notiz für die Teilnehmer der Privatwirtschaft an der Botschafterkonferenz*
dodis.ch/38341 Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes der schweizerischen Aussenvertretungen zur Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen.

169
10. 9. 1975 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/38819 Die Handhabung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial wirft angesichts der wirtschaftlichen Rezession neue Fragen auf. Zudem stellt die Entscheidung über ein Ausfuhrembargo nach Staaten mit inneren Konflikten oft eine Ermessensfrage dar.

170
14. 9. 1975 *Notiz über die Sitzung der bundesrätlichen Delegation für Finanz und*
dodis.ch/39508 *Wirtschaft*
Ein Beitritt der Schweiz zur europäischen Währungsschlange wird weiterhin angestrebt, da dieser der Exportwirtschaft eine relative Wechselkursstabilität bringen würde. Ebenfalls diskutiert werden die konjunkturpolitische Verfassungslage und die Preisüberwachung.

171
22. 9. 1975 *Rundschreiben des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge,*
dodis.ch/38504 *K. Jacobi*
Tour d'horizon mit dem Präsidenten der Weltbank, R. McNamara, über Entwicklungsfragen, die Beziehungen der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods und darüber, dass die Weltbank erstmals Gegenstand einer Volksabstimmung würde.

172
26. 9. 1975 *Notice interne de l'Ambassade de Suisse à Paris*
dodis.ch/38721 Selon le journaliste R. Dabernat, la France souhaiterait réactiver ses relations avec la Suisse. Toutefois, contrairement à son prédécesseur, le Président V. Giscard d'Estaing n'a que peu de sympathie pour la Suisse.

173
30. 9. 1975 *Notice du Chef adj. du Bureau de l'intégration, Ch. Boesch*
dodis.ch/39512 Aperçu de l'état des relations entre la Suisse et la CEE: tous les accords conclus, y compris les accords de libre-échange, fonctionnent bien. Mais ils ne sauraient répondre à tous les problèmes économiques entre ces deux partenaires.

174
2. 10. 1975 *Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Conseil fédéral*
dodis.ch/39119 Situation politique en Espagne selon les informations de l'Ambassadeur de Suisse à Madrid, S. F. Campiche, rappelé en consultation par décision du Conseil fédéral.

175
6. 10. 1975 *Notice du Chef adj. de la Division politique I du Département politique, C. Caratsch*
dodis.ch/39060 Discussion de la pertinence d'une assistance au Portugal en réponse aux demandes adressées par ce pays à l'AELE.

176
8. 10. 1975 *Aide-mémoire du Département politique à l'Ambassade de Grande-Bretagne à Berne*
dodis.ch/38430 L'entraide judiciaire entre la Suisse et le Royaume-Uni est expliquée en rapport avec le droit suisse, en particulier les art. 271 et 273 CP. Ces questions ont été soulevées après une visite de deux fonctionnaires des douanes britanniques.

177
14. 10. 1975 *Rundschreiben des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller, an diverse schweizerische Vertretungen*
dodis.ch/38875 Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte beginnt die Arbeit an der Umsetzung der beschlossenen Bestimmungen, vorwiegend in den Bereichen Wirtschaft und Humanitäres. Das EPD prüft zusammen mit den verantwortlichen Ämtern die zu ergreifenden Massnahmen.

178
24. 10. 1975 *Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Peking, H. Langenbacher*
dodis.ch/37717 Die Schweiz ist in China «in», weil Westeuropa «in» ist. Die bewaffnete Neutralität, die frühzeitige Anerkennung der Volksrepublik und gemeinsame Wesensarten sind dabei nur Garnitur. Entscheidend ist, welchen Nutzen die Schweiz China bringen kann.

179
27. 10. 1975 *Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Beyrouth, A. Natural, au Département politique*
dodis.ch/38639 La chancellerie de l'Ambassade de Suisse à Beyrouth se trouve progressivement dans la zone des combats. Le Liban s'enfonce dans la guerre civile. La situation se dégrade de jour en jour et les enlèvements commencent à concerner les étrangers.

180
31. 10. 1975 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/38699 Tour d'horizon des relations bilatérales entre la Suisse et la France durant la première moitié des années septante. Points marquants susceptibles d'être relevés lors de la visite d'adieux de B. Dufournier, Ambassadeur de France en Suisse.

181
3. 11. 1975 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/38920 Die Weigerung der DDR, Ausreisen von Schweizern und deren Ehepartnern zu genehmigen, belastet die Beziehungen. Eine Ausschaffung von in der Schweiz inhaftierten Ostspionen als Gegenleistung zur Lösung solcher «humanitärer Fälle» kommt nicht in Frage.

182
3. 11. 1975 *Notice pour le Directeur de la Division du commerce du Département de*
dodis.ch/38602 *l'économie publique, P. R. Jolles, et pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst*
État actuel des négociations GATT concernant notamment la politique agricole et les accords de libre-échange. Mesures à prendre sur le plan suisse.

183
7. 11. 1975 *Notiz des stv. Direktors der Politischen Abteilung II des Politischen*
dodis.ch/40605 *Departements, H. Kaufmann*
Die Schweiz sollte gerade mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung gelegentlich zu verstehen geben, dass sie ungerechtfertigte Einmischungen der UNO, wie im aktuellen Fall bezüglich der Rhodesien-Sanktionen, klar zurückweist.

184
11. 11. 1975 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,*
dodis.ch/40609 *P. R. Jolles, an den schweizerischen Botschafter in Köln, M. Gelzer*
Auch wenn die Bereitschaft zu einer engen Kooperation mit Österreich vorhanden ist, legt die Schweiz grossen Wert darauf, ihre Kandidatur zur Teilnahme an der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit durchzubringen.

185
12. 11. 1975 *Notiz für den Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen*
dodis.ch/40610 *Departements, J. Zwahlen*
Im Zuge der zunehmenden Bedeutung von internationalen Rohstoffproblemen gewinnt auch die schweizerische Haltung dazu an Gewicht. Das EPD sollte daher die Strategie festlegen, die in den kommenden multilateralen Verhandlungen verfolgt werden soll.

186
12. 11. 1975 *Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat*
dodis.ch/39242 Das Bundesamt für Sozialversicherung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Politischen Departement eine Priorisierung der Verhandlungen über Sozialversicherungsabkommen auszuarbeiten und dabei insbesondere die skandinavischen Länder zu berücksichtigen.

187
17. 11. 1975 *Interne Notiz der Politischen Direktion des Politischen Departements*
dodis.ch/38640 Die Palästinensische Befreiungsorganisation weiss die Eröffnung eines Büros in Genf sehr zu schätzen und lobt das gute Verhältnis zur Schweiz. Allerdings gilt es zu vermeiden, dass dadurch die bilateralen Beziehungen zu Israel beeinträchtigt werden.

188
18. 11. 1975 *Schlussbericht des schweizerischen Botschafters in Canberra, M. König*
dodis.ch/38396 Überblick über die schweizerisch-australischen Beziehungen, namentlich die geplanten Abkommen in den Bereichen Doppelbesteuerung, Luftfahrt und Rechtshilfe, die Entwicklung der Handelsbeziehungen und die schweizerischen Investitionen.

189
19. 11. 1975 *Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/39026 Angesichts der Bedeutung, die dem Handelsabkommen mit der DDR zukommt, soll mit seiner Inkraftsetzung nicht weiter zugewartet werden, auch wenn bei den parallel geführten vermögensrechtlichen Verhandlungen zahlreiche wichtige Fragen offen bleiben.

190
27. 11. 1975 *Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, M. Heimo, an den Vor-*
dodis.ch/38912 *steher des Politischen Departements, P. Graber, sowie an die Dienstchefs des Politischen Departements*
Die im Hinblick auf das Bundesgesetz zur Entwicklungszusammenarbeit im EPD getroffene verwaltungsinterne Neuregelung soll dazu beitragen, zukünftig die Entwicklungspolitik breiter abzustützen und ihr noch grösseres Gewicht zu verleihen.

191
3. 12. 1975 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/39095 Plusieurs défis attendent le nouveau Roi d'Espagne Juan Carlos de Bourbon dont la marge de manœuvre est étroite sur la voie de la libéralisation et de la démocratisation.

192
4. 12. 1975 *Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales*
dodis.ch/38818 *du Département politique, R. Keller*
La Suisse offre son aide humanitaire indépendamment du régime politique du pays bénéficiaire. Elle intervient aussi longtemps que son aide est acceptée. En ce qui concerne l'équipe médicale suisse retirée du Laos, aucune partie n'a perdu la face.

193
7. 12. 1975 *Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Bagdad, A. Natural, à la Di-*
dodis.ch/37207 *rection politique du Département politique*
Les critiques suisses de la résolution 3379 de l'ONU qui décrète l'antisionisme comme une forme de racisme sont interprétées par l'Irak comme une manifestation d'hostilité à l'encontre des Arabes.

194
16. 12. 1975 *Il Ministro degli Affari Esteri italiano, M. Rumor, al Capo del Dipar-*
dodis.ch/38628 *timento politico, P. Graber*
Le conversazioni tra Svizzera e Italia in materia di doppia imposizione si sono concluse positivamente con la parafatura di una convenzione. Il Governo italiano chiede di accelerare l'iter di ratifica.

VI. DOKUMENTE / DOCUMENTS / DOCUMENTI

1

dodis.ch/38410

Der Sektionschef in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, S. Arioli, an den Chef der Rechtsabteilung des Politischen Departements, E. Diez, und den Bundesanwalt, H. Walder[1]

Prüfung von schweizerischen Exportwaren zum Zwecke der Devisenkontrolle

Bern, 3. Januar 1973

Die Société Générale de Surveillance in Genf (im folgenden SGS) hat 1963 von der Nationalbank des Kongo (Kinshasa) den Auftrag erhalten, die schweizerischen Exportwaren einer Qualitäts-, Mengen- und Preiskontrolle zu unterziehen, um Überfakturierungen zum Zwecke unerlaubter Devisenausfuhren zu verhindern. 1965/66 sind die Bundesbehörden auf diese Tätigkeit der SGS aufmerksam geworden[2]. Die Bundesanwaltschaft hat in einem Schreiben an uns vom 25. Januar 1966[3] (B.13.11-125/Vo/a/5) Stellung genommen. Eine Bewilligung nach Art. 271 StGB[4] ist in der Folge jedoch nicht erteilt worden[5], da vorerst unklar blieb, ob die SGS im Auftrag der Nationalbank oder des kongolesischen Importeurs tätig war.

1971 erhielt die SGS einen gleichen Auftrag von der Nationalbank Ghana[6]. 1972 folgte Tansania[7] und neuestens Kenia[8].

Bereits für die Kontrollen der für den Kongo Kinshasa (heute Zaïre) bestimmten Waren ist zwischen dem Vorort des Handels- und Industrie-Vereins und der SGS eine vertrauliche, informelle Absprache über die Durchführung getroffen worden. Über den Inhalt dieser Absprache gibt der beiliegende Auszug[9] aus dem Bulletin des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller Auskunft. Diese Mitteilung ist allerdings insofern irreführend, als nach unseren Feststellungen die Nationalbank und nicht der Importeur Auftraggeber der

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#281* (B.11.42.0). *Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements. Handschriftliche Marginalie:* VA seit 1966 (ev. Dossier fremde Amtshandlungen).
2. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Moser an die schweizerische Botschaft in Kinshasa vom 15. Juli 1965,* dodis.ch/40753.
3. *Schreiben von O. Hänni an E. Stopper vom 25. Januar 1966,* dodis.ch/40754.
4. *Zur Frage, ob die Tätigkeit de Société Générale de Surveillance unter Art. 271 StGB fällt, vgl. das Gutachten von H. Walder zuhanden des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller und der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie vom 29. August 1975,* dodis.ch/38421.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von O. Hänni an die Maschinenfabrik Benninger AG,* dodis.ch/40755.
6. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Kuster an das Politische Departement, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und den Vorort vom 6. Juli 1971,* dodis.ch/38416.
7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 1 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Daressalaam vom 23. November 1972,* dodis.ch/38414.
8. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Moser an R. Wolf vom 16. Februar 1973,* dodis.ch/38415.
9. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

SGS ist (vgl. Ziffer 1 Einleitungssatz und Ziffer 3) und als die schweizerischen Branchenverbände nicht als vom Bundesrat anerkannte Beglaubigungsstellen bezeichnet werden können.

Die Tätigkeit der SGS hat sich nach unseren Informationen im Rahmen dieser Vereinbarung gut eingespielt und wird von den schweizerischen Wirtschaftskreisen allgemein akzeptiert[10]. Die Uhrenindustrie, die Ende des letzten Jahres noch Bedenken bei uns angemeldet hat, ist nun im Begriffe, eine entsprechende Vereinbarung mit der SGS auszuarbeiten.

Da die Kontrollen der SGS im Auftrag einer ausländischen Behörde zum Zwecke der Durchsetzung ausländischen Rechts vorgenommen werden, erachten wir den Tatbestand des Art. 271 StGB in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Bundesanwaltschaft vom Jahre 1966 als gegeben. Eine Bewilligung erscheint uns angemessen, denn ohne diese Kontrollen würden schweizerische Waren in den betreffenden Ländern nicht mehr zum Import zugelassen. Um die Tätigkeit für fremde Staaten im Rahmen des unbedingt notwendigen zu halten und damit auch unerwünschte Präjudizien zu vermeiden, sollte die Bewilligung indessen nur für eine Tätigkeit im Rahmen und nach den Modalitäten der Vereinbarung mit den Wirtschaftsorganisationen der betroffenen Unternehmen gelten. Damit würde auch Gewähr geboten, dass schweizerische Firmen nicht gezwungen werden, Auskünfte in Verletzung von Art. 273 StGB zu geben, wie z. B. Angaben über die Preise von Lieferungen an Drittfirmen im In- und Ausland.

Wir wären Ihnen dankbar für Ihre Stellungnahme[11] zur Rechtslage und zur Frage der Bewilligung. Sofern Sie sich mit unserer Beurteilung und unserem Vorschlag einverstanden erklären können, werden wir dem EVD beantragen, die Bewilligung im geschilderten Rahmen gemäss dem BRB vom 7. Juli 1971[12] über die Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbständigen Entscheid der Bewilligungen nach Art. 271 Ziffer 1 des StGB zu erteilen[13].

---

10. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Egli an G. Winterberger vom 16. Januar 1974,* dodis.ch/38411.
11. *Schreiben von H. Walder an P. R. Jolles vom 16. Februar 1973,* dodis.ch/38422. *Vgl. ferner das Schreiben von J.-P. Ritter an H. Walder vom 14. Februar 1973, Doss. wie Anm. 1.*
12. *DDS, Bd. 25, Dok. 83,* dodis.ch/35204.
13. *Das Volkswirtschaftsdepartement wurde vom Bundesrat ermächtigt, diese Bewilligungen zu erteilen. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 227 vom 13. Februar 1974,* dodis.ch/38412. *Für die Bewilligung für Ghana, Kenia, Tansania und Zaire vgl. das Schreiben von E. Brugger an die Société Générale de Surveillance vom 26. Februar 1974,* CH-BAR#7110#1985/97#52* (206.2). *Für die Bewilligung für die Elfenbeinküste vgl. das Schreiben von E. Brugger an die Société Générale de Surveillance vom 13. August 1975,* dodis.ch/38412 *sowie das Schreiben von P. Brügger und G. Winterberger an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 19. September 1975,* dodis.ch/38417.

2

dodis.ch/39600

Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, S. Marcuard[1]

SCHWEIZERISCHE ENTWICKLUNGSHILFE AN BURUNDI

Nairobi, 16. Januar 1973

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 12. Dezember[2] über die Beantwortung der kleinen Anfrage Butty[3].

Es war sicher richtig, dass die Schweiz ihre Entwicklungshilfe, nicht einfach abgebrochen, sondern lediglich eingeschränkt hat, obwohl sie unter dem Eindruck des von der Regierung gedeckten, ja geförderten Genozids an den Hutu[4] moralisch gesehen zu einem Abbruch der Hilfe berechtigt gewesen wäre. Die Beziehungen waren in den Krisentagen, etwa als die schweizerischen Professoren an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bujumbura entgegen dem Willen von Rektorat und Behörden die Vorlesungen einstellten[5], oder als einige Schweizer ihrer Entrüstung mehr oder weniger offen Ausdruck gaben – ich verstehe sie gut – ohnehin recht gespannt. Es muss angenommen werden, dass das Aussenministerium unter dem berüchtigten Tutsi-Extremisten Simbananiye die damalige Haltung unseres Konsularagenten, Professor Bonvin, ihm noch immer nachträgt, denn trotz verschiedenen Erinnerungsnoten ist ihm bis heute das Exequatur als Konsul nicht erteilt worden (ich werde nicht mehr darauf bestehen, da Herr Bonvin's Vertrag im Sommer abläuft und er dann Burundi verlassen wird).

Es spricht für unsere Landsleute in Burundi, dass sie trotz der wenn nicht materiell so doch moralisch schwierigen Situation, in die sie angesichts des wilden Mordens um sich herum gerieten, ausharrten. Nur wenige hatten sich zu sehr exponiert und mussten oder wollten gehen. Wichtig ist vor allem dass die übers Land verteilten Missionare blieben, denn so konnte die der Wut ihrer traditionellen Unterdrücker ausgesetzte Hutu-Bevölkerung wenigstens geistlichen Zuspruch erhalten[6]. Obwohl sich die Tutsi auf dem Höhepunkt ihres

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2005A#1985/101#277* (t.311). *Visiert von J. Zwahlen am 16. Februar 1973. Kopie an die Politische Direktion und den politischen Dokumentationsdienst des Politischen Departements, J. R. Bonvin und die schweizerische Botschaft in Kigali. Handschriftliche Marginalie von R. Wilhelm: [S. Salvi] + [P. Erni]* = m'en parler.
2. *Schreiben von H.-Ph. Cart an R. Pestalozzi vom 12. Dezember 1972,* CH-BAR#E2005A#1983/18#229* (t.311).
3. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2060 vom 15. November 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#788*.
4. *Zu den Ereignissen in Burundi vgl. den Politischen Bericht Nr. 6 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36755 *sowie die Politischen Berichte Nr. 4 und 5 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 18. und 31. Mai 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#53* (A.21.31).
5. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 6 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36755, *bes. S. 6 sowie Doss.* CH-BAR#E2005A#1983/18#230* (t.311.002).
6. *Vgl. Anm. 5, bes. S. 5.*

Gegenschlages gegen die Hutu in ihren Greueltaten kaum durch die Gegenwart der weissen Zeugen hatten abhalten lassen, darf angenommen werden, dass in den darauffolgenden Phasen der Wunsch nach Verbesserung des Image der Regierung deren Massnahmen positiv beeinflusst hat. Die Regierung wünschte, dass die weisse Bevölkerung blieb und dass die Entwicklungshilfe fortgesetzt werde und sie musste sich entsprechend verhalten. Wäre die weisse Bevölkerung weggezogen oder die Entwicklungshilfe eingestellt worden, so hätte nur noch wenig Grund bestanden, auf die Meinung des westlichen Auslandes Rücksicht zu nehmen.

Nach den Berichten[7], die ich über Burundi erhalte, macht die Regierung ernstliche Anstrengungen zum Wiederaufbau des Landes. Die systematischen Aktionen zur Reduktion der Hutu-Bevölkerung und zur Eliminierung der Hutu-Elite ist schon seit einiger Zeit beendigt. Gegenteilige Behauptungen, wie sie etwa noch von Ruanda ausgestreut werden, werden von den Beobachtern in Burundi selbst dementiert. Herr Bonvin hat mir im übrigen noch einen ausführlichen Bericht[8] zu Ihren Handen über die Lage in Burundi in Aussicht gestellt.

Ich glaube, dass wir heute genügend Abstand von den Ereignissen des vergangenen Jahres haben, um zu einem Entschluss über die Weiterführung der Hilfe zu kommen. Insbesondere wenn wir ein Projekt nach Beendigung des laufenden Projektabkommens nicht weiterführen wollen, sollten wir die burundischen Behörden frühzeitig informieren, damit sie sich allenfalls nach anderen Geberländern oder -organisationen umsehen können, welche bereit sein könnten, die schweizerische Hilfe fortzusetzen. Ich habe schon bei meinem Besuch in Bern im letzten September darauf hingewiesen und damals die Auffassung vertreten, dass wir unseren Entscheid über die Weiterführung des Universitätsprojektes bis Ende des Jahres treffen sollten, wenn möglich nach Abklärung bei anderen potentiellen Gebern, z. B. bei den Franzosen oder beim UNDP, ob sie bereit wären, an die Stelle der Schweiz zu treten. Eine Stellungnahme wird nun dringlich, da wir sonst riskieren, dass unser Projekt, wenn wir es nicht weiterführen, vollständig zusammenbricht und unsere bisherigen Anstrengungen vergeblich waren[9].

Ich erlaube mir hier einige Betrachtungen zur Frage der Weiterführung der Hilfe, die Ihnen Ihren Entscheid erleichtern mögen.

1. Wir haben es in Burundi mit einer rassischen Minderheitsregierung zu tun[10], die gezeigt hat, dass sie das Aufkommen der rassischen Mehrheit mit allen Mitteln zu verhindern gewillt ist. Dasselbe lässt sich etwa von Südafrika sagen, wo ebenfalls eine rassische Minderheit die Gleichstellung mit der als minderwertig angesehenen Mehrheit zu verhindern sucht. Die Mittel sind allerdings andere, aber im Effekt läuft es auf dasselbe hinaus. Die Tutsi in Burundi

---

7. *Vgl. Doss.* CH-BAR#E2200.185-02#1985/162#8* (771.20.0).
8. *Bericht von J. R. Bonvin vom 12. Januar 1973, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner die Notiz von H. Grob vom 16. Februar 1973,* dodis.ch/40398.
9. *Erste handschriftliche Marginalie:* Warum sollten wir anderen zumuten, was wir selbst nicht glauben verantworten zu können? *Zweite handschriftliche Marginalie:* Voici la raison.
10. *Vgl. dazu die Notiz von A. R. Hohl an P. Graber vom 25. April 1974,* dodis.ch/40399.

wenden eben die traditionellen afrikanischen Mittel an. Man weist in Afrika, etwas maliziös, gerne darauf hin, dass die gegenseitigen Metzeleien der weissen Stämme unter sich bedeutend grössere Ausmasse angenommen haben (1. und 2. Weltkrieg), so dass die Entrüstung der Weissen, wenn afrikanische Stämme tötend aufeinanderprallen, zu einem grossen Teil Heuchelei sein müsse. Ich glaube, es tut gut, diese Relation gegenwärtig zu behalten, wenn wir über ein afrikanisches Land mit Stammesfehden ein Urteil fällen.

2. Es gibt in jeder Gesellschaft positive und negative Elemente, solche mit denen man zusammenarbeiten kann und solche, wo dies weniger oder nicht möglich ist. Das trifft auch auf die Tutsi in Burundi zu. Bei jeder Entwicklungshilfe gilt es, mit den positiven Elementen zusammenzuarbeiten und die negativen Elemente möglichst auszuschalten. Die gegenwärtige Regierung setzt sich aus Extremisten und Gemässigten zusammen (von den paar Hutu-Ministern, die reine Dekorationsfiguren zu sein scheinen, spreche ich hier nicht). Unter den Gemässigten gibt es zahlreiche, die gegen eine Verschärfung der Stammesgegensätze sind und einen Ausgleich unter den Stämmen Burundis anstreben. Diese Leute, die das Vorgehen der Extremisten verurteilen, wenn sie es auch aus Stammessolidarität nicht offen sagen, haben weniger Chancen, sich durchzusetzen, wenn sich der Westen von Burundi abwendet.

3. Die Entwicklungshilfe gilt nicht einem Regime, sondern der Bevölkerung der Entwicklungsländer[11]. Wenn wir durch Einstellung der Entwicklungshilfe einem Regime unser Missfallen gegenüber seiner Politik bezeugen wollen (diese Politik können wir ja nicht durch Entzug unserer Hilfe ändern), so entziehen wir die Hilfe auch den Opfern dieses Regimes[12], der Bevölkerung. Das burundische Volk verdient unsere Hilfe nicht weniger, weil es ein verabscheuenswürdiges Regime hat.

4. Gleichzeitig ist es gut, sich daran zu erinnern, dass Entwicklungshilfe nicht nur ein soziales und humanitäres Unternehmen ist, sondern auch eine politische Komponente hat: internationale Solidarität im politischen Sinne. Der Westen muss das Vertrauen der Entwicklungsländer gewinnen, ansonst die Entwicklungsländer eine antiwestliche Politik (eine noch antiwestlichere Politik als gegenwärtige) betreiben. Ein Mittel dazu ist die Entwicklungshilfe. Dabei ist es weniger schlimm, wenn wir nicht allen Entwicklungsländern helfen – das ist ohnehin nicht möglich –, als wenn wir in einem Land, wo wir geholfen haben, die Hilfe stoppen. Dies wird als politischer Affront aufgefasst und als Versuch der politischen Einflussnahme (Versuch der Erzwingung einer dem Westen genehmen Politik) und beeinträchtigt zweifellos die Beziehungen zur Schweiz. Gewisse Länder reiben sich die Hände, wenn sie sehen, wie sich der Westen aus moralischen Gründen politische Chancen verscherzt. Gewiss kann man geltend machen, dass das kleine Burundi für die Schweiz weder politisch noch wirtschaftlich von Bedeutung ist und deshalb die Verschlechterung der Beziehungen in Kauf genommen werden kann[13]. Aber es geht nicht nur um

---

11. *Vgl. dazu Dok. 112,* dodis.ch/38914.

12. *Handschriftliche Marginalie von R. Wilhelm:* Faux, puisqu'il n'y a pratiquement plus d'obédients Hutus!

13. *Zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Burundi vgl. Anm. 12.*

Burundi, sondern um Afrika, um die Dritte Welt. Es geht darum, in der Entwicklungshilfe einen gewissen Durchhaltewillen, eine gewisse Härte gegenüber sich selbst auch dann zu zeigen, wenn man es mit einer widerwärtigen Regierung zu tun hat. Es geht darum, eine Politik auf lange Sicht und befreit von Emotion zu führen. Man kann auch sagen eine realistische Politik. Vor den Schwierigkeiten davonzulaufen, ist keine realistische Politik. Wir schulden es übrigens auch der Solidarität mit dem übrigen Westen, mitzuhelfen, unseren Teil an die Überwindung politisch unbefriedigender Situationen beizutragen.

5. Wir könnten uns allenfalls aus einem Projekt zurückziehen, wenn seine Weiterführung von anderer Seite sichergestellt wäre und zwischen den Partnern des Projektabkommens Einigkeit über die Ablösung herrschen würde. Diese Voraussetzung dürfte indessen kaum erfüllt sein. Das Projekt fallen zu lassen, würde bedeuten, dass die bisherigen Anstrengungen, die zahlreiche vielversprechende Ansätze schufen, nutzlos waren, ja sogar zu negativen Ergebnissen führen, weil es unter Umständen besser ist, ein Projekt gar nicht zu beginnen, als es abzubrechen, bevor irgend eines der Projektziele erreicht ist.

6. Bedeuten die bisherigen Ausführungen, dass ein begonnenes Projekt unter keinen Umständen abgebrochen werden soll und dass wir jedes Verhalten des Entwicklungslandes hinzunehmen haben? Keinesfalls. Die clausula rebus sic stantibus kann auch in der Entwicklungshilfe angerufen werden. Es können Umstände eintreten, bei denen eine Zusammenarbeit unmöglich, unzumutbar, mit unserer Würde und Ehre – ja mit unserer Würde und Ehre; scheuen wir uns nicht, diese Begriffe zu verwenden! – unvereinbar ist. Wofür ich plädiere ist lediglich, dass wir die Grenzen des Möglichen, des Zumutbaren, des Ehrenrührigen nicht zu tief ansetzen.

7. Wir wussten, als wir uns in das Projekt einliessen, dass die Stammesgegensätze zwischen Hutu und Tutsi in Burundi nicht überwunden sind, ja mit dem Wegzug[14] der Belgier neuen Auftrieb erhalten hatten. Zweimal schon war in der kurzen und bewegten Geschichte des unabhängigen Burundi ein Teil der Hutu-Elite physisch vernichtet worden[15]. Man musste damit rechnen, das dies ein weiteres Mal geschehen würde (das Gegenteil zu hoffen, war sehr ehrenwert, aber auf Wünsche und Hoffnungen soll man bekanntlich keine Entscheide aufbauen), allerdings nicht in dem Ausmasse wie in den Ereignissen von 1972. Wir haben also bewusst ein langfristiges Projekt in einem politisch unstabilen Land begonnen[16]. Burundi ist heute wieder in einem Stadium des Wiederaufbaus, wenn man es schön sagen will, beim Aufräumen eines Scherbenhaufens, wenn man es ungeschminkter sagen will. Hoffnungen für die Zukunft sind so berechtigt bzw. so unberechtigt wie damals, als wir das Projekt begannen. Was also ist genau der Unterschied zwischen jetzt, wo es darum geht, ob wir das

---

14. *Handschriftliche Marginalie:* Conseiller militaire.

15. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 85,* dodis.ch/30589; *DDS, Bd. 23, Dok. 178,* dodis.ch/31359; *den Politischen Bericht Nr. 5 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 15. März 1973,* dodis.ch/40345 *sowie den Politischen Bericht Nr. 4 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 18. Mai 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#53* (A.21.31).

16. *Vgl. dazu das Schreiben von H. K. Frey an S. Marcuard vom 9. Mai 1967,* dodis.ch/34045 *sowie das BR-Prot. Nr. 1903 vom 12. November 1969,* dodis.ch/34044.

Projekt weiterführen sollen, oder damals, wo es darum ging, das Projekt zu beginnen? Seien wir mit uns selber konsequent.

8. Es ist richtig, dass wir keine Schule unterstützen können, in die nur Angehörige eines bestimmten Stammes, unter Diskriminierung anderer Stämme, zugelassen werden, denn wir wollen nicht Rassismus und Tribalismus fördern. Das sagt ja auch deutlich die Antwort auf die kleine Anfrage Butty. Wir müssen somit abklären, ob Burundi bereit ist, auch Hutu in die Universität aufzunehmen. Sagt Burundi dies zu, so ist dennoch Vorsicht am Platz und abzuwarten, ob die Zusage auch eingehalten wird[17]. Das und die Tatsache, dass die Lage nach den Ereignissen des vergangenen Jahres noch immer labil ist und es auch im besten Falle noch eine zeitlang bleiben wird, rechtfertigt es, dass wir das ursprüngliche Programm abändern und erklären, uns bis auf weiteres nicht an der Eröffnung der Oberstufe (3. und 4. Jahr) der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät beteiligen zu wollen. Dagegen wäre ich der Meinung, dass, wenn Burundi eine weitere Zusammenarbeit mit der Schweiz wünscht, trotzdem es weiss, dass wir die Ereignisse im vergangenen Jahr missbilligen, und wenn wir die nötigen Professoren finden, wir mit der Unterstützung der Fakultät (1. und 2. Jahr) weiterfahren[18].

Nur nebenbei: Hat man schon geprüft, ob man das Collège officiel de Kigali weiter unterstützen soll[19]? Dort werden neuerdings keine Tutsi mehr zugelassen[20]. Ich nehme an, dass wir auf Ruanda und auf Burundi die gleichen Grundsätze anwenden[21].

---

17. *Handschriftliche Marginalie:* C'est le cas du moins dans les écoles secondaires.
18. *Handschriftliche Marginalie:* Oui. *Zur Weiterführung des Projekts vgl. Doss.* CH-BAR#E2005A#1983/18#230* (t.311.002).
19. *Vgl. dazu Dok. 15,* dodis.ch/39603; *das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 22. Juni 1973,* dodis.ch/40332 *sowie den Projektantrag Nr. 275 von I. Cornaz an S. Marcuard vom 19. Oktober 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#684* (t.311.008).
20. *Vgl. dazu das Schreiben der schweizerischen Lehrpersonen des Collège officiel de Kigali an S. Marcuard vom 21. Februar 1973,* dodis.ch/40329; *die Notiz von O. Hafner vom 26. Februar 1973,* dodis.ch/40330 *sowie das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 6. März 1973,* dodis.ch/40331.
21. *Vgl. dazu Dok. 17,* dodis.ch/38992; *die Notiz an P. Graber vom 5. Februar 1974,* dodis.ch/40312 *sowie die Notiz von R. Dannecker vom 16. Oktober 1974,* dodis.ch/40315.

3

dodis.ch/39503

Le Chef adj. du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen, à diverses représentations suisses[1]

Berne, 31 janvier 1973, au soir

Le 23 janvier, comme vous le savez, la Banque nationale suisse (BNS) a fait diffuser le communiqué suivant:

«Les mesures de politique monétaire prises à l'étranger[2] ont provoqué lundi une demande importante de francs suisses, ayant en partie un caractère spéculatif. Afin de parer au risque de nouveaux afflux massifs de devises, qui entraîneraient une création correspondante de monnaies, la Banque nationale suisse, d'entente avec le Conseil fédéral, a renoncé mardi à toute intervention sur le marché des changes[3]. Elle restera à l'écart du marché jusqu'à ce qu'une accalmie se soit manifestée.»

Cette décision de laisser flotter le franc suisse n'a pas toujours été pleinement comprise à l'étranger[4], des critiques ayant même été formulées à son égard. Il peut être utile, par conséquent, de vous donner, ci-après, quelques indications rédigées en accord avec la BNS pour répondre aux questions qui pourraient vous être posées:

A) Situation générale

1. Notre balance des paiements pour 1972 est grosso modo en équilibre. Ses résultats ne devraient en tout cas pas faire naître de spéculations sur notre monnaie.

2. Le problème qui préoccupe avant tout les autorités fédérales est la lutte contre l'inflation. À ce titre, elles ont pris des mesures en été et décembre 1972[5] pour lutter contre les afflux de capitaux étrangers et la surchauffe. Depuis la fin de l'année dernière, une certaine hausse des taux d'intérêts est apparue sur

---

1. *Circulaire:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#977* (C.41.121.0). *Adressée aux représentations diplomatiques suisses, aux consulats généraux de Suisse à New York, Milan et Hong Kong, au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, à la Délégation suisse près l'OCDE et à la Mission suisse auprès des Communautés européennes.*

2. *Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 25 janvier 1973,* dodis.ch/39612 *et le procès-verbal N° 83 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 25 janvier 1973,* dodis.ch/39483.

3. *Cf. la notice de N. Celio au Conseil fédéral du 23 janvier 1973,* dodis.ch/39611; *le procès-verbal N° 90 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 25 janvier 1973,* dodis.ch/39485 *et le PVCF de décision II du 25 janvier 1973 de la 3ème séance du 24 janvier 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*, *p. 3.*

4. *Cf. la notice de J. Zwahlen du 8 février 1973,* dodis.ch/39613 *et la lettre de G. U. Dubois à P. A. Nussbaumer du 22 février 1973,* dodis.ch/39601.

5. *Cf. le PVCF N° 1168 du 30 juin 1972,* dodis.ch/36685; *le PVCF N° 1198 du 5 juillet 1972,* dodis.ch/36678 *et l'*Arrêté fédéral instituant des mesures dans le domaine du crédit *du 20 décembre 1972, RO, 1972, pp. 3121–3126. Cf. aussi le message du Conseil fédéral du 4 décembre 1972, FF, II, pp. 1513–1566.*

notre marché et le 19 janvier, la BNS a relevé à son tour le taux d'escompte (4,5%) pour l'adapter au niveau des autres taux. Cette décision n'a pas l'importance qu'elle revêt dans d'autres pays car, chez nous, le taux d'escompte n'est pas un taux directeur. Il est possible néanmoins, bien que cette opinion soit controversée, que la hausse du taux de l'escompte ait causé une certaine méprise chez les cambistes et attiré quelques capitaux spéculatifs en Suisse.

3. Il y a tout lieu de penser que le marché des changes a gardé des débats sur la surchauffe de décembre dernier au Parlement[6] l'impression qu'il y fut beaucoup question de réévaluation et de flottaison de notre monnaie. C'est pourquoi, lorsqu'au cours de la journée du 22 janvier le cours du dollar est tombé au cours d'achat de la Banque nationale (3,7535), certains ont pu penser que les autorités monétaires suisses pourraient laisser flotter le franc. Ceci explique sans doute en partie la nervosité qui a régné sur le marché des changes au cours de l'après-midi du 22 janvier.

4. Le dollar, dont la tenue avait été ferme au cours des derniers mois, s'est probablement ressenti de la publication des chiffres relatifs au déficit de la balance commerciale des États-Unis pour 1972 ($ 6,5 milliards environ).

5. En outre, il ne faut pas négliger le fait que le système monétaire international est malade[7] et que même s'il a en général bien fonctionné depuis l'accord Smithsonian de décembre 1971[8] sur le réalignement des parités, il reste suspect de faiblesse et perméable aux atteintes les plus diverses.

B) Journée du 22 janvier

1. Les grandes banques suisses connaissent depuis plusieurs mois un resserrement très sensible de leur liquidité, conséquence de l'augmentation excessive de leurs crédits à l'économie. Pour ne pas provoquer des rapatriements incontrôlés de dollars auxquels les banques auraient pu recourir pour améliorer les bases de leur liquidité, la BNS avait décidé depuis quelque temps déjà d'acheter aux banques, à une date non spécifiée, une certaine quantité de dollars avant que le cours d'achat ne soit atteint. Cette opération s'est effectuée au cours de la matinée du 22 janvier et a porté au total sur 200 millions de dollars. De ce fait les avoirs en comptes de virements des trois grandes banques ont augmenté d'environ 750 millions de francs.

2. Après cette reprise de dollars, des capitaux d'origine spéculative ont encore afflué faisant tomber le cours du dollar au point d'intervention obligeant la BNS à racheter au total 72 millions de dollars supplémentaires dont elle décida de bloquer la contre-valeur en francs suisses, conformément à l'ordonnance sur les avoirs minimaux.

---

6. *Pour le débat au Conseil des États des 13, 19 et 20 décembre 1972, cf. Bull. of. CE, 1972, pp. 836–893, 929–935 et 948–952. Pour le débat au Conseil National des 14, 18, 19 et 20 décembre 1972, cf. Bull. of. CN, 1972, pp. 2266–2350, 2353–2413, 2429 s., 3433 s. et 2444–2446.*

7. *Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 25 janvier 1973,* dodis.ch/39612.

8. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 128,* dodis.ch/35739, *note 6 et doc. 140,* dodis.ch/35401, *en particulier note 4. Cf. aussi le procès-verbal N° 120 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 8 février 1973,* dodis.ch/39489.

C) Les causes directes de la spéculation sur le franc suisse

1. On peut penser que la crise du 22 janvier a été provoquée par l'institution en Italie d'un double marché des changes[9]. Cette décision a en effet incité les banques italiennes à rembourser au plus vite les banques suisses dont elles avaient obtenu des avances considérables. Pour rembourser leurs dettes en francs suisses, les banques italiennes ont vendu des dollars à nos banques. De ce fait, les banques suisses se sont vues détenir un nombre considérable de dollars qu'elles n'ont pas voulu garder, d'où baisse du dollar et rachat par la BNS de 72 millions de dollars dont il a été question plus haut.

2. Après la fermeture de la bourse de Zurich, le franc suisse a continué d'être traité à New York qui ne ferme qu'à 10 heures du soir (heure européenne). Il semble que les banques américaines se soient mises à acheter des francs suisses ce qui a porté le cours à 3,70.

D) Justification de la décision de laisser flotter le franc suisse

1. Ce mardi 23 janvier au matin, avant l'ouverture de la bourse des devises, la BNS se trouva donc en présence d'un cours de 3,70 dans le marché. Il lui devenait pratiquement impossible de reprendre ses opérations courantes.

2. Le risque était en effet considérable que d'énormes montants de dollars lui soient vendus à 3,7535. En contrepartie, elle aurait créé des francs suisses augmentant ainsi la masse monétaire de manière excessive; en ce faisant, elle aurait pris une décision absolument contraire au programme anti-inflationniste mis en vigueur tout récemment. L'opinion publique et politique n'aurait pas compris une telle attitude.

Les dispositions concernant les avoirs minimaux[10] si elles permettent d'absorber la liquidité bancaire n'empêchent cependant pas la croissance de la masse monétaire. En outre, le calcul des avoirs minimaux se fait nécessairement avec un certain décalage.

E) Conclusion

1. La Suisse se considère en principe liée par les dispositions de l'accord Smithsonian prises à Washington en décembre 1971. Au 23 janvier cependant, nous étions confrontés à une situation telle que la BNS a été contrainte, en accord avec le Conseil fédéral, à faire passer les considérations d'ordre intérieur avant celles d'ordre extérieur. Comme cela est déjà indiqué ci-dessus, la BNS estime toujours que la situation actuelle ne devrait revêtir qu'un caractère temporaire. Elle espère aussi que les circonstances permettront au dollar de s'affermir au cours des prochaines semaines et de rétablir par voie de conséquence le statu quo ante.

2. Il apparaît, au 30 janvier, que le dollar est tombé – ou presque – au point d'intervention de plusieurs banques centrales européennes importantes. Comme celles-ci sont décidées à intervenir, la normalisation de la situation

---

9. *Cf. la lettre de A. Marcionelli à J. Zwahlen du 26 mars 1973,* dodis.ch/38346 *et la notice de N. Celio au Conseil fédéral du 22 janvier 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#979* (C.41.121.0).
10. *Cf. le PVCF N° 1198 du 5 juillet 1972,* dodis.ch/36687 *et le PVCF N° 39 du 10 janvier 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#790*.

devrait en être facilitée. Il faut noter cependant que depuis lors, le dollar s'est à nouveau quelque peu affermi sur ces places, alors qu'en Suisse il restait faible (environ 3,62).

3. Il va sans dire que nous apprécierions toutes informations que vous auriez sur le jugement porté par vos autorités de résidence sur notre décision de laisser flotter le franc[11].

11. *Cf. note 4.*

4

dodis.ch/39024

Referat des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

EUROPEAN MANAGEMENT FORUM

[Davos,] 1. Februar 1973

Das Europäische Management Forum, das jetzt zum dritten Mal in Davos zusammentritt, ist bereits zu einem festen Treffpunkt für die Diskussion der europäischen Wirtschaftsfragen geworden[2]. Wenn mir heute die Ehre zufällt, Sie im Auftrag des schweizerischen Bundesrates in der Schweiz herzlich willkommen zu heissen, tue ich dies mit besonderer Freude; nicht nur, weil wir Schweizer traditionellerweise gerne Gäste in unserem Lande beherbergen, sondern weil wir überzeugt sind, dass gerade diese Art von Treffen für die Bewältigung der künftigen Aufgaben durch die europäische Wirtschaft sehr bedeutsam ist. Die Leitung eines Unternehmens ist heute mit einem Mass an Verantwortung verbunden, das weit über die unmittelbare Sorge um das Wachstum der Bilanz und des eigenen Geschäftsgewinnes hinausgeht. Die freie Wirtschaft wird sich nur so lange behaupten können, als sie diese weiter gespannte Verantwortung gegenüber der Gesellschaft anerkennt und übernimmt und in ihrer Unternehmensstrategie berücksichtigt. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Spannungen und Gleichgewichtsstörungen besteht die Gefahr eines wachsenden gegenseitigen Misstrauens zwischen dem privaten Unternehmertum, den Verantwortlichen für die staatliche Wirtschafts- und Währungspolitik und der öffentlichen Meinung. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich hier ein Graben öffnen würde, und es gehört wohl zu den wichtigsten Aufgaben, mögliche Lücken des Verständnisses auszufüllen und angesichts der unbewältigten Wachstums-, Konjunktur- und Welthandelsprobleme das Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen privater Unternehmenspolitik und staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik zu fördern. Ich bin überzeugt, dass

1. *Referat:* CH-BAR#J1.301#2002/197#57* (51).
2. *Für Reaktionen auf dieses unabhängige Forum in Davos vgl. z. B. Doss.* CH-BAR#E2003A#1998/15#613* (o.191.264). *Für die Begrüssungsansprache von 1974 vgl. das Referat von R. Probst vom 31. Januar 1974,* dodis.ch/39023.

dieses Forum dank der anwesenden Persönlichkeiten hiezu einen wertvollen Beitrag leisten wird.

Sie haben Ihre Tagung unter das Motto «Gestaltung der Zukunft des Unternehmertums in Europa» gestellt. Dieses Thema ist in Anbetracht der am 1. Januar in Kraft getretenen Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften[3] und der durch den Abschluss von Freihandelsabkommen mit den übrigen EFTA-Staaten[4] sowie der Weiterführung der EFTA[5] unter diesen Länder verwirklichten europäischen Gesamtlösung besonders zeitgemäss. Neue Rahmenbedingungen sind für den europäischen Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen worden, die das private Unternehmertum mit wirtschaftlichem Gehalt zu füllen hat. Wir stehen an der Schwelle einer weiteren und höchst bedeutsamen Etappe in der Gestaltung der europäischen Beziehungen. Die politische Bedeutung dieser Gesamtlösung erblicken wir darin, dass sie einen gemeinsamen Willen von 16 europäischen Staaten zum Ausdruck bringt und den Geboten der guten Nachbarschaft, der zur Vielfalt Europas gehörenden Sonderstellung der neutralen Länder, ebensosehr Rechnung trägt wie dem Willen zur Fortsetzung und Vertiefung der Integration im erweiterten Kreis der Mitgliedstaaten der EWG. Es ist mir ein Anliegen, die Gelegenheit zu benützen, um allen Verantwortlichen in der Gemeinschaft und in der EFTA für die Verwirklichung dieses wichtigen Schrittes zu danken.

Wie Sie wissen, hat die Schweiz als einziges Land das Freihandelsabkommen dem Referendum unterstellt. Es ist anfangs Dezember mit grosser Mehrheit vom Volk gutgeheissen und von sämtlichen Kantonen angenommen worden[6]. Die konsequente Fortsetzung unserer Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in einem erweiterten europäischen Rahmen ist somit in eindeutiger Weise vom Volke gutgeheissen worden. Wir fühlen uns mit den Europäischen Gemeinschaften in dieser neuen Partnerschaft auch deshalb näher verbunden, weil die Notwendigkeit für den einzelnen Bürger, Stellung zu beziehen, wesentlich zur Bewusstseinsbildung über die europäischen Zusammenhänge beigetragen und zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Tätigkeit, den bisherigen Errungenschaften und den weitgesteckten Zielen der EWG geführt hat. Presse und Massenmedien räumen den europäischen Angelegenheiten einen breiten Raum ein. Wir sind uns gerade auch als Nichtmitgliedstaat bewusst, dass Erfolg oder Misserfolg der europäischen Integration sich nicht nur auf den engeren Kreis der Mitglieder auswirken wird. Wir wissen, dass hier auch unsere Zukunft entscheidend mitbeeinflusst werden kann.

Gerade deshalb aber wird von manchen die Frage gestellt, welche Möglichkeiten der Konsultation und des Zusammenwirkens für einen Kleinstaat als

---

3. *Zum Beitritt Grossbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 44,* dodis.ch/35774, *bes. Anm. 11.*

4. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510. *Zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 173,* dodis.ch/39512.

5. *Vgl. dazu Dok. 105,* dodis.ch/39407.

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 160,* dodis.ch/35778, *bes. Anm. 16.*

Freihandelspartner mit der EWG bestehen und wie am besten mit der Entwicklung Schritt gehalten werden kann, ohne an die Grenzen der Neutralitätspolitik zu stossen, aber auch ohne in ein Abhängigkeitsverhältnis zu geraten. Das Freihandelsabkommen hat diese Frage der Modalitäten für eine ausgedehntere Zusammenarbeit offen gelassen, jedoch in seiner «Entwicklungsklausel» ausdrücklich vorgemerkt. Professor Dahrendorf, ein treuer Teilnehmer an diesem Symposium, hat hiezu kürzlich die Meinung vertreten, dass keine andere Beziehung so sehr zum Massstab der Reife der Europäischen Gemeinschaften werde wie die zu ihren eigenwilligen Nachbarn[7]. Darauf möchte ich antworten, dass die Eigenwilligkeit uns nicht davon dispensieren soll, auch unserseits die nötige europäische Reife an den Tag zu legen, um eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Sicher gilt es zunächst, die neugeschaffenen Kontaktgelegenheiten voll auszuschöpfen und das Gespräch nicht mit technischen Durchführungsfragen enden zu lassen. So kann auch dieses inoffizielle Forum dazu dienen, sich die Gemeinsamkeit der Probleme und Aufgaben vor Augen zu halten, um umso eher den Weg zu vereinbarlichen Lösungen zu finden.

Zu diesen Aufgaben gehört zweifellos die Sorge um die Auswirkungen des grossen Wirtschaftsraumes auf die Produktions- und Bevölkerungsstruktur und auf die Lebensbedingungen. In unserer öffentlichen Diskussion über das Freihandelsabkommen ist die Frage nach dem Schicksal der Klein- und Mittelbetriebe unter den neuen Wettbewerbsverhältnissen im Vordergrund gestanden. Die Sorge wurde geäussert, dass die von der Integration ausgehende Dynamik die Bildung von industriellen Ballungszentren noch beschleunigen und zu einer Entleerung der weniger entwickelten Regionen, der Berggebiete, führen und die Umwelt noch mehr gefährden könnte. Ist die Befürchtung berechtigt, dass mit den neuen Dimensionen das wirtschaftliche Wachstum endgültig das Primat über die qualitativen Aspekte des Lebens erhält, oder besteht zwischen den europäischen Ländern ein übereinstimmender Wille, dieser Tendenz entgegenzuwirken?

Dass Sie gerade diesen Problemen in der Liste der geplanten Vorträge und Gruppenarbeiten einen breiten Raum einräumen und dass sich die zahlreichen hier anwesenden hohen Beamten der Europäischen Kommission hiefür als Diskussionsleiter zur Verfügung gestellt haben, beweist, dass diesen Fragen und Anliegen nicht nur Beachtung geschenkt, sondern besondere Priorität eingeräumt wird. Sie können dabei des wachen Interesses und der grossen Aufmerksamkeit unserer Öffentlichkeit gewiss sein.

So sehr bei Beginn dieses Jahres die Gestaltung der europäischen Zukunft im Rahmen der erweiterten Gemeinschaften und des umfassenden Freihandelsraumes die schöpferischen Kräfte der Behörden und Wirtschaftsführer herausfordert, so dringend ist aber auch die Befassung mit den Beziehungen zur übrigen Welt. Die Interdependenz und die globalen Zusammenhänge sind augenfällig und spürbar. Im Verhältnis zu Osteuropa stellt sich die Frage der längerfristigen Auswirkungen der von diesen Ländern angestrebten For-

---

7. *Vgl. dazu das Referat von A. Weitnauer vom 1. September 1972,* dodis.ch/34610, *S. 6.*

men der industriellen Kooperation; im Verhältnis zur Entwicklungswelt die Frage, mit welchen Mitteln die Ziele des zweiten Entwicklungsjahrzehnts zu verwirklichen sind und die entwicklungspolitischen Massnahmen, aber auch die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit, sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken lassen. Vor allem aber dulden die Bemühungen um die Wiederherstellung eines weltwirtschaftlichen Gleichgewichts und einer stabilen internationalen Währungsordnung keinen Aufschub. Hier liegt eine gemeinsame Verantwortung Europas, der Vereinigten Staaten und Japans. Das laufende Jahr soll den Beginn einer neuen Welthandelsrunde im GATT bringen, die den Bereich der klassischen Zollpolitik, wie er in der Kennedy-Runde noch im Vordergrund stand, sprengen und auf Fragen der nicht-tarifären Handelshemmnisse sowie der Anpassung an die neuen Weltwirtschaftsverhältnisse übergreifen wird[8].

Indem auch diese Aspekte auf dem Programm Ihrer Tagung stehen, bekundet das Europäische Management Forum, dass es die europäische Entwicklung nicht als rein innereuropäische Angelegenheit betrachtet, sondern in einem weltweiten Zusammenhang sieht. Dieser «outward look» scheint uns besonders wichtig, denn durch den Fortschritt in Europa soll die Aussenwelt nicht benachteiligt werden – es werden sich im Gegenteil auch hier neue Perspektiven eröffnen. Das Interesse und die Bereitschaft der überseeischen Partner, das Gespräch aufzunehmen, finden ihren Ausdruck in der Teilnahme aussereuropäischer Persönlichkeiten an den Beratungen in Davos, denen ich einen besonderen Willkommensgruss entbieten möchte.

So bleibt mir nur noch, Ihrer Tagung vollen Erfolg zu wünschen. Das hohe Ansehen der beiden Programmleiter und die Persönlichkeit der Referenten sowie die Qualität der organisatorischen und technischen Vorbereitungen lassen an diesem Erfolg nicht zweifeln. Die Initianten und Gestalter der europäischen Politiken – und wir sind froh, nicht weniger als drei Mitglieder der neuen Europäischen Kommission als Teilnehmer an diesem Symposium begrüssen zu dürfen – werden hier in Davos mit Wirtschaftsführern, Handelspolitikern und Exponenten der Wirtschaftswissenschaft das Gespräch aufzunehmen, um die Ziele der Gemeinschaft mit den Erfordernissen der europäischen Wirtschaft zu konfrontieren und die für ein wirklichkeitsnahes Vorgehen unerlässliche Partnerschaft zwischen Politik und Wissenschaft zu festigen.

Ich hoffe aber auch, dass der Aufenthalt in dieser prächtigen Bergwelt für Sie alle ein besonderes Erlebnis sein und Ihnen gestatten wird, sich etwas zu erholen. Ich habe festgestellt, dass in Ihrem Programm derjenige Tag als «Swiss Day» bezeichnet wird, den Sie dem Wintersport und der Folklore widmen. Die Schweiz spielt diese Rolle gern. Aber ich brauche in diesem Kreise kaum hervorzuheben, dass die Schweiz nicht nur ein Land des Tourismus ist, sondern sich als Teil dieser europäischen Familie fühlt und mit ihr die schwierigen Probleme der modernen Zivilisation und die Verantwortung für ihre Lösung teilt. Möge der literarische Ruf dieses Tagungsortes als «Zauberberg»[9] sich bewahrheiten,

---

8. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

9. Th. Mann, Zauberberg, Berlin 1924.

indem die Sicht auf die Perspektiven eines Europas freigegeben wird, das Lebensraum für grosse und kleine Staaten, für grosse und kleine Unternehmen und für aufgeschlossene Partner der übrigen Welt ist.

5

dodis.ch/39496

Der Direktor der Handelsabteilung, P. R. Jolles, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

PRÄSIDIUM DES EXEKUTIVAUSSCHUSSES DER OECD AUF HOHEM NIVEAU[2]

[Bern,] 22. Februar 1973

Bekanntlich hat der Ministerrat der OECD die Organisation beauftragt, die Auswirkungen der konkreten Anregungen des Rey-Berichtes[3] auf die künftige Tätigkeit der OECD zu prüfen. Zu diesem Zweck ist der leitende Ausschuss der OECD, das Exekutivkomitee, in neuer Formation zusammengesetzt worden, indem die nationalen Delegationen in der Regel nicht von den Botschaftern in Paris, sondern von Chefbeamten oder Regierungsmitgliedern der Mitgliedstaaten geleitet werden. Um den besonderen Charakter dieser Tagungen zu unterstreichen, ist beschlossen worden, dass auch der Präsident des Exekutivausschusses, der ständige Vertreter Belgiens, Botschafter Ockrent, durch einen Chefbeamten ersetzt werde.

Botschafter Ockrent hat diesbezüglich Konsultationen aufgenommen und unsere Mission dahingehend orientiert, dass ein Konsens bestehe, mir dieses Amt anzutragen[4]. Meine erste Reaktion war zurückhaltend: Ich suche diesen Posten nicht; im übrigen sind die Wirkungsmöglichkeiten und Arbeiten dieses Ausschusses noch zu wenig abgeklärt, um einen Entscheid fällen zu können.

Neben den entsprechenden Sondierungen Botschafter Heimos habe ich in direktem Kontakt mit Botschafter Eberle und Peterson einerseits und dem französischen Aussenhandelsdirektor de Morel anderseits die Frage der Tätigkeit dieses Komitees näher abzuklären gesucht. Es ergibt sich ein recht vages Bild. Niemand denkt daran, dass dieses Komitee den Rey-Bericht in seiner Gesamtheit behandeln könnte. Selbst die Amerikaner haben die Idee fallen gelassen, in der OECD die Synthese zwischen der Verhandlung über die Weltwährungsreform in der Zwanziger-Gruppe und den Welthandels-

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7113A#1988/157#24* (753.4.1.4).
2. *Vgl. dazu das Referat von P. R. Jolles an der Botschafterkonferenz vom 29.–31. August 1973,* dodis.ch/38322.
3. Politique commerciale et relations économiques internationales. Perspectives. Rapport du Groupe de Haut Niveau sur les problèmes commerciaux et les problèmes connexes au Secrétaire Général de l'OCDE *von 1972*, CH-BAR#E7113A#1985/115#69* (755.1.3).
4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 3 des Politischen Departments an M. Heimo vom 9. Februar 1973,* dodis.ch/39909 *sowie das Telegramm Nr. 53 von A. Weitnauer an das Integrationsbüro vom 3. März 1973,* dodis.ch/39910.

verhandlungen im GATT sicherzustellen[5]. Diese Kernbereiche sollen den entsprechenden Organisationen vorbehalten bleiben. Die OECD könnte höchstens ein informelles Gesprächsforum unter Industriestaaten bilden[6], falls gewisse gemeinsame Probleme, die sich auf diesen beiden Verhandlungsfronten ergeben könnten, im kleinen Kreise beraten und koordiniert werden müssten. Hauptaufgabe des OECD-Ausschusses wäre jedoch, diejenigen Elemente der Gesamtsituation zu behandeln, die weder in die Kompetenz des IWF noch diejenige des GATT fallen, nämlich die Frage der durch die multinationalen Gesellschaften und Investitionen ausgelösten Kapitalbewegungen[7], die Frage allfälliger neuer Ausweichsklauseln und das wünschbare Ineinandergreifen der verschiedenen Aspekte der Entwicklungspolitik[8] (handelspolitische Massnahmen und Finanzhilfe). Amerikanischerseits möchte man darüber hinaus noch gewisse «schwere Brocken», wie z. B. die Verhandlungsmethoden für die Landwirtschaft[9], zur Diskussion stellen. Französischerseits ist man jedoch sehr zurückhaltend, um die GATT-Verhandlungen nicht zu präjudizieren. Die OECD-Gruppe darf nach Meinung von Paris nicht operationell werden, sondern soll sich darauf beschränken, Studien durchzuführen.

Auf Grund dieser Abklärungen scheint mir die Übernahme des Präsidiums *von der Sache her* nicht gerechtfertigt. Es besteht kein vernünftiges Verhältnis zwischen dem erforderlichen Zeitaufwand (einschliesslich der sehr anspruchsvollen Vorbereitung der einzelnen Tagungen) und dem zu erwartenden Nutzeffekt.

Ich habe meinen gestrigen Aufenthalt in Paris daher dazu benützt, in Begleitung von Botschafter Heimo den Generalsekretär der OECD[10] sowie Botschafter Ockrent von meinem Verzicht in Kenntnis zu setzen. Ich begründete dies mit der Tatsache, dass die Währungskrise[11] eine neue Lage geschaffen habe, die einerseits meine Abkömmlichkeit von Bern beschränke, es anderseits aber auch wahrscheinlich erscheinen lasse, dass in der OECD Währungsaspekte in den Vordergrund geraten, zu deren Diskussion ich mich nicht als kompetent erachte. Auf der Handelsabteilung würden diese Zusammenhänge von Botschafter Languetin behandelt, der auch die OECD-Mechanismen am besten kenne.

---

5. *Vgl. dazu den Bericht von F. Schnyder an P. R. Jolles vom 30. März 1973,* dodis.ch/38581 *sowie das Protokoll Nr. 550 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 20. Juni 1974,* dodis.ch/39576. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

6. *Vgl. dazu die Notiz von Ph. Lévy vom 10. Mai 1973,* dodis.ch/39902.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Schaffner an Ph. Lévy vom 26. Juni 1975,* dodis.ch/39911; *das Schreiben von H. Schaffner an P. R. Jolles vom 3. Januar 1974,* dodis.ch/39912; *das Telegramm Nr. 3 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 15. Januar 1974,* dodis.ch/39913; *das Schreiben von Ph. Lévy vom 18. April 1974,* dodis.ch/39914; *das Schreiben von Th. Faist an das Politische Departement vom 21. April 1975,* dodis.ch/39906 *sowie die Notiz von E. Thurnheer vom 31. Oktober 1975,* dodis.ch/39915.

8. *Vgl. dazu Dok. 190,* dodis.ch/38912.

9. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2210.2-01#1988/180#70* (H.10.0).

10. *E. van Lennep.*

11. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504 *sowie Dok. 36,* dodis.ch/37657.

Die beiden Aussprachen haben nun aber ergeben, dass die Konsultationen einen Punkt erreicht haben, bei dem ein Verzicht meinerseits als Demonstration eines mangelnden Vertrauens der Schweiz in die OECD gedeutet werden könnte. Die OECD stelle in der gegenwärtigen, durch unilaterale Massnahmen der Grossmächte gekennzeichneten Situation das einzige Forum dar, in dem der Gesprächsfaden noch nicht abgerissen sei, und daher von allen Ländern, die an der Beibehaltung multilateraler Verhandlungsmethoden interessiert seien, unterstützt werden müsse. Gleichzeitig wurde mir das Ansehen, das Botschafter Languetin in Paris geniesst, bestätigt; da er jedoch bereits das Vizepräsidium des Handelskomitees[12] ausübe, könne er nicht mit einer Funktion betraut werden, für die spezifisch eine Persönlichkeit gesucht werde, die ausserhalb der Organisation stehe.

Zudem ist mir inzwischen von amerikanischer Seite der ausdrückliche Wunsch zugegangen, diese Funktion zu übernehmen, während Herr de Morel nach Rücksprache mit den übrigen interessierten französischen Stellen mir bestätigte, dass auch Frankreich es begrüssen würde, wenn ich dieses Amt übernähme, ohne mir allerdings grosse Hoffnungen auf konkrete Resultate machen zu können.

Unter diesen Umständen scheint es mir kaum anders möglich, als meine Verfügbarkeit zu bestätigen, diese jedoch zeitlich auf das laufende Jahr zu begrenzen mit der zusätzlichen Möglichkeit, bereits im Herbst im Falle einer aktiven Vorbereitung der GATT-Runde die Ablösung durch einen neuen Präsidenten verlangen zu können.

Wären Sie mit dieser Haltung einverstanden[13]?

---

12. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2210.2-01#1988/180#61* (E.12.0).

13. *P. R. Jolles übernahm das Präsidium. Vgl. dazu die Notiz* Ausführungen des Direktors der Handelsabteilung über die Funktionen und Arbeiten des Exekutiv-Ausschusses der OECD in Sondersession *vom August 1973,* dodis.ch/38332.

6

dodis.ch/35700

Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

ANGELEGENHEIT JACQUES HENTSCH[2]

Stockholm, 22. Februar 1973

In der Angelegenheit unseres Landsmannes Jacques Hentsch, der kürzlich in Göteborg wegen versuchter Devisenausfuhr zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, übermache ich Ihnen in der Anlage noch drei Aktennotizen[3], die ich über meine telephonischen Unterredungen mit Herrn Honorarkonsul Schmid in Göteborg führte.

Leider hat dieser Fall einen stark politischen Anhauch, der mit den bevorstehenden Parlamentswahlen[4] in Verbindung gebracht werden kann. Seit einigen Monaten befassen sich die schwedischen Behörden mit einem Kampf gegen die Steuerhinterzieher[5], und momentan werden alle Ärzte Schwedens unter die Lupe genommen. Sodann wurde dem Fall Hentsch in den Massmedia, mit Unterstützung des Staatsanwaltes, grosse Aufmerksamkeit geschenkt, und die ganze Angelegenheit wurde in den Zeitungen, im Fernsehen und im Radio und persönlichen Interviews des Staatsanwaltes und der Richter aufgebauscht. Es handelte sich in der Tat darum, ein Exempel zu statuieren, wobei leider auch der Ruf unseres Landes in Mitleidenschaft gezogen wird.

Gegenwärtig strengen sich die Zeitungen ganz besonders an, um Fälle zu veröffentlichen, in denen schwedische Bürger erfolgreich oder nur versuchshalber Devisen aus Schweden ausführen wollten, wobei das Bestimmungsland immer die Schweiz war[6]. Vor kurzem wurde auch wieder der Fall eines älteren schwedischen Ehepaares veröffentlicht, das am Grenzübergang in Helsingborg verhaftet wurde, weil es versuchte, 345'000 Kronen in einem Privatauto nach der Schweiz auszuführen. Den betreffenden Zeitungsausschnitt übermache ich Ihnen in der Anlage[7].

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5042* (B.32.14).
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 2,* dodis.ch/35594, *Anm. 4; das BR-Prot. Nr. 915 vom 30. Mai 1973,* dodis.ch/39754; *das Schreiben von R. Fässler an E. Thalmann vom 17. Mai 1973,* dodis.ch/39757 *sowie das Telegramm Nr. 51 von B. Turrettini an das Politische Departement vom 6. Mai 1974,* dodis.ch/39759.
3. *Notizen von R. Fässler vom 9. Januar, 16. und 22. Februar 1973, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2300-01#1977/30#78* (A.21.31).
5. *Vgl. dazu das Schreiben von L. Rochat an R. Fässler vom 2. März 1973,* dodis.ch/39753.
6. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Fässler an P. Erni vom 16. Oktober 1973,* dodis.ch/39758 *sowie das Schreiben von C. Ochsenbein an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 14. November 1974,* dodis.ch/39761.
7. *Aftonbladet vom 19. Februar 1973, Doss. wie Anm. 1.*

7

dodis.ch/39504

Aufzeichnung des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, J. Zwahlen[1]

Währungssituation

Auszug Vertraulich Bern, 1. März 1973

Herr Jolles eröffnet die Sitzung und orientiert eingehend über die Währungskrise und das gegenwärtige «schmutzige Floaten»[2] des Schweizerfrankens. Unsere Währung hat den höchsten Aufwertungseffekt der Welt erzielt und selbst den Yen und die DM überflügelt. Seit dem 21. Januar 1973[3] ergeben sich folgende Aufwertungseffekte:
– gegenüber den USA[4]: 16,14%
– gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Österreich[5]: 4–5%
– gegenüber England[6]: 10,73%
– gegenüber Japan[7]: 1,56%

Der durchschnittliche Aufwertungssatz beträgt 7,79%. Wenn wir auf die Zahlen vor der Schweizerfrankenaufwertung im Mai 1971 abstellen, so ergeben sich folgende Sätze:
– gegenüber den USA 32,69%
– gegenüber der Bundesrepublik Deutschland 5,04%
– gegenüber den 15 wichtigsten Handelspartnern 14,88%

Der Gesamtdurchschnitt beträgt 18,5%.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Dollarraum 32% der gesamten schweizerischen Ausfuhren ausmacht[8].

---

1. *Aufzeichnung:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#973* (C.41.110.1). *Verfasst von E. Bischof. Kopie an P. Graber, E. Thalmann, R. Keller, S. Marcuard, R. Bindschedler, A. Janner, E. Diez, H. Miesch, M. Gelzer, P. A. Nussbaumer, M. Jaccard, P. Thévenaz, P. Erni, J. Zwahlen, L. Rochat, E. Bischof, J. Hulliger und H. Barbey.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von B. Müller an N. Celio vom 13. Februar 1973,* dodis.ch/39614; *das Protokoll vom 9. März 1973 der Sitzung der Aussenwirtschaftskommission des Nationalrats vom 20. Februar 1973,* dodis.ch/39617. *Allgemein zu den Vor- und Nachteilen des Floatens vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 158,* dodis.ch/35738.
3. *Zum Entscheid der Nationalbank vom 21. Januar 1973 den Schweizerfranken floaten zu lassen vgl. Dok. 3,* dodis.ch/39503.
4. *Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom Februar 1973,* dodis.ch/38938.
5. *Zur Bundesrepublik Deutschland vgl. die Notiz von J. Zwahlen vom 11. Juli 1973,* dodis.ch/39604 *sowie die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber vom 29. Juli 1973,* dodis.ch/39606 *und zu Österreich vgl. das Schreiben von H. Zimmermann an P. R. Jolles vom 14. März 1973,* dodis.ch/40592.
6. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1984/70#596* (861.3).
7. *Vgl. dazu Dok. 128,* dodis.ch/39647, *Anm. 10.*
8. *Vgl. dazu die Rede von P. R. Jolles vor der amerikanischen Handelskammer in der Schweiz vom 2. März 1973,* dodis.ch/38580.

Leider verfügen wir nur über wenige aussenhandelspolitische Instrumente, um die Auswirkungen dieser bedeutenden Währungsveränderungen auf die schweizerische Wirtschaft zu mildern (z. B. ERG in der neuen Fassung[9]).

Herr Winterberger (Vorort): Wir befinden uns in einer sehr unangenehmen Situation. Der grosse Dollarüberhang ist mit einer Lawine zu vergleichen, die bei der kleinsten Erschütterung ausgelöst werden kann. Die Notenbank kann heute nicht zu festen Kursen zurückkehren, weil der Schweizerfranken durch internationale Finanzoperationen «getestet» wird[10]. Die Frage nach den Konsequenzen und der Dauer des Floatens stellt sich hier, da diese Situation die schweizerischen Exporte[11], besonders der Uhren-, Schuh-, Textil- und Maschinenindustrie gefährdet. Es kommt jetzt auch darauf an, was die EWG unternehmen wird, denn ein gemeinsames Floaten der EWG-Länder würde für die Schweiz eine gewisse Entlastung bedeuten[12]. Auch könnte eine Verbesserung der Konjunkturlage in den Absatzländern zu einem grösseren Spielraum für schweizerische Preiserhöhungen beitragen. Dieses Problem muss aber noch genauer verifiziert werden.

Herr Jucker (Gewerkschaftsbund) orientiert über gewisse Modellspiele der Engländer betreffend ein gemeinsames Floaten der EWG-Währungen gegenüber dem Dollar. Im allgemeinen haben die Abwertungen eine belebende Wirkung auf die Konjunktur der abwertenden Länder. Da wir ein kleines Land sind, werden wir vom Konjunkturaufschwung der Grossen mit hinaufgezogen.

Herr Fischer (Gewerbeverband): Das Floaten ist die einzige Alternative zu einem massiven Interventionismus. Zuwarten ist die beste Therapie im Moment, da der Kurs sicherlich nicht sehr weit zurückgehen wird. Die Erklärung des Bundesrates, das Ziel seien fixe Wechselkurse, war unnötig. Die Konjunkturbeschlüsse der Landesbehörde[13] haben der Inlandwirtschaft, besonders den Bauunternehmen, grosse Opfer aufgeladen. Im Rahmen eines nationalen «burden sharing» ist die Aufwertung der Anteil an der Konjunkturdämpfung,

---

9. *Vgl. dazu Dok. 11,* dodis.ch/38471, *Anm. 6.*

10. *Vgl. dazu Dok. 117,* dodis.ch/39505.

11. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Frey und H. Steffen an N. Celio vom 16. Febraur 1973,* dodis.ch/39716; *das Schreiben von N. Celio an R. Frey vom 20. Februar 1973,* dodis.ch/39717; *das BR-Beschlussprot. II vom 30. Dezember 1974 der Klausurtagung vom 20. Dezember 1974,* dodis.ch/39577, *S. 3–6 sowie das Protokoll Nr. 1395 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 18. Dezember 1975,* dodis.ch/39645. *Zur Lage der Uhrenindustrie vgl. die Notiz von R. Gallatti vom 27. Februar 1975,* dodis.ch/38727; *das Protokoll Nr. 555 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Mai 1975,* dodis.ch/39639, *S. 790–792; das BR-Prot. Nr. 1257 vom 9. Juli 1975,* dodis.ch/39670; *die Notiz von K. Fröhlicher an E. Brugger vom 17 Juli 1975,* dodis.ch/38728 *sowie das Schreiben von E. Brugger und G.-A. Chevallaz an B. Clerc vom 12. Nobember 1975,* dodis.ch/38729.

12. *Vgl. dazu Dok. 36,* dodis.ch/37657, *Anm. 13. Zur Frage einer Teilnahme der Schweiz an der europäischen Währungsschlange vgl. Dok. 141,* dodis.ch/39506; *Dok. 161,* dodis.ch/39509 *sowie Dok. 170,* dodis.ch/39508.

13. *BR-Prot Nr. 38 vom 10. Januar 1973,* dodis.ch/39714 *sowie die BR-Prot. Nr. 37, 39, 40, 41, 41A, 43 und 45 vom 10. Januar 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#790*. *Vgl. dazu ferner das Referat von R. Bieri an der Botschafterkonferenz vom 29.–31. August 1973,* dodis.ch/37655 *sowie das BR-Prot. Nr. 1872 vom 25. November 1974,* dodis.ch/39718.

den die Exportwirtschaft zu erbringen hat. Wir sollten nicht auf den status quo ante zurückkommen, eine Aufwertung des Schweizerfrankens ist unerlässlich. Dabei ist nicht zu vergessen, dass der Aufwertungseffekt gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für uns besonders wichtig ist; dieser ist bekanntlich nicht so gross wie bei andern Ländern.

Herr Ötterli (Bankiervereinigung) befürchtet, dass wir noch einige Zeit mit den Währungsschwierigkeiten leben müssen. Ihre eigentliche Ursache liegt bei der amerikanischen Währungslage. Solange sich hier nichts ändert, wird die Unruhe anhalten. Die Praxis hat gezeigt, dass ein Floaten als Dauerzustand nicht möglich ist. Die amerikanische Wirtschaft verdient Vertrauen, sie ist stark und hat die Inflationsrate bedeutend reduzieren können. Von den Banken aus gesehen sollte man mit dem gebundenen Zahlungsverkehr nicht operieren, höchstens als allerletzte ultima ratio. Ein gebundener Zahlungsverkehr hätte für uns ganz enorme Folgen, da damit zu rechnen wäre, dass auch Deutschland sich dieses Mittels bedienen würde, womit wir in Europa vorwiegend Länder mit gebundenem Zahlungsverkehr hätten. Ein irreversibler Zustand würde damit auf viele Jahre hinaus geschaffen.

Zur Frage der Mitgliedschaft im Währungsfonds[14] ist nach wie vor grösste Zurückhaltung geboten, da die Sonderstellung des schweizerischen Finanzplatzes ein Abwarten gebietet. Die Stellung des Goldes, des Dollars und ganz besonders der Sonderziehungsrechte ist noch nicht klar. Diese Sonderziehungsrechte bieten Gelegenheit zu Missbräuchen. Man sollte von Seiten der Behörden jetzt Ruhe bewahren und vorläufig das Floaten weiterführen, aber am Ziel der festen Parität festhalten.

Herr Winterberger ist nicht so optimistisch in bezug auf die USA wie Herr Ötterli, da die multinationalen Gesellschaften ihre Gewinne kaum zurück nach Amerika transferieren. Auch sind die grossen Defizite der amerikanischen Handels- und Zahlungsbilanzen augenfällig. Der Finanzplatz Schweiz ist heute mindestens so bedeutend wir derjenige der Bundesrepublik, aber wir können zehnmal weniger «schlucken». Deshalb kann sich unser Finanzplatz auf den kleinen schweizerischen Wirtschaftsraum auch negativ auswirken[15]. Im übrigen warnt Winterberger vor einer öffentlichen Diskussion eines gespaltenen Devisenmarktes und einer Frankenaufwertung, da jedesmal, wenn solche Gespräche bekannt werden, 24 Stunden später der Frankenkurs an der New Yorker Börse weiter nach oben floatet.

Herr Grübel (BIGA): Wir kämpfen seit Jahren mit dem Fremdarbeiterproblem[16] mittels einer unbefriedigenden Oberflächentherapie, nur eine Beruhigung der Konjunktur könnte eine richtige Lösung ergeben. Von uns aus gesehen brauchen wir eine Dämpfung der Konjunktur. Ein ausgeglichener Arbeitsmarkt in allen Branchen wagen wir nicht zu hoffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es auf die andere Seite umschlagen könnte und dass mit Arbeitslosigkeit zu rechnen wäre. Wir haben aber heute keine solchen Befürchtungen.

---

14. *Vgl. dazu Dok. 88,* dodis.ch/38459 *sowie Dok. 108,* dodis.ch/38470.
15. *Vgl. dazu Dok. 96,* dodis.ch/39094.
16. *Vgl. dazu Dok. 86,* dodis.ch/38402, *bes. Anm. 2, 3 und 4.*

Die 30% Aufwertung dramatisieren die Situation etwas, denn man geht bei dieser Berechnung von der Voraussetzung aus, dass die Währungsrelationen vor dem Mai 1971[17] in Ordnung waren, was sicherlich nicht der Fall war.

Herr Jolles bemerkt, dass währungspolitische Massnahmen ein äusserst gefährliches Instrument der Konjunkturdämpfung darstellen.

Herr Jucker (Gewerkschaftsbund): Die neuen Kurse entsprechen gemäss seiner Erfahrung annähernd Marktrelationen. Gespaltene Devisenmärkte kommen einem System verdeckter Exportsubventionen gleich und werden vor allem von Ländern mit abwertungsverdächtigen Währungen angewandt. Der Weg zu noch mehr Interventionismus wäre für uns absolut verfehlt. Wir müssen mehr Mobilitätspflege und weniger Protektionismus als in allen unseren Nachbarstaaten treiben.

Herr Zwahlen (EPD): In der Arbeitsgruppe 3 der OECD[18] kam letzte Woche die wirtschaftliche Situation der USA zur Sprache, wobei das OECD-Sekretariat eher pessimistische Perspektiven aufgezeigt hat. Das Sekretariat des Währungsfonds sowie die amerikanische Delegation haben aber eine positivere Haltung, da das Smithsonian Agreement seine positive Wirkung nicht verfehlen werde. Das Floatieren in der Schweiz sollte solange andauern, bis sich die Situation international stabilisiert hat. Die 6,2 Milliarden Dollar in Deutschland beginnen zurückzufliessen, weil die Deutschen gewisse wirksame Massnahmen getroffen haben. Das gleiche wird voraussichtlich nach einer Aufwertung des Yen auch mit den 1,2 Milliarden Dollar in Japan geschehen. Der gegenwärtige Kurs des Schweizerfrankens entspricht nicht unserer Aussenwirtschaftssituation. Auch gibt es zur Zeit nur wenig Transaktionen, ungefähr 10% des normalen Umsatzes.

---

17. *Zur Aufwertung des Schweizerfrankens vom 9. Mai 1971 vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 72,* dodis.ch/35737.

18. *Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen vom 26. Februar 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1238* (C.41.780.02.27.3).

8

dodis.ch/39285

Aufzeichnung des stv. Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, K. Fritschi[1]

BESPRECHUNG VOM 1. MÄRZ 1973 ÜBER DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND NORDKOREA

Vertraulich

1. Schneller als noch vor kurzem aufgrund von Aussagen von seiten des Aussenministeriums in Stockholm erwartet werden konnte, ist Schweden entschlossen, Nordkorea zu anerkennen. Der schwedische Aussenminister[2] wird gemäss Bericht[3] unserer Botschaft wahrscheinlich in der aussenpolitischen Debatte vom 21. März im Reichstag die Absicht der Regierung bekanntgeben, diesen Schritt zu vollziehen, das Datum indessen offenlassen. Schweden möchte sich an der Osloer Aussenministerkonferenz vom 28. März mit seinen skandinavischen Partnern in dieser Sache beraten und, wenn immer möglich, darüber verständigen. Stockholm trägt sich mit der Hoffnung, kleinere Länder ebenfalls für seinen Plan zu gewinnen, um auf diese Weise die Schockwirkung auf die Vereinigten Staaten abzuschwächen. Schweden sieht vor seiner Anerkennung von Nordkorea keine Orientierung der Vereinten Nationen vor und gedenkt, weiterhin Mitglied der Neutralen Überwachungskommission in Panmunjom (NNSC) zu bleiben[4].

Angesichts der schweizerischen Mitgliedschaft in der NNSC hat sich Schweden stets bereitgefunden, mit uns Konsultationen über Fragen zu pflegen, welche Korea betreffen[5]. Der Generalsekretär des schwedischen Aussenministeriums, Sverker Aström, wird am kommenden 12. März Bern einen Besuch abstatten[6]. Wichtig ist, dass wir gegenüber dem Vorprellen Schwedens eine klare Haltung der Schweiz im Hinblick auf diesen Besuch festlegen.

Hinzu kommt, dass Botschafter Natural nach seiner Rückkehr nach Peking sich am 19. März nach Pyongyang begeben wird[7]. Voraussichtlich Ende März wird zudem der nordkoreanische Botschafter in Warschau, Kim Hi Sum, nach Bern kommen[8].

---

1. *Aufzeichnung:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2400* (B.15.11.1). *Anwesend: E. Thalmann, R. Bindschedler, A. Natural, H. Miesch, R. Probst, P. Thévenaz, F. Pictet, P. Erni, L. Burckhardt und K. Fritschi.*
2. *K. Wickman.*
3. *Telegramm Nr. 45 der schweizerischen Botschaft in Stockholm an das Politische Departement vom 27. Februar 1973, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Für die Rolle der Vereinten Nationen in der Korea-Frage vgl. Dok. 12,* dodis.ch/40106.
5. *Vgl. z. B. DDS, Bd. 25, Dok. 152,* dodis.ch/35835.
6. *Vgl. dazu die Notiz von K. Fritschi vom 12. März 1973,* dodis.ch/39297.
7. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 3. April 1973,* dodis.ch/39299 *und die Notiz von A. Natural vom 3. April 1973,* dodis.ch/39301.
8. *Für die Verhandlungen im Juli 1973 über die Errichtung von Handelsmissionen vgl. Dok. 91,* dodis.ch/39265, *Anm. 3 und 4.*

2. Die süd-nordkoreanische Übereinkunft vom 4. Juli 1972, der schon Kontakte zwischen den beiden nationalen Rotkreuz-Gesellschaften vorausgingen, hat den Beifall Chinas gefunden. Gegenüber den Aussichten einer Annäherung zwischen dem Süden und dem Norden Koreas zeigte sich hingegen Pyongyang äusserst zurückhaltend[9]. So konnte eine unterschiedliche Beurteilung einer solchen Entwicklung im Verhältnis beider Teile des Landes zueinander anlässlich der Besuche des chinesischen Aussenministers[10] in Nordkorea und seines nordkoreanischen Kollegen[11] in China festgestellt werden. Peking hat sich schliesslich in dieser Sache Pyongyangs Stillschweigen ebenfalls zu eigen gemacht.

Die selbe Zurückhaltung ist auf seiten Südkoreas zu beobachten (vgl. die Berichte unseres in Seoul akkreditierten Botschafters[12] und die Aktennotiz vom 13. Juli 1972[13] über die Vorsprache des hiesigen südkoreanischen Botschafters[14]).

Der Hauptgrund des koreanischen Misstrauens ist in der Entwicklung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses zu finden. Vor kurzem wurde der amerikanische Präsidentenberater, Kissinger, von Mao höchstpersönlich zu einem Gespräch empfangen, das volle zwei Stunden dauerte, was als aussergewöhnlich angesehen werden muss und sehr auffällig ist. Dies beunruhigt Nordkorea wie übrigens auch Nordvietnam[15]. (An Empfängen des nordkoreanischen Botschafters[16] in Peking wird neuerdings der Film über die Pueblo-Affäre[17] gezeigt).

3. Dieser Stand der Dinge hat keinen unmittelbaren Einfluss auf unser Verhältnis zu Nordkorea. So bestehen etwa in Peking zwischen unserem und dem nordkoreanischen Botschafter gute persönliche Beziehungen. Tatsächlich gibt es auf bilateraler Ebene keine strittigen Fragen. Unser Vertreter in China ist denn auch nach Pyongyang eingeladen worden; solche Einladungen sind im übrigen auch an seine Kollegen anderer Länder (Schweden, Norwegen, Libanon[18] u.a.m.) ergangen.

Nordkorea ist der letzte geteilte Staat, den wir noch nicht anerkannt haben[19]. Dies scheint heute kaum mehr gerechtfertigt. Wenn wir uns bis anhin namentlich wegen der DDR in Zurückhaltung übten, so entfällt dieser Grund in Zukunft ganz[20].

---

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 152,* dodis.ch/35835.
10. *Chi Peng-fei.*
11. *Ho Dam.*
12. *G. E. Bucher. Vgl. dazu das Schreiben von G. E. Bucher an E. Thalmann vom 11. Oktober 1972,* dodis.ch/36015; *den Politischen Bericht Nr. 35 von G. E. Bucher an P. Graber vom 16. Oktober 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#76* (A.21.31) *sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2684* (B.15.11.1).
13. *Notiz von K. Fritschi vom 13. Juli 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2684* (B.15.11.1).
14. *Kang Moon Bong.*
15. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 17 vom 10. Januar 1973,* dodis.ch/39154.
16. *Hyun Jun Keuk.*
17. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 158,* dodis.ch/33139, *Anm. 10.*
18. *A. Björnberg, P. G. Ravne und É. Boustany.*
19. *Zur Frage der geteilten Staaten vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 43,* dodis.ch/31039; *DDS, Bd. 24, Dok. 127,* dodis.ch/32173; *DDS, Bd. 25, Dok. 4,* dodis.ch/35862 *sowie Dok. 123,* dodis.ch/35861.
20. *Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Schweiz mit der DDR vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 179,* dodis.ch/34372.

Wenn nun der koreanische Wiedervereinigungsprozess voranginge und mit seinem Abschluss zu rechnen wäre, so würde sich das Problem auch unseres Verhältnisses zu den beiden Teilen Koreas von selbst lösen. Dies dürfte indessen, wenn überhaupt, für lange nicht der Fall sein.

Verschiedene Gründe sprechen allerdings vorderhand dagegen, dass die Schweiz die Anerkennung von Nordkorea vollzieht. Die wichtigsten, die hier Erwähnung verdienen, sind die folgenden:

Als Mitglied der NNSC haben wir das politische Gleichgewicht in Betracht zu ziehen, das in dieser Kommission besteht[21]. Zwar kann man sich die Auflösung dieses Gremiums vorstellen, wenn ein entsprechender Vorstoss von China und anderer kommunistischer Staaten in der UNO erfolgreiche Unterstützung fände: aber die Vereinten Nationen sind in Korea nicht alleinige Partei; die Weltorganisation vermag nicht einseitig zu handeln, ohne dass dies nachteilige Rückwirkungen auf das Waffenstillstandsabkommen und damit auf eine künftige Regelung der Korea-Frage haben würde.

Ferner gilt es die Auswirkungen auf unser Verhältnis zu Südkorea zu erwägen, wenn die Schweiz Nordkorea anerkennen sollte. So sind etwa unsere wirtschaftlichen Interessen im Süden ungleich gewichtiger als im Norden[22].

Schliesslich ist zu bedenken, dass Schweden mit seiner Anerkennung von Nordkorea nicht bloss das politische Gleichgewicht in der NNSC stört und gefährdet, sondern dass Stockholm es damit gleichzeitig einmal mehr in Kauf nimmt, die Vereinigten Staaten vor den Kopf zu stossen. Wir haben keinerlei Anlass, hier zu unserem Nachteil antiamerikanische Schützenhilfe zu leisten.

4. Im Jahre 1969 hat eine schweizerische Delegation unter der Leitung von Botschafter Probst mit Vertretern der nordkoreanischen Aussenhandelsorganisation eine Verständigung getroffen, um letzterer auf Handelskammer-Ebene die Errichtung einer privatrechtlich etablierten Vertretung in Zürich zu ermöglichen[23]. Trotz verschiedener nordkoreanischer Vorstösse ist dieses Vorhaben daran gescheitert, dass Pyongyang die ursprünglich abgemachte Reziprozitätserklärung nicht abgeben und seiner Vertretung einen offiziellen Anstrich geben wollte.

Der Frage der Reziprozität kommt für uns auch in Zukunft prinzipielle Bedeutung zu; sie würde indessen keine praktische Rolle spielen, weil wir fürs nächste keine Veranlassung hätten, in Nordkorea eine schweizerische Handelsvertretung zu eröffnen. Hingegen kann unter den heute gegebenen Umständen erwogen werden, den Handelsschleier etwas zu heben, mit dem die Vereinbarung von 1969 umgeben wurde. Zur Diskussion steht eine offizielle Handelsmission nach dem Vorbild unserer Vereinbarung vom 12. Juli 1972 mit

---

21. *Vgl. dazu Dok. 91,* dodis.ch/39265.

22. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 38,* dodis.ch/35601, *Punkt 6. Zu den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südkorea vgl. ferner DDS, Bd. 25, Dok. 153,* dodis.ch/35785; *das Schreiben von K. Jacobi an J. P. Lustenberger vom 18. März 1974,* dodis.ch/39260; *das Schreiben von J. P. Lustenberger an E. Thalmann vom 28. Oktober 1974,* dodis.ch/39257; *das Schreiben von R. Probst an J. P. Lustenberger vom 13. Februar 1975,* dodis.ch/39259 *sowie die Notiz von M. Krell vom 22. August 1975,* dodis.ch/39262.

23. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 169,* dodis.ch/33133.

der DDR[24], eine Verständigung, die keine schweizerische Anerkennung von Nordkorea implizieren würde.

Diese Lösung hätte den Vorteil, dass sie eine günstige Ausgangslage für eine später mögliche schweizerische Anerkennung von Nordkorea schaffen würde, ohne dabei den status quo zu ändern, solange die NNSC im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens in Korea tätig ist. Ein solcher Schritt liesse sich gerade im Falle eines schwedischen Vorprellens sowohl gegenüber Washington, das sich in Asien noch mit schwierigen Problemen konfrontiert sieht, wie gegenüber Seoul zusätzlich rechtfertigen. Wichtig erscheint dabei nicht zuletzt auch, was andere Staaten, die sich mit der Schweiz vergleichen lassen, tun und noch tun werden, weil davon die Konzessionsbereitschaft Pyongyangs ebenfalls abhängen wird. Alles in allem genommen, es scheint angezeigt, ohne Hast zu handeln.

Es geht somit zunächst darum, bei der nordkoreanischen Seite im angegebenen Sinne behutsam zu sondieren. Anknüpfungspunkt bildet dabei die Verständigung von 1969, Ziel ist eine Lösung in der Art unserer erwähnten Vereinbarung mit der DDR, die schrittweise angestrebt werden kann[25]. Botschafter Natural wird darüber das Gespräch in Pyongyang gestützt auf die gemachten Überlegungen eröffnen und die nordkoreanischen Bemerkungen und Vorschläge ad referendum entgegennehmen. Gelegenheit zur Fortsetzung der Diskussion wird der vorgesehene Berner Besuch des nordkoreanischen Botschafters in Warschau bieten. Schliesslich sind die vorstehenden Ausführungen wegleitend für das bevorstehende Gespräch mit dem Generalsekretär des schwedischen Aussenministeriums.

5. Für den Fall der schwedischen Anerkennung von Nordkorea lautet unser Kommentar bei Anfragen wie folgt:

Die Schweiz beabsichtigt zurzeit nicht, Nordkorea zu anerkennen. Unsere Beziehungen zu Pyongyang werden geprüft. So hat sich der schweizerische Botschafter in Peking im Rahmen der bestehenden informellen Kontakte nach der nordkoreanischen Hauptstadt begeben.

---

24. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 179, dodis.ch/34372, Anm. 7.*

25. *Zur weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit vgl. Dok. 91,* dodis.ch/39265 *sowie Dok. 127,* dodis.ch/39246.

9

dodis.ch/39495

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern, U. Hochstrasser[1]

Bern, 6. März 1973

Am 22. Februar 1973 hat, wie Sie wissen, in Lausanne eine erste Aussprache[2] über eine allfällige Beteiligung der Schweiz am Forschungsprogramm der EURATOM auf dem Gebiet der Kernfusion[3] stattgefunden. Dieses Projekt wird zur Zeit von Ihrer Abteilung geprüft.

Es ist ganz selbstverständlich, dass bei dieser Prüfung primär ausschlaggebend ist, ob der zu erwartende Mehraufwand von ca. 1 Mio. Fr. pro Jahr (Beitrag der Schweiz an die EURATOM minus Beitrag der EURATOM an das Forschungszentrum für Plasmaphysik in Lausanne) im Licht der allgemeinen forschungspolitischen Zielsetzungen vertretbar ist[4].

Aus politischer Sicht gestatte ich mir indessen den Hinweis auf das grosse Interesse, das die vom Vertreter der EURATOM vorgeschlagene Formel einer vollen Beteiligung der Schweiz bietet. Es wird uns hier, natürlich auf einem relativ kleinen Teilgebiet, jene «gestaltende Mitwirkung» angeboten, der die EWG an sich grundsätzlich ablehnend gegenüber steht[5]. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn diese Gelegenheit nicht ausgeschlagen werden müsste. Dieses Präjudiz könnte in anderen Fällen, in denen wir «demandeur» sein werden, wertvoll sein. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie auch diesen politischen Aspekt im Auge behalten könnten.

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2003A#1988/15#356* (o.133.0). *Verfasst von B. von Tscharner. Diese Kopie ging an E. Thalmann. Handschriftliche Marginalie von P. A. Nussbaumer vom 13. März 1973:* von Tscharner: Herr Andres ist informiert. Müssen versuchen zu erreichen, dass Euratom als «demandeur» auftritt (wäre von Vorteil zur Lösung der institutionellen Fragen (Palumbo scheint diesbezüglich etwas optimistisch) und um dem «Präzedenzfall» mehr Gewicht zu geben).
2. *Vgl. dazu die Notiz von G. Keel vom 28. Februar 1974,* dodis.ch/40529.
3. *Vgl. dazu Dok. 167,* dodis.ch/39486; *das Schreiben von B. von Tscharner an P. H. Wurth vom 2. Februar 1973,* dodis.ch/39842; *die Notiz von F. Blankart vom 18. Juni 1974,* dodis.ch/40530; *die Notiz von R. Hofmann vom 4. November 1974,* dodis.ch/39843; *die Aufzeichnung von R. Hofmann und G. Keel vom 17. Dezember 1974,* dodis.ch/39846; *das Schreiben von F. Blankart an C. Caillat vom 31. Juli 1975,* dodis.ch/39848; *das Schreiben von R. Hofmann an A. Kaech vom 5. August 1975,* dodis.ch/39845 *sowie die Notiz von U. Hochstrasser an H. Hürlimann vom 2. Dezember 1975,* dodis.ch/39849.
4. *Vgl. dazu die Notiz von J. Staehelin vom 22. November 1974,* dodis.ch/39844.
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 44,* dodis.ch/39495.

10

dodis.ch/39340

Le Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Département de justice et police, K. Furgler[1]

Confidentiel Berne, 20 mars 1973

Je vous remercie de m'avoir confié les pièces du dossier[2] de l'affaire *Rocek,* que je vous retourne ci-inclus.

Je partage l'avis de mon Secrétaire général[3] que les faits sont clairement établis et qu'il faut inviter l'Ambassadeur de Tchécoslovaquie[4] à renvoyer immédiatement son collaborateur Rocek dans son pays, en lui déclarant au demeurant que nous comptons vivement qu'une telle affaire ne se représentera pas[5].

Sous ces conditions, nous estimons qu'il est inutile de donner de la publicité à une affaire banale, hélas, et d'importance bien moyenne.

Vos services sont bien placés pour connaître les services de renseignement qu'entretiennent à Berne non pas seulement les pays de l'Est mais aussi ceux de l'Ouest[6]. Les services occidentaux doivent être beaucoup plus habiles puisque leurs agents, dont certains sont bien connus, ne sont jamais pris sur le fait. Il en résulte une situation qui n'est que médiocrement satisfaisante, puisque nous donnons, à tort, le sentiment que nous ne frappons que d'un seul côté.

Pour ces raisons, il nous paraît que la publicité devrait être limitée aux cas graves.

---

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5136* (A.44.21).
2. *Ces documents se trouvent vraisemblablement dans le doss.* CH-BAR#E4320C#2001/55#208* (12) *dont la consultation nous a été refusée; cf. Annexe X, liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles.*
3. *E. Thalmann. Cf. la notice de E. Thalmann à P. Graber du 26 mars 1973,* dodis.ch/39342. *La notice a été retournée le 6 avril 1973 avec une notice manuscrite de K. Furgler:* mit bestem Gruss – unter Bezugnahme auf unsere Besprechung vom vergangenen Mittwoch, 4. 4. 73.
4. *M. Lajčiak.*
5. *Cf. la notice de K. Fritschi du 6 avril 1973, doss. comme note 1. Pour la suite de cette affaire, cf. le télégramme N° 25 de l'Ambassade de Suisse à Prague au Département politique du 2 mai 1973,* dodis.ch/39343. *Cf. aussi le PVCF de décision II du 31 janvier 1972 de la 4ème séance du 26 janvier 1972,* dodis.ch/37079, *point 2. Pour une autre affaire d'espionnage d'émigrants tchécoslovaques par des membres de l'Ambassade de Tchécoslovaquie à Berne, cf. la notice de Ch. Müller du 15 juillet 1975,* dodis.ch/39346. *Sur l'intégration des réfugiés tchécoslovaques en Suisse, cf. la notice de H. Mumenthaler du 21 septembre 1973,* dodis.ch/39344. *Pour les relations avec la Tchécoslovaquie, cf. doc. 132,* dodis.ch/39323.
6. *Pour d'autres affaires d'espionnage politique et économique en Suisse, cf. DDS, vol. 25, doc. 34,* dodis.ch/35524; *doc. 115,* dodis.ch/35632 *et doc. 133,* dodis.ch/35536; *DDS, vol. 26, doc. 28,* dodis.ch/38389; *doc. 39,* dodis.ch/38849; *doc. 138,* dodis.ch/39493; *doc. 160,* dodis.ch/38322, *point 6 et doc. 176,* dodis.ch/38430 *et la notice de K. O. Wyss du 7 mai 1974,* dodis.ch/38803.

11

dodis.ch/38471

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

INVESTITIONSRISIKOGARANTIE

Bern, 10. April 1973

Auf Grund der Postulate Schmidheiny[2] und Rohner[3] im Herbst 1960 wurde der Bundesrat u. a. eingeladen, die Frage der Ausdehnung der bereits bestehenden Exportrisikogarantie (ERG) des Bundes auf den Schutz schweizerischer Investitionen in Entwicklungsländern zu prüfen. Nach längeren Vorbereitungsarbeiten[4] wurde das neue Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie (IRG) im März 1970[5] vom Parlament genehmigt und trat auf den 1. Oktober 1970 in Kraft. Der Bund wird darin ermächtigt, IRG-Deckungen bis zu einem Plafond von 500 Mio. Fr. zu gewähren.

Ziel der IRG ist es, durch Bundesgarantien gegen besondere Risiken *Investitionen in Entwicklungsländern zu erleichtern*. Im Unterschied zur ERG[6], bei der die Förderung unseres Aussenhandels im Vordergrund steht, ist die IRG ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Gedeckt werden durch die IRG das Risiko gegen Verstaatlichung und Beschlagnahmung, das Kriegsrisiko und das Transferrisiko für Entschädigungszahlungen des Anlagestaates und aus staatlich erzwungenen Verkäufen von Beteiligungen (im Falle von Beteiligungskapital), von Transfersperren, Moratorien und nachträglichen Beschränkungen von Auszahlungen und Überweisungen (im Falle von Erträgen). Das kommerzielle Risiko ist natürlich ausgeschlossen. Der Höchstsatz der Garantie ist 70%, die maximale Dauer beträgt 15 Jahre. Die Prämien sind recht hoch, nämlich 1,25% jährlich auf das garantierte Beteiligungs- und Leihkapital und 4% des garantierten Jahresertrages.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2005A#1985/101#28* (t.013-1). *Verfasst und unterzeichnet von R. Wilhelm.*
2. *Für das* Postulat Schmidheiny. Investitionen in Entwicklungsländern *vgl. das NR-Verhandlungsprotokoll der 8. Sitzung vom 27. September 1960,* CH-BAR#E1301#1960/51#447*, *S. 216–237.*
3. *Für das* Postulat Rohner. Investitionen in Entwicklungsländern *vgl. Amtl. Bull. SR, 1960, S. 186–193.*
4. *Vgl. dazu die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend ein Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie *vom 10. September 1969, BBl, 1969, II, S. 953–984.*
5. Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie *vom 20. März 1970, AS, 1970, S. 1133–1147. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 25, Dok. 122,* dodis.ch/35169, *Anm. 18 sowie die Notiz von F. Maeder an J.-P. Ritter vom 23. November 1973,* dodis.ch/38472.
6. *Zur Exportrisikogarantie vgl. DDS, Bd. 13, Dok. 38; DDS, Bd. 15, Dok. 106 und Dok. 194; DDS, Bd. 20, Dok. 12,* dodis.ch/11134 *und Dok. 104,* dodis.ch/11140; *DDS, Bd. 21, Dok. 36,* dodis.ch/15547; *Dok. 49,* dodis.ch/15580 *und Dok. 75,* dodis.ch/14426; *DDS, Bd. 22, Dok. 10,* dodis.ch/30683; *DDS, Bd. 23, Dok. 62,* dodis.ch/31530; *DDS, Bd. 24, Dok. 86,* dodis.ch/33269; *Dok. 113,* dodis.ch/33260; *Dok. 122,* dodis.ch/33047 *und Dok. 144,* dodis.ch/32801; *DDS, Bd. 25, Dok. 7,* dodis.ch/35532; *Dok. 122,* dodis.ch/35169; *die Notiz von E. Brugger vom 6. September 1973,* dodis.ch/38448 *sowie die Notiz von H. Hofer an E. Brugger vom 16. März 1973,* dodis.ch/38469.

Die IRG wird, gleich wie die ERG, durch die Geschäftsstelle der ERG verwaltet. Der Bundesrat hat für die IRG eine *Kommission* ernannt, die mit dem Vollzug des Gesetzes betraut ist. Diese Kommission setzt sich aus 3 Vertretern der Verwaltung und 3 Vertretern der Wirtschaft zusammen. Die Verwaltung ist darin durch das EVD[7] (Vorsitz), das EPD (Minister Gelzer, Stellvertreter R. Wilhelm) und das EFZD[8] vertreten.

Es können, wie bei der ERG, definitive Gesuche oder einfach generelle Anfragen gestellt werden. Der Überblick über die ersten beiden Geschäftsjahre 1971 und 1972 zeigt dabei folgendes Bild:

	1971	1972
Eingegangene Gesuche und generelle Anfragen	13	16
Davon bewilligte Gesuche	2	6
Positiv beantwortete G. A's	3	4
Ablehnungen	8	6

Von der IRG wurde damit erst in relativ bescheidenem Masse Gebrauch gemacht. 1971 wurden Kapitalien von 41,7 Mio. Fr. garantiert, 1972 hat sich die Summe auf 58,9 Mio. Fr. erhöht. Zu 70% wurden diese Beträge vom Bund garantiert, sodass bis Ende 1972 der *Bund mit 41,2 Mio. Fr. engagiert* ist. Bei einem bewilligten Plafond von 500 Mio. Fr. macht dies erst weniger als 10% aus. Die Beanspruchung der IRG ist damit ganz *erheblich hinter den seinerzeit geschätzten Engagements zurückgeblieben*.

Garantien wurden bisher an folgende Länder gewährt:
- Peru (Elektrizitätswirtschaft)[9]
- Côte d'Ivoire[10]
- Tanzania[11]
- Südkorea[12]
- Brasilien[13]
- Saudi-Arabien[14]
- Äthiopien[15]

---

7. *H. Hofer.*
8. *B. Müller.*
9. *Zur Gewährung der IRG an die Südamerikanische Elektrizitätsgesellschaft für Investitionen in Peru vgl. die Verfügung vom 28. Dezember 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#37* (225.3.1).
10. *Für die Gewährung der IRG an die Rinsoz & Ormond SA für die Elfenbeinküste vgl. den Bericht der Eidg. Finanzkontrolle von 1972,* CH-BAR#E7110#1984/70#37* (225.3.1).
11. *Zur Gewährung der IRG an die AG für Plantagen für Investitionen in Tanzania vgl. die Notiz von H. Bühler an E. Brugger vom 21. März 1972,* CH-BAR#E7001C#1984/200#1027* (2100.2).
12. *Zur Gewährung der IRG an Nestlé für Investitionen in Südkorea vgl. das Schreiben von H. Bühler an M. Gelzer und B. Müller vom 17. Januar 1972,* CH-BAR#E7001C#1984/200#1026* (2100.1).
13. *Zur Gewährung der IRG an die Swiss Interagro Holding AG für Investitionen in Brasilien vgl. Doss.* CH-BAR#E7001C#1984/200#1030* (2100.5).
14. *Zur Gewährung der IRG an die Amiantus AG von M. Schmidheiny für Investitionen in Saudi-Arabien vgl. Doss.* CH-BAR#E7001C#1984/200#1029* (2100.4).
15. *Zur Gewährung der IRG an die Domex SA für Investitionen in Äthiopien vgl. das Protokoll der Geschäftsstelle für Investitionsrisikogarantie vom 28. August 1973,* CH-BAR#E7110# 1984/70#37* (225.3.1).

Generelle Anfragen wurden positiv beantwortet für Portugal und Singapur.

Die berücksichtigten Branchen betreffen die Zementindustrie, Elektrische Apparate, Plantagen, Textilfabrikation, Lebensmittelverarbeitung, Tabakverarbeitung.

Gesuche wurden in vielen Fällen abgelehnt, weil die investierende Firma keinen schweizerischen Charakter hatte oder keine Beziehung zur schweizerischen Wirtschaft aufwies.

Nach dem 3. Geschäftsjahr der IRG (1973) wird man voraussichtlich erste Schlussfolgerungen über den Beitrag dieses neuen Instrumentes des Bundes im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ziehen können[16]. Schon jetzt kann jedoch gesagt werden, dass von der IRG bisher kaum grössere zusätzliche Entwicklungsimpulse ausgegangen sind

16. *Vgl. dazu den* 4. Jahresbericht über das Jahr 1973 an die Kommission für die Investitionsrisikogarantie *der Geschäftsstelle für die Investitionsrisikogarantie vom 6. Februar 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#28* (t.013-1).

12

dodis.ch/40106

Notice du Chef adj. de la Division des organisations internationales du Département politique, F. Pictet[1]

ENTRETIEN DU CHEF DU DÉPARTEMENT[2] AVEC M. WALDHEIM, GENÈVE, 11 AVRIL 1973

Très Confidentiel *[Berne,]* 13 avril 1973

1. Bureaux du GRP

Dans une lettre récente, Mme Binh a demandé au Secrétaire général[3] de pouvoir accréditer un observateur à New York. Il n'y était pas question de Genève. Le Secrétaire général a fait répondre oralement qu'il voyait mal la possibilité de donner suite à cette demande, façon discrète de mentionner l'opposition du Gouvernement américain. Une allusion a, semble-t-il, été faite dans cette réponse à une liaison à Genève pour les problèmes d'ordre humanitaire. L'ONU a laissé ainsi une porte entrouverte. À New York, l'ONU peut motiver son refus en s'abritant derrière le pays de siège. Ce motif, comme l'a précisé M. Thalmann, ne pourrait être opposé en Suisse. M. Wahldheim observe que le GRP ne peut espérer obtenir un statut dans les institutions spécialisées dont le Vietnam du Sud est membre. Seule l'ONU elle-même, où Saigon n'est qu'observateur, pourrait entrer en ligne de compte.

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2400* (B.15.11.1).
2. *P. Graber.*
3. *K. Waldheim.*

2. Situation financière

Dans l'immédiat, elle n'inspire pas d'inquiétude, des contributions volontaires, en dernier lieu du Japon, ayant permis une stabilisation provisoire. À plus long terme, la situation demeure préoccupante. Pour pallier aux pertes de change, on examine s'il serait possible d'inviter les membres à verser leur contribution, notamment au PNUD, dans une monnaie telle que le franc suisse. M. Graber observe que l'irresponsabilité des petits contributeurs en matière financière est une cause de discrédit de l'ONU dans l'opinion publique suisse[4]. Le Secrétaire général en convient, il cite à titre d'exemple la tentative des pays en développement de partager entre les membres le montant économisé sur le dernier budget. Il s'efforce, au cours de ses voyages, de modérer les ambitions des gouvernements en les mettant en garde contre ce qu'il appelle un suicide de l'Organisation.

3. Afrique du Sud

W*[aldheim]* remercie le Chef du Département pour son aide dans la recherche d'un représentant permanent en Namibie. Les circonstances étaient exceptionnellement difficiles et M. Escher a fait tout ce qui était possible[5]. Pretoria continue de mettre les bâtons dans les roues en cherchant à gagner du temps. Sa propre mission n'a encore permis aucun progrès malgré la bonne volonté que manifeste personnellement M. Müller qui n'a toutefois pas une influence suffisante sur le Premier Ministre. En privé, beaucoup de gouvernements africains se disent acquis au dialogue[6], mais si l'Afrique du Sud ne fait pas un pas en avant, W*[aldheim]* devra envisager «d'arrêter les frais».

4. Siège

Il est acquis que le PNUD et l'UNICEF demeureront à New York, les Américains ayant très clairement manifesté leur volonté sur ce point. La décision de renoncer au transfert[7] de la Division des droits de l'homme est provisoire: elle a été dictée par la constatation qu'à la suite de la dévaluation du dollar, l'amortissement des frais de transfert, prévu en cinq ans, devient impossible, en sorte que le statu quo demeurerait la formule la meilleur marché[8]. La prochaine Assemblée générale devra prendre une décision. En attendant, l'Office garde les locaux en réserve. Le choix de Nairobi pour le Secrétariat de l'environnement[9]

---

4. *Cf. la notice de la Direction des organisations internationales du Département politique d'août 1973,* dodis.ch/40131.

5. *Sur la mission de A. Escher en tant qu'envoyé spécial du Secrétaire général de l'ONU pour la Namibie en 1972, cf. DDS, vol. 25, doc. 86,* dodis.ch/35680, *en particulier note 21 et doc. 146,* dodis.ch/35579, *en particulier note 12.*

6. *Cf. p. ex. le rapport politique N° 5 de T. Curchod du 3 mars 1975,* dodis.ch/40256.

7. *Sur le rôle pionnier de K. Waldheim dans cette décision, cf. la lettre de B. Turrettini à R. Keller du 1er novembre 1972,* CH-BAR#E2003A#1984/84#1773* (o.715.11) *et doss.* CH-BAR#E2210.5#1992/34#34* (710.311).

8. *Cf. le télégramme N° 89 de B. Turrettini au Département politique fédéral du 3 avril 1973,* CH-BAR#E2210.5#1993/30#253* (713.360).

9. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1531* (o.713.842) *et* CH-BAR#E2003A#1990/3#1594* (o.713.842).

n'est qu'un premier pas vers une décentralisation accrue des Nations Unies. Ce mouvement inévitable contient en germe le risque d'une désaffectation des grandes puissances[10]. W*[aldheim]* rend hommage à l'accueil de Genève dont la situation vraiment centrale est beaucoup plus satisfaisante que celle de New York[11].

5. Corée du Nord

W*[aldheim]* confirme que la Corée du Nord cherche à obtenir la dissolution de la Commission pour l'unification et la reconstruction de la Corée (UNCURK). Le chef[12] de la délégation nord-coréenne à Paris lui a dit, en février, que la dissolution de la Commission d'armistice et de la NNSC serait l'étape suivante. W*[aldheim]* doute d'une dissolution de l'UNCURK car, comme l'a montré le vote d'ajournement de la dernière Assemblée générale, une forte majorité d'États souhaite son maintien. Le Secrétaire général ne serait personnellement pas fâché de sa disparition, car elle est une charge pour l'Organisation et symbolise un «abus du drapeau de l'ONU par une grande puissance».

L'établissement de relations diplomatiques entre la Suède et la Corée du Nord[13] sera sans effet sur la NNSC dont l'avenir dépend d'abord de Washington, qui attache une très grande importance à son maintien. La Corée cherche à entrer dans les institutions spécialisées dont la Corée du Sud est déjà membre, c'est une évolution très intéressante. En revanche, elle n'a pas l'intention d'adhérer à l'ONU, car ce serait compromettre l'unification de la péninsule. Chou En-Laï a dit au Secrétaire général que l'adhésion de la Corée à l'ONU n'est pas urgente et qu'elle peut attendre la réunification.

6. Vietnam[14]

La maintien de l'UNCURK est une des raisons de la méfiance du Vietnam du Nord envers l'ONU. Pour Hanoï, l'ONU est un instrument des États-Unis. Ayant obtenu le départ des Américains du Vietnam du Sud, Hanoï ne veut pas les délier de leurs responsabilités en leur donnant la possibilité de les repasser à l'ONU. C'est le langage que lui a tenu Chou En-Laï. Les relations d'Hanoï avec le Secrétaire général sont par contre confiantes, en raison de la position qu'il avait personnellement prise notamment à propos des bombardements des digues. La méfiance vis-à-vis de l'ONU, qu'Hanoï connaît très mal, frappe aussi les institutions spécialisées auxquelles le Vietnam du Nord n'envisage pas

---

10. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1543* (o.715.11).

11. *Sur les interventions de K. Waldheim pour le transfert de la Division des droits de l'homme à Genève, cf. le télégramme N° 310 de B. Turrettini au Département politique du 5 novembre 1973,* CH-BAR#E2210.5#1993/30#82* (710.40). *Sur la question de l'établissement à Vienne de certains organes et services de l'ONU et sur les arguments en faveur de Genève, cf. DDS, vol. 24,* dodis.ch/33201, *note 11; la notice de F. Muheim du 13 août 1975,* dodis.ch/40151 *et la circulaire du Département politique aux ambassades de Suisse du 16 décembre 1975,* CH-BAR#E2003A#1988/15#1546* (o.715.21.Uch).

12. *Park Youn Pyong.*

13. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/39285.

14. *Cf. doc. 147,* dodis.ch/39140.

encore d'adhérer. W*[aldheim]* est «très sceptique» quant aux chances d'une paix durable en Indochine. Il doute que le Président Thieu ait le pouvoir de se maintenir. Le Secrétaire général est satisfait de la manière dont les Nations Unies ont été associées à la Conférence de Paris. Il avait été prévenu, depuis plusieurs mois, qu'il n'était pas question qu'il signe les accords. La presse s'est livrée sur ce point à des commentaires fantaisistes. Le Canada, qui désirait une présence des Nations Unies dans le mécanisme de contrôle, a contribué à créer un malentendu.

Au *Cambodge*, W*[aldheim]* n'exclut pas un arrangement entre Lon Nol et Sihanouk. Les USA, qui ne sont sans doute pas prêts à soutenir le régime actuel jusqu'au bout, pourraient y avoir un intérêt, tout comme la Chine.

7. Allemagnes

L'adhésion des deux Allemagnes n'est plus qu'une formalité. La question est de savoir s'il y aura ou non une assemblée extraordinaire. Bonn ne le souhaite pas et W*[aldheim]* ne croit pas que l'URSS tiendra à susciter une confrontation. Il est possible que M. Brandt se rende à New York pendant l'Assemblée.

8. Chypre

W*[aldheim]* se dit très préoccupé, les pourparlers entre les communautés ne marquent pas de progrès. Il a fait savoir à Athènes et à Ankara qu'il envisage de proposer au Conseil de sécurité, à la fin de l'année, s'il n'y a pas de résultat concret d'ici là, une réduction substantielle de l'UNFICYP[15]. L'ONU ne maintiendrait dans l'île que des observateurs. Les contributeurs, les États-Unis comme les Scandinaves, sont las de soutenir une entreprise dont on ne voit pas la fin.

9. Proche-Orient[16]

Ce point est abordé brièvement en fin de conversation. L'horizon est toujours bouché. Israël n'est pas disposé à négocier. Le Caire est prêt à négocier sur tous les points pour autant qu'il n'y ait aucun abandon de territoire (force internationale à Sharm el Sheikh, corridor international). Si aucun progrès n'était réalisé d'ici l'Assemblée générale, le Secrétaire général reprendrait ses efforts.

---

15. *Sur la contribution financière de la Suisse à l'UNFICYP, cf. le PVCF N° 1851 du 7 novembre 1973,* dodis.ch/38809.

16. *Sur le conflit du Proche-Orient, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248*, note 2.*

13

dodis.ch/38907

Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

KURZBERICHT ÜBER DIE AMERIKAREISE[2] VON BUNDESRAT BRUGGER UND DIE VORANGEHENDEN BESPRECHUNGEN VON BOTSCHAFTER JOLLES UND BOTSCHAFTER JACOBI IN WASHINGTON, 1.–11. MAI 1973

Vertraulich

Der Besuch begann am Tag nach der grossen Fernsehansprache Präsident Nixons über die Watergate-Affäre[3], die die politische Szene in den Vereinigten Staaten während unseres Aufenthaltes völlig beherrschte. Trotzdem wurden sämtliche Rendez-Vous eingehalten und alle unsere Gesprächspartner zeigten sich entspannt und aufgeschlossen für eine Aussprache über Welthandels- und wirtschaftspolitische Themen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf folgende Fragenkomplexe:

- Amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung («Trade Reform Bill[4]») und Perspektiven für eine neue Welthandelsrunde im GATT[5];
- Das Problem der Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts und die der Kissinger-Rede vom 23. April zugrundeliegenden Gedankengänge;
- Die amerikanische Wirtschaftspolitik und Massnahmen zur Inflationsbekämpfung;
- Gewisse entwicklungspolitische Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Ausrichtung der multilateralen Finanzhilfe;
- Die Arbeiten des Exekutivkomitees der OECD in Sondersession;
- Den Stand der bilateralen Beziehungen Schweiz-USA, einschliesslich der Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EWG auf diese Beziehungen.

Die schweizerische Botschaft in Washington, die diese Besprechungen in besonders verdankenswerter und sorgfältiger Weise vorbereitet hatte, übernahm es, jedes einzelne Gespräch in einer Notiz[6] festzuhalten, so dass sich

---

1. *Bericht:* CH-BAR#E7110#1984/70#1653* (821).
2. *Zur Vorbereitung der Reise vgl. das Telegramm Nr. 51 von P. R. Jolles an F. Schnyder vom 16. April 1973,* dodis.ch/38906.
3. *Vgl. dazu Dok. 55,* dodis.ch/38943; *den Politischen Bericht Nr. 34 von F. Schnyder an das Politische Departement vom 21. Mai 1973,* dodis.ch/38933 *sowie den Politischen Bericht Nr. 98 von F. Schnyder an das Politische Departement vom 7. November 1974,* dodis.ch/38936.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an P. R. Jolles vom 23. April 1973,* dodis.ch/38942 *sowie den Bericht der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom Mai 1973,* dodis.ch/38908.
5. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*
6. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Geiser an P. R. Jolles vom 18. Mai 1973 sowie die Dokumentation zu den Treffen, Doss.* CH-BAR#E2200.36#1996/251#104* (101.1).

dieser Bericht auf einige allgemeine Eindrücke sowie die Zusammenfassung der Diskussion über jeden der vorgenannten Punkte beschränken kann.

Allgemeiner Eindruck

Gesamthaft gesehen, scheint die Stimmung besser als anlässlich des letzten Besuches in Washington vom 26.–30. Oktober 1971[7], indem einerseits dank der guten amerikanischen Wirtschaftslage, verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, der zwar immer noch unterschwellig vorhandene Protektionismus weniger virulent ist und anderseits ein weit grösseres Interesse an einem handelspolitischen Gespräch festzustellen ist. Durch Beendigung des Vietnam-Krieges, aber auch angesichts des andauernden Zahlungsbilanzdefizits stehen für die amerikanische Regierung die Welthandelsprobleme und die Regelung der Beziehungen zu Europa heute im Vordergrund. Bei der Verwaltung scheint eindeutig die Bereitschaft zu bestehen, die Weltwirtschaftsprobleme auf dem Wege internationaler Verhandlungen in den bestehenden Gremien (GATT und Währungsfonds; zum Teil OECD) zu lösen, und zwar eher im Sinne des Abbaus der künstlichen Hindernisse, die den Anpassungsprozess erschweren, als durch Einfuhrbeschränkungen und -kontrollen. Auch scheint die amerikanische Regierung gewillt, einmal mehr eine führende Rolle für die Liberalisierung des Welthandels zu übernehmen.

Allerdings wird auch die Alternative autonomer Schutz- und Retorsionsmassnahmen vorbereitet, so dass es im jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig scheint, die Amerikaner davon zu überzeugen, dass Lösungen auf dem Verhandlungswege sinnvoller und für alle Teile vorteilhafter ausfallen können als das Ergebnis eines Handelskrieges.

Ferner scheinen unsere Gesprächspartner realistischerweise einzusehen, dass eine neue GATT-Verhandlung kein Allerheilmittel darstellen kann und der Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz von zahlreichen weiteren Elementen, insbesondere auch der amerikanischen internen Wirtschaftspolitik abhängig sein wird. Diesbezüglich herrschte grosser Optimismus, ausgehend von der Überzeugung, dass der Dollar heute eher unterbewertet ist, so dass die internationale Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft zurzeit grösser sein sollte als seit langem. Auch die Wirkungen der amerikanischen Inflationsbekämpfung, obschon diese in punktuellen Massnahmen und einer pragmatischen Symptombehandlung besteht, werden günstig beurteilt.

Im Verhältnis zur Schweiz stellt in amerikanischer Sicht das Freihandelsabkommen[8] einen echten Schatten dar. Über dessen Inhalt und Auswirkungen bestehen immer noch Missverständnisse. Auch wird, wenn von amerikanischer Seite von Europa die Sprache ist, immer nur auf die EWG Bezug genommen; die Konzeption eines Dreiecksverhältnisses – USA/EG/Japan – steht im Mittelpunkt der amerikanischen Überlegungen. Gerade in dieser Hinsicht dürfte sich die Reise besonders gelohnt haben, indem sie die Amerikaner daran erinnerte,

---

7. *Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom 3. November 1971*, dodis.ch/36216.
8. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510.

dass Europa ein differenziertes Gebilde geblieben ist und die Schweiz einen eigenständigen Gesprächspartner darstellt. Angesichts der Intensivierung der bilateralen Kontakte zwischen den USA und den EWG-Ländern dürfte eine Manifestation der schweizerischen Präsenz unerlässlich bleiben, weil wir sonst Gefahr laufen, überspielt zu werden.

Im folgenden sei die Stellungnahme unserer amerikanischen Gesprächspartner zu den Diskussionsthemen festgehalten; die schweizerische Argumentation ging von der in der Beilage auf englisch formulierten Gedankenskizze aus.

1. Amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung

Die meisten Gesprächspartner zeigten sich optimistisch mit Bezug auf die speditive Behandlung und Verabschiedung der «Trade Reform Bill». Insbesondere sei der Beginn der öffentlichen Einvernahme im Kongress positiver verlaufen als erwartet; aus der Fragenstellung von Mills und den Mitgliedern seines Ausschusses sei keine grundsätzliche Opposition zu den verschiedenen Aspekten dieser Vorlage abzulesen gewesen. Auch wir erhielten den Eindruck, dass Chairman Mills, mit dem die Vorlage offenbar in allen Einzelheiten abgesprochen worden war, entschlossen ist, sein ganzes Gewicht einzusetzen, um diese ohne wesentliche Änderungen im Repräsentantenhaus bis zu den Sommerferien durchzubringen. Mills ist überzeugt, dass die Opposition gewisser Gewerkschaften, insbesondere Meany's, taktischer Natur ist, um Verbesserungen namentlich der «adjustment's assistance» und der steuerlichen Vorkehren zur Entmutigung der Verlegung von amerikanischen Produktionsstätten aus Steuergründen ins Ausland erzielen zu können.

Ungewisser wird der Ausgang der Beratungen im Senat sein, da sich das zuständige Komitee mit den Welthandelsfragen weitgehend unvertraut und in den üblichen protektionistischen Schlagwörtern gefangen zeigte. Der Präsident und Mills versuchen daher, ein gemeinsames Komitee zu bilden, um den Senat leichter «mitziehen» zu können. Eine negative Neuerung besteht darin, dass die «closed rule» schwieriger durchzusetzen sein wird – eine Opposition von 50 Repräsentanten im «democratic caucus» genügt zu einer Nichtanwendung – was das Stellen von Zusatzanträgen erleichtert. Die Behandlung im Senat dürfte erst gegen Jahresende – also nach Eröffnung der GATT-Runde in Tokio[9] – erfolgen.

Eine *Verbesserung der Vorlage durch den Kongress ist nicht zu erwarten*, obschon Mills zugibt, dass die für uns besonders stossend wirkenden Kriterien, wie «unreasonable» (als Anlass für Retorsionsmassnahmen) und «market disruption» (als Grund für temporäre Schutzmassnahmen) präzisiert werden sollten. Die Abänderungen durch den Kongress werden auf der restriktiven Linie liegen.

Sowohl die Verwaltung wie Mills rechnen mit folgenden *Hauptschwierigkeiten*:

– Als Auswirkung der Watergate-Affäre wird der Kongress die *Verhandlungskompetenzen des Präsidenten zu beschneiden suchen*, sowohl im Sinne

9. *Zur «Tokio-Runde» vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 5.*

einer Einschränkung des zulässigen Zollabbaus als auch der Marge für Zollerhöhungen sowie einer Verstärkung der Konsultationen mit dem Kongress während der Verhandlungen. Es wird jedoch damit gerechnet, dass dem Präsidenten mindestens die gleichen Vollmachten eingeräumt werden wie seinerzeit im Hinblick auf die Kennedy-Runde. Die Verwaltung wird sich gegenüber derartigen Abänderungswünschen flexibel verhalten.

– *Umwandlung der Ermessensfreiheit des Präsidenten zur Gewährung von Schutzmassnahmen in ein Obligatorium*.
Eine derartige Änderung würde den Charakter des Gesetzes grundlegend verändern. Deshalb wird die Verwaltung dagegen opponieren. Eberle sprach sogar von der Möglichkeit eines Vetos durch den Präsidenten.
– *Ausbau der «adjustment's assistance»*.
(Geht in liberale Richtung; berührt uns insofern, als dadurch der Druck auf Anwendung der Ausweichsklausel gemildert wird.)
– *Verschärfung der Besteuerung* von USA-Produktionsstätten im Ausland.
Wir haben vor allem *unsere Bedenken gegen die vorgesehenen Ausweichsklauseln,* die Möglichkeit von Retorsionsmassnahmen in Abweichung internationaler Verpflichtungen und die Präsumtion, dass ein Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen den Erlass von Einfuhrrestriktionen legitimiert, zum Ausdruck gebracht. Die Antworten unserer Gesprächspartner lauteten jeweils, dass sich die Vereinigten Staaten mit diesem Gesetz nur die gleiche Handlungsfreiheit und Reaktionsmöglichkeit sichern wollen, wie sie ihre Handelspartner in der Regel besitzen, dass der Präsident von dieser Ermächtigung mit grösster Zurückhaltung Gebrauch machen werde und dass ohne diese Schutzbestimmungen der Kongress dem Gesetz seine eigenen Schutzklauseln beifügen würde, die im Sinne der Burke-Hartke-Bill viel einschneidender ausfallen würden. Ferner seien die für die bestehende «escape clause» vorgesehenen Erleichterungen (Konzept der «market disruption» und Fallenlassen der Verbindung mit Zollkonzessionen) ohne praktische Bedeutung, d. h. rein kosmetischer Natur; anderseits stellten die strengen Bestimmungen über die zeitliche Begrenzung derartiger Schutzmassnahmen und ihren stufenweisen Abbau sowie die Beurteilungskriterien, die erstmals auch die Konsumenteninteressen erwähnen, eine Verbesserung gegenüber den heute geltenden Bestimmungen dar.

Wir sind daher zur Auffassung gelangt, dass unsere Bestrebungen sich vor allem auf die Art und Weise konzentrieren müssen, in der diese nationalen Schutzklauseln in die internationalen Handelsregeln des GATT eingebaut oder hineininterpretiert werden sollen. Unser Ziel muss darin bestehen, nationale Schutzverfahren internationalen Regeln, Konsultationen und Kontrollen zu unterstellen. Unsere Gesprächspartner haben sich dieser Argumentation zugänglich gezeigt.

2. GATT-Verhandlungen und GATT-Reform

Die Ausdehnung des Welthandels und die Reform der internationalen Handelsregeln stellen für die Amerikaner gleichwertige und parallele Ziele dar. Während für die Verhandlungsziele über die Ausdehnung des Welthandels deutliche Vorstellungen bestehen, war über den Begriff der Reform des Welt-

handelssystems wenig in Erfahrung zu bringen. Insbesondere erhielten wir nicht den Eindruck, dass die Amerikaner Pläne für eine Revision des GATT-Vertrages ausarbeiten, ausser dass offensichtlich veraltete Bestimmungen, wie der Massnahmenkatalog der Ausweichsklauseln bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Art. XII), modernisiert werden müssten. Uneinig waren sich unsere Gesprächspartner darüber, ob auch die bisherige sektorielle Ausweichsklausel des Art. XIX zu revidieren sei, um sie den in der Trade Reform Bill enthaltenen Vorstellungen anzupassen, oder ob eine «interpretative note» genügen würde[10]. Letzteres war die Auffassung Flanigans. Sie geht darauf hinaus, dass in der bevorstehenden GATT-Verhandlung ein Kodex über die Anwendung von Art. XIX niedergelegt werden sollte, so wie in der Kennedy-Runde der Antidumping-Kodex ausgehandelt worden war. Selbstverständlich würde die in der Trade Bill vorgesehene Möglichkeit gezielter Abwehrmassnahmen gegenüber einzelnen Ländern in Abweichung des Nichtdiskriminierungs-Grundsatzes und der Meistbegünstigung eine teilweise Revision des GATT bedingen. Diese Unsicherheit bezüglich der Opportunität, einen Revisionsprozess auszulösen, kommt auch darin zum Ausdruck, dass unsere Gesprächspartner die Auffassung vertraten, diese Fragen sollten erst gegen Ende der neuen GATT-Runde diskutiert und vorher im Rahmen des OECD zusätzlich geklärt und vorbesprochen werden (Fox).

Deutlicher erkennbar sind die *übrigen Verhandlungsziele der Amerikaner für die neue GATT-Runde*, der, wie einleitend bereits erwähnt, grosse Bedeutung zur Verbesserung der amerikanischen Handelsbilanz beigemessen wird, obschon sich die führenden Leute darüber klar sind, dass sie nicht allein einen Tendenzumschwung herbeiführen kann (Shultz; Stössel).

Im Vordergrund steht für die Amerikaner eindeutig die *Liberalisierung des Agrarhandels*. Die neuen Produktionsmethoden hätten dazu geführt, dass in den USA die Landwirtschaft zum konkurrenzfähigsten Industriesektor geworden sei. Deshalb soll – gemäss neuem Handelsgesetz – der Agrarhandel den gleichen Regeln unterstellt werden wie die Industrie. Lediglich mit Bezug auf den Abbaurhythmus könne im Sinne einer zeitlich verlängerten Staffelung differenziert werden (Flanigan; Peterson; Brunthaver). Da anderseits die gleichen Gesprächspartner zugeben, dass es sinnlos wäre, die EG-Agrarpolitik frontal angreifen zu wollen, ist nicht recht ersichtlich, welche spezifische Lösung den Amerikanern als realisierbar erscheint. Jedenfalls sind sie der Auffassung, dass die Preisstützungsmassnahmen abgebaut und der Landwirtschaftsschutz eher durch Subventionen und Ausgleichszahlungen bewerkstelligt werden sollte (Brunthaver). Die offensive amerikanische Handelspolitik kommt auch darin zum Ausdruck, dass 40 Millionen acres neu zur Bewirtschaftung freigegeben worden sind. Einzig das Handelsdepartement (Fox) erachtet die Forcierung des Agrarhandels zum Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz als Anachronismus und vertritt die Auffassung, dass die Zukunft der amerikanischen Exportwirtschaft auf dem Gebiet der kapitalintensiven Industrieausrüstungen liegen sollte (Dent; Fox).

---

10. *Handschriftliche Marginalie:* Gatt XIX. Schädigung inländischer Produzenten durch Einfuhren.

Ein zweites Hauptpetitum betrifft den *Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse*, wo sich die Amerikaner insbesondere durch das staatliche Einkaufswesen, aber auch durch eine allfällige Industriepolitik der EG mit eigenen Normen und staatlicher Unterstützung der Forschung benachteiligt erachten.

Was schliesslich das Ziel für den *Zollabbau* anbetrifft, scheinen die Amerikaner im Begriffe, angesichts der Opposition der EWG ihren Vorschlag auf vollständige Beseitigung der Zölle aufzugeben. Eine neue Formel ist jedoch noch nicht ausgearbeitet; sie könnte (Fox) darin bestehen, dass eine sektorielle Harmonisierung angestrebt würde, die aber die Zölle wie auch die nichttarifären Handelshemmnisse erfassen müsste. In diesen Zusammenhang fällt der amerikanische Vorschlag, die Schutzwirkung der nichttarifären Hemmnisse in Zöllen auszudrücken, die dann dem allgemeinen Abbauschema unterstellt würden.

Gesamthaft gesehen scheint die amerikanische Zielsetzung tatsächlich in erster Linie im Abbau der Handelshindernisse zwecks Steigerung der Exporte und weniger in einer Beschränkung der Einfuhr zu bestehen (Shultz; Burns). Angesichts der Hochkonjunktur und der verbesserten Beschäftigungslage scheinen die Schutzbegehren abzunehmen. Das Textilproblem soll durch die bevorstehende internationale Vereinbarung im GATT gelöst werden; auf dem Stahlsektor sei eine Sanierung der Verhältnisse auf dem Verhandlungswege mit Japan erzielt worden; virulent, aber quantitativ wenig bedeutend, sei weiterhin der Schuhsektor (Fox).

Der *Verhandlungsvorschlag der EG-Kommission* ist von unseren Gesprächspartnern eher positiv beurteilt worden (Eberle). Im Verhältnis zur EWG sei eine deutliche Klimaverbesserung eingetreten; offenbar vor allem dank der Bemühungen Soames' (Shultz).

3. Freihandelsabkommen

Die *europäischen Freihandelsabkommen* empfinden die Amerikaner immer noch als unfair und als Beeinträchtigung ihrer legitimen Aussenhandelsinteressen. Peterson erklärte, soeben im Besitz eines Berichtes zu sein, wonach die amerikanische Ausfuhr eine Schädigung von 700 Millionen Dollar erleiden werde. Vor allem das Staatsdepartement (Rush; Stössel) und der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Handelsverhandlungen (Eberle; Malmgren) scheinen noch nicht gewillt, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Hauptangriffspunkt bei der GATT-Prüfung werden die Ursprungsregeln bilden. Wir sind der These, wonach die Schweiz Kompensationen schulde, energisch entgegengetreten und haben darauf hingewiesen, dass unsere Delegation mit besonderer Hartnäckigkeit für eine ausreichend liberale Ausgestaltung der Ursprungsregeln eingetreten sei, um eine Beeinträchtigung der bestehenden Handelsströme zu vermeiden[11].

Natürlich richtet sich der amerikanische Angriff in erster Linie gegen die Präferenzabkommen mit den Mittelmeerländern und die ständige geogra-

11. *Handschriftliche Marginalie:* Brodmann überzeugt vom Gegenteil.

phische Ausdehnung der europäischen Präferenzpolitik. Angestrebt werde, laut Peterson, eine Stillhaltevereinbarung und dann ein gradueller Abbau dieser Präferenzregelungen.

4. Amerikanische Konjunktur- und Währungspolitik

Einhellig optimistisch zeigten sich unsere Gesprächspartner bezüglich der Inflationsbekämpfung. Weitaus wichtiger als das rapide Anschwellen der Agrarpreise sei die durchaus massvolle Entwicklung auf dem Lohnsektor. Die Lohnerhöhungen hätten in den letzten Monaten 5,5% nicht überschritten und seien somit im Rahmen der Richtlinien der Regierung geblieben. Das Verhältnis zwischen den Sozialpartnern sei besser – weniger Streiks – und mit 83,9 Millionen sei der bisherige Höchststand der Beschäftigung erreicht worden (Brennan). Einzig Burns zeigte sich etwas skeptisch über die Wirksamkeit der neuen Preisüberwachungsmassnahmen, die während unseres Aufenthalts vom Präsidenten verfügt wurden. Die Inflationsrate soll auf Jahresbasis auf 4–5% gehalten werden. Das «investment tax credit scheme» könne als Regulator eingesetzt werden (Ash). Allgemein beschäftigte unsere Gesprächspartner die Frage, wie lange der gegenwärtige Boom noch andauern werde, dessen Zusammenbruch bereits durch die Börse eskomptiert worden ist. Die Prognosen lauteten: bis Jahresende (Rockefeller) oder bis anfangs 1974 (Stein).

Was die *Währungspolitik* anbetrifft, waren alle Gesprächspartner der Auffassung, dass durch die beiden Dollarabwertungen das internationale Gleichgewicht hergestellt und eine gute Ausgangslage für die amerikanische Exportwirtschaft geschaffen worden sei. Es sei nun an der amerikanischen Industrie, diese Chancen zu nützen, wobei zugegeben wurde, dass die Exportorientiertheit zu wünschen lasse. Als Stimulus will die Exim-Bank ein Exportkredit-Refinanzierungs-Programm aufziehen. Sie erwartet eine ausgeglichene Handelsbilanz auf monatlicher Basis bereits ab Juli (Kearns) und einen Überschuss ab 1975 (Burns).

Dagegen waren unsere Gesprächspartner betont zurückhaltend betreffend die Aussichten auf das baldige Zustandekommen einer Währungsreform. Der Zwanziger-Klub erweise sich als zu schwerfällig, so dass möglicherweise auf den erweiterten Zehner-Klub zurückgegriffen werden müsse, um zu konstruktiven Vorschlägen zu gelangen (Burns). Betreffend Abbau des Dollarüberhangs erwarte man Vorschläge seitens der europäischen Gläubigerländer (McNamara; Danne), doch dürften diese nicht auf die Ausgabe von Schatzscheinen mit höheren Zinssätzen als den in USA üblichen hinauslaufen. Als konstruktive Lösung wurde die Übernahme von 10 Milliarden Dollar Schatzscheinen durch die BRD erwähnt.

Die Möglichkeit einer wirkungsvollen Bekämpfung kurzfristiger, spekulativer Kapitalbewegungen wurde pessimistisch beurteilt.

5. Entwicklungspolitik

Weder bezüglich spezifischer Massnahmen zugunsten der Entwicklungsländer in der neuen GATT-Runde noch der Bemühungen der OECD, eine neue Konzeption der Entwicklungspolitik auszuarbeiten, scheinen sich die Gedankengänge in Washington kristallisiert zu haben. Die erste Priorität wird

der Währungsreform eingeräumt. Ein «link» zwischen Sonderziehungsrechten und Entwicklungsfinanzierung wird abgelehnt. Die Gewährung ungebundener Finanzhilfe wird in der gegenwärtigen Situation als ausgeschlossen bezeichnet. Die Schwächung der Autorität des Präsidenten durch die Watergate-Affäre werde eine Erhöhung der Finanzhilfe, die nur durch persönliches Engagement des Weissen Hauses im Kongress durchzusetzen sei, unwahrscheinlich erscheinen lassen.

6. Bilaterale Fragen

Amerikanischerseits sind, abgesehen von den Bemerkungen betreffend Freihandelsabkommen, keine bilateralen Streitfragen aufgebracht worden. Schweizerischerseits haben wir den Antitrustfall Nestlé-Libby[12] sowie das Antidumpingverfahren gegen BBC zur Sprache gebracht (wohlwollende Zusagen seitens des Staatsdepartements), die Möglichkeit einer teilweisen Umlagerung des Zusatzkontingents für Schachtelkäse auf billigen Emmentaler beantragt (Ablehnung aus juristischen Gründen) und die Nützlichkeit einer GATT-Verhandlung für den Abbau störender amerikanischer Zolltarifspitzen unterstrichen.

7. Rolle der Schweiz und künftige Konsultationen

Die Besprechungen dürften besonders nützlich gewesen sein, um den Amerikanern die Tatsache vor Augen zu führen, dass die Schweiz weiterhin eine zielbewusste und eigenständige Aussenhandelspolitik zu führen gedenkt. Für das offizielle Washington besteht Europa eigentlich nur aus der erweiterten EWG. Diese ist mit dem Begriff des «transatlantischen Gesprächs»[13], der «neuen atlantischen Charta» und des «Europa-Jahres» anvisiert. Einige unserer Gesprächspartner (vor allem Eberle und Malmgren) haben zugegeben, dass eine unabhängige Rolle der Schweiz nützlich sein könnte. Sie würden es gerne sehen, wenn gewisse Kompromissformeln von der Schweiz ausgehen würden, weil sich dann die «Grossen», ohne selber engagiert zu sein, darauf beziehen könnten.

Auch eine Fortsetzung derartiger bilateraler Konsultationen wurde als nützlich bezeichnet, ohne dass hiefür eine Institutionalisierung, etwa im Sinne einer gemischten Kommission, in Aussicht genommen zu werden brauche. Amerikanischer Kontaktpunkt für die Vereinbarung solcher künftiger Gespräche sei Stössel; im Rahmen des GATT in Genf und der OECD in Paris sollen die Kontakte laufend gepflegt werden. Die Amerikaner zeigen sich an der OECD vor allem deshalb interessiert, weil diese Organisation Japan einschliesst. Zahlreiche Gespräche betrafen denn auch das künftige Arbeitsprogramm des Exekutivausschusses der OECD in Sondersession.

Anlässlich des Empfanges durch die Swiss Society of New York und die American Swiss Association im Hotel Waldorf-Astoria am 8. Mai 1973 er-

---

12. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. Languetin und S. Arioli vom 22. Januar 1973,* dodis.ch/38954; *die Notiz von K. Jacobi vom 20. März 1974,* dodis.ch/38955 *sowie das Telegramm Nr. 33 der schweizerischen Botschaft in Washington an K. Jacobi vom 20. Januar 1975,* dodis.ch/38956.
13. *Vgl. dazu Dok. 61,* dodis.ch/38903.

läuterte Bundesrat Brugger in seiner Rede die schweizerische Haltung sowohl mit Bezug auf das Freihandelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften als auch die welthandelspolitischen Perspektiven. Der Wortlaut dieser Ausführungen liegt bei[14].

14. *Vgl. die Aufzeichnung* Auszug aus der Rede Bundesrat Bruggers vor der Swiss Society of New York und der American-Swiss Association im Hotel Waldorf-Astoria in New York am 8. Mai 1973, *Doss. wie Anm. 1.*

14

dodis.ch/39250

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber, en vue de ses interventions au Conseil fédéral, devant les Commissions des affaires étrangères des Chambres fédérales et devant la presse[1]

VISITE OFFICIELLE AU CAIRE[2] (29 AVRIL–2 MAI 1973)

Berne, 8 mai 1973

I. Cadre et atmosphère générale

La première partie du séjour au Caire était consacrée à la *visite officielle* faite, sur son invitation, au Ministre des AE El Zayyat.

1. On peut constater d'emblée que cette visite s'est déroulée dans une *très bonne atmosphère* et dans un *climat de compréhension mutuelle* (cordialité de la traditionnelle hospitalité orientale). La délégation suisse (MM. Thalmann, Bindschedler, Frey, Moser, Gelzer et Thévenaz)[3] avons été *l'objet d'attentions particulièrement courtoises* de la part de nos hôtes[4].

2. Ainsi, le *Président Sadate* a tenu à me recevoir en audience le *soir même de mon arrivée* (résidence privée) alors que la veille de notre départ, le Ministre Zayyat a offert de *manière impromptue* (hors programme) un *dîner* (résidence privée) auquel étaient conviés la délégation suisse et tous nos chefs de mission participant à la conférence régionale[5].

1. *Notice:* CH-BAR#E2004B#1990/219#8276* (a.726.1). *Rédigée par P.-Y. Simonin. Sur la discussion au Conseil fédéral, cf. doc. 19,* dodis.ch/39607 *et le PVCF de décision II du 19 juillet 1973 de la 20ème séance du 23 mai 1973,* dodis.ch/39693. *Sur la discussion à la Commission des affaires étrangères du Conseil des États, cf. le procès-verbal de M. Friedli du 22 mai 1973 de la séance du 9 mai 1973,* CH-BAR#E1050.12#1995/512#7*.

2. *Cf. aussi la lettre de H. K. Frey à R. Bindschedler du 21 février 1973,* dodis.ch/40113; *la notice de P.-Y. Simonin à P. Graber du 19 avril 1973,* dodis.ch/40114; *la notice de L. Burckhardt à P. Graber du 27 avril 1973,* dodis.ch/40115; *l'exposé de P. Graber du 30 avril 1973,* dodis.ch/40116; *la notice de F. Nordmann du mai 1973* dodis.ch/40118 *et le compte rendu de P.-Y. Simonin du 23 mai 1973,* dodis.ch/40117.

3. *Annotation dans le texte original:* et moi-même.

4. *Annotation manuscrite dans la marge:* Cf. Arab. Diplo.

5. *M. Casanova, Ch. A. Dubois, P. Dumont, H. K. Frey, J.-D. Grandjean, H. Hess, W. Roch, R. Stoudmann, J.-J. de Tribolet, B. Turrettini, E. Vallotton, M. Vogelbacher et R. Zellweger.*

3. Hormis les *conversations* avec mon collègue égyptien (en tête-à-tête et dans le cadre de la séance de travail des deux délégations), j'ai eu des *entretiens privés* (prévus par le protocole) avec:

– *M. Mahmoud Riad*, Secrétaire général de la Ligue arabe et ex-Ministre des AE (une telle audience est conforme aux usages fixés par le protocole égyptien).
– *M. Mahmoud* Fawzy, Vice-président de la République[6].

De leur côté, mes[7] *collaborateurs* se sont entretenus avec leurs *homologues égyptiens* (prolongation de la séance de travail; questions techniques et bilatérales).

4. Avons retiré l'impression que nos interlocuteurs officiels ont:

– fort apprécié le *geste* que constituait en elle-même notre visite au Caire
– mesuré dans ses limites exactes sa *signification* (malgré commentaire de Al Ahram[8] dont il sera question plus tard) c'est-à-dire: effort d'*information, compréhension.*

5. De notre côté, avons le sentiment que l'atmosphère qui a présidé à cette visite a contribué à créer sans aucun doute un climat[9] de *goodwill:*

– propre à développer des effets fastes sur les activités des Suisses établis en Égypte, auxquels Zayyat a tenu à rendre hommage officiellement,
– *(uniquement pour Conseil fédéral):*
cf. note en annexe[10] sur *prisonnier de guerre israélien* – CICR

6. La *conférence régionale* réunissant nos chefs de mission accrédités au Moyen-Orient qui a suivi immédiatement la visite officielle et dont je parlerai plus tard, nous a offert l'occasion d'approfondir encore le problème par une confrontation extrêmement utile des points de vue de nos diplomates[11].

II. Objet des entretiens (séance de travail du 2 mai)

1. Côté égyptien

Le Ministre El Zayyat a brossé de manière brillante une *fresque de l'histoire récente* de son pays (sa marche vers l'indépendance) et exposé avec *clarté* et *habilité* (analyse modérée dans la forme, nuancée mais non moins ferme sur le fond) *l'attitude égyptienne* à propos du *conflit israélo-égyptien* et du *problème palestinien*[12]*:*

---

6. *Annotation manuscrite dans la marge:* Probl*[èmes] [é]*co*[nomiques et]* fin*[anciers].*
7. *Correction à la main de:* nos.
8. *Cf. doss. comme note 1.*
9. *Ajout à la main:* capital.
10. *Le document ne figure pas en annexe. Cf. doss. comme note 1.*
11. *Cf. la notice de M. Gelzer du 14 mars 1973,* dodis.ch/39773; *le PVCF N° 672 du 25 avril 1973,* dodis.ch/40072; *l'exposé de P. Graber du 3 mai 1973,* dodis.ch/40073; *la lettre de H. K. Frey à P. Dürrenmatt du 10 mai 1973,* dodis.ch/40074; *le compte rendu de J.-J. Indermühle et P.-Y. Simonin de juillet 1973,* dodis.ch/40077. *Sur la préparation de la Conférence régionale, cf. les lettres de H. K. Frey à P. Graber du 15 février 1973,* dodis.ch/40070 *et du 11 mars 1973,* dodis.ch/40071 *ainsi que la notice de A. R. Hohl du 11 mai 1973,* dodis.ch/40075.
12. *Sur le conflit du Proche-Orient, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248, *note 2.*

1.1 Égypte-Israël

– Les Égyptiens ne sont pas *antijuifs* (même origine sémitique). En revanche, l'Égypte combat le *sionisme* en tant que mouvement impérialiste et expansionniste (progressivement Israël a passé de l'État *en* Palestine au contrôle de *toute* la Palestine et au-delà: Égypte, Syrie).
– Les Israéliens n'ont jamais révélé leur objectif final. La thèse de la légitime défense est insoutenable et les armes US servent à la défense de leur politique expansionniste.
– La condition sine qua non de la paix au Moyen-Orient vue du Caire: *retour aux frontières internationales de 1967*[13]. La paix n'est pas impossible et l'Égypte est prête à tous les sacrifices pour la construire. Mais tant que les territoires égyptiens resteront occupés, tant qu'une solution sera imposée par la force militaire ou politique, l'Égypte, malgré elle, ne pourra pas parler d'une paix dont elle aurait le plus grand besoin pour son développement. Le cercle infernal de la guerre, créée par la peur, freine sinon arrête le progrès auquel aspire l'Égypte.

La communauté internationale doit faire comprendre aux Israéliens qu'ils «ne doivent pas exagérer», sous peine de prolonger le conflit indéfiniment. La Suisse peut le dire amicalement à Israël[14]. L'Égypte demande à la Suisse (au cœur de l'Europe, non membre des Nations Unies et qui ne fournit pas d'armes à Israël) de comprendre le point de vue égyptien et de contribuer à modifier l'image préfabriquée que trop souvent l'Europe se fait du monde arabe.

- L'Égypte *a accepté toutes les résolutions de l'ONU sur* le Moyen-Orient. Réponse au mémorandum Jarring (février 1971)[15]: la réponse égyptienne énumérant les acceptations du Caire a été passée sous silence. En demandant maintenant une réunion du Conseil de Sécurité, Zayyat n'a pas en vue une réactivation de la mission Jarring, mais l'élaboration d'un *rapport sur ses activités*; c'est sur la base d'un tel rapport qu'il conviendra d'examiner s'il existe une possibilité de ranimer la mission Jarring. L'Égypte a tout fait ce que l'on peut attendre d'elle en faveur de la paix: encore faut-il que cela soit connu et qu'elle ne demeure pas victime d'une conspiration du silence qui ne sert qu'Israël[16].

1.2 Palestine

– Constitue un problème en soi. 4 possibilités de solution qui se réduisent en fait à une seule (cf. 4):

1. Palestine, *terre arabe* depuis 1500 ans, doit le rester: solution théoriquement bonne et honnête mais irréaliste, car ne tenant pas compte de l'existence des Juifs;
2. Palestine *exclusivement juive*: impossible, car ne tient pas compte du futur;
3. Palestine, *État fédératif* (à l'exemple de la Suisse, USA) avec deux communautés vivant ensemble *sur un même territoire:* solution théoriquement

---

13. *Sur la Guerre des Six Jours, cf. la compilation thématique* dodis.ch/T901.
14. *Sur la visite officielle de P. Graber en Israël du 9–13 septembre 1973, cf. doc. 44,* dodis.ch/39247.
15. *Cf. le rapport politique N° 3 de A. Parodi à P. Graber du 22 février 1971,* dodis.ch/40789, *en particulier les annexes.*
16. *Annotation manuscrite:* Ja.

bonne et acceptable mais impossible, car Israël, État non laïque ne peut la retenir.

4. *Partition* de la Palestine: (selon une clef à définir) seule solution possible. Il appartient à Israël et aux Palestiniens de s'entendre.

– Après l'avoir longtemps niée, l'Égypte reconnaît aujourd'hui l'existence d'Israël[17]. Israël fait la même erreur à l'égard de la Palestine dont elle s'obstine à nier l'existence. Condition de tout règlement: admettre l'existence de la Palestine et des Palestiniens comme un fait.
– Désir de l'Égypte d'une paix solide, réelle et honnête, c'est-à-dire paix qui englobe la question palestinienne (coexistence de deux nations distinctes).

2. Côté suisse

2.1 Explication des *fondements de la politique extérieure suisse* (neutralité et politique de neutralité). Illustration par deux exemples récents: accord avec les *CE*[18] *et participation à la CSCE*[19] *(démonstration que la Suisse est prête à coopérer à l'effort de détente, à y prendre une part active, même en courant certains risques – SRPD*[20]*).*

2.2 La politique de neutralité ne va pas sans servitudes: impose au Gouvernement (et non à opinion publique) une attitude d'extrême réserve et *discrétion*. Explique la confiance dont jouit la Suisse dans le monde et sa *disponibilité* (rôle CH lors des conflits d'Algérie[21] et indo-pakistanais[22]). *Solidarité.*[23]

2.3 Notre position face à l'ONU[24].

2.4 Politique ouverte, solidaire, attachée à la recherche de la paix. Mais quel que soit son désir de paix et en dépit de sa disponibilité traditionnelle, *la Suisse ne voit pas comment elle pourrait être utile pour le moment* dans la recherche d'une solution du problème dramatique du Moyen-Orient[25].

Certaine *résignation*: ce qui est, est. Sommes devenus des *observateurs sceptiques* devant une situation bloquée. Désir de la Suisse de comprendre le mieux possible une situation qui, pour l'heure, lui parait[26] inextricable.

2.5 *Problèmes palestiniens:* La Suisse n'est pas en mesure de juger si la

---

17. *Sur la possibilité d'un recours à la Suisse comme puissance protectrice dans les territoires arabes occupés par Israël, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248.

18. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510.

19. *Sur la position de la Suisse sur les problèmes soulevés à la CSCE, cf. vol. 25, doc. 144,* dodis.ch/34499. *Pour la Conférence préliminaire (et la première phase) de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 32,* dodis.ch/38816.

20. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 173,* dodis.ch/34487, *en particulier note 15.*

21. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 77,* dodis.ch/10397.

22. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 87,* dodis.ch/35284 *et doc. 113,* dodis.ch/35283 *et DDS, vol. 26, doc. 43,* dodis.ch/39413; *doc. 45,* dodis.ch/39482 *et doc. 106,* dodis.ch/39478. *Annotation manuscrite:* Neutralité ≠ indifférence.

23. *Annotation manuscrite:* = Corollaire.

24. *Cf. doc. 183, note 7,* dodis.ch/40605. *Annotation manuscrite:* Z*[ayat]* s'étonne - Explic*[ation]* du scepticisme.

25. *Sur les opérations suisses d'action d'entraide dans le cadre du conflit du Proche-Orient, cf. doc. 47,* dodis.ch/39249.

26. *Correction à la main de:* reste.

solution prônée par l'Égypte est la meilleure; cette solution semble toutefois se rapprocher du réalisme nécessaire.

2.6 *Opinion publique suisse:* l'Égypte n'a pas tort de ressentir les jugements de l'opinion comme injustes. Il faut cependant comprendre, à quel point celle-ci a été choquée et irritée par des événements qui l'ont touchée directement, physiquement[27]. On y a vu une injustice. L'opinion a tendance à ne pas faire la distinction entre Palestiniens et monde arabe. L'Égypte ne doit pas attacher plus d'importance qu'il ne faut à certaines réactions de la presse qui, à l'occasion, gêne le Gouvernement suisse lui-même.

27. *Sur les attentats des mouvements de libération palestiniens touchant la Suisse, cf. DDS, vol. 24, doc. 130,* dodis.ch/33710; *doc. 173,* dodis.ch/33275 *et doc. 177,* dodis.ch/33291; *DDS, vol. 25, doc. 8,* dodis.ch/35440; *doc. 11,* dodis.ch/35442; *doc. 12,* dodis.ch/35468; *doc. 37,* dodis.ch/35415; *doc. 39,* dodis.ch/35419 *et doc. 45,* dodis.ch/35434.

15

dodis.ch/39603

Notice du Bureau du Délégué à la coopération technique aux Commissions des finances des Chambres fédérales[1]

Réponses aux questions posées par M. le Président Ulrich le 8. 5. 1973 au sujet des évènements au Rwanda

Berne, 9 mai 1973

Description succincte des évènements[2]

Un mouvement de contestation de la jeunesse aux études et de certains éléments défavorisés de la population s'en est pris à la classe rwandaise salariée où les Tutsis sont représentés en plus grand nombre que dans le reste de la population. De vieux ressentiments ethniques se sont rallumés et les Hutus, majoritaires, ont contraint les Tutsis, minoritaires, à quitter les écoles où ils étudiaient ou les emplois qu'ils occupaient[3]. Ces troubles ont eu pour origine profonde la peur du chômage de futurs cadres Hutus alliés à un désir de participer plus activement à la direction du pays ainsi qu'un échauffement des esprits à l'approche des élections nationales.

Après un court moment de flottement, l'ordre a été rétabli par le Gouvernement sans effusion de sang notable. Malgré ces évènements plusieurs postes de fonctionnaires sont aujourd'hui encore occupés par des Tutsis dans l'administration publique. Certains établissements scolaires sont en train de réintégrer une partie de leurs élèves Tutsis.

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#663* (t.311.002). *Rédigée par S. Salvi. Visée par P. Wiesmann.*

2. *Cf. le rapport politique N° 5 de R. Pestalozzi du 15 mars 1973,* dodis.ch/40345.

3. *Sur le conflit entre Hutus et Tutsis, cf. DDS, vol. 22, doc. 85,* dodis.ch/30589; *DDS, vol. 23, doc. 162,* dodis.ch/31360 *et doc. 178,* dodis.ch/31359 *et DDS, vol. 26, doc. 2,* dodis.ch/36900.

Répercussions sur la Coopération technique suisse[4]

Trois projets ont subi les contre-coups de ces évènements alors que nos autres projets agricole, forestier, géologique, formation de forgerons, etc. ne sont pas remis en question[5].

Collège officiel de Kigali – Projet du Département Missionnaire Romand[6]

Les élèves ont causé des troubles assez graves, leur attitude exprimait aussi le désir latent d'africanisation de la direction de l'école à laquelle nous souhaitions d'ailleurs parvenir[7]. Dans ces circonstances le Gouvernement rwandais a désigné d'office un directeur rwandais au collège en la personne d'un fonctionnaire qualifié[8]. Quatre enseignants suisses sur 5 ont quitté leur fonction[9]; le Rwanda ne nous a pas encore demandé de les remplacer mais il a exprimé par écrit l'espoir de continuer à recevoir un appui du Département Missionnaire Romand. Le cinquième enseignant poursuit normalement son travail au collège. Nous sommes encore trop près des évènements pour en tirer des conclusions à long terme[10].

Coopérative TRAFIPRO[11]

De nombreux employés Tutsis ont dû quitter cette entreprise (90 employés sur 450), ce qui a entravé pendant un certain temps le déroulement normal des opérations[12]. Le Gouvernement rwandais a formulé la ferme demande de pouvoir mettre à la tête de l'entreprise un directeur rwandais assisté d'un conseiller suisse[13]. Les autres experts suisses assumeraient, selon le désir du Gouvernement rwandais, certaines fonctions consultatives voire même exécutives.

Face à cette requête, nous avons demandé l'ouverture immédiate de négociations. M. Hafner a été désigné directeur ad interim auprès de TRAFIPRO.

---

4. *Cf. la notice de L. de Battista du 10 mai 1973,* dodis.ch/40310.
5. *Pour une vue d'ensemble des projets suisses au Rwanda, cf. la lettre de R. Pestalozzi à S. Marcuard du 25 novembre 1974*, CH-BAR#E2005A#1985/101#663* (t.311.002) *et doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#661* (t.311).
6. *Cf. la lettre de R. Pestalozzi à S. Marcuard du 6 mars 1973,* dodis.ch/40331. *Sur le Collège de Kigali en général cf.* dodis.ch/R28676 *et doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#684* (t.311.008).
7. *Cf. la notice de O. Hafner du 26 février 1973,* dodis.ch/40330.
8. *J. Renzaho.*
9. *Cf. la lettre des enseignants suisses du Collège officiel de Kigali à S. Marcuard du 21 février 1973,* dodis.ch/40329 *et la lettre de R. Suter à S. Marcuard du 7 février 1973, doss. comme note 6.*
10. *Cf. la lettre de R. Pestalozzi à S. Marcuard du 22 juin 1973,* dodis.ch/40332 *et la proposition de projet N° 275 de I. Cornaz à S. Marcuard du 19 octobre 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#684* (t.311.008).
11. *Cf. les lettres de R. Pestalozzi à S. Marcuard du 14 mars 1973,* dodis.ch/40321 *et du 5 avril 1973,* dodis.ch/40322 *et la notice de O. Hafner du 23 août 1973,* dodis.ch/40323. *Sur le projet TRAFIPRO en général cf.* dodis.ch/R22656 *et doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#663* (t.311.002).
12. *Cf. la lettre de H. Baroni à R. Pestalozzi du 4 mars 1973,* dodis.ch/40319.
13. *Cf. la lettre de O. Hafner à S. Marcuard du 6 juin 1973, doss. comme note 11.*

Les évènements qui se sont déroulés en Ouganda[14] ont ralenti momentanément l'approvisionnement de TRAFIPRO mais n'ont pas mis en péril ses activités. La situation est actuellement pratiquement normalisée[15].

Coopartisans[16]

Les licenciements qui ont eu lieu dans cette entreprise ne paraissent pas actuellement mettre en cause la poursuite du projet.

En vue de clarifier la situation et d'établir un horaire pour les négociations des mois à venir[17], un échange de vues aura lieu très prochainement entre le Président de la République rwandaise et le Délégué à la Coopération technique[18].

14. *Cf. le rapport politique N° 4 de L. Mossaz à P. Graber du 22 mars 1973*, CH-BAR#E2300-01#1977/30#28* (A.21.31).
15. *Cf. la notice à P. Graber du 5 février 1974,* dodis.ch/40312.
16. *Cf. doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#696* (t.311.044).
17. *Cf. la lettre de R. Pestalozzi à S. Marcuard du 15 janvier 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#661* (t.311) *et la notice de R. Pestalozzi, S. Salvi et R. Dannecker du 20 février 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#685* (t.311.014).
18. *Cf. doc. 17,* dodis.ch/38892, *note 26.*

16

dodis.ch/39765

Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat[1]

Militärtechnische Zusammenarbeit mit Schweden; schweizerische Beteiligung an der Entwicklung einer Fliegerabwehrlenkwaffe

Vertraulich – Nicht an die Presse Bern, 11. Mai 1973

I. Am 13. Juni 1966[2] stimmte der Bundesrat Richtlinien für die Zusammenarbeit mit Schweden auf militärtechnischem Gebiet zu. Diese Richtlinien legen u. a. fest, dass die Zusammenarbeit «in Form von Austausch von Informationen, gemeinsamer Forschung, gemeinsamer Projektierung, gemeinsamer Beschaffung, gemeinsamer Benützung von Einrichtungen für Ausbildungs- und Erprobungszwecke oder auf andere Weise» erfolge. Gleichzeitig wurde eine Liste der Gebiete genehmigt, auf denen die Zusammenarbeit konkret aufgenommen werden solle. Darunter befindet sich das Gebiet der *Fliegerabwehr*.

II. Das Militärdepartement hat dem Bundesrat inzwischen fünfmal Bericht erstattet bzw. Antrag gestellt (Bundesratsbeschlüsse vom 9. Dezember 1968, 22. Oktober 1969, 15. Juli 1970, 10. Januar 1972, 17. Januar 1973[3]). Aus den Be-

1. *Antrag:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#795*. *Unterzeichnet von R. Gnägi.*
2. *BR-Prot. Nr. 1134 vom 13. Juni 1966,* dodis.ch/31208. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 160,* dodis.ch/31211.
3. *BR-Prot. Nr. 1989 vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/32961; *BR-Prot. Nr. 1249 vom 15. Juli*

richten geht hervor, dass die Zusammenarbeit nützliche Ergebnisse gezeitigt hat. Sie ist gemäss den Beschlüssen der beiden Regierungen auf 19 Gebieten im Gang. Zu gemeinsamen Entwicklungen oder Beschaffungen – dem eigentlichen Ziel der Vereinbarung – ist es aber noch nicht gekommen. Erstmals bietet sich eine solche Möglichkeit auf dem Gebiet der Fliegerabwehr.

III. Sowohl Schweden wie die Schweiz suchen nach einer Fliegerabwehrlenkwaffe. Schweden hat bei der Firma AB Bofors die Entwicklung einer solchen Waffe für Distanzen von 3–4 km in Auftrag gegeben. Dieses Projekt interessierte bereits – auch abgesehen von der Zusammenarbeit – unsere Beschaffungsstellen, da unsere militärischen Anforderungen an eine solche Waffe weitgehend den schwedischen entsprechen und die Bedürfnisse gleich liegen. Auf Grund der Zusammenarbeitsregelung bietet sich die Möglichkeit der Mitarbeit in der Projektleitung, der Beteiligung an der Entwicklung und – wenn diese erfolgreich ist – der gemeinsamen Beschaffung. Infolge der daraus resultierenden grösseren Stückzahlen ergäben sich Einsparungsmöglichkeiten, die heute noch nicht beziffert werden können, aber auf «einige 10 Mio. Franken» veranschlagt werden. Gegenstand der Entwicklung ist eine Fliegerabwehrlenkwaffe, die von drei bis vier Mann in einzelnen Lasten getragen und von einem Mann abgefeuert werden kann. Sie soll sich besonders durch hohe Festigkeit gegen elektronische Störmassnahmen auszeichnen.

Die Kommission für militärische Landesverteidigung hat in ihrer Sitzung vom 16./17. April 1973[4] grundsätzlich der Beteiligung an der Entwicklung zugestimmt, unter dem Vorbehalt, dass damit die Seriebeschaffung nicht präjudiziert werde. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass über weitere Flablenkwaffensysteme, so z. B. Redeye (USA), Blowpipe (GB), Crotale (F), Roland (D/F) und Rapier (GB), im Hinblick auf unsere Bedürfnisse Abklärungen durchgeführt wurden oder im Gang sind.

IV. Gestützt auf die bestehende Zusammenarbeitsregelung auf dem Gebiet der Fliegerabwehr und die Zustimmung der Kommission für militärische Landesverteidigung arbeitete die Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) mit der entsprechenden schwedischen Beschaffungsinstanz eine Vereinbarung[5] aus. Sie ist in der zweiten Hälfte April 1973 in Stockholm paraphiert worden und soll unterzeichnet werden, sobald die beiden Regierungen informiert sind.

Gegenstand der Vereinbarung ist der Anschluss der GRD an den Vertrag der Schwedischen Verteidigungsmaterialverwaltung (FMV) mit der Firma AB Bofors über die Entwicklung des Flablenkwaffensystems RBS 70 einschliesslich Optionen für allfällige Seriebeschaffungen. Nachstehend werden die wichtigsten Bestimmungen summarisch aufgeführt. (Die Vereinbarung, mit den Anlagen 25 Seiten umfassend, steht auf Wunsch zur Verfügung.)

1970, dodis.ch/35592; *BR-Prot. Nr. 30 vom 10. Januar 1972,* dodis.ch/35744; *BR-Prot. Nr. 1756 vom 22. Oktober 1969,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#751* *sowie BR-Prot. Nr. 89 vom 17. Januar 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#790*.

4. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E5360A#1983/35#6* (004.1).

5. *Nicht ermittelt.*

Diese Bestimmungen sehen vor, dass FMV und GRD der AB Bofors gegenüber als Partner auftreten, wobei die FMV federführend ist. Der von der GRD zu leistende Entwicklungsbeitrag ist auf 18 Mio. Schwedenkronen festgelegt. Er wird mit je 6 Mio. SKr zu Beginn der Jahre 1974, 1975 und 1976 fällig, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt, namentlich die Versuchsschiessen erfolgreich verlaufen sind. Im Falle der Ausübung der Option für die Seriebeschaffung durch die Schweiz ist ein weiterer Entwicklungsbeitrag von 20 Mio. SKr zu zahlen.

Die GRD hat bei Drittbestellungen (sie ist Partner und nicht «Dritter») Anspruch auf 1/3 der Royalties, die AB Bofors an FMV zu zahlen hat.

Für die allfällige Ausübung der Option für die Bestellung der Serie ist eine Frist von 34 Monaten ab Bestellung durch FMV vereinbart. Die von der Kommission für militärische Landesverteidigung verlangte Freiheit ist gewahrt.

Die in der Option festgelegten Seriepreise richten sich u. a. nach der Stückzahl. Sie sind für beide Länder gleich. Aus heutiger Sicht dürfte der Beschaffungsumfang für die GRD etwa 500 Mio. Franken betragen. In dieser Summe ist eine geschätzte Teuerung unter Annahme einer Bestellung im Rahmen des Rüstungsprogramms 1976 inbegriffen.

In der Vereinbarung sind die nötigen Sicherungen in bezug auf die Kredite eingebaut: Die Zusicherung von Entwicklungsbeiträgen erfolgt unter dem Vorbehalt der Kreditbewilligung durch die eidgenössischen Räte. Das gleiche gilt in bezug auf die Kosten einer allfälligen Seriebeschaffung. Hier steht der GRD zudem die Wahl offen, ob sie auf Grund ihrer Beurteilung überhaupt die Seriebeschaffung beantragen oder darauf verzichten will.

Die Unterzeichnung der Vereinbarung präjudiziert somit den Entscheid der für die Krediterteilung zuständigen Instanzen nicht.

V. Zur kredittechnischen Seite sind einige Hinweise angezeigt: Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Versuche im Zusammenhang mit Kriegsmaterial, ob es sich um solches in- oder ausländischer Provenienz handelt und ob die Ausgaben in der Schweiz oder im Ausland getätigt werden, laufen im Voranschlag über die GRD Rubrik 557.01 «Entwicklungen, Forschungsarbeiten, Anschaffung und Erprobung von Mustergeräten».

Sämtliche Vorhaben dieser Art werden auf Grund von Verpflichtungskrediten abgewickelt. Der jährliche Zahlungsbedarf wird in die Voranschläge aufgenommen. Im Jahre 1973 stehen z. B. auf der Rubrik 557.01 56 Mio. Franken zur Verfügung.

Die Beteiligung am schwedischen Flablenkwaffenprojekt bedingt einen mit dem Voranschlag 1974 anzubegehrenden Verpflichtungskredit von 15 Mio. Franken. Er wird mit je 5 Mio. Franken auf die vorerwähnte Rubrik der Voranschläge der Jahre 1974–1976 zu verteilen sein.

Dieses Verfahren entspricht den einschlägigen Vorschriften, namentlich dem Finanzhaushaltgesetz. Die in Aussicht genommene Beteiligung an der schwedischen Entwicklung stellt in dieser Beziehung keineswegs einen Sonderfall dar. Die Zahlen zeigen auch, dass das Projekt grössenordnungsmässig durchaus im Rahmen liegt.

Sollten sich aus der allgemeinen finanziellen Situation bezüglich der Gesamthöhe der Rubrik 557.01 Schwierigkeiten ergeben, ist es Sache des Militärdepartements, entsprechende Prioritäten zu setzen.

Wenn es zu einer Seriebeschaffung kommt, was zu wünschen ist und die erste Frucht der von beiden Ländern angestrebten Zusammenarbeit wäre, muss ein Verpflichtungskredit (Objektkredit) im Rahmen eines Rüstungsprogramms anbegehrt werden. Dies könnte frühestens 1976 der Fall sein. Bis dahin lassen sich die Entwicklungsresultate und der allfällige Beschaffungsumfang zuverlässig beurteilen. Die Haltung, welche die schwedische Wehrmacht, die über ein bedeutendes eigenes Entwicklungs- und Evaluationspotential verfügt, dabei einnimmt, wird einen wertvollen Hinweis geben.

Die Auslieferung der Lenkwaffen dürfte aus heutiger Sicht in die Jahre 1978 bis Mitte 1981 fallen.

VI. Es liegt auf der Hand, dass die militärtechnische Zusammenarbeit nicht eine Einbahnstrasse bleiben und nur in einer schweizerischen Beteiligung an schwedischen Beschaffungen bestehen kann. Es stehen auch Möglichkeiten in Aussicht, bei denen sich die schwedischen Beschaffungsstellen an schweizerischen Entwicklungen beteiligen und zusammen mit der GRD Kriegsgerät in der Schweiz beziehen würden[6]. Solche Entwicklungen scheinen sich auf dem Gebiet der Übermittlungsgeräte und der Wasseraufbereitungsanlagen anzubahnen. In wieder andern Fällen wird versucht, durch gemeinsamen Einkauf in Drittstaaten günstigere Bedingungen zu erzielen.

Die Reziprozität wurde anlässlich des kürzlichen Besuches des unterzeichneten Departementschefs in Schweden eingehend besprochen[7]. Das Ergebnis ist eine Absichtserklärung des schwedischen Verteidigungsministers, die wir beilegen.

Zudem verpflichtet sich FMV in der Vereinbarung, sie werde sich bemühen, dass AB Bofors bei der Ausführung der Entwicklungsarbeiten und allfälligen Seriebestellungen Schweizerfirmen gebührend berücksichtige.

VII. Abschliessend lässt sich folgendes festhalten: Die Initiative für die Zusammenarbeit auf militärtechnischem Gebiet[8] ging von der Schweiz aus. Ihr Endziel ist es, durch gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Kriegsgerät die Rüstungskosten zu senken. Die Zusammenarbeit hat in bezug auf gegenseitige Informationen, Austausch von Versuchsergebnissen und Erfahrungen etc. gute Resultate gezeitigt. Die Bemühungen, das Endziel zu erreichen, sind

---

6. *Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Grossenbacher an A. Kaech vom 6. August 1973,* dodis.ch/39776 *sowie das Schreiben von Ch. Grossenbacher an N. Sköld vom 11. September 1973,* dodis.ch/39777.

7. *Zum Besuch von R. Gnägi in Schweden vgl. die Notiz an den Bundesrat vom 8. Mai 1973,* dodis.ch/39764 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 9. Mai 1973 der 18. Sitzung vom 9. Mai 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*, *S. 3 f.*

8. *Vgl. dazu Anm. 2; DDS, Bd. 24. Dok. 167,* dodis.ch/32962; *DDS, Bd. 25, Dok. 29,* dodis.ch/35592; *das Schreiben von A. Kaech an Ch. Grossenbacher vom 3. April 1973,* dodis.ch/39763; *das BR-Prot. Nr. 24 vom 9. Januar 1974,* dodis.ch/39778 *sowie die Notiz von G. Aellen vom 2. September 1974,* dodis.ch/39779.

bis jetzt an den unterschiedlichen Bedürfnissen und ungleichen militärischen Anforderungen an das Kriegsmaterial gescheitert. Im Falle des RBS 70-Projektes konnte zum ersten Mal eine Übereinstimmung erzielt werden. Für das Weiterführen der beschlossenen Zusammenarbeit ist deshalb eine schweizerische Beteiligung von ausschlaggebender Bedeutung. Sie sollte trotz des mit jeder Entwicklung verbundenen Risikos in Aussicht genommen werden.

Die paraphierte Vereinbarung entspricht dieser Zielsetzung. Die Prärogativen der für die Krediterteilung zuständigen Instanzen sind gewahrt. Es besteht volle Freiheit, ob nach Abschluss der Entwicklung die Option für die Serie ausgeübt werden soll. Diese garantiert uns die gleichen Bedingungen wie den Schweden. Für beide Partner dürften sich kommerzielle und andere Vorteile ergeben.

Gestützt auf diese Ausführungen stellen wir folgenden *Antrag*:

Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen[9].

9. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 946 vom 4. Juni 1973,* dodis.ch/39765.

17

dodis.ch/38892

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

KURZE REKAPITULATION DER SCHWEIZERISCHEN BELANGE IN AFRIKA IM HINBLICK AUF DEN BESUCH VON SIR ALEC DOUGLAS HOME[2]

[Bern,] 15. Mai 1973

1. Rhodesien

a) Gestützt auf die *Sanktionsmassnahmen des UNO-Sicherheitsrates* hat der Bundesrat bereits am 17. Dezember 1965[3] in autonomer Weise und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht die Einfuhr aus Rhodesien im Rahmen des «courant normal» (Durchschnitt der Jahre 1964/65 bzw. 1964/66) der Bewilligungspflicht unterstellt. Damit soll verhindert werden, dass sich auf schweizerischem Territorium für den Rhodesienhandel Möglichkeiten bieten, die Sanktionsmassnahmen zu umgehen[4]. Die Bewilligungspflicht für die Ausfuhr nach Rhodesien ist für den Fall vorgesehen, dass der «courant normal» überschritten würde.

b) Mit dem unter a) erwähnten Bundesratsbeschluss wurde auch die *Kriegsmaterialausfuhr* nach Rhodesien verboten.

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3055* (B.15.21.(2)). *Verfasst von H. Grob.*
2. *Zum Besuch von A. Douglas Home vom 18. Mai 1973 vgl. das Protokoll von J.-J. Indermühle, F. Nordmann und P.-Y. Simonin vom 21. Mai 1973,* dodis.ch/38636.
3. *BR-Prot Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965,* dodis.ch/31953.
4. *Vgl. dazu Dok. 183,* dodis.ch/40605.

c) Die *Transferangelegenheit der drei Boeing 720*[5] *von Calair* an die *Air Rhodesia* wird zurzeit vom Eidg. Luftamt in Verbindung mit der Bundespolizei geprüft. Es soll bei der Flugplatzdirektion Basel-Mülhausen Beweismaterial vorliegen, wonach der Abflug der Flugzeuge nach Lissabon gestützt auf eine provisorische Flugerlaubnis des Luftfahrtbundesamtes (Braunschweig) erfolgte. Alle drei Flugzeuge waren beim Abflug mit westdeutschen Immatrikulationszeichen versehen. Ungewiss sei, ob die Flugzeuge von der schweizerischen Firma Jet Aviation SA in Basel aus der Konkursmasse der *Calair* gekauft und dann an die *Air Rhodesia* verkauft worden sind. Dieses Basler Unternehmen hat den vom Luftamt auf den 15. Mai verlangten Bericht noch nicht eingereicht und angeblich einen Aufschub verlangt, weil sein in internationalen Rechtsfragen versierter Anwalt[6] landesabwesend sei. Die oft genannte Firma IAC (Liechtenstein) soll nach Angabe aus Vaduz fingiert sein und dieser Missbrauch bleibe noch abzuklären.

2. Republik Südafrika

a) Die Schweiz unterhält mit der Republik Südafrika normale Beziehungen und der gegenseitige Warenverkehr ist keinen Restriktionen unterworfen[7].

b) Im Finanzverkehr besteht insofern eine Ausnahme, als Investitionen, die den Betrag von 10 Millionen Sfr. übersteigen der Nationalbank zur Begutachtung zu unterbreiten sind[8]. Die Eidg. Finanzverwaltung und das EPD müssen sich dazu ebenfalls äussern. Einsprüche wären nur äusserst schwer zu erheben.

c) Die *Kriegsmaterialausfuhr* in die Republik Südafrika wurde mit Bundesratsbeschluss vom 6. 12. 1963[9] verboten.

3. Namibia (Südwestafrika)

a) Die Schweiz unterhält dort keine *Konsularvertretung.*

b) *Namibia-Reisedokumente*, die vom UNO-Rat für Namibia ausgegeben werden, werden seit dem 15. 11. 1971 unter gewissen Voraussetzungen durch die Schweiz anerkannt[10].

---

5. *Vgl. dazu die Notiz von H. Grob vom 24. April 1973,* dodis.ch/39332; *das Schreiben von M. Gelzer an P. R. Jolles vom 30. Mai 1973,* dodis.ch/39333; *das Schreiben von M. Gelzer an B. Turrettini vom 23. August 1973,* dodis.ch/39334; *die Notiz von M. Gelzer an die Direktion für internationale Organisationen und die Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements, an das Luftamt des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements und an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 14. März 1974,* dodis.ch/39335; *die Notiz von M. Gelzer vom 10. Juni 1974,* dodis.ch/39337 *und das Schreiben von A. R. Hohl an H. Langenbacher vom 15. November 1974,* dodis.ch/39338.

6. *P. Gloor.*

7. *Zu den Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika vgl. Dok. 162,* dodis.ch/38916 *sowie das Schreiben von H. Strauch an M. Ludwig vom 23. Oktober 1975,* dodis.ch/40376.

8. *Zu den Finanzbeziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika vgl. Dok. 60,* dodis.ch/38915, *bes. Anm. 7.*

9. *BR-Prot. Nr. 2284 vom 6. Dezember 1963,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#681*. *Vgl. ferner DDS, Bd. 22, Dok. 187,* dodis.ch/30436

10. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Gelzer an B. Turrettini vom 5. November 1971,* dodis.ch/35834. *Zur allgemeinen Haltung der Schweiz betreffend Namibia vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 86,*

c) Der *Handelsverkehr* mit Namibia, der unbedeutend ist, untersteht keinen Einschränkungen.

4. Portugiesische Überseestaaten[11] *(Angola, Mozambique und Port. Guinea)*

a) Der Handels- und Finanzverkehr ist keinen Einschränkungen unterworfen.

b) Beim Bau *des Kraftwerkes «Cabora Bassa»* (Mozambique) sind schweizerische Unternehmen nicht direkt beteiligt. Die BBC-Mannheim soll mit westdeutscher Garantieleistung die Fernübertragungsleitung nach Südafrika erstellen.

c) Im Hinblick auf die politische Lage ist unser in Lissabon residierender Botschafter[12] angewiesen worden, seine Besuche in den portugiesischen Überseestaaten bis auf weiteres einzustellen[13].

5. *Guinea*

Der am 18. 4. 1972 in die Schweiz eingereiste frühere guineische Botschafter in Moskau, *Cheick Mohammed Cherif*, hat am 1. 5. 1972 ein Asylgesuch gestellt, das ihm am 9. 10. 1972 gewährt wurde. Solange das Gesuch hängig war, zeigte die Regierung Sékou Touré lebhaftes Interesse für diesen Abtrünnigen. Seit dem «fait accompli» sind die Anfragen verstummt[14].

6. Zaire

Am 19. 7. 1972 kam der ehemalige Aussenminister *Batwanyele Losembe* (alias Mario Cardoso) nach Genf. Mit Note vom 23. 8. 1972[15] ersuchte die Botschaft von Zaire um Auslieferung Losembes, gestützt auf einen Haftbefehl wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder. Am 17. 1. 1973[16] hat der Bundesrat beschlossen, die Einsprache Losembes gegen seine Auslieferung abzuweisen und einzig die Frage des Ausnahmegerichts dem Bundesgericht zur Beurteilung zu unterbreiten. Ein Entscheid des Bundesgerichts steht noch aus. Staatspräsident Mobutu zeigt persönliches Interesse für diesen Fall[17].

---

dodis.ch/35680, *Anm. 21; die Notiz der Politischen Direktion des Politischen Departements vom 19. November 1973,* dodis.ch/40861 *sowie das Schreiben von A. R. Hohl an W. Kobe-Kaegi vom 15. Januar 1974,* dodis.ch/40862.

11. *Vgl. dazu Dok. 101,* dodis.ch/38885 *und Dok. 166,* dodis.ch/38886.

12. *J.-L. Pahud.*

13. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements vom 11. Januar 1973,* dodis.ch/40016.

14. *Vgl. dazu die Notiz von A. R. Hohl vom 21. Juni 1972,* dodis.ch/40863; *die Note von S. Touré an N. Celio vom 14. Oktober 1972,* dodis.ch/40864 *sowie das Schreiben von M. Gelzer an die Bezirksanwaltschaft Zürich vom 6. Februar 1973,* dodis.ch/40865.

15. *Note der zairischen Botschaft in Bern an das Justiz- und Polizeidepartement vom 23. August 1972,* CH-BAR#E4264#2004/103#26025* (B-0019364).

16. *BR-Prot. Nr. 87 vom 17. Januar 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#790*.

17. *Zur Angelegenheit Losembe vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 118,* dodis.ch/35748, *Anm. 8 und DDS, Bd. 26, Dok. 90,* dodis.ch/40604.

7. Uganda

Im Rahmen der *Ausweisung der Asiaten aus Uganda*, hat die Schweiz rund 200 Flüchtlinge aufgenommen[18]. Diese sind anfangs November 1972 in die Schweiz eingereist. Nach einer relativ kurzen Übergangszeit sind diese Asiaten bereits in verschiedenen Berufen tätig und ihre Kinder in die öffentlichen Schulen integriert worden.

Die Regierung von Grossbritannien hat kein weiteres Gesuch für die Erhöhung dieser Quote an die Schweiz gerichtet. Hingegen hat der UNO-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen[19] ein solches Gesuch gestellt, was aber abgewiesen wurde.

8. Ghana

a) Die Regierung von Ghana hat am 30. 6. 1972 ein «*Patents Registration (Amendment) Decree 1972*» erlassen, wonach sämtliche Patente für Heilmittel aufgehoben werden und hängige sowie künftige Patentgesuche zurückzuweisen sind[20]. Die drei in der *Interpharma* zusammengeschlossenen Basler Chemie-Unternehmen[21] widersetzen sich dieser Verordnung. Zusammen mit britischen und westdeutschen Interessengruppen hat *Interpharma* in Akkra entsprechende Schritte eingeleitet.

b) Die im Zuge der «Ghanaisierung» kürzlich entzogenen Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen für eine grosse Anzahl Ausländer hat auch die dortige Schweizerkolonie hart getroffen. Gegen diese interne Massnahme kann leider nichts unternommen werden[22].

9. Burundi und Ruanda

Beides sind Schwerpunktländer für die *schweizerische technische Zusammenarbeit*. Die Unruhen von April/Mai 1972 in Burundi[23] und März 1973 in Ruanda[24] haben diese Hilfe zum Teil zunichte gemacht. Für Burundi hat man beschlossen, die begonnen Projekte zu Ende zu führen[25]. In welcher Weise die Hilfe an Ruanda weitergeführt werden kann, wird zurzeit von Herrn Botschafter Marcuard an Ort und Stelle geprüft[26].

---

18. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 165,* dodis.ch/35578 *und das Schreiben von H. Mumenthaler an A. R. Hohl vom 2. Februar 1973,* dodis.ch/40375.

19. *S. Aga Khan.*

20. *Vgl. dazu die Notiz von H. Jossen vom 15. März 1973,* dodis.ch/40874.

21. *Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche und Sandoz.*

22. *Vgl. dazu die Notiz von H. Jossen an M. Luy vom 16. März 1973,* dodis.ch/40873.

23. *Vgl. dazu die Politischen Berichte Nr. 6 und Nr. 7 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36755 *und vom 7. Juni 1972,* dodis.ch/36756.

24. *Vgl. dazu Dok. 15*, dodis.ch/39603; *das Schreiben der schweizerischen Lehrpersonen des Collège officiel de Kigali an S. Marcuard vom 21. Februar 1973,* dodis.ch/40329; *den Politischen Bericht Nr. 5 von R. Pestalozzi vom 15. März 1973,* dodis.ch/40345 *sowie die Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 14. März 1973,* dodis.ch/40321 *und vom 5. April 1973,* dodis.ch/40322.

25. *Vgl. dazu Dok. 2,* dodis.ch/39600 *sowie die Notiz von H. Grob vom 16. Februar 1973,* dodis.ch/40398.

26. *Zur Dienstreise von S. Marcuard nach Ruanda vgl. die Notizen von S. Marcuard vom 18. Mai 1973,* dodis.ch/40882 *und vom 21. Mai 1973,* dodis.ch/40881. *Vgl. ferner Dok. 15,* dodis.ch/

10. Verstaatlichungen[27]

a) Sudan: Im Sommer 1972 wurden drei schweizerische Firmen[28] betroffen. Die nun vorliegenden Bewertungen wurden angefochten und alle drei Fälle sind noch pendent[29].

b) *Tanzania*: Bei der Verstaatlichung von Gebäuden sind drei schweizerische Interessenten betroffen worden. Die Regierung von Tanzania lehnt eine Vergütung ab, obschon ein Investitionsschutzabkommen[30] mit diesem Land abgeschlossen wurde. Der Entscheid wird schweizerischerseits angefochten[31].

c) *Uganda*: Eine einzige Schweizerfirma[32] wurde am 16. 12. 1972 verstaatlicht; dann aber nach vier Monaten wieder freigegeben. Der in dieser Zeitspanne entstandene Schaden an Material und Kulturen wurde vom Eigentümer in Rechnung gestellt. Die Regierung von Uganda hat darauf noch nicht reagiert.

11. Organization for African Unity

a) Am 18. und 19. 4. 1972 stattete eine *Delegation der OAU* der Schweiz einen offiziellen Besuch ab. Unter der Leitung des mauretanischen Staatspräsidenten Ould Daddah waren auch Vertreter aus Algerien, Kamerun, Kenya, Mali und Zambia, einschliesslich Diallo Telli, Generalsekretär, delegiert worden. In einer ruhigen Atmosphäre konnten beidseitig die Standpunkte zu einzelnen Problemen dargelegt werden[33].

b) Ein im Kreise der OAU organisiertes *Seminar für Fragen der Flüchtlingshilfe*, das im Herbst 1973 in Addis Abeba durchgeführt werden soll, wird von der Schweiz mit 15'000 US $ ($^3/_5$ der Kosten) mitfinanziert. Die Zahlung wird über den UNO-Flüchtlingskommissar geleitet[34].

39603; *die Notiz von O. Hafner vom 26. Februar 1973,* dodis.ch/40330; *das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 6. März 1973,* dodis.ch/40331 *sowie die Notiz von R. Dannecker vom 16. Oktober 1974*, dodis.ch/40315.

27. *Zur Frage der Entschädigung von Schweizerbürgern im Ausland vgl. die Notiz von H. Jossen an R. Bodenmüller vom 26. Februrar 1973,* dodis.ch/40534; *die Notiz von F. Moser vom 20. Dezember 1973,* dodis.ch/40262; *die Notiz von J.-P. Ritter vom 1. März 1974*, dodis.ch/40536 *sowie die Notiz von F. Moser an E. Diez vom 10. April 1975,* dodis.ch/40533.

28. *Schmidheiny & Co., Hohmann (Sudan), Ltd. und Gebrüder Volkart. Vgl. dazu die Notiz von H. Grob vom 20. September 1972,* dodis.ch/38291.

29. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Béglé an H. K. Frey vom 22. März 1973,* dodis.ch/38296; *die Notiz von H. Grob vom 30. August 1973,* dodis.ch/38303 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 4. September 1974,* dodis.ch/38301.

30. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 969 vom 1. Juni 1965,* dodis.ch/32075.

31. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Pestalozzi an E. Thalmann vom 8. Februar 1974,* dodis.ch/40852*; die Notiz von M. Leippert vom 22. August 1974,* dodis.ch/40854 *sowie das Schreiben von L. Mossaz an E. Thalmann vom 18. November 1974,* dodis.ch/40855*. Zur Problematik der Gewährung von Entwicklungshilfe im Zusammenhang mit der Entschädigung verstaatlichter schweizerischer Vermögenswerte vgl. Dok. 112,* dodis.ch/38914, *Anm. 4.*

32. *Agrex, Ltd. Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4790* (B.34.66.0).

33. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 86,* dodis.ch/35680*, bes. Anm. 5 und Dok. 132,* dodis.ch/35682.

34. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Keller an H. Langenbacher vom 20. Juni 1973,* dodis.ch/39313.

18

dodis.ch/40541

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

GESPRÄCH MIT AUSSENMINISTER KIRCHSCHLÄGER[2]:
DIE NEUTRALEN UND DIE EG[3]

Bern, 16. Mai 1973

Das Thema, das Herr Minister Kirchschläger mit Ihnen besprechen möchte, ist natürlich ausserordentlich allgemein und zugleich vielschichtig. Es kann unmöglich in einer kurzen und kurzfristig verfassten Notiz erschöpfend behandelt werden. Wenn ich richtig informiert bin, machen sich die Österreicher Sorgen über ihre künftige Stellung gegenüber den EG. Sie befürchten, von den EG vor faits accomplis gestellt zu werden, kein Mitspracherecht zu haben, in Abhängigkeit zu geraten usf.

Hierzu ist grundsätzlich zweierlei zu sagen:

1. Österreich hat, genau wie die Schweiz, die Nicht-Mitgliedschaft bewusst gewählt[4]. Natürlich ist der Bewegungsspielraum Österreichs geringer als derjenige der Schweiz. Aber die Österreicher haben immerhin bisher ihre Neutralitätspolitik nicht als auferlegten Zwang dargestellt und empfunden, sondern sich aus eigener Überzeugung dazu bekannt. Es tönt daher etwas eigenartig, wenn sie sich nun gewissermassen als verhindertes Mitglied der EWG fühlen. Es gibt eine Anzahl Konsequenzen der Nicht-Mitgliedschaft, die die Neutralen nun einmal akzeptieren müssen.

Dies vorausgeschickt, wirft natürlich die Stellung der Neutralen Probleme auf, die sorgfältiger Prüfung bedürfen, die aber auch ausgesprochen langfristiger Natur sind. Mir scheint, es geht jetzt weniger darum, mit den Österreichern irgendwelche konkreten Schritte zu planen, als vielleicht in der längerfristigen Gedankenarbeit eine engere Zusammenarbeit zu begründen.

2. Die Befürchtungen der Österreicher – wie auch diejenigen der schweizerischen Europa-Föderalisten – gehen zum Teil von einem stereotypen und idealisierenden EG-Bild aus. In gläubiger Vorwegnahme wird die Gemeinschaft als konsolidiertes, mächtiges, handlungsfähiges und entscheidungsfreudiges Gebilde gesehen. Wäre dies der Fall, so wäre die Stellung der Neutralen in

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7113A#1988/157#357* (777.03.0). *Verfasst von B. von Tscharner.*
2. *Zu den Gesprächen in Wien vom 28.–29. Mai 1973 vgl. das Protokoll von I. Hofer und P.-Y. Simonin vom 18. Juni 1973,* dodis.ch/40566.
3. *Zu den Beziehungen der Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 173,* dodis.ch/39512. *Zur Zusammenarbeit der Neutralen vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 95,* dodis.ch/35590, *bes. Anm. 6; die Notiz des Integrationsbüros vom 16. Januar 1973,* dodis.ch/39735; *die Notiz von P.-A. Ramseyer vom 17. Januar 1973,* dodis.ch/39727; *das Protkoll von C. Caratsch vom 12. September 1974,* dodis.ch/39742, *bes. S. 5–7; die Notiz von C. Caratsch vom 6. März 1975,* dodis.ch/39732 *sowie das Protokoll vom P.-Y. Simonin vom 20. Oktober 1975,* dodis.ch/40570.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510.

der Tat unvergleichlich viel prekärer und problematischer als sie heute und in absehbarer Zukunft tatsächlich ist und sein wird. In Wirklichkeit befindet sich die Gemeinschaft in einer Identitätskrise oder, sagen wir neutraler, in einer Phase des «Sich-suchens». Diese Phase ist vor allem durch vier Elemente gekennzeichnet:

– die Erweiterung, genauer gesagt die Anpassung an die erhöhte Mitgliederzahl,
– die Notwendigkeit, nach dem Abschluss der Übergangszeit des Rom-Vertrags die ersten konkreten Schritte in Richtung auf eine wirkliche Wirtschaftsunion hin zu tun,
– die Infragestellung der gemeinsamen Agrarpolitik[5], eines der Fundamente der bisherigen EWG,
– die Notwendigkeit, gegenüber der übrigen Welt eine gemeinsame Sprache zu finden.

Die Gemeinschaft kann an diesen Aufgaben zerbrechen oder in eine Art Dauerkrise verfallen. Eine seriöse Prognose ist nicht möglich. Auf jeden Fall werden wir wohl bis ca. 1980 warten müssen, um eine klare Tendenz zu erkennen. Der Entscheidungsdruck ist unter den heutigen Umständen nicht gross genug, um eine rasche Klärung zu erzwingen.

Zum Problem der Satellisierung vielleicht noch dies:

Jedes Land unterliegt heute unzähligen Sachzwängen. Seine Autonomie engt sich in zunehmenden Umfang ein (Beispiel: Energiekrise[6], Währungskrise[7], usf.). Die schweizerische Politik wird immer stärker komplementär zu externen Umständen und Einflüssen. Wir sind durch «die Welt» bereits in starkem Masse satellisiert und empfinden diesen Zustand dennoch als erträglich. Wir können ihn in bescheidenem Umfang mildern durch eine aktive internationale Kooperationspolitik, durch den Versuch, überall, wo dies möglich und sinnvoll erscheint, mitzureden, eigene Beiträge zu leisten.

Im Gegensatz zum Pluralismus der modernen Völkergemeinschaft mit ihren überaus zahlreichen internationalen Organisationen und Kooperationsformen könnte eine künftige EG-Wirtschafts- und Währungsunion[8] dagegen sehr viel kompakter sein. Die für das Endstadium typische Konzentration der Befugnisse auf die Brüsseler Organe, die Exklusivität des Beschlussfassungsmechanismus, die Unterordnung der gesamten Tätigkeit unter eine integrationspolitische Gesamtkonzeption sind es, die die Stellung der kleinen neutralen Nachbarstaaten als besonders kritisch und die fehlenden Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten als frustrierend erscheinen lassen.

Für die Schweiz – und wohl auch für Österreich – gibt es für die nächsten Jahre meines Erachtens nur *eine* sinnvolle Politik:[9]

---

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 105,* dodis.ch/35775, *Anm. 12.*
6. *Vgl. dazu Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
7. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504 *sowie Dok. 36,* dodis.ch/37657.
8. *Zur europäischen Währungsschlange vgl. Dok. 36,* dodis.ch/37657, *bes. Anm. 13; Dok. 141,* dodis.ch/39506; *Dok. 161,* dodis.ch/39509 *sowie Dok. 170,* dodis.ch/39508.
9. *Fussnote im Originaltext:* Längerfristig könnte nach meiner persönlichen Auffassung unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die hier nicht näher erläutert werden können, für

- Ausschöpfung aller bestehenden Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit in allen ihren Varianten[10] (bilaterale Abmachungen zu den EG, multilaterale Zusammenarbeit in Europarat[11] und EFTA[12] usf.)

- Gegenüber den EG: unermüdliche Suche nach Mitteln und Wegen, im konkreten Einzelfall Diskriminierungen zu vermeiden oder zu beseitigen, (z. B. auf dem Gebiet des Niederlassungsrechts), aktive Beteiligung an «offenen» Projekten (z. B. «COST», Patentkonvention[13] usf.), Einschaltung in den intellektuellen Prozess der Problemanalyse (z. B. auf dem Gebiet der Forschungspolitik[14], der Währungspolitik[15]), Ausnützung unserer Stellung als Transitland inmitten des EG-Raums (Besonders wichtig im Bereich der Verkehrspolitik[16]; Österreich ist in der gleichen Lage), Ergreifen von sich bietenden Konsultationsmöglichkeiten, (z. B. im Rahmen der OECD[17]), wiederholte Hinweise auf die Gegenseitigkeit der Interessen (die Neutralen sind für die EG keine quantité négligeable) usf.

- Gleichzeitig aber auch: Pflege des eigenen «Profils», z. B. durch eine aktive Rolle in der Nixon-Runde[18]. Damit erreichen wir nicht nur, dass uns die aussereuropäische Länder nicht in einen Topf mit den EG werfen, sondern wir werden auch für die EG ein interessanterer Gesprächspartner.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass wir dem österreichischen Kleinmut eine Dosis Selbstvertrauen entgegensetzen sollten. Bei näherem Hinsehen sind die Aktionsmöglichkeiten zahlreicher, realer und für alle Beteiligten interessanter als gemeinhin angenommen wird. Die Chance liegt hier im Detail …

---

die Schweiz ein Beitritt zu den EG trotz allem aktuell werden. Diese ferne und unsichere Perspektive ändert indessen nichts an den kurzfristigen Möglichkeiten und Erfordernissen.

10. *Fussnote im Originaltext:* Vgl. hierzu die besondere Studie des Integrationsbüros über «Europäische Zusammenarbeit – bilateral oder multilateral?». *Vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#1338* (B.15.21.(25)).

11. *Vgl. dazu den Schlussbericht von A. Dominicé an A. Janner vom 27. Juli 1973,* dodis.ch/39394 *sowie die Notiz von C. Caratsch vom 16. November 1973,* dodis.ch/39397.

12. *Vgl. dazu Dok. 105,* dodis.ch/39407.

13. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1411 vom 29. August 1973,* dodis.ch/38428 *sowie das BR-Prot. Nr. 2161 vom 19. November 1975,* dodis.ch/39884.

14. *Vgl. dazu Dok. 29,* dodis.ch/39408.

15. *Vgl. Anm. 8.*

16. *Vgl. dazu die Notiz von F. Blankart an W. Ritschard vom 10. Mai 1974,* dodis.ch/39879.

17. *Zur Rolle der Schweiz in der OECD vgl. Dok. 5,* dodis.ch/39496 *sowie Dok. 140,* dodis.ch/39498.

18. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *bes. Anm. 2.*

19

dodis.ch/39607

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 19. Sitzung vom 16. Mai 1973 – ganzer Tag[1]

Auszug *[Bern,]* 22. Mai 1973

I. Aussprachen

1. Auslandreisen der Mitglieder des Bundesrates[2]

Als schriftliche Grundlage liegt ein Exposé des Bundeskanzlers[3] vor, das im Auftrage des Bundespräsidenten[4] ausgearbeitet wurde. Darin wird ein Überblick über die für das Jahr 1973 noch vorgesehenen Auslandreisen der Mitglieder des Bundesrates gegeben, sowie eine Vorschau auf das Jahr 1974. Das Arbeitspapier schliesst mit den Worten: «In formeller Beziehung stellen wir fest, dass für die Teilnahme an internationalen Konferenzen jeweils ein schriftlicher Antrag eingereicht wird[5]. Dieses Verfahren hat sich unseres Erachtens sehr bewährt. Es stellt sich deshalb die Frage, ob nicht auch für sogenannte «Besuchsreisen» inskünftig das gleiche schriftliche Verfahren gewählt werden sollte. Es wäre dies sicher für das Kollegium der beste Weg, um die Sache in Griff zu bekommen». In seinen ergänzenden Äusserungen verweist *Herr Bundeskanzler Huber* auf das kritische Echo auf die Auslandsreisen der Bundesräte, das in den letzten Wochen in der Presse festzustellen war. Die Frage, ob weniger Reisen in Aussicht genommen werden sollen, ist aber eine Angelegenheit des Bundesrates selbst.

Herr Bundesrat Tschudi dankt für die Unterlage des Bundeskanzlers und unterstützt vorweg den Antrag, dass auch für die «Besuchsreisen» inskünftig dem Bundesrat ein schriftlicher Antrag unterbreitet werden soll. Das negative Echo in der Öffentlichkeit zeigt, dass offenbar weite Kreise noch der Meinung sind, die Bundesräte sollten nicht ins Ausland reisen[6]. Es ist dies einerseits ein Ausdruck der Kleinlichkeit, die noch weit verbreitet ist – anderseits haben die Leute in dem Sinne recht, dass eine Regierung mit nur 7 Mitgliedern nicht die gleiche internationale Tätigkeit entfalten kann wie eine Regierung mit 15 oder 20 Mitgliedern. Auch *Herr Bundesrat Brugger* ist einverstanden mit der Einführung eines formellen Antragsverfahrens über Besuchsreisen. Die Tabelle der Bundeskanzlei[7] gibt seines Erachtens im übrigen zu keiner Beunruhigung

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#16*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Zur Frage der Besuchsdiplomatie vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 164,* dodis.ch/31628; *DDS, Bd. 24, Dok. 45,* dodis.ch/32145, *bes. Anm. 5; DDS, Bd. 25, Dok. 114,* dodis.ch/35519; *die Antwort des Bundesrats vom 25. Juni 1973 auf die Interpellation Carruzzo vom 4. Juni 1973,* dodis.ch/39918; *die Notiz der Bundeskanzlei vom 7. Juni 1973,* dodis.ch/39919; *die Schreiben von P. Thévenaz an P. Graber vom 5. Dezember 1974,* dodis.ch/38202 *sowie vom 18. Februar 1975,* dodis.ch/38233.
3. *Exposé von J.-M. Sauvant vom 16. Mai 1974,* CH-BAR#E7001C#1985/231#278* (11.32).
4. *E. Brugger.*
5. *Für den Entscheid zur Einführung eines Antragsverfahrens bei Auslandreisen vgl. das BR-Prot. Nr. 795 vom 16. Mai 1973,* dodis.ch/39917.
6. *Vgl. dazu z. B. das Schreiben von H. Bohren an P. Graber vom 26. Januar 1975,* dodis.ch/39920.
7. *Übersicht der Bundeskanzlei vom 8. Mai 1973,* CH-BAR#E7001C#1985/231#278* (11.14).

Anlass. Die Kritik ist namentlich deshalb gekommen, weil gleichzeitig drei Bundesräte miteinander reisten. Man muss dem Volk aber auch sagen, dass die internationalen Verpflichtungen heute bedeutend intensiver geworden sind, so dass auch mehr Reisen ins Ausland notwendig sind. Herr Brugger fragt sich in diesem Zusammenhang, ob er die Einladung zu einem Besuch der Industrieausstellung in São Paulo (Brasilien) annehmen wolle[8]. Er zögert heute mehr denn je. *Herr Bundesrat Gnägi* ist ebenfalls einverstanden mit dem schriftlichen Antragsverfahren. Auch er hatte den Eindruck, dass das Zusammenfallen von drei Auslandreisen von Mitgliedern des Bundesrates die Kritik in der Öffentlichkeit geradezu provozierte. Eine gewisse Zurückhaltung ist sicher am Platz. Herr Bundesrat Graber sieht für das Jahr 1974 bereits 4 Reisen vor[9]. Sind diese vier alle notwendig? *Herr Bundeskanzler Huber* macht darauf aufmerksam, dass bei der Ansetzung von Auslandsreisen soweit immer möglich der Mittwoch «geschont» werden sollte. Man kann nicht den Parlamentariern immer wieder in Erinnerung rufen, dass sie die Mitglieder des Bundesrates am Mittwoch nicht für Kommissionssitzungen beanspruchen sollten, gleichzeitig aber Auslandsreisen auf diese Tage legen, ohne dass in parlamentarischen Kreisen eine negative Reaktion eintritt. *Herr Bundesrat Graber* verweist darauf, dass die Bundeskanzlei alle zwei Monate einen Überblick über alle Reisen der Mitglieder des Bundesrates erstellt. Jetzt wird so diskutiert, wie wenn diese gegenseitige Orientierung gar nicht bestände. Der Chef des EPD ist durchaus einverstanden mit dem Gebot zur Zurückhaltung, hält aber dafür, dass sich diese Auslandsreisen nicht in irgendwelchen Richtlinien einfangen lassen. Einverstanden ist er hingegen mit dem schriftlichen Antragsverfahren gemäss dem Arbeitspapier des Bundeskanzlers. *Herr Bundespräsident Bonvin* stellt im Sinne einer Zwischenbemerkung fest, dass die wahrheitswidrigen Behauptungen über den «Alleingang» von Herrn Bundesrat Graber nach Kairo offiziell bereits dementiert worden sind. *Herr Graber* hält dafür, dass der Charakter seiner Reise nach Kairo[10] offenbar nicht ganz bekannt gewesen ist. Der Grund lag im Botschaftertreffen, wenn er aber in einen andern Staat reist, wird er stets auch seinen Kollegen, den dortigen Aussenminister[11], begrüssen sowie die übrigen protokollarischen Besuche zu absolvieren haben. So sieht das ägyptische Protokoll stets nebst dem Besuch beim Staatspräsidenten[12] auch einen Besuch beim Generalsekretär[13] der arabischen Liga vor. Besonders bedauerlich war, dass der Pressedienst einer Regierungspartei ohne jede Abklärung des Sachverhalts in wahrheitswidriger Weise polemisierte. *Herr Bundespräsident Bonvin* hält dafür, dass die Reise von Herrn Graber nach Kairo für die schweizerische Neutralität als positiver Faktor zu werten ist. *Herr Bundesrat Celio* hat beim freisinnigen Pressedienst wegen der Angriffe gegen Herrn Graber interveniert.

---

8. *Zur Teilnahme von Alt-Bundesrat H. Schaffner an der Industrieausstellung vgl. Dok. 40,* dodis.ch/38919.
9. *Vorgesehen waren Besuche in Helsinki, Peking, Paris und Bonn. Vgl. Anm. 3.*
10. *Zur Reise von P. Graber nach Ägypten vgl. Dok. 14,* dodis.ch/39250.
11. *M. H. el-Zayyat.*
12. *M. A. el-Sadat.*
13. *M. Riad.*

Man hat ihm darauf präzisierend gesagt, der freisinnige Pressedienst habe nicht formell erklärt, dass Herr Graber ohne Mandat gereist sei, er habe lediglich das offizielle Mandat in Frage gestellt. Schlimm wurde dann die Sache, als die Depeschenagentur den Artikel des freisinnigen Pressedienstes übernahm und in ihrer Formulierung den Anschein erweckte, die Reise von Herrn Graber sei ohne Wissen und Zustimmung seiner Kollegen erfolgt. Bezüglich der Opportunität der Reise nach Kairo kann man Zweifel hegen – jetzt hinterher ist es aber leicht, zu philosophieren. Die Reise an sich war übrigens durchaus in Ordnung, was zu befürchten war, waren aber die Spekulationen, die darum herum angestellt wurden. Sie sind auch prompt eingetroffen. Auf Grund der Reportagen des Fernsehens entstand durchaus die Meinung, Herr Graber sei in Kairo im Sinne eines Vermittlungsmandats für den Nahen Osten tätig. In dieser Richtung wirkten sich insbesondere die offiziellen Empfänge aus, die im Fernsehen lang und breit ausgestrahlt wurden. Auch *Herr Bundesrat Brugger* unterstreicht, dass durch die Fernsehreportagen die Gewichte der Reise nach Kairo in der Öffentlichkeit verschoben wurden. Die Ägypter hatten offenbar ein Interesse daran, den Höflichkeitsbesuch von Herrn Graber in einen Staatsbesuch umzubiegen und ihn zu Propagandazwecken zu missbrauchen. Als er, Herr Brugger, nach Moskau reiste, haben die Russen in verschiedener Hinsicht versucht, seinen Besuch ebenfalls in dieser Richtung auszunützen[14]. *Herr Bundespräsident Bonvin* fragt sich, ob man der Presse bei Besuchen dieser Art vermehrte Dokumentation abgeben sollte. *Herr Bundeskanzler Huber* erinnert daran, dass die Presse durch ein Communiqué schon vor der Abreise von Herrn Graber ausdrücklich darüber informiert wurde, dass mit dieser Reise keinerlei Vermittlungsversuch verbunden sei. Auch von mehr Dokumentation ist leider nicht viel zu erwarten. *Herr Bundesrat Graber* ist gleicher Meinung. Die Presse wurde vor seiner Abreise sehr gut orientiert, und nicht nur ein einziges Mal. Erschreckend war aber auch, dass das Fernsehen eine Equipe für eine ganze Woche nach Kairo sandte. Es kommt dies einer skandalösen Geldverschleuderung für die paar Bilder gleich, die nötig waren – ganz zu schweigen vom tort moral, der ihm durch diese Equipe beigefügt wurde.

Der Rat bespricht dann die Übersicht über die Reisen, welche die Bundeskanzlei zusammengestellt hat. Dabei fällt auf, dass der Chef des EPD in der gleichen Woche in Bonn und Tel Aviv sein wird. Es wird beschlossen, die Reise nach Bonn auf den November zu verschieben[15].

Herr Bundesrat Tschudi gibt in diesem Zusammenhang bekannt, dass er eine Einladung des Erziehungsministers von Rumänien[16], der nun ohnehin durch einen neuen Titular ersetzt worden ist, absagen werde.

[…][17]

---

14. *Vgl. dazu Dok. 34,* dodis.ch/38769.
15. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 796 vom 16. Mai 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#794*.
16. *M. Maliţa. Zur Einladung vgl. das Schreiben von H. P. Tschudi an P. Graber vom 5. März 1973,* CH-BAR#E2003A#1988/15#936* (o.301).
17. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39607.

20

dodis.ch/38821

Notice interne du Département militaire[1]

CONFÉRENCE DU 15 MAI 1973 ENTRE UNE DÉLÉGATION DU CONSEIL FÉDÉRAL ET CINQ MEMBRES DU COMITÉ D'INITIATIVE POUR L'INTERDICTION D'EXPORTER DES ARMES (COMITÉ)[2]

[Berne,] 24 mai 1973

Cette conférence a été demandée par le comité, par lettre du 26 mars 1973[3], afin d'obtenir des renseignements concernant l'application de la loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972[4] (ci-après: loi).

Le Conseil fédéral a chargé M. le Conseiller fédéral Gnägi, Chef DMF et M. le Conseiller fédéral Graber, Chef DPF, de recevoir les représentants du comité.

Les principales interventions de ces derniers peuvent être résumées comme suit:

– le comité désirerait instaurer un contact plus ou moins permanent pour étudier diverses questions techniques relatives à l'application de la loi, une commission de ce comité ayant reçu la mission de surveiller le problème que pose, pour eux, les exportations de matériel de guerre;
– l'interprétation de la loi est fondamentale pour le comité qui désirerait en connaître les grandes lignes;
– ils ont fait part d'une certaine déception, causée par l'application actuelle de la loi. Ils s'attendaient à une diminution plus rapide des exportations vers certains pays;
– ils ne comprennent pas pourquoi l'Iran, par exemple, reçoit encore des armes et des munitions. Ce pays fait partie, à leur point de vue, des pays vers lesquels l'exportation de matériel de guerre devrait être interdite selon les prescriptions de l'article 11, al. 2, lettre a (tensions dangereuses) et lettre b (dignité humaine non respectée);
– les exportations vers le Portugal inquiètent également le comité qui estime que dans ce pays également règnent des tensions dangereuses. Pourquoi le Portugal ne figure-t-il pas sur une liste des pays touchés par un embargo, alors que le Mozambique et la Guinée y figurent?
– les pays d'Amérique du Sud devraient également être classés comme pays dans lesquels règnent des tensions dangereuses. Pourquoi n'y a-t-il pas une interdiction d'exportation de matériel de guerre vers ces pays?

---

1. *Notice:* CH-BAR#E5001G#1985/219#1251* (79.5). *Rédigée par J.-L. Grognuz. Visée par R. Gnägi.*
2. *Délégation du Conseil fédéral: R. Gnägi et P. Graber. Administration: M. Gelzer, A. Kaech et M. Virot. Comité: A.-M. Holenstein, R. Tobler, H. Däpp, F. Siegenthaler et F. de Vargas.*
3. *Lettre de P. Weishaupt à R. Bonvin du 26 mars 1973, doss. comme note 1.*
4. Loi fédérale sur le matériel de guerre du 30 juin 1972, *RO, 1973, pp. 107–113.*

– les livraisons de matériel de guerre aux pays en voie de développement[5] créent un problème inadmissible pour le comité. La Suisse ne pourrait-elle pas être le promoteur d'accords internationaux interdisant ces livraisons?
– selon l'article 25 de la loi, les autorisations délivrées doivent être adaptées au nouveau droit. Qu'en est-il?
– les affaires de matériel de guerre ne touchant pas la Suisse, mais traitées par des maisons suisses, devraient être mises sous contrôle de la Confédération;
– quelles sont les possibilités de collaboration avec les autres pays neutres d'Europe?
– les statistiques publiées par la Direction générale des douanes devraient permettre de constater clairement les exportations de matériel de guerre.

Les membres de la délégation du Conseil fédéral et les représentants de l'Administration ont relevé et précisé les point suivants:

– le Conseil fédéral s'est exprimé à plusieurs reprises déjà au sujet de l'application de la loi, soit devant des commissions, soit devant le Parlement, et sa position est claire: la loi sera appliquée sans concessions, mais avec le bon sens nécessaire. Chaque demande visée par l'article 12 sera étudiée séparément. Il s'agit actuellement de fixer une ligne de conduite que seule l'étude de cas spéciaux et la pratique en général peuvent nous permettre de définir. Il n'existe pas de solution générale pour régler tous les cas;
– il serait erroné de considérer cette conférence comme le début d'un dialogue. Le Conseil fédéral a accepté d'écouter les vœux et remarques du comité et de lui faire part de son point de vue afin de dissiper, à temps, des malentendus éventuels;
– le contrôle de l'activité du gouvernement est réglé par des lois et il n'y a aucune raison de créer des exceptions. Ce contrôle incombe aux Chambres et à leurs commissions[6].

L'initiative a été refusée[7]. Il est inconcevable de demander autre chose au Gouvernement que l'application de la loi qui est entrée en vigueur le 1er février 1973 (et appliquée partiellement déjà depuis fin 1972). Le délai de trois mois depuis cette entrée en vigueur est beaucoup trop court pour apprécier les effets de ces nouvelles prescriptions:

– l'application de la loi inquiète actuellement notre industrie des armements dont plusieurs entreprises déplacent leur production à l'étranger[8]. Il serait très regrettable que la Suisse soit, avec le temps, obligée d'acheter tout son matériel de guerre à l'étranger;
– les listes des pays touchés par un embargo ne sont pas complètes et doivent ainsi être utilisées avec la plus grande prudence. Certains pays n'y figurent

---

5. C*f. les PVCF N° 445 du 12 mars 1973,* dodis.ch/39468 *et N° 446 du 12 mars 1973,* dodis.ch/39467.
6. *Cf. p. ex. les procès-verbaux de R. Chevalier et E. Wüthrich du 27 avril,* dodis.ch/39469 *et du 31 octobre 1973,* dodis.ch/39470.
7. *La votation populaire eut lieu le 24 septembre 1972. L'initiative* pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes *a été rejetée par 50,3% des voix et 15 cantons. Cf. FF, 1972, II, pp. 1446–1448. Cf. aussi DDS, vol. 25, doc. 68,* dodis.ch/35692 *et le PVCF N° 2300 du 15 décembre 1972,* dodis.ch/35805.
8. *Cf. la notice de J.-L. Grognuz du 7 mars 1974,* dodis.ch/39463 *et le rapport de A. Sommer du 16 août 1974,* dodis.ch/39471.

pas pour la simple raison qu'aucune demande de permis d'exportation les concernant n'a été présentée;

– en ce qui concerne le cas de l'Iran[9], il ne faut pas perdre de vue que des affaires de cette importance exigent des délais d'exécution très longs. Les permis de fabrication ont été accordés en 1969 et 1970. Le Conseil fédéral ne pouvait pas interdire, du jour au lendemain, ces livraisons. Notre bonne foi est en jeu et, d'autre part, le point de vue social en Suisse ne peut pas être négligé non plus (rapports employeurs / employés en cas de rupture de contrats de cette importance);
– ces livraisons à l'Iran représentent environ 92 Mio. de francs en 1972 et devraient être terminées en 1973 (solde: env. 80 Mio.). Lorsque ces exportations seront terminées, il est certain que le volume des exportations de matériel de guerre vers les pays en voie de développement ne représentera plus qu'un faible pourcentage de nos exportations totales de matériel de guerre. Il faut encore préciser qu'il s'agit de canons et de munition DCA, donc de matériel de guerre défensif;
– peut-on sérieusement parler de soutien de l'effort militaire du Portugal[10] en lui fournissant, en 1972, des pièces détachées d'une valeur de Fr. 42'400 et des explosifs destinés à des fins civiles d'un montant de Fr. 172'400 et, en 1973, (janvier et février) de deux appareils destinés à mesurer la vitesse initiale d'obus, valeur Fr. 34'900, et d'explosifs civils d'une valeur de Fr. 86'400?
– les livraisons de véhicules blindés légers à la Bolivie et au Mexique ont été autorisées car il s'agissait également de respecter des engagements pris depuis plusieurs mois[11];
– par contre, le Liban, qui n'a d'ailleurs reçu que de petites quantités de matériel de guerre (les deux derniers canons DCA de marine de 1960) ne pourrait certainement plus compter sur de nouvelles fournitures suisses si une nouvelle demande était présentée.

À ce propos, il faut relever que les armes présentées dans une émission TV en Allemagne ont été fabriquées à l'étranger;

– les possibilités d'intervention de la Suisse au niveau international pour interdire ou limiter les livraisons de matériel de guerre aux pays en voie de développement sont très faibles. Certaines grandes puissances utilisent ces fournitures comme moyens de pression envers le destinataire;
– les affaires concernant du matériel de guerre ne touchant pas la Suisse posent un problème qui a déjà été étudié à plusieurs reprises par des commissions et par le Parlement. Aucune base constitutionnelle permet d'intervenir dans ce domaine, où il n'y aurait aucune possibilité de contrôle;
– les échanges avec les pays neutres, comme l'Autriche ou la Suède, sont

---

9. *Cf. la notice de S. Marcuard à M. Gelzer du 16 octobre 1973,* dodis.ch/37673 *et la notice de M. Gelzer à E. Thalmann du 15 janvier 1974,* dodis.ch/37674.

10. *Cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 1er juin 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5074* (B.51.14.21.20). *Pour les exportations de matériel de guerre vers le Portugal en 1972, cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6106* (B.51.14.21.20).

11. *Pour la Bolivie, cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 17 avril 1973,* dodis.ch/40306. *Pour le Mexique, cf. la lettre de J. Flütsch et A. Schläpfer à R. Gnägi du 14 août 1973,* dodis.ch/40369.

difficiles à développer. L'Autriche[12] a commandé des armes DCA en Suisse et nous avons acheté des véhicules autrichiens.

Des études sont en cours avec la Suède[13], mais les exigences propres aux deux pays créent des problèmes très complexes. Même si les échanges doublaient ou triplaient, les pays neutres ne pourraient pas compenser la perte des marchés dans d'autres pays;

– il nous serait également agréable d'avoir des positions douanières réservées exclusivement au matériel de guerre désigné par la loi. Les tarifs douaniers sont établis sur la base des accords internationaux de Bruxelles et, là encore, la Suisse a très peu de chances d'obtenir des changements.

À la suite de cette conférence, le communiqué suivant a été remis à la presse:

Exportation de matériel de guerre

Les conseillers fédéraux R. Gnägi, Chef du Département militaire et P. Graber, Chef du Département politique ont reçu le 15 mai, au nom du Conseil fédéral, des représentants du comité d'initiative pour l'interdiction d'exporter du matériel de guerre, initiative qui n'avait pas été acceptée lors de la votation du 24 septembre 1972. Ces représentants avaient exprimé le désir de se renseigner sur les modalités d'application de la loi et de son ordonnance[14] d'exécution, qui sont entrées en vigueur le 1er février 1973. La délégation du Conseil fédéral a exposé les principes observés par le Gouvernement en matière d'autorisation d'exporter du matériel de guerre et a répondu aux multiples questions qui lui ont été posées.

---

12. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35766, *note 10 et la notice de K. Fritschi du 23 mai 1973,* dodis.ch/40543.
13. *Cf. doc. 16,* dodis.ch/39765.
14. Ordonnance sur le matériel de guerre *du 10 janvier 1973, RO, 1973, pp. 114–120. Cf. aussi doc. 169,* dodis.ch/38819.

21

dodis.ch/39487

L'Ambassadeur de Suisse à Rome, A. Marcionelli,
au Chef du Département politique, P. Graber[1]

LES INTEMPÉRANCES VERBALES DE DOMINIQUE, DIT DOM, MINTOFF

Rome, 4 juin 1973

De retour de Malte, je m'empresse de vous faire rapport sur l'entretien que j'ai eu l'honneur – ou l'infortune – d'avoir avec le Premier Ministre Dom Mintoff.

Des collègues, connus dans d'autres postes et retrouvés à Malte (les Ambassadeurs d'Allemagne, de France et d'Israël[2]), m'avaient averti de la nécessité d'affronter avec des nerfs bien solides les entretiens avec Dom Mintoff, qui a l'habitude de s'en prendre de manière fort cavalière, sinon impertinente, aux ambassadeurs étrangers. C'est en effet l'accueil qu'il me réserva et l'affront que j'eus à subir à mon tour.

Dès mon entrée dans son bureau, où se trouvaient également son secrétaire et M. Abela faisant fonction de Ministre des Affaires étrangères, Dom Mintoff, en manches de chemise, a tenu à se plaindre du fait qu'une propagande contraire à celle de son Gouvernement a donné chez nous une idée complètement fausse de Malte et que force lui est dès lors de constater qu'il n'existe en Suisse – autorités comprises – aucun signe de compréhension ni de bonne volonté à l'égard de la situation toute spéciale de son pays, de ses nécessités politiques et économiques et de l'urgence de lui apporter de l'aide!

Il a coupé court à ma tentative de rectifier son opinion, en affirmant déjà connaître ce que je pourrais lui dire et qui, évidemment, ne pouvait guère correspondre à la vérité. Ce qu'il veut lui, qui «n'est pas diplomate mais homme d'action» (sic), ce sont des faits et non pas des discussions! Qu'a fait dès lors jusqu'ici la Suisse, que fait-elle actuellement pour venir en aide à Malte? … Deux délégués suisses[3] sont bien venus il y a quelques mois étudier la possibilité de mettre sur pied des projets de collaboration technique entre les deux pays. En conclusion de leur enquête, ces deux délégués qui ont été bien reçus par

---

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4473* (B.15.21). *Visée par E. Thalmann, Ch. Müller, P.-Y. Simonin et E. Peyer. Copie à S. Marcuard et à la Division du commerce du Département de l'économie publique. Annotation manuscrite dans la marge de M. Gelzer du 9 juin 1973:* Wie mir T*[echnische]* Z*[usammenarbeit]* (Herr Peyer) erklärt ist diese bereit und in der Lage ihr für Malta versprochenes Projekt für Herbst 1974 – wie mit Malta vereinbart – zu realisieren. Vorher geht es nicht – es besteht angesichts des Rücktritts Dom Mintoffs hierzu auch keine Veranlassung! T*[echnische]* Z*[usammenarbeit]* will Projekt aber natürlich nur dann realisieren, wenn es von Dom Mintoff nicht boykottiert wird, was durch Botschaft Rom abzuklären wäre. T*[echnische]* Z*[usammenarbeit]* wird sich in diesem Sinne mit Marcionelli in Verbindung setzen.

2. *J. Steinbach, I. de Laurens-Castelet et I. Ben-Yaacov.*

3. *E. Peyer et K. Seiler.*

lui et par d'autres membres du Gouvernement[4], «auxquels ils ont fait perdre du temps précieux» (sic), n'ont su proposer que la création d'une minuscule école d'électronique[5] pour quelques élèves et, comble des combles, l'ouverture de cette école n'est prévue que pour le … 1er septembre 1974. La réalisation de cette école correspond bien, a-t-il souligné, à la montagne accouchant d'une toute petite souris. Ce projet ne pourrait d'ailleurs intéresser Malte qu'en cas d'ouverture le 1er septembre 1973 déjà.

À mon essai de lui expliquer l'importance de cette école pour l'économie de son pays et les difficultés à surmonter pour réussir à avancer d'une année son ouverture, Dom Mintoff a rétorqué en faisant un parallèle entre l'inefficacité de la Suisse et l'efficacité de son ami Buttho, lequel sur un simple appel téléphonique s'est déclaré prêt à lui mettre à disposition les avions et les instructeurs nécessaires à la formation de pilotes maltais! Voilà ce que j'annoncerai à mon Parlement – criait-il – en exposant mon programme pour les prochains dix ans, Buttho court à notre aide, et la riche Suisse ne fait rien de rien, etc. etc.

Je lui fis observer que rien ne l'empêche de faire cette remarque au Parlement mais je lui demandai d'ores et déjà de tirer dans dix ans aussi des conclusions sur ce qui restera alors de l'aide pakistanaise et de notre collaboration; Dom Mintoff s'est alors mis à hurler et a braillé que c'est le présent qui l'intéresse et non pas ce … qui se fera dans dix ans.

(En effet, si la situation financière et celle de la trésorerie de l'île, grâce surtout aux versements de 14 millions de livres par la Grande-Bretagne et l'OTAN, n'est pas mauvaise, sa situation économique et sociale se détériore sans cesse; le régime de Dom Mintoff ne parvenant pas à créer des possibilités de travail et à absorber les chômeurs, atteignant le 8% de l'effectif des travailleurs! Dom Mintoff, ne disposant d'ailleurs que d'une majorité extrêmement faible au Parlement, craint – selon mes informateurs – de ne pas revenir au pouvoir lors des prochaines élections dans quatre ans!).

Il poursuivit sur ce ton sa critique de la Suisse regorgeant d'argent, vivant dans la prospérité, ayant des moyens en suffisance pour aider Malte et passa ensuite à l'Europe qui ne veut pas connaître les réalités de son pays, etc. etc… Et qu'on ne vienne plus lui parler de solidarité européenne: il se réserve aussi de dire ses quatre vérités à ce sujet, à l'occasion, au Suisse Reverdin du Conseil de l'Europe, etc. etc. Enchaînant sur ces diatribes «européennes», il me demanda à brûle-pourpoint ce que la Suisse veut bien faire pour aider les «dry-docks» de Malte, occupés bien au-dessous de leur capacité, et dont les ouvriers refusent de se mettre en grève «uniquement pour ne pas lui causer des soucis supplémentaires» (en réalité les grèves aux chantiers navals sont interdites par la loi!).

J'ai dit à mon interlocuteur que j'avais visité la veille les chantiers navals et avais expliqué à leurs dirigeants:

que le Gouvernement suisse ne possède pas de «flotte» ni d'industrie navale;

que les armateurs «suisses» enverraient certainement leurs navires pour

4. *J. Abela, A. Barbara et J. Cassar.*

5. *Cf. doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#540* (t.311.1).

l'entretien à Malte, s'ils y voyaient un intérêt (question de tarifs et de coût de travail);

que Sulzer est bien le plus grand constructeur mondial de moteurs Diesel marins, et que la plus grande partie de ces moteurs était construite au Japon, sur la base d'un contrat *de licence*.

J'ai donc engagé les chantiers navals de Malte à se mettre en rapport avec «Sulzer» … à l'imitation, entre autres, des Japonais et des Turcs! …

Là-dessus, Dom Mintoff a perdu tout ce qui lui restait de sang-froid, s'est levé pour me mettre à la porte en déblatérant à peu près dans ce sens:

Voilà l'aide qu'un pays aussi riche et prospère que la Suisse peut offrir à Malte: payer des redevances pour la construction de moteurs marins: voilà qu'un ambassadeur veut me faire croire que son Gouvernement n'a pas les moyens d'obliger les industries de son pays à courir en aide aux chantiers navals de Malte… Quel intérêt dès lors avons-nous à entretenir des rapports diplomatiques avec la Suisse? … Cela nous coûte seulement de l'argent… Il me faudra donc envisager de rompre nos rapports diplomatiques inutiles avec la Suisse[6]. Ce serait très, très grave, ai-je réussi à intercaler, sur quoi Dom Mintoff rétorqua que cela lui était bien indifférent, en ajoutant lorsque je sortais de son bureau: «e la scuola di elettronica non mi interessa se sarà aperta solo in settembre 1974, anzi… non mi interessa più affatto e non ne voglio»… Sur quoi la porte me fut fermée au dos!

Une demi-heure plus tard, on me téléphonait du Protocole que mes audiences prévues pour les jours suivants avec le Ministre de l'Industrie du Commerce et de l'Agriculture M. *Xuereb* et le Ministre de l'Instruction publique Mme Agata *Barbara* avaient été «suspendues».

Je ne l'ai guère regretté, puisque eux aussi n'auraient fait que me répéter les doléances de leurs collègues que j'avais vus auparavant, c'est-à-dire que la Suisse ne fait rien ou aide trop peu leur pays.

Veuillez excuser la prolixité de ce rapport sur les vociférations du Premier Ministre maltais. Tous mes collègues «occidentaux» à Malte ont fait et font continuellement des expériences analogues: ils les supportent et se limitent à le taxer d'«anormal». Ils relèvent cependant que Dom Mintoff peut aussi se révéler à leur égard l'hôte le plus amical, jovial, gai et aimable en les recevant chez lui après les avoirs étrillés auparavant dans son bureau!

Il ne faut donc pas prendre au sérieux ses impertinences et vitupérations, ni sa renonciation proférée «in extremis» à notre projet d'école d'électronique. À ma manière de voir, les services du Délégué à la coopération technique doivent donc en poursuivre l'étude et faire tout leur possible pour en avancer au maximum l'ouverture. Le Délégué à la coopération technique devrait cependant posséder d'ores et déjà la certitude que cette école pourra être réalisée[7]. Dans le cas contraire, il conviendrait de le communiquer sans autre

---

6. *Sur les relations entre la Suisse et Malte, cf. p. ex. la lettre de J. de Rham à E. Thalmann du 25 juillet 1972,* dodis.ch/36956 *et la lettre de A. R. Hohl à J. de Rham du 18 septembre 1972,* dodis.ch/36957.

7. *Le Fellenberg Training Centre for Industrial Electronics ouvre ses portes en 1974. Cf. doss. comme note 5.*

retard au Gouvernement maltais, en s'abstenant naturellement de se référer à la renonciation proférée sous l'empire de la colère par Dom Mintoff.

Je me permets donc de recommander ce projet à l'attention particulière de votre Département.

22

dodis.ch/39248

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Berne, 19 juin 1973

Nous avons reçu copie de la note[2] que l'Ambassadeur Thévenaz vous a adressée au sujet d'un recours éventuel à la Suisse comme puissance protectrice dans les territoires occupés par Israël. Il est certain que l'initiative envisagée par l'Égypte pose des problèmes considérables qui demanderont un examen approfondi. On doit donc se borner, pour le moment, à quelques remarques préliminaires.

La protection des civils dans les territoires arabes occupés pose un problème réel et les violations du droit international qu'Israël a commises dans ce domaine ont déjà souvent retenu l'attention de la communauté internationale. Dès lors nous n'avons aucune raison de ne pas prêter nos bons offices[3] dans la mesure du possible et il importe peu, à cet égard, que le souci de l'Égypte soit sincère ou qu'elle cherche seulement à mettre Israël dans une position délicate. C'est à ce dernier État de chercher les moyens de se protéger contre les dangers découlant de l'attitude qu'il a adoptée jusqu'à présent.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#717* (B.75.21). *Rédigée par J.-P. Ritter et signée par B. Dumont.*

2. *Notice de P. Thévenaz à P. Graber du 18 juin 1973, doss. comme note 1. Cf. aussi la notice de H. Rossi à la Direction politique du Département politique du 1er août 1973,* dodis.ch/39946. *Sur les opérations d'action d'entraide de la Suisse dans le cadre du conflit du Proche-Orient, cf. doc. 47,* dodis.ch/39249. *Sur d'autres aspects du conflit du Proche-Orient, cf. doc. 14,* dodis.ch/39250; *doc. 44,* dodis.ch/39247; *doc. 126,* dodis.ch/38638 *et doc. 193,* dodis.ch/37207. *Sur les relations de la Suisse avec les représentants du peuple palestinien, cf. doc. 23,* dodis.ch/39251 *et doc. 187,* dodis.ch/38640.

3. *Sur le rôle de la protection et de la représentation des intérêts étrangers dans les relations étrangères de la Suisse, cf. DDS, vol. 16, doc. 44,* dodis.ch/194; *doc. 56,* dodis.ch/196; *doc. 58,* dodis.ch/211 *et doc. 124,* dodis.ch/170; *DDS, vol. 17, doc. 133,* dodis.ch/2669; *DDS, vol. 19, doc. 75,* dodis.ch/9550; *DDS, vol. 21, doc. 116,* dodis.ch/15005 *et doc. 154,* dodis.ch/16005; *DDS, vol. 22, doc. 50,* dodis.ch/30537; *doc. 121,* dodis.ch/30391; *doc. 141,* dodis.ch/30238 *et doc. 171,* dodis.ch/30348; *DDS, vol. 23, doc. 101,* dodis.ch/31456; *doc. 107,* dodis.ch/30981 *et doc. 146,* dodis.ch/30985; *DDS, vol. 24, doc. 7,* dodis.ch/33714; *doc. 126,* dodis.ch/33715; *doc. 133,* dodis.ch/33716 *et doc. 190,* dodis.ch/33638; *DDS, vol. 25, doc. 23,* dodis.ch/34506; *doc. 76,* dodis.ch/34509 *et doc. 113,* dodis.ch/35283; *DDS, vol. 26, doc. 26,* dodis.ch/39066; *doc. 45,* dodis.ch/39482; *doc. 106,* dodis.ch/39478 *et les notices de Ch. Stroelé à F. Dubois du 20 novembre 1974,* dodis.ch/40255 *et du 24 novembre 1975,* dodis.ch/40257.

La base des attributions de la puissance protectrice au sens des Conventions de Genève[4] est la représentation d'intérêts étrangers en cas de rupture des relations, telle qu'elle est connue du droit diplomatique classique. La représentation d'intérêts repose sur un mandat donné par un belligérant à un État neutre qu'il choisit et que l'adversaire agrée. Il s'agit donc d'une relation de nature bilatérale. Sur ce rapport bilatéral, les Conventions de Genève greffent des droits et devoirs de la puissance protectrice qui s'imposent sur le plan multilatéral. À défaut d'un mandat de représentation bilatérale, il n'y a pas de base pour la mise en oeuvre du mécanisme de la puissance protectrice selon les Conventions de Genève et on aboutit ainsi à une impasse.

Le caractère spécifique du conflit de Palestine est que les États arabes ne reconnaissent pas Israël. Un mandat de représentation selon le droit diplomatique est dès lors exclu car celui-ci suppose absolument la reconnaissance de l'adversaire. Dans son commentaire de la Quatrième Convention de Genève, M. Jean Pictet a relevé ce point avec raison en notant: «L'exercice du mandat de la puissance protectrice suppose donc l'existence juridique et la capacité d'agir des trois parties au contrat. Que l'une d'elles disparaisse, ou simplement qu'elle ne soit pas reconnue par l'une des deux autres, ou encore qu'elle perde sa capacité d'agir, et il n'y a plus de mandat». (Pictet: op. cit., p. 109[5]).

Les Conventions de Genève de 1949 ont cherché à combler cette lacune en prévoyant dans des cas pareils des substituts de la puissance protectrice, qui peuvent être un État neutre ou un organisme international désignés par la puissance détentrice des personnes protégées (Convention IV, article 11). En d'autres termes, il appartiendrait à Israël de prendre l'initiative de désigner un substitut.

L'Égypte paraît donc à première vue placée devant le choix suivant: ou bien elle entend désigner une vraie puissance protectrice au sens des Conventions de Genève mais cet acte suppose un mandat de représentation pour la protection de ses intérêts et il en découle une reconnaissance d'Israël; ou bien elle entend continuer à ne pas reconnaître Israël, elle ne peut alors désigner de puissance protectrice et, sauf accord spécial entre les adversaires, la désignation d'un substitut incombe à Israël.

Il appartient à l'Égypte de se déterminer à cet égard au vu de ses intérêts mais il importerait qu'elle précise le cas échéant le sens de son initiative[6].

---

4. *Cf. aussi doc. 45,* dodis.ch/39482.

5. Jean Pictet: Commentaires des Conventions de Genève du 12 août 1949. Vol. IV, Genève 1958.

6. *Annotation manuscrite de P. Thévenaz du 28 juin 1973:* Le contenu de cette note a été porté à la connaissance de M. Boisard, lors d'un entretien *[téléphonique]* à la veille de son retour au Caire, fin juin 1973. B. a pris bonne note de ces vues. Il en fera part à qui de droit. Si nouveau sondage il devait y avoir, il suggérera à ses interlocuteurs de parler à l'Ambassadeur *[H. K.]* Frey.

23

dodis.ch/39251

Notiz des stv. Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, A. R. Hohl[1]

PALÄSTINENSISCHE VERTRETUNG IN GENF.
BESUCH DR. ABOU OMAR

Bern, 19. Juni 1973

I. Dr. Abou Omar, Mitglied des Revolutionsrates der Fatah, sprach heute beim Unterzeichneten in Begleitung von Herrn Barakat vor. Es handelt sich bei Omar um eine führende Persönlichkeit der palästinensischen Befreiungsbewegung. Er spricht fliessend Englisch und trägt seine Thesen äusserst gewandt in freier Rede vor. Omar ist nicht identisch mit dem seinerzeitigen Verbindungsmann[2] des Departements bei den ersten Diskussionen[3] betreffend eine «OLP-Vertretung» in Genf. Omar hielt fest, dass er offiziell von der Fatah-Führung (Arafat) beauftragt sei, uns folgendes vorzutragen:

1. Die Fatah-Führung bedauert die Attentate von Kloten[4], Würenlingen[5] und Zerka[6] zutiefst. Sie liefen den politischen Interessen der palästinensischen Befreiungsorganisation, die unsere Neutralität respektiere, direkt zuwider. Nach Ansicht von Omar arbeiten alle Terroristenanschläge im Stile der Attentate von Zerka, Lod, München[7] oder Khartoum[8] vorab den Israeli in die Hände, ohne den politischen Zielen der Palästinenser zu nützen. Viele seiner Kollegen in der «Fatah» dächten so – aber nicht alle! Die Terroristen kümmerten sich indessen nicht um Politik, zwischenstaatliche und menschliche Beziehungen, die Neutralität eines Landes usw. Sie seien feurige Patrioten, die ihr Leben aufs Spiel setzten und denen deshalb das Leben der andern auch wenig gelte.

2. Die Fatah bewundere unsere echte – das heisst nicht einseitig orientierte – Neutralität. Man sei an ihrer Respektierung interessiert. Sie mache die Schweiz zum attraktiven internationalen Anziehungspunkt. Die Komplimente

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#409* (B.25.60.12). *Visiert von P. Graber.*
2. *A. Omar.*
3. *Vgl. dazu die Notiz von S. Meili vom Januar 1971,* dodis.ch/36335; *das Telegramm von M. Gelzer an die schweizerischen Botschaften in Tel Aviv und Amman vom 12. August 1971,* dodis.ch/39514; *die Notiz von S. Meili vom 18. November 1971,* dodis.ch/36332; *das BR-Prot. Nr. 284 vom 16. Februar 1972,* dodis.ch/36321 *und die Notiz von A. R. Hohl vom 1. Juni 1972,* dodis.ch/36291.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 130,* dodis.ch/33710; *Dok. 173,* dodis.ch/33275 *und Dok. 177,* dodis.ch/33291.
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 8,* dodis.ch/35440; *Dok. 11,* dodis.ch/35442 *und Dok. 12,* dodis.ch/35468.
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 37,* dodis.ch/35415; *Dok. 39,* dodis.ch/35419 *und Dok. 45,* dodis.ch/35434.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 163,* dodis.ch/35767, *Anm. 5.*
8. *Zum Attentat auf Vertreter des diplomatischen Corps in Khartum vom 1. März 1973 vgl. die Politischen Berichte Nr. 2 und 3 von H. Béglé vom 8. März 1973,* dodis.ch/38292 *und vom 9. März 1973,* dodis.ch/38293.

Omars für eine «Neutralität ohne Schlagseite» dürften z. T. auf den Besuch des Departementschefs in Kairo[9] zurückzuführen sein.

3. Omar lobt dann unseren Pragmatismus, der es schliesslich gestattet habe, einen Vertreter der OLP[10] mit der Tarnkappe «membre de la Mission du Yémen» in Genf unterzubringen. Das sei ein guter Anfang gewesen. Heute wünsche die Fatah in aller Form ihren Wunsch vorzutragen, ihrem Vertreter einen offiziellen Status[11] zu verleihen. Man möchte diese Vertretung alsdann als «Fenster auf Europa» ausbauen, mit anfänglich vielleicht fünf, später mehr Mitarbeitern.

Unser Interesse an der Sache lässt sich in den Augen Omars wie folgt begründen: Wenn die Fatah in der Schweiz etwas «Schützenswertes» besitze – eben eine solche Vetretung – so werde sie Anschläge von Terroristengruppen bei uns zwar nicht unbedingt von Anfang an verhindern, durch Repressionen gegen die Täter aber allmählich die Lokalisierung des Terrors von unserem Lande weglenken können[12]. Denn die Fatah kenne alle Täter von Terroranschlägen, auch den Bombenleger von Genf (jordanische Mission).

Omar deutet an, wie gross unser Interesse daran, dass sich die Fatah für unsere eigene Sicherheit verwende, sein könnte. Der Tatendrang der Verzweifelten sei nicht einzudämmen. Vorderhand seien Flugzeuge, diplomatische Vertretungen usw. die Opfer. Später seien es vielleicht Öltanker, Pipelines … und die Energieversorgung Europas werde in Frage gestellt[13]. Die Saudiaraber haben dies nach Omar begriffen. Die Täter von Khartoum hätten mit Racheakten der Saudiaraber gerechnet, die indessen ausblieben. So entfiel ein von den Terroristen gesuchter Vorwand, um die Ölproduktion in Saudiarabien zu gefährden. Omar führte das Beispiel offenbar in der Absicht an, uns zu einem ähnlich emotionslosen Kalkül anzuspornen.

Omar ist sich bewusst, dass eine OLP-Vertretung in der Schweiz auf Gegner stiesse, vielleicht auch von Sprengladungen in die Luft gejagt würde. Aber das wären nur bekannte Kinderkrankheiten solcher Unternehmungen!

Sobald wir dazu bereit seien, beabsichtige die Fatah eine offizielle Delegation zur Aushandlung einer befriedigenden Lösung nach Bern zu entsenden …

4. Omar zitiert noch andere «Realisten», darunter Abba Eban. Dieser habe in einer seiner Schriften erklärt, dass Israel bereit sei, das Gebiet am Westufer des Jordans abzutreten, und eine «arabische Oberhoheit» über einen aus West- und Ostufer gebildeten Gebietsstreifen am Jordan anzuerkennen. Kurz darauf habe König Hussein seinen nach ihm benannten Plan lanciert. Eban habe aber mit der «arabischen Oberhoheit» die Palästinenser gemeint, nicht den jordanischen König. Ausschlaggebend dafür sei dabei für Eban sicher das

---

9. *Vgl. dazu Dok. 14,* dodis.ch/39250.

10. *D. Barakat.*

11. *Vgl. dazu die Notiz von H. Hoffmann vom 30. April 1975,* dodis.ch/39525 *und das BR-Prot. vom 25. Juni 1975,* dodis.ch/39528.

12. *Vgl. dazu Dok. 187,* dodis.ch/38640. *Für eine gegenteilige Ermahnung des Politischen Departements durch die PLO vgl. die Notiz von A. R. Hohl vom 7. März 1973,* dodis.ch/38644. *Zur Frage der Bekämpfung des Terrorismus vgl. Dok. 78,* dodis.ch/39501.

13. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

Interesse gewesen, die gemässigten Palästinenser so weit zu befriedigen, dass sie sich ihrerseits gegen die Extremisten im eigenen Lager wendeten und diese unschädlich machten.

5. Beim Verlassen des Büros bemerkte Omar, ein solches Aussenministerium ohne Polizeischutz und mit einem friedlichen Gemüsemarkt ante portas erträumten sich die Palästinenser.

II. Der Unterzeichnete beschränkte seine Replik auf die Rekapitulierung der Umstände, die seinerzeit eine grosszügigere Lösung für die OLP-Vertretung verhindert hatten. Er ergänzte dies durch Hinweise auf unsere öffentliche Meinung, auf die Stimmung im Parlament usw., von der sich die Politik des Bundesrates nicht einfach loslösen könne. Unser Departement sei an der Weiterführung guter Beziehungen interessiert, für Entscheide in der Zulassungsfrage (Genfer Büro usw.) indessen nicht zuständig.

Das Interesse am Ausbau der Vertretung in der Schweiz dürfte mit der Zerschlagung einer starken Infrastruktur der Palästinenser in der BRD nach dem Münchner Attentat zusammenhängen. Auch die Italiener hatten damals allen Arabern gegenüber eine sehr restriktive Einreisepolitik eingeführt. In Frankreich scheinen die Aktivitäten des dortigen OLP-Vertreters[14], der durch ein Attentat im vergangenen Jahr ums Leben kam, ebenfalls auf Schwierigkeiten zu stossen.

14. *M. Hamshari.*

24

dodis.ch/38891

Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller[1]

PARTICIPATION DES MOUVEMENTS DE LIBÉRATION AUX ACTIVITÉS DES ORGANISATIONS INTERNATIONALES

[Berne,] 21 juin 1973

Dans sa résolution 2918 (XXVII) adoptée le 14 novembre 1972 par 98 voix en faveur, 6 contre et 8 abstentions, l'Assemblée générale des Nations Unies affirme que les mouvements de libération de l'Angola, de la Guinée (Bissau) et du Cap Vert et du Mozambique[2] «sont les représentants authentiques des aspirations des peuples de ces territoires». Elle recommande, en outre, à tous les gouvernements et aux organes des Nations Unies de veiller, «lorsqu'ils auront à traiter des questions relatives à ces territoires, à ce que ceux-ci soient représentés par les mouvements de libération en question de manière appro-

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#1140* (o.411.66-66.61). *Rédigée par F. Muheim et signée par F. Pictet.*

2. *Sur la question de l'indépendance des colonies portugaises et leur reconnaissance par la Suisse, cf. doc. 101,* dodis.ch/38885 *et doc. 166,* dodis.ch/38886.

priée et en consultation avec l'Organisation de l'Unité africaine». Des représentants du FRELIMO (Front de libération du Mozambique) et du PAICG (Parti africain d'indépendance de la Guinée et du Cap Vert, dont le leader était Amilcar Cabral[3]) avaient été invités à participer en tant qu'observateurs aux travaux de la quatrième Commission sur la question des territoires administrés par le Portugal.

Cette résolution, qui est le résultat d'efforts entrepris à longue date (Déclaration sur l'octroi de l'indépendance aux pays et aux peuples coloniaux, de 1960, et résolution de 1970[4] relative au programme d'action pour l'application intégrale de cette Déclaration), a maintenant des retombées sur les différentes institutions spécialisées[5], notamment l'UNESCO, l'OIT et la FAO. La question de l'aide aux mouvements de libération africains se pose également au PNUD, notamment à la suite d'une initiative des Pays-Bas en vue d'une assistance plus grande en faveur des peuples encore sous domination coloniale. Il convient dès lors de décider de l'attitude de principe que nos délégations devront adopter à ce sujet.

Nous avons examiné la question avec la Direction politique (M. Hohl), la Direction du DIP (M. Ritter) et le Secrétariat politique (M. Brunner) et sommes arrivés à la conclusion suivante:

Si, pour des raisons formelles, l'on devrait en fait s'opposer à la présence de mouvements qui ne remplissent pas les conditions leur permettant, selon les règlements des organisations en cause, de bénéficier d'un statut d'observateur, il n'est guère possible, pour des raisons politiques, d'adopter une autre position que *l'abstention*. Il faut en effet tenir compte, d'une part, de tendances qui prennent aux Nations Unies une ampleur telle qu'une opposition mettrait la Suisse dans une position difficilement soutenable, et, d'autre part, du fait que la situation des membres de ces mouvements dans les pays tiers présente un aspect humanitaire qui mérite d'être pris en considération et que nous avons d'ailleurs reconnu, notamment lors de la visite d'une délégation de l'OUA en avril 1972[6].

Nous proposons donc de donner à nos délégations l'instruction de s'abstenir lors des votes sur le fond de la question. Dans les votes de procédure (renvoi à

---

3. *Cf. le rapport politique N° 1 de B. Frochaux à P. Graber du 27 janvier 1973*, dodis.ch/39987.
4. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 12 octobre 1970,* UN doc. A/RES/2621 (XXV), CH-BAR#E2003A#1984/84#1716* (o.713.48).
5. *Cf. p. ex. la notice de J.-P. Ritter du 22 octobre 1973,* dodis.ch/39985; *la notice de A. Kamer du 20 mars 1974,* dodis.ch/39984 *et la lettre de H. Langenbacher à R. Keller du 15 mai 1974,* dodis.ch/39316.
6. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 86,* dodis.ch/35680 *et doc. 132,* dodis.ch/35682. *Sur la position suisse concernant les mouvements africains de libération nationale, notamment leur participation à la Conférence diplomatique sur le droit humanitaire à Genève de 1974–1977, cf. le télégramme N° 4 de J. Humbert du 22 janvier 1974,* dodis.ch/39315; *le rapport de J. Humbert du 28 janvier 1974,* dodis.ch/39318; *la lettre de F. Pictet à H. Langenbacher, L. Mossaz et S. Marcuard du 29 avril 1974,* dodis.ch/39319; *la lettre de R. Pestalozzi à R. Keller du 6 juin 1974,* dodis.ch/39320; *la notice de F. Muheim à R. Keller du 29 octobre 1974*, dodis.ch/39321; *le rapport de F. Muheim, A. Kamer, M. von Grünigen et C. Huguenin du 28 février 1975,* dodis.ch/39322 *et la notice de P. von Graffenried du 21 août 1975,* dodis.ch/39317.

une commission, demande d'avis de droit au Directeur général, etc.), la même attitude devra en principe être suivie, pour autant qu'il n'y ait pas des motifs sérieux (consensus, par exemple) militant en faveur de la proposition soumise au vote. Participer à un vote de procédure signifie en effet déjà accepter d'entrer en matière.

Nous vous saurions gré de nous dire si vous pouvez donner votre accord à cette ligne de conduite.

25

dodis.ch/39375

Nationalrat C. Alder an den Bundesrat[1]

EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION[2]

Basel, 28. Juni 1973

Ich erlaube mir, im Anschluss an die Debatte über den Geschäftsbericht des Bundesrates[3] nochmals auf die vom Bundesrat unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention zurückzukommen.

Mit der Beseitigung der konfessionellen Ausnahmeartikel in der Bundesverfassung[4] ist die letzte seinerzeit aufgestellte Vorbedingung für eine Ratifikation der Konvention erfüllt worden. Nachdem nun seit Jahren immer wieder betont wurde, die Schweiz werde der Konvention unverzüglich beitreten, sobald die Art. 51 und 52 BV weggefallen seien, erscheint mir und zahlreichen weiteren Ratsmitgliedern die Einlösung dieses Versprechens als dringend.

Wie ich in der Juni-Session bereits anlässlich der Debatte über den Bericht des Politischen Departementes ausgeführt habe[5], hat der Bundesrat im Hinblick auf diesen Schritt in den letzten Jahren eine derart gute und umfassende Vorarbeit geleistet – ich erinnere an die Berichte von 1968[6] und 1971[7] –, dass es

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E7001C#1984/200#1216* (252.02). *Gerichtet an R. Bonvin, E. Brugger, N. Celio, K. Furgler, R. Gnägi, P. Graber und H.-P. Tschudi. Dieses Exemplar ging an E. Brugger. Kopie an P. F. Barchi, K. Huber, W. Renschler und W. König.*
2. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *des Europarats vom 4. November 1950, AS, 1974, S. 2151–2183. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 62,* dodis.ch/37053, *bes. Anm. 2, DDS, Bd. 26, Dok. 107,* dodis.ch/39382 *sowie die Notiz von M. Krafft an E. Diez vom 18. April 1973,* dodis.ch/39374.
3. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1972 *vom 28. Februar 1973. Für die Debatte im Nationalrat vgl. Amtl. Bull. NR, 1973, S. 716–729, S. 746–776, S. 785–797, S. 833–841, S. 857 und S. 932–954.*
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 141,* dodis.ch/31820, *bes. Anm. 8.*
5. *Für die Debatte vom 19. und 20. Juni 1973 über den Bericht des Politischen Departements im Geschäftsbericht vgl. Amtl. Bull. NR, 1973, S. 746–759, zum Votum von C. Alder S. 749–751, insb. S. 750.*
6. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *vom 9. Dember 1968, BBl, 1968, II, S. 1057–1181.*
7. *Es handelt sich um den* Ergänzungsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *vom 23. Februar 1972, BBl, 1972, I, S. 989–1004.*

ohne weiteres möglich ist, den Räten die Botschaft[8] bis Ende September 1973 zuzuleiten, damit sie im Dezember 1973 im Prioritätsrat behandelt werden kann.

Leider verlautete nun aber, der Bundesrat möchte mit der Botschaft zuwarten, bis die Vorlage über die Revision des Staatsvertragsreferendums[9] abstimmungsreif, wenn nicht gar von Volk und Ständen genehmigt worden sei. Wenn dem so wäre, käme ein Beitritt der Schweiz zur Konvention frühestens 1975 in Frage, eventuell sogar erst 1976[10], je nach der Ausgestaltung des Staatsvertragsreferendums im neuen Verfassungsartikel.

Diese Situation ist unerträglich. Ich bitte Sie, auf Ihren Beschluss zurückzukommen, vor allem aus folgenden Erwägungen:

1. Im Blick auf die vom Parlament genehmigten Berichte zur Menschenrechtskonvention und den wiederholt bestätigten Terminplan ist eine weitere Verzögerung sachlich nicht gerechtfertigt. Sie könnte eher den – falschen – Eindruck erwecken, dem Bundesrat liege gar nicht an einem baldigen Beitritt der Schweiz zur Konvention.

2. Der Ausgang der Bemühungen um eine Revision des Staatsvertragsreferendums ist in zeitlicher Hinsicht völlig offen. In Anbetracht dessen, dass drei Vorlagen zur Diskussion stehen werden (meine Einzelinitiative vom September 1972[11], die Initiative der Nationalen Aktion[12] und die Botschaft des Bundesrates[13]), werden die Räte kaum so rasch vorankommen, wie angenommen wird.

3. Die Verquickung der Konvention mit dem Staatsvertragsreferendum ist sachlich nicht gegeben. Andernfalls müssten auch andere wichtige internationale Verträge und Konventionen zurückgestellt werden.

4. Je nach Ausgang der Beratungen über die Revision des Staatsvertragsreferendums besteht die Möglichkeit, dass ein Beitritt zur Konvention dem fakultativen Referendum unterstellt wird. Dieses Referendum würde von der nationalistischen Rechten voraussichtlich ergriffen. Weder der Bundesrat

---

8. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten *vom 4. März 1974, BBl, 1974, I, S. 1035–1098.*

9. *Vgl. dazu Dok. 163,* dodis.ch/39526.

10. *Die Schweiz ratifizierte die Konvention am 28. November 1974. Vgl. Anm. 2. Für die Diskussionen im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 22. Mai 1973 der 19. Sitzung vom 16. Mai 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*, *S. 6.*

11. Initiative Alder. Staatsvertragsreferendum *vom 25. September 1972, Übersicht über die Verhandlungen, Herbstsession 1972, S. 8.*

12. Volksinitiative gegen die Beschränkung des Stimmrechts bei Staatsverträgen mit dem Ausland (Änderung von Art. 89 der Bundesverfassung), *eingereicht am 20. März 1973, BBl, 1973, I, S. 1064–1066. Vgl. dazu auch die Notiz an den Bundesrat vom 28. Mai 1975,* dodis.ch/39021 *sowie die Notiz an die Kommission des Ständerats vom 9. Dezember 1975,* dodis.ch/39022.

13. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums *vom 23. Oktober 1974, BBl, 1974, II, S. 1133–1176.*

noch die grosse Mehrheit des Parlaments können ein Interesse daran haben, diesen Kreisen zu noch mehr Publizität zu verhelfen, als sie ohnehin schon immer wieder erhalten, dies umso weniger dann, wenn so wichtige Dinge wie die Menschenrechtskonvention zur Diskussion stehen. Wir können und dürfen uns hier keine unnötige Auseinandersetzung leisten, bei welcher die Gegner ohnehin nur mit demagogischen Argumenten zu Felde ziehen werden.

6. Wenn schon mit der Ratifikation der Konvention bis nach der Revision des Staatsvertragsreferendums zugewartet werden soll, wäre es politisch wohl richtig, diesen Entscheid dem Parlament zu überlassen. Ich glaube aber nicht, dass das Parlament so entscheiden würde.

Ich bitte Sie deshalb nochmals so angelegentlich wie dringend, die Botschaft unverzüglich zu verabschieden. Aus zeitlichen Gründen lag mir daran, Ihnen diese Bitte auf diesem vielleicht ungewöhnlichen Weg zu unterbreiten. Ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss wäre mit einem weiteren Zeitverlust verbunden gewesen, den ich vermeiden wollte[14].

---

14. *Für die Antwort des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 1554 vom 17. September 1973,* dodis.ch/39376 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 12. September 1973 der 32. Sitzung vom 5. September 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*, *S. 2. Vgl. ferner die Notiz von E. Diez an P. Graber vom 21. August 1973,* dodis.ch/40524.

26

dodis.ch/39066

L'Ambassadeur de Suisse à La Havane, S. Masnata, au Chef de la Division des affaires administratives du Département politique, A. Janner[1]

PERSONNEL DE CHANCELLERIE DES INTÉRÊTS ÉTRANGERS

Confidentiel *[La Havane,]* 4 juillet 1973

Je me réfère à votre lettre du 21 juin[2] et vous remercie de vos explications. Je connais et comprends parfaitement les difficultés du Département concernant le personnel. Puisque vous me dites que vous ne pouvez remplacer MM. Mägli et Hunkeler avant octobre, je ne puis faire autrement que de m'incliner, sachant que ce n'est ni la compréhension, ni la bonne volonté qui manquent à la Centrale. Je voudrais toutefois me permettre de faire remarquer que le Département, pour les raisons de politique générale que vous connaissez, a toujours attribué une certaine importance à pouvoir accepter la représentation des intérêts étrangers[3]. Il faut par conséquent que le Département se donne les moyens de sa politique. Je comprends qu'il y ait des problèmes d'effectif, mais on m'a dit récemment à Berne que les candidats s'étaient fait beaucoup

---

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2024A#1993/354#1079* (a.231.1).
2. *Lettre de J. Bourgeois à S. Masnata du 21 juin 1973,* CH-BAR#E2024A#1993/354#1080* (a.231.1).
3. *Cf. doc. 22,* dodis.ch/39248, *note 3*.

plus nombreux dernièrement et que le Département pouvait à nouveau se permettre de faire un choix. En outre je crois me rappeler qu'il y eut des périodes au cours desquelles ce n'était pas les candidats qui manquaient mais les crédits. Or les frais de représentation des intérêts étrangers ne sont pas supportés par la Suisse. On ne peut évidemment prévoir des années à l'avance si et dans quelles proportions la Suisse devra représenter des intérêts étrangers. Il me semble toutefois qu'on devrait tenir meilleur compte de cette fameuse «disponibilité» de la Suisse à se mettre au service des autres. Le Département des finances, le Conseil fédéral et le Parlement devraient donc comprendre que pour faire face à ses obligations, le Département politique devrait disposer de plus de personnel, même s'il en coûte quelque chose à la Confédération dans une période «creuse».

Si le pont aérien Varadero-Miami[4] a cessé de fonctionner, les employés qui s'en occupaient ont été licenciés. Or pour le reste le travail n'a nullement diminué, alors que l'effectif des fonctionnaires suisses a été abaissé d'une unité par le départ de Mlle Läuffer. La représentation des intérêts des États-Unis continue à donner lieu à des tâches multiples et délicates: rapatriement de citoyens américains[5], visites aux prisonniers[6], aéronefs ou bateaux en perdition[7], etc. Actuellement la représentation des intérêts de l'Argentine[8] et du Vénézuéla[9] nous cause un surcroît de travail. Il y a une colonie relativement nombreuse d'Argentins et de Vénézuéliens qui tout à coup se présentent à la chancellerie des IE pour régler toute sorte d'affaires consulaires devant la reprise des relations entre Buenos Aires et La Havane et l'imminence d'une reprise entre Caracas et La Havane.

Ceci dit, j'en viens au transfert de M. Häni et à son remplacement par M. Crivelli. Vous voudrez bien me pardonner si je vous dis franchement qu'en ce qui me concerne personnellement je ne puis en aucun cas consentir à ce que M. Häni s'en aille avant l'arrivée de M. Crivelli. Je ne puis prendre cette responsabilité ni vis-à-vis du Département ni envers les autorités américaines. M. Häni est l'adjoint et le suppléant de M. Hugentobler. Il remplit une tâche très délicate, qui ne comporte pas seulement la direction d'une chancellerie, mais une série d'autres activités: nombreux contacts avec les autorités cubaines, visites de prisonniers, etc. Notre mandat américain a jusqu'à présent donné des résultats positifs[10]. Il est de mon devoir d'attirer votre attention sur le fait que

---

4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 146,* dodis.ch/30985 *et le rapport de G. Kappeler du 1er février 1967,* dodis.ch/33719.

5. *Cf. la notice du Département politique du 22 juillet 1967,* dodis.ch/33928.

6. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 133,* dodis.ch/33716, *en particulier note 9.*

7. *Cf. la lettre de F. Dufour à A. Fischli du 6 février 1969,* dodis.ch/33736; *la lettre de W. Bossi à P. Micheli du 17 février 1969,* dodis.ch/33678; *la lettre de S. Masnata à H. C. Cramer du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34512. *Sur l'accord visant à empêcher les détournements d'avions, cf. la notice de E. Serra du 4 janvier 1973,* dodis.ch/38899; *la notice de H. C. Cramer du 23 février 1973,* dodis.ch/39068 *et la notice de S. Masnata du 4 juin 1973,* dodis.ch/39069.

8. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003-06#1990/7#32* (o.841.021).

9. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003-06#1990/7#1998* (o.841.021).

10. *Sur la représentation des intérêts américains à Cuba par la Suisse, cf. DDS, vol. 21, doc. 116,* dodis.ch/15005; *DDS, vol. 23, doc. 2,* dodis.ch/30978; *DDS, vol. 24, doc. 7,* dodis.ch/33714;

ce n'est pas le moment de prendre des risques. Quelles que soient ses qualités personnelles et ses capacités professionnelles M. Crivelli sera complètement perdu devant une tâche à laquelle il n'est pas préparé. Il me paraît indispensable que M. Häni puisse le présenter aux autorités cubaines avec lesquelles il devra traiter et l'introduire dans le dédale des différents problèmes dont il devra s'occuper. Nous ne devons pas nous imaginer que le mandat américain est d'ores et déjà terminé, ce qui est loin d'être le cas. C'est à mon avis une erreur à ne pas commettre. Je suggère donc que si M. Crivelli arrive à mi-novembre, M. Häni soit autorisé à rester jusqu'à début décembre de façon qu'ils puissent travailler ensemble pendant au moins deux semaines[11].

En outre, comme je ne vois aucune mention de la langue anglaise sur la feuille d'état personnel de M. Crivelli, je vous serais reconnaissant d'inviter mon futur collaborateur à faire au besoin durant les quelques mois qui lui restent, une étude intensive de cette langue, indispensable pour comprendre les textes et instructions qui viennent de Washington.

DDS, vol. 25, doc. 76, dodis.ch/34509 *et la lettre de F. Schnyder à H. Rossi du 3 octobre 1973,* dodis.ch/39070.

11. *Pour le transfert de W. Häni à A. Crivelli en novembre 1973, cf. la lettre de S. Masnata à A. Janner du 25 juillet 1973, doss. comme note 2.*

27

dodis.ch/38361

Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat[1]

Erster Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik[2]

Auszug Bern, 13. Juli 1973

I. Wir beehren uns, Ihnen hiermit den *Ersten Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik* zu unterbreiten.

II. Gleichzeitig benützen wir – um Doppelspurigkeiten zu vermeiden – den Anlass Ihnen auch über den während der Berichtsperiode erfolgten *Abschluss der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen und Ungarn,* die im Bericht ebenfalls zur Sprache kommen, Rechenschaft abzulegen.

A. Mit ihren Beschlüssen vom 15. September 1971[3] bzw. 3. Mai 1972[4] hatten Sie die vom Delegierten für Handelsverträge, Botschafter Raymond *Probst*,

---

1. *Antrag:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#797*. *Unterzeichnet von E. Brugger. Der Antrag wurde vom Bundesrat mit der Streichung eines Absatzes angenommen. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1277 vom 10. August 1973,* dodis.ch/38361.

2. Erster Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zur Aussenwirtschaftspolitik *vom 10. August 1973, BBl, 1973, II, S. 161–201.*

3. *BR-Prot. Nr. 1596 vom 15. September 1971,* dodis.ch/36386.

4. *BR-Prot. Nr. 771 vom 3. Mai 1972,* dodis.ch/36412.

geleitete schweizerische Delegation beauftragt und ermächtigt, mit Polen bzw. mit Ungarn Verhandlungen zwecks Revision der bisherigen, aus den Fünfzigerjahren stammenden Handels- und Zahlungsabkommen zu führen und diese durch neue, den heutigen Verhältnissen besser angepasste Wirtschaftsabkommen modernerer Konzeption abzulösen. Die Verhandlungen haben sich seither in mehreren Runden sowohl in Bern wie in Warschau bzw. Budapest abgewickelt. Sie erwiesen sich, besonders im Verhältnis zu Polen, als recht schwierig und langwierig[5], konnten jetzt aber doch zum guten Ende geführt werden. Die beiden *Abkommen mit Polen*[6] *(je eines über den Wirtschaftsverkehr und den Zahlungsverkehr) sind am 25. Juni in Warschau unterzeichnet,* jenes mit *Ungarn*[7] *(Abkommen über den Wirtschaftsverkehr samt Protokoll betreffend den Zahlungsverkehr) am 19. Januar in Bern paraphiert* worden, und zwar polnischerseits durch den Direktor im Aussenhandelsministerium, Stanislaw *Struś* (für das Abkommen über den Wirtschaftsverkehr) und den Vize-Finanzminister Marian *Krzak* (für das Abkommen betreffend den Zahlungsverkehr, ungarischerseits durch den Vize-Aussenhandelsminister Béla *Szalai*).

Die besonderen Umstände, die uns veranlasst haben, auch das erst paraphierte Abkommen mit Ungarn bereits in den vorliegenden Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik einzuschliessen, sind im Abschnitt «Osteuropäische Staatshandelsländer» des Berichtes[8] näher erläutert. Da das fragliche Abkommen, sobald der für den Sommer erwarteten Vollbeitritt Ungarns zum GATT perfekt ist, noch diesen Herbst unterzeichnet werden soll, wünschten wir in der Tat zu vermeiden, dass sich die Inkraftsetzung, die wir namentlich wegen der praktisch irreversiblen Clearing-Aufhebung nicht ohne vorherige Zustimmung der eidg. Räte vornehmen wollten, bis zum kommenden Frühjahr verzögert. Ungarn würde ansonst, im Vergleich zu den andern Oststaaten (Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien und Polen), in einen ungerechtfertigten, auch für unsere eigenen Wirtschaftskreise unerwünschten Rückstand geraten. Das gewählte Vorgehen scheint uns umso eher vertretbar, als der materielle und formelle Inhalt des Abkommens selbst unbestritten ist.

Es sei noch daran erinnert, dass wir die Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Ungarn von Anfang an mit jenen des EPD über ein schweizerisch-ungarisches Abkommen[9] betreffend die Abgeltung gewisser

---

5. *Zu den Verhandlungen mit Polen vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 170,* dodis.ch/35678 *und den Bericht von R. Probst vom 20. Februar 1973,* dodis.ch/38368.

6. Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik Polen (mit Briefwechsel) *vom 25. Juni 1973, AS, 1973, S. 1786–1789 und* Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Volksrepublik Polen betreffend den Zahlungsverkehr *vom 25. Juni 1973, AS, 1973, S. 1790–1792.*

7. Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik (mit Protokoll) *vom 30. Oktober 1973, AS, 1973, S. 2261–2265.*

8. *Vgl. Anm. 2, S. 192–196.*

9. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung gewisser durch das Abkommen vom 19. Juli 1950 nicht geregelter schweizerischer Interessen in Ungarn *vom 26. März 1973, AS, 1974, S. 1506–1508. Vgl. auch das* Vertrauliche Protokoll zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eid-

durch das Nationalisierungsabkommen von 1950[10] nicht geregelter schweizerischer Interessen gekoppelt hatten, um hinsichtlich der vermögensrechtlichen Seite einen gewissen Druck auf Ungarn auszuüben[11]. Das Vermögensabkommen ist inzwischen unterzeichnet worden[12] und liegt den eidg. Räten bereits vor (vgl. Antrag des EPD vom 25. April[13] und entsprechende Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 16. Mai 1973[14]). Es erscheint angezeigt, die Inkraftsetzung von Vermögens- und Wirtschaftsabkommen gleicherweise zeitlich zu koordinieren. Dies spricht ebenfalls für eine beschleunigte Behandlung des Wirtschaftsabkommens durch die eidg. Räte.

Abgesehen von der DDR[15], mit welcher zu gegebener Zeit, im Zusammenhang mit dem gewichtigen Entschädigungsaspekt, ebenfalls Wirtschaftsverhandlungen in Aussicht zu nehmen sind, wird nach Inkraftsetzung der Ihnen heute vorliegenden Abkommen der gebundene Zahlungsverkehr zu sämtlichen COMECON-Staaten aufgehoben sein[16].

B. Materiell entsprechen die neuen Abkommen mit Polen und Ungarn in ihren wesentlichen Zügen dem Modell, das schon dem Vertragswerk mit der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien zugrunde gelegt worden war[17], und halten sich vollumfänglich innerhalb der uns für die Verhandlungen erteilten bundesrätlichen Weisungen. Der hauptsächliche Inhalt der neu abgeschlossenen Abkommen, deren Text beiliegt[18], ist im Abschnitt «Osteuropäische Staatshandelsländer» des Berichts[19] zur Aussenwirtschaftspolitik ebenfalls einlässlich dargelegt, so dass wir es uns ersparen dürfen, im Antrag nochmals näher darauf einzutreten. Massgebende Elemente sind die Aufhebung des Clearing, die Meistbegünstigung in Zollsachen, die Berücksichtigung unserer Exportstruktur (also namentlich auch unserer im Osten zumeist vernachlässigten Konsumgüter), die Einhaltung «marktgerechter Preise», (Verhinderung des Dumping), eine «good-will»-Klausel über wirtschaftliche Kooperation

---

genossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung gewisser durch das Abkommen vom 19. Juli 1950 nicht geregelter schweizerischer Interessen in Ungarn *vom 26. März 1973,* CH-BAR K1(-) 2527.

10. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn *vom 19. Juli 1950,* dodis.ch/2520. *Vgl. dazu auch DDS, Bd. 18, Dok. 32,* dodis.ch/8539.

11. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 183,* dodis.ch/35670.

12. *Vgl. dazu das BR-Prot. vom 14. Februar 1973,* dodis.ch/38365.

13. *Für den Antrag des Politischen Departements vom 25. April 1973 vgl. das BR-Prot. Nr. 797 vom 16. Mai 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#794*.

14. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Abkommen mit der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung schweizerischer Interessen *vom 16. Mai 1973, BBl, 1973, I, S. 1417–1425. Vgl. dazu das Protokoll von M. Moser und M.-L. Gachet vom 19. September 1973 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 27. August 1973,* dodis.ch/38842, *S. 20–24.*

15. *Vgl. dazu Dok. 189,* dodis.ch/39026.

16. *Zur Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 176,* dodis.ch/35755 *sowie die Notiz von E. Thalmann vom 1. September 1975,* dodis.ch/40544, *Anhang 1.*

17. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 176,* dodis.ch/35755.

18. *Vgl. Doss.* CH-BAR#E1001#1979/132#21*.

19. *Vgl. Anm. 8.*

samt Sicherung der gewerblichen Eigentumsrechte und die Schaffung einer Gemischten Kommission.

C. Ausser den drei eigentlichen Abkommen, dem dazugehörigen Protokoll betreffend den Zahlungsverkehr mit Ungarn und dem Briefwechsel mit Polen betreffend Meistbegünstigung für schweizerische Seeschiffe, die zu veröffentlichen sind, liegen noch einige weitere Briefwechsel[20] vor, die auf Wunsch unserer polnischen und ungarischen Vertragspartner, namentlich um gegenüber Drittstaaten keinen Präzedenzfall zu schaffen, *vertraulich* bleiben sollen. Sie sind diesem Antrag, jedoch nicht dem Bericht, zu Ihrer Orientierung ebenfalls angeheftet. Es wird, wie Sie dies schon in früheren Fällen taten, zweckmässig sein, die vertraulichen Briefwechsel den Aussenwirtschaftskommissionen zur Kenntnis zu bringen[21].

[…][22]

---

20. *Vgl. den vertraulichen Briefwechsel zwischen R. Probst und St. Struś vom 25. Juni 1973,* CH-BAR K1(-) 2794; *den vertraulichen Briefwechsel zwischen R. Probst und M. Krzak vom 25. Juni 1973,* CH-BAR K1(-) 2795 *sowie den vertraulichen Briefwechsel zwischen R. Probst und B. Szalai vom 30. Oktober 1973,* CH-BAR K1(-) 2798.

21. *Vgl. das Protokoll vom 7. September 1973 der Sitzung vom 20.–21. August 1973 der Aussenwirtschaftskommission des Nationalrats,* CH-BAR#E1050.15#1995/516#11*, *S. 20 f. sowie das Protokoll vom 11. September 1973 der Sitzung vom 28. August 1973 der Aussenwirtschaftskommission des Ständerats,* CH-BAR#E1050.15#1995/517#5*, *S. 27. Im Sitzungsprotokoll der ständerätlichen Kommission wurden die vertraulichen Briefwechsel nicht erwähnt.*

22. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/38361.

28

dodis.ch/38389

Le Chef du Département politique, P. Graber,
au Secrétaire général du Département politique, E. Thalmann[1]

Ibiza, 24 juillet 1973

Merci pour votre pli[2]. Je viens de prendre connaissance des documents qu'il contenait. Voici comment je me détermine:

1. Portugal au Comptoir

Je ne puis pas me rallier au projet de rapport[3] au Conseil fédéral. Je vous expose mon point de vue dans l'annexe[4] à la présente lettre. J'aimerais que vous adressiez le projet de rapport et ma note personnelle aux membres du Conseil fédéral en les priant de se déterminer, c'est-à-dire de choisir l'une ou l'autre solution. Si la majorité est favorable au projet de rapport, vous le ferez signer par mon suppléant[5] et vous poursuivrez l'affaire dans ce sens[6]. Si ma solution l'emporte, alors vous agirez selon cette solution.

En cas de doute, vous voudrez bien téléphoner au Simbad, à Ibiza, pour dire à quelle heure vous m'y appellerez le lendemain et j'y serai pour l'entretien téléphonique nécessaire.

2. Yougoslavie

Il me paraît que vous avez très bien agi[7]. Il est temps que M. Walder se retire[8]. Mais il restera l'habilité de M. Furgler qui s'arrange toujours pour mettre le Département politique «dans le bain»[9]. Cela ne va plus et je l'aviserai

---

1. *Lettre manuscrite:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#884* (C.40.88.1).
2. *Lettre de E. Thalmann à P. Graber du 20 juillet 1973,* dodis.ch/38390.
3. *Projet de proposition du Département politique, doss. comme note 1.*
4. *Notice de P. Graber à E. Thalmann du 24 juillet 1973,* dodis.ch/39052.
5. *N. Celio.*
6. *Pendant que R. Bonvin, E. Brugger, R. Gnägi et H.-P. Tschudi se sont ralliés à la proposition, ce dernier a cependant souhaité que J.-M. Sauvant organise une conversation téléphonique avec tous les membres du Conseil fédéral le 3 août 1973. Cf. le télégramme de E. Thalmann à P. Graber du 1er août 1973, doss. comme note 1.*
7. *Cf. note 2. Cf. aussi le Communiqué de presse du Département de justice et police du 16 juillet,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5478* (B.11.43). *Concernant la* Strafverfolgung von 6 jugoslawischen Staatsangehörigen wegen verbotenen Handlungen für einen fremden Staat (Art. 271 StGB) sowie politischen und wirtschaftlichen Nachrichtendienst (Art. 272 und 273 StGB) *cf. le PVCF N° 1178 du 6 juillet 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#796*. *Pour la suite de cette affaire, cf. la lettre de H. Keller à E. Thalmann du 17 septembre 1973,* dodis.ch/38356 *et la notice de Ch. Müller du 5 octobre 1973,* dodis.ch/38359.
8. *Cf. le PVCF N° 761 du 9 mai 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#794*: Herr Bundesanwalt Professor Dr. Hans Walder, geb. 1920, von Eglisau und Glattfelden, wird gestützt auf sein Gesuch hin auf den 30. September 1973 unter Verdankung der geleisteten Dienste aus dem Bundesdienst entlassen.
9. *Cf. aussi doc. 157,* dodis.ch/37693, *en particulier note 3.*

que désormais, lorsqu'il nous consultera, nous nous limiterons à dire pourquoi nous sommes d'accord ou pas d'accord avec ses intentions, en lui laissant la responsabilité des décisions qui lui incombent. Notre bonne volonté est trop souvent utilisée pour faire de nous le bouc émissaire de l'affaire.

3. Mobutu – Losembe[10]

Le commentaire Mobutu me semble modéré, à la mesure du désir manifeste de l'intéressé d'éviter une brouille avec la Suisse. On pouvait difficilement demander plus.

4. Deuxième phase CSCE[11]

Il n'y a pas de doute pour moi non plus que M. Bindschedler doit être le chef de la délégation et le représentant de la Suisse au Comité de coordination. Je n'ai jamais pensé autrement.

En revanche, je laisse ouverte la question de savoir s'il faut renoncer à utiliser, à Genève, l'Ambassadeur Campiche. Bien sûr, il n'y avait pas de problème à Helsinki. Je persiste néanmoins à penser que nous serons trop peu à Genève, où de toute manière M. Bindschedler, qui a d'autres occupations, ne pourra être que partiellement (Les Suédois, contrairement à ce qu'on m'a dit d'abord, ne seront pas 4 ou 5 à Genève, mais le double et avec un diplomate chevronné[12] à leur tête). Je n'ai pas à vous cacher que si j'apprécie grandement le rôle qu'ont joué à Helsinki les jeunes agents[13] entourant M. Campiche, je ne suis pas rassuré à les laisser trop la bride sur le cou. Dans les conversations que j'ai eues à Helsinki lors des invitations – et pas seulement chez le Français – l'autorité acquise et exercée par Campiche a été trop souvent mise en évidence pour que je puisse me faire à l'idée de n'en tirer aucun parti lors de la 2ème phase, plus difficile et plus décisive. De sorte que j'imagine un rôle de chef-suppléant de la délégation qui permettrait de superviser et de coordonner le travail dans les commissions en permanence. Il me semble qu'il ne serait pas excessif d'avoir un État-major commandé par M. Bindschedler avec M. Campiche comme suppléant, plus les Ambassadeurs Müller et de Ziegler que je tiens beaucoup à avoir à égalité de rang hiérarchique[14].

Une fois encore, pas de problème en ce qui concerne le rôle de M. Bindschedler. Pour le reste, j'imagine que la question peut rester ouverte jusqu'à mon retour.

---

10. *Cf. doc. 17,* dodis.ch/38892, *point 5.*

11. *Pour les consultations préliminaires de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 32,* dodis.ch/38816. *Pour l'état des travaux pendant la deuxième phase de la CSCE à Genève, cf. doc. 57,* dodis.ch/38848.

12. *R. Hichens-Bergström.*

13. *E. Brunner, B. Schenk, H. Renk et P. Friederich. Cf. doc. 32,* dodis.ch/38816.

14. *Comme membres de la délégation suisse auprès la CSCE à Genève ont été nommés: R. Bindschedler (chef), E. Brunner (suppléant), B. Schenk, H. Renk, J.-P. Ritter, H. von Arx, J. Rial, J. Lugon, J.-C. Rey, R. Grossenbacher et P. Kistler. S. F. Campiche a été attaché à la délégation comme conseiller spécial. Cf. la notice de B. Schenk et F. Muheim du 24 août 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#675* (B.72.09.15.1).

PS: La réponse à la petite question Ziegler est naturellement tributaire du sort réservé au projet de rapport au Conseil fédéral. Si ce projet est maintenu, alors il me semble qu'il vaudrait la peine de préciser que l'autorité fédérale ne *décide* pas, mais que les choix faits par le Comptoir sont simplement soumis à son approbation et que ceux faits en vue de la Foire 1973 ont été approuvés il y a trois ans (Par qui? Dép*[artement]* politique seul ou Dép*[artement]* politique + Dép*[artement]* de l'économie publique? Je l'ignore.)

29

dodis.ch/39408

Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales du Département politique, R. Keller[1]

AFFAIRES SCIENTIFIQUES INTERNATIONALES

Berne, 26 juillet 1973

Au moment où, au sein du Département, une attention accrue est vouée à la consultation réciproque sur les multiples aspects se rapportant aux problèmes de l'Europe, les quelques remarques qui suivent sur le *développement de la coopération scientifique en Europe*[2] *et notamment les efforts de coordination* entrepris sur plusieurs plans fourniront le thème d'un nouvel aperçu des questions intéressant la Section.

1. Le souci qu'ont les gouvernements de se concerter régulièrement sur les grandes lignes d'une coopération en matière scientifique et technologique relève de plusieurs facteurs. Le principal est sans doute le devoir d'utiliser à bon escient et de valoriser les importants moyens financiers investis dans la recherche scientifique, le désir d'éviter de coûteux double emplois, voire de ruineux gaspillages de fonds (à ce titre les exemples sont nombreux et probants); une autre raison réside dans le fait que les sommes affectées à la recherche dans la plupart des pays européens servent en partie au financement de projets proposés par des chercheurs individuels ou des centres de recherche universitaires ou privés. Seules les comparaisons avec ce qui est fait dans d'autres pays donnent le degré de transparence souhaitable pour maintenir ou rétablir l'équilibre recherché entre efforts nationaux et participation à des projets en commun. En troisième lieu, il y a le problème des priorités à accorder à telle ou telle branche de la science, et le choix à faire entre le développement respectif de la recherche fondamentale, appliquée, à motivation technologique, économico-sociale ou de défense nationale. Ces derniers critères relèvent de la politique générale, voire des impératifs de la politique intérieure. Transposée sur le plan de la collaboration européenne – qui est multiple et va en s'intensifiant –, cette situation a trop souvent pour

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#1019* (o.320.021). *Rédigée et signée par E. Andres.*
2. *Cf. aussi DDS, vol. 21, doc. 94,* dodis.ch/16053.

conséquence une disparité entre les velléités de coordination déclarées et la réalisation dans les faits.

2. À l'heure actuelle, un trop grand nombre d'organisations multilatérales en Europe, qu'elles soient intergouvernementales ou non, *entreprennent simultanément,* et parfois dans l'ignorance réelle ou voulue de ce que font les autres, *des efforts de coordination.* Les initiatives foisonnent et les questionnaires se multiplient, mais les structures ne se modifient que très lentement, souvent d'ailleurs dû au surcroît de travail qu'occasionne aux responsables nationaux l'administration de plus en plus lourde *d'une coordination en cercle vicieux.*

Pour preuve, passons rapidement en revue les divers mécanismes de collaboration scientifique et technologique qui existent actuellement en Europe et qui se chevauchent en majeure partie. L'*OCDE* (23 membres) a son Comité de la politique scientifique et technologique[3], assisté d'une Direction scientifique, qui assume une responsabilité particulière quant aux politiques scientifiques nationales par ses enquêtes approfondies sur la situation dans les divers pays membres. *Les Communautés Européennes* (9 membres + pays associés) ont, par l'entremise de la Commission, un appareil extrêmement lourd pour faire un travail quasi identique, mais ressortissant d'une philosophie plus exclusive de la collaboration scientifique et technologique. *Le Comité des Hauts Fonctionnaires* de *COST*[4]*,* la coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique (19 membres + Commission des Communautés européennes) assume une tâche de coordination intergouvernementale pour une série de projets technologiques réalisés en commun. *Le Conseil de l'Europe*[5] *(17 membres) prend régulièrement des initiatives en matière de coopération scientifique (il est vrai que sa Recommandation concernant le rôle que pourrait jouer une Fondation européenne de la science,* à l'origine envisagée dans le cadre des Neuf, n'est plus considéré par la Commission des Communautés comme tâche prioritaire). La *Commission économique pour l'Europe* (33 membres), et plus particulièrement ses «Senior Advisers on Science and Technology» constituent également un forum où les pays européens discutent de leurs structures scientifiques dans l'optique plus vaste de l'ECOSOC, tandis que, dernière venue, la *CSCE*[6] (35 membres), aura à étudier et à préparer les moyens de développer la coopération dans ces mêmes domaines, qui se heurte aujourd'hui à de nombreux obstacles.

3. Cette prolifération de structures intergouvernementales en Europe qui servent toutes à coordonner le développement scientifique et technologique, et auxquelles il faut ajouter les efforts de concertation au sein d'une vingtaine d'organisations scientifiques proprement dites, tant inter-

---

3. *Cf. la notice de F. Walthard à P. R. Jolles du 1er septembre 1969,* dodis.ch/39931.

4. *Cf. la lettre de P. Cuénod à B. de Tscharner du 12 novembre 1973,* dodis.ch/39921; *la notice de R. Ulrich du 17 septembre 1974,* dodis.ch/39922 *et la lettre de P. R. Jolles à U. Hochstrasser du 19 novembre 1975,* dodis.ch/39923.

5. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 178,* dodis.ch/33038.

6. *Cf. doc. 158,* dodis.ch/38867.

gouvernementales que privées (CERN[7], ESRO[8], CEBM[9], ESO[10], CIESM[11], EMBO[12], etc.) a conduit au paradoxe cité plus haut. À mesure qu'augmente le nombre d'organisations s'imposant la même tâche, mais procédant selon des critères d'appréciation différents, l'essentiel de la coordination visée – à savoir l'action concrète, les structures remaniées et assouplies – se dissipe et s'éloigne. Chacun attend les résultats d'une étude encore en cours pour se décider quant aux réponses à donner à une première enquête. Tous les gouvernements ont le désir de coordonner leurs efforts de développement scientifique et technologique, mais tous n'accordent pas la même importance aux diverses organisations dont ils sont membres. Souvent aussi leur attitude est plus nuancée, libérale ou restrictive, selon le degré de cohésion, de collaboration ou de concertation que l'organisation vise à atteindre – ou est en droit d'attendre de ses membres. L'élément coercitif dans toute tentative de coordination scientifique en Europe est nettement plus grand au sein d'organisations structurées telles que les Communautés Européennes, à finalité politique, que dans le cadre moins rigoriste du Conseil de l'Europe, par exemple.

Ce tableau ne serait pas complet s'il ne mentionnait les relations scientifiques bilatérales qu'entretiennent la plupart des pays européens entre eux d'abord, et avec des pays extra-européens ensuite. Ce sont des interfaces supplémentaires dont il faut tenir compte dans les efforts de coordination sur le plan national, d'autant plus que ces relations s'inscrivent dorénavant aussi dans le cadre d'une politique discutée sur le plan multilatéral, notamment pour ce qui est des rapports avec les pays en voie de développement.

4. De ce qui précède, il ressort que les moyens limités en cadres dont nous disposons en Suisse pour participer à la discussion européenne sur le plan scientifique et technologique, doivent être utilisés avec économie, efficacité et imagination. *Le but à atteindre est une position suisse qui soit unifiée et cohérente, reflétant le consensus acquis sur le plan interne.* Nos propositions dans les Conseils d'organisations européennes s'occupant de problèmes scientifiques gagneront à être empreintes de réalisme quant aux buts à atteindre, et nos délégués ne devront craindre de poser la question, lorsque les discussions s'enlisent, «que voulons-nous?».

Le principal forum à disposition de l'Administration fédérale pour discuter des problèmes scientifiques dans leur ensemble est le «Comité interdépartemental de coordination pour la science et la recherche»[13]. Un groupe de travail «Organisations internationales»[14] de ce Comité, dont notre Département

---

7. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 69,* dodis.ch/30410.
8. *Cf. le rapport du Département politique du 25 mai 1975,* dodis.ch/38977.
9. *Cf. le PVCF N° 1983 du 24 octobre 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#811*.
10. *Cf. doss.* CH-BAR#E2023A-01#2005/37#1039* (o.191-197).
11. *Cf. le PVCF N° 1312 du 7 août 1970,* dodis.ch/39929.
12. *Cf. le PVCF N° 543 du 23 mars 1970,* dodis.ch/39925 *et le PVCF N° 677 du 25 avril 1973,* dodis.ch/39927.
13. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1007* (o.320.014).
14. *Cf. la notice de F. Andres du 10 janvier 1974,* dodis.ch/40921 *et doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1008* (o.320.014.2).

a demandé à assumer la présidence, commencera bientôt ses travaux. Plus efficaces, parce que plus restreintes, sont les réunions ad hoc de quelques départements intéressés plus particulièrement à arrêter une position commune (par exemple: DPF, PTT, Office fédéral de l'air, Institut suisse de météorologie, Office de la science et de la recherche, pour toutes les décisions concernant les satellites d'application). Pour préparer une rencontre avec le Professeur Hochstrasser en vue de nous concerter sur le *développement de nos relations scientifiques bilatérales avec les pays communistes d'Europe et la Chine*[15], ainsi que sur les *aspects de coopération scientifique au sein de la CSCE,* une réunion préparatoire[16] aura lieu le mois prochain, avec la participation de représentants de deux Divisions politiques ainsi que du Secrétariat politique. Ce genre de consultations réciproques, dont on ne peut douter qu'elles feront leurs preuves, pourront devenir un des éléments très utiles d'un mécanisme de concertation assez souple pour tenir compte des structures existant chez nous, mais non moins efficace pour aider à *fixer les lignes directrices de notre politique de collaboration scientifique internationale.*

Sur ce plan, notre Département a un rôle précis à jouer. À côté de ses fonctions traditionnelles de coordinateur entre les divers services fédéraux et autres organes concernés par la collaboration scientifique internationale, sa mission véritable, sa responsabilité première sera d'essayer de transcender le verbiage creux et les idées nébuleuses qui, trop souvent, caractérisent les projets de collaboration scientifique discutés dans les enceintes intergouvernementales pour tenter de cerner l'essentiel – qui n'est souvent que le strict nécessaire, le réalisable, et non l'ambitieux, le superflu. C'est en fournissant un effort supplémentaire d'analyse des motivations qui ont conduit à la collaboration, et de synthèse politique quant à ses chances de réussite, que notre contribution au développement de la coopération scientifique internationale trouvera toute sa mesure.

---

15. *Sur les relations scientifiques entre la Suisse et la Chine, cf. doc. 153,* dodis.ch/37707, *note 25.*
16. *Sur la réunion du 14 août sur les relations scientifiques avec les pays de l'Est, cf. doss. comme note 14.*

30

dodis.ch/38910

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

ACTIONS DE SECOURS DE LA CONFÉDÉRATION AU SAHEL[2]

[Berne,] 13 août 1973

La sécheresse qui sévit depuis quelques années dans les six pays du Sahel[3] (Haute-Volta, Mali, Mauritanie, Niger, Sénégal et Tchad), connue de l'opinion publique depuis quelques mois seulement, s'étend sur une surface correspondant à la moitié de l'Europe. Sur les 26 millions d'habitants que compte le Sahel, la moitié seraient affectés par la catastrophe, dont 6 millions gravement. Il s'agit essentiellement des nomades, dont 70% du cheptel a déjà péri. Parmi les causes très complexes de cette sécheresse[4], on signale en premier lieu une diminution de 50% des précipitations au cours des cinq dernières années, ce qui a provoqué l'assèchement de très nombreux points d'eau, rendant de la sorte impossible toute irrigation des champs. Par ailleurs, le phénomène de l'avancée du désert en direction des régions cultivables n'est pas étranger à cette situation.

Les pays concernés figurant dans les statistiques des Nations Unies comme les pays les plus pauvres du monde ont dû avoir recours à la solidarité internationale pour combattre ce fléau. Outre les appels lancés par la Ligue des Sociétés de la Croix-Rouge, plusieurs agences bénévoles se sont engagées dans les différentes phases des secours d'urgence organisés en liaison étroite avec la FAO, désignée par le Secrétaire général des Nations Unies[5] comme coordinateur de l'assistance apportée au Sahel[6]. Un plan général d'aide a été élaboré; il comporte les trois phases d'action suivantes:

1. Remédier aux besoins les plus urgents des populations, en écartant les dangers de famine et d'épidémies (intervention dite de survie);
2. fournir aux populations frappées les moyens de se remettre au travail pour assurer la prochaine récolte;
3. prendre les mesures voulues pour éviter le retour d'une telle catastrophe (programmes à long terme, forage de puits, digues, etc.).

L'aide accordée jusqu'à ce jour au Sahel par la Confédération[7] s'inscrit

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#663* (o.222). *Rédigée par W. Mamboury. Signée par W. Mamboury et A. Bill. Visée par P. Graber.*
2. *Annotation manuscrite dans la marge:* C*[ommission des]* A*[ffaires]* É*[trangères]* / C*[onseil des]* É*[tats]* 14. 8. C*[onseil]* N*[ational]* 27. 8. *Les actions de secours au Sahel n'ont pas été discutées pendant les séances, cf. doss.* CH-BAR#E1050.12#1995/512#7* *et* CH-BAR#E1050.12#1995/512#16*.
3. *Cf. la notice de W. Mamboury du 18 juin 1973,* dodis.ch/39655.
4. *Cf. le rapport de I. Cornaz du 26 novembre 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#1083* (t.811-01(7)).
5. *K. Waldheim.*
6. *Cf. note 3.*
7. *Cf. la notice de R. Keller du 18 juin 1973, doss. comme note 1.*

dans le cadre de la première phase, celle dite de survie. Tenue régulièrement au courant de la situation par ses Ambassades à Abidjan et Dakar, la Confédération faisait parvenir, dans une première étape, 70 tonnes de lait en poudre et une tonne de médicaments au Sahel. En outre, les enfants en bas âge étant les plus affectés par la sécheresse, un avion DC-8 était affrété pour transporter d'urgence au Mali et au Niger 144'000 doses, soit environ 38 tonnes d'aliments pour bébés grâce auxquels des centaines d'entre eux, qui souffraient de déshydratation très grave, purent être sauvés, ainsi que l'atteste une lettre officielle de la Croix-Rouge du Mali[8].

Tout en octroyant ces premiers secours, la Section des oeuvres d'entraide internationale élaborait, cette fois avec le Délégué du Conseil fédéral aux missions des secours en cas de catastrophe à l'étranger[9] et en collaboration avec la Croix-Rouge suisse, un plan d'action de plus grande envergure, prévoyant l'utilisation de deux avions et l'envoi d'une équipe de six personnes[10]. Bien que le corps de volontaires en soit actuellement encore au stade de la formation[11], donc pas encore opérationnel, cette nouvelle action devait offrir à quelques experts l'occasion d'étudier les aspects techniques d'une telle opération et leur permettre de tester les capacités des moyens de transport utilisés[12]. L'objectif principal de cette nouvelle action était d'atteindre rapidement, par une livraison aussi proche que possible des localités mêmes où les secours étaient les plus urgents, ceux auxquels ils étaient destinés. L'opération ne pouvant être étendue à l'ensemble des régions du Sahel, il fut décidé de la concentrer sur le Mali et la Haute-Volta[13]. Vu l'absence sur place de moyens de transport suffisants, une seule solution: disposer de nos propres moyens de transport[14]. La Confédération affrétait dès lors dans ce but deux appareils: un DC-8 transportant 38 tonnes de secours, avec pour mission de déposer sa cargaison sur les aérodromes de Bamako (Mali) et Ouagadougou (Haute-Volta); un Herculès transportant 23 tonnes de secours, avec la mission de les distribuer, de même que celles transportées par le DC-8, sur six aérodromes éloignés de tout centre, mais proches des zones affectées.

L'opération, dont le plan de vol était confié à la compagnie Balair[15], s'est déroulée en quatre jours, conformément au programme établi[16]. Outre les vivres et médicaments apportés de Suisse, l'appareil Herculès a pu assurer encore le transport de 20 tonnes de sorgho pour le compte du Gouvernement malien.

---

8. *Cf. la notice de R. Keller du 24 mai 1973, doss. comme note 1.*
9. *A. Bill.*
10. *Cf. le rapport de W. Mamboury du 30 juillet 1973,* dodis.ch/39656.
11. *Sur la création du corps de volontaires, cf. DDS, vol. 25, doc. 79,* dodis.ch/35193.
12. *Cf. le rapport de A. Bill du 10 octobre 1973,* dodis.ch/39665 *et le PVCF N° 1100 du 27 juin 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#800*.
13. *Cf. note 3 et le rapport du Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger d'août 1973,* dodis.ch/40611, *pp. 10 s.*
14. *Sur la discussion sur la disponibilité des moyens de transport aérien, cf. la notice de A. Brohy du 22 avril 1975,* dodis.ch/38576.
15. *Cf. le PVCF N° 1625 du 1er octobre 1973,* dodis.ch/38574.
16. *Cf. le rapport du Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger d'août 1973,* dodis.ch/40611.

Au terme de sa mission, l'Hercules devait en outre se rendre à Abidjan, afin d'y charger 20 tonnes de lait en poudre achetées sur place par la Confédération et destinées à la Haute-Volta. Au cours des différentes escales, la mission officielle suisse put ainsi répartir sur le terrain plus de 100 tonnes de secours. Partout elle fut chaleureusement accueillie par les autorités et représentants locaux de la Croix-Rouge, chargés de la distribution finale. Tous ont exprimé leur extrême reconnaissance à la Suisse pour l'aide très efficace ainsi fournie.

Cette opération a été une réussite aussi bien du point de vue de sa conception que de son exécution. Elle a permis au Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours de tirer certaines conclusions qui, à n'en pas douter, lui seront très utiles lors des futures opérations du corps de volontaires[17]. Le comportement de l'avion Hercules, auquel on pourrait éventuellement avoir recours à l'avenir pour ce genre de mission, a notamment fait l'objet d'un examen particulier de la part d'un expert en matière d'aviation[18].

Rappelons, en terminant, que la Confédération n'a pas manqué par ailleurs de répondre aux appels des Nations Unies (aide humanitaire multilatérale) en prenant à sa charge l'affrètement d'un avion transportant 38 tonnes de médicaments pour le compte de l'OMS, et en remettant d'autre part au PAM près de 5000 tonnes de céréales pour le Sahel[19]. Au total, l'aide de la Confédération aux pays concernés se chiffre actuellement à fr. 2'683'000 (voir tableau annexé)[20].

Il sied de souligner que la situation est encore loin d'être redevenue normale et que cette zone dépendra donc, durant une assez longue période encore, de l'aide internationale. Dans ces conditions, la Suisse devra également poursuivre, sinon même intensifier, son aide humanitaire à cette région de l'Afrique[21].

---

17. *Cf. doc. 103,* dodis.ch/39121 *et doc. 136,* dodis.ch/39122.
18. *Cf. note 16, pp. 21–27.*
19. *Cf. le rapport de W. Mamboury du 30 juillet 1973,* dodis.ch/39656, *pp. 7 s.*
20. *Pour le tableau annexé, cf.* dodis.ch/38910.
21. *Cf. note 17.*

31

dodis.ch/39160

Le Chargé d'affaires de Suisse à Athènes, A. Coigny, à la Direction politique du Département politique[1]

VŒUX AU PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE

[Athènes,] 24 août 1973

Avec votre accord, j'ai transmis hier jeudi 23 août à midi les vœux du Conseil fédéral[2] au Président de la République hellénique. M. Papadopoulos ne sachant pas le français, c'est le Vice-président Anghélis, debout à sa gauche, qui a répondu en disant «Merci beaucoup». Auparavant, j'avais eu l'occasion de dire au Ministre suppléant des Affaires étrangères[3] (que je connais pour l'avoir vu à plusieurs reprises à la résidence) qui m'expliquait le «rituel» de la rapide cérémonie à laquelle était convié le corps diplomatique, que j'étais chargé de transmettre au Président les vœux du Conseil fédéral. Ainsi le geste est fait, sans publicité et sans surtout que notre presse puisse le relever. Car je suis surpris de voir avec quel scepticisme nos journalistes, en Suisse, commentent les mesures prises le 19 août par le Président Papadopoulos[4]. Alors que les quelques courageux journaux grecs d'opposition, dont certains rédacteurs ont connu personnellement la prison pour de dérisoires «délits» de presse, alors que «Le Monde», très sévère à l'égard du régime au moment du référendum, parlent de «bon début», reconnaissent que le Président «marque un point», «fait un pas dans la bonne direction», «un geste intelligent, adroit et courageux», nos journaux suisses minimisent par trop, à mon avis, la portée des décisions extrêmement importantes prises et mises à exécution avec la brusquerie qui caractérise l'action de M. Papadopoulos.

Que ce soit comme il l'affirme parce qu'il veut une – lente – démocratisation du pays[5], ou qu'il ait dû le faire sous la pression de l'opinion publique et internationale, un fait est là: en levant la loi martiale qui subsistait à Athènes-Le Pirée et en déclarant une très vaste amnistie à l'égard des prisonniers politiques, M. Papadopoulos a dissipé le profond malaise qui planait sur tout le pays. Il a su se montrer magnanime (ou habile, comme on voudra) en relâchant celui[6] qui avait voulu l'assassiner en 1968.

Ce faisant, il a décontenancé ses adversaires par l'ampleur et la soudaineté des mesures prises. Remis de leur étonnement, ils ne manquent pas maintenant de se demander comment les libertés d'expression et de presse restaurées

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3500* (B.15.41.1).
2. *Cf. le télégramme N° 64 de A. Coigny au Département politique du 20 août 1973,* dodis.ch/40812.
3. *P. Anninos-Kavallieratos.*
4. *Annotation manuscrite dans la marge:* WW *[Ch.-A. Wetterwald].*
5. *Cf. la lettre de E. de Graffenried à P. Graber du 2 août 1973,* dodis.ch/40813. *Sur le retour effectif de la démocratie, cf. doc. 104,* dodis.ch/39180.
6. *A. Panagoulis.*

seront appliquées, comment les partis fonctionneront etc. Certes, les farouches opposants au régime chuchotent déjà ou déclarent ouvertement que la lutte ne fait que commencer et que tous les moyens seront bons pour se débarrasser de l'équipe au pouvoir. Certes, M. Papadopoulos, outre la présidence, gardera la haute main sur la politique étrangère, la défense et l'ordre public; on peut déjà prévoir que ses compagnons d'armes qui devront quitter le gouvernement en octobre pour faire place à des civils et à des gens de l'ancien régime (on parle beaucoup de M. Markézinis comme Premier Ministre) seront placés qui à la tête d'un parti, qui à celle de la Cour constitutionnelle ou du Parlement. L'opposition, encore désarçonnée, cherchera à s'organiser sur une nouvelle base. En attendant, le geste calculé ou sincère de M. Papadopoulos l'a surprise totalement. Mais un rédacteur d'«Athens News», qui a été si souvent la victime de la loi sur la presse, reconnaît néanmoins avec beaucoup de «fair play»: «Last Saturday», écrit-il le 18 août, «I hinted that the President lacked the political courage to let free the imprisonned opponents. Never before in my life was I so glad to have proved wrong in my predictions».

Le climat politique en Grèce, cette semaine, s'est considérablement assaini.

32

dodis.ch/38816

Rapport de la Délégation suisse aux consultations préliminaires de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe à Helsinki[1]

La Suisse et la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe[2]
État de la question à la veille de la 2ème phase de la Conférence

[Berne, 27 août 1973]

I. Bilan des Consultations préliminaires

Tant en raison de leur objet que du cercle des États participants, les Consultations d'Helsinki ont constitué une nouveauté dans l'histoire des relations internationales de l'après-guerre et dans le contexte européen actuel. Pour cette raison, elles méritent d'être appréciées non seulement en fonction du résultat de leurs travaux, mais aussi en fonction de la manière dont elles

1. *Rapport:* CH-BAR#E1050.12#1995/511#16* (1). *Ce rapport a été distribué aux membres de la Commission des affaires étrangères du Conseil national et discuté en sa séance du 27 août 1973, cf. le procès-verbal de M. Moser et M.-L. Gachet du 19 septembre 1973,* dodis.ch/38842, *pp. 31–42. Pour la version du rapport du 18 juin 1973 adressée par le Département politique au Conseil fédéral, cf. le PVCF N°1063 du 25 juin 1973,* dodis.ch/38843. *À ladite séance, la Commission a notamment discuté de l'exposé de P. Graber du 10 août 1973,* dodis.ch/40488 *ainsi que des rapports de J. J. Vischer du 1er décembre 1972,* dodis.ch/34577 *et d'août 1973,* dodis.ch/38897. *La délégation à Helsinki se composait de S. F. Campiche (dirigeant), E. Brunner, B. Schenk, H. Renk et P. Friederich.*

2. *Cf. le protocole de la séance du 17 février 1973 du groupe de travail «Historische Standortbestimmung»,* dodis.ch/34213.

se sont déroulées et de l'atmosphère qui les a caractérisées. Par ailleurs, la convocation des Consultations préliminaires[3] est la résultante d'une évolution du climat politique international et européen, marquée principalement par le rapprochement américano-soviétique et celui entre la République fédérale allemande et ses voisins de l'Est. D'autre part, de toutes les négociations atlantiques et européennes (SALT, MFR[4]), le forum de la CSCE est le seul à réunir l'ensemble des protagonistes.

A) Climat des Consultations préliminaires

Deux règles essentielles ont été fixées dès le début des consultations[5] et ont dominé celles-ci tout au long: la participation de tous les États dans des conditions d'égalité et l'adoption des décisions par voie de consensus. S'agissant de l'égalité dans la participation, la preuve a été faite que les États ont eu l'occasion et la possibilité de jouer le rôle qu'ils souhaitaient jouer, et que même les plus petits d'entre eux ont pu faire entendre leur voix. Du côté des Occidentaux, la délégation américaine s'est imposé une certaine retenue, reflet assez fidèle de l'application de la «doctrine Nixon» à l'Europe. Pour leur part, les Neuf de la Communauté européenne ont développé avec succès leur coopération politique à la faveur des Consultations. Des tentatives de négociation directe sur les points les plus controversés de l'ordre du jour de la CSCE ont eu lieu entre certains groupes de pays; elles ont été dénoncées, souvent avec vigueur, par les Neutres et les Non-alignés. Ces réactions n'ont nullement troublé l'atmosphère des discussions; au contraire, elles ont même eu pour effet d'associer tous les pays qui le souhaitaient, dont le nôtre, aux discussions les plus délicates sur l'ordre du jour, surtout dans la phase finale des Consultations. Tout autre fut l'attitude, prévisible d'ailleurs, de la plupart des alliés de l'URSS; alignés et silencieux dans les séances, plus ouverts toutefois dans les coulisses; la République démocratique allemande a même surpris par une certaine liberté de ton. Quant à l'URSS, promotrice de la CSCE et soucieuse d'arriver le plus rapidement possible au but, soit la réunion des Ministres des Affaires étrangères, elle a «joué le jeu» avec patience et accepté bon gré mal gré que des petits États, en particulier les Neutres, affirment leur présence et leurs préoccupations tout au long des Consultations. Il ne faut toutefois pas perdre de vue que ces concessions sur le rythme et le style des Consultations étaient acceptables pour les Soviétiques dans la mesure où ils ont pu avoir très tôt la certitude que la CSCE se tiendrait dans les délais souhaités.

Par ailleurs, toutes les délégations, surtout celles des grandes puissances, ont dû s'astreindre à la règle du consensus, la seule possible pour parvenir[6] à des décisions entre États souverains. Cette règle a prévalu durant toutes les Consultations, tant pour les questions d'organisation et de procédure que lorsqu'il s'est

3. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 173,* dodis.ch/34487.

4. *Sur le SALT et le MBFR, cf. DDS, vol. 25, doc. 92,* dodis.ch/34573; *doc. 155,* dodis.ch/35513 *et DDS, vol. 26, doc. 79,* dodis.ch/38884.

5. *Sur les consultations préliminaires, cf. DDS, vol. 25, doc. 173, note 17.*

6. *Annotation dans le texte original*: dans cette enceinte.

agi de négocier le mot à mot du projet d'ordre du jour de la CSCE. Comme il s'agit d'un instrument à double tranchant – l'État qui bloquerait le consensus risquant d'être bloqué à son tour sur ses propres propositions –, les délégations ont été condamnées à la recherche de compromis satisfaisants aussi bien pour l'ensemble des 34 États que pour les participants pris isolément. On aurait pu craindre que des décisions prises de cette manière n'aboutissent à des textes incolores et anonymes, privés de tout apport original attribuable à tel ou tel participant. Il n'en a rien été. Plusieurs États ont pu au contraire faire inscrire dans le document final[7] des Consultations les thèmes auxquels ils tenaient tout particulièrement: la Suisse et le règlement pacifique des différends[8], la Roumanie et le refus de négocier dans le cadre des alliances militaires, pour ne citer que deux exemples.

B. Résultats des travaux

Les Recommandations finales des Consultations, approuvées le 8 juin 1973 par les ambassadeurs à Helsinki, se composent des sept chapitres suivants:

1. Organisation de la Conférence
2. Ordre du jour et instructions afférentes
3. Participation, Contributions, Invités
4. Date
5. Lieu
6. Dispositions de procédure
7. Arrangements financiers.

Ordre du jour et instructions afférentes

Ce chapitre – le plus important du document – se subdivise en quatre sections principales (cf. texte en annexe[9])

a) Questions relatives à la sécurité en Europe
b) Coopération dans les domaines de l'économie, de la science, de la technique et de l'environnement
c) Coopération dans les domaines humanitaires et autres
d) Suites de la Conférence

Les mandats spécifiques contenus dans ces quatre sections sont les suivants:

a) La première section (sécurité) débute par un rappel des principes fondamentaux qui doivent gouverner les relations entre États et en dresse une liste complète et dans l'ensemble assez bien balancée puisqu'elle tient compte aussi bien des principes sur lesquels insistaient les pays de l'Est (inviolabilité des frontières) que de ceux chers aux Occidentaux (respect des droits de l'homme et auto-détermination). Le catalogue des principes est suivi d'un paragraphe sur les mesures d'application de ceux-ci, parmi lesquelles figure le règlement pacifique des différends.

---

7. Recommandations finales des consulations de Helsinki *du 8 juin 1973,* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#673* (B.72.09.15.1).
8. *Sur le SRPD, cf. DDS, vol. 25, doc. 173,* dodis.ch/34487, *en particulier note 15.*
9. Extrait des Recommandations finales des consultations de Helsinki, *doss. comme note 1.*

Cette même section sur la sécurité contient également un volet militaire qui prévoit notamment l'étude de mesures destinées à renforcer la confiance, telles l'annonce préalable de manœuvres militaires et de mouvements de troupes d'envergure et l'échange d'observateurs aux manœuvres.

Sans créer de lien direct avec les pourparlers de Vienne sur la réduction des troupes (MBFR), le document final d'Helsinki offre aux États participants à la CSCE la possibilité de présenter leurs vues sur ces questions et leur donne la possibilité de s'informer sur les développements dans ce domaine. Un lien plus étroit entre les deux négociations se heurtait à l'opposition des deux super-puissances ainsi qu'à celle de la France.

b) La deuxième section (coopération économique[10]) est le résultat d'un compromis assez bien équilibré entre les propositions des pays de la Communauté européenne et les exigences des pays de l'Est, chaque côté ayant réussi à y faire admettre des notions particulièrement importantes à ses yeux. Ainsi, la notion de réciprocité des avantages et des obligations, proposée par les pays à économie de marché, a été retenue en échange de la référence au traitement de la nation la plus favorisée que souhaitaient les pays à commerce d'État. En revanche, la référence au principe de non-discrimination, lancée par l'URSS, a pu être évitée, en échange de quoi il a fallu renoncer à mentionner la notion de l'accès aux marchés, avancée entre autres par notre pays. La porte a été cependant entrouverte, puisque l'ordre du jour comprend notamment l'examen de «mesures tendant à réduire ou à éliminer progressivement les obstacles de toute nature qui s'opposent au commerce»[11].

La section économique contient, à part le préambule, les sous-chapitres suivants: échanges commerciaux, coopération industrielle et projets d'intérêt commun, science et technique, environnement, coopération dans d'autres secteurs.

Dans tous ces domaines, la Commission est chargée de faciliter les échanges, l'information et la coopération, en se basant également sur les formes existantes de coopération, notamment les travaux de la Commission économiques des Nations Unies pour l'Europe. Dans le sous-chapitre «autres secteurs» figure entre autres l'examen des aspects économiques et sociaux du travail migrant, étude proposée par plusieurs pays fournisseurs de main-d'œuvre[12]. Ceux-ci, toutefois, ne s'attendent guère à une discussion approfondie de ces problèmes lors de la deuxième phase de la CSCE.

c) La troisième section (coopération dans les domaines humanitaires et autres) engage la Commission compétente à examiner toutes les possibilités de coopération permettant de créer de meilleures conditions pour l'accroissement des échanges dans les domaines de la culture et de l'éducation, pour une plus large diffusion de l'information, pour l'extension des contacts entre les personnes et pour la solution des problèmes humanitaires.

---

10. *Sur la position de la Division du commerce du Département de l'économie publique à l'égard du volet économique de la CSCE, cf. DDS, vol. 25, doc. 174,* dodis.ch/34571, *en particulier note 4 et la notice de R. Probst à R. Bindschedler du 15 juin 1973,* dodis.ch/38845.

11. *Cf. note 9, chiffre 31.*

12. *Cf. doc. 57,* dodis.ch/38848, *point II a).*

Il est prévu:

1. de faciliter, sur le plan individuel ou collectif, privé ou officiel, un mouvement et des contacts plus libres entre personnes, institutions et organisations des États participants,
2. de faciliter une diffusion plus libre et plus large des informations de toute nature (parlées, écrites, filmées, radiodiffusées et télévisées) et d'améliorer les conditions de travail des journalistes à l'étranger,
3. d'élargir et d'améliorer la coopération et les échanges dans les divers domaines de la culture, de l'éducation et de la science.

Dans ce domaine et notamment sur le plan des relations humaines et de l'information, les affrontements furent particulièrement durs, en raison des conceptions radicalement opposées des États socialistes, désireux de soumettre tout contact au contrôle de l'État, et celles des Occidentaux, partisans comme nous d'une attitude libérale.

Le compromis réalisé, bien que rédigé en termes vagues, constitue un cadre qui permettra à la Commission d'examiner des propositions concrètes et précises. Dans les secteurs de la culture et de l'éducation, les formules retenues sont volontairement très générales, car on a voulu éviter des doubles-emplois avec des organisations internationales spécialisées.

d) La quatrième section (suites de la Conférence) résout d'une manière élégante un problème majeur qui a plané longtemps sur les Consultations, celui d'une institution permanente à créer à la suite de la première CSCE. Ce projet, à l'origine un des objectifs principaux de l'URSS, a été fortement dilué par les pays non-communistes. Selon le mandat des Consultations, il appartiendra au comité de coordination de la 2ème phase de la CSCE de déterminer, compte tenu des résultats de la Conférence, si une suite se justifie ou non. Rien n'est donc préjugé en cette matière.

Appréciation générale du résultat des Consultations:

Le document final des Consultations est dans son ensemble un texte équilibré, résultat de longs mois de négociations serrées sur presque chaque mot, de sorte qu'il est impossible de dire lesquels, parmi les participants, sont gagnants ou perdants. Cette vue s'impose surtout en ce qui concerne la section a) (sécurité). En jugeant les sections b) (économie) et c) (contacts humains) il faut garder à l'esprit que la première a été souhaitée surtout par les pays de l'Est, tandis que la deuxième correspond à une exigence des pays occidentaux. Les deux côtés ont atteint chacun leurs objectifs au moins dans une mesure qui leur permet de continuer la discussion sur la base du texte présent. La vraie négociation ne se fera toutefois qu'à la deuxième phase de la Conférence, lorsqu'il s'agira d'élaborer, sur la base des recommandations d'Helsinki, des projets concrets dans tous les domaines de l'ordre du jour. C'est alors seulement qu'une appréciation finale sera possible[13].

13. *Cf. doc. 158,* dodis.ch/38867.

C) Activité de la délégation suisse

Notre délégation a été en mesure de représenter la Suisse sur un double plan: celui d'un État participant soucieux de faire valoir sa conception de la CSCE et celui d'un État neutre prêt à mettre à disposition ses bons offices pour faciliter le déroulement des Consultations préliminaires.

1. Attitude en tant qu'État participant

S'agissant des *questions de procédure et d'organisation*, notre délégation a joué, surtout durant les premières semaines des Consultations, un rôle actif pour assurer la fixation de règles destinées à préserver les droits des petits États: consensus, rotation des présidences, etc… Ces règles, valables pour les Consultations, ont été reprises à peu près telles quelles pour la CSCE proprement dite.

Lors de l'élaboration d'un *ordre du jour* de la CSCE – tâche principale des Consultations –, la délégation suisse avait pour instruction prioritaire d'obtenir l'inscription d'une formule concernant le règlement pacifique des différends. Le texte finalement retenu après une négociation en plusieurs séances et qui figure dans le «Projet des recommandations» ci-joint[14] se lit comme suit:

«La Commission étudiera des propositions ayant pour objet une méthode de règlement pacifique des différends entre États participants et entreprendra l'élaboration de celle-ci».

Cette formule peut être considérée comme satisfaisante, car elle nous permettra, d'une part, de soumettre une proposition spécifiquement suisse lors de la 2ème phase de la CSCE et, d'autre part, d'examiner la mise sur pied d'une méthode de règlement pacifique des différends communément agréée. Il s'agit du mandat le plus concret de tout le chapitre «sécurité» de l'ordre du jour élaboré pendant les Consultations.

L'objectif secondaire de notre délégation était d'obtenir un ordre du jour aussi substantiel que possible, en dépit de la résistance des pays de l'Est, à propos des contacts humains et de la circulation de l'information[15]. Nos délégués ont été associés de près à une négociation ardue sur les textes en question, au cours de laquelle ils ont suivi une ligne constante et fidèle à notre tradition libérale en matière de circulation des personnes et de l'information.

Les autres domaines sur lesquels la délégation suisse a eu l'occasion de présenter ses vues figurent, dans l'ensemble, d'une manière satisfaisante dans l'ordre du jour. Ce sont en particulier le volet militaire, certes modeste, mais qui nous permettra le cas échéant de faire connaître notre position sur les aspects militaires de la sécurité en Europe[16]; la référence au lien entre les problèmes de l'Europe et ceux de la Méditerranée. Enfin, dans le domaine de la coopération économique, les propositions formulées en vue de l'ordre

---

14. *Cf. note 9, chiffre 21.*
15. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 173,* dodis.ch/34487, *point II b).*
16. *Cf. les rapports de J. J. Vischer du 1er décembre 1972,* dodis.ch/34577 *et d'août 1973,* dodis.ch/38897.

du jour sont assez souples pour ménager notre approche essentiellement bilatérale des relations Est-Ouest[17].

2. Bons offices de la délégation suisse

Les Neutres en général et notre pays en particulier ont eu plusieurs occasions de rendre des services de nature à faciliter la bonne marche des Consultations. C'est ainsi qu'au cours de la 2ème session des Consultations, à un moment où celles-ci menaçaient de piétiner parce qu'aucune délégation ne voulait engager une véritable discussion sur les propositions nombreuses et souvent divergentes concernant l'ordre du jour de la CSCE, la délégation suisse a été chargée[18] de réunir et de classer toutes les propositions en question dans un document unique[19]. Ce travail a rencontré l'approbation générale et facilité le démarrage de la discussion détaillée et concrète des textes en présence.

Peu de temps après, lorsque s'est constitué le groupe de rédaction chargé d'élaborer le chapitre «sécurité» de l'ordre du jour, la Suisse a de nouveau été sollicitée, de pair avec l'Autriche et la Suède, afin que des membres des trois délégations coordonnent les séances du groupe en question[20].

Si celui-ci s'était donné un président, plusieurs délégations auraient exigé la rotation quotidienne de la présidence, avec les inconvénients pratiques que cela eût comporté; en désignant nommément un Suisse, un Autrichien et un Suédois[21] comme coordinateurs, les participants assuraient la continuité dans la conduite des travaux. De l'avis général des délégations, la formule ainsi adoptée et mise en pratique pendant plus de trois mois a été pleinement satisfaisante.

Dans le même ordre d'idées, mais sans que la délégation suisse n'ait agi en quoi que ce soit dans ce sens, une campagne s'est organisée au cours de la dernière session des Consultations en faveur de Genève comme siège de la deuxième phase de la CSCE[22]. Les initiateurs de ce mouvement, notamment la République fédérale allemande, la Roumanie, l'Italie, le Portugal, inspirés par des motifs divers, sont parvenus à réunir en quelques semaines un consensus autour de Genève; ce ne sont pas seulement les avantages traditionnels de Genève qui leur ont facilité la tâche: leur initiative a coïncidé en effet avec, d'une part, une série de déclarations du Président[23] de la République finlandaise qui étaient de nature à semer des doutes sur la pratique actuelle de la politique de neutralité de la Finlande; d'autre part, avec des grèves en chaîne dont les effets se sont fait sentir directement sur les délégations présentes à Helsinki. À ces circonstances s'ajoutait le souci de nombreuses délégations occidentales de

---

17. *Pour la politique du commerce Est-Ouest du Conseil fédéral, cf. DDS, vol. 25, doc. 176,* dodis.ch/35755.

18. *Cf. le télégramme N° 46 de l'Ambassade de Suisse à Helsinki au Département politique du 25 janvier 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#670* (B.72.09.15.1).

19. *Document de travail de l'Ambassade de Suisse à Helsinki du 29 janvier 1973, ibid.*

20. *Pour la première réunion du comité de rédaction, cf. les télégrammes Nos 106 et 110 de l'Ambassade de Suisse à Helsinki des 9 et 13 mars 1973, ibid.*

21. *E. Brunner, H. Liedermann et A. Edelstam.*

22. *Cf. doss. comme note 20;* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#671* (B.72.09.15.1) *et* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#672* (B.72.09.15.1).

23. *U. Kekkonen.*

ne pas laisser à Helsinki le monopole de la CSCE, ce qui aurait pu avoir pour effet d'ériger en modèle la neutralité finlandaise. Enfin, Vienne étant bloquée par les MBRF et Stockholm inacceptable pour les États-Unis, Genève était, en définitive, la seule alternative à Helsinki.

II. Bilan de la première phase

La CSCE s'est réunie à Helsinki du 3 au 7 juillet au niveau des ministres des Affaires étrangères des 34 pays ayant participé aux Consultations préliminaires avec Monaco en plus. Cette première phase fut une étape indispensable entre la pré-négociation des Consultations préliminaires d'Helsinki et la négociation proprement dite qui va s'ouvrir à Genève[24]. En effet, il s'agissait d'une part d'entériner le résultat des Consultations préliminaires, soit des Recommandations finales d'Helsinki, d'autre part d'ouvrir la voie à la seconde phase, en permettant aux ministres des Affaires étrangères de faire connaître les orientations générales de leurs gouvernements sur le contenu et le déroulement de cette deuxième phase[25].

L'essentiel était que personne ne cherchât à mettre en question le consensus laborieusement acquis sur le document final des Consultations préliminaires. Personne ne l'a fait, ce qui permettra à chacun de rouvrir la discussion à Genève sur les points qui l'intéressent en particulier. Certaines délégations ont d'ailleurs déjà présenté des propositions écrites en vue de la deuxième phase. C'est ainsi que les pays du Pacte de Varsovie (sans la Roumanie) ont soumis un ensemble de textes[26] qui recouvre d'une manière égale les quatre sections de l'ordre du jour et qui, du point de vue formel, se présente comme un simple agrandissement photographique du document final des Consultations préliminaires; sur le fond, les Soviétiques et leurs alliés ont cherché à regagner une partie du terrain perdu à Helsinki, en adoptant des positions qu'ils défendaient encore au début des Consultations. Ce repli tactique n'a rien de surprenant et correspond à leur conception générale statique de la CSCE. La réplique a été donnée à ces propositions par une série de textes[27], émanant principalement des délégations britannique, française, italienne ainsi que de la RFA, qui se

---

24. *Sur l'état des travaux pendant la deuxième phase de la CSCE à Genève, cf. doc. 57,* dodis.ch/38848.

25. *Sur les pourparlers bilatéraux pendant la Conférence, cf. le procès-verbal de H. Renk du 13 juillet 1973,* dodis.ch/38844.

26. *Proposition présentée par la délégation de l'URSS du 4 juillet 1973,* doc. CSCE/I/3; *proposition présentée par la délégation tchécoslovaque du 4 juillet 1973,* doc. CSCE/I/5; *proposition présentée par la délégation de la République démocratique allemande et de la République populaire hongroise du 5 juillet 1973,* doc. CSCE/I/7 *et proposition présentée par les délégations bulgare et polonaise du 5 juillet 1973,* doc. CSCE/I/8, CH-BAR#E2814#1993/210#4* (1).

27. *Proposition présentée par la délégation de la République fédérale d'Allemagne du 4 juillet 1973,* doc. CSCE/I/4; *proposition présentée par la délégation danoise du 5 juillet 1973,* doc. CSCE/I/6; *propositions présentées par la délégation italienne du 5 juillet 1973,* doc. CSCE/I/9–13; *propositions présentées par la délégation britannique du 5 juillet 1973,* doc. CSCE/I/14–18; *proposition présentée par la délégation canadienne du 5 juillet 1973,* CSCE/I/19 *et propositions présentées par la délégation française du 5 juillet 1973,* CSCE/I/23–26, *ibid.*

concentrent sur divers aspects concrets de la libre circulation des personnes et des informations: regroupement des familles, facilités pour les journalistes exerçant leur profession à l'étranger, création d'un magazine européen, etc… Bref, comme l'on pouvait s'y attendre, les prises de position lors de la première phase de la CSCE ont confirmé l'existence des deux conceptions divergentes de la détente qui se sont affrontées lors des Consultations préliminaires, et qui sans doute s'affronteront encore plus vigoureusement lors des négociations de Genève. Cette divergence porte non seulement sur la substance, mais aussi sur la forme que prendra le résultat final des travaux de la deuxième phase. Les uns, pays de l'Est en tête, souhaitent des recommandations et des déclarations d'intention générale sans aucun caractère contraignant. Les autres seraient prêts sans doute à aller un peu plus loin, encore que l'on ne sache guère jusqu'où.

III. Suite des opérations: attitude de la Suisse

La manière dont nous entendons aborder la deuxième phase de la CSCE a été exposée dans les grandes lignes dans le discours présenté par le Chef[28] du Département à Helsinki (texte joint au présent rapport[29]). En substance, la négociation de Genève devra servir à approfondir et à concrétiser les possibilités offertes par l'ordre du jour approuvé à Helsinki. Il est clair que nous ne pouvons pas escompter des progrès substantiels dans tous les domaines envisagés, ne serait-ce que parce que l'ordre du jour de la CSCE couvre presque la totalité des aspects des relations entre États. Il s'agira donc à nos yeux de rechercher des résultats pratiques et immédiats, donc nécessairement modestes, dans certains domaines bien délimités et, pour le reste, de créer les bases susceptibles de faciliter le cas échéant la poursuite du dialogue au-delà de la Conférence. Il paraît raisonnable de vouloir attribuer à la CSCE des objectifs à la fois à court terme et à long terme, car, si l'on renonce d'avance aux premiers, on admet du même coup que la Conférence ne sert à rien de plus qu'à illustrer un climat de détente.

Maintenant que le principe de l'élaboration d'une méthode de règlement pacifique des différends a été retenu dans l'ordre du jour de la CSCE, notre délégation[30] aura pour tâche de défendre une proposition spécifiquement suisse. À cet effet, le Département politique a préparé un projet[31] de convention détaillé en 60 articles, qui a d'ores et déjà été distribué à tous les États participants, afin qu'ils aient le temps de l'examiner avant le 18 septembre et d'en commencer la discussion dès cette date. Nous veillerons également à ce que notre proposition soit examinée dans un groupe de travail ad hoc. Il n'y a aucun changement particulier à signaler quant aux chances de ce projet d'être bien

---

28. *P. Graber.*

29. *Discours de P. Graber du 5 juillet 1973,* dodis.ch/38846. *Cf. aussi le procès-verbal de la Conférence des ambassadeurs du 29–31 août 1973,* dodis.ch/35117, *p. 38 ss. et l'exposé de S. F. Campiche du 30 août 1973,* dodis.ch/35119.

30. *Sur la nomination de la délégation suisse pour la deuxième phase de la CSCE à Genève, cf. doc. 28,* dodis.ch/38389, *point 4.*

31. Projet de convention instituant un système européen de règlement pacifique des différends internationaux *de juillet 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#674* (B.72.09.15.1).

accueilli. L'écho que lui ont rendu les discours[32] des 34 ministres des Affaires étrangères à Helsinki a été un peu plus favorable que nous l'attendions: près des deux tiers d'entre eux y ont fait allusion, dont plusieurs dans des termes qui constituent un soutien vigoureux. Par ailleurs, les toutes premières impressions recueillies depuis la distribution du projet de convention semblent indiquer que nous avons eu raison de soumettre à l'avance un document fouillé et complet, assorti d'un commentaire, qui devrait inciter à un examen plus attentif et plus sérieux que ne l'aurait fait une simple esquisse de nos idées.

Ce projet sur le règlement pacifique des différends reste notre initiative majeure, à laquelle la délégation suisse devra se consacrer en priorité. Toutefois nous continuerons à suivre de très près comme l'a fait notre délégation à Helsinki durant les Consultations préliminaires, toutes les questions relatives aux contacts humains et à la diffusion des informations. Nous n'envisageons pas de soumettre des initiatives dans ces domaines dès l'ouverture de la seconde phase, mais nous nous réservons la possibilité de le faire au cours des négociations, et en tenant compte de ce qu'auront déjà fait d'autres pays plus directement intéressés. Il en va de même pour les autres domaines de la coopération: économique, culturelle, scientifique. Au cours du mois écoulé, le Département politique a organisé une série de consultations[33] avec tous les services intéressés de l'Administration fédérale, afin de préciser les lignes directrices[34] qui devront guider notre délégation sur les sujets les plus divers de l'ordre du jour et également pour déterminer dans quels domaines et sous quelle forme de nouvelles initiatives suisses pourraient être envisagées.

---

32. *Pour un récapitulatif des principaux thèmes abordés par les Ministres des Affaires étrangères, cf. le tableau de P. Thévenaz du 25 juillet 1973, ibid.*

33. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#675* (B.72.09.15.1).

34. *Cf. le procès-verbal de H. Renk du 13 septembre 1973 de la séance du 24 août 1973 du groupe de travail CSCE,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#676* (B.72.09.15.1).

33

dodis.ch/39938

Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, M. Grossenbacher, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

ARGENTINIEN: AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN

Vertraulich Buenos Aires, 27. August 1973

Unter Hinweis auf eine Anfrage des Vorortes[2] geben Sie mir mit Schreiben vom 17. d. M.[3] Kenntnis von der Beunruhigung gewisser Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Branche in Basel über das vom argentinischen Kongress gegenwärtig diskutierte Projekt eines Gesetzes über ausländische Investitionen[4].

Angesichts der seit der Machtübernahme durch die Peronisten besonders im wirtschaftspolitischen Bereich täglich zunehmenden Gesetzesflut habe ich mich bis anhin darauf beschränkt, Ihnen – neben der laufenden Berichterstattung über die klar erkennbaren Grundtendenzen – nur jene Fakten zu melden, die ihren Niederschlag in rechtskräftigen Erlassen gefunden hatten[5]. Ich hielt dieses Vorgehen auch deshalb für angebracht, weil das hier gegenwärtig herrschende politische Klima zu Erscheinungen und Auseinandersetzungen geführt hat, über die im Detail zu berichten es sich nicht lohnte. Ein überbordender Nationalismus ist in Argentinien in den letzten Monaten nicht nur zum Hauptthema der Folklore sondern zur Richtschnur sämtlicher parlamentarischer Vorstösse und Eskapaden geworden.

Die Anfrage der Hoffmann-La Roche[6] nach den Möglichkeiten unserer Einflussnahme auf das vom Senat noch zu beratende *Gesetz über ausländische Investitionen* bietet mir jedoch Gelegenheit, Ihnen über die Vorgeschichte dieser Vorlage und unsere bisherigen Vorkehren näher zu berichten. Die nachfolgenden Ausführungen vermitteln zudem ein Bild über die sich abzeichnende wirtschaftspolitische Orientierung des Peronismus.

Wie Ihnen bekannt ist, wurde der Entwurf zum Investitionsgesetz Ende Juli aus innenpolitischen Gründen mit besonderer Eile der Deputiertenkammer zur

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E7110#1984/70#1365* (892.1). *Verfasst von H. Weyermann, visiert von F. Rothenbühler, E. H. Léchot, H. Aebli, J. J. Maeder und H.-U. Greiner. Kopie an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements.*
2. *Schreiben von B. Wehrli und P. Hutzli an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 13. August 1973, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Schreiben von H.-U. Greiner an M. Grossenbacher vom 17. August 1973, Doss. wie Anm. 1.*
4. Draft Law on Foreign Investments sent by the Executive Power to Congress *vom 22. Juni 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1754* (C.41.157.0).
5. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 29. März 1973,* dodis.ch/40413; *das Schreiben von M. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 12. April 1973,* dodis.ch/40414 *sowie das Schreiben von M. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 16. Oktober 1974,* dodis.ch/40415.
6. *Für das Memorandum der Firma Hoffmann-La Roche vom 17. Juli 1973 vgl. das Schreiben von F. Ebner und P. J. Pointet an P. R. Jolles vom 19. Juli 1973, Doss. wie Anm. 1.*

Genehmigung vorgelegt. Eine geschickte Regie hatte dafür gesorgt, dass einige Tage zuvor eine *Intervention des amerikanischen Geschäftsträgers* Krebs in allen Massenmedien hochgespielt wurde. Bekanntlich hatte es sich die amerikanische Botschaft erlaubt, in einem an Minister Gelbard gerichteten Memorandum in recht ungeschickter Weise am Gesetzesprojekt Kritik zu üben. Heute steht fest, dass die Amerikaner in eine ihnen gestellte Falle geraten sind, indem Geschäftsträger Krebs vom vormaligen Kammerpräsidenten, dem heutigen interimistischen Staatspräsidenten Lastiri, aufgefordert worden war, die ihm mündlich vorgetragene Kritik schriftlich zu formulieren. Unter dem Eindruck dieser «für den Yankee-Imperialismus typischen Einmischung in nationale Angelegenheiten» wurde in der Folge das Projekt von der Deputiertenkammer praktisch oppositionslos angenommen. Die Vorlage bedarf jedoch noch der Zustimmung des Senats, wo mit einigen Abänderungen zu rechnen ist.

Im Verlaufe eines Gesprächs mit Herrn Leopoldo Tettamanti, Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im Aussenministerium, habe ich meinerseits nicht verfehlt, die *schweizerischen Bedenken* über das Gesetz bekanntzugeben. Tettamanti machte mich darauf aufmerksam, dass die im Entwurf enthaltenen Bestimmungen nicht diskriminierend seien und insbesondere nicht über die in ähnlichen Gesetzen anderer südamerikanischer Staaten festgelegten Kriterien hinausgingen. Im übrigen, so liess er klar durchblicken, verfolge die Vorlage ein Anliegen, das heute in erster Linie aus innenpolitischer Rücksichtnahme dem Parlament unterbreitet werde. Für weitere Einzelheiten meines Gesprächs mit Unterstaatssekretär Tettamanti verweise ich auf meinen separaten heutigen Bericht[7].

Auch die hiesige *schweizerisch-argentinische Handelskammer* ist nicht untätig geblieben. Dank der Initiative ihres Präsidenten[8] konnte dem Verfasser des Gesetzesentwurfes (dessen Name wurde geheimgehalten) unmittelbar vor der Behandlung des Geschäftes in der Deputiertenkammer ein schriftliches Memorandum mit konkreten Abänderungsvorschlägen zugestellt werden. Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Wermuth der Vorstandssitzung der Handelskammer, in deren Verlauf dieser Schritt genehmigt wurde, beizuwohnen. Angesichts der bei derartigen Kontakten wenig transparenten Hintergründe – die Verabredung mit dem peronistischen Abgeordneten fand in einem Vorstadtrestaurant statt – erhielten wir den Eindruck, dass sich wohl kaum alle Vorstandsmitglieder über die Tragweite der geplanten Intervention im Klaren waren. Wie nicht anders zu erwarten war, lag die Frage in der Luft, was denn eigentlich die Botschaft in dieser Sache zur Wahrung der schweizerischen Interessen unternehme. Von mir aus machte ich die Anwesenden darauf aufmerksam, dass in einem Lande mit normalen Verhältnissen ein Botschafter, selbst während eines hängigen Gesetzgebungsverfahrens, sich mit dem einen oder andern ihm bekannten Parlamentarier über eine Vorlage unterhalten könne. Hier in Argentinien lägen jedoch die Dinge gegenwärtig etwas anders (der Kongress besteht zu 70% aus Peronisten aller Schattierungen, deren einzige Gemeinsamkeit ein übertriebener Nationalismus ist). Wenn wir nicht riskieren wollten, wegen Einmischung in

7. *Bericht von M. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 27. August 1973, Doss. wie Anm. 1.*
8. *J. M. Rossel.*

innerstaatliche Angelegenheiten kritisiert zu werden, müsse ich meine Schritte dort unternehmen, wo es mir zustehe, nämlich bei den zuständigen Ministerien. Nicht erwähnen wollte ich, dass es sich ein schweizerischer Botschafter nicht leisten kann, einen Abgeordneten in aller Heimlichkeit in einem Vorstadtcafé zu treffen, zumal derartige Kontakte hierzulande erfahrungsgemäss mehr als nur den Preis der Konsumation kosten. Nach der Sitzung wurde mir bewusst, dass meine Ausführungen nicht alle Anwesenden – insbesondere nicht den Vertreter der Firma Roche – zu befriedigen vermochten. Tags darauf platzte dann die Affaire Krebs. Beide Kammern forderten in Resolutionen die unverzügliche Abberufung des Diplomaten. Mit einer Entschuldigung des amerikanischen Geschäftsträgers, der den belehrenden und kritischen Ton seines Memorandums mit Übersetzungsschwierigkeiten begründete, fand die Episode ihren vorläufigen Abschluss.

Auch innerhalb der schweizerisch-argentinischen Handelskammer führte die eigene Intervention nachträglich noch zu einer Kontroverse. So beurteilte der Direktor der hiesigen Nestlé-Niederlassung[9] den unternommenen Schritt als gefährlich und bezeichnete es als einen Glücksfall, dass die amerikanische Intervention sozusagen als Blitzableiter für alle andern Lobbyisten gedient hatte. Wenn die Schweiz auch nicht in nämlichem Masse exponiert ist wie die USA, so wäre doch darauf hinzuweisen, dass nach der Machtübernahme durch die Peronisten Dr. Roberto Alemann als «Vertreter des schweizerischen Monopolkapitalismus» gezwungen wurde, seinen Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Buenos Aires aufzugeben[10]. In einer eigentlichen Pressepolemik wurden ihm sämtliche Ämter vorgerechnet, die er im Interesse schweizerischer Unternehmen wahrnimmt: Vertreter SBG, Verwaltungsratspräsident Ciba-Geigy und Kuoni Travel Ltd.

Es lag mir daran, Ihnen unter Hinweis auf diese Vorgänge ein Bild über die Schwierigkeiten zu vermitteln, die sich uns gegenwärtig bei der Wahrung der schweizerischen Interessen in den Weg stellen. Zu einem Zeitpunkt, da man dem Volke über Rundfunk und Presse täglich die Errungenschaften des «Gobierno del Pueblo» einhämmert und das Schlagwort «Liberación nacional» für die künftige wirtschaftliche Orientierung Argentiniens als Devise gilt, bieten sich uns recht wenig Ansatzpunkte für wirksame Einflussnahmen. Die für den Vollzug der Gesetze dereinst verantwortlichen Behörden werden jedoch, wie Tettamanti offen durchblicken liess, wieder mit sich reden lassen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie von den vorstehenden Ausführungen, so weit es deren vertraulicher Charakter zulässt, dem Vorort Kenntnis geben wollten. Auf das Gesetz zur Kontrolle der ausländischen Investitionen werde ich zurückkommen, so bald die Vorlage vom Senat durchberaten und verabschiedet worden ist[11].

---

9. *A. Naef*

10. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Wermuth an E. Thalmann vom 30. Mai 1974,* CH-BAR#E7110# 1985/97#510* (810).

11. *Vgl. dazu die Schreiben von M. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 12. Dezember 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#1357* (863.4) *sowie vom 11. Januar 1974,* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#1754* (C.41.157.0).

34

dodis.ch/38769

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN SCHWEIZ/SOWJETUNION
BESUCH VON BOTSCHAFTER GUERASSIMOV

Bern, 27. August 19*/7/*3[2]

In bezug auf die Entwicklung der schweizerisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahre 1973 stechen folgende Ereignisse hervor:

1. Ihre Reise in die Sowjetunion im März dieses Jahres, wobei es sich bekanntlich um den ersten offiziellen Besuch eines Mitgliedes der schweizerischen Regierung in diesem Staat[3] handelte. (Anlass: Gegenbesuch zu demjenigen des sowjetischen Aussenhandelsministers Patolitschew im Sommer 1971 in der Schweiz[4], verbunden mit der Einweihung der ersten schweizerischen Werkzeugmaschinenausstellung in der Sowjetunion[5]).

Zu erwähnen sind insbesondere Ihre Unterredungen mit Aussenhandelsminister Patolitschew[6] und Herrn Gwischiani[7], Vizepräsident des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik.

Pro memoria (behandelte Themen)[8]:
Bezug von sowjetischem Naturgas[9]
Anreicherung von Uranium
Projekte CIBA/Geigy, Sulzer, Alusuisse, Georg Fischer, Nestlé

Entwicklung der Beziehungen der schweizerischen Uhrenindustrie zur Sowjetunion.

Verhandlungen über den gewerblichen Rechtsschutz und über den Schutz von Herkunftsangaben[10].

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1984/70#1033* (821). *Kopie an A. Hasler, R. Probst, L. Roches, A. Bürki und R. Kummer.*
2. *Im Originaltext fälschlicherweise als* 27. August 1983.
3. *Zum Besuch von R. Gnägi in Moskau im August 1967 vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 44,* dodis.ch/32783. *Zur Reise von E. Brugger nach Russland vgl. die Aufzeichnung von J. Zwahlen vom 1. März 1973 der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 28. Februar 1973,* dodis.ch/39504, *Punkt 4 sowie das Schreiben von C. J. Keller an R. Probst vom 7. März 1973,* dodis.ch/38781.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 82,* dodis.ch/35535. *Zur Einladung an E. Brugger vgl. die Notiz von R. Probst an E. Brugger vom 30. August 1972,* dodis.ch/35576.
5. *Zur ersten allgemeinen Schweizerischen Industrieausstellung in Moskau im Mai und Juni 1966 vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 151,* dodis.ch/31032.
6. *Vgl. dazu das Protokoll von J. Mermod der Sitzung vom 27. März 1973,* dodis.ch/38784.
7. *Vgl. dazu das Protokoll von J. Mermod der Sitzung vom 28. März 1973,* dodis.ch/38783.
8. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an E. Brugger vom März 1973,* dodis.ch/38782. *Vgl. ferner das Schreiben von C. J. Keller an R. Probst vom 7. März 1973,* dodis.ch/38781.
9. *Vgl. dazu das Protokoll von S. Meili vom 22. Dezember 1972,* dodis.ch/36980, *Punkt II. Vgl. ferner Dok. 143,* dodis.ch/38768.
10. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR E 2001(E)-01 1991/17 Bd. 1080 (B.34.810.R.).

Meinungsaustausch über das Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EWG[11].

2. Anlässlich Ihres Besuches ist am 27. März 1973 durch einen Notenwechsel[12] zwischen unserer Botschaft und dem sowjetischen Aussenministerium eine *Gemischte schweizerisch-sowjetische Kommission für wissenschaftlich-technische, industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit* errichtet worden. Diese Vereinbarung wurde ergänzt durch einen erläuternden Briefwechsel zwischen Botschafter Probst und D. Gwischiani.

3. Vom 18.–22. Juni dieses Jahres trat die Gemischte Kommission Schweiz-Sowjetunion in Moskau zu ihrer *ersten Tagung* zusammen[13]. Bei dieser ersten Sitzung handelte es sich vor allem, und zwar für beide Seiten, um ein Experiment. Die aus je einem Mitglied[14] der Geschäftsleitungen unserer grössten Exportfirmen zusammengesetzte schweizerische Delegation erklärte sich indessen vom Ergebnis der vielfältigen Besprechungen und Kontakte als befriedigt. Es ist vorgesehen, die *zweite Sitzung* der Gemischten Kommission nächstes Jahr in Zürich abzuhalten[15], wobei die Leitung des sowjetischen Teils der Kommission schon im Herbst dieses Jahres unseren Industriekreisen einen Zwischenbesuch abstatten soll[16].

Von sowjetischer Seite war am Schluss der Verhandlungen zu vernehmen, dass die Zusammensetzung der schweizerischen Delegation weit konkretere Gespräche und unmittelbare Fortschritte in der Kooperation erlaubt hätte, als dies bei anderen Kommissionen mit westlichen Staaten, die sich aus Staatsbeamten zusammensetzen, der Fall gewesen sei.

4. Uhrenindustrie

Die schweizerische Uhrenindustrie beabsichtigt, das 1970 mit dem Staatskomitee für Wissenschaft und Technik abgeschlossene und Ende dieses Jahres ablaufende *Uhrenabkommen*[17] *zu verlängern.* Entsprechende

---

11. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510. *Vgl. ferner DDS, Bd. 26, Dok. 173,* dodis.ch/39512.

12. *Für den Noten- und Briefwechsel über die Errichtung einer Gemischten schweizerisch-sowjetischen Kommission für wissenschaftlich-technische, industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. das BR-Prot. Nr. 775 vom 9. Mai 1973,* dodis.ch/38785.

13. *Vgl. dazu den Bericht von R. Bosshard vom 26. Juni 1973,* dodis.ch/38786.

14. *D. Altenpohl (Aluminium-Industrie AG), C. L. Angst (Nestlé Alimentana SA), R. Béglé (Interfood SA), E. Brem (Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon-Bührle AG), R. Bühler (Gebrüder Bühler AG), A. Kellersberger (AG Brown, Boveri & Cie.), F. Kern (Georg Fischer AG), E. Matthey (André SA), G. Mégel (Tornos SA), F. Du Pasquier (Ébauches SA), K. Rohner (Ciba-Geigy AG) und M. Züblin (Gebrüder Sulzer AG).*

15. *Zur zweiten Session der Gemischten Kommission Schweiz-UdSSR vom 13.–17. Mai 1974 in Zürich vgl. die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 22. Mai 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#749* (821.AVA).

16. *Zum Besuch einer Delegation des Staatskomitees vom 21. November bis 2. Dezember 1973 vgl. Doss. wie Annm. 1.*

17. Protocole de collaboration scientifico-technique et économique entre le Comité d'État du Conseil des ministres de l'URSS pour la science et la technique et la Chambre suisse de l'horlogerie *vom 19. Juni 1970,* CH-BAR#E2200.157#1988/213#187* (541.1(4)). *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 104,* dodis.ch/35620, *Punkt 3.*

Verhandlungen sind schon aufgenommen worden und sind zurzeit noch im Gange.

Das Abkommen soll u. a. durch eine Sonderabmachung mit dem für die Elektronik zuständigen sowjetischen Fachministerium ergänzt werden.

Auf Grund des geltenden Uhrenabkommens sind bisher schon drei *Seminarien* abgehalten worden. Anlässlich einer Veranstaltung der Société suisse de chronométrie im November dieses Jahres sollen die Russen Gelegenheit haben, ein Exposé vorzutragen. Die im Rahmen dieser Seminarien ausgetauschten Informationen und Erfahrungen sind nach Auffassung unserer Uhrenindustrie insoweit wertvoll gewesen, als sich unsere Industrievertreter vom Entwicklungsstand der sowjetischen Uhrenindustrie und der sie beschäftigenden wichtigsten Probleme (u. a. Verbesserung der Produktivität) ein ziemlich genaues Bild machen konnten. Schweizerischerseits soll keine Technologie oder know how abgetreten worden sein, die nicht schon Gegenstand von Veröffentlichungen gebildet hätten.

Auf dem kommerziellen Gebiet sind die Bemühungen der schweizerischen Uhrenindustrie am wenigsten weit vorangekommen. Es besteht indessen die Möglichkeit, dass, falls die olympischen Spiele 1980 in der Sowjetunion zur Durchführung gelangen, die schweizerische Uhrenindustrie sich bei der Zeitmessung beteiligen könnte.

5. Urananreicherung[18]

Anlässlich der im Juli dieses Jahres von der NOK in Moskau geführten Gespräche hat sich die Haltung der Russen in bezug auf die Formulierung vor allem der kommerziellen Vertragsbedingungen etwas verhärtet. Die NOK-Delegation führt dies auf den Umstand zurück, dass sowjetischerseits analoge Verhandlungen mit einer Reihe anderer Staaten geführt werden. Es ist vorgesehen, eine nächste Besprechungsrunde in Baden, wahrscheinlich Anfang Oktober 1973, durchzuführen[19].

6. Aussenhandel

Der *sowjetische Gesamtaussenhandel* schloss 1972 zum ersten Mal seit der unmittelbaren Nachkriegszeit mit einem Defizit in Höhe von 2071 Mio. Rb ab. Einer gegenüber 1971 unwesentlichen Zunahme der Ausfuhren um ca. 2,5% steht ein starkes Wachstum der Einfuhren um über 18% gegenüber. Das Gesamtvolumen des sowjetischen Aussenhandels erhöhte sich im Jahre 1972 um 9,1% und betrug 26'027,4 Mio. Rb. Rund 65% des sowjetischen Aussenhandels wickelt sich mit den Staatshandelsländern ab (hievon COMECON rund 60%), während die Industrieländer mit rund 23% (hievon EWG 8,7%) am sowjetischen Aussenhandel partizipieren.

Schweizerisch-sowjetischer Handelsverkehr

Wie aus nachstehend aufgeführten Zahlen hervorgeht, ist unser Warenaustausch mit der Sowjetunion nach wie vor durch ein starkes Überwiegen der schweizerischen Exporte gekennzeichnet:

---

18. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 172,* dodis.ch/35655, *bes. Anm. 9.*
19. *Vgl. dazu Dok. 143,* dodis.ch/38768.

in Millionen Franken

	Einfuhr	*Ausfuhr*	*Differenz*
1970	115.0	214.7	+ 99.7
1971	113.4	194.0	+ 80.9
1972	115.7	262.5	+ 146.8
1973 (6 Monate)	82.0	167.8	+ 85.8

Gegenüber dem ersten Semester 1972 nahmen die schweizerischen Einfuhren an sowjetischen Waren im ersten Halbjahr 1973 um rund 30 Mio. Franken zu, während die Exporte schweizerischer Waren um ca. 42 Mio. anstiegen. In diesen Zahlen nicht eingeschlossen ist der Transitverkehr, von dem man annimmt, dessen Volumen sei ungefähr gleich bedeutend wie der bilaterale Austausch.

Die Zusammensetzung der gegenseitigen Lieferungen weist gegenüber den Vorjahren nur geringe Veränderungen auf:

Überwiegen des Sektors Maschinen, Apparate und Chemie bei der schweizerischen Ausfuhr und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Rohstoffe und Energieträger bei den Bezügen aus der Sowjetunion. Einen wenn auch bescheidenen Anfangserfolg erzielten die Russen beim Verkauf des in der Sowjetunion hergestellten Fiat-Modells «Lada» in der Schweiz.

Im Verlaufe der Gespräche der Commission Mixte ist sowjetischerseits verschiedentlich die Notwendigkeit unterstrichen worden, auch im schweizerisch-sowjetischen Handelsverkehr einen besseren Ausgleich zu erzielen. Schweizerischerseits wurde diesem Argument mit dem Hinweis auf den sehr liberalen Zugang zum schweizerischen Markt, der uneingeschränkt auch für sowjetische Waren gilt, begegnet. Wir unterstrichen die Notwendigkeit vermehrter Prospektionsanstrengungen und vor allem die Erarbeitung eines Warensortiments, das in preislicher und vor allem in qualitativer Beziehung den Ansprüchen der schweizerischen Käufer entspricht. Zweifellos sind sich auch die zuständigen sowjetischen Instanzen mehr und mehr bewusst, wo der Hebel anzusetzen ist (daher auch das grosse sowjetische Interesse an einer Industriekooperation mit westlichen Industriestaaten); der Verwirklichung der Absichten und Pläne stehen indessen, wie man weiss, grosse Schwierigkeiten im Wege.

35

dodis.ch/38348

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

AUFZEICHNUNG DER BESPRECHUNG VOM 28. AUGUST 1973 ÜBER FRAGEN DER SCHWEIZERISCH-ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN[2]

1. Der gegenwärtige Stand der schweizerisch-italienischen Beziehungen im Lichte der Fremdarbeiter-Problematik[3] und die sich heute daraus ergebenden Schlussfolgerungen sind in der Notiz vom 28. August 1973[4] festgelegt, welche das BIGA im Hinblick auf den privaten Berner Aufenthalt des italienischen Präsidenten, Leone[5], und seine morgige Begegnung mit Bundespräsident Bonvin und den Bundesräten Graber und Furgler verfasst hat.

Unmittelbarer Anlass der Besprechung ist das Schreiben vom 26. Juli 1973[6], mit welchem Botschafter Marcionelli über Gespräche mit Minister Falchi, Chef der italienischen Delegation in der Gemischten Kommission für Sozialversicherung, und mit Aussenminister Moro berichtet hat.

2. Die italienische Seite gibt sich heute Rechenschaft darüber, dass der Bundesratsbeschluss vom 6. Juli 1973[7] über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer keine Möglichkeit eröffnet, in Fragen der Jahresaufenthalter und der Saisonarbeitskräfte schweizerische Konzessionen zu erwirken. Die gemäss Protokoll vom 22. Juni 1972[8] für die erste Hälfte dieses Jahres vorgesehene und ursprünglich für den 4. Juli anberaumte Tagung der Gemischten Kommission ist deshalb auf italienischen Wunsch abgesagt worden.

Die italienischen Gesprächspartner unseres Botschafters in Rom zeigen sich nach wie vor nicht einverstanden mit unserer Interpretation des Protokolls vom 22. Juni 1972. Es geht ihnen dabei vor allem um die Bestimmung von Art. 9 des BRB vom 6. Juli 1973 betreffend das früheste Einreisedatum (1. April) für neue Saisonarbeiter des Baugewerbes, die im Jahre 1973 und in den folgenden Jahren erstmals in die Schweiz einreisen. Die Italiener sind überzeugt, wir hätten das erwähnte Protokoll lediglich deshalb unterzeichnet, um beim Abschluss

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3687* (B.41.11.1). *Verfasst von K. Fritschi. Visiert von K. Fritschi, Ch. Müller und E. Thalmann. Anwesend: E. Thalmann, A. Marcionelli, Ch. Müller, A. Grübel, E. Moser, C. Motta, G. Solari, K. Fritschi, B. von Tscharner und A. Zenger. Handschriftliche Marginalie:* Original ging an Dep*[artements]* Chef.
2. *Vgl. dazu Dok. 53,* dodis.ch/37679.
3. *Vgl. dazu Dok. 86,* dodis.ch/38402, *Anm. 4.*
4. *Notiz von A. Grübel vom 28. August 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3630* (B.15.50.4).
5. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 4. Vgl. ferner das Telegramm Nr. 44 von A. Marcionelli an P. Graber vom 8. Februar 1973,* dodis.ch/38144.
6. *Schreiben von A. Marcionelli an P. Graber vom 26. Juli 1973,* dodis.ch/38317.
7. *BR-Prot. Nr. 1177 vom 6. Juli 1973,* dodis.ch/38419. *Vgl. dazu Dok. 62,* dodis.ch/38425, *bes. Anm. 10.*
8. Procès-verbal de la réunion de la Commission mixte italo-suisse instituée par l'Accord du 10 août 1964 relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, tenue du 15 juin 1972 au 22 juin 1972 à Rome *vom 22. Juni 1972,* CH-BAR K1(-) 2178.

unseres Abkommens mit den Europäischen Gemeinschaften[9] die Opposition Italiens zu vermeiden.

Wenn Rom einerseits Verständnis zeigt für unsere Schwierigkeiten innenpolitischer Natur[10], so hat die dortige Regierung andererseits der Opposition Rechnung zu tragen, die ihr aus den Reihen des Parlaments und der Gewerkschaften erwächst. Das Aussenministerium muss sich zudem des Drucks der Fachministerien erwehren.

Die neue Regierung in Rom möchte deshalb das Gespräch nunmehr auf Regierungsebene fortführen. Nur auf diese Weise könnten in italienischer Sicht die Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien in ihrer Gesamtheit erörtert und auch Lösungen für weitere hängige Fragen auf zahlreichen Gebieten (Steuern, Sozialversicherung, Investitionen, Schulwesen, Berufsausbildung usw.) ernsthaft ins Auge gefasst werden. Dabei müssten die künftigen Gesprächspartner befähigt sein, über all diese Fragen, für welche verschiedene Stellen zuständig sind und die im Rahmen der Gemischten Kommission von den einzelnen Unterkommissionen behandelt werden, verbindlich zu verhandeln. Das italienische Aussenministerium denkt an Treffen auf der Ebene der Aussenminister[11] (Graber, Moro) und der Generalsekretäre[12] (Thalmann, Gaja), die auf die beiden letztjährigen Rom-Besuche von Bundesrat Graber und Botschafter Thalmann[13] in Bern stattfinden würden.

Die italienische Regierung sucht Mittel und Wege, um zu Resultaten zu gelangen, welche ihre innenpolitischen Widersacher besänftigen würden. Nur ein Regierungsmitglied kann nach Auffassung des Aussenministeriums in Rom noch dem bestehenden innenpolitischen Druck widerstehen und das Ergebnis seines Besuchs in der Schweiz vor der öffentlichen Meinung vertreten. Dabei dürfte allerdings Aussenminister Moro, sollte es tatsächlich zur gewünschten Begegnung mit seinem schweizerischen Kollegen kommen, nicht mit leeren Händen zurückkehren. Die bestehenden Missverständnisse würden sich sonst – immer in italienischer Sicht – noch vergrössern und es wäre mit einer verstärkten gegenseitigen Polemik z. B. in der Presse zu rechnen.

3. Bei der Frage unserer Fremdarbeiterregelung handelt es sich im Rahmen der schweizerisch-italienischen Beziehungen um ein äusserst komplexes Problem. Der Bundesrat hat am vergangenen 6. Juli seinen neuen Beschluss über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer in Kenntnis der italienischen Begehren gefasst (italienisches Memorandum vom 13. Juni 1973[14],

---

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776*, bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510. *Zur Rolle Italiens bei den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 148,* dodis.ch/35593.

10. *Vgl. dazu Dok. 86,* dodis.ch/38402, *bes. Anm. 5.*

11. *Zum Besuch in Bern von M. Rumor, dem Nachfolger von A. Moro, vom 21.–22. April 1975 vgl. das Protokoll von J.-P. Zehnder und H. Cuennet vom 15. Mai 1975,* dodis.ch/37755.

12. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Marcionelli an P. Graber vom 26. Juli 1973,* dodis.ch/38317 *sowie das Protokoll von C. Caratsch vom 27. Mai 1974,* dodis.ch/37754.

13. *Vgl. dazu das Protokoll des Politischen Departements vom 20. Juli 1972,* dodis.ch/36259, *S. 2–6 sowie das Protokoll vom P.-Y. Simonin vom 21. Dezember 1972,* dodis.ch/36262.

14. *Memorandum des italienischen Aussenministeriums vom 13. Juni 1973,* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#3687* (B.41.11.1).

dessen Beantwortung in Vorbereitung steht[15]); er wird in unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation nicht darauf zurückkommen. Dies gilt insbesondere für die Bestimmung des erwähnten Art. 9 dieses BRB, der die Entstehung von neuen potentiellen Jahresaufenthaltern im Baugewerbe einschränkt. Der für die Stabilisierungspolitik des Bundesrates massgebende Bestand von 603'000 erwerbstätigen Jahresaufenthaltern und Niedergelassenen muss unbedingt eingehalten werden. Das Maximum an schweizerischen Konzessionen ist für das Protokoll vom 22. Juni 1972 gemacht worden, als es darum ging, ein italienisches Veto gegen den Abschluss unserer damaligen Verhandlungen in Brüssel zu vermeiden.

Das Jahreskontingent für neu aus dem Ausland zuziehende Jahresaufenthalter ist auf 10'000 reduziert worden; davon können vorläufig insgesamt nur 5000 Jahresbewilligungen erteilt werden. Die Höchstzahl für die Weisungen des BIGA ist bis auf weiteres auf *375* Einheiten[16] pro Jahr festgelegt worden; darunter fallen auch Bewilligungen für die eidg. Regiebetriebe. In dieser Zwangslage ergeben sich Probleme, die z. B. die Zuteilung von Bewilligungen an italienische Unternehmen erschweren. Zurzeit ist ein Fall der Alitalia[17] hängig, der laut BIGA gelöst werden soll. Schwierigkeiten entstehen mit den ausländischen internationalen Gesellschaften vielfach wegen der schnellen Rotation, die namentlich die amerikanischen Unternehmen beim Personal ihrer Vertretungen in der Schweiz vornehmen; dies ist mit unserem System in der heutigen Notstandsituation nicht vereinbar. Solche Einzelfälle wie jener der italienischen Fluggesellschaft erregen immer wieder grosses Aufsehen, das zu vermeiden sicher wünschenswert wäre. Sie sind indessen angesichts der kleinen Kontingente, die nicht überschritten werden dürfen, sehr schwierig zu lösen.

4. Als Italien die Tagung der Gemischten Kommission vom 4. Juli 1973 absagte, war uns dies angenehm. In der gegenwärtigen Lage scheint es angezeigt, so wenige Verhandlungen wie möglich durchzuführen. Auf schweizerischer Seite entstand damals der Eindruck, auch unsere italienischen Gesprächspartner hätten dies begriffen.

Der italienische Wunsch nach Globalverhandlungen auf politischer Ebene entspringt zunächst dem manchmal geringen Verständnis, das Rom schon immer für unsere Verwaltungsstruktur mit ihrer anders gearteten Verteilung der Kompetenzen aufgebracht hat. In den Bereichen von Kultur und Schulwesen kompliziert sich die Sache sogar noch wegen der Kompetenzen der Kantone. Das Verhandlungspaket war so gross, dass es aufgeteilt werden musste; unser System der Zuständigkeiten verlangte im Rahmen der Gemischten Kommission die Schaffung von insgesamt zehn Untergruppen.

Hinzu kommt, dass Italien für schweizerische Anliegen oft wenig Entgegenkommen zu zeigen gewillt ist. So drängt die italienische Seite etwa darauf, den Abschluss einer Vereinbarung über die Besteuerung ihrer Grenzgänger

---

15. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1646 vom 1. Oktober 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#799*.
16. *Vgl. dazu Dok. 54,* dodis.ch/38420.
17. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 257 von H. C. Cramer an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 24. August 1973,* dodis.ch/40811.

von jenem eines allgemeinen Doppelbesteuerungsabkommens[18] zu trennen. Im Protokoll vom 22. Juni 1972 haben wir indessen eine diesbezügliche Formulierung erreicht, die es uns ermöglicht, über eine blosse Regelung der Grenzgänger-Besteuerung hinauszugehen.

Bei den verschiedenen hängigen Fragen handelt es sich um sehr heikle Probleme von komplexer technischer Natur, die wenig geeignet sind, auf politischer Ebene gelöst zu werden. Für Gesamtverhandlungen gemäss italienischen Vorstellungen käme wohl nur das Politische Departement in Frage. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge wird sich jedoch in vorliegender Angelegenheit kaum ein einzelnes Mitglied des Bundesrates exponieren können.

5. Die italienische Regierung wünscht greifbare Ergebnisse, die sie im eigenen Lande vertreten kann. Hiefür verlangt sie von schweizerischer Seite geeignete Konzessionen als Ausgleich für unsere 1.-April-Regelung betreffend die neuen Saisonarbeiter im Baugewerbe (Art. 9 BRB).

Für spektakuläre Resultate von Verhandlungen auf politischer Ebene sind indessen für uns sehr schlechte Voraussetzungen gegeben. Die Konzessionen, die wir zurzeit machen können, sind nicht solcher Art, die einen hierfür der Schweiz abgestatteten Besuch des italienischen Aussenministers rechtfertigen würden. Aus taktischen Gründen ist auch deshalb Vorsicht am Platz, weil diese oder jene schweizerische Konzession das italienische Verlangen nach weiterem Entgegenkommen wecken kann. Im Übrigen scheint zurzeit nichts darauf hinzudeuten, dass der gegenwärtige Stand unserer Beziehungen mit Italien negative Rückwirkungen auf unser Verhältnis zur EWG[19] haben könnte.

In gewissen Bereichen sind ohne Zweifel schrittweise Lösungen von hängigen Fragen möglich. Dies gilt etwa auf den Gebieten der Arbeitslosenversicherung, der Berufsausbildung, der Grenzsanität usw.; auch mit Bezug auf die Probleme der Sozialversicherung, für deren Behandlung eine gesonderte Gemischte Kommission besteht, sind kleine Konzessionen nicht auszuschliessen. Meistens ist es angezeigt, dass die verschiedenen Departemente einzeln vorgehen. Es empfiehlt sich, die Dinge pragmatisch anzupacken.

Dabei wird man auch in gewissen Fällen kaum Resultate erwarten dürfen. Dies gilt etwa für schweizerische Investitionen in Süditalien[20], für welche kein Interesse besteht. Für eine diesbezügliche Erkundigungsreise sind erst nach einem wiederholten Anlauf lediglich zwei schweizerische Industrielle[21] und ein Bankier[22] gewonnen worden. Es handelt sich bei diesem kommenden Anlass um blosses window-dressing.

Hingegen wäre die Frage prüfenswert, ob im Bereich der Steuerfragen von schweizerischer Seite Entgegenkommen gezeigt werden könnte, indem

---

18. *Vgl. dazu Dok. 70,* dodis.ch/38622, *Anm. 5.*

19. *Vgl. dazu Dok. 173,* dodis.ch/39512.

20. *Vgl. dazu das Protokoll von F. Pometta vom 22. Januar 1973,* dodis.ch/37756; *das Schreiben von F. Pometta an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 24. Mai 1973,* dodis.ch/38128; *den Bericht von E. Moser vom 19. Oktober 1973,* dodis.ch/38131 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 20. Juni 1975,* dodis.ch/38133.

21. *A. Deucher und A. Kurz.*

22. *H. Kaufmann.*

auf das Junktim zwischen der Regelung der Grenzgänger-Besteuerung und dem Abschluss eines generellen Doppelbesteuerungs-Abkommens verzichtet würde. Es wäre dies ein politischer Entscheid, den der Bundesrat zu treffen hätte. (Anlässlich der hier aufgezeichneten Besprechung war kein Vertreter der Eidg. Steuerverwaltung anwesend).

Alles in allem genommen ist nicht aus den Augen zu verlieren, dass bei der Regelung der Fremdarbeiter-Fragen im Verhältnis zwischen der Schweiz und Italien in der Vergangenheit ausserordentliche Fortschritte erzielt worden sind. Wir haben grosse Konzessionen gemacht und uns dabei sehr exponiert. Im Vergleich zu anderen Ländern stehen wir keineswegs schlecht da. Die Italiener scheinen manchmal zu übersehen, wie gut sie im Grunde genommen mit uns stehen. Die grösste Schwierigkeit wird in Zukunft darin liegen, ob das bewahrt werden kann, was bis heute erreicht worden ist. So besteht bei der Behandlung der erwerbstätigen Ausländer eine grosse Tendenz zum Rotationssystem ohne Nachzug der Familien.

Das beste Vorgehen würde deshalb darin liegen, in aller Stille und möglichst unauffällig zu handeln. Jedes Aufsehen im weiteren Vorgehen kann nur das Gegenteil von dem bewirken, was Italien von uns erwartet. Nur die Summe von kleinen Fortschritten kann zu einem Resultat führen, das beide Seiten befriedigt. Dies wird nur dann erreicht werden, wenn auch darauf verzichtet wird, bestimmte Fragen hochzuspielen, wie dies auf italienischer Seite etwa im Bereiche der Krankenversicherung der Fall ist.

6. Folgende Schlussfolgerungen drängen sich auf:

a) Für Gesamtverhandlungen auf politischer Ebene fehlt zurzeit die hiefür notwendige Substanz, um zu Ergebnissen zu gelangen, die beide Seiten befriedigen könnten.
b) Beide Seiten sind die Verpflichtung eingegangen, die Gemischte Kommission einzuberufen. Sollte Italien sie tatsächlich einhalten wollen, so müssten wir darauf eingehen.
c) In schweizerischer Sicht empfiehlt es sich indessen, in den Unterkommissionen weiterzuarbeiten, auch wenn dabei kurzfristig keine spektakulären Ergebnisse zu erwarten sind.

36

dodis.ch/37657

Exposé du 29 août 1973 du Directeur général de la Banque nationale suisse, A. Hay, à l'occasion de la Conférence des ambassadeurs[1]

Tour d'horizon sur la situation monétaire internationale[2]

Depuis la dernière Conférence des ambassadeurs de septembre 1972[3], l'année a été extrêmement agitée dans le domaine monétaire, que ce soit sur le plan national ou sur le plan international.

1. *Sur le plan national*, des mesures anti-conjoncturelles ont été prises le 20 décembre 1972[4] (les ordonnances d'exécution le 10 janvier 1973[5]) et visaient les secteurs du crédit, de la construction, des amortissements fiscaux, de la surveillance des prix, des salaires et des bénéfices; le 23 janvier 1973, la Banque nationale a renoncé à intervenir sur le marché des changes[6], cessant par là de créer de nouvelles liquidités internes; le 19 février 1973[7], le Conseil fédéral et la Banque nationale ont cherché à éviter que le cours du dollar ne descende notablement au-dessous de 2,38 ½ (après la dévaluation de 10% du dollar) et ce jusqu'au retour du cours fixe; dès le 23 février 1973, la Banque nationale a renoncé à intervenir sur le marché. (On trouvera en annexe un tableau[8] distribué aux participants, sur lequel on peut constater la chute impressionnante du dollar qui correspond à une réévaluation du franc suisse).

2. *Sur le plan international*, cette période a aussi été très agitée: dévaluation du dollar[9] de 10% les 12 et 13 février 1973; réévaluation du deutsch Mark[10] de 3% le 11 mars 1973 et de 5,5% le 29 juin 1973; réévaluation parallèle du Schilling autrichien[11] de 2 ¼% le 14 mars 1973 et de 4,8% le 2 juillet 1973; flottement du yen[12] dès le 13 février 1973 (donc après la dévaluation du dollar). Il serait cependant erroné de comparer les politiques japonaises et suisse: les autorités japonaises ont cherché à stabiliser le yen à un niveau correspondant à celui qu'il occupait avant la dévaluation du dollar, alors que la Suisse a adopté

---

1. *Exposé:* CH-BAR#E2004B#1987/77#19* (a.133.41). *Sur la Conférence des ambassadeurs du 29–31 août 1973, cf. le procès-verbal du Département politique,* dodis.ch/35711.
2. *Cf. aussi l'exposé de E. Brugger du 21 août 1973,* dodis.ch/39675.
3. *Cf. le procès-verbal du Département politique du 30 août au 2 septembre 1972,* dodis.ch/34597.
4. Arrêté fédéral instituant des mesures dans le domaine du crédit *du 20 décembre 1972, RO, 1972, pp. 3121–3126.*
5. *Cf. doc. 7,* dodis.ch/39504, *note 13.*
6. *Cf. doc. 3,* dodis.ch/39503.
7. *PVCF N° 293 du 19 février 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#791*. *Cf. aussi le télégramme du Département politique à diverses représentations suisses du 19 février 1973,* dodis.ch/40807.
8. *Pour l'annexe, cf.* dodis.ch/37657.
9. *Cf. doc. 7,* dodis.ch/39504, *note 4.*
10. *Cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 29 juillet 1973,* dodis.ch/39606 *et le télégramme N° 37 de l'Ambassade de Suisse à Cologne au Département politique du 14 mars 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1534* (C.41.121.0).
11. *Cf. la lettre de H. Zimmermann à P. R. Jolles du 14 mars 1973,* dodis.ch/40592.
12. *Cf. doc. 128*, dodis.ch/39647, *note 10.*

une attitude tenant compte de la politique de la CEE[13]. Celle-ci a en effet adopté le système de parités fixes en laissant flotter ses monnaies par rapport au dollar (système du block-floating); la livre sterling et la lire sont toutefois restées à l'écart. Ces différentes mesures monétaires sont le résultat de crises sérieuses: en janvier-février jusqu'à la dévaluation du dollar; en mars jusqu'à la réévaluation du deutsch Mark et au block-floating; en juin jusqu'à la réévaluation du deutsch Mark et du Schilling autrichien; en juillet, où ces crises ont été surmontées par l'annonce faite par les États-Unis à Bâle d'augmenter la limite des swaps.

Les Conférences internationales n'ont pas manqué: Conférence des Ministres des finances et des Gouverneurs des banques centrales du «Groupe des Dix» élargi à Paris, les 9 et 16 mars 1973[14], avec le concours de la Suisse; Conférence des Neuf de la CEE[15].

Lors de chaque crise, on a pu constater d'énormes afflux de dollars, absorbés en grande partie par la Deutsche Bundesbank et évités par la Suisse dès la fin du mois de février.

3. *Quant au prix de l'or*[16], on a pu constater des mouvements erratiques sur le marché de l'or: 66,80 le 3 août 1972, 123,50 le 29 juin 1973, 160,50 le 27 août 1973, la fluctuation à la hausse correspondant ainsi à la baisse du dollar.

On peut estimer que le cours du dollar est sous-évalué et que le franc suisse est sur-évalué. Par contre, la relation avec le deutsch Mark n'est pas satisfaisante: le franc suisse est trop bon marché, ce qui peut avoir des incidences sur la conjoncture intérieure (importation de biens trop chers, d'où une inflation accrue) et sur les exportations (dans une mesure beaucoup moins importante).

4. Toutes ces modifications se dessinent sur l'arrière-plan peu satisfaisant d'une *inflation mondiale*: la moyenne annuelle d'inflation des pays de l'OCDE est de 7,5%, celle de la Suisse de 8,5% alors que récemment encore les États-Unis baissaient cette moyenne.

Un effort de coordination a été fait dans les organismes internationaux[17] (OCDE, CEE) car la lutte doit se faire sur le plan mondial. Cet effort a été rendu d'autant plus difficile que les pays prenaient unilatéralement des mesures.

---

13. *Sur le flottement concerté des monnaies de six membres des Communautés européennes, cf. le télégramme N° 33 de l'Ambassade de Suisse à Cologne au Département politique du 13 mars 1973,* dodis.ch/39602 *et le télégramme de la Division du commerce du Département de l'économie publique à diverses représentations suisses du 15 mars 1973,* dodis.ch/39690. *Sur la question d'une participation de la Suisse au serpent monétaire européen, cf. doc. 141,* dodis.ch/39506; *doc. 161,* dodis.ch/39509 *et doc. 170,* dodis.ch/39508.

14. *Cf. le PVCF de décision II de la 2ème séance extraordinaire du 10 mars 1973,* dodis.ch/39573; *la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 14 mars 1973,* dodis.ch/39689 *et le PVCF de décision II du 16 mars 1973 de la 3ème séance extraordinaire du 14 mars 1973,* dodis.ch/39575. *Sur les Gouverneurs des banques centrales, cf. aussi doc. 96,* dodis.ch/39094.

15. *Cf. note 13.*

16. *Cf. la notice de B. Müller à N. Celio du 16 novembre 1973,* dodis.ch/39623; *le procès-verbal N° 43 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 10 janvier 1974,* dodis.ch/39497 *et la notice de E. Thurnheer d'avril 1974,* dodis.ch/39677.

17. *Cf. le PVCF N° 1065 du 3 juillet 1974,* dodis.ch/39678; *la notice de P. R. Jolles à E. Brugger et A. Hasler du 27 mars 1975,* dodis.ch/39674. *Sur l'OCDE, cf. doc. 5,* dodis.ch/39496 *et sur la CEE, cf. note 13.*

L'ensemble de ces mesures anti-inflationnistes[18] a conduit à des hausses spectaculaires des taux d'intérêt, notamment en Allemagne, en Grande-Bretagne et aux États-Unis; en Suisse, les taux d'intérêt ont également augmenté, mais dans une mesure beaucoup plus faible.

5. Cette inflation explique le *paradoxe suivant*: malgré le chaos monétaire (taux flottant, variations considérables des changes), on assiste à un accroissement considérable du PNB et le commerce mondial ne s'est jamais si bien porté. L'explication en est simple: une telle situation inflationniste incite les consommateurs à acheter plutôt qu'à épargner.

La lutte contre l'inflation comporte elle aussi certains risques, notamment le ralentissement conjoncturel.

6. Peut-être commence-t-on à entrevoir la sortie du tunnel: *la hausse récente du cours du dollar* s'explique par plusieurs facteurs:

a) *l'amélioration de la balance commerciale des États-Unis*, qui a connu des surplus en avril ($ 196 Mio.) et en juillet ($ 106 Mio.); pour les sept premiers mois de 1973, le déficit commercial a été de $ 703 Mio. contre $ 3'825 Mio. pour la même période en 1972; les exportations ont fortement augmenté, leur croissance pouvant même être plus considérable si le marché intérieur devenait moins expansif;
b) *les surplus de la balance des paiements des États-Unis* sur la base des règlements officiels en juillet; ainsi les engagements américains en dollars à l'égard des banques centrales étrangères ont diminué;
c) *la hausse des taux d'intérêt américains*, qui attirent par là les fonds à court terme;
d) *le renversement sensible des tendances d'investissements*: les investissements étrangers directs aux États-Unis sont plus importants alors que les investissements américains à l'étranger diminuent;
e) *l'annonce d'un important excédent commercial de l'Allemagne* n'a pas pesé sur le cours du dollar;
f) *le changement sensible de la balance commerciale et de la balance des paiements du Japon* a amené une forte réduction des surplus;
g) *l'annonce que les travaux sur la réforme monétaire avancent de manière positive*.

Tous ces éléments ont favorisé la hausse du cours du dollar: toutefois la situation est encore précaire, des rechutes sont possibles et probables. D'autres éléments contrebalancent les points positifs mentionnés plus haut: le peu d'amélioration de la situation interne américaine, l'inflation, la hausse des prix, le chômage très élevé, l'aspect psychologique (Watergate), la prévision d'un ralentissement économique, notamment.

Ces considérations montrent qu'un retour aux parités fixes ne se fera pas dans l'immédiat. Le meilleur équilibre des balances des paiements, notamment de celle des États-Unis, est la condition sine qua non du succès des travaux sur la réforme monétaire internationale. Or tel n'est pas le cas: les excès de création

---

18. *Cf. l'exposé de E. Stopper du 22 juin 1973,* dodis.ch/39618; *la notice de J. Zwahlen du 16 décembre 1974,* dodis.ch/39679 *et le PVCF de décision II du 30 décembre 1974 de la séance spéciale du 20 décembre 1974,* dodis.ch/39577, *p. 13.*

du dollar s'ajoutent aux dollars accumulés, déjà beaucoup trop importants. La confiance dans le dollar est donc un élément essentiel, même si on l'emploie moins comme moyen de règlement.

7. *Les travaux sur la réforme du système monétaire international* ont vu des progrès dans la question du processus d'ajustement. Les parties se sont mises d'accord sur le principe de cours stables, mais ajustables; quant au processus d'ajustement des déséquilibres, il n'y a pas d'automatisme, mais une consultation avec la prise en considération de toutes les indications disponibles et pas seulement de l'évolution des réserves, comme le désiraient les États-Unis.

Les parties se sont mises rapidement d'accord sur le fait que les droits de tirage spéciaux joueront un rôle plus important à l'avenir. Par contre des désaccords subsistent quant à la définition des droits de tirage spéciaux, les liens avec les pays en voie de développement, leur rémunération, le rôle de l'or et des monnaies de réserve, le régime de convertibilité, etc. Les questions de mouvements de capitaux spéculatifs, du marché de l'eurodollar, de la consolidation des balances du dollar demeurent encore ouvertes; les problèmes posés par le pétrole n'ont également pas été encore éclaircis.

8. *La situation en Suisse* est toujours caractérisée par la hausse des prix excessive, le manque de main-d'œuvre[19], etc., ce qui nécessite plus que jamais le maintien des mesures restrictives. Les mesures sur le crédit[20] doivent être renouvelées pour l'année allant du 1er août 1973 au 31 juillet 1974; or, de fortes pressions ont été exercées pour les alléger, notamment en prévision du vote de décembre 1973.

Certaines lueurs apparaissent: les mesures sur le crédit commencent à agir, dans le secteur de la construction notamment, où l'on observe une compétition accrue; une diminution des constructions industrielles et une réduction des investissements.

Depuis que la Banque nationale n'intervient plus sur le marché des changes, la masse monétaire a été stabilisée; elle reste cependant très élevée[21].

---

19. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/38402, *en particulier notes 2, 3 et 4.*

20. *Cf. note 4. Sur les prolongations des mesures, cf. le PVCF N° 137 du 30 janvier 1974,* dodis.ch/39624; *le PVCF de décision II du 30 décembre 1974 de la séance spéciale du 20 décembre 1974,* dodis.ch/39577, *p. 14; le procès-verbal N° 692 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 19 juin 1975,* dodis.ch/39641; *la notice de E. Thurnheer à P. Graber du 4 juillet 1975,* dodis.ch/39668; *le PVCF N° 39 du 10 janvier 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#790*; *le PVCF N° 31 du 8 janvier 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#814* *et le PVCF N° 1258 du 9 juillet 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#820*.

21. *Cf. le procès-verbal de P. Thomann de la séance de la Commission des finances du Conseil national du 15 mai 1974 ,* dodis.ch/39662 *et le PVCF N° 1257 du 9 juillet 1975,* dodis.ch/39670.

37

dodis.ch/39289

Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

DIE TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ MIT DEN LÄNDERN DES MEKONGGEBIETES: THAILAND, LAOS, KHMER UND SÜDVIETNAM

Bern, 30. August 1973

Kennzeichen der Entwicklung des Mekonggebietes ist die regionale Zusammenarbeit der vier Anliegerstaaten des Mekongflusses.

Auf Anregung der «Economic Commission for Asia and the Far East» (ECAFE) der UNO haben die Regierungen von Thailand, Laos, der Republik Khmer und Südvietnam im Jahre 1957 eine Organisation für regionale Zusammenarbeit, das «Comittee for Coordination of Investigations of the Lower Mekong Basis» («Mekong-Komitee») gegründet. Dieses Komitee unternimmt es, mit dem Beistand der internationalen Organisationen und der Industrieländer die wirtschaftliche Entwicklung im Mekongbecken zu beschleunigen. Stromerzeugung, Bewässerung zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, Verbesserung der Fischerei, Aufbau der Industrie, Schaffung der nötigen Transportsysteme, Hochwasserschutz etc. sollen massgeblich dazu beitragen, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Neben dem Mekong-Komitee besteht ein beratendes Gremium von international anerkannten Fachleuten, das «Mekong Advisory Board», welches das Mekong-Komitee in wirtschaftlichen, technischen und politischen Fragen berät und naturgemäss einen grossen Einfluss auf die Mekongplanung hat. Ihm gehört u. a. Herr Dr. Viktor Umbricht an, der dieses Jahr zu seinem Vorsitzenden gewählt wurde[2].

Die technische Zusammenarbeit hat sich nach mehrfachem Ersuchen entschlossen, engeren Kontakt mit dem Mekong-Komitee herzustellen und an die Erschliessungsarbeit beizutragen.

Seit September 1970 stellte die TZ Herrn Dr. V. Umbricht für seine Expertentätigkeit im «Advisory Board» einen Bauingenieur als technischen Sekretär[3] zur Verfügung, der die umfangreiche Dokumentation studiert und Stellungnahmen zu vorgeschlagenen Projekten teilzeitlich vorbereitet. Dieser

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#470* (t.311). *Verfasst und unterzeichnet von E. Peyer. Kopie an R. Wilhelm, P. Wiesmann, H. Joss und H. Schildknecht.*

2. *Vgl. dazu die Notiz von A. R. Hohl an P. Graber vom 14. August 1973,* dodis.ch/39163 *sowie das Schreiben von E. Thalmann an V. Umbricht vom 23. August 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#1078* (t.811-01(1)).

3. *M. Hinderling. Vgl. dazu die Projektanträge Nr. 153 von R. Wilhelm vom 8. Juni 1970 und Nr. 282 von E. Peyer an den Delegierten für technische Zusammenarbeit vom 29. November 1971,* CH-BAR#E2005A#1983/18#1137* (t.811-01(1)). *Für das Pflichtenheft vgl. die Notiz von R. Wilhelm vom 16. April 1970, ibid.*

Ingenieur soll 1974 durch Herrn Dr. Ing. R. Sontheim, Verwaltungsmitglied der BBC, ersetzt werden.

Die TZ beauftragte 1969 ein Konsortium beratender Ingenieurunternehmungen Elektro-Watt und Motor Columbus, im Rahmen der Gesamtentwicklung des Mekongraumes zwei Feasibility-Studien durchzuführen[4].

In der *Republik Khmer*[5] unternahm das Konsortium eine Studie zur Nutzbarmachung der Wasservorräte zur Bewässerung und zur Stromversorgung der Provinz Battambeng[6], welche durch die kriegerischen Ereignisse unterbrochen wurde.

In *Thailand* untersuchte das Konsortium die Verwendungsmöglichkeiten von Grundwasser und Oberflächenwasser für landwirtschaftliche Bewässerung in der rückständigen Nordprovinz Chiang Rai und ist gegenwärtig daran die Detailpläne für zwei Modellprojekte auszuarbeiten, die von der TZ evtl. in Kombination mit Finanzhilfe finanziert werden sollen[7].

Für diese Studien in der Republik Khmer und Thailand wurden bisher Kredite von 1,3 Mio. bzw. 1,94 Mio. Franken bewilligt[8].

Das gleiche Konsortium war auch mit der Analyse und Planung der Braunkohleverwertung in Nordthailand beauftragt worden. Für dieses 1972 abgeschlossene Projekt wurden Bundesmittel in der Höhe von Fr. 230'000 beansprucht[9], die schliesslich zu einem Regierungsauftrag von über 5 Mio. Fr. an dasselbe Konsortium für die Detailprojektierung und Bauleitung des

---

4. Mae Moh Lignite Project. Feasibility Study *von Elektro-Watt und Motor Columbus vom Oktober 1971,* CH-BAR#E2005A#1983/18#819* (t.311.008) *sowie* Water Resources Survey and Development Plans. Chiang Rai Province, Thailand *von Elektro-Watt und Motor-Columbus vom Juli 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#598* (C.41.731.0). *Zum Auftrag vgl. die Notiz von H. Schildknecht an den Delegierten für technische Zusammenarbeit vom 6. Januar 1969,* CH-BAR#E2005A#1980/82#1186* (t.811-01(1)).

5. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur Republik Khmer vgl. die Notiz von D. Werner vom 5. April 1973,* dodis.ch/39286; *das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 11. Juli 1973,* dodis.ch/39287; *das Schreiben von R. Hartmann an E. Thalmann vom 31. Juli 1973,* dodis.ch/39288; *das Schreiben von M. Feller an E. Thalmann vom 10. Dezember 1973,* dodis.ch/39290; *das Schreiben von R. Hartmann an E. Thalmann vom 17. Mai 1974,* dodis.ch/39291; *die Notiz von A. R. Hohl an P. Graber vom 19. Juni 1974,* dodis.ch/39292; *das Telegramm Nr. 91 von A. Natural an das Politische Departement vom 17. April 1975,* dodis.ch/39293; *das Schreiben von H. Kaufmann an eine Schulklasse vom 27. Mai 1975,* dodis.ch/39294 *sowie das Schreiben von H. Langenbacher an E. Thalmann vom 25. November 1975,* dodis.ch/39295.

6. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#479* (t.311.2) *sowie* CH-BAR#E2200.101-02#1988/57#45* (531.315.3).

7. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 321 von S. Marcuard vom 18. Oktober 1972,* CH-BAR#E2005A#1983/18#818* (t.311.006) *sowie das Schreiben von R. Wilhelm an R. Hartmann vom 18. Januar 1972,* CH-BAR#E2200.101-02#1988/57#43* (531.315.1). *Zu den Studien in Chiang Rai vgl. Doss.* CH-BAR#E2200.101-02#1988/57#46* (531.315.4).

8. *Vgl. dazu die Notiz von H. Schildknecht an den Delegierten für technische Zusammenarbeit vom 6. Januar 1969,* CH-BAR#E2210.5#1992/34#280* (714.424.1) *sowie den Projektantrag Nr. 45 von H. Schildknecht vom 28. Mai 1969,* CH-BAR#E7110#1980/63#318* (799.1.2).

9. *Schlussabrechnung des Delegierten für technische Zusammenarbeit vom 17. April 1972,* CH-BAR#E2005A#1983/18#819* (t.311.008).

Kraftwerkes führte, welcher[10] mit einem Kredit der ADB von rund 22 Mio. $ finanziert wird[11].

Ebenfalls in Thailand wurden schon 1963 und 1965 für den Ausbau des Hochspannungslaboratoriums der Chulalongkorn-Universität in Bangkok Bundesbeiträge im Totalbetrag von Fr. 1'100'000 für Experteneinsätze, Materiallieferungen und Stipendien gewährt[12].

An der gleichen Universität wurde in Zusammenhang mit der ETH Zürich ein Laboratorium für wissenschaftliche Photographie eingerichtet[13], für welches die TZ 1972 für Material und einen Ausbildungskurs durch den Direktor des Photolabors der ETHZ[14] Fr. 90'000 bewilligte[15].

Für *Laos* wurden dem schweizerischen Botschafter[16] dieses Jahr Fr. 50'000 zu seiner Verfügung für kleinere Entwicklungsprojekte bewilligt[17]. Diese wurden im Einvernehmen mit der TZ für die Anschaffung einer Reis-Dreschmaschine und 12 Nähmaschinen zur Entwicklung der Heimarbeit in Flüchtlingsdörfern verwendet[18].

Für *Südvietnam* wurde von der Schweiz bisher ausschliesslich humanitäre Hilfe geleistet (I. O.)[19]. Eine grosse Zahl von während der Kriegsjahre ausgearbeiteten Projektstudien und Programmen für technische Zusammenarbeit liegen in Saigon bereit, die sich in den von der südvietnamesischen Regierung ausgearbeiteten «National Economic Development Plan» für 1972 bis 1975 eingliedern[20]. Die anhaltenden Verletzungen des Waffenstillstandes liessen jedoch für die TZ bisher keinen Einsatz zu.

Ganz allgemein ist Herr Botschafter R. Hartmann neben Herrn Dr. V. Umbricht über alle Details der Mekongstaaten sehr gut informiert und setzt sich tatkräftig für einen schweizerischen Beitrag an die Entwicklung des Mekongraumes ein.

---

10. *Handschriftliche Korrektur aus:* und die.

11. *Vgl. dazu die Pressemitteilung der Asian Development Bank vom 12. Dezember 1972,* CH-BAR#E2005A#1983/18#819* (t.311.008); das *Schreiben von V. Umbricht an P. Wiesmann vom 20. Juli 1973 sowie das Schreiben von R. Hartmann an S. Marcuard vom 28. Juni 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#1078* (t.811-01(1)).

12. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1928 vom 18. Oktober 1963,* dodis.ch/19024.

13. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1978/137#629* (t.311.001).

14. *W. Berg.*

15. *Schreiben von H. Joss an R. Hartmann vom 13. November 1972,* CH-BAR#E2200.101-02#1988/57#89* (771.22(4)).

16. *R. Hartmann.*

17. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 224 von P. Wiesmann an S. Marcuard vom 13. August 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#496* (t.311.1).

18. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Hartmann an S. Marcuard vom 9. Juli 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#495* (t.311).

19. *Vgl. dazu die Notiz von D. Werner an R. Keller vom 12. Juli 1973,* dodis.ch/39162; *das BR-Prot. Nr. 1094 vom 9. Juli 1974,* dodis.ch/39161; *die Notiz von E. Koetschet an die Politische Direktion vom 21. August 1974,* dodis.ch/39164 *sowie die Notiz von A. Bill an P. Graber vom 22. April 1975,* dodis.ch/39165.

20. Four-year national economic development plan, 1972–1975, Republic of Vietnam, Saigon 1972. *Vgl. dazu den Bericht von Motor-Columbus vom 13. August 1973,* CH-BAR#E2005A#1985/101#797* (t.311).

38

dodis.ch/38191

Kreisschreiben des Sicherheitsbeauftragten des Politischen Departements, L. Meier, an die schweizerischen Vertretungen[1]

BESETZUNGEN VON BOTSCHAFTSKANZLEIEN

Vertraulich Bern, 10. September 1973

1. Nachdem innert Jahresfrist Angehörige der Béliers zwei unserer Botschaften, nämlich jene in Paris am 13. Juli 1972 und jene in Brüssel am 3./4. August 1973, besetzten und weitere Aktionen ankündigten, mag es für Sie von Interesse sein zu wissen, wie sich die Dinge abspielten.

a) Paris[2]

Gegen 11.00 Uhr betraten 28 Béliers durch das für Besucher offen stehende Portal das Kanzleigebäude, wobei sie den Türwart von seinem Platz wegwiesen. Daraufhin drangen sie in die auf drei Stockwerke verteilten Büros der Kanzlei ein und verlangten vom Personal, dass es sich in den Hof begebe. Der Kanzleichef[3] weigerte sich, der Aufforderung Folge zu leisten, worauf sie versuchten, ihn in seinem Büro einzuschliessen, doch gelang es ihm, durch eine zweite Türe zu entkommen und das Personal anzuweisen, an Ort und Stelle zu verbleiben. In der Zwischenzeit hatten einige Béliers das Hauptportal des Kanzleigebäudes mit Draht versperrt. Eine Angehörige der Bélier-Gruppe wünschte dann dem Missionschef[4] ein Dokument zu übergeben. Dieser erklärte sich bereit, eine Abordnung zu empfangen, vorausgesetzt, dass vorher alle übrigen Béliers das Gebäude verlassen. Da die Béliers sich dieser Bedingung nicht fügten, kam das Treffen nicht zustande.

Ursprünglich hatten die Eindringlinge die Absicht bekundet, die Räumlichkeiten während 24 Stunden besetzt zu halten. Angesichts der Tatsache, dass unser Personal an seinen Arbeitsplätzen verharrte, erklärten sie sich schliesslich bereit, um 17.00 Uhr, d. h. bei Büroschluss, das Gebäude zu verlassen, sofern die französische Polizei nicht alarmiert werde. Punkt 17.00 Uhr zogen die Béliers ab, nachdem sie zuvor die Lokalitäten gereinigt hatten.

Obwohl die französische Polizei sich von sich aus bereit erklärt hatte, die Kanzlei von den Eindringlingen zu räumen, wurde auf deren Eingreifen verzichtet. Hätten sich die Béliers hingegen um 17.00 Uhr nicht zurückgezogen, wäre ein Polizeieinsatz erwogen worden.

---

1. *Kreisschreiben (Kopie):* CH-BAR#E2024B#2001/146#1213* (a.595.31).
2. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Bauermeister an A. Janner vom 31. Juli 1972,* dodis.ch/40889; *den Bericht von M. Guélat vom 31. Juli 1972,* dodis.ch/40890; *das BR-Prot. Nr. 1848 vom 11. Oktober 1972,* dodis.ch/37108 *sowie das Schreiben von E. Bauermeister an A. Janner vom 1. Februar 1974,* dodis.ch/40891.
3. *M. Guélat.*
4. *P. Dupont.*

b) Brüssel[5]

Um 11.00 Uhr wünschten vier Schweizerbürger den Kanzleichef[6] zu sprechen, denn ihr Automobil sei abgeschleppt worden. Als der im Warteraum postierte Weibel[7], im Auftrage des Kanzleichefs, der Polizei telephonierte, drangen weitere 24 Personen ein (von den 28 Béliers waren 6 weiblichen Geschlechts und 8 minderjährig)[8]. Sie forderten das Personal – der Missionschef[9] war abwesend – auf, sofort die Kanzlei zu verlassen; in einigen Fällen wurde dabei Gewalt angewendet. Unserem Personal war es zum Teil verwehrt worden, die Akten wegzuräumen und die Aktenschränke abzuschliessen.

Die herbeigerufene Polizei überwachte die Ausgänge der im 9. Stockwerk eines Bürogebäudes befindlichen Kanzlei, und als im Laufe des Vormittages des 4. August die Béliers die Besetzung beendeten, wurden sie, auf unseren Wunsch hin, zwecks Identifikation von der Polizei weggeführt.

Vor ihrem Auszug hatten die Eindringlinge die Lokalitäten gereinigt. Sie liessen eine 20-Franken-Note zurück, um damit die in der Kanzlei vorhandenen, durch sie verbrauchten Vorräte an Kaffee und Gebäck zu bezahlen. Sie hatten gewünscht, dass, bevor sie die Lokalitäten räumten, ein Vertreter der Botschaft einen Augenschein nehme; diesem Begehren wurde nicht stattgegeben.

Im Büro des Kanzleichefs wurde später eine handgeschriebene Aufzeichnung gefunden, auf der die Nummern der einzelnen Büros eingetragen und neben jeder Nummer einige Namen aufgeführt waren. Da diese Namensliste nicht identisch ist mit derjenigen, welche die Polizei erstellte, muss angenommen werden, dass es sich um ein vor der Besetzung verfasstes «Pflichtenheft» handelte.

c) Sowohl in Paris wie in Brüssel kam es zu keinen grösseren Gewaltanwendungen; es gab auch keine nennenswerten Beschädigungen.

Sobald einmal die Béliers ihr Ziel – Mobilisierung der Massenmedien – erreicht hatten, zeigten sie sich weniger kriegerisch; die Identifikation in Brüssel verlief reibungslos.

2. Beide Male war es den Béliers gelungen, den Überfall heimlich vorzubereiten; jedenfalls hatten weder die betroffenen Botschaften noch die Behörden in Bern eine Vorwarnung erhalten. Sollten sie die in Aussicht gestellten weiteren Aktionen verwirklichen, ist damit zu rechnen, dass auch diese in aller Stille organisiert werden.

---

5. *Zum Ablauf der Ereignisse sowie zur gleichzeitigen Besetzung der belgischen Botschaft in Bern vgl. die Notiz von H. Walder an K. Furgler vom 9. August 1973,* dodis.ch/38196.

6. *A.-J. Sandoz.*

7. *E. Koninckx.*

8. *Für die Liste der involvierten Personen sowie die juristischen Folgen der Besetzung vgl. das BR-Prot. Nr. 1811 vom 31. Oktober 1973,* dodis.ch/38192. *Zur juristischen Aufarbeitung vgl. ferner die Note der schweizerischen Botschaft in Brüssel an das belgische Aussenministerium vom 27. September 1973,* dodis.ch/38197 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 21. August 1973 der 28. Sitzung vom 10. August 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*, *S. 5.*

9. *H. Monfrini.*

3. Abwehrmassnahmen[10]

Die einfachste Lösung würde wohl darin bestehen, dass die Eingangstüren zu den Kanzleien stets verschlossen bleiben und Besucher nur einzeln eingelassen werden. Dieses Vorgehen wird sich jedoch an den wenigsten Orten bewerkstelligen lassen, sei es mangels Personal, sei es, weil sich die bauliche Anordnung dazu nicht eignet, sei es, weil der tägliche Besucherstrom einfach zu gross ist.

Es wurde auch schon die Idee geäussert, die Bürotüren gegen den Warteraum hin stets abzuschliessen, wobei der in diesem Raum postierte Weibel die Besucher telephonisch bei den einzelnen Mitarbeitern anmelden und sie bis zu deren Bürotüre begleiten sollte, die dann auf ein bestimmtes Klopfzeichen von ihnen geöffnet würde. Was geschieht aber, wenn eine mit Proviant ausgerüstete Gruppe den Warteraum besetzt, den Weibel entweder hinauswirft oder als Geisel nimmt und das in seinen Arbeitsräumen eingeschlossene Personal belagert, bis dieses aus irgendeinem Grunde diese verlassen muss? Sollte es den Eindringlingen gar gelingen, die Telephonverbindungen nach aussen hin zu unterbinden, könnte nicht einmal die Polizei zum Eingreifen aufgefordert werden.

In Anbetracht dieser Sachlage werden die Bemühungen sich besonders daraufhin richten müssen, zu verhindern, dass Akten, Passformulare, Geld etc., in die Hände Unbefugter – wer dieser auch immer sei – fallen. Aus diesem Grunde sollte jede Mitarbeiterin/jeder Mitarbeiter an ihrem/seinem Arbeitsplatz nur die Akten des gerade in Behandlung stehenden Falles aufliegen haben; alle übrigen Dokumente wären unter Verschluss zu halten. – Entgegen der mancherorts befolgten Praxis sollte der Kassenschrank jedesmal, nachdem etwas hineingetan oder herausgenommen wurde, wieder ganz verschlossen werden. – Ein besonderes Problem stellen die Aktenschränke in der Registratur dar. Hier wäre es eventuell angezeigt, die Zugangstüre(n) geschlossen zu halten, damit bei einem Überfall noch genügend Zeit verbleibt, um die Aktenbehältnisse abzuschliessen.

Ich bin mir bewusst, dass jede dieser Vorkehren den Arbeitsablauf behindert, gleichwohl möchte ich Sie einladen abzuklären, ob Sicherheitsmassnahmen getroffen werden könnten und wenn ja, entsprechende Weisungen zu erteilen. In diesem Zusammenhang muss ich Sie allerdings darauf aufmerksam machen, dass Sie mit keinen Personalvermehrungen rechnen dürfen. Auch im baulichen Sektor kann, mangels Zahlungskrediten, praktisch nichts unternommen werden.

---

10. *Vgl. dazu die Notiz von E. Fasel vom 7. August 1973,* dodis.ch/38194. *Zu den Sicherheitsmassnahmen in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 47,* dodis.ch/35491; *die Note der amerikanischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 24. Oktober 1972,* dodis.ch/34513 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 26. März 1974 der 11. Sitzung vom 15. März 1974,* CH-BAR#E1003#1994/26#17*, *S. 2.*

39

dodis.ch/38849

Telegramm des Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, Ch. Müller, an die schweizerische Botschaft in Berlin (DDR)[1]

Bern, 18. September 1973

Unser 92[2]. Der Unterzeichnete hat heute 11.30 Uhr Botschafter Ullrich empfangen[3] und ihm folgende mündliche Mitteilung gemacht.

«Zwei Bürger[4] der DDR sind am vergangenen 12. September verhaftet worden. Die laufende Ermittlung hat ergeben, dass diese miteinander verheirateten Personen, welche bei der Firma Sulzer in Winterthur angestellt waren, sich mit Hilfe von gefälschten Pässen und unter vorgetäuschter Identität als Schweizerbürger mit Namen ‹Kälin›[5] ausgaben. Anhand von unwiderlegbarem Beweismaterial sind die beiden Agenten im Auftrag der ‹Verwaltung für Koordinierung› der Volksarmee seit dem Jahre 1967 einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit nachgegangen, die in erster Linie militärischer Natur war, und die auch den wirtschaftlichen und den politischen Bereich umfasste. Es sind Sende- und Empfangsgeräte sichergestellt worden, mit denen die beiden DDR-Bürger mit der Sendestation DDU-2 Kagel-Strausberg bei Berlin Verbindung aufrechterhielten. Der gefundene schriftliche Hauptauftrag und namentlich die mit Hilfe der entdeckten Code-Unterlagen dechiffrierten Telegramme, die ermittelt worden sind, lassen über Art und Umfang der illegalen Tätigkeit beider Geheimdienstagenten und über die Schwere ihrer gegen die Schweiz gerichteten Vergehen keinerlei Zweifel offen[6].

Der schweizerische Bundesrat hat sich an seiner gestrigen Sitzung mit dieser bedauerlichen Angelegenheit befasst[7]. Er liess sich über diese widerrechtlichen Handlungen auf schweizerischem Hoheitsgebiet orientieren und hat davon mit Befremden Kenntnis genommen. Der Bundesrat protestiert in aller Form gegen diese Machenschaften, und ich ersuche Sie, Ihre Regierung davon zu unterrichten. Ich muss auch darauf hinweisen, dass derartige Vorkommnisse es

---

1. *Telegramm Nr. 95 (Empfangskopie):* CH-BAR#E2200.56-05#1997/99#60* (422.3). *Erhalten:* 18. September 1973, 14:40 Uhr.
2. *Telegramm Nr. 92 von K. Fritschi an die schweizerische Botschaft in Berlin (DDR) vom 14. September 1973, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller vom 18. September 1973,* dodis.ch/38841.
4. *H.-G. Wolf und G. Wolf-Klie.*
5. *H. F. Kälin und G. Kälin-Meissner. Zum Problem der Identifikation von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern in der DDR und allgemein im Ausland vgl. das Schreiben von H. Miesch an E. Thalmann vom 14. Juli 1975,* dodis.ch/38851 *sowie die Notiz von L. Meier vom 6. August 1975,* dodis.ch/39013.
6. *Zur Ermächtigung zur Strafverfolgung von H.-G. und G. Wolf-Klie wegen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nachrichtendiensts, militärischen Nachrichtendiensts gegen fremde Staaten sowie Wahlfälschung durch die Bundesanwaltschaft vgl. das BR-Prot. Nr. 1051 vom 3. Juli 1974,* dodis.ch/38859.
7. *Vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 18. September 1973 der 34. Sitzung vom 17. September 1973,* dodis.ch/39654.

ausserordentlich erschweren, die erst vor kurzem aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik[8] im Interesse beider Staaten auszubauen und zu vertiefen, wie dies dem schweizerischen Wunsche entsprechen würde.»

Der Text wurde dem Botschafter auf einem neutralen Papier noch ausgehändigt. Ullrich zeigte sich sehr überrascht durch diese Affäre, die seinen Instruktionen, mit der Schweiz gute Beziehungen aufzubauen, direkt zuwiderlaufe. Es wurde ihm angedeutet, dass seine Überraschung verständlich sei, da wir keine Veranlassung hätten, eine Beteiligung der Botschaft zu vermuten, es sei aber klar erwiesen, dass die erwähnte militärische Stelle als Auftraggeber für die Spione handle und der Protest richte sich deshalb an seine Regierung[9].

Heute 14.00 Uhr wird an einer Pressekonferenz[10] die Öffentlichkeit orientiert, wahrscheinlich durch Bundesrat Furgler und Bundesanwalt Walder, wobei auch Beweismaterial verteilt wird.

---

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 179,* dodis.ch/34372; *das BR-Verhandlungsprotokoll Nr. 16 vom 10. Januar 1973,* dodis.ch/39404; *die Notiz von K. Fritschi vom 15. Januar 1973,* dodis.ch/39405 *sowie das BR-Prot. Nr. 298 vom 21. Februar 1973,* dodis.ch/39406.

9. *Für die Reaktion des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR vgl. das Telegramm Nr. 89 der schweizerischen Botschaft in Berlin (DDR) an Ch. Müller vom 24. September 1973, Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4688* (B.11.43).

10. *Pressemitteilung des Informations- und Pressedienstes des Justiz- und Polizeidepartements vom 14. September 1973,* CH-BAR#E4320C#1995/261#37* (06/278). *Zur Berichterstattung in der Presse vgl. Doss.* CH-BAR#E4320C#1995/261#36* (06/278). *Zum weiteren Verlauf der «Affäre Wolf» vgl. Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 5; Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Punkt 1 sowie Dok. 181,* dodis.ch/38920, *Anm. 16 und 17.*

40

dodis.ch/38919

Proposition du Département de l'économie publique au Conseil fédéral[1]

DÉSIGNATION D'UNE DÉLÉGATION OFFICIELLE POUR L'INAUGURATION DE L'EXPOSITION INDUSTRIELLE SUISSE DE SAO PAULO ET DES VISITES DE COURTOISIE À BRASILIA

Berne, *[21 septembre 1973]*

Le Chef du DFEP[2] a eu l'occasion de renseigner le Conseil fédéral[3] sur l'Exposition industrielle suisse qui sera présentée à Sao Paulo du 22 novembre au 2 décembre 1973[4]. D'une part, il s'agit là de la plus importante manifestation de ce genre organisée par la Suisse à l'étranger. D'autre part, le Brésil, pays dont l'économie progresse à un rythme très rapide et régulier, est de loin le princi-

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#799*. *Signée par E. Brugger.*

2. *E. Brugger.*

3. *Cf. doc. 19,* dodis.ch/39607.

4. *Cf. le rapport de H. J. Halbheer du 5 décembre 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#168* (621).

pal partenaire économique de la Suisse en Amérique latine[5]. Aussi, le Conseil fédéral a-t-il déjà décidé de se faire représenter à l'inauguration de l'Expo Suiça par M. Hans Schaffner, ancien Président de la Confédération, qui a accepté ce mandat[6].

M. Schaffner sera accompagné de son épouse. Feront partie de la délégation officielle, sous la conduite de M. H. Schaffner, M. l'Ambassadeur F. Rothenbühler, Délégué aux accords commerciaux, et M. E. H. Léchot, Chef de division, chargé des affaires économiques avec l'Amérique latine. Le Département politique fédéral a déjà donné son agrément à ce sujet[7]. Pour des raisons d'épargne, nous avons renoncé à faire figurer dans la délégation le Vice-Directeur de la Division du commerce[8] responsable des questions de l'Office suisse d'expansion commerciale, d'expositions et de foires.

De son côté, l'OSEC constituera une délégation économique indépendante formée d'une quinzaine d'hommes d'affaires représentant les diverses branches de l'économie suisse[9] et qui voyageront à leurs propres frais.

Fondés sur le programme établi par l'OSEC pour le déroulement de l'exposition[10] et des manifestations connexes ainsi que sur les propositions de notre Ambassade à Brasilia[11], nous envisageons pour l'essentiel l'activité suivante pour la délégation officielle;

- Visites de courtoisie à Brasilia, probablement au Président du Brésil M. E. Garrastazu Medici, au ministre des Affaires étrangères[12], au Ministre des finances[13] et au Ministre de l'industrie et du commerce[14].
- Inauguration de l'Exposition et participation aux manifestations annexes (Chambre suisse du commerce et de l'industrie, colonie suisse, etc.).
- Visite de l'école suisse de Sao Paulo[15].
- Visite d'une entreprise commune de Ciba-Geigy S. A. et Sandoz S. A. à Resende (Industria Quimica Resende S. A.).
- Contact avec des hommes d'affaires suisses de Rio de Janeiro.

Le séjour de la délégation au Brésil durera du 19 au 26 novembre.

Les travaux d'organisation de l'Exposition étant maintenant avancés, le moment paraît venu d'informer l'opinion publique du voyage officiel envisagé[16]. Les entreprises suisses intéressées sont déjà renseignées.

---

5. *Sur le développement des relations commerciales entre la Suisse et le Brésil, cf. DDS, vol. 24, doc. 113,* dodis.ch/33260, *en particulier note 4; DDS, vol. 25, doc. 50,* dodis.ch/35839 *et DDS, vol. 26, doc. 59,* dodis.ch/38918, *note 5.*
6. *Sur les activités des anciens conseillers fédéraux, cf. DDS, vol. 25, doc. 84,* dodis.ch/35747.
7. *Pour l'accord de M. Gelzer et E. Thalmann, cf. la feuille de transmission du 7 septembre 1973 attachée au projet de proposition du 7 septembre 1973, doss. comme note 4.*
8. *H. Hofer.*
9. *Cf. la notice de l'OSEC du 10 septembre 1973, doss. comme note 4.*
10. *Pour le programme, cf. doss. comme note 4.*
11. *Cf. p. ex. la lettre de E. Stadelhofer à P. R. Jolles du 13 juillet 1973, cf. doss. comme note 4.*
12. *M. Gibson Barboza.*
13. *A. Delfim Netto.*
14. *M. V. Pratini de Moraes.*
15. *Cf. le rapport de R. Uzler du 11 octobre 1973,* dodis.ch/39037.
16. *Pour le communiqué de presse, cf.* dodis.ch/38919.

Les indemnités de voyage du Chef de la délégation (rubrique 103.201.04 «Délégations désignées par le Conseil fédéral») et de ses deux accompagnateurs (rubrique 703.301.01 «Débours» de la Division du commerce) ont été fixées par l'Administration fédérale des finances. M. Schaffner souhaite ne pas faire un si long voyage sans être accompagné de son épouse. L'Administration fédérale des finances ne voit pas la possibilité d'allouer à Madame Schaffner une indemnité et de couvrir ses frais de voyage, tandis que nous sommes d'avis que le Conseil fédéral devrait en prévoir la prise en charge par la Confédération.

Nous vous *proposons:*

a) de prendre connaissance de ce qui précède et de l'approuver;

b) de charger l'Administration fédérale des finances de prendre en charge également l'indemnité et les frais de voyage de Madame Schaffner.

c) d'agréer la publication du communiqué ci-joint[17].

17. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 1695 du 10 octobre 1973,* dodis.ch/38919.

41

dodis.ch/37698

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision II de la 30ème séance du 22 août 1973[1]

ÉCHANGES DE VUES: PASSAGE DU DALAÏ-LAMA[2] EN SUISSE

Extrait *[Berne,]* 25 septembre 1973

La venue du dalaï-lama dans notre pays donne à nouveau lieu à une discussion[3]. Le Chef[4] du Département de justice et police commente la proposition[5] de son département. Le problème de l'information apparaît comme étant particulièrement délicat, car l'on peut craindre des fuites. D'autre part, si les renseignements donnés à la presse sont trop parcimonieux, il faudra s'attendre à des critiques. M. *Graber* attire l'attention sur la nécessité de peser chaque mot dans la lettre qui sera adressée à l'avocat[6] du dalaï-lama, eu égard notamment aux explications qu'il faudra donner aux Chinois[7]. Le Chef du Département politique estime que les deux départements intéressés devraient se mettre d'accord sur le texte de la lettre. M. *Furgler* précise que toutes les considérations

1. *PVCF de décision II:* CH-BAR#E1003#1994/26#16*. *Rédigé par J.-M. Sauvant.*
2. *Tenzin Gyatso. Cf. la notice de F. Nordmann à P. Graber du 8 août 1973,* dodis.ch/37701.
3. *Cf. le PVCF de décision II du 22 août 1973 de la 29ème séance du 15 août 1973,* dodis.ch/37699, *pp. 2 s.*
4. *K. Furgler.*
5. *Proposition du Département de justice et police du 22 août 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5208* (B.41.21.0).
6. *J.-F. Lalive.*
7. *Sur les relations de la Suisse avec la République populaire de Chine, cf. doc. 137,* dodis.ch/37700; *doc. 153,* dodis.ch/37707 *et doc. 178,* dodis.ch/37717.

faites par le Chef du Département politique n'ont pas ou que peu de rapport avec la Police des étrangers. L'intervention du Chef du Département de justice et police était tout à fait personnelle; c'est à lui qu'il appartient de mener la lutte contre la propagande politique.

M. *Graber* exprime son désaccord. On ne saurait rendre responsable le Département politique chaque fois qu'il y a des implications extérieures à une affaire. En l'espèce, la politique suisse à l'égard des hôtes étrangers ne relève pas de son département. M. *Gnägi* abonde dans ce sens, tout en relevant que ces problèmes concernent le Conseil fédéral, auquel il appartient de se prononcer sur la base de documents que les départements lui présentent. M. *Brugger* estime que les limites de compétences sont difficiles à fixer. Il ne faut dès lors pas s'étonner que, lorsque quelque affaire a des implications extérieures, on fasse, dans l'opinion publique et dans la presse, une relation immédiate avec le Département politique. C'est là une réaction normale. Le problème du dalaï-lama lui paraît délicat au point qu'il faut ou rédiger différemment le texte de la lettre, ou alors renoncer à un certain nombre de détails. Il est clair, par exemple, que si le dalaï-lama visite la colonie tibétaine de Rikon[8], on peut imaginer que le Conseil communal de la commune intéressée prendra part à cette rencontre. M. *Furgler* précise qu'il a entendu parler de cette affaire pour la première fois lors de la dernière séance. Il n'a pas partagé l'avis du Département politique, estimant que les restrictions apportées à la venue du dalaï-lama étaient excessives[9]. Dans sa proposition, il a tenu compte des considérations politiques, mais il persiste à dire que la décision ne correspond pas à sa conviction profonde. Il est d'avis qu'un communiqué doit être soumis au Conseil fédéral pour qu'il en prenne connaissance. M. *Graber* estime que, sur le fond, son collègue n'a pas fait le tour du problème. L'activité politique d'étrangers en Suisse est aussi très importante. Les règles impératives qui relèvent d'une pratique constante du Conseil fédéral sont valables ici aussi[10]. Il précise que le Département de justice et police est responsable de l'observation de ces règles.

En conclusion[11], le Conseil charge les deux départements intéressés de rédiger en commun la lettre à l'avocat du dalaï-lama ainsi qu'un communiqué[12] qui sera remis à la presse.

[…][13]

---

8. *Sur l'Institut tibétain à Rikon, cf. DDS, vol. 24, doc. 40,* dodis.ch/33131; *DDS, vol. 25, doc. 121,* dodis.ch/35750 *et le procès-verbal du 20 juin 1973,* dodis.ch/37714, *point II.*
9. C*f. le PVCF N° 1904 du 14 novembre 1973,* dodis.ch/37703.
10. *Sur une exposition sur le Tibet, cf. la notice de A. R. Hohl du 10 janvier 1975,* dodis.ch/37705.
11. *Cf. le PVCF N° 1357 du 22 août 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#797*.
12. *Cf. le PVCF N° 1410 du 29 août 1973,* dodis.ch/37702.
13. *Pour la suite de cette affaire, cf. doc. 153,* dodis.ch/37707 *et la notice de P. Luciri du 26 juin 1974,* dodis.ch/37704. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/37698.

42

dodis.ch/38820

Notice interne du Département militaire[1]

GROUPE INTERDÉPARTEMENTAL DE TRAVAIL POUR LES QUESTIONS D'EXPORTATION DE MATÉRIEL DE GUERRE; SÉANCE DU 24. 9. 1973 – 09 H 30[2]

[Berne,] 25 septembre 1973

Fournitures

Le problème de l'octroi d'autorisations d'exportation pour des fournitures suisses à des maisons étrangères fait l'objet principal de cette séance.

L'article 14, al. 2 de l'ordonnance sur le matériel de guerre[3] prescrit que ces demandes d'autorisations doivent mentionner:

a) le rapport entre la valeur des fournitures et le prix de revient du matériel terminé;

b) l'État ou les États auxquels le matériel terminé est destiné.

Les fournitures sont des pièces détachées de matériel de guerre et doivent être traitées comme tel en cas d'exportation. Ce point de vue a été défendu à trois reprises par le Procureur général de la Confédération:

1. dans le co-rapport du 4. 1. 1973 relatif à la proposition du DMF du 11. 12. 72[4] concernant la loi fédérale sur le matériel de guerre[5] et son ordonnance d'exécution. Dans ce co-rapport, le Ministère public proposait de biffer l'art. 14, al. 2 de l'ordonnance, pour éliminer le risque d'ouvrir une voie qui permettrait d'utiliser des pièces détachées pour un produit terminé qui serait finalement destiné à un pays que le Conseil fédéral aurait frappé d'embargo.

2. par sa lettre du 15 janvier 1973[6], le Procureur général de la Confédération souligne les prescriptions pénales de l'art. 17 de la loi visant celui qui fait parvenir à un tiers du matériel de guerre (y compris des pièces détachées) dont il sait ou doit présumer qu'il sera acheminé vers un destinataire auquel il n'aurait pas dû être livré. La négligence étant également punissable.

3. le Procureur général de la Confédération a, dans sa lettre du 7. 8. 73[7], également attiré l'attention du Chef du DFJP sur ce problème.

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E5001G#1985/220#1095* (79.2). *Rédigée par J.-L. Grognuz.*
2. *Présents: M. Gelzer, J.-J. Indermühle, H. Walder, A. Kaech, M. Virot et J.-L. Grognuz.*
3. Ordonnance sur le matériel de guerre *du 10 janvier 1973, RO, 1973, pp. 114–120. Cf. aussi doc. 169,* dodis.ch/38819.
4. *Pour la proposition du Département militaire du 11 décembre 1972 et le rapport joint du Département de justice et police du 4 janvier 1973, cf. le PVCF N° 33 du 10 janvier 1973,* dodis.ch/39464.
5. Loi fédérale sur le matériel de guerre *du 30 juin 1972, RO, 1973, pp. 107–113. Cf. aussi DDS, vol. 25, doc. 68,* dodis.ch/35692.
6. *Lettre de H. Walder à M. Virot et M. Gelzer du 15 janvier 1973,* dodis.ch/40538.
7. *Lettre de H. Walder à K. Furgler du 7 août 1973,* dodis.ch/40539. *Cf. aussi la notice de M. Virot du 8 août 1973,* dodis.ch/40540.

Se basant sur les arguments du DMF, le Conseil fédéral a accepté, le 10. 1. 73[8], les prescriptions actuelles de l'art. 14, al. 2 de l'ordonnance et a demandé au DMF de réunir les expériences qui résultent de l'application de cet article et de présenter un rapport au Conseil fédéral à ce sujet.

Dans sa proposition au Conseil fédéral, du 11. 12. 72, le DMF soulignait l'importance de cette prescription pour l'industrie suisse des armements qui pouvait ainsi garder une certaine capacité de production de matériel de guerre en Suisse en évitant de transférer cette fabrication à l'étranger[9].

Les prescriptions de l'art. 11, al. 2 a de la loi sont précises:

«Aucune autorisation d'exportation ne sera délivrée à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses.»

Le Conseil fédéral lui-même est obligé de respecter cette prescription. Toutes les personnes participant à l'octroi de telles autorisations pourraient être punies sur la base des dispositions de l'art. 17 litt. d. Une déclaration de non-réexportation devrait être exigée dans tous les cas, également pour des fournitures. Accepter les seules indications d'une maison étrangère pourrait être qualifié de négligence si l'on apprenait par la suite que ces fournitures ont été livrées à un pays pour lequel le Conseil fédéral n'aurait pas accordé d'autorisations pour le matériel complet. Il faudrait donc exiger un «end-user»[10].

Il n'est pas toujours possible d'obtenir un tel document, soit que le pays intermédiaire ne l'exige pas pour le matériel terminé, soit que la maison étrangère désire fabriquer sur stock afin de pouvoir livrer plus rapidement le matériel commandé plus tard ou pour organiser sa production d'une manière plus rationnelle (séries plus grandes).

L'application de la clause des 50% (comme EFTA) était légale sous le régime de l'arrêté du Conseil fédéral du 28. 3. 49[11] concernant le matériel de guerre, mais ne l'est plus selon la loi actuelle.

Il faut cependant relever que l'art. 14 de l'ordonnance ne fixe que les renseignements supplémentaires que de telles demandes d'autorisations doivent mentionner: rapport des valeurs et destination finale. Sur la base de ces renseignements, le Conseil fédéral ne pourrait pas accorder des autorisations pour des pays visés par l'art. 11, al. 2 de la loi. Il lui reste par contre une possibilité d'évaluer la situation en tenant compte p. ex. d'un faible % de matériel suisse. La destination finale doit être connue.

La Division juridique du DPF s'est également occupée de ce problème et arrive aux mêmes conclusions. L'art. 14, al. 2 de l'ordonnance pourrait être biffé.

---

8. *PVCF N° 33 du 10 janvier 1973,* dodis.ch/39464.

9. *Cf. p. ex. la notice de J.-L. Grognuz du 7 mars 1974,* dodis.ch/39463 *et le rapport de A. Sommer du 16 août 1974,* dodis.ch/39471.

10. *Pour les exportations vers la Suède, cette condition est modifiée. Le «end-user» ne doit plus être indiqué au moment de la commande. Cf. la lettre de R. Fässler à E. Thalmann du 27 décembre 1973,* dodis.ch/39782; *la lettre de M. Gelzer à B. Turrettini du 25 juin 1974,* dodis.ch/39783 *et la lettre de R. Gerber à E. Thalmann du 6 décembre 1974,* dodis.ch/39784.

11. *PVCF N° 641 du 28 mars 1949,* dodis.ch/6460.

Il est cependant possible que la fourniture de pièces de faible % suisse par rapport au matériel terminé pourrait faire l'objet d'une exception. De ce point de vue, l'art. 14, al. 2 de l'ordonnance conserve une certaine valeur, toujours à la condition que la destination finale soit connue.

Il est décidé:

a) d'adresser un rapport au Conseil fédéral à la fin de l'année 1974[12] en relevant les expériences faites et ces divers points de vue;

b) d'aviser le VSM que l'application de l'art. 14, al. 2 de l'ordonnance a soulevé certaines difficultés et que l'exportation de fournitures suisses, qui doivent être considérées et traitées comme du matériel de guerre, ne pourra être autorisée que lorsque la destination finale sera connue.

Un projet de cette lettre sera soumis au Conseil fédéral avec quelques commentaires[13].

Lors d'une prochaine séance, il faudra préparer une proposition au Conseil fédéral[14] visant à annuler les décisions prises au sujet de pays vers lesquels l'exportation de matériel de guerre suisse est interdite. Les demandes futures seraient soumises au Conseil fédéral de cas en cas.

[…][15]

---

12. *Pour la proposition du Département militaire du 24 octobre 1973, cf. le PVCF N° 1906 du 14 novembre 1973,* dodis.ch/39466.

13. *Pour le projet de lettre de la Chancellerie fédérale du 14 novembre 1973, cf. le PVCF N° 1906 du 14 novembre 1973,* dodis.ch/39466.

14. *Cf. note 12.*

15. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/38820.

43

dodis.ch/39413

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

LA SUISSE ET L'EXÉCUTION DE L'ACCORD DE DELHI[2]

Urgent Berne, 27 septembre 1973

1. L'accord qui a été signé à Delhi le 28 août 1973 entre l'Inde et le Pakistan en vue de régler certaines séquelles de la guerre de décembre 1971[3], mentionne expressément le Gouvernement suisse comme un rouage important. L'article 3, chiffre 9, de cet accord confie en effet à la Suisse le soin de faciliter les opérations de rapatriement et d'échange de populations prévus entre le Pakistan, l'Inde et le Bangladesh. Aussitôt, les Gouvernements de Dacca et d'Islamabad s'adressaient officiellement à la Suisse pour lui demander son concours. Quant à celui de Delhi, il faisait connaître son désir de voir la Suisse se charger d'une tâche de coordination[4].

2. Le Département politique a alors envoyé sur place le Délégué du Conseil fédéral aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger, M. A. Bill, ainsi que son adjoint, M. O. Burkhardt, afin d'étudier dans quelle mesure la Suisse pouvait donner suite à cette requête. Les deux envoyés ont accompli leur mission du 11 au 21 septembre[5]. Ils ont pris tous les contacts nécessaires avec les représentants des Ministères des Affaires étrangères de Delhi, de Dacca et d'Islamabad, ainsi qu'avec les représentants des diverses délégations que le CICR entretient dans le subcontinent indien depuis bientôt deux ans.

3. Les principales tâches qui découlent de l'accord de Delhi sont les suivantes (les chiffres indiqués ci-dessous ont une valeur approximative):

En Inde: 90'000 Pakistanais (73'000 prisonniers de guerre et 17'000 civils) à rapatrier au Pakistan; de plus, il reste à statuer sur le sort de 195 «criminels de guerre».

Au Pakistan[6]: 193'000 Bengalis réclamés par le Bangladesh (dont 51'000 soldats avec leur famille et 46'000 anciens fonctionnaires, ressortissants de l'ex-Pakistan oriental).

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#799*. *Signée par P. Graber.*
2. *Cf. la notice de H. Rossi à P. Graber du 4 septembre 1973,* dodis.ch/40043; *la notice de A.-L. Vallon à la Direction des organisations internationales du Département politique du 28 septembre 1973,* dodis.ch/40046 *et le télégramme de H. Rossi aux Ambassades de Suisse à New Delhi, Islamabad et Dacca du 9 octobre 1973,* dodis.ch/40048.
3. *Sur le conflit dans le sous-continent indien et l'indépendance du Bangladesh, cf. DDS, vol. 25, doc. 87,* dodis.ch/35284; *doc. 106,* dodis.ch/35311; *doc. 113,* dodis.ch/35283 *et doc. 135,* dodis.ch/35893 *et DDS, vol. 26, doc. 45,* dodis.ch/39482 *et doc. 106,* dodis.ch/39478.
4. *Aide-mémoire du Ministère des Affaires étrangères du Pakistan du 31 août 1973 et aide-mémoires de l'Ambassade du Bangladesh à Bonn des 4 et 5 septembre 1973. Cf. aussi la notice de H. Rossi à P. Graber du 4 septembre 1973,* CH-BAR#E2003-06#1990/7#1195* (o.8410.45.1).
5. *Pour le rapport de A. Bill, cf. le PVCF N° 1623 du 1er octobre 1973,* dodis.ch/39413.
6. *Cf. la lettre de J. Mallet à H. Rossi du 11 décembre 1973,* dodis.ch/40049.

Au Bangladesh[7]: 276'000 «non nationaux» à transporter au Pakistan (260'000 Biharis et 16'000 Pakistanais, chiffres indiqués par le Gouvernement de Dacca, mais les estimations du CICR et du HCR[8]) font état de 650 à 700'000 Biharis et 15'000 Pakistanais). Le Pakistan s'est déclaré d'accord d'accueillir une partie de cette population, et a articulé un premier chiffre de 60'000 personnes.

4. Devant des tâches d'une ampleur aussi considérable, le Département politique, en accord avec le CICR, et compte tenu du fait que le HCR a pris la responsabilité d'assurer les transports de personnes entre le Bangladesh et le Pakistan, préconise la délimitation des compétences suivantes:

Suisse: mise à disposition d'un réseau de télécommunications[9] fonctionnant en vue des opérations de rapatriement entre les pays intéressés d'une part, et la Suisse d'autre part; mise à disposition de nos services diplomatiques pour le règlement des cas qui n'auraient pas encore été résolus après l'exécution des grandes opérations d'échange de populations; contrôle général de ces opérations.

CICR[10]: travail sur le terrain et préparation pratique des opérations de rapatriement (collection des listes, vaccinations, etc.); exécution des tâches Croix-Rouge conventionnelles.

ONU (HCR): transport entre le Bangladesh et le Pakistan, par voie aérienne, éventuellement par voie maritime; par la suite, éventuellement, collaboration et participation financière aux tâches de réhabilitation.

Les trois États intéressés: transport à l'intérieur des territoires respectifs; organisation de l'entrée et de la sortie des personnes déplacées; réhabilitation et réintégration.

5. Lors de chacune des grandes opérations de rapatriement ou d'échange, l'action de la Suisse comportera deux phases:

Première phase (pendant le déroulement de chaque opération): renforcement du réseau de transmissions Delhi-Dacca-Islamabad-Berne; offre des bons offices de la Suisse pour le règlement de cas particuliers difficiles à résoudre; constitution à Berne d'une réserve de personnel prête à être engagée après le terme de l'opération ou, s'il le faut, immédiatement.

Deuxième phase (après le déroulement de chaque opération): adaptation du dispositif au gré de l'évolution de la situation et des modifications des tâches à accomplir, et engagement, selon les besoins, d'autres moyens en personnel et en matériel.

Dans la première comme dans la deuxième phase, nos représentations devront assumer d'importantes tâches de contrôle et d'échange d'informations.

---

7. *Cf. la notice de H. Rossi du 6 septembre 1973,* dodis.ch/40044 *et la lettre de Ch. Zogg à E. Thalmann du 10 octobre 1973,* dodis.ch/40050.

8. *Annotation dans le texte original:* Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés.

9. *Cf. la lettre de H. Rossi à Ch. Zogg du 10 juillet 1973,* dodis.ch/40040; *la notice de W. Jenny à H. Rossi du 30 juillet 1973,* dodis.ch/40042 *et la lettre de H. Rossi à E. Honegger du 10 septembre 1973,* dodis.ch/40045.

10. *Cf. la lettre de H. Rossi à J. Mallet et Ch. Zogg du 28 février 1974,* dodis.ch/40052; *la notice de H. Rossi à E. Thalmann du 3 mai 1974,* dodis.ch/40053 *et la lettre de W. Heim à H. Rossi du 12 mars 1975,* dodis.ch/40055.

Pour assumer ces tâches, la Suisse devrait se rendre disponible pour une période estimée à au moins six mois.

6. Il est difficile, au stade actuel, de chiffrer d'une manière précise les frais qui pourraient découler pour la Suisse de l'exécution de son mandat. Dans la mesure où les tâches assumées entrent dans le cadre des activités habituelles du Service des intérêts étrangers, ces frais devraient être remboursés par les Gouvernements qui ont recours à nos bons offices. Delhi et Islamabad se sont déclarés prêts à prendre à leur charge les frais qui leur incomberaient en propre. Il semble difficile d'obtenir la même attitude du Gouvernement de Dacca, le Bangladesh passant actuellement par une très grave crise économique.

Par ailleurs, on peut prévoir que le CICR, qui va devoir renforcer ses effectifs, surtout au Bangladesh et au Pakistan, demandera à la Confédération une contribution spéciale, car le budget annuel de cinq millions de francs dont il dispose en cas d'action de grande envergure pour l'engagement à titre temporaire de personnel supplémentaire est déjà pratiquement épuisé.

7. Au vu de ce qui précède, le Département politique a l'honneur de *proposer:*

1. Dans le but de faciliter et d'harmoniser les opérations de rapatriement et d'échange de personnes prévues par l'accord de Delhi du 28 août 1973, le Gouvernement suisse met à disposition un réseau de télécommunications efficace, grâce auquel ses représentants diplomatiques en Inde, au Bangladesh et au Pakistan transmettront d'une manière sûre et rapide, et avec la discrétion de rigueur, les questions, réponses et informations que lui remettront les Parties impliquées par l'accord.

2. Les représentants diplomatiques du Gouvernement suisse se tiendront eux-mêmes à disposition, après chacune des principales opérations de rapatriement, pour continuer à traiter et à élucider par des vérifications et des recherches effectuées sur le territoire des Parties en cause, les cas particuliers qui n'auraient pas reçu de solution, et pour aider à leur trouver un règlement satisfaisant; ils assumeront de cette manière les tâches qui, selon l'accord du 28 août 1973, incombent à la Suisse en tant que Puissance neutre appelée à prêter ses bons offices.

3. Le Gouvernement suisse se tient prêt à engager des spécialistes, selon les besoins qui pourront se présenter au cours de la première phase des opérations, ou après cette première phase:

– soit pour renforcer les effectifs actuels de nos représentations dans les pays intéressés,
– soit pour former des équipes mobiles, affectées à des tâches spéciales[11].

---

11. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 1626 du 1er octobre 1973,* dodis.ch/39413.

44

dodis.ch/39247

Compte rendu du Secrétaire du Chef du Département politique, P.-Y. Simonin[1]

ENTRETIENS ENTRE MONSIEUR LE CONSEILLER FÉDÉRAL PIERRE GRABER ET MONSIEUR ABBA EBAN, MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES D'ISRAËL. JÉRUSALEM, MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES, LES 10 ET 11 SEPTEMBRE 1973

Confidentiel Berne, 2 octobre 1973

[…][2]

1. Tour d'horizon

M. Eban se dit très heureux de rencontrer le Chef du Département et d'exprimer par son entremise à la Suisse ses sentiments de gratitude pour son attitude à l'égard d'Israël. Les deux pays sont liés par une affinité de valeurs et en particulier par une conception identique de la démocratie et de la liberté. Il est convaincu que les conversations d'aujourd'hui et de demain permettront de renforcer les liens étroits qui existent déjà entre la Suisse et Israël[3].

Il intéresserait M. Eban de savoir quels sont les principes de la politique extérieure suisse et d'apprendre quelles impressions M. Graber a ramenées du Caire[4].

M. Graber remercie son collègue de ses propos liminaires et exprime sa satisfaction d'être en Israël. Il se dit convaincu que l'échange de vues se déroulera dans une atmosphère de liberté et de confiance réciproques, comme il est de coutume entre amis.

1. La *récente visite au Caire* a été assez mal interprétée par une grande partie de l'opinion publique en Suisse, à tel point que d'aucuns ont prétendu que le Chef de la diplomatie suisse était maintenant *obligé* de se rendre en Israël[5]. En

---

1. *Compte rendu:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3554* (B.15.21.(1)).

2. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39247. *Pour la visite de P. Graber en Israël, cf. aussi la lettre de H. Hess à E. Thalmann du 15 août 1973,* dodis.ch/39774; *la notice de P.-Y. Simonin du 23 août 1973,* dodis.ch/39948; *la lettre de H. Hess à P.-Y. Simonin du 23 août 1973,* dodis.ch/39951; *la lettre de H. Hess à P.-Y. Simonin du 29 août 1973,* dodis.ch/39825 *et le compte rendu de P.-Y. Simonin du 3 octobre 1973,* dodis.ch/39835;

3. *Sur le développement des relations entre la Suisse et Israël, cf. DDS, vol. 17, doc. 111,* dodis.ch/3028; *DDS, vol. 18, doc. 33,* dodis.ch/8443; *DDS, vol. 19, doc. 66,* dodis.ch/9436 *et doc. 122,* dodis.ch/9433; *DDS, vol. 20, doc. 70,* dodis.ch/12036 *et doc. 82,* dodis.ch/12741; *DDS, vol. 22, doc. 87,* dodis.ch/30561; *DDS, vol. 23,* dodis.ch/31704 *et doc. 72,* dodis.ch/31722; *le rapport politique N° 13 de H. Hess à P. Graber du 9 avril 1973,* dodis.ch/39966; *la notice de J.-P. Ritter au Service du Protocole du Département politique du 24 juillet 1973,* dodis.ch/39975 *et le rapport de la Direction politique du 6 mars 1975,* dodis.ch/39967.

4. *Sur la visite officielle de P. Graber en Égypte du 29 avril au 2 mai 1973 et la Conférence régionale des ambassadeurs suisses au Caire du 3 au 5 mai 1973, cf. doc. 14,* dodis.ch/39250 *et doc. 19,* dodis.ch/39607.

5. *Sur cette controverse, cf.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3554* (B.15.21.(1)).

réalité, les liens entre la Suisse et Israël – caractérisés par une communauté de civilisation – sont si étroits que la présente visite devait naturellement avoir lieu et qu'il allait de soi, du point de vue de la politique de neutralité, que l'équilibre fût assuré; de fait, cet équilibre n'a pas été rompu par la visite au Caire dont la signification a été sans doute mieux comprise par les Israéliens que par un certain nombre de Suisses.

M. Graber est reconnaissant à son collègue de lui donner l'occasion de brosser un tableau de la politique extérieure suisse dans ses grandes lignes et d'en définir les possibilités et en même temps les limites.

[…][6]

7. Le fait de ne pas prendre parti à propos du conflit du Moyen-Orient ne signifie nullement indifférence ou égoïsme[7]. Le Gouvernement de Berne est convaincu que la sécurité de l'Europe est inséparable de la sécurité de la Méditerranée[8]; il a un intérêt vital à ce que la paix règne dans cette région du monde, berceau de notre civilisation et artère par où passe la majeure partie de l'approvisionnement du pays. C'est pourquoi il suit le développement des événements avec le plus grand intérêt. Dans ce conflit aussi, sa disponibilité est entière; la Suisse ne demanderait pas mieux d'en faire la démonstration si les circonstances le permettaient. Ce qui a frappé la délégation suisse lors de la *visite au Caire* (mai 1973), c'est la situation socio-économique du peuple égyptien face aux gigantesques problèmes non résolus du développement. Le Gouvernement du Caire doit en priorité faire face aux besoins énormes de cette population. Des propos tenus par des responsables égyptiens, on retire l'impression que le Gouvernement égyptien est très préoccupé de sortir d'une situation absurde qui engloutit des sommes considérables et par là freine le développement économique et social du pays. On constate également au niveau de l'analyse de la situation actuelle une méfiance profonde et un pessimisme réel de la part des responsables. M. Zayyat a tenu des propos qui ont quelque chose de sincère: il est persuadé que l'Égypte est victime d'une injustice profonde, d'une véritable «conspiration du silence», dans la mesure où personne ne croit à sa bonne volonté et au fait que sa position depuis la guerre de juin 1967[9] *ait* évolué. La réponse égyptienne au mémorandum Jarring de février 1971[10]

---

6. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39247.

7. *Sur le conflit du Proche-Orient et la position suisse, cf. doc. 14,* dodis.ch/39250; *doc. 126,* dodis.ch/38638 *et doc. 193,* dodis.ch/37207. *Sur les opérations d'action d'entraide dans le cadre du conflit du Proche-Orient, cf. doc. 47,* dodis.ch/39249. *Sur les relations de la Suisse avec les représentants du peuple palestinien, cf. doc. 23,* dodis.ch/39251 *et doc. 187,* dodis.ch/38640. *Sur les enjeux de la guerre du Kippour se posant pour des ressortissants suisses dans la région, cf. la notice de M. Gelzer du 23 octobre 1973,* dodis.ch/39968; *la lettre de R. Heinis au Kibbuzreisedienst Shalom Tours du 18 juin 1974,* dodis.ch/39970 *et la lettre de O. Schürch à E. Thalmann du 18 mars 1975,* dodis.ch/39971.

8. *Sur la question de la Méditerranée à la CSCE, cf. doc. 32,* dodis.ch/38816, *point I. C. 1. et doc. 89,* dodis.ch/38858, *point V.*

9. *Sur la position de la Suisse lors de la guerre des Six Jours, cf. DDS, vol. 24, doc. 28,* dodis.ch/33280 *et doc. 29,* dodis.ch/33283.

10. *Cf. le rapport politique N° 3 de A. Parodi à P. Graber du 22 février 1971,* dodis.ch/40789, *en particulier les annexes.*

doit s'interpréter, selon lui, comme une série de concessions, dont celle de la reconnaissance formelle de l'État d'Israël[11]. Le Ministre égyptien a répété avec force que l'occupation des territoires est inacceptable et que jamais l'Égypte ne cèdera un pouce de terrain. Mais il est difficile de savoir si cette formule intransigeante (souveraineté territoriale) est compatible ou non avec le maintien d'une présence militaire sur un territoire donné qui assurerait la sécurité à l'autre partie. Une solution politique pourrait être précisément la combinaison du facteur «sécurité» et du facteur «territorialité». L'Égypte est en situation de faiblesse face à un État trop fort. Déçue par les grandes puissances et l'ONU, elle semble se tourner vers l'Europe en comptant sur elle pour tenter d'infléchir les USA. À propos du pétrole[12], c'est à la Ligue arabe et non au Ministère des Affaires étrangères que l'on a tenu un language tranchant et net, assorti d'un appel du pied aux Européens qui signifiait: «Soyez compréhensifs et équitables si vous ne voulez pas être les victimes d'une politique pétrolière commune qui désormais sera la force des Arabes». L'Égypte paraît attendre un renforcement de sa position pour être en mesure d'entamer le dialogue dans les meilleures conditions possibles. De toute manière, le Caire refuse toute solution partielle, telle que la réouverture du Canal de Suez, de crainte de cristalliser la situation et de compromettre des développements ultérieurs. M. Graber ajoute qu'il est rentré du Caire avec la conviction que les responsables et le peuple égyptien souhaitent la paix mais qu'ils jugent la situation actuelle inextricable. Il ne discerne aucun point de rencontre entre Israël et l'Égypte pouvant être favorable à une solution durable.

M. Eban remercie vivement M. Graber de son exposé. L'impression saillante qu'on peut en retirer est que la neutralité, loin d'être le synonyme d'une politique d'isolement, est une activité créatrice. M. Eban se dit également frappé par la similitude qui existe entre la Suisse et Israël, ces deux petites nations éprises de liberté. Mais alors que pour la Suisse certaines choses peuvent être considérées comme acquises, pour Israël elles sont encore du domaine du rêve.

[…][13]

---

11. *Sur les implications de la non-reconnaissance en cas de recours à la Suisse comme puissance protectrice entre l'Égypte et Israël, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248.

12. *Sur la crise pétrolière, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

13. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39247.

45

dodis.ch/39482

Notice du Chef adj. de la Division politique II du Département politique, A. R. Hohl[1]

NOTE SUR L'INDE À L'INTENTION DU SERVICE DE DOCUMENTATION DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE

[Berne,] 15 octobre 1973

Relations bilatérales[2]

Dans leur ensemble, nos relations avec l'Inde sont bonnes et ne soulèvent aucun problème majeur. Le rôle d'intermédiaire particulièrement apprécié que joue notre pays aujourd'hui dans le subcontinent ne saurait pas ailleurs que leur être favorable.

Mandat de puissance protectrice

À la suite de l'éclatement du conflit indo-pakistanais, en décembre 1971[3], le Conseil fédéral, à la demande des Gouvernements de Delhi et d'Islamabad, a accepté d'assumer le double mandat de puissance protectrice des intérêts nationaux respectifs des deux parties[4].

Dès l'abord, l'Inde s'est employée à restreindre la portée effective de notre mandat reçu du Pakistan en prétendant dissocier la question des intérêts diplomatiques et consulaires (au sens de la Convention de Vienne) de celle de la protection humanitaire (au sens de la Convention de Genève), soit en limitant notre action à la première à l'exclusion de la seconde[5].

Selon l'argumentation indienne, notre mandat pakistanais ne pouvait pas s'exercer au sens des Conventions de Genève sans que nous ne requerrions également l'accord préalable de la puissance «codétentrice», le Bangladesh. Delhi semblait d'autant moins disposée à se départir de cette exigence qu'elle savait que le Pakistan n'allait pas reconnaître de si tôt le Bangladesh et que nous-mêmes éprouverions quelques hésitations à le faire en raison du mandat reçu d'Islamabad.

Sur le *plan juridique*, les positions respectives de l'Inde et de la Suisse quant à l'étendue des prérogatives dérivant du mandat réciproque de puissance protectrice sont demeurées assez éloignées mais, peu à peu, un rapprochement appréciable s'est imposé sur le plan politique et pragmatique.

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR E2001(E)-01 1991/17 vol. 841 (B.15.21.Ind.). *Rédigée par C. Huguenin.*
2. *Cf. la notice de A. Rüegg du 5 décembre 1975,* dodis.ch/40203.
3. *Cf. doc. 43,* dodis.ch/39413, *note 3.*
4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 113,* dodis.ch/35283; *la lettre de F. Real à H. C. Cramer du 8 mars 1973,* dodis.ch/39937 *et la lettre de J. Mallet à H. C. Cramer, E. Thalmann et A. Janner du 8 mars 1973,* dodis.ch/40038.
5. *Cf. la notice de H. C. Cramer à E. Thalmann du 7 février 1973,* dodis.ch/39936 *et la notice de B. Dumont au Services des intérêts étrangers du Département politique du 4 mars 1973,* dodis.ch/40039. *Cf. aussi doc. 22,* dodis.ch/39248.

Pour l'Inde comme pour le Bangladesh, le prolongement de la situation issue de la cessation des hostilités menaçait en effet de devenir presque aussi inconfortable que pour le Pakistan. Il fallut bientôt que Delhi cherche à sortir de l'impasse et s'engage, sans perdre la face, dans des voies plus réalistes en vue d'alléger le problème virulent posé par la charge et le sort des prisonniers de guerre et internés civils pakistanais retenus sur son sol. Dans cette perspective, la mission de M. l'Ambassadeur R. Keller[6] à Islamabad et à Delhi, au début de 1972, déboucha bientôt sur des contacts directs entre hauts fonctionnaires des deux pays antagonistes. Cette reprise, encore timide, du dialogue entre fonctionnaires ou émissaires indiens et pakistanais, soit directement, soit par notre entremise, facilita la réunion de Murree en avril 1972, laquelle aboutit, à peine trois mois plus tard, à la rencontre au sommet (Présidents Indira Ghandi et Ali Bhutto) de Simla.

Parallèlement à cette reprise graduelle du dialogue indo-pakistanais, on relève dès lors un déplacement du centre de gravité de notre action médiatrice de la puissance protectrice vers les «*bons offices*». Par un travail patient et persuasif dans les trois capitales du sous-continent nos missions diplomatiques ont contribué à réduire l'écart entre des positions qui, de prime abord, ont parfois paru irréconciliables.

Notre action médiatrice a trouvé son aboutissement dans les tâches et le rôle qui nous sont attribués par l'*Accord de Delhi du 28 août*[7] *dernier, lequel ouvre une voie praticable en vue de résoudre les problèmes humanitaires* et leurs séquelles issus du conflit de 1971.

Les tâches qui nous sont dévolues par cet Accord inter-étatique accentuent notre fonction de médiateur dans le sens des «bons offices» entre les parties contractantes. En tant que puissance protectrice, nous ne nous voyons pas seulement confirmés dans notre tâche de transmettre des messages diplomatiques entre les trois capitales par le truchement du Département, mais sommes, en outre, invités à «superviser» – en collaboration avec les organisations humanitaires supranationales (CICR – Haut Commissaire des Nations Unies pour les Réfugiés) – le déroulement des opérations de rapatriement prévus par l'Accord.

Pour évaluer de façon plus précise les prestations et services attendus de nous dans le cadre de l'Accord de Delhi du 28 août, le Délégué du Conseil fédéral aux actions de secours en cas de catastrophe, M. A. Bill, a été chargé d'une mission exploratoire dans les trois pays du sous-continent du 11 au 21 septembre[8]. Cette mission avait pour but de délimiter les tâches et attributions confiées à la Suisse de celles dévolues au CICR et au HCR/ONU et visait à éviter, autant que possible, toute interférence ou double emploi, mais aussi à ne pas prendre d'engagements dépassant les moyens dont nous disposons, tant sur le plan personnel que matériel. Des conclusions consignées dans le rapport de la mission du Délégué du Conseil fédéral, il ressort que les tâches que nous pouvons assumer doivent rester dans le cadre des «bons

6. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 126,* dodis.ch/35309, *en particulier note 14.*
7. *Cf. doc. 43,* dodis.ch/39413.
8. *Cf. doc. 43,* dodis.ch/39413, *note 5.*

offices» attendus de nous par l'Accord du 28 août, quand bien même l'un ou l'autre pays concerné semblait vouloir nous demander un engagement plus étendu. En substance, et par ordre de priorité, notre action est appelée à se dérouler sur les plans essentiels suivants:

a) Mise à disposition et exploitation d'un réseau neutre de transmission et de communications entre les organes chargés de mener à chef les opérations de rapatriement, les gouvernements intéressés et le Département. Outre les incidences matérielles, cet engagement implique un renforcement appréciable de nos missions diplomatiques dans les trois capitales du sous-continent.
b) La «couverture diplomatique» de l'Accord dans le sens déjà indiqué plus haut (Supervision de son application après délimitation précise des tâches respectives).
c) Fonctions ou initiatives «Conciliatrices» dans des cas particuliers ou marginaux (où l'un ou l'autre gouvernement ferait appel à notre entremise en vue d'aplanir d'éventuelles divergences ou de rechercher un compromis acceptable de nature à ne pas entraver la réalisation des objectifs de l'Accord).

Le rôle et les tâches que l'Accord de Delhi nous attribue peuvent être considérés comme un témoignage évident de la confiance et de l'estime que nous portent les trois gouvernements concernés. Si les opérations de rapatriement des prisonniers de guerre et détenus civils peuvent être menées à terme dans un délai raisonnable (estimé actuellement à environ six mois), un pas énorme aura été franchi en vue de l'amélioration des rapports entre les gouvernements des pays du sous-continent.

Visites officielles

Seule est à signaler celle du Président Giri en Suisse du 11 au 12 juin 1970[9].

Visites militaires

Rien à signaler

Visas

Il n'existe pas d'accord entre la Suisse et l'Inde sur la suppression réciproque des visas touristiques ou d'affaires.

Relations culturelles[10]

La rareté des manifestations, tournées et conférences suisses en Inde ne permettent pas de parler d'une véritable présence culturelle de la Suisse en ce pays. Son action médiatrice dans le subcontinent a néanmoins créé un tel climat de sympathie, de curiosité et d'intérêt qu'il est regrettable que la modicité des moyens que la Confédération met à disposition de sa propagation culturelle ne permette d'y répondre que très incomplètement.

---

9. *Cf. la notice de F. Châtelain du 10 juin 1970,* dodis.ch/35379.
10. *Cf. la notice de L. Burckhardt à la Direction politique du 8 octobre 1973,* dodis.ch/40232.

En Suisse, l'intérêt général pour l'Inde et sa culture est répandu et bien entretenu par diverses amicales et expositions de qualité (par exemple les récentes expositions «Tantra» au Kunsthaus de Zurich et «L'Inde inconnue» à la Berner Schulwarte).

Relations scientifiques[11]

Divers contacts en vue d'institutionnaliser de telles relations, qui avaient rencontré un intérêt certain de la part des interlocuteurs indiens, n'ont guère donné de résultats, la crise dans le subcontinent ayant fait passer ce problème à l'arrière-plan.

Aide au développement

Der Beginn der technischen Zusammenarbeit der Eidgenossenschaft mit Indien geht auf das Jahr 1962 zurück. Seit der Schaffung eines besonderen Dienstes für technische Zusammenarbeit, gehörte Indien zu den 12 Schwerpunktländern[12], die zusammen 75% der Beträge erhalten, welche dieser Dienst jährlich ausgibt. Der Totalbetrag der Kredite, der für Projekte in Indien genehmigt wurde, beträgt heute ca. 41 Mio. Fr. Indien steht damit an der Spitze der Bezüger unserer technischen Hilfe. Da Indien jedoch gleichzeitig das Land mit der zweitgrössten Bevölkerung der Erde ist (577 Millionen Einwohner, jährliche Zunahme ca. 12,5 Mio.), so erhält es pro Einwohner von den 12 Schwerpunktländern den kleinsten Beitrag der Schweiz für technische Zusammenarbeit.

Die technische Zusammenarbeit mit Indien hat zum Ziel, die indische Regierung bei der Lösung ihrer wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu unterstützen. Nach einigen Jahren positiver Erfahrungen unterzeichneten die Schweiz und Indien am 27. September 1966[13] einen Rahmenvertrag über technische Zusammenarbeit, der die Details dieser Zusammenarbeit regelt und auch gewisse Aspekte der privaten Hilfswerke einschliesst.

Das wichtigste Projekt der indisch-schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ist das Viehzuchtprojekt in Kerala[14]. Dort wurde durch Kreuzung einheimischer Zebus mit schweizerischem Braunvieh eine wesentlich leistungsfähigere Rindviehrasse gezüchtet.

Durch verbesserte Futterproduktion konnte der Milchertrag auf das ca. Drei- bis Vierfache der indischen Muttertiere gesteigert werden. Die

---

11. *Cf. doss.* CH-BAR#E2023A#1991/39#1944* (o.320(.Inde).

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929. *Zur Entwicklungszusammenarbeit mit Indien vgl. ferner DDS, Bd. 22, Dok. 61,* dodis.ch/18957 *und Dok. 78,* dodis.ch/18963; *DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 29 und 30; DDS, Bd. 26, Dok. 112,* dodis.ch/38914, *Anm. 3 sowie die Notiz von E. Peyer vom 12. Oktober 1973,* dodis.ch/40213.

13. Abkommen über die technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung Indiens *vom 27. September 1966, AS, 1966, S. 1517–1521. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929, *Anm. 11.*

14. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929, *Anm. 17; DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 30; das BR-Prot. Nr. 2219 vom 4. Februar 1970,* dodis.ch/35412; *das BR-Prot. Nr. 2120 vom 10 Dezember 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#801* *sowie das BR-Prot. Nr. 2254 vom 1. Dezember 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#825*.

guten Resultate führten dazu, auf Wunsch der indischen Regierung, ein ähnliches Projekt im Staate Punjab[15] aufzuziehen. Damit leistet die Schweiz einen vielversprechenden Beitrag für die Erhöhung der Milchproduktion in Indien.

Unter den andern Projekten der technischen Zusammenarbeit mit Indien ist der schweizerische Beitrag zur Ansiedlung von ca. 12'000 tibetischen Flüchtlingen[16] in drei landwirtschaftlichen Siedlungen in den Staaten Mysore und Orissa zu erwähnen. Die Schweiz lieferte einen Teil der für die Rodung benötigten Bulldozer und andere landwirtschaftliche Geräte und stellte ein Team von Landwirtschaftsexperten für die Entwicklung der Siedlung zur Verfügung. In zwei Jahren wurden ausserdem Teppichwebereien eingerichtet, die ihre Produkte auch in die Schweiz exportieren können. Heute sind diese Siedlungen wirtschaftlich selbständig, sodass wir die letzten schweizerischen Experten auf Jahresende zurückziehen können.

Ein schweizerisches Brunnenbohrprojekt[17] fand die besondere Anerkennung der Regierung des Staates Mysore, da die mit schweizerischen Mitteln erworbenen Bohrmaschinen ca. 130 Brunnen pro Jahr bohrte und in der Dürreperiode das zusätzliche Trinkwasser besonders geschätzt wurde.

Neben eigenen Projekten unterstützt der Bund in Indien eine grössere Anzahl Projekte privater Hilfswerke. «Swissaid»[18], eine neutrale Organisation, die seit 1960 in Indien tätig ist, führt nicht eigene Projekte durch, sondern unterstützt mit finanziellen Mitteln gut geführte indische Institutionen und Organisationen. Das Programm umfasst die Unterstützung von neun landwirtschaftlichen Mittelschulen in Gujarat und Maharashtra, zwei Schulfarmen und eine Lehr- und Reparaturwerkstätte. Die Ausbildung kommt vor allem begabten Kindern der rückständigen Volksgruppe der Adivasi zugut. Ausserdem ermöglichte «Swissaid» durch ihre Beiträge in Zentralindien die Eröffnung von vier Rehabilitierungszentren für Lepra-Patienten.

20 Projekte der andern privaten Hilfswerke, die die Eidgenossenschaft unterstützt, umfassen Sekundarschulen für Jungen und Mädchen, Schulen für Krankenschwestern, Spitäler, technische Schulen und landwirtschaftliche Entwicklung etc.

Besonders erwähnenswert ist die Nettur Technical Training Foundation[19], die drei Schulungszentren für Werkzeugmacher und Mechaniker in den Staaten Mysore, Tamil Nadu und Kerala betreut und ihre Unterstützung der Werkstätte für physisch Behinderte in Bangalore[20] gewährt.

---

15. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 215 von P. Wiesmann an P. Graber vom 16. Oktober 1973,* dodis.ch/40216.

16. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929, *Anm. 20; DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 29; DDS, Bd. 25, Dok. 15,* dodis.ch/35146, *Anm. 7 sowie das Schreiben von F. Real an M. Heimo vom 23. Mai 1974,* dodis.ch/40214.

17. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#392* (t.311.56).

18. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#955* (t.751-004) *sowie* CH-BAR#E2005A#1991/16#788* (t.311-Ind.088).

19. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 74,* dodis.ch/30929, *Anm. 9 sowie Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#388* (t.311.43).

20. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#393* (t.311.58).

Die Arbeit in Indien wurde dadurch günstig beeinflusst, dass vor 5 Jahren der schweizerischen Botschaft in New Dehli ein Attaché für technische Zusammenarbeit[21] als Koordinator und Berater der verschiedenen Projekte angegliedert wurde.

Colonie suisse
1972: 401 nationaux et 60 doubles-nationaux immatriculés.

21. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 183,* dodis.ch/32819, *bes. Anm. 7.*

46

dodis.ch/39599

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 40. Sitzung vom 31. Oktober 1973[1]

Auszug *[Bern,]* 2. November 1973

[…][2]

2. Beteiligung der Schweiz an der Waffenstillstands-Aktion der UNO

Das Politische Departement unterbreitet dem Rat, unter dem Datum des 30. 10. 1973[3], einen Bericht über die Möglichkeiten einer Beteiligung der Schweiz an den Massnahmen der UNO zur Durchsetzung des Waffenstillstandes im Vordern Orient. Das Arbeitspapier kommt zum Schluss, dass gegenüber einer Beteiligung der Schweiz etwelche Vorsicht am Platze ist, insbesondere mit Rücksicht darauf, dass weder die Aufgaben noch das rechtliche Statut der UNO-Truppen, die in einer Grössenordnung von 7000 Mann zum Einsatz gelangen sollen, bisher klar umschrieben worden ist. Festzuhalten ist auch, dass von Seiten der UNO bisher keinerlei Einladung an die Schweiz ergangen ist, weder offiziell noch offiziös.

Herr Gnägi hat Kenntnis erhalten von Bestrebungen für einen Aufruf der Schweiz zu Gunsten der Tätigkeit des IKRK. *Herr Graber* zweifelt an der Ernsthaftigkeit dieser Bestrebungen. Das IKRK wird die Schweiz kaum um einen solchen Aufruf ersuchen, um nicht mit ihr identifiziert zu werden.

Bezüglich des Einsatzes schweizerischer Blauhelme hält *Herr Gnägi* dafür, dass der Bundesrat im Moment nichts vorzukehren hat. Es ist aber auch nicht ganz befriedigend, wenn wir einfach unserer Bereitschaft bekunden. Angezeigt wäre mindestens die Wiederaufnahme und Fortsetzung der Studien der Arbeitsgruppe 1967[4], die sich damals bereits intensiv mit der Möglichkeit

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#16*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39599.
3. *Notiz des Politischen Departements an den Bundesrat vom 30. Oktober 1973,* CH-BAR#E2003A#1988/15#1389* (o.713.27). *Vgl. dazu auch die Notiz von F. Muheim vom 29. Oktober 1973,* dodis.ch/39550.
4. *Vgl. dazu den Bericht von R. Bindschedler und F. Moser vom 24. April 1967,* dodis.ch/32908 *sowie das BR-Prot. Nr. 1404 vom 11. September 1968,* dodis.ch/32907.

einer Mitarbeit der Schweiz bei Aktionen von UNO-Truppen befasst hat. *Herr Graber* unterstreicht nochmals, dass bisher von keiner Seite, auch nicht von den Kriegführenden, eine Mitwirkung der Schweiz verlangt worden ist. Die zurückhaltende These von Herrn Prof. Bindschedler ist rechtlich schon vertretbar, politisch aber sieht die Sache anders aus. Es ist sicher richtig, dass die Schweiz als der UNO nicht angehörendes Land nicht eigene Leute dem UNO-Kommando unterstellen kann – aber wir sollten doch ein Mehreres tun als zu allem nein sagen. Denkbar wäre eventuell, nebst einer vermehrten Unterstützung des IKRK, wieder eine Vereinbarung über die zur Verfügungstellung von Flugzeugen für den Transport von UNO-Beobachtern[5]. *Herr Celio* ist mit der Haltung von Herrn Graber durchaus einverstanden, fragt sich aber, ob das genügt; was die Schweiz für das IKRK tut, wird nicht ihrem Konto gutgeschrieben. Waldheim wird sich sicher in absehbarer Zeit an die Schweiz wenden. Für diesen Fall sollten wir eine Ersatzlösung bereithalten, damit dann nicht wochenlang diskutiert werden muss. Wir könnten zum Beispiel eine Spitalequipe vorbereiten, die an Ort und Stelle einzusetzen wäre. Denn es ist richtig, dass wir nicht immer von der Disponibilität der Schweiz sprechen können und dann im Moment, wenn wir angegangen werden, doch nichts tun. *Herr Furgler* stellt fest, dass im Bundesrat offenbar eine vollständige Unité de doctrine in der Bereitschaft zu aktiverem Helfen besteht. Die grosse Frage ist, was getan werden soll. Was uns belastet, ist, dass bisher unsere Solidaritätserklärungen stets nur durch Checks abgegolten wurden. In praktischer Hinsicht stellt sich die Frage, ob es nicht möglich wäre, durch das Katastrophenhilfskorps[6], das nun doch im Kern vorhanden ist, etwas zu offerieren. Die rechtlichen Grundlagen dafür dürften bestehen. Auf diesem Wege wäre es möglich, aktiv zu werden, ohne schweizerische Wehrmänner dem UNO-Kommando zu unterstellen. Das JPD wird noch weiter abklären, wie weit ein solches Vorgehen verfassungsgemäss vertreten werden kann. *Herr Gnägi* begrüsst die Anregung von Herrn Furgler betreffend den Einsatz des Katastrophenhilfskorps sehr. *Herr Bundespräsident Bonvin* geht mit den Vorrednern ebenfalls einig: Die Schweiz sollte unbedingt etwas Konkretes tun und nicht allein Geld offerieren. *Herr Graber* findet die Idee von Herrn Furgler ebenfalls gut, hält es aber für notwendig, auch auf die Grenzen hinzuweisen. Das Katastrophenhilfskorps ist erst im Aufbau. Es hat einen sehr kleinen Stab, und ein noch kleineres Budget. Dazu kommt ein weiteres: Wenn wir unsere Dienste beiden Parteien offerieren, werden die Israeli wahrscheinlich ablehnen, weil sie keine medizinische Hilfe brauchen. Geht dann aber unsere Hilfe nur in Richtung der arabischen Truppen, wird die Begeisterung im Inland rasch sinken[7]. *Herr Furgler* erwidert darauf, dass auch er die Grenzen eines Einsatzes des Katastrophenhilfskorps sehr wohl sieht.

---

5. *Zur schweizerischen Unterstützung von humanitären Hilfsaktionen im Nahen Osten, bes. im Rahmen von UNO und IKRK, vgl. Dok. 47,* dodis.ch/39249.

6. *Vgl. dazu Dok. 156,* dodis.ch/38540.

7. *Zur Haltung der schweizerischen Öffentlichkeit und der Bundesversammlung bezüglich des Nahostkonflikts und der Reaktion der arabischen Staaten vgl. Dok. 126,* dodis.ch/38638; *Dok. 193,* dodis.ch/37207 *sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#729* (B.75.21.(07)).

Man sollte aber doch versuchen, eine Offerte vorzubereiten, in enger Zusammenarbeit mit Herrn Bill, der von solchen Aktionen etwas versteht.

Der Idee eines Vorbereitungs- und Planungsauftrages wird zugestimmt. Der Auftrag[8] wird den daran interessierten Departementen (EPD, EMD und JPD) erteilt.

[…][9]

8. *Vgl. dazu das Auftragsprotokoll von J.-M. Sauvant vom 2. November 1973,* dodis.ch/40790.
9. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39599.

47

dodis.ch/39249

Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Conseil fédéral[1]

Berne, 6 novembre 1973

En exécution du procès-verbal-mandat du 31 octobre 1973[2], le Département politique résume à l'intention du Conseil fédéral quel est jusqu'à présent le rôle de la Suisse sur le théâtre des opérations au Moyen-Orient.

1. Aide dans le cadre des Nations Unies

a) Aide suisse à l'ONUST

La principale contribution de la Suisse aux efforts des Nations Unies pour le maintien de la paix au Moyen-Orient est apportée dans le cadre de l'organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve en Palestine (ONUST). Composé uniquement d'observateurs, l'ONUST a échappé aux difficultés qu'a connues la Force d'urgence des Nations Unies (UNEF), dissoute peu avant le déclenchement de la Guerre des Six jours[3] et maintenant reconstituée par le Conseil de sécurité (résolution N° 340[4]). Donnant suite à une requête du Secrétaire général des Nations Unies, la Suisse a fourni, dès l'automne 1967, une assistance substantielle à l'ONUST en lui procurant les moyens de transports aériens jugés nécessaires à son action[5]. Au DC-3 affrété à la Balair et mis à la disposition de l'ONUST depuis 1967, utilisé en premier lieu pour le transport de fret, s'est ajouté, à partir de juillet 1970, un avion de passagers du type Falcon Jet, servant au déplacement du personnel à l'ONUST, principalement entre

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#1389* (o.713.27). *Rédigée par F. Muheim.*
2. *Procès-verbal-mandat de J.-M. Sauvant du 31 octobre 1973, daté du 2 novembre 1973,* dodis.ch/40790.
3. *Sur la position de la Suisse lors de la guerre des Six Jours, cf. DDS, vol. 24, doc. 28,* dodis.ch/33280 *et doc. 29,* dodis.ch/33283.
4. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 25 octobre 1973,* UN doc. S/RES/340 (1973), CH-BAR#E2003A#1988/15#1397* (o.713.27.Uch.05).
5. *Cf. la circulaire de H. Langenbacher aux représentations suisses du 2 octobre 1967,* dodis.ch/32975.

Jérusalem et Le Caire[6]. Depuis le 31 octobre de cette année, ces deux avions ont été remplacés, en accord avec les Nations Unies, pas un appareil du type Fokker Friendship, acheté à cet effet par la Confédération (décision du Conseil fédéral du 4 juillet 1973[7]).

Au cours des récentes hostilités, ces avions ont été fréquemment mis à contribution et se sont révélés indispensables pour l'ONUST. C'est ainsi que le Général Siilasvuo a pu, à plusieurs reprises, se rendre de Jérusalem au Caire et vice-versa, que des ravitaillements urgents ont pu être transportés au Caire et que le contact a pu être maintenu avec les observateurs se trouvant du côté occidental du canal, avant leur retrait et après leur réinstallation. L'ONUST a confirmé à notre Ambassade à Tel Aviv l'importance qu'ont revêtu ces avions pendant la crise et nous a d'ailleurs priés de prolonger quelque peu la mise à disposition du DC-3, désir auquel il nous a été possible d'accéder[8].

L'ONUST continue d'avoir un rôle essentiel à jouer. Son existence a d'abord fourni l'infrastructure administrative et logistique qui a permis la mise en place rapide de la Force d'urgence (UNEF). De plus, en tant qu'organisme chargé d'observer l'application du cessez-le-feu et de transmettre les informations s'y rapportant, elle constitue un complément indispensable du rôle de police incombant à l'UNEF. Pour remplir les tâches difficiles de coordination qui sont les siennes dans sa double fonction de chef d'état-major de l'ONUST et de commandant par intérim de l'UNEF, le Général Siilasvuo doit pouvoir disposer d'un appareil permettant le transport à la fois de personnes et de fret entre Le Caire, Jérusalem, Tel Aviv et Damas. L'ONUST considère que le Fokker est à cet égard un appareil parfaitement adapté à ses besoins et aux circonstances dans lesquelles elle doit opérer. Aussi a-t-elle exprimé à notre Ambassade à Tel Aviv sa reconnaissance au Conseil fédéral pour l'aide efficace fournie par la Suisse[9].

b) Éventuelle participation de la Suisse aux Forces de maintien de la Paix des Nations Unies[10]

Le Conseil fédéral a été informé de l'état de la question par une note du Département politique du 30 octobre 1973[11].

Cette note rappelait qu'une Commission interdépartementale chargée d'examiner la question était parvenue à la conclusion, dans son rapport de 1967[12], que, moyennant certaines conditions qui devraient être définies exactement, une participation éventuelle *aux Forces de Paix* de l'ONU ne serait pas, en soi, incompatible avec notre neutralité, mais que toute décision devrait

---

6. *Cf. le PVCF N° 1123 du 26 juin 1972,* dodis.ch/36317 *et le PVCF N° 2304 du 18 décembre 1972,* dodis.ch/36315.
7. *PVCF N° 1119 du 4 juillet 1973,* dodis.ch/39591.
8. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1394* (o.713.27.3.Uch).
9. *Cf. le télégramme N° 323 de H. Hess au Département politique du 1er novembre 1973, ibid.*
10. *Cf. aussi doc. 46,* dodis.ch/39599.
11. *Notice du Département politique au Conseil fédéral du 30 octobre 1973, doss. comme note 1. Cf. aussi la notice de F. Muheim du 29 octobre 1973,* dodis.ch/39550.
12. *Rapport de R. Bindschedler et F. Moser du 24 avril 1967,* dodis.ch/32908.

être prise de cas en cas. Le statut juridique des Forces de Paix n'ayant pas été, jusqu'à ce jour, clairement établi par les Nations Unies, les travaux relatifs à une participation éventuelle de la Suisse n'ont pas été poursuivis.

Il faut préciser à ce sujet que la Résolution 340 du Conseil de sécurité, du 25 octobre 1973[13], spécifie que la Force d'urgence des Nations Unies «sera composée de personnel provenant d'États Membres de l'Organisation autres que les membres permanents du Conseil de sécurité». Une participation de la Suisse ne saurait donc, dans le cas présent, entrer en considération.

Dans son second rapport[14] aux Chambres fédérales sur les relations de la Suisse avec l'ONU, le Conseil fédéral déclarait qu'il jugeait possible que des citoyens suisses soient mis à la disposition de l'ONU pour des *missions d'observateurs,* excluant le port d'armes (ONUST par exemple).

Il incomberait au Département militaire, le cas échéant, d'examiner les dispositions pratiques qui seraient à prendre. Mais là aussi, pour le moment, aucune demande ne nous a été présentée par l'ONU.

On peut relever encore que la question d'une éventuelle participation suisse à des Forces de Paix ou des missions d'observateurs sera examinée par la Commission consultative Suisse-ONU récemment constituée[15].

2. Appui donné au CICR

Le CICR avait des délégations sur place, au Caire aussi bien qu'à Tel Aviv et Damas, bien avant le début des hostilités[16]. Il a ainsi pu, dès le premier jour, s'efforcer de remplir les tâches qui lui incombent selon les Conventions de Genève comme intermédiaire pour l'échange des listes des prisonniers et la visite de ces derniers, ainsi que pour l'envoi de secours. Le Comité s'est heurté, surtout en ce qui concerne les prisonniers, à de graves difficultés du côté égyptien, syrien et même israélien, qui n'ont pu être jusqu'à maintenant surmontées. Sur le plan des secours, la Confédération a mis un avion à la disposition du CICR, qui a permis d'acheminer des quantités importantes de plasma sanguin et de médicaments à Beyrouth, Le Caire et Tel Aviv[17]. L'avion se trouve actuellement à Nicosie prêt à transporter les prisonniers blessés et malades qui, aussitôt qu'un accord aura été conclu sous les auspices du CICR entre les parties, devront être rapatriés.

Un deuxième avion, du type DC-9, a été envoyé à Nicosie à la demande du CICR, qui nous avait informés que les opérations de rapatriement des prisonniers de guerre blessés devaient débuter dans un délai de quelques

---

13. *Cf. note 4.*

14. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec l'Organisation des Nations Unies et ses institutions spécialisées de 1969 à 1971 *du 17 novembre 1971, FF, 1972, I, pp. 1–68. Cf. aussi DDS, vol. 24, doc. 69, en particulier note 4.*

15. *Sur la nomination des membres de la Commission par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1450 du 5 septembre 1973,* dodis.ch/40135 *et doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1535* (o.714.11).

16. *Cf. la lettre de H. Hess à E. Thalmann du 3 avril 1973,* dodis.ch/39972.

17. *Cf. le PVCF N° 1715 du 17 octobre 1973,* dodis.ch/39580 *et la notice de P. A. Nussbaumer à M. Gelzer, F. Pictet, W. Mamboury, Ch. Boesch et P.-Y. Simonin du 26 octobre 1973,* dodis.ch/39581.

heures. Malheureusement, les arrangements mis sur pied sous les auspices du CICR par les autorités militaires dans la journée du 1er novembre 1973 n'ont toujours pas été suivis d'effet[18].

Par ailleurs, le Délégué aux missions de secours en cas de catastrophe à l'étranger[19] a alerté, à la demande du CICR, un certain nombre de médecins et chirurgiens faisant partie du corps des volontaires en vue de la visite et du rapatriement des prisonniers blessés.

Le fait que les négociations intensives que mène le CICR en vue de parvenir au rapatriement des prisonniers, et en priorité des prisonniers blessés, n'ont jusqu'à présent pas été couronnées de succès, est certes préoccupant. On peut se demander s'il conviendrait que le Conseil fédéral intervienne, par exemple en offrant ses bons offices ou en lançant un appel aux parties, comme il vient d'en être prié par le Président d'Israël[20]. Une telle demande dont l'opportunité devrait être examinée avec le CICR, ne serait sans aucun doute pas sans comporter des aspects délicats, vu le risque qu'elle soit interprétée sur un point ou sur un autre comme un appui donné aux thèses de l'un des belligérants. Le Département se réserve de revenir ultérieurement sur cette question, selon l'évolution de la situation.

3. Lieu des négociations

Il a été question, comme on le sait, que les négociations de paix aient lieu à Genève[21]. Toutefois, aucune décision n'a été prise, ni aucune indication donnée à ce sujet.

L'incertitude subsiste également en ce qui concerne la signification de la formule «auspices appropriées» utilisée dans la Résolution 338[22] du Conseil de sécurité pour le déroulement des négociations.

Conformément au procès-verbal-mandat du 31 octobre 1973[23], le Secrétaire général du Département politique[24] a réuni les Secrétaires généraux[25] des Départements de justice et police, des finances et des douanes et militaire pour

---

18. *Sur l'affrètement d'avions supplémentaires par la Suisse pour le CICR et l'échange de prisonniers entre Israël et l'Égypte et entre Israël et la Syrie, cf. la notice de F. Pictet à P. Graber du 30 octobre 1973,* dodis.ch/39582; *le PVCF N° 1927 du 15 novembre 1973,* dodis.ch/39583; *la notice de W. Mamboury à R. Keller du 21 novembre 1973,* dodis.ch/39584; *le PVCF N° 55 du 16 janvier 1974,* dodis.ch/39585; *la notice de D. Werner à E. Thalmann du 4 juin 1974,* dodis.ch/39586 *et la notice de A. von Graffenried du 17 juin 1974,* dodis.ch/39587.

19. *A. Bill. Sur le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe à l'étranger, cf. doc. 156,* dodis.ch/38540.

20. *Cf. le télégramme de E. Katzir à R. Bonvin du 2 novembre 1973,* dodis.ch/40791.

21. *Cf. le rapport politique N° 29 de H. Hess du 18 décembre 1973,* dodis.ch/39555; *le PVCF N° 2245 du 21 décembre 1973,* dodis.ch/39556; *le rapport politique N° 1 de F. Schnyder du 2 janvier 1974,* dodis.ch/39557; *la notice de R. Vieux à G. Duboule du 8 janvier 1974,* dodis.ch/39558 *et le PVCF de décision II du 11 janvier 1974 de la 7ème séance extraordinaire du 19 décembre 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*.

22. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 21 octobre 1973,* UN doc. S/RES/338 (1973), *doss. comme note 4.*

23. *Cf. note 2.*

24. *E. Thalmann.*

25. *A. Riesen, R. Bieri et A. Kaech.*

examiner si de nouvelles formes d'aide peuvent être envisagées. Les chefs des départements concernés[26] seront informés directement des résultats de cette réunion[27].

26. *N. Celio, K. Furgler, R. Gnägi et P. Graber.*
27. *Cf. la notice de E. Thalmann à P. Graber du 6 novembre 1973,* dodis.ch/40792.

48

dodis.ch/39499

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Entretien le 22 novembre avec Messieurs Martin et Gallopin[2]

[Berne,] 15 novembre 1973

En réponse à la question que nous lui avons posée, M. Gallopin nous dit que vos hôtes[3] se proposaient d'aborder, à la Maison de Watteville, dès 12 heures, les points suivants:

1. Conférence internationale de la Croix-Rouge de Téhéran[4], dans la perspective de la Conférence diplomatique sur le droit humanitaire[5]. M. l'Ambassadeur Keller pourra vous renseigner directement, à son retour, sur les traits saillants de cette réunion.

2. Actions du CICR au Proche-Orient[6]. Le CICR s'est heurté à de très grandes difficultés qui, en ce qui concerne l'application intégrale et sans condition de réciprocité des Conventions de Genève, n'ont en fin de compte pas pu être surmontées. La subordination du rapatriement des prisonniers de guerre à des clauses politico-militaires a été, en effet, sanctionnée dans l'accord en six points conclu entre Israël et l'Égypte.

De graves plaintes ont été formulées de part et d'autre quant à des violations des Conventions (non application de la 4e Convention, refus de communication des listes de prisonniers, exécutions sommaires de prisonniers israéliens, emploi de prisonniers syrien pour guider les troupes israéliennes dans des champs de

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#779* (o.258.0). *Rédigée et signée par F. Pictet. Visée par P. Graber. Annotation manuscrite dans la marge: [Direction des]* O*[rganisations]* I*[nternationales].*
2. *Cf. le communiqué de presse du Conseil fédéral du 22 novembre 1973,* dodis.ch/40839.
3. *Pour la liste des présences, cf. la notice de F. Pictet à P. Graber du 24 octobre 1973,* CH-BAR#E2003A#1988/15#769* (o.253.3).
4. *Cf. le rapport de J. Humbert à la Direction des organisations internationales du Département politique du 20 novembre 1973,* dodis.ch/40165.
5. *Cf. la circulaire de R. Keller aux ambassades de Suisse du 12 janvier 1973,* dodis.ch/40183; *la circulaire de F. Pictet du 20 août 1973,* dodis.ch/40185; *le rapport de J. Humbert à la Direction des organisations internationales du Département politique du 23 octobre 1973,* dodis.ch/40186; *le PVCF N° 921 du 10 juin 1974,* dodis.ch/40189 *et le discours de P. Graber du 28 octobre 1975,* dodis.ch/40180.
6. *Cf. doc. 47,* dodis.ch/39249.

mines au Golan). M. Gallopin nous dit envisager que le CICR propose à toutes les Parties l'ouverture d'une enquête qui se déroulerait selon des procédures à fixer. Une telle initiative aura des implications politique certaines (composition de la ou des Commissions d'enquêtes par exemple, exclusivement suisse, mais en dehors du CICR, ou internationale).

3. La situation financière du Comité est préoccupante. Le financement de l'opération d'échanges de populations entre le Pakistan et le Bangla Desh[7] n'est pas assuré. Il s'agit d'une action qui, selon les nouvelles règles budgétaires du Comité, devrait être couverte par des contributions volontaires de Gouvernements et de particuliers. Les annonces de versements reçues à ce jour ne sont pas suffisantes. Au Proche-Orient, par contre, les contributions versées permettront, grâce en particulier au financement des avions par la Confédération[8], de couvrir les frais pendant 4 ou 5 mois.

Enfin, l'inflation ronge le budget régulier qui s'annonce déficitaire pour l'an prochain. Des économies ne seront possibles qu'en réduisant ou en abandonnant certaines activités. Les plus directement frappées seraient en pareil cas les actions que le Comité mène, en marge des Conventions de Genève, en faveur des détenus politiques dans les pays qui, sans être le théâtre d'un conflit armé, connaissent une situation de troubles intérieurs (Afrique[9], Amérique latine[10]). De telles actions ne peuvent en elles, par définition, faire l'objet d'un financement international.

Le CICR n'envisage pas de lancer un appel à la Confédération mais souhaiterait que l'on examine si, d'une manière générale, le Conseil fédéral serait en mesure de garantir la couverture du déficit éventuel d'actions déterminées au cas où les fonds attendus de l'étranger s'avéreraient insuffisants[11]. Le Comité estime de plus en plus difficile d'accepter des missions telles que, par exemple, celle dans le sub-continent indien[12] sans avoir la certitude qu'il disposera des moyens financiers requis; un modus vivendi sur ce point avec la Confédération faciliterait sa tâche de manière décisive.

---

7. *Cf. doc. 43,* dodis.ch/39413.

8. *Cf. le PVCF N° 55 du 16 janvier 1974,* dodis.ch/39585.

9. *Sur l'Érythrée, cf. p. ex. les lettres de H. Langenbacher à R. Keller du 17 février 1975,* dodis.ch/39790 *et du 15 mai 1975,* dodis.ch/39836.

10. *Sur le Chili, cf. p. ex. la lettre de R. Keller à P. Graber du 28 mars 1974,* dodis.ch/38269 *et le procès-verbal du 22 avril 1975 de Ph. Chapatte de la discussion du 15 avril 1975,* dodis.ch/38275.

11. *Sur les relations entre le CICR et le Conseil fédéral, cf. la notice de D. Werner à R. Keller du 26 juillet 1973,* dodis.ch/40167.

12. *Cf. note 8.*

49

dodis.ch/39686

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 42. Sitzung vom 14. November 1973[1]

Auszug *[Bern,]* 19. November 1973

[…][2]

2. Die Versorgung unseres Landes mit Brenn- und Treibstoffen

Herr Bundesrat Brugger orientiert den Rat über die Versorgungslage[3], die sich infolge der Restriktionen der ölproduzierenden Länder auch für die Schweiz zusehends gefährlicher erweist. Man muss heute offen feststellen, dass die Versorgung unseres Landes nicht mehr vollumfänglich garantiert ist. Die eigentliche Krise[4] wird aber erst ab Mitte Dezember fühlbar sein, da bis dahin die sich jetzt bereits unterwegs befindlichen Tanker fortlaufend in den europäischen Häfen noch eintreffen. Nach den Erhebungen des EVD ist mit einem Manko von 15% auf den Treibstoffen und mit einem solchen von 20–25% auf Heizöl zu rechnen. Heizöl ist zwar derzeit noch kaufbar, aber zu horrenden Preisen (500–600 Franken pro Tonne). Überall stürzt man sich auf den Rest der Reserven. Die Milizorganisation des EVD hat sich vollständig gebildet und ist an der Arbeit. Unter der Leitung von Max Steiner, Generaldirektor der Firma Sulzer AG und unter Mitwirkung von Dr. Edmund Wyss, Chef der Sektion Treibstoffe, wird ohne Nervosität diskutiert und disponiert[5]. Auf Grund der

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#16*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39686.
3. *Zur Versorgungslage der Schweiz mit Erdölprodukten vgl. die Notiz von M. Jost vom 22. August 1973,* dodis.ch/40692; *das Exposé von H. R. Siegrist vom 29. August 1973,* dodis.ch/37656; *die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber vom 9. Oktober 1973,* dodis.ch/40632; *die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 9. Oktober 1973,* dodis.ch/40677; *die Notiz von P. Oberson vom 11. Oktober 1973,* dodis.ch/40634; *den Bericht von E. Brugger an den Bundesrat vom 16. Oktober 1973,* dodis.ch/40681; *die Notiz von A. Hasler an E. Brugger vom 2. November 1973,* dodis.ch/40683; *die Notiz von R. Scherrer an E. Brugger und W. Ritschard vom 15. Mai 1974,* dodis.ch/40704; *die Notiz von P. Oberson an G. Kündig vom 24. Juni 1974,* dodis.ch/40662 *sowie die Notizen von G. Kündig vom 22. Juli 1975,* dodis.ch/40629 *und vom 31. Oktober 1975,* dodis.ch/40718.
4. *Zu den Auswirkungen der Ölkrise auf die Schweiz, den hinsichtlich der Versorgungslage getroffenen innenpolitischen Massnahmen und der Frage der Beziehungen mit den erdölexportierenden Staaten vgl. Dok. 58,* dodis.ch/40607 *und Dok. 124,* dodis.ch/40608. *Zur Beteiligung und Strategie der Schweiz bezüglich Verhandlungen auf multilateraler Ebene vgl. Dok. 52,* dodis.ch/40606; *Dok. 184,* dodis.ch/40609 *und Dok. 185,* dodis.ch/40610. *Zum Beitritt der Schweiz zum International Energy Program vgl. Dok. 110,* dodis.ch/38752. *Zu den Auswirkungen der Ölkrise auf die Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 68,* dodis.ch/38299; *Dok. 74,* dodis.ch/38300; *Dok. 102,* dodis.ch/38913 *und Dok. 112,* dodis.ch/38914. *Zu den Auswirkungen auf die humanitäre Hilfe vgl. Dok. 76,* dodis.ch/38817. *Vgl. ferner die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T1321.
5. *Zum Krisenstab «Ölversorgung» vgl. die Aufzeichnung von R. Scherrer vom 6. Dezember 1973,* dodis.ch/40628. *Zu weiteren im Zusammenhang mit der Ölkrise gebildeten interdepartementalen Arbeitsgruppen vgl. die Notiz von A. Fehr vom 1. Oktober 1973,* dodis.ch/40668; *die Notiz von M. Jost vom 1. Oktober 1973,* dodis.ch/40693; *das Protokoll von R. Staub vom*

neusten Erhebungen sind nun Einschränkungen unvermeidlich. Ein Appell[6] genügt nicht mehr. Am spektakulärsten wäre ein Sonntagsfahrverbot[7]. Leider ist aber davon keine grosse Einsparung zu erwarten. Wird dieses Fahrverbot auch auf den Samstag ausgedehnt, sind grosse Schwierigkeiten zu erwarten. In der Öffentlichkeit scheint die Bereitschaft für die Aufnahme eines Sonntagsfahrverbots recht gross. Man erinnert sich aber der Erfahrungen im Jahre 1956[8]: Damals schien die Sache am ersten Sonntag in Ordnung, am zweiten Sonntag kam herbe Kritik und am dritten Sonntag hörte man geradezu klassenkämpferische Töne. Man muss auch berücksichtigen, dass wir in der Schweiz nicht die gleiche Struktur haben wie Holland (Wintersport!). Die Bedenken gegenüber dem Sonntagsfahrverbot sind deshalb die folgenden: es bringt wenig ein und lässt sich langfristig kaum durchhalten.

Eine zweite Möglichkeit bestände in der Kontingentierung, eine dritte in einer Teilrationierung, mit amtlich festzusetzenden Prioritäten. Die Fachbearbeiter des EVD sind der Auffassung, dass derzeit – unter Berücksichtigung insbesondere auch der administrativen Umtriebe, die mit einer Teilrationierung verbunden wären – die Kontingentierung[9] vorzuziehen ist. Beim Benzin sollten die Lieferungen um 25% reduziert werden, beim Heizöl um 30%. Dazu wäre ergänzend eventuell eine Geschwindigkeitsbegrenzung[10] zu prüfen. Abschliessend macht Herr Brugger darauf aufmerksam, dass die ganze Aktion für sein Departement natürlich auch ein Personal- und ein Kostenproblem ist. Das Finanzdepartement wird dafür umgehend 5–6 Mitarbeiter bewilligen müssen, nebst dem entsprechenden Kostenpunkt.

Herr Tschudi ist mit dem von Herrn Brugger skizzierten Vorgehen einverstanden. *Herr Gnägi* gibt bekannt, dass er bei den Trainingsflügen der

---

4. Oktober 1973, dodis.ch/40631; *das Protokoll von A.-L. Vallon vom 5. Dezember 1973,* dodis.ch/40635 *sowie die Notiz von G. Kündig an J. Zwahlen vom 22. August 1974,* dodis.ch/40664. *Zur Frage der Entwicklungsperspektiven der schweizerischen Energiewirtschaft, der Ausarbeitung eines entsprechenden Verfassungsartikels sowie zur Gründung und Tätigkeit der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption vgl. das BR-Prot. Nr. 140 vom 24. Januar 1973,* dodis.ch/40742; *die Notiz von E. Bischof vom 30. August 1973,* dodis.ch/40630; *die Notiz von A.-L. Vallon vom 20. Februar 1974,* dodis.ch/40638; *das BR-Prot. Nr. 905 vom 5. Juni 1974,* dodis.ch/40736; *das Protokoll von H. Kobler und J.-P. Seuret vom 23. August 1974,* dodis.ch/40720; *die Schreiben von J. Zwahlen an M. Kohn vom 18. September 1974,* dodis.ch/40666 *und vom 19. September 1974,* dodis.ch/40667; *das Protokoll von M. Elser vom 27. Juni 1975,* dodis.ch/40721; *das BR-Prot. Nr. 1693 vom 10. September 1975,* dodis.ch/40740 *sowie das BR-Prot. Nr. 2128 vom 12. November 1975,* dodis.ch/40741.

6. *Aufruf des Bundesrats vom 8. November 1973,* dodis.ch/40684.

7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1979 vom 21. November 1973,* dodis.ch/40735. *Vgl. ferner das Schreiben von P. Moren und X. Frei an E. Brugger vom 29. November 1973,* dodis.ch/40762; *das Schreiben von U. Wüthrich an E. Brugger vom 12. Dezember 1973,* dodis.ch/40707 *sowie das Schreiben von E. Brugger an U. Wüthrich vom 14. Januar 1974,* dodis.ch/40706.

8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1969 vom 16. November 1956,* dodis.ch/40901; *die Notiz von M. Kaufmann an Th. Holenstein vom 19. November 1956,* dodis.ch/40902 *sowie das BR-Prot. Nr. 2116 vom 10. Dezember 1956,* dodis.ch/40903. *Zur Suezkrise vgl. ferner die thematische Zusammenstelleung* dodis.ch/T1241.

9. *Vgl. dazu Anm. 7.*

10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1899 vom 14. November 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#800*.

Flieger bereits Einschränkungen angeordnet hat, hingegen war es nicht mehr möglich, die Manöver des zweiten Armeekorps unter Berücksichtigung der neuen Lage umzugestalten. *Herr Furgler* hält dafür, dass sich der Bundesrat im Moment, da er entscheidet, vergewissert haben muss, dass sich die in Aussicht genommenen Massnahmen tatsächlich auch durchsetzen lassen und der Vollzug kontrollierbar ist. Bei der Kontingentierung stellt sich das Problem des Stichtags der Quantität. Es sollte auch raschmöglichst eine Sperre der Benzinausfuhr[11] ins Auge gefasst werden. Bezüglich des Sonntagsfahrverbots ist zu beachten, dass die Situation heute nicht mehr die gleiche ist wie 1956. Insbesondere sollte es möglich sein, bis Mitte Dezember – bis dahin sind die Hotels für den Wintersport in der Regel nicht offen – drei Sonntage mit dem Fahrverbot zu belegen, ohne dass schwere Folgen zu gewärtigen sind. Im übrigen wünscht Herr Furgler, dass die Massnahmen der Geschwindigkeitsbeschränkung, wenn solche in Betracht gezogen werden, auf jeden Fall mit seinem Departement koordiniert werden. *Herr Graber* wünscht Auskunft über die effektiv vorhandenen Reserven[12] (die Aussagen darüber variieren) und fragt, ob das Sonntagsfahrverbot und die Kontingentierung kumulativ oder alternativ vorzusehen wären. Auch *Herr Bundespräsident Bonvin* hält dafür, dass die psychologischen Auswirkungen eines Sonntagsfahrverbots heute nicht mehr die gleichen wären wie 1956. *Herr Brugger* ergänzt, dass eine Kontingentierung heute so oder so nicht mehr zu vermeiden ist, insbesondere beim Heizöl[13]. Die Durchsetzung dürfte möglich sein, auch ohne grossen Apparat. Auch die Kontrolle ist auf Grund des sogenannten Warenbuches, das im Öl- und Benzinhandel geführt wird, zu bewältigen. Die Branchenvertreter sind kollaborativ. Beim Sonntagsfahrverbot kommt man nicht um den Eindruck herum, dass es sich um ein window-dressing handelt. Die Leute fahren am Freitag oder Samstag zum Wintersport und kehren, soweit immer möglich, erst am Montag zurück. Es wird daraus eine Einsparung von lediglich 2–3% erwartet. Nimmt man es trotzdem in Aussicht, könnte es für den 25. 11., den 2. und den 9. 12. verfügt werden, anschliessend würde es ersetzt durch die Kontingentierung. In Sachen Geschwindigkeitsbeschränkung steht das EVD selbstverständlich in enger Fühlungnahme mit dem JPD. Die Manöver des zweiten Armeekorps haben dem Chef des EVD eine grosse Zahl von Briefen eingetragen[14]. Es wäre deshalb gut, wenn mit den neuen Massnahmen, die in Aussicht genommen werden müssen, gleichzeitig unterstrichen werden könnte, dass auch die Armee die Sparmassnahmen mitmacht. Herr Brugger orientiert dann über die Pflichtlager und die freien Lager und erklärt abschliessend, dass sich das EVD einem Sonntagsfahrverbot nicht widersetzen würde, wenn der Bundesrat so beschliesst.

---

11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2109 vom 3. Dezember 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#801*.
12. *Vgl. dazu bes. die Tabelle im Anhang des Berichts von E. Brugger an den Bundesrat vom 16. Oktober 1973,* dodis.ch/40681.
13. *Vgl. dazu z. B. das Merkblatt der Direktion der Eidg. Bauten des Departements des Innern vom 12. Dezember 1973,* dodis.ch/40696.
14. *Zur Antwort auf die Zuschriften der Öffentlichkeit vgl. das Schreiben von E. Brugger vom November 1973,* dodis.ch/40685.

Herr Celio hat ebenfalls viele kritische Stimmen wegen der Armee gehört. Es ist deshalb notwendig, dass der Bundesrat nun Sofortmassnahmen trifft und diese gut verkauft. Nach Auskünften aus Rom ist während des ganzen Jahres 1974 mit Einschränkungen zu rechnen[15]. Die von Herrn Brugger vorgeschlagenen Massnahmen sind alle brauchbar, am besten wäre es aber, man würde wohl mit einem Sonntagsfahrverbot vorausgehen und anschliessend die Kontingentierung einführen. *Herr Furgler* macht darauf aufmerksam, dass auch die Kontingentierung keine problemlose Sache ist. Man kann dem Tankstellenhalter schon weniger liefern, wie aber soll er reagieren, damit auch die Motorfahrzeughalter einigermassen gleichmässig sich einschränken müssen?

Der Rat schreitet darauf zur Bereinigung der vorzukehrenden Massnahmen. Von der Annahme ausgehend, dass ein Sonntagsfahrverbot nur für einige wenige Sonntage denkbar wäre und dann doch fallen gelassen werden müsste, spricht sich eine Mehrheit des Rates dagegen aus. Hingegen wird eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h generell zum Beschluss erhoben, unter Vorbehalt einer Rücksprache, die Herr Bundesrat Furgler über die Mittagszeit mit seinen Fachleuten nehmen wird. Der Kontingentierung wird zugestimmt und zwar im Ausmass von 20% für Benzin und 30% für Heizöl. *Herr Gnägi* soll in seinem Departement noch abklären, was bezüglich der Armee vorzukehren ist[16].

Am späten Nachmittag wird die Diskussion um diese Massnahmen wieder aufgenommen, wobei der Rat beschliesst, auf Samstag, 17. November, eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h in Kraft zu setzen. Diese ist sofort zu publizieren[17]. Allfällige weitere Beschlüsse (Kontingentierung/Sonntagsfahrverbot) sollen am nächsten Mittwoch[18] gefasst werden.

[…][19]

---

15. *Zur Problematik der zwischenzeitlichen Suspendierung der Ausfuhr von Erdölprodukten aus Italien vgl. das Schreiben von D. Steinmann an A. Hasler vom 10. Oktober 1973,* dodis.ch/40633; *das Telegramm Nr. 23 von P. R. Jolles an die schweizerische Botschaft in Rom vom 11. Oktober 1973,* dodis.ch/40816; *die Note der schweizerischen Botschaft in Rom an das italienische Aussenwirtschaftsministerium vom 26. Oktober 1973,* dodis.ch/40678; *das Schreiben des Staatsrats des Kantons Tessin an E. Brugger vom 23. November 1973,* dodis.ch/40687; *die Note der schweizerischen Botschaft in Rom an das italienische Aussenministerium vom 29. November 1973,* dodis.ch/40680 *sowie das Schreiben von E. Brugger an den Staatsrat des Kantons Tessin vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/40688.

16. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E5001G#1985/220#1074* (76.1) *und* CH-BAR#E5001G#1986/105#1139* (76.1).

17. *Vgl. Anm. 10.*

18. *Vgl. Anm. 7.*

19. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39686.

50

dodis.ch/39788

Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Stockholm, 22. November 1973

Ich beehre mich, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass gegenwärtig im Museum für Moderne Kunst in Stockholm, das seit Jahren ein Zentrum für Anarchisten und Pornographie ist, eine Ausstellung zusammengestellt wurde, in welcher auch die Schweiz berücksichtigt ist. Allerdings nicht zu unserem Vorteil. In der Sammlung figuriert ein unter Glas stehendes Stück, das sich «Alpen» nennt. Die künstlerische Qualität beschränkt sich aber auf die Darstellung einer Art von Pissoir, eines Dreckhaufens, bestehend aus Zigarettenstummeln, zerrissenen Briefen und Postkarten, Cremetuben etc., auf dessen Gipfel eine Schweizer Fahne ausgebreitet ist. Dieses angebliche Kunstwerk stammt von einem Deutschen namens Joseph Beuys, geboren 1921, und ist eine im Jahre 1971 erfolgte Schenkung der Freunde für das Moderne Museum.

Ich habe sofort bei Generalsekretär Åström gegen diese Ausstellung, die die Schweiz einem Dreckhaufen gleichstellt, protestiert. Mein Gesprächspartner hat mir versprochen, diesen Fall abzuklären. Er meinte aber, dass es sehr schwierig sein werde, offiziell etwas dagegen zu unternehmen, weil die Museen, obschon vom Staat finanziert, vollständig frei in der Auswahl der Kunstwerke seien. Zudem wird hier der Begriff «Freiheit» für die künstlerische Schöpfung sehr weit interpretiert, was diesbezüglich vor allem den Amerikanern Sorgen macht.

In der gleichen Ausstellung figuriert auch ein Werk, das mit einer zerschlissenen amerikanischen Flagge dekoriert ist, was offenbar die innere Zerrissenheit der USA darstellen soll.

Sobald ich eine Antwort von Åström erhalte, werde ich auf diese Angelegenheit zurückkommen. Vielleicht können Sie diese Tatsache auch dazu benützen, dem schwedischen Botschafter in Bern zu antworten, wenn er sich wieder einmal über die Haltung der schweizerischen Presse gegenüber Schweden beklagt.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2003A#1988/15#936* (o.301). *Das Schreiben wurde an die Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des Politischen Departements weitergeleitet. Kopie an den Dienst Information und Presse des Politischen Departements. Handschriftliche Marginalie von E. Brunner vom 29. November 1973:* Nach Besprechung mit *[P. A. Nussbaumer]* einstweilen ad acta. *Handschriftliche Notiz auf beigelegtem Übermittlungszettel von L. Burckhardt vom 27. November 1973:* Ich begreife diese Reaktion, sie ist aber genau, was die Künstler wollen, also eine «Mausefalle». Die Reaktion ist m. E. ungeschickt. Andere Auffassung? (Kopie ging zur Besprechung an Pro Helvetia!). *Handschriftliche Notiz auf beigelegtem Übermittlungszettel von R. Keller:* Was mich besonders stört ist, dass der «Künstler» nicht einmal Schweizer ist. Und dass er 52 Jahre alt ist!

51

dodis.ch/38766

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

SCHWEIZER FILMWOCHEN IN DER USSR

Bern, 24. November 1973

1. Wie der beiliegenden Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur vom 20. November zu entnehmen ist, hebt die Presseagentur Nowosti im Zusammenhang mit den Schweizer Filmwochen in der USSR die «realistische Ausrichtung der schweizerischen Filmkunst» hervor, ein Bestreben, den sozialen Problemen des Lebens auf den Grund zu gehen und nicht Werbung im Stil schöner Postkarten für Touristen zu treiben (Beilage 1)[2]. Entsprechend die «Tribune de Lausanne» vom 23. November: «La critique soviétique relève l'orientation réaliste et sociale du cinéma suisse» (Beilage 2)[3].

2. Im Gegensatz dazu beanstandet unsere Botschaft in Moskau in ihrer Meldung vom 20. November[4] die destruktiv wirkende Tendenz der im Rahmen dieser Filmwochen gezeigten Schweizer Filme «Storia di confine» und «Blackout». Die Aufführung dieser Filme habe beim Publikum in Moskau einen völlig verfälschten Eindruck von den sozialen Verhältnissen in der Schweiz und von den Beziehungen zwischen Bürger und Staat hinterlassen müssen. Im Falle der «Storia di confine» erfahre insbesondere die Tätigkeit des schweizerischen Grenzwachtkorps eine krass verzerrte Darstellung. Dazu komme eine ungeschickte Übersetzung der Dialoge, welche bei einem Teil des Publikums den Eindruck erweckt habe, bei den Uniformierten handle es sich um deutsche Besatzungstruppen. In der «Storia di confine» und in «Blackout» seien die brutalen und niederträchtigen Charakterzüge ausschliesslich in Personen mit deutscher Sprache oder deutschen Namen verkörpert, was dieses Vorurteil noch verstärke. Das russische Publikum sei nämlich infolge des absoluten staatlichen Meinungsmonopols nicht in der Lage, solche kritischen Filme über die Schweiz zu verarbeiten, sondern nehme die vordergründigen Eindrücke mit sich nach Hause: materielle Schwierigkeiten, menschliche Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten, und es habe keinerlei Gelegenheit, dieses Bild irgendwie zu differenzieren[5].

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1988/15#936* (o.301). *Verfasst von L. Burckhardt und unterzeichnet von R. Keller. Kopie an P. A. Nussbaumer.*
2. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/38766.
3. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/38766.
4. *Telegramm Nr. 280 von W. Hold an die Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des Politischen Departements vom 20. November 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4839* (B.15.11.(14)).
5. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Zimmermann an R. Keller vom 15. Januar 1974,* dodis.ch/38797. *Allgemein zur Entwicklung der sowjetischen Kulturpolitik vgl. das Schreiben von H. Zimmermann an P. F. Stauffer vom 8. Oktober 1974,* dodis.ch/38798.

In einem persönlichen Schreiben von Frau Claude de Stoutz an den Generalsekretär[6] unseres Departements vom 20. November finden diese Bedenken ebenfalls ihren klaren Ausdruck (Beilage 3)[7].

3. Dass es sich hier um ein Anliegen handelt, das mit der Stiftung Pro Helvetia als Veranstalterin und der Sektion Film des Eidgenössischen Departements des Innern sowie im Schosse der Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland[8] sorgfältig geprüft werden muss, ist offensichtlich. Auch sind die beiden Filme nach unseren Erkundigungen verfügbar, so dass eine Aussprache darüber zugleich auch mit ihrer Vorführung verbunden werden kann.

Da die von unserer Botschaft anhand eines Beispiels aufgeworfene grundsätzliche Frage sich immer wieder stellen wird, begrüssen wir es sehr, dass uns die beiden deutlichen Vernehmlassungen aus Moskau den Anlass bieten, uns damit auseinanderzusetzen.

4. Unsere Botschaft ist von den zuständigen sowjetischen Stellen bereits angefragt worden, ob alle Schweizer Filme auch nach Abschluss der offiziellen Festwochen von Moskau, Leningrad und Tiflis auch noch weiter gezeigt werden könnten. Die Pro Helvetia sei zwar damit einverstanden, aber die Botschaft gedenke von dieser Möglichkeit nur beschränkten Gebrauch zu machen; sie überlasse es uns, ob und in welcher Form wir bei den für die Filmauswahl zuständigen Stellen eine Demarche unternehmen. In einer vorläufigen Antwort[9] an unsere Botschaft in Moskau teilten wir ihr mit, dass ihre Stellungnahme die volle Beachtung aller interessierten Stellen unseres Departements findet, dass die Rücksprache mit der für diese Filmwochen zuständigen Stiftung Pro Helvetia und mit dem Eidgenössischen Departement des Innern in Gang ist, und dass wir umgehend antworten werden. Inzwischen seien die Filme den sowjetischen Stellen vorläufig noch nicht für die Weiterverwendung nach Beendigung der Filmwochen freizugeben.

5. Angesichts des Engagements schweizerischer Filmschaffender bei diesen Filmwochen und angesichts der vertraglichen Abmachungen der Pro Helvetia mit den sowjetrussischen Stellen über die gegenseitige freie Filmauswahl vertritt die Kultursektion die Auffassung, es wäre nicht opportun, einzelne Filme aus der weiteren Zirkulation in der USSR (gedacht wird z. B. an Taschkent) nachträglich herauszuziehen, weil dies den Eindruck einer Zensur der schweizerischen Filmschaffenden und der in ihrer kulturpolitischen Tätigkeit unabhängigen Stiftung Pro Helvetia durch das Politische Departement erwecken und daher Anlass zu einer entsprechenden Pressepolemik bieten könnte; auf alle Fälle fühlte sie sich verpflichtet, auf dieses Risiko aufmerksam zu machen. Die beanstandeten Filme sind nun einmal in den offiziellen Filmwochen gezeigt worden und haben offenbar zum günstigen russischen Presseurteil über unsere soziale Aufgeschlossenheit beigetragen; sie nachträglich zurückzunehmen, könnte nach aussen wie eine Desavouierung unserer eigenen Haltung wirken.

---

6. *E. Thalmann.*
7. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/38766.
8. *Vgl. dazu Dok. 135,* dodis.ch/40560.
9. *Telegramm Nr. 323 von L. Burckhardt an die schweizerische Botschaft in Moskau vom 23. November 1973, Doss. wie Anm. 1.*

6. Demgegenüber stehen die Kenner der russischen Verhältnisse in unserem Departement, namentlich aus früheren Jahren, welche uns dringend nahelegen, die Bedenken unserer Botschaft in Moskau unbedingt voll ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln. Eine Aussprache mit der Pro Helvetia, die ungeachtet ihrer Selbständigkeit durchaus auf unseren Rat hört, über das weitere Vorgehen drängt sich daher auf, wobei wir aber nichts befehlen dürfen, sondern lediglich versuchen können, sie von unseren Argumenten zu überzeugen. Auch dies spricht gegen ein abruptes und für ein schrittweises Vorgehen.

7. Unser Staat hat bis jetzt den Abschluss von offiziellen Kulturabkommen mit anderen Staaten strikte abgelehnt. Sollen und müssen wir von diesem Grundsatz im Verhältnis z. B. zur USSR abgehen, um zu verhindern, dass dort allzu selbstkritische und daher missverständliche schweizerische Kulturprodukte gezeigt werden[10]? Würden wir aber damit nicht unsere eigenen freiheitlichen Grundsätze aufgeben und uns das Gesetz des Handelns von einer uns innerlich fremden Mentalität aufzwingen lassen? Diese Frage lässt sich sicherlich nicht ohne weiteres beantworten, sondern bedarf der Prüfung.

8. Die Pro Helvetia, deren Direktor Luc Boissonnas soeben noch erreicht werden konnte, macht in diesem Zusammenhang geltend, dass der Wunsch, es seien in der USSR schweizerische Spielfilme zu zeigen, von unserer Botschaft in Moskau ausging, welche dieses Postulat unter der Leitung des verstorbenen Botschafters Jean de Stoutz mit grossem Enthusiasmus verfocht. Da es in der jüngeren Generation der schweizerischen Filmschaffenden aber niemanden mehr gibt, dessen Grundhaltung gegenüber unserem eigenen Wesen nicht ausgesprochen selbstkritisch wäre, bedingte dieser Wunsch aus Moskau zwangsläufig den Einschluss des sozialkritischen Elements innerhalb solcher filmischer Darbietungen. Um für das erfolgreiche Gegenstück in der Form der kommenden russischen Filmwochen in der Schweiz eine Qualität zu erreichen, welche den Anforderungen unseres eigenen kritischen Publikums entspricht[11], musste die Pro Helvetia darauf beharren, dass die schweizerischen Partner die bei uns vorzuzeigenden russischen Filme vollständig frei auswählen können, ein Ziel, das natürlich nur auf dem Wege der Reziprozität, d. h. durch Einräumung des gleichen Rechts an die russische Seite für ihre Auswahl von Schweizerfilmen erreichbar war. Mit dem schweizerischen Filmschaffenden Dr. Alexander Seiler aus Zürich, welcher bei der Einrichtung der Schweizer Filmwochen in der USSR mitgewirkt hat, konnte Herr Boissonnas noch nicht sprechen, da jener soeben erst aus Russland zurückgekehrt ist; er wird uns aber dessen Eindrücke umgehend auch noch unterbreiten.

Auch die Pro Helvetia begrüsst die Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über den ganzen Themenkreis[12], und wir bitten Sie, dies anlässlich

---

10. *Allgemein zu den kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion vgl. das Schreiben von J. de Stoutz an R. Keller vom 22. Mai 1973,* dodis.ch/38799 *und die Notiz von P. F. Stauffer vom 28. Februar 1975,* dodis.ch/38800.

11. *Vgl. dazu Dok. 57,* dodis.ch/38848, *Punkt III.*

12. *Zur Aussprache vom 19. Dezember 1973 zwischen dem Departement des Innern, dem Politischen Departement und der Pro Helvetia vgl. die Notiz von L. Burckhardt vom 17. Dezember 1973,* dodis.ch/38796 *sowie die Notiz von A. Bänninger vom 4. Januar 1974,* dodis.ch/39263.

Ihrer bevorstehenden Aussprache mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern[13] ebenfalls zu erwähnen.

9. Zusammenfassend bestätigen wir die Feststellung, dass die Bereitschaft zu einer solchen Aussprache auf allen Seiten vorhanden ist, während inbezug auf die Erledigung der akuten Frage einer Weiterverwendung bestimmter von unserer Botschaft in Moskau beanstandeter Filme in der USSR Meinungsverschiedenheiten bestehen, die umgehend abgeklärt werden müssen.[14]

13. *H.-P. Tschudi.*

14. *Eine weitere Vorführung der Filme konnte schliesslich wegen des Zusammenfallens mit staatlichen Feiertagen nicht stattfinden. Vgl. das Telegramm Nr. 288 von W. Hold an das Politische Departement, Doss. wie Anm. 1.*

52

dodis.ch/40606

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

Dringend *[Bern,]* 26. November 1973

Am Samstag hat Botschafter Thalmann bei mir vorgesprochen betreffend Erdölkrise[2]. Das EPD erwartet einen politischen Druckversuch seitens der arabischen Länder[3] auf die Neutralen und frägt sich, was in diesem Falle vorzukehren wäre.

Wir haben folgendes geltend gemacht:

1. Die Handelsabteilung steht bereits in Kontakt mit der EWG, der OECD und den Mitgliedstaaten der EFTA[4]. Es ist also nichts «versäumt» worden. Mit diesen Kontakten sucht die Handelsabteilung die Grundlage für die Wahrung des «courant normal» im Verhältnis zu den verfügbaren Mengen zu schaffen. Mehr kann im Moment nicht getan werden.

2. Verhandlungen mit einzelnen arabischen Staaten würden diese zum Stellen politischer Begehren an die Schweiz geradezu herausfordern. Dagegen könnte die Stimmung auf privatem Wege, z. B. über die Banken, sondiert werden, die offenbar nächstens ihre arabischen Kunden zu besuchen gedenken.

3. Wir pflichten dem EPD bei, dass es sehr erwünscht wäre, eine gemeinsame Haltung der drei Neutralen gegenüber einem allfälligen politischen Druck der

1. *Notiz:* CH-BAR#E7001C#1984/201#1420* (820.2). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*

2. *Vgl. dazu Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

3. *Zur Verwendung der Erdöllieferungen als politische Waffe im Zuge des Jom-Kippur-Kriegs vgl. Dok. 58,* dodis.ch/40607, *Anm. 8; das Schreiben von G. Stucky an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und das Generalsekretariat des Politischen Departements vom 17. Oktober 1973,* dodis.ch/40709; *den Politischen Bericht Nr. 15 von M. Vogelbacher an P. Graber vom 27. Oktober 1973,* dodis.ch/37685; *das Telegramm Nr. 181 von E. Vallotton an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 3. Dezember 1973,* dodis.ch/40712 *sowie die Notiz von J.-J. Indermühle, A. R. Hohl, u. a. vom 20. September 1974,* dodis.ch/40745. *Zum Nahostkonflikt vgl. Dok. 22,* dodis.ch/39248, *Anm. 2.*

4. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 1. November 1973,* dodis.ch/40694.

Araber sicherzustellen[5]. Wir zweifeln allerdings, angesichts der verschieden gelagerten Interessen und unterschiedlichen Standfestigkeit, dass dies möglich sein wird. Trotzdem lohnt sich der Versuch, und wir sind durchaus einverstanden, dass Thalmann mit seinen schwedischen und österreichischen Kollegen[6] in diesem Sinne Fühlung nimmt.

Ich gedenke übrigens, die bevorstehende Amerikareise (Tagung über Entwicklungspolitik) zu einem kurzen Besuch in Washington[7] zu benützen, um dort die amerikanische Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise sowie der Möglichkeit allfälliger Gegenmassnahmen in Erfahrung zu bringen.

Dies zu Ihrer Orientierung, da Bundesrat Graber möglicherweise im Laufe der heutigen Bundesratssitzung[8] die Ölfrage aufwerfen wird.

---

5. *Vgl. dazu die Notizen von Ch. Müller vom 29. November 1973,* dodis.ch/39738 *und vom 3. Dezember 1973,* dodis.ch/40883.
6. *S. Åström und W. Wodak.*
7. *Handschriftliche Marginalie:* Datum: 10. XII. *Vgl. dazu Dok. 55,* dodis.ch/38943, *bes. Anm. 6.*
8. *Zur Diskussion im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 27. November 1973 der 44. Sitzung vom 26. November 1973,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*.

53

dodis.ch/37679

Notice du Chef du Service économique et financier, J. Zwahlen, à la Division politique I du Département politique[1]

RELATIONS AVEC L'ITALIE

Berne, 27 novembre 1973

I. À propos de l'affaire citée en marge, vous avez reçu deux notes de notre service; l'une de M. Turnheer consacrée à l'état de nos dossiers avec l'Italie, l'autre de M. Hulliger sur la première étape des négociations de la double imposition, qui se sont déroulées à Berne du 6 au 9 novembre 1973[2]. Nous joignons à nouveau ces notes en annexe pour que votre dossier soit complet.

II. L'objet des lignes qui suivent est de vous donner quelques impressions complémentaires destinées, avant tout, à restituer l'atmosphère de nos relations telle qu'elle nous apparaît.

a) On s'entend d'une manière générale pour reconnaître que nos relations avec l'Italie se dégradent régulièrement depuis quelques années.

b) Il est vraisemblable qu'une grande partie de cette détérioration est attribuable aux problèmes de la main-d'œuvre[3]. Il s'agit d'une question dans laquelle l'élément politique est indéniable. Or, jusqu'ici notre approche a été essentiellement sectorielle par les canaux des sous-comités créés en vertu du

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3708* (C.41.111.0).
2. *Cf. le rapport de J. Hulliger du 16 novembre 1973,* dodis.ch/40836.
3. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/38402, *note 4.*

procès-verbal sur l'émigration[4]. À notre avis, cette approche sectorielle et technique – aussi fondée soit-elle – est insuffisante car la composante politique du problème échappe à ce cadre. Or, celle-ci, ne l'oublions pas, est aussi importante pour la politique intérieure italienne que pour la nôtre[5].

c) Nous avons le sentiment qu'aussi longtemps que ne s'instaurera pas un dialogue plus constructif et global en matière de main-d'œuvre, nos autres problèmes bilatéraux avec l'Italie continueront à être abordés avec un certain a priori négatif. Cette impression nous incite à suggérer que nos problèmes avec l'Italie soient abordés globalement à niveau élevé. Cette étude renforcerait, à n'en pas douter, la coordination interdépartementale qui laisse à désirer et la transmission d'impulsions à partir d'une direction centrale transdépartementale.

d) Nous avons parfois tendance à négliger l'importance de l'Italie dans nos relations économiques, monétaires et financières avec l'extérieur. Les chiffres ne restituent pas ce que l'Italie nous fournit en biens que nous aurions de la peine à nous procurer à partir d'autres sources. Par exemple 22% de nos importations de produits pétroliers finis viennent des raffineries italiennes[6]. Ce courant interrompu, comme c'est le cas actuellement, il n'y a pas de possibilité de substitution. Une situation à peu près semblable se retrouve pour le riz et à un moindre degré pour le blé dur et les pâtes.

e) De son côté, l'Italie a aussi besoin de nous, notamment comme pays de transit. Aux transports traditionnels par chemins de fer et routes sont venus s'ajouter récemment les oléoducs pour le pétrole et le gaz naturel. Notre voisin du sud sait apprécier, en outre, l'aide monétaire que notre institut d'émission lui a toujours prêtée en périodes difficiles[7].

f) Nous devrions aborder avec plus de sérieux les travaux de la Commission pour favoriser les investissements suisses[8] en Italie. Celle-ci a été créée le 22 juin 1972 dans le cadre de la commission mixte relative à l'émigration. La création de cet organe a été voulue par les deux parties dans une optique psychologique. Elle ne constitue pas une promesse d'investissements de notre part[9].

Toutefois, après avoir accepté sa création et nous être engagés moralement à son bon fonctionnement, nous avons tardé à désigner les personnes qui devaient en faire partie. Il ne semble pas non plus qu'on ait pris la peine de contacter les personnalités des grandes associations économiques, industrielles et bancaires qui auraient pu y être intéressées en raison des activités que leurs entreprises déploient en Italie. Nous croyons savoir, à cet égard, que M. Philippe de Weck a marqué de l'intérêt. Enfin, on peut se demander si M. Celio ne pourrait pas être

---

4. Procès-verbal de la réunion de la Commission mixte italo-suisse instituée par l'Accord du 10 août 1964 relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, tenue du 15 juin 1972 au 22 juin 1972 à Rome *du 22 juin 1972*, CH-BAR K1(-) 2178.

5. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/38402, *en particulier note 5.*

6. *Sur les difficultés d'approvisionnement du Tessin, cf. la notice de A. Hasler à E. Brugger du 22 novembre 1973,* dodis.ch/40837.

7. *Sur l'aide suisse à l'Italie dans le domaine monétaire, cf. DDS, vol. 23, doc. 128,* dodis.ch/31415, *note 3 et la lettre de A. Marcionelli à J. Zwahlen du 26 mars 1973,* dodis.ch/38346.

8. *Cf. doc. 35,* dodis.ch/38348, *note 20.*

9. *Annotation manuscrite dans la marge de P. Graber:* Nello Celio.

pressenti pour la présidence lorsqu'il quittera le Conseil fédéral. Ces quelques gestes, qui ne nous coûtent pas grand-chose, pourraient certainement avoir un impact beaucoup plus grand qu'on ne le suppose[10].

10. *Annotation manuscrite en bas de page de P. Graber:* Disjonction subsiste. -1935, C*[onseil]* f*[édéral]* a traité au nom des cantons (sauf Genève) ≠ Parlement. - Conv*[ention]* prévoit restituer part de l'impôt. TI 400 mios = 20 mios; VS = ~2 *[mios];* GR = ~1,5 *[mio]*} → ~10 mios Investiss*[ements]*: très difficiles… situat*[ion]* éco*[nomique]* it*[alienne]* mais Alusuisse envisage g*[ran]*de usine en Sicile (p*[ou]*r moitié des ind*[ustries]* de l'État it*[alien] [mais]* Pechiney (Pompidou) → (Leone) *[…]* M. C.

54

dodis.ch/38420

Der Direktor der Handelsabteilung, P. R. Jolles, an den Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, A. Grübel[1]

FREMDARBEITERREGELUNG: BUNDESKONTINGENT/STAGIAIRES

Bern, 5. Dezember 1973

Wir danken Ihnen für den Einbezug in Ihre Umfrage vom 26. November 1973[2] und beantworten Ihre Fragen wie folgt:

Zu Ziffer 1

Gesuche von Führungskräften, die Angehörige von EFTA-Staaten sind und sich auf Art. 16 der EFTA-Konvention[3] berufen können, fallen nicht unter die Beschränkungsmassnahmen[4]. Sie sind mit Rücksicht auf unsere staatsvertraglichen Verpflichtungen aus der EFTA-Konvention unbedingt zu bewilligen. Es ist uns nicht möglich, die in nächster Zeit eingehenden Gesuche zu beziffern, doch nehmen wir an, dass sie sich im bisherigen Rahmen halten werden.

Der Bundesrat hat am 5. März[5] zustimmend davon Kenntnis genommen, dass Gesuche von Angehörigen Grossbritanniens und Dänemarks zulasten des BIGA-Kontingents zu bewilligen seien, sofern sie den Kriterien von Art. 16 der EFTA-Konvention entsprechen und solange diese Praxis nicht zu ernsthaften Schwierigkeiten führt. Derartige Gesuche werden voraussichtlich so wenig zahlreich sein, dass auch bei der vorgesehenen strikten Durchführung

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E7110#1984/70#95* (270). *Verfasst von S. Arioli. Kopie an P. R. Jolles, K. Jacobi, P. Languetin, R. Probst, E. Moser, H. Hofer, M. Lusser, M. Krell und H. Lüthi.*
2. *Schreiben von A. Grübel vom 26. November 1973,* dodis.ch/40856.
3. Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA) *vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 590–614, hier S. 602 f. Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 47,* dodis.ch/15943 *sowie Dok. 58,* dodis.ch/15944.
4. *Vgl. dazu Dok. 62,* dodis.ch/38425, *bes. Anm. 6.*
5. *BR-Prot. Nr. 406 vom 5. März 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#792*.

der Beschränkungsmassnahmen noch nicht von ernsthaften Schwierigkeiten gesprochen werden kann. Es sollte ihnen deshalb stattgegeben werden.

Zu Ziffer 2

Wir sind mit der von Ihnen vorgesehenen Verteilung des Bundeskontingentes einverstanden.

Zu Ziffer 3

Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Beschränkung auf 375 Bewilligungen sind im In- und Ausland gravierend. Auf Grund der Äusserungen, die uns von ausländischen diplomatischen Vertretungen und Amtsstellen zugegangen sind, ist die Gefahr von Retorsionsmassnahmen ernst zu nehmen, und zwar nicht nur von den USA und Frankreich[6], sondern u. a. auch von Deutschland, Italien und Japan. Deutschland könnte sich beispielsweise hiefür sogar auf eine Vereinbarung über Niederlassungsfragen vom 19. Dezember 1953[7] berufen, in der festgehalten worden ist: «Bei der fremdenpolizeilichen Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen wird dafür Sorge getragen, dass die Verwirklichung der die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen bestimmenden gemeinsamen Grundsätze nicht beeinträchtigt wird». Diese Vereinbarung ist in den jährlichen Protokollen zum Handelsabkommen Schweiz-Deutschland[8] jeweils bekräftigt worden.

Da es für die Mutterhäuser von entscheidender Bedeutung ist, in ihre ausländische Tochterunternehmen zumindest leitende Angestellte delegieren zu können, würden derartige Retorsionsmassnahmen die Tätigkeit schweizerischer Unternehmen im Ausland schwer treffen. Andererseits behindern die Beschränkungen der Zulassung von Führungskräften, Forschern und Spezialisten die Konzentration der Unternehmenstätigkeit in der Schweiz auf wenig personalintensive Bereiche. Im In- wie im Ausland werden somit Bestrebungen erschwert, die sich gerade mit Rücksicht auf die schweizerische Fremdarbeiterpolitik aufdrängen. Es sollte deshalb unseres Erachtens möglich gemacht werden, im Rahmen einer *sinnvollen Durchführung des Stabilisierungsversprechens* nötigenfalls über die vorgesehene Zahl von 375 Bewilligungen hinauszugehen. Die Art Ihrer Fragestellung – Verzicht auf aussenwirtschatliche Interessen oder Verzicht auf Einhaltung des Stabilisierungszieles – scheint uns zu extrem, um akzeptierbar zu sein.

Zu Ziffer 4

Die Probleme im Bereich der Stagiaires-Bewilligungen sind u. E. weitgehend einer zu wenig differenzierten Statistik zuzuschreiben. Das EPD hat in einem Schreiben vom 12. November 1973[9] an den Vorsteher des EVD vorgeschlagen,

---

6. *Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Müller an J.-P. Bonny vom 27. August 1974,* dodis.ch/38707.
7. Niederschrift zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über Niederlassungsfragen *vom 19. Dezember 1953, AS, 1983, S. 1077–1079.*
8. Handelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland *vom 2. Dezember 1954, AS, 1954, S. 1261–1278.*
9. *Schreiben von P. Graber an E. Brugger vom 12. November 1973,* dodis.ch/40818.

die Stagiaires inskünftig statistisch gesondert auszuweisen, sodass sie bei den Berechnungen über die Stabilisierung nicht mitgezählt werden müssen. Herr Botschafter Probst hat diesen Vorschlag in einer Notiz vom 21. November 1973[10] an Herrn Bundesrat Brugger, von der auch eine Kopie Herrn Dr. Pedotti zugestellt worden ist, unterstützt. Solange dieser Vorschlag nicht abgeklärt ist, sollte u. E. die Frage der Stagiaires-Bewilligungen nicht mit dem Stabilisierungsversprechen verhängt werden. Wir sind uns allerdings klar, dass eine derartige gesonderte Behandlung nur insoweit zu rechtfertigen ist, als es sich tatsächlich um Stagiaires zu Ausbildungszwecken und nicht um Umgehungen der Beschränkungsmassnahmen handelt.

10. *Notiz von R. Probst an E. Brugger vom 21. November 1973,* dodis.ch/39452.

55

dodis.ch/38943

Bericht des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

GESPRÄCHE IN WASHINGTON AM 10. DEZEMBER 1973

Auszug Streng vertraulich Bern, 13. Dezember 1973

Der kurze Besuch in Washington ermöglichte dank der ausgezeichneten Vorbereitung durch Botschafter Schnyder eine Kontaktnahme mit folgenden Persönlichkeiten: dem Unterstaatssekretär Casey und den stellvertretenden Staatssekretären Armstrong und Renner im Staatsdepartement, Unterstaatssekretär Bennett und Herrn Cross im Finanzministerium, Flanigan, Vorsitzender des aussenwirtschaftlichen Beraterstabes des Weissen Hauses, sowie Burns[2], Präsident des Federal Reserve Board. Anlässlich eines Arbeitsessens auf der Botschaft traf ich zudem mit Brunthaver, Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsdepartement, Stein, Präsident des konjunkturpolitischen Beraterstabes des Weissen Hauses, Fox, stellvertretender Staatssekretär im Handelsministerium, Malmgren, Stellvertreter des amerikanischen Delegierten für Wirtschaftsverhandlungen, und Stabler, Leiter der Europaabteilung im Aussenministerium, zusammen. Ferner bot die Amerikareise Gelegenheit zu einem privaten Besuch bei Henry Owen, Direktor der Brookings Institution, sowie dem Chefredaktor der New York Times[3]. An der Tagung über Entwicklungsfragen in Baltimore nahmen amerikanischerseits der neue Leiter der Entwicklungsverwaltung, Parker, der Leiter des privatwirtschaftlichen Rates

1. *Bericht:* CH-BAR#E7001C#1984/201#1420* (820.2). *Gerichtet an E. Brugger, P. Graber, E. Thalmann, M. Gelzer, Ch. Müller, F. de Ziegler, R. Bieri, P. Languetin, R. Probst, F. Rothenbühler, K. Jacobi, E. Moser, H. Hofer sowie A. Dunkel.*
2. *Zum Besuch von A. Burns in Bern vgl. die Notiz von B. Müller an G.-A. Chevallaz vom 14. Mai 1974,* dodis.ch/38945 *und die Notiz von J. Zwahlen vom 24. Mai 1974,* dodis.ch/38946.
3. *Die Stelle des Chefredaktors war damals vakant. Vermutlich handelt es sich um J. Reston.*

für überseeische Entwicklung, Grant, teil sowie der amerikanische Präsident der Weltbank, McNamara. Aus diesen zahlreichen Gesprächen ergibt sich kurz zusammengefasst folgender

Allgemeiner Eindruck

Die Regierungskrise wegen Watergate[4] dauert an. Dem Präsidenten wird eine knapp 50%ige Chance eingeräumt, seine Amtszeit zu Ende zu führen. Da im kommenden Jahr Kongresswahlen stattfinden, wird der Druck der republikanischen Partei auf den Präsidenten zunehmen, zu demissionieren, da er die Wiederwahlchancen der republikanischen Parlamentarier beeinträchtigt.

Trotz dieser unerfreulichen innenpolitischen Situation ist die Regierung durchaus funktionsfähig geblieben. Die beiden Schlüsselfiguren, die politisch in keiner Weise angefochten sind, sind Kissinger und Shultz. Die Übernahme des Staatsdepartements durch Kissinger wird zu grundlegenden personellen Änderungen in den oberen Rängen führen. Von diesen Änderungen werden vor allem unsere bisherigen Gesprächspartner für Aussenwirtschaftsfragen betroffen, nämlich Unterstaatssekretär Casey, der zum Präsidenten der Export-Import-Bank aus dem Staatsdepartement herausbefördert worden ist, sowie der stellvertretende Staatssekretär Armstrong. Es wird jedoch nicht angenommen, dass es Kissinger gelingt, die Aussenwirtschaftsfragen vermehrt von Shultz auf das Staatsdepartement zu übertragen. Vermutlich aus diesem Grund haben bereits vier der von Kissinger angefragten Kandidaten für die Nachfolge Caseys eine Absage erteilt. Kissinger, der sich persönlich wenig für Wirtschaftsfragen interessiert, wird jedoch diejenigen Aspekte behandeln, die sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Dementsprechend ist der für Sicherheitsfragen zuständige stellvertretende Staatssekretär Donaldson im Staatsdepartement nun auch mit der Behandlung der Erdölfrage beauftragt worden.

Im Vordergrund des Interesses steht logischerweise die Ölkrise[5]. Die Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft werden als tiefgreifend, jedoch keineswegs als katastrophal beurteilt[6]. Unter der Hypothese der integralen Aufrechterhaltung des Erdölembargos während des ganzen kommenden Jahres wird mit einer Verringerung der Zuwachsrate des BSP um 2%, also einer Reduktion von 4 auf 1–2% gerechnet. Während des ersten Quartals 1974 könne sich sogar ein negatives Wachstum ergeben, das jedoch in den folgenden Monaten wieder ausgeglichen würde. Die Arbeitslosenziffer werde um 6 Zehntel Prozent zunehmen. Sie liegt heute bei 4,7%, war für das kommende Jahr vor Ausbruch der Ölkrise auf 5,4% veranschlagt und wird nun vermutlich auf 6% ansteigen. Gleichzeitig wird wegen der erhöhten Ölpreise der Inflationsdruck verstärkt, so dass erneut mit einer «Stagflation» zu rechnen sei.

Diese rezessive Entwicklung wird den protektionistischen Tendenzen erneut Auftrieb verleihen. Dies ist der Grund, weshalb die amerikanische Regierung

---

4. *Vgl. dazu Dok. 13,* dodis.ch/38907, *Anm. 3.*
5. *Vgl. dazu Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
6. *Zur Energiekrise in den USA vgl. das Schreiben von W. Sigg an P. R. Jolles vom 1. November 1973,* dodis.ch/38974; *die Notiz von P. Dietschi vom 3. Januar 1974,* dodis.ch/38975 *sowie die Notiz* Aussprache mit Swissair *vom 31. Januar 1974,* dodis.ch/38976.

nun doch noch dieses Jahr im Repräsentantenhaus die «Trade Bill[7]» zur Behandlung freigegeben hat. (Sie ist am 11. Dezember mit den beiden von der Verwaltung bekämpften Zusatzbestimmungen über die Verweigerung der Meistbegünstigung und der Exportkredite an kommunistische Länder mit Emigrationsbeschränkungen für Juden angenommen worden.)

In den Welthandelsbeziehungen ist ein Wendepunkt eingetreten; nicht mehr die Liberalisierung der Einfuhr, sondern die Sicherung der Versorgung steht im Vordergrund. Die Amerikaner scheinen bereit, zu einem Ausbau der internationalen Handelsregeln unter diesem Gesichtspunkt Hand zu bieten und der Versorgung ihrer Handelspartner eine gewisse Priorität einzuräumen.

Trotz der veränderten Lage wird auf die Aufnahme und erfolgreiche Durchführung der GATT-Verhandlungen[8] vornehmlich aus politischen Gründen weiterhin Wert gelegt (Vermeidung unnötiger Friktionen). Die Währungsreform wird in einer längerfristigen Perspektive gesehen als bisher; weniger dringend und nur schrittweise zu verwirklichen. Die Auswirkungen der Umschichtung der Weltwährungsreserven zugunsten der ölproduzierenden Länder werden vorderhand nicht als schwerwiegender neuer Störfaktor des internationalen Währungssystems angesehen in der Annahme, dass diese Beträge in Form von Investitionen und Käufen in die westliche Welt und vor allem die USA zurückfliessen werden.

Das Verhältnis Schweiz-USA bleibt vertrauensvoll und unbelastet; die Ursprungsregeln des Freihandelsabkommens mit der EWG[9] haben jedoch erneut Anlass zu Diskussionen gegeben.

Die Botschaft wird über die einzelnen Gespräche ausführliche Notizen verfassen. Nachfolgend seien zu den verschiedenen Gesprächsthemen nur einige der wesentlichsten Punkte festgehalten, die schon weitgehend durch die laufende Berichterstattung unserer Botschaft erhärtet sind.

[…][10]

---

7. *Vgl. dazu. Dok. 13,* dodis.ch/38907, *Anm. 4.*

8. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

9. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39541.

10. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/38943.

56

dodis.ch/39008

Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Tripoli, A. Hurni, au Département politique[1]

Tripoli, 17 décembre 1973

L'entretien avec Président Gadafi après la présentation des lettres de créance[2] s'est déroulé dans l'ensemble dans une atmosphère amicale, mais il a été marqué par moments de tension et même d'animosité à l'égard de notre pays. Après m'avoir poliment déclaré que la Libye souhaitait entretenir avec la Suisse des relations cordiales et collaborer avec elle en vue du développement économique du pays, il m'a déclaré que malheureusement l'attitude suisse pro-Israël assombrissait les relations entre nos deux pays. «La Suisse souffre actuellement des conséquences des restrictions arabes en matière fourniture de pétrole, mais elle pourra souffrir encore davantage à l'avenir» m'a-t-il déclaré textuellement. Invité à préciser les motifs de ses reproches, il a abordé:

1. Affaire «Héliswiss»[3]. Il m'a déclaré qu'interdiction suisse était preuve tangible de l'attitude anti-arabe de notre pays. Cette interdiction empêchait en effet – selon ses dires – la formation de jeunes pilotes libyens qui auraient pu prêter leurs services dans des œuvres humanitaires.

2. Les entraves qu'autorités suisses opposeraient à dirigeants arabes pour exposer leur point de vue à la radio et à la télévision.

3. Fait que la Suisse sauvegarde les intérêts israéliens dans des pays qui ont rompu les relations avec Tel Aviv, ce qui sabote isolement Israël[4].

Ai répondu ad primo en m'inspirant d'instructions et documentation que vous m'aviez fait parvenir et qui m'ont été des plus utiles[5].

Ad secundo que son affirmation était inexacte.

Ad tertio que la Suisse a sauvegardé pendant le dernier conflit mondial les intérêts d'une quarantaine de nations parfois en même temps dans des pays réciproquement ennemis[6]. Qu'actuellement plus de 20 pays lui avaient confié leurs intérêts[7]. Enfin, que la Suisse n'acceptait le mandat qu'après avoir sollicité et obtenu l'accord par les pays auprès desquels elle était appelée à sauvegarder les intérêts.

---

1. *Télégramme N° 25 (copie de réception):* CH-BAR#E2024-02A#1999/137#1161* (o.215 P). *Copie à la Direction politique et à la Direction des affaires administratives du Département politique.*
2. *Lettres de créance du 23 mai 1973. L'entretien a eu lieu le dimanche 16 décembre 1973, cf. doss.* CH-BAR#E2200.165A#1993/272#8* (051.12).
3. *Cf. la lettre de P. Trachsel à R. Bonvin du 29 octobre 1973,* dodis.ch/39005; *la lettre de P. Graber à W. Hörning du 31 octobre 1973,* dodis.ch/39006; *le PVCF de décision II du 2 novembre 1973 de la 40ème séance du 31 octobre 1973,* dodis.ch/39599 *et le PVCF N° 1884 du 14 novembre 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#799*.
4. *Cf. la notice de H. Rossi du 1er août 1973,* dodis.ch/39946.
5. *Cf. le dossier transmis par A. R. Hohl à A. Hurni le 3 décembre 1973,* CH-BAR#E2200.158# 1994/23#19* (331.0).
6. *Cf. le rapport de A. Janner du 31 janvier 1946,* dodis.ch/2340.
7. *Cf. la notice du Département politique du 1er janvier 1974,* dodis.ch/34481.

À la fin de notre entretien, Gadafi s'est visiblement radouci et la conversation est devenue cordiale. Ai retiré de mon entretien avec lui et avec d'autres hauts fonctionnaires l'impression que nous devrions faire un sérieux effort de présence en Libye pour mieux faire connaître les réalités de notre pays. Les renseignements que fournit son Gouvernement l'Ambassadeur de Libye à Berne[8] me paraissent tendancieux. Je crois qu'il serait utile que vous m'accordiez l'autorisation permanente me rendre à Tripoli, qui n'est qu'à une heure de vol de Tunis, aussi souvent que l'estimerai nécessaire et possible, du moins pendant l'année prochaine[9]. Il y a tout un courant à remonter.

8. *A. M. Immish. Cf. doss.* CH-BAR#E2200.165A#1989/200#3* (010.210).
9. *Après ce premier séjour du 5 au 20 décembre 1973, A. Hurni sera de retour à Tripoli le 25 mars 1974. Cf. doss.* CH-BAR#E2024-02A#1999/137#1162* (a.215 P). *Cf. aussi le rapport de A. Hurni à la Direction politique du Département politique du 21 mars 1975,* CH-BAR#E2200.158# 1994/23#19* (331.0).

57

dodis.ch/38848

Protokoll der internen Sitzung des Politischen Departements vom 20. Dezember 1973[1]

Stand der Arbeiten an der KSZE[2]

Vertraulich Bern, 7. Januar 1974

Traktanden: 1. Allgemeine Bemerkungen zum Stand der KSZE
2. Übersicht über die einzelnen Punkte der Tagesordnung
(Grundlage: Zwischenbericht[3] der Delegation vom 19. Dezember)

1. Allgemeine Bemerkungen

Herr Bindschedler: Ich verweise auf den Bericht der Delegation und teile auch die allgemeine Beurteilung der KSZE, wie sie im Bericht[4] von Botschafter Campiche vom 6. Dezember (vgl. Bulletin 50/1973, S. 4 ff.[5]) zum Ausdruck kommt. Folgende Punkte sind zusätzlich festzuhalten:

1. *Protokoll:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#679* (B.72.09.15.1). *Verfasst von H. Renk. Teilnehmer: P. Graber (Vorsitz), E. Thalmann, R. Keller, R. Bindschedler, R. Probst, Ch. Müller, M. Gelzer, F. de Ziegler, P. Erni, J. P. Ritter, F. Pictet, J. Zwahlen, E. Brunner, C. Caratsch, P.-Y. Simonin, B. Schenk und R. Grossenbacher.*
2. *Für die Vorbereitungskonferenz und die erste Phase der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 32,* dodis.ch/38816.
3. *Für den Bericht vom 19. Dezember 1973 vgl. das BR-Prot. Nr. 16 vom 9. Januar 1974,* dodis.ch/ 38852.
4. *Politischer Bericht Nr. 9 von S. F. Campiche an P. Graber vom 6. Dezember 1973,* CH-BAR# E2300-01#1977/30#36* (A.21.31).
5. Politische Berichte und Kommentare, Bulletin Nr. 50 *vom 19. Dezember 1973,* CH-BAR# E2001-05#1984/67#8* (B.58.01.4), *S. 4 ff.*

1. Es ist kaum anzunehmen, dass die *UdSSR* ihr Interesse an der KSZE verloren habe. Der Unterschied besteht nur darin, dass sie jetzt statt auf Zeitdruck auf Zeitgewinn setzt.

Das *Interesse der UdSSR an der KSZE* ist ein dreifaches:

a) taktisch gesehen nützt sie die Uneinigkeit des Westens aus und versucht, diese zu fördern und zu «stabilisieren».

b) sie benützt die KSZE als Werkzeug, um das Tor für bilaterale Sonderabkommen weiter zu öffnen.

c) die von der UdSSR gewünschte Verankerung des bestehenden Zustandes in Europa wurde gewiss zum Teil schon durch den Abschluss der Ostverträge[6] erreicht. Diese binden jedoch nur die BRD; die UdSSR hat aber Interesse daran, die Situation gesamteuropäisch zu verankern.

2. Die *Uneinigkeit des Westens* hat sich gegenüber der Zeit von Helsinki vergrössert. Wenn sich das Debakel von Kopenhagen und Brüssel zur Katastrophe ausweiten sollte, wäre ein Sieg des Ostens an der KSZE nicht mehr auszuschliessen[7].

3. Die vergangenen drei Monate Generaldebatte haben nicht viele neue Elemente gebracht. Viele Delegationen brauchen nun neue Instruktionen. Die *Schweiz* dagegen kann sich nach wie vor auf ihre bisherigen[8] stützen.

4. Die *Bundesrepublik* betreibt eine zweideutige Politik, indem sie sowohl die Integration nach Westen als auch die Fortführung der Ostpolitik anstrebt.

5. Frankreich lässt schwer verständliche Schwankungen seiner Taktik erkennen:

a) zu Beginn drängt es darauf, die Arbeit müsse in allen drei Körben parallel vorgehen, ohne Rücksicht auf den Zeitbedarf.

b) Beim Abschluss der ersten Etappe erklärte der Leiter[9] der französischen Delegation, man habe zu viel Zeit verloren und müsse nun endlich zu einem Schluss kommen.

c) Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR spielt zweifellos mit, sollte jedoch nicht überschätzt werden.

d) Wie die BRD, spielt auch Frankreich «auf zwei Klavieren»: EG-Politik einerseits, «Rückversicherung» mit Moskau andererseits.

Herr Thalmann: Ich teile die Meinung, dass die UdSSR weiterhin an der KSZE interessiert ist. Breschnew braucht die Entspannung, um seine Politik (z. B. gegenüber den USA) fortzuführen[10].

---

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 71,* dodis.ch/34478, *bes. Anm. 8.*

7. *Zur EG-Gipfelkonferenz in Kopenhagen vom 14.–15. Dezember 1973 vgl. den Politischen Bericht Nr. 38 von H. Grob vom 19. Dezember 1973,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#44* (A.21.31).

8. *Vgl. dazu Dok. 32,* dodis.ch/38816, *Punkt III sowie das Protokoll von H. Renk vom 13. September 1973 der Sitzung vom 24. August 1973 der Arbeitsgruppe KSZE,* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#676* (B.72.09.15.1).

9. *J. Andréani.*

10. *Zur politischen Situation in der UdSSR vgl. den Politischen Bericht Nr. 4 von J. de Stoutz an P. Graber vom 1. August 1973,* dodis.ch/38804; *die Notiz von F. de Ziegler an P. Graber vom 20. November 1973,* dodis.ch/38806 *sowie den Politischen Bericht Nr. 6 von R. Fässler vom 17. Juni 1975,* dodis.ch/38805.

Herr de Ziegler: Man kann sich über die Beweggründe der UdSSR und über ihre Aufrichtigkeit Fragen stellen. Die Rede Breschnews in Indien[11] mit ihren vielen Anspielungen auf die KSZE ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Eine dritte Phase[12] als krönender Abschluss ist für Breschnew wichtig.

Herr Probst: Die Frage nach dem Interesse der Sowjetunion an der KSZE ist auch vom wirtschaftlichen Standpunkt her zu bejahen: Sie hat Interesse daran, die EG zu schwächen. Der «zweite Korb» der KSZE ist immerhin eher eine Nebenfront in diesem Kampf.

Herr Brunner:

1. Angesichts der internen Schwierigkeiten des Westens bleibt die Entspannungspolitik das einzige konstante Element.

2. Der Westen hat es verstanden, an der KSZE auch als fordernder Teil aufzutreten und von der Sowjetunion einen bestimmten Preis zu verlangen. Sein Ziel ist es, die KSZE unter den bestmöglichen Bedingungen abzuschliessen.

Herr Probst: Es besteht allerdings die Gefahr, dass die UdSSR die Verankerung des status quo ohne Gegenleistung erhält.

Herr Graber: Die Uneinigkeit des Westens verringert die Chancen, an der KSZE substantielle Ergebnisse zu erzielen.

Herr Bindschedler: Unsere *Grundhaltung* muss es weiterhin sein, durch eine sachliche Arbeit das beste aus der KSZE zu machen.

2. Übersicht über die einzelnen Punkte der Tagesordnung

I. Kommission I

a) Prinzipien[13]

Herr Müller: Erhebt die Frage der *Rechtsnatur* der Schlussdokumente der KSZE. Besteht eine vernünftige Aussicht, dass auf irgend einem Gebiet verbindliche Texte entstehen? Herrscht im Westen nicht ebenfalls Uneinigkeit in dieser Frage?

Herr Bindschedler: Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass nur unverbindliche Regeln aufgestellt werden. Dennoch besteht die Wünschbarkeit rechtlich verbindlicher Dokumente weiter.

Zum Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker: Wer dieses Prinzip bejaht, bejaht auch das Sezessionsrecht; die Forderung enthält somit Sprengstoff (Nordirland, Belgien[14], etc.) Es hat jedoch keinen Sinn, sich der Aufnahme dieses Prinzips zu widersetzen.

---

11. *Zur Reise L. I. Breschnews nach Indien im November 1973 vgl. Doss.* CH-BAR#E2010-01A#1991/18#287* (B.58.73).

12. *Zur dritten Phase der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 158,* dodis.ch/38867.

13. *Vgl. Anm. 3, S. 6.*

14. *Zu Nordirland vgl. Dok. 155,* dodis.ch/38724, *Anm. 8 und zu Belgien vgl. den Politischen Bericht Nr. 5 von H. Monfrini an P. Graber vom 8. Oktober 1973,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#16* (A.21.31).

b) SRPD[15]

Herr Bindschedler: Wir müssen uns das weitere Vorgehen in dieser Frage noch überlegen.

Herr Müller:

1. Lohnt es sich, den Vorschlag ohne das Obligatorium weiterzuverfolgen?
2. Mögliche Alternativlösungen:

a) Annahme des Obligatoriums nur durch eine Gruppe von Staaten
b) spätere Aufnahme an einer Spezialkonferenz

Herr Thalmann: Die Delegation stellt selbst fest, dass unser Projekt nicht an dieser Stufe der KSZE verabschiedet werden kann. Somit hängt die Frage eng mit dem Problem der Folgen der Konferenz (Korb IV) zusammen. Die Einberufung einer besonderen Konferenz für das SRPD ist schwierig.

Herr Bindschedler:

1. Ein Aufgeben des Obligatoriums würde das ganze Projekt sinnlos machen. Wir haben heute die Mehrheit des Westens und alle Neutralen auf unserer Seite und eine Minderheit des Westens sowie die Oststaaten gegen uns[16]. Ein Aufgeben des Obligatoriums würde dieses Verhältnis umkehren.

2. Obligatorium nur unter einer bestimmten Anzahl von Staaten wäre nicht sinnvoll, da der Grundgedanke des SRPD ist, Ost und West einem gleichen System zu unterwerfen.

3. Alternativen: es gibt 7–8 verschiedene Möglichkeiten[17].

Herr Müller: Auf der Traktandenliste der Sitzung des Ministerkomitees des *Europarates* vom 24. Januar steht auch eine Besprechung der KSZE[18]. Man erwartet sicher eine Stellungnahme der Schweiz, besonders von Seiten derjenigen Staaten, die uns bisher unterstützt haben.

Herr Bindschedler: Es ist fraglich, ob der Europarat ein geeignetes Forum für die Behandlung des SRPD ist.

Herr Graber: Ich halte es dennoch für sinnvoll, dass er sich damit befasst.

Herr Bindschedler: Wir können jedoch nicht schon im Januar dem Europarat unsere weitere Taktik in dieser Hinsicht bekanntgeben.

Herr Müller: Es wäre dennoch nützlich, unsere Haltung vor diesem Forum zu erklären. Dies könnte die Unterstützung für unser Projekt vergrös-sern.

Herr Bindschedler: Unter den westlichen Staaten sind nur die Niederlande wirklich gegen das SRPD, haben jedoch bis jetzt korrekterweise das Wort nicht ergriffen (wie übrigens auch die USA).

c) Militärische Fragen[19]*: keine Bemerkungen*

---

15. *Vorschlag der Delegation der Schweiz vom 18. September 1973,* doc. CSCE/II/B/1. *Vgl. ferner Dok. 32,* dodis.ch/38816, *Anm. 31 sowie Doss.* CH-BAR#J1.223#1000/1318#271* (3.08.2). *Zur Diskussion des Vorschlags vgl. die Telegramme Nr. 52, 53 und 54 der Schweizerischen KSZE-Delegation in Genf an die Politische Direktion vom 7., 14. und 15. November 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#678* (B.72.09.15.1). *Vgl. ferner Anm. 3, S. 7 f.*
16. *Vgl. dazu das Protokoll von H. Renk vom 19. Dezember 1973*, dodis.ch/38854 *sowie die Notiz von H. von Arx vom 6. Dezember 1973,* CH-BAR#E2814#1993/210#2* (1).
17. *Vgl. dazu die Notiz von R. Bindschedler vom 8. Januar 1974,* dodis.ch/38853.
18. *Vgl. dazu das Rundschreiben von R. Keller vom 31. Januar 1974,* dodis.ch/39398, *bes. S. 4 f.*
19. *Vgl. Anm. 3, S. 8 ff.*

II. Kommission II

a) Gastarbeiter[20]

Herr Probst: Diese Frage ist politisches Dynamit. Wir können uns aber heraushalten, indem wir sagen, dass dies kein Ost-West-Problem sei. Diese Argumentation kann auch gegenüber unserer Öffentlichkeit verwendet werden.

Herr Bindschedler: Auch Italien teilt diese Auffassung. Es hat bisher nur ein einziges Mal zu dieser Frage gesprochen, und auch das nur aus innenpolitischen Rücksichten.

Herr Brunner: Man darf nicht vergessen, dass die KSZE für einige Länder wie etwa die Türkei, Spanien, Jugoslawien und Griechenland nicht nur eine Ost-West-, sondern auch eine Nord-Süd-Konferenz ist. Diese Staaten gehören z. T. nicht dem Europarat an und benützen so das Forum der KSZE, um auf ihre besonderen Probleme aufmerksam zu machen. Wir kommen nicht darum herum, eines Tages dazu Stellung zu nehmen.

b) Energiefragen[21]

Herr Keller: Warum hat die Schweiz Österreich und Schweden nicht in der Forderung unterstützt, diese Frage auf die Tagesordnung der KSZE zu setzen?

Herr Bindschedler: Es war nicht der richtige Moment. Die österreichische Anregung war viel zu vage und zu allgemein. Niemand wusste über die eigentlichen Absichten von Brandt, Palme und Kreisky Bescheid[22]. Auch die Diskussion im Koordinationsausschuss[23] hielt sich in sehr allgemeinem Rahmen.

Herr Brunner: Es ist möglich, dass diese Idee eine Neuauflage der Kreisky-Planes darstellt, die Nahostfrage auf die Traktandenliste der KSZE zu setzen. Von den sechs an die KSZE eingeladenen nicht-europäischen Mittelmeerstaaten verfügt indessen nur einer – Algerien – über Erdölvorkommen.

Herr Zwahlen: Es gibt schon zu viele Gremien, die sich mit der Energiefrage beschäftigen. Es hat keinen Sinn, deren Zahl noch zu erhöhen, vor allem nicht durch ein so politisches Gremium wie die KSZE. Das Problem würde in einem Ost-West-Forum nur zerredet. Zudem ist die Lage viel zu undurchsichtig und fluktuierend. Wir haben kein Interesse daran, sie an der KSZE hochzuspielen.

Herr Probst: Ich teile diese Auffassung. Kreisky hat diese Initiative z. T. aus innerösterreichischen Rücksichten ergriffen. Die Haltung des Ostens in der Energiefrage ist unbekannt. Wenigstens ist die östliche Schadenfreude der ersten Tage der Ölkrise geschwunden. Die Sowjetunion hat kein ungeteiltes

---

20. *Vgl. Anm. 3, S. 21 und Dok. 86,* dodis.ch/38402, *bes. Anm. 2, 3 und 4.*

21. *Vgl. Anm. 3, S. 16 f. Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

22. *Für die Besprechungen von W. Brandt, B. Kreisky und O. Palme in Schlangenbad vom 2. Dezember 1973 vgl. die Telegramme Nr. 201 und Nr. 218 von O. Rossetti an Ch. Müller vom 4. und 14. Dezember 1973 sowie das Telegramm Nr. 175 von H. Lacher an das Politische Departement vom 5. Dezember 1973* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#679* (B.72.09.15.1).

23. *Vgl. dazu die Notiz* Das Erdölproblem an der KSZE *von E. Brunner an Ch. Müller, ibid.*

Interesse an der arabischen Öldrohung; sie will sich die Bedingungen für einen Nahost-Frieden nicht von den Arabern diktieren lassen.

Herr Bindschedler: Unsere Richtlinie ist, dass wir die Erdölfrage nicht aufwerfen. Sollte ein vernünftiger Vorschlag auftauchen, so würden wir mit den Herren Probst und Zwahlen Verbindung aufnehmen.

III. Kommission III[24]

Schweizerisches Projekt in der Unterkommission «Information»[25]

Herr Bindschedler: Unser Vorschlag[26] ist der einzige, der von beiden Seiten ernsthaft diskutiert wird. Es ist denkbar, dass sich daraus – mit gewissen Modifikationen – ein Konferenzpapier machen lässt.

Herr Graber: Wie erklärt es sich, dass unser Vorschlag – wenigstens indirekt – auch von westlicher Seite kritisiert wurde (z. B. Belgien)?

Herr Renk: Möglicherweise haben einige westliche Staaten an der Präambel unseres Vorschlages Anstoss genommen, die in ihren Augen die Frage der Präambel für den ganzen «Korb III» präjudizieren könnte.

Herr Brunner: Es wäre auch denkbar, dass einige westliche Delegationen die «Vorzugsbehandlung» unseres Vorschlages nicht gerne sehen.

Herr Bindschedler: Der «Sündenfall» der Präambel wurde bereits durch die Schlussempfehlungen[27] von Helsinki (Ziffer 43) präjudiziert.

Herr Schenk: Die Neun könnten auch deswegen etwas verärgert sein, weil wir – ohne es zu beabsichtigen – ihr Konzept der Vorlage von Projekten in zwei Stufen (September: Allgemeine Arbeitspapiere, Dezember: Dokumente in abschliessender Form) durchkreuzt haben.

Herr Keller: Weist auf die Erfahrung der Pro Helvetia beim Filmaustausch mit der Sowjetunion hin: Angesichts des Drängens der Pro Helvetia mussten sich die Russen bereit erklären, einen ihrer Filme[28], der die UdSSR in einem nicht besonders günstigen Licht zeigt, in das Programm für die Schweiz aufzunehmen. Dieser Film hatte aus unerfindlichen Gründen die Hürden der sowjetischen Zensur übersprungen, war jedoch für den Export nicht freigegeben worden. Die schweizerische Insistenz hat sich also gelohnt[29].

---

24. *Vgl. Anm. 3, S. 22 ff.*

25. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1799 vom 31. Oktober 1973,* dodis.ch/38855.

26. *Vorschlag der Delegation der Schweiz vom 19. November 1973,* doc. CSCE/II/J/10, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#678* (B.72.09.15.1). *Zur Diskussion des Vorschlags vgl. die Telegramme Nr. 55 und 56 der Schweizerischen KSZE-Delegation in Genf an die Politische Direktion vom 20. und 21. November 1973, ibd.*

27. Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen *vom 8. Juni 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#673* (B.72.09.15.1).

28. *Es handelt sich um* Andrej Rubljow *(1966) von A. A. Tarkowski. Vgl. dazu die Notiz von A. Bänninger vom 4. Januar 1974,* dodis.ch/39263. *Vgl. ferner Dok. 51,* dodis.ch/38766.

29. *Der Film konnte schliesslich doch nicht im Rahmen der sowjetischen Filmwoche in der Schweiz gezeigt werden. Vgl. dazu die Notiz von H. Brüngger an L. Burckhardt vom 14. Januar 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#1094* (o.365.2.Uch).

IV. Folgen der Konferenz[30]

Herr Bindschedler: Dieses Problem ist noch nicht reif. Es kann erst dann wirklich diskutiert werden, wenn die materiellen Ergebnisse der KSZE sichtbar werden. Das heisst jedoch nicht, dass wir von vornherein gegen jegliche Folgen sein sollten. Diese könnten nämlich auch gegen die Interessen der Sowjetunion verwendet werden, indem sie z. B. den anderen Oststaaten eine Plattform geben, auf welcher sie sich ausdrücken können. Auch für uns würde eine Fortsetzung der KSZE eine Chance darstellen, an einer internationalen Debatte teilnehmen zu können, ohne unsere Neutralität zu gefährden.

Herr Graber: Es ist angezeigt, diese Frage vollkommen offen zu lassen.

Herr Thalmann: Angesichts der Uneinigkeit des Westens beinhalten die Folgen auch ein gewisses Risiko, indem sie der Sowjetunion die Möglichkeit einräumen, ein solches Forum zu ihren Gunsten auszunützen.

Herr Brunner: Der Schlüssel des Problems liegt bei den Neun. Frankreich opponiert gegen die Folgen, vielleicht als Ausdruck seiner verschlechterten Beziehungen zur UdSSR. Es könnte sich einzig mit Folgen abfinden, die der Überwachung der von der KSZE beschlossenen Projekte dienen. Die Skepsis Frankreichs beruht aber auch auf seinem Bewusstsein, dass die Neun vor einer schwierigen internen Phase stehen. Daher möchte Paris lieber ca. 2 Jahre abwarten und sich dann über allfällige Folgen aussprechen. Die anderen EG-Staaten sind jedoch eher an unmittelbaren Folgen zur Sicherstellung der Konferenzergebnisse interessiert.

Herr de Ziegler: Dies gilt auch für gewisse Oststaaten, z. B. Rumänien, welches in derartigen Folgen eine Garantie gegen die Wiederholung von Ereignissen wie der Intervention in der ČSSR von 1968[31] sehen.

Herr Schenk: Frankreich stellt sich die Frage, ob es einen Sinn hat, schon vor Ablauf von zwei Jahren Ergebnisse der KSZE kontrollieren zu wollen und ob eine Kontrolle durch 35 Staaten sinnvoll sei.

Schluss der Sitzung: 16.30 Uhr

---

30. *Vgl. dazu Anm. 3, S. 29 ff.*

31. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*

58

dodis.ch/40607

Compte rendu de l'entretien du 18 janvier 1974 entre le Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger, et le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Confidentiel Berne, 18 janvier 1974

Questions pétrolières

M. Brugger introduit les discussions en remarquant que l'approvisionnement en Suisse[2], pour le moment, est satisfaisant; il est assuré à 75–80% par les sociétés internationales, pour le reste par les sociétés libres (Avia, Migrol etc.). Celles-ci éprouvent des difficultés croissantes du fait de la hausse des prix (leur prix de rentabilité pour l'essence serait de 1 franc). Elles demandent l'aide des autorités par une centralisation des achats[3]. Il semble donc y avoir intérêt à élargir les sources d'approvisionnement.

M. Graber voudrait élargir la discussion au problème de la prise de position envers les parlementaires[4] et l'opinion publique, la presse[5], éventuellement le Conseil de l'Europe. Au moment où la plupart des pays occidentaux s'engagent dans des pourparlers bilatéraux, une pression dans ce sens se manifeste aussi en Suisse. Il se pose donc la question de quelle manière procéder à des approches ou accueillir des approches bilatérales.

1. La question des contacts bilatéraux

M. Jolles estime que des contacts sont souhaitables, et devraient éclaircir les intentions des pays producteurs sur cinq plans:

a) Buts économiques des pays producteurs, et nuances entre eux
b) Leurs idées sur la coopération multilatérale
c) Leurs conceptions sur la Conférence de Washington
d) Leurs conceptions sur la coopération bilatérale
e) Leur stratégie énergétique à long terme, en rapport avec les pays consommateurs.

---

1. *Compte rendu (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#925* (C.41.103.3.(21)). *Rédigé par C. Caratsch.*
2. *Sur le développement de l'approvisionnement de la Suisse en produits pétroliers, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 3.*
3. *Cf. le PVCF de décision II du 18 janvier 1974 de la 2ème séance du 16 janvier 1974,* CH-BAR#E1003#1994/26#16*. *Sur les achats collectifs de produits pétroliers, cf. la notice de P. Oberson à A. Hasler du 13 décembre 1973,* dodis.ch/40686 *et le PVCF N° 1917 du 14 novembre 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#800*. *Sur la possibilité d'une transformation de la Swisspetrol en compagnie nationale d'achats de produits pétroliers, cf. la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 5 avril 1974,* dodis.ch/40639.
4. *Sur la réponse à diverses interventions parlementaires concernant les conséquences de la crise pétrolière cf. le PVCF N° 909 du 5 juin 1974,* dodis.ch/40737; *le PVCF N° 942 du 10 juin 1974,* dodis.ch/40738; *le PVCF N° 1436 du 11 septembre 1974,* dodis.ch/40739 *et le PVCF N° 1687 du 10 septembre 1975,* dodis.ch/40743.
5. *Cf. la notice de P. R. Jolles à E. Brugger du 15 janvier 1974,* dodis.ch/40705.

Il faudrait par contre exclure les questions politiques de tels entretiens[6].

Après l'élucidation des circonstances qui, malgré une grande réserve à l'égard de tels contacts, peuvent recommander un entretien d'information avec le Shah d'Iran, le principe d'une telle rencontre est approuvé. Le Conseil fédéral sera informé; le DPF est déjà invité à procéder à des sondages sur date et lieu (préférence: Zurich, Dél*[égation]* suisse Président Brugger et Conseiller fédéral Ritschard)[7].

On reste conscient du fait que l'Iran, pays dont le démarrage économique est proche, est entraîné dans le sens de la hausse des prix du pétrole plus que les pays arabes moins développés[8].

MM. *Languetin* et *Zwahlen* remarquent encore que des accords bilatéraux ne sauraient guère rétablir l'équilibre de la balance de paiements des pays européens, leur effet à ce niveau étant minime et les prix bilatéraux pouvant rester plus élevés que ceux des sociétés multinationales. Le monopole actuel des pays producteurs tend à diviser le camp des consommateurs qui pourraient faire succéder à leur surenchère sur le pétrole une surenchère sur leurs exportations. Il conviendra donc de garder en vue le degré de coopération économique possible avec l'Europe, et la question des crédits considérables que les pays producteurs vont accumuler, dans toute approche bilatérale[9].

La perspective de contacts qui se manifesteraient eux-mêmes reste donc intéressante pour la Suisse, s'ils se limitent aux aspects économiques[10]. Techniquement, du pétrole acheté bilatéralement pourrait être repris par les sociétés indépendantes (Avia, Migrol) ou même multinationales (Shell-Suisse). Si de tels contacts doivent se développer, il faudra aussi songer à l'Indonésie[11], au Canada[12].

M. Jolles souligne aussi les possibilités de l'économie privée dans le domaine des transactions avec des pays producteurs de pétrole (malgré une nette prudence mise en lumière par une récente enquête du Vorort)[13].

2. Situation multilatérale

M. Brugger formule la position de son Département de la façon suivante: il se félicite des efforts multilatéraux et les soutient dans la mesure du possible. Vis-

---

6. *Cf. doc. 52,* dodis.ch/40606.

7. *Cf. doc. 142,* dodis.ch/37208, *note 4.*

8. *Cf. la lettre de D. Gagnebin à P. R. Jolles et J. Zwahlen du 23 octobre 1973,* dodis.ch/37670 *et les rapports politiques N° 16 et N° 18 de D. Gagnebin à P. Graber du 27 octobre 1973,* dodis.ch/37659 *et du 29 décembre 1973,* dodis.ch/37669.

9. *Sur l'importance économique du pétrole et l'évaluation par l'Administration fédérale des conséquences de la crise sur l'économie mondiale, cf. le rapport de J. Zwahlen du 16 avril 1973,* dodis.ch/40627; *le rapport de H. Jaggi du 4 juillet 1973,* dodis.ch/40675; *la notice de J. Zwahlen du 6 novembre 1973,* dodis.ch/40711; *l'exposé de P. R. Jolles du 4 février 1974,* dodis.ch/40669; *les notices de J. Zwahlen du 17 juillet 1974,* dodis.ch/40663, *du 29 juillet 1974,* dodis.ch/40714 *et du 16 décembre 1974,* dodis.ch/39679 *et la notice de W. Wälchli de 1975,* dodis.ch/40689.

10. *Sur les efforts suisses d'intensification des relations économiques avec les pays producteurs de pétrole, cf. doc. 142,* dodis.ch/37208.

11. *Cf. la lettre de M. Feller à P. R. Jolles du 28 janvier 1974,* dodis.ch/40459.

12. *Cf. doc. 64,* dodis.ch/39233.

13. *Cf. la notice de P. Languetin à E. Brugger du 26 février 1974,* dodis.ch/40690.

à-vis de la Conférence de Washington[14], il faut soulever que la Suisse n'est pas isolée. L'idée émane d'ailleurs de l'OCDE («groupe à haut niveau» du Comité du pétrole[15]). Comme petit consommateur, il n'est pas indispensable que nous soyons présents à Washington, mais nous sommes informés et participerons à une réunion de l'OCDE avant la conférence du 11 février.

M. Jolles résume le problème de la Conférence de Washington: poser le problème du dialogue avec les producteurs sur 5 points:

a) garantie de l'approvisionnement
b) politique des prix et ses effets
c) possiblités de coopération économique
d) utilisation des balances créditrices en devises
e) ébauche d'un programme énergétique mondial à long terme.

M. Graber relève le problème politique de l'organisation de la conférence au niveau des MAE. À cet égard, il peut être préférable, vis-à-vis des Arabes, de ne pas y être.

3. Attitude suisse et déclarations vers l'extérieur

Il est convenu qu'au stade actuel on pourra déclarer (notamment à la conférence de presse confidentielle de ce jour[16]) que le problème pétrolier est l'objet d'études approfondies, en ce qui concerne les possibilités et les résultats des efforts au niveau multilatéral et au niveau bilatéral. Il ne sera cependant pas possible d'arriver à des résultats concluants avant la Conférence de Washington du 11 février.

Le problème essentiel portera sur les aspects financiers des balances de paiements et sur les perspectives de coopération économique. En ce qui concerne la Suisse, on peut se référer aux problèmes techniques (manque d'infrastructure) et aux risques spécifiques d'un petit marché où actuellement seulement 3 millions de tonnes passent par le marché indépendant (et encore une partie importante en est liée par des contrats à long terme). Pour les problèmes multilatéraux, la presse peut être informée de ce qui figure sous chiffre 2 ci-dessus.

Il est d'autre part convenu d'envisager une discussion au Conseil fédéral le 28 janvier[17] (début de la Session parlementaire) suivie d'un communiqué.

---

14. *Cf. le télégramme N° 77 de F. Schnyder au Département politique du 8 février 1974,* dodis.ch/40637; *la notice de P. R. Jolles du 19 février 1974,* dodis.ch/40697; *les notices de J. Zwahlen à P. Graber du 27 février 1974,* dodis.ch/40746 *et du 25 mars 1974,* dodis.ch/40713. *Sur la continuation des efforts multilatéraux, notamment le dialogue sur des problèmes d'énergie, de matières premières et de collaboration économique entre pays producteurs et consommateurs de pétrole, cf. doc. 184,* dodis.ch/40609; *doc. 185,* dodis.ch/40610; *la notice de G. Kündig du 18 avril 1975,* dodis.ch/40700; *la notice de W. Fust du 29 avril 1975,* dodis.ch/40701 *et la notice de H. Jaggi du 20 juin 1975,* dodis.ch/40722.

15. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1243* (C.41.780.02.28.1).

16. *Cette conférence de presse aura lieu le 20 janvier 1974. Cf. doss.* CH-BAR#E7001C#1985/231#1312* (820.1).

17. *Le PVCF de décision II du 7 février 1974 de la 4ème séance du Conseil fédéral du 28 janvier 1974,* CH-BAR#E1003#1994/26#17* *ne contient aucune indication sur une telle discussion. Par contre, le 13 février 1974 aura lieu une discussion sur le maintien des mesures prises par le Conseil fédéral en considération du développement de l'approvisionnement pétrolier de la*

Les préparatifs de rédaction devraient être entrepris immédiatement sous la direction de MM. Thalmann et Jolles, portant sur problème bilatéral, multilatéral, politique des prix (avec consultation du Délégué M. Niederhauser et de M. Schmidhauser de la Commission des cartels). Il est entendu que la question de l'approvisionnement en pétrole relève, en vertu de la loi sur les mesures de défense nationale économique[18] du Département de l'économie publique, la politique énergétique du Département de l'énergie et des transports et de la Délégation du Conseil fédéral sur l'énergie, et la question des contacts internationaux du Département politique et du Département de l'économie publique (Division du commerce) ainsi que de la Délégation du Conseil fédéral pour les finances et l'économie.

La Divison du commerce, en contact avec le DPF, contactera la Banque nationale, le Délégué Kneschaurek et le Département des finances pour envisager les conséquences financières, conjoncturelles et budgétaires de la situation pétrolière[19]. L'accent des études à entreprendre devra spécialement être mis sur les options à long terme, compte tenu de la forte dépendance de la Suisse du pétrole.

Suisse. Cf. le PVCF de décision II du 14 février 1974 de la 6ème séance du Conseil fédéral du 13 février 1974, CH-BAR#E1003#1994/26#17*.

18. Loi fédérale sur la préparation de la défense nationale économique *du 30 septembre 1955, RO 1956, pp. 89–104.*

19. *Cf. doc. 123,* dodis.ch/39500 *et le* Bericht über die Folgen einer Mengenreduktion beim Erdöl für ausgewählte Branchen der Schweizerischen Wirtschaft *du Délégué aux questions conjoncturelles d'avril 1974,* CH-BAR#E7001C#1985/231#1309* (820.1).

59

dodis.ch/38918

Notice pour le Chef adj. du Délégué à la coopération technique, Th. Raeber[1]

EXPORTATION DE MATÉRIEL DE GUERRE VERS LE BRÉSIL

Berne, 23 janvier 1974

Me référant à la note de la Direction politique du 15. 1. 74[2], je vous fais parvenir les éléments de réponse suivants:

1. Notre coopération technique au Brésil est concentrée dans le Nord-este du pays qui est la région la plus pauvre et politiquement la plus explosive du pays. Au cours de ces derniers mois, j'ai entendu parler de soulèvements paysans dans le Nord-este qui dureraient depuis plusieurs années.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2005A#1985/101#198* (t.300-12). *Rédigée et signée par J. Forster. Copie à R. Wilhelm et R. Dreifuss.*

2. *Notice de M. Gelzer à S. Marcuard du 15 janvier 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2063* (B.51.14.21.20).

On ne peut dire que la livraison de matériel de guerre dont il est question ici nuirait sur place aux efforts de la Confédération dans le domaine de l'aide au développement[3]; par contre on pourrait cependant, à mon sens, faire état de tensions dangereuses dans le Nord-este au sens de l'article 11 alinéa 2 lettre a de la loi sur le matériel de guerre du 30. 6. 72[4].

2. Par ailleurs sur le plan de la politique intérieure suisse, il convient de relever que le Brésil est de tous les pays du Tiers-monde, sans doute celui dont la politique de développement est la plus controversée, celui dont on parle le plus: c'est un des pays du Tiers-monde qui reçoit le plus d'investissements privés suisses[5] et celui dont la politique de développement est la plus critiquée par des organisations suivant de près la coopération au développement de la Suisse.

Pour cette raison, il convient donc d'être très prudent en matière d'exportation d'armes vers le Brésil[6] qui pourrait susciter de vives réactions dans certains secteurs de l'opinion publique, vu notamment les atteintes au respect de la dignité humaine pratiquées par les autorités brésiliennes[7].

---

3. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 113,* dodis.ch/33260; *DDS, vol. 25, doc. 50,* dodis.ch/35839; *la lettre de P. Leuzinger aux étudiants de l'Université de Zurich du 25 juin 1974,* dodis.ch/39127 *et la lettre de J. Forster à E. Stadelhofer du 21 janvier 1975,* dodis.ch/39128.

4. Loi fédérale sur le matériel de guerre *du 30 juin 1972, RO, 1973, pp. 107–120.*

5. *Cf. la lettre de E. Stadelhofer à A. Matthey du 22 mai 1974,* dodis.ch/38923; *la lettre de E. H. Léchot à G. Bauer du 16 décembre 1974,* dodis.ch/38940; *la lettre de E. Stadelhofer à P. R. Jolles du 11 mars 1975,* dodis.ch/38944 *et la lettre de M. Guélat à P. R. Jolles du 9 décembre 1975,* dodis.ch/38951.

6. *Pour la suite de cette affaire, cf. le PVCF N° 465 du 15 mars 1974,* dodis.ch/38911.

7. *Cf. la lettre de M. Guélat à E. Thalmann du 24 octobre 1973,* dodis.ch/39038.

60

dodis.ch/38915

Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, G.-A. Chevallaz, an die Schweizerische Nationalbank[1]

Öffentliche Emission einer Anleihe der South African Broadcasting Corporation, Johannesburg im Betrage von 80 Millionen Franken

Bern, 25. Januar 1974

Mit Schreiben vom 10. Januar 1974[2] teilen Sie uns mit, dass das Konsortium der vier Grossbanken unter Leitung der Schweizerischen Volksbank, Bern, die Absicht hat, eine öffentliche Anleihe der South African Broadcasting Corporation, Johannesburg, im Betrag von 80 Millionen Franken zu emittieren.

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1331* (C.41.152.0). *Kopie an das Volkswirtschaftsdepartement und das Politische Departement.*

2. *Schreiben von E. Stopper und J. R. Lademann an G.-A. Chevallaz, P. Graber und E. Brugger vom 10. Januar 1974, Doss. wie Anm. 1.*

Grundsätzliche vertreten wir die Ansicht, dass angesichts der gegenwärtig starken Beanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes und der damit verbundenen Zinsauftriebstendenz eine gewisse Zurückhaltung bei Kapitalexporten angezeigt ist. Solange Anleihen inländischer Schuldner auch unter dem Gesichtspunkt der Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes extrem gekürzt werden, erscheint uns die Notwendigkeit eines ähnlichen Vorgehens auch bei Auslandsanleihen gegeben[3]. Im übrigen kommt dem Kapitalexport im System flexibler Wechselkurse auch nicht mehr die Bedeutung zu wie bei fixen Wechselkursen[4].

Zusammen mit dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement schliessen wir uns der nachstehenden Stellungnahme des Eidg. Politischen Departementes[5] an.

1. In der Stellungnahme des EVD vom 13. November 1973[6] zum Kapitalexportgesuch der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, zu Gunsten der South-African Iron & Steel Industrial Corporation, Pretoria, wurde darauf hingewiesen, dass die starke Zunahme der schweizerischen Kapitalexporte nach Südafrika aus handelspolitischer Sicht wegen allfälligen Reaktionen afrikanischer Länder nicht unbedenklich ist.

Das EPD hat seinerzeit von Zeit zu Zeit darauf hingewiesen, dass allzu substantielle Kapitalhingaben an Südafrika unsere Beziehungen zu anderen afrikanischen Ländern belasten könnten[7].

2. Die schweizerischen Kapitalexporte nach Südafrika haben von 227 Millionen Franken im Jahre 1972 auf 550 Millionen Franken im Jahre 1973 zugenommen.

3. Die Zunahme der schweizerischen Kapitalexporte nach Südafrika hat ein Ausmass angenommen, das mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Landesinteressen[8] nicht mehr verantwortet werden kann. Auf Grund der Beurteilung der derzeitigen Situation sollten die Kapitalexporte nach Südafrika in einem Rahmen gehalten werden, der einen Gesamtbetrag von 200–250 Millionen nicht übersteigt. Wie bisher bleibt die Prüfung der einzelnen Kapitalexportgesuche an sich und im Lichte der Entwicklung der Lage vorbehalten.

Es versteht sich, dass die Festlegung eines Rahmens für schweizerische Kapitalexporte nach Südafrika sich nicht gegen dieses Land richtet.

---

3. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 408A vom 5. März 1973,* dodis.ch/39616 *sowie das BR-Prot. Nr. 1833 vom 20. November 1974,* dodis.ch/39644.

4. *Vgl. dazu Dok. 7,* dodis.ch/39504, *Anm. 2.*

5. *Handschriftliche Marginalie:* EVD.

6. *Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 13. November 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#48* (241).

7. *Zur Haltung des Politischen Departements zu den Finanzbeziehungen mit Südafrika vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 156,* dodis.ch/31047; *DDS, Bd. 24, Dok. 124,* dodis.ch/33248, *bes. Anm. 3; DDS, Bd. 25, Dok. 124,* dodis.ch/35683, *bes. Anm. 12; das Schreiben von E. Stopper und J. R. Lademann an E. Thalmann vom 2. April 1973,* dodis.ch/40334; *das Schreiben von J. Zwahlen an F. Rothenbühler vom 23. November 1973,* dodis.ch/40336; *die Notiz von F. Rothenbühler an P. R. Jolles vom 14. Januar 1974,* dodis.ch/40338 *sowie die Notiz von L. Rochat an T. Curchod vom 1. Dezember 1975,* dodis.ch/40339.

8. *Fussnote im Originaltext: [Bundesgesetz]* betreffend Änderung des *[Bundesgesetzes]* über die Banken und Sparkassen vom 11. März 1971, Art. 8 Ziffer 3. *Vgl. AS, 1971, S. 808–824, hier S. 813.*

Wir bitten die Schweizerische Nationalbank, die in Frage kommenden schweizerischen Banken entsprechend zu unterrichten.

4. Das vorliegende Gesuch der Schweizerischen Volksbank und der mitbeteiligten schweizerischen Banken vom 27. Dezember 1973[9] kann in der Form der Emission einer Anleihe nicht bewilligt werden. Dagegen würden wir auf eine Einsprache verzichten, wenn der Kredit in einer Form (z. B. «notes») erteilt würde, welche die in der gegebenen Situation angezeigte Vertraulichkeit wahrt.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Schweizerische Nationalbank den von der Volksbankgruppe vorgesehenen Kreditbetrag von 80 Millionen Franken im Rahmen des Emissionsprogrammes auf 60 Millionen Franken zu kürzen beabsichtigt.

9. *Schreiben der Schweizerischen Volksbank, der Schweizerischen Kreditanstalt, der Schweizerischen Bankgesellschaft und des Schweizerischen Bankvereins an das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank vom 27. Dezember 1973, Doss. wie Anm. 1.*

61

dodis.ch/38903

Compte rendu de la Division politique I du Département politique[1]

LE DÉBAT ATLANTIQUE ET LA SUISSE

Confidentiel Berne, 28 janvier 1974

M. Graber salue les assistants[2] et expose le but de la réunion: interpréter la position de la Suisse face au débat atlantique présent qui exerce son influence sur de nombreux secteurs de la vie internationale. Il s'agira pour nous de savoir de quelle manière aborder la question dans les rencontres internationales où la question se posera encore.

M. Caratsch signale un fait nouveau, concernant le Conseil de l'Europe, intervenu depuis la distribution de la documentation préparatoire[3]: le parlementaire suisse, M. Walter Hofer, s'est chargé du Rapport de la Commission politique à l'Assemblée consultative qui se réunira le 21 janvier[4]. Le projet de rapport[5], qui vient de nous parvenir, contient un certain nombre de conclusions

1. *Compte rendu:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#715* (B.75.18). *Réunion du 17 janvier 1974 sous la présidence de P. Graber. Rédigé et signé par C. Caratsch. Copie aux participants ainsi qu'à Ch. Müller, F. de Ziegler, K. Fritschi, E. Diez et R. Bindschedler.*
2. *E. Thalmann, R. Keller, M. Gelzer, J. Monnier, E. Brunner, C. Caratsch, F. Nordmann, P. R. Jolles et F. Blankart.*
3. *Cf. la notice de C. Caratsch du 11 janvier 1974,* dodis.ch/38926 *et doss. comme note 1.*
4. *Cf. le rapport d'activité de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe du 6 mai 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#113* (o.121.21). *Cf. aussi la lettre de A. Wacker à E. Thalmann du 25 mars 1974,* dodis.ch/39400.
5. *Rapport de W. Hofer* La coopération politique entre les États de l'Europe de l'Ouest *à l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe du 3 janvier 1974,* CH-BAR#E2003A#

d'autant plus délicates, qu'elles paraissent correspondre à des vues personnelles du rapporteur. En ce qui concerne notamment les relations atlantiques, on relève une référence aux pays neutres de la plus mauvaise venue (voir note séparée du 17 janvier[6] à ce sujet).

M. Graber considère que de telles assertions pourraient être attribuées à une inspiration officielle et souhaite que M. Thalmann ou M. Jolles s'en entretiennent avec M. Hofer.

Passant au problème général posé, M. Graber voudrait porter la discussion sur son double aspect: quelle est, pour nous, la politique souhaitable et quelle est la politique possible?

M. Thalmann estime que la Suisse n'a pas lieu de s'engager dans le débat théorique qui semble actuellement un dialogue de sourds. Notre pays ne possède pas les moyens de détourner le cours des choses. Dans le meilleur cas, le dialogue entre les partenaires de l'Alliance atlantique aboutira à une situation qui nous sera aussi favorable que la situation actuelle. Notre champ d'insertion est là où les problèmes concrets se posent (Comité spécial de l'OCDE[7], GATT etc.). Tant que le dialogue reste seulement politique, nous devrions rester à l'écart. *M. Jolles* partage cet avis, et constate qu'en tant que pays non-membre des Neuf et de l'OTAN, notre influence (Mitsprachemöglichkeit) est fonction de notre non-participation au dialogue atlantique.

M. Graber constate qu'en effet cela nous condamne au mutisme sur les grands problèmes politiques ou stratégiques, mais pas nécessairement dans le traitement des questions concrètes. En matière de pétrole, par exemple, nous avons développé une attitude valable, participant à la concertation sans attaquer les Arabes[8]. Évidemment, nous ne pouvons forcer les faits, mais nous pouvons exprimer le désir de voir instituer une coopération.

M. Keller estime que nous contribuons à redéfinir le rôle des Neutres sous l'angle de leur utilité internationale: pouvant renouveler le champ des idées, lubrifier les relations internationales, fournir des personnalités, des lieux de rencontre; ce rôle, affirmé de longue date, se confirme avec la CSCE[9]; cela pourrait être de nature à intéresser aussi M. Kissinger.

M. Jolles, considérant l'optique des relations commerciales par-dessus l'Atlantique, recommande de mettre en valeur le côté exemplaire de nos relations envers les pays européens et les États-Unis plutôt que de distribuer des bons conseils.

Cela s'applique par exemple aux questions pétrolières, où nous avons approché Bruxelles pour faire connaître nos mesures d'économie, ce qui nous permettra d'être associés dans une certaine mesure à la coordination que les Neuf pourront mettre en œuvre dans ce secteur. De même, nous sommes en

---

1988/15#283* (o.121.53). *Sur le rôle de W. Hofer comme parlementaire européen, cf. la lettre de A. Wacker à E. Thalmann du 25 mars 1974,* dodis.ch/39400.

6. *Notice de C. Caratsch à P. Graber du 17 janvier 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#283* (o.121.53).

7. *Cf. doc. 5,* dodis.ch/39496.

8. *Sur la crise pétrolière, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

9. *Cf. doc. 32,* dodis.ch/38816 *et doc. 89,* dodis.ch/38858.

mesure d'exercer une certaine influence à la Commission de coordination de l'OCDE où nous avons mis en avant le concept de courant normal traditionnel. Il n'est donc pas nécessaire de faire intervenir la politique dans le domaine des relations économiques multilatérales.

M. Brunner évoque des indications reçues de délégations à la CSCE, au moment de la reprise de janvier. Il s'agit notamment de conversations avec le Directeur Ferraris du MAE italien et avec le Directeur des affaires politiques du MAE espagnol[10]. Le représentant italien a estimé que le débat atlantique est actuellement caractérisé par une grande confusion, provoquée par une remise en cause par la France des relations des Neuf avec les États-Unis comme avec l'Est. La faiblesse interne de chaque pays se répercute sur la concertation des Neuf. Le manque de coordination de l'Ouest serait particulièrement frappant aux conversations de Vienne. L'Espagnol, constatant qu'une participation au débat atlantique n'est pas possible pour l'Espagne, voit une certaine compensation dans un dialogue direct avec les États-Unis qui est poursuivi avec intensité. Il s'agit de montrer que les Neuf ne peuvent pas parler au nom de l'Europe entière.

M. Thalmann estime qu'on doit prendre en considération le redressement des États-Unis qui détermine de nombreux aspects du débat atlantique. Les USA partent d'une appréciation réaliste des rapports de force, leur structure démocratique est restée intacte face à la montée des extrémismes en Europe, leur volonté de défense reste convaincante ce qui leur permet de rechercher la détente à partir d'une position de force; de plus, les mesures arabes d'embargo ont paradoxalement aidé leur redressement économique. Tout cela contraste avec les faiblesses de l'Europe des Neuf. Il importe certes de cultiver nos relations bilatérales avec les États-Unis sans négliger les principaux pays européens.

M. Graber centre la discussion sur ce point. Politiquement, nous avons un intérêt à voir se renforcer les liens atlantiques. Les positions des États-Unis et des partenaires européens ayant trouvé un meilleur équilibre, peut-on espérer un progrès dans la coopération? Pour nous, comme petit État neutre et libre, nous pourrions du moins exprimer notre intérêt pour un monde atlantique en progrès.

M. Jolles fait remarquer que les récents succès visibles des États-Unis, notamment sur le plan commercial et monétaire, peuvent renforcer en Europe ceux qui ont peur de la main-mise américaine et mobiliser un anti-américanisme «à la française». Il en découle pour nous la nécessité de montrer la diversité de l'Europe; notamment dans des contacts bilatéraux avec les États-Unis, nous pouvons nous montrer comme entité distincte des Neuf, comme interlocuteur raisonnable. De tels contacts, qui se sont déjà montrés utiles, doivent sans cesse être recommencés. De même, il faut affirmer notre présence à Bruxelles, à Bonn, à Londres.

M. Graber envisage la question d'une déclaration au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe[11]. Elle aurait pour but de présenter notre point de vue

---

10. *J. L. Los Arcos y Elío.*

11. *Cf. le procès-verbal du 21 février 1974 de la séance du Comité des ministres du 24 janvier 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#283* (o.121.53).

de façon succincte. Elle pourrait évoquer notre désir de participer à la coopération qui s'instaure; rappeler qu'il faut tenir compte de l'Europe entière; envisager une certaine concertation. Il pourrait également être fait usage de quelques parties du projet britannique de déclaration États-Unis – Europe.

M. Blankart fait remarquer la nécessité de parvenir de notre côté à une conception très claire du degré de développement de l'Europe qui est souhaitable pour nous. Le problème de la contribution de l'Europe à sa défense, par exemple, soulève une séquelle d'interrogations sur notre attitude face à une défense européenne intégrée. Quant aux problèmes politiques, on doit constater qu'actuellement les Neuf ne parviennent à «parler d'une seule voix» que lorsqu'ils s'identifient à 90 % avec la position française; cela pose pour nous la question du degré de confiance qui peut être accordée aux initiatives de la Commission de Bruxelles qui jouent un rôle important dans le débat atlantique présent.

M. Jolles souligne à ce propos les divergences d'appréciations sur la valeur de la concertation politique à Neuf et souhaite que le Département politique en étudie la situation actuelle et en apprécie les progrès.

62

dodis.ch/38425

Bericht des Vizedirektors des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements, G. Pedotti[1]

ERDÖLKRISE[2], BESCHÄFTIGUNGSLAGE, AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE

Bern, 1. Februar 1974

1. Erdölkrise und Beschäftigungslage

Die Ereignisse des vergangenen Jahres, vor allem der letzten Monate, haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sehr unser Land mit der Weltwirtschaft verbunden ist und wie rasch sich Ereignisse im Ausland auf die schweizerische Wirtschaft direkt oder indirekt auswirken können. Während wider Erwarten die internationale Währungskrise[3] bisher ohne schwere Folgen für unsere Wirtschaft, insbesondere den Export und den Fremdenverkehr war, müsste sich eine länger andauernde Erdöl- und sogar Energiekrise mit der Zeit auf manche Bereiche unserer Wirtschaft auswirken.

Dank den im allgemeinen ausreichenden Importen und den rechtzeitig getroffenen Bewirtschaftungsvorkehren im Erdölsektor haben die Massnahmen der nahöstlichen Erdölstaaten unsere Versorgung und – abgesehen von Einzelfällen – die Beschäftigungslage nicht entscheidend beeinflusst. Im gegenwärtigen Zeitpunkt hält es schwer, einigermassen sichere Prognosen über die Entwicklung in den nächsten Wochen und Monaten zu stellen. Abgesehen

1. *Bericht:* CH-BAR#E7001C#1985/231#867* (530.1).
2. *Vgl. dazu. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
3. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504 *und Dok. 36,* dodis.ch/37657.

vom schweren Heizöl und dem von den Luftverkehrsgesellschaften benötigten Kerosin ist die Versorgungs-, nicht aber die Preissituation einigermassen normal und stabil.

Sollte sich die Versorgung[4] mit schwerem Heizöl nicht verbessern, so wird sich dies über kurz oder lang auf Teile unserer Wirtschaft auswirken. Es seien in diesem Zusammenhang erwähnt die schweres Heizöl benötigenden grossen Heizanlagen wichtiger Betriebe der Maschinen- und Metallindustrie, der Zementindustrie sowie der chemischen Industrie und hier insbesondere der Petrochemie. Für diesen Wirtschaftszweig, welcher Grundstoffe z. B. für Lacke, Farben sowie Kunststoffe liefert, könnten sich Versorgungsschwierigkeiten mit der Zeit auf die Beschäftigung auswirken.

Die zuständigen Bundesbehörden verfolgen in Zusammenarbeit mit den Kantonen sowie den Wirtschaftszweigen, die bei Verschärfung der Energiekrise besonders betroffen würden, aufmerksam die Lage. Gegenwärtig werden im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit die sich allenfalls aufdrängenden arbeitsmarktlichen Massnahmen geprüft. Dabei ist davon auszugehen, dass eine Erdöl- und Energiekrise lediglich ein Beispiel für über kurz oder lang mögliche Rezessionen mit Beschäftigungsrückgängen und sogar Arbeitslosigkeit ist. Für die Zukunft ist eine strukturelle und technologische Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen. So könnten infolge der strukturellen und technologischen Entwicklung vermehrt einzelne Wirtschaftszweige und Betriebe in Schwierigkeiten geraten bei gleichzeitig anhaltendem Arbeitskräftemangel in der übrigen Wirtschaft. Dieser Situation kann nicht allein mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung und mit arbeitsmarktlichen Vorkehren begegnet werden, vielmehr werden weitere Massnahmen wie die Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden in ihren bisherigen Beruf, ihre vorübergehende oder endgültige Überführung in aufnahmefähige Berufe oder Gegenden und vor allem ihre Aus- und Weiterbildung oder Umschulung notwendig werden.

Der Bundesrat hat dieser Tage eine Expertenkommission[5] eingesetzt, die sich mit diesem Fragenkomplex zu befassen haben wird.

2. Beschäftigungslage und ausländische Arbeitskräfte im besonderen

Die Erdöl- und Energiekrise verbunden mit den Konjunkturdämpfungsmassnahmen, die sich vor allem im Baugewerbe erst dieses Jahr stärker auswirken dürften, müssten normalerweise zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen. Aus der Sicht des Arbeitsmarktes, vor allem der Massnahmen zur Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer, ist eine solche Entwicklung durchaus positiv zu werten. Der Druck auf die Behörden um Neuzulassung von ausländischen Arbeitskräften aller Kategorien – Jahresaufenthalter, Saisonniers, Grenzgänger – könnte nachlassen, und die Durchsetzung der Stabilisierungspolitik würde erleichtert. Es bestünde sogar die Möglichkeit, für die

4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 23 von P. R. Jolles an die schweizerische Botschaft in Rom vom 11. Oktober 1973,* dodis.ch/40816.

5. *Expertenkommission zur Prüfung der Frage einer Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung und der damit zusammenhängenden arbeitsmarktlichen Fragen. Zu ihrer Einsetzung vgl. das BR.-Prot. Nr. 131 vom 28. Januar 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#802*.

dringendsten Bedürfnisse der Wirtschaft mit den bisherigen, stark reduzierten Zahlen an neu zuzulassenden Jahresaufenthaltern auszukommen.

Die in Kraft stehenden Beschränkungsmassnahmen, die bei einer eigentlichen Erdöl- und Energiekrise und daraus sich ergebenden Beschäftigungsrückgängen nötigenfalls verschärft werden könnten, bieten die erforderliche Handhabe, um die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation anzupassen. Zulassungssperren, wie sie z. B. Deutschland und Dänemark angekündigt bzw. verfügt haben, sind nicht notwendig.

Die rechtlichen Grundlagen für allenfalls zu treffende Vorkehren sind vorhanden.

So hält Art. 20 des gegenwärtig in Kraft befindlichen BRB vom 6. Juli 1973[6] über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer den alten Grundsatz, wonach ausländische Arbeitskräfte nur zugelassen werden dürfen, wenn für die zu besetzende Stelle zu orts- und berufsüblichen und der Arbeitsmarktlage entsprechenden Lohn- und Arbeitsbedingungen keine zumutbaren Schweizer oder Ausländer mit Niederlassungsbewilligung vorhanden sind, ausdrücklich fest. Dieser Grundsatz gilt auch bei Stellen- und Berufswechsel sowie bei Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung. Sollten nicht bloss in andern europäischen Industriestaaten, sondern auch in der Schweiz Rezessionserscheinungen mit Beschäftigungsrückgängen eintreten, bestünde auf Grund von ANAG[7] Art. 25 Abs. 1 lit. e und des immer noch in Kraft befindlichen BRB vom 17. Mai 1949[8] sogar die Möglichkeit, den Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen an ausländische Arbeitskräfte wieder einzuführen. Für Saisonniers- und Grenzgängerbewilligungen ist diese Vorkehr deshalb nicht erforderlich, weil bereits kurzfristig deren Zulassung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation angepasst werden kann.

Erwerbstätige Niedergelassene sind arbeitsmarktlich gesehen den schweizerischen Arbeitskräften gleichgestellt. Sie können nicht zur Ausreise veranlasst werden. Sofern sie gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, haben sie Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Die öffentlichen Arbeitsämter sind verpflichtet, sie zu vermitteln.

In einer ähnlichen, allerdings nicht gleich günstigen Rechtslage befinden sich ausländische Jahresaufenthalter der Mitgliedstaaten der OCDE, die 5 Jahre und länger in der Schweiz erwerbstätig waren. Gemäss einem Ratsbeschluss dieser Organisation vom 30. Oktober 1953 / 7. Dezember 1956 haben die Behörden eines jeden Mitgliedstaates Arbeitnehmern anderer Mitgliedstaaten, die seit mindestens 5 Jahren in ihrem Lande ordnungsgemäss beschäftigt sind, die Arbeitserlaubnis zu erteilen, die erforderlich ist, um diesen die Fortsetzung ihrer

---

6. *BR-Prot. Nr. 1177 vom 6. Juli 1973,* dodis.ch/38419. *Vgl. ferner Dok. 54,* dodis.ch/38420; *das BR-Beschlussprot. II vom 27. April 1973 der 15. Sitzung vom 18. April 1973,* dodis.ch/38325 *sowie das Schreiben von E. Thalmann an A. Grübel vom 14. Dezember 1973,* dodis.ch/38423.

7. *Fussnote im Originaltext:* Bundesgesetz vom 31. Mai 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer. *Vgl. das* Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer *vom 26. März und nicht vom 31. Mai 1931, BS, 1, S. 121–130. Vgl. ferner Dok. 159,* dodis.ch/38439, *bes. Anm. 2.*

8. *BR-Prot. Nr. 1022 vom 17. Mai 1949,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#506*.

Arbeitnehmertätigkeit zu ermöglichen, und zwar entweder im gleichen Beruf oder, soweit in diesem Beruf eine besonders ernsthafte Arbeitslosigkeit herrscht, in einem andern Beruf. Von dieser Verpflichtung kann nur aus zwingenden Gründen des staatlichen Interesses Abstand genommen werden. Schweizerischerseits sind bereits 1953/56 die erforderlichen Vorbehalte angemeldet worden. Die Regelung des Ratsbeschlusses der OCDE ist in den Artikeln 10 und 11 des Einwanderungsabkommens mit Italien vom 10. August 1964[9] übernommen worden. Art. 11 Abs. 3 des Einwanderungsabkommens enthält ebenfalls den Vorbehalt schweizerischer Vorschriften, welche die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte aus zwingenden Gründen des Landesinteresses beschränken. Auf Grund einer auf Art. 6 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 22. Juli 1951[10] über die Arbeitsvermittlung sich stützenden Verfügung des EVD vom 17. März 1967[11] können Angehörige der OCDE-Staaten, soweit sie vermittlungsfähig und versichert sind, die öffentliche Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen.

Soweit es um ausländische Jahresaufenthalter, die weniger als 5 Jahre in der Schweiz erwerbstätig sind, um Saisonarbeitskräfte sowie um Grenzgänger geht, besteht weder multi- noch bilateral eine Verpflichtung, sie im Krisen- und Rezessionsfall in der Schweiz weiter zu beschäftigen. Die Schweiz wäre rechtlich gesehen in der Lage, Jahresbewilligungen nicht zu verlängern oder sogar zu widerrufen. Die Zulassung von Saisonarbeitskräften und Grenzgängern kann jederzeit der Beschäftigungssituation angepasst werden. Es könnten sogar Betriebe veranlasst werden, ausländische Arbeitnehmer zu entlassen, um an ihrer Stelle Schweizer bzw. niedergelassene Ausländer zu beschäftigen.

Man darf sich aber über die Situation, welche bei Eintritt einer Rezession oder sogar einer Krise entstehen würde, keinen Illusionen hingeben. Es wäre nämlich nicht ausgeschlossen, dass einheimische Arbeitskräfte arbeitslos würden, während gleichzeitig Hunderttausende von Ausländern weiter beschäftigt werden müssten. Die Versetzungsmöglichkeiten von Schweizern sind nämlich teilweise beschränkt. Ähnlich wie dies heute schon der Fall ist, werden auch bei Rückgang von Produktion und Beschäftigung in vielen Wirtschaftszweigen und Betrieben Ausländer notwendig bleiben, um die Weiterbeschäftigung von Schweizern zu sichern.

Abgesehen von wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Überlegungen, die sich bei der Beurteilung der Frage stellen, ob ausser erwerbstätigen Niedergelassenen und länger als 5 Jahre in der Schweiz beschäftigten Jahresaufenthaltern auch weiteren Jahresaufenthaltern ohne Benachteiligung von Schweizern Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geboten werden sollen und können, sprechen hiefür sogar bei Verschlechterung der Beschäftigungslage auch andere Gründe wie namentlich unsere Beziehungen zum Ausland.

---

9. Abkommen zwischen der Schweiz und Italien über die Auswanderung italienischer Arbeitskräfte nach der Schweiz *vom 10. August 1964, AS, 1964, S. 399–410. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 37,* dodis.ch/30798, *bes. Anm. 2.*

10. Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung *vom 22. Juni 1951, AS, 1951, S. 1211–1217.*

11. Verfügung Nr. 1 des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements über die Arbeitsvermittlung (Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer ohne Niederlassungsbewilligung durch die öffentliche Arbeitsvermittlung) *vom 22. und nicht vom 17. März 1967, AS, 1967, S. 720.*

63

dodis.ch/39412

Der schweizerische Botschafter in New Delhi, F. Real, an den Direktor der Verwaltungsdirektion des Politischen Departements, A. Janner[1]

[New Delhi,] 1. Februar 1974

Die Weisungen des Departements (216.4) sehen vor, dass der Missionschef, der in mehr als einem Land akkreditiert ist, die Staaten ausserhalb seines Residenzlandes auf jeden Fall einmal pro Jahr besucht. Nachdem ich im letzten Jahr (1973) einen Besuch in Nepal, wo ich ebenfalls akkreditiert bin, aus verschiedenen Gründen immer wieder hinausschieben musste und diesen schlussendlich nicht durchführen konnte, scheint es mir sehr erwünscht, dass ich mich in allernächster Zeit wieder einmal nach Kathmandu begebe und mit den nepalesischen Behörden Kontakte nehme. Mein letztjähriger Besuch war für den Zeitpunkt vorgesehen, in dem das schweizerisch-nepalesische Abkommen[2] über Finanzhilfe an Nepal hätte unterzeichnet werden können. Die Verhandlungen über den Vertrag, die vom Leiter[3] der SATA in Kathmandu mit den zuständigen Behörden geführt wurden, zogen sich indessen in die Länge und die Bereinigung des Abkommenstextes konnte nicht, wie vorgesehen, fristgemäss für den Einbezug in den Antrag an den Bundesrat über die Finanzhilfe an Indien, Indonesien und die Interamerikanische Entwicklungsbank[4] fertiggestellt werden, so dass dann auch die Reise nach Nepal schliesslich, wie bereits gesagt, ins Wasser fiel.

Für den Besuch in Nepal habe ich Ende Februar oder einen für Behörden und SATA passenden Zeitpunkt im März vorgesehen. Ich werde mich darüber mit dem Direktor der SATA noch verständigen, möchte Ihnen aber schon jetzt weisungsgemäss diese Daten bekanntgeben, für den Fall, dass das Departement oder allenfalls andere Stellen mir vor der Abreise noch Aufträge erteilen möchten.

Ich übermittle eine Kopie dieses Briefes an den Dienst für technische Zusammenarbeit unter Bezugnahme auf das Schreiben von Dr. Högger an mich vom 20. Januar 1974[5], wovon die TZ eine Kopie erhalten hat. In diesem Schreiben wirft Herr Dr. Högger die Frage auf, ob anlässlich meines Besuches nicht wenigstens die Paraphierung des Finanzvertrages vorgenommen werden könnte, nachdem eine Unterzeichnung schweizerischerseits, mit Rücksicht auf

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#548* (t.311).
2. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 778 vom 15. Mai 1974,* dodis.ch/40277 *sowie die Notiz von R. Högger an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 6. August 1974,* dodis.ch/40280.
3. *R. Högger.*
4. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 28. März 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 544 vom 4. April 1974,* dodis.ch/38473.
5. *Schreiben von R. Högger an F. Real vom 20. Januar 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#581* (t.311.019).

innenpolitische Überlegungen, auf keinen Fall vor nächstem Sommer in Frage komme. Herr Dr. Högger befürchtet, dass ein solcher Aufschub der Vertragsunterzeichnung die Nepalesen unangenehm berühren müsse. Man sollte seiner Auffassung nach der Regierung in Kathmandu deshalb wenigstens gewisse Zusicherungen abgeben, insbesondere da die Ausgaben für den Ankauf des für den Strassenbau benötigten Terrains im Budget für das kommende Finanzjahr vorgesehen seien. Sollte eine solche Lösung nicht gangbar sein, so glaubt Herr Dr. Högger, dass mein Besuch in Kathmandu überhaupt fallen gelassen werden sollte, womit dann die Verzögerung der Vertragsunterzeichnung begründet werden könnte.

Ich bedaure, den Überlegungen von Herrn Dr. Högger nicht zustimmen zu können. Mein Besuch in Kathmandu kann nicht einfach fallen gelassen werden, weil die Unterzeichnung des Finanzhilfeabkommens bis auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben werden soll. Schon aus protokollarischen, aber auch anderen Gründen, ist eine Kontaktnahme mit der Regierung wünschenswert und angezeigt. Der nepalesische Botschafter in Delhi[6] liess mir gegenüber vor nicht langer Zeit die Bemerkung fallen, dass es ihm aufgefallen sei, dass ich seit mehr als einem Jahr Nepal nicht mehr besucht hätte. Er hoffe, ich würde bald wieder einmal seiner Regierung einen Besuch abstatten. Ich bin der Auffassung, dass meine Reise nach Kathmandu nicht notwendigerweise mit dem Finanzhilfeabkommen verknüpft zu werden braucht, ansonst ich vermutlich vor dem nächsten Herbst Nepal überhaupt nicht mehr besuchen könnte, was von den Nepalesen leicht als eine Unhöflichkeit ausgelegt werden könnte. Im übrigen ist Nepal ein Schwerpunktsland schweizerischer technischer Zusammenarbeit[7] und wir haben eine ansehnliche Schweizerkolonie in Nepal. Es ist also durchaus angezeigt, dass ich das Land nach mehr als einjährigem Unterbruch wieder besuche[8], ganz unabhängig vom Stand des Finanzhilfevertrages.

Ich darf annehmen, dass die Verwaltungsdirektion und der Delegierte für technische Zusammenarbeit[9] diesen Standpunkt teilen.

---

6. *K. B. Malla.*

7. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit Nepal vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 158,* dodis.ch/18988; *DDS, Bd. 23, Dok. 93,* dodis.ch/31022; *Dok. 100,* dodis.ch/31763, *bes. Anm. 22 und Dok. 112,* dodis.ch/30931; *DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 31 und Dok. 183,* dodis.ch/32819; *den Projektantrag Nr. 36 von P. Wiesmann an S. Marcuard vom 6. Februar 1974,* dodis.ch/40283; *den Projektantrag Nr. 15 von P. Wiesmann an M. Heimo vom 28. Februar 1974,* dodis.ch/40279; *das BR-Prot. Nr. 1408 vom 11. September 1974,* dodis.ch/40282 *sowie die Notiz von M. Heimo an P. Graber vom 12. März 1975,* dodis.ch/40278. *Zu den Tibeterprojekten in Nepal vgl. Dok. 131,* dodis.ch/38889, *Anm. 13.*

8. *Zur offiziellen Besuchsreiche in Nepal vom 25. Februar bis 15. März 1974 vgl. das Schreiben von F. Real an M. Heimo sowie die Notiz von J.-F. Giovannini vom 15. März 1974, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Wilhelm an F. Real vom 8. Februar 1974,* CH-BAR#E2200.64#1992/262#201* (771.22).

64

dodis.ch/39233

Notiz des Direktors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

BESPRECHUNG VON BUNDESPRÄSIDENT BRUGGER MIT DEM KANADISCHEN PREMIER-MINISTER TRUDEAU ANLÄSSLICH DER SKI-WELTMEISTERSCHAFTEN IN ST. MORITZ AM 3. FEBRUAR 1974

[Bern,] 7. Februar 1974

Das Gespräch, das auf Wunsch des Herrn Bundespräsidenten zustande kam, betraf vier Hauptthemen:
– die Auswirkungen der Erdölkrise[2] auf die Weltwirtschaftslage;
– den Stand der schweizerisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen[3];
– die allfällige Möglichkeit kanadischer Erdöllieferungen an die Schweiz[4];
– die Beurteilung der Europäischen Sicherheitskonferenz[5].

Mit Bezug auf die Weltwirtschaftslage teilt Premier-Minister Trudeau unsere Befürchtungen, dass wegen der Importverteuerung infolge der massiven Preiserhöhungen für Rohöl und Petroleumprodukte und der zu erwartenden Passivierung der Handels- und Ertragsbilanzen sowie einer allfälligen Abschwächung des Wirtschaftswachstums protektionistische Strömungen überhandnehmen könnten. Insbesondere glaubt Trudeau, dass die neuen GATT-Verhandlungen blockiert werden könnten, indem die Verabschiedung der amerikanischen Handelsgesetzgebung verzögert würde. Trudeau teilt daher unsere Auffassung, dass die Schweiz und Kanada sich in Genf energisch für die rasche Aufnahme der eigentlichen Verhandlungsphase einsetzen sollten[6]. Er anerkennt die nützliche Rolle, die die in der «Ginger Gruppe» zusammengeschlossenen Staaten (Schweden, Schweiz, Kanada, Australien und Japan) in der heutigen Konstellation spielen könnten.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2233* (C.41.111.0). *Dieses Exemplar ging zur Kenntnis an K. Fritschi. Handschriftliche Notiz von H. Hofer vom 7. Februar 1974:* Wie besprochen, mit besten Grüssen.
2. *Vgl. dazu Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 154,* dodis.ch/35551; *das Schreiben von P. Fischer an A. B. Morrison vom 21. September 1973,* dodis.ch/40473; *den Bericht der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements vom 27. August 1974,* dodis.ch/39226; *das Schreiben von P. A. Barbey an E. Bernath vom 8. November 1974,* dodis.ch/39239; *die Notiz von J. Zwahlen an Ch. Müller vom 26. März 1975,* dodis.ch/39269; *den Schlussbericht von E. Bernath vom 5. September 1975,* dodis.ch/39925 *sowie das BR-Prot. Nr. 2204 vom 26. November 1975,* dodis.ch/39229.
4. *Zur kanadischen Erdölpolitik vgl. das Schreiben von A. Lacher an P. R. Jolles vom 13. September 1973,* dodis.ch/39231.
5. *Vgl. dazu Dok. 57,* dodis.ch/38848.
6. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind unbelastet. Kanada wäre jedoch an zusätzlichen schweizerischen Investitionen interessiert.

Kurzfristig kommen kanadische Erdöllieferungen an die Schweiz wegen der innerkanadischen Transportschwierigkeiten nicht in Frage. Das Erdöl fällt zur Hauptsache im Nordwesten Kanadas an und wird von dort aus nach den Vereinigten Staaten exportiert, die ihrerseits im Osten des Kontinents Kanada beliefern. Um diese Transportschwierigkeiten zu überwinden, wird gegenwärtig eine transkontinentale Pipeline in Bau genommen. Gleichzeitig wird mit dem Abbau von Ölschiefer begonnen. In mittel- und längerfristiger Sicht käme daher auch Kanada als Erdölexporteur in Frage.

In seiner Beurteilung der Europäischen Sicherheitskonferenz hat sich Trudeau als überzeugter Moralist gezeigt, der dem Osten die freiheitliche westliche Weltanschauung entgegenhält. Trudeau glaubt, dass materielle Ergebnisse nur auf der Grundlage der Gewährung individueller Freiheitsrechte auch an die Bewohner der Sowjetunion und der übrigen Oststaaten möglich sind. Die westlichen Staaten, also auch die Neutralen, sollten auf dieser Voraussetzung beharren.

Angesichts der weitgehenden Übereinstimmung der aussenwirtschaftlichen Ziele beider Länder äusserte Trudeau ein gewisses Interesse an einer gelegentlichen direkten Fühlungnahme des kanadischen Handels- oder Industrieministers[7] mit seinem schweizerischen Kollegen[8]. Herr Bundespräsident Brugger hat sofort betont, dass ein derartiger Besuch in Bern willkommen wäre[9].

---

7. *A. Gillespie.*
8. *E. Brugger.*
9. *Für einen weiteren kanadischen Besuch vgl. die Notiz von Ch. Müller an P. Graber vom 8. Dezember 1975,* dodis.ch/39271.

65

dodis.ch/37041

Protokoll des Generalsekretärs der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz, B. Junker[1]

Sitzung der Kommission für eine Aktenpublikation zur schweizerischen Aussenpolitik seit 1848[2], vom 16. 2. 1974, 9 Uhr im Bahnhofbuffet Bern[3]

Auf Grund der von den Bearbeitern A. Fleury und G. Kreis vorbereiteten Unterlagen wird vor allem die Frage diskutiert, ob das Schwergewicht einer künftigen Publikation auf der schweizerischen Aussenpolitik liegen soll, also auf der diplomatischen Aktivität unseres Landes, oder auf der Beurteilung der jeweiligen Situation im Gastland durch die schweizerischen Diplomaten. Soll man eine möglichst umfassende Publikation planen oder eher einen «Guide», der kurz angibt, welche Berichte für welche Fragen besonders interessant sind.

Es werden folgende weitere Varianten vorgeschlagen:

Zwei Serien;

A Nur schweizerische diplomatische Akten (aus dem Eidgen*[össischen]* Polit*[ischen]* Departement)

B Thematische Serie über aussenpolitische Fragen, an denen die Schweiz beteiligt ist, z. B. Flüchtlingsfragen, mit Einbezug von Dokumenten auch ausserhalb der Bestände des Polit. Departements (Favez).

Konzentration auf die Berichte Lardys[4]. Für den Rest ev. Regesten (Lüthy).

Aufbau nach dem Thema: Wie entstand die schweiz. Aussenpolitik? (die es ja vor 1848 noch nicht gab). Für den Rest Regesten (Messmer).

Da die Probleme für einen endgültigen Entscheid noch zu wenig geklärt erscheinen, wird beschlossen:

Beim Nationalfonds ist ein Überbrückungskredit zu beantragen, damit die beiden Bearbeiter bis zum Frühjahr 1975 in der bisherigen Weise weiterarbeiten können[5].

---

1. *Protokoll (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#272* (B.10.2). *Handschriftliche Notiz von B. Dumont an R. Bindschedler vom 14. Mai 1974:* Herr Professor Bindschedler: Hier das «Protokoll» der Sitzung vom 16. 2. 1974 an der ich Sie vertreten habe. Ich fürchte, die Sache wird mit einem Leerlauf enden! Es wird endlos diskutiert, ohne dass eine genaue Vorstellung darüber besteht, was man praktisch eigentlich will. Daran wird wohl auch die in Aussicht genommene Expertenkommission wenig ändern.

2. *Zur Gründung der Kommission vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 162,* dodis.ch/37044. *Zur Geschichte der Diplomatischen Dokumente der Schweiz vgl. die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T1341.

3. *Anwesend: L. Haas (Vorsitz), B. Mesmer, J.-F. Bergier, J. C. Biaudet, J.-C. Favez, J. Freymond, H. Lüthy, Ph. Marguerat, L.-E. Roulet, R. Ruffieux, L. Mysyrowicz, B. Dumont, L. Rotach, B. von Fischer, A. Fleury, G. Kreis, B. Junker und O. Gauye.*

4. *Ch. Lardy war 1883–1917 schweizerischer Gesandter in Paris. Eine Auswahl seiner Berichte wurde in DDS, Bde. 2–6 ediert.*

5. *Schreiben von L. Haas an den Schweizerischen Nationalfonds vom 28. März 1974,* dodis.ch/40825.

Im Herbst 1974 soll dem Nationalfonds das Gesuch für die eigentliche Publikation eingereicht werden[6]. Der Entscheid über den Charakter der Publikation soll in einer nächsten Sitzung[7] (Ende Mai/Anfang Juni) fallen, für welche die beiden Bearbeiter Unterlagen vorbereiten, die ein endgültiges Urteil erlauben[8]. In dieser Sitzung soll auch neben dem Patronatskomitee, das wir sind, eine Expertenkommission bestellt werden[9].

Schluss: 11 Uhr.

---

6. *Für das Gesuch vom 30. September 1974 und den positiven Entscheid des Schweizerischen Nationalfonds vom 18. März 1975 vgl. Doss.* CH-BAR#J2.127-01#1988/205#30* (8).

7. *Die Sitzung wurde auf den 31. August 1974 angesetzt vgl. das Schreiben von L. Haas an die Mitglieder der Kommission zur Herausgabe diplomatischer Akten vom 6. Juni 1974,* dodis.ch/40824.

8. *Für die von A. Fleury und G. Kreis vorbereiteten Unterlagen vgl. Doss. wie Anm. 6.*

9. *Am 7. Juni 1975 fand die erste Sitzung der neu gegründeten nationalen Kommission für die Herausgabe der Diplomatischen Dokumente der Schweiz statt. Für das Protokoll der Sitzung und die Zusammenstellung der Kommission vgl.* dodis.ch/40828. *Für die zweite Sitzung vgl. das Protokoll vom 11. Juli 1975,* dodis.ch/40829. *Für weitere Informationen zur Kommission vgl. die Notizen vom Februar 1976,* dodis.ch/40830 *sowie* dodis.ch/40831.

66

dodis.ch/38761

Notice du Chef du Service des Suisses de l'étranger du Département politique, M. Jaccard[1]

Entretien avec M. Marcel Ney,
Directeur du Secrétariat des Suisses de l'étranger

Berne, 19 février 1974

Le 14 février 1974, visite de M. Marcel Ney qui désire faire un tour d'horizon en vue de la séance que doit tenir la Commission des Suisses de l'étranger le 9 mars 1974.

1. M. Ney voudrait savoir où en est la consultation des milieux intéressés au sujet du projet de loi concernant *les droits politiques des Suisses de l'étranger*[2].

Je réponds que dans l'ensemble les milieux intéressés se montrent favorables au projet de loi[3]. Toutefois, le délai a dû être prolongé et les réponses que nous

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2004B#1987/77#206* (a.812.14).

2. *Cf. la notice de E. Diez au Service des Suisses de l'étranger du 26 mars 1973,* dodis.ch/40383; *le rapport de M. Jaccard du 21 mai 1975,* dodis.ch/34170; *la lettre de P. Frochaux à E. Thalmann du 12 novembre 1973,* dodis.ch/40385; *la notice de M. Leippert du 20 mars 1975,* dodis.ch/40387 *et le procès-verbal de la séance du 23 avril 1975 de la Commission du Conseil national,* dodis.ch/40388.

3. Loi fédérale sur les droits politiques des Suisses de l'étranger *du 19 décembre 1975, RO, 1976, pp. 1805–1808. Cf. aussi le PVCF N° 1065 du 5 juin 1973,* dodis.ch/40384 *et le* message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant les droits politiques des Suisses de l'étranger *du 3 mars 1975, FF, 1975, I, pp. 1305–1332.*

attendons encore ne nous parviendront guère avant le mois de mars[4]. En outre, la consultation au sujet du projet de loi concernant les droits politiques des Suisses de l'intérieur[5] n'est pas terminée non plus. Il faudra, le moment venu, coordonner ces deux projets[6].

M. Ney évoque les articles qu'ont publiés deux membres du Groupe d'études helvétiques à Paris, MM. Clopath et Zbinden[7]. Ces deux articles défendent, en résumé, des thèses opposées et semblent démontrer que les points de vue sont divergents au sein du Groupe d'études helvétiques. Comme M. Clopath est directeur de la Chambre de commerce suisse en France, M. Ney a écrit au président de l'Union des Chambres de commerce suisses à l'étranger, M. Plüss, pour lui demander des explications. Jusqu'à présent, M. Plüss s'est borné à répondre par un accusé de réception. M. Ney critique la manière d'agir de M. Clopath qui aurait dû s'abstenir de publier des articles aussi peu objectifs et qui sont en contradiction avec l'attitude prise par la Commission des Suisses de l'étranger dont M. Plüss est également membre. J'ai dit à M. Ney que, la consultation terminée, nous examinerions en détail les propositions qui nous ont été faites. Pour le moment, il ne nous est pas possible de fixer la marche à suivre.

2. *Obligations militaires:* Pas de problème à propos de la taxe militaire[8]. M. Ney est heureux que la nouvelle solution puisse maintenant entrer en vigueur[9]. Il espère que la procédure pénale militaire sera révisée sans plus tarder. Bien que le nombre des intéressés ne soit pas très élevé, il est temps de procéder à la réforme indispensable.

3. Les critiques dont l'Administration fédérale des contributions a été l'objet lors de la conclusion de l'accord avec *la République fédérale d'Allemagne*, en matière de *double imposition*[10] ont porté des fruits. Cette administration a dûment consulté le Collegamento Svizzero in Italia et le Secrétariat des Suisses de l'étranger au sujet d'un accord de double imposition avec *l'Italie*[11]. Le Collegamento va proposer de différer la décision. Le Secrétariat répondra incessamment. Selon M. Ney, le projet d'accord avec l'Italie est moins sujet à caution que celui conclu avec l'Allemagne.

---

4. *Pour les réponses, cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#110* (A.15.21.1).

5. Loi fédérale sur les droits politiques *du 17 décembre 1976, RO, 1978, pp. 688–741.*

6. *Cf. le PVCF N° 2022 du 18 décembre 1974,* dodis.ch/40386.

7. *Article de G. Clopath dans la Neue Zürcher Zeitung du 17 novembre 1973 et article de L.-A. Zbinden dans la Tribune de Genève du 8 novembre 1973, doss. comme note 4.*

8. *Cf. la lettre de H. Wanner à E. Thalmann du 13 mars 1973,* dodis.ch/40389 *et la notice de M. Leippert à P. Graber du 30 août 1973,* dodis.ch/40215.

9. Loi fédérale sur la taxe d'exemption du service militaire frappant les Suisses de l'étranger *du 14 décembre 1973, RO, 1974, pp. 795–797. Pour l'entrée en vigueur rétroactive de la loi, cf. le PVCF N° 571 du 10 avril 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#805*.

10. *Sur l'accord, cf. DDS, vol. 25, doc. 116,* dodis.ch/35282, *en particulier note 3. Sur les critiques des Suisses de l'étranger, cf. DDS, vol. 25, doc. 107,* dodis.ch/35240.

11. Convention entre la Confédération suisse et la République italienne en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune *du 9 mars 1976, RO, 1979, pp. 461–482. Sur les négociations, cf. doc. 70,* dodis.ch/38622, *en particulier note* 5. *Sur les consultations des Suisses de l'Italie, cf. DDS, vol. 25, doc. 107,* dodis.ch/35240, *en particulier note 12.*

Malgré les progrès réalisés dans la procédure de consultation[12], M. Ney constate cependant que certaines associations sont réunies en séance commune sans que l'Organisation des Suisses de l'étranger y soit invitée. Je suggère à M. Ney de présenter ses doléances à l'Administration fédérale des contributions.

4. *Information*[13]

4.1. Selon M. Ney, M. Louis Guisan estime que la signature des accords concernant l'information intéressant les Suisses d'Italie (Gazzetta Svizzera) et de Belgique/Luxembourg (Courrier Suisse) devrait avoir lieu le 9 mars à l'occasion de la séance de la Commission des Suisses de l'étranger[14].

4.2. Je signale à M. Ney que le texte de l'accord concernant la Gazzetta Svizzera a été mis définitivement au point avec M. Steffen, président du Collegamento. Au sujet de l'accord relatif au Courrier Suisse de Belgique et du Luxembourg, quelques détails doivent encore être réglés.

4.3 Sera annexé aux accords le règlement du 9 mars 1973 concernant la Commission d'information[15]. Or, le texte allemand[16] n'est pas encore au point (lacunes, questions rédactionnelles). M. Ney est disposé à contrôler les textes français et allemand de ce règlement et à présenter des textes corrigés. Il prendra à ce propos contact avec M. Leippert.

4.4 Je signale à M. Ney que du côté du Secrétariat le règlement et le cahier des charges[17] ne semblent pas avoir été intégralement respectés. Je cite à ce propos l'article qu'a fait publier M. Lucien Paillard, Vice-directeur du Secrétariat, dans le «Schweizer Kurier» (destiné aux Suisses de Scandinavie) de décembre 1973 (page 13) et qui est consacré à l'AVS facultative[18]. Ce texte se réfère à des discussions, pour le moment confidentielles, qui ont eu lieu entre l'Office fédéral des assurances sociales, le Département politique et le Secrétariat[19]. Aussi l'article doit-il être considéré comme prématuré et de nature à créer des malentendus au sein de nos communautés à l'étranger. Il a été publié à l'insu de la Commission d'exécution. Aussi bien l'Office fédéral des assurances sociales que le Département politique doivent déplorer une pareille publication.

---

12. *Cf. la notice de J. Hulliger du 9 février 1973,* dodis.ch/37681.

13. *Cf. la notice de E. Thalmann à P. Graber du 27 septembre 1973,* dodis.ch/40391.

14. Vereinbarung über die schriftliche Information der Schweizer in Italien *du 9 mars 1974,* CH-BAR#E2004B#1987/77#247* (a.814.6.(3)) *et* Accord concernant l'information écrite des Suisses en Belgique et au Grand-Duché de Luxembourg *du 9 mars 1974,* CH-BAR#E2004B#1987/77#246* (a.814.6.(3)). *Sur la séance, cf. la notice de F. Hool du 7 mars 1974,* dodis.ch/40523.

15. Réglement de la Commission d'information des Suisses de l'étranger de la N.S.H. et de sa commission d'exécution *du 9 mars 1973,* CH-BAR#E2004B#1987/77#230* (a.814.6.(3)).

16. Reglement der Informationskommission der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft und ihres Arbeitsausschusses *du 9 mars 1973, ibid.*

17. Cahier des charges de la Commission d'exécution *du 28 août 1975,* CH-BAR#E2004B#1987/77#227* (a.814.6.(3)).

18. *Cf. les procès-verbaux de l'Office des assurances sociales du Département de l'intérieur du 12 février 1974,* dodis.ch/39240 *et du 17 septembre 1974,* dodis.ch/38774.

19. *Sur la séance du 7 novembre 1973, cf. la notice du M. Leippert du 8 novembre 1973,* dodis.ch/40522.

M. Ney regrette à son tour que cet article ait paru. Il en parlera ces prochains jours à M. Paillard (qui se trouve au service militaire) et donne l'assurance que dorénavant les réglementations en vigueur seront respectées.

4.5 Enfin, je constate que l'organisation faîtière des Suisses de Grande-Bretagne a reçu le projet de contract concernant le Swiss Observer à l'occasion du Congrès des Suisses à l'étranger du mois d'août 1973[20]. L'Advisory Council n'a pas encore fait connaître son attitude. Aussi avons-nous chargé l'Ambassade à Londres[21] de rappeler à l'Advisory Council la possibilité de signer l'accord concernant le Swiss Observer le 9 mars 1974[22]. M. Ney, de son côté, écrira incessamment à M. Egli, président de la «Federation of the Swiss Societies in the United Kingdom.»

20. *Cf. doss.* CH-BAR#E2004B#1987/77#214* (a.814.4).
21. *Télégramme N° 23 de M. Jaccard à l'Ambassade de Suisse à Londres du 11 février 1974,* CH-BAR#E2004B#1987/77#247* (a.814.6.(3)).
22. Accord concernant l'information écrite des Suisses en Grande-Bretagne *du 24 août et non du 9 mars 1974, ibid.*

67

dodis.ch/37676

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

DOPPELBESTEUERUNG MIT PORTUGAL UND BELGIEN[2]

Bern, 25. Februar 1974

Antrag des EFZD[3]

I. Portugal

Nach langjährigen Kontakten, die bis ins Jahr 1964 zurückgehen[4], konnte am 6. Juni 1973 in Lissabon ein schweizerisch-portugiesisches Doppelbesteuerungsabkommen[5] paraphiert werden.

Das Abkommen hält sich im wesentlichen an den Mustervertrag der OECD[6] – mit den für ein industriell wenig entwickeltes Land erforderlichen Abweichungen (höhere Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren; Matching Credit).

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4635* (B.34.12.0). *Verfasst von J. Hulliger und unterzeichnet von J. Zwahlen. Visiert von P. Graber.*
2. *Vgl. dazu das Protokoll von W. Meier und G. Menétrey vom 4. September 1973,* dodis.ch/37680.
3. *Für den Antrag des Finanz- und Zolldepartements vom 12. Februar 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 382 vom 4. März 1974,* dodis.ch/37677.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443; *DDS, Bd. 24, Dok. 82,* dodis.ch/32330 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 145,* dodis.ch/35225.
5. Abkommen zwischen der Schweiz und Portugal zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *vom 26. September 1974, AS, 1975, S. 2457–2476.*
6. *Vgl. dazu. DDS, Bd. 24, Dok. 82,* dodis.ch/32330, *bes. Anm. 4.*

In Art. 3, Ziff. 1, Lit. b wird ausdrücklich festgehalten, dass sich das Abkommen lediglich auf Portugal, unter *Ausschluss der überseeischen Provinzen*[7], bezieht. Eine territoriale Ausdehnung auf überseeische portugiesische Gebiete müsste in einem separaten Notenwechsel geregelt werden (cf. im einzelnen Bemerkungen zu Art. 27 auf Seite 4 des Antrages).

Die Politische Direktion, der wir den Antrag ebenfalls zur Prüfung unterbreiteten, sowie unser Dienst, haben dagegen nichts einzuwenden. Ebenfalls der von der EStV vorgesehene Zeitpunkt für die Unterzeichnung (März dieses Jahres) gibt zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

II. Belgien

Die in den Jahren 1968 und 1972 geführten Doppelbesteuerungsverhandlungen mit Belgien[8] führten zu keinem Vertragsabschluss.

Als Hauptgründe für diesen Misserfolg sind zu nennen:

1. Der von Belgien vorgeschlagene generelle Quellensteuersatz für Dividenden von 15%, ein Satz, den die Schweiz für Dividenden im Holdingverhältnis noch nie akzeptiert hat, sowie gewisse für die Schweiz ungünstige Regelungen bei der Besteuerung der Zinsen und Lizenzgebühren.

2. Neben diesen steuerlichen Divergenzen hat Belgien Bedenken, dass ein Doppelbesteuerungsabkommen von seinen Steuerpflichtigen auch zu Zwecken der Steuerflucht missbraucht werden könnte – dies trotz der schweizerischen Vorschläge für die Aufnahme einer Informationsklausel und eines Missbrauchsartikels in das Abkommen[9].

Dem Interesse der schweizerischen Wirtschaft, die den Abschluss eines Abkommens nachhaltig befürwortete, stehen die kantonalen *fisci* gegenüber, die sich angesichts der gegenwärtigen Lage der Finanzen aus guten Gründen gegen die Anrechnung zu hoher ausländischer Quellensteuern an die schweizerischen Steuern wenden.

Das EFZD schlägt aus den genannten Gründen eine *Verschiebung «sine die» der DBA-Verhandlungen mit Belgien* vor[10].

Es wird zur Prüfung anheimgestellt, ob die Kontakte mit Belgien auf politischer Ebene wiederaufzunehmen sind, um doch noch zu einem für die Schweiz annehmbaren Verhandlungsergebnis zu gelangen.

---

7. *Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 6. September 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4635* (B.34.12.0).
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 82,* dodis.ch/32330 *sowie das Schreiben der Industrie-Holding an die Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements vom 31. Dezember 1971,* dodis.ch/35239.
9. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Widmer an F. Blankart vom 5. Juli 1974,* dodis.ch/40912 *sowie das Protokoll der Sitzung der Kommission des Ständerats vom 29. Mai 1975,* dodis.ch/40913.
10. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Lusser an die Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartments vom 20. September 1973,* dodis.ch/37678.

68

dodis.ch/38299

Notiz für den Delegierten für technische Zusammenarbeit, S. Marcuard[1]

BEMERKUNGEN ZUR ZUSAMMENARBEIT MIT MOHAMEDANISCHEN LÄNDERN AFRIKAS

Bern, 25. Februar 1974

1. Ausgangslage

In den überwiegend mohamedanischen Ländern Afrikas führt der DftZ nur in Tunesien[2] grössere Projekte durch, während für andere Staaten Stipendien gewährt werden (Ägypten, Marokko, Sudan, Tunesien)[3], Beiträge an Projekte privater und internationaler Organisationen ausgerichtet werden (Ägypten, Algerien, Marokko, Sudan, Tunesien) oder eine Unterstützung schweizerischer Forschungsprojekte erfolgt (Marokko)[4].

Die Beiträge des DftZ sind, mit Ausnahme von Tunesien, gering und betragen für 1973 zwischen 17'000 und 87'000 SFr. pro Jahr und Land. Tunesien erhielt im selben Jahr eine Hilfe von 1'035'000 SFr., während für Libyen und Mauretanien keine Unterstützung gewährt wurde.

2. Unsere Stellung gegenüber den mohamedanischen Ländern Afrikas

a) Prinzip

– Keine Entwicklungszusammenarbeit mit reichen Ölländern[5]. Ihre eigene Finanzkraft ist genügend gross zur Durchführung eigener Projekte. Eine[6] private Mitarbeit von schweizerischen Firmen, z. B. in der Beratung zur Durchführung von Projekten (consulting ingenieurs) ist[7] denkbar, wobei jedoch die Finanzierung dieser Beratung vollständig durch das entsprechende Land zu tragen ist.
– Mit den anderen mohamedanischen Ländern ist eine Entwicklungszusammenarbeit möglich, wobei aber bestimmte Aspekte diese Zusammenarbeit als besonders notwendig oder besonders erfolgreich erscheinen lassen müssen.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2005A#1985/101#225* (t.311). *Verfasst von A. Bisaz und unterzeichnet von S. Salvi.*
2. *Vgl. dazu den Schlussbericht von R. Stoudmann an A. Janner vom 31. Mai 1973,* dodis.ch/39043 *sowie die Notiz von A. Bisaz und H. Attinger vom 24. April 1975,* dodis.ch/40793.
3. *Vgl. dazu die Notiz von R. Carugo an S. Marcuard vom 6. Dezember 1973,* dodis.ch/40794.
4. *Zur Entwicklungszusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten vgl. die Notiz von S. Marcuard an P. Graber vom 22. November 1973,* dodis.ch/39427.
5. *Vgl. dazu Dok. 74,* dodis.ch/38300.
6. *Handschriftliche Korrektur aus:* Hingegen ist eine.
7. *Handschriftlich ergänzt.*

b) Begründungen, die zu diesem Prinzip führen

– Die besonders durch die Ölkrise überdeutlich gewordene *Interdependenz* zwischen den Staaten lässt die Aufrechterhaltung von guten Beziehungen mit allen Staaten als angezeigt erscheinen (d. h. auch Durchführung von Entwicklungsprojekten).
– In dieselbe Richtung weist unsere aussenpolitische Maxime der *Solidarität* und *Neutralität*.
– Nicht alle mohamedanischen Länder sind Ölländer. Die Lage derjenigen Länder, die über kein Öl verfügen, hat sich durch die steigenden Preise denn auch ganz erheblich verschlechtert. Eine Entwicklungszusammenarbeit ist bei diesen Staaten noch notwendiger als vor der Ölkrise.

Zwar haben die Ölländer einen Unterstützungsfonds für diejenigen Länder der dritten Welt geschaffen, die unter den erhöhten Ölpreisen besonders zu leiden haben. Diese Empfängerstaaten versuchen jedoch, eine noch grössere Abhängigkeit von den Ölländern, wie sie sich durch diese neue Finanzhilfe ergeben könnte, zu vermeiden und deshalb ihre Aussenpolitik und Aussenwirtschaft auf möglichst viele Länder auszudehnen. Von diesen Staaten (aber auch von den Ölländern) wurde deshalb der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit Westeuropa laut. Die Entwicklungszusammenarbeit kann diesem Wunsch, der ja sicher auch im Interesse Westeuropas liegt, in gewissem Sinne entgegenkommen.

– Wir haben die Absicht, vor allem die Zusammenarbeit mit den 25 ärmsten Staaten (nach UNO-Liste[8]) zu fördern. In dieser Liste sind ebenfalls mohamedanische Staaten aufgeführt.
– Die wirtschaftlichen Beziehungen schliesslich zu den mohamedanischen Staaten sind sicher auch für die Schweiz recht bedeutend (Banken)[9].

c) Besondere Aspekte, Ergänzung zu Punkt 2 a)

Nebst den üblichen Kriterien des DftZ haben besondere Aspekte dazu beigetragen, in mohamedanischen Ländern Projekte zu planen oder durchzuführen.

Beispiel Sudan: Schaffung eines Berufsbildungszentrums in Molakal, Südsudan, in Zusammenarbeit mit dem BIT[10]

Im Rahmen eines Empfangs mit dem sudanesischen Aussenminister Mansour Khalid am 31. Mai 1972 in Bern äusserte der Vertreter des Bundesrates, Bundesrat Tschudi[11], dass eine Hilfe für den Sudan von der Schweiz wohlwollend geprüft werde und in Zusammenarbeit mit einer internationalen Organisation möglich sei[12].

Nach Beendigung des Bürgerkrieges im Sudan wurde im weiteren von Seiten der OI eine grössere Hilfsaktion vorgesehen. Privaten Organisationen

---

8. *Vgl. dazu die Liste im BR-Prot. Nr. 1555 vom 9. Oktober 1974,* dodis.ch/39658.
9. *Vgl. dazu Dok. 142,* dodis.ch/37208, *Anm. 2.*
10. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 199 von S. Salvi an P. Graber vom 2. September 1974,* dodis.ch/40795.
11. *M. Khalid wurde von P. Graber und nicht von H.-P. Tschudi empfangen. Vgl. dazu die Notiz von H. Grob vom 31. Mai 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6585* (B.15.50.4).
12. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6585* (B.15.50.4).

wurden ebenfalls Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten des Bundes für Aktionen im Sudan in Aussicht gestellt, die dann aber nur in sehr bescheidenem Rahmen gewährt wurden (u. a. an das Rote Kreuz).

Die jetzt geplante Aktion knüpft an diese Kontakte an. Folgende Aspekte haben uns bewogen, das Berufsbildungsprojekt, an dessen Realisierung in einer ersten Phase ein Beitrag von Fr. 800'000 für zwei Jahre geleistet werden soll, zu bearbeiten:

1. Es handelt sich um eine internationale Hilfsaktion zugunsten der Reintegration von jungen Leuten im Rahmen des Ausbildungsprogramms für den Südsudan.
2. Die Aktion soll dem Wiederaufbau im Süden des Landes dienen, der Überwindung einer Notsituation also, die durch 17 Jahre Bürgerkrieg entstanden ist[13]. Dieser Wiederaufbau wird international unterstützt. Da die Schweiz über keine eigenen Erfahrungen im Sudan verfügt, erfolgt die Aktion in Zusammenarbeit mit dem BIT.
3. Es handelt sich um eine Aktion im Rahmen eines Sachgebietes (Ausbildung), in welchem die Schweiz über langjährige Erfahrungen verfügt.
4. Die Absicht der Regierung ist spürbar, zu einer Stabilisierung und Verbesserung der Situation beizutragen.
5. Die Aktion der mohamedanischen Regierung des Sudan erfolgt zu Gunsten des nichtmohamedanischen Südens.
6. Sudan gehört zu den 25 ärmsten Ländern der Welt.

Beispiel Mauretanien: Stellung von Beratern in Zusammenarbeit mit der FAO[14]

Diese Anfrage, die noch im Gespräch steht, erhielten wir über die FAO. Es geht dabei um die Stellung von Beratern für Spezialaufgaben im Rahmen der Bekämpfung der durch die Trockenheit im Sahelgebiet hervorgerufenen Notsituation[15]. Auch dieses Gesuch weist einige besondere Aspekte auf, die uns dazu bewogen, weitere Auskünfte einzuholen:

1. Zusammenarbeit mit einer internationalen Organisation, die schon im Sachbereich und im Land tätig ist (die Schweiz hat bisher keine Aktionen in Mauretanien durchgeführt).
2. Die Absicht der Regierung, ihre Hilfe zugunsten der von der Trockenheit betroffenen Bevölkerung zu helfen, ist deutlich sichtbar.
3. Diese Aktion könnte einen kleinen Beitrag der Schweiz zur Überwindung der Notsituation im Sahelgebiet darstellen.

---

13. *Vgl. dazu das Schreiben von H. K. Frey an E. Thalmann vom 21. März 1974,* dodis.ch/38298 *sowie den Politischen Bericht Nr. 4 von R. Godet an P. Graber vom 6. April 1974,* dodis.ch/38294.
14. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#544* (t.311).
15. *Zum Einsatz des schweizerischen Katastrophenhilfekorps in der Sahelzone vgl. Dok. 30,* dodis.ch/38910; *Dok. 103,* dodis.ch/39121 *und Dok. 136,* dodis.ch/39122.

69

dodis.ch/38268

Offener Brief von Max Frisch an den Bundesrat[1]

Berlin, 2. März 1974

Ihren Beschluss vom 23. 2. 1974[2], mit sofortiger Wirkung einen Visum-Zwang für chilenische Staatsbürger einzuführen, begründen Sie mit der Sorge um die Grundlagen schweizerischer Asyl-Politik[3]: nachdem eine Gruppe von Bürgern, die Anteil nehmen an den exemplarischen Ereignissen in Chile[4], in einem Monat mehr als 2000 Freiplätze für Flüchtlinge aus Chile[5] zu finden vermocht haben. Ihr bundesrätlicher Tadel gegenüber dieser *Freiplatz-Aktion*[6] («Umgehung der verantwortlichen Behörden»: als habe unser Gewissen den Bundesrat zu fragen, ob es im Rahmen der bestehenden Gesetzte aktiv werden darf) verdeckt nur bei flüchtigem Lesen, was dieser Visum-Zwang praktisch bedeutet: nämlich dass für ein Asyl nur noch Chilenen in Frage kommen, die, als Verfolgte auf Schritt und Tritt, die schweizerische Botschaft in Santiago de Chile erreichen und bei Herrn Masset, einem Mann der Rechten und als solcher ihr politischer Gegner, vielleicht Gehör finden, vielleicht nicht. Dieser Botschafter, dessen Verhalten nach dem Putsch einigermassen bekannt ist, verwaltet jetzt unser nationales Gewissen.

«Der Bundesrat will mit diesem Entscheid verhindern, dass Unschuldige die Folgen des Vorgehens dieser Aktion zu tragen haben.»

Ist das, Herren Bundesräte, ihre wahre Sorge?

Was die getadelte Aktion betrifft: es ist eine spontane Aktion, die weniger diplomatische Routine besitzt als bereits etablierte Organisationen, aber immerhin erreicht hat, dass in vielen Gemeinden, hauptsächlich in kirchlichen Gemeinden, ein beträchtlicher Hilfswille zum Vorschein gekommen ist[7]. Es unterstützen sie: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund, Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Amnesty International, Terre des Hommes, Liga der Menschenrechte, Internationaler

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2294* (B.41.21.0).
2. *BR-Prot. Nr. 314 vom 23. Februar 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#803*. *Vgl. dazu auch die Notiz von G. Solari vom 23. Februar 1974,* dodis.ch/38267.
3. *Zur Frage des politischen Asyls in schweizerischen Botschaften vgl. Dok. 81,* dodis.ch/38270.
4. *Vgl. dazu Dok. 85,* dodis.ch/38253.
5. *Zur Problematik der Flüchtlinge aus Chile vgl. die Notizen von H. Mumenthaler an K. Furgler vom 9. Oktober 1973,* dodis.ch/38257; *vom 23. Oktober 1973,* dodis.ch/38259 *sowie vom 15. Januar 1974,* dodis.ch/38265; *die Notiz von F. Guéra vom 2. November 1973,* dodis.ch/38260; *das Schreiben von Ch. Masset an Y. Moret vom 8. Januar 1974,* dodis.ch/38263; *die Notiz von R. Keller an P. Graber vom 28. März 1974,* dodis.ch/38269; *die Notiz von U. Hadorn vom 14. Mai 1974,* dodis.ch/38271 *und die Notiz von O. Schürch an K. Furgler vom 4. März 1975,* dodis.ch/38273.
6. *Zur Unterbringung von Flüchtlingen bei Privaten, der sogenannten Freiplatzaktion, vgl. die Notiz von O. Schürch an K. Furgler vom 22. Februar 1974,* dodis.ch/38274 *und das Protokoll von Ph. Chapatte vom 22. April 1975,* dodis.ch/38275.
7. *Handschriftlich ergänzt.*

Zivildienst, Schweizerischer Schriftsteller-Verein, Verein Schweizer Studentenschaften, Schweizer Friedensrat, Erklärung von Bern, Team 67 und viele Einzelpersonen wie der Unterzeichner dieses Briefes.

Hat das für den Bundesrat kein Gewicht?

Wer, Herren Bundesräte, hat Gewicht für Sie?

«Da wir in unsrer Firmenleitung durchaus bürgerlich eingestellt sind, erstaunt uns Ihre Anfrage irgendwie. Wir haben sowohl bei Ungarn wie der Tschechoslowakei mitgeholfen, Leuten, die einer liberalen Weltauffassung beipflichten, einen Arbeitsplatz zuzuweisen, und wir dürfen sagen, mit einem gewissen Erfolg. Dass man nun aber mit diesem ganzen Theater mit Chile versucht, Leute zu plazieren, die ganz sicher eine andere Weltanschauung vertreten als wir gewohnt sind, finden wir an der Grenze des Ertragbaren.» Schreibt ein schweizerisches Grossunternehmen an eine schweizerische Flüchtlingshilfe-Organisation christlicher Prägung.

Die Asyl-Suchenden aus kommunistischen Ländern sind als Zeugen unmenschlicher Zustände willkommener die als Asyl-Suchenden aus Chile: Zeugen unmenschlicher Zustände unter einer faschistischen Junta –

Sind das, Herr Bundesrat Furgler, auch Ihre Motive?

In früheren Pressemitteilungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (28. 1. und 11. 1. 1974[8]) heisst es, «dass das Problem der Flüchtlinge in Chile, soweit es erfassbar ist, nach Angaben der verantwortlichen internationalen Organisationen, wie z. B. des Hochkommissariates der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, insofern als gelöst gelten kann, als bis auf wenige Ausnahmen für die in Lagern und Botschaften untergebrachten Flüchtlinge erste Aufnahmemöglichkeiten gefunden werden konnten», und: «Der Bundesrat betrachtet seine Sonderaktion, die als Beitrag zur Lösung eines humanitären Problems zu werten ist, als abgeschlossen» – gemeint sind aber in diesen Angaben gar nicht die verfolgten Chilenen in Chile, sondern die Nicht-Chilenen, die unter Salvador Allende politisches Asyl in Chile gefunden haben. Das Hochkommissariat für Flüchtlinge, dessen Erhebungen hier zur Beschwichtigung benutzt werden, kann sich nur mit den Nicht-Chilenen befassen, da Chilenen in Chile keine Flüchtlinge sind. Das weiss der Bundesrat. Die bundesrätliche Beschwichtigung ist eine versuchte Irreführung unserer Gewissen. Wenn es in Chile (wie man nach dieser Pressemeldung aus dem Bundeshaus meinen könnte) keine Asyl-Suchende mehr gibt: wozu dann dieser Beschluss vom 23. 2. 1974, der eine erschreckende Ähnlichkeit hat mit dem Bundesratsbeschluss vom 4. 10. 1938[9], womit das schweizerische Schuld-Konto gegenüber den deutschen Juden eröffnet worden ist.

Herr Bundespräsident, Herren Bundesräte: die Sorge um die Grundlagen der schweizerischen Asyl-Politik ist unsere Sorge.

---

8. *Pressemitteilungen des Informations- und Pressedienstes des Justiz- und Polizeidepartements vom 11. und 28. Januar 1974,* CH-BAR#E4001E#1991/200#30* (0097.26). *Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 125 vom 28. Januar 1974,* dodis.ch/38266.

9. *DDS, Bd. 12, Dok. 416,* dodis.ch/15385.

70

dodis.ch/38622

Notice pour le Chef du Département politique,
P. Graber[1]

NÉGOCIATIONS AVEC L'ITALIE D'UN ACCORD DE DOUBLE IMPOSITION[2]
ET D'UN TRAITÉ SUR LES FRONTALIERS[3]

Berne, 4 mars 1974

Nous attirons votre attention sur le contenu de la lettre ci-jointe[4] adressée à l'Administration fédérale des contributions à propos de l'affaire citée en marge.

À ce que nous savons, lorsque l'affaire des frontaliers a été discutée au Conseil fédéral, vous viviez sous l'impression que les deux accords – celui sur la double imposition et celui sur les frontaliers[5] – seraient négociés, signés et conclus séparément.

Pour notre part, nous avions défendu l'idée qu'une négociation dissociée des deux accords inciterait les Italiens à conclure rapidement un accord sur les frontaliers qui ne peut leur apporter que des avantages et à traiter plus dilatoirement l'accord sur la double imposition dont ils ne retireront pas d'intérêt.

Comme M. Celio semble alors avoir pris de court le Conseil fédéral en laissant entendre aux Italiens qu'il n'y aurait pas de «junktim» entre les deux accords, vous avez pris votre décision dans ce sens.

Nous estimons utile de vous informer que dans l'esprit de certaines associations économiques (Groupement de holdings industrielles suisses, en particulier) l'idée d'un «junktim» n'a jamais disparu. En effet, elles ont accepté de négocier par priorité un accord sur les frontaliers mais entendent finaliser la conclusion de ce traité en même temps que celui sur la double imposition. Leur intention pour ce faire, toute chose demeurant égale par ailleurs, consisterait

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3666* (B.34.12.0). *Rédigée et signée par J. Zwahlen. Visée par P. Graber. Copie à E. Thalmann, E. Diez, Ch. Müller et M. Jaccard. Annotation manuscrite dans la marge:* à conserver! C*[onseil]* F*[édéral]*.

2. Convention entre la Confédération suisse et la République italienne en vue d'éviter les doubles impositions et de régler certaines autres questions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune *du 9 mars 1976, RO, 1979, pp. 461–482.*

3. Accord entre la Suisse et l'Italie relatif à l'imposition des travailleurs frontaliers et à la compensation financière en faveur des communes italiennes limitrophes *du 3 octobre 1974, RO, 1979, pp. 457–459.*

4. *Lettre de G. De Chiara à K. Locher du 1er mars 1974,* dodis.ch/40814.

5. *Sur les négociations de ces deux accords, cf. doc. 35,* dodis.ch/38348; *le procès-verbal de W. Meier et G. Menétrey du 4 septembre 1973,* dodis.ch/37680, *p. 4; le PVCF N° 1476 du 5 septembre 1973,* dodis.ch/38617; *le rapport de G. Menétrey du 20 décembre 1973,* dodis.ch/38314; *la lettre de K. Locher à G.-A. Chevallaz du 1er février 1974,* dodis.ch/38313; *la notice de J. Hulliger à Ch. Müller du 19 avril 1974,* dodis.ch/38625; *la lettre de F. Pometta à E. Thalmann du 11 juillet 1974,* dodis.ch/38312; *la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 8 avril 1975,* dodis.ch/38626; *la lettre de F. Pometta à J. Zwahlen du 18 septembre 1975,* dodis.ch/38311; *la lettre de A. Marcionelli à E. Thalmann du 9 octobre 1975,* dodis.ch/38310 *et les notices de J. Zwahlen du 1er décembre 1975,* dodis.ch/38308 *et du 5 décembre 1975,* dodis.ch/38627.

– lors du débat parlementaire[6] qui se déroulera nécessairement pour l'accord sur les frontaliers puisqu'il implique une rétrocession de l'IDN au profit des communes italiennes frontalières – à demander que cet accord soit ratifié en même temps que celui de la double imposition. Ci-joint un exemplaire de la «Vernehmlassung»[7] du Groupement de holdings industrielles suisses en vue des négociations de double imposition avec l'Italie. Les pages 1, 2 et 12 (passages soulignés) illustrent ce que nous avançons.

Si cette manière de voir prévaut, le «junktim» que M. Celio avait un peu précipitamment écarté serait réintroduit de facto. M. Locher, ceci doit être mentionné pour la clarté de l'affaire, a signalé cette difficulté aux Italiens. Il a fait valoir à cet égard que l'approbation par les Chambres fédérales de l'accord sur les frontaliers n'irait pas sans mal si aucun succès n'était enregistré dans les négociations de double imposition.

Il n'en demeure pas moins pour nous que la réintroduction d'un «junktim» de fait par le Parlement pourrait avoir une répercussion indésirable sur nos relations bilatérales avec l'Italie. À noter dans ce contexte que l'engagement de M. Celio envers les Italiens, même s'il a été un peu précipité, a eu un effet apaisant dans nos relations toujours délicates avec notre voisin du sud. Il nous a certainement permis de gagner du temps. Remarquons, à cet égard, que l'interprétation du procès-verbal italo-suisse[8] sur la durée de séjour des saisonniers, qui nous a causé bien des difficultés, ne nous en crée plus depuis ce moment-là. Nous sommes enclins à y voir une preuve que les Italiens souhaitent régler leurs problèmes avec nous au plan politique. De la sorte, le geste de M. Celio a certainement été interprété à Rome comme une marque de bonne volonté de notre part. Il conviendrait donc de veiller – si nous en avons les moyens – à ce que ce good will ne soit pas à nouveau entaché par des démarches peu opportunes de certaines associations économiques.

---

6. *Cf. Bull. of. CE, 1978, pp. 568–577 et Bull. of. CN, 1978, pp. 1910–1912.*

7. *Lettre de A. Fürer et T. Faist à l'Administration des contributions du Département des finances et des douanes du 30 janvier 1974,* dodis.ch/40815.

8. Procès-verbal de la réunion de la Commission mixte italo-suisse instituée par l'Accord du 10 août 1964 relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, tenue du 15 juin 1972 au 22 juin 1972 à Rome *du 22 juin 1972*, CH-BAR K1(-) 2178.

71

dodis.ch/38306

Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, K. Fritschi[1]

HÖFLICHKEITSBESUCH DES UNGARISCHEN VIZEAUSSENMINISTERS JANOS NAGY

Bern, 5. März 1974

Auf der Durchreise nach Genf, wo er an der bevorstehenden Sitzung des KSZE-Koordinationsausschusses teilnehmen wird, stattet heute Vizeaussenminister Nagy in Begleitung des hiesigen ungarischen Botschafters[2] dem Generalsekretär[3] einen Höflichkeitsbesuch ab, der ihn im Beisein von Botschafter Ch. Müller und des Unterzeichneten empfängt. Von den Ausführungen, die der Besucher während eines halbstündigen Gespräches «à bâtons rompus» macht, sei folgendes festgehalten:

1. N*[agy]* spricht sich zugunsten eines speditiven weitern Verlaufs der gegenwärtigen Phase der KSZE[4] und für deren baldige Beendigung aus.

Der Besucher hebt insbesondere hervor, dass sich die ungarische Seite – nach anfänglicher Skepsis über den Ortswechsel der Konferenz von Helsinki nach Genf – inzwischen restlos davon überzeugt habe, es sei dies ein glücklicher Entscheid gewesen. Die Voraussetzungen für ausgezeichnete Konferenzdienste und für ein geeignetes politisches Klima seien nirgends so günstig wie gerade in der Rhonestadt.

N*[agy]* lobt überdies das Verhältnis zwischen der ungarischen und schweizerischen Delegation in Genf.

2. N*[agy]* zeigt sich sehr befriedigt über den Besuch, den alt Bundesrat Spühler zur Eröffnung einer schweizerischen Kunstausstellung Budapest abstattete, und über das Gespräch, das er bei dieser Gelegenheit am 4. März mit dem Präsidenten der Pro Helvetia hatte[5]. Budapest habe Verständnis für die Besonderheiten des kulturellen Austausches mit der Schweiz (kein Kulturabkommen) und sehe keine Hindernisse, die einem pragmatischen Vorgehen entgegenstehen würden. In diesem Sinne seien Besuche wie der eben erwähnte für beide Seiten von grossem Interesse und Nutzen.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3293* (B.15.21). *Kopie an E. Thalmann, R. Bindschedler, R. Keller, Ch. Müller und die schweizerische Botschaft in Budapest.*
2. *Gy. Varsányi.*
3. *E. Thalmann.*
4. *Zu den Verhandlungen der KSZE während der zweiten Phase in Genf vgl. Dok. 57,* dodis.ch/38848 *und Dok. 89,* dodis.ch/38858.
5. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 15 der schweizerischen Botschaft in Budapest an das Politische Departement vom 4. März 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#936* (o.301). *Zu den kulturellen Beziehungen mit Ungarn vgl. die Notiz von L. Burckhardt an E. Thalmann vom 18. April 1973,* dodis.ch/38374 *und das Schreiben von R. Stoudmann an R. Keller vom 26. November 1973,* dodis.ch/38320.

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln sich gemäss N*[agy]* in befriedigender Weise. Neben dem Wachsen des Warenaustauschs im letzten Jahr sei insbesondere auf die erfreuliche Tatsache einer ausgeglichenen Handelsbilanz hinzuweisen. Das neue Handelsabkommen biete eine günstige Basis für die zukünftige Entwicklung, zu der nächstes Jahr auch die ungarische Beteiligung am Comptoir Suisse in Lausanne beitragen werde[6].

Erfreulich sei schliesslich, dass mit dem ungarisch-schweizerischen Entschädigungsabkommen[7] ein Problem der Vergangenheit habe gelöst werden können.

N*[agy]* lobt das Wirken von Botschafter Stoudmann, der seit seinem Eintreffen in Budapest zugunsten der ungarisch-schweizerischen Beziehungen erfolgreich tätig sei[8].

3. Der Besucher überreicht Botschafter Thalmann ein Schreiben vom 27. Februar 1974[9], mit welchem der Erste Vizeaussenminister, Jozsef Marjai, den Generalsekretär zu einem Besuch nach Budapest einlädt. N*[agy]* gibt der Hoffnung Ausdruck, dass eine solche Reise von Botschafter Thalmann sich in nicht allzu ferner Zukunft verwirklichen lasse.

---

6. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von A. Clerc vom 17. September 1974,* dodis.ch/38319. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen vgl. ferner das Schreiben von O. Uhl an P. R. Jolles vom 30. Oktober 1973,* dodis.ch/38373 *sowie das Schreiben von R. Stoudmann an P. R. Jolles vom 12. Dezember 1973,* dodis.ch/38307.

7. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/38361.

8. *Vgl. z. B. das Schreiben von R. Stoudmann an E. Thalmann vom 5. April 1974,* dodis.ch/38321.

9. *Schreiben von J. Marjai an E. Thalmann vom 27. Februar 1974, Doss. wie Anm. 1. Zur Antwort E. Thalmanns vgl. Anm. 8 sowie das Schreiben von R. Stoudmann an E. Thalmann vom 27. März 1974, Doss. wie Anm. 1. Zu den aussenpolitischen Konsultationen zwischen E. Thalmann und F. Puja vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 11 und die Aufzeichnung von H. Hoffmann vom 26. April 1973,* dodis.ch/38382.

72

dodis.ch/38499

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

Sehr wichtig Bern, 7. März 1974

Obschon in dem morgen[2] durch den Bundesrat zu verabschiedenden *Zahlungsrahmen*[3] für die Jahre 1975–1979 die Rubrik 703.600 und 202.600 (Finanzhilfe und Darlehen an das Ausland) den von der Finanzverwaltung mit dem EVD und EPD ausgehandelten stark gekürzten Betrag von 927 Millionen

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1985/97#329* (799.2.2.1). *Unterzeichnet von P. R. Jolles. Kopie an K. Jacobi und F. R. Stähelin.*

2. *Der Bundesrat verabschiedete die Finanzplanung erst am 27. März 1974. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 496 vom 27. März 1974,* dodis.ch/39368.

3. *Für den* Plan financier de l'aide publique au développement 1974–1979 *vom 21. Februar 1974 vgl. BR-Prot. Nr. 496 vom 27. März 1974,* dodis.ch/39368.

Franken aufführt und in der Fussnote 3 dazu ausdrücklich vermerkt wird, dieser Betrag enthalte 200 Millionen Franken für die Aufstockung der IDA[4], beantragt das Eidg. Finanz- und Zolldepartement in seiner Notiz an die Mitglieder des Bundesrates vom 6. März[5] unter Ziff. 331 erneut eine weitere Reduktion dieses Postens und insbesondere den Verzicht auf die IDA-Aufstockung.

Ein Eintreten auf diesen Vorschlag ist aus folgenden Gründen *vollständig ausgeschlossen:*

1. Der Budgetposten für die Finanzhilfe ist mit unserem Einvernehmen gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Handelsabteilung und des EPD[6] bereits um 312 Millionen Franken, also nicht weniger als 25% gekürzt worden. Die ursprünglich von uns geforderte Grössenordnung hätte es der Schweiz erlaubt, das Minimum des für die staatliche Finanzhilfe von sämtlichen westlichen Industriestaaten in der OECD vereinbarten Richtsatzes zu erreichen. Wir werden also ohnehin auch in Zukunft am Schwanz der Geberländer stehen, obschon wir das dritthöchste Volkseinkommen aufweisen und unsere Budgetdefizite unverhältnismässig kleiner sind als diejenigen anderer Geberländer, wie z. B. Grossbritanniens, Italiens und Frankreichs! Noch stärker zurückzufallen, wäre schlicht und einfach unhaltbar und würde das internationale Ansehen der Schweiz in einer nicht zu verantwortenden Weise beeinträchtigen. Ich erachte es als meine Pflicht, auf die äusserst schwerwiegenden politischen Auswirkungen einer derartigen Politik hinzuweisen.

Sowohl an der Washingtoner Energiekonferenz[7] als auch im Rahmen der OECD haben die westlichen Industriestaaten eine Absichtserklärung abgegeben, angesichts der verheerenden Auswirkungen der Ölkrise auf die nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer das Niveau ihrer Finanzhilfe wenn möglich zu steigern, aber jedenfalls nicht absinken zu lassen, also ein Zahlungsbilanzdefizit in Kauf zu nehmen. Die Schweiz wird zwar ebenfalls ein Ertragsbilanzdefizit, voraussichtlich jedoch kein Zahlungsbilanzdefizit erleiden. Ausgerechnet unser im internationalen Quervergleich trotz Erdölverteuerung noch relativ günstig dastehendes Land müsste dann als einziges Land seine

---

4. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur IDA vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 90,* dodis.ch/31743, *3. Abschnitt und DDS, Bd. 24, Dok. 34,* dodis.ch/32830. *Zur vierten Aufstockung der IDA vgl. Dok. 171,* dodis.ch/38504; *das Schreiben von R. Bieri an P. R. Jolles vom 17. Januar 1973,* dodis.ch/38493; *die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 25. Januar 1973,* dodis.ch/38494; *die Aufzeichnung von P.-L. Girard vom 27. Februar 1973,* dodis.ch/38495; *das Schreiben von R. Pestalozzi an P. R. Jolles und S. Marcuard vom 3. Oktober 1973,* dodis.ch/38496; *die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber vom 9. Oktober 1973,* dodis.ch/38497; *das Schreiben von P. R. Jolles an R. Bieri vom 30. Januar 1974,* dodis.ch/38498; *das Schreiben von K. Jacobi an F. Schnyder vom 11. April 1974,* dodis.ch/38500; *das Telegramm Nr. 210 von F. Schnyder an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 25. April 1974,* dodis.ch/38501; *die Notiz von M. Heimo an P. Graber vom 6. November 1974,* dodis.ch/38502; *die Notiz von P. Saladin an K. Jacobi vom 12. März 1975,* dodis.ch/38503; *das Telegramm Nr. 119 von K. Jacobi an F. Schnyder vom 1. Oktober 1975,* dodis.ch/38505; *die Notiz von R. Imhoof vom 12. November 1975,* dodis.ch/38506 *sowie die Notiz von O. Zosso an P. R. Jolles vom 30. Dezember 1975,* dodis.ch/38486.

5. *Vgl. dazu den Mitbericht des Finanz- und Zolldepartements vom 7. März 1974,* dodis.ch/39368.

6. *Vgl. dazu die* Aktennotiz über die Besprechung vom 11. Juni 1973 betreffend Finanzplanung 1975–1979 *von P. Aenishäuslin vom 16. Juli 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#22* (221.1).

7. *Vgl. dazu Dok. 105,* dodis.ch/39407.

Nichtteilnahme an den gemeinsamen entwicklungspolitischen Anstrengungen der OECD-Staaten bekanntgeben.

2. Die nachträgliche Annullierung des IDA-Beitrages wäre ein glatter Wortbruch. Der Bundesrat hatte mich gemäss beiliegendem Beschluss vom 31. Oktober 1973[8] ermächtigt, der Weltbankleitung die Absicht des Bundesrates, diesen Kredit dem Parlament zu beantragen, zu bestätigen. Diese schweizerische Zusage ist international bekanntgegeben und in die Finanzplanung der Weltbank eingesetzt worden. Der Bundesrat kann nicht zurücktreten, ohne seine Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Die amerikanische Regierung hat mit grosser Lautstärke verkündet, dass sie die Ablehnung des IDA-Beitrages durch den Kongress nicht hinnehmen, sondern sofort einen neuen Antrag einbringen werde. Wie würde der Bundesrat dastehen, wenn er demgegenüber zum vornherein auf eine parlamentarische Behandlung verzichten und ohne den Beweis einer unüberwindlichen parlamentarischen Hürde seine Absichtserklärung zurücknehmen würde?

3. Neben diesen gewichtigen politischen Erwägungen hat sich der Bundesrat aber auch die konkreten wirtschaftlichen Nachteile vor Augen zu halten, die eintreten würden, nämlich

- Verärgerung der Weltbank in einem Zeitpunkt, in dem wir in Verhandlungen über die Regelung unserer Beziehungen zur Weltbank und zum Währungsfonds mit grösster Wahrscheinlichkeit werden eintreten müssen[9];
- Ausschluss der schweizerischen Exportindustrie von Weltbankaufträgen, die zur Aufrechterhaltung unserer Exportmöglichkeiten nach den Entwicklungsländern wichtig sind;
- Verärgerung der Entwicklungsländer, mit denen wir voraussichtlich in Verhandlungen eintreten müssen zwecks Sicherung unserer Rohstoffbezüge;
- Beeinträchtigung der Möglichkeit zum Abschluss bilateraler Abkommen mit ölproduzierenden Entwicklungsländern, wie Indonesien[10] oder Algerien[11], die als Gegenleistung schweizerische Investitionen mit staatlicher Finanzhilfe fordern würden.

4. Im übrigen hatte ich persönlich diese Erwägungen Herrn Bundesrat Chevallaz dargelegt, der mir versichert hatte, bei der Finanzhilfe keine weiteren Abstriche vorzunehmen.

---

8. *BR-Prot. Nr. 1820 vom 31. Oktober 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#799*.
9. *Zu den Beziehungen der Schweiz mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vgl. Dok. 88,* dodis.ch/38459 *und Dok. 108,* dodis.ch/38470.
10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 31 vom 9. Januar 1974,* dodis.ch/40470.
11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 76 vom 16. Januar 1974,* dodis.ch/38996.

73

dodis.ch/38967

Notiz der Direktion für Völkerrecht an die Politische Direktion des Politischen Departements[1]

KONFISZIERTE SCHWEIZERISCHE VERMÖGENSWERTE IN DEN USA

[Bern,] 11. März 1974

Wie Sie wissen ist im Verhältnis zu den USA der Fragenkomplex der während des Krieges dort sequestrierten schweizerischen Vermögenswerte noch nicht geklärt[2]. Drei Gruppen von Fällen harren auch heute noch einer Lösung.

Es handelt sich um:

1. Das Eigentum von Schweizern, die während des Krieges in Deutschland gewohnt hatten und deshalb als «enemies» galten (Kategorie I, Gesamtwert zur Zeit der Konfiskation $ 41'011,46).
2. Das Eigentum von Schweizerinnen, die durch Heirat Deutsche geworden waren, wodurch sie nach dem früheren Bürgerrechtsgesetz die schweizerische Staatsangehörigkeit verloren, auf Grund des Gesetzes vom 29. September 1952[3] aber wieder eingebürgert werden konnten (Kategorie II, Gesamtwert zur Zeit der Konfiskation $ 603'280,16).
3. Von Schweizern erworbene, blockierte amerikanische Aktien, wobei von den Eigentümern nicht nachgewiesen werden kann, dass diese Aktien seit dem Datum der Blockierung nicht in Feindbesitz waren (Kategorie III, Gesamtwert zur Zeit der Konfiskation $ 62'681,27).

Die Betroffenen und unsere Botschaft haben sich während langer Zeit um eine Rückgabe dieser Vermögenswerte bzw. um eine Entschädigung bemüht. Mit Note vom 31. Januar 1963[4] und 17. Juni 1963[5] wurde das Staatsdepartement erstmals offiziell darauf aufmerksam gemacht, dass gewisse Schweizerbürgern gehörende Vermögenswerte, die während des 2. Weltkriegs als Feindeigentum beschlagnahmt worden waren, noch nicht zurückgegeben worden sind. Am 24. Juni 1963[6] antwortete das Staatsdepartement, dass diese Fälle dem Justiz-

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1658* (B.52.31.0). *Verfasst von J. Stähelin und unterzeichnet von J.-P. Ritter. Visiert von K. Fritschi, Ch. Müller und P.-A. Ramseyer. Handschriftliche Marginalie von C. Caratsch:* bitte besprechen.

2. *Zu den sequestrierten Guthaben in den USA vgl. DDS, Bd. 16, Dok. 103,* dodis.ch/1957 *und Dok. 118,* dodis.ch/1958; *DDS, Bd. 17, Dok. 77,* dodis.ch/4350 *und Dok. 79,* dodis.ch/8674; *DDS, Bd. 18, Dok. 2,* dodis.ch/4680 *und Dok. 83,* dodis.ch/8662; *DDS, Bd. 24, Dok. 37,* dodis.ch/33132 *sowie den Bericht von J. Stähelin vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/38966.

3. Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts *vom 29. September 1952, AS, 1952, S. 1087–1103.*

4. *Note der schweizerischen Botschaft an das Aussenministerium der USA vom 31. Januar 1963,* CH-BAR#E2001E#1976/17#1501* (B.52.31.0).

5. *Note der schweizerischen Botschaft in Washington an das Aussenministerium der USA vom 17. Juli und nicht vom 17. Juni 1963, ibid.*

6. *Note des Aussenministeriums der USA an die schweizerische Botschaft in Washington vom 24. Juli und nicht vom 24. Juni 1963, ibid.*

departement zu unterbreiten seien, welches die Verantwortung für die Verwaltung der auf Grund des «Trading with the Enemy Act» (TEA) beschlagnahmten Vermögenswerte habe. In der Folge intervenierte unsere Botschaft beim Justizdepartement und dann beim «Office of Alien Property», um in jedem Einzelfall eine Restitution zu erwirken. Sie hatte damit aber nur geringen Erfolg. Mit Note vom 25. Februar 1966[7] teilte die Botschaft dem Staatsdepartement mit, dass zwar in einigen Fällen wie Interhandel[8] und Bank Sturzenegger[9] Verhandlungen mit dem Justizdepartement zu einem Vergleich geführt hätten, dass aber eine Reihe anderer tatbeständlich verschieden gelagerter Fälle keine Lösung haben finden können. Am 29. Juli (Juni?) 1966[10] hat das Staatsdepartement die schweizerischen Forderungen in allen Teilen abgelehnt. Es verwiese auf den TEA, dessen von der Botschaft behauptete teilweise Völkerrechtswidrigkeit es bestritt. Unsere Botschaft hat mit Note vom 9. Juli 1969[11] diese amerikanische Auffassung zurückgewiesen, und die Entschädigungsforderung aufrecht erhalten. Es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine Lösung zu finden, sei es durch «further consideration» seitens der US-Regierung, sei es möglicherweise durch ein Schiedsgerichtsverfahren auf der Grundlage des Vertrages vom 16. Februar 1931[12]. Vom «deputy legal adviser» des Staatsdepartements[13] wurde in der Folge mündlich die Bereitschaft erklärt, den schweizerischen Rechtsstandpunkt zu prüfen. Darauf wurden wir von Ihnen gebeten, diesen Standpunkt in einer völkerrechtlichen Studie zu umschreiben.

In der Beilage finden Sie nun diese Studie[14], von der Sie seinerzeit bereits die deutsche Fassung[15] erhalten haben. Wie Sie bemerkt haben werden, haben wir uns darauf beschränkt, eine Entschädigung für das Vermögen von Schweizern zu fordern, die während des Krieges in Deutschland wohnten (Kategorie I). Nicht näher eingegangen wird auf die Forderungen von Schweizerinnen, die vor oder während des Krieges durch Heirat Deutsche worden waren, später aber

---

7. *Note der schweizerischen Botschaft in Washington an das Aussenministerium der USA vom 25. Februar 1966,* CH-BAR#E2001E#1978/84#7232* (B.52.31.0).

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 16, Dok. 65,* dodis.ch/66 *und Dok. 67,* dodis.ch/68; *DDS, Bd. 17, Dok. 76,* dodis.ch/5640; *DDS, Bd. 18, Dok. 2,* dodis.ch/4680 *und Dok. 6,* dodis.ch/4722; *DDS, Bd. 19, Dok. 82,* dodis.ch/9209 *und Dok. 149,* dodis.ch/9200, *Anm. 5; DDS, Bd. 20, Dok. 65,* dodis.ch/11115; *Dok. 102,* dodis.ch/12080; *Dok. 112,* dodis.ch/11334 *und Dok. 140,* dodis.ch/12178; *DDS, Bd. 21, Dok. 33,* dodis.ch/14964; *Dok. 120,* dodis.ch/14969 *und Dok. 155,* dodis.ch/14936; *DDS, Bd. 22, Dok. 16,* dodis.ch/18887; *Dok. 121,* dodis.ch/30391; *Dok. 126,* dodis.ch/18942 *und Dok. 138,* dodis.ch/18891.

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 112,* dodis.ch/11334, *Anm. 8; DDS, Bd. 22, Dok. 98,* dodis.ch/18990 *und DDS, Bd. 23, Dok. 81,* dodis.ch/31217.

10. *Note des Aussenministeriums der USA an die schweizerische Botschaft in Washington vom 29. Juni 1966,* CH-BAR#E2001E#1978/84#7232* (B.52.31.0).

11. *Note der schweizerischen Botschaft in Washington an L. Meeker vom 9. Juli 1969,* CH-BAR#E2001E#1980/83#1230* (B.52.31.0).

12. Schieds- und Vergleichsvertrag zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika *vom 16. Februar 1931, BS, 11, S. 381–385.*

13. *G. H. Aldrich.*

14. Swiss Assets Confiscated in the United States, *Doss. wie Anm. 1.*

15. *Bericht* Konfiszierte schweizerische Vermögenswerte in den USA *von J. Stähelin vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/38966.

wieder in die Schweiz eingebürgert wurden (Kategorie II). Wir haben darauf verzichtet, einmal deshalb, weil es die Bundesrepublik Deutschland übernommen hat, diese Mitbürgerinnen zu entschädigen. Am 1. Januar 1969 trat in der Bundesrepublik das Gesetz zur Abgeltung von Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden vom 12. Februar 1969 in Kraft[16], das u. a. Entschädigungen für Schäden vorsieht, die «in Gebieten ausserhalb des Deutschen Reichs durch Massnahmen fremder Staaten gegen das fremde Vermögen, insbesondere auf Grund der Feindgesetzgebung» entstanden sind. Von deutscher Seite wird nicht bestritten, dass gebürtige Schweizerinnen, die zur Zeit der Konfiskation die deutsche Staatsangehörigkeit besassen, nach diesem Gesetz entschädigungsberechtigt sind. Ein Teil der Berechtigten hat die Entschädigung bereits bezogen, und es darf erwartet werden, dass auch die anderen in nicht allzu ferner Zukunft zufriedengestellt werden. Wir wissen allerdings nicht, ob diese Mitbürgerinnen eine volle Entschädigung für ihre in den USA konfiszierten Vermögenswerte erhalten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, ändert das aber nichts in unserem Verhältnis zu den USA. Die Betreffenden besassen nämlich im Augenblick, als ihr Vermögen sequestriert wurde, nur die deutsche Staatsangehörigkeit. Ihr schweizerisches Bürgerrecht verloren sie bei der Heirat, und die Wiedereinbürgerung erfolgte erst in den fünfziger Jahren. Es entspricht einem sowohl in der Völkerrechtslehre als auch in der -praxis allgemein anerkannten Grundsatz, dass die Gewährung des diplomatischen Schutzes nur für Ansprüche solcher Schutzbegehrender zulässig ist, die im Zeitpunkt der Rechtsverletzung Staatsangehörige des schützenden Staates waren. Schon aus diesem Grunde hätte eine Demarche zu Gunsten dieser Mitbürgerinnen unserer Ansicht nach keine Aussicht auf Erfolg und wir möchten sie deshalb nicht in Betracht ziehen.

In unserer Studie übergehen wir ebenfalls die Fälle jener Schweizer, die blockierte amerikanische Aktien erworben hatten und nicht nachweisen können, dass diese Aktien seit dem Datum der Blockierung nicht in Feindbesitz waren (Kategorie III). Solange nicht feststeht, dass die Aktien im entscheidenden Augenblick tatsächlich im schweizerischen Eigentum gestanden haben, ist es schwer, der amerikanischen Weigerung, eine Entschädigung zu zahlen, mit juristischen Argumenten entgegenzutreten. Wir glauben, auch hier wie bei der Kategorie II, dass es taktisch ungeschickt wäre, diese Fälle, deren Berechtigung eher zweifelhaft ist, mit jenen der Kategorie I zu verquicken, wo wir unserer Meinung nach juristisch auf recht sicherem Boden stehen.

Wir möchten Sie bitten, uns mitzuteilen, ob Sie sich damit einverstanden erklären können, dass auf eine Geltendmachung des diplomatischen Schutzes in den beiden Kategorien II und III verzichtet wird, um damit die Verhandlungen über die – finanziell allerdings weniger bedeutsame – I. Kategorie nicht zu belasten. Sollte das der Fall sein, würden wir unsere Botschaft in Washington bitten, die Studie dem «legal adviser» zu übergeben. Dabei wäre im Sinne eines Vorschlags unserer Botschaft daran anzuknüpfen, dass sich der «deputy legal adviser[17]» im Dezember 1970 bereit erklärt hat, eine Darlegung der

16. *Fussnote im Originaltext:* Bundesgesetzblatt Teil I, 1969, Nr. 12, vom 14. Februar 1969.
17. *Vgl. Anm. 13.*

völkerrechtlichen Argumente, mit welchen wir den Entschädigungsanspruch begründen, entgegenzunehmen[18]. Sodann könnte ausgeführt werden, dass es der Schweiz um die grundsätzliche Frage der Stellung neutraler Staatsangehöriger in Kriegszeiten geht, und dass sie deshalb an ihrem Begehren – trotz des relativ bescheidenen Betrages – festhält. Es sollte nämlich unbedingt vermieden werden, dass eine Ablehnung der USA, beschlagnahmte Vermögenswerte Neutraler, welche während des Krieges im Feindgebiet ihren Wohnsitz hatten, zurückzugeben oder zu entschädigen, als Präzedenzfall zitiert werden könnte.

Es wäre ferner zu präzisieren, dass es uns nicht darum geht, dass der «Trading with the Enemy Act» so abgeändert wird, dass die Rückgabe der sequestrierten Vermögenswerte bzw. die Ausrichtung von Entschädigungen an die einzelnen Betroffenen ermöglicht wird. Es müsste vielmehr betont werden, dass es uns um eine gegenseitige Abmachung geht, die unserem Rechtsstandpunkt Rechnung trägt und welche eine Entschädigung der betroffenen Schweizer Interessen vorsieht. In dieser zwischenstaatlichen Abmachung würden die im und nach dem zweiten Weltkrieg gestützt auf den «Trading with the Enemy Act» getroffenen Massnahmen als auf die besonderen Verhältnisse dieser Epoche zugeschnitten erklärt. Damit würde vermieden, dass diese inskünftig als Präzedenzfall angerufen würden. Es sollte hervorgehoben werden, dass ein solches Vorgehen im Interesse beider Staaten, welche bekanntlich über grosse Investitionen in Drittstaaten verfügen, liegt.

Wir wären Ihnen für eine Mitteilung dankbar, ob Sie sich auch mit diesen zusätzlichen Bemerkungen einverstanden erklären können[19].

---

18. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an E. Thalmann vom 30. Dezember 1970,* dodis.ch/35479.

19. *Notiz von K. Fritschi an die Direktion für Völkerrecht und an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 22. März 1974, Doss. wie Anm. 1:* Nous référant à votre note du 11 mars au sujet des biens suisses séquestrés aux USA, nous vous faisons savoir que nous partageons entièrement vos conclusions.

74

dodis.ch/38300

Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique, M. Heimo[1]

COOPÉRATION AU DÉVELOPPEMENT ET CRISE DU PÉTROLE

Berne, 12 mars 1974

J'ai présenté ce matin à M. Graber le projet de création, en collaboration avec le BIT, d'un centre de formation professionnelle dans le sud du Soudan[2].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2005A#1985/101#189* (t.300). *Annotation manuscrite dans la marge de R. Wilhelm:* an Programmkom*[mission]* bekanntgegeben.

2. *Cf. la proposition de projet N° 199 de S. Salvi à P. Graber du 2 septembre 1974,* dodis.ch/40795.

À cette occasion, le Chef du Département a clairement déclaré qu'il refuserait dorénavant de donner son accord à tout *nouveau* projet se situant dans la «zone géographique des pays producteurs de pétrole»[3]. Il estime qu'une telle attitude s'imposera tant et aussi longtemps que la contribution des pays producteurs de pétrole au développement des pays pauvres, notamment à ceux qui appartiennent à leur orbite naturelle, n'aura pas été mieux déterminée[4]. Des indices d'une compréhension plus grande des producteurs de pétrole existent déjà; mais ils sont pour l'instant loin d'être convaincants.

M. Graber justifie sa position par des considérations de politique intérieure: la coopération au développement traverse une période difficile[5], car le peuple suisse, sensibilisé à l'extrême par la crise de l'énergie[6], ne comprendrait pas qu'on lui impose de nouvelles charges pour des projets ou autres actions dont la réalisation devrait être financée, eu égard à leurs recettes en devises étrangères gigantesques[7], par des pays producteurs de pétrole.

Sur un autre projet discuté dans ce contexte, cf. la notice de P. Wiesmann à M. Heimo du 13 novembre 1974, dodis.ch/40848*; la notice de H. Joss du 15 janvier 1975,* dodis.ch/40849 *et la proposition de projet N° 19 de P. Wiesmann à M. Heimo du 13 février 1975,* dodis.ch/40850.

3. *Cf. aussi doc. 68,* dodis.ch/38299.

4. *Sur la pratique de l'aide payée et des «opérations triangulaires», cf. la notice de J.-F. Giovannini du 6 février 1975,* dodis.ch/39450 *et la notice de R. Wilhelm du 23 février 1977,* dodis.ch/39451.

5. *Cf. doc. 112,* dodis.ch/38914.

6. *Cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

7. S*ur les pétrodollars, cf. doc. 123,* dodis.ch/39500 *et doc. 140,* dodis.ch/39498.

75

dodis.ch/38383

Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Keller, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

ABSCHIEDSBESUCH BEI PRÄSIDENT TITO

Belgrad, 13. März 1974

Am 12. März 1974 hatte ich bereits Gelegenheit, das Politische Departement auf besonderem Wege kurz über diesen Abschiedsbesuch vom 11. dies zu orientieren, der Aufsehen erregt hat, weil Tito seit Jahren keine Botschafter mehr zu Antritts- oder Abschiedsbesuchen empfängt. Auch der frühere Doyen, der damalige kubanische Botschafter[2], ist nicht bis zum Staatsoberhaupt «vorgedrungen».

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5480* (B.15.21) *Visiert von P. Graber am 29. März 1974. Kopie an die Verwaltungsdirektion des Politischen Departements. Handschriftliche Marginalie von K. Fritschi vom 25. März 1974:* Kopien dieses Schreibens gingen an: Botschafter Probst Handelsabteilung, Oberstdiv*[isionär]* Weidenmann Nachrichtendienst EMD, Direktor Solari Frepol, Vizedirektor Motta Sozialversicherung, Vizedirektor Pedotti BIGA.

2. *J. L. Pérez Hernández.*

Einer der nächsten Mitarbeiter[3] des Marschalls hat mich schon anlässlich meines Abschiedsempfanges, am 26. Februar, gebeten, zwei bis drei Tage gegen Mitte März für den Fall offenzulassen, dass Präsident Tito entweder doch selber mich empfangen oder dies durch eine andere hohe Persönlichkeit besorgen lassen möchte. Da ich den hier üblichen Abschiedsorden bereits abgelehnt hatte, musste ich diese Eröffnung als Beweis besonderer Gunst des Präsidenten betrachten, was andererseits eine Verlängerung meiner Amtszeit um einige Tage bedeutete. Ich habe die Verwaltungsdirektion sofort entsprechend informiert[4]. Ich erlaube mir, ihr auch eine Kopie dieses Berichtes zuzustellen.

Tito liess mich am 9. dies wissen, mein Abschiedsbesuch in seinem Jagdschloss in Karadjordjevo sei auf den 11. März 1974 angesetzt (ca. 150 km von Belgrad entfernt). Ich war überrascht, zu erfahren, dass meine Frau[5] und ich nicht nur den Präsidenten und seine Gattin[6] treffen würden, sondern anschliessend auch noch zum Mittagessen in Karadjordjevo eingeladen seien. Ferner offerierte mir das Marschallat einen Wagen der Präsidentschaft für die Hin- und Rückfahrt, eine Faveur, die allen hiesigen Gepflogenheiten widersprach und dementsprechend eingeschätzt werden darf. In Begleitung meiner Frau traf ich am 11. März um 11 Uhr in Karadjordjevo ein und vernahm, das Treffen gelte in erster Linie dem Ehepaar Keller und dem Vertreter der befreundeten Schweiz. Von meiner Funktion als Doyen war dagegen nicht die Rede; ohne Zweifel deshalb, weil der Präsident bedacht ist, keinen Präzedenzfall für andere Botschafter oder einen andern Doyen zu schaffen.

Nach der Begrüssung, die ausgesprochen herzlich war und wobei neben den Gastgebern nur der Protokollchef[7] des Präsidenten und seine Frau, ein General[8] aus dem persönlichen Stab des Marschalls und ein Sekretär zugegen waren, schlug Tito einen einstündigen Spaziergang in seinem riesigen Park vor. Das Wetter war kalt aber trocken und ich war überrascht festzustellen, wie rüstig der Marschall sich zeigte und offenbar nicht die geringste Mühe hatte, eine Stunde lang kräftig zu marschieren. Er äusserte sich dabei u. a. über die zahlreichen Verbesserungen, die er als Jagdherr in und um Karadjordjevo während der vergangenen Jahre angeordnet hatte, über die Fürsorge für die zahlreiche Fauna und Flora und über die auch in Jugoslawien bekannten Probleme des Wildschutzes. Nach einer Stunde folgte ein Picknick an einem Lagerfeuer, bei dem ich feststellen konnte, wie gut und gerne Tito den zahlreichen und natürlich erstklassigen Speisen und Getränken zusprach. Nach einem weiteren kurzen Spaziergang begab man sich zum Mittagessen, in dessen Verlauf Tito einmal mehr bewies, wie leistungsfähig er beim Essen, Trinken, Zigarrenrauchen und besonders beim Erzählen von Anekdoten geblieben ist. Ich revanchierte

---

3. *M. Milutinović.*
4. *Schreiben von H. Keller an A. Janner vom 28. Februar und 6. März 1974,* CH-BAR#E2500# 1990/6#1235* (a.21).
5. *M. Keller-Spühler.*
6. *J. Broz-Budisavljević.*
7. *M. Milutinović.*
8. *M. Rapo.*

mich mit passenden Erzählungen aus meiner Karriere, was bei Tito wiederholt schallendes Gelächter auslöste.

Tito machte sich lustig über Leute, die – wie er sagte – sich überflüssigerweise um seine Gesundheit sorgen. Er bemerkte auch, dass vor wenigen Tagen eine französische Presseagentur die Nachricht kolportiert habe, er müsse sich demnächst an einem Bein operieren lassen. Sein einstündiger Marsch durch den Wald bewies aber, dass davon keine Rede sein kann. Nicht nur die körperliche, aber auch, und ganz besonders, die geistige Frische Titos stehen ausser Zweifel. Was sich dagegen offenbar geändert hat, ist eine etwas vermehrte Rücksicht auf den ärztlichen Rat, an seine Gesundheit und sein Alter zu denken.

Dass Tito sich über die Zukunft seines Landes, Europas und der Welt andererseits Sorgen macht, war nicht zu verkennen. Ich hatte den Eindruck, er sei überzeugt, dass Jugoslawien heute und in nächster Zeit ihn wieder mehr brauche als während der vergangenen Jahre und dass er sich bewusst ist, wie sehr das Schicksal seines Landes und seiner Völker von einer starken autoritären Hand abhängig ist; und diese Hand kann natürlich heute und morgen nur diejenige Titos sein. Eine gewisse Bitterkeit war nicht zu verkennen, als Tito sich über die Begehrlichkeit der jungen Generation und deren Mangel an Bürgersinn äusserte, der auch Jugoslawien zu schaffen macht. Anderseits sprach sich der Präsident sehr optimistisch aus über die Entwicklungsmöglichkeiten Jugoslawiens angesichts seiner natürlichen Reichtümer, seiner grossen Reserven an tüchtigen Arbeitskräften, seiner guten Position in der Dritten Welt und besonders enger Zusammenarbeit mit den arabischen Rohstoffländern. Er äusserte sich sehr zuversichtlich über die Möglichkeiten, auf diesem Gebiete schon in kurzer Zeit neue und dauernde Erfolge zu erzielen, und erwähnte mit besonderer Befriedigung was jugoslawische Unternehmungen und Spezialisten in zahlreichen Entwicklungsländern geleistet haben und weiterhin zu leisten berufen seien. Im übrigen sprach er im Sinne der bekannten jugoslawischen innen- und aussenpolitischen Thesen, vermied aber jede Schärfe und jeden Angriff auf irgendein Land oder Regime. Immerhin wies er auf die Probleme hin, mit denen sich besonders die Russen und die Amerikaner heute befassen müssten. Ich hatte den Eindruck, dass er insbesondere der Aussenpolitik der beiden Supermächte skeptisch gegenübersteht. Die neusten Vorgänge in der jugoslawischen Innenpolitik streifte er kaum, vermutlich deshalb, weil er um die Kritik weiss, der Jugoslawien auf diesem Gebiet in letzter Zeit im westlichen Ausland begegnet[9].

Zu meiner Überraschung erwies sich Tito als aussergewöhnlicher Kenner unserer bilateralen Beziehungen und unserer Zusammenarbeit, die er auch auf politischem Gebiet noch ausbaufähig sieht[10]. Er sprach mit Achtung von den Leistungen unseres Landes während der vergangenen Jahrhunderte, unseren ständigen Bemühungen um Unabhängigkeit und Selbständigkeit in einer un-

---

9. *Zur politischen Situation in Jugoslawien vgl. den Politischen Bericht Nr. 4 von G. Franel vom 27. Januar 1975,* dodis.ch/38384.

10. *Zu den politischen Besprechungen zwischen E. Thalmann und J. Petri in Bern vom 3. April 1974 vgl. die Aufzeichnung von P.-A. Ramseyer,* dodis.ch/38376.

ruhigen Welt, von unserem Wehrwesen, über das er offenbar durch den früheren Generalsstabchef Bubanj sorgfältig orientiert worden war; erwähnte sogar ohne Kritik die jugoslawischen Arbeitskräfte in unserem Lande[11] und lobte die Disziplin der Schweizer auf allen Gebieten. Sehr positiv äusserte er sich über die erfreulichen Resultate unserer industriellen und wissenschaftlichen Kooperation[12]. Tito hat vor einiger Zeit drei unserer wichtigsten Lizenznehmer besucht, nämlich die Schiffswerft «3. Maj» (Sulzer[13]), die Pharmazeutische Fabrik PLIVA (Ciba-Geigy[14]) und die Werkzeugmaschinenfabrik «1. Maj» in Zagreb, die ebenfalls mit einer Schweizer Lizenz arbeitet. Die Schiffswerft «3. Maj» und die Firma PLIVA in Zagreb gehören zu den grössten und in aller Welt bekannten Unternehmungen Jugoslawiens. Tito hat mit seinem Besuch alle Bedenken, die in gewissen Kreisen über die Kooperation mit dem «Westen» aufgetaucht sein mögen[15], ein für alle Male beseitigt. Er ist sich klar, dass die Schweiz aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ein geradezu idealer Partner ist. Er weiss es ohne Zweifel zu schätzen, dass unser Land Jugoslawien vor 25 Jahren, als Belgrad mit dem Ostblock brach (Kominformkrise) und völlig isoliert war und nach neuen Partnern Umschau hielt, Verständnis zeigte und Hilfe gewährte[16]. Gerade in Beziehung auf diese Zusammenarbeit wiederholte Tito was er in vielen seiner Reden immer wieder unterstreicht; er sprach von noch ungenützten ausserordentlichen Möglichkeiten. Über das Gespräch betreffend Schweizeruhren, einem eigentlichen Hobby Titos berichte ich Ihnen noch separat[17].

Auf das Risiko hin unbescheiden zu werden, darf ich auch noch erwähnen, was der Präsident in seiner kurzen Tischrede über die Arbeit dieser Botschaft und meiner Frau sagte. Ich glaube sein Urteil war so schmeichelhaft wie ich es besser gar nicht hätte erwarten dürfen. Ich antwortete selbstverständlich dementsprechend und mit einem Hinweis auf das Verständnis, das Entgegenkommen und die Hilfe, die ich während der vergangenen sieben Jahre überall in Jugoslawien gefunden habe, und mit der Bitte, das gleiche Wohlwollen auch auf meinen Nachfolger[18] zu übertragen. Das Mittagessen war gegen 15 Uhr fertig.

Zum Schluss überreichte Frau Broz und der Präsident meiner Frau und mir noch die hier in solchen Fällen üblichen Abschiedsgeschenke, nämlich ihre Photographien (mit handschriftlicher Widmung) in silbernen Rahmen.

---

11. *Vgl. dazu* Dok. 118, dodis.ch/38379; *die Notiz von H. Keller vom 6. Februar 1973,* dodis.ch/38364; *die Notiz von J.-P. Bonny vom 29. Oktober 1973,* dodis.ch/38367 *sowie die Aufzeichnung von A. Zenger vom 4. März 1974,* dodis.ch/38369.
12. *Vgl. dazu das Referat von H. Keller gehalten am 4. und 5. September 1973,* dodis.ch/38375.
13. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 16. April 1975,* dodis.ch/38385.
14. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Hess an P. R. Jolles vom 9. Dezember 1975,* dodis.ch/38386.
15. *Vgl. dazu die Notiz von L. Roches an E. Thalmann vom 20. Februar 1974,* dodis.ch/38387.
16. *Vgl. dazu DDS, Bd. 17, Dok. 93,* dodis.ch/5381 sowie *DDS, Bd. 18, Dok. 11,* dodis.ch/8738 *und Dok. 13,* dodis.ch/8737.
17. *Notiz von H. Keller vom 14. März 1974,* dodis.ch/38388. *Vgl. ferner das Schreiben von H. Keller an die International Watch Company vom 18. September 1972,* dodis.ch/35183.
18. *H. Hess. Vgl. dazu Dok. 118,* dodis.ch/38379. *Zum damaligen Zeitpunkt war noch die Ernennung von P. H. Wurth als Nachfolger aktuell. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2167 vom 17. Dezember 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#801*.

Ich glaube, diesen Abschiedsbesuch einerseits als sicheres Zeichen dafür interpretieren zu dürfen, dass es gelungen ist, die mir vom Bundesrat anvertraute Aufgabe in Jugoslawien so zu lösen, dass auch auf jugoslawischer Seite Anerkennung, Befriedigung und Vertrauen zu finden waren[19]. In dieser Vermutung werde ich gestärkt durch die ungewöhnliche Publizität, die auf Weisung Titos in ganz Jugoslawien dem Besuch gegeben wurde, und durch zahlreiche schriftliche und mündliche Beweise und andere Manifestationen[20] der Sympathie und Achtung. Selbst grösste Blätter veröffentlichten illustrierte Meldungen auf der ersten Seite, was überhaupt noch nie in einem solchen Fall vorgekommen sein soll. Andererseits legte Tito ohne Zweifel Wert darauf, an Hand eines solchen Abschiedsbesuches im In- und Ausland zu betonen, dass die Gerüchte über seine angebliche Erkrankung unbegründet sind. Meine Frau und ich können uns denn auch der Gesuche aus diplomatischen und andern Kreisen um Auskunft fast nicht erwehren.

Präsident Tito hat mich bei der Verabschiedung gebeten, «dem schweizerischen Bundespräsidenten und seiner Regierung» seine besten Grüsse zu entbieten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Bundespräsident E. Brugger, den ich im vergangenen Jahr bereits einmal über den Stand unserer Beziehungen zu Jugoslawien orientieren durfte, und die übrigen Mitglieder unserer Landesregierung in der Ihnen gut scheinenden Weise orientieren wollten und danke Ihnen für Ihre Bemühungen bestens.

19. *Als schweizerischer Botschafter in Belgrad war H. Keller auch in Albanien akkreditiert. Zu seinem Abschiedsbesuch in Tirana vgl. die Notiz von H. Keller vom 14. März 1974,* dodis.ch/39369.

20. *Handschriftlich gestrichen:* hier.

76

dodis.ch/38817

Der stv. Chef der politischen Abteilung II, A. R. Hohl, an die Chefin der Sektion Internationale Hilfswerke des Politischen Departements, D. Werner[1]

NAHRUNGSMITTELHILFE 1974

[Bern,] 19. März 1974

1. Chile: Wir schliessen uns der Überlegung an, dass Chile seinen Bedarf bei den Mitgliedern des Getreideabkommens eindecken sollte. Dies umsomehr, als angesichts des Kesseltreibens gegen das Juntaregime in unserer Öffentlichkeit

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1988/15#664* (o.223). *Beigelegte handschriftliche Notiz von A. R. Hohl an D. Werner vom Nachmittag des 26. März 1974:* Tél. de M. Beaud/CICR concernant 600 t. de céréales pour le Chili. Il est difficile au CICR de mener de front cette action et celle de 20'000 t. Marché Commun. B*[eaud]* demande de suspendre l'action promise. Nous fixons d'en reparler fin avril.

selbst[2] eine rein humanitäre Aktion zugunsten Chiles[3] auf Kritik stossen dürfte[4].

2. Zaïre: Unsere Beziehungen mit Zaïre sind gegenwärtig durch eine Nationalisierungswelle belastet; letztere traf in grösserem Ausmass schweizerische Interessen, ohne dass sich bisher eine Regelung der Entschädigungsfrage erzielen liess[5]. Auch die Angelegenheit Losembe[6] wirkt sich in diesem Zusammenhang möglicherweise negativ aus. Eine Beteiligung der Schweiz an Hilfsaktionen zugunsten von Zaïre könnte in diesem Kontext in der Öffentlichkeit auf Kritik stossen. Abgesehen davon gibt es unseres Erachtens in Afrika hilfsbedürftigere Empfänger (Sahelzone[7] usw.).

3. Algerien: Algerien gehört zu den von den kürzlich erfolgten Ölpreissteigerungen profitierenden Ländern. Für die technische Zusammenarbeit gilt bereits der Grundsatz, dass Projekte, die solchen Ölproduzentenländern zugute kämen, nicht mehr befürwortet werden[8]. Uns scheint dieser Grundsatz auch für die humanitäre Hilfe eine gewisse Berechtigung zu haben; Algerien gehört jedenfalls sicher nicht mehr zu den hilfsbedürftigsten Empfängerstaaten. Abgesehen von diesem Aspekt wäre auch der Umstand zu berücksichtigen, dass die seinerzeit in Algerien enteigneten Schweizer nie entschädigt worden sind[9]. Dieser Faktor ist indessen aus unserer Warte von sekundärer Bedeutung und würde allein für eine Neuverteilung der Getreidehilfe nicht den Ausschlag geben[10].

---

2. *Handschriftlich ergänzt.*

3. *Zur wirtschaftlichen Situation in Chile vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 142,* dodis.ch/35858 *und DDS, Bd. 26, Dok. 151,* dodis.ch/38276 *sowie Dok. 85,* dodis.ch/38253.

4. *Handschriftliche Marginalie von D. Werner:* Non: en fav*[eur]* des victimes du Régime! *Zur Frage der von politischen Kriterien unabhängigen Gewährung humanitärer Hilfe vgl. Dok. 192,* dodis.ch/38818.

5. *Vgl. dazu die Notizen von E. Moser an P. R. Jolles vom 18. und 31. Januar 1974,* dodis.ch/40654 *und* dodis.ch/40655 *sowie das Schreiben von N. Celio an E. Thalmann vom 2. Oktober 1975,* dodis.ch/40656.

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 118,* dodis.ch/35748, *Anm. 8; DDS, Bd. 26, Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 6 und Dok. 90,* dodis.ch/40604.

7. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/38910; *Dok. 103,* dodis.ch/39121 *sowie Dok. 136,* dodis.ch/39122.

8. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/38299 *und Dok. 74,* dodis.ch/38300.

9. *Vgl. dazu Dok. 113,* dodis.ch/38991.

10. *Handschriftliche Marginalie von P. Morgenthaler vom 26. März 1974:* Décision de Mlle Werner après entretien téléphonique avec la direction politique et le CICR: nous accordons au CICR les 5 premiers pays de la liste o.223.*[2]*19 *[Mauretanien, Senegal, Liberia, Togo, Volksrepublik Kongo]* lettre du 31. 1. 74 et les 50 tonnes de lait Chili. Décision ultérieure pour les autres pays d'Afrique et le blé Chili. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Beaud an die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 31. Januar 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#709* (o.223.219).

77

dodis.ch/38767

Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, K. Fritischi[1]

SCHWEIZERISCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN[2]

Bern, 21. März 1974

Auftragsgemäss lässt der Unterzeichnete den Ersten Botschaftsrat der hiesigen sowjetischen Botschaft, E. Platonow, zu sich kommen, um folgende Themen zur Sprache zu bringen:

1. Zuhanden von Herrn Botschafter Gerassimow, der mich am gestrigen Mittagessen in seiner Residenz daraufhin angesprochen hat, bestätige ich P*[latonow]*, dass das sowjetische Gesuch[3] für die Eröffnung eines Generalkonsulats in Genf auf gutem Wege sei und dass aller Voraussicht nach binnen kurzem mit einem positiven Entscheid[4] gerechnet werden könne.

Ferner verweise ich kurz auf den positiven Entscheid[5] betreffend die Aufenthaltsbewilligung für Herrn Viktor V. Kachtanow, Direktor der Wozchod Handelsbank AG in Zürich, den das EVD als zuständige erste Rekursinstanz vor kurzem gefällt hat, wofür sich die Handelsabteilung und der Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD verwendet haben. Wie vorher mit Herrn Dr. Roches von der Handelsabteilung vereinbart, erkläre ich P*[latonow],* dieser werde ihn demnächst darüber noch im einzelnen unterrichten.

2. Nach diesen beiden Hinweisen, welche P*[latonow]* bestens verdankt, überreiche ich meinem Gesprächspartner formlose Papiere betreffend die Ausreisegesuche für zwei Sowjetbürgerinnen, welche die Schweizerbürger Martin Schubarth und Peter Bruno Stuedeli geheiratet haben und nun seit geraumer Zeit in die Schweiz übersiedeln möchten. Ich beziehe mich auf entsprechende Demarchen unserer Botschaft in Moskau sowie auf meine Ausführungen allgemeiner Natur, die ich über Fälle dieser Art in Moskau gemacht hatte, als Generalsekretär Thalmann während seines dortigen Aufenthalts von Anfang Juni des vorigen Jahres im sowjetischen Aussenministerium die bilateralen Beziehungen diskutierte[6].

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4838* (B.15.11.(02)). *Kopie an Ch. Müller und die schweizerische Botschaft in Moskau* mit Bezug auf unsere heutige schnelle Mitteilung. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2200.157-04#1988/213#67* (123.10).

2. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 34,* dodis.ch/38769 *und Dok. 143,* dodis.ch/38768; *zu den kulturellen Beziehungen vgl. Dok. 51,* dodis.ch/38766 *und zu den Wissenschaftsbeziehungen vgl. den Bericht von J. Mermod vom März 1974,* dodis.ch/38801; *die Notiz von W. Hold vom 19. August 1974,* dodis.ch/30395 *sowie die Notiz von J. O. Quinche an F. Pictet vom 7. August 1975,* dodis.ch/38802.

3. *Note der sowjetischen Botschaft in Bern das Politische Departement vom 28. Februar 1974,* CH-BAR#E2010A#1995/313#11266* (B.23.10).

4. *BR-Prot. Nr. 530 vom 29. März 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#805*.

5. *Entscheid des Volkswirtschaftsdepartements vom 1. März 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#140* (291).

6. *Zum Besuch von E. Thalmann in Moskau vom 4.–8. Juni 1973 vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 5. Juni 1973,* dodis.ch/38793. *Allgemein zu hängigen Ausreisegesuchen aus*

Ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, dass diese beiden Fälle gemäss dem dringenden Wunsch dieser Eheleute rasch an ein gutes Ende geführt werden. P*[latonow]* nimmt die Papiere entgegen und verspricht, seine vorgesetzte Behörde in Moskau zuhanden der zuständigen sowjetischen Stellen informieren zu wollen.

3. Unter Hinweis auf die bisherige reibungslose Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen Bundeskanzlei und der hiesigen sowjetischen Botschaft in Sachen Legalisierung von Urkunden bitte ich P*[latonow]* um Auskunft darüber, wieso die Botschaft sich vor kurzem geweigert habe, Amtssiegel und Unterschrift der Bundeskanzlei auf einer Vollmacht[7] von Alexander Solschenizyn zugunsten seiner Gattin[8] zu beglaubigen. Laut P*[latonow]* ist dies geschehen aufgrund einer Rücksprache mit Moskau und anhand von entsprechenden Instruktionen, die in dieser Sache von dort eingetroffen seien. Es entspreche den einschlägigen Gesetzesbestimmungen und der diesbezüglichen Praxis der UdSSR, wenn die sowjetische Seite bei Beglaubigungen von Amtssiegeln und Unterschriften jeweils vorerst den Inhalt der Urkunde überprüfe. Aus Gründen, welche die Botschaft bereits der Bundeskanzlei dargelegt habe, sei die Legalisierung im vorliegenden Fall gegenstandslos.

4. Wie vor kurzem sein Kollege Stepanow (vgl. entsprechende Notiz vom 14. März[9]) kommt P*[latonow]* abschliessend auf die Vortragstätigkeit von Dimitri Panin zu sprechen.

P*[latonow]* zeichnet zunächst ein erfreuliches Bild der bilateralen schweizerisch-sowjetischen Beziehungen und der zukünftigen Aussichten für deren stetige, noch günstigere Entwicklung. In der Tatsache, dass Botschafter Fässler kurz nach seiner Ankunft in Moskau von Staatschef Podgorny höchst persönlich zur Überreichung der Beglaubigungsschreibens empfangen wurde[10], sieht P*[latonow]* einen eindrücklichen Beweis des guten Verhältnisses zwischen beiden Staaten. Es sei deshalb bedauerlich, dass es Panin gestattet werde, in der Schweiz eine Tätigkeit auszuüben, die mit den ausgezeichneten schweizerisch-sowjetischen Beziehungen nicht in Einklang stehe und ihnen nur schaden könne.

Auf meine Frage erwidert P*[latonow],* er müsse es dem Politischen Departement überlassen, aus seinen Ausführungen diejenigen Schlussfolgerungen zu ziehen, die es für angezeigt halte.

---

der UdSSR vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4863* (B.35.51.20). *Zur DDR und zu Rumänien vgl. Dok. 181,* dodis.ch/38920 *sowie Dok. 152,* dodis.ch/38443.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Heeb an Ch. Müller vom 15. März 1974,* CH-BAR# E2001E-01#1987/78#4868* (B.41.21). *Zur Einreise von A. I. Solschenizyn in die Schweiz vgl. die Notiz von K. Fritschi vom 20. Februar 1974,* dodis.ch/38792 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 26. Februar 1974 der 7. Sitzung vom 20. Februar 1974,* CH-BAR#E1003#1994/26#17*, *S. 7. Vgl. ferner die Notiz von K. Fritschi vom 18. Januar 1974,* dodis.ch/38793.

8. *N. D. Solschenizyna-Swetlowa.*

9. *Notiz von K. Fritschi vom 14. März 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#249* (A.42.14.0).

10. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Fässler an P. Graber vom 19. Februar 1974,* dodis.ch/38795.

78

dodis.ch/39501

Notice du Chef de la Section du droit international public du Département politique, J.-P. Ritter[1]

NOTE D'ORIENTATION SUR LE TERRORISME

[Berne,] 22 mars 1974

Il faut distinguer en matière de terrorisme la question de principe et les problèmes pratiques qui se posent dans les domaines particuliers de la protection des diplomates et de la protection de l'aviation civile[2].

1. Quant aux problèmes généraux, la Suisse a exprimé son opinion en réponse à l'enquête[3] sur le terrorisme lancée par le Secrétaire général des Nations Unies[4] (voir annexe). Elle condamne sans compromis le recours au terrorisme en toutes circonstances mais elle est consciente du fait que ce terrorisme est né dans certains cas de situations politiques graves qui sont restées sans solution. Il va de soi cependant que l'explication historique d'une situation donnée ne signifie pas l'exculpation juridique des auteurs de comportements délictueux. En outre, l'étude des causes historiques, socio-économiques et politiques du terrorisme ne devrait pas, à notre avis, retarder l'adoption de mesures pratiques.

Les comportements terroristes d'individus relèvent de la législation et de la juridiction pénales internes. L'action des États doit donc chercher à instaurer dans ce domaine une collaboration relevant d'une entraide judiciaire aussi étendue et efficace que possible. La Suisse, pour sa part, est disposée à s'engager dans cette voie.

Au Conseil de l'Europe, la Suisse a donné son appui à l'initiative de la Belgique[5] d'entreprendre une enquête sur la législation des pays membres en matière d'extradition d'auteurs d'actes terroristes, particulièrement lorsque ceux-ci sont des étrangers ayant agi à l'étranger. À son avis, l'enquête a fait apparaître qu'il se pose sur le plan des législations internes des problèmes réels méritant une étude approfondie.

2. À la session de l'automne 1973, la Sixième Commission de l'Assemblée générale des Nations Unies a élaboré[6], puis l'Assemblée générale a adopté une Convention pour la protection des diplomates sur la base d'un projet préparé par la Commission du droit international. La valeur de cet instrument est gravement entamée par une déclaration qui lui a été annexée et où on trouve proclamé que les dispositions de la Convention «ne pourront en aucun cas porter préjudice à l'exercice du droit légitime à l'autodétermination et à l'indé-

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#736* (B.75.61).
2. *Cf. la notice de F. Pictet du 4 septembre 1973,* dodis.ch/40211.
3. *Ibid.*
4. *K. Waldheim.*
5. *Cf. la notice de J.-P. Ritter du 22 janvier 1974,* dodis.ch/40204.
6. *Sur la participation de la Suisse à ces discussions, cf. la notice de J.-P. Monnier de mars 1974,* dodis.ch/40892.

pendance, conformément aux buts et principes de la Charte des Nations Unies et de la Déclaration relative aux principes du droit international touchant les relations amicales et la coopération entre les États conformément à la Charte des Nations Unies, par les peuples luttant contre le colonialisme, la domination étrangère, l'occupation étrangère, la discrimination raciale et l'apartheid».

3. En ce qui concerne le terrorisme contre l'aviation civile, la Suisse a ratifié les Conventions de Tokyo[7] et de La Haye[8]. La ratification de la Convention de Montréal[9] demande une révision du droit pénal interne qui est actuellement à l'étude.

Une Conférence de l'OACI[10] a siégé à Rome en août et septembre 1973 pour tenter de mettre sur pied une convention prévoyant des sanctions à l'égard des États qui ne respecteraient pas leurs obligations sous l'empire des Conventions de La Haye et de Montréal. La Suisse a présenté à cette occasion deux projets, l'un en association avec le Royaume-Uni, tendant à suspendre les autorisations de survol des appareils des entreprises de transport d'États qui manqueraient à leurs obligations sous l'empire des Conventions de La Haye et de Montréal, l'autre en commun avec la France et le Royaume-Uni[11], tendant à faire des articles de fond des Conventions de La Haye et de Montréal une partie intégrante de celle de Chicago[12] et à insérer dès à présent dans cette dernière certains principes essentiels. Saisie de propositions trop nombreuses (sept en tout) qui divisaient l'Assemblée et rendaient impossible de dégager une majorité, la Conférence a abouti à un échec. Tous les projets ont été repoussés.

L'échec de la Conférence de Rome nous confirme dans notre opinion qu'une convention internationale établissant des sanctions à l'égard des États n'est pas un complément indispensable des dispositions arrêtées sur le plan international pour la répression du terrorisme individuel. La Suisse a contribué activement à rechercher une solution à ce problème qui avait été posé par d'autres, mais elle estime que l'essentiel serait assuré si les Conventions de La Haye et de Montréal étaient largement acceptées et strictement appliquées. Les efforts à entreprendre devraient à son avis aller dans ce sens.

---

7. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 39,* dodis.ch/35419, *en particulier note 9.*
8. *Ibid., en particulier note 10.*
9. *Ibid., en particulier note 12.*
10. *Sur la participation de la Suisse à cette Conférence, cf. le PVCF N° 1285 du 10 août 1973,* dodis.ch/40893.
11. *Cf. la lettre de J.-P. Ritter du 22 mai 1973,* dodis.ch/40894.
12. *Sur la Conférence de Chicago, cf. DDS, vol. 15, doc. 258 et doc. 272.*

79

dodis.ch/38884

Notice du Chef du Secrétariat politique du Département politique, F. de Ziegler[1]

NOTE D'ORIENTATION SUR LE DÉSARMEMENT EN EUROPE

Berne, 26 mars 1974

Les négociations sur le désarmement en Europe se poursuivent à trois niveaux:

1. Les négociations bilatérales entre les États-Unis d'Amérique et l'Union soviétique portant sur la limitation des armements stratégiques (SALT) ont lieu à Genève[2]. Leur objectif est de prohiber par voie de traité l'emploi de certaines armes atomiques et la visée de certaines cibles (régions densément habitées) en fixant un plafond (maximum autorisé); la renonciation au perfectionnement technique d'armes atomiques ou de leurs vecteurs est également à l'ordre du jour. Par là, les deux puissances rendraient permanent l'accord qu'elles ont conclu en 1972 pour une durée de cinq ans, interdisant le déploiement de certains types d'armes défensives sur terre et sur mer.

Les pourparlers actuels, sur lesquels règne un secret absolu, semblent avoir atteint un stade délicat, et l'on n'est plus si sûr, du côté américain, d'arriver à mettre au point le nouvel accord cette année encore. Sans doute, les entretiens que le président Nixon doit avoir à Moscou ce printemps[3] permettront de dégager des points d'entente.

Les SALT touchent à des problèmes de sécurité nucléaire essentiels, tels que présence de bases avancées américaines, nombre de fusées et d'ogives nucléaires, moyens de parades, etc. Bien que ces conversations soient réservées aux deux États participants, elles ne manquent pas de susciter l'intérêt de leurs alliés respectifs.

2. Ceux-ci ont pourtant l'occasion d'exposer leurs vues aux négociations de Vienne sur la réduction des forces et des armements en Europe centrale[4] et sur des mesures associées, auxquelles prennent part dix-neuf États, dont huit à titre d'observateur, à savoir:

a) Belgique, Canada, USA, Luxembourg, République démocratique allemande, République fédérale d'Allemagne, Pays-Bas, Pologne, Royaume-Uni, Tchécoslovaquie, URSS;
b) observateurs: Bulgarie, Danemark, Grèce, Hongrie, Italie, Norvège, Roumanie et Turquie.

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#696* (B.72.09.15.2). *Rédigée par F. Nordmann.*
2. *Sur le choix de Genève comme lieu des négociations SALT, cf. DDS, vol. 25, doc. 155,* dodis.ch/35513.
3. *Cf. le rapport politique N° 5 de R. Fässler du 8 juillet 1974,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#58* (A.21.31).
4. *Sur le MBFR, cf. DDS, vol. 25, doc. 92,* dodis.ch/34573. *Sur la proposition de l'OTAN en faveur de Genève et le choix définitif de Vienne comme lieu des négociations, cf. la notice de F. Pictet du 12 janvier 1973,* dodis.ch/38896 *et la notice de H. von Arx du 7 février 1973,* dodis.ch/38895.

Il s'agit d'établir par traité une réduction numérique des troupes en présence dans certains secteurs géographiques et de l'équipement militaire disponible. Les conversations se sont ouvertes le 31 octobre 1973[5], à l'issue de pourparlers exploratoires qui avaient eu lieu du 31 janvier au 19 juin 1973[6]. Deux projets sont à l'examen:

a) un plan américain, prévoyant, dans une première étape, une diminution proportionnelle des forces soviétiques et américaines, de manière à en arriver à un plafond commun de 700'000 hommes pour les uns et les autres;

b) un projet de traité, déposé par l'URSS, proposant des réductions proportionnelles étalées sur trois ans mais incluant également les forces nationales des pays considérés et non seulement les seules troupes étrangères stationnées.

Les problèmes techniques d'évaluation sont très complexes, et personne n'attend de conclusion rapide aux négociations de Vienne. Les divergences de conception générale entre les deux Alliances en présence ne constituent guère un facteur d'accélération. L'OTAN estime, en effet, qu'une réduction des forces américaines en Europe aurait un effet déséquilibrant sur la situation militaire de l'Europe; par compensation, la démobilisation du côté du Pacte de Varsovie devrait être plus que proportionnelle (réduction asymétrique). Au contraire, les membres du Pacte de Varsovie considèrent qu'il existe aujourd'hui un équilibre réel des forces en Europe et que toute diminution doit être égale de part et d'autre (réduction symétrique), sous peine de créer le déséquilibre[7].

La Suisse suit attentivement les négociations de Vienne, sans avoir du tout l'intention de diminuer elle-même le niveau de ses troupes ou de son armement. Elle serait disposée, si les pourparlers aboutissaient, et si elle en était unanimement requise par les États participants, à apporter sa contribution à d'éventuelles mesures de contrôle ou de surveillance des accords qui viendraient à être conclus.

3. Enfin, les mesures de désarmement ou de limitation des armements envisagés dans le cadre de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe[8] font l'objet d'une note séparée.

---

5. *Pour un bilan de la première phase des négociations, cf. la notice de F. Nordmann du 12 décembre 1973,* dodis.ch/38898.

6. *Cf. le rapport de J. J. Vischer d'août 1973,* dodis.ch/38897.

7. *Pour la suite des négociations, cf. la circulaire de Ch. Müller du 8 décembre 1975,* dodis.ch/38900.

8. *Sur les négociations de la CSCE à Genève, cf. doc. 57,* dodis.ch/38848.

80

dodis.ch/38634

L'Ambassadeur de Suisse à Paris, P. Dupont,
au Chef du Département politique, P. Graber[1]

SERVICE FUNÈBRE À L'INTENTION DE MONSIEUR GEORGES POMPIDOU

Personnelle Paris, 8 avril 1974

La cérémonie s'est déroulée le 6 avril 1974 à Notre-Dame de Paris, en présence de plus de 70 chefs d'État ou de gouvernement, souverains, présidents ou premiers ministres. Tous les pays d'Europe occidentale, à l'exception de l'Autriche qui, pour des raisons particulières, n'a pu envoyer à Paris que le Vice-président du Parlement[2] (maladie du Chef d'État[3], voyage en Chine du Ministre des Affaires étrangères[4]), s'étaient fait représenter soit par leur Chef d'État, soit par le chef de leur gouvernement. Ils étaient souvent accompagnés de hautes personnalités gouvernementales. Je ne puis donc que me féliciter de la décision particulièrement appropriée en la circonstance du Conseil fédéral de se faire représenter à Paris par le Président de la Confédération en personne[5].

L'avion de M. Brugger s'est posé devant le Pavillon d'honneur à Orly le samedi à 9 heures. Il y fut accueilli par M. Hubert Germain, Ministre chargé des relations avec le Parlement, qui représentait à cette heure le Gouvernement.

L'organisation du service funèbre fut parfaite et la cérémonie très sobre, comme l'avait voulu le Président défunt. Le Protocole avait tiré les leçons des obsèques du Général de Gaulle. Chaque Délégation devait en principe arriver à une heure précise, déterminée par l'ancienneté dans la fonction de celui qui la conduisait. Ainsi, la Reine des Pays-Bas[6] fut la dernière à entrer dans la cathédrale, peu avant M. Poher, Président du Sénat, exerçant provisoirement les fonctions de Président de la République. L'heure d'arrivée de M. Brugger fut fixée à 10 h 51, neuf minutes à peine avant le début de la cérémonie. Il fit donc son entrée presque en même temps que les plus anciens dans leurs fonctions qui, en l'occurrence, sont aussi ceux qui représentent les plus grands États, tels que MM. Nixon et Podgorny, et cela sous les caméras de la télévision, qui souligna tout particulièrement la présence de notre Président et le fait exceptionnel de sa venue. Dans la nef de la cathédrale, il fut placé au deuxième rang, juste derrière M. Bourguiba et M. Podgorny. Moi-même, ainsi que mes collègues et le Colonel Evêquoz, en tant que doyen des attachés militaires, fûmes placés

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2904* (B.15.81.20).
2. *A. Maleta.*
3. *F. Jonas.*
4. *R. Kirchschläger.*
5. *Sur la représentation de la Suisse lors des funérailles de Chefs d'État et de gouvernement étrangers, cf. DDS, vol. 25, doc. 48,* dodis.ch/35760; *doc. 114,* dodis.ch/35519, *en particulier note 7 et la notice de L. Maag du 28 novembre 1975*, dodis.ch/39098.
6. *Juliana des Pays-Bas.*

dans le transept face aux membres du Gouvernement français, ainsi que ce fut le cas lors du service pour le Général de Gaulle[7].

Le Président Poher offrit, à 17 heures au Ministère des Affaires étrangères, une réception simple et digne aux participants de la cérémonie du matin. M. Brugger eut ainsi l'occasion de parler avec un grand nombre de dignitaires étrangers, notamment la Reine Juliana, MM. Nixon, Leone, Moro, Heinemann, Brandt, Scheel, Trudeau, Tanaka, et naturellement avec les personnalités françaises présentes, le Président Poher, MM. Messmer, Jobert, Giscard d'Estaing, Guichard, de Lipkowski. Il exprima à ces dernières la part que notre pays prenait au deuil de la France. À leur tour, celles-ci lui dirent à cette occasion combien l'on appréciait ici, en cette journée de deuil national, la présence exceptionnelle du Président de la Confédération.

Ce furent les Ministres Galley et Fontanet qui, le même jour à 19 heures, accompagnèrent leur hôte à l'avion. Le premier s'est félicité du récent voyage du Colonel Commandant de corps Vischer[8] et le second a rappelé son amitié pour la Suisse en tant que Savoyard: il est maire de Saint-Martin-de-Belleville (Savoie).

7. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 48,* dodis.ch/35760.

8. *Sur cette visite, cf. doss.* CH-BAR#E5001G#1986/105#992* (6480.13). *Sur les négociations pour l'acquisition de Mirages V, cf. les télégrammes N°279 et N°280 de F. de Ziegler à P. Dupont du 5 novembre 1974,* dodis.ch/38741 *et* dodis.ch/38742.

81

dodis.ch/38270

Rundschreiben des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

Politisches Asyl in schweizerischen Botschaften[2]

Vertraulich 11. April 1974

Nach den Ereignissen in Chile im vergangenen September[3] haben verschiedene Vertretungen angefragt[4], ob im Licht der dort gemachten Erfahrungen unsere Instruktionen über das diplomatische Asyl[5] immer noch als gültig zu betrachten seien, oder ob sich im Gegenteil Abänderungen oder gar eine Neufassung aufdrängten. Eine von Nationalrat Ziegler eingereichte

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#558* (B.41.20.5). *Verfasst von H. Vogt und A. R. Hohl. Gerichtet an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen.*

2. *Zur Handhabung des politischen Asyls vgl. die Notiz von J. Monnier an R. Keller vom 30. September 1974,* dodis.ch/38272. *Zum Beispiel des Asyls in diplomatischen Vertretungen während des spanischen Bürgerkriegs 1936–1939 vgl. DDS, Bd. 11, Dok. 302.*

3. *Vgl. dazu Dok. 85,* dodis.ch/38253.

4. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

5. *Vgl. dazu die Notiz von J. P. Ritter vom 12. Februar 1971,* dodis.ch/36384.

Motion[6] geht in gleiche Richtung. Aus der Antwort des Bundesrats[7] auf diese Motion übermitteln wir Ihnen beiliegend zu Ihrer Orientierung den Text, der sich auf das diplomatische Asyl bezieht[8].

Wie Sie daraus ersehen, gewährte unsere Botschaft in Santiago für kürzere oder längere Zeit insgesamt 70 Personen offiziell diplomatisches Asyl, davon 31 in der schweizerischen Residenz und 39 im ehemaligen polnischen Kanzleigebäude, für welches die Schweiz nach Übernahme der polnischen Interessen in Chile[9] die Verantwortung trug. Während mehr als zwei Monaten übernahm sie zudem das Patronat über ein Lager des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlingswesen, das Hunderten von ausreisewilligen, ausländischen Flüchtlingen vorübergehend als Auffangstation diente. Mit der Asylgewährung in der schweizerischen Residenz ist ohne Zweifel ein Präzedenzfall geschaffen worden. Man muss sich indessen zum vorneherein darüber im klaren sein, dass zwei wesentliche Voraussetzungen gegeben waren, um nachteilige Folgen auf unsere bilateralen Beziehungen mit Chile auszuschliessen: Einmal das in Lateinamerika traditionell günstige Klima zur Lösung von Problemen, die mit dem diplomatischen Asyl zusammenhängen, zum andern die Haltung der Militärjunta, die unter dem Druck der Weltöffentlichkeit bis zum 11. Dezember 1973 Konzessionen machte, zu denen sie völkerrechtlich nicht verpflichtet war. Mit dieser Entwicklung konnte übrigens in den ersten Tagen nach dem Umsturz noch nicht unbedingt gerechnet werden. Eine vernünftige Aussicht auf die Erteilung von Ausreise-Geleitbriefen war aber Voraussetzung für eine largere Asylpraxis unsererseits.

Die Entscheidungsfreiheit der nicht-lateinamerikanischen Missionschefs war von allem Anfang an eingeschränkt. Unsere Botschaft in Santiago, die uns einen ausführlichen Bericht über den Fragenkomplex zukommen liess[10], weist auf den Druck hin, dem die Vertreter der meisten europäischen Länder seitens ihrer eigenen öffentlichen Meinung ausgesetzt waren. Diese Reaktion der Öffentlichkeit[11] war keineswegs nur durch die Kampagne der äussersten Linken hervorgerufen worden. Vielmehr hatten weite Kreise aus einem durchaus eigenen Gefühl des Unbehagens, aber auch aus mangelnder Sach- und Lokalkenntnis heraus am brutalen Vorgehen der neuen Machthaber z. T. recht scharfe Kritik geübt. Leider gab die zuweilen als Vergleich zitierte Haltung des schwedischen Vertreters in Santiago[12] Anlass zu unsachlicher Kritik an andern Missionschefs. Dabei wurde aber der Tatsache nur selten Rechnung getragen, dass Schweden vom ersten Tag an die kubanischen Interessen in Chile vertrat und so für sich auf Grund der lateinamerikanischen Asylkonventionen ein

---

6. *Für die Motion* Schweizer Botschaften. Asyl *von J. Ziegler vom 3. Oktober 1973 vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 11. März 1974,* dodis.ch/39017.
7. *Für die Antwort des Bundesrats auf die Motion Ziegler vgl. das BR-Prot. Nr. 410 vom 11. März 1974,* dodis.ch/39017 *und für die Behandlung im Parlament am 22. März 1974 vgl. Amtl. Bull. NR, 1974, S. 665–668.*
8. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
9. *Vgl. dazu die Notiz von A.-L. Vallon an E. Thalmann vom 17. Januar 1974,* dodis.ch/38287.
10. *Schreiben von Ch. Masset an E. Thalmann vom 13. Dezember 1973,* dodis.ch/38252.
11. *Vgl. dazu die verschiedenen Presseberichte in Doss. wie Anm. 1.*
12. *H. Edelstam.*

u. E. völkerrechtlich nicht vertretbares Recht auf Asylgewährung glaubte ableiten zu können.

Von den eben erwähnten lateinamerikanischen Konventionen regelt diejenige von Caracas[13] u. a. die Ausreise von Personen, die diplomatisches Asyl erhalten haben. Damit wird im regionalen Bereich eine enge Beziehung zwischen diplomatischem und territorialem Asyl geschaffen. Wer übrigens das lateinamerikanische Asylrecht für sich in Anspruch nehmen will, muss logischerweise auch dessen Konsequenzen mit in Kauf nehmen, nämlich, dass die Gewährung des diplomatischen Asyls meist auch die Gewährung des territorialen Asyls nach sich zieht. Wie aber die gegensätzlichen Stellungnahmen zur «Freiplatzaktion[14]» zeigen, gerät letzteres heute sehr leicht ins innenpolitische Kreuzfeuer.

Zusammenfassend können wir sagen, dass wir auch nach Würdigung der in Chile gemachten Erfahrungen unsere Instruktionen über die Asylgewährung[15] (Weisung 087, gelber Ordner) immer noch für zweckmässig halten. Sie bieten dem Missionschef, selbst bei zeitweiliger Unterbrechung der Verbindung mit der Zentrale, eine ausreichende Handhabe für seine Entscheide. Andererseits lassen sie ihm den nötigen Ermessensspielraum, um auch ausserordentlichen Situationen gerecht werden zu können. Man muss sich angesichts der Problematik dieses ganzen Fragenkomplexes klar sein, dass jeder Entscheid eines Missionschefs das Risiko in sich trägt, in der Öffentlichkeit auf Kritik zu stossen.

Rein vom Praktischen aus gesehen scheinen uns nachfolgende zwei Feststellungen unserer Botschaft in Santiago von Belang:

– Unter Zeitdruck und vor allem angesichts der während der ersten Tage herrschenden chaotischen Zustände war es nicht immer möglich, eindeutig festzustellen, wie gross tatsächlich die Gefahr war, welcher sich der einzelne Gesuchsteller ausgesetzt sah oder zu sehen glaubte. Als Folge der starken Polarisierung der politischen und ideologischen Gegensätze bekamen nach dem Umsturz vermehrt auch «kleine Fische» den aufgestauten Hass der neuen Machthaber zu spüren; dadurch wurde die Zahl der potentiellen Flüchtlinge grösser, die Auswahl schwieriger.
– Der Asylsuchende kann den Entscheid des Missionschefs umgehen, indem er in einem unbewachten Augenblick heimlich oder mit Gewalt in die Botschafts- oder Residenzräume eindringt und so eine vollendete Tatsache schafft. Dies war beispielsweise der Fall, als Anfang Dezember in einem Moment, in welchem das Gebäude nicht polizeilich bewacht war, 30 Chilenen in die ehemalige polnische Botschaftskanzlei eindrangen[16]. Eine ständige Präsenz eines schweizerischen Beamten in allen in Frage kommenden Gebäulichkeiten liess sich trotz grössten persönlichen Einsatzes unseres Personals in Santiago nicht verwirklichen.

---

13. Abkommen von Caracas über diplomatisches Asyl vom 28. März 1954, *Doss. wie Anm. 1.*
14. *Vgl. dazu Dok. 69,* dodis.ch/38268.
15. *Vgl. Anm. 5.*
16. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Mumenthaler an K. Furgler vom 19. Dezember 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2294* (B.41.21.0).

82

dodis.ch/37180

Rapport de fin de mission de l'Ambassadeur de Suisse à La Haye, C. Caillat[1]

Extrait La Haye, 2 mai 1974

1. Relations entre la Suisse et les Pays-Bas

L'attitude des Pays-Bas à l'égard de la Suisse a considérablement évolué ces dernières années. Pendant et après la dernière guerre les pays qui en ont souffert[2] – c'est particulièrement le cas de la Hollande – n'éprouvaient guère de sympathie pour la neutralité[3]. Cela nous a valu de la part de nombreuses personnalités hollandaises des réactions plutôt hostiles à l'égard de la politique traditionnelle de la Suisse. Ces réactions se manifestaient encore à la fin des années soixante et elles ont été la raison principale pourquoi la Hollande s'est révélée être le pays communautaire le plus hostile à la conclusion d'un accord entre le Marché commun et la Suisse[4]. La thèse hollandaise de l'époque était que si la Suisse ne voulait pas devenir membre du Marché commun, préférant rester neutre, il fallait qu'elle paie le prix de cette neutralité, c'est-à-dire être exposée à la discrimination du Marché commun. Pas question d'effacer cette discrimination par un accord de libre échange permettant à la Suisse de participer aux avantages économiques du Marché commun sans en assumer les obligations politiques.

C'est le Ministre Luns qui le premier a modifié la politique des Pays-Bas à notre égard[5]. Il s'est rendu compte qu'en admettant certains membres de l'AELE dans le Marché commun et en ne prévoyant aucun accord entre le Marché commun et les autres membres de l'AELE, de nouvelles barrières et entraves aux échanges apparaîtraient et qu'il en résulterait des inconvénients sérieux pour l'ensemble de l'Europe occidentale, y compris le Marché commun. En d'autres termes, Luns est parvenu à la conclusion qu'il était impossible de régler le problème des pays candidats au Marché commun sans trouver en même temps des solutions pour les pays non candidats.

C'est sur la base d'une proposition des Pays-Bas que les négociations entre le Marché commun et la Suisse ont pu avoir lieu.

Ces négociations, au moment de leur phase finale, ont connu une crise très grave, provoquée par les demandes *italiennes* au sujet de la main-d'œuvre[6]. C'était au printemps 1972. Fort heureusement les Pays-Bas assumaient à l'époque la présidence du Conseil communautaire. Norbert Schmelzer, le

---

1. *Rapport de fin de mission:* CH-BAR#E2024A#1993/354#2156* (a.721.81).
2. *Sur l'aide suisse à la reconstruction des Pays-Bas, cf. DDS, vol. 15, doc. 231; doc. 250; doc. 325 et doc. 366.*
3. *Cf. DDS, vol. 18, doc. 41,* dodis.ch/7300.
4. *Sur l'accord de libre-échange entre la Suisse et la Communauté économique européenne, cf. DDS, vol. 25, doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510.
5. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 44,* dodis.ch/35774, *note 16.*
6. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 148,* dodis.ch/35593.

Ministre des Affaires étrangères, nous a en effet beaucoup aidé. Il s'est servi de la présidence pour introduire des propositions qui nous étaient favorables, et l'affaire s'est terminée à notre avantage.

Le rapprochement des points de vue entre les Pays-Bas et la Suisse a continué après la conclusion de notre accord avec le Marché commun. Il s'est manifesté dans plusieurs domaines, notamment celui des affaires monétaires[7]. Nous avons à ce sujet d'excellents contacts[8] avec les autorités néerlandaises, qui souhaitent même qu'ils se transforment en étroite collaboration. C'est ainsi que nos amis hollandais nous ont encouragés à participer au système du mini-serpent[9]. Les Pays-Bas auraient tout avantage à trouver la Suisse à leurs côtés dans ce système, étant donné que la situation monétaire des deux pays présente beaucoup d'analogies et qu'au surplus leurs autorités ont des vues et des préoccupations très semblables. La Suisse cependant, pour des raisons que nos amis hollandais comprennent très bien, est jusqu'ici restée à l'écart de ce système.

Lors des discussions sur la politique étrangère on remarque à quel point l'opinion de nos interlocuteurs hollandais a évolué au sujet de la neutralité suisse. Cette neutralité leur apparaît maintenant comme synonyme d'indépendance et ils souhaitent que cette indépendance se manifeste de la manière la plus claire dans les grandes confrontations comme celles de Helsinki et de Genève[10]. Bien entendu, c'est à l'URSS que les Hollandais pensent lorsqu'ils préconisent une affirmation de notre indépendance et de la leur. Ils ne suivent pas la France sur la voie d'une indépendance qui leur paraît proche de l'hostilité à l'égard des États-Unis. La politique étrangère sous la direction du Ministre van der Stoel est plus atlantique que jamais. *[…]*[11]

---

7. *Cf. la notice de H. Cuennet du 24 décembre 1975,* dodis.ch/37650.
8. *Sur les contacts entre des officiels suisses et néerlandais, cf. p. ex. le procès-verbal de C. Caratsch du 20 janvier 1975,* dodis.ch/37652.
9. *Cf. doc. 36,* dodis.ch/37657, *note 13.*
10. *Sur la Conférence préliminaire de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 32,* dodis.ch/38816 *et sur les négociations pendant la deuxième phase de la CSCE à Genève, cf. doc. 57,* dodis.ch/38848 *et doc. 89,* dodis.ch/38858.
11. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/37180.

83

dodis.ch/39484

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision II de la 17ème séance du 8 mai 1974[1]

NOUVEL ÉMETTEUR AU LIECHTENSTEIN

Extrait *[Berne,]* 14 mai 1974

[…][2]

M. Ritschard signale, à titre d'information, que l'entreprise Jean Frey S. A. se propose de fonder une société anonyme dont la majorité des actionnaires serait composée par les communes de la Principauté du Liechtenstein, et qui aurait pour but d'exploiter un émetteur radio diffusant pour l'Allemagne du Sud. Une convention internationale de 1921[3] nous lie avec le Liechtenstein, suivant laquelle une telle exploitation doit être soumise à une demande de concession auprès des PTT. Si un tel projet devait se réaliser à l'instar d'émetteurs semblables à Radio Andorre ou Radio Monte-Carlo, il conviendrait de parler tarif. Le Département des transports et communications examine l'affaire avec l'attention voulue. Le Chef du Département ajoute que la Principauté avait déjà eu l'intention d'exploiter un émetteur en 1939. La demande cependant était restée lettre morte en raison des circonstances[4].

M. *Graber* constate que le problème est d'autant plus actuel que le Conseil national traitera durant la prochaine session de nos rapports avec le Liechtenstein[5]. Il importe dès lors de connaître l'aspect politique du problème. On ne saurait concevoir un émetteur qui arrose toute la Suisse, eu égard à notre politique de radiodiffusion sans publicité.

M. *Chevallaz* demande si la République fédérale d'Allemagne connaît de tels postes. Il aimerait savoir en outre si des contacts ont été pris à ce propos avec l'Allemagne et l'Autriche.

Le Chef du Département des transports et communications réplique que nous ne disposons pas de moyens juridiques, mais qu'il convient d'examiner avec les pays intéressés par quelle intervention politique l'on pourrait motiver une hostilité commune à ce genre d'émetteur.

[…][6]

---

1. *PVCF de décision II:* CH-BAR#E1003#1994/26#17*. *Rédigé par J.-M. Sauvant.*
2. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39484.
3. Convention conclue entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la Principauté de Liechtenstein concernant l'exploitation du service postal, télégraphique et téléphonique de la Principauté de Liechtenstein par les soins de l'administration des postes suisses et de l'administration des télégraphes et téléphones suisses *du 10 novembre 1920, RS, 11, pp. 164–170. Sur la révision de cette convention, cf. p. ex. les notices de E. Diez du 8 janvier 1973,* dodis.ch/40299 *et du 29 août 1975,* dodis.ch/40291.
4. *Cf. le procès-verbal de la Commission du Conseil national de la séance du 31 mai 1974,* dodis.ch/40292, *point II.*
5. *Ibid. Cf. aussi le procès-verbal de mars de la Commission du Conseil national de la séance du 28 février 1974,* dodis.ch/40293.
6. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39484.

84

dodis.ch/39411

Notice du Directeur adj. de la Direction politique, M. Gelzer, au Délégué à la coopération technique du Département politique, M. Heimo[1]

[Berne,] 21 mai 1974

La lettre ci-jointe de notre Ambassade à Colombo[2] soulève la question générale de savoir si notre politique d'assistance technique à l'égard d'un pays déterminé est affectée lorsque celui-ci lèse des intérêts économiques suisses[3].

Nous vous serions reconnaissants de bien vouloir répondre à notre Ambassade[4] en lui indiquant quelle a été notre pratique jusqu'à ce jour et quelles réflexions vous inspire, pour votre part, la situation évoquée.

De notre point de vue, il serait opportun de différer, dans le cas d'espèce, une communication aux autorités de Sri Lanka à propos du programme de météorologie[5] pour quelque temps encore. Notre Ambassade à Colombo s'efforce en ce moment de détourner une menace de nationalisation qui plane sur une maison suisse[6]. Tandis qu'une réponse négative dans l'affaire du projet de météorologie pourrait créer une impression défavorable, une réponse affirmative immédiate risquerait de nous priver d'un atout dans d'éventuelles négociations.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2005A#1985/101#719* (t.311.2). *Rédigée par P. Luciri.*
2. *Lettre de F. Châtelain à E. Thalmann du 7 mai 1974,* dodis.ch/40756.
3. *Sur cette problématique, cf. doc. 112,* dodis.ch/38914, *en particulier note 4.*
4. *Lettre de R. Wilhelm à F. Châtelain du 17 juin 1974,* dodis.ch/40236.
5. *Sur ce projet financé par la Suisse dans le cadre de l'Organisation météorologique mondiale, cf. la notice de P. Wiesmann à M. Heimo du 3 juin 1975,* dodis.ch/40237 *et la proposition de projet N° 107 de H. Joss du 18 août 1975,* dodis.ch/40757.
6. *Sur la nationalisation de la société Lanka Baur Holding SA, cf. la notice de W. Fust à P. Luciri du 25 avril 1975,* dodis.ch/40242 *et la notice de P. Luciri à P. Graber du 2 mai 1974,* dodis.ch/40241.

85

dodis.ch/38253

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

COMMISSION DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DU CONSEIL DES ÉTATS.
SÉANCE DU 27 MAI 1974.

[Berne,] 21 mai 1974

Événements du Chili

Le 11 septembre 197*[3]*, les forces armées réunies du Chili faisaient tomber le Gouvernement constitutionnel. Depuis des mois, on assistait à une division sans compromis de la population en partisans et adversaires de l'«expérience Allende» et à une radicalisation croissante des deux parties, de sorte que les auteurs du coup d'État procédèrent à leur entreprise avec une violence à laquelle, la révolution cubaine mise à part, l'Amérique latine n'avait pas encore habitué le monde. Depuis lors, les nouveaux dirigeants se sont isolés sur le plan intérieur par leur persécution sans quartier des partisans d'Allende, ainsi que par leur tendance à asseoir leur domination pour une durée indéfinie sur la fiction de l'existence d'une «guerra interior» et à différer le retour à la démocratie. Comme la situation économique désastreuse héritée du passé ne peut être assainie du jour au lendemain, mais qu'au contraire la crise s'est sérieusement aggravée entre-temps, la popularité de la junte militaire diminue même dans les milieux sociaux qui avaient d'abord salué le changement de régime. Un durcissement de la situation a été constaté ces derniers temps (condamnations à mort, censure des nouvelles politiques dans les journaux, etc.).

La situation décrite ci-dessus a causé une augmentation inhabituelle du nombre des personnes poursuivies pour des motifs politiques. Des ambassades européennes, l'Ambassade de Suisse notamment, ont été ainsi amenées à octroyer l'asile diplomatique à des partisans poursuivis du Gouvernement éliminé. Dans les premiers temps, il n'était pas facile de prévoir comment l'octroi de l'asile pourrait se répercuter sur nos relations bilatérales avec le nouveau Gouvernement, malgré le climat traditionnellement favorable à l'asile en Amérique latine[2]. Une campagne mondiale, qui amena entre autres le Haut Commissaire aux réfugiés de l'ONU[3] à intervenir en faveur des étrangers poursuivis pour des raisons politiques, conduisit la junte à adopter une attitude conciliante, bien qu'elle n'y ait pas été tenue, du point de vue du droit international. Notre action en faveur des personnes poursuivies pour des raisons politiques au Chili a pris trois formes différentes: en premier lieu, notre Ambassade à Santiago a accordé l'asile diplomatique pendant une durée plus

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2299*(B.73.0). *Rédigée par H. Vogt et P. Luciri. Signée par M. Gelzer.*
2. *Sur l'asile politique, cf. doc. 81,* dodis.ch/38270.
3. *S. Aga Khan. Cf. la notice de J. Monnier à R. Keller du 30 septembre 1974,* dodis.ch/38272 *et la notice de O. Schürch à K. Furgler du 4 mars 1975,* dodis.ch/38273.

ou moins longue à 70 personnes[4]. En deuxième lieu, elle a assumé pendant plus de deux mois le patronage[5] d'un camp du Haut Commissaire de l'ONU[6], qui accueillit des centaines d'étrangers désireux de quitter le Chili. Enfin, le Conseil fédéral a décidé, au milieu d'octobre, d'accorder l'asile territorial en Suisse à 200 personnes poursuivies pour des motifs politiques. À la mi-mai, 312 réfugiés du Chili avaient obtenu une assurance d'asile (Action spéciale: 258, Procédure ordinaire: 49, Action places libres: 5)[7]. À l'exception de trois personnes, tous les bénéficiaires de l'asile diplomatique reçu dans notre Ambassade à Santiago ont quitté le pays. Une procédure pénale est ouverte contre les trois restants devant les tribunaux chiliens. Ils devraient également obtenir un sauf-conduit dans les prochaines semaines. Il faut toutefois prévoir que, selon l'issue de la procédure pénale, la junte militaire adresse auparavant une demande d'extradition aux autorités suisses.

Dans le domaine de la coopération technique, les programmes en cours sont poursuivis. Le Service de la coopération technique a repoussé une proposition chilienne tendant à prolonger un programme au-delà de la durée prévue[8]. Un autre programme, pas encore inauguré, a été mis au tiroir.

Notre pays a participé à une nouvelle consolidation de la dette chilienne[9]. Le Chili avait présenté une demande dans ce sens en novembre 1971[10]. Un accord Suisse-Chili a été signé le 28 juillet 1972[11], qui s'applique aux sommes dues jusqu'à la fin de 1972. À la demande du Gouvernement Allende, des consultations sur les échéances de 1972 et 1973 ont été repoussées en janvier et en juillet 1973. Elles ont pu avoir lieu en février 1974 avec la junte militaire et permis de fixer, le 25 mars, les modalités d'une seconde consolidation à laquelle nous procéderons également[12].

Le 11 février 1974, le ressortissant suisse Pierre Etienne Rieben a été arrêté à Santiago[13]. Marxiste millitant, Rieben était entré au Chili en mars 1973, à ce qu'il affirme comme correspondant de presse, notamment d'un quotidien suisse[14]. En dépit de l'existence de plusieurs appareils policiers de la junte militaire et des complications qui en résultent pour la recherche de personnes, notre Ambassade a pu déterminer pendant les vacances de Pâques le lieu de détention de Rieben. Grâce aux interventions incessantes de notre Ambas-

---

4. *Cf. le télégramme N° 17 de l'Ambassade de Suisse à Santiago au Département politique du 8 février 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#558* (B.41.20.5).
5. *Correction manuscrite de:* Patronat.
6. *Cf. la lettre de Ch. Masset à O. Haselmann du 20 octobre 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#558* (B.41.20.5).
7. *Cf. doc. 69,* dodis.ch/38268, *note 6.*
8. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 142,* dodis.ch/35858 *et la notice de J. Forster du 24 septembre 1973,* dodis.ch/38283.
9. *Pour la consolidation de la dette chilienne en 1974 et 1975, cf. doc. 151,* dodis.ch/38276.
10. *Cf. la notice de P. A. Nussbaumer à P. Graber du 6 juin 1972,* dodis.ch/36544. *Cf. aussi doc. 151,* dodis.ch/38276, *note 3.*
11. *Cf. le PVCF N° 1475 du 23 août 1972,* dodis.ch/36552.
12. *Cf. le PVCF N° 656 du 24 avril 1974,* dodis.ch/38280.
13. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#158* (A.15.41.31).
14. *24 heures.*

sadeur[15], Rieben a d'abord été libéré sous la propre responsabilité de notre chef de mission, puis expulsé du Chili. L'attitude de notre Ambassade envers les nouveaux dirigeants, correspondant aux usages habituels, mais qui avait d'abord été violemment critiquée par certains[16], a précisément pu exercer une influence avantageuse en faveur d'un représentant de ces milieux critiques[17].

15. *Ch. Masset.*
16. *Cf. p. ex. doc. 69,* dodis.ch/38268.
17. *Annexe:* Die Integration der Chile-Flüchtlinge, *Neue Zürcher Zeitung du 21 Mai 1974, p. 23.*

86

dodis.ch/38402

Notice interne du Service information et presse du Département politique[1]

GROUPE DE TRAVAIL «INFORMATION ITALIE»

Berne, 22 mai 1974

Document de base pour la première réunion

1. En Espagne[2], au Portugal[3], en Italie[4], on peut noter une recrudescence de l'intérêt porté à la Suisse par les mass média. Il s'agit hélas d'un intérêt négatif, alimenté par les craintes, voire l'angoisse, que suscitent les troisième[5] et quatrième initiatives[6] contre l'emprise étrangère en Suisse.

1. *Note:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3599* (A.15.41.10.0.Uch). *Rédigée par F. Dubois.*
2. *Sur les travailleurs espagnols, cf. doc. 94,* dodis.ch/38488*, note 5*.
3. *Sur les travailleurs portugais, cf. la circulaire de la Police fédérale des étrangers du 22 juillet 1975,* dodis.ch/39058.
4. *Sur les travailleurs italiens, cf. DDS, vol. 23, doc. 37,* dodis.ch/30798, *en particulier note 2; DDS, vol. 24, doc. 56,* dodis.ch/32300; *doc. 106,* dodis.ch/32667; *doc. 120,* dodis.ch/32837; *doc. 129,* dodis.ch/32639; *doc. 157,* dodis.ch/32303 *et doc. 166,* dodis.ch/32356; *DDS, vol. 25, doc. 17,* dodis.ch/35599; *doc. 31,* dodis.ch/35600 *et doc. 177,* dodis.ch/35595; *le télégramme de A. Marcionelli à P. Graber du 8 février 1973,* dodis.ch/38144; *la lettre de G. Bonnant à E. Thalmann du 8 mars 1973,* dodis.ch/38318; *la lettre de A. Marcionelli à P. Graber du 26 juillet 1973,* dodis.ch/38317; *la notice de C. Motta à H. Hürlimann du 24 février 1975,* dodis.ch/38629; *la notice de D. Sciolli du 24 février 1975,* dodis.ch/38316; *le procès-verbal de J.-P. Zehnder et H. Cuennet du 15 mai 1975,* dodis.ch/37755; *le PVCF N° 1198 du 2 juillet 1975,* dodis.ch/38507 *et le procès-verbal du 6 juillet 1975 de la réunion de la Commission mixte italo-suisse du 2–6 juillet 1975,* dodis.ch/38315. *Sur les négociations italo-suisse sur les questions d'émigration, cf. également doc. 35,* dodis.ch/38348, *note 20, doc. 53,* dodis.ch/37679, *doc. 70*, dodis.ch/38622, *note 5 et doc. 194,* dodis.ch/38628.
5. *L'initiative populaire contre l'emprise étrangère et le surpeuplement de la Suisse a été refusée le 20 octobre 1974 par 65,8% des voix et la totalité des cantons. Cf. FF, 1974, II, pp. 1345–1347. Cf. aussi le PVCF de décision II du 18 septembre 1974 de la 9ème séance du 17 septembre 1974,* dodis.ch/38324; *la notice de la Police fédérale des étrangers du 5 novembre 1975,* dodis.ch/38404. *Sur les réactions à l'étranger, cf. également la lettre de V. Martin à P. Erni du 2 mai 1974,* dodis.ch/38137; *la lettre de V. Martin du Service information et presse du Département politique du 15 octobre 1974,* dodis.ch/39117 *et le rapport de H. Cuennet du 4 novembre 1974,* dodis.ch/38136.
6. *L'initiative populaire pour la protection de la Suisse a été refusée le 13 mars 1977 par 70,5%*

2. Ces réactions montrent souvent une méconnaissance de ces initiatives elles-mêmes, de leur portée, des conditions dans lesquelles elles ont été présentées, par quels milieux politiques et, sur un plan plus général, les mécanismes constitutionnels auxquels elles sont soumises.

3. Il est à craindre que les commentaires à l'étranger connaissent un accroissement au moment où la troisième initiative entrera dans la phase aiguë précédant le vote populaire. L'attention que les mass média suisses lui prêterait alors va produire des réactions en chaîne qui s'étendront dans les pays dont sont originaires les travailleurs étrangers, et au-delà.

4. Il n'est pas besoin d'insister sur les dommages qui résultent d'un tel processus pour l'image de notre pays à l'étranger. Ses effets s'inscrivent en faux contre les objectifs de notre politique extérieure: à notre souci de dialogue, de solidarité, de coopération, ils opposent l'image d'un nationalisme exacerbé, teinté d'immobilisme et de xénophobie. Frappante, cette image pourrait très rapidement se superposer à celle que nous essayons de maintenir en l'améliorant.

5. À ces effets néfastes qui pourraient se faire sentir très rapidement, il faut ajouter ceux qui, pour se faire jour à plus long terme, n'en doivent pas moins être prévus dès maintenant. À l'intérieur du pays, comme à l'extérieur, cette situation pourrait alimenter la contestation, dont les porte-paroles sont à l'affût des points sensibles sur lesquels elle peut se fixer.

6. Pour toutes ces raisons, il apparaît nécessaire de réactiver le groupe de travail «information» et d'instaurer entre les services fédéraux intéressés une collaboration dont les objectifs seraient les suivants:

a) élaborer en commun un bulletin donnant des informations sur les initiatives, les statistiques des travailleurs étrangers, les réalisations entreprises en vue de leur intégration, l'attitude des milieux politiques et syndicaux, celle de la presse, les mécanismes constitutionnels, etc.

La première réunion pourrait être consacrée à une réflexion sur le contenu du bulletin, sa réalisation, sa périodicité.

b) La diffusion de ce bulletin[7] auprès des ambassades de Suisse à l'étranger, des missions étrangères en Suisse, des correspondants de la presse étrangère dans notre pays, etc.

Le groupe pourrait examiner toute autre suggestion: conférences de presse, voyages en Suisse de représentants étrangers des mass média, instructions à donner à nos ambassades dans le cadre de cette action d'information, etc.

---

des voix et la totalité des cantons. Cf. FF, 1977, II, pp. 194–201.

7. *Le groupe de travail renoncera finalement à la création de ce bulletin et lui préférera un dossier d'information. Cf. le rapport du Service information et presse du Département politique du 11 juillet 1974,* dodis.ch/38403. *Sur la réception de ce rapport, cf. la lettre de F. Pianca au Service information et presse du Département politique du 16 août 1974,* dodis.ch/38138.

87

dodis.ch/39216

Circulaire du Directeur de la Direction administrative du Département politique, A. Janner[1]

DEUXIÈME CIRCULAIRE CONCERNANT LE GROUPE DE TRAVAIL «FLORIAN»[2]

Berne, 24 mai 1974

Nous avons tout lieu de nous réjouir du vif intérêt manifesté par le service extérieur en réponse à notre circulaire du 25 mars 1974[3] concernant la création du groupe de travail «Florian» chargé d'examiner l'opportunité de certaines réformes au sein du Département. Notre espoir qu'un réel dialogue puisse s'établir entre les représentations et la Centrale n'a pas été déçu puisqu'à ce jour une quarantaine de missions et quelques postes nous ont fait part des réflexions que leur inspirait la mise sur pied de ce groupe de travail et quelques représentations nous ont laissé entendre qu'elles répondraient prochainement à notre circulaire. Nous tenons à exprimer ici nos remerciements aux représentations qui ont pris la peine de se pencher sur le problème et de nous répondre souvent par des notices très complètes. Les remarques qu'elles contiennent font l'objet d'un examen par les différentes commissions de travail du groupe «Florian» et s'avèrent très utiles pour compléter, confirmer ou au contraire corriger l'orientation des discussions au cours des séances de travail. Lorsque les travaux des commissions seront terminés, soit dans quelques mois, nous vous ferons part individuellement des commentaires qu'appellent certaines des questions soulevées dans vos lettres à la lumière des discussions, mais surtout des propositions et recommandations qui seront faites par le groupe de travail.

Si, de manière générale, nos représentations ont saisi la portée de l'exercice entrepris par le groupe «Florian», quelques-unes cependant se sont mépris sur le sens que nous avons toujours entendu lui donner. Nous insistons donc une nouvelle fois sur les objectifs que nous nous sommes assignés: ils ne consistent pas à faire des économies à n'importe quel prix au détriment des différentes activités de la Centrale et du service extérieur et de pratiquer des coupes sombres au Département. «Florian» n'est pas une «Sparkommission»; il n'a été créé ni à la demande du Département des finances, ni du Contrôle des finances, ni des Commissions parlementaires des finances. «Florian» est donc un fils légitime du Département politique, le fruit de réflexions et constatations basées sur les expériences des dernières années. Certes, les difficultés financières et les compressions budgétaires qui s'annonçaient depuis bientôt deux ans et qui ne font que s'aggraver, nous ont poussés à une réalisation plus

1. *Circulaire:* CH-BAR#E2004B#1990/219#161* (a.151.21). *Rédigée par B. Freymond. Envoyée aux services et sections de la Centrale et aux représentations suisses à l'étranger.*
2. *Pour la création de ce groupe de travail, cf. la notice de A. Janner du 16 janvier 1974,* dodis.ch/39215.
3. *Circulaire de A. Janner du 25 mars 1974, doss. comme note 1.*

rapide de nos projets, mais tout l'exercice repose sur un plan plus élevé et l'effort de réflexion qui a été entrepris par le groupe «Florian» a pour mission d'établir la légitimité de ses activités et d'essayer de démontrer au Parlement et à l'opinion publique le volume, le niveau et l'importance de ses prestations en faveur de la Confédération, des milieux industriels et commerciaux, du tourisme et de la culture, des Suisses de l'étranger et des Suisses de passage, etc. L'examen systématique des activités du Département sous l'angle de leur légitimité permettra de déterminer (bien entendu d'une façon très réaliste) les limites des besoins financiers et de personnel au-dessous desquelles il n'est pas possible de descendre sans porter atteinte au bon fonctionnement de notre appareil diplomatique et consulaire. Si le groupe de travail est amené au cours de son examen à constater l'inutilité ou presque de certaines activités du Département, des déficiences dans son organisation ou des gaspillages de force de travail, il sera naturellement de son devoir de corriger ces défauts et il réalisera, de ce fait, des économies financières bienvenues. Si par exemple des économies en personnel n'apportent guère une diminution des dépenses, elles permettront en revanche au Département, par une meilleure répartition des forces de travail, de mieux faire face à ses tâches avec l'effectif limité dont il dispose et qu'il ne peut espérer augmenter.

En bref, les réformes qui pourraient être adoptées par le Département sur la base des propositions qui seront faites par le groupe de travail devront conduire à un renforcement de son efficacité tenant compte des réalités actuelles et des impératifs à long terme de notre politique étrangère et non pas à un affaiblissement général comme ce serait inévitablement le cas s'il se trouvait forcé d'adopter à la hâte certaines réformes sous la pression des circonstances.

Les conclusions du groupe de travail constitueront la base d'un rapport qui sera élaboré à l'intention des Chambres fédérales et qui pourra éventuellement servir à l'information de l'opinion publique[4]. Le Département aura par là une occasion exceptionnelle de se présenter au Parlement et au public qui connaissent mal la nature véritable de ses activités et surtout les problèmes auxquels il se trouve confronté aujourd'hui et qui peuvent s'aggraver demain dans l'accomplissement de ses tâches. Ce rapport contribuera, nous l'espérons, à créer sur une base aussi large que possible ce «good-will» qui fait souvent défaut au Département politique. L'utilité souvent méconnue de l'appareil diplomatique et consulaire apparaîtra plus clairement et facilitera grandement le choix des priorités que le Conseil fédéral et le Parlement seront invités à faire sur la base du rapport préparé par le groupe de travail. L'étude à laquelle nous nous livrons sans rien laisser si possible au hasard nous permettra, d'autre part, de sortir de la défensive et de résister avec le plus de succès possible aux tentatives qui pourraient être entreprises de réduire les moyens d'action du Département par des compression budgétaires, au lieu de subir les événements qui risquent de se produire dans le domaine des restrictions de dépenses.

---

4. *Cf. le communiqué du Département politique du 1er septembre 1975, doss. comme note 1.*

En ce qui concerne la méthode d'approche des problèmes, il est utile de mentionner que les commissions de travail ont reçu pour instruction d'aborder tous les problèmes sans apriorisme, c'est-à-dire d'examiner toutes les éventualités possibles pour ne retenir une solution qu'après avoir bien pesé les avantages et les inconvénients de tous les autres choix qui peuvent s'offrir.

Certaines représentations ayant exprimé l'avis que le service extérieur devrait être étroitement associé aux travaux du groupe «Florian», nous tenons à préciser qu'il n'est malheureusement pas possible, pour des raisons pratiques, d'inviter aux nombreuses réunions des commissions de travail plusieurs agents du service extérieur (depuis le début de mars en effet et jusqu'à ce jour, les commissions et le groupe de travail ont tenu 26 séances totalisant 84 heures de travail). Malgré cela, la participation du service extérieur est parfaitement possible par le biais de la correspondance avec la Centrale. Preuve en sont les nombreuses réactions déjà citées à la circulaire du 25 mars dernier. Cette forme de participation est complétée par des enquêtes faites par certaines d'entre elles. D'autres demandes vous parviendront prochainement, émanant soit des services du Département, soit de certaines commissions de travail dont les présidents ont été autorisés par le soussigné à correspondre directement avec le service extérieur pour les affaires les concernant. Nous comprenons fort bien que les questions que le groupe de travail peut être appelé à vous poser représentent pour vous un surcroît de travail non négligeable et nous vous remercions d'ores et déjà de votre collaboration qui, faut-il encore le souligner, est une condition pour la réussite de l'entreprise «Florian»[5].

Pour compléter votre information, nous vous indiquons en annexe la composition des commissions de travail du groupe «Florian»[6].

---

5. *Pour la suite de ce projet, cf. la circulaire de A. Janner du 21 janvier 1975,* dodis.ch/39221 *et la circulaire de L. Meier du 29 septembre 1975,* dodis.ch/39223.

6. *Le groupe de travail «Florian» était constitué de 20 membres. Par ailleurs, six commissions appelées «missions», «consulats», «dialogue», «personnel», «représentation» et «centrale» ont été mises en place. Pour une liste des membres, cf.* dodis.ch/39216.

88

dodis.ch/38459

Interne Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements[1]

ZUR FRAGE DES BEITRITTS DER SCHWEIZ ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF)[2]

Bern, 28. Mai 1974

Am 24. Mai 1974 fand am Sitz der Nationalbank Bern eine Besprechung zwischen Vertretern interessierter Bundesstellen über die Frage eines allfälligen Beitritts der Schweiz zum IWF statt. *[…]*[3] *Es wird vorweg vereinbart, dass sich die Gesprächsteilnehmer in ihrem persönlichen Namen aussprechen. Zur Diskussion steht der Bericht der Finanzverwaltung und der Nationalbank vom 9. Januar 1974*[4].

Aus den einzelnen Voten halten wir folgende Passagen fest:

Herr Hay: Dass wir in der Vergangenheit dem IWF nicht angehörten, hat uns keine eigentlichen Nachteile beschert, wenigstens solange die Zehner-Gruppe funktionierte. Jetzt sind wir allerdings von den wichtigsten Gesprächen über die Währungsreform ausgeschlossen. Wir haben anfangs der sechziger Jahre den Beitritt verpasst. Seit 1971 haben sich auf dem Währungssektor fundamentale Änderungen eingestellt: Die zukünftige Ordnung wird ein «managed system» sein. Da sich auch die Position der Schweiz innerhalb des Währungssystems grundlegend gewandelt hat, erweist sich das Abseitsstehen unseres Landes auf die Länge geradezu absurd. Die einzige Frage ist, ob –- angesichts des Bundesbudgetdefizits –- der Beitritt gerade im jetzigen Zeitpunkt opportun sei.

Herr Jolles: Nachdem die handels- und währungspolitischen Beziehungen mehr und mehr zusammenfallen, haben wir durch unser Abseitsstehen im IWF bereits unser handelspolitisches Mitspracherecht teilweise verloren. Herr Jolles gibt zu bedenken, dass auch ein Fernbleiben bei der heutigen veränderten Lage

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#916* (C.41.103.2.(12)). *Verfasst und unterzeichnet von E. Thurnheer. Die Notiz wurde P. Graber am 6. Juni 1974 vorgelegt.*

2. *Zur Frage eines möglichen Beitritts der Schweiz zum Währungsfonds vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 72,* dodis.ch/32796, *bes. Anm. 14; Dok. 134,* dodis.ch/33023, *Absatz V; DDS, Bd. 25, Dok. 166,* dodis.ch/35598, *Anm. 7; DDS, Bd. 26, Dok. 108,* dodis.ch/38470; *die Notiz* Ist ein Beitritt zu den Instituten von Bretton Woods mit der schweizerischen Neutralität vereinbar? *von J. Stähelin vom 20. März 1973,* dodis.ch/36294; *die Protokolle Nr. 458 und Nr. 550 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 30. Mai 1974,* dodis.ch/39574 *und vom 20 Juni 1974,* dodis.ch/39576; *den Bericht von G. Colombo an P. R. Jolles und P. Languetin vom 9. Dezember 1974,* dodis.ch/38474 *sowie den Bericht von P. R. Jolles vom 24. Januar 1975,* dodis.ch/38481.

3. *Teilnehmer: A. Hay, J. R. Lademann, P. Ehrsam, P. R. Jolles, P. Languetin, Ph. Lévy, R. Bieri, B. Müller, G. Colombo, J. Zwahlen und E. Thurnheer.*

4. *Entwurf des Berichtes der Finanzverwaltung und der Schweizerischen Nationalbank zur* Frage des Beitritts der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods *vom 9. Januar 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#1149* (t.816-12).

zu neuen Auswirkungen führt. Die Schlussfolgerungen des Berichts dürfen deshalb nicht derart negativ sein, dass er von vornherein auf die lange Bank geschoben wird. Die zu erwartenden Risiken und Vorteile bei einem Beitritt, aber auch bei einem Nichtbeitritt, sind erneut von Grund auf zu überprüfen.

Herr Languetin weist darauf hin, dass die Reform jetzt permanent ist und man keine endgültige Lösung erwarten darf. Vor allem müssen wir uns überlegen, wie wir uns den zukünftigen Funktionen des Weltwährungssystems gegenüber verhalten werden, von denen unter anderem zu erwähnen sind:
- Koordinierung der Wechselkurspolitik
- Interventionen bei den Kapitalbewegungen
- Zusammenarbeit mit den Überschussländern
- Finanzierung der Defizite
- Schaffung von Liquiditäten
- Beziehungen zur Weltbank[5] und zu den Entwicklungsländern
- Anpassungsprozess
- Schutzklauseln
- Entscheidungsgremien wie z. B. OECD Arbeitsgruppe III[6].

Herr Bieri drängt darauf, dass der Bericht fertiggestellt wird, wehrt sich aber dagegen, dass Elemente aufgenommen würden, die nicht die Meinung seines Departements wiedergeben. Anderslautende Stellungnahmen sollten in Mitberichten Erwähnung finden.

Im übrigen müsste für einen Beitritt die Bedingung gelten, dass unserem Land ein Sitz im Interimsausschuss der IWF Gouverneure (Minister) zugewiesen würde.

Herr Müller glaubt, dass man in der Vergangenheit durch das Fernbleiben nichts verpasst hat. Für die unmittelbare Zukunft ist vom Interimsausschuss kaum Entscheidendes zu erwarten. Offen bleibt die Frage für die spätere Zukunft, d. h. wenn einmal die Sonderziehungsrechte und die Anpassungsmechanismen voll zum Zuge kommen.

Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Bundes wird es schwierig sein, das «Eintrittsgeld» aufzutreiben. Da längerfristige Verpflichtungen eingegangen werden, muss auch mit der Unterstellung unter das Referendum gerechnet werden.

Herren Lademann und Ehrsam: Da kein geschlossenes Währungssystem in Sicht ist, dürfte es schwierig sein, sich im jetzigen Zeitpunkt für einen Beitritt auszusprechen, umso mehr als die finanziellen und institutionellen Auswirkungen sehr weit gehen können. Eine entsprechende Vorlage dürfte im Parlament auf grossen Widerstand stossen.

---

5. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur Weltbank vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 91,* dodis.ch/8661; *DDS, Bd. 20, Dok. 3,* dodis.ch/13243; *DDS, Bd. 22, Dok. 31,* dodis.ch/18963; *DDS, Bd. 23, Dok. 58,* dodis.ch/31749, *bes. Anm. 2; Dok. 90,* dodis.ch/31743 *und Dok. 150,* dodis.ch/30945; *DDS, Bd. 24, Dok. 72,* dodis.ch/32796, *Anm. 14; den Bericht von J. R. Lademann an P. Graber vom 3. Oktober 1973,* dodis.ch/38456; *das Schreiben von E. Thalmann an R. Bieri vom 31. Juli 1974,* dodis.ch/38461; *das Schreiben von J. R. Lademann an B. Müller vom 23. August 1974,* dodis.ch/38468; *den Bericht von E. Brugger an den Bundesrat vom 24. Januar 1975,* dodis.ch/38481 *sowie das BR-Prot. Nr. 1034 vom 9. Juni 1975,* dodis.ch/38484.

6. *Vgl. dazu Dok. 7,* dodis.ch/39504, *bes. Anm. 18.*

Herr Zwahlen: Nachdem seit längerer Zeit dem Bundesrat zu diesem Thema kein Bericht mehr unterbreitet worden ist[7], ist die Fertigstellung des vorliegenden Entwurfs umso dringender. Die Frage eines Beitritts ist in der Vergangenheit ausschliesslich von internen und finanziellen Gesichtspunkten aus, nicht aber vom aussenpolitischen Standpunkt aus, untersucht worden. Wir müssen auch abklären, warum wir allen Spezialinstitutionen, nicht aber dem IWF, beigetreten sind.

Der IWF hat sich seit seiner Gründung wesentlich verändert (Entwicklungsländer, Ostländer). Die jetzt in Angriff genommene Minireform wird eventuell doch eine grössere Bedeutung annehmen als man bisher glaubte. Vielleicht wird sich die regionale These durchsetzen, wonach die Industrie-, die erdölproduzierenden und die Entwicklungsländer verschiedene Pflichten zu übernehmen haben. Es ist kaum anzunehmen, dass wir von vornherein einen Sitz im Interimsausschuss der IWF Gouverneure erhalten werden.

Das Abseitsstehen hat auch dazu geführt, dass wir in der Schweiz über sehr wenig Währungsspezialisten verfügen.

Schlussfolgerungen

Auf Antrag von Herrn Botschafter Jolles sollte der Antrag des EFZD[8] bereits einen Konsens für die Lagebeurteilung und Klarheit bei den technischen Fragen enthalten. Auch die grundsätzlichen Erwägungen sollten erwähnt sein. Dagegen ist es den übrigen Departementen überlassen, in Ermessensfragen die Akzente zu setzen. Die Schlussfolgerungen müssen jedenfalls nuancierter sein als im jetzigen Entwurf. Das Ziel soll sein, dass sich die politischen Instanzen aktiv mit der Materie befassen[9].

---

7. *Für frühere Berichte vgl. das BR-Prot. Nr. 631 vom 29. März 1966,* dodis.ch/31945; *das BR-Prot. Nr. 74 vom 17. Januar 1968,* dodis.ch/32216 *sowie die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 28. September 1972,* dodis.ch/36301.

8. *Für den Antrag des Finanz- und Zolldepartements vom 21. Juni 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 1065 vom 3. Juli 1974,* dodis.ch/39678.

9. *Für die weitere Diskussion des Berichts vgl. den* Bericht zur Frage eines Beitritts der Schweiz zum IMF und zur Weltbankgruppe *von E. Thurnheer vom 3. September 1975,* dodis.ch/38485 *sowie die Notiz von S. Salvi an M. Heimo vom 9. September 1975,* CH-BAR#E2005A#1985/101#1156* (t.816-15).

89

dodis.ch/38858

Compte rendu de la séance de la Délégation du Conseil fédéral pour les affaires étrangères[1]

Séance de la Délégation du Conseil fédéral pour les affaires étrangères consacrée à la CSCE

Confidentiel Berne, 5 juin 1974

L'échange de vues au sein de la Délégation du Conseil fédéral doit, à l'approche de la phase décisive des négociations CSCE à Genève, préparer les options à prendre et les instructions à donner à la délégation suisse.

Faisant suite aux rapports successifs présentés au Conseil fédéral sur le déroulement de la deuxième phase de la CSCE, un rapport du 28 mai[2] (voir annexe 1) sert de base à la discussion. Sur quatre points, des compléments d'information peuvent y être ajoutés:

1. Sur le *SRPD,* le document suisse[3] relatif à la procédure a été déposé et accepté comme base de discussions avec des commentaires favorables. Les Soviétiques demeurent néanmoins hostiles à l'inclusion du terme «obligatoire» dans le dispositif dudit document (ch. 2)[4]. De plus, ils estiment que le SRPD ne devrait pas être le seul thème à faire l'objet de discussions dans le cadre des suites de la CSCE. Si, sur ce dernier point, nous n'avons pas d'objection à faire valoir, nous devons en revanche rester fermes sur le caractère obligatoire. Son exclusion du dispositif est inacceptable pour nous. Les Soviétiques, désireux d'éviter de nous opposer un refus net, souhaitent un compromis, mais on imagine mal lequel.

2. Corbeille III: Les Soviétiques ont provoqué une surprise en exhumant une Convention internationale sur la presse et la radio, datant du 23. 9. 1936[5], toujours en vigueur et ratifiée notamment par la Suisse. La Convention prévoit

---

1. *Compte rendu (copie):* CH-BAR#E2814#1993/210#1* (1). *Rédigé par C. Caratsch et P.-Y. Simonin. Participants: P. Graber, R. Brugger, K. Furgler, E. Thalmann, R. Bindschedler, Ch. Müller, F. de Ziegler et P.-Y. Simonin.*

2. *Rapport de la Délégation suisse à la CSCE à Genève du 28 mai 1974, doss. comme note 1. Cf. aussi le rapport de la Délégation suisse à la CSCE à Genève du 8 avril 1974,* dodis.ch/38860 *et la notice de C. Caratsch du 20 mai 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#681* (B.72.09.15.1).

3. *Proposition de la Délégation suisse à la CSCE du 18 septembre 1973,* doc. CSCE/II/B/1. *Pour la discussion, cf. les télégrammes N^os^ 2, 5 et 15 de la Délégation suisse à la CSCE à Genève à la Direction politique des 24 et 31 janvier ainsi que du 28 février 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#680* (B.72.09.15.1).

4. *Cf. doc. 57,* dodis.ch/38848, *point 2. I. b).*

5. Convention internationale concernant l'emploi de la radiodiffusion dans l'intérêt de la paix *du 23 septembre 1936, RS, 13, pp. 731–737. Cf. aussi DDS, vol. 11, table méthodique:* IX. Affaires de presse; *DDS, vol. 12, table méthodique:* VI. Politique de la Suisse en matière de presse *et DDS, vol. 13, table méthodique:* VI. Affaires de presse, censure, propagande et opinion publique. *La convention a été modifiée le 15 avril 1974, cf. RO, 1974, pp. 780–782.*

des limitations à la liberté de presse, mais aussi une clause sur la juridiction obligatoire.

3. Calendrier de la Conférence: Les Ministres des Neuf se réuniront les 10 et 11 juin, bientôt suivis par ceux de l'OTAN. Il convient d'attendre le résultat de ces deux concertations[6]. Le danger pour les Neutres et Non-alignés (NN) – Suède, Suisse, Autriche, Finlande / Yougoslavie, Malte, Chypre – de se voir dès lors exclus d'une négociation de bloc à bloc n'est pas négligeable. Dans ces conditions se pose la question de savoir si les NN en tant que tels ne devraient pas se concerter, à un niveau à déterminer; sous cette forme, la proposition Astroem pourrait être acceptable, en vue d'un déblocage de la Conférence[7].

4. La négociation traverse indubitablement une crise. Que faire pour en sortir? L'alternative paraît la suivante:

– soit interrompre la Conférence pendant 3 mois, ou plus longtemps, et reprendre la 2ème phase en automne ou plus tard;
– soit procéder à un «package deal»[8] dans les prochaines semaines et se mettre d'accord sur les sujets incontestés. Ce serait une simple réédition du «livre bleu»[9] d'Helsinki. Cette façon de procéder ouvrirait la porte à la 3ème phase dont les résultats ne seraient jamais que psychologiques, mais sans portée réelle[10].

La discussion porte successivement sur les diverses corbeilles traitées par la CSCE.

I. Sécurité (Corbeille I)

Les points saillants, pour nous, en sont:

1. Le *SRPD*, dont le sort est intimement lié à l'acceptation ou au refus du caractère obligatoire (même limité à la procédure). Si nous n'obtenions pas satisfaction sur ce point, nous nous résoudrions à constater l'échec de l'ensemble du projet.

L'avis est exprimé que, même au regard de la politique intérieure suisse, il conviendrait d'exprimer franchement l'échec éventuel du SRPD. En outre, la position française sur ce sujet peut surprendre, après qu'elle eût toujours été attachée, depuis 1919, au règlement pacifique et obligatoire des différends. Ce n'est qu'à partir de décembre 1973 qu'elle a fait à Genève une conversion de 180° pour des raisons connues[11]. Elle a, en outre, dénoncé l'art. 36 du statut de

---

6. *Cf. la notice de K. Fritschi du 25 juin 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#682* (B.72.09.15.1).
7. *Cf. le compte rendu de K. Fritschi du 29 mai 1974, doss. comme note 2.*
8. *Sur le «package deal» des pays N+N, cf. le rapport de R. Bindschedler du 26 juillet 1974,* dodis.ch/38861. *Cf. aussi le procès-verbal de la Conférence des ambassadeurs du 4–6 septembre 1974,* dodis.ch/35118, *pp. 21 ss. et l'exposé de R. Bindschedler du 4 septembre 1974,* dodis.ch/35120.
9. Recommandations finales des consultations de Helsinki *du 8 juin 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#673* (B.72.09.15.1).
10. *Pour la troisième phase de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 158,* dodis.ch/38867.
11. *Pour le différend entre l'Australie, la Nouvelle-Zélande et la France devant la Cour internationale de Justice à cause des essais nucléaires français dans l'Océan Pacifique, cf. le rapport politique N° 20 de F. de Ziegler du 7 juin 1973,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#64* (A.21.31) *et la notice de R. Bindschedler du 12 novembre 1974,* CH-BAR#E2814#1993/210#1* (1).

la CIJ[12]. Telle est encore sa position, mais l'on peut admettre qu'à la longue elle la changera.

2. Les *mesures militaires*, dont le caractère est bénin, au point de pouvoir paraître risible; la discussion n'en est pas moins bloquée, ce qui est révélateur du climat désagréable qui règne à la Conférence. Sur ce point, les vues des deux superpuissances se rejoignent; elles ont les moyens de tout bloquer en empêchant le consensus, mais cela est également vrai pour les Neuf ou les NN. Pour l'heure, nous pouvons enregistrer l'impasse; les mesures militaires n'ont pas une importance considérable à la CSCE. S'il devait apparaître difficile de présenter des résultats si modestes à l'opinion publique suisse, on pourrait pourtant souligner le lien existant avec les conférences s'occupant des mesures de désarmement[13] qui piétinent également. Le contrôle des décisions qui seraient prises dans le domaine militaire reviendrait à un organe spécial, dont les fonctions devront aussi faire l'objet d'une entente.

On constate, d'ailleurs, au regard des liaisons avec la négociation de Vienne (MFR) que les superpuissances sont hostiles à la discussion des vrais problèmes militaires au sein de la CSCE. Certains pays pensent pouvoir les aborder sous le couvert des suites de la CSCE, mais l'idée paraît difficilement réalisable.

II. Coopération économique (Corbeille II)

À cet égard, il faut craindre que les principes mis sur pied dans cette corbeille ne résistent pas à la confrontation avec la réalité; à la moindre difficulté surgissant sur la scène économique mondiale, ils risquent d'être abandonnés. On risque sans doute des déceptions, mais on doit accepter quelques formules qui peuvent paraître «de la littérature». Du reste, l'application de ces principes se fera bilatéralement. La question la plus difficile – celle de la clause de la nation la plus favorisée – reste encore ouverte.

III. Contacts humains, information (Corbeille III)

On est amené à souligner l'importance de ces problèmes auxquels le Parlement et l'opinion publique sont particulièrement sensibilisés[14]. Notre délégation, pour sa part, n'a jamais nourri d'illusions à cet égard. Elle a pris d'emblée une position possibiliste (très peu de progrès signifie déjà un progrès) en refusant le «tout ou rien» des naïfs. Mais dans cette corbeille aussi, les choses sont bloquées. Un très faible espoir demeure cependant. Par tactique, le bloc de l'Est pourrait en effet faire des concessions le moment venu, c'est-à-dire tout à la fin de la phase genevoise. L'occasion de marchander l'inviolabilité des

---

12. Statut de la Cour internationale de Justice, Champ d'application *du 1er mai 1974, RO, 1974, p. 985. Cf. aussi le* Statut de la Cour internationale de Justice *du 26 juin 1945, RO, 1948, pp. 1037–1051.*

13. *Cf. doc. 79,* dodis.ch/38884.

14. *Pour la pétition des Jeunesses radicales suisses du 17 novembre 1973, cf. le PVCF N° 624 du 24 avril 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#805*; *le procès-verbal du 16 mai de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil National du 25 avril 1974,* CH-BAR#E1050.12#1995/511#17*, *pp. 9–16 et le procès-verbal du 31 mai 1974 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États du 27 mai 1974,* CH-BAR#E1050.12#1995/512#8*, *pp. 2–10.*

frontières a malheureusement été manquée, surtout par les Neuf. Les maigres concessions soviétiques sur la diffusion de l'information écrite peuvent être considérées comme acquises provisoirement après première lecture. L'espoir est donc permis. Ces problèmes redeviendront sans doute plus actuels au moment de la discussion sur les suites de la CSCE.

IV. Suite des opérations

Les pays de l'Est espèrent conclure le plus rapidement possible. Côté occidental, la décision est liée aux prochaines réunions des Neuf et de l'OTAN[15]. Dans ces circonstances, les Neutres devront ou attendre que les blocs se soient prononcés ou prendre eux-mêmes une initative.

Certains avis exprimés se réfèrent à la situation politique actuelle, où seuls les gouvernements peuvent prendre des décisions. Une certaine polarisation est dès lors inévitable. Il convient d'attendre ce moment. Une initiative à la suédoise n'aurait aucune chance d'aboutir, pas plus qu'une initiative des NN. La Suisse doit, comme par le passé, éviter la constitution d'un bloc des NN. Nous sommes les seuls à défendre une position nette: conservons donc un maximum d'autonomie. La CSCE donne aux NN une occasion de manifester leur existence politique et de faire entendre leur voix. Pour conserver cet avantage incontestable, convient-il cependant de forger un bloc avec les autres Neutres et les Non-alignés? Le maintien d'une position autonome paraît préférable.

D'autres estiment au contraire qu'il ne s'agit pas, en fait, de former un nouveau bloc, mais de constater que les NN ont des intérêts en commun (ce qui se manifeste d'ailleurs par une certaine division du travail à Genève) et que jusqu'à présent leur cohésion est plus évidente que celle des Neuf. Il est toujours plus facile d'œuvrer en commun que de façon dispersée. Face aux options des Neuf, de l'OTAN et du bloc de l'Est, il faudra prendre position. L'idée d'une réunion des NN pourrait être reprise à l'issue des réunions de la CE et de l'OTAN. Son niveau pourrait être celui des chefs de délégation ou de hauts fonctionnaires des Ministères des Affaires étrangères. Il s'agirait en fait de l'apparition publique de quelque chose qui existe déjà. Une concertation entre les NN servirait à deux buts:

1. une nouvelle tentative de faire valoir nos intérêts;
2. la démonstration d'une position indépendante des blocs, agissant sur le plan psychologique.

Il faut encore examiner si les NN auraient vraiment quelque chose de concret à offrir pour débloquer la Conférence et justifier l'opération envisagée. L'hypothèse est émise que ce que les NN pourraient offrir correspondrait aux objectifs des Occidentaux, tout en ayant de meilleures chances d'être accepté par les pays de l'Est.

En ce qui concerne la récente initiative suédoise, il apparaît d'une part que Vienne souhaite régler son attitude sur celle de la Suisse; en même temps, on y aurait jugé de manière assez négative le contenu concret des propositions. La

---

15. *Pour un aperçu des positions des Neuf prises le 10 juin 1974 à Bonn et des États-membres de l'OTAN à Ottawa les 18 et 19 juin 1974, cf. la circulaire de Ch. Müller du 3 juillet 1974, doss. comme note 1.*

réaction autrichienne et aussi l'attitude de M. Kreisky à Moscou[16] montrent que l'Autriche, comme la Suisse, n'entend pas terminer la CSCE à n'importe quel prix.

Il n'est pas nécessaire de se prononcer immédiatement sur les sujets discutés ci-dessus. M. Bindschedler est autorisé à entreprendre des sondages à Genève auprès des autres délégations.

Il conviendra d'examiner la situation après la prise de position des Neuf et de l'OTAN ainsi que des résultats éventuels de la rencontre entre MM. Nixon et Brejnev à Moscou[17].

V. Travail migrant

Les échanges de vues portent encore sur l'attitude à prendre à l'égard de la proposition turque II/H/15[18] (voir annexe 2) relative à la coopération économique et établissant des principes sur les aspects économiques et sociaux du travail migrant. Les points 2, 4 et 9 du projet, apparemment acceptable à tous les autres participants à la CSCE, paraissent problématiques au regard de la politique intérieure suisse. Il serait dangereux de donner à notre opinion publique l'impression que le Conseil fédéral n'est plus autonome dans la définition de sa politique de main-d'œuvre étrangère[19].

Le texte de la proposition pourra peut-être encore être assoupli selon les lignes envisagées d'un commun accord entre les trois départements concernés:

1. Veiller à ce que des propositions dépassant ce que demande la Turquie ne soient introduites et éviter d'apporter des précisions indésirables au texte;
2. s'efforcer d'introduire dans le projet de résolution la *réserve de la structure démographique*;
3. s'efforcer d'introduire également dans le texte la *réserve de la législation nationale*, telle qu'elle a déjà été discutée avec le chef[20] de la délégation turque;
4. s'efforcer de faire remplacer la notion «pays de la Méditerranée» par un concept général;
5. renoncer à amender en détail les paragraphes, les réserves générales rendant inutile une telle modification[21].

---

16. *Cf. la lettre de R. Fässler à E. Thalmann du 7 juin 1974, doss. comme note 1. Pour la position autrichienne, cf. aussi le procès-verbal de C. Caratsch du 3 mai 1974,* dodis.ch/40545, *p. 7–9.*

17. *Cf. le rapport politique N° 5 de R. Fässler du 8 juillet 1974,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#58* (A.21.31) *et la lettre de R. Fässler à E. Thalmann du 9 juillet 1974, doss. comme note 1.*

18. *Proposition présentée par la Délégation de la Turquie à la CSCE du 14 mars 1974,* CSCE/II/H/15, *doss. comme note 1. Cf. aussi doc. 57,* dodis.ch/38848, *point II. a); le procès-verbal de C. Caratsch du 15 mai 1974,* dodis.ch/38856 *et la notice de J. Lugon du 4 novembre 1974,* dodis.ch/38857.

19. *Cf. la notice de C. Caratsch et P.-Y. Simonin du 22 mai 1974,* dodis.ch/38402.

20. *A. H. Alp.*

21. *Pour la suite des négociations, cf. le rapport de la Délégation suisse à la CSCE à Genève du 24 décembre 1974,* dodis.ch/38862; *le compte rendu de C. Caratsch du 9 janvier 1975,* dodis.ch/38863; *la lettre de R. Bindschedler à E. Thalmann du 4 février 1975,* dodis.ch/38864; *le procès-verbal de mai 1975 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 28 avril 1975,* dodis.ch/38865, *pp. 15–19 et le procès-verbal de H. Renk du 12 mai 1975,* dodis.ch/38866. *Pour la troisième phase de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 158,* dodis.ch/38867.

90

dodis.ch/40604

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

BEZIEHUNGEN ZUR REPUBLIK ZAIRE: FALL LOSEMBE

Bern, 11. Juni 1974

Seit Herbst 1972 hat sich der Bundesrat mehrmals mit dem Fall des ehemaligen zairesischen Aussenministers Losembe beschäftigt. Zuerst mit dem von den zairesischen Behörden gestellten Auslieferungsbegehren, später mit dem Gesuch um Asylgewährung. Eine endgültige Lösung, die vom Justiz- und Polizeidepartement vorbereitet werden soll, steht noch aus[2].

Wie sehr diese Angelegenheit, die von Präsident Mobutu sehr persönlich genommen wird, unsere gegenseitigen Beziehungen[3] belastet, sei an folgenden zwei Beispielen dargelegt.

Von den von Präsident Mobutu in seiner Rede vom 30. November 1973 angekündigten Enteignungsmassnahmen sind bisher etwa 20 schweizerische Investoren betroffen worden. Die Respektierung unseres Investitionsschutzabkommens[4] ist der zairesischen Regierung durch unsere Botschaft in Kinshasa verschiedentlich in Erinnerung gerufen worden. Eine verbindliche Antwort steht indessen noch aus[5]. Es handelt sich dabei um eine typische Verzögerungstaktik. Vertraulichen Aussagen zufolge, die von Präsident Mobutu selbst stammen, *würde eine Entschädigung der enteigneten Schweizerbürger innerhalb eines Jahres ohne weiteres möglich sein, sofern die Angelegenheit Losembe eine befriedigende Lösung finden sollte*[6].

Zudem werden zur Zeit bedeutende, schweizerische Investitionsvorhaben[7], wie die Errichtung eines Aluminiumwerkes durch Alusuisse (Gesamtinvestition ca. 150 Mio. $) sowie Neuinvestitionen durch Nestlé, durch die zairesischen Behörden *absichtlich zurückgestellt und in direkten Zusammenhang mit dem Fall Losembe gebracht.*

Schliesslich sei erwähnt, dass angeblich der zairesische Geheimdienst erfahren haben soll, dass Losembe kürzlich ein Buch geschrieben hat mit dem

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7001C#1985/231#645* (2310.1). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 118,* dodis.ch/35748, *Anm. 8; DDS, Bd. 26, Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 6; die Notiz von A. R. Hohl vom 31. August 1972,* dodis.ch/40645; *das Schreiben von O. Schürch an E. Thalmann vom 24. Oktober 1972,* dodis.ch/40646; *den Bericht von O. Schürch vom 15. November 1972,* dodis.ch/40647; *das Schreiben von H. Langenbacher an E. Thalmann vom 26. März 1973,* dodis.ch/40648 *sowie die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin vom 25. Juni 1973,* dodis.ch/40649.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 1,* dodis.ch/33689 *und Dok. 39,* dodis.ch/33051; *DDS, Bd. 25, Dok. 118,* dodis.ch/35748; *die Notiz von E. Moser an R. Keller vom 13. Mai 1974,* dodis.ch/40641 *sowie die Notiz von E. Thalmann an G. A. Chevallaz vom 11. September 1974,* dodis.ch/40642.
4. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 706 vom 24. April 1972,* dodis.ch/36639.
5. *Vgl. dazu Dok. 76,* dodis.ch/38817, *Anm. 5.*
6. *Vgl. dazu die Notiz C. Huguenin vom 7. Juni 1974,* dodis.ch/40651.
7. *Vgl. dazu die Notiz von J.-P. Weber vom 23. Juli 1974,* dodis.ch/40640.

Titel: «Comment j'ai volé le voleur». Sollte dies zutreffen, so wäre eine Verweigerung der Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz infolge politischer Tätigkeit um so gerechtfertigter[8].

Da Zaire im September 1974 als Ehrengast am Comptoir Suisse teilnehmen wird[9] (zusammen mit Ungarn und Ecuador), scheint uns die Dringlichkeit eines Entscheides in der Angelegenheit Losembe angezeigt, zumal das «timing» eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

Selbstverständlich handelt es sich nicht um die Auslieferung Losembes, die vom Bundesgericht abgelehnt wurde, sondern um den definitiven Entscheid einer Verweigerung der Aufenthaltsbewilligung, womit Losembe die Möglichkeit verbleiben würde, nach Spanien, Portugal oder einem anderen Drittland zu gehen. (Laut vertraulichen Berichten aus Zaire würde es für Präsident Mobutu scheinbar sogar genügen, wenn Losembe nach Liechtenstein versetzt würde[10]; für ihn handelt es sich lediglich darum, das Gesicht zu wahren. Für uns hingegen stehen wesentliche Interessen und zum Teil das gesamte Vermögen vieler Auslandschweizer auf dem Spiel![11])

---

8. *Zur Problematik von Asylgesuchen politischer Persönlichkeiten in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 60,* dodis.ch/14895; *DDS, Bd. 25, Dok. 43,* dodis.ch/35749; *DDS, Bd. 26, Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Anm. 15; das Schreiben von A. R. Hohl an R. Pestalozzi vom 18. Mai 1973,* dodis.ch/40378; *das Schreiben von A. R. Hohl an O. Schürch vom 23. Juli 1974,* dodis.ch/40860 *sowie das Schreiben von F. H. Andres an E. Thalmann vom 23. Juni 1975,* dodis.ch/40108.

9. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#883* (C.40.88.1).

10. *Vgl. dazu die Notiz von A. R. Hohl an E. Fasel vom 11. Juni 1974,* dodis.ch/40652.

11. *B. Losembe ist am 3. Dezember 1974 nach der Gewährung einer allgemeinen präsidentiellen Amnestie für politische Häftlinge und Flüchtlinge nach Zaire zurückgekehrt. Vgl. dazu die Notiz von C. Huguenin vom 13. Dezember 1974,* dodis.ch/40653.

91

dodis.ch/39265

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

Établissement de relations diplomatiques avec la République populaire démocratique de Corée (RPDC)

Confidentielle Berne, 17 juin 1974

I. Exposé des motifs

En juin 1973, en accord avec la Division du commerce et estimant que le moment était venu de donner suite dans une certaine mesure au souhait maintes fois exprimé par la Corée du Nord d'accorder à nos relations un aspect plus officiel, nous vous avions proposé d'entamer des négociations avec le Gouvernement de la République populaire démocratique de Corée (ci-après RPDC) en vue de la conclusion d'un arrangement portant sur la création de

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#807*. *Rédigée par P. Luciri et A. R. Hohl. Signée par P. Graber.*

missions commerciales officielles. Par décision du 25 juin 1973[2], vous vous êtes déclarés prêts à suivre cette proposition; les pourparlers eurent lieu à Berne du 10 au 14 juillet et un arrangement fut signé à cette dernière date, que vous avez approuvé dans votre séance du 15 août 1973[3]. Il est entré en vigueur le 20 août 1973. Tandis qu'une mission commerciale a été ouverte par la RPDC à Zurich à fin février 1974, nous avons renoncé à établir une mission à Pyongyang. C'est notre Ambassade à Pékin qui est chargée des questions économiques et commerciales ayant trait à la Corée du Nord.

À une reconnaissance abrupte de Pyongyang, nous avons donc préféré une approche graduelle comportant comme premier stade l'établissement de missions commerciales officielles sur le modèle de ce que nous avions réalisé en son temps avec la République démocratique allemande[4].

Aujourd'hui, les raisons qui avaient motivé notre retenue, sans avoir perdu toute valeur, ne constituent plus un obstacle déterminant à une reconnaissance entière de la RPDC.

a) Commission neutre de contrôle de l'armistice en Corée[5]

Dans notre approche, le fait que nous sommes, avec la Suède, la Tchécoslovaquie et la Pologne, membre de la Commission neutre de contrôle de l'armistice en Corée avait joué un rôle essentiel. Nous avions affirmé, au moment où nous avions accepté ce mandat, que nous le remplirions en toute impartialité suivant en cela notre politique de neutralité[6]. Nous ne pouvions dès lors faire abstraction de l'équilibre politique qui existait au sein de cette Commission. Nous étions conscients qu'une reconnaissance de notre part de la RPDC pouvait mettre en question ce concept d'équilibre et ébranler la confiance placée dans notre pays.

Au début de l'automne 1972, nous avons soutenu une initiative suédoise qui tendait à une reconnaissance par chacun des membres de la Commission de la partie qu'ils n'avaient pas reconnue jusqu'ici[7]. Cette initiative n'a pas abouti, ni la Tchécoslovaquie ni la Pologne n'étaient prêtes à reconnaître la Corée du Sud[8]. La Suède ne s'est pas laissée arrêter par les scrupules qui nous retenaient alors et a reconnu la Corée du Nord le 6 avril 1973[9]. Dès cette date, l'équilibre au sein de la Commission a donc été définitivement rompu.

---

2. *PVCF N° 1062 du 25 juin 1973,* dodis.ch/39273.
3. *PVCF N° 1304 du 15 août 1973,* dodis.ch/39270. *Pour les négociations, cf. la lettre de R. Probst à E. Brugger du 21 juillet 1973,* dodis.ch/39284 *et doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2400* (B.15.11.1).
4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 179,* dodis.ch/34372, *en particulier note 7.*
5. *Pour le mandat suisse de la NNSC, cf. doc. 8,* dodis.ch/39285, *point 3; doc. 12,* dodis.ch/40106, *point 4; la notice de P. Luciri du 7 octobre 1974,* dodis.ch/39303; *le télégramme N° 272 de l'Ambassade de Suisse à Pékin au Département politique du 16 décembre 1974,* dodis.ch/39305 *et la lettre de P. Graber à K. Bächtold du 18 juin 1975,* dodis.ch/39307.
6. *Cf. DDS, vol. 19, table méthodique:* I.5 Bons offices.
7. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 152,* dodis.ch/35835 *et doc. 164,* dodis.ch/35836.
8. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 168,* dodis.ch/35837, *en particulier note 5.*
9. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/39285.

b) Corée du Sud

Le Gouvernement sud-coréen nous a exprimé sa satisfaction lorsqu'il a appris que nous nous bornions à établir avec la RPDC des relations sur le plan économique seulement. Toutefois, depuis la déclaration du Président Park du 23 juin 1973[10], ce gouvernement ne s'oppose plus en principe à la reconnaissance des deux Corées. Seuls les pays de l'Est pratiquent à cet égard une sorte de doctrine Hallstein[11] en ne reconnaissant que le Nord. Pour contrecarrer les nombreuses reconnaissances de la RPDC (voir annexe[12]), parmi lesquelles le camp occidental est représenté par la Suède, l'Argentine, le Danemark, la Finlande, la Norvège et l'Islande, le Gouvernement sud-coréen, dans un souci d'équilibre, cherche depuis un certain temps déjà, mais sans succès, à nouer des contacts avec les pays communistes[13]. Pour plusieurs pays occidentaux le déséquilibre croissant des reconnaissances est une des raisons qui les incitent à ne pas reconnaître le Nord pour le moment.

Entre Stockholm et Séoul, après une période délicate empreinte de rancœur, le climat s'est maintenant amélioré. Les activités de la Suède dans la Commission neutre de contrôle n'ont d'ailleurs jamais été entravées par sa reconnaissance de la RPDC.

Une décision de reconnaissance de notre part, qui serait prise au moment opportun, ne devrait donc pas avoir de conséquences trop négatives pour nos intérêts en Corée du Sud.

c) Nos relations avec la RPDC

La Corée du Nord est aujourd'hui pratiquement le seul État – qui doit à nos yeux être qualifié comme tel selon les règles du droit des gens – avec lequel nous n'entretenons pas de relations diplomatiques. (Notre reconnaissance de la République populaire de Chine[14] exclut d'emblée l'établissement de relations officielles avec la Chine nationaliste.)

La Corée du Nord compte une population d'environ 15 millions d'habitants. Son produit national brut, estimé à 3,5 milliards de dollars, est comparable à celui du Bangla Desh. Ce pays occupe une position stratégique des plus importantes, puisqu'il touche à la fois à la Chine et à l'URSS et qu'il est baigné aussi bien par la mer Jaune que par la mer du Japon.

L'absence de relations diplomatiques avec la RPDC ne nous a pas empêchés d'avoir des contacts à intervalles quasi réguliers avec ce pays. De 1967 à 1972, ce ne sont pas moins de quatre ambassadeurs[15] de Corée du Nord qui

---

10. *Cf. le télégramme N° 23 de l'Ambassade de Suisse à Séoul au Département politique du 22 juin 1973,* dodis.ch/39261.
11. *Pour la doctrine Hallstein, cf. DDS, vol. 20, doc. 137,* dodis.ch/11457.
12. *Pour l'annexe, cf.* dodis.ch/39265.
13. *Cf. la lettre de J. P. Lustenberger à E. Thalmann du 22 juin 1973,* dodis.ch/39256.
14. *Cf. le télégramme de M. Petitpierre à Mao Tsé Toung du 17 janvier 1950,* dodis.ch/8016.
15. *Pour les visites de Kim The Hi en juin 1967 et en juillet 1968, cf. DDS, vol. 24, doc. 169,* dodis.ch/33133, *en particulier notes 4 et 5. Pour la visite de Kim Yeng Sik , cf. le compte rendu de R. Baumgartner du 23 juillet 1970,* dodis.ch/36012 *et pour celle de Kim Hi Sun, cf. le compte rendu de K. Fritschi du 2 juin 1972,* dodis.ch/36011.

sont venus en Suisse, alors que notre Ambassadeur[16] à Pékin s'est, jusqu'à ce jour, rendu à deux reprises déjà à Pyongyang. La première visite remonte à 1968[17] et la seconde à fin mars 1973[18]. D'autre part, des contacts ont eu lieu à Zurich, en septembre 1969, entre l'Ambassadeur Probst, Délégué aux accords commerciaux, et une délégation nord-coréenne conduite par le Vice-président[19] du Comité pour la promotion du commerce extérieur de la RPDC.

L'établissement de relations diplomatiques avec la Corée du Nord n'entraînerait pas pour le moment l'ouverture d'une mission diplomatique à Pyongyang. Nous envisagerions plutôt d'y accréditer un ambassadeur résident dans un autre pays asiatique. Quant à la RPDC, il est assez vraisemblable qu'elle ouvrirait une ambassade à Berne.

d) Accord du 4 juillet 1972 entre les deux Corées[20]

Par l'Accord du 4 juillet 1972, les deux Corées se sont engagées à travailler à la réunification de la Patrie et ce pacifiquement et sans recours à des appuis extérieurs. Le but de cet Accord est de parvenir à une unité nationale qui transcende les différences d'idéologies et de systèmes.

Ces efforts de rapprochement n'ont pas jusqu'ici enregistré de grands progrès; toutefois, même si le dialogue semble s'embourber, le plus souvent dans des querelles de procédure, on peut néanmoins constater que le Nord prend soin de ne pas le rompre totalement. Séoul, on le sait, a proposé à Pyongyang la conclusion d'un pacte de non-agression que la Corée du Nord a jusqu'ici refusé. Aux fins, en quelque sorte, de contrecarrer cette proposition, le Gouvernement de la Corée du Nord s'est déclaré prêt de son côté à nouer un dialogue avec les États-Unis, en vue de rétablir la paix dans la péninsule coréenne et d'obtenir le départ des troupes américaines de Corée du Sud. Les Américains ont accueilli une telle suggestion avec la réserve que l'on peut aisément imaginer[21].

Rien donc, au cours des derniers mois, n'a fait évoluer le processus de réunification entre les deux États, qui, en ce moment, est au point mort.

Une reconnaissance formelle de Pyongyang de notre part, dans les conditions actuelles, ne risque donc pas de perturber le déroulement de négociations en cours. L'espoir de voir ces dernières aboutir à une réunification des deux États est pratiquement nul. Pour le choix du moment de la reconnaissance, il suffirait donc que nous retenions une période relativement calme, sans tensions militaires extraordinaires.

---

16. *O. Rossetti, puis A. Natural.*

17. *Cf. la lettre de O. Rossetti à W. Spühler du 9 décembre 1968,* dodis.ch/33550.

18. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/39285, *note 7. Pour la visite de H. Langenbacher en Corée du Nord, cf. le rapport politique N° 40 de H. Langenbacher du 13 novembre 1975,* dodis.ch/39309.

19. *Bang Ki Yong. Cf. DDS, vol. 24, doc. 169,* dodis.ch/33133. *Cf. aussi doc. 8,* dodis.ch/39285, *point 4.*

20. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 152,* dodis.ch/35835. *Cf. aussi doc. 8,* dodis.ch/39285, *point 2.*

21. *Sur la diminution des forces américaines en Corée du Sud, cf. le rapport politique N° 1 de J. P. Lustenberger du 7 mars 1974,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#75* (A.21.31). *Cf. aussi doc. 127,* dodis.ch/39246.

e) La question coréenne et les Nations Unies[22]

Cette vieille question a été éliminée de l'ordre du jour de l'Assemblée générale des Nations Unies lors de sa session d'automne 1973, qui a également mis un terme aux activités de l'UNCURK – Commission pour l'Unité et le Relèvement de la Corée – créée par cette Assemblée peu après la fin de la guerre de Corée, et dont le siège était à Séoul. Cette Commission a d'ailleurs toujours eu à subir les foudres de Pyongyang!

Par sa déclaration de juin 1973[23], le Gouvernement sud-coréen avait précisé qu'il ne s'opposait pas à l'admission des deux Corées aux Nations Unies si la majorité des États membres devait le souhaiter, à la condition toutefois que cette admission n'aille pas à l'encontre des efforts de réunification nationale entrepris par les deux parties de la Corée.

Pyongyang, par la voix du Président Kim Il Sung, a repoussé l'idée d'une entrée simultanée des deux Corées à l'ONU et proposé l'admission de la Corée à l'ONU en tant que Confédération. Ce projet paraît peu réaliste, lorsqu'on sait que son auteur a en quelque sorte activement travaillé à l'officialisation des deux Corées en cherchant à établir des relations avec des pays avant reconnu la Corée du Sud et en posant sa candidature à l'OMS et à d'autres institutions spécialisées de l'ONU, dont la Corée du Nord est maintenant membre. Pyongyang a ouvert un bureau d'observateur permanent à l'ONU à New York et entretient un bureau à Genève auprès des Organisations Internationales. Évidemment, à la longue Pyongyang aspire bien à imposer la thèse de sa seule légitimité à représenter tout le peuple coréen, donc une thèse unioniste qui va au détriment du Sud.

f) Aspects économiques et commerciaux

La Division du commerce déclare ce qui suit au sujet de nos relations commerciales et économiques avec la Corée du Nord:

«Als Positivum ist ohne Zweifel die bevorstehende Entwicklung der Handelsbeziehungen zu bewerten. Während sich der schweizerische Export im Jahre 1972 auf 2,2 Mio. Fr. Uhren und 1973 auf 2,6 Mio. Fr. Uhren, 1,4 Mio. Fr. Lademaschinen und 0,8 Mio. Fr. Farbstoffe beschränkte, befinden wir uns seit Abschluss der Vereinbarung über die gegenseitige Errichtung offizieller Handelsmissionen vom Sommer 1973 am Anfang einer Entwicklung, die der schweizerischen Industrie bedeutsame Lieferungen nach Nordkorea ermöglichen sollte.

Ein erstes grosses Geschäft, das sonst an die Japaner gegangen wäre, stellt der Vertragsabschluss für eine schlüsselfertige schweizerische Uhrenfabrik dar (Grössenordnung ca. 30 Mio. Fr.). Die Nordkoreaner interessieren sich für den Ankauf zahlreicher industrieller Produktionsanlagen in unserem Land (centrale énergie nucléaire clefs en main, une fabrique stylos à bille, une fabrique machines à tailler engrenages et rectifieuses, une usine pour la production d'aiguilles à tricoter et à confectionner des bas, une installation pour la fabrication de broches textiles, équipement pour mines, ventilateurs, etc.)[24].

---

22. *Cf. doc. 12,* dodis.ch/40106, *point 5.*

23. *Cf. note 10.*

24. *Cf. le rapport de M. Disler du 20 février 1974,* dodis.ch/39274.

Die Nordkoreaner bekunden grosses Interesse an der schweizerischen Industrieausstellung von kommenden August in Peking[25], wohin sie eine Delegation von 50–60 Technikern und Endverbrauchen zu entsenden beabsichtigen.

Nordkorea hat der Schweiz bisher lediglich Rohzink geliefert (1972: 4 Mio. Fr. – 1973: 5,5 Mio. Fr.). Dadurch kann die Handelsbilanz 1973 als ausgeglichen bezeichnet werden. Bei wachsenden nordkoreanischen Industriekäufen in der Schweiz ist aber schon bald mit einem massiven schweizerischen Aktivum zu rechnen[26]. Nordkorea offeriert aber auch Graphit und Kupfer.»

II. Conclusion

Au cours des mois écoulés, aucune perturbation de nature à modifier la ligne générale de conduite que nous nous étions fixée à l'égard de la RPDC n'est intervenue. La mise en place de la mission commerciale nord-coréenne à Zurich s'est déroulée sans heurts. Des contacts politiques informels dépassant quelque peu le cadre de notre arrangement commercial se sont ébauchés, notamment avec le Bureau de la RPDC auprès des organisations internationales à Genève[27].

Une reconnaissance formelle et entière devrait donc arriver tout naturellement, si rien de décisif ne s'oppose au dernier moment à ce que nous franchissions ce pas, qui comblerait une dernière lacune importante dans l'universalité de nos relations extérieures. Les pays scandinaves ont déjà reconnu Pyongyang. L'Australie s'apprête à le faire, ainsi que l'Autriche, avec laquelle nous souhaitons coordonner notre action dans la mesure du possible[28]. Parmi les pays du Sud-Est asiatique non-communistes, nous constatons que la Malaisie est en relations diplomatiques avec la Corée du Nord aussi bien qu'avec la Corée du Sud. La Thaïlande, pays où le changement de ligne politique peut être considéré comme particulièrement significatif, se rapproche également de Pyongyang[29]. Dans ces conditions, il paraît logique qu'après avoir reconnu le Viêt-Nam du Nord et établi des relations diplomatiques avec le Gouvernement de Hanoï[30], nous ne tardions pas trop à en faire de même avec celui de Pyongyang.

Sur le plan intérieur, on ne décèle, en ce moment du moins, aucune pression au Parlement allant dans le sens d'une reconnaissance de Pyongyang. Ni le régime de Pyongyang ni celui installé à Séoul ne sauraient prétendre à une grande popularité dans notre opinion publique.

---

25. *Sur la SITEX à Pékin, cf. doc. 137,* dodis.ch/37700 *et la notice de P.-Y. Simonin du 6 août 1974,* dodis.ch/39278.

26. *Sur la garantie contre les risques à l'exportation pour la Corée du Nord, cf. la notice de R. Probst à E. Brugger du 23 décembre 1975,* dodis.ch/39276.

27. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2401* (B.15.11.1).

28. *Pour la coordination avec l'Autriche, cf. la notice de A. R. Hohl du 29 avril 1974,* dodis.ch/39283, *le procès-verbal de C. Caratsch du 3 mai 1974,* dodis.ch/40545, *p. 10 et le procès-verbal de C. Caratsch des 28 et 29 août 1974,* dodis.ch/40546, *pp. 6 s.*

29. *Pour l'état des reconnaissances au 30 mai 1974, cf. le PVCF N° 995 du 24 juin 1974,* dodis.ch/39265, *annexe. Pour le développement de cette question, cf. doss. comme note 27.*

30. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 90,* dodis.ch/35603.

Vu ce qui précède, le Département politique a l'honneur de proposer:
1. que le Conseil fédéral approuve la ligne de conduite exposée ci-dessus;
2. qu'il autorise le Département politique a établir au moment qui lui paraîtra le plus opportun des relations diplomatiques avec la RPDC[31].

31. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 995 du 24 juin 1974,* dodis.ch/39265. *Pour l'établissement des relations diplomatiques avec la RPDC, cf. le procès-verbal de E. Thalmann et Li Song Hi du 20 décembre 1974, doss. comme note 27. Cf. aussi doc. 127,* dodis.ch/39246. *Pour la nomination de l'Ambassadeur de Suisse à Pékin A. Natural comme Ambassadeur en RPDC, cf. le PVCF N° 161 du 5 février 1975,* dodis.ch/39282.

92

dodis.ch/39007

Notice interne de la Division du commerce du Département de l'économie publique[1]

Hong Kong. Entretien du 13 juin 1974[2]

Confidentiel — Berne, 19 juin 1974

1. Questions horlogères

a) Délégué itinérant FH[3]

Le Consul général Suter confirme certains «bruits» dont la Division du commerce a eu connaissance au sujet du Délégué itinérant de la FH en Extrême-Orient et indique que M. Thomas ne jouit pas de toute la confiance des milieux horlogers (notamment suisses) de Hong Kong, de la police locale et des importateurs.

L'Ambassadeur Probst conseille à son interlocuteur de dire à ceux qui se plaignent d'adresser leur doléances à la FH et non à notre Division.

b) Préférences tarifaires

L'on peut regretter que la Suisse ait dû refuser la deuxième tranche des préférences à Hong Kong[4] également pour les boîtes, alors que précisément la Colonie de la Couronne se montre disposée à nous aider dans le domaine des contrefaçons[5]. Toutefois, des raisons intérieures suisses rendaient impossible toute autre solution.

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E7110#1985/97#1717* (863.1). *Rédigée par R. Grossenbacher. Copie à H. Suter, R. Probst, M. Krell et R. Grossenbacher.*

2. *Participants: H. Suter, R. Probst, M. Krell et R. Grossenbacher. Sur les sujets discutés, cf. aussi le rapport de R. Probst de septembre 1973,* dodis.ch/38678.

3. *D. A. Thomas. Sur sa mission, cf. la circulaire de R. Probst du 15 janvier 1973,* dodis.ch/38689; *la notice de J.-E. Töndury du 26 février 1973,* dodis.ch/38693 *et la note du Consulat suisse à Hong Kong au Department of Commerce and Industry du 17 janvier 1974,* dodis.ch/38719.

4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 129,* dodis.ch/35588 *et la notice de R. Probst du 17 décembre 1973,* dodis.ch/38718.

5. *Sur la lutte contre la contrefaçon à Hong Kong, cf. DDS, vol. 24, doc. 77,* dodis.ch/23552; *DDS,*

Il faut maintenant éviter que cela ait des répercussions sur l'attitude coopérante manifestée par Hong Kong en matière de lutte contre les contrefaçons. Afin que notre Consulat général puisse se vouer entièrement à cette question sans être gêné par le dossier des préférences, il paraît judicieux de le décharger de la défense de cet aspect du problème. L'Ambassadeur Probst s'occupera donc personnellement de la question et en discutera directement avec M. Dorward, dès que ce dernier se trouvera à Genève[6].

2. Industrie de l'habillement[7]

Il s'agit pour l'instant d'éviter l'introduction par la Suisse d'un système de prix certifiés à l'égard de Hong Kong. À la longue, il pourrait s'avérer utile de chercher à conclure avec Hong Kong un «gentlemen's agreement»[8] dont les effets seraient moins contraignants que dans le cas d'un système tel qu'il est décrit ci-dessus. Or, nos importations en provenance de la Colonie ont fortement progressé ces derniers temps, ce qui n'a pas manqué de déclencher des réactions en Suisse. Il serait souhaitable que le Consulat général procède, dans une première phase, avec toute la discrétion requise à un «fact finding», notamment au sujet des règles d'origine appliquées sur place. Ces informations permettront de nous faire une idée plus précise de la situation.

3. Conclusion:

Nos relations avec Hong Kong[9] sont bonnes, malgré les quelques ombres qui se présentent (contrefaçons, préférences) et il y a lieu d'agir avec prudence afin de ne pas les troubler.

---

vol. 25, doc. 129, dodis.ch/35588; *la notice de R. Grossenbacher du 16 juillet 1973,* dodis.ch/38703; *la lettre de Ch.-M. Wittwer à H. Hofer du 30 août 1973,* dodis.ch/38711; *la notice de R. Probst et H. Suter du 24 septembre 1973,* dodis.ch/38709 *et la notice de R. Probst du 17 décembre 1973,* dodis.ch/38718. *Sur cette lutte en général, cf. doc. 120,* dodis.ch/38726; *la notice de R. Grossenbacher du 18 avril 1973,* dodis.ch/38695 *et la notice de l'Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail du Département de l'économie publique du 24 janvier 1974,* dodis.ch/38723.

6. *Cf. la notice de M. Krell du 9 juillet 1974,* dodis.ch/40808.

7. *Cf. le procès-verbal de M. Krell du 5 décembre 1974,* dodis.ch/38680.

8. *Cf. la lettre de R. Probst à H. Suter du 20 juin 1975,* dodis.ch/38658 *et le télégramme N° 3 de H. Suter à R. Probst du 30 juin 1975,* dodis.ch/38688.

9. *Sur les relations économiques, cf. la lettre de R. Fatton à P. R. Jolles du 18 avril 1974,* dodis.ch/38679.

93

dodis.ch/39136

Der schweizerische Botschafter in Athen, E. von Graffenried, an den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Athen, 20. Juni 1974

Wir haben zurzeit mit dem Aussenministerium mehrere Pendenzen, bei welchen es auch um stimmungsmässige Elemente geht. Damit scheint mir eine Überprüfung auch im weiteren Zusammenhange geboten.

a) Präferenzzölle[2]:
Die Auslassung Griechenlands[3] wurde zwar mittlerweile auch durch direkte Kontakte zwischen Botschafter Languetin und dem hiesigen Partner zu erläutern gesucht. Die Sache hat sich jedoch ohne Zweifel auf die Stimmung ausgewirkt: beim Ministerium selbst, aber mehr noch bei einzelnen technischen Stellen, auf welche wir angewiesen sind. Wohl hat sich für unsere Begriffe auch Athen etwas «ins Unrecht» versetzt, doch ändert dies wenig an unserer laufenden Abhängigkeit.

b) Sozialversicherung[4]:
Wir hatten erst mit Verspätung vom Abschluss der Ratifikation durch den Nationalrat als Zweitrat gehört, erfolgt bereits am 4. März 1974[5]. Anderseits wurde der griechische Entwurf für Ersparnis-Transfer auf Ihrer Seite zwar als erfreulich bezeichnet, aber doch um eine nicht unwesentliche Verbesserung nachgesucht (für Kalkulation: Salär «brutto» statt «netto»); was erneute Rückfragen im Finanzministerium erfordert. Obwohl uns damit eine Antwort geschuldet wird, kann dies neue Verzögerungen für die Ratifikation des Abkommens[6] bedeuten. Auch hier stellt sich somit die Frage der Gesamt-Konstellation.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3132* (B.15.21). *Kopie an A. Coigny. Handschriftliche Marginalie von C. Caratsch an K. Fritschi:* Mit dem beiliegenden Brief von Herrn Bill ist die Frage Katastrophenhilfe vorläufig erledigt. Bitte die anderen Fragen wie besprochen mit Herrn Coigny diskutieren. *Handschriftliche Marginalie von K. Fritschi:* fait le 8. 7. 1974.
2. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Languetin an E. von Graffenried vom 30. Januar 1974,* dodis.ch/39130.
3. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 1 von E. von Graffenried an das Politische Departement vom 7. Februar 1974,* dodis.ch/39147.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 100,* dodis.ch/35581, *bes. Anm. 6 und das Protokoll von C. Motta und A. Zogromalidis vom 2. März 1973,* dodis.ch/39197.
5. *Vgl. Amtl. Bull. NR, 1974 , S. 216 f.*
6. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Griechenland über soziale Sicherheit *vom 1. Juni 1973, AS, 1974, S. 1682–1700.*

c) Doppelbesteuerung[7]:

Die Auslösung einer Initiative von griechischer Seite stösst hier weiterhin auf Schwierigkeiten. So hat uns der Sachbearbeiter im Aussenministerium, der sich über dieses Ansuchen bereits erstaunt gezeigt hatte (unser Schreiben vom 28. Mai 1974[8]) letzter Tage mündlich nun auch die Überraschung des Finanzministeriums zum Ausdruck gebracht. Zur Sachlage aus hiesiger Sicht verweise ich auf frühere Korrespondenzen[9] wie auch Überlegungen; sofern unsere materiellen Interessen wirklich als ausreichend fundiert erachtet werden. Zwar wird uns auch hier formell noch eine Antwort geschuldet, doch kann dies für die Eidg. Steuerverwaltung weitere Verzögerungen bedeuten.

d) Katastrophenhilfe[10]:

Siehe unser beiliegendes, heutiges Schreiben an den Delegierten für K*[atastrophen]*-H*[ilfe]*[11], wo sich punkto Nicht-Publizität ähnliche Fragen stellen.

Es lag mir daran, Sie kurz über *dieses Zusammentreffen* zu unterrichten, mit Blick auf unser generelles Verhältnis zum Aussenministerium; wobei Ihnen auch weitere Pendenzen bekannt sind, neben den weiteren Regime-Aspekten[12]. Es wäre mir denn auch wertvoll, wenn einzelne dieser Punkte auf Ihrer Seite überprüft werden könnten. Besonders zu *b*) und *c*) könnte auch eine Rücksprache Ihrer Dienste mit Botschaftsrat Coigny – zurzeit Urlaub Schweiz – nützlich sein.

---

7. *Vgl. dazu den Bericht der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements vom 1. Juli 1975,* dodis.ch/39187.

8. *Schreiben von E. von Graffenried an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 28. Mai 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3160* (B.34.12.0).

9. *Vgl. Doss. wie Anm. 8.*

10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1238 vom 10. August 1973,* dodis.ch/38578 *sowie das BR-Prot. Nr. 1791 vom 29. September 1975,* dodis.ch/38579.

11. *Schreiben von E. von Graffenried an A. Bill vom 20. Juni 1974, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Griechenland vgl. das Schreiben von E. von Graffenried an P. Graber vom 7. März 1974,* dodis.ch/39173.

94

dodis.ch/38488

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 7. ausserordentlichen Sitzung vom 18. Juni 1974, 13 Uhr[1]

SPANIERDEMONSTRATION IN GENF

Bern, 8. Juli 1974

Die Spanierdemonstration in Genf

Herr Furgler orientiert den Rat über die weitere Abklärung dieses Geschäfts. Denkbar wäre, neben dem Verbot der Demonstration selbst, worüber der Bundesrat bereits gesprochen hat[2], insbesondere ein Redeverbot[3] für die beiden spanischen Referenten[4]. Denkbar wäre aber auch eine Einreisesperre für spanische Gastarbeiter[5] aus den umliegenden Gebieten. Charterflüge für diese Demonstration wurden bisher keine gemeldet. Herr Fontanet, Polizeidirektor des Kantons Genf, hat sich mit Herrn Regierungspräsident Duboule in Verbindung gesetzt und in Anwesenheit von Herrn Bundeskanzler Huber über das Gespräch folgendes berichtet: Der Regierungsrat des Kantons Genf ist der Meinung, dass ein Redeverbot für die beiden spanischen Referenten keine gute Wirkung hätte. Zudem wäre es leicht zu umgehen, indem Ansprachen verlesen oder über Tonband verbreitet würden. Der Regierungsrat des Kantons Genf ist auch gegenüber einer Einreisesperre negativ. Die Einführung einer Visumspflicht, die Nicht-Abnahme von Extrazügen usw. könnten seines Erachtens durchaus den Zustrom spanischer Arbeiter aus dem Ausland reduzieren, wären aber auch leicht zu umgehen. Wenn der Bundesrat Massnahmen dieser Art beschliesst, müssten sie dem Regierungsrat des Kantons Genf eröffnet werden und dieser würde dem Bundesrat ohne Verzug die Ausführung zusichern, für die Folgen aber jede Verantwortung ablehnen. In dieser Situation stellt sich ernsthaft die Frage, ob es sinnvoll ist, gegen die klare Stellungnahme des Regierungsrats des

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#17*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 8. Juli 1974 der 23. Sitzung vom 17. Juni 1974,* CH-BAR#E1003#1994/26#17*.
3. *BR-Prot. Nr. 987 vom 18. Juni 1974*, CH-BAR#E1004.1#1000/9#807*. *Für das Redeverbot für den Dalai Lama vgl. Dok. 41,* dodis.ch/37698.
4. *D. Ibárruri Gómez und S. Carrillo Solares.*
5. *Zu den spanischen Gastarbeitern in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 99,* dodis.ch/30264; *Dok. 105,* dodis.ch/30289; *Dok. 108,* dodis.ch/30478 *und Dok. 155,* dodis.ch/30019; *DDS, Bd. 23, Dok. 86,* dodis.ch/31041 *und Dok. 153,* dodis.ch/31007; *DDS, Bd. 24, Dok. 10,* dodis.ch/32342 *und Dok. 85,* dodis.ch/32361; *DDS, Bd. 25, Dok. 63,* dodis.ch/35681; *die Notiz von G. Pedotti vom 6. Februar 1973,* dodis.ch/39104; *das Schreiben von A. Parodi an P. Graber vom 21. August 1973,* dodis.ch/39110; *die Verbalnote von der spanischen Botschaft an das Politische Departement vom 29. März 1974,* dodis.ch/39109; *das Schreiben von V. Martin an J.-P. Bonny, P. Erni und O. Schürch vom 15. Oktober 1974,* dodis.ch/39117 *sowie die Notiz von H. Cuennet an E. Thalmann vom 10. September 1975,* dodis.ch/39105.

Kantons Genf zu handeln. Wenn der Bundesrat anders entscheidet als der Regierungsrat des Kantons Genf, so sollte er auch die Möglichkeit haben, seinen Willen durchzusetzen, wofür ihm aber die Mittel einfach fehlen. Herr Furgler ist deshalb zum Schluss gekommen, dass es vorteilhafter ist, die Demonstration gemäss der Bewilligung durch den Regierungsrat des Kantons Genf durchführen zu lassen. Klar ist anderseits, dass nach dem 23. Juni mit der Regierung des Kantons Genf grundsätzlich über die Bewilligung von grossen Demonstrationen dieser Art gesprochen werden muss, da das Ansehen der Schweiz als Gaststaat wichtiger UNO-Organe in Frage gestellt wird.

Der Bundesrat spricht sich darauf ein weiteres Mal eingehend über die Möglichkeit, bzw. die Opportunität eines Verbots der Demonstration vom 23. 6. 1974 aus, insbesondere aber auch über die Frage der Verantwortung, wenn durch den Bund Massnahmen angeordnet werden, denen der Regierungsrat des Kantons Genf im vorneherein nicht zustimmt. Der Rat geht dabei mit der Auffassung des Chefs des JPD einig, dass im Falle eines Verbots der Demonstration der Bund wirksam mithelfen müsste, dieses Verbot durchzusetzen, dass ihm aber dafür derzeit die Mittel fehlen. Insbesondere könnten auch militärische Einheiten nicht rechtzeitig und genügend auf diese Aufgabe vorbereitet werden. *Herr Bundespräsident Brugger* sieht deshalb nach einer ersten Phase das Ergebnis der Aussprache zusammenfassend wie folgt: Einzig konsequent wäre das Verbot der Demonstration, dieses ist aber nicht mehr als realistisch zu betrachten. Da zudem auch die akzessorischen Massnahmen, welche die Bundesanwaltschaft geprüft hat, kaum effektvoll sein dürften, wäre auch darauf zu verzichten. *Herr Graber* kann sich als Chef des EPD mit diesem vollständigen Verzicht auf jede Abwehrmassnahme nicht einverstanden erklären. Die spanische Behörden würden darin eine Verletzung unserer internationalen Verpflichtungen sehen[6]. Wenn Genf zum Zentrum internationaler Aktionen und Demonstrationen gegen die dort tagenden Delegationen ausländischer Staaten wird, ist dies ausserordentlich heikel. Der Rat befasst sich darauf nochmals mit der Möglichkeit eines Redeverbots gegenüber den beiden spanischen Referenten und kommt zum Schluss, dass den Bedenken des Politischen Departements Rechnung getragen werden muss. Es wird beschlossen, trotzdem die Durchsetzbarkeit problematisch ist, gegenüber den beiden spanischen Gastreferenten ein Redeverbot auszusprechen, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 24. Februar 1948 betreffen politische Reden von Ausländern[7].

Die Öffentlichkeit ist durch eine Pressemitteilung zu orientieren. Diese ist vorgängig mit Herrn Fontanet und über ihn mit dem Regierungsrat des Kantons Genf abzusprechen. Sie lautet in der definitiven Fassung wie folgt: (s. Beilage[8]).

---

6. *Zur Reaktion der spanischen Behörden vgl. den Politischen Bericht Nr. 10 von A. Parodi an P. Graber vom 26. Juni 1974,* dodis.ch/39116.

7. *BR-Prot. Nr. 474 vom 24. Februar 1948,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#490*.

8. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/38488.

95

dodis.ch/40080

Der schweizerische Botschafter in Washington, F. Schnyder, an Alt Bundesrat H. Schaffner[1]

Washington, D. C., 12. Juli 1974

Lieber Hans,

Vielen Dank für die Zustellung Deines Kommentars[2] zum UN-Bericht der «Group of Eminent Persons to Study the Role of Multinational Corporations on Development and on International Relations»[3].

Ich habe Deine Stellungnahme, deren Text mir übrigens freundlicherweise bereits von unserem UN-Beobachter Botschafter Marcuard zugestellt worden war, mit ganz besonderem Interesse gelesen – mit besonderem Interesse deshalb, weil Du ihn abgefasst hast aber auch weil die Frage für unser Land von vitaler Bedeutung ist.

Es ist kein Zweifel, dass der Report, so wie er erschienen ist, geeignet ist, in einzelnen Entwicklungsländern Tendenzen zu begünstigen, welche sehr wesentliche wohlerworbene Rechte von schweizerischen Unternehmungen in Mitleidenschaft ziehen könnten. Ich freue mich deshalb darüber, dass Du Dich in so sorgfältig fundierter, klarer und überzeugender Weise dafür eingesetzt hast, dass in diesem Bereich bewährte Grundsätze des internationalen Rechts und die Bedürfnisse fruchtbarer internationaler Wirtschaftsbeziehungen respektiert werden.

Unter diesen Umständen ist es sicher höchst bedauerlich, dass der erwähnte Report zunächst ohne den Text der Kommentare, insbesondere des von Dir abgefassten, veröffentlicht worden ist, was, wie mir scheint, einer anständigen und verantwortlichen Praxis kaum ganz entsprechen dürfte.[4]

Sigi ist bereits gestern in die Schweiz abgeflogen. Ich folge in 14 Tagen, und wir hoffen sehr, Dich und Ruth bald einmal gesund und munter wiederzusehen.

Mit den allerbesten Wünschen und Grüssen stets Dein *[Felix]* [5]

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#875* (C.40.80.(1)).
2. *Stellungnahme von H. Schaffner zum Bericht der Gruppe der «Eminent Persons» der ECOSOC vom 10. Juni 1974,* CH-BAR#E2210.5#1993/30#215*(713.320.2).
3. *Für die ersten Fassungen des Berichts vom 24. Mai und 12. Juni 1974 vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#875* (C.40.80.(1)). *Für die am 11. Dezember 1974 genehmigte definitive Fassung vgl. Doss.* CH-BAR#E7110#1985/97#289* (799.1.1.0) *und* CH-BAR#E7110#1986/24#269* (799.1.1.0).
4. *Handschriftliche Marginale von J. Zwahlen*: juste.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an H. Schaffner vom 22. Juli 1974,* CH-BAR#E2210.5#1993/30#215* (713.320.2).

96

dodis.ch/39094

Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen[1]

Réunion des Gouverneurs des banques centrales à Bâle les 8 et 9 juillet 1974

Berne, 16 juillet 1974

Le problème de la liquidité des banques a été discuté ainsi que celui de l'aide des banques centrales aux banques commerciales qui auraient à faire face à des difficultés de liquidité.

Les Américains et les Anglais ont vivement critiqué la manière dont la Herstatt[2] a fermé ses portes[3]. Les banques américaines, anglaises et suisses avaient des transactions courantes en cours. Elles étaient en droit d'attendre des paiements qui ne leur furent pas faits.

Le Délégué américain Wallich a comparé la fermeture de la banque Herstatt à l'opération d'achat de cigarettes par un client à un kiosque qui ferme le guichet après avoir reçu l'argent sans avoir remis les cigarettes.

La fermeture de la Herstatt a eu des répercussions sur le clearing à New York. Il a été complètement bloqué pendant deux jours. Les banques avaient peur de subir des pertes comme dans le cas de la Herstatt et ne voulaient pas exécuter d'ordre. C'est pour redonner confiance aux banques américaines que les autorités de ce pays ont introduit la «recall clause».

Les Gouverneurs des banques centrales ont discuté dans ce contexte d'une action coordonnée entre elles et les gouvernements pour trouver des règles appropriées à ces cas du genre Herstatt et prévenir les conséquences dommageables qui en sont résultées. Klasen est retourné à Francfort en promettant de faire son possible pour liquider les problèmes en suspens de la Herstatt du mieux qu'il le pouvait. Néanmoins, sa marge de manoeuvre est limitée car le problème dépend des autorités de surveillance bancaire et non pas de la Bundesbank.

Les banques centrales reconnaissent le danger de la situation présente d'un manque de liquidités pour les banques de petite et moyenne importances. D'une part, les épargnants hésitent à leur confier leurs fonds, d'autre part, les règlements internationaux se concentrent désormais sur les grandes banques commerciales de premier ordre. Les banques de petite et moyenne importances ont peur de perdre de l'argent et préfèrent limiter leurs transactions aux grandes banques qu'elles connaissent bien et qui ont des dépôts suffisamment importants pour couvrir les petites banques en cas de perte. Il est probable

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1026* (C.41.731.0). *Annotation manuscrite dans la marge:* M. Zwahlen merci!
2. *Cf. les notices de J. Zwahlen du 16 juillet 1974,* dodis.ch/39094 *et du 25 juillet 1974,* dodis.ch/39608.
3. *Cf. la notice de B. von Tscharner à J. Zwahlen du 12 juillet 1974,* dodis.ch/38687.

que nous aurons à vivre avec cette situation dangereuse dans les mois à venir.

En rapport avec la faillite de la Herstatt, les Gouverneurs des banques centrales ont examiné la question de donner des garanties pour éviter que de nouveaux cas semblables se produisent. Toutefois, la question est très difficile.

Les Gouverneurs sont unanimes à reconnaître l'impossibilité d'arriver à des lignes directrices générales. Il faudra donc examiner les problèmes de cas en cas. En voulant faire trop, les banques centrales permettraient aux banques commerciales d'effectuer n'importe quelle opération sans risque, puisqu'elles sauraient être couvertes par la garantie des banques centrales.

On peut noter, dans ce contexte, que dans le cas de la Franklin, la Federal Reserve a dû intervenir pour quelque $ 1,2 milliard.

La conséquence, pour la Suisse, de la faillite Herstatt est, d'une part, que certaines banques suisses ou étrangères sont impliquées et risquent de perdre de l'argent et, d'autre part, que la liquidité sur le marché des capitaux suisses s'est améliorée car les banques qui détenaient des liquidités sur l'euromarché les ont en partie retirées et rapatriées en Suisse.

Ce phénomène renforce l'idée que les restrictions aux exportations de capitaux introduites au début de juin pour les emprunts publics à l'étranger pourront être levées à fin août sauf événements nouveaux.

97

dodis.ch/38808

Notiz für den Direktor der Politischen Abteilung I des Politischen Departements, Ch. Müller[1]

ZYPERN

[Bern,] 19. Juli 1974

1. Die Anerkennung der Regierung Sampson[2]

Tritt in einem Land gewaltsam ein Regierungswechsel ein, so erfolgt nach gefestigter schweizerischer Praxis keine Anerkennung der neuen Regierung[3]. Je nach dem, was politisch opportun ist, werden die bisherigen diplomatischen Kontakte weitergeführt oder eingeschränkt.

Die Situation stellt sich anders dar, wenn infolge eines Umsturzes zwei Regierungen bestehen. Früher oder später muss ein Entscheid getroffen werden, mit welcher der beiden Regierungen die diplomatischen Beziehungen fortgeführt werden sollen. Der Entscheid darüber bedeutet de facto die Anerkennung der einen und die Nichtanerkennung der andern Regierung.

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2365* (B.73.0). *Verfasst und unterzeichnet von J. Staehelin. Kopie an K. Fritschi, J. Bourgeois, F. Nordmann, H. Cuennet, B. Dumont und M. Krafft.*

2. *Die Regierungszeit von N. Sampson dauerte nur neun Tage. Im Jahr 1974 gab es in Zypern mehrere Regierungswechsel: Makarios III. war bis am 15. Juli im Amt, N. Sampson vom 15.–23. Juli, G. Klerides vom 23. Juli bis 7. Dezember und schliesslich wieder Makarios III.*

3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 49,* dodis.ch/31786.

Beim Entscheid dieser Frage wird man von der Vermutung des Weiterbestehens der legalen Regierung ausgehen. Von entscheidender Bedeutung ist dann aber vor allem, welche Gruppe nicht nur vorübergehend, sondern fortgesetzt und effektiv die Regierungsgewalt und die Kontrolle über das Staatsgebiet ausübt. In dieser Hinsicht unwesentlich ist die Legalität der Regierung, die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen durch diese Regierung, die Zustimmung der Bevölkerung etc. Diese Fragen werden demgegenüber unter Umständen politisch bedeutsam sein. Sie werden dann – zusammen mit anderen Faktoren (UN-Resolutionen etc.) – bei der politischen Beurteilung der Opportunität einer de facto Anerkennung berücksichtigt werden müssen.

Im Zusammenhang mit der de facto Anerkennung kommt den künftigen diplomatischen Kontakten zwischen schweizerischen und zypriotischen Behördenvertretern erhöhte Bedeutung zu. Diese werden von den oben dargelegten Überlegungen beeinflusst werden.

2. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Zypern[4]

a) Botschafter Hess ist nach wie vor bei Präsident Makarios akkreditiert. Er hat sich bei ihm zwar bereits verabschiedet, sein «lettre de rappel» wurde aber noch nicht übergeben.

Bei gewaltsamen Regierungswechseln wurden früher von den neuen Machthabern oft eine Erneuerung der «lettre de créance» ausländischer Missionschefs verlangt. Heute scheint das nicht mehr üblich zu sein; die akkreditierten diplomatischen Vertreter ausländischer Staaten werden in der Regel ohne weitere Formalitäten akzeptiert, sofern sie zu verstehen geben, dass sie die neue Regierung anerkennen. Es muss damit gerechnet werden, dass die Regierung Sampson eine derartige Reaktion von Botschafter Hess zu provozieren sucht. Unter Umständen wird man darauf ausweichend antworten müssen[5].

Die Regierung Makarios hat noch das Agreement für den neuen Schweizer Botschafter, Herrn Rüedi, erteilt. Sollte sich die gegenwärtige Lage auf Zypern stabilisieren[6], wird Herr Rüedi[7] nicht damit rechnen dürfen, gestützt darauf, seinen neuen Posten antreten zu können. Entweder wird damit noch zugewartet[8] oder dann wird es notwendig sein, eine Bestätigung dieses Agreements von den Putschisten einzuholen. Dies wäre schon deshalb nötig, weil die neue Regierung verlangen wird, dass im Beglaubigungsschreiben der Name ihres Präsidenten steht.

b) Als diplomatischer Vertreter Zyperns in der Schweiz gilt der in Bern und Bonn akkreditierte Botschafter[9]. Sollte er sich der neuen Regierung anschliessen, wird man sich, solange man nicht zu deren Anerkennung entschlossen

---

4. *Vgl. dazu die Notiz von H. Cuennet vom 21. Oktober 1975,* dodis.ch/38824.
5. *Handschriftliche Marginalie:* ?
6. *Vgl. dazu Dok. 97,* dodis.ch/38813.
7. *Vgl. dazu das BR.-Prot. Nr. 956 vom 17. Juni 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#807*.
8. *Handschriftliche Marginalie:* urgent d'attendre!
9. *T. Panayides.*

ist, Zurückhaltung auferlegen müssen. Einen neuen Botschafter könnte die Regierung Sampson erst entsenden, wenn sie um das Agreement ersucht hat. Ob dieses erteilt wird, ist bekanntlich ein Ermessensentscheid.

3. Die Vertretung Zyperns in internationalen Organisationen und Konferenzen

Die Frage, welche Regierung die Interessen Zyperns in internationalen Organisationen und Konferenzen vertreten kann, wird vom Entscheid beeinflusst werden, den die UNO in dieser Sache fällt. Es wäre im gegenwärtigen Augenblick verfrüht, diesbezüglich die schweizerische Stellung bereits definieren zu wollen.

98

dodis.ch/38813

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

ÉVÉNEMENTS DE CHYPRE

Berne, 25 juillet 1974

Le samedi 20 juillet vers 04 h 00 des troupes turques débarquent à Kyrenia au nord de l'île de Chypre et la Grèce décrète la mobilisation générale[2].

Le lendemain dans la soirée le Conseil de sécurité adopte à l'unanimité une résolution demandant un cessez-le-feu et des négociations tripartites.

Krisenstab[3]

Trois jours avant ces événements, soit le 17 juillet, un état-major de crise (Krisenstab) dans lequel sont représentés les différents services intéressés du DPF est constitué sous la direction de l'Ambassadeur Müller.

Le samedi 20 juillet à 11 h 00 l'état-major de crise est convoqué par le Secrétaire général du Département. Un service de piquet et le service alibiphone sont mis sur pied et coordonnent les activités à l'intérieur et à l'extérieur du Département 24 heures sur 24, jusqu'au mardi 23 juillet à 21 h 00.

Information et presse

Le Président de la Confédération[4], les Conseillers fédéraux Gnägi et Furgler, le Vice-chancelier Buser ainsi que nos missions diplomatiques à Athènes, Ankara, Washington, Tel Aviv, Londres et New York sont informés de la constitution de l'état-major de crise et son numéro d'appel.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2361* (B.51.30). *Rédigée par H. Cuennet et signée par Ch. Müller. Visée par P. Graber.*
2. *Cf. la lettre de P. von May à E. Thalmann,* dodis.ch/39475.
3. *Cf. la notice de H. Cuennet du 20 juillet 1974,* dodis.ch/38810.
4. *E. Brugger.*

Le Service information et presse est chargé de transmettre régulièrement à l'ATS des communiqués de presse et au Service des ondes courtes des informations destinées aux touristes suisses bloqués à Chypre.

Activités de nos missions diplomatiques

Le Ministère des Affaires étrangères turc[5] convoque notre Ambassadeur[6] le 21. 7. 74 et lui demande si la Suisse serait prête, en cas de rupture des relations diplomatiques, à assurer ses intérêts en Grèce[7]. Après avoir contacté le Président de la Confédération et les Conseillers fédéraux Gnägi et Furgler, le Secrétaire général du Département[8] répond affirmativement quelques heures plus tard, sous réserve de l'acceptation de la Grèce.

Le même jour le Ministère des Affaires étrangères grec convoque notre Ambassadeur à Athènes[9] et lui fait part des attaques aériennes turques. Il exprime le désir que le Gouvernement suisse exerce son influence auprès des autorités turques afin que dorénavant la population civile de l'île soit préservée.

Visites de chefs de missions étrangères à Berne

Le Secrétaire général du Département, assisté de M. l'Ambassadeur Müller, reçoit les diplomates mentionnés ci-après:

Les 20 et 21 juillet l'Ambassadeur de Turquie[10]. Après avoir exposé le point de vue de son Gouvernement il se déclare optimiste quant aux chances d'arriver à un cessez-le-feu. Au cours de l'entretien M. Thalmann fait savoir à son interlocuteur que le CICR désire vivement se rendre sur l'île et que le Gouvernement suisse appuie cette action. Il lui demande d'être son interprète auprès des autorités turques afin qu'elles facilitent la tâche du CICR.

Le 22 juillet visite du Chargé d'affaires de Grèce[11]. Il déclare que le Gouvernement grec souhaite que la Suisse lance un appel en faveur du cessez-le-feu et pour que prennent fin les bombardements turcs.

M. Thalmann déclare qu'il examinera la demande du Gouvernement grec et laisse entendre à son interlocuteur que c'est par une action humanitaire[12], notamment en appuyant le projet du CICR, que la Suisse peut le mieux œuvrer pour la paix. Le Chargé d'affaires promet de demander aux autorités grecques de soutenir l'action du CICR.

Le 21 juillet entretien avec Mlle Brown, Chargé d'affaires de Grande-Bretagne, au sujet de l'action du CICR.

---

5. *T. Güneş.*
6. *J.-D. Grandjean.*
7. *Cf. le télégramme N° 130 de J.-D. Grandjean du 21 juillet 1974,* dodis.ch/40832. *Sur la représentation des intérêts étrangers par la Suisse, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248 *et doc. 26,* dodis.ch/39066.
8. *E. Thalmann.*
9. *E. de Graffenried.*
10. *S. Bilge. Cf. la notice de E. Thalmann du 21 juillet 1974,* dodis.ch/38812. *Sur la position turque, cf. la notice de Ch. Müller du 19 août 1974*, dodis.ch/38823.
11. *S. Rocanas. Cf. la notice de H. Cuennet du 22 juillet 1974,* dodis.ch/40833.
12. *Sur l'action humanitaire de la Suisse à Chypre, cf. le PVCF N° 1553 du 9 octobre 1974,* dodis.ch/38822. *Pour un aperçu des actions humanitaires du CICR, cf. doc. 48,* dodis.ch/39499.

Action du CICR

Dès le 19 juillet des contacts ont lieu entre le Département, le CICR et notre Ambassade à Londres en vue d'obtenir l'autorisation du Foreign Office pour atterrir sur une base militaire britannique à Chypre.

Après des démarches laborieuses qui nécessitent une intervention énergique du Secrétaire général du Département et une démarche de notre Ambassade à Londres, le Gouvernement britannique donne son accord le 21 juillet dans la soirée. Le 22 à 14 h 00 GMT l'avion du CICR atterrit à Akrotiri (Chypre) avec à son bord 14 personnes et 3,5 tonnes de médicaments. Les dépenses de cette action entrent dans le cadre du crédit de 5 millions alloué au CICR pour des opérations temporaires. M. Chevallaz, tenu au courant par le Secrétaire général[13], a donné son accord.

Colonie et touristes suisses

La colonie suisse de Chypre s'élève à environ 50 personnes[14]. Lors des événements il y avait en outre une cinquantaine de touristes dans l'île.

D'entente avec le DFJP et Swissair des instructions complémentaires sont données à nos Ambassades à Ankara et à Athènes ainsi qu'à notre agent consulaire[15] à Nicosie pour le rapatriement des ressortissants suisses.

Le vendredi 19 juillet un fonctionnaire du Département[16] est chargé de se rendre à Nicosie avec le prochain vol de Swissair pour faciliter le retour des Suisses de Chypre. L'aéroport de Nicosie ayant été fermé entre temps l'avion est détourné sur Beirut.

De nombreux messages en provenance de Chypre et de Grèce sont transmis à partir du 20 juillet par le service «alibiphone» et occasionnent un surplus de travail considérable.

Rencontre tripartite à Genève

Les signataires des traités de Londres[17] soit la Grande-Bretagne, la Grèce et la Turquie devaient d'abord se réunir à Londres, puis à Vienne.

Le 22. 7. 74 le Foreign Office propose que la rencontre ait lieu à Genève. Le même jour M. Callaghan envoie un message personnel[18] au Chef du Département pour l'informer qu'il espère que la première rencontre puisse avoir lieu au Palais des Nations le 23 juillet. À la suite du changement de gouvernement en Grèce[19] la première rencontre a finalement lieu le 25 juillet à 20 h 00[20].

---

13. *R. Gallopin.*
14. *Sur la protection des intérêts des ressortissants suisses à Chypre, cf. la notice de H. Cuennet du 21 octobre 1975,* dodis.ch/38824.
15. *D. Shukuroglou.*
16. *R. Hilber.*
17. *Sur les négociations de ces traités, cf. DDS, vol. 21, doc. 51,* dodis.ch/15493.
18. *Lettre de J. Callaghan à P. Graber du 22 juillet 1974,* dodis.ch/40835.
19. *Cf. doc. 97,* dodis.ch/38808, *note 2.*
20. *Sur les négociations à Genève, cf. la notice de F. Nordmann du 2 août 1974,* dodis.ch/40834.

99

dodis.ch/39479

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

PAKISTAN UND BANGLADESH –
SCHULDENAUFTEILUNG, SCHULDANERKENNUNG, SCHULDENKONSOLIDIERUNG

Bern, 29. Juli 1974

Wir erlauben uns, Ihnen hiermit einen Antrag[2] über den Abschluss von Schuldanerkennungsabkommen und Schuldenkonsolidierungsabkommen mit Pakistan und Bangladesh zu unterbreiten. Die wesentlichen Punkte sind aus der Zusammenfassung des Antrages ersichtlich; wir möchten lediglich folgendes beifügen:

1. Schuldenaufteilung[3]

In Anwendung der vom Konsortium Pakistan[4] – dem die wichtigsten westlichen Geber- und Gläubigerländer angehören – aufgestellten Kriterien sollte die Schweiz Hand bieten zur Aufteilung der am 1. Juli 1974 ausstehenden Kapitalschuld von rund Fr. 27 Mio. aus einem in den Jahren 1964 und 1967 Pakistan von einem schweizerischen Bankenkonsortium gewährten Kredit[5]. In Abkommen mit Pakistan haben wir seinerzeit die Gewährung der Exportrisikogarantie für die Lieferungen im Rahmen dieses Kredites zugesichert und von Pakistan Zahlungsgarantien für die Kreditamortisationen und Zinsen erhalten.

2. Schuldanerkennungsabkommen[6]

Die neuen Schuldverhältnisse (Schuldverminderung Pakistan – Schuldübernahme Bangladesh) sollen in bilateralen Abkommen mit diesen beiden Staaten festgelegt werden. Die Vereinbarungen mit Pakistan von 1964 und 1967 schloss der Bundesrat in eigener Kompetenz. Die neuen Abkommen gehen inhaltlich nicht über die seinerzeitigen Vereinbarungen hinaus; sie können deshalb auch vom Bundesrat in eigener Kompetenz getroffen werden.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7001C#1985/231#641* (2310.1). *Verfasst von K. Schärer und unterzeichnet P. R. Jolles. Handschriftliche Marginalie von A. Hasler:* Mit der Bitte um Unterzeichnung. EFZD + EPD.
2. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 7. August 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 1286 vom 21. August 1974,* dodis.ch/40134.
3. *Vgl. dazu das Schreiben von K. Jacobi an Ch. Truninger vom 20. September 1974,* dodis.ch/40136.
4. *Vgl. dazu das Memorandum der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 27. Februar 1974,* dodis.ch/40132.
5. *Zum ersten Transferkredit vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 79,* dodis.ch/30926, *Anm. 8 und zum zweiten Transferkredit vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 144,* dodis.ch/32801 *sowie das BR-Prot. Nr. 1157 vom 25. Juni 1975,* dodis.ch/40130.
6. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Schuldanerkennung *vom 4. Dezember 1974, AS, 1976, S. 202 f. sowie* Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Schuldanerkennung *vom 5. Dezember 1974, AS, 1976, S. 204 f.*

3. Schuldenkonsolidierungsabkommen[7]

Die Rahmenbedingungen der Pakistan und Bangladesh einzuräumenden langfristigen Schuldenkonsolidierungen wurden ebenfalls im Konsortium festgelegt. Zudem gingen die Schuldnerregierungen die Verpflichtung ein, dem Konsortium nicht als Mitglied angehörende Länder nicht besser zu behandeln. Unser Verhandlungsspielraum ist deshalb ziemlich eingeengt. Die Konsolidierungen Pakistan und Bangladesh weisen die weichsten Bedingungen sämtlicher derartiger Aktionen auf, an denen sich die Schweiz bisher beteiligt hat. Der Konsolidierungskredit ist von Pakistan in 30 Jahren, einschliesslich 10 Karenzjahren, bei einer Verzinsung von 2,5% im Jahr, und von Bangladesh in 50 Jahren, einschliesslich 10 Karenzjahren, bei einer Verzinsung von 0,75% im Jahr zurückzuzahlen. Beide Abkommen sind zur Genehmigung der Bundesversammlung vorzulegen[8], da sie Rückzahlungsfristen von über 15 Jahren vorsehen. Die Konsolidierungskredite sollen im Ausmass der Exportrisikogarantie-Deckung der zu konsolidierenden Fälligkeiten aus Exportrisikogarantie-Mitteln und für den Rest aus allgemeinen Bundesmitteln bereitgestellt werden. Die im Budget 1975 und in der Finanzplanung 1976–79 für Schuldenkonsolidierungen vorgesehenen ERG- und allgemeinen Bundesmitteln reichen für die Finanzierung der Konsolidierungskredite an Pakistan und Bangladesh aus. Sofern allerdings im Fall Pakistan auch nicht-Exportrisikogarantie-versicherte Kredite konsolidiert werden müssten[9] – was wir in den Verhandlungen zu vermeiden versuchen werden – ergäbe sich ein zusätzlicher Bedarf an allgemeinen Bundesmitteln in den Jahren 1975–1980 von gesamthaft rund Fr. 15 Mio.

Das vorliegende Geschäft ist insofern besonders dringlich als wir unmittelbar nach Beschlussfassung des Bundesrates und vor der Aufnahme der Verhandlungen mit Pakistan und Bangladesh mit den von der Schuldenaufteilung und -konsolidierung betroffenen schweizerischen Gläubigern detaillierte Verhandlungsunterlagen zusammentragen müssen[10]. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn der Antrag sobald wie möglich behandelt werden könnte. Das Eidg. Politische Departement und die Eidg. Finanzverwaltung sind ihrerseits einverstanden.

---

7. Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über die Schuldenkonsolidierung *vom 4. Dezember 1974, AS, 1976, S. 208–210 sowie* Abkommen zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über die Schuldenkonsolidierung *vom 5. Dezember 1974, AS, 1976, S. 211–230. Zu allen vier Abkommen vgl. das Schreiben von K. Jacobi an den Schweizerischen Bankverein vom 11. Dezember 1974,* dodis.ch/40138 *sowie das BR-Prot. Nr. 143 vom 27. Januar 1975,* dodis.ch/40140. *Zu früheren Schuldenkonsolidierungen mit Pakistan vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 111,* dodis.ch/35308, *bes. Anm. 11 und 12; das BR-Prot. Nr. 1033 vom 18. Juni 1973,* dodis.ch/40126; *das BR-Prot. Nr. 1429 vom 29. August 1973,* dodis.ch/40127 *sowie das BR-Prot. Nr. 313 vom 22. Februar 1974,* dodis.ch/40128.

8. Bundesbeschluss über die Schuldenkonsolidierungsabkommen mit Bangladesch und Pakistan *vom 20. März 1975, AS, 1976, S. 206 f.*

9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1660 vom 23. Oktober 1974,* dodis.ch/40137. *Allgemein zur Exportrisikogarantie vgl. Dok. 11,* dodis.ch/38471, *Anm. 6.*

10. *Vgl. dazu die Notiz von K. Schärer vom 28. März 1974,* dodis.ch/40133.

100

dodis.ch/38893

Der schweizerische Botschafter in Addis Abeba, H. Langenbacher, an den Direktor der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements, R. Keller[1]

BEZIEHUNGEN SCHWEIZ–SÜDAFRIKA; UNO-DOKUMENT

Addis Abeba, 29. Juli 1974

Ihre Umfrage vom 15. Juli 1974[2] beantworte ich aus der Sicht von Addis Abeba wie folgt:

1. Vorerst möchte ich das Vorgehen skizzieren, das ich bisher in hiesigen Kreisen angriffiger Schwarz-Afrikaner beobachtet habe:

Was für die Neutralität oder die Nichtmitgliedschaft bei der UNO gilt, gilt auch für unser Verhältnis zu Südafrika: man sollte nicht zu viel darüber sprechen und nur dazu Stellung nehmen, wenn man darauf angesprochen oder herausgefordert wird.

Abgesehen von der Erläuterung der Grundzüge unserer Haltung – Universalität, Handelsfreiheit usw. – versuche ich im Gespräch stets *Gegengewichte* gegenüber den bekannten Vorwürfen einer zynischen Business-Politik der Schweiz zu setzen: Hinweise auf die offizielle moralische Verurteilung, auf die lebhafte und offene Diskussion des Problems in der schweizerischen Öffentlichkeit, auf die militante Haltung der Kirche, auf die aufgeschlossene, teilweise pionierhafte Haltung schweizerischer Unternehmen, etwa in ihrer Personalpolitik, in Südafrika; aber auch Hinweise auf unsere humanitäre- und Entwicklungshilfe, unsere Handelsbeziehungen zu Schwarz-Afrika, unsere Mitarbeit bei FAD und BAD[3] usw. sind nützliche Instrumente der Überzeugung. Durch praktische gezielte Aktionen – wie etwa die Finanzierung eines OAU-Flüchtlings-Seminars[4] – verstärkt, vermögen sie ein ausgewogeneres Bild der Schweiz zu geben und waren bisher insofern erfolgreich, als uns die OAU in den vergangenen vier Jahren kein einziges Mal mehr öffentlich angegriffen hat.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2003A#1988/15#1508* (o.713.76). *Kopie an die Politische Direktion des Politischen Departements, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und die schweizerische Botschaft in Pretoria. Erste handschriftliche Marginalie von F. Pictet:* Très intéressant aussi pour *[J. Zwahlen]. Zweite handschriftliche Marginalie von H. Strauch:* n*[ach]* N*[ew]* Y*[ork]* und W*[irschafts]- [und]* F*[inanz]*dienst geschickt.

2. *Schreiben von R. Keller an diverse Amsstellen vom 15. Juli 1974, Doss. wie Anm. 1. Für weitere Einschätzungen vgl. die Notiz von O. Rist vom 13. August 1974,* dodis.ch/40308; *das Schreiben von J. R. Lademann und M. Thomann an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 13. August 1974,* dodis.ch/40311; *das Schreiben von T. Curchod an R. Keller vom 15. August 1974,* dodis.ch/40309 *sowie das Schreiben von M. Jost an R. Keller vom 15. Oktober 1974,* dodis.ch/40316.

3. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1047 vom 19. Juni 1973,* dodis.ch/38478; *das Rundschreiben von K. Jacobi vom 16. Juli 1974,* dodis.ch/38479 *sowie das BR-Prot. Nr. 1393 vom 4. September 1974,* dodis.ch/39360.

4. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Keller an H. Langenbacher vom 20. Juni 1973,* dodis.ch/39313.

Anderseits sehe ich meine Aufgabe aber auch darin, Ihnen die Informationen zu vermitteln, die Ihnen ermöglichen, ein Gegengewicht gegenüber Handel und Industrie zu schaffen, die unsere Afrika-Politik – wie ich aus meiner Zentrale-Zeit her weiss – unter hartem Druck halten und oft das langfristige, allgemeine schweizerische Interesse vernachlässigen.

Die Urteile, die ich von wohlmeinenden afrikanischen Gesprächspartnern immer wieder höre, weisen klar auf zwei «Schwächen» unserer Südafrika-Politik[5] hin: zum ersten, dass unsere Betrachtungsweise, aus der Sicht unserer Wirtschaft, oft allzu einseitig ökonomisch und allzu kurzfristig ist, und zum zweiten, dass wir uns nicht immer Rechenschaft geben, wie gross die politischen Risiken sein können, die sich aus dem wirtschaftlichen Verhalten in einer Zeit ergeben, in der Politik und Wirtschaft von Jahr zu Jahr enger verknüpft (um nicht zu sagen «verfilzt») sind. Es würde sich zweifellos lohnen, unsere Neutralitätspolitik mit Blick auf Australafrika und im sich verstärkenden Spannungsfeld zwischen Nord und Süd wieder einmal unter die Lupe zu nehmen.

2. Das UNO-Dokument von Gilbert Rist[6] ist hier – soweit einige wenige Kommentare aus der OAU zeigen – natürlich gut aufgenommen worden. Rist, dem ehrliches Bemühen um Objektivität bescheinigt wird, hat in militanten Kreisen, indem er «die andere Glocke» erklingen lässt, zweifellos einen Punkt für die Schweiz gebucht. Er versucht in seinem Dokument, bei aller Kritik, den schweizerischen Standpunkt (wie etwa das Spannungsfeld zwischen Neutralität und liberalen Handelsstrukturen) verständlich zu machen. Das Papier zeigt aber auch, dass in der Schweiz das Problem der Apartheid zur Diskussion steht[7], was hier ebenfalls stets mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis genommen wird. Es illustriert im übrigen, wie schon das Buch von «Tiers-Monde»[8], die freie Gesellschaft.

Das Dokument Rists hat somit, bei aller Kritik, auch einen positiven fallout. Es schafft ebenfalls ein Gegengewicht und balanciert – wie die ersten Reaktionen etwa in der OAU zeigen – die «Sünden» unserer Industrie und unseres Handels in Südafrika aus.

Was die Kritik Rists angeht, darf deren *Wirkung nicht dramatisiert* werden. UNO-Papiere dieser Art werden, quasi als weiterer Diskussionsbeitrag, in Afrika von einer relativ kleinen Gruppe Leute zur Kenntnis genommen. Im übrigen gilt hier auch, was für Resolutionen der OAU gilt: die *bilateralen Interessen im Verhältnis zu unserem Lande gehen vor*.

Im Vergleich zur Publikation «Suisse – Afrique du Sud»[9], an der Rist ja ebenfalls mitgearbeitet hat, ist zu bemerken, dass uns solche Veröffentlichungen – an den registrierten Reaktionen gemessen – mehr schaden als

---

5. *Vgl. dazu Dok. 60,* dodis.ch/38915 *und Dok. 162,* dodis.ch/38916.
6. *Bericht* Relations entre la Suisse et l'Afrique du Sud *von G. Rist vom Mai 1974, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von B. Godet vom 2. Mai 1975,* dodis.ch/40259.
8. Centre Europe-Tiers Monde: Suisse-Afrique du Sud: relations économiques et politiques, Genf 1972.
9. *Vgl. Anm. 8.*

das vorliegende UNO-Dokument. (Ich habe seinerzeit in einem persönlichen Schreiben an Pfarrer Lukas Vischer vom Weltkirchenrat zu dieser Publikation Stellung genommen. Für alle Fälle lege ich eine Kopie dieses Schreibens bei – Beilage Nr. 1[10].)

3. Ich werde von Anti-Apartheid- oder kirchlichen Kreisen gerne als offizielles «Paradepferd» präsentiert – mit sorgfältig herausgepickten Zitaten aus meinen Bundesfeier-Reden 1971[11] und 1972[12], so auch hier auf Seite 3. Ich stehe zu diesen Zitaten auch heute noch, und die sich abzeichnende Entwicklung in Australafrika bestärken meine Überzeugung von der Richtigkeit dieser Haltung. Wir müssen uns im Interesse unserer Glaubwürdigkeit, mit Blick auf unsere langfristigen Interessen, um eine besser ausbalancierte Afrika-Politik bemühen.

Anderseits muss ich aber gleich beifügen, dass diese willkürlich herausgepickten Zitate doch ein einseitiges Bild meines Konzeptes geben. Es finden sich in diesen Reden auch andere Ideen, wie etwa – im Zusammenhang mit unseren freiheitlichen Gesellschaftsstrukturen: «Die schweizerische Privatwirtschaft, unsere Industrie und unsere Banken, haben immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie sich der politischen Verpflichtung durchaus bewusst sind, die sich für sie aus der Freiheit des Handels ergibt. Dies belegt u. a. das Engagement der schweizerischen Wirtschaft in Schwarzafrika» – um nur ein Zitat aus vielen anderen zu nennen.

4. Was das *Auskunftsblatt «Südafrika» des BIGA*[13] (Seite 4) betrifft, habe ich bereits am 13. Juli 1971[14] in einem Schreiben an das BIGA die Frage aufgeworfen, ob bei der Skizzierung der Apartheid-Politik nicht auch der grundsätzliche (moralische) schweizerische Standpunkt klar umrissen werden sollte, wie er anlässlich der Menschenrechtskonferenz in Teheran[15] zur Geltung gebracht worden ist (Beilage Nr. 2).

Es mag Sie in diesem Zusammenhang vielleicht auch interessieren, dass zahlreiche junge Schweizer, die in Südafrika gearbeitet haben, recht kritisch nach Hause zurückkehren. (Wir liegen hier an einem der Haupt-Rückkehrwege, auf denen junge Schweizer nach einem Arbeits-Aufenthalt in Südafrika per Landrover nordwärts fahren.) Kritik an der «mangelhaften Orientierung durch die Bundesbehörden» fehlt dabei nicht.

5. Angesichts einer «sanften», indirekten Förderung des schweizerischen Engagements in Australafrika muss man sich auch die Frage der *Verantwortung des Bundes unseren Landsleuten in Australafrika gegenüber* stellen. Der Bund wird zudem sehr wahrscheinlich schon in nächster Zukunft zufolge der Ereignisse und des Schicksals unserer Landsleute in dieser Region, vorerst

---

10. *Schreiben von H. Langenbacher an L. Vischer vom 28. November 1972,* dodis.ch/40307.
11. *Ansprache von H. Langenbacher vom 1. August 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3190* (A.15.41.10).
12. *Ansprache von H. Langenbacher vom 1. August 1972,* CH-BAR#E2200.70#1984/74#6* (110.511).
13. *Auskunftsblatt* Südafrika *des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements vom 1. Juni 1971,* CH-BAR#E7175B#1979/157#28* (244.1).
14. *Schreiben von H. Langenbacher an A. Grübel vom 13. Juli 1971, Doss. wie Anm. 1.*
15. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 80,* dodis.ch/33245.

in Moçambique, dann in Angola und (nach OAU-«Fahrplan») in drei bis vier Jahren in Rhodesien, zur Kasse gebeten (vom Investitionsschutz bis zum Solidaritätsfonds).

6. Der Zeitpunkt, unsere *Afrika-Politik neu zu überdenken*, dürfte jetzt besonders günstig sein[16]. Die Entwicklung in Australafrika beschleunigt sich[17]. Südafrika wird unter dem zunehmenden Druck aus dem Norden gezwungen sein, auch seinerseits seine Politik Schwarzafrika gegenüber zu überprüfen, um nicht in eine noch schärfere und feindlichere Isolation zu geraten und sich – flexibler als bisher – Varianten für die Zukunft offen zu halten. In dieser Situation dürfte Südafrika vielleicht auch für eine vermehrte Ausrichtung unserer Politik auf *unsere* echten langfristigen Bedürfnisse Verständnis haben.

7. Wir müssen uns aber auch Rechenschaft geben, dass die *Haltung* der *Schwarzafrikaner* – vor allem in OAU und Befreiungsbewegungen[18] – zufolge der Entwicklung in Australafrika auch der Schweiz gegenüber in nächster Zeit *aggressiver* werden dürfte. Die OAU hätte zweifellos Mittel in der Hand, um unserem Ruf – mit einem publizistischen «Kesseltreiben» – mehr Schaden zuzufügen, als sie dies bisher getan hat. Die «Hass-Liebe», die man vielerorts der Schweiz gegenüber empfindet, wäre eine geeignete Antriebskraft dazu. (Ein hoher Beamter der OAU hat mir kürzlich erklärt, dass die Schweiz, indem sie sich immer wieder auf ihre «bewährten humanistischen Traditionen» berufe und sich vor der Welt moralistisch gebe, zu einem Angriff geradezu herausfordere.)

Ich verweise abschliessend auf mein Schreiben vom 24. Juni 1974[19] betreffend Hilfe für afrikanische Befreiungsbewegungen und die dort angestellten Überlegungen mit bezug auf Rhodesien[20].

---

16. *Vgl. dazu auch Dok. 154,* dodis.ch/38890.

17. *Vgl. dazu Dok. 166*, dodis.ch/38886.

18. *Zur Haltung der Schweiz hinsichtlich der Teilnahme von Befreiungsbewegungen in internationalen Organisationen vgl. Dok. 24,* dodis.ch/38891.

19. *Schreiben von H. Langenbacher an R. Keller vom 24. Juni 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#573* (o.191.185.Uch.3).

20. *Zur Problematik der Rhodesiensanktionen vgl. Dok. 183,* dodis.ch/40605.

101

dodis.ch/38885

Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Lisbonne, J.-L. Pahud, à la Direction politique du Département politique[1]

Lisbonne, 5 août 1974, 17 h 20

Avaient été appelés MAE exclusivement les Ambassadeurs des pays n'ayant pas reconnu Guinée-Bissau en espèce tous ceux de CEE[2] et AELE[3], Vatican, USA, Canada, Espagne, Grèce, Mexique, Uruguay, sauf omission. Ministre Soares, après avoir expliqué le critère ayant présidé à convocation, déclara que le Gouvernement portugais considère la non-reconnaissance de Guinée-Bissau par les Gouvernements en question comme geste de courtoisie et d'égard vis-à-vis de Lisbonne et en a exprimé ses vifs remerciements[4]. Courtoisie pour courtoisie, le Ministre estime devoir aux Gouvernements précités explications suivantes: Portugal est disposé à reconnaître l'indépendance de Guinée-Bissau le plus rapidement possible mais cela dépend du PAIGC. En effet, étant donné que presque la totalité du territoire de Guinée-Bissau est occupé par les troupes portugaises et que tous les leviers de commandes sont en mains du Portugal, le Gouvernement portugais estime que transfert des pouvoirs ne peut avoir lieu que sur base accord en due forme entre le Gouvernement portugais et PAIGC. Or ce dernier n'a pas encore accepté fixer date et lieu pour rencontre des délégations respectives. Réticences PAIGC à cet égard due essentiellement question Îles du Cap Vert[5] que le Gouvernement portugais pour des raisons que vous connaissez n'entend pas inclure dans l'accord avec Guinée-Bissau.

Le Ministre a précisé que si PAIGC devait persister à refuser l'accord portant exclusivement sur Guinée-Bissau, Lisbonne pourrait être amené à proclamer unilatéralement l'indépendance de cette dernière et à en retirer sans délai les troupes portugaises, ce qui n'irait pas sans danger pour PAIGC. Quelle que soit la solution qui interviendra, c'est-à-dire proclamation d'indépendance sur base d'accord ou unilatéralement, le Ministre Soares a promis que tous les Gouvernements représentés aujourd'hui, seraient avisés au moins quelques

---

1. *Télégramme N° 69 (copie de réception):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3234* (B.15.11). *Reçu:* 6 août 1974, 10 h 15. *Annotation manuscrite dans la marge de C. Caratsch:* Kopie ging an Herrn Bundesrat Chevallaz.
2. *Belgique, Danemark, France, Grande-Bretagne, Irlande, Italie, Luxembourg, Pays-Bas et République fédérale d'Allemagne.*
3. *Autriche, Norvège, Suède et Suisse.*
4. *Sur des questions portant sur la reconnaissance de la Guinée-Bissau, cf. la notice de J.-P. Ritter à la Direction des organisations internationales du Département politique du 22 octobre 1973,* dodis.ch/39985; *la notice de H. Strauch du 26 février 1974,* dodis.ch/39978; *le rapport politique N° 2 de B. Frochaux à P. Graber du 4 mars 1974,* dodis.ch/39981; *la notice de A. Kamer du 20 mars 1974,* dodis.ch/39984 *et la notice de C. Huguenin du 24 avril 1974,* dodis.ch/39980.
5. *Sur les relations entre la Suisse et le Cap-Vert, cf. la notice de C. Huguenin du 9 juin 1975,* dodis.ch/39988; *le PVCF N° 1125 du 25 juin 1975,* dodis.ch/39986 *et la notice de A. Bisaz du 30 septembre 1975,* dodis.ch/39989.

heures à l'avance. Le Ministre a ensuite abordé les problèmes de Mozambique et Angola[6]. Ses explications feront l'objet d'un rapport[7] par le prochain courrier. Je vous envoie ce jour par exprès le texte anglais du communiqué[8] publié à la suite de la visite de Waldheim à Lisbonne. Concernant Guinée-Bissau, il est évident que le Gouvernement portugais apprécierait vivement qu'aucune reconnaissance de cette dernière n'ait lieu avant qu'il ait lui-même proclamé l'indépendance[9]. On ne saurait tirer une autre conclusion des déclarations faites ce matin par le Ministre Soares.

6. *Sur le Mozambique et l'Angola, cf. doc. 166,* dodis.ch/38886.
7. *Rapport politique N° 19 de J.-L. Pahud à P. Graber du 8 août 1974,* dodis.ch/40786.
8. *Communiqué de l'Office de l'information publique des Nations Unies du 4 août 1974,* CH-BAR# E2001E-01#1987/78#4647* (B.73.0).
9. *Sur la reconnaissance de la Guinée-Bissau par la Suisse, cf. le PVCF N° 1169 du 7 août 1974,* dodis.ch/39982.

102

dodis.ch/38913

Interne Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements[1]

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT ASIEN

Bern, 6. August 1974

1. Die technische Zusammenarbeit mit Asien ist in letzter Zeit schwieriger geworden[2].

Die Ursache dafür sind zum guten Teil die in diesem Erdteil vorgekommenen oder von einzelnen seiner Länder anderswo verursachten und in der Schweiz kritisch gewürdigten politischen Ereignisse: Indisch-pakistanischer Krieg[3]; israelisch-arabischer Krieg[4]; Ölembargo[5]; Atomexplosion[6] etc.

2. Der Asiensektion ist heute auferlegt:
- in der technischen Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten allergrösste Zurückhaltung zu üben;
- in den Erdöl produzierenden Ländern keine Aktionen mehr zu finanzieren, «die dem respektiven Empfängerland selber zugemutet werden können[7].»

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#232* (t.311). *Verfasst und unterzeichnet von H. Joss. Gerichtet an P. Wiesmann. Kopie an R. Wilhelm, K. Seiler, M. Lehmann, R. Carugo, Ph. Attinger und K. Vögele.*
2. *Vgl. dazu auch die Notiz von H. Joss vom 1. April 1975,* dodis.ch/39426.
3. *Vgl. dazu Dok. 43,* dodis.ch/39413, *Anm. 3*.
4. *Vgl. dazu Dok. 22,* dodis.ch/39248, *Anm. 2.*
5. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
6. *Vgl. dazu Dok. 112,* dodis.ch/38914, *Anm. 3.*
7. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/38299 *und Dok. 74,* dodis.ch/38300.

Kürzlich unterschrieb der Departementschef den Antrag[8] für das Viehzuchtprojekt in Andhra Pradesh der indischen Atompolitik wegen nur zögernd[9].

3. In der Praxis bedeutet das sozusagen den vollständigen Verzicht auf jegliche technische Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens.

Die in Afghanistan geplanten Aktionen werden von der schweizerischen Botschaft in Iran nur halbherzig unterstützt[10].

Der Iran fällt als Erdöl produzierender Staat mit vergleichsweise gehobenen Einkommen ausser Betracht.

Auf dem indischen Subkontinent ist sonst allerlei Erschwernis. Die Zusammenarbeit mit Pakistan ist nicht einfach[11]. Das neuerdings von einem Schwemmgericht heimgesuchte Land Bangla Desh ist ebenfalls schwieriger Boden[12]. Der schweizerische Botschafter in Pakistan[13] und der Geschäftsträger in Bangla Desh[14] sind – aus durchaus achtbaren Gründen – keine grossen Befürworter und Förderer der technischen Zusammenarbeit mit ihren jeweiligen Gastländern.

Die vom Departementschef nur zaudernd unter den Andhra Pradesh-Antrag gesetzte Unterschrift lässt für die Zukunft weitere Einschränkungen befürchten.

Indonesien wiederum ist mit Erdöl gesegnet und geschlagen[15]. Jedes neue Unterfangen in diesem Inselreich ist vom Zweifel begleitet, «ob es diesem Empfängerland finanziell» nicht selber zugemutet werden könnte»[16].

Der indochinesische Raum ist noch zu wenig befriedet.

Jetzt schon sei daran erinnert, dass Nepal im Frühjahr 1975 den jungen König Birendra krönen wird. An Zeitungsartikeln, die dieses Ereignis kritisch würdigen werden, wird es bestimmt nicht mangeln[17].

---

8. *Projektantrag Nr. 188 vom 22. Juli 1974,* CH-BAR#E2005A#1985/101#415* (t.311.90).

9. *P. Graber unterzeichnete den Antrag erst am 8. Oktober 1974. Vgl. dazu die Notiz von M. Heimo an P. Graber vom 7. Oktober 1974,* dodis.ch/40844 *sowie das Schreiben von P. Wiesmann an H. Ph. Cart vom 17. Oktober 1974, Doss. wie Anm. 8.*

10. *Vgl. dazu die Notiz von S. Marcuard an M. Gelzer vom 30. November 1973,* dodis.ch/40845; *die Notiz von F. de Ziegler vom 13. Dezember 1973,* dodis.ch/40846 *sowie die Notiz von S. Chappatte an P. Wiesmann vom 8. Januar 1974,* dodis.ch/40847.

11. *Vgl. dazu Dok. 106,* dodis.ch/39478, *bes. Anm. 20.*

12. *Vgl. dazu die Notiz von F. Pictet an S. Marcuard vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/40197 *sowie die Notiz von H. Joss an K. Schärer vom 4. April 1974,* dodis.ch/40198.

13. *J.-A. Mallet.*

14. *Ch. Zogg.*

15. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Feller an P. R. Jolles vom 28. Januar 1974,* dodis.ch/40459.

16. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Reverdin an M. Heimo vom 11. Dezember 1974,* dodis.ch/40464. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 184,* dodis.ch/33254; *DDS, Bd. 25, Dok. 7,* dodis.ch/35532; *das Schreiben von Ch. Müller an S. Marcuard vom 15. März 1973,* dodis.ch/40462; *die Notiz von S. Chappatte vom 6. August 1973,* dodis.ch/40463 *sowie das Schreiben von K. Jacobi an M. Feller vom 28. Januar 1974,* dodis.ch/40458.

17. *Vgl. dazu die Notiz von M. Heimo an P. Graber vom 12. März 1975,* dodis.ch/40278. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit mit Nepal vgl. Dok. 63,* dodis.ch/39412, *Anm. 7.*

Da haben wir also, wenn man das so sagen darf, den grössten Kontinent mit dem beschränktesten Raum für die technische Zusammenarbeit. (China wird nicht in Betracht genommen).

4. Neutralität und Disponibilität sind erklärte Punkte der schweizerischen Aussenpolitik.

Unter solchen Ankündigungen stösst sich die Asiensektion daran, dass zum Beispiel jede Entwicklungszusammenarbeit mit den arabischen Ländern mit der Feststellung verweigert wird, die reichen arabischen Brudernationen sollten dafür aufkommen. Selbstverständlich teilt die Asiensektion auch die Auffassung, dass die mit Erdöl leicht verdienten Millionen weitgehend für die Entwicklungsarbeit eingesetzt werden sollten[18]. Sie würde aber keineswegs so weit gehen, jegliche Tätigkeit im arabischen Raum einzustellen oder doch sehr zu erschweren. Die technische Zusammenarbeit soll – wenigstens hat die Asiensektion das immer so verstanden – der bedürftigen Bevölkerung eines Landes und nicht dessen Regierung zukommen. Es darf füglich gefragt werden, ob dieser Entwicklungsboykott nicht den arabischen Nationalismus stark fördert, dessen Folgen wir vielleicht einst beklagen könnten.

5. Der Asiensektion fehlt zur Zeit die Arbeitssicherheit. Sie erwartet von den vorgesetzten Stellen klare Weisungen über die in diesem Erdteil zu befolgende Politik. Zwar könnte gesagt werden, die Einsatzfreiheit sei mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Einschränkungen durchaus gewährt. Die unter Punkt 3 geschilderten Auswirkungen sind aber so gross, dass eine Standortbestimmung unumgänglich erscheint. Wäre diese Standortbestimmung nicht ein Thema für die nächste Zusammenkunft der Technischen Kommission?

---

18. *Zur Praxis der bezahlten Hilfe resp. der sog. «opérations triangulaires» vgl. die Notiz von J.-F. Giovannini vom 6. Februar 1975,* dodis.ch/39450 *sowie die Notiz von R. Wilhelm vom 23. Februar 1977,* dodis.ch/39451.

103

dodis.ch/39121

Rundschreiben des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe, A. Bill[1]

EINSATZPLÄNE[2] DES SCHWEIZERISCHEN KORPS FÜR KATASTROPHENHILFE IM AUSLAND. HILFSAKTIONEN IN DEN DÜRREGEBIETEN DER AFRIKANISCHEN SAHEL-ZONE HERBST 1974[3]

Vertraulich Bern, 8. August 1974

Nachdem der Bundesrat, wie in unserem Schreiben vom 27. Juni 1974[4] mitgeteilt, bereits am 8. Mai[5] seine grundsätzliche Zustimmung zum Projekt eines ersten grösseren Einsatzes in den Dürregebieten Afrikas erteilt und zu diesem Zwecke einen ausserordentlichen Kredit von 5,5 bis maximal 6,5 Millionen SFr. in Aussicht gestellt hatte, hat er nun in seiner Sitzung vom 7. August[6] die eigentlichen Einsatzpläne des Korps für das letzte Trimester des Jahres 1974 genehmigt. Der diesbezügliche Bundesratsbeschluss lautet:

1. Le dispositif prévu par le Délégué et le plan général de départ pour une intervention dans le Bassin du Lac Tchad et la région de Gewani en Éthiopie sont approuvés.

2. Le Délégué est autorisé à passer à l'action et à prendre toutes mesures utiles pour l'engagement du corps selon les plans généraux prévus.

3. Le Conseil fédéral pourra, si des motifs graves l'exigent, annuler la décision avant le début de l'action, soit jusqu'à la fin d'août 1974, les premiers éléments du corps devant être mis en place dès le début de septembre déjà, en vue de son engagement complet dès le début d'octobre.

Wir erlauben uns, Ihnen die nunmehr genehmigten Einsatzpläne zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Gegenüber der «Note zu Handen des Chefs des Eidgenössischen Politischen Departement. Rekognoszierung des Delegierten im Gebiete des Bassin du Lac Tchad. Bericht und Antrag zum geplanten Korps-Einsatz im Herbst 1974» vom 24. Juni 1974[7] weisen diese Einsatzpläne vom 1. August 1974[8] keine grundsätzlichen Änderungen, wohl aber einige präzisierende Modifikationen, ein bescheidenes Zusatzprogramm für Nordkameroun und Nord-Nigeria und vor allem genauere Kostenberechnungen auf.

Die Genehmigung dieser Einsatzpläne durch den Bundesrat stellt auch eine positive Antwort dar auf den Sonderappell des Uno-Generalsekretärs[9],

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E2003A#1988/15#663* (o.222). *Gerichtet an 74 Empfänger. Für den Verteiler vgl.* dodis.ch/39121, *S. 4–6.*
2. *Für die Einsatzpläne vom 1. August 1974 vgl. Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu auch Dok. 136,* dodis.ch/39122.
4. *Rundschreiben von A. Bill vom 27. Juni 1974,* dodis.ch/39715.
5. *BR-Prot. Nr. 736 vom 8. Mai 1974,* dodis.ch/38598.
6. *BR-Prot. Nr. 1170 vom 7. August 1974,* dodis.ch/38611.
7. *Notiz von A. Bill an P. Graber vom 24. Juni 1974,* dodis.ch/39834.
8. *Vgl. Anm. 2.*
9. *K. Waldheim.*

der die Regierungen dringend eingeladen hat, zu Gunsten der immer noch notleidenden Sahelländer Sofort-Hilfsprogramme auszuarbeiten[10]. Die Operationen des Korps für Katastrophenhilfe im Ausland werden nunmehr im Detail vorbereitet. Sie werden nur dann nochmals in Erwägung gezogen, falls sich in allernächster Zeit eine sehr grosse europäische Naturkatastrophe ereignen sollte. Andernfalls werden nach einer abschliessenden Bereinigung des Personal- und Materialbedarfs bereits im Laufe des Monats September die ersten Voraus-Detachemente des Korps in den Einsatzgebieten engagiert. Nach den Plänen für die Primär-Transporte (siehe Beilageblatt VII[11]) wird das Gros des Korps so eingesetzt, dass es während der drei Monate Oktober, November und Dezember 1974 tätig sein kann[12].

Weitaus der grösste Teil des Materials wird uns von der Armee zur Verfügung gestellt[13]. Unter anderem ist auch erstmals der Einsatz von zwei Pilatus-Portern TC-6 vorgesehen, von Militärpiloten geflogen und unter Leitung von Spezialisten der «Abteilung für Militärflugplätze» gewartet[14]. Auch diese Fachleute sind Freiwillige unseres Korps.

Die bevorstehenden grösseren Einsätze des Katastrophenhilfekorps sind in mehrfacher Hinsicht als Sonderfälle zu betrachten. Einmal handelt es sich in der Tat um ein erstes grösseres kombiniertes Engagement aller Einsatzelemente des Korps, das eben im Begriffe ist, seine eigentliche Aufbauphase abzuschliessen. Diese Einsätze haben also auch den Sinn einer Bewährungsprobe, eines Testes unserer Konzeption, unseres Materials, unserer Freiwilligen und ihrer Ausbildung.

Im weiteren ist zu beachten, dass im vorliegenden Fall einer Dürrekatastrophe das für kurzfristige Sofortaktionen geschaffene «Instrument Katastrophenhilfe» in ein mittel- und langfristiges Programm der Dürrekatastrophenhilfe integriert werden muss. Dies bedeutet unter anderem, dass auf technischem Gebiet vor allem bleibende Infrastruktur-Verbesserungen auf dem Programm stehen, dass Nahrungsmittelhilfe lediglich als Zusatzhilfe geboten wird, und dass medizinische Hilfe nur dann angeboten wird, wenn diese Hilfe in eine bestehende oder noch zu schaffende Kette von Hilfsprogrammen anderer Organisationen eingebaut werden kann[15].

Die in unserem Schreiben vom 27. Juni[16] bereits erwähnte Pressekonferenz findet erst am 3. September 1974 im Beisein von Herrn Bundesrat Graber statt[17].

---

10. *Vgl. dazu die Notiz von W. Mamboury vom 18. Juni 1973,* dodis.ch/39655.
11. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
12. *Zum detaillierten Ablauf der Aktion vgl. den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739.
13. *Vgl. dazu Dok. 156,* dodis.ch/38540; *das Schreiben von P. Graber an R. Gnägi vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/38572; *den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739, *bes. S. 10–15 sowie das Referat von J. Clerc vom 21. März 1975,* dodis.ch/39747, *bes. S. 7–9.*
14. *Vgl. dazu den Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Militärdepartment und dem Politischen Departement vom 12. August 1974,* CH-BAR#E2003A#1988/15#816* (o.280.6Uch.4).
15. *Vgl. dazu Dok 136,* dodis.ch/39122, *Anm. 6.*
16. *Vgl. Anm. 4.*
17. *Die Pressekonferenz konnte aufgrund einer Terminkollision am 3. September 1974 nicht statt-*

Wir legen Wert darauf, die Massenmedien erst in jenem Zeitpunkt zu orientieren, in dem wir über ein Maximum an aktuellen Einsatz-Informationen verfügen werden. Wir bitten Sie deshalb, die beiliegenden Einsatzpläne bis zu der erwähnten Pressekonferenz noch als vertraulich zu behandeln.

Für die Unterstützung, die wir beim Aufbau des Korps und bei der Planung dieses ersten grösseren Einsatzes haben erfahren dürfen, sprechen wir den betreffenden Missionschefs, den zahlreichen Dienststellen der Bundesverwaltung und den Experten und Beratern des Korps den verbindlichsten Dank aus.

---

finden. Vgl. dazu die Notiz von H. Rieder an A. Bill vom 20. August 1974, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#208* (A.22.14.04). *Wahrscheinlich wurde sie am 5. September 1974 anlässlich des Empfangs für die Presse im Rahmen der Botschafterkonferenz abgehalten. Vgl. dazu das Protokoll der Botschafterkonferenz vom 4.–6. September 1974,* dodis.ch/35118 *sowie Doss.* CH-BAR#E2004B#1987/77#19* (a.133.41).

104

dodis.ch/39180

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

La situation en Grèce. Entretien avec l'Ambassadeur de Grèce[2]

[Berne,] 30 août 1974

1. *[A. Protonotarios]*, – qui au temps du régime militaire m'avait très confidentiellement avoué la difficulté de sa position personnelle – juge le retour du régime démocratique à Athènes à la fois *inespéré* (opéré sans effusion de sang) et *dramatique* compte tenu du contexte d'humiliation nationale[3] dans lequel il intervient.

Dans de telles conditions, ce dont, pour reprendre les propres paroles de *[A. Protonotarios]*, «la Grèce a surtout besoin c'est d'un appui moral qui aide son retour au sein de la famille démocratique européenne.»

Certes, poursuit *[A. Protonotarios]*, le Gouvernement Caramanlis[4] jouit d'un grand prestige, grâce notamment à la stature morale et aux compétences de son chef. Mais les problèmes auxquels il se trouve confronté sont immenses et l'avenir reste lourd d'incertitude. On ne sort pas facilement, du jour au lendemain, de sept ans d'une dictature caractérisée non seulement par l'arbitraire mais aussi par une étonnante incurie générale. Même les forces armées qui furent pourtant l'objet de toutes les sollicitudes, combien coûteuses, des colonels, se révélèrent lamentablement au-dessous de leurs tâches au jour de l'épreuve.

---

1. *Notice (copie)*: CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3178* (B.73.0). *Signée par F. de Ziegler. Visée e. a. par Ch. Müller et K. Fritschi. Copie à E. Thalmann.*
2. *A. Protonotarios.*
3. *Sur la crise chypriote, cf. doc. 98,* dodis.ch/38813.
4. *Cf. la lettre de E. de Graffenried à E. Thalmann du 20 août 1974,* dodis.ch/39178.

À cela viennent s'ajouter le sentiment de profonde frustration que suscite l'affaire de Chypre dans l'opinion et l'impression, vraie ou fausse, que le pays est abandonné par l'Ouest. Il est clair que cette réaction psychologique est exploitée à fond par l'extrême-gauche. C'est pourquoi il est urgent, souligne *[A. Protonotarios]*, de rétablir et de renforcer tous les liens qui amarrent la Grèce à l'Occident.

2. S'agissant du *Conseil de l'Europe*, Athènes se prépare sans doute à y reprendre sa place[5]. En effet, à toutes fins utiles, un Premier Secrétaire de l'Ambassade de Paris a déjà été chargé de rouvrir la mission hellène à Strasbourg et un Représentant auprès du Conseil de l'Europe sera prochainement désigné. Sur le plan intérieur des instructions ont d'ores et déjà été données par le Ministre de l'intérieur[6] pour préparer, sur le plan technique, des élections générales qui devront avoir lieu le plus tôt possible.

3. Mais, l'évolution de la situation va dépendre des aléas introduits par l'affaire cypriote. Les commentaires de *[A. Protonotarios]* permettent de penser que l'acceptation par Athènes de la proposition soviétique[7] d'une conférence élargie répond en partie à des considérations tactiques. J'ai même retiré l'impression, en écoutant *[A. Protonotarios]*, que son Gouvernement souhaiterait toujours un règlement dans un contexte plus réduit. Certes, le cadre étroit de Genève a apporté à la Grèce trop de désillusions pour qu'on puisse envisager une prochaine reprise des conversations à cinq[8]. Mais Athènes reste cependant ouverte à toute «formule pratique». Sur le fond *[A. Protonotarios]* a souligné la souplesse de la politique de son pays. Athènes réclame en effet le retour des forces en présence, non sur la ligne du cessez-le-feu ordonné par le Conseil de sécurité, mais sur celle pourtant plus favorable aux Turcs, qui fut arrêtée lors de la première Conférence de Genève[9].

[A. Protonotarios] va même plus loin, il met en évidence une récente déclaration de M. Clerides aux termes de laquelle une solution de type fédéral pourrait être envisagée à condition que le problème des réfugiés grecs soit préalablement réglé, ce qui impliquerait le retour de ces derniers dans leurs foyers. Ce qu'il y a de très intéressant dans cette proposition c'est qu'elle fait apparaître que la solution d'une question humanitaire, comme celle des réfugiés[10], permettrait de déboucher sur l'amorce d'un règlement problème politique.

---

5. *Cf. la lettre de A. Wacker à E. Thalmann du 30 septembre 1974,* dodis.ch/40842.
6. *C. Stratos.*
7. *Cf. la notice de F. Nordmann du 2 août 1974,* dodis.ch/40834, *point 4.*
8. *Grèce, Royaume-Uni, Turquie, ainsi que les deux communautés chypriotes.*
9. *Cf. la notice de F. Nordmann du 2 août 1974,* dodis.ch/40834.
10. *Sur l'action humanitaire de la Suisse à Chypre, cf. le PVCF N° 1553 du 9 octobre 1974,* dodis.ch/38822.

105

dodis.ch/39407

Notiz des stv. Leiters der schweizerischen Delegation bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen in Genf, C. Jagmetti[1]

EFTA – einige Bemerkungen im Hinblick auf eine allfällige Standortbestimmung

Auszug Genf, 3. September 1974

1. Vorbemerkung

Die Rest-EFTA[2] ist nun über 1½ Jahre alt. Wenn in EFTA-Kreisen vor ungefähr zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Austritt Grossbritanniens und Dänemarks[3] Zweifel an der Existenz und der Rolle einer zusammengeschrumpften EFTA laut geworden waren, griff im Laufe von 1973 ein gewisser Optimismus Platz. Es zeigte sich, dass die EFTA lebensfähig war, dass nicht nur das Erreichte zu verwalten war, sondern dass auch in einer kleiner gewordenen Gruppe neue Aufgaben an die Hand genommen werden konnten.

Die EFTA wurde als permanente Institution anerkannt, die im wirtschaftspolitischen Gefüge Westeuropas, das durch die Erweiterung der Gemeinschaften und den Abschluss der Freihandelsverträge[4] zwischen den EFTA-Ländern und den EG verändert worden war, nach wie vor ihren Platz hatte.

Die Praxis im EFTA-Alltag hat aber in den letzten Monaten Anzeichen einer etwas weniger positiven Entwicklung erkennen lassen. Beispiele für solche Anzeichen sind: Verschiebung von Prioritäten, dilatorische Behandlung von Sachfragen, Immobilismus, ja eine gewisse Indifferenz gegenüber wirtschaftspolitischen Massnahmen von EFTA-Partnern (sogar wenn sie gegen die Konvention verstossen).

Ohne derartige Anzeichen überbewerten zu wollen, darf man sie wohl in einer Zeit, da die Gefahr eines Abgleitens in den Protektionismus besteht, nicht völlig übersehen. Es mag angezeigt sein, diese Entwicklung in den kommenden Monaten aufmerksam zu verfolgen. Sollten sich Anzeichen der erwähnten Art mehren, so würde der EFTA-Rat um eine Standortbestimmung nicht herumkommen.

[…][5]

---

1. *Notiz:* CH-BAR E 2210.8-01(D) 1991/136 Bd. 16 (C.00.2). *Kopie an P. Languetin, H. Brunner, M. Jaeger, A. Dunkel, F. Blankart, Ph. Levy und den Dienst für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 174,* dodis.ch/34571, *bes. Anm. 9. Zu den Anpassungen im Rahmen der EFTA als Folge der Freihandelsverträge vgl. die Notiz von H. Wyler an R. Juri vom 2. März 1973,* dodis.ch/39885 *sowie das BR-Prot. Nr. 1080 vom 25. Juni 1973,* dodis.ch/39980.
3. *Zur Aufrechterhaltung des Freihandels mit Dänemark und Grossbritannien vgl. das BR-Prot. Nr. 406 vom 5. März 1973,* dodis.ch/39889.
4. *Zum Freihandelsabkommen der Schweiz mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510. *Vgl. ferner Dok. 173,* dodis.ch/39512.
5. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39407.

3.2 Wie sich aus diesen Umschreibungen ergibt, besteht die Hauptaufgabe der EFTA bezw. ihrer Organe darin, die Erfüllung der in der Konvention[6] statuierten Pflichten durch die EFTA-Länder zu überwachen, den verwirklichten Freihandel auch weiterhin zu gewährleisten und die in der Präambel und in Artikel 2 der Konvention genannten Ziele weiterzuverfolgen. Diese Hauptaufgabe ist somit durch die Konvention gestellt. Die EFTA hat es sich darüber hinaus aber zur Aufgabe gemacht, den Partnern als Instrument für Konsultationen zu dienen, in denen Probleme der regionalen und weltweiten Wirtschaftspolitik erörtert und Informationen ausgetauscht werden können. Angesichts der heute bestehenden Probleme ist diese Aufgabenstellung von grosser Aktualität und könnte, sofern entsprechend benützt, zu wertvollen Ergebnissen führen. Im Idealfall könnten derartige Konsultationen zur Erarbeitung gemeinsamer Auffassungen und Stellungnahmen und damit zu einer EFTA-Schwergewichtsbildung im Rahmen grösserer wirtschaftlicher Organisationen wie GATT[7] und OECD[8] führen, was den EFTA-Partnern als einzelnen Ländern aus Dimensionsgründen versagt ist.

4. Praktische Erfahrungen mit der EFTA-Arbeit der letzten Monate

4.1 Das oberste Organ, der EFTA-Rat, tagt zweimal jährlich auf Ministerebene[9] und sonst normalerweise einmal wöchentlich auf Botschafterebene. Dieser Rhythmus ist intensiv und wohl nur gerechtfertigt, wenn der behandelte Stoff dies erfordert. Was die Ministerkonferenzen betrifft, so darf man nicht übersehen, dass sie jeweils in einem Vortragen wohlvorbereiteter und gewiss auch interessanter Erklärungen besteht. Operationelle Fragen werden an den Sitzungen aber nicht behandelt, und zu einem Dialog oder gar einer Debatte kommt es kaum. Diese offiziellen Sitzungen haben einen eher politischen Demonstrationszweck, d. h. man bekundet damit das Interesse, das man der EFTA von Seiten der Regierungen der Mitgliedländer entgegenbringt. Mehr substantiellen Wert hat vielleicht der informelle Gedankenaustausch, den die Minister am Rande der offiziellen Veranstaltungen untereinander pflegen können.

Was den Rat auf Botschafterebene betrifft, hat es in den letzten Monaten besonders darum nicht an Stoff gefehlt, weil die EFTA-Partner Norwegen, Finnland, Portugal und Island einschneidende Massnahmen trafen, die mindestens teilweise gegen die Konvention verstiessen. Die Prüfung dieser Massnahmen bedingte einigen Zeitaufwand, den allerdings mit Rücksicht auf

---

6. *Zum Stockholmer Abkommen vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 47,* dodis.ch/15943 *und Dok. 58,* dodis.ch/15944, *bes. Anm. 3.*

7. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

8. *Zur Rolle der Schweiz in den Gremien der OECD vgl. Dok. 5,* dodis.ch/39496 *sowie Dok. 140,* dodis.ch/39498.

9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 875 vom 23. Mai 1973,* dodis.ch/39891; *das BR-Prot. Nr. 1975 vom 21. November 1973,* dodis.ch/39894; *die Erklärung der schweizerischen Delegation vom 24. Mai 1973,* dodis.ch/39893; *das BR-Prot. Nr. 1193 vom 7. August 1974,* dodis.ch/39895; *das BR-Prot. Nr. 2064 vom 18. Dezember 1974,* dodis.ch/39896 *sowie das BR-Prot. Nr. 2062 vom 5. November 1975,* dodis.ch/39898.

die grundsätzliche Bedeutung der Massnahmen relativ gering war. Im Vorbeigehen sei vermerkt, dass die Lauheit, mit der die meisten Delegationen auf die Verletzungen der Konvention reagierten, geradezu erschreckend anmutete; immer wieder musste man sich fragen, ob es die Partner eigentlich mit der Konvention noch ernst meinten oder ob sie mit ihrer fast kritiklosen Hinnahme von Verstössen gegen die Vertragspflichten das Terrain für ein bevorstehendes eigenes Abweichen von der Konvention vorzubereiten versuchten. Der übrige im Rat behandelte Stoff umfasste neben Routinegeschäften wie Notifikationen, Kenntnisnahmen von Berichten von Komitees usw. nur wenige substantielle Fragen, wie z. B. diejenigen betreffend ein Sonderregime für die Erzeugnisse neuer Industrien in Portugal[10] und die Beibehaltung von in früheren bilateralen Landwirtschaftsverträgen mit Dänemark enthaltenen Konzessionen[11]. Von der Menge des Stoffes her betrachtet, hätte sich der intensive Sitzungsrhythmus vielleicht gerechtfertigt. Wenn man aber die bereits angetönte Reaktionsarmut der meisten Delegationen und die dadurch bedingte Substanzarmut der Diskussionen in Betracht zieht, so erscheint die Zahl der Ratssitzungen als zu hoch. Die schweizerische Delegation hätte sich denn auch gegen die Beibehaltung dieses Rhythmus gewehrt, hätte nicht die Hoffnung bestanden, in den informellen Sitzungen, die in der Regel unmittelbar vor den Ratssitzungen abgehalten werden, einen lohnenden Gedankenaustausch zu pflegen. Diese informellen Sitzungen der Delegationschefs sollten den oben erwähnten Konsultationen über allgemeine wirtschaftliche Probleme, sodann über Fragen betreffend die Freihandelsabkommen, OECD, GATT, Kontakte mit Drittländern usw. dienen. Im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen ist die Koordination in der Behandlung bestimmter Fragen (insbesondere Ursprungsregeln) und in der Vorbereitung der Sitzungen der Gemischten Ausschüsse wichtig. Dafür wurde viel Zeit aufgewendet. Die Resultate befriedigten aber nicht immer. So zeigte sich z. B., dass die einzelnen EFTA-Länder in den Gemischten Ausschüssen recht unterschiedlich vorgingen. Es fehlte somit verschiedenenorts offenbar am Willen, den Ergebnissen der Konsultationen auch wirklich Rechnung zu tragen. – Ein weiteres höchst aktuelles und akutes Thema war das Energieproblem[12], das in vielen Sitzungen der Delegationschefs diskutiert wurde. Leider waren diese Gespräche für die Schweiz nicht ergiebig, indem die meisten Delegationschefs sich damit begnügten, die Ausführungen des schweizerischen Kollegen über die in Bern und in der OECD getätigten Überlegungen zur Kenntnis zu nehmen. Einige Enttäuschungen bereitete die norwegische Delegation, die angesichts der Teilnahme Norwegens an der Washingtoner Energiekonferenz[13] und an den Arbeiten der daraus entstandenen Koordinationsgruppe über besonders wertvolle Informationen hätte verfügen sollen. Die Norweger zeigten sich aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wenig mitteilsam

---

10. *Zu den Beziehungen zwischen der EFTA und Portugal vgl. Dok. 164,* dodis.ch/39059, *Anm. 7.*
11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 268 vom 14. Februar 1973,* dodis.ch/39888.
12. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
13. *Zur Energiekonferenz in Washington vgl. Dok. 58,* dodis.ch/40607, *Anm. 14. Zum norwegischen Erdöl vgl. den Bericht von B. Stauffer vom 3. Mai 1974,* dodis.ch/40431 *sowie das Schreiben von E. Madöry an R. Hunziker vom 9. Dezember 1974,* dodis.ch/40432.

und scheuten sich, ihr Wissen den EFTA-Partnern preiszugeben. – Für den Gedankenaustausch über GATT-Fragen treten die Delegationschefs unter dem Titel «HEDG» (Heads of EFTA-Delegations to GATT) zusammen, wozu die GATT-Spezialisten der EFTA-Delegationen jeweils beigezogen werden. Diesen Aussprachen kommt besonders im Hinblick auf die Tokio-Runde[14] besondere Bedeutung zu. Bisher waren die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche aber nicht besonders aufschlussreich; denn auch hier beschränkten sich die meisten darauf, die Ansichten der Vertreter von zwei oder drei Ländern anzuhören. Nützliche Arbeit wurde indessen im Zusammenhang mit den von den USA gemäss Artikel XXII des GATT verlangten Konsultationen über Ursprungsregeln geleistet. Dies geschah allerdings nicht in Sitzungen auf Botschafterebene, sondern in Kreise der «HEDG-Stellvertreter».

4.2 Zur Vorbereitung der Rats-Geschäfte und zu Arbeiten auf Grund besonderer Mandate des Rates tritt einmal wöchentlich die Gruppe der Stellvertreter der Delegationschefs (Deputies) zusammen. Da dort formlos und ohne Protokoll diskutiert wird, gebärden sich die Delegationen mitunter etwas freier und offener als im Rat. Grundsätzlich gilt leider aber das gleiche, das oben für den Rat und die Delegationschefs festgehalten wurde: Mangel an Reaktion, wenig Interesse für grundsätzliche Fragen, lieber nehmen als geben. Die Stellvertreter hatten sich im Rahmen eines besonderen Ratsmandates mit der allfälligen Beibehaltung von Zollkonzessionen, die von Ländern der Rest-EFTA in früheren Landwirtschaftsverträgen Dänemark gewährt worden waren und gemäss Artikel 23 der Konvention auch gegenüber den anderen Partnern galten, zu befassen. Diese Gespräche wurden seitens der Mehrzahl der Delegationen wenig kompetent und derart dilatorisch geführt, dass nach bald einem Jahr Verhandlungen noch kein Ergebnis vorliegt.

4.3. Die vom Rat eingesetzten ständigen Komitees und Arbeitsgruppen[15] leisteten fruchtbare Arbeit. Da es sich meist um die Behandlung konkreter Fragen handelt, für deren Erledigung oft eine zeitliche Grenze gesetzt ist, präsentiert sich die Situation etwas anders. In der Tat zeigten sich die Delegationen in diesen Gremien etwas aktiver und interessierter als im Rat und in den Stellvertretersitzungen.

4.4 Verschiedene Delegationen entsandten in den letzten Monaten häufig oder gar regelmässig zu den Sitzungen des Rates und der «Deputies» Vertreter niedrigeren Ranges als üblich. Dem rein protokollarischen Aspekt kommt gewiss keine Bedeutung zu. Das Phänomen ist aber bezeichnend für die Beachtung, die einzelne Delegationen der EFTA noch schenken. In der Rangordnung der Prioritäten einiger Partner figuriert die EFTA irgendwo weit unten. Andere Wirkungsfelder haben Vorrang. Zu den EFTA-Sitzungen wird entsandt, wer gerade noch übrig ist. Die schwedische Delegation und auch die norwegische zeichneten sich in diesem Sinne besonders aus (für einen skandinavischen EFTA-Partner mag die Prioritätenordnung ungefähr wie folgt aussehen: national – skandinavisch – nordisch – EG – GATT – EFTA – andere).

---

14. *Vgl. dazu Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 5.*

15. *Zum Konsultativ-Komitee der EFTA vgl. die Notiz von C. Jagmetti vom 6. Oktober 1975,* dodis.ch/39897.

4.5 Zusammenfassend kann folgendes festgehalten werden:
- Es fehlt an sich nicht an Materie, die in der EFTA im Rahmen der Konvention und besonders auch einer weitergehenden Zusammenarbeit zu behandeln wäre,
- Die Art, wie die Materie seitens mehrerer Delegationen behandelt wird, und ihr mangelndes Interesse geben zu Bedenken Anlass,
- Im Verhältnis dazu ist der Rhythmus der Sitzungen zu intensiv,
- Die viel gerühmte pragmatische und effiziente Arbeitsweise der EFTA scheint der Vergangenheit anzugehören,
- Die EFTA figuriert in der Prioritätenordnung verschiedener Partner weit unten.

[…][16]

5.3 Angesichts der fehlenden Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an den Arbeiten vieler Gremien, in denen heute die grossen weltwirtschaftlichen Probleme behandelt werden, hat die Schweiz ein Interesse, die von der EFTA gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, auch wenn sie noch so bescheiden sind. Zur Variante «Abbau» sollte daher erst gegriffen werden, wenn angestrengte Wiederbelebungsversuche nicht zum Ziele führen. Angesichts des schweizerischen Interesse an der Sache und auch mit Rücksicht auf allenfalls in der Zukunft zu bewältigende Aufgaben (siehe Ziffer 6) sollte man den Versuch zur Reanimation wagen. Sollte er innerhalb der nächsten Monate keinerlei positive Resultate zeigen, so wäre es noch früh genug, andere Konsequenzen zu ziehen. […][17]

16. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39407.
17. *Ibid.*

106

dodis.ch/39478

Notice interne du Département politique[1]

RELATIONS SUISSE-PAKISTAN

Berne, 5 septembre 1974

Relations diplomatiques

La Suisse entretient des relations normales et confiantes[2] avec le Pakistan depuis sa création. Une légation, ouverte en 1949 à Karachi, a été transformée en ambassade en 1957. En 1968, elle s'est déplacée à Islamabad, nouvelle capitale de l'État.

La colonie suisse au Pakistan comptait, en 1973, 103 ressortissants suisses et 36 double-nationaux.

Les événements qui se sont déroulés au cours de ces dernières années dans

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4799* (B.15.21). *Rédigée par P. Luciri.*
2. *Sur la visite d'une délégation parlementaire suisse au Pakistan, cf. la lettre de J. Mallet à E. Thalmann du 21 octobre 1974,* dodis.ch/40090.

le sous-continent indien ont, tout naturellement eu des répercussions sur les relations bilatérales que la Suisse entretient avec le Pakistan.

La guerre indo-pakistanaise de décembre 1971 a apporté la victoire aux troupes indiennes, qui prirent pied dans le territoire du Bengale oriental, permettant ainsi au Gouvernement en exil de la Ligue Awami de s'installer à Dacca. Dès lors, le Bangladesh, proclamé État souverain, a entendu ne plus avoir de liens avec la province occidentale, le Pakistan actuel. Le Conseil fédéral devait reconnaître le nouvel État quelques mois plus tard, le 13 mars 1972[3].

Die Schweiz als Schutzmacht Pakistans

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und Indien erfolgte im Dezember 1971. Seit diesem Zeitpunkt übt unser Land ein Doppelmandat[4] aus; wir vertreten Pakistan in Indien und Indien in Pakistan. Im Rahmen der guten Dienste vermitteln wir auch auf diplomatischer Ebene bei Problemen zwischen Pakistan und Bangladesh.

Das Mandat Pakistans zerfällt in zwei Aufgaben:

1. Die klassische und herkömmliche Aufgabe auf diplomatischer und konsularischer Stufe: Schutz von Eigentum und Leben seiner Bürger in Indien.
2. Nachdem die Schweiz das Mandat in einer Situation übernahm, in welcher auch die Genfer Konventionen vom 12. 8. 1949[5] anwendbar sind, ist sie automatisch dazu ausersehen, die Einhaltung der Konventionen durch beide Konfliktparteien zu überwachen und wenn nötig, diesbezüglich eigene Initiativen zu ergreifen.

Das Doppelmandat brachte von Anfang an ein grosses Ausmass an Arbeit mit sich: Evakuierung des blockierten Personals[6], Sicherstellung und Inventarisierung der umfangreichen Amts- und Wohnhäuser der Hochkommission in New Delhi und umgekehrt in Islamabad, wie auch in den Städten Bombay und Karachi. Diplomatische Vorbereitungen für die Heimschaffung von 92'000 pakistanischen Kriegsgefangenen in Indien, 118'000 bengalischen Militärpersonen und deren Familien von Pakistan nach Bangladesh, 109'000 in Bangladesh blockierten Pakistanern nach Pakistan[7]. Dazu das bis auf weiteres unlösbare Problem von etwa 430'000 Biharis[8] in Bangladesh, die sich als Pakistaner ausgeben und Bangladesh verlassen wollen, aber von Pakistan vorderhand nicht zugelassen werden. Ferner sind unsere andauernden diplomatischen Vermittlungsdienste zu erwähnen in bezug auf die Normalisierungsbestrebungen zwischen Pakistan und Indien, die infolge des indischen Atombombenversuchs[9] zwar einen Rückschlag erlitten ha-

---

3. *PVCF N° 459 du 13 mars 1972,* dodis.ch/35618. *Cf. aussi DDS, vol. 25, doc.126,* dodis.ch/35309, *note 2.*
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 26, Dok. 45,* dodis.ch/39482, *Anm. 4.*
5. *Für die Ratifizierung durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 565 vom 24. März 1950,* dodis.ch/7181. *Vgl. ferner Dok. 45,* dodis.ch/39482, *Anm. 5.*
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 87,* dodis.ch/35284.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 126,* dodis.ch/35309, *bes. Anm. 11.*
8. *Zur Unterstützung der Biharis durch die Schweiz vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 113,* dodis.ch/35283, *Anm. 12.*
9. *Vgl. dazu Dok. 112,* dodis.ch/38914, *Anm. 3.*

ben, aber neuestens wieder ermutigende Anzeichen zur Erneuerung von Gesprächen zeigen. Die Versuche, durch Anerkennung Bangladeshs und Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bangladesh und Pakistan das Verhältnis Islamabad-Dacca, Ende Juni, vorläufig als gescheitert betrachtet werden.

Im Rahmen dieser Schutzmachttätigkeit vollzieht sich unser Amtsverkehr mit Pakistan im besten gegenseitigen Einvernehmen. Aus evidenten Gründen müssen wir natürlich darauf achten, nicht in den heiklen technischen Aufgabenkreis des IKRK und der UNO-Flüchtlingshilfe hineingezogen zu werden.

Aide humanitaire[10]

Les actions récentes en faveur du Pakistan de la Section des œuvres d'entraide internationale du Département politique ont entraîné les dépenses suivantes:

–	1970/72	CRS/cyclone	1'000'000.–
–	1970/72	Crédit spécial conflit indo-pakistanais[11] d'un total de	37'000'000.– (part indéterminée)
–	1973	CRS/inondations[12]	175'000.–
		UNICEF/programme de réhabilitation (enfants)[13]	150'000.–
		CICR: 10 tonnes lait en poudre	70'000.–
–	1974	CRS/achat de 3 tonnes de Nuvanol[14] (lutte contre la malaria)	70'000.-

Katastrophenhilfe im Ausland

Im Spätsommer und Herbst wird Pakistan fast regelmässig von Überschwemmungskatastrophen grösseren Ausmasses heimgesucht. Materialhilfe ist bisher regelmässig von der Schweiz aus erbracht worden.

Pakistan ist zur Zeit an einem Vertragsabschluss[15] bezüglich künftigem Einsatz des Schweiz. Katastrophenkorps interessiert. Dieser Abschluss wird ge-

---

10. *Sur les actions humanitaires de la Suisse dans le sous-continent indien, cf. le rapport de W. Mamboury du 31 janvier 1973,* dodis.ch/40178; *la notice de E. Koetschet à D. Werner du 11 décembre 1974,* dodis.ch/40181; *la notice de D. Werner à R. Keller du 17 décembre 1974,* dodis.ch/40182; *le PVCF N° 12 du 8 janvier 1975,* dodis.ch/40184; *la lettre des élèves de la 5ème classe primaire de Neyruz à P. Graber du 4 février 1975,* dodis.ch/40187 *et la lettre de P. A. Barbey aux élèves de la 5ème classe primaire de Neyruz du 17 février 1975,* dodis.ch/40188.

11. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 106,* dodis.ch/35311.

12. *Cf. le rapport de E. Egger d'août 1973,* dodis.ch/40153 *et la notice de D. Werner à R. Keller du 14 septembre 1973,* dodis.ch/40154.

13. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#663* (o.222) vol. 327–328.

14. *Cf. ibid.* vol. 327.

15. *Briefwechsel zwischen G. Birchler und M. Nawaz vom 15. Oktober 1975,* CH-BAR#E2005A#19985/101#620* (t.311). *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1238 vom 10. August 1973,* dodis.ch/38578 *sowie das BR-Prot. 1791 vom 29. September 1975,* dodis.ch/38579. *Allgemein zum Katastrophenhilfekorps vgl. Dok. 156,* dodis.ch/38540.

gen das Jahresende hin erfolgen. Ab 1975 ist eine operationelle Hilfe durch Spezialistengruppen unseres Korps in Pakistan im Bereich des Möglichen.

Funkspezialisten unseres Korps stehen übrigens seit dem Herbst 1973 als Verstärkung unserer Botschaft in Islamabad zur Verfügung im Zusammenhang mit den immer noch nicht ganz abgeschlossenen Rapatriierungsaktionen[16].

Relations culturelles

Il n'y a malheureusement rien à signaler sous cette rubrique.

Technische Zusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan besteht seit 1968[17]. Die bis heute von der TZ verpflichteten Mittel belaufen sich auf Fr. 7'604'000. Zur Zeit laufen die folgenden Aktionen:

1. Uhrmacherausbildung Karachi

1965 richtete die Fédération Horlogère aufgrund eines mit der pakistanischen Regierung abgeschlossenen Vertrages in Karachi eine Uhrmacherschule ein. Seit 1970 leistet der Bund einen Beitrag[18] (von 1970 bis 1973 jährlich die Übernahme der Schulgelder für 41 Studenten und der Lebenskosten für 10 Studenten). Im Schuljahr 1973/74 werden durch den Bund noch die Schulgelder für 30 und die Lebenskosten für 10 Absolventen bezahlt. Ein weiterer gradueller Abbau der Bundesleistungen ist vorgesehen.

2. Gewährung von Stipendien für Ingenieurstudium am Asian Institute of Technology in Bangkok[19].

Der Bund trägt die Gesamtkosten für ein je 21 Monate dauerndes vertieftes Studium zweier pakistanischer Ingenieure (Irrigation and Land Development / Industrial Engineering).

3. Industrial Design, Karachi

Im Juli 1970 bewilligte der Bund erstmals einen Betrag von 1 Mio. Franken für die Gründung des Pakistan Design Centre (PDC)[20].

Der Zweck des Instituts besteht in der Förderung des Exports pakistanischer Produkte durch Verbesserung und gefälligere Aufmachung sowie in der Ausbildung einheimischen Fachpersonals.

Das PDC verfügt über drei Abteilungen

– Product Design
– Exhibit, Packaging and Graphical Design
– Textile and Carpet Design

---

16. *Vgl. dazu Dok. 43,* dodis.ch/39413 *sowie das Schreiben von Ch. Zogg an H. Rossi vom 18. Juli 1973,* dodis.ch/40041.

17. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 32.*

18. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1983/18#672* (t.311.021) *sowie* CH-BAR#E2005A#1985/101#624* (t.311.21).

19. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#741* (t.311.05).

20. *BR-Prot. Nr. 1190 vom 8. Juli 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#760*. *Vgl. dazu ferner das Schreiben von G. Birchler an J. Mallet vom 20. Mai 1974,* dodis.ch/40148 *sowie den Bericht von S. Chappatte vom 28. Mai 1975,* dodis.ch/40150.

Ein Photoatelier (2 einheimische Photographen) ist angegliedert. Ein Modellist steht zur Verfügung.

Die Verantwortung für die Administration und die Marktforschung obliegt Pakistan. Die Schweiz betreut die künstlerisch/technische Belange. Zu diesem Zweck hat der Delegierte sich der Dienste eines privaten schweizerischen Büros aus Genf versichert, welches das PDC in regelmässigen Zeitabständen besucht. Zur Zeit arbeiten sechs ständige Experten im PDC mit. Ein schweizerischer Photograph begibt sich periodisch nach Karachi zur Ausbildung der lokalen Fachkräfte und zur Erledigung aufgelaufener Aufträge.

4. Feinmechanikerschule Karachi (Swisscontact)[21]

Die Aktivitäten der «Swisscontact» vom 1. Oktober 1971–30. September 1977 im «Pak-Swiss Training Centre» in Karachi stehen im Zeichen der Übergabe des Ausbildungszentrums an die Pakistani. Wegen der kriegerischen Ereignisse konnte das eigentliche «Follow-Up» erst am 1. Oktober 1972 beginnen.

Das Schwergewicht liegt auf der Ausbildung von Feinmechanikern, unter besonderer Berücksichtigung der Werkzeugmacherei. Eine Elektronik- und Produktionsabteilung sind angegliedert.

Während des «Follow-Up» werden die Kontakte zwischen dem Zentrum und «Swisscontact» aufrecht erhalten. Insbesondere wird es einigen Pakistani ermöglicht werden, ihre Ausbildung in der Schweiz zu vervollkommnen. Total sind 45 Stipendienmonate dafür vorgesehen. Weiter werden jährlich für Fr. 10'000.– Ersatzteile und Material geliefert werden. Nötigenfalls wird auch technische Dokumentation zur Verfügung gestellt. Es arbeiten keine schweizerischen Experten mehr in Karachi mit. Im Bedarfsfall wäre man indessen bereit, nochmals einen schweizerischen Fachmann vorübergehend zur Verfügung zu stellen.

Von den abgeschlossenen Aktionen ist namentlich die Berufsschule Tarbela zu erwähnen. Über *zweitausend* Arbeiter des Unternehmerkonsortiums besuchten die von den Schweizern geleiteten Kurzkurse. Über *eintausend* neu einzustellende Arbeiter verschiedenster Berufe wurden auf ihre Eignung und bereits angestellte auf ihre Befähigung zum Vorgesetzten hin getestet.

An einer Schlussbesprechung in Bern mit Vertretern des Unternehmerkonsortiums sind alle Teilnehmer zum Schluss gekommen, dass die erzielten Ergebnisse durchaus zufriedenstellend sind, und der Delegierte für technische Zusammenarbeit auf einem wichtigen Gebiet wertvolle Erfahrungen gesammelt hat.

Über die Fortführung der Schule in irgend einer Form wird zur Zeit noch verhandelt.

Ausblick

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit ist an weiteren Projekten (multilaterale oder bilaterale) in Pakistan interessiert.

---

21. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#19985/101#621* (t.311.04).

Questions économiques et financières
(cf. copie de note, ci-jointe, du 3. 9. 1974[22] (s.C.41.Pak.100.0.) du Service économique et financier).

22. *Notice de L. Rochat à la Division politique II du Département politique du 3 septembre 1974,* dodis.ch/40089.

107

dodis.ch/39382

Exposé du Chef du Département politique, P. Graber, devant la Commission du Conseil national des 10–11 septembre 1974[1]

CONVENTION EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME[2]. APPROBATION

Confidentiel Berne, 16 septembre 1974

Depuis 1968, les Chambres fédérales ont été saisies à trois reprises de propositions du Conseil fédéral concernant la Convention européenne des droits de l'homme. Dans un premier rapport en date du 9 décembre 1968[3], le Conseil fédéral s'était prononcé en faveur de la signature et de la ratification de la Convention et de ses protocoles additionnels. Notre adhésion aurait dû être assortie à l'époque de cinq réserves, dont deux, fort importantes, vous sont bien connues: elles concernaient, d'une part, la non-participation des femmes aux élections législatives fédérales[4] et, sauf exceptions, cantonales, ainsi que les exceptions au caractère secret du scrutin dans les «Landsgemeinden», et, d'autre part, les articles d'exception de la constitution fédérale, articles dits «confessionnels»[5]. Vous vous souviendrez que les associations féminines avaient mené une campagne très vive contre la signature de la Convention[6] en demandant que celle-ci soit différée jusqu'à l'introduction du suffrage féminin sur le plan fédéral. Les Chambres fédérales avaient été sensibles à cette opposition, ce qui explique en grande partie la très forte minorité (80 contre 88 voix) qui s'était exprimée au Conseil national contre la signature de la Convention[7]. De son côté, le Conseil des États avait pris acte, par 22 voix contre 20, du rapport

1. *Exposé (copie):* CH-BAR#E1070#1993/277#425* (G-11933). *Pour les discussions de la commission, cf. le procès-verbal du 16 septembre 1974 de la séance des 10–11 mars 1974,* dodis.ch/39382.
2. Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales *du Conseil de l'Europe du 4 novembre 1950, RO, 1974, pp. 2151–2783. Cf. aussi doc. 25,* dodis.ch/39375, *en particulier note 2.*
3. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales *du 9 décembre 1968, FF, 1968, II, pp. 1069–1198.*
4. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 118,* dodis.ch/31459 *et doc. 141,* dodis.ch/31820, *note 8 et DDS, vol. 25, doc. 62,* dodis.ch/37053, *en particulier note 4.*
5. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 141,* dodis.ch/31820, *note 8.*
6. *Cf. la notice de E. Diez à P. Graber du 4 juin 1974,* dodis.ch/39379.
7. *Cf. Bull. of. CN, 1969, II, pp. 320–369.*

du Conseil fédéral, sans en approuver toutefois les conclusions[8]. Le Conseil fédéral avait alors renoncé à signer la Convention.

2. À la suite de l'introduction, le 7 février 1971, du suffrage féminin sur le plan fédéral, le Conseil fédéral a adressé aux Chambres, le 23 février 1972[9], un rapport complémentaire sur la Convention européenne des droits de l'homme. Dans ce rapport, le Conseil fédéral manifestait son intention de signer la Convention et de surseoir à la signature du premier protocole additionnel et du protocole N°4, qui reconnaissent des droits et libertés autres que ceux figurant déjà dans la Convention. Cette manière de procéder devait permettre à la Suisse de faire l'économie des réserves encore nécessaires, en ce qui concerne le premier protocole, du fait notamment de l'absence de suffrage féminin intégral dans quelques rares cantons et du caractère non secret du scrutin dans les «Landsgemeinden» pour l'élection du ou des députés du canton au Conseil des États. En outre, un renvoi de la signature du protocole N° 4 paraissait indiqué, en raison des problèmes délicats que pourrait soulever son article 2 (liberté d'établissement) au regard des impératifs de la politique du Conseil fédéral de stabilisation de la main-d'œuvre étrangère[10]. Les deux Chambres approuvèrent les conclusions du rapport complémentaire en octobre et en décembre 1972[11], ouvrant ainsi la voie à la signature de la Convention le 21 décembre de la même année[12].

3. Dans le message que vous examinez aujourd'hui[13], le Conseil fédéral propose aux Chambres d'approuver la Convention européenne des droits de l'homme, telle qu'amendée par les protocoles N°s 3 et 5, ainsi que le protocole N° 2, qui attribue à la Cour européenne des droits de l'homme la compétence de donner des avis consultatifs. Les Chambres fédérales ayant approuvé les conclusions du rapport complémentaire de 1972, le Conseil fédéral n'est pas revenu, dans son message, sur les problèmes que posent le premier protocole additionnel et le protocole N°4. En outre, en demandant aux Chambres de l'autoriser à ratifier la Convention[14], le Conseil fédéral ne fait que donner une suite logique aux décisions que celles-ci ont prises en 1972 en approuvant la signature de la Convention. Il s'agit dès lors maintenant avant tout de se prononcer sur les modalités de cette ratification, et, en particulier, sur les réserves

---

8. *Cf. Bull. of. CE, 1969, III, pp. 201–221.*

9. Rapport complémentaire du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales *du 23 février 1972, FF, 1972, I, pp. 989–999.*

10. *Cf. la notice de M. Krafft du 22 mai 1974,* dodis.ch/39378. *Sur la question de la main-d'œuvre étrangère, cf. doc. 86,* dodis.ch/38402, *en particulier notes 2, 3 et 4.*

11. *Sur les débats au sein du Conseil national du 3 octobre 1972, cf. Bull. of. CN, 1972, IV, pp. 1697–1709 et sur les débats au sein du Conseil des États du 4 décembre, cf. Bull. of. CE, 1972, V, pp. 774–780.*

12. *Cf. le PVCF N° 2359 du 20 décembre 1972,* dodis.ch/36808.

13. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales *du 4 mars 1974, FF, 1974, I, pp. 1020–1082. Cf. aussi la notice de E. Diez à P. Graber du 30 janvier 1974,* dodis.ch/39377 *et le PVCF N° 366 du 4 mars 1974,* dodis.ch/39974.

14. *Cf. la* Déclaration lors de la ratification de la Convention européenne des droits de l'homme *du 28 novembre 1974,* dodis.ch/39383 *et le PVCF N° 1763 du 13 novembre 1974,* CH-BAR#E1004.1# 1000/9#812*.

et déclarations dont elle devra être assortie, ainsi que sur la question de savoir si la Suisse devra, en ratifiant la Convention, souscrire les deux déclarations facultatives concernant la Commission et la Cour européenne des droits de l'homme.

4. Le Conseil fédéral propose aux Chambres d'approuver la Convention européenne des droits de l'homme avec deux réserves et deux déclarations interprétatives. La première réserve exclut l'application de l'article 5 de la Convention, qui garantit le droit de toute personne à la liberté, aux lois cantonales sur l'internement administratif, ainsi qu'aux dispositions cantonales relatives à la procédure de placement d'un enfant ou d'un pupille dans un établissement en vertu du droit fédéral sur la puissance paternelle ou sur la tutelle. Cette réserve devrait avoir un caractère provisoire. En effet, dans le cadre de la révision du droit de la famille, le Département de justice et police a élaboré un projet de loi fédérale complétant et modifiant les dispositions du code civil en matière de placement[15]. Ce projet de loi, s'il est adopté, rendra sans objet les lois cantonales sur l'internement administratif et les remplacera par une réglementation fédérale conforme à la Convention. Il serait alors possible de retirer dans un proche avenir la réserve formulée à propos de l'article 5.

La deuxième réserve porte sur l'article 6 de la Convention. Elle a une portée restreinte et n'appelle pas de longs commentaires. Elle vise, en particulier, à exclure l'application du principe de la publicité des audiences aux procédures qui se déroulent devant une autorité administrative et qui ont trait à une contestation relative à des droits ou obligations de caractère civil ou au bien-fondé d'une accusation en matière pénale.

La première déclaration interprétative concerne également l'article 6 de la Convention, qui garantit le droit à une bonne administration de la justice. Elle tient compte du fait que, dans notre pays, des autorités administratives sont appelées à statuer sur les litiges de droit privé et à prononcer des peines comme le ferait un juge pénal. Par cette déclaration, le Conseil fédéral interprète la garantie d'un procès équitable comme visant uniquement à assurer un contrôle judiciaire final des actes ou décisions de l'autorité publique.

La seconde déclaration interprétative concerne la garantie de la gratuité de l'assistance d'un avocat d'office et d'un interprète en matière pénale, qui est proclamée à l'article 6, paragraphe 3, lettres c et e, de la Convention. Elle interprète cette gratuité comme ayant seulement un caractère provisoire, c'est-à-dire comme ne libérant pas définitivement la personne qui en bénéficie du paiement des frais résultant de l'assistance d'un défenseur d'office ou d'un interprète. Cette déclaration prend en considération la pratique existant dans la procédure pénale fédérale ainsi que dans plusieurs cantons, qui consiste à mettre les frais de la cause, y compris l'indemnité allouée au défenseur d'office et à l'interprète, à la charge du condamné.

Lors des discussions qui ont eu lieu au Conseil des États à la session de juin de cette année, la nécessité pour la Suisse de faire, lors de la ratification de la Convention, les deux réserves et les deux déclarations mentionnées n'a pas été

15. Code civil suisse (Filiation). Modification *du 25 juin 1976, RO, 1977, pp. 237–264.*

contestée. Aucune modification n'a en outre été proposée en ce qui concerne la formulation de ces textes. À ce propos, il importe encore de souligner la différence existant entre une réserve et une déclaration interprétative. Une réserve est une déclaration unilatérale faite par un État qui veut exclure l'application d'une disposition d'un traité ou en modifier le sens. Cette faculté est prévue expressément à l'article 64 de la Convention. Une déclaration interprétative fixe l'interprétation qu'un gouvernement entend donner à une disposition d'un traité qu'il ratifie, sans qu'il y ait de contradiction entre cette interprétation et le texte de la disposition en question. La Convention ne mentionne pas la possibilité de faire des déclarations, mais cette possibilité est généralement admise en droit international. En outre, plusieurs des États parties à la Convention ont fait des déclarations interprétatives.

5. Le Conseil fédéral a admis dès le début que la Suisse devrait, en ratifiant la Convention, accepter le droit de requête individuel et reconnaître la juridiction obligatoire de la Cour européenne des droits de l'homme. Il propose dès lors aux Chambres de l'autoriser à souscrire les deux déclarations y relatives[16]. En ce qui concerne la première de ces déclarations, il convient de relever que l'autorisation demandée n'est pas limitée dans le temps. Le Conseil fédéral déclare cependant d'ores et déjà qu'il n'entend, dans une première étape, accepter la compétence de la Commission en matière de requêtes individuelles que pour une durée de trois ans. Le Conseil fédéral a admis cette période probatoire pour tenir compte des appréhensions qui se sont manifestées à cet égard. Il ne fait en outre que suivre l'exemple de la grande majorité des États parties à la Convention, qui hésitent à s'engager pour une durée indéterminée. Quant à la déclaration concernant la juridiction obligatoire de la Cour, elle serait faite sans limitation de durée, conformément à la politique traditionnelle du Conseil fédéral en matière de juridiction internationale.

6. Lors des discussions qui ont eu lieu à la suite des deux rapports du Conseil fédéral de 1968 et 1972, une certaine résistance s'était manifestée contre l'acceptation du mécanisme de garantie collective des droits de l'homme instituée par la Convention. Rangés sous la bannière de l'opposition aux «juges étrangers»[17], les adversaires de la requête individuelle et de la juridiction de la Cour ont déclaré en particulier que les organes chargés de veiller au respect des engagements résultant de la Convention ont un caractère supranational qui ne peut se concilier avec les exigences de notre souveraineté. J'ai l'impression que depuis lors, et notamment depuis le débat au Conseil des États du mois de juin de cette année[18], le problème des «juges étrangers» a été ramené à de plus justes proportions et que l'opposition au système de la requête individuelle s'est maintenant concentrée sur la question du référendum.

---

16. Accord européen concernant les personnes participant aux procédures devant la Commission et la Cour européenne des droits de l'homme *du 6 mai 1969, RO, 1974, pp. 2178–2183. Pour la déclaration suisse, cf. RO, 1974, p. 2183. Pour la déclaration portant sur l'article 46 de la Convention des droits de l'homme, cf. RO, 1974, p. 2174.*

17. *Cf. le procès-verbal du 16 septembre 1974 de la séance de la commission du Conseil national des 10–11 mars 1974,* dodis.ch/39382.

18. *Sur le débat au sein du Conseil des États du 27 juin 1974, cf. Bull. of. CE, 1974, III, pp. 378–390.*

Il est évident cependant que le Conseil fédéral ne prend pas à la légère les objections qui ont été soulevées à cet égard. C'est la raison pour laquelle il a exposé en détail dans son message les conséquences qu'auraient, pour notre pays, l'acceptation de la compétence de la Commission en matière de requête individuelle et la reconnaissance de la juridiction obligatoire de la Cour. Je voudrais encore ajouter à ce sujet que le mécanisme prévu par la Convention est le résultat d'un compromis: il tient compte, d'une part, du désir de faciliter autant que possible la participation de l'individu à un système international de protection des droits de l'homme et, d'autre part, du souci des gouvernements de ne pas consentir de trop larges exceptions à la règle du droit international classique selon laquelle seuls les États ont accès à la juridiction internationale. C'est ainsi que la Commission européenne des droits de l'homme peut être saisie d'une requête par toute personne physique, toute organisation non gouvernementale ou tout groupe de particuliers qui se prétend victime d'une violation, par un État contractant, des droits reconnus dans la Convention. C'est dire qu'une autorité communale ou cantonale, par exemple, ne pourrait pas s'adresser à la Commission. C'est dire aussi que seul un État peut être défendeur à Strasbourg et qu'un citoyen suisse ne pourrait pas être amené contre son gré à comparaître devant la Commission. Il s'agit au contraire, selon le système de la Convention, de reconnaître au citoyen suisse, pris individuellement ou en groupe, une garantie supplémentaire contre une violation des droits de l'homme dont il prétendrait être la victime.

Quant à la Cour européenne des droits de l'homme, elle ne peut être saisie que par un État partie à la Convention ou par la Commission. Ses arrêts sont obligatoires, mais ne sont pas exécutoires de plein droit sur le territoire des États contractants. Il n'est dès lors pas exact de dire que la Cour a un caractère supranational. Elle est une véritable juridiction internationale qui a pour tâche de veiller au respect, par les États, des obligations qu'ils ont assumées en ratifiant la Convention. Ses attributions sont comparables, par exemple, à celles de la Cour internationale de justice de La Haye, qui possède depuis longtemps la compétence d'examiner la conformité de notre droit interne avec le droit international. En outre, il convient de souligner le fait que l'introduction d'une procédure devant la Commission n'a pas d'effet suspensif: une décision administrative ou un jugement d'un tribunal national reste exécutoire même si sa conformité avec la Convention est contestée devant la Commission.

7. Je voudrais dire encore quelques mots sur le problème du référendum, qui a retenu assez longuement l'attention des députés au Conseil des États à la session de juin de cette année. Vous avez tous reçu l'exposé complémentaire du 17 juin 1974[19] préparé à la demande des membres de la commission du Conseil des États[20]. Vous entendrez en outre les savantes exégèses des deux

19. *Notice* L'adhésion de la Suisse à la Convention européenne des droits de l'homme doit-elle être soumise au référendum obligatoire? *du 17 juin 1974,* dodis.ch/39380.

20. *Pour les discussions de la commission du Conseil des États, cf. le procès-verbal de juin 1974 de la séance des 5–6 juin 1974, doss. comme note 1. Cf. aussi la notice de E. Diez à P. Graber du 20 juin 1974,* dodis.ch/39381.

experts[21] dont l'audition a été requise par votre commission. Je puis dès lors me borner à formuler quelques considérations que je juge essentielles. Je ne reviendrai en outre pas sur la question du référendum facultatif. Il n'est en effet pas contesté que l'arrêté fédéral approuvant la Convention n'est pas soumis au référendum facultatif en matière de traités internationaux prévu à l'article 89, 4ème alinéa, de la Constitution.

La doctrine et la pratique admettent qu'un traité international doit être soumis au vote du peuple et des cantons lorsque ce traité modifie profondément la structure de nos institutions, c'est-à-dire touche aux règles essentielles de notre État fédératif, ou lorsqu'il entraîne un changement fondamental dans la politique extérieure de la Suisse. Il est généralement admis que l'adhésion de notre pays à la Convention ne modifierait en aucune façon notre politique étrangère. En revanche, la question de savoir si cette adhésion aurait des répercussions sur notre ordre constitutionnel est plus délicate et donne lieu à des discussions.

Il convient tout d'abord de rappeler que la Convention garantit des droits qui, dans leur grande majorité, sont déjà reconnus par notre ordre juridique interne. La ratification de la Convention n'entraînerait dès lors aucune modification de la Constitution fédérale. Il n'est en outre pas contesté que la Confédération est habilitée à conclure des traités portant sur des matières qui relèvent de la compétence législative des cantons.

La reconnaissance de la juridiction obligatoire de la Cour européenne des droits de l'homme, par ailleurs, ne représenterait rien de nouveau pour notre pays. La Suisse a reconnu dès le début la juridiction obligatoire de la Cour internationale de justice[22] et a conclu un grand nombre de traités contenant une clause d'arbitrage obligatoire, sans qu'il ait été jugé nécessaire de consulter le peuple et les cantons.

Quant à l'acceptation de la compétence de la Commission européenne des droits de l'homme en matière de requêtes individuelles, sa portée doit être appréciée en fonction des pouvoirs relativement limités qui sont reconnus à la Commission, et des particularités du mécanisme de mise en jeu de la responsabilité internationale de l'État défendeur qui a été institué par la Convention. Pour sa part, la Commission, lorsqu'elle a déclaré une requête recevable, exerce des fonctions d'enquête et de conciliation. Ses avis ne sont pas obligatoires. Il appartient à la Cour ou au Comité des ministres du Conseil de l'Europe de prendre en dernier ressort une décision qui lie les États. L'arrêt de la Cour constatant une violation de la Convention n'a au surplus pas d'effet cassatoire; il laisse intacte la décision interne qui est à l'origine de la requête.

8. Le Conseil fédéral propose également aux Chambre une modification de la loi d'organisation judiciaire sur un point de procédure[23]. Si ce projet est adopté, les conditions à remplir pour que le Tribunal fédéral puisse être saisi

---

21. *O. K. Kaufmann et L. Wildhaber.*

22. *Cf. DDS, vol. 16, doc. 46,* dodis.ch/122, *en particulier note 2. Pour l'adhésion de la Suisse, cf. le PVCF N° 2603 du 18 octobre 1946,* dodis.ch/246.

23. Loi fédérale d'organisation judiciaire *du 16 décembre 1943, RS, 5, pp. 521–567. Pour la modification de l'article 44 du 25 juin 1976, cf. RO, 1977, p. 263.*

par la voie du recours de droit public seront les mêmes, que soit invoquée une violation de la Convention ou une violation de droits constitutionnels des citoyens. La question a été soulevée, en relation avec cette proposition, de savoir si, en raison de la nature même des droits garantis par la Convention, il n'était pas nécessaire d'élever la Convention au niveau constitutionnel, en faisant des droits qu'elle contient, pour reprendre une expression utilisée au Conseil des États, «un morceau de la Constitution fédérale». À ce propos, je ferai tout d'abord observer que notre pays ne connaît pas la catégorie des traités ayant rang constitutionnel. Une fois ratifiée, la Convention prendra place dans notre ordre juridique interne en tant que source spécifique de droit fédéral. Bien qu'incorporée à notre droit interne, la Convention gardera son caractère de traité international et ses dispositions seront appliquées et interprétées comme des règles de droit international. Il convient en outre de relever que ce n'est pas la première fois que la Suisse adhérerait à une convention posant des règles ayant un caractère constitutionnel. Il suffit de mentionner à cet égard les traités d'établissement, qui contiennent une clause d'égalité de traitement, ou les conventions sur la compétence des tribunaux et la reconnaissance des jugements, qui portent atteinte, dans certains cas, à un droit fondamental du citoyen, la garantie du juge naturel. Or l'approbation de ces traités n'a pas été soumise au référendum obligatoire[24].

24. *Cf. note 19. Sur le référendum en matière de traités internationaux en rapport avec la Convention européenne des droits de l'homme, cf. doc. 25,* dodis.ch/39375.

108

dodis.ch/38470

Interne Notiz der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements[1]

Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods[2]

[Bern,] 7. Oktober 1974

1. Der Rechtsdienst der Eidgenössischen Finanzverwaltung kommt in einer Studie[3] zum Schluss, dass der Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds[4] (IWF) dem obligatorischen Referendum zu unterstellen wäre, «weil es sich um den Beitritt zu einer supranationalen Organisation handelt,

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1988/15#1762* (o.735.41). *Verfasst von J. Stähelin und unterzeichnet von J. Monnier. Kopie an R. Bindschedler, E. Diez, R. Pasche, den Finanz- und Wirtschaftsdienst und die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements sowie die Justizabteilung des Justiz- und Polizeidepartements.*
2. *Zu den Anfängen der Beziehungen der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 3,* dodis.ch/125.
3. *Notiz von B. Müller an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 19. September 1974,* dodis.ch/48052.
4. *Vgl. dazu Dok. 88,* dodis.ch/38459.

welche die Handlungsfreiheit in einem wesentlichen Souveränitätsbereich beschneidet». Er empfiehlt, diese Frage aber noch der Völkerrechtsdirektion zur Begutachtung zu unterbreiten.

2. Die Völkerrechtsdirektion kann der Auffassung der Finanzverwaltung nicht beipflichten. Es handelt sich nämlich beim IWF nicht um eine jener Organisationen, welche üblicherweise als supranational bezeichnet werden.

a) Der Begriff der Supranationalität ist umstritten. Die meisten internationalen Organisationen verfügen über gewisse selbständige Befugnisse zu Lasten ihrer Mitglieder, ohne dass sie deshalb supranational wären. Als supranational werden in der Regel Organisationen bezeichnet:

– mit Organen aus unabhängigen Personen, die nicht an Instruktionen der Regierung ihres Heimatstaates gebunden sind;
– mit Organen, die ihre Befugnisse durch Mehrheitsbeschluss und nicht gemäss dem Einstimmigkeitsprinzip ausüben;
– deren Entscheide direkt in Kraft treten und für Einzelpersonen unmittelbar verbindlich sind;
– deren materielle Befugnisse relativ umfassend sind[5].

Alle vier Kriterien müssen zugleich vorhanden sein, was z. B. bei den Europäischen Gemeinschaften zutrifft. Der IWF kann nach dieser Umschreibung nicht als supranationale Organisation gelten. Zwar sehen seine Statuten in gewissen Fällen Mehrheitsbeschlüsse vor, doch finden sich entsprechende Bestimmungen auch bei andern klassischen internationalen Organisationen, z. B. bei der UNESCO, beim Internationalen Arbeitsamt und bei der Weltgesundheitsorganisation. Bei den wichtigen Fragen, welche nach den Statuten des IWF mit Mehrheitsbeschluss entschieden werden, ist die Praxis der Mitgliedstaaten im übrigen vom Wortlaut der Statuten abgegangen (Art. IV Ziff. 5 lit. b). Davon abgesehen existieren Ausnahmeklauseln (z. B. Art. IV Ziff. 5 lit. f).

b) Selbst wenn es sich beim IWF um eine supranationale Organisation handeln würde, unterstände der Beitritt dazu nach heute geltendem Recht nicht dem obligatorischen Referendum. Entsprechendes ist in der Verfassung nicht vorgesehen. In der Doktrin wird zwar die Auffassung vertreten, ein solcher Beitritt müsste Volk und Ständen vorgelegt werden, und der Entwurf des EPD zu einer Botschaft des Bundesrates über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums enthält einen entsprechenden Vorschlag. De lege lata besteht aber keine solche Verpflichtung. Die Praxis kennt nur zwei Entscheide, welche gleichwohl Volk und Ständen unterbreitet wurden. Es handelte sich um den Beitritt zum Völkerbund[6] und um die Abkommen mit den Europäischen

---

5. *Fussnote im Originaltext:* Vgl. dazu den Entwurf des EPD zu einer Botschaft des Bundesrates über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums. Dieser Entwurf beruht auf den Arbeiten einer Expertenkommission; er sieht für den Beitritt zu supranationalen Organisationen das obligatorische Referendum vor. *Vgl. dazu die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Neuordnung des Staatsvertragsreferendums *vom 23. Oktober 1974, BBl, 1974, II, S. 1133–1176 sowie Doss.* CH-BAR#J1.223#1000/1318#519* (4.05).

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 7-I, thematisches Verzeichnis:* II. La Suisse et la Société des Nations *und DDS, Bd. 7-II, thematisches Verzeichnis:* I. La Suisse et la Société des Nations. *Vgl. ferner DDS, Bd. 25, Dok. 160,* dodis.ch/35778, *Anm. 15.*

Gemeinschaften[7]. In beiden Fällen waren es politische und nicht rechtliche Gründe, welche Bundesrat und Parlament bewogen, die Zustimmung von Volk und Ständen einzuholen.

3. Zusammenfassend kommen wir zum Schluss, dass ein eventueller Beitritt der Schweiz zum IWF nach heute geltendem Recht nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen wäre.

4. Zur Frage, ob der Beitritt zu den Institutionen der Weltbankgruppe dem fakultativen Referendum untersteht, haben wir uns für den Augenblick nicht zu äussern. Dieser Problemkreis wird zu gegebener Zeit geprüft und insbesondere eingehend abgeklärt werden müssen, wie lange bei jeder dieser Institutionen die unauflösbaren Vertragsverpflichtungen der Schweiz dauern[8].

---

7. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft *vom 22. Juli 1972, AS, 1972, S. 3115–3318. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776.

8. *Für eine weitere Stellungnahme der Direktion für Völkerrecht vgl. das Schreiben von B. Müller an E. Diez vom 25. Oktober 1974,* CH-BAR#J1.223#1000/1318#234* (3.06.6).

109

dodis.ch/38960

Notiz des schweizerischen Botschafters in London, A. Weitnauer[1]

AUSSENPOLITISCHE WÜRDIGUNG DES RECHTSHILFEABKOMMENS[2] ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VOM 25. MAI 1973

London, 12. Oktober 1974

Die Schweiz befindet sich in einer interessanten Phase der Geschichte ihrer auswärtigen Beziehungen. Kein Zweifel, dass wir an der immerwährenden und bewaffneten Neutralität als Grundsatz und der daraus sich ergebenden Neutralitätspolitik festhalten werden. Weder im einen noch im andern Punkt ist ein Abbau, eine Schwächung wünschenswert oder gar – unter dem Druck der Umstände – vorauszusehen. Was hingegen durchaus wünschbar ist und auch zu erwarten steht, ist eine immer klarere und deutlichere Präsenz

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E4260C-01#1993/9#608* (C2/26/8/1.101). *Verfasst und unterzeichnet von A. Weitnauer in seiner Funktion als Delegationschef für die Verhandlungen und Unterzeichnung des Rechtshilfeabkommens. Kopie an die für den Vertrag mit den USA zuständige Kommission des Nationalrats.*

2. *Zu den Verhandlungen über ein Rechtshilfeabkommen mit den USA vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 58,* dodis.ch/33138; *DDS, Bd. 25, Dok. 66,* dodis.ch/35400; *die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. R. Jolles vom 18. April 1973,* dodis.ch/38962; *das BR-Prot. Nr. 748 vom 9. Mai 1973,* dodis.ch/38959; *das Schreiben von K. Furgler an P. Graber vom 16. Mai 1974,* dodis.ch/38963; *den Bericht von K. Furgler an den Bundesrat vom 8. August 1974,* dodis.ch/38961; *die Notiz von J. Monnier vom 18. Juni 1975,* dodis.ch/38964 *sowie das Schreiben von P. Graber an H. Odell vom 23. Dezember 1975,* dodis.ch/38965.

der Schweiz im Felde der internationalen Beziehungen. Es liegt nicht im Interesse unseres Landes, dem ausländischen Betrachter den Anblick einer Art «Festung Schweiz» darzubieten und sich vom Geschehen in der Welt abzukapseln. Vielmehr sind wir dazu aufgerufen – immer als unzweifelhaft neutraler Staat – einen stets intensiveren Beitrag an die Geschicke dieser unserer *einen* Welt zu leisten.

Auf diesem Hintergrund ist auch das Rechtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten vom 25. Mai 1973[3] zu sehen. Die Gründe, die den Bundesrat bewogen haben, auf umsichtige, das ganze Gebiet durchleuchtende Sondierungsgespräche einzutreten und dann, nachdem die Materie völlig überblickbar war, einen Abschluss anzustreben, sind dreifach.

Einmal handelt es sich darum, das Netz der Rechtshilfevereinbarungen zwischen der Schweiz und anderen Staaten zu erweitern. In der Tat ist ja unser Land dem im Jahre 1959 abgeschlossenen europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen[4] beigetreten. Es kann als eine organische Fortentwicklung gelten, wenn wir auch mit den Vereinigten Staaten ähnliche Vereinbarungen treffen, umsomehr, als es sich um einen überaus wichtigen Partnerstaat unseres Landes auf allen Gebieten, nicht zuletzt dem wirtschaftlichen und dem finanziellen, handelt. Natürlich erschien zunächst die Tatsache, dass das amerikanische Rechtssystem angelsächsischer Provenienz und vom kontinental-europäischen sehr verschieden ist, als ein gewisses Hindernis. Die Vorabklärungen der Expertendelegation und die Verhandlungen selbst aber haben gezeigt, dass die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Hinzu kam, dass die amerikanische Regierung von Anfang an ein grosses Interesse für den Abschluss eines Abkommens gerade mit der Schweiz zeigte. Es liegt darin nicht zuletzt eine Anerkennung der bedeutenden Rolle, die unser Land, trotz seiner Kleinheit auf der Landkarte, in der Welt spielt. Unsere Beziehungen zu Amerika sind traditionell freundschaftlich, sodass an eine brüske Abweisung der amerikanischen Anregung, Gespräche über das Thema der Rechtshilfe zu führen, ohnehin nicht zu denken war. Neutralitätspolitische Erwägungen stellten sich nicht; es gibt keine Neutralität in der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Vielmehr handelte es sich darum, neben vielen anderen auch diese drängende Sachfrage des internationalen Lebens und Zusammenlebens einer konstruktiven, beide Seiten befriedigenden Lösung zuzuführen.

Der zweite Grund ist spezifischer und hat mit der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu tun, einer wahren Seuche, die sich immer mehr über

---

3. *Zum Rechtshilfeabkommen, das am 25. Mai 1973 unterzeichnet wurde, vgl. die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen *vom 28. August 1974, BBl, 1974, II, S. 580–630; die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zu einem Bundesgesetz zum Staatsvertrag mit den USA über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen *vom 28. August 1974, BBl, 1974, II, S. 631–665 sowie das* Bundesgesetz zum Staatsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen *vom 3. Oktober 1975, BBl, 1975, II, S. 1480–1495.*

4. Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen *vom 20. April 1959, AS, 1967, S. 831–844.*

die Welt verbreitet. Der Einwand, dass es an jedem einzelnen Lande ist, mit seinen Verbrechern fertig zu werden, hält einer auch nur oberflächlichen Prüfung nicht stand. Es sind nicht nur die Regierungen, die heute auf den mannigfachsten Gebieten kooperieren. Die Verbrecher tun es ebenfalls; auch sie sind immer mehr international organisiert und völlig skrupellos in der Benutzung der komplexen Mechanismen, welche die internationale Zusammenarbeit in Finanz und Wirtschaft zur Verfügung stellt. Von einer solchen Entwicklung kann auf die Dauer kein Land verschont bleiben, wenn auch zuzugestehen ist, dass die Vereinigten Staaten von der Welle der Gewalttätigkeit mit am härtesten betroffen werden.

In dritter und letzter Linie ist es der gute Name unseres Landes, der auf dem Spiele steht. Eine gewisse Propaganda, die gerade in den Vereinigten Staaten Triumphe feiert, hat sich die schweizerischen Banken als Lieblingsobjekte ausgesucht, um darzulegen, dass unsere Finanzinstitute ideale Voraussetzungen für illegale, ja verbrecherische Manipulationen aller Art bieten. Viel Wesens wird vom schweizerischen Bankgeheimnis[5], den Nummernkonten usw. gemacht, um die Schweiz als einen willfährigen Komplizen der internationalen Verbrecherwelt darzustellen. Eine der Hauptfunktionen des Rechtshilfeabkommens mit den Vereinigten Staaten ist es, nachzuweisen, wie unberechtigt diese Anwürfe sind. Es spricht für unsere Banken und die führenden Exponenten unserer Wirtschaft, dass sie von Anfang an, wenn auch mit einem durchaus begreiflichen Zögern, dem Grundgedanken des Abkommens zugestimmt haben. Es ging ihnen und es geht uns allerdings auch darum, in den Vertrag all die Kautelen einzubauen, die erforderlich sind, um jeglichen Missbrauch der getroffenen Vereinbarungen auszuschliessen. Dies ist im vorliegenden Abkommen, so wird man sagen dürfen, in einem hohen Masse gelungen. Für alle Einzelheiten sei auf den Text der Botschaft[6] verwiesen.

Die Vereinigten Staaten und die Schweiz haben sich im Verlaufe der langjährigen Gespräche auf einem so schwierigen Gebiete näher kennengelernt und das gegenseitige Verständnis für eine manchmal abweichende Betrachtungsweise, wie sie sich in den beiden Rechtsordnungen ausdrückt, vertieft.

Das Abkommen darf daher als ein Verständigungswerk im besten Sinne bezeichnet werden[7]. Als solches bringt es weit mehr als eine blosse vertragliche Regelung des Rechtsschutzes hüben und drüben; es ist ein aussenpolitischer Akt, der die Sonderart unseres Landes, aber auch seine Bereitschaft, mit für eine bessere, schönere und sicherere Welt zu wirken, eindrücklich bekräftigt.

---

5. *Zu den Diskussionen über das schweizerische Bankgeheimnis vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 149,* dodis.ch/9200; *DDS, Bd. 22, Dok. 54,* dodis.ch/18897; *Dok. 83,* dodis.ch/30715 *und Dok. 91,* dodis.ch/30740; *DDS, Bd. 23, Dok. 177,* dodis.ch/31445; *DDS, Bd. 24, Dok. 23,* dodis.ch/33015; *Dok. 47,* dodis.ch/32230 *und Dok. 58,* dodis.ch/33138; *DDS, Bd. 25, Dok. 40,* dodis.ch/35883; *Bd. 26, Dok. 119,* dodis.ch/38887; *das Schreiben von W. Sigg an J. Zwahlen vom 11. Juni 1975,* dodis.ch/39092 *sowie die Notiz von F. Dubois vom 10. November 1975,* dodis.ch/39093.

6. *Vgl. Anm. 3.*

7. *Die offene Frage des Rechtshilfeabkommens galt* als einziges zwischenstaatliches Problem *zwischen der Schweiz und den USA. Vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 101,* dodis.ch/35402.

110

dodis.ch/38752

Referat des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann, vor der Ständigen Wirtschaftsdelegation[1]

INTERNATIONAL ENERGY PROGRAM[2]

[Bern,] 16. Oktober 1974

In politischer Hinsicht kann zum IEP heute folgendes gesagt werden:

Natürlich haben wir uns zunächst die Frage gestellt, ob das IEP *neutralitätskonform* sei. Gestützt auf eine genaue Prüfung der dem IEP zugrundeliegenden Texte hat Herr *Prof. Bindschedler* in einem Gutachten[3] in überzeugender Weise den Nachweis dafür erbracht, dass unser Beitritt zum IEP der ständigen Neutralität der Schweiz weder in *rechtlicher* noch in *politischer* Hinsicht widersprechen würde.

Politisch relevant für uns ist jedoch nicht nur der Abkommens*text*[4]*, sondern ebensosehr der Geist*, in dem das Abkommen durchgeführt wird und wie in der Praxis seine *Handhabung* aussieht. Darüber lässt sich im Moment natürlich noch kaum etwas Konkretes aussagen. Je nachdem kann das Abkommen zu einer für uns unerwünschten *Frontbildung* führen oder aber zu einem Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten, der früher oder später kommen muss und an dem auch wir in höchstem Masse *interessiert* sind.

Vieles hängt davon ab, in welcher Richtung sich der *Nahostkonflikt*[5] entwickeln wird. Die eben abgeschlossene Verhandlungsrunde Kissingers liefert noch keine schlüssigen Hinweise dafür. Vielleicht wird man im November, wenn Kissinger eine neue Tournée unternimmt, klarer sehen[6]. Aber auch wenn man einen 5. *Nahostkrieg* nicht ausschliesst, wird man feststellen müssen, dass das Energieproblem dadurch zwar nochmals wesentlich verschärft werden könnte, doch würde dadurch der *Zwang* für Produzenten und Konsumenten, miteinander ins Gespräch zu kommen, auf längere Frist gesehen kaum behoben.

Auch vom politischen Gesichtswinkel aus ist es durchaus *positiv* zu würdigen, dass das IEP den Versuch darstellt, ein internationales Problem *multi-*

---

1. *Referat (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1271*(C.41.780.19.0).
2. *Zum Beitritt der Schweiz zum IEP vgl. die Erklärung von E. Brugger vom 6. November 1974,* dodis.ch/38753; *das BR-Prot. Nr. 189 vom 5. Februar 1975,* dodis.ch/38755 *sowie die Notiz von E. Brugger an P. Graber vom 18. November 1975,* dodis.ch/38760. *Allgemein zum IEP und der IEA vgl. die Notiz von L. Rochat an P. Graber vom 7. Februar 1975,* dodis.ch/38756; *die Notiz von G. Kündig vom 2. April 1975,* dodis.ch/38758 *sowie das BR-Prot. Nr. 919 vom 21. Mai 1975,* dodis.ch/38759.
3. *Notiz von R. Bindschedler* IEP und Neutralität *vom 11. September 1974,* dodis.ch/38750.
4. Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm *vom 18. November 1974, AS, 1976, S. 623–656.*
5. *Vgl. dazu Dok. 22,* dodis.ch/39248, *Anm. 2*.
6. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 98 von F. Schnyder vom 7. November 1974,* dodis.ch/38936.

lateral anzupacken. Angesichts unserer relativen Machtlosigkeit entstehen daraus für uns in der Regel weniger heikle Abhängigkeiten als beim Abschluss bilateraler Abkommen.

Von grosser Bedeutung für uns ist, dass der Teilnehmerkreis möglichst gross und ausgewogen ist. Eine Nichtbeteiligung *Frankreichs* aus politischen Gründen wäre für uns – vielleicht mehr psychologisch als realpolitisch – unerfreulich[7]. Vor allem aber hätten wir ein grosses Interesse daran, dass *Schweden* und *Österreich* mitmachen[8]. Ihr Abseitsstehen bei gleichzeitigem Beitritt der Schweiz würde fast zwangsläufig auf eine unterschiedliche Interpretation der Neutralität zurückgeführt, wiewohl in Tat und Wahrheit für Schweden und Österreich ganz einfach eine völlig verschiedene wirtschaftliche Ausgangslage als für die Schweiz besteht.

Schliesslich wird natürlich die *Reaktion der Produzentenländer* auf das IEP auch für die Schweiz von ausschlaggebender Bedeutung sein. Bisher ist sie eher milde ausgefallen. Dies ist kaum erstaunlich, haben sich doch die Produzenten seit langem in der *OPEC*[9] *und in der OPAEC* selbst multilateral organisiert.

Für eine *abschliessende politische Beurteilung* fehlen uns noch zahlreiche Elemente. Wir werden darnach trachten, uns diese in den nächsten Wochen zugänglich zu machen.

---

7. *Zu Frankreich vgl. den Bericht von P. Languetin vom 6. September 1974,* dodis.ch/38749.

8. *Zu Schweden und Österreich vgl. den Bericht des Integrationsbüros vom 8. Oktober 1974,* dodis.ch/38751 *sowie die Notiz von P. R. Jolles und E. Thalmann an den Bundesrat vom 13. November 1974,* dodis.ch/38754.

9. *Zu den Handelsbeziehungen der Schweiz mit den OPEC-Staaten vgl. den Bericht von W. Jaggi vom 9. April 1975*, dodis.ch/40670.

111

dodis.ch/39502

Compte rendu du Secrétaire du Chef du Département politique, P.-Y. Simonin[1]

ENTRETIENS ENTRE LE CONSEILLER FÉDÉRAL PIERRE GRABER, CHEF DU DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL ET M. HANS-DIETRICH GENSCHER, MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE LA RFA À BONN, (MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES), LE 11 OCTOBRE 1974[2]

Extrait Confidentiel Berne, 17 octobre 1974

[…][3]

3. Intégration européenne – coopération politique et économique

M. Genscher: Bekanntlich ist unter den EG-Staaten zurzeit wegen des Agrarmarktes eine Diskussion im Gange. Es geht dabei um Strukturfragen. Alle damit zusammenhängenden Probleme können indessen nicht allein dem Agrarmarkt angelastet werden. Es gibt in der europäischen Integration empfindliche Teilgebiete, die nicht saniert werden, solange nicht auch in übrigen Bereichen Verbesserungen verwirklicht werden.

So entspricht der heutige Stand der Dinge in manchem nicht der Entwicklung, die der Römer Vertrag ursprünglich vorgesehen hat. Dies gilt etwa für das Entscheidungsverfahren, das nicht einmal für Nebenfragen gelöst ist. Die Bundesregierung hofft, dass sich auf diesem Gebiet etwas Positives ergeben wird. Bonn ist der Überzeugung, dass hier Fortschritte nur dann möglich sind, wenn unter den Mitgliedstaaten absolute Gleichberechtigung herrscht. Die Bundesrepublik weiss aus ihrer eigenen föderativen Erfahrung, dass es keine Sonderrechte für einzelne Staaten geben darf; dies gilt namentlich auch für die grossen Staaten.

Ein vordringliches Problem ist die Zusammenfassung der Wirtschaftspolitik der einzelnen EG-Staaten; es geht um eine gemeinsame Sicht im Hinblick auf eine Stabilisierungspolitik. Es ist dies ein Anliegen der Bundesrepublik. Die französische Regierung sieht die Dinge jetzt ähnlich, und Bonn hofft, dass Paris auch die notwendige Kraft haben wird.

In Grossbritannien haben die jüngsten Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit ergeben. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die Regierung Wilson der EWG positiv gegenüber steht und dass Grossbritannien nach den Neuverhandlungen letzten Endes Mitglied bleiben wird.

Italien ist das Sorgenkind der EG. Die deutsche Hilfe wird selbstverständlich im wohlverstandenen eigenen Interesse der Bundesrepublik gewährt, weil sie

---

1. *Compte rendu:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1452* (B.15.21.(1)). *Rédigé par P.-Y. Simonin et K. Fritschi.*
2. *Sur cette visite, cf. le télégramme N° 98 de H. Lacher à Ch. Müller, F. de Ziegler et P.-Y. Simonin du 24 septembre 1974,* dodis.ch/39953; *la notice de P.-Y. Simonin à P. Graber du 8 octobre 1974,* dodis.ch/39955 *et la notice du 11 octobre 1974,* dodis.ch/39793.
3. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39502.

exportabhängig ist und am guten Funktionieren des Marktes grosses Interesse hat. (Die 3 Mio. Gastarbeiter in der Bundesrepublik sind ein unechtes Polster, weil die Arbeitslosigkeit für die Deutschen lange vor der Beschäftigungslosigkeit und Abreise dieser Ausländer beginnt).

Die politische Zusammenarbeit unter den EG-Staaten entwickelt sich in positiver Weise. So gibt es eine gute gegenseitige Abstimmung im Falle der KSZE. Dasselbe gilt für die wichtige Frage des europäisch-arabischen Verhältnisses. Auch gegenüber dem Zypernkonflikt[4] konnte ein gutes Einvernehmen erzielt werden.

Alles in allem genommen, der Weg nach Europa ist steinig, aber er muss gegangen werden. Im Grunde gibt es keine Alternative. Das Datum von 1980 sollte in dem Sinne eingehalten werden, als dann eine Bestandesaufnahme von all dem Erreichten gemacht werden kann und jener Stand der Dinge das sein wird, was aus den EG geworden ist.

Was die Zusammenarbeit im Europarat betrifft, so sollten hiefür die instrumentalen Möglichkeiten dieser Organisation genützt werden. Dem steht das Auswärtige Amt positiv gegenüber.

Herr Genscher ersucht Herrn van Well, über seine diesbezügliche Diskussion mit Herrn Müller zu berichten. (vgl. auch Beilage I[5]).

Herr van Well: Die deutsche und schweizerische Seite stimmen darin überein, dass der Europarat als eine Klammer zwischen den Neun und den andern Mitgliedern des Europarats benützt werden soll. Es geht dabei den Neun um zwei Fragenkomplexe: 1. Die Vorabstimmung über Fragen in den Bereichen, die in die eigentliche Zuständigkeit des Europarats fallen. 2. Die übrigen Fragen.

Die schweizerische Seite hat eine gewisse Sorge über das Gewicht der Neun zum Ausdruck gebracht. Die Neun haben bis heute auf zwei Gebieten ihre Haltung aufeinander abgestimmt; es betrifft dies die Berichterstattung der Neun im Europarat zum Thema der Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit sowie den Fall Griechenland[6].

Der Gedankenaustausch hat folgende Schlussfolgerungen ergeben: Beide Seiten haben ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, die Frage der Beziehungen zwischen den Neun und den anderen Mitgliedstaaten des Europarats weiter zu verfolgen. Im Hinblick auf eine unmittelbare Kontaktnahme von hohen Beamten der Mitgliedstaaten stellt sich die Frage, ob eine solche Begegnung z. B. im Zusammenhang mit einer Sitzung des Ministerkomitees erfolgen kann. Als Themen dieser Aussprache kämen z. B. in Betracht: die atlantischen Beziehungen[7]; später auch die Probleme, die sich im Rahmen des follow-up der KSZE stellen werden. Herr von Well wird die Angelegenheit im politischen Komitee der Neun zur Sprache bringen.

M. Graber: Remercie ses interlocuteurs dont il estime les propos d'autant plus intéressants que la Suisse suit de très près l'évolution de la coopération politique et économique en Europe.

---

4. *Cf. doc. 98,* dodis.ch/38813.
5. *Pour l'annexe, cf.* dodis.ch/39502.
6. *Cf. la lettre de A. Wacker à E. Thalmann du 30 septembre 1974,* dodis.ch/40842.
7. *Cf. doc. 61,* dodis.ch/38903.

La Suisse – c'est un truisme – est européenne par son histoire, sa position géographique, sa culture etc. Le grand intérêt qu'elle porte au renforcement de l'Europe, son désir de solidarité et sa volonté de coopération avec les Neuf n'ont de limites que celles constituées par sa politique de neutralité et quelques particularités (politique agricole et de la main-d'oeuvre, démocratie directe).

Concernant la coopération politique: les propos que MM. Genscher et van Well viennent de tenir sont au centre du problème. La Suisse cherche un moyen de relancer l'initiative prise à l'époque par M. Kirchschläger à Strasbourg. Quels en furent les mobiles? On constate que les pays ou groupes de pays extra-européens (USA, monde arabe) qui dialoguent avec l'Europe ont tendance à identifier celle-ci aux seuls Neuf. Or, l'Europe est constituée d'autres États qui, eux aussi, ont des intérêts de toute sorte, politiques, économiques, financiers, bancaires. L'idée de M. Kirchschläger était d'associer davantage les non-Neuf à l'élaboration des relations entre l'Europe et le reste du monde et d'offrir à ces 8 États l'occasion de faire entendre leur voix et faire valoir leurs intérêts, sans pour autant devenir les mandataires des non-Neuf[8]. Cette proposition nous paraît utile, opportune, objective et concrète. De votre côté, vous pensez à des réunions de hauts-fonctionnaires des Ministères qui précéderaient les séances du Comité des Ministres; cette idée nous paraît heureuse. Ces réunions ne devraient pas nécessairement se tenir régulièrement, mais selon les besoins. L'important est qu'elles se tiennent en dehors des institutions de Strasbourg (non institutionnalisation de ces contacts). Pour ce qui est de la coopération économique, notre accord de libre-échange avec les CE[9] est une solution qui traduit à la fois notre effort de collaboration avec les Neuf et les limites que nous imposent nos particularités telle que la neutralité. Nous sommes satisfaits du fonctionnement de cet accord. La Suisse aurait cependant souhaité un accord plus large, englobant d'autres domaines d'intérêts communs (concertation des politiques économiques, conjoncturelles, même monétaires; assurances; énergie; transports). C'est pour cela que la Suisse attache de l'importance à la clause évolutive. Mais aussi longtemps qu'à Bruxelles subsisteront des difficultés sur la voie de l'intégration, nous nous rendons compte que le moment n'est pas venu de relancer un tel problème; il existe et subsiste pourtant. En attendant, nous espérons pouvoir donner plus de substance aux consultations dans le cadre de la Commission mixte[10] prévue par l'accord. De plus, aussi longtemps qu'un élargissement de l'accord avec les CE n'est pas possible, nous pensons que notre accord économique bilatéral avec la RFA[11] garde tout son sens, d'autant qu'il contient des dispositions importantes quant à l'approvisionnement en matière première, y compris en énergie. Nous espérons que le Gouvernement fédéral

8. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 178,* dodis.ch/35765.

9. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510. *Sur les relations entre la Suisse et les Communautés européennes, cf. doc. 173,* dodis.ch/39512.

10. *Cf. doc. 173,* dodis.ch/39512, *note 10.*

11. Accord commercial entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne *du 2 décembre 1954, RO, 1954, pp. 1291–1308. Cf. aussi la notice de H. Lüthi à F. Rothenbühler du 28 juillet 1975,* dodis.ch/39999.

expliquera à Bruxelles l'importance que nous attachons à la prolongation de cet accord et pourquoi il doit subsister, dans la mesure naturellement où vous partagez notre avis.

M. Genscher: Die Ausführungen von Herrn van Well haben bestätigt, dass die Bundesrepublik den schweizerischen Vorstellungen über eine Zusammenarbeit im Rahmen des Europarats positiv gegenübersteht.

Bonn ist bereit, den bilateralen Handelsvertrag zwischen der BRD und der Schweiz in Brüssel verlängern zu lassen.

[…][12]

12. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39502.

112

dodis.ch/38914

Notice du Délégué à la coopération technique du Département politique, M. Heimo[1]

Berne, 18 octobre 1974

Je commence à avoir le sentiment que notre coopération au développement devient une entreprise de plus en plus difficile. Les conditions auxquelles certains veulent subordonner la continuation de notre aide (même aux pays en voie de développement considérés comme très pauvres) se multiplient à un rythme inquiétant:

Aujourd'hui:

– c'est le comportement des producteurs de pétrole pour ce qui est de notre aide dans les pays qui appartiennent à leur zone de responsabilité «naturelle» (et même dans les autres pays)[2];
– c'est l'explosion d'un engin atomique, donc la poursuite d'un programme atomique[3];
– c'est le règlement satisfaisant du problème des indemnisations en cas de nationalisation[4];

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#189* (t.300). *Adressée à Th. Raeber et R. Wilhelm.*

2. *Cf. doc. 68,* dodis.ch/38299 *et doc. 74,* dodis.ch/38300.

3. *Sur l'essai atomique de l'Inde et ses conséquences pour l'aide au développement de la Suisse, cf. la notice de A. R. Hohl du 22 juillet 1974,* dodis.ch/40206; *la lettre de M. Obrist à H. Forster du 4 septembre 1974,* dodis.ch/40208; *la notice de P. R. Jolles à E. Brugger du 25 septembre 1974,* dodis.ch/40209; *la notice de R. Wilhelm à M. Gelzer du 7 février 1975,* dodis.ch/40210 *et la lettre de M. Heimo à l'Ambassade de Suisse à New Delhi du 4 mars 1975,* dodis.ch/40212.

4. *Sur le lien entre l'aide au développement et les nationalisations, cf. p. ex. le cas du Chili, DDS, vol. 25, doc. 142,* dodis.ch/35858. *Sur le Pérou, cf. doc. 144,* dodis.ch/39191. *Sur le Sri Lanka, cf. doc. 84,* dodis.ch/39411 *et sur la Tanzanie, cf. la lettre de L. Mossaz à S. Marcuard du 28 juin 1972,* dodis.ch/37167; *la notice de M. Heimo à la Direction politique du Département politique du*

– c'est l'existence d'un système de gouvernement autoritaire[5];
– c'est l'existence de structures sociologiques et économiques déficientes qui donnent à penser que la coopération au développement n'est que le financement du développement par la partie la plus pauvre de la population des pays développés au profit des couches sociales les plus riches des pays pauvres;

Demain:
– ce seront sans doute les dépenses d'armement ou tel comportement des pays en voie de développement dans le secteur des matières premières qui viendront renforcer la panoplie des conditions préalables à l'extension de notre aide.

À ces barrières spécifiques que l'on oppose à la progression de notre coopération au développement s'ajoute naturellement une opinion publique et parlementaire très critique ainsi que les difficultés budgétaires[6] de la Confédération. De plus, les indices d'une grave récession économique s'accumulent; une telle récession aura sans doute des conséquences négatives pour notre politique de coopération au développement.

La coopération au développement, du moins celle du type qui a nos faveurs en raison de son efficacité et du contrôle qu'il nous permet d'exercer sur la dépense (à savoir les projets intégrés – coopération technique diversifiée accompagnée d'aide financière[7] – réalisés dans un cadre bilatéral en étroite collaboration et avec la participation du gouvernement partenaire) nécessite un minimum de continuité. De tels projets exigent en effet, pour leur prospection, leur planification et leur lancement, au moins une ou deux années, la coordination des multiples composantes de telles actions consommant souvent beaucoup de temps.

Les obstacles que l'on sème sur la route de la coopération au développement (et ceux qui se présentent d'eux-mêmes) provoquent des ruptures de continuité qui multiplient nos difficultés et diminuent notre efficacité. Ainsi ballottée au gré des circonstances et des incidents, notre action perd fortement de son efficacité, de sa crédibilité, voire même de son sens. Il conviendra donc de faire un effort pour mieux faire comprendre[8] le rôle et les objectifs politiques et économiques

---

6 décembre 1974, dodis.ch/40857 *et la notice de J. Iselin à M. Heimo du 8 juillet 1975,* dodis.ch/40858. *Sur la question de l'indemnisation des propriétaires suisses à l'étranger, cf. doc. 17,* dodis.ch/38892, *note 27.*

5. *Cf. doc. 2,* dodis.ch/39600. *Sur cette question de l'aide humanitaire, cf. doc. 192,* dodis.ch/38818 *et la notice de E. Schurtenberger et P. Hollenweger du 24 septembre 1975,* dodis.ch/38836. *Pour le Chili, cf. doc. 85,* dodis.ch/38253, *notamment note 8.*

6. *Cf. la notice de R. Wilhelm et A. A. Redard du 19 avril 1973,* dodis.ch/39445; *la circulaire de S. Marcuard aux ambassades suisses dans les pays en voie de développement du 19 juillet 1973,* dodis.ch/39446; *la notice de J. Zwahlen du 11 février 1974,* dodis.ch/39091 *et la circulaire de M. Heimo aux ambassades suisses du 1er mai 1975,* dodis.ch/39447.

7. *Cf. doc. 37,* dodis.ch/39289 *et doc. 72,* dodis.ch/38499.

8. *Pour les relations du Bureau du Délégué à la coopération technique du Département politique avec la presse, cf. la notice du Bureau du Délégué à la coopération technique du 8 mars 1973,* dodis.ch/39456; *la notice de R. Wilhelm du 27 juin 1973,* dodis.ch/39430; *la brochure du Service information et documentation du Bureau du Délégué à la coopération technique du Département politique d'automne 1973,* dodis.ch/40426 *et la proposition de projet N° 9 de P. Leuzinger du 21 janvier 1974,* dodis.ch/39448.

de la coopération au développement et la distinction qui doit être faite entre nos intérêts économiques à court terme (ou les intérêts privés de quelques-uns) et notre politique étrangère. Il faudra, en outre, dans chaque cas de conflit entre politique de coopération au développement et intérêts immédiats, rechercher des solutions permettant de présenter le sens de notre action et d'assurer sa continuité.

113

dodis.ch/38991

Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Alger, E. Vallotton[1]

BILAN

Vercorin, 30 octobre 1974

M. Bucher a établi récemment, sur ma demande, un tableau[2] de toutes les affaires de quelque importance traitées par cette mission avec les autorités algériennes depuis le début de 1973, tableau comprenant une brève mention des démarches entreprises et du résultat.

Ce travail présente un double intérêt:

– mieux que n'importe quels entretiens, quelles lectures, il a permis au stagiaire qu'est M. Bucher d'acquérir une vue étendue sur tous les genres de démarches qu'une ambassade peut être appelée à faire et sur les moyens d'intervention utilisés;
– il constitue un bilan d'un an et demi d'activité et permet de tirer des conclusions intéressantes sur nos relations avec l'Algérie.

Sur les quelque soixante affaires d'une certaine importance que cette mission a eu à traiter avec les autorités algériennes pendant cette période, une trentaine environ sont encore en suspens; la majorité d'entre elles n'aboutiront probablement à rien, voire resteront sans la moindre réponse, ce qui est fréquent ici. Les trente affaires closes peuvent être classées en quatre catégories:

1. Démarches entreprises par l'Ambassade sur demande des autorités algériennes:
   avec résultat positif: 6 affaires
   sans résultat: 1 affaire
2. Initiatives prises par l'Ambassade dans l'intérêt des relations bilatérales:
   avec résultat positif: 2 affaires (participation à la Foire d'Alger[3] et boursiers algériens pour le CIEA[4])
   sans résultat: 5 affaires (offre de films suisses, projet d'accord d'aide en cas

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1354* (B.15.21). *La notice a été transmise par E. Vallotton à P.-Y. Simonin qui la transmet à P. Graber.*
2. *Non retrouvé. Sur les relations entre la Suisse et l'Algérie, cf. la notice de J.-J. Indermühle du 27 janvier 1975*, dodis.ch/38998.
3. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.73#1995/191#188* (551.55).
4. *Cf. doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#877* (t.581-002) *et* CH-BAR#E2200.73#1995/191#224* (771.23).

de catastrophe[5], visite en Suisse du Ministre de l'industrie et de l'énergie[6], etc.)

3. Assistance humanitaire à l'Algérie:
   4 cas d'aide alimentaire et d'aides matérielles à la suite de catastrophes naturelles (sans parler des activités privées, de «Terre des Hommes»[7] par exemple)
4. Démarches entreprises par l'Ambassade pour la défense d'intérêts suisses:
   avec résultat positif: 1 affaire
   sans résultat: 9 cas de recouvrement de créances et 5 autres affaires (contingent supplémentaire de vin, etc.)

On peut conclure de ce bref résumé

– qu'une suite positive a été donnée à toutes les demandes d'intervention, à une exception près, adressées à l'Ambassade par les autorités algériennes;
– que la Suisse a pris plusieurs initiatives pour améliorer les relations, mais que seules deux d'entre elles ont été favorablement accueillies;
– que l'assistance humanitaire a été accordée, rapidement et sans aucune réticence, chaque fois que les circonstances l'ont exigé;
– que les démarches entreprises par l'Ambassade pour la défense d'intérêts suisses se sont toutes heurtées, à une exception près, à une passivité, à un silence systématique.

Il importe de souligner que ce bilan a été arrêté à la veille du jugement du Tribunal fédéral de juin-juillet 1974 dans l'affaire Khider[8]. Les autorités algériennes n'avaient donné aucune raison, avant ce jugement, de nous traiter de la sorte; si ce n'est cette animosité non déclarée qu'elles n'ont cessé d'entretenir à notre endroit, que j'ai souvent ressentie et qui remonte à l'époque où le contentieux entre les deux pays était le plus lourd[9]. L'Algérien – notre pays n'est pas le seul à l'avoir expérimenté – est peu oublieux des torts qu'il estime avoir subis.

Et pourtant, vous le savez, j'ai été abreuvé depuis mon arrivée à Alger[10], par des ministres, secrétaires généraux, etc., de paroles extrêmement aimables, relevant tout ce que notre pays avait fait pour l'Algérie alors qu'elle luttait pour son indépendance, et soulignant que l'époque stérile des reproches réciproques était dépassée. À mon avis, si aucune de ces déclarations – dont certaines paraissaient témoigner d'une réelle bonne volonté – ne s'est traduite en actes, c'est essentiellement parce que, en tout haut lieu, (je pense avant tout au Président Boumedienne et à ses plus proches lieutenants, le Ministre des

---

5. *Cf. le PVCF N° 1238 du 10 août 1973,* dodis.ch/38578 *et doss.* CH-BAR#E2200.73#1995/191#234* (773.0).
6. *B. Abdessalam.*
7. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.73#1995/191#231* (772.4).
8. *Sur les arrêts rendus les 14 juin et 1er juillet 1974 par le Tribunal fédéral dans l'affaire de la République algérienne démocratique et populaire contre la Banque commerciale arabe S. A. et Z. Mardam Bey, cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#259* (A.45.22.Uch). *Cf. aussi la notice de P. Luciri du 9 avril 1975,* dodis.ch/38999.
9. *Cf. la notice de M. Jaccard à W. Spühler du 2 avril 1969*, dodis.ch/33984.
10. *Cf. le rapport de fin de mission de J.-D. Grandjean à P. Graber du 19 janvier 1973*, *doss. comme note 1.*

Affaires étrangères notamment[11]), il n'y a jamais eu de volonté politique bien arrêtée de renouer activement avec la Suisse, ou en tout cas d'intention assez clairement exprimée pour que les échelons inférieurs sachent dans quel sens agir et osent prendre des initiatives.

Ce bilan de nos relations avec les autorités algériennes de janvier 1973 à juin 1974 est si maigre qu'il ne pourra guère s'amenuiser encore à la suite du jugement du Tribunal fédéral. C'est tout au plus si le Gouvernement algérien aura maintenant une raison, qu'il ne manquera pas d'évoquer, de ne pas donner suites à nos démarches. Mais comme il n'y donnait pratiquement jamais suite auparavant…

Est-il raisonnable, dans de telles conditions, de maintenir à Alger une mission de ce gabarit?

Pour le moment, je le pense encore. Car, aux raisons que nous avions il y a deux ans d'entretenir une telle mission s'en sont ajoutées plusieurs, depuis octobre 1973, depuis la «guerre du pétrole»[12]: importance accrue du potentiel de l'Algérie, productrice d'énergies de haute qualité et d'accès aisé, mais également gros acheteur de biens d'équipement; accession de l'Algérie à l'avant-scène arabe et à la tête du Tiers-Monde; intransigeance et arrogance accrues du Gouvernement algérien, qui augmentent singulièrement la «nuisance value» de ses actes vindicatifs.

J'ajoute que, de toute façon, il y a toujours eu et il y aura toujours pour cette mission, en dehors des affaires exigeant le concours des autorités algériennes, objets du présent bilan, bon nombre d'autres activités qui n'ont cessé d'être *payantes* et continueront à l'être. Ce sont notamment, à part l'observation politique qu'exigent les développements intervenus depuis octobre 1973, l'appui aux firmes suisses qui s'intéressent de plus en plus à l'Algérie nouvelle mais n'entendent pas s'y aventurer sans plus ample information; ou encore l'appui aux membres de la colonie, pour la plupart des techniciens qui contribuent par la qualité hautement appréciée de leur travail à maintenir l'image de notre pays. Il me paraît probable que nos relations avec l'Algérie, sur ces plans industriel, commercial ou d'apport de know-how, ne souffriront pas ou peu de la détérioration des relations politiques due au jugement du Tribunal fédéral. Pas plus, par exemple, que ce genre de relations n'ont souffert entre les Etats-Unis et l'Algérie, même à l'époque des attaques les plus violentes de la presse algérienne contre la politique américaine. Les Etats-Unis, connaissant le pragmatisme algérien, ont toujours su faire sur ces plans-là des «gestes» qui, sans confiner à une basse platitude, ont permis de maintenir un certain dialogue et faciliteront sans aucun doute, le moment venu, le rétablissement des relations diplomatiques[13].

---

11. *A. Bouteflika. Cf. le rapport de E. Vallotton à P. Graber du 8 août 1973,* dodis.ch/38997.

12. *Sur la crise pétrolière, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

13. *Les États-Unis d'Amérique ont confié à la Suisse la protection de leurs intérêts en Algérie dès le 9 juin 1967, cf. la liste du Département politique du 1er janvier 1974*, dodis.ch/34481. *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E2200.73#1995/191#248* (822.0) *et* CH-BAR#E2200.73#1995/191#249* (822.0).

114

dodis.ch/38593

Notice du Chef de division, A. Dunkel, au Directeur de la Division du commerce du Département de l'économie publique, P. R. Jolles[1]

NÉGOCIATIONS COMMERCIALES DU GATT[2]

Urgent *[Berne,]* 1er novembre 1974

Comme je le relevais dans la note[3] que je vous ai adressée à la fin de la semaine dernière, le climat au GATT est en train d'évoluer rapidement, et cela sur tous les plans:

– durcissement des positions en ce qui concerne la défense du niveau de libération atteint; à la prochaine réunion[4] du Conseil du GATT, qui se tiendra le vendredi 8 novembre, l'Australie envisage de demander la constitution d'un groupe consultatif pour examiner la situation créée sur le marché international de la viande de bœuf du fait des interdictions d'importation instituées par la CEE et le Japon. Le Canada se propose de demander l'arbitrage des Parties Contractantes à propos du résultat des négociations de compensation au titre de l'article XXIV.6 avec la Communauté. Le Canada estime ne pas avoir été assez payé, ce que la Communauté conteste;
– intensification des consultations en vue de faire entrer le Tokyo-Round[5] dans sa phase active.

Les deux démarches, bien que conduites indépendamment l'une de l'autre pour des raisons institutionnelles, n'en relèvent pas moins de la même pré-

---

1. *Notice:* CH-BAR#E7110#1985/97#263* (787.4). *Signée par A. Dunkel. Copie à R. Probst et A. Dunkel.*

2. *Sur le rôle de la Suisse dans les négociations du GATT, cf. DDS, vol. 22, doc. 112,* dodis.ch/30300; *doc. 162,* dodis.ch/30326; *doc. 178,* dodis.ch/18884; *doc. 179,* dodis.ch/18885; *doc. 181,* dodis.ch/18903 *et doc. 182,* dodis.ch/30703; *DDS, vol. 23, doc. 1,* dodis.ch/30938; *doc. 11,* dodis.ch/30947; *doc. 12,* dodis.ch/31817; *doc. 76,* dodis.ch/30950; *doc. 77,* dodis.ch/30957; *doc. 99,* dodis.ch/31418; *doc. 125,* dodis.ch/31815 *et doc. 132,* dodis.ch/30939; *DDS, vol. 24, doc. 15,* dodis.ch/33250; *doc. 24,* dodis.ch/33255; *doc. 53,* dodis.ch/33257 *et doc. 74,* dodis.ch/33240; *DDS, vol. 25, doc. 65,* dodis.ch/35596 *et doc. 103,* dodis.ch/35597; *DDS, vol. 26, doc. 134,* dodis.ch/38594 *et doc. 182,* dodis.ch/38602; *le télégramme N° 171 de F. Schnyder à P. R. Jolles du 30 mars 1973,* dodis.ch/38581 *et le procès-verbal de E. Bischof et E. Thurnheer de la séance de la Délégation économique permanente du 14 juin 1973,* dodis.ch/38586.

3. *Notice de A. Dunkel du 28 octobre 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#250* (781.3.3).

4. *Cf. le procès-verbal de R. Lempen du 11 décembre 1974 de la réunion du Conseil du GATT du 8 novembre 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#217* (781.3.2) *et le procès-verbal du GATT du 18 novembre 1974 de la réunion du Conseil du GATT du 8 novembre 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#218* (781.3.3).

5. *Sur le rôle de la Suisse dans les négociations à Tokyo commençant en 1973, cf. la notice* Welthandelspolitische Lage im Vorfeld der sog. «Nixon-Runde» *de E. Bischof du 4 mai 1973,* dodis.ch/38583; *la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 27 août 1973,* dodis.ch/38587; *le PVCF N° 1608 du 24 septembre 1973,* dodis.ch/38588; *la notice du Département de l'économie publique du 26 septembre 1973,* dodis.ch/38589; *la notice de A. Dunkel du 14 novembre 1973,* dodis.ch/38590; *la notice de B. Eberhard du 31 juillet 1974,* dodis.ch/38592.

occupation: éviter une dégradation de la situation sur le plan du commerce international en prenant en mains les problèmes concrets qui se font jour et en ouvrant, dans les meilleurs délais possibles, les négociations multilatérales.

C'est en ayant cette évolution à l'esprit que j'aimerais attirer votre attention sur deux points spécifiques à propos desquels je voudrais m'entretenir avec vous et M. l'Ambassadeur Probst[6].

1. La Commission des CE vient de soumettre aux États membres (Comité 113) les propositions ci-jointes visant à préciser la «conception globale» adoptée par la Communauté en prévision du lancement des négociations commerciales. Ce texte confidentiel est intéressant à deux titres: en premier lieu par le fait même de son existence, ce qui confirme qu'à Bruxelles on paraît maintenant convaincu qu'il y aura des négociations. En second lieu, parce que le problème de l'approvisionnement y occupe une place essentielle (voir à cet égard la section relative aux restrictions à l'exportation et le chapitre agricole). La Communauté rejoint ainsi – d'une manière formelle – les pays qui, tels les États-Unis, le Japon… et la Suisse, souhaitent l'inclusion du problème de l'accès aux ressources parmi les thèmes majeurs des nouvelles négociations. Et il n'est dès lors pas surprenant que, profitant de la présence à Genève de l'Ambassadeur Malmgren[7] lundi prochain, M. Long ait pu organiser des consultations au sujet des restrictions à l'exportation entre les trois grands (Malmgren, Hijzen et sans doute Kitahara). Il est d'ores et déjà prévu que ces consultations seront élargies à d'autres pays dans un bref avenir. J'ai fait savoir l'intérêt de la Suisse à y participer.

2. Ainsi que cela ressort du télégramme[8] ci-joint, M. de Pury n'a pas seulement obtenu de M. Phan van Phi (Wellenstein, N° 1, Hijzen, N° 2, Phan van Phi, N° 3, dans la hiérarchie bruxelloise) la «Communication de la Commission sur les négociations commerciales multilatérales»[9]. Il a également été sondé quant à la possibilité pour la Suisse d'organiser une réunion restreinte de ministres ou hauts fonctionnaires responsables des principaux pays ou groupes de pays participant aux négociations pour aborder la question des objectifs et de la durée des négociations.

Étant donné les rapports personnels que j'entretiens de longue date avec M. Phan van Phi, je crois que ce ballon d'essai ne saurait être pris à la légère et qu'il conviendrait d'explorer plus avant cette idée. L'intérêt que j'y vois est le suivant:

– en souhaitant que la question des objectifs des négociations soit réexaminée, c'est bien évidemment au problème de l'accès aux ressources et à celui de l'agriculture que la Communauté songe. Or, il y a à ce sujet une large

---

6. *Pour l'invitation de O. Long à une réunion non officielle le 4 novembre 1974, cf. la notice du GATT du 28 octobre 1974*, CH-BAR#E7110#1985/97#260* (787.0).

7. *Annotation dans le texte original*: Pour informer les membres du GATT de la situation du Trade Reform Act.

8. *Télégramme N° 273 de C. Caillat à P. R. Jolles et A. Dunkel du 30 octobre 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#260* (787.0).

9. *Pour la communication de la Commission au Conseil relative aux prochaines négociations commerciales multilatérales du 17 octobre 1974, cf. la lettre de P. Cuénoud à F. Blankart du 28 octobre 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#919* (C.41.103.3.(02)).

coïncidence entre nos intérêts et ceux des trois grands (en ce qui concerne les États-Unis, certaines nuances doivent être apportées à l'agriculture)[10];

- la question de la durée des négociations, c'est-à-dire en fait du rythme et de l'intensité de ces négociations, est, à mon avis, liée aussi bien au degré d'urgence qui sera conféré aux différents domaines de négociations qu'au problème de la sauvegarde de l'acquis. Il s'agit donc là aussi d'une question qui présente un grand intérêt pour nous;

- enfin, la proposition de M. Phan van Phi soulève indirectement un problème qui ne saurait nous laisser indifférents: celui des mécanismes auxquels il sera fait recours pour «conduire» les négociations commerciales. L'expérience de l'Organe de gestion du GATT, dont la création continue de dépendre d'un accord sur la composition, laisse présager les pires difficultés pour créer un «Steering Committee» pour les négociations commerciales. Dès lors, on peut se demander si, en définitive, la réunion imaginée par M. Phan van Phi ne préfigure pas l'un des rouages des futures négociations. En prenant sur nous la responsabilité d'organiser la première réunion de ce type, peut-être nous assurerons-nous un siège permanent dans le club ainsi inauguré[11]?

10. *Cf. p. ex. la lettre de l'Union suisse des paysans à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 9 mai 1973,* dodis.ch/38584.

11. *Cf. doss. comme note 1.*

115

dodis.ch/38487

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision II de la séance extraordinaire du 14 octobre 1974[1]

Séance extraordinaire du Conseil fédéral

Extrait *[Berne,]* 4 novembre 1974

M. *Furgler* a procédé, avec le Chef de la Police des étrangers et le Directeur de l'OFIAMT[2], à une analyse de la situation au cas où l'initiative[3] de l'Action nationale contre l'emprise étrangère devrait être acceptée. La dénonciation de traités internationaux sur l'établissement, la ratification de la convention sur les droits de l'homme[4], les dispositions légales sur le séjour des étrangers, les mesures différentes à prendre suivant que les cantons ont un grand pourcentage de travailleurs étrangers, les critères d'application dans le renvoi des étrangers: toutes ces dispositions sont à l'étude, comme aussi les problèmes de

1. *PVCF de décision II:* CH-BAR#E1003#1994/26#17*. *Rédigé par J.-M. Sauvant.*

2. *G. Solari et J.-P. Bonny.*

3. *L'initiative populaire contre l'emprise étrangère et le surpeuplement de la Suisse a été refusée le 20 octobre 1974 par 65,8% des voix et la totalité des cantons; cf. FF, 1974, II, pp. 1345–1347. Sur cette initiative, cf. doc. 86,* dodis.ch/38402*, en particulier note 5.*

4. *Cf. doc. 107,* dodis.ch/39382.

logistique que le départ de 500'000 étrangers poserait. Sur le plan politique, les déclarations faites par des magistrats sur le refus éventuel d'appliquer les décisions du Conseil, les troubles que provoquerait une population désemparée ne sont pas sans causer de graves soucis aux responsables des départements. Mais que l'initiative soit acceptée ou non, il importe que le Conseil fasse une déclaration, tout au moins un commentaire au soir de la consultation populaire.

Dans la discussion qui suit, on admet que la situation très grave que créerait une acceptation de l'initiative obligerait le Conseil à procéder à une appréciation avec calme en se gardant de prendre des mesures précipitées ou de manifester une quelconque mauvaise humeur. Le Conseil se réunira le cas échéant en séance[5] extraordinaire lundi à 8 heures 30. *[…]*[6]

5. *Suite au refus de l'initiative, cette séance n'a pas eu lieu.*

6. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/38487.

116

dodis.ch/39630

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 39. Sitzung vom 30. Oktober 1974 – ganzer Tag[1]

Auszug *[Bern,]* 4. November 1974

I. Aussprachen

1. Organisationsgesetz[2]

Herr Bundeskanzler Huber verweist auf seine Notiz vom 11. September 1974[3] und die zugehörigen Unterlagen. Gesetzesentwurf und Botschaft liegen vor[4]. Der Moment ist gekommen, dass sich der Bundesrat in den letzten umstrittenen Punkten noch festlegt. Die allgemeinen Ausführungen der Botschaft dürften zu keinen Meinungsverschiedenheiten mehr Anlass geben. Im Zentrum der Aussprache wird deshalb die Strukturierung der Bundesverwaltung stehen. Diese Probleme wurden vor wenigen Tagen auch in Hearings mit den alt Bundesräten behandelt. Dabei haben sich die früheren Mitglieder des Bundesrates übereinstimmend für die Beibehaltung der Zahl von 7 Bundesräten ausgesprochen. Nicht geäussert, und zwar willentlich, hat sich einzig Herr Nello Celio. Alle sieben alt Bundesräte, die sich mündlich oder schriftlich

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#17*. *Verfasst von W. Buser.*

2. *Zur Organisation der Bundesverwaltung vgl. auch Dok. 87,* dodis.ch/39216; *das BR-Prot. Nr. 425 vom 12. März 1973,* dodis.ch/39016; *das BR-Prot. Nr. 1099 vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/37179; *das Kommuniqué des Informations- und Pressedienstes vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/39237 *sowie das Rundschreiben von A. R. Hohl vom 4. Juli 1973,* dodis.ch/39238.

3. *Nicht ermittelt.*

4. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Reorganisation der Bundesverwaltung *vom 12. Februar 1975, BBl, 1975, I, S. 1453–1565.*

vernehmen liessen, lehnten auch die Schaffung eines Präsidialdepartementes ab, hielten aber dafür, dass ein Präsidialdepartement bei der Erhöhung der Zahl der Bundesräte auf elf unerlässlich würde. Negativ wurde die Erhöhung auf neun Bundesräte beurteilt, und zwar vornehmlich aus politischen Gründen, und Ablehnung fand auch das Institut des Staatssekretärs, mit einer Nuancierung allerdings bei Herrn Schaffner, der unbedingt Wert darauf legte, dass die Mitglieder des Bundesrates sich bei der Auskunfterteilung in mehr technischen Fragen durch Chefbeamte mit Staatssekretärrang im Parlament ersetzen lassen können sollten.

Ein zentrales Problem stellt sich bezüglich der Organisationskompetenz. Der Entwurf der Bundeskanzlei sieht eine möglichst grosse Mobilität vor; der Entscheid über die Zuweisung der Abteilungen soll beim Bundesrat liegen. Die Bundeskanzlei stützte sich dabei auf die Vorentscheide des Bundesrates im Jahre 1972[5]. Es bestehen aber gewisse Bedenken, ob die Bundesversammlung dieser Lösung zustimmt.

Herr Bundespräsident Brugger hegt gewisse Zweifel, ob das neue Organisationsgesetz während der laufenden Legislaturperiode noch bereinigt werden kann. Die abtretende Bundesversammlung wird Hemmungen haben, gewisse weittragende Entscheidungen zu fällen. Ferner steht der Personalstopp[6] mit der Schaffung neuer Stellen, die zumindest in höheren Chargen auf Grund des neuen Gesetzes notwendig würden, doch in einem gewissen Widerspruch. Herr Bundespräsident Brugger fragt sich schliesslich, ob die Aufteilung der Bundesverwaltung in Abteilungen im Gesetz detailliert festgelegt werden soll oder nicht. Darin scheint ihm eine der zentralen Fragen zu liegen. *Herr Gnägi* hält dafür, dass sich die drei neuen Mitglieder des Rates zunächst einmal zur Konzeption äussern sollten. *Herr Ritschard* erinnert daran, dass der neue Rat schon einmal über diese Probleme gesprochen hat, wobei sich alle neuen Mitglieder grundsätzlich für die Konzeption der Expertenkommission und der Bundeskanzlei aussprachen. Er selbst ist jedenfalls für Eintreten und für die Aufnahme der Detailberatung. *Herr Hürlimann* hält die Botschaft für sehr gut. Welches auch ihr Schicksal sein mag, wird die darin enthaltene geistige Potenz unbestritten bleiben. Gegenüber dem Institut des Staatssekretärs hegt Herr Hürlimann grösste Bedenken. Viel wichtiger ist der Ausbau der Stäbe. Mit Herrn Bundespräsident Brugger geht er darin einig, dass ihm die detaillierte Aufzählung der Abteilungen im Gesetz als zu starre Lösung erscheint. Wäre es nicht besser, die Abteilungen lediglich in der Botschaft als mögliche Lösung zu erwähnen, wenn die Zuteilungskompetenz schon beim Bundesrat liegen soll. Zutreffend ist allerdings, dass die Bundesversammlung dem Bundesrat die Beantwortung der Frage nicht ersparen will, welche Abteilungen im einzelnen vorgesehen sind und zu welchen Departementen sie gehören sollen. Bezüglich der Organisation im einzelnen hält Herr Hürlimann dafür, dass das Bundesarchiv nicht der Bundeskanzlei angegliedert, sondern mit Wissenschaft und Forschung vereinigt werden sollte. Der Zuteilung des Nationalstrassenbaus

5. *BR-Beschlussprot. II vom 15. August 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 14. August 1972,* dodis.ch/37076.

6. *Vgl. dazu das Rundschreiben von A. Janner vom 21. Januar 1975,* dodis.ch/39221.

zum Verkehrsdepartement opponiert er nicht, macht aber darauf aufmerksam, dass die Argumente, die sich dagegen ins Feld führen lassen, auch nicht zu übersehen sind. Die Objektivität ist nicht unbedingt besser gewahrt, wenn alle Verkehrsfragen im gleichen Departement behandelt werden. *Herr Chevallaz* stimmt der Organisation mit sieben Bundesräten zu und lehnt die Stabsekretäre in beiden Formen (beamtete und parlamentarische) ab. Vorzuziehen ist der Ausbau der Stäbe, die aber auch nicht zu stark aufgebläht werden sollten. Zirka drei bis vier zusätzliche Mitarbeiter pro Departementschef genügen. Wenn Abteilungen mit ähnlichen Aufgabenbereichen in verschiedenen Departementen untergebracht sind, schadet dies nichts – Hauptsache ist, dass jeder Abteilungschef tatsächlich einem Departementschef untersteht. Die derzeitige Zwitterstellung der ZOB ist kein erfreuliches Beispiel[7]. Erwünscht ist auch der Einsatz der Abteilungschefs in der Bundesversammlung, auf jeden Fall sollten sie dort neben den Bundesräten Platz nehmen können. *Herr Furgler* stimmt der in den Artikeln 62 und 63 vorgesehenen Lösung zu, insbesondere auch der Kompetenz des Bundesrates zur Organisation der Ämter. Bezüglich der Zuteilung der Ämter geht die Kompetenz der ZOB, deren Einvernehmen einzuholen ist, aber eindeutig zu weit. Der Rat schliesst sich dieser Auffassung an, das Einvernehmen der ZOB wird gestrichen und durch Hinweise auf deren Mitwirkung in der Botschaft ersetzt. *Herr Graber* hält die Kompetenz des Bundesrates für die Zuteilung der Abteilungen für richtig, sieht aber einen Kompetenzmangel des Bundesrates im Bereiche der internen Organisation. Wenn ein Departementschef eine Abteilung auflösen und sie mit einer andern verschmelzen will, ist ihm dies nicht ohne Gesetzesänderung und dementsprechend nicht ohne die Zustimmung der Bundesversammlung möglich. Wäre es nicht logischer, die bestehenden Abteilungen lediglich in der Botschaft (als Status quo) zu erwähnen? Herr Graber erinnert im übrigen an seine früheren Ausführungen für die Zuteilung der Handelsabteilung an das Politische Departement, die ihm nach wie vor als richtig und begründet erscheinen[8]. *Herr Bundespräsident Brugger* möchte auf das Problem Handelsabteilung jetzt nicht eingehen, wie auch andere Zuteilungsprobleme nicht mehr aufgegriffen werden können. Dies hindert aber nicht, dass sie weiter bestehen, so etwa die Zuteilung des Oberforstinspekorates zum Departement des Innern mit überwiegend ökologischer Begründung unter Vernachlässigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Ein besonderes Problem stellt sich ferner im Bereiche der Konjunkturpolitik und Krisenbekämpfung. Die Federführung des FZD ist nicht unproblematisch, da innert kurzer Zeit die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, die beim EVD angesiedelt sind, von dominierender Bedeutung werden können. Herr Chevallaz und der Chef des EVD sollten deshalb über dieses Problem noch sprechen. *Herr Chevallaz* sieht in der Teilung der konjunkturpolitischen Massnahmen auf zwei Departemente nicht einen Nachteil, sondern geradezu einen Vorteil. *Herr Hürlimann* macht darauf aufmerk-

---

7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1099 vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/37179 *sowie Doss.* CH-BAR# E1010B#1986/151#52*.

8. *Zum Verhältnis des Politischen Departements zur Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vgl. die Notiz von A. Janner vom 10. September 1975,* dodis.ch/40544.

sam, dass auch bei der Wohnbauförderung bald konjunktur-, bald sozialpolitische Argumente dominieren können, was gegebenenfalls eine andere Zuteilung rechtfertigt. *Herr Bundespräsident Brugger* stimmt dieser Beurteilung zu. *Herr Gnägi* stimmt grundsätzlich der Botschaft und dem Gesetzesentwurf zu. Die Zuständigkeit des Bundesrates für die Zuteilung der Ämter ist richtig, zur Schaffung neuer Ämter wird aber stets die Zustimmung der Bundesversammlung vorbehalten bleiben. Wenn das EMD der Übertragung der Militärversicherung an das EDI zustimmt, so allerdings nur unter dem Vorbehalt, dass die Militärversicherung dort nicht zu einer Unterabteilung wird. Schliesslich erinnert Herr Gnägi daran, dass die ZGV einen neuen Art. 66a vorschlägt mit der Ermächtigung des Bundesrates, im Falle des aktiven Dienstes besondere Lösungen zu treffen. Diese Ergänzung ist aber gar nicht nötig, da in solch einem Falle ohnehin gestützt auf Vollmachtenrecht operiert werden könnte. *Herr Ritschard* hält die Zuständigkeit des Bundesrates zur Zuteilung der Ämter unbedingt für richtig und notwendig. Wenn jetzt im Bundesrat schon so hart diskutiert wird, wie soll das in den eidgenössischen Räten aussehen! Der Bundesrat muss eine minimale Mobilität behalten, und er muss auch fähig bleiben, abstrakt zu denken, losgelöst von Einflüssen aller Art. Deshalb ist es am besten, wenn sich der Rat vorderhand möglichst wenig bindet und der Bundesversammlung lediglich ein Organigramm gibt mit der Zusicherung, dass die Schaffung neuer Abteilungen ihr vorbehalten bleibt. *Herr Bundeskanzler Huber* fasst die Diskussion wie folgt zusammen: Das Bundesarchiv bleibt beim Departement des Innern[9]. Der seit der Ausarbeitung der Vorlage in Gang gekommenen Reorganisation des Generalsekretariates des EDI wird Rechnung getragen. Die versehentlich nicht eingefügte Landesbibliothek wird entsprechend erwähnt. Bezüglich der Grösse der Stäbe wird in der Botschaft etwas ausgeführt. Das Einvernehmen der ZOB bei der Organisation der Ämter (Art. 63E) wird gestrichen. Die Forsten bleiben beim EDI. Die Militärversicherung geht an das EDI und bleibt, gemäss Gesetzesentwurf, dort als Amt. Die Landestopographie, die beim EMD ebenfalls versehentlich nicht erwähnt wurde, wird ergänzend aufgeführt. Der Antrag der ZGV wird gemäss den Ausführungen von Herrn Bundesrat Gnägi und in Übereinstimmung mit einer Stellungnahme der Justizabteilung und der Auffassung der Bundeskanzlei abgelehnt. Die Konjunkturfragen bleiben grundsätzlich bei der Finanz. Ändert man daran etwas, taucht die Frage der Entlastung des EVD mit besonderer Intensität wieder auf und damit das Problem der Zuteilung der Handelsabteilung. Auch betreffend Wohnbauförderung wird nichts geändert. Die Kommission hat sich stets dagegen ausgesprochen, dass finanzintensive Ämter dem FZD angehängt werden. Dieses Departement sollte hier Kontrollfunktionen ausüben. Bezüglich der Kompetenz zur Zuteilung der Ämter bleibt es bei der Zuständigkeit des Bundesrates. Artikel 60, in dem die bestehenden und mit dem neuen Gesetz neu zu schaffenden Ämter aufgezählt werden, ist grundsätzlich zu belassen. Soweit nötig, ist er aber durch eine Bestimmung zu ergänzen, die klar zeigt, dass der Bundesrat Ämter gemäss Art. 60 – z. B. im Rahmen

9. *Vgl. dazu das Protokoll von F. Maeder vom 2. April 1973,* dodis.ch/37087.

neuer Aufgabenstellungen oder Schwergewichte – umstrukturieren, neu benennen, auflösen und neu schaffen kann, alles solange als dadurch die Gesamtzahl der Ämter gemäss Art. 60 nicht erhöht wird. Es bedeutet dies eine zusätzliche Flexibilität für den Bundesrat.

Ferner ist der Abschnitt in der Botschaft über die Strukturierung der Verwaltung zu kürzen; es sind lediglich Möglichkeiten von Ämterzuteilungen aufzuzeigen und zwar möglichst ohne Wertung und ohne jede feste Absichtserklärung.

[…][10]

10. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/39630.

117

dodis.ch/39505

Die Schweizerische Nationalbank an die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik[1]

Zürich, 7. November 1974

Im Zusammenhang mit einem Aussenhandelsgeschäft in Schweizerfranken (japanischer Export einer Ammonia Fabrik nach der Deutschen Demokratischen Republik / Schuldner: Volkseigener Aussenhandelsbetrieb Industrieanlagen-Import, Berlin / Garant: Deutsche Aussenhandelsbank AG, Berlin), dessen teilweise Finanzierung durch eine schweizerische Bank uns zur Genehmigung unterbreitet wurde, gestatten wir uns, an Sie zu gelangen, um Ihnen unsere Haltung zur internationalen Verwendung unserer Währung darzulegen[2].

Der Abschluss von Transaktionen zwischen ausländischen Partnern in Schweizerfranken, an denen die schweizerische Wirtschaft nicht beteiligt ist, seien es nun Handelsverträge oder Darlehen in Form von Krediten, Anleihen oder anderen Schuldverschreibungen, ist, wie die Erfahrungen in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt haben, geeignet, schwerwiegende Störungen in unserer inländischen Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung sowie am Devisenmarkt auszulösen. Das wirtschaftliche Potential wie auch der Umfang des Geld- und Kapitalmarktes unseres Landes sind ganz einfach zu klein, um die aus einer internationalen Verwendung unserer Währung sich ergebenden Fluktuationen ohne ganz empfindliche Auswirkungen auf die inländische Entwicklung aufzufangen und zu absorbieren.

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#978* (C.41.121.0). *Unterzeichnet von F. Leutwiler und J. R. Lademann. Gerichtet an H. Kaminsky.*

2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 140,* dodis.ch/35401, *bes. Anm. 6; die Protokolle Nr. 48 und Nr. 535 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 19. Februar 1973,* dodis.ch/39477 *und vom 16. August 1973,* dodis.ch/39490; *das Schreiben von F. Muheim an P. Dupont vom 14. November 1973,* dodis.ch/39685 *sowie das Telegramm Nr. 12 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in London vom 11. August 1975,* dodis.ch/39671.

Die Schweizerische Nationalbank wendet sich daher im Einvernehmen mit der Bundesregierung und mit deren Unterstützung schon seit vielen Jahren energisch gegen alle Bestrebungen, unsere Landeswährung für internationale Finanz- und Handelstransaktionen zu verwenden, die in keinem direkten Zusammenhang mit unserem Lande stehen. Wir sind denn auch schon wiederholt bei den zuständigen Behörden verschiedener Länder vorstellig geworden[3], um ihnen unsere Probleme darzulegen und sie um Verständnis und Unterstützung für unsere Politik zu bitten.

Es ist uns daran gelegen, auch Sie über die Haltung unseres Landes gegenüber der internationalen Verwendung des Schweizerfrankens und deren Beweggründe zu orientieren. Denn aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus war es uns nicht möglich, die Refinanzierung des eingangs erwähnten Aussenhandelsgeschäftes in der Schweiz zu genehmigen und wird dies auch in Zukunft bei derartigen Geschäften nicht möglich sein.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, für Ihr Verständnis und wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie unsere grundlegenden Bedenken gegen jegliche internationale Verwendung unserer Landeswährung auch den für die Aussenhandelspolitik zuständigen Instanzen Ihres Landes zur Kenntnis bringen würden.

3. *Vgl. dazu das Schreiben von P. A. Nussbaumer an R. Hartmann vom 15. Januar 1973,* dodis.ch/39684 *sowie das Protokoll Nr. 851 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 29. November 1973,* dodis.ch/39494.

118

dodis.ch/38379

Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Hess, an den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

ANTRITTSVISITE BEI AUSSENMINISTER MILOŠ MINIĆ (7. NOVEMBER 1974)

Belgrad, 8. November 1974

Als ich anfangs September d. J. mein Beglaubigungsschreiben überreichte, war Aussenminister Minic von Belgrad abwesend, so dass ich ihm erst gestern zwischen einer seiner zahlreichen Auslandsreisen (letzte Woche Kopenhagen, nächste Woche Ostberlin, gegen Ende des Monats Brüssel und London) meinen ersten Besuch abstatten konnte.

Minister Minic begann seine Ausführungen, die zur Weiterleitung nach Bern und als Arbeitsprogramm für mich gedacht seien, mit einem Lob auf die

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5480*(B.15.21). *Visiert von Ch. Müller, K. Fritschi und K. O. Wyss. Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements. Handschriftliche Marginalie von Ch. Müller:* Bitte BIGA informieren. *Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Müller an das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des Volkswirtschaftsdepartements vom 21. November 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5509* (B.41.11.1).

Zusammenarbeit mit der Schweiz an der Genfer Sicherheitskonferenz, wo die Gruppe der ‹N und N› in loser Interessenübereinstimmung oft nützliche Vorschläge zur Überbrückung von Differenzen zwischen den Blöcken hätte vorbringen können[2].

Auf wirtschaftlichem Gebiet anerkenne er die Intensivierung des Warenverkehrs[3]. Er müsse jedoch Kritik üben an seiner einseitigen Entwicklung. Es sei auf die Dauer für die jugoslawische Seite nicht tragbar, dass die Schweiz dreimal mehr nach Jugoslawien exportiere als aus Jugoslawien importiere. Auch die Einnahmen aus dem Tourismus könnten das unerfreuliche Bild nicht wesentlich verbessern. Man werde in den nächsten Monaten von jugoslawischer Seite aus – und er erbitte dafür auch meine Mithilfe – grosse Anstrengungen unternehmen müssen, um den Export zu fördern. Falls dies nicht gelinge, wäre Jugoslawien vielleicht gezwungen, den Import zu bremsen[4]. Dies sei eine Situation, die nicht alleine im Verhältnis zur Schweiz bestehe und er werde in einigen Tagen bei der EWG-Kommission in Brüssel eine ähnliche Sprache sprechen müssen.

Ich versprach Minister Minic natürlich meine tatkräftige Mithilfe. Man habe übrigens bei den Wirtschaftsverhandlungen in Bern[5] gemeinsam festgestellt, dass man beiderseits an einer Förderung der Wirtschaftsbeziehungen arbeiten wolle und dass dafür auch Möglichkeiten vorhanden seien. Im übrigen sollte man nicht nur die reine Handelsbilanz vor Augen halten, sondern ausser dem Tourismus auch die Lohnüberweisungen der jugoslawischen Arbeiter mit Fr. 140 Mio. letztes Jahr in Berücksichtigung ziehen, wenn man die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen messen wolle.

Minister Minic sagte ferner, er müsse auch Kritik daran üben, dass jugoslawische Arbeiter in der Schweiz schlechter gestellt seien als schweizerische, und zwar sogar Jugoslawen, die längere Zeit und nicht nur saisonweise in der Schweiz arbeiten. Jugoslawien könne es kaum mehr viel länger hinnehmen, dass über die Rechtsstellung der jugoslawischen Arbeiter keine Vereinbarung getroffen werde[6].

Ich machte Herrn Minic darauf aufmerksam, dass jugoslawische Arbeiter de facto gleich behandelt würden wie die viel zahlreicheren italienischen[7] und spanischen Arbeiter[8], dass aber aus innenpolitischen Gründen eine Formalisierung ihres Status schwierig wäre und dem Bestreben der Bundesbehörden, auch die Interessen der ausländischen Arbeiter und die bilateralen staatlichen Beziehungen in Berücksichtigung zu ziehen, hinderlich sein könnte.

---

2. *Zur Zusammenarbeit der Gruppe der N+N während der Verhandlungen der zweiten Phase der KSZE in Genf vgl. Dok. 89,* dodis.ch/38858.

3. *Zu den schweizerisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 75,* dodis.ch/38383, *bes. Anm. 12.*

4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 6 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Belgrad vom 8. Juli 1975,* dodis.ch/38377.

5. *Zu den schweizerisch-jugoslawischen Wirtschaftsbesprechungen vom 14.–17. Oktober 1974 vgl. das Schreiben von R. Probst vom 17. Dezember 1974,* dodis.ch/38380.

6. *Zu den jugoslawischen Arbeitskräften vgl. Dok. 75,* dodis.ch/38383, *Anm. 11.*

7. *Zu den italienischen Arbeitskräften vgl. Dok. 86,* dodis.ch/38402, *Anm. 4.*

8. *Zu den spanischen Arbeitskräften vgl. Dok. 94,* dodis.ch/38488, *Anm. 5.*

Die beiden erwähnten Punkte wurden von Herrn Minic offenbar nach einem vorgängigen Briefing durch die zuständigen Beamten im Ministerium und durch die Botschafter Milovanovic und Nimani lediglich zur Information aufgeworfen.

Ob mit Bezug auf das Arbeiterstatut gelegentlich eine jugoslawische Initiative zu erwarten sei, wurde nicht erwähnt. Auch Botschafter Nimani, der nächste Woche in der Schweiz eintreffen wird, äusserte sich hierüber nicht.

In keiner Weise erwähnte Minister Minic die Tätigkeit oppositioneller Jugoslawen von der Schweiz aus[9], eine Frage, die von Unterstaatssekretär Vaniček bei den Wirtschaftsbesprechungen beiläufig angetönt wurde. Wie ich von meinen belgischen und schwedischen Kollegen[10] höre, wird dieser Punkt ihnen gegenüber öfters aufgegriffen. In der scharfen jugoslawischen Note wegen der slowenischen Minderheiten in Kärnten[11] wurde an der österreichischen Haltung gegenüber Feinden der jugoslawischen Regierung ebenfalls Kritik geübt.

9. *Vgl. dazu die Notiz von B. Dumont vom 24. Januar 1975,* dodis.ch/38362. *Vgl. ferner Dok. 28,* dodis.ch/38389, *bes. Anm. 7.*

10. *Ph. de Liedekerke bzw. L. Finnmark.*

11. *Vgl. dazu die Politischen Berichte Nr. 22 und 28 von H. Hess vom 30. Oktober und 4. Dezember 1974,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#12* (A.21.31).

119

dodis.ch/38887

Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, J. Zwahlen[1]

AVOIRS BANCAIRES EN SUISSE DE L'EX-EMPEREUR D'ÉTHIOPIE[2]
PRÉPARATION DE LA VISITE D'UNE DÉLÉGATION ÉTHIOPIENNE

Berne, 13 novembre 1974

Un entretien a eu lieu, le 29 octobre 1974, sur l'affaire citée en marge avec M. Sarasin, Président de l'Association suisse des banquiers. Celui-ci était accompagné du Secrétaire de cette association, M. Oetterli. Participaient pour l'Administration fédérale, M. Markees de la Division de police et MM. Thalmann, Diez, Gelzer, Zwahlen et Rochat.

La discussion a confirmé les limites qu'impose notre ordre juridique à la collaboration active demandée par le Gouvernement éthiopien. On ne peut envisager de déroger, dans le cas particulier, à la pratique constamment suivie en la matière[3]. Il appartient au Éthiopiens de légitimer leurs droits et de les faire

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1001* (C.41.129.1.(20)). *La notice a été transmise à P. Graber.*

2. *Haile Selassie.*

3. *Cf. doc. 109,* dodis.ch/38960, *note 5. Sur le problème de la fuite des capitaux, cf. DDS, vol. 24, doc. 142,* dodis.ch/33246, *note 12.*

valoir le cas échéant dans le cadre de procédures judiciaires. On est conscient que cette forme restreinte de collaboration n'est pas celle que les Éthiopiens escomptent de nous.

Les entretiens envisagés avec la délégation éthiopienne sont confirmés[4]. Ils auront lieu sur trois plans, soit avec M. l'Ambassadeur Diez, avec M. Markees et avec les banquiers. Ces derniers prévoient un contact au niveau des conseillers juridiques des grandes banques.

Le soussigné situe le problème sur un plan politique plus général. De plus en plus fréquemment nos postes nous informent des attaques dont nos banques sont l'objet à l'étranger[5]. Les pays industrialisés sont isolés. Dans les enceintes internationales, le poids de ceux du tiers monde prédomine. Or ceux-ci critiquent notre système bancaire en général et notre secret bancaire en particulier. Ils accusent ce dernier de permettre à nos banques de couvrir des activités criminelles et de s'enrichir notamment au détriment des pays du tiers monde[6].

Face à ces accusations, vraisemblablement souvent gratuites, nous sommes impuissants car nous ne pouvons pas les démentir ni les ramener à de plus justes proportions car nous-mêmes, à cause du secret bancaire, nous ne disposons pas de l'information nécessaire.

On doit de moins en moins écarter l'éventualité que ces violences de langage ne débouchent, un jour, en Éthiopie ou ailleurs, sur des violences tout court dont pourraient être victimes (au sens physique du terme) des membres de nos communautés à l'étranger. Le cas échéant, la réaction en Suisse serait défavorable et négative pour nos banques. Celles-ci ont donc intérêt à ne pas négliger cet aspect du problème. Il existe d'ailleurs déjà une certaine sensibilisation de l'opinion publique à l'égard du secret bancaire. Le postulat Ziegler sur les capitaux en fuite[7] en est l'expression. La Commission Spühler sur la présence de la Suisse à l'étranger y est aussi sensibilisée depuis que les résultats de son enquête auprès de compatriotes et d'organisations suisses à l'étranger ont révélé que le secret bancaire était l'élément le plus négatif de l'image de notre pays à l'étranger[8].

Le soussigné exprime dès lors le désir que, du côté des banquiers, cet aspect de la question soit attentivement examiné.

M. Markees émet les mêmes craintes quant aux dangers qu'une détérioration de la situation pourrait faire courir à nos compatriotes et à leurs biens en Éthiopie ou dans d'autres pays africains.

En dépit de ce qui précède, le point de vue juridique a prévalu: les craintes

---

4. *Après avoir été reportés, les entretiens ont finalement été annulés par l'Éthiopie. Cf. doss. comme note 1. Sur le problème des avoirs bancaires de Haile Selassie, cf. aussi doc. 121,* dodis.ch/38888, *en particulier note 5.*

5. *Cf. p. ex. doc. 6,* dodis.ch/35700. *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#993* (C.41.129.0).

6. *Cf. p. ex. DDS, vol. 24, doc. 88,* dodis.ch/33019.

7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 175,* dodis.ch/33035.

8. *Cf. le rapport de la Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger du 11 décembre 1974,* dodis.ch/40558, *p. 14. Sur la présence de la Suisse à l'étranger, cf. doc. 135,* dodis.ch/40560.

exprimées ne sauraient modifier la ligne de conduite à observer à l'égard des revendications éthiopiennes. Notre ordre juridique s'oppose en effet à tout compromis même s'il n'est pas à exclure que cette attitude puisse avoir des conséquences pénibles, voire douloureuses, pour nos compatriotes résidant en Éthiopie. C'est un risque qu'il convient d'assumer.

Commentaires du Service économique et financier

Comme nous connaissons matériellement des questions bancaires, nous ne pouvons nous satisfaire de ce constat trop exclusivement juridique de la situation. Aussi, rechercherons-nous les moyens pour relancer la balle dans le camp des banquiers.

À quelles accusations le DPF serait-il exposé, au plan intérieur, si des Suisses de l'étranger devaient souffrir physiquement en raison d'évènements dont la cause indirecte pourrait être attribuée aux banques suisses du fait de l'existence du secret bancaire.

Sommes-nous résolus à maintenir intégralement l'institution du secret bancaire ou voulons-nous commencer à réfléchir à l'intention du Département de justice et police à une éventuelle révision de la loi sur les banques sur ce point?

120

dodis.ch/38726

Notice pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst[1]

CONTRÔLE OFFICIEL DE LA QUALITÉ DE LA MONTRE SUISSE

Berne, 21 novembre 1974

Bref compte rendu de la séance interdépartementale du 20 novembre convoquée par l'OFIAMT[2]

1. Motifs de la séance

Conformément à la disposition de son article 25, l'Arrêté fédéral sur le contrôle officiel de la montre, du 18 mars 1971[3], devra être examiné par le DFEP, avec l'industrie horlogère, après 5 ans d'application – soit en 1976 – pour déterminer les modifications éventuelles à y apporter ou pour proposer son abrogation pure et simple. En prévision de cette échéance et compte tenu de certaines tendances visant à introduire un système de contrôle de droit

1. *Notice:* CH-BAR#E7110#1985/97#138* (277). *Signée par R. Grossenbacher. Annotation manuscrite dans la marge de R. Grossenbacher:* S. 3: Swiss made.

2. *Participants: F. Mühlemann, H. Steiger, P. Brändli, F. Balleys, A. Perlstain, R. Chapuis, H. R Götschmann, K. Ledermann, H. Hofer et R. Grossenbacher.*

3. Loi fédérale complétant la loi qui concerne la protection des marques de fabrique et de commerce, des indications de provenance et des mentions de récompenses industrielles *du 18 mars 1971, RO, 1971, pp. 1617 s.*

privé[4], même facultatif, qui semblent se manifester au sein de notre horlogerie, l'OFIAMT a jugé utile de réunir les branches intéressées de l'Administration fédérale afin de dégager une *unité de doctrine* en la matière.

2. Attitude de l'Administration au sujet du CTM

Les participants ont été *unanimes* pour dire que l'une des raisons d'être du CTM était d'assurer le bon renom de la montre suisse – ce qui est dans l'intérêt de l'économie nationale – et que par conséquent la Confédération peut prêter son nom uniquement à un système de contrôle sérieux, sinon elle risquerait de mettre en doute sa crédibilité en Suisse et à l'étranger. Dans ces conditions, un abaissement des critères de qualité, proposé par certains milieux horlogers, ne paraît ni souhaitable ni opportun. Déjà maintenant le CTM constate une tendance à la baisse de la qualité (M. Perlstain estime, selon les calculs statistiques, qu'au moins un million de montres suisses exportées s'arrêtent tout simplement) et les autorités fédérales devraient plutôt pencher pour un resserrement des critères de qualité, car, au fond, il s'agit d'éviter que la montre de moindre qualité profite du «good will» dont l'horlogerie suisse jouit dans le monde entier grâce à la réputation que s'est acquise depuis longtemps la bonne montre suisse.

La même *unité de vue* existe en ce qui concerne le statut du CTM et son maintien (établissement de droit public indépendant de l'Administration fédérale). La Confédération ne peut en aucun cas admettre d'être mêlée à un contrôle de droit privé, car sa participation se réduirait à un simple alibi.

Il découle de l'entretien que l'on est disposé à modifier, si nécessaire, certaines dispositions d'exécution – surtout dans le sens d'un renforcement du contrôle – mais qu'il ne faut[5] pas accepter de toucher au texte de l'Arrêté lui-même, afin d'éviter de recommencer les interminables discussions et marchandages qui ont précédé sa mise en vigueur. De l'avis de M. Brändli cependant, une lacune de l'Arrêté serait à combler. En effet, la teneur de l'article 22 (procédure pénale) devrait être modifiée de sorte que le CTM puisse intervenir en tant que plaignant, ce qui n'est pas le cas actuellement.

3. Le problème du «Swiss Made»[6]

Théoriquement le «Swiss Made» et le CTM pourraient être séparés, mais en pratique l'un ne peut pas exister sans l'autre. Le «Swiss Made» est impensable si on lui enlève la base du CTM.

Quant à l'exportation d'ébauches et de chablons qui ne sont pas destinés à des montres suisses, M. Brändli se demande si le moment n'est pas venu d'interdire tout simplement qu'ils soient marqués du «Swiss Made» et cela d'autant plus que des cas récents (l'un portait sur 50'000 pièces) dont le Bureau

---

4. *Cf. la notice de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail du Département de l'économie publique du 24 janvier 1974,* dodis.ch/38723.

5. *Correction manuscrite de:* fallait.

6. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 94,* dodis.ch/35587 *et doc. 150,* dodis.ch/35587; *la lettre de P. Braendli à Ch.-M. Wittwer du 18 juillet 1974,* dodis.ch/38732 *et la notice de R. Probst à E. Brugger du 15 septembre 1975,* dodis.ch/38725.

a connaissance montrent que souvent ces livraisons portent le «Swiss Made» mais pas le signe d'identification du producteur (livraisons anonymes). La question qui se pose est celle de savoir si les douanes seraient en mesure de contrôler ces exportations. M. Chappuis relève que ces ébauches et chablons n'étant pas soumis au CTM, ils peuvent quitter la Suisse par n'importe quel poste de frontière et il serait dès lors extrêmement difficile de surveiller ces exportations, ne serait-ce qu'à cause du manque de personnel. M. Götschmann se montre également peu enthousiaste à l'idée de charger les douanes de ce travail.

En ce qui concerne la circulaire destinée aux fabricants d'ébauches, annexée à la lettre du 13 novembre de M. Brändli[7], rien n'a été décidé. Il s'agissait de toute façon d'un premier projet et le Bureau de la Propriété intellectuelle va repenser la question dans son ensemble. Il est évident qu'il serait quelque peu aléatoire de brandir des menaces de sanction si nous n'avons aucun moyen valable de superviser l'exportation des produits en question. En outre, la façon dont l'Administration pourrait agir en tant que plaignante n'est pas claire, ce dont M. Brändli est conscient.

7. *Lettre de P. Braendli à A. Perlstain, H. Hofer, R. Chapuis et K. Ledermann du 13 novembre 1974 et projet de circulaire de P. Braendli aux fabricants suisses d'ébauches, doss. comme note 1. Annotation manuscrite dans la marge de R. Grossenbacher:* Im gl*[eichen]* Sinn: Tel. Brändli 21. 11. 74.

121

dodis.ch/38888

Der Direktor der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements, E. Diez, an den schweizerischen Botschafter in Addis Abeba, H. Langenbacher[1]

Persönlich/Vertraulich Bern, 22. November 1974

Lieber Heinz,

Wie Du ja aus unseren Telegrammen[2] erfahren hast, werde ich die ominöse äthiopische Delegation empfangen müssen. Aus den Gründen, die auch in Deinem Schreiben vom 18. November[3] dargelegt sind, bin ich in keiner Weise unglücklich, dass dieser Besuch verschoben wurde. Ich glaube, dass ein nützliches Gespräch nur dann zustande kommt, wenn die äthiopische Seite möglichst gut dokumentiert ist. Dein Gespräch mit dem äthiopischen Rechtsberater[4] lässt immerhin hoffen, dass wenigstens von dieser Seite ein gewisser Wille zur Objektivität besteht.

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1001* (C.41.129.1.(20)). *Dieses Exemplar ging an M. Gelzer.*
2. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
3. *Schreiben von H. Langenbacher an E. Diez vom 18. November 1974,* dodis.ch/39803. *Vgl. dazu auch Dok. 119,* dodis.ch/38887*, bes. Anm. 4.*
4. *M. H. Ibrahim.*

Wie Du ja weisst, werden wir zur Auffindung des Geldes im Grunde genommen nichts beitragen können[5]. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, die schweizerische Rechtslage zu erklären[6], wobei immerhin einige nicht zum vornherein aussichtslose Möglichkeiten bestehen, an das Geld heranzukommen, zum Beispiel Eigentumsklage. Dies setzt aber natürlich den eindeutigen Nachweis der Verfügungsberechtigung, bzw. des Eigentumsrechts voraus. Gerade hier sehe ich aber sehr grosse Schwierigkeiten angesichts der sehr wenig überblickbaren Verhältnisse in Addis Abeba und der meines Erachtens immer klarer werdenden Unstabilität des heutigen Regimes[7]. Nicht nur wir, sondern vor allem auch die Banken werden sich davor hüten müssen, das Geld, soweit es dem äthiopischen Staat gehört, an irgendwelche Leute auszuhändigen, die in kurzer Zeit wieder von der politischen Bühne verschwinden und das Geld mit ihnen. Schon allein dies auferlegt uns eine ausserordentliche Vorsicht, auch in bezug auf allfällige Empfehlungen an die Banken, da sonst der Bund später direkt schadenersatzpflichtig gemacht werden könnte. Zieht man alle diese Dinge in Betracht, so scheint das Problem im Moment beinahe unlösbar. Ich hoffe deshalb wirklich, dass die Zeit Rat bringt. Die Verschiebung auf ein Datum nach dem 9. Dezember ist aber nicht etwa taktisch bedingt. Vom 26. November an bin ich für eine Woche in Berlin bei Hans Miesch, um dort die zweite Verhandlungsrunde für die Entschädigungen in der DDR[8] zu führen; auch dies übrigens eine höchst undankbare und unsichere Angelegenheit. Die Woche darauf habe ich, vor allem auch weil ich die vergangene Woche vom 18. November im Hinblick auf den äthiopischen Besuch weitgehend frei gehalten habe, bereits soviele einzelne Engagements, dass ich mich zu wenig frei halten könnte. Nach dem 18. Dezember werde ich für etwa einen Monat nicht mehr greifbar sein, da wir zu Beginn des neuen Jahres eine Landesverteidigungsübung haben.

Ich gebe mir durchaus der grossen Schwierigkeiten Rechenschaft, die sich für Dich und Deine Mission in Äthiopien im Zusammenhang mit dem Kaiservermögen ergeben. Ich weiss auch, dass es leicht ist, vom sicheren Schreibtisch in Bern aus gute Ratschläge zu erteilen. Ich verzichte deshalb bewusst darauf.

---

5. *Zur Problematik des angeblich in der Schweiz angelegten Vermögens von Haile Selassie vgl. das Schreiben von H. Schärer an E. Thalmann vom 24. September 1974,* dodis.ch/39792; *das Schreiben H. Langenbacher an E. Thalmann vom 7. Oktober 1974,* dodis.ch/39794; *das Telegramm Nr. 293 von H. Langenbacher an das Politische Departement vom 10. Oktober 1974,* dodis.ch/39797; *die Schreiben von H. Langenbacher an E. Thalmann vom 14. Oktober 1974,* dodis.ch/39799 *und vom 15. November 1974,* dodis.ch/39802; *das Schreiben von H. Langenbacher an E. Diez vom 25. Februar 1975,* dodis.ch/39805 *sowie das Schreiben von H. Langenbacher an P. Graber vom 20. Mai 1975,* dodis.ch/39806.

6. *Vgl. dazu das Memorandum der schweizerischen Botschaft in Addis Abeba vom 1. Oktober 1974,* dodis.ch/39795; *das Rundschreiben von H. Langenbacher vom 3. Oktober 1973,* dodis.ch/39796 *sowie das Interview mit H. Langenbacher vom November 1974,* dodis.ch/39800.

7. *Vgl. dazu die Notiz von J.-J. Indermühle vom 18. November 1974,* dodis.ch/39804 *sowie das Schreiben von H. Langenbacher an E. Thalmann vom 9. Dezember 1974,* dodis.ch/39789. *Zu den Auswirkungen der politischen Situation auf die Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 131,* dodis.ch/38889.

8. *Zu den vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der DDR vgl. Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 1 sowie Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Punkt 1.*

Meine Zeilen wollten Dir nur in Ergänzung der etwas rudimentären Telegramme einen Hinweis auf meine persönliche Auffassung geben.

Rosi und ich denken viel an Euch und hoffen, dass diese schwierige Periode bald vorübergeht. Mit herzlichen Grüssen von Haus zu Haus bin ich Dein *[Emanuel Diez]*

122

dodis.ch/39488

La Chambre des banques de la Commission fédérale des banques à la Direction du droit international public du Département politique[1]

CITÉ DU VATICAN / SAINT-SIÈGE / RÉCIPROCITÉ BANCAIRE

Eilt Berne, 26 novembre 1974

Selon l'article 3ter alinéa 2 de la Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 (LB)[2], la banque en mains étrangères est tenue de solliciter une nouvelle autorisation complémentaire pour exercer ses activités bancaires si une modification intervient dans l'état des principaux actionnaires ou d'autres personnes exerçant également une influence prépondérante dans l'établissement.

L'octroi de cette autorisation dépend notamment de la condition de réciprocité prévue à l'article 3bis alinéa 1er lettre a LB dont le libellé est le suivant:

«Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à s'établir en Suisse que si sont réunies de surcroît les conditions ci-après… :

a. la réciprocité est garantie par les États où les fondateurs étrangers de la banque ou les personnes physiques ou morales qui les dominent ont leur domicile civil ou leur siège… »

L'article 5 de l'Ordonnance d'exécution de la Loi sur les banques et les caisses d'épargne du 17 mai 1972[3] précise:

«La réciprocité prévue à l'article 3bis 1er alinéa de la loi est assurée en particulier lorsque:

a. des personnes ayant leur siège ou leur domicile en Suisse sont à même d'ouvrir dans l'État étranger des banques (sociétés en propre, ou sièges, succursales ou agences de banque suisses);

b. les banques ainsi ouvertes dans l'État étranger ne sont pas soumises dans leur activité à des dispositions nettement plus restrictives que celles qui sont applicables aux banques étrangères établies en Suisse.»

L'Istituto per le Opere di Religione, appelé communément la «Banque du Vatican», aurait l'intention de prendre une participation majoritaire dans une

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5363* (C.41.731.0.(1)). *Rédigée et signée par B. Junod. Adressée à M. Krafft.*
2. *RS, 10, pp. 325–343.*
3. Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne *du 17 mai 1972, RO, 1972, pp. 832–871.*

banque[4] en Suisse déjà dominée par des intérêts étrangers. La Commission fédérale des banques doit, au sens de l'article 3ter alinéa 2 LB cité plus haut, accorder une autorisation et examiner en particulier si le Vatican garantit la réciprocité.

Nous avons donné notre avis aux membres de la Commission fédérale des banques à ce propos; certain d'entre eux cependant désire avoir l'opinion de votre service, car le cas présente manifestement un caractère exceptionnel.

Nous vous soumettons, dès lors, notre argumentation:

Le Vatican ne peut pas garantir la réciprocité[5], non pas parce que sa législation bancaire (s'il en existe une!) ou que sa pratique bancaire (s'il y a en a une!) interdisent à des banques étrangères de s'installer sur son territoire, c'est à-dire dans ses jardins, mais parce que son statut juridique est exceptionnel[6].

Il faut en premier lieu distinguer entre le Saint-Siège (Heiliger Stuhl) et la Cité du Vatican (Vatikanstadt).

«L'Église catholique romaine – seule parmi les autres communautés religieuses – a obtenu en faveur de son chef suprême la qualité de *porteur de droits et devoirs du droit des gens.* Cette compétence ne lui a cependant pas été reconnue dans la même mesure qu'aux États souverains. En effet, seules deux règles du droit international, règles susceptibles d'être concrétisées par d'autres normes, s'appliquent au *Saint-Siège:* celui-ci a la compétence de conclure des traités (appelés concordats) et il a en outre le droit d'envoyer et de recevoir des agents.» (Guggenheim, Traité de droit international public, p. 214–215).

À cela s'ajoute que sous le terme de Saint-Siège, il ne faut pas entendre seulement le Pape, mais tous les organes de l'Église catholique qui permettent au Pape d'exercer son activité (congrégations, fonctionnaires, tribunaux, etc.) (voir Strupp-Schlochhauer, Wörterbuch des Völkerrechtes, p. 781).

La *Cité du Vatican* n'est qu'un accessoire des prérogatives du Saint-Siège: «La Cité du Vatican est l'État créé par le Traité du Latran[7] conclu le 11 février 1929 entre l'Italie et le Saint-Siège, qui met à la disposition du Chef de l'Église catholique romaine un territoire destiné à lui permettre de former un ordre juridique étatique à ses propres fins. L'Italie a abandonné dans ce but au Saint-Siège une petite partie de son domaine de compétence spatiale, personnelle et matérielle, et lui a reconnu le pouvoir exclusif et la juridiction souveraine sur le Vatican. (…) Il y a union personnelle entre l'organe suprême de l'Église catholique romaine et le Chef de l'État de la Cité du Vatican, comme c'était déjà le cas à l'époque des États pontificaux». (Guggenheim op. cit., p. 220–221).

La preuve que la Cité du Vatican ne peut être assimilée à un État au sens propre du terme peut être tirée d'un fait historique. En 1870[8], le Pape[9] a été privé de ses États pontificaux. La notion de territoire, élément essentiel d'un

---

4. *Banque de Financement SA «Finabank». Cf. doss. comme note 1.*
5. *Cf. la notice de M. Krafft du 2 décembre 1974,* dodis.ch/40037 *et la lettre de F. Pometta à J. Zwahlen du 12 décembre 1974,* dodis.ch/40036*. Cf. aussi doc. 139,* dodis.ch/39653.
6. *Annotation manuscrite dans la marge:* ?
7. *Sur la réaction du Conseil fédéral face aux accords du Latran, cf. DDS, vol. 9, doc. 460.*
8. *Cf. DDS, vol. 2, doc. 290.*
9. *Pie IX.*

État, a disparu; toutefois, ce fait n'a pas empêché le Saint-Siège de rester un sujet de droit international et de conserver sa pleine capacité juridique.

Dès lors, nous constatons que l'Istituto per le Opere di Religione ne saurait être considéré comme une banque du Vatican mais bien comme une organisation internationale chargée de gérer les biens de l'Église catholique.

Au regard de l'article 3bis alinéa 1er lettre a LB, nous nous heurtons manifestement à une impossibilité juridique: le Saint-Siège n'est pas un État au sens habituel du droit des gens. Il n'a que certains attributs du droits des gens. Il est, dès lors, impossible d'exiger du Saint-Siège une réciprocité qu'il ne peut juridiquement pas accorder[10].

Nous parvenons à la conclusion que la condition prévue à l'article 3bis alinéa 1er a LB n'est pas applicable et qu'il faut en faire abstraction.

Comme la Commission fédérale des banques siègera le 3 décembre 1974[11], nous vous serions reconnaissants de nous dire, dans les meilleurs délais, si vous pouvez partager notre avis sur le plan du droit international public[12].

---

10. *Annotation manuscrite dans la marge:* ?

11. *Cf. le procès-verbal des séances de la Commission fédérale des banques des 18 novembre et 3 décembre 1974,* CH-BAR#E6520B#1980/39#46* (133). *La Commission fédérale des banques ne s'est finalement pas opposée à la reprise de participations à titre transitoire par l'Istituto per le Opere di Religione.*

12. *Cf. la lettre de L. Rochat à la Commission fédérale des banques du 3 décembre 1974, doss. comme note 1.*

123

dodis.ch/39500

Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank[1]

DEVISENPOLITIK

[Zürich,] 5. Dezember 1974

1. Unter Hinweis auf den bis gegen 2,66 gesunkenen Kurs des Dollars und den gegen 10,7 zurückgegangenen Kurs der D-Mark[2] wird durch das *III. Departement* festgestellt, dass zuverlässige Anhaltspunkte fehlen, nach denen sich das künftige Vorgehen der Nationalbank orientieren könnte. Wir tappen namentlich im Ungewissen, welches Kursniveau für den Export und den Tourismus unseres Landes effektiv noch tragbar ist[3]. Diese Schwelle sollten wir kennen, um entscheiden zu können, was zu geschehen hat, wenn sie unterschritten wird. Nur mit diesem Kursniveau als Ausgangspunkt lässt sich ein Konzept für weitere, wirksame Massnahmen entwickeln.

---

1. *Protokoll Nr. 1271:* CH-SNB, Protokolle des Direktoriums.

2. *Vgl. dazu Dok. 7,* dodis.ch/39504.

3. *Vgl. dazu das Protokoll Nr. 1337 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 19. Dezember 1974,* dodis.ch/39579. *Zur Lage der Exportindustrie ferner vgl. Dok. 7,* dodis.ch/39504, *bes. Anm. 11.*

Das *II. Departement* gibt der Befürchtung Ausdruck, die massgebende Grenze könnte bereits unterschritten sein. Die Zahl der ausländischen Reisenden ist merklich gesunken, und die Ausfuhr begegnet Schwierigkeiten. Diese werden noch dadurch vergrössert, dass sich der Gang der Weltwirtschaft verlangsamt. Der internationale Güteraustausch leidet unter Wechselkursen, die durch Kapitalbewegungen hervorgerufen sind und nichts mit der realen Produktivität zu tun haben.

Weiter erschwerend wirkt die internationale politische Situation. Sie trägt dazu bei, die Neigung der Geldbesitzer im Mittleren Osten zu Anlagen in Schweizerfranken zu verstärken[4].

Vom *I. Departement* wird mitgeteilt, aufgrund der von Präsident Schaefer in Saudi-Arabien erhaltenen Informationen habe dieses Land bis jetzt insgesamt 25 Milliarden Dollar angelegt[5]. Der grösste Teil der Anlagen bestehe aus Dollars, Euromarktgeld und Pfund; der Gegenwert von 1,6 Milliarden Dollar laute auf Schweizerfranken. Die Ölproduzenten gäben sich Rechenschaft, dass allein der Dollarmarkt ausgedehnte Anlagemöglichkeiten bietet. Sie besässen jedoch eine Abneigung gegen diese Währung. Gulden begehrten sie keine, und D-Mark nähmen sie – wegen der politischen Entwicklung und des Mitbestimmungsrechtes – nur ungern. Darum interessierten sie sich in erster Linie für Franken. Seit der Einführung des Negativzinses[6] verzichteten sie auf Bankeinlagen und wendeten sich ungeachtet der Verrechnungssteuer den Wertschriften zu. Unter anderem erwögen sie auch ernsthaft den Erwerb einer Bank vom Umfang einer Grossbank.

Als in der Schweiz die Abwehrmassnahmen in Kraft traten, waren die Banken froh darüber. Es lagen grosse Beträge bereit, die sie hätten übernehmen und in Franken umwandeln müssen. Die Auftraggeber entschlossen sich dann zu Wertschriftenanlagen. Auf einen Schlag erwarb z. B. Kuwait für 50 Millionen Franken Zertifikate eines Investmenttrusts und meldete weitere 100 Millionen an, was allerdings mit Rücksicht auf die Konstruktion des Anlagefonds abgelehnt worden ist. Soweit Ölgelder den Weg in Obligationen fanden, ist uns aus zinspolitischen Überlegungen diese Nachfrage willkommen gewesen, jedoch war sie wegen der währungsmässigen Konsequenzen unerwünscht.

Schon ein geringer Prozentsatz der Ölgelder bedeutet für die Schweiz sehr viel. Allein Saudi-Arabien möchte bis Mitte nächstes Jahr 750–1000 Millionen Dollar in Franken anlegen[7]. Das wären 2–2½ Milliarden Franken. Wenn andere

---

4. *Zu der Problematik der Petrodollars und der Recyclage vgl. die Notiz von Wa vom 23. Oktober 1973,* dodis.ch/39721; *das BR-Prot. Nr. 1065 vom 3. Juli 1974,* dodis.ch/39678; *das Protokoll Nr. 1225 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 28. November 1974,* dodis.ch/39578; *die Notiz von J. Zwahlen vom 16. Dezember 1974,* dodis.ch/39679; *das BR-Beschlussprot. II vom 30. Dezember 1974 der Klausurtagung vom 20. Dezember 1974,* dodis.ch/39577, *S. 8 f. sowie die Notiz von E. Thurnheer an J. Zahlen vom 8. Januar 1975,* dodis.ch/39681. *Zum Solidaritätsfonds der OECD vgl. Dok. 140,* dodis.ch/39498.

5. *Zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Saudi-Arabien vgl. Dok. 142,* dodis.ch/37208, *bes. Anm. 5.*

6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1642 vom 1. Oktober 1973,* dodis.ch/39621.

7. *Vgl. dazu das Protokoll Nr. 457 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 13. April 1975,* dodis.ch/39637.

Ölländer ähnlich überlegen, müsste der Frankenbetrag verzwei- oder verdreifacht werden. Bei einem derartigen Zufluss wäre ein Druck auf den Dollarkurs unvermeidlich. Es sei jedoch sinnlos, berichtete Herr Schaefer, den Arabern unsere Probleme auseinanderzusetzen; sie nähmen keine Notiz davon. Selbst die durch ihre Anlagepolitik verursachte Senkung des Dollarkurses sei ohne Belang für sie, die gewillt seien, auch bei einem Kurs von bloss zwei Franken einen Teil ihrer angesammelten Ölüberschüsse in Franken zu konvertieren.

Wo der für den Fremdenverkehr und die Exportindustrie der Schweiz noch tragbare Wechselkurs liegt, wird schwer zu bestimmen sein. Zweifellos bewegen sich die jetzigen Kurse schon in einer kritischen Zone. Für die Exporteure fällt der Kurs der D-Mark stärker ins Gewicht als der des Dollars. Sofern sich die Konjunkturprognosen bewahrheiten, die für das zweite Semester 1975 in den Vereinigten Staaten einen Wiederaufschwung ankünden, könnte sich dann unter Umständen der Dollar wieder befestigen, was aber einen weiterhin starken Franken nicht ausschliesst. Mindestens für die nächsten sechs Monate bleibt jedenfalls eine Durststrecke zu überwinden.

Das *Direktorium* befasst sich in seiner weiteren Aussprache mit der Anregung, den Negativzins, dessen gegenwärtige Höhe nur dem amerikanischen Inflationssatz entspricht und den man in Erwartung zusätzlicher Frankenaufwertungen in Kauf nimmt, durch Hinaufsetzung wirksamer zu machen, um seine Abschreckungsfunktion zu verbessern. Weil Hinweise auf die Wirksamkeit des heutigen Satzes bestehen und weil zuverlässige Angaben über das Ausmass der Auslandgelder bei den Banken erst Ende Dezember und Anfang Januar verfügbar sind, wird im gegenwärtigen Zeitpunkt von einer Erhöhung der Kommissionsbelastung von 12% p. a. abgesehen.

Eine Spaltung des Devisenmarktes in Teilmärkte für kommerzielle und für finanzielle Transaktionen wird als untunlich erachtet. Bei schwankenden Wechselkursen müsste das Flottieren des kommerziellen Kurses gelenkt werden. Der Ecart zwischen den beiden Kursarten könnte sich derart vergrössern, dass es schwierig würde, den Importeur zur Verwendung teurer Devisen anzuhalten. Es besteht ein Risiko, dass der Finanzplatz Schweiz[8] zugrunde gerichtet würde und dass der Ertragsbilanz 6 Milliarden Einnahmen aus Kapitalerträgen verloren gingen.

Kursstützende Interventionen am Devisenmarkt werden sich vielleicht nicht vermeiden lassen. Im Augenblick ist die Lage schwer zu beurteilen. Es wird bisweilen behauptet, Käufe von 10 bis 20 Millionen Dollar würden genügen. Wahrscheinlich steht der Wechselkurs gegenwärtig wegen des näherrückenden Jahresendes unter besonderem Druck. Vor Januar kann deshalb kaum etwas unternommen werden. Interventionen, die möglichst mit Deutschland und den Vereinigten Staaten zusammen vorzunehmen wären, könnten von der Binnenwirtschaft als Demonstration zugunsten des Exportes beanstandet werden. Im Falle von Interventionen würde zweifellos unser Durchhaltewillen getestet, und sobald wir uns vom Markt zurückziehen, ist ein verstärkter Kursdruck zu gewärtigen. Ob Interventionen, die einen verhältnismässig harmonischen

8. *Vgl. dazu Dok. 96,* dodis.ch/39094.

Eingriff darstellen, bereits vor Erlass eines allfälligen Anlageverbotes[9] oder erst nachher besser am Platz wären, bleibt eine offene Frage.

Aus der Exportindustrie ist bekannt, dass jetzt empfindliche Annullationen eintreffen. Andere Abnehmer wünschen Kursgarantien. Die Zukunftsaussichten werden sehr unterschiedlich beurteilt. Im Sinne einer Abklärung werden von der Nationalbank Kontakte mit der Exportwirtschaft und den Fremdenverkehrskreisen aufgenommen.

Ferner soll geprüft werden, was gegen übermässigen Notenbesitz von Ausländern[10] vorgekehrt werden kann.

Schliesslich sollen ein Konzept für das weitere Vorgehen und die dafür erforderlichen rechtlichen Schritte vorbereitet werden.

9. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 234 vom 12. Februar 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#815*.
10. *Vgl. dazu die* Änderung der Verordnung über Massnahmen gegen den Zufluss ausländischer Gelder *vom 22. Januar 1975, AS, 1975, S. 105 f.*

124

dodis.ch/40608

Notice interne de l'Administration des finances du Département des finances et des douanes[1]

NOTE SUR L'ENTRETIEN ENTRE LE CHEIK AHMED ZAKI YAMANI, MINISTRE DU PÉTROLE ET DES RESSOURCES MINÉRALES D'ARABIE SÉOUDITE, ET LE CHEF DU DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES ET DES DOUANES, LE 11. 12. 1974 À BERNE

[Berne,] 12 décembre 1974

Ont également et notamment participé au déjeuner de travail: l'Ambassadeur Jolles, Directeur de la Division fédérale du commerce, M. l'Ambassadeur Thalmann, Secrétaire général du Département politique fédéral, et M. Siegrist, Directeur de l'Office de l'économie énergétique.

L'entretien s'est déroulé dans un climat ouvert, objectif et positif. À aucun moment de la discussion le Ministre séoudien n'a fait allusion à l'adhésion de la Suisse à l'Agence internationale de l'énergie[2] ni au vote des Chambres fédérales sur l'UNESCO[3]. (Nota bene: au même moment, le Ministère des Affaires étrangères d'Arabie séoudite[4] faisait une vive démarche auprès du chef de notre mission diplomatique[5].) Les points suivants ont été abordés dans la conversation:

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#925* (C.41.103.3.(21)). *Rédigée par F. Landgraf.*
2. *Cf. doc. 110,* dodis.ch/38752.
3. *Cf. doc. 126,* dodis.ch/38638, *note 2.*
4. *M. I. Massa'oud.*
5. *M. Casanova. Cf. son télégramme N° 43 au Département politique du 10 décembre 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#729* (B.75.21.(07)).

Prix du pétrole[6]

Trois tendances existent à l'OPEP[7] (réunie dès le 12 décembre à Vienne). La première est en faveur d'une légère baisse des prix, la seconde pour une légère hausse, la troisième propose une forte hausse. L'Arabie séoudite est pour un gel des prix pendant un certain temps, voire pour une légère réduction (propos confirmé lors de la conférence tenue par M. Yamani à Zurich)[8]. L'Arabie séoudite est favorable à un prix unique (au lieu d'une redevance fiscale pour les sociétés intégrées et d'un prix de vente pour le pétrole nationalisé) et elle est opposée à l'indexation. Si le prix actuel est un peu trop élevé, il n'est pas question de descendre à 7 ou 8 dollars le baril comme le souhaiteraient les Américains.

Politique pétrolière

De nouvelles structures sont envisagées pour le marché du pétrole. Les concessions d'extraction accordées aux sociétés intégrées seront entièrement retirées, voire nationalisées, l'État producteur restant l'unique propriétaire de ses ressources et pouvant ainsi fixer le prix de vente au puits. Pour le raffinage et la commercialisation des produits pétroliers («downstream operation») un partage est prévu entre les sociétés intégrées disposant des investissements et des circuits de distribution nécessaires et la société nationale du pays producteur. À défaut de la technologie et de l'infrastructure nécessaires, ces sociétés nationales rechercheront des formes de coopération («joint ventures») avec les sociétés nationales des pays importateurs. L'Arabie séoudite ne cherche donc pas à éliminer les sociétés intégrées du marché, mais à modifier le caractère de leurs opérations. Notre interlocuteur nous a fait comprendre indirectement qu'une collaboration bilatérale avec le secteur privé ou public suisse pour la vente, le raffinage et la distribution du pétrole séoudien dépendra uniquement de la rentabilité d'un projet déterminé[9].

Prix du pétrole et situation économique générale

L'Arabie séoudite est parfaitement consciente de la précarité de cette situation. Elle n'a aucun intérêt à aggraver les difficultés économiques, financières et monétaires des pays occidentaux industrialisés, car elle reconnaît sa dépendance de ces pays pour son propre développement industriel, l'apport de technologie et l'investissement des pétro-dollars[10]. Vu cette interdépendance, un dialogue menant à une collaboration s'impose.

---

6. *Sur la crise pétrolière, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

7. *Cf. la lettre de G. Stucky à la Division du commerce du Département de l'économie publique et au Secrétariat général du Département politique du 17 octobre 1973,* dodis.ch/40709; *la notice de J.-J. Indermühle, A. R. Hohl, e. a. du 20 septembre 1974,* dodis.ch/40745 *et la notice de E. Vallotton à J. Zwahlen du 16 septembre 1975,* dodis.ch/40717. *Sur les relations de la Suisse avec les pays de l'OPEP, cf. doc. 142,* dodis.ch/37208, *note 2.*

8. *Cf. la lettre de M. Casanova à E. Thalmann du 9 juillet 1974,* dodis.ch/37745.

9. *Sur les discussions en Suisse concernant des achats de pétrole en Arabie saoudite, cf. la lettre de E. Brugger à M. Casanova du 22 janvier 1974,* dodis.ch/40708; *la notice de P. Languetin du 26 février 1974,* dodis.ch/40690; *la notice de G. Kündig du 17 septembre 1974,* dodis.ch/40665 *et le procès-verbal de A. Fehr du 25 septembre 1974,* dodis.ch/37746.

10. *Cf. doc. 123,* dodis.ch/39500, *en particulier note 4.*

Perspectives de négociation

La priorité est au dialogue et à la nécessité d'éviter la confrontation par des mesures unilatérales. Si l'ONU n'est pas le cadre approprié de négociation, le projet de réunion à douze (français mais concerté avec l'Arabie séoudite)[11] est peut-être trop exigu. Le dialogue ne doit pas tarder même si l'on peut admettre que les trois groupes (producteurs, consommateurs et pays en développement) doivent concerter préalablement leurs vues[12]. Cette concertation ne devrait pas dépasser un certain stade afin d'éviter que les positions soient figées d'avance. Cependant, au-delà du prix les intérêts ne sont pas obligatoirement identiques chez les consommateurs (entre les États-Unis[13] et le Japon[14] par exemple qui ont des dépendances énergétiques fort différentes). La négociation doit inclure les matières premières en général (concession à l'Algérie).

Aide aux pays en développement

L'Arabie séoudite a mis à disposition du FMI (Oil Facility Fund) 1,2 milliard de dollars. Elle consacre en outre 10% de son budget à l'aide au développement. Elle constate certaines difficultés tenant l'insuffisance d'institutions de distribution et de projets concrets. La création d'un nombre de fonds séoudiens est destinée à renforcer l'aide aux pays musulmans et à leur accorder une priorité[15].

Placement des pétro-dollars

Les critères sont la sécurité et le rendement. L'Arabie séoudite place actuellement à court terme dans les banques et les portefeuilles. Mais ces placements sont en fait à moyen terme parce qu'il n'y a aucun danger ni menace de retrait brusque et massif. Il est envisagé de placer à l'avenir en prises de participation et à long terme.

Développement national

C'est la priorité pour l'affectation des revenus pétroliers. Le plan quinquennal en cours prévoit des investissements de 70 milliards de dollars (valeur 1974), dans une large mesure pour l'industrialisation. De graves problèmes de technologie et de personnel qualifié se posent. L'Arabie séoudite constate un certain manque d'élan des pays industrialisés à participer au développement du pays[16].

---

11. *Cf. la notice de P. R. Jolles du 8 novembre 1974,* dodis.ch/40691.
12. *Sur les négociations concernant des problèmes d'énergie, de matières premières et la collaboration économique au niveau multilatéral, cf. doc. 58,* dodis.ch/40607, *note 14; doc. 184,* dodis.ch/40609 *et doc. 185,* dodis.ch/40610.
13. *Cf. doc. 55,* dodis.ch/38943, *note 6.*
14. *Cf. le rapport politique N° 36 de G. E. Bucher à P. Graber du 30 octobre 1973,* dodis.ch/39760.
15. *Sur la pratique de l'aide payée et des «opérations triangulaires», cf. doc. 74,* dodis.ch/38300, *note 4.*
16. *Sur la visite de P. R. Jolles et F. Leutwiler en Arabie saoudite du 12 au 16 avril 1975, cf. doc. 142,* dodis.ch/37208, *note 5.*

Situation politique

Le cheik qui a proclamé vigoureusement que son pays appartenait au monde libre[17] (répété à Zurich) a dit au sujet de la situation au Proche-Orient qu'elle était moins bonne qu'au début de cette année mais moins mauvaise qu'en automne dernier (à la veille de la guerre du Kippour)[18]. Il n'y a pas de menace de guerre immédiate mais la frustration des Arabes pourrait prendre une nouvelle ampleur si aucun progrès n'était réalisé dans le retrait des forces israéliennes. Mai 1975 pourrait être un mois critique à cet égard.

17. *Cf. la lettre de M. Casanova à E. Thalmann du 30 juin 1974,* dodis.ch/37736.
18. *Sur le conflit du Proche-Orient, cf. doc. 22,* dodis.ch/39248, *note 2.*

125

dodis.ch/38400

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

DARLEHEN DES SCHWEIZERISCHEN BANKVEREINS, BASEL, AN DAS COMMONWEALTH OF AUSTRALIA (85 MIO. FRANKEN)

Bern, 13. Dezember 1974

1. Am 21. November 1974[2] unterbreiteten wir Ihnen ein Gesuch der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, für einen Kapitalexport in Höhe von 55 Millionen Franken nach Australien. Auf unsere Anregung hin hat das Finanzdepartement der Nationalbank geantwortet[3], dass der Gesuchsteller der australischen Regierung den dringenden Wunsch der Schweiz nach einer befriedigenden Regelung der hängigen Luftverkehrsfragen[4] zur Kenntnis zu bringen hat.

2. Am 3. Dezember 1974[5] legten wir Ihnen ein weiteres Kapital-Exportgesuch vor, ein Darlehen des Schweizerischen Bankvereins, Basel, in Höhe von 85 Millionen Franken an das Commonwealth of Australia. Sie haben damals den Entscheid zurückgestellt, bis die Schweizerische Bankgesellschaft über den Erfolg ihrer Intervention bei der australischen Regierung berichtet hat. Dieser Bericht steht bis heute noch aus.

3. Am 11. Dezember teilte uns nun der SBV telefonisch mit, dass seine Anleihe bereits innerhalb von 1½ Tagen plaziert worden sei; die Liberierung sei für den 16. Dezember 1974 vereinbart worden. Bedingungen im Zusammenhang

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7001C#1985/231#467* (1611.55). *Verfasst von A. Heuberger. Kopie an das Finanz- und Zolldepartement, das Politische Departement, W. Guldimann, die Schweizerische Nationalbank, P. R. Jolles, F. Rothenbühler, M. Lusser, N. Nagy und A. Heuberger.*
2. *Notiz an E. Brugger vom 21. November 1974, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Schreiben von G.-A. Chevallaz an die Schweizerische Nationalbank vom 27. November 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2063* (C.41.152.0).
4. *Vgl. dazu Dok. 188,* dodis.ch/38396.
5. *Notiz an E. Brugger vom 3. Dezember1974, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner die Notiz von N. Nagy an F. Rothenbühler vom 27. November 1974,* dodis.ch/38397.

mit den hängigen Luftverkehrsfragen hätten nicht berücksichtigt werden können, da das Geschäft dem Bankverein sonst verloren gegangen wäre[6].

Wie uns Direktor Lademann von der Schweizerischen Nationalbank mitteilte, wird Generaldirektor Leutwyler Generaldirektor Schmitz vom Schweizerischen Bankverein herzitieren und ihm mitteilen, dass das Vorgehen des Schweizerischen Bankvereins – ohne im Besitze einer Bewilligung zu sein – nicht akzeptabel ist.

4. Nach Rücksprache mit den Herren Lademann und Doktor Guldimann vom Schweizerischen Luftamt schlagen wir Ihnen vor, den Kapitalexport von 85 Millionen Franken des SBV mit der nachstehenden *Auflage* zu versehen:

«Bereitschaft der australischen Behörden zu Verhandlungen mit den schweizerischen Behörden über die diskriminatorische Behandlung der Swissair auf dem Tarifgebiet.»

Der SBV hat der Schweizerischen Nationalbank und dem EVD über die Erfüllung dieser Auflage Bericht zu erstatten.

5. Generaldirektor Leutwyler hat uns sein Einverständnis mit dieser Behandlung des Geschäftes erklärt.

Wir bitten um Ihr Einverständnis[7].

---

6. *Vgl. dazu das Protokoll des Direktoriums Nr. 1269 vom 5. Dezember 1974,* CH-SNB: Protokolle des Direktoriums: Das I. Departement teilt mit, das festgestellt wurde, dass die Notes vom SBV vor der Erteilung der Bewilligung platziert wurden. Ein solches Verhalten kann nicht akzeptiert werden. Sollten – was zu hoffen ist – die zuständigen Bundesdepartemente das Geschäft ablehnen, dann wären die Notes zurückzunehmen. Sollte der Entscheid positiv ausfallen, dann wäre der SBV von uns auf die Ungehörigkeit seines Verhaltens aufmerksam zu machen.

7. *Stempel von E. Brugger vom 16. Dezember 1974:* Einverstanden. *Vgl. dazu auch das Schreiben von M. König an J. Zwahlen vom 19. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 3.*

126

dodis.ch/38638

Rapport politique du Chargé d'affaires a. i. de Suisse à Damas, W. Roch, au Département politique[1]

La Syrie malmène la Suisse

Damas, 14 décembre 1974

Au début de décembre, nos Chambres fédérales décidèrent de réduire la contribution suisse à l'UNESCO[2]. On connaît les motifs. Les autorités syriennes s'émurent de cette décision qui reflète une attitude politique plutôt qu'un souci d'économie.

À Damas, le Gouvernement réprouva le comportement de la Suisse en recourant aux mass media. Le Vice-Ministre des Affaires étrangères *[M.Z. Ismail]* me communiqua les déclarations gouvernementales sans les atténuer. Il ajouta quelques remarques.

De mon entretien avec *[M. Z. Ismail]* et avec d'autres personnalités se dégage l'impression de déception que la Syrie éprouve à l'égard de la Suisse qui s'est départie de sa traditionnelle réserve. La neutralité a conféré à la Suisse une position exceptionnelle qu'elle compromet par le récent vote parlementaire. Il importe peu que le pouvoir exécutif ait tenté de prévenir le vote malheureux. Dans l'esprit syrien, les institutions gouvernementales forment un tout dont émane la décision.

Pour *[M. Z. Ismail]* et son entourage, la neutralité consiste à s'abstenir de toute action et de toute déclaration qui puisse d'une manière ou d'une autre renforcer l'ennemi sioniste. En sortant de sa réserve dans l'affaire de l'UNESCO, la Suisse a commis un acte hostile aux Arabes; ce sont les propos mêmes que *[M. Z. Ismail]* m'a tenus. Traumatisée par le conflit du Moyen-Orient, la Syrie réprouve vivement notre manifestation d'hostilité. Elle doit réagir pour sa

---

1. *Rapport politique N° 11:* CH-BAR#E2300-01#1977/30#27* (A.21.31). *Copie à Ch. A. Dubois. Le rapport a été transmis à M. Gelzer par F. de Ziegler le 18 décembre 1974:* À mon avis il n'est pas conforme aux instructions de traiter dans un rapport politique des questions bilatérales intéressant la Suisse. Je te fais donc parvenir ci-joint le RP N° 11 de Damas, qui doit dès lors être considéré comme une lettre à la division politique II. Je te laisse le soin de voir s'il convient d'en faire la remarque à M. Roch et d'informer, le cas échéant, M. Thalmann du contenu du rapport de Damas. *Annotation manuscrite de M. Gelzer du 18 décembre 1974:* Oui!! Die aufgeworfenen Fragen sind m. E. durch unsere Zirkulartelegramme beantwortet. Bitte Roch Empfang bestätigen unter Hinweis auf obige Bemerkung sowie auf die von *[F. de Ziegler]* erwähnte Kompetenzfrage. Auch Handel*[sabteilung des Volkswirtschaftsdepartements]* und *[H. Jossen]* sollten dokumentiert werden.

2. *Cette décision a été provoquée par l'adoption par l'Assemblée générale de l'UNESCO en automne 1974 de résolutions sur le statut de la «Vieille Ville de Jérusalem». Une majorité des Chambres fédérales a en effet considéré que ces résolutions étaient dirigées contre Israël. Cf. Bull. of. CE, 1974, pp. 617–621 et Bull. of. CN, 1974, pp. 1735–1739; les notices de P. A. Nussbaumer du 26 novembre 1975,* dodis.ch/40531 *et du 3 décembre 1974,* dodis.ch/40532. *Sur les relations de la Suisse avec l'UNESCO, cf. les notices de G. Ruf du 10 décembre 1974,* dodis.ch/39564 *et du 9 janvier 1975,* dodis.ch/39570 *et le PVCF N° 384 du 3 mars 1975,* dodis.ch/39571.

propre cause mais aussi pour le monde arabe qui forme une patrie selon le terme consacré. Ce faisant, la Syrie s'érige en gardienne des intérêts et même des vertus arabes[3].

Dans un monde où la politique se mêle à la religion, parfois empreinte de fanatisme, la cause que l'on défend présente un caractère indiscutable, sacré. En plaidant leur cause, les Syriens n'attendent pas de réplique. Inutile de présenter des objections en avançant des faits, en citant des rapports d'experts, en invoquant des principes. Qu'importe si les sanctions récemment prises à l'UNESCO contre Israël ne trouvent aucun fondement dans les statuts de l'organisation! Nous ne sommes pas tenus de respecter les règles si l'ennemi est sans loi. Cette affirmation est courante ici dans les cercles gouvernementaux.

[M. Z. Ismail] craint que notre faute entraîne d'autres États à sortir de leur réserve. Il est vrai que le Sénat américain a aussi manifesté concrètement sa désapprobation à l'égard de l'UNESCO. Cependant, selon *[M. Z. Ismail]*, le monde ne s'étonne pas de cette réaction; chacun connaît la politique américaine qui est ouvertement pro-israélienne. Depuis longtemps, les États-Unis pèchent contre la cause arabe, mais les peuples qui sont avertis ne se laissent pas gagner par cette influence.

En se montrant nuancé vis-à-vis des États-Unis, *[M. Z. Ismail]* fait preuve de partialité, consciemment ou non. Il faut reconnaître que l'Amérique est seule à pouvoir exercer une pression politique sur Israël. Elle est en mesure de fournir au monde arabe toutes les armes sophistiquées, des réacteurs atomiques et d'amples capitaux. En revanche, la Suisse n'offre rien de tel. Elle apporte une contribution technique que la Syrie apprécie mais que des concurrents sont prêts à remplacer. Dès lors, pourquoi ménager la Suisse qu'on peut à bon marché frapper de manière exemplaire? C'est du moins le calcul que je devine dans l'esprit de mon interlocuteur.

La nature émotive de l'Arabe ne permet pas de préjuger la portée de sa réaction. Les Syriens feraient-ils un geste spectaculaire qui affecterait formellement nos relations? C'est douteux. Prendraient-ils plutôt des mesures de boycott dont souffrirait notre industrie[4]? S'il le faut, le boycott s'appliquerait discrètement. Le Gouvernement syrien donnerait alors à ses hauts fonctionnaires des consignes discriminatoires qui s'appliqueraient au préjudice de nos entreprises, notamment dans les adjudications.

En se retournant contre la Suisse, la Syrie pourrait-elle compter sur la solidarité arabe? Souvent tournée en dérision, cette solidarité se manifeste

---

3. *Sur les nombreuses critiques des États arabes et les réactions suisses, cf. le télégramme N° 47 de P. F. Stauffer et P. A. Nussbaumer à W. Roch du 6 décembre 1974,* dodis.ch/39561; *les télégrammes de E. Thalmann à diverses ambassades du 16 décembre 1974,* dodis.ch/39565 *et* dodis.ch/39566 *et la lettre de R. Keller à diverses ambassades du 21 mai 1975,* dodis.ch/39595. *Sur les critiques arabes concernant l'attitude suisse vis-à-vis de la résolution 3379 de l'Assemblée générale de l'ONU du 18 novembre 1975, cf. doc. 193,* dodis.ch/37207.

4. *Sur les intérêts économiques suisses en Syrie, cf. la lettre de W. Roch à P. R. Jolles du 23 novembre 1974*, dodis.ch/38646; *le télégramme N° 95 de Ch. A. Dubois au Département politique du 9 décembre 1974,* dodis.ch/39563; *la notice de J. Iselin à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 21 mai 1975,* dodis.ch/38642 *et la lettre de H. Hofer à W. Roch du 29 décembre 1975,* dodis.ch/38647.

avec efficacité en matière de boycott. Mais quelques contacts à Damas au Commissariat central de cette organisation m'ont édifié. On a peine à mesurer les effets d'un boycott qui, partant de Syrie, s'étendrait dans le monde arabe. C'est une menace que *[M. Z. Ismail]* a laissé planer en faisant état des grands intérêts que nous avons au Proche-Orient et en Afrique du Nord[5].

Avec insistance, *[M. Z. Ismail]* a exprimé le vœu que la Suisse révoque sa décision de réduire notre cotisation à l'UNESCO[6]. La somme en jeu est minime pour un État. Elle est insignifiante en regard des intérêts menacés. Dans ces conditions, le Gouvernement suisse devrait, sans hésiter, faire ce geste essentiel aux Syriens. Ceux-ci d'ailleurs ne conçoivent pas que le pouvoir exécutif soit mis en échec par le législatif. Et comment se fait-il que des voix au Parlement puissent à ce point contrecarrer l'exécutif? La séparation des pouvoirs et la liberté d'expression sont l'apanage de la démocratie; cette vérité ne s'impose pas à l'esprit de mes interlocuteurs.

5. *Sur les efforts suisses concernant les relations économiques avec le monde arabe, notamment les pays de l'OPEP, cf. doc. 142,* dodis.ch/37208, *en particulier note 2.*
6. *Sur le règlement de la contribution suisse à l'UNESCO pour l'année 1975, cf. la notice de P. F. Stauffer à P. Graber du 27 octobre 1975,* dodis.ch/39572.

127

dodis.ch/39246

Der schweizerische Botschafter in Tokio, G. E. Bucher, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Anerkennung Nordkoreas und die schweizerischen Beziehungen zu Südkorea[2]

Vertraulich Tokio, 16. Dezember 1974

Anlässlich meines Besuches in Seoul[3] war es mir möglich, diese Frage sowohl mit dem interimistischen Aussenminister[4] (der Aussenminister[5] selbst war von der Sitzung der Vereinigten Nationen noch nicht zurück) und mit dem Generaldirektor[6] für Europa zu besprechen. Wie ich Ihren verschiedenen Mitteilungen[7] schon entnehmen konnte, war man koreanischerseits darauf vorbereitet und scheint nun ziemlich gelassen auf unseren und den österreichischen Entscheid zu warten.

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2401* (B.15.11.1). *Visiert von E. Thalmann, M. Gelzer, A. R. Hohl und P. Luciri. Kopie an J. P. Lustenberger.*
2. *Vgl. dazu Dok. 8,* dodis.ch/39285 *und Dok. 91,* dodis.ch/39265.
3. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 39 von G. E. Bucher an P. Graber vom 30. Dezember 1974,* dodis.ch/39253.
4. *Lho Shin-young.*
5. *Kim Dong-jo.*
6. *Shin Ki-heun.*
7. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

Unsere Anerkennung erfolgt offenbar insofern in einem psychologisch besonders günstigen Moment, als der Süden sich in einer gewissen Euphorie befindet nach dem unerwartet glanzvollen (?) Erfolg in der politischen Kommission der Vereinigten Nationen und nachdem der Besuch des amerikanischen Präsidenten Ford nicht nur äusserlich sehr befriedigend ausfiel sondern der hiesigen Regierung auch einen erneuten Rückhalt gab mit dem Versprechen, die amerikanischen Truppen weiterhin in Südkorea zu belassen[8].

Anlässlich meiner Audienz bei Präsident Park[9] erwähnte dieser die Frage von sich aus nicht. Da ich nicht als Heuchler betrachtet werden wollte, beschloss ich zum Schluss unserer 45 Minuten langen Unterhaltung, selbst das Thema aufzuwerfen. In kurzen Worten erklärte ich ihm unsere Neutralität und unser Universalitätsprinzip, wobei ich erwähnte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einzig die Anerkennung eines tatsächlich bestehenden Zustandes bedeute. Als neutraler Staat habe sich die Schweiz nicht über die politische Haltung einer Regierung auszusprechen. Zu meiner grossen und angenehmen Überraschung antwortete mir das koreanische Staatsoberhaupt, er habe für unsere Neutralitätspolitik volles Verständnis und danke uns dafür, dass wir dem Wunsch Südkoreas entsprechend mit der Anerkennung bis nach der Korea-Debatte in den Vereinigten Nationen zugewartet hätten.

Präsident Park sprach allerdings den dringenden Wunsch aus, dass die Schweiz im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternehmen soll, um diejenigen Staaten, die bisher nur Nordkorea anerkennen, d. h. besonders die kommunistische Welt, zu ermutigen, auch mit dem Süden Beziehungen aufzunehmen. Er selbst sei ebenso wie die Schweiz bereit, das Universalitätsprinzip zu anerkennen.

Nach meiner Unterredung mit Präsident Park sagte mir der interimistische Aussenminister, der während des ganzen Gesprächs anwesend war, ich hätte recht daran getan, die Frage unserer Anerkennung Nordkoreas selbst zu erwähnen. Der Präsident habe es erwartet, weil er aus Höflichkeit nicht selbst die Initiative dazu ergreifen wollte.

So sollte wohl auch das Communiqué vom 18. Dezember[10], wonach wir Nordkorea tatsächlich anerkennen, keine besonderen Aufregungen mehr hervorrufen[11], obschon anzunehmen ist, dass einzelne Persönlichkeiten, zum mindestens während einer beschränkten Zeit, uns gegenüber eine gewisse Zurückhaltung ausüben werden, wie dies gegenüber Schweden heute noch teilweise der Fall ist. Sicherlich wird unser Verhalten, das lange zum voraus angemeldet worden war, weniger als «Tiefschlag» empfunden werden, als der Entscheid Schwedens im April 1973.

---

8. *Vgl. dazu die Politischen Berichte Nr. 2 und 3 von J. P. Lustenberger vom 24. November und 21. Dezember 1974,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#75* (A.21.31). *Vgl. dazu auch Dok. 91,* dodis.ch/39265, *Punkt I d).*

9. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 38 von G. E. Bucher an P. Graber vom 16. Dezember 1974,* dodis.ch/38901. *Zum Interesse Park Chung-hees am schweizerischen Wehrwesen vgl. die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 24. Oktober 1973,* dodis.ch/38902.

10. *Kommuniqué der Bundeskanzlei vom 20. Dezember und nicht vom 18. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Zu den Reaktionen vgl. das Schreiben von J. P. Lustenberger an E. Thalmann vom 23. Dezember 1974,* dodis.ch/39254.

Jedenfalls haben Sie recht behalten in Ihrer Überzeugung, die Südkoreaner würden unseren Entscheid ohne Widerstand akzeptieren[12]. Ich selbst hatte offensichtlich unrecht[13], weil ich mich an das «Theater» erinnerte, das anlässlich der Anerkennung Schwedens entstand. Mein Aufenthalt in Seoul war daher ganz und gar nicht unangenehm, wie ich es erwartet hatte.

12. *Vgl. dazu die Telegramme Nr. 135 von M. Gelzer und Nr. 141 von A. R. Hohl an die schweizerische Botschaft in Tokio vom 29. November und 4. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*

13. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 128 von G. E. Bucher an das Politische Departement vom 4. Dezember 1974,* dodis.ch/39255 *sowie das Telegramm Nr. 126 von G. E. Bucher an das Politische Departement vom 3. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*

128

dodis.ch/39647

Rapport de fin de mission de l'Ambassadeur de Suisse à Tokyo, G. E. Bucher[1]

Confidentiel Tokyo, 20 décembre 1974

1. Rapports Japon-Suisse

Les rapports sont à tous points de vue excellents. La Suisse figure toujours parmi les trois premiers pays dans les différents sondages d'opinion publique qui posent la question «quel pays étranger aimez-vous le mieux». Souvent elle est même en tête des préférences.

Un grand problème qui a préoccupé dernièrement les deux côtés était l'établissement du Crédit Suisse au Japon et de la Daiichi Kangyo Bank (la plus grande banque non-américaine du monde) en Suisse[2]. Il est presque certain qu'il sera résolu encore avant la fin de l'année courante et que mon successeur[3] pourra bientôt inaugurer le Crédit Suisse à Tokyo comme j'avais moi-même inauguré la Société de Banque Suisse et l'Union de Banques Suisses[4].

Du côté suisse, nous avons quelques doléances:

a) Exportation de souliers vers le Japon[5]. Ce problème ne pourra pas trouver une solution qui puisse nous satisfaire entièrement et cela pour des raisons de politique intérieure japonaise. Le quota pour la Suisse a toutefois été augmenté régulièrement et substantiellement et nous devons, à mon avis, nous contenter de ce succès, tout en insistant de temps à autre afin d'obtenir de nouvelles augmentations.

1. *Rapport de fin de mission:* CH-BAR#E2024A#1993/354#2234* (a.721.81). *Visé par A. Janner, A. Glesti et P. Burdet. Cf. aussi le rapport politique N° 1 de G. E. Bucher à P. Graber du 2 janvier 1975,* dodis.ch/39648.

2. *Cf. doc. 139,* dodis.ch/39653.

3. *P. Cuénoud.*

4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 137,* dodis.ch/35508, *point 3d.*

5. *Cf. le télégramme N° 36 de R. Probst à l'Ambassade de Suisse à Tokyo,* dodis.ch/39649.

b) Après une lutte qui a duré de longues années, il semble certain maintenant que les autorités japonaises admettent l'importation de la viande séchée suisse et de notre bétail[6].

c) Le problème de l'augmentation des droits de douane pour les souliers de ski de toute provenance semble être sérieux pour la Suisse[7]. Il doit toutefois être réglé d'une manière multilatérale au sein du GATT.

d) La possibilité d'obtenir des visas à entrées multiples pour les résidents étrangers au Japon s'est améliorée tout en ne donnant pas entièrement satisfaction. Il sera pourtant difficile d'obtenir pour nos compatriotes des conditions meilleures que celles qui sont faites aux ressortissants d'autre pays.

e) L'abus du nom et du drapeau de la Suisse, surtout de la part de restaurants, a fait l'objet de très nombreuses démarches déjà[8]. Dernièrement, nous n'avons plus rien entrepris. Je crois que, depuis des années, nous sommes allés trop loin dans nos prétentions; il aurait fallu se concentrer sur l'abus du drapeau suisse car des expressions comme «Chalet Suisse» (avec un vrai Suisse comme cuisinier) ou «Hôtel Suisse» sont absolument courantes en Europe aussi. Il faudra étudier la possibilité de reprendre la question de l'abus du drapeau.

Les autorités de Tokyo de leur côté nous reprochent souvent d'être trop sévères pour l'octroi de permis de travail aux Japonais en Suisse[9]. Il faut surtout tenir compte du fait que seuls ou à deux seulement les Japonais qui ont l'habitude de prendre des décisions collectives se sentent isolés et même perdus lorsqu'ils n'ont pas auprès d'eux d'autres compatriotes à consulter. L'Ambassade doit veiller à informer soigneusement les autorités suisses de l'importance que chaque demande pourrait avoir pour nos relations bilatérales (des fautes avaient été commises à cet égard).

Quant aux échanges entre les deux pays, ils continuent à se développer d'une manière très favorable[10]. La balance commerciale est à nouveau nettement en notre faveur.

2. Rapports Ambassade-Colonie suisse

Les rapports entre l'Ambassade et la colonie sont très bons, qu'il s'agisse d'entreprises suisses ou de particuliers[11]. Il y a seulement une certaine réticence de la part de Nestlé (avec Roche la plus grande industrie suisse au Japon). La

---

6. *Cf. la lettre de P. E. Jaccaud à P. R. Jolles du 20 janvier 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1887* (842.0).

7. *Cf. doss.* CH-BAR#E7110#1985/97#1324* (842.2.AVA).

8. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 25,* dodis.ch/32485, *en particulier note 10 et la lettre de P. E. Jaccaud à E. Thalmann du 9 juillet 1973,* dodis.ch/39651.

9. *Cf. la notice de M. Gelzer du 7 juin 1974,* dodis.ch/39650.

10. *Cf. la notice de P. R. Jolles du 26 septembre 1973,* dodis.ch/39749; *le rapport politique N° 36 de G. E. Bucher du 30 octobre 1973,* dodis.ch/39760; *le compte rendu de M. Krell du 26 avril 1974,* dodis.ch/39750; *le rapport de A. Maillard du 5 juin 1974,* dodis.ch/39755 *et la notice de H. Gattiker de 1975,* dodis.ch/39733. *Pour les relations scientifiques avec le Japon, cf. la lettre de A. Janner à M. Cosandey du 26 mai 1975,* dodis.ch/39768.

11. *Pour une visite chez les missionnaires suisses au Japon, cf. la lettre de G. E. Bucher à E. Thalmann du 13 novembre 1973,* dodis.ch/39652.

Nestlé avait rompu les rapports avec mon prédécesseur[12], car elle avait été mise à contribution pour différentes collectes que l'Ambassade avait appuyées directement ou indirectement (exemples: Fête du 1er août, publicité dans la presse locale pour que l'Ambassade puisse y placer des articles). Les rapports sont actuellement assez bons mais le nouveau Président[13] de Nestlé, un Danois, ne veut pas que nous considérions son entreprise comme une maison suisse. Lui-même tient à l'appeler multinationale. Afin de garder de bons rapports, il sera essentiel de tenir compte de ce point de vue qui ne correspond pas nécessairement à celui de Vevey.

Il n'y a pas de cercle suisse au Japon. En revanche, outre une organisation de bienfaisance qui n'est pratiquement jamais utilisée nous avons:

a) La Swiss-Japan Society[14] dont l'ambassadeur est d'office le Président d'honneur. Le Président est le Prince Takeda, cousin de l'Empereur[15], avec lequel le soussigné est lié d'amitié. M. Takeda est le Président du Comité olympique japonais et le membre japonais du Comité olympique international (Lausanne). Il est essentiel que mon successeur lui rende visite rapidement après son arrivée.

La Swiss-Japan Society n'est pas très active. À part un bal annuel purement social qui est toujours une grande réussite et où l'ambassadeur est censé offrir les vins (blancs et rouges) et le champagne, elle n'organise des réunions qu'à titre exceptionnel, par exemple au retour de l'équipe suisse de Jeux Olympiques d'hiver de Sapporo[16], à l'occasion du passage de l'Orchestre de la Suisse Romande ou à l'arrivée d'un nouvel ambassadeur.

La Swiss-Japan Society a une branche à Sapporo composée uniquement de Japonais. L'Ambassade tache de l'appuyer dans la mesure du possible.

b) Le Swiss Businessmen Luncheon[17]. À tour de rôle, la SBS et l'UBS, en assurent la présidence pour une année. On se réunit d'habitude une fois par mois (sauf en été) pour un déjeuner. Une personnalité, souvent un Suisse de passage, tient une conférence et répond à des questions.

Cette organisation n'est pas entièrement satisfaisante en ce sens que les compatriotes ne travaillant pas pour une entreprise suisse ne sont pas censés participer aux déjeuners et se sentent discriminés. Cette question a déjà été soulevée à plusieurs reprises, toujours sans succès. Elle devrait être rediscutée à l'occasion.

c) Un groupe d'amis japonais de la Suisse s'est formé en avril passé sur l'initiative de M. Shigeo Horie, personnalité en vue dans les milieux économiques japonais et internationaux et très ami avec le soussigné[18]. J'ai été nommé Président d'honneur. Rien ne s'est passé depuis. M. Jaccaud tiendra

---

12. *E. Stadelhofer. Annotation manuscrite dans la marge de A. Janner:* Typisch Stadi! *Cf. aussi le rapport de E. Stadelhofer du 21 juin 1971,* dodis.ch/35526.
13. *M. E. Hansen.*
14. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.136-04#1989#13#302* (643.011).
15. *Hirohito.*
16. *Cf. la lettre de G. E. Bucher à A. Janner du 21 février 1972,* dodis.ch/35509.
17. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.136-04#1989/13#37* (110.531).
18. *Cf. la lettre de G. E. Bucher à P. R. Jolles du 23 avril 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#531* (810).

mon successeur au courant. Il sera nécessaire que celui-ci fasse une visite de courtoisie à M. Horie qui parle couramment l'anglais. Il avait pris l'initiative de créer ce groupe à la demande de M. Hartmann, Vice-président de Hoffmann-La Roche à Bâle, qui, de son côté, avait l'intention de constituer un groupe semblable en Suisse[19].

d) Finalement, un groupe ad hoc s'est formé récemment en vue de la création, plus tard, d'un cercle suisse. Il vient de commencer son activité en organisant avec pas mal de succès une soirée de «bowling» et un «Chlaus-Abend». Il est important que l'Ambassade appuie avec tous les moyens à sa disposition ces gens de bonne volonté (en participant eux-mêmes, en donnant des prix en espèce, en mettant à disposition des tables de bridge, etc.). Cette nouvelle tentative est surtout intéressante pour les jeunes Suisses qui ne se connaissent pas ou peu afin de leur donner la possibilité de se rencontrer.

e) Le 1er août est organisé par un groupe ad hoc de la colonie dans un hôtel de la ville, l'Ambassade ne s'y prêtant guère[20]. Ces réunions fort chères (en 1974 frs. 18'000 environ) sont financées par les contributions des entreprises suisses. L'ambassadeur met à disposition les vins ainsi que le cuisinier pour faire des ramequins.

Depuis que je suis à Tokyo, je n'ai pas fait de Fête Nationale pour le Corps diplomatique, les autorités et les amis de la Suisse, faute de place à la résidence et à cause du prix impossible des hôtels.

19. *Cf. la lettre de G. E. Bucher à P. R. Jolles du 1er mai 1974, ibid.*
20. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.136-04#1989/13#35* (110.51).

129

dodis.ch/38349

Notiz des Sektionschefs der Direktion für Völkerrecht, F. Moser, an den Chef der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

VORSPRACHE DES LIBANESISCHEN BOTSCHAFTERS[2] BETR. ERBLOSE VERMÖGEN

Bern, 16. Januar 1975

Der libanesische Botschafter sucht mich gemäss Absprache mit Herrn Botschafter Gelzer auf, um, wie er erwähnt, im Auftrage aller arabischen Regierungen im Zusammenhang mit den erblosen Vermögen abzuklären, wie der schweizerische Bundesrat dazu komme, einseitig zionistische Organisationen zu unterstützen. Ich erläutere eingehend die Rechtsgrundlagen und Hintergründe der zunächst vom Nationalrat beschlossenen Regelung[3]. U. a. weise ich darauf

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#564* (B.42.13.). *Visiert von M. Gelzer, A. R. Hohl und J.-J. Indermühle.*
2. *A. Nassif.*
3. *Vgl. dazu die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verwen-

hin, es sei darum gegangen, dass sich die Schweiz nicht an auf ihrem Territorium befindlichen herrenlosen Vermögen bereichern wolle. Die Weichen seien bereits 1962 gestellt worden, indem die Bundesversammlung damals – völlig neutral, d. h. unabhängig vom künftigen, nicht voraussehbaren Ergebnis der Aktion – beschlossen habe, die dereinstige Verwendung der anfallenden erbenlosen Gelder müsse deren Herkunft Rechnung tragen[4]. Inzwischen hätten sich für rund 80% der von den Banken und anderen Depositären angemeldeten Vermögen die rechtmässigen Ansprecher ermitteln lassen[5]. Was die verbleibenden 2 Mio. Fr. anbelange, habe sich gezeigt, dass diese weit überwiegend von Ausländern herrühren, die wegen ihrer jüdischen Herkunft in nationalsozialistischen Vernichtungslagern umgekommen sind. Schliesslich beschreibe ich Natur und Tätigkeit des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe und mache darauf aufmerksam, dass der Bundesrat die Verwendung der Fondsgelder überwachen wird.

Der Botschafter bedankt sich und erklärt spontan, er sehe sich nach diesen Erläuterungen veranlasst festzustellen, dass die Angelegenheit offensichtlich masslos übertrieben worden sei[6].

---

dung der in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser *vom 16. September 1974, BBl, 1974, II, S. 801–807. Vgl. ferner DDS, Bd. 25, Dok. 183,* dodis.ch/35670; *das BR-Prot. Nr. 1462 vom 16. September 1974,* dodis.ch/38350 *sowie das Schreiben von J. Nordmann an J. Voyame vom 25. Oktober 1974,* dodis.ch/38351. *Zur Abänderung des Bundesbeschlusses durch die vorberatende Kommission des Nationalrats und zum zustimmenden Beschluss des Nationalrats vom 10. Dezember 1974 vgl. die Notiz von F. Moser an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 12. Dezember 1974,* dodis.ch/38352 *sowie Amtl. Bull. NR, 1974, S. 1817–1820. Zur Diskussion des Bundesbeschlusses im Ständerat vgl. Dok. 133,* dodis.ch/38366.

4. Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen *vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 147,* dodis.ch/30752.

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 151,* dodis.ch/32250.

6. *Zu weiteren Protesten arabischer Staaten vgl. das Schreiben von Ch. A. Dubois an E. Thalmann vom 29. Januar 1975,* dodis.ch/38358 *sowie das Telegramm Nr. 204 von Y. A. Berthoud an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 21. Oktober 1975,* dodis.ch/38354.

130

dodis.ch/38490

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision II de la séance extraordinaire du 21 décembre 1974[1]

Exportation de matériel de guerre en Roumanie

[Berne,] 17 janvier 1975

Les entreprises Sulzer[2] et la fabrique de locomotives de Winterthour ont reçu une offre du Gouvernement de la République socialiste de Roumanie de fabriquer 2500 boîtes à vitesses pour chars blindés, type SLM. La commande est estimée de 300 à 600 millions de francs suisses à livrer en six ou sept ans. Le Département militaire a examiné si la fabrication d'un tel matériel pourrait être contraire à l'intérêt du pays au sens de l'article 10 de la loi sur l'exportation de matériel de guerre[3]. La conclusion du DMF[4], comme aussi l'avis du DPF[5] concordent. Il n'existe pas de motif de s'y opposer et, sous cet angle, une telle autorisation devrait être donnée. Toutefois cela pose un problème politique au Conseil fédéral. Comme il s'agit de montants importants, il faudra s'attendre sans doute à des réactions diverses dans l'opinion publique. Le Conseil fédéral doit prendre, selon l'article 13, 2e alinéa, de la loi sur l'exportation, toutes les décisions de principe. Pour *le Chef du Département politique*[6], responsable de la politique extérieure, le problème est facile, car la loi ne donne pas d'argument négatif. Sur le plan de la politique, on pourrait y voir une démonstration bien venue de notre neutralité; sur le plan d'appréciation intérieure, on peut imaginer qu'il y aura des réactions négatives. M. *Furgler*, pour sa part, verrait dans une acceptation un revirement dans notre politique. Militairement parlant, on peut tout à fait admettre que les chars des pays membres du Pacte de Varsovie pourraient être engagés contre notre pays, alors qu'il est difficile d'imaginer que des pays sud-américains auxquels on refuse la livraison de matériel de guerre en raison de leurs difficultés politiques[7] engageront des combats contre notre armée. Si chaque bloc peut acquérir du matériel de guerre chez nous, on ne saurait alors en refuser à d'autres. Il s'agit de définir clairement le problème, dit le Chef du Département de justice et police, et être conscient des solutions possibles.

---

1. *PVCF de décision II:* CH-BAR#E1003#1994/26#17*. *Rédigé par J.-M. Sauvant.*
2. *Il s'agit en fait de la Adolph Saurer SA à Arbon.*
3. Loi fédérale sur le matériel de guerre *du 30 juin 1972, RO, 1973, pp. 107–113. Cf. aussi DDS, vol. 25, doc. 68,* dodis.ch/35692; *DDS, vol. 26, doc. 42,* dodis.ch/38820 *et doc. 169,* dodis.ch/38819.
4. *Cf. la notice de M. Virot du 12 décembre 1974,* dodis.ch/38391.
5. *Cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 12 décembre 1974,* dodis.ch/38392.
6. *P. Graber.*
7. *Cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 17 avril 1973,* dodis.ch/40306; *la lettre de J. Flütsch et A. Schläpfer à R. Gnägi du 14 août 1973,* dodis.ch/40369; *la notice de S. Marcuard à M. Gelzer du 16 octobre 1973,* dodis.ch/37673; *la lettre au Conseil fédéral du 27 février 1974,* dodis.ch/39460 *et la lettre de M. Gelzer à la Section des recours du Département de justice et police du 16 janvier 1975,* dodis.ch/38288.

M. *Chevallaz* est favorable à la proposition du Département militaire. Tout comme le Chef du Département politique, il est d'avis qu'il y va de la crédibilité de notre neutralité et que le souci d'un équilibre justifie ces ventes à la Roumanie. Il est de plus un élément économique qui, actuellement, peut être déterminant. M. Chevallaz estime qu'une telle commande est très souhaitable eu égard à la situation commerciale et conjoncturelle de notre pays. Il est certain que tout ce qui s'est fait dans le cadre de l'opposition systématique à l'exportation de matériel de guerre[8] l'a été dans le climat de la surchauffe. Aujourd'hui, le ralentissement peut faire imaginer que l'opinion publique changera d'avis. De toute façon, si le Gouvernement roumain ne voyait pas sa requête agréée, il obtiendrait la fabrication de ce matériel dans d'autres pays européens.

Le Conseil donne donc son accord de principe. Dès lors, le Département militaire communiquera aux fabriques intéressées qu'il est prêt à recommander formellement au Conseil fédéral d'approuver la commande une fois l'offre confirmée[9].

8. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 68,* dodis.ch/35692.

9. *Pour la suite de cette affaire, cf. la notice de Ch. Müller du 6 juin 1975,* dodis.ch/38444 *et la notice de M. Virot à J. J. Vischer du 2 juillet 1975,* dodis.ch/38442. *De toute évidence, la commande ne s'est finalement pas concrétisée, cf. doss.* CH-BAR#E5001G#1986/105#1204* (793.49); CH-BAR#E5001G#1986/105#1205* (793.50); CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4811* (B.51.14.21.20) *et* CH-BAR E2001(E)-01 1991/17 vol. 1070 (B.51.14.21.20.Ro.).

131

dodis.ch/38889

Interne Notiz des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements[1]

ZUSAMMENFASSUNG DER BESPRECHUNG MIT BUNDESPRÄSIDENT GRABER. FORTFÜHRUNG DUKE OF HARRAR-SPITAL

Vertraulich *[Bern,]* 30. Januar 1975

1. Bundespräsident Graber gibt der Hoffnung Ausdruck, dies möge das letzte Mal sein, dass man sich über dieses Projekt zu unterhalten habe.

Man hätte einen Fehler gemacht, sich auf die Durchführung dieses Projektes einzulassen[2].

1. *Notiz:* CH-BAR#E2005A#1985/101#216* (t.311.005). *Verfasst und unterzeichnet von N. Zanolli. Anwesend: P. Graber (Vorsitz), E. Thalmann, M. Gelzer, R. Keller, P. A. Barbey, P. Erni, M. Heimo, R. Wilhelm und N. Zanolli.*

2. *Vgl. dazu die Notiz von Th. Raeber vom 19. Juni 1972,* dodis.ch/39807; *das Schreiben von H. Langenbacher an S. Marcuard vom 7. Februar 1973,* dodis.ch/39808; *das BR-Prot. Nr. 637 vom 18. April 1973,* dodis.ch/39809; *die Notiz von N. Zanolli an S. Marucard vom 1. November 1973,* dodis.ch/39810; *das Schreiben von H. Langenbacher an P. Graber vom 5. November 1973,* dodis.ch/39811; *den Bericht von N. Zanolli vom 23. Juli 1974,* dodis.ch/38913 *sowie das Schreiben von N. Zanolli an M. Heimo vom 24. Juli 1974,* dodis.ch/39812.

Es gehe nun darum, in einer Periode in der die Technische Zusammenarbeit insgesamt unter starker Kritik in der Öffentlichkeit und im Parlament zu leiden habe[3], das Schlimmste zu verhüten und man müsse eine maximale Anstrengung machen, um das Gesicht zu wahren.

2. Der Delegierte[4] erklärt die momentane Situation, indem er darauf hinweist, dass die politischen Veränderungen in Äthiopien[5] und der Rückzug der Fakultät[6], uns die Mittel in die Hand geben, das Projekt, das von Anfang an falsch konzipiert war, auf eine unseren Richtlinien der medizinischen Entwicklungszusammenarbeit[7] gemässe Bahn zu führen, sofern die äthiopischen Behörden gänzlich die finanzielle Verantwortung übernehmen würden.

Die positiven Aspekte des Projektes, insbesondere die *Ausbildung*, die sich ja nicht nur auf einen Beitrag an die Ausbildung äthiopischer Ärzte konzentriert hat, sind nach wie vor von Bedeutung.

Die negativen Aspekte, insbesondere das bisherige Tarifsystem, das einer medizinischen Versorgung für breite Bevölkerungskreise entgegensteht, müssen im neuen Konzept modifiziert werden.

Die Besprechung, die zwischen Botschafter Langenbacher und dem Gesundheitsminister[8] stattgefunden hat (Telex Nr. 24 vom 28. 1. 1975[9]) gibt uns Hinweise, dass die Äthiopier nach wie vor die schweizerische Zusammenarbeit wünschen und das Spital als zentrale Ausbildungsstätte sehen.

3. Botschafter Keller weist in diesem Zusammenhang auf den positiven Beitrag des Katastrophenkorps[10] hin, das es ermöglicht hat, die Aussenstation Gewani[11] instand zu stellen, sodass die ärztliche Tätigkeit und Betreuung der Bevölkerung in diesem Gebiet unter besseren Verhältnissen als bisher gewährleistet werden kann.

4. Der Delegierte sieht das Spital in seiner Auswirkung, die es auf die Ausbreitung der «health stations» haben könnte.

5. Herr Wilhelm macht darauf aufmerksam, dass ein vorzeitiger Abbruch unserer Verpflichtungen mit Äthiopien von der Öffentlichkeit und vom Parlament als Verschwendung der eingesetzten Mittel ausgelegt werden könne.

---

3. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/38299; *Dok. 74,* dodis.ch/38300; *Dok. 102,* dodis.ch/38913 *sowie Dok. 112,* dodis.ch/38914.

4. *M. Heimo.*

5. *Zu den negativen Auswirkungen auf das Projekt vgl. die Schreiben von H. Langenbacher an M. Heimo vom 4. November 1974,* dodis.ch/39814 *und vom 16. Dezember 1974,* dodis.ch/39815 *sowie das Protokoll von P. Brogini vom 23. Dezember 1974,* dodis.ch/39816. *Zur Problematik des angeblich in der Schweiz angelegten Vermögens von Haile Selassie vgl. Dok. 119*, dodis.ch/38887 *und Dok. 121,* dodis.ch/38888.

6. *Vgl. dazu die Notiz von R. Wilhelm an P. Graber vom 23. Januar 1975,* dodis.ch/39817.

7. *Vgl. dazu die Notiz von N. Zanolli vom 20. Januar 1975,* dodis.ch/39818.

8. *J. Abdulkadir.*

9. *Telegramm Nr. 24 von H. Langenbacher an den Delegierten für technische Zusammenarbeit, die Direktion für internationale Organisationen und den Delegierten für Katastrophenhilfe des Politischen Departements vom 28. Januar 1975, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Vgl. dazu Dok. 103,* dodis.ch/39121 *und Dok. 136,* dodis.ch/39122.

11. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 205 von R. Dannecker an M. Heimo vom 4. Dezember 1975,* dodis.ch/40780.

6. Botschafter Thalmann weist darauf hin, dass man sich ehrenhaft aus der Sache ziehen müsse, denn die Öffentlichkeit lege die Tatsache, dass die medizinische Fakultät sich aus dem Projekt zurückgezogen habe in einer Weise aus, als sei eine Fortführung nun verunmöglicht worden, d. h. dass die Fakultät zwar, als Trägerin des Projektes verstanden habe um was es gehe, während die Beamten des EPD die Situation nicht richtig erkannt hätten.

7. Botschafter Gelzer gibt seiner Skepsis Ausdruck, ein wirklich sinnvolles Konzept durchführen zu können und befürwortet deshalb auch einen Abbruch des Projektes und eine Kündigung des Vertrages mit Äthiopien.

8. Auf die Frage von *Frl. Zanolli* aufgrund welcher Umstände eine solche Kündigung des Vertrages Äthiopien gegenüber begründet werden könne, antwortet Botschafter Thalmann, die Tatsache, dass der Projektträger (die med. Fakultät) sich zurückgezogen habe, sei eine ausreichende Begründung. Frl. Zanolli entgegnet Botschafter Gelzer, dass das neue Konzept nicht in einer Umstrukturierung des Spitals bestehen könne, sich jedoch wesentlich im Inhalt der Lehre und dem den Verhältnissen in Äthiopien angepassten medizinischen Stil ausdrücken müsse.

9. Botschafter Heimo weist auf die Möglichkeit hin, den zwischenstaatlichen Vertrag[12] zu ändern und anzupassen, jedoch unter Beibehaltung des ursprünglichen Datums des Vertragsendes (Nov. 76).

10. Bundespräsident Graber meint, dass er einigermassen beruhigt sein könnte, wenn er auf Anfrage des Parlamentes die Versicherung abgeben könnte, dass das Spital einen zentralen Beitrag innerhalb eines sozialen Gesundheitswesen leisten könne und dass nach Vertragsende klar vorgelegt werden könne, was in dieser Hinsicht durch den schweizerischen Beitrag geleistet worden sei. Bundesrat Graber betont ausdrücklich, dass ein Beitrag der Schweiz an ein *soziales Gesundheitswesen* in Äthiopien, das breiten Bevölkerungskreisen zugute kommt, die *conditio sine qua non* für die Fortführung des schweizerischen Engagements sei.

11. Herr Wilhelm weist auf ein anderes Projekt hin, – die Hilfeleistungen an die Tibeter-Flüchtlinge in Nepal[13] – das seinerzeit vom IKRK übernommen werden musste, und wo schliesslich trotz sehr vieler Schwierigkeiten ein erfolgreicher Abschluss der Aktion möglich war. Wenn die Verpflichtungen Äthiopiens eingehalten werden, so besteht noch eine Chance. Im übrigen will die medizinische Fakultät Bern heute ihre Verpflichtungen begrenzen, nachdem für die Initianten verschiedene der seinerzeit gegebenen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts heute dahingefallen sind. Für die Rekrutierung von neuem Personal ist die neue Konzeption nötig.

---

12. Agreement between the Swiss Government and the Imperial Ethiopian Goverment concerning The Prince Makonnen Haile Selassie, Duke of Harrar Memorial Hospital in Addis Abeba *vom 14. Juni 1974, Doss. wie Anm. 1.*

13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 123,* dodis.ch/14754; *DDS, Bd. 22, Dok. 129,* dodis.ch/18991 *und Dok. 158,* dodis.ch/18988; *DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32838 *und Dok. 183,* dodis.ch/32819; *die Notiz von R. Högger vom 10. Juli 1974,* dodis.ch/40284; *die Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 3. Juli 1975,* dodis.ch/40286 *sowie das Schreiben von R. Wilhelm an E. Suter vom 7. Juli 1975,* dodis.ch/40285.

12. Botschafter Thalmann meint, dass nur kurze Zeit vor uns liege und eine Entscheidung im März/April zu spät sei.

13. Bundespräsident Graber verlangt eine sofortige und rasche Entscheidung und erteilt Botschafter Heimo das Mandat sich nach Addis Abeba zu begeben, um mit den Verantwortlichen im Ministerium ganz konkret die Möglichkeiten des Schweizer Beitrags zu diskutieren auf der Basis des Dokumentes, das dem Ministerium am 6. 12.[14] vorgelegt worden sei und im Hinblick auf einen Beitrag gemäss unseren Richtlinien. Die Schweizerische Haltung müsse absolut kategorisch sein in bezug auf die finanziellen Verpflichtungen und Zahlungen als auch in bezug auf das Konzept der Sozialmedizin.

14. Herr Erni schlägt eine interne Sprachregelung vor, nachdem eine Presseinformation von Bundespräsident Graber abgesagt worden ist. Text beiliegend.

15. Bundespräsident Graber wünscht, dass der Antwortbrief[15] an den Dekan der medizinischen Fakultät auf die definitive Kündigung vom 17. 1. 1975[16] schärfer formuliert werde.

---

14. *Schreiben von H. Langenbacher an J. Abdulkadir vom 6. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*
15. *Schreiben von P. Graber an J. Hodler vom 28. April 1975,* dodis.ch/39818. *Vgl. dazu auch die Notiz von R. Wilhelm von 28. August 1975,* dodis.ch/39820.
16. *Schreiben von J. Hodler an P. Graber vom 17. Januar 1975, Doss. wie Anm. 1.*

132

dodis.ch/39323

L'Ambassadeur de Suisse à Prague, J.-D. Grandjean, au Directeur de la Direction politique du Département politique, E. Thalmann[1]

PRÉSENTATION DES LETTRES DE CRÉANCE[2]

Prague, 5 février 1975

Le 4 février 1975 à 10 h 00 du matin, j'ai présenté mes Lettres de Créance à Monsieur L. Strougal, Premier Ministre du Gouvernement tchécoslovaque, agissant au nom de Monsieur Svoboda, Président de la République, encore souffrant[3].

Après l'échange des allocutions habituelles j'ai eu avec Monsieur Strougal un court entretien en présence du Vice-Ministre des Affaires étrangères,

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5139* (B.15.21). *Visée par Ch. Müller, C. Caratsch et K. O. Wyss. Copie à la Direction administrative du Département politique et à la Division du commerce du Département de l'économie publique.*
2. *Pour la visite d'adieu de W. Bossi, cf. le télégramme N° 60 de W. Bossi au Département politique du 13 décembre 1974,* dodis.ch/39352. *Pour la situation en Tchécoslovaquie, cf. le rapport politique N° 2 de W. Bossi à P. Graber du 2 décembre 1974,* dodis.ch/39350.
3. *En mai 1975, G. Husák succédera à L. Svoboda comme Président de la République. Cf. le rapport politique N° 11 de J.-D. Grandjean du 26 juin 1975,* dodis.ch/39351.

Monsieur Frantisek Krajcir, le Ministre des Affaires étrangères[4] étant, lui aussi, tombé malade après sa visite en Finlande. Assistait également à l'entretien le Secrétaire général à la Présidence, Monsieur Pudlak. Cette conversation a surtout porté sur l'état et l'amélioration possible de nos relations économiques bilatérales[5]. J'ai été frappé des connaissances approfondies de Monsieur Strougal concernant notre pays, ses structures économiques, son industrie de pointe et sa technologie au sujet desquelles mon interlocuteur a été extrêmement élogieux. Monsieur Strougal a surtout mis l'accent sur l'intérêt que porte son pays à l'achat éventuel de nos brevets et à la possibilité de bénéficier ainsi de nos connaissances avancées dans le domaine industriel[6]. Le Premier Ministre a ajouté que le souhait de la Tchécoslovaquie n'était pas seulement de voir la Suisse se borner à lui vendre des brevets, mais que notre pays devait aussi les accompagner des techniciens et du «know-how» nécessaires à leur complète mise en œuvre. Selon Monsieur Strougal, la Tchécoslovaquie est en pleine évolution industrielle. Elle désire se moderniser rapidement et compte beaucoup sur la Suisse dans l'accomplissement de cette tâche difficile. Le Premier Ministre a encore souligné que les différences d'ordre politique qui peuvent parfois faire obstacle à l'approfondissement de nos relations ne doivent surtout pas être dramatisées[7]. Indépendamment des idéologies, poursuit-il, nous faisons partie d'une seule Europe dont l'objectif principal est le maintien de la paix. Monsieur Strougal n'a pas abordé la question de la Conférence européenne de sécurité[8] que je n'ai pas non plus, pour ma part, mentionnée.

Pour terminer, Monsieur Strougal m'a encore déclaré que notre coopération bilatérale ne devait pas se limiter au domaine économique et industriel, mais qu'elle devrait s'étendre aussi au plan culturel. Dans ma réponse je n'ai pas relevé cette suggestion.

---

4. *B. Chňoupek.*

5. *Cf. la notice de R. Kummer du 2 avril 1973,* dodis.ch/39329; *la notice de R. Probst à E. Brugger du 24 octobre 1975,* dodis.ch/39325 *et la lettre de L. Roches à J.-D. Grandjean du 15 décembre 1975,* dodis.ch/39327.

6. *Pour le* Traité entre la Confédération Suisse et la République Socialiste Tchécoslovaque sur la protection des indications de provenance, des appellations d'origine et d'autres dénominations géographiques *du 16 novembre 1973, RO, 1975, pp. 2422–2447, cf. le PVCF N° 1616 du 16 octobre 1974,* dodis.ch/39336 *et la notice de E. Schmidt du 7 mars 1973,* dodis.ch/39339.

7. *Sur les relations bilatérales, cf. le procès-verbal de R. Bodenmüller du 26 septembre 1973,* dodis.ch/39347. *Cf. aussi doc. 10,* dodis.ch/39340 *et le compte rendu de K. Fritschi et J. Bucher du 6 mai 1974,* dodis.ch/39349.

8. *Sur les négociations de la CSCE à Genève, cf. doc. 89,* dodis.ch/38858.

133

dodis.ch/38366

Notiz für den Direktor der Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements, E. Diez[1]

BUNDESBESCHLUSS[2] ÜBER DIE VERWENDUNG DER IN DER SCHWEIZ BEFINDLICHEN VERMÖGEN RASSISCH, RELIGIÖS ODER POLITISCH VERFOLGTER AUSLÄNDER ODER STAATENLOSER

Vertraulich Bern, 10. Februar 1975

Unter dem Vorsitz von Ständerat Eggenberger und in Anwesenheit von Herrn Bundesrat Furgler fand am 10. Februar 1975 die Sitzung der Kommission des Ständerates zur Vorberatung des im Ingress erwähnten Bundesbeschlusses statt.

Nach seinem einleitenden Votum, in welchem er die Genesis des BB skizziert[3], gibt mir Herr Bundesrat Furgler Gelegenheit, die Kommission in vertraulicher Weise über die beiden mit Polen[4] und Ungarn[5] getroffenen Vereinbarungen zu orientieren, die eine abweichende Regelung vorsehen.

In der Eintretensdebatte kritisiert Herr Ständerat Stucki die Tatsache, dass man zwei sozialistischen Staaten so weit entgegengekommen ist. In ihren Antworten unterstreichen die Herren Bundesrat Furgler und Prof. Hausheer die Notwendigkeit für die Schweiz, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen[6]. Ergänzend weise ich auf die besonderen Umstände[7] hin, die bei diesen Vereinbarungen eine Rolle gespielt haben und betone, dass diese lange vor Inkrafttreten des BB über die erblosen Vermögen vom 20. Dezember 1962[8] eingegangen worden sind und zwar im Interesse von

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#564* (B.42.13). *Verfasst und unterzeichnet von Th. Wernly. Visiert von E. Diez und B. Dumont.*
2. Bundesbeschluss über die Verwendung der in der Schweiz befindlichen erblosen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser *vom 3. März 1975, AS, 1975, S. 533–534.*
3. *Vgl. dazu Dok. 129,* dodis.ch/38349, *Anm. 3.*
4. Vertrauliches Protokoll zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Polen betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in Polen *vom 25. Juni 1949,* dodis.ch/8319.
5. Vertrauliches Protokoll zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn *vom 19. Juli 1950,* dodis.ch/2520.
6. *Zur Überweisung der polnischen «erblosen» Vermögen an die polnische Nationalbank vgl. die Notiz von H. Hoffmann an F. Moser vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/38393; *das Schreiben von E. Diez an P. A. Nussbaumer vom 13. August 1975,* dodis.ch/38394 *sowie die Note der schweizerischen Botschaft in Warschau an das polnische Aussenministerium vom 20. August 1975,* dodis.ch/38395.
7. *Vgl. zu Polen DDS, Bd. 17, Dok. 132,* dodis.ch/4761 *sowie Dok. 134,* dodis.ch/4760 *und zu Ungarn DDS, Bd. 18. Dok. 32,* dodis.ch/8539.
8. Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenlosen *vom 20. Dezember 1962, AS, 1963, S. 423–432.*

geschädigten Landsleuten. Herr Ständerat Stucki erklärt sich von diesen Antworten befriedigt.

Herr Bundesrat Furgler weist schliesslich darauf hin, dass der Bundesrat im Interesse der Sache und im Bestreben, eine unerwünschte öffentliche Polemik mit internationalem Echo[9] zu vermeiden, eine Differenz zwischen den beiden Räten vermeiden will und sich deshalb mit dem einstimmigen Entscheid des Nationalrates ($^2/_3$ an Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund – $^1/_3$ an Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe statt an IKRK) abfindet.

Dieser Meinung schliesst sich die Kommission an und beschliesst einstimmig, dem BB in der Version des Nationalrates zuzustimmen[10].

9. *Vgl. dazu Dok. 129,* dodis.ch/38349, *bes. Anm. 5.*

10. *Zum zustimmenden Beschluss des Ständerats vom 3. März 1975 vgl. Amtl. Bull. SR, 1975, S. 101–104.*

134

dodis.ch/38594

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

GATT Verhandlungsausschuss

Bern, 11. Februar 1975

Am 11. Februar 1975 tritt in Genf der Verhandlungsausschuss des GATT[2] (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) zusammen, um eine neue internationale Verhandlungsrunde zu beginnen, für welche die ersten Grundlagen im September 1973 an der Ministerkonferenz in Tokio beschlossen wurden[3]. Alle Staaten – also auch die Nichtmitglieder – sind eingeladen.

Aufgabe der Delegierten ist es, zunächst die Verhandlungsmechanismen und -prozeduren festzulegen und die in Tokio gefassten Verhandlungsziele den neuen durch die gegenwärtige Wirtschaftslage diktierten Prioritäten anzupassen.

Die Durchführung der Verhandlungsrunde hing weitgehend von der Teilnahme der Vereinigten Staaten ab. Diese wurde nun durch die kürzliche Verabschiedung des amerikanischen Handelsgesetzes (Trade Act of 1974) ermöglicht[4]. Das Handelsgesetz enthält eine inhaltlich und zeitlich begrenzte Kompetenzdelegation des Kongresses an den Präsidenten[5], an den interna-

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#919* (C.41.103.3.(02)). *Verfasst von G. Kündig und unterzeichnet von J. Zwahlen. Visiert von P. Graber.*

2. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 2.*

3. *Zur «Tokio-Runde» vgl. Dok. 114,* dodis.ch/38593, *Anm. 5.*

4. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 30. Mai 1973,* dodis.ch/38585.

5. *G. Ford.*

tionalen Handelsverhandlungen teilzunehmen, wobei der Kongress sich ein Aufsichtsrecht wahrt. Ausserdem finden sich Bestimmungen, wonach Entwicklungsländern, die Angebotskartellen angehören, von den USA nicht die Meistbegünstigung eingeräumt wird, was bekanntlich bei den OPEC-Ländern sowie bei übrigen südamerikanischen Ländern negative Reaktionen hervorgerufen hat. Schliesslich sind auch die Punkte zu erwähnen, die den Abschluss eines Wirtschaftsabkommens mit der Sowjetunion vereitelt haben, nämlich die Auswanderungsfrage und die Kreditlimiten.

Folgende Punkte dürften bei den Verhandlungen im Vordergund stehen:

a) Nichttarifarische Massnahmen (Technische Vorschriften, Normen, administrative Vorschriften, Einkaufspraxis der öffentlichen Hand etc.)[6];

b) Internationale Wettbewerbsregeln (Antidumpinggesetzgebung, Ausgleichssteuern, Ausweichsklausel, Exportsubventionen etc.);

c) Freier Zugang zu den Rohstoffen (Versorgungsgarantien);

d) Landwirtschaft;

e) Harmonisierung der Zollsätze.

Die allgemeine Reduktion der Zollsätze, die noch im Rahmen der Kennedy-Runde[7] (1964–67) die zentrale Rolle gespielt hat, ist offensichtlich in den Hintergrund gerückt.

Im Grunde genommen geht es jetzt aber um mehr als nur die erwähnten Punkte. Das durch das GATT Erreichte soll sichergestellt und Rückfälle in den Protektionismus vermieden werden. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bilden eine Gefahr, dass die Staaten zu Massnahmen greifen, die der internationalen Zusammenarbeit abträglich sind.

Für viele Staaten haben allerdings die jüngsten Ereignisse im Währungssektor[8] weit stärkere Einflüsse auf ihre Stellung im Welthandel als etwa der allgemeine Zollabbau der Kennedy-Runde. Aus diesem Grunde darf die neue Runde nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang mit den laufenden Bemühungen zur Behebung von wirtschaftlichen Ungleichgewichten und zur Herbeiführung von stabileren und angemesseneren Währungsverhältnissen.

Ganz wesentliche Probleme dürften sich vom politischen Bereich her stellen. Wie weit sind die Staaten unter den gegebenen Verhältnissen bereit, den Welthandel noch weiter zu liberalisieren? Wie gross ist der innenpolitische Druck auf die Regierungen, dem Ausbau des Welthandels den Rücken zu kehren und gar restriktive Massnahmen zu ergreifen? Welches werden die Auswirkungen der inneren Schwierigkeiten der Europäischen Gemeinschaften sein? Werden sich die USA, Europa und Japan auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können? Wie weit sind die Forderungen der Dritten Welt mit den Zielsetzungen des GATT vereinbar? Wie werden sich die Staatshandelsländer, deren Interessen

---

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 65,* dodis.ch/35596, *Anm. 5; die Notiz von E. H. Léchot an A. Dunkel vom 15. März 1973,* dodis.ch/38609 *sowie das Schreiben von P. R. Jolles an E. Thalmann vom 25. Mai 1973,* dodis.ch/38610.

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 103,* dodis.ch/35597, *Anm. 4.*

8. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504; *Dok. 36,* dodis.ch/37657 *sowie Dok. 123,* dodis.ch/39500.

von den unseren stark divergieren, an den Verhandlungen verhalten? Kann eine befriedigende Lösung für den Zugang zu den Rohstoffen gefunden werden? Alle diese Fragen lassen eine gewisse Skepsis in bezug auf den Ausgang der Runde aufkommen.

Immerhin stellt sich die grundsätzliche Frage, ob es sich die teilnehmenden Staaten leisten könnten, die sorgfältig und lang vorbereitete Runde im Nichts versanden zu lassen. Zweifellos wäre ein solches Resultat an sich bereits ein Element für eine Krise in der internationalen Zusammenarbeit.

Unser Land begrüsst die Durchführung der Runde. Diese sollte in einen Gesamtrahmen gestellt werden und vom Anliegen getragen sein, die Probleme eher gemeinsam zu lösen, als auf einseitige Massnahmen zurückzugreifen. Deshalb legen wir insbesondere Wert auf die Behandlung von Massnahmen, die am besten dazu beitragen können, Stabilität und Ordnung des Welthandelssystems zu gewährleisten. – Im einzelnen wird die Haltung der Schweiz weitgehend vom Verlauf der Verhandlungen und den Stellungnahmen der wichtigsten Welthandelsländer abhängen. Dennoch können jetzt schon einige Punkte herausgeschält werden, die wahrscheinlich die schweizerische Linie charakterisieren werden. So ist unser Land trotz den gegenwärtigen Schwierigkeiten an ernsthaften Verhandlungen interessiert. Es gilt, das erreichte «Momentum» zu wahren. Die Ziele von Tokio sollten im Lichte der jüngsten Wandlungen in der Weltwirtschaft neu überprüft werden. Die Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen ist auch für die Schweiz vordringlicher geworden. Hingegen ist der Zollabbau etwas in den Hintergrund gerückt. Der Nulltarif kann jedenfalls eher zeitlich aufgeschoben werden. Auf alle Fälle muss aber eine Ausweitung des Bilateralismus auf Kosten der multilateralen Abmachungen vermieden werden. – Schliesslich dürfte der Schweizer Delegation an diesen Verhandlungen, wie bereits in Tokio, wiederum die Aufgabe zufallen, nötigenfalls ihre Vermittlerdienste den verschiedenen teilnehmenden Staaten anzubieten.

135

dodis.ch/40560

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber, pour la séance du Conseil fédéral du 12 février 1975[1]

COMMISSION DE COORDINATION POUR LA PRÉSENCE DE LA SUISSE À L'ÉTRANGER[2]
SUBVENTION À L'OFFICE SUISSE D'EXPANSION COMMERCIALE

Berne, 11 février 1975

Conformément à vos instructions, je vous donne ci-après un résumé de la situation.

1. Lors du débat aux Chambres, en 1970[3], sur l'octroi d'une contribution à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC), plusieurs députés critiquent l'activité déployée par les organisations intéressées au domaine de la présence de la Suisse à l'étranger[4]. Ils relèvent une absence de coordination nationale et même de conception globale. Le Parlement demande une meilleure collaboration entre les principales institutions intéressées et estime qu'une conception devait être préparée à long terme, poursuivie avec persévérance et ne pas dépendre de circonstances économiques, sociales et politiques momentanées. Pour inciter les milieux intéressés à concevoir rapidement un plan d'ensemble, les Chambres, contrairement à ce qu'avait proposé le Conseil fédéral[5], limitent à cinq ans (1972–1975) la validité de la contribution à l'OSEC. À titre provisoire, elles octroient à l'OSEC des contributions supplémentaires pour «les campagnes de propagande générale en faveur de la Suisse, entreprises lors de manifestations de caractère économique et préparées de concert avec d'autres organismes intéressés».

De plus, les Chambres invitent le Conseil fédéral à préparer, jusqu'à fin 1975, une conception globale sur la présence de la Suisse à l'étranger. Au nom du Conseil fédéral, le Chef du Département fédéral de l'économie publique[6] accepte ce mandat.

2. Le Conseil fédéral institue le 13 mars 1972[7] une «Commission de coordination» et lui donne pour mission d'établir une conception générale dans le domaine de la présence de la Suisse à l'étranger.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#482* (B.30.1.(14).15). *Rédigée et signée par M. Jaccard. Visée par P. Graber. Annotation manuscrite dans la marge:* Anträge: EPD, EVD. *Annotation manuscrite dans la marge de M. Jaccard:* DPF. *Pour la séance du Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 212 du 12 février 1975,* dodis.ch/40561.
2. *Cf. la circulaire de M. Jaccard aux représentations de Suisse à l'étranger du 19 février 1973,* dodis.ch/40551 *et le procès-verbal du M. Arioli du 13 décembre 1973,* dodis.ch/40556.
3. *Cf. Bull of. CN, 1970, pp. 503–515 et p. 857 et Bull of. CE, 1970, pp. 440 s. et pp. 467 s.*
4. *Sur la question de la présence de la Suisse à l'étranger, cf. DDS, vol. 23, doc. 117,* dodis.ch/31341; *DDS, vol. 24, doc. 31,* dodis.ch/32697; *l'exposé de P. Graber du 26 novembre 1970,* dodis.ch/40547 *et la notice de L. Burckhardt à P. Erni du 8 mars 1973,* dodis.ch/40552.
5. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 33,* dodis.ch/35860.
6. *E. Brugger.*
7. *PVCF N° 461 du 13 mars 1972,* dodis.ch/40575.

Cette Commission est placée sous la présidence de M. Willy Spühler ancien Conseiller fédéral et Président de la Fondation Pro Helvetia (M. Spühler s'était déjà occupé, alors qu'il dirigeait le Département politique, de questions de coordination dans le domaine de la présence de la Suisse à l'étranger).

Font partie également de la Commission des représentants des Départements intéressés (politique; intérieur; économie publique; transports, communications et énergie), de la Chancellerie fédérale, de Pro Helvetia, de l'OSEC, de l'Office national suisse du tourisme, de la Société suisse de radiodiffusion et télévision, de l'Association de la presse suisse, de l'Organisation des Suisses de l'étranger, de l'Union des chambres de commerce suisses à l'étranger, de Swissair et de Semaine Suisse-Arbalète. Le Département politique assume le secrétariat de la Commission.

La Commission et son bureau exécutif ont pratiqué des méthodes de travail combinant la fermeté de la direction, la spontanéité de la collaboration et l'économie des moyens. Bien que saisie d'un problème présentant des aspects nombreux et variés, la Commission a travaillé rapidement. Elle n'a pratiquement rien coûté à la Confédération. (À titre de comparaison: la commission culturelle instituée par le Département de l'intérieur et présidée par M. Gaston Clottu[8], après 6 ans d'existence, n'a pas encore accompli la mission qui lui était confié et a coûté environ un demi million de francs.)

Les membres de la Commission ont approuvé à l 'unanimité le rapport[9] présenté au Conseil fédéral.

3. Les conclusions auxquelles est parvenue la Commission peuvent être résumées comme suit:

a) Il est nécessaire de renforcer la présence de la Suisse à l'étranger. La conception globale ne vise que le rayonnement général du pays. Les institutions créées jusqu'ici limitent leur champ d'activité à des secteurs particuliers, comme l'économie, le tourisme ou la culture. Il est toutefois indiqué de regrouper toutes ces manifestations à caractère sectoriel en un système coordonné et conçu en vue d'aboutir à une présence plus globale. Une coordination est d'autant plus nécessaire que de moins en moins on ne parvient à échapper à la rationalisation, c'est-à-dire à l'engagement le plus opportun de tous nos moyens, sans en gaspiller un seul.

b) La notion même de conception globale implique qu'un choix soit fait avant tout sur le plan territorial. De plus, il convient d'opérer un certain choix parmi les formes de présence et de prendre en considération le public que l'on va atteindre; d'examiner le coût par rapport au résultat espéré (effet multiplicateur); enfin, de se demander si le moyen prévu permet de présenter le pays dans son ensemble. Quant au public qu'il y a lieu d'atteindre, on ne saurait viser seulement les milieux dirigeants et l'élite culturelle. Nous aurons, au contraire,

---

8. *Cf. doss.* CH-BAR#E3001B#1980/53#552* (09.A).

9. *Rapport de la Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger du 11 décembre 1974,* dodis.ch/40558. *Cf. aussi le rapport de C. Borel du 25 octobre 1973,* dodis.ch/40555. *Sur le questionnaire utilisé pour l'élaboration du rapport, cf. la notice de M. Leippert du 4 décembre 1972,* dodis.ch/40580 *et la circulaire de W. Spühler du 26 mars 1973,* dodis.ch/40553.

à nous adresser davantage que jusqu'ici à la jeunesse, notamment parce que c'est elle qui se montre assez critique à notre égard.

c) La Commission ne pense ni à une nouvelle répartition des tâches parmi les institutions existantes, ni à la création d'un nouvel appareil doté de personnel et qui exécuterait son propre programme. Les lacunes que l'on vient d'évoquer peuvent être comblées de la façon la plus rationnelle et la plus économique par la Commission de coordination telle qu'elle a été créée en 1972, mais transformée en un organisme permanent.

La Commission aurait à s'occuper de projets concrets qui, précisément, ne tombent pas dans les attributions d'une seule organisation, mais qui revêtent une importance particulière lorsqu'on entend présenter une image d'ensemble de notre pays. Or ces tâches ne peuvent être remplies que si la Commission dispose de certains moyens financiers.

Cette solution équivaut à une reconduction de la réglementation qui, peu à peu, s'est développée au cours de ces dernières années. Le Parlement a posé les jalons lors des débats sur l'OSEC en 1970. Le crédit spécial, destiné au rayonnement général, devrait être attribué dorénavant à la Commission. Ce projet n'entraînerait donc pas de dépenses supplémentaires.

L'étude des aspects juridiques par la Division de justice a démontré qu'un message aux Chambres[10], à l'appui d'un projet de loi[11], était indispensable. Cette solution répond aux exigences de la logique puisque le crédit spécial octroyé provisoirement en 1970 à l'OSEC reposait également sur une décision parlementaire.

4. Contre toute attente, le Département de l'intérieur, dont le représentant[12] a collaboré très activement aux travaux de la Commission, élève des objections. Il pense que les propositions faites par la Commission, si elles étaient réalisées, porteraient atteinte à l'autonomie des organisations semi-étatiques, notamment dans le domaine artistique.

Ce raisonnement n'est pas fondé. Dans son rapport la Commission déclare à plusieurs reprises que les compétences des organisations semi-étatiques devraient rester entières dans les secteurs qui leur étaient propres[13]. Le projet de loi qui est en préparation stipule expressément que les dispositions légales des organisations spécialisées demeurent réservées.

Par ailleurs, le Département de l'intérieur est d'accord que le rapport soit publié et estime que la présence de la Suisse à l'étranger doit être renforcée.

5. Le message concernant un nouveau crédit à l'OSEC[14] est en suspens devant le Conseil fédéral. Ce message est lié à celui concernant la Commission de coordination. Ces deux affaires doivent être traitées parallèlement.

---

10. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur la coordination dans le domaine de la présence de la Suisse à l'étranger *du 9 avril 1975, FF, 1975, II, pp. 1–17. Cf. aussi le PVCF N° 592 du 9 avril 1975,* dodis.ch/40562 *et doss.* CH-BAR#E1001#1981/21#10*.

11. Loi fédérale instituant une commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger *du 19 mars 1976, RO, 1976, pp. 2087–2090.*

12. *M. Altorfer.*

13. *Cf. la lettre de W. Spühler à H. Hürlimann du 4 février 1975,* dodis.ch/40559.

14. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant une contribution à l'Office suisse d'expansion commercial *du 26 février 1975, FF, 1975, I, pp. 1034–1056.*

Le Département des finances vient de proposer au Conseil fédéral[15] de différer toute décision jusqu'à ce que l'on connaisse le résultat de la votation populaire qui doit avoir lieu en juin 1975[16]. Si le peuple accepte les mesures qui lui sont proposées, le Département des finances ne s'opposerait pas à ce que le message concernant l'OSEC soit soumis aux Chambres. Le délai pour faire passer le projet devant les deux Conseils serait alors extrêmement bref, probablement insuffisant. Il faut en tout cas assurer la base financière de l'OSEC à partir du 1er janvier 1976.

6. Conclusions

a) La décision concernant la publication du rapport présenté par la Commission n'est combattue par personne.
b) Si le Conseil fédéral suit la proposition de l'intérieur, il sera difficile de parler d'une «conception globale». On peut s'attendre dès lors à des critiques venant du Parlement. Cette hypothèse est d'autant plus vraisemblable que les milieux les plus divers auront pris connaissance du rapport de la Commission.
c) En revanche, il n'est pas indispensable que le message concernant la Commission de coordination soit présenté aux Chambres à la session de mars. Il suffit que le Conseil fédéral statue, le 12 février, sur la question de principe. Dans le message on pourra tenir largement compte des craintes émises par le Département de l'intérieur.

---

15. *Pour le co-rapport du Départemement des finances et des douanes du 6 février 1975, cf. le PVCF N° 353 du 26 février 1975,* dodis.ch/38543.

16. *Votations populaires du 8 juin 1975 sur l'*Arrêté fédéral concernant l'augmentation des recettes fiscales dès 1976, *FF, 1975, II, p. 290 et sur l'*Arrêté fédéral freinant les décisions en matière de dépenses. *Cf. FF, 1975, II, pp. 871–877.*

136

dodis.ch/39122

Schreiben der Sektionschefin für Westafrika des Büros des Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, I. Cornaz, an P. Schubarth, Arzt in N'Djamena[1]

AKTION DES KATASTROPHENHILFSKORPS[2]

Bern, 12. Februar 1975

Wir danken Ihnen für Ihren Bericht vom 20. 12. 1974[3] über den Einsatz des Katastrophenhilfskorps im Tschadseegebiet, den wir mit Interesse studiert haben. Sie legen den Finger auf verschiedene wunde Stellen sowohl was die Vorbereitung als auch die Durchführung der Aktion betrifft. Verschiedene ihrer Kritiken wurden schon vor der Durchführung der Aktion geäussert, konnten aber aus mannigfachen Gründen (politische Einflüsse, organisatorische Hindernisse, Vorschriften und Forderungen Militärdepartement usw.) nicht berücksichtigt werden, was denn zu den z. T. vorausgesehenen negativen Folgen führte (z. B. Camions)[4].

Wir werden Ihre Bemerkungen im Rahmen unser Teilnahme an den Gesprächen über die Auswertung der Aktion mit den Herren Bill und Clerc besprechen[5]. Unseren Erfahrungen nach ist die Leitung des Korps an allen Bemerkungen interessiert, die darauf hinzielen, die Effizienz ihrer Einsätze zu erhöhen. Wir zweifeln nicht daran, dass auch Ihre Kritiken volle Beachtung finden werden.

Da wir nicht alle Einzelheiten der Aktion des Korps kennen, können wir nicht zu allen Ihren Kritiken Stellung nehmen. Einige generelle und einige Detailbemerkungen scheinen uns aber doch angebracht:

1. Vor einer Beurteilung der Aktion des Korps gilt es, den Ausgangspunkt des Betrachters festzulegen. Auf Grund Ihrer Tätigkeit stehen bei Ihnen natürlicherweise die langfristigen Aspekte im Vordergrund. Beim Korps, das ja vor allem für Katastropheneinsätze konzipiert ist, dominieren aber die kurzfristigen Gesichtspunkte[6]. Je nach Ausgangspunkt ist nun aber die

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2005A#1985/101#847* (t.441.2). *Verfasst von A. Bisaz. Kopie u. a. an A. Bill.*

2. *Vgl. dazu Dok. 103,* dodis.ch/39121 *sowie den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739.

3. *Schreiben von P. Schubarth an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departementes vom 20. Dezember 1974,* dodis.ch/39762.

4. *Vgl. dazu den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739, *bes. S. 10–15 sowie das Referat von J. Clerc vom 21. März 1975,* dodis.ch/39747, *bes. S. 7–9.*

5. *Zur Auswertung der Aktion vgl. den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739.

6. *Vgl. dazu den Bericht von A. Bisaz vom 6. Januar 1975,* dodis.ch/39770; *das Schreiben von W. U. Loosli an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 22. März 1975*, dodis.ch/39766; *das Schreiben von W. U. Loosli an Th. Raeber vom 28. No-*

zu leistende Hilfe ganz verschieden. Im diesem Sinne scheint uns Ihre Kritik etwas wenig differenziert, wenn auch festzustellen ist, dass die durchgeführte Aktion sowohl kurz- wie mittelfristige Aufgaben berührte und die Zielsetzung der Erprobung des Korps ein wesentliches Element der Aktion darstellte.

2. Sowohl vor wie auch während und nun nach der Aktion wurde von der Korpsleitung her das Gespräch und die Diskussion mit den Privatorganisationen und der Öffentlichkeit gesucht. Diskussionen am Radio und Fernsehen erfolgten und sind auch noch vorgesehen, kritische Stellungnahmen wurden – mit Einverständnis der Korpsleitung – veröffentlicht, wobei von der Korpsleitung offen auf Mängel und Fehler hingewiesen wurde[7]. Ihre Bemerkungen, wonach Kritiken von der Korpsleitung nicht beachtet werden und Kritikern Inkompetenz vorgeworfen wird, trifft nach den bisherigen Erfahrungen in der Schweiz nicht zu. Inwiefern im Einsatzgebiet die Kritik eingeschränkt wurde, können wir nicht beurteilen. In Anbetracht der auch Ihnen bekannten Probleme der Äusserung von Kritiken in Entwicklungsländern scheint uns auch in diesem Punkt eine etwas differenzierte Beurteilung angebracht.

3. Einige Detailbemerkungen:

Zu 1. Vorbereitung der Aktion[8]

Unserer Meinung nach ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dieser Aktion um den ersten grösseren Einsatz des Korps[9] handelte: Mängel können z. T. erst in einem praktischen Einsatz festgestellt werden. Wir sind überzeugt, dass für die Vorbereitungen evtl. weiterer Einsätze manches geändert wird. Die Personalauswahl z. B. erfolgte grösstenteils auf Grund schriftlicher Angaben. Die Vorbereitungskurse – zum grössten Teil technisch ausgerichtet – genügten nicht, auf den Vorschlag einer mehrtägigen Vorbereitung auf «Land und Leute» wurde nicht eingetreten. Dieser Mangel wirkte sich, wie Sie schreiben, sehr negativ aus. Dass Verbesserungen möglich sind, ist klar. Fraglich bleibt nur, ob wirklich «geeignete» und «ungeeignete» Mitglieder unterschieden werden können. Auch bei uns nämlich zeigt sich – trotz Moghegno[10] – erst im praktischen Einsatz, ob die Wahl des Entwicklungshelfers oder Experten richtig war oder nicht. Ein Grundstock an geeigneten erprobten Korpsmitgliedern ist nun vorhanden, so dass dieses Problem in einem evtl. späteren Einsatz weniger schwer wiegen sollte.

---

vember 1974, CH-BAR#E2005A#1985/101#756* (t.311) *sowie die Notiz von J. Clerc an A. Bill vom 4. Juni 1975*, CH-BAR#E2200.5#1996/126#142* (773.2).

7. *Vgl. dazu die Notiz von A. Bill vom 9. Dezember 1974,* dodis.ch/39756.

8. *Vgl. dazu Anm. 2 sowie den Bericht von A. Bill vom 16. September 1974,* dodis.ch/39726.

9. *Zum ersten kleineren Einsatz des Katastrophenhilfekorps im Juli 1973 vgl. Dok. 30,* dodis.ch/38910.

10. *In Moghegno (TI) führte der Dienst für technische Zusammenarbeit seit 1965 regelmässig Ausbildungskurse für Entwicklungshelfer durch. Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 8 von H. Jaggi vom 4. Januar 1973,* dodis.ch/40781.

Was die Dauer des Einsatzes der einzelnen Mitglieder betrifft, ist dies eine Frage der Urlaubsgewährung durch den Arbeitgeber[11]; auch da wird es darum gehen, angepasstere Lösungen zu finden.

Zu 2. Ziele der Aktion

Ist nicht jede Sahel-Aktion, einzeln betrachtet, in Anbetracht der Probleme der Region[12], als lächerlich zu bezeichnen?

Zu 3. Koordination

Im Vergleich zu anderen kurzfristigen Hilfsaktionen scheint uns das Vorgehen des Korps in Bezug auf Integration der Aktion in einen grösseren Rahmen (CBLT), Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen oder Personen auf Platz (Pété, N'Gugmi, FAO-Zentren) sowie Fortsetzung seiner Aktionen (N'Gugmi, Mao, Gebäude in FAO-Zentren) positiv zu sein[13].

Zu 4. Evaluation

Vgl. Bemerkungen unter Punkt 2. Zu ergänzen bleibt noch, dass der DfTZ in Äthiopien das vom Korps ausgebaute Spital in Gewani/Danakilwüste weiterführt[14].

Unverständlich erscheint uns Ihre Feststellung, dass aus der Aktion kaum etwas für zukünftige Einsätze gelernt werden könne. Alle Ihre Bemerkungen zu den Personalfragen weisen auf das Gegenteil hin.

Zu 5. 6. 7. Folgen der Aktion

Was die Folgen im Tschad betrifft, gehen wir mit Ihnen einig; zu berücksichtigen bleibt aber, dass die tschadische Mitfinanzierung der langfristigen Hilfe – z. B. CFPA oder Zolltaxen – vertraglich fixiert ist. Der Tschad – und auch Sie – wissen, dass es nicht um die SFr. 60'000 oder die paar tausend CFA für Fahrzeugverzollungen geht, sondern um eine Prinzipfrage, um die Einhaltung bilateraler Abmachungen[15].

Was die Folgen in der Schweiz betrifft, hatten wir auf Grund verschiedener Gespräche – im Gegensatz zu ihrer Feststellung – den Eindruck, dass viele Korpsmitglieder die langfristige Entwicklungshilfe nicht nur nicht in Frage stellen, sondern als einzige sinnvolle Hilfe betrachten[16].

Die detaillierten Berechnungen werden im übrigen durchgeführt.

---

11. *Für die Angestellten des Bundes vgl. BR-Prot. Nr. 1732 vom 17. Oktober 1973*, CH-BAR# E1004.1#1000/9#799*.
12. *Vgl. dazu die Notiz von W. Mamboury vom 18. Juni 1973,* dodis.ch/39655.
13. *Vgl. dazu die Notiz von S. Salvi vom 11. Dezember 1974,* dodis.ch/39769 *sowie das Schreiben von W. U. Loosli an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements vom 22. März 1975*, dodis.ch/39766.
14. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Bill an H. Langenbacher vom 18. Januar 1974*, dodis.ch/39672 *sowie den Projektantrag Nr. 205 von R. Dannecker an M. Heimo vom 4. Dezember 1975,* dodis.ch/40780.
15. *Vgl. dazu die Notiz von J. Clerc an A. Bill vom 14. April 1975,* dodis.ch/40448 *sowie das Schreiben von F. Andres an M. Heimo vom 14. Februar 1975,* dodis.ch/40446.
16. *Vgl. dazu den Bericht von A. Bisaz vom 6. Januar 1975,* dodis.ch/39770 *sowie Anm. 6.*

Soweit einige Bemerkungen zu Ihrem Brief, den wir nochmals herzlich verdanken möchten. Wir bedauern nur, dass es anlässlich des Aufenthalts der Herren Salvi und Bisaz[17] in N'Djaména nicht gelang, so wie es mit den anderen Aktionsteilnehmern möglich war, auch mit Ihnen über den Einsatz des Korps und Ihr Projekt zu sprechen[18]. Manche Fragen und unberechtigte Bemerkungen in anderen Briefen hätten vermieden werden können.

17. *Vgl. dazu die Berichte von A. Bisaz vom 31. Juli 1974,* dodis.ch/40445; *vom 6. Januar 1975,* dodis.ch/39770 *sowie vom 17. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*

18. *Für weitere Informationen zur Tätigkeit von P. Schubarth vgl. Doss.* CH-BAR#E2005A#1991/16#4053* (t.441.1) *sowie Doss.* CH-BAR#E2005A#1985/101#847* (t.441.2).

137

dodis.ch/37700

Referat des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, vor dem Hausverband der Ciba-Geigy AG am 25. Februar 1975 in Basel[1]

China als zukünftiger Handelspartner der Schweiz

[Bern,] 20. Februar 1975

Für Ihre freundliche Einladung, heute abend zu Ihnen zu sprechen, Ihnen ein neuartiges, besonders faszinierendes Kapitel aus meinem recht vielfältigen Arbeitsgebiet darzulegen, danke ich Ihnen sehr herzlich. Gerade wenn man in Bern Welthandelsfragen zu bearbeiten, dabei immer wieder mit dem Ausland Verhandlungen zu führen hat, um unserer Wirtschaft die Absatzmärkte zu sichern, empfindet man das Bedürfnis, von Zeit zu Zeit wieder gewissermassen zur «Basis» zurückzukehren, zur lebendigen produzierenden Wirtschaft selbst, zu jenen die planen, forschen, herstellen, «managen», organisieren, verteilen, jeder auf seinem Posten im täglichen, verantwortungsvollen Arbeitsprozess stehen, also mit Ihnen, meine sehr verehrten Anwesenden, Fühlung zu nehmen.

Wenn das beim Hausverband eines führenden Unternehmens aus einer Industriebranche geschehen kann, die den weitaus überwiegenden Teil ihrer Produktion exportiert, die unter den schweizerischen Exportindustrien an zweiter Stelle steht, vergangenes Jahr mit einem Ausfuhrwert von 8,3 Milliarden Franken beinahe ein Viertel unserer Gesamtausfuhren deckte und auf diese Weise in einem härter werdenden Wirtschaftsklima zur Sicherung unseres erarbeiteten Wohlstands einen wesentlichen Beitrag leistet, so ist mir das eine ganz besondere Genugtuung. Ich schätze es umso mehr, dass die Organisatoren der heutigen Veranstaltung nach dem Referat eine Diskussion vorgesehen haben. Auch ich hoffe, dass sie – wie es in der Einladung steht – rege sein wird, damit beide Seiten, also der «Sendbote» aus Bern, nicht weniger als Sie hier in Basel daraus Gewinn schöpfen. Dabei möchte ich Ihr Interesse keineswegs

1. *Referat:* CH-BAR#E7110#1986/24#1854* (821).

auf China beschränken, sondern will, wenn Sie es wünschen, gerne versuchen, auch gesamtwirtschaftliche Aussenhandelsfragen zu beantworten.

Doch nun zum Thema, der Volksrepublik China als Handelspartner der Schweiz. Lassen Sie mich mit einer *generellen Bemerkung,* einem politischen Ausgangspunkt beginnen. Sie wissen es: die Stellung der Schweiz in der Völkergemeinschaft wird durch ihre Neutralität bestimmt. Diese Neutralität bringt es mit sich, dass wir möglichst universelle Beziehungen mit praktisch allen Staaten der Welt, ungeachtet ihrer Grösse, ihres Einflusses oder ihrer politischen Couleur unterhalten. Die Universalität umfasst aber naturgemäss auch, obwohl dazu im strikten Sinne keine neutralitätsrechtliche Verpflichtung vorliegt, den wirtschaftlichen Bereich. Weltoffenheit und wirtschaftliche Notwendigkeit haben das rohstoffarme Binnenland Schweiz zur Welthandelsnation par excellence gemacht. Ihre wichtigsten Handelspartner sind zwar vornehmlich in Westeuropa zu finden. Sie pflegt aber ebenso den Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem östlichen Teil unseres europäischen Kontinents, ohne dabei ihre vielen – traditionellen oder neu hinzugekommenen – Partner in Übersee zu vernachlässigen.

Gerade in der heutigen Epoche ist diese gleichzeitige und gleichwertige Ausrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik auf die europäische Zusammenarbeit *und* auf den Ausbau der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen von besonderer Bedeutung. Lassen Sie mich das kurz erläutern. Sie wissen es: nach einer Periode ungehemmter, oft unkontrollierbarer, beängstigender Entwicklung flacht sich das wirtschaftliche Wachstum, das keine Grenzen mehr zu kennen schien, unerwartet rasch ab. Stehen wir vor einer eigentlichen Umkehr? Bereits sind jedenfalls erste Schwierigkeiten eingetreten. Die Inflation beginnt zwar – wenigstens bei uns – leicht nachzulassen. Umso stärker bedrängt uns aber die Ungewissheit im Währungssektor[2] und die unsere Ausfuhr bremsende Schwäche des amerikanischen Dollars gegenüber dem damit eine entsprechende Aufwertung erfahrenden, unsere Exporte sehr spürbar verteuernden Schweizerfranken. Die gestiegenen Rohstoff- und die vervierfachten Erdölpreise[3] haben unsere Aussenhandelsbilanz im verflossenen Jahr mit einem Rekorddefizit von rund 7,6 Milliarden Franken belastet. Die Einfuhr von Energieträgern alleine ist, obwohl sich Industrie und Bevölkerung erhebliche Zurückhaltung auferlegten, um etwa 1,6 Milliarden Franken teurer geworden. Es hat bei dieser Sachlage nicht geringe Mühe gekostet und kann fast als ein kleines Wunder gewertet werden, dass der Überschuss aus der Dienstleistungssphäre (Tourismus, Versicherungen, Lizenzen, Kapitalerträge und sonstige «invisibles») entgegen pessimistischeren Voraussagen noch einmal ausgereicht hat, um das Manko aus dem Handel aufzuwiegen und unsere Ertragsbilanz, die normalerweise deutlich zu unseren Gunsten ausschlägt, für 1974 einigermassen im Gleichgewicht zu halten.

Umso wichtiger erscheint es, wenn wir kein Risiko laufen wollen, dass wir mit unseren Anstrengungen im Aussenhandelssektor nicht nachlassen, diese

---

2. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504; *Dok. 36,* dodis.ch/37657 *sowie Dok. 123,* dodis.ch/39500.

3. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

vielmehr noch intensivieren, um den Fehlbetrag, den uns die höhere Energie- und Rohstoffrechnung trotz aller Sparmassnahmen unvermeidlich verursacht, nach Möglichkeit durch gesteigerte Lieferungen eigener Erzeugnisse nach dem Ausland, ebenso wie durch vermehrte Dienstleistungen, wieder auszugleichen. Die Erhaltung unseres mit viel Einsatz und Arbeit erreichten Lebensstandards und unserer sozialen Errungenschaften hängt weitgehend vom Erfolge dieser Bemühungen ab.

Das wird in einer Periode zunehmender Rezessionserscheinungen, namentlich in der westlichen Welt und in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft – seien wir uns dessen bewusst – nicht leicht sein. Vier unserer fünf wichtigsten Handelspartner haben selbst mit rasch zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen. Gleiches gilt für die Grosszahl der nicht erdölproduzierenden Entwicklungsländer. Umso grössere Bedeutung kommt unseren Anstrengungen zu, jene Märkte in Übersee zu aktivieren, wo noch Ausweitungsmöglichkeiten bestehen. Ein vorzüglich ausgebautes Netz traditioneller schweizerischer Transit- und Welthandelsfirmen sowie entsprechender Industrievertretungen, die uns schon in früheren Zeiten wirtschaftlicher Stagnation unschätzbare Dienste erwiesen haben, kommt uns dabei zugute. Dass solche Bemühungen natürlich mit der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer schweizerischen Exportwirtschaft, der Sicherung unserer Rohstoff- und Energieversorgung und einer Wahrung des weltweit erreichten, aber wieder gefährdeten Liberalisierungsstandes im Handelsverkehr Hand in Hand gehen müssen, und dass diese Ziele angesichts der heutigen unausweichlichen weltwirtschaftlichen Interdependenz nur durch eine Teilnahme aller Ländergruppen an gemeinsamen internationalen Aktionen zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts der Weltwirtschaft erreicht werden können, sei hier nur am Rande erwähnt. Darauf einzutreten, würde eines besonderen Vortrags bedürfen. Heute abend beschränken wir uns, in Rahmen des weltwirtschaftlichen Gesamtproblems, auf das Bestreben eines Landes wie der Schweiz, ihre Exportfähigkeit zu erhalten und ihre Exporttätigkeit zu verstärken, um für die Verteuerung ihrer Versorgung durch eine Erhöhung ihrer Ausfuhrerlöse einen teilweisen Ausgleich zu schaffen.

Die Massnahmen, die in jüngster Zeit getroffen worden sind, um dem *Wirtschaftsverkehr mit China neue Impulse* zu verleihen, fügen sich aufs engste in dieses Bild der Universalität unserer schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen und der Diversifikation unserer Auslandmärkte. Schon die schweizerische Werkzeugmaschinenausstellung in Moskau vom Frühjahr 1973[4], die von Bundesrat Brugger als Chef des Volkswirtschaftsdepartementes eröffnet wurde, ebenso die umfassende «Expo» vom Herbst des gleichen Jahres in Sao Paulo in Brasilien[5], zu der a. Bundesrat Schaffner als Vertreter unserer obersten Landesbehörde entsandt wurde, gehörten, noch vor der Erdöl-, aber bereits im Zeichen der Weltwährungskrise und des sich verlangsamenden Welthandels, in diesen Zusammenhang. Als wichtigste schweizerische Manifestation des verflossenen Jahres im asiatischen Wirtschaftsraum ist nun – Presse, Radio und

4. *Vgl. dazu Dok. 34,* dodis.ch/38769, *Punkt 1.*
5. *Vgl. dazu Dok. 40,* dodis.ch/38919.

Fernsehen haben ausgiebig darüber berichtet – im vergangenen August die von der Zentrale für Handelsförderung vorzüglich organisierte und erfolgreich durchgeführte schweizerische Ausstellung für industrielle Technologie («Swiss Industrial Technology Exhibition: *SITEX 74*) auf einer Fläche von 12'000 m² im grossen Pekinger Ausstellungspalast hinzugekommen[6]. Die Bedeutung dieser Schau – einer der grössten von der Schweiz je organisierten Ausstellungen – lag einerseits darin, den chinesischen Wirtschaftskreisen und den staatlichen Einkaufsgenossenschaften die Vielfalt und den hohen technologischen Stand der schweizerischen Industrieproduktion vor Augen zu führen. Diese Stellen, die von der industriellen Spannweite und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines kleinen Landes wie der Schweiz offenbar nur eine unvollständige Vorstellung besessen hatten, waren vom Gezeigten offensichtlich überrascht. Anderseits sollte den schweizerischen Ausstellern – es waren über 200 Firmen vertreten – mit dieser Veranstaltung eine konzentrierte Kontaktmöglichkeit mit den chinesischen Aussenhandelsstellen und den eigentlichen Endverbrauchern vermittelt werden. Letzteres war umso willkommener, als diese Endverbraucher für den ausländischen Lieferanten, u. E. zum Nachteil beider Seiten, normalerweise unerreichbar sind, da ja bekanntlich der Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland in den zentral gesteuerten Wirtschaften in monopolistischer Weise allein den dafür eingesetzten Aussenhandelskorporationen vorbehalten bleibt. Zur Vertiefung der Gespräche mit diesen zentralen Stellen und der ihnen übergeordneten chinesischen Dachorganisation hatte übrigens die Zentrale für Handelsförderung eine Wirtschaftsdelegation[7] von 16 Persönlichkeiten aus allen wichtigen Branchen gebildet, darunter natürlich auch der chemischen Industrie, die durch Herrn Dr. Kurt Rohner, Mitglied der Konzernleitung Ihrer Firma, vertreten war. Diese Wirtschaftsdelegation konnte zahlreiche wertvolle Abklärungen vornehmen, nützliche Verbindungen herstellen und den Weg für die Zukunft ebnen. Natürlich ist aber, damit dieser Einsatz Früchte trägt, für eine möglichst kontinuierliche Fortsetzung zu sorgen. Die für den kommenden Herbst vorgesehene Teilnahme der Volksrepublik China als ausländischer Ehrengast am «Comptoir Suisse» in Lausanne wird eine weitere Gelegenheit dazu bieten[8].

Wegen der gediegenen Sorgfalt ihrer Präsentation, die auch für die Schweiz ganz allgemein werben sollte, und der Qualität des Ausstellungsgutes hat die SITEX, nach übereinstimmender Meinung der chinesischen Fachleute wie der ausländischen Diplomaten, einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen. Die chinesischerseits ursprünglich budgetierte Besucherzahl von 120'000 Personen innert zweier Wochen wurde um 30'000 Personen überschritten. Die Ausstellung wurde also täglich von mehr als 10'000 Personen besichtigt. Dies ist umso bemerkenswerter, als Veranstaltungen dieser Art in China nicht frei zugänglich sind; vielmehr ist der Zutritt sorgfältig auserkorenen, speziell hie-

6. *Für eine abschliessende Würdigung der SITEX vgl. Doss.* CH-BAR#E7110#1985/97#187* (621). *Vgl. auch die Fotografie vom 13. August 1974,* dodis.ch/40502.

7. *Für die Zusammensetzung der Wirtschaftsdelegation vgl. das Rundschreiben von W. Sutter vom 1. Juli 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#187* (621). *Vgl. dazu auch Dok. 153,* dodis.ch/37707.

8. *Vgl. dazu Dok. 157,* dodis.ch/37693.

zu eingeladenen Arbeitskräften, vornehmlich qualifizierten Fachleuten aller Stufen, die offenbar nach Nützlichkeitserwägungen ausgewählt wurden, vorbehalten. Schweizerischerseits wurden ausserdem im Zusammenhang mit der Ausstellung rund 150 technische Symposien für chinesische Spezialisten aus den verschiedenen Branchen veranstaltet, die regstes Interesse fanden. Zwar ist, wie zu erwarten war, ähnlich den Ausstellungen anderer westeuropäischer Staaten, nur ein Teil der Exponate verkauft worden; auf Grund der gegen 500 Kaufverhandlungen standen und stehen aber beträchtliche Bestellungen in Aussicht. Die durch die Ausstellung verursachten Kosten können also gewissermassen als eine – ich bin geneigt zu sagen: lohnende – Investition für die Zukunft betrachtet werden. Auf besondere Aufmerksamkeit stiessen natürlich die Erzeugnisse unserer chemischen, Uhren- und Maschinenindustrie, die schon jetzt den Grossteil unserer Exporte nach China ausmachen; doch sollten nun auch weitere Branchen Eingang finden können.

Ein besonderes Gepräge erhielt unsere Ausstellung durch die Anwesenheit des schweizerischen «Aussenministers», *Bundesrat Pierre Graber,* Vorsteher des eidg. Politischen Departements, der, einer an ihn ergangenen Einladung seines chinesischen Amtskollegen[9] Folge gebend, mit diesem zusammen die Ausstellung eröffnete[10]. Es liegt auf der Hand, dass der Besuch des Chefs der schweizerischen Diplomatie, der von Chefbeamten des Politischen und des Volkswirtschaftsdepartements – worunter dem zu Ihnen Sprechenden – begleitet war, zu einem *politischen Gedankenaustausch* zwischen den beiden Aussenministern Anlass bot[11]. Sie werden verstehen, dass dieser Teil unserer China-Mission über das hinaus, was Herr Bundesrat Graber bei seiner Rückkehr Presse, Radio und Fernsehen erklärt hat, nicht Gegenstand eines öffentlichen Vortrags sein kann. Das Thema meines Referates beschlägt im übrigen ausdrücklich die Sie besonders interessierende wirtschaftliche Seite, auch wenn im maoistischen China naturgemäss das Politische absoluten Vorrang geniesst und ökonomische Überlegungen sich normalerweise nach den politischen Zielsetzungen auszurichten pflegen. Ich glaube aber kein Geheimnis preiszugeben wenn ich sage, dass schweizerischerseits der Anlass natürlich wahrgenommen wurde, die wesentlichen Grundfakten unseres Landes, seine unabhängige Rolle in Europa und der Welt, Zweck und Ziel seiner immerwährenden, bewaffneten, aktiven, solidarischen und vermittelnden Neutralität unseren Gastgebern näherzubringen. Chinesischerseits wurde demgegenüber, wie schon verschiedentlich im Gespräch mit anderen hohen ausländischen Besuchern, das rege Interesse Pekings an einem geeinten, widerstandsfähigen Westeuropa betont. Die Motivation dieses Wunsches bedarf wohl keiner näheren Erläuterung. Er steht freilich mit der Ermutigung, die China der Politik der Erdölstaaten zuteil werden lässt, die ihrerseits besonders für Europa schwere Probleme schafft, in

9. *Chi Peng-fei.*

10. *Vgl. dazu die Fotografien vom 7. August 1974,* dodis.ch/40500.

11. *Vgl. dazu das Protokoll von P.-Y. Simonin und F. Pianca vom 5. September 1974,* dodis.ch/37706. *Vgl. ferner den Bericht von P. Graber vom 4. September 1974,* dodis.ch/35124 *sowie das Protokoll der Botschafterkonferenz vom September 1974,* dodis.ch/35118. *Zum Treffen zwischen P. Graber und Deng Xiaoping vgl. die Fotografien vom 3. oder 4. August 1974,* dodis.ch/40499.

einem nicht zu übersehenden Widerspruch. Doch sei auf den hier scheinbar vorliegenden Zielkonflikt nicht näher eingetreten; wenden wir uns nach diesem kurzen Exkurs aufs politische Glatteis vielmehr wieder den unmittelbar wirtschaftlichen Belangen zu.

Die Reise der schweizerischen Regierungsdelegation[12] nach Peking hatte natürlich neben dem rein politischen auch einen *wesentlichen wirtschaftlichen Zweck*[13]. Der Chef des Politischen Departementes liess sich hierfür vor allem vom Direktor der Handelsabteilung, Botschafter Paul Jolles, und dem zu Ihnen sprechenden Delegierten für Handelsverträge begleiten. Dabei ging es nicht so sehr um die Erzielung eines unmittelbaren kommerziellen Ergebnisses; dies lag eher im Bereich der an der SITEX ausstellenden Schweizerfirmen. Vielmehr handelte es sich für uns vorrangig darum, die Interessenlage zu klären sowie die Möglichkeiten und die Voraussetzungen eines längerfristigen Ausbaus der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu erkunden, die wegen Distanz, Sprache und Systemunterschieden natürlich besondere Probleme aufwerfen. Dabei galt es auch den beträchtlichen, immer wieder zum Ausdruck kommenden Goodwil zu nutzen, den die Schweiz infolge der frühzeitigen diplomatischen Anerkennung der Volksrepublik China besitzt – wir waren 1950 eines der ersten westlichen Länder, das sich zu diesem Schritt entschloss[14] – und zugleich das Interesse unseres neutralen Staates an universellen Beziehungen auch wirtschaftlich zu manifestieren.

Unsere Gespräche mit dem chinesischen Aussenhandelsminister *Li Chiang*[15] sowie dem Präsidenten der Dachorganisation für den staatlichen chinesischen Aussenhandel *Wang Yao-ting*, der übrigens vor anderthalb Jahren mit einer Delegation die Schweiz besucht hatte[16], bezweckten, die Grundsätze der schweizerischen Aussenhandelspolitik darzulegen und unserseits die Ausrichtung der chinesischen Wirtschafts- und Handelspolitik besser kennen zu lernen. Dabei bestätigte sich einmal mehr, dass für China, welches sich wirtschaftlich sehr pointiert als Entwicklungsland bezeichnet – und damit auch politisch von den Supermächten USA und UdSSR Distanz nimmt –, die landwirtschaftliche Selbstversorgung und der schrittweise Aufbau einer darauf basierenden eigenen Industrie im Vordergrund stehen. Diese sollen vornehmlich die riesigen Binnenbedürfnisse befriedigen, während dem Export vorerst lediglich subsidiäre Bedeutung beigemessen wird. Es ist denn auch bezeichnend, dass der chinesische Aussenhandel in absoluten Zahlen nur etwas mehr als ein Drittel des globalen schweizerischen Handelsvolumens erreicht, also für ein Land von der Grösse Chinas marginal bleibt und somit in keiner Weise die gleiche Bedeutung für die nationale Wirtschaft aufweisen kann wie bei uns.

---

12. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 996 vom 24. Juni 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#807*. *Vgl. ferner Dok. 153,* dodis.ch/37707.

13. *Vgl. dazu den Bericht von R. Probst vom 4. September 1974,* dodis.ch/37654.

14. *Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950,* dodis.ch/8016.

15. *Vgl. dazu das Protokoll von P.-Y. Simonin und F. Pianca vom 18. September 1974,* dodis.ch/37708.

16. *Vgl. dazu den Bericht von Y. Martin vom 10. Dezember 1973,* CH-BAR#E2200.174#1988/78#124* (550.2).

Dennoch ist, im so gesetzten Rahmen, auch für ein gewisses Mass internationalen Handelsaustausches Platz. Dieser scheint in letzter Zeit sogar merklich zuzunehmen. Die Volksrepublik kann in der Tat nicht völlig isoliert bleiben, wenn sie an der allgemeinen Entwicklung teilnehmen will. Unsere Besprechungen führten denn auch zu einer Bestätigung des gegenseitigen Interesses am Ausbau der schweizerisch-chinesischen Handelsbeziehungen sowie zu einer Bestandesaufnahme der praktischen Probleme, die zu lösen sind, um den Verkehr zwischen Partnern mit verschiedenen Wirtschaftssystemen zu erleichtern. Diese Probleme seien hier, aus schweizerischer Sicht, nur stichwortartig skizziert. Sie betreffen, angesichts des chinesischen Interesses an technischem Know-how, die Ausgestaltung von Lizenzverträgen und die Modalitäten der Lizenzzahlungen; den Schutz des geistigen Eigentums; die Formen einer eventuellen technologischen Zusammenarbeit, der die Chinesen freilich noch mit grosser Reserve gegenüberstehen; die Kursgestaltung des chinesischen Renminbi, der sich zu einer teilkonvertierbaren Währung entwickelt hat und dessen Verwendung im Rahmen klar umgrenzter konkreter Operationen im internationalen Handelsverkehr chinesischerseits forciert wird; die Frage des Kontaktes mit den – wie schon erwähnt – durch die Aussenhandelskorporationen abgeschirmten Endverbrauchern; die eventuelle Schaffung eines Kontaktgremiums zwischen schweizerischer Privatwirtschaft und den chinesischen Korporationen, usw. Das inzwischen zustande gekommene schweizerisch-chinesische Handelsabkommen[17] hat hier schon beträchtliche Fortschritte und Klärungen gebracht. Ich komme darauf noch näher zurück.

Verweilen wir aber vorerst noch einige Minuten bei der Frage nach dem effektiven Gegenstand aller dieser Bemühungen, nämlich bei *Umfang und Struktur des schweizerisch-chinesischen Handelsaustausches*[18]. Dieser hat sich, besonders in den letzten Jahren, nicht unbefriedigend entwickelt. So erreichte er 1974 ein Gesamtvolumen von rund 270 Millionen Franken, mit einer Relation von ziemlich genau 3:2 zugunsten der schweizerischen Exporte. Indessen ist es klar, dass damit die Möglichkeiten zwischen einem so hochindustrialisierten Staat wie der Schweiz, die in absoluten Zahlen den zehnten oder elften Rang unter den führenden Welthandelsnationen einnimmt, und dem riesigen chinesischen Reich mit seinen 800 Millionen potentieller Kunden, wenn ich mich bewusst vereinfachend ausdrücken darf, bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Der Hinweis, dass die Importe chinesischer Waren nach der Schweiz lediglich ein Viertelprozent der schweizerischen Gesamteinfuhren und unsere Exporte nach China weniger als ein halbes Prozent unserer Totalausfuhren ausmachen, beleuchtet dies zur Genüge; ebenso der Umstand, dass sich das Volumen unseres Handelsaustausches mit dem Riesenreich China etwa in der gleichen Grössenordnung bewegt wie jenes mit Staaten wie Algerien, Rumänien, Griechenland oder Kuweit. Auch wenn man die geographische Distanz, die sprachliche Barriere und die – freilich überbrückbaren – Systemunterschiede

17. Handelsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik China *vom 20. Dezember 1974, AS, 1975, S. 1202–1204.*

18. *Vgl. dazu den Bericht von R. Probst vom Oktober 1973,* dodis.ch/37716 *sowie den Bericht von L. Roches vom Juli 1974,* CH-BAR#E7110#1985/97#769* (821).

zwischen der schweizerischen Marktwirtschaft und der besonders gearteten, staatlich gelenkten chinesischen Wirtschaft in Rechnung stellt, bestehen hier nach beiden Seiten noch beträchtliche Entwicklungsperspektiven. Nun ist es zwar richtig, dass die Wirtschaft der Volksrepublik China infolge ihrer kontinentalen Ausmasse vorwiegend binnenwirtschaftlich orientiert ist. Dennoch ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, die Bereitschaft zum grenzüberschreitenden Handelsverkehr in Peking durchaus vorhanden. Zwar hat es sich die chinesische Nation zum Ziele gesetzt, beim Ausbau ihrer Wirtschaft – wie es immer wieder heisst – auf die «eigenen Kräfte» abzustellen. Doch bedeutet dies keineswegs eine Politik der «verschlossenen Tür». Die Volksrepublik China ist heute, wie es Handelsminister Li Chiang auch uns gegenüber ausdrückte, vielmehr durchaus gewillt, «vom Ausland zu lernen», mit ihm, wie ein weiterer Slogan lautet, «auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils» Handel zu treiben und das der eigenen Wirtschaft Fehlende im Ausland zu erwerben, damit die Produktion entwickelt und die wirtschaftliche Prosperität gefördert werden können.

Für die schweizerische Exportwirtschaft hat sich das bereits recht vielfältig ausgewirkt. Im Unterschied zu den meisten anderen Staatshandelsländern ist China nicht nur an den allgemein begehrten Investitionsgütern unserer Maschinenindustrie und den Erzeugnissen der chemischen Industrie interessiert, die fast die Hälfte bzw. ein Fünftel unserer letztjährigen Lieferungen an die Volksrepublik ausmachten. Sie hat sich vielmehr seit Jahren auch zu einem geschätzten Kunden eines so charakteristischen Konsumgutes wie der Schweizeruhr entwickelt; die im Jahre 1974 nach China verkaufte Stückzahl von mehr als einer Million Uhren deckte wertmässig rund ein Viertel unserer Gesamtexporte nach der Volksrepublik. Umgekehrt bezieht die Schweiz aus China heute vornehmlich landwirtschaftliche Produkte, gewisse chemische Ausgangsstoffe, Rohseide zur Verarbeitung in der traditionellen schweizerischen Seidenindustrie sowie Textilwaren, die freilich mit den Erzeugnissen unserer eigenen Textil- und Bekleidungsindustrie teils in Konkurrenz treten und dort eine gewisse Besorgnis hervorrufen[19]. Es ist zu hoffen, dass die von der Volksrepublik geförderte Industrialisierung des eigenen Landes zu einer vermehrten Diversifikation des bisher noch recht einseitigen chinesischen Angebotes auf neue, den schweizerischen Markt konkret interessierende Produkte führen wird.

Dieser sich intensivierende Handelsverkehr hatte schon seit einiger Zeit den Gedanken auftauchen lassen, ob es nicht zweckmässig wäre, für die weitere Entwicklung einen geeigneten Rahmen zu schaffen. Zwar konnte der Austausch schon bisher, und könnte er auch in Zukunft an sich ohne ein spezielles Abkommen abgewickelt werden. In den Beziehungen zwischen einer freien Marktwirtschaft wie der schweizerischen und einem Staatshandelsland wie der Volksrepublik China besitzt aber ein Handelsabkommen eine besondere Funktion: es dient dazu, die Systemunterschiede, die den Austausch erfahrungsgemäss behindern, zu überbrücken. Vermittelst einer vertraglichen

19. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an F. Honegger und E. Nef vom 5. November 1974,* dodis.ch/37711.

Basis, der auch eine gewisse «symbolische» Bedeutung zukommt, lassen sich zudem bestimmte Verhaltensweisen, die sich teils schon aus der Praxis ergaben, im Interesse der Rechtssicherheit und der Kontinuität formell fixieren. Schliesslich bietet die Existenz eines Handelsabkommens innerhalb der planwirtschaftlichen Konzeption unseres Handelspartners zusätzliche Gewähr für den Einschluss der gegenseitigen Austauschmöglichkeiten in die chinesischen Mehrjahrespläne.

Es war für das chinesische Interesse am Handel mit der Schweiz bezeichnend und von uns aus als positiv zu bewerten, dass uns das chinesische Aussenhandelsministerium kurz vor der Ausstellungseröffnung in Peking den Abschluss eines Handelsabkommens vorschlug und zu diesem Zweck sogleich einen ersten Entwurf unterbreitete. Wir haben nicht gezögert, den uns zugespielten Ball aufzunehmen. Als der für China zuständige Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge habe ich meinen Aufenthalt in Peking – soweit die grosszügige chinesische Gastfreundschaft dazu noch Zeit liess – dazu benutzt, mit den Chinesen, auf Grund eines schweizerischen Gegenentwurfes, sogleich konkrete Verhandlungen einzuleiten[20]. Was an offenen Punkten nach diesen Besprechungen übrig blieb, wurde über die diplomatischen Kanäle bereinigt[21]. So ist es, da auf beiden Seiten guter Wille, Verständnis und Einigungsbereitschaft vorherrschten, schon recht bald, noch vor Weihnachten, am 20. Dezember 1974 möglich geworden, das neue *schweizerisch-chinesische Handelsabkommen* in Bern zu unterzeichnen.

Worin besteht sein relativ einfacher Inhalt? In materieller Hinsicht ist die Förderung des gegenseitigen Handelsverkehrs der erklärte Zweck des Abkommens. Verbunden damit ist eine Bestimmung, wonach – von uns aus gesehen zwecks besserer Berücksichtigung der oft vernachlässigten schweizerischen Konsumgüter – die Struktur des Warenaustausches ausgeweitet werden soll. In Zollsachen wird die schon jetzt gehandhabte Meistbegünstigung (wie üblich unter Ausschluss der Vorteile aus Zollunion, Freihandelszonen oder Grenzverkehr) bestätigt. Als Träger der kommerziellen Operationen werden auf schweizerischer Seite natürliche und juristische Personen, auf chinesischer die staatlichen Import- und Exportkorporationen genannt. Dabei soll sich der Handel zu vernünftigen, marktgerechten Preisen, also ohne unzulässige Preisunterbietungen abwickeln. Dies könnte beispielsweise allenfalls gegen unterpreisige Textillieferungen eine Handhabe bieten. Was den Zahlungsverkehr anbelangt, so erfolgt er, da schon vorher kein Clearing bestand, weiterhin in Franken, chinesischen Renminbi oder anderen konvertierbaren Währungen. Im Unterschied zu den meisten übrigen Ostverträgen[22] enthält das Abkommen mit China keine eigentliche Klausel über industrielle Kooperation, sondern beschränkt sich auf eine Äusserung des Interesses am kommerziellen Austausch im Gebiete der Industrie, der Technik und – was hervorgehoben zu werden verdient – der Dienstleistungen. Hinsichtlich des damit zusammenhängen-

---

20. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1625 vom 16. Oktober 1974,* dodis.ch/37709. *Für die Verhandlungen vgl. Doss.* CH-BAR#E7110#1985/97#769* (821.AVA).

21. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 70 vom 15. Januar 1975,* dodis.ch/37710.

22. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/38361

den, namentlich auch für die chemische Industrie bedeutsamen Schutzes des geistigen Eigentums ist der Markenschutz bereits durch einen schweizerisch-chinesischen Notenwechsel von 1956/57[23] reziprok gewährleistet. Dagegen bietet die chinesische Gesetzgebung vorderhand noch keine Basis für einen allgemeinen Erfindungs- und Patentschutz zugunsten von Ausländern; jedoch besteht gemäss ausdrücklicher Zusicherung des Aussenhandelsministeriums die Möglichkeit, einen solchen Schutz bei kommerziellen Vertragsabschlüssen von Fall zu Fall zu vereinbaren, was noch praktisch erprobt werden sollte. Voll zu befriedigen vermag dieser Zustand freilich noch nicht, zumal die Volksrepublik China bisher auch den internationalen Übereinkünften zum Schutze des geistigen Eigentums ferngeblieben ist. Wir werden diese Frage weiter verfolgen. Die Schaffung einer Gemischten Kommission, bestehend aus Regierungsdelegierten beider Seiten, die auf Wunsch eines Vertragspartners abwechslungsweise in Bern oder Peking zusammentreten soll, und die übliche Ausdehnung des Geltungsbereiches auf das Fürstentum Liechtenstein runden das Abkommen ab, das für die Dauer von vorläufig drei Jahren geschlossen ist und sich hernach, falls es nicht gekündigt wird, jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr erneuert.

Auf diese Weise ist – so hoffen wir – ein nützliches Instrument geschaffen, um dem gegenseitigen Handelsverkehr in angemessener Weise den Weg zu ebnen.

Wie sind – und damit komme ich zum letzten Kapitel meiner Ausführungen – nach diesen Bemühungen die *Zukunftsperspektiven* unserer Wirtschaftsbeziehungen mit China zu beurteilen? Natürlich gehen wir darauf aus, unseren Handel mit der Volksrepublik, namentlich im Lichte der eingangs umrissenen Weltwirtschaftslage, schon bald angemessen zu steigern. Jeder mögliche Exportzuwachs ist heute zur Wahrung unserer ökonomischen Position willkommen und verdient unseren Einsatz. Gleichzeitig ist aber vor euphorischen Vorstellungen zu warnen. Unmittelbare spektakuläre Steigerungen des Handelsvolumens mit China sind kaum zu erwarten. Die Entwicklung dürfte sich vielmehr in limitierten Bahnen bewegen. Verschiedene Gründe sprechen dafür:

– Einmal ist China bestrebt, seinen Bedarf an Industrieprodukten soweit möglich durch den Ausbau der eigenen Industrie zu decken. Nach dem stets wiederholten Leitsatz Maos – wir erwähnten ihn schon – soll China seine Wirtschaft «aus eigener Kraft» ausbauen, was aber in charakteristisch chinesisch-pragmatischer Anpassung des Dogmas an die Realität – wie auch schon gesagt – keineswegs ausschliesst, «vom Ausland zu lernen» und von ihm zu beziehen, was man nicht selbst zu produzieren vermag. Doch wird der Akzent dementsprechend eher auf den Erwerb ausländischer Technologie und womöglich den Bezug schlüsselfertiger Anlagen gesetzt.
– Sodann liegt das Primat der chinesischen Wirtschaft weiterhin bei der Landwirtschaft, auf die sich vorderhand auch die Industrie, die in die Agrikultur eingebettet bleibt, auszurichten hat. «Die Landwirtschaft als

23. Échange de notes entre la Légation de Suisse à Pékin et le Ministère des Affaires étrangères de la République populaire de Chine constatant l'existence de la réciprocité en matière de protection des marques *vom 14. April 1956 und vom 8. März 1957,* CH-BAR#E2001E# 1970/217#3500* (B.34.818.1).

Basis und die Industrie als dominierenden Faktor nehmen, die Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie sinnvoll regeln, den Aufbau der Landwirtschaft zum guten Ende führen und beschleunigen», wie der oft zitierte Leitsatz lautet. Die Landwirtschaft soll schrittweise mechanisiert werden, um Arbeitskräfte für die Industrie freizumachen, ohne dass aber die Notwendigkeit zu überstürzter Industrialisierung zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen bestehen würde. Im Gegensatz zur Sowjetrevolution, die vom industriellen Proletariat der Städte getragen wurde, war ja die chinesische Revolution vor allem ein Bauernaufstand. Dies wirkt noch heute nach. Oder, wie es der Vorsitzende Mao ausdrückt: «Die Bevölkerung Chinas besteht zur Mehrzahl aus Bauern. Die Revolution wurde mit ihrer Hilfe gewonnen. Um bei der Industrialisierung des Landes Erfolg zu haben, muss man sich erneut auf die Unterstützung der Bauern verlassen». Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie China, im Gegensatz auch zu manchem Entwicklungsland, seine Wirtschaft frei von Prestige-Erwägungen in genügsamer und eifriger Selbsthilfe von unten nach oben – statt wie anderswo von oben nach unten – aufzubauen bestrebt ist.

– Schliesslich ist China offenbar gewillt, gesamthaft – wenn auch nicht notwendigerweise bilateral – eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz zu wahren. Eine Steigerung der Einfuhr wird offenbar nur insoweit ins Auge gefasst, als sie mit der Exportentwicklung Schritt hält, ohne dass, wie es scheint, der Ausbau einer Exportwirtschaft forciert werden soll. Man erstrebe – so wird erklärt – weder ausländische Finanzhilfe noch ausländische Lieferkredite; die Erfahrung mit der UdSSR habe gezeigt, dass man sich damit nur in die Abhängigkeit des Auslands begebe. Immerhin ist man, wiederum in pragmatischer Abwandlung des Dogmas, nicht abgeneigt, sich bei Bestellungen im Ausland auf «paiements échelonnés ou différés», Ratenzahlungen oder hinausgeschobene Fälligkeiten, einzulassen und neuerdings auf chinesischen Banken sogar ausländische Bankdepots entgegenzunehmen. Von Liefer- und Rahmenkrediten, wie wir sie zu bezeichnen pflegen, unterscheidet sich dies in der Sache eigentlich kaum. Tabu ist und bleibt jedoch offensichtlich weiterhin jede Art langfristiger Verschuldung.

Ungeachtet dieser retardierenden Momente dürfte sich aber schon jetzt, und erst recht auf die Dauer, die Mühe lohnen, unsere gute politische, psychologische und kommerzielle Ausgangslage in China mit nüchternem Sinne nutzbar zu machen, um uns den schweizerischen Anteil an diesem ausbaufähigen Markt, der sich wohl früher oder später dem Aussenhandel vermehrt erschliessen wird, im Wettbewerb mit den gleichgerichteten, immer intensiver werdenden Bemühungen unserer westlichen Konkurrenten zu wahren.

Mit diesem konstruktiven Blick in die Zukunft möchte ich schliessen. Es wäre noch vieles, über das rein Ökonomische hinaus, zu sagen. Es wäre auch über die reiche Ernte an persönlichen Eindrücken und Erlebnissen aus China zu berichten. Vielleicht wird das eine oder andere noch im Frage- und Antwortspiel zutage treten. Doch möchte ich mich nicht im Endlosen verlieren.

138

dodis.ch/39493

Interne Notiz des Integrationsbüros[1]

AFFÄRE ROCHE / ADAMS

[Bern,] 20. März 1975

1. Sachverhalt und rechtliche Umstände

Im Oktober 1974 erhielt die Firma Hoffmann-La Roche[2] in Basel von ihren Tochtergesellschaften in Paris und Brüssel die Nachricht, es hätten bei ihnen Beamte der Generaldirektion Wettbewerb der EG-Kommission vorgesprochen. Diese hätten erklärt, sie untersuchten den europäischen Vitamin-Markt auf mögliche Wettbewerbsverstösse; im besonderen läge gegen Roche belastendes Material vor, das sie zu verifizieren hätten. Dabei legten die Beamten Kopien von Dokumenten vor, die innerhalb des Roche-Konzerns als vertrauliche Geschäftspapiere behandelt und deren Originale beim Hauptsitz in Basel verwahrt werden.

Namentlich in der Befürchtung, dass die Dokumentkopien nicht nur an die EG-Behörden, sondern auch an Konkurrenzunternehmen ausgehändigt wurden, hat der Rechtsanwalt[3] der Firma Roche im Dezember 1974 Strafanzeige[4] gegen Unbekannt wegen Verletzung der Art. 273 (wirtschaftlicher Nachrichtendienst[5]) und 162 (Verletzung von Geschäftsgeheimnissen) StGB eingereicht. Als möglicher Täter wurde in der Anzeige ein früherer Angestellter von Roche, Stanley George *Adams*, welcher die Firma im Oktober 1973 verlassen hatte, genannt.

Am 31. 12. 1974 wurde der aus Malta stammende und seit seinem Wegzug von Basel in der Nähe von Rom wohnhafte *Adams* bei einem Grenzübergang im Kanton Tessin angehalten und festgenommen. Adams gestand sofort, die EG-Kommission zunächst brieflich über die angeblichen Wettbewerbsverstösse der Firma Roche informiert und hernach, auf Einladung der EG-Kommission, die erwähnten Dokumente selbst nach Brüssel gebracht zu haben. Ein erstes Gesuch um Entlassung aus der Untersuchungshaft wurde am 9. Januar abgelehnt[6]. In der folgenden Nacht beging die Ehefrau[7] des Inhaftierten Selbstmord.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7113A#1989/1#305* (777.321). *Verfasst und unterzeichnet von M. Baldi.*
2. *Zur Hoffmann-La Roche vgl. auch das Schreiben von A. Weitnauer an P. R. Jolles vom 4. Juli 1974,* dodis.ch/39629 *und das Schreiben von K. Fritschi an P. R. Jolles vom 13. November 1975,* dodis.ch/39631. *Zur Pharmaindustrie vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 19,* dodis.ch/31784, *Anm. 19 und Dok. 114,* dodis.ch/31450; *DDS, Bd. 24, Dok. 26,* dodis.ch/32619; *Dok. 38,* dodis.ch/32700; *Dok. 67,* dodis.ch/33199, *Anm. 9; Dok. 84,* dodis.ch/32622 *und Dok. 138,* dodis.ch/32241 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 61,* dodis.ch/35212.
3. *C. Alder.*
4. *Strafanzeige von F. Hoffmann-La Roche & Cie AG gegen Unbekannt vom 18. Dezember 1974, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Vgl. dazu auch Dok. 176,* dodis.ch/38430.
6. *Verfügung von K. Furgler vom 9. Januar 1975, Doss. wie Anm. 1.*
7. *M. Adams.*

Die Untersuchungshaft dauert zur Zeit noch an. Am 20. 2. 1975 hat der Rechtsverteidiger Adams' ein erneutes Gesuch um Haftentlassung[8] gegen Passhinterlegung und Bezahlung einer Kaution von Fr. 20'000 eingereicht. Das Gesuch wird insbesondere damit begründet, dass die EWG angesichts unseres Abkommensverhältnisses nicht als ausländische Organisation im Sinne von Art. 273 StGB zu qualifizieren sei. Ausserdem wird angeführt, dass unser EWG-Abkommen geltendes schweizerisches Rechts sei und demnach an der Geheimhaltung von Abkommensverletzungen kein «schutzwürdiges Interesse» bestehe[9].

In *wettbewerbsrechtlicher* Hinsicht ist festzuhalten, dass die EG-Kommission der Firma Hoffmann-La Roche vor allem die missbräuchliche Ausnützung einer marktbeherrschenden Stellung im Sinne von Art. 86 EWGV vorwirft. Neuerdings spricht die Kommission allerdings auch von einer Verletzung der Wettbewerbsregeln des Freihandelsabkommens[10]. Bei den der Schweizer Firma angelasteten Praktiken handelt es sich um die Gewährung diskriminierender (nicht bloss mengenbezogener) Treueprämien; die betreffenden Prämiensätze sind in langfristigen Lieferverträgen, welche die Roche-Tochtergesellschaften im EWG-Raum nach Anweisung des Basler Mutterhauses mit den Abnehmern von Vitaminen vereinbart haben, niedergelegt. Roche bestreitet insbesondere, Art. 23 FHA verletzt zu haben, da die erwähnten Vereinbarungen den Warenverkehr zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft in keiner Weise berührten. Roche habe sich im übrigen bereit erklärt, sämtliche Verträge nach den Wünschen der Kommission abzuändern.

2. Zur politischen Dimension des Falles

Am 1. 2. 1975, anlässlich des Besuches von EG-Kommissär Soames[11] in der Schweiz, hat dessen Sekretär Fortescue die Angelegenheit mit dem Chef des Integrationsbüros auf privater Basis zur Sprache gebracht. Fortescue liess erkennen, dass die Inhaftierung von Adams die Beziehungen der Schweiz zur Gemeinschaft[12] schwer belasten könnte. Dr. Blankart wies auf das rechtsstaatliche Prinzip der Gewaltentrennung bzw. auf das laufende Gerichtsverfahren hin und liess gleichzeitig durchblicken, dass die EG-Kommission Adams' Aktivitäten in der Schweiz offenbar in einer Weise gefördert habe, die eher unsererseits Anlass zu Befremdnis geben könnte.

Am 1. 2. 1975 hatte der Advokat von Roche ein längeres Telefongespräch mit Generaldirektor Schlieder von der EG-Kommission. Fazit: Die Verhaftung Adams' stelle eine unakzeptable Erpressung der Kommission dar, den Fall Roche auf sich beruhen zu lassen. Die GD Wettbewerb werde Antrag auf Kündigung des FHA stellen, da die Gemeinschaft nicht mit einem Staat ver-

---

8. *Einsprache von H. Portmann an die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom 20. Februar 1975*, *Doss. wie Anm. 1.*

9. *Vgl. dazu die Notiz von M. Krafft vom 17. April 1975,* dodis.ch/39628.

10. *Zum Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EWG vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3 sowie DDS, Bd. 26, Dok. 145,* dodis.ch/39510.

11. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von G. Keel vom 15. März 1975,* dodis.ch/39851.

12. *Vgl. dazu Dok. 173,* dodis.ch/39512.

tragliche Bindungen unterhalten könne, dessen Gesetze es zulassen, dass ein Mann verhaftet wird, welcher der zuständigen Behörde kartellrechtswidrige Praktiken zur Kenntnis bringt. Im übrigen deutete Schlieder an, die Kommission werde die Anrufung der Europäischen Menschenrechtskonvention[13] in Erwägung ziehen.

Am 5. 2. 1975 wurde Botschafter Caillat zu Kommissär Borschette geladen[14]. Botschafter Caillat lehnte es ab, eine Mitteilung in der Angelegenheit Adams entgegenzunehmen: Die Sache sei bei der Justiz, und somit könne vorderhand von Regierungsseite nichts unternommen werden.

Am 25. 2. 1975 wurde Botschafter Jolles, anlässlich seines Besuches[15] in Brüssel, von EG-Kommissionspräsident Ortoli in der Angelegenheit angesprochen. Ortoli bezeichnete das schweizerische Vorgehen gegen Adams als stossend. Es sei unverständlich und eine Verletzung des Geistes des Abkommens, wenn auf den fraglichen Tatbestand das schweizerische Strafgesetz zur Anwendung gelange. Botschafter Jolles erläuterte die ratio legis von Art. 273 StGB und bezeichnete es im übrigen als ausgeschlossen, dass die schweizerische Regierung auf ein hängiges Gerichtsverfahren Einfluss nehmen könne.

Am 15. 3. 1975 wurde die Angelegenheit im «Corriere della Sera»[16] veröffentlicht. Angesichts der ausführlichen – in Einzelheiten verblüffend präzisen, dann freilich wieder unrichtigen – Schilderung des Sachverhalts im italienischen Blatt darf angenommen werden, dass es sich hier um eine gezielte Indiskretion von Seiten der Kommission handelt. Das in dieser Sache mit der Information beauftragte Integrationsbüro hat alsdann die zahlreichen Anfragen der Journalisten[17] mit Hinweis einerseits auf das hängige Gerichtsverfahren und andererseits auf den allfälligen *EWG-rechtlichen* Tatbestand, d. h. mit zweifacher Unzuständigkeitserklärung beantwortet. Am 19. März veröffentlichte die Kommission ihre «Mise au point[18]», worauf am 20. März von Bundesseite unter dem Namen des Integrationsbüros eine Pressemitteilung[19] veröffentlicht wurde (s. Beilagen).

Da die Kommission behauptet, Roche habe auch Abkommensrecht verletzt (was die Firma kategorisch zurückweist), wird sie der Schweiz vorschlagen, sowohl den Falle Roche wie den Fall Adams im nächsten Gemischten Ausschuss[20] zur Sprache zu bringen.

---

13. *Zur Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz vgl. Dok. 107,* dodis.ch/39382.

14. *Vgl. dazu das Schreiben von C. Caillat an F. Blankart vom 3. März 1975,* dodis.ch/39627 *und das Telegramm Nr. 14 von C. Caillat an F. Blankart vom 5. Februar 1975, Doss. wie Anm. 1.*

15. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 28. Februar 1975, Doss. wie Anm. 1.*

16. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

17. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 56 von C. Caillat an das Integrationsbüro und P. R. Jolles vom 18. März 1975,* dodis.ch/40810.

18. *Notiz* Mise au point du porte-parole *vom 19. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*

19. *Pressemitteilung des Integrationsbüros vom 20. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*

20. *Zur Sitzung des Gemischten Ausschusses Schweiz-EWG vom 5. Juni 1975 vgl. das BR-Prot. Nr. 982 vom 2. Juni 1975,* dodis.ch/39874 *sowie das BR-Prot. Nr. 1267 vom 9. Juli 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#820*.

3. Lagebeurteilung
politisch:

Sollte sich herausstellen, dass die Kommission wirtschaftlichen Nachrichtendienst zulasten schweizerischer Unternehmen *aktiv* unterstützt oder die schweizerischen Behörden via Art. 105 des BG vom 15. 6. 1934 über die Bundesstrafrechtspflege, bzw. durch Androhung einer Kündigung des FHA oder eines Verfahrens in Strassburg zu zwingen versucht, die Untersuchung gegen Adams einzustellen, so würde die Angelegenheit aussen- und vor allem innenpolitische Dimensionen annehmen, die vorderhand nicht ermessen werden können. Beigefügt sei, dass NR Schwarzenbach schon vor Bekanntwerden dieses Falles aus fiskalischen Gründen mit einer Motion[21] die Kündigung des FHA verlangt hat.

rechtlich:

Die Fälle Roche und Adams sind juristisch insofern miteinander verquickt, als die Anwendbarkeit von Art. 273 StGB vom Vorliegen einer Verletzung des Art. 23 FHA abhängen *könnte*.

Das FHA ist mit seiner Ratifizierung geltendes schweizerisches Recht geworden. Da die Kommission vermutlich behaupten wird, Roche habe Art. 23 FHA verletzt, stellt sich – *abgesehen von der materiellen Richtigkeit dieser These* – die Frage, ob das Anzeigen einer Verletzung schweizerischen Staatsvertragsrechts bei unserem ausländischen Vertragspartner ein Delikt im Sinne von Art. 273 StGB sei oder ob nicht vielmehr ein «schutzwürdiges Interesse» an der Geheimhaltung solcher Rechtsverletzungen verneint werden muss. Letzteres scheint *insofern* zuzutreffen, als ja beispielsweise auch niemand wegen Verrats eines «Geschäftsgeheimnisses» im Sinne von Art. 162 StGB bestraft werden kann, der lediglich eine schweizerische Rechtswidrigkeit zur Anzeige gebracht hat.

Die aufgeworfene Frage ist von grundsätzlicher Tragweite. Die Zulässigkeit einer Verzeigung der in Frage stehenden Art könnte nämlich nicht auf das Vorliegen einer tatsächlichen Verletzung von Art. 23 FHA (die ja erst der Gemischte Ausschuss feststellen kann) abstellen, sondern müsste sich auf mutmassliche oder auch bloss mögliche Verletzungen erstrecken. Das gäbe zunächst jedermann die Möglichkeit, irgendwelche wirtschaftlichen Nachrichten der EG-Kommission zuzuspielen. Jedoch wäre auch hier eine Strafverfolgung in Fällen, bei denen der Denunziant eine wettbewerbspolitische Relevanz der Nachrichten in guten Treuen nicht annehmen konnte, durchaus möglich. Für schweizerische Unternehmen würden freilich Verzeigungen von vermuteten Abkommensverletzungen insofern schwer wiegen, als sie meistens auch eine Verfolgung nach EWG-Wettbewerbsrecht auslösten, die – anders als im schweizerischen Recht – zu beträchtlichen Bussen führen kann.

Auf Grund des vorliegenden Falles ist somit prinzipiell abzuwägen, ob

a) der absoluten Aufrechterhaltung des Geheimnisschutzes für wirtschaftliche Sachverhalte (unter Inkaufnahme einer bloss beschränkten Durchsetzung

21. *Vgl. dazu Dok. 145,* dodis.ch/39510.

der Wettbewerbsregeln des FHA) der Vorrang zu geben ist
oder aber

b) die möglichst umfassende Durchsetzung der Wettbewerbsregeln des FHA (mit entsprechend reduziertem unternehmerischem Geheimnisbereich, insbesondere bezüglich der Anwendbarkeit von EWG-Recht) vorgezogen werden soll.

139

dodis.ch/39653

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

BANQUE JAPONAISE EN SUISSE (DAI-ICHI-KANGYO BANK) – CRÉDIT SUISSE AU JAPON

Berne, 24 mars 1975

I. Bien que l'affaire précitée vous soit connue, notamment par nos notes des 4 mars[2] et 14 novembre 1974[3], ci-jointes à toutes fins utiles avec une autre du 8 février 1974[4] au Secrétaire général, nous vous en rappelons succinctement l'essentiel et le développement.

1. Il appartient à la Commission fédérale des banques de se prononcer sur les demandes de création de banques sollicitées par des étrangers. La Loi[5] prévoit que l'autorisation ne peut être accordée que si l'État de domicile du requérant accorde la réciprocité.

2. Une banque japonaise, la Dai-Ichi-Kangyo Bank, a demandé en 1973 à pouvoir créer une filiale en Suisse[6]. À la même époque, le Crédit suisse a exprimé le désir d'ouvrir une filiale au Japon. M. Lang, Directeur général du Crédit suisse, s'en est entretenu avec M. Thalmann au début de l'année dernière[7]. À l'issue de cet entretien, le Service économique et financier a été chargé de poursuivre sa recherche en vue d'une solution devant permettre à la Dai-Ichi-Kangyo Bank de s'établir en Suisse puisque c'est de cette décision que devrait découler la possibilité pour le Crédit suisse de s'installer au Japon.

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3792* (C.41.731.0(1)). *Rédigée par L. Rochat et J. Zwahlen. Signée par J. Zwahlen.*
2. *Notice de J. Zwahlen à P. Graber du 4 mars 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4172* (C.41.731.1).
3. *Notice de J. Zwahlen à P. Graber du 14 novembre 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3792* (C.41.731.0.(1)).
4. *Notice de J. Zwahlen à E. Thalmann du 8 février 1974,* dodis.ch/39728.
5. Loi fédérale modifiant la loi sur les banques et les caisses d'épargne *du 11 mars 1971, RO, 1971, pp. 808–824.*
6. *Requête de L. Vieli au nom de la Dai-Ichi Kangyo Bank, Ltd. à la Commission fédérale des banques du 25 mai 1973,* CH-BAR#E6521B#1985/225#718* (B.01).
7. *Cf. note 2.*

3. Malgré nos efforts, la Commission fédérale des banques, considérant que le Japon ne garantit pas pleinement la réciprocité au sens de notre législation, n'a pas accordé l'autorisation sollicitée par la banque japonaise[8]. Elle est arrivée à la conclusion que le problème relève de la politique économique extérieure de la Confédération et qu'il échappe comme tel à la loi sur les banques, simple loi de police. Elle a donc suggéré de le régler par la conclusion d'un accord bilatéral.

II. C'est donc dans ce sens que nous avons recherché une solution avec la Direction du droit international public. En accord avec la Commission fédérale des banques, nous avons préparé une proposition[9] demandant au Conseil fédéral d'approuver un projet d'accord de réciprocité bancaire avec le Japon. Comme cet arrangement est dicté par nos intérêts économiques généraux au Japon[10], nous l'avons fondé sur l'article 102, chiffre 8, de la Constitution[11] qui concerne les mesures que le Conseil fédéral est autorisé à prendre dans l'intérêt des relations extérieures de la Suisse. Selon cette construction, le Conseil fédéral autoriserait la conclusion de l'accord qui prendrait la forme d'un échange de lettres et déciderait, à l'intention de la Commission fédérale des banques, qu'en ce qui concerne la demande d'autorisation de s'établir en Suisse présentée par la Dai-Ichi-Kangyo Bank, la réciprocité est garantie par le Japon, ce dernier s'engageant, par échange de lettres, d'autoriser le Crédit suisse à s'établir au Japon.

Cet avant-projet de proposition a été soumis à la Division du commerce qui l'appuya[12] et à l'Administration fédérale des finances. Cette dernière qui, lors de consultations préliminaires s'était montrée assez positive, s'est distanciée de notre proposition[13]. Pour elle, c'est délibérément et contrairement à la proposition[14] du Conseil fédéral que le Parlement en 1970 a confié à la Commission fédérale des banques le soin de juger si la réciprocité bancaire est garantie par les États étrangers[15]. Dès lors le Conseil fédéral ne pourrait déroger à la loi que si un accord spécifique soumis à la ratification parlementaire était conclu avec le Japon. L'Administration des finances a ajouté qu'elle se rallierait à notre solution si la Division de justice la partageait.

Mais la Division de justice s'est ralliée à l'avis de l'Administration des finances: l'accord prévu devrait être soumis à la ratification des Chambres[16].

---

8. *Cf. la lettre de A. Matter au Service économique et financier du Département politique du 3 janvier 1974,* dodis.ch/39730.

9. *Projet de proposition du Département politique du 27 septembre 1974, doss. comme note 1.*

10. *Pour les relations économiques avec le Japon, cf. doc. 128,* dodis.ch/39647, *point 1.*

11. *Annotation manuscrite dans la marge:* Trop massif (à éviter).

12. *Cf. la notice de L. Rochat du 14 octobre 1974, doss. comme note 1.*

13. *Cf. la lettre de B. Müller à J. Zwahlen du 10 janvier 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1027* (C.41.731.0.(1)).

14. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la révision de la loi sur les banques *du 13 mai 1970, FF, 1970, I, pp. 1157–1218.*

15. *Pour les discussions au Conseil des États les 29 septembre et 18 décembre 1970, cf. Bull. of. CE, pp. 296–312 et 465–467. Pour les débats au Conseil national les 10 et 15 décembre 1970 et le 1er mars 1971, cf. Bull. of. CN, 1970, pp. 741–755 et 761–781 et 1971, pp. 84–86.*

16. *Cf. la lettre de J. Voyame à E. Diez du 3 février 1975,* dodis.ch/39736.

III. Nous sommes ainsi dans une impasse, à propos d'une affaire simple à laquelle le Japon attache une grande importance. Les autorités de ce pays ont maintes fois rappelé, tant à Berne qu'à Tokyo, l'intérêt qu'elles attachent à l'établissement de la Dai-Ichi-Kangyo Bank en Suisse.

L'attitude suisse surprend – avec quelque raison – les Japonais. Leur bon vouloir dans cette affaire est évident. Ils nous l'ont fréquemment démontré. Nos exigences juridiques sont mal comprises – n'avons-nous pas déjà autorisé dans des circonstances très analogues deux banques japonaises[17] à s'établir en Suisse? Nous risquons de blesser des susceptibilités. On s'étonne à Tokyo de la difficulté d'aboutir, alors que la garantie d'autoriser le Crédit suisse à ouvrir une filiale à Tokyo a été accordée formellement depuis longtemps[18]. Cette situation préoccupe les milieux suisses au Japon. Ils craignent d'avoir à subir les conséquences du mécontentement du Gouvernement japonais très bien disposé à leur égard. En Suisse, le Crédit suisse réagit avec vigueur à cause de la discrimination dont il est victime par rapport à la Société de Banque Suisse et à l'Union de Banques Suisses qui ont pu s'établir au Japon à la suite de l'arrangement approuvé par le Conseil fédéral le 21 décembre 1970[19]. En fait, il y a une part d'arbitraire évident étant donné que les circonstances sont les mêmes[20].

IV. L'Administration fédérale des finances et la Division de justice ont rendu un avis juridique. Il ne tient pas compte des aspects politiques, économiques et diplomatiques du problème qui sont prépondérants en l'occurrence. Il est donc de notre devoir de vous informer de cette impasse qui dépasse, en raison de ses implications, le niveau des instances administratives qui ont statué. Comme d'autre part ce cas d'espèce illustre à l'envi les difficultés que ne cessent de nous causer une loi mal conçue, nous nous devons de le porter à votre connaissance et à celle du Conseil fédéral.

V. À ce stade de la procédure, on peut imaginer les hypothèses suivantes:

1. Le Conseil fédéral retient comme prioritaires les données politiques, économiques et diplomatiques du problème. Il accepte notre proposition selon l'avant-projet ci-joint du 2 septembre 1974[21].

2. Le Conseil fédéral soumet le projet d'accord aux Chambres comme le demandent l'Administration des finances et la Division de justice. Cette procédure est lourde et inappropriée pour un accord de portée très limitée. Elle

---

17. *La Bank of Tokyo, Ltd. et la Fuji-Bank, Ltd. Cf. DDS, vol. 25, doc. 117,* dodis.ch/35515 *et doc. 137,* dodis.ch/35508, *point 3d. Annotation manuscrite dans la marge:* Entretemps, la loi a changé!

18. *Cf. la lettre de G. E. Bucher à P. A. Nussbaumer du 11 janvier 1972, doss. comme note 2:* L'autorisation d'ouvrir cette représentation a été accordée le 23 décembre 1971 par le Ministère des Finances.

19. *PVCF N° 2226 du 21 décembre 1970,* dodis.ch/35516. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 136,* dodis.ch/35508, *point 3d.*

20. *Annotation manuscrite dans la marge:* pas vraiment.

21. *Il s'agit très vraisemblablement du projet de proposition du Département politique du 27 septembre 1974, doss. comme note 1.*

donnerait au surplus à l'affaire une publicité dont ni les Japonais ni le Crédit suisse ne voudraient. En tout cas, il faudrait s'assurer préalablement de leur accord.

3. Le Conseil fédéral renvoie l'affaire à la Commission fédérale des banques pour qu'elle reconsidère sa décision. Cette solution n'est guère imaginable en droit.

4. Les intéressés font un recours de droit administratif au Tribunal fédéral contre la décision négative de la Commission. Il est peu vraisemblable que la Dai-Ichi-Kangyo Bank utilise ce moyen de droit très aléatoire. Au plan juridique, il ne semble guère possible que le Crédit suisse, quoique directement concerné, puisse lui-même recourir. Nous déconseillons cette solution qui, entre autres, donne une image peu flatteuse de notre pays au Japon qui ne comprend pas que nous n'arrivions pas à résoudre, après tant de mois, sur le plan administratif d'abord, gouvernemental ensuite, un problème spécifique d'une importance intrinsèque très modeste et que l'Administration japonaise veut résoudre de son côté de façon pragmatique, ne retenant que l'intérêt réciproque de deux États entretenant d'étroites et confiantes relations.

5. Révision de la loi. L'inconvénient majeur de cette solution est les nouveaux et longs délais qu'elle implique sans que l'on soit assuré du succès de l'opération. Par une révision de la loi, nous chercherions à résoudre la question des autorisations à accorder pour des motifs de nature politique, économique et diplomatique. En 1970, les Chambres, s'opposant à la proposition du Conseil fédéral, ont donné à la Commission fédérale des banques le soin d'autoriser l'ouverture de banques étrangères. Elles ont voulu, par cette décision, éviter que ces questions ne prennent une tournure politique. Une expérience de quelque cinq années a pourtant démontré que ce genre d'affaires ne peut pas toujours être traité au plan administratif. Dans notre note ci-annexée du 8 février 1974[22] au Secrétaire général (page 3, chapitre IV), nous avons rappelé des cas d'interventions diplomatiques (Ministre français Schumann[23], Vice-président[24] du Conseil roumain). Si la Commission fédérale des banques doit rester l'organisme compétent pour accorder aux étrangers l'autorisation d'ouvrir des banques en Suisse, il est aussi indispensable que le Conseil fédéral puisse conclure des accords de réciprocité bancaire non soumis à la ratification parlementaire, lorsque les intérêts politiques, diplomatiques et économiques l'exigent. Le rôle du Conseil fédéral dans ce domaine devrait d'ailleurs aussi être parfois négatif. Le cas suivant l'illustre: la Banque nationale de la République de Chine (Taïwan) recherche les moyens de s'établir en Suisse[25]. Ce cas a pu pour l'instant être différé, la réglementation formosane imposant certaines restrictions en matière de réciprocité. Mais cette banque (qui est en fait la banque centrale) est en mesure de faire modifier la loi sur ce point. Le cas

---

22. *Cf. note 4.*

23. *Cf. la lettre de R. Keller à A. Matter du 11 octobre 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3382* (C.41.731.0.(1)).

24. *I. Păţan. Cf. la lettre de I. Păţan à P. Graber,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1084* (C.41.731.1).

25. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1075* (C.41.731.1).

échéant la réciprocité serait donnée et la Commission fédérale des banques ne pourrait pas écarter la requête. Il est inutile de s'étendre sur les conséquences d'une telle décision sur nos relations avec la Chine populaire[26]! La loi sur les banques devrait ainsi donner au Conseil fédéral la compétence soit de conclure des accords de réciprocité bancaire (cas japonais) soit de refuser à une banque le droit de s'établir en Suisse (cas Taïwan).

VI. Au terme de cet inventaire des esquisses d'hypothèses possibles, il apparaît qu'aucune n'est véritablement satisfaisante si l'on veut régler à la fois le cas d'espèce de la Dai-Ichi et le principe de la réciprocité. Or, c'est bien à quoi nous devons tendre.

C'est à cette fin que nous avons imaginé la solution panachée qui combine les hypothèses 1 et 5 ci-dessus. Elle consiste à vous demander de régler le cas de la Dai-Ichi, selon l'hypothèse I, soit en faisant vôtres les considérations de notre avant-projet du 2 septembre ci-joint[27]. Nous le faisons compte tenu de l'importance de cette affaire pour le climat de nos relations avec le Japon.

Toutefois, comme cette solution n'est pas pleinement satisfaisante du point de vue juridique, il faudrait faire en sorte que de tels cas ne puissent plus se reproduire à l'avenir. À cet effet, il faudrait réviser la notion de la réciprocité dans la loi sur les banques. Cette révision ne pose pas de problèmes insurmontables puisque le Chef[28] du Département des finances a récemment donné des instructions pour une étude préliminaire de la révision de cette loi[29] pour d'autres motifs. Il suffirait donc d'en élargir un peu la portée et de procéder rapidement.

Cette révision de la conception de la réciprocité devrait permettre de ne plus l'interpréter uniquement sous l'angle juridique. Nous l'avons vu, elle prend souvent un aspect hautement politique. Notre département ne saurait donc s'en désintéresser puisqu'elle comporte presque toujours des implications de politique extérieure. Nous nous devons en conséquence de participer activement à la solution de ce problème.

Remarquons pour terminer que l'Administration fédérale des finances et la Commission fédérale des banques partagent l'opinion que la réciprocité n'est pas réglée de façon satisfaisante dans la loi actuelle et que son manque de souplesse peut conduire à des situations non seulement contraires à nos intérêts mais intolérables. Une solution pourrait être donnée par le modèle de la loi fédérale modifiant la loi sur la navigation aérienne du 17 décembre 1971[30] (Art. 34) qui prévoit une clause politique épargnant le domaine réservé

---

26. *Cf. doc. 41,* dodis.ch/37698; *doc. 137,* dodis.ch/37700; *doc. 153,* dodis.ch/37707; *doc. 157,* dodis.ch/37693 *et doc. 178,* dodis.ch/37717.

27. *Cf. note 21. Pour la suite de cette affaire, cf. la lettre de P. Graber à K. Furgler et E. Brugger du 27 mai 1975,* dodis.ch/39741 *et le télégramme N° 162 de J. Zwahlen à l'Ambassade de Suisse à Tokyo du 29 octobre 1975,* dodis.ch/39744.

28. *G.-A. Chevallaz.*

29. *Cf. doss.* CH-BAR#E6520B#2007/62#108* (411.13).

30. Loi fédérale modifiant la loi sur la navigation aérienne *du 17 décembre 1971, RO, 1973, pp. 1738–1750.*

du Conseil fédéral en matière diplomatique. Il y aurait là peut-être l'amorce[31] d'une solution qui permettrait de tenir compte à la fois de l'indispensable division des pouvoirs et des impératifs diplomatiques.

31. *Annotation manuscrite dans la marge:* mais pas aller si loin.

140

dodis.ch/39498

Interne Notiz des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements[1]

OECD-Stützungsfonds[2]

Bern, 25. März 1975

I. Allgemeines

1. Im Anschluss an die drastische Ölpreiserhöhung Ende 1973[3] wächst die Gefahr, dass gewisse ölimportierende Staaten zur Eindämmung ihrer Defizite zu Handels- und Zahlungsrestriktionen greifen müssen. Um ihr zu begegnen, sind in verschiedenen internationalen Gremien Massnahmen geprüft und getroffen worden, um die Rückschleusung der Petrodollars[4] zu erleichtern und die Zahlungsfähigkeit der Importländer aufrechtzuerhalten. So wurde im November 1974 eine Sachverständigengruppe des Zehnerklubs beauftragt, die Vorschläge Kissingers/Simons und des OECD-Generalsekretärs zu prüfen, im Rahmen der OECD ein «Sicherheitsnetz» zu schaffen. Im Januar dieses Jahres wurde das Gremium zu einer OECD-Arbeitsgruppe umgestaltet. Die Schweiz liess sich an diesen Arbeiten durch die Schweizerische Nationalbank und in der zweiten Phase auch durch das Finanz- und Zolldepartement vertreten[5].

Der Abkommensentwurf liegt nun vor. Voraussichtlich werden ihn sämtliche OECD-Länder auf Ministerebene am 9. April 1975[6] in Paris unterzeichnen.

2. Mit dem Stützungsfonds – auch Solidaritätsfonds genannt – sollen OECD-Ländern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten, innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten Darlehen bis zu sieben Jahren Laufzeit gewährt werden. Das kreditempfangende Land hat dabei auf eine Politik von Importrestriktionen

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1281* (C.41.780.20.0). *Verfasst und unterzeichnet von E. Thurnheer. Die Notiz wurde von J. Zwahlen an P. Graber übermittelt.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von A. Peter an G.-A. Chevallaz vom 17. Februar 1975,* dodis.ch/39722; *die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger und A. Hasler vom 27. März 1975,* dodis.ch/39674 *sowie das BR-Prot. Nr. 2233 vom 26. November 1975,* dodis.ch/40804.
3. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*
4. *Zur Problematik der Petrodollars vgl. Dok. 123,* dodis.ch/39500. *Zur Ölfazilität des Internationalen Währungsfonds vgl. das Protokoll Nr. 320 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 13. März 1975,* dodis.ch/39635.
5. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.*
6. Accord portant création d'un fonds de soutien financier de l'Organisation de coopération et de développement économiques *vom 9. April 1975, Doss. wie Anm. 1.*

oder unangemessener Exportförderung zu verzichten und ist gehalten, sich vorgängig nach andern Kreditquellen umzusehen. Die Finanzierung erfolgt entweder durch direkte Beiträge an den Fonds oder durch die Aufnahme von Anleihen mit multilateraler Garantie. Der Stützungsfonds hat eindeutig wirtschaftlich defensiven Charakter und wird im Rahmen der OECD, wenn auch mit eigener Rechtspersönlichkeit, errichtet.

II. Bedeutung für die Schweiz

1. Sofern der Fonds nicht eine gemeinsame Anleiheaufnahme beschliesst, sind die wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten für den schweizerischen Beitrag die folgenden:

– Entnahme aus den Devisenreserven der Schweizerischen Nationalbank mit Garantieleistung des Bundes. Diese Massnahme dürfte aus der heutigen Sicht am ehesten in Frage kommen.
– Aufnahme einer Anleihe durch den Bund auf dem schweizerischen Kapitalmarkt. Die hohen Kapitalbedürfnisse der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft lassen eine solche Möglichkeit vorderhand als inopportun erscheinen.
– Aufnahme einer Anleihe durch den Bund auf dem internationalen Kapitalmarkt, vorweg bei den OPEC-Ländern. Zwar würde diese Variante dem Recycling am ehesten gerecht (Abschöpfung anlagesuchender Petrodollars), doch dürfte sie aus politischen wie monetären Gründen nicht zweckmässig sein.

2. Im Hinblick auf unsere Neutralitätspolitik ist folgendes zu bemerken:

a) Es können ähnliche Argumente – und in noch überzeugenderer Weise – wie im Fall des Beitritts zur Internationalen Energieagentur[7] angeführt werden. Auch Österreich und Schweden haben nach aufmerksamer Prüfung keine Neutralitätsbedenken. Dem Fonds liegen in der Tat die gleichen Prinzipien der Zusammenarbeit zu Grund wie der OECD; er ist ein Instrument der Solidarität und nicht der Konfrontation, das keinem andern Zweck dient, als jenem, für den die OECD geschaffen worden ist. Grundsätzlich übernimmt die Schweiz keine neuen politischen Bindungen.
b) Es darf daran erinnert werden, dass die Schweiz 1950 der Europäischen Zahlungsunion[8] und dann dem Europäischen Währungsabkommen vom 5. August 1955[9] beigetreten ist, der die Schaffung eines europäischen Fonds zur Erteilung von kurzfristigen Krediten im Falle von Zahlungsbilanzschwierigkeiten vorsah. Diese Zusammenarbeit wurde nicht nur als vereinbar mit der schweizerischen Neutralität angesehen, sondern die Intensivierung der Zusammenarbeit wurde geradezu durch wirtschaftliche und politische Gründe erklärt.
c) Die Beschlüsse des Fonds werden einstimmig oder in genau definierten Fällen durch Mehrheitsbeschlüsse gefasst. Solche Lösungen wurden auch in andern Organisationen gewählt, denen die Schweiz beigetreten ist, z. B. bei den Rohstoffabkommen. Jedes Land besitzt ein Stimmrecht gemäss

7. *Vgl. dazu Dok. 110,* dodis.ch/38752.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 18, Dok. 55,* dodis.ch/8164.
9. Europäisches Währungsabkommen *vom 5. August 1955, AS, 1959, S. 155–185.*

seiner Quote, wobei die Beschlüsse auch die Zustimmung der Mehrheit der stimmenden Staaten finden müssen. Insbesondere kann auch keine Quotenerhöhung gegen den Willen eines Staates durchgesetzt werden.

3. Als internationales Vertragswerk müsste das Abkommen grundsätzlich vorgängig der Ratifikation durch den Bundesrat den eidgenössischen Räten zur Genehmigung unterbreitet werden[10].

Der von den Räten in der Frühjahrsession verabschiedete BB über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen[11] ermächtigt in Artikel 1 den Bundesrat, zur Verhütung oder Behebung ernsthafter Störungen der internationalen Währungsbeziehungen an internationalen Stützungsaktionen zugunsten anderer Währungen mitzuwirken und in diesem Rahmen zwischenstaatliche Vereinbarungen und Vereinbarungen mit internationalen Organisationen abzuschliessen. Nach Artikel 2 dürfen die zu diesem Zweck gewährten Kredite und eingegangenen Garantieverpflichtungen den Gesamtbetrag von 1500 Millionen Franken nicht übersteigen und ihre Laufzeit sieben Jahre nicht überschreiten. In der Botschaft zum erwähnten BB[12] wird zusätzlich erklärt, es stehe noch nicht fest, welche der internationalen Organisationen mit der Lösung der Probleme im Zusammenhang mit dem Recycling betraut wird. Aus diesem Grunde dränge sich eine möglichst allgemein gefasste Ermächtigungsnorm auf. Im Einvernehmen mit der Völkerrechtsdirektion sind wir der Auffassung, dass die vom Parlament verlangte Ermächtigung sehr weit geht und eine Teilnahme der Schweiz am OECD-Stützungsfonds vom Bundesrat in eigener Kompetenz entschieden werden kann.

Da zwei Jahre nach Inkrafttreten keine Kredite mehr erteilt werden und die Kredite nach sieben Jahren auslaufen, stellt sich auch das Problem des fakultativen Referendums gemäss BV 89, Abs. 4 nicht.

4. Das Zustandekommen des Fonds liegt in unserem eigenen Interesse, indem die Gefahr eines Auseinanderbrechens des internationalen Handels- und Zahlungssystems vermindert werden kann. Die schweizerische Mitwirkung soll aber möglichst auch gegen Konzessionen anderer OECD-Mitgliedstaaten eingehandelt werden, insbesondere auf dem Währungssektor. Man kann sich fragen, ob wir nicht anlässlich der Unterzeichnung[13] eine Erklärung abgeben sollten, wonach wir eine verstärkte Solidarität der OECD-Länder auf dem Gebiet der Wechselkurspolitik erwarten.

---

10. *Dieselbe Frage wurde beim Beitritt der Schweiz zum Internationalen Energieprogramm der OECD diskutiert. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 28. Januar 1975,* dodis.ch/38748.

11. Bundesbeschluss über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen *vom 20. März 1975, BBl, 1975, I, S. 1150 f. Zu dessen Anwendung auf diesen Fall vgl. die Notiz von E. Thurnheer an P. Graber vom 17. November 1975,* dodis.ch/39905 *sowie das BR-Prot. Nr. 2233 vom 26. November 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#824*.

12. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Erneuerung des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen *vom 27. Januar 1975, BBl, 1975, I, S. 614–625. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 139 vom 27. Januar 1975,* dodis.ch/39682.

13. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 560 vom 26. März 1975,* dodis.ch/39904.

5. Nach unsern Informationen soll sich Herr Bundesrat Chevallaz bei der Unterzeichnung durch Mitarbeiter seines Departements und der Nationalbank begleiten lassen. Die Zusammensetzung der Delegation sollte u. E. auch im Bundesrat besprochen werden; es könnte angezeigt scheinen, dass ihr auch ein Vertreter unseres Departements[14] angehören würde.

14. *J. Zwahlen, vgl. Anm. 13.*

141

dodis.ch/39506

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision II de la 12ème séance du 26 mars 1975[1]

SITUATION MONÉTAIRE

Extrait *[Berne,]* 15 avril 1975

M. *Chevallaz* rapporte tout d'abord sur les discussions qu'il a eues à Vienne avec les Ministres de la République fédérale d'Allemagne[2] et d'Autriche[3]. Après un échange de vues sur le développement de la situation conjoncturelle, satisfaisante pour la République fédérale, un peu moins pour l'Autriche, qui poursuivent toutes deux leur lutte contre l'inflation tout en enregistrant une certaine récession industrielle (cf. document FZD du 25. 3. 1975[4]), la conversation a porté plus particulièrement sur le serpent monétaire européen qui, aux dires du Ministre allemand, est en mesure de garantir une stabilité monétaire à longue échéance à condition qu'une confiance réciproque s'établisse entre les Ministres et les Directeurs des banques d'émission des pays intéressés. Pour le Ministre autrichien, dont le pays n'est pas membre à part entière de l'Union monétaire et qui regrette un contact insuffisant avec les pays intéressés, la participation au serpent n'est pas envisagée pour le moment, les motifs justifiant une solution autonome étant toujours encore déterminants. La délégation suisse a eu l'occasion de faire valoir les problèmes que pose la surévaluation du franc à notre économie, les mesures de toutes sortes prises en vue de rétablir un équilibre normal, le fait enfin que nos autorités politiques et notre banque d'émission examinent comment parvenir à stabiliser notre franc par rapport à un certain nombre d'autres monnaies. La délégation a bien précisé qu'aucune décision n'avait été prise pour le moment. Il est clair que la participation de

1. *PVCF de décision II:* CH-BAR#E1003#1994/26#18*. *Rédigé par J.-M. Sauvant.*
2. *H. E. Apel.*
3. *H. Androsch. Pour son deuxième entretien avec G.-A. Chevallaz, cf. la notice de A. Peter du 24 mai 1974,* dodis.ch/40567 *et le PVCF de décision II du 26 mai 1975 de la 17ème séance du 7 mai 1975,* CH-BAR#E1003#1994/26#18*, *p. 4.*
4. *Pour la proposition du Département des finances et des douanes du 25 mars 1975, cf. le PVCF No 556 du 26 mars 1975,* dodis.ch/39695.

la Suisse au serpent monétaire[5] est essentiellement un problème politique et qu'il doit être discuté par les gouvernements plus que par les banques d'émission. Les Ministres des finances, réunis à Bruxelles, ont approuvé le principe d'une participation de la Suisse; ils ont décidé également de n'en parler qu'en cercle restreint pour éviter toute spéculation supplémentaire. Les différentes modalités ont ensuite été examinées, mais il est clair que la participation ne serait acceptée à Bruxelles qu'à condition que l'on fixe un cours réaliste pour l'entrée, à savoir un cours du marché qui pourrait être soutenu longtemps, que notre pays s'engage à participer pour une durée certaine et que les mouvements de capitaux soient mieux contrôlés (à l'exception naturellement d'un contrôle des devises).

M. Chevallaz ajoute que les Ministres devront compter avec la rentrée éventuelle de la France[6]. Comme le franc suisse tendrait à faire monter le serpent, il en résulterait des tensions avec le franc français, ce qui impliquerait tout naturellement un cours d'entrée élevé pour notre monnaie. Le Chef du Département des finances[7] se rendra la semaine prochaine à Paris, où il aura l'occasion de s'entretenir de ce problème avec le Ministre français des finances.

En conclusion, M. Chevallaz demande au Conseil de prendre acte du rapport et de charger la Banque nationale, comme le Département des finances, de tirer au clair le problème de la participation de la Suisse au serpent monétaire, conjointement avec le Département politique et le Département de l'économie publique, et d'autoriser à cet effet la Banque nationale à procéder, au niveau technique, aux échanges de vues nécessaires avec les autres banques d'émission.

M. *Leutwiler*, Président de la Banque nationale, complète à son tour la note confidentielle qu'il a adressée aux membres du Conseil[8], en appréciant les données techniques du problème. Il rappelle que l'éventualité d'une adhésion de notre pays a été rejetée jusqu'il y a peu, la politique relative à la masse monétaire étant essentiellement axée sur la lutte contre l'inflation. Comme toute tentative de maintenir les relations de cours avec le mark allemand aurait, selon toute vraisemblance, provoqué un afflux massif de devises, il n'a pas été possible de prendre de tels risques. Quand bien même l'expérience montre combien il est difficile de juger si une monnaie est sur- ou sous-évaluée, les difficultés de notre industrie d'exportation, qui n'épargneront pas notre tourisme, montrent que l'évolution du cours du franc arrive dans une zone critique. Comme il ne peut être question de viser à une stabilisation du cours du dollar, on pourrait tout au moins envisager de stabiliser notre monnaie par

---

5. *Cf. doc. 161,* dodis.ch/39509; *doc. 170,* dodis.ch/39508; *la notice de Ph. Lévy du 21 mars 1975,* dodis.ch/39691; *le PVCF N° 557 du 26 mars 1975,* dodis.ch/39696; *la lettre de F. Leutwiler à G.-A. Chevallaz du 13 mai 1975,* dodis.ch/39697; *le télégramme de P. R. Jolles à diverses représentations suisses du 26 mai 1975,* dodis.ch/39698; *le procès-verbal N° 692 de la Direction générale de la Banque nationale suisse du 19 juin 1975,* dodis.ch/39641; *la notice de J. Zwahlen à P. Graber du 23 octobre 1975,* dodis.ch/39707 *et le télégramme de G.-A. Chevallaz à diverses représentations suisses du 26 novembre 1975,* dodis.ch/39708.

6. *Cf. doc. 161,* dodis.ch/39509.

7. *G.-A. Chevallaz. Sur sa visite à Paris le 8 avril 1975, cf. la notice de P. R. Jolles du 14 avril 1975,* dodis.ch/39710.

8. *Notice de F. Leutwiler du 17 mars 1975,* dodis.ch/40840.

rapport aux monnaies européennes suivant une méthode relativement simple des cours limite de plus ou moins 2 ¼ pour cent. Les contacts que M. Leutwiler a entretenus avec les gouverneurs des banques centrales se sont révélés positifs. La question essentielle consisterait naturellement à fixer un cours qui ne serait pas définitif, mais qui éviterait que le cours du franc monte ou descende à un point nécessitant des interventions pour soutenir les monnaies des parties au serpent et qui obligeraient notre pays à réévaluer ou à dévaluer, ou alors à sortir du serpent. Dans son estimation finale, M. Leutwiler, pesant le pour et le contre, est d'avis que la participation suisse donnerait au moins la possibilité de réaliser des cours de change stables par rapport à certaines monnaies européennes, à obtenir des conditions de marché régulières, partant, à obtenir une base de calcul propre à créer la confiance dans notre économie. La participation éventuelle pourrait se faire par la conclusion de conventions bilatérales entre la Banque nationale et les autres banques centrales. Mais il incombe évidemment au Conseil fédéral de décider.

Dans la discussion générale qui suit, on aborde plus particulièrement le problème de notre commerce extérieur[9]. Les nombreux contacts qu'on a eus au Département de l'économie publique révèlent l'impossibilité d'une calculation à long terme pour l'industrie. La stabilité du cours du franc, même s'il est haut, est de loin préférable. On note ensuite dans notre économie un changement dans le système des paiements. Les paiements rapides ont en effet fait place aux crédits de longue durée. Il ressort ensuite de l'entretien combien la fixation de cours dits réalistes a un côté illusoire. D'une part, il est très difficile d'estimer combien de temps nous participerons au serpent. D'autre part, dans le système actuel, les mouvements de capitaux sont pratiquement incontrôlables. On rappelle aussi les débats aux Chambres[10] lors desquels il fut précisé le fait que la monnaie, en servant davantage à des transactions financières plutôt qu'à des échanges commerciaux, dégrade la situation par une spéculation désordonnée. On en arrivera bientôt au jour où il faudra choisir entre la Suisse, place financière[11], et l'existence de notre industrie d'exportation. On évoque également toutes les composantes politiques par rapport à nos voisins, notamment les conséquences d'une adhésion à un bloc monétaire qui aurait des répercussions sur notre autonomie. Toutes ces considérations incitent à la prudence.

Le Conseil en conclut qu'il convient de maintenir des contacts vigilants, mais que la discrétion est de rigueur si l'on veut se placer dans une position de négociation positive (voir en outre l'extrait de procès-verbal y relatif[12]). *[…]*[13]

---

9. *Cf. doc. 7,* dodis.ch/39504, *en particulier note 11 et doc. 123,* dodis.ch/39500, *en particulier note 3.*
10. *Cf. Bull. of. CN, 1975, pp. 416–442 et pp. 514–529.*
11. *Cf. doc. 96,* dodis.ch/39094.
12. *Cf. note 4.*
13. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/39506.

142

dodis.ch/37208

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an diverse schweizerische Vertretungen[1]

Bern, 25. April 1975

Sowohl aus handels- wie aus währungspolitischen Gründen streben wir eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu den OPEC-Ländern an. Wir gehen dabei von der Erwägung aus, dass angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die schweizerische Exportwirtschaft gegenwärtig zu kämpfen hat, die schweizerischen Ausfuhren nach diesen neuen und kaufkräftigen Märkten gesteigert werden müssten. Unsere Exporte nach den arabischen Erdölländern und Iran haben im vergangenen Jahr rund 1,2 Milliarden Franken betragen, also knapp 3% unserer Gesamtausfuhr. Sie sind gegenüber 1973 um 40% angestiegen, während die OECD-Länder gesamthaft ihre Exporte nach den OPEC-Staaten um 75% erhöhen konnten. Diese Entwicklung zeigt, dass die Schweiz besondere Anstrengungen unternehmen muss, um angesichts des scharfen internationalen Wettbewerbs ihren Marktanteil zu sichern[2].

Eine zweite Erwägung betrifft die Währungspolitik. Der Wunsch der OPEC-Staaten, ihre Währungsreserven zu diversifizieren, könnte zu Konversionen in den Schweizerfranken in einem Ausmass führen, das den Aufwertungsdruck auf unsere Währung noch verstärken würde[3]. Eine Verständigung über die Anlagepolitik für Petrodollars ist somit dringend geboten.

Die wichtigeren OECD-Staaten haben in den letzten Monaten Regierungsdelegationen in die OPEC-Länder entsandt, die zum Teil spektakuläre Rahmenverträge abgeschlossen haben. Wir beabsichtigen nicht, mit den gleichen Methoden vorzugehen, sondern einen eigenen, unseren marktwirtschaftlichen Verhältnissen besser entsprechenden Weg zu beschreiten. Auch uns liegt jedoch daran, ein staatliches Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck zu bringen und auf diese Weise die Bemühungen unserer Privatwirtschaft zu unterstützen.

Nachdem mit Bezug auf den Iran nunmehr die Gewohnheit eines jährlichen Zusammentreffens mit dem Schah anlässlich seiner regelmässigen Winterferien in der Schweiz eingeführt werden konnte[4], haben der Präsident der National-

---

1. *Rundschreiben (Kopie):* CH-BAR#E7110#1986/24#1826* (821). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Algier, Amman, Bagdad, Beirut, Caracas, Djakarta, Djeddah, Kairo, Kinshasa, Lagos, Quito, Teheran und Tripolis und an das schweizerische Konsulat in Kuwait. Kopie an E. Brugger, E. Thalmann, J. Iselin, F. Leutwiler, P. Languetin, R. Probst, F. Rothenbühler, K. Jacobi, E. Moser und H. Hofer.*

2. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu den Ländern des Nahen Ostens, bes. den OPEC-Staaten, vgl. den Bericht von W. Jaggi vom 9. April 1975,* dodis.ch/40670; *die Notiz von H. Gattiker vom 12. Juni 1975,* dodis.ch/39594; *die Notiz von G. Kündig und A. Rüegg vom 22. Oktober 1975,* dodis.ch/40785 *und das Rundschreiben von E. Thurnheer vom 12. Juli 1976,* dodis.ch/39595. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

3. *Vgl. dazu Dok. 123,* dodis.ch/39500.

4. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 8. Januar 1974,* dodis.ch/37206; *die*

bank, Herr Dr. Leutwiler, und der Unterzeichnete im Auftrag des Bundesrates Mitte April eine Mission in Saudi-Arabien durchgeführt. Wir lassen Ihnen zu Ihrer persönlichen und vertraulichen Kenntnisnahme den ausführlichen Bericht[5] über diese Reise zugehen, dem Sie die für uns im Vordergrund liegenden Gesprächsthemen entnehmen können. Wir beabsichtigen, noch im Verlaufe dieses Jahres eine ähnliche Reise in weitere mittelöstliche Staaten durchzuführen, und denken vor allem an Kuwait (wegen der Rolle des kuwaitischen Entwicklungsfonds für die internationale Anlage von Petrodollars) und an den Irak (der bezüglich schweizerischer Investitionen und Exporte einen zunehmend wichtigen Markt darstellt) sowie natürlich Iran[6].

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns aus Ihrer Sicht Anregungen über das zweckmässigste Vorgehen für die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Ihrem Gastland zukommen lassen würden. Auch hoffen wir, der arabischen Welt gegenüber durch derartige Missionen unser Interesse an einer gleichgewichtigen und die Anliegen der OPEC-Staaten angemessen berücksichtigenden Aussenwirtschaftspolitik bezeugen zu können. Die schweizerische Presse hat dem Ergebnis der Saudi-Arabien-Reise einen breiten Platz eingeräumt, so dass auch die aus aussenpolitischer Sicht erwünschte grössere Ausgewogenheit der Stellungnahme der schweizerischen Öffentlichkeit erzielt werden konnte.

Aufzeichnung von P. Languetin und P. R. Jolles vom 8. Februar 1974, dodis.ch/37664; *das Schreiben von P. R. Jolles an D. Gagnebin vom 28. März 1974,* dodis.ch/37665 *sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 24. Februar 1975,* dodis.ch/37666.

5. *Bericht von P. R. Jolles vom April 1975,* dodis.ch/37738. *Vgl. ferner die Notizen von P. R. Jolles und F. Leutwiler vom April 1975,* dodis.ch/37739.

6. *Zur Reise von P. R. Jolles und F. Leutwiler nach Bagdad und Teheran vgl. den Bericht von P. R. Jolles vom Dezember 1975,* dodis.ch/37667 *und das BR-Prot. Nr. 2179 vom 19. November 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#824*.

143

dodis.ch/38768

Telegramm des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an die schweizerische Botschaft in Moskau[1]

Bern, 25. April 1975

Ergänzen heutiges offenes Kabel[2] Gemischte Kommission intern nur für Euch wie folgt:

Primo. Erdgas. Hatten vergangene Woche unter Vorsitz Bundesrat Ritschard eingehende Aussprache[3] mit Interessenten (Industrie, Gaswirtschaft, Banken,

---

1. *Telegramm Nr. 83 (Empfangskopie):* CH-BAR#E2200.157-04#1988/213#194* (541.1(8)). *Erhalten:* 25. April 1975, 15.05 Uhr.

2. *Telegramm Nr. 6 von R. Probst an die schweizerische Botschaft in Moskau vom 25. April 1975, Doss. wie Anm. 1.*

3. *Vgl. dazu das Protokoll von B. K. Böhler und J.-P. Seuret vom 2. Mai 1975,* dodis.ch/38787.

Ingenieurbüros), die uns erlaubt, nun konkreter mit Sowjets über Bezüge in Achtzigerjahren zu verhandeln. Unser vorläufiges Ziel ist Schaffung schweizerisch-sowjetischer Arbeitsgruppe der Gemischten Kommission gemäss Art. 8 der Statuten[4] zwecks Vertiefung und Realisierung des Projekts. Bundesrat Ritschard, der an Gegenvisite Eröffnungsflug *Aeroflot* Zürich-Leningrad 12. Mai teilnimmt, ist bereit, als Energieminister persönlich in Moskau auf hoher Ebene bei der Euch hiefür zuständig erscheinenden Persönlichkeit (Energieminister[5]? Aussenhandelsminister[6]?) für uns im Hinblick auf nachfolgende Erörterungen in Gemischter Kommission Bresche zu schlagen[7]. Kabelt Euere Stellungnahme und treffet wenn möglich bereits nötige Verabredung.

Leningrader und Moskauer Programm für Ritschard hier noch nicht bekannt, kann aber wohl von Euch direkt bei *Aeroflot* oder Zivilluftfahrtministerium eruiert werden.

Secundo. Hinsichtlich Urananreicherung seitens der Kraftwerke momentan kein aktuelles Interesse. Dagegen Pflichtlagerhaltung und nationale Reserve an angereichertem Uran gegenwärtig in Prüfung. Möchten uns hiefür wenn möglich Versorgungsweg UdSSR offen halten[8]. Werden dies selbst vortragen. Euerseits vorderhand nichts zu unternehmen ausser Hinweis bei Staatskomitee, dass wir Sowjetseite über gegenwärtigen Stand der Uranfrage bei uns orientieren wollen.

Tertio. Sind über Präsidium Sowjetdelegation noch immer im Ungewissen. Erinnern an unser 2[9] und Euere provisorische Antwort 3[10] mit Namen Iastrebov. Wären für weitere Informationen dankbar. Betonen nochmals dass angemessenes Niveau sowjetischer Delegationsleitung für uns wesentlich[11].

---

4. *Für die Statuten der Gemischten schweizerisch-sowjetischen Kommission für wissenschaftlich-technische, industrielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. das BR-Prot. Nr. 775 vom 9. Mai 1973,* dodis.ch/38785. *Vgl. auch Dok. 34,* dodis.ch/38769.

5. *P. S. Neporoschni.*

6. *N. S. Patolitschew.*

7. *Zum Gespräch von W. Ritschard mit N. G. Ossipow vom 16. Mai 1975 vgl. die Notiz von W. Hold und R. Fässler vom 20. Mai 1975,* dodis.ch/38788.

8. *Vgl. dazu das Rundschreiben von H. R. Siegrist vom 19. Dezember 1974,* dodis.ch/38789.

9. *Telegramm Nr. 2 von R. Probst an die schweizerische Botschaft in Moskau vom 5. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Telegramm Nr. 3 von R. Fässler an R. Probst vom 12. März 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1195* (821).

11. *Zur dritten Session der Gemischten Kommission UdSSR-Schweiz vom 3.–5. Juni 1975 in Moskau vgl. die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 17. Juni 1975,* dodis.ch/38790. *Die sowjetische Delegation wurde von Je. S. Jastrebow geleitet. Vgl. dazu auch die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 23. Juni 1975,* dodis.ch/38791.

144

dodis.ch/39191

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst[1]

HOLDERBANK: PERU

Persönliche Aufzeichnung Bern, 28. April 1975

1. Kurz vor meiner Abreise an die Zweite UNIDO-Generalkonferenz in Lima[2] (2. Märzhälfte 1975) rief mich Dr. D. Widmer, Verwaltungsratsdelegierter der «Holderbank» Management und Beratung AG an, um mich für alle Fälle auf die 1972/73 erfolgte Verstaatlichung der *Cementos Lima SA* (CELIMA) aufmerksam zu machen. Für die Minderheitsbeteiligung von «Holderbank» an der Firma im Wert von 6 Mio. US$ ist noch keine Entschädigung erfolgt. Bitte an mich, die Angelegenheit, die natürlich auch unserer Botschaft bekannt ist, bei sich bietender Gelegenheit in Lima zur Sprache zu bringen.

Für Näheres vgl. Beilage 1 (Brief «Holderbank» samt zusammenfassenden Memorandum[3]).

2. Anlässlich eines Vortrags über «Aussenwirtschaftsprobleme der Schweiz»[4], den ich am 14. März vor dem «Consejo Economico Suiza-Peru» halte, treffe ich unseren mir schon von früher bekannten prominenten Landsmann *Carlos Mariotti*, der auch die Belange von «Holderbank» in Peru betreut[5]. Er überreicht mir zusätzliche Unterlagen über die im Gange befindlichen recht komplexen Verhandlungen (Empresas Electricas, Hidrandina SA, CELIMA etc.; Beilage 2[6]).

3. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender und Sprecher der westlichen Staatengruppe an der Konferenz verlange ich einige Tage später zur Besprechung einer Anzahl Punkte, an der die Konferenz festzufahren droht, eine Audienz beim Konferenzpräsidenten, dem peruanischen *Minister für Industrie und Tourismus*, Konteradmiral *Alberto Jimenez de Lucio*. Dabei ist eine der umstrittenen Fragen, die ich dem Minister vortrage, jene der Entschädigung bei Nationalisierungen, wofür die Entwicklungsländer prinzipiell nur die interne Gesetzgebung gelten lassen wollen, während wir auf das Völkerrecht (effektive und angemessene Entschädigung) zurückgreifen. Dies gibt mir Gelegenheit, das Problem anhand eines dem Minister bekannten konkreten Beispiels, eben der CELIMA in Peru zu illustrieren[7].

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4506* (C.41.157.0).
2. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an E. Vallotton vom 4. April 1975,* dodis.ch/39186 *sowie das BR-Prot. Nr. 352 vom 26. Februar 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#815*.
3. *Memorandum von B. S. Merten vom 7. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vortrag von R. Probst am Consejo Economico Suiza-Peru vom 14. März 1975,* CH-BAR#J1.301#2002/197#59* (51).
5. *Für frühere Treffen mit C. Mariotti vgl. die Notiz von E. Bischof vom 2. Februar 1973,* dodis.ch/39188.
6. *Memorandum vom 29. Januar 1975, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von H. Vogt an M. Gelzer vom 15. Mai 1974,* CH-BAR#E2001E-01#

Dabei gebe ich der Erwartung der schweizerischen Behörden und meiner «persönlichen Überzeugung» Ausdruck, dass ein Land mit juristischen Traditionen wie Peru, das der lateinamerikanischen Welt angehört, wo die Legalität seit jeher eine wichtige Rolle spielt, bestimmt einen Weg finden wird, um die schweizerischen Interessen angemessen (und transferierbar) zu entschädigen. Der Minister widerspricht dem nicht, freilich auch ohne ausdrücklich zuzustimmen. Jedenfalls kann er sich der Erkenntnis nicht entziehen, dass die offizielle Schweiz die Angelegenheit kennt, ihr Bedeutung beimisst und eine Lösung erwartet.

4. Ich habe Herrn Mariotti noch vor meiner Abreise aus Peru orientieren können. Er ist über diese Schützenhilfe froh. Ebenso habe ich dieser Tage Dr. Widmer, Holderbank telefonisch informiert. Er hat sich angelegentlich bedankt.

1987/78#4493* (B.34.66).

145

dodis.ch/39510

Der Chef des Integrationsbüros, F. Blankart, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

KÜNDIGUNG DES FREIHANDELSABKOMMENS[2] (MOTION SCHWARZENBACH, NR. 75326, VOM 3. 3. 75[3])

[Bern,] 29. April 1975

Die Motion verlangt vom Bundesrat, den Vertrag mit unserem wichtigsten Aussenhandelspartner der momentan bestehenden Budget-Schwierigkeiten wegen zu kündigen.

Das Freihandelsabkommen fügt sich nahtlos in unsere Aussenwirtschaftspolitik ein, die der Abhängigkeit unserer industriellen Produktion vom Absatz auf Auslandmärkten Rechnung tragen muss. In den benachbarten Ländern der Europäischen Gemeinschaft setzt die Schweiz fast die Hälfte ihrer Exporte ab, Frucht jahrzehntelanger Anstrengungen. Die nach einer Kündigung automatisch erfolgende Wiedererrichtung der hohen EG-Zollschranken würde diesen Absatz auf schwerste gefährden. Die Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaft und damit auf die Beschäftigungslage wäre äusserst negativ in einer

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7113A#1989/1#91* (774.190).
2. *Zum Freihandelsabkommen der Schweiz mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Vgl. ferner zu den Verhandlungen DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775. *Zum Stand der Beziehungen vgl. DDS, Bd. 26, Dok. 173,* dodis.ch/39512.
3. *Für die Motion und deren schriftliche Beantwortung durch den Bundesrat vgl. das BR-Prot. Nr. 917 vom 21. Mai 1975,* dodis.ch/39857. *Vgl. dazu ferner die Notiz von F. Blankart an P. R. Jolles und P. Languetin vom 27. März 1975,* dodis.ch/39856.

Zeit des Konjunkturniedergangs[4], der Währungsunruhen[5] sowie der Störungen der Energie- und Rohstoffzufuhr[6].

Der das Budget beeinträchtigende Zollausfall[7] ist wesentlich niedriger als in der Botschaft[8] zum vom Volk und Ständen gebilligten Abkommen angenommen wurde. Des weitern beträgt er für das Jahr 1975 nur 1/3 des gesamten, vom internationalen Zollabbau herrührenden Minderertrages.

Mit dem Zoll wird nicht – wie Nationalrat Schwarzenbach impliziert – dem Ausland ein Geschenk gemacht, sondern im Inland werden weniger indirekte Steuern erhoben. In der Botschaft zum Freihandelsabkommen wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die aus dem Zollabbau herrührenden Mindereinnahmen in geeigneter Weise kompensiert werden müssen, konsequenterweise durch den Ausbau der Verbrauchs-Steuer.

Die Voraussetzungen der Motion sind illusionär: Die nach einer Kündigung des FHA eingehenden höheren Zolleinnahmen stünden in keinem Verhältnis zum Verlust an Steuer-Substanz, der auf Grund des zu erwartenden Wirtschaftsrückgangs eintreten müsste.

---

4. *Vgl. dazu das BR-Prot Nr. 1872 vom 25. November 1975,* dodis.ch/39718; *das Protokoll Nr. 1338 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 19. Dezember 1974,* dodis.ch/39579. *Vgl. ferner Dok. 170,* dodis.ch/39508 *sowie das BR-Prot. Nr. 345 vom 26. Februar 1975,* dodis.ch/39719.

5. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/39503; *Dok. 7,* dodis.ch/39504; *Dok. 36,* dodis.ch/37675; *Dok. 117,* dodis.ch/39505; *sowie Dok. 123,* dodis.ch/39500.

6. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 917 von 21. Mai 1975,* dodis.ch/39857 *sowie die Notiz von M. Baldi vom 28. Januar 1975, Doss. wie Anm. 1.*

8. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung der Abkommen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften *vom 16. August 1972, BBl, 1972, II, S. 653–999.*

146

dodis.ch/38309

Der schweizerische Botschafter in Warschau, P. A. Nussbaumer, an den Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, E. Thalmann, und den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Vertraulich Warschau, 13. Mai 1975

Wie ich Ihnen mitteilte, bin ich bereits am vergangenen Mittwoch, also eine Woche nach Ankunft in Warschau, vom Präsidenten[2] des Staatsrates zur Übergabe meines Beglaubigungsschreibens empfangen worden. Tags vorher

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2024-02A#1999/137#1818* (a.215P). *Visiert von E. Thalmann. Kopie an das Politische Sekretariat und die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements.*

2. *H. Jabłoński.*

hatte ich den Aussenminister[3] aufsuchen können. Von beiden Herren wurde ich betont zuvorkommend, ja freundschaftlich begrüsst und in Polen willkommen geheissen. Die Unterredung bei Herrn Jabłonski dauerte 50 Minuten, bei Herrn Olszowski etwas weniger lang.

In den kommenden Wochen werde ich die aufgeworfenen Fragen mit den sachlich zuständigen Mitarbeitern meiner Gesprächspartner näher erörtern und Ihnen, soweit erforderlich, über diese weiteren Gespräche berichten[4]. Um Ihnen indessen schon jetzt ein Bild darüber zu vermitteln, wie der Staatschef und der Aussenminister – deren Ausführungen aufeinander abgestimmt waren – die Akzente setzten, seien im folgenden die angeschnittenen Themen stichwortweise aufgezählt (ich verzichte auf die Wiedergabe meiner eigenen, auf der Hand liegenden Stellungnahmen):

– Zwischen der Schweiz und Polen bestehen ungetrübte Beziehungen[5]. Der Staatschef holte als Historiker zu einem längeren Exkurs in die Geschichte aus und lobte die Verdienste unseres Landes um die polnischen Emigranten und Internierten im 19. Jh. und während der beiden Weltkriege[6]. Es fielen einige kritische Bemerkungen zur Berichterstattung einzelner schweizerischer Blätter über Polen, wobei von Herrn Jabłonski auch die NZZ erwähnt wurde (dies zu meiner Überraschung, da mir die letzten Berichte dieser Zeitung als relativ ausgewogen erschienen sind.)
– Von beiden Herren, aber ohne viel Insistenz, wurde auf die Wünschbarkeit eines baldigen Abschlusses der KSZE[7] hingewiesen.
– Mit umso mehr Nachdruck unterstrichen meine Gesprächspartner ihr Interesse am Abbau des stetig anwachsenden polnischen Handelsbilanzdefizites gegenüber der Schweiz[8]. Wenn ich die Zeichen richtig lese, wird in den kommenden Monaten keine der zuständigen polnischen Amtsstellen das Thema unerwähnt lassen. Diese Haltung darf nicht überraschen; wer die Statistiken über die Entwicklung des gegenseitigen Handels verfolgt hat, muss sich im klaren darüber sein, dass die Devisenbeschaffung für Polen, das jetzt nahezu die Hälfte seines Aussenhandels mit westlichen Industrieländern abwickelt, zu einem schwierig zu bewältigenden Problem wird. Dies umso

---

3. *St. Olszowski.*

4. *Zum Besuch bei J. Olszewski vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an P. R. Jolles vom 10. Juli 1975,* dodis.ch/38357.

5. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von C. Caratsch und G. F. Pedotti vom 21. Januar 1974,* dodis.ch/38370; *den Schlussbericht von P. Frochaux vom 24. Februar 1975,* dodis.ch/38401 *sowie das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Politische Direktion des Politischen Departements vom 3. November 1975,* dodis.ch/38363.

6. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Frochaux an E. Thalmann vom 7. Dezember 1973,* dodis.ch/38353 *sowie die Notiz von C. Caratsch vom 17. Dezember 1973,* dodis.ch/38360.

7. *Zur Vorbereitungskonferenz (und zur ersten Phase) der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 32,* dodis.ch/38816 *und zu den Verhandlungen der KSZE währen der zweiten Phase in Genf vgl. Dok. 57,* dodis.ch/38848 *sowie Dok. 89,* dodis.ch/38858. *Zur polnischen Haltung zur KSZE-Schlusskonferenz vgl. den Politischen Bericht Nr. 10 von P. A. Nussbaumer vom Oktober 1975,* dodis.ch/38381.

8. *Vgl. dazu Anm. 5; Dok. 27,* dodis.ch/38361 *sowie die Notiz von L. Roches an R. Probst vom 17. Januar 1974,* dodis.ch/38355.

mehr, als die nationalen Bedürfnisse nicht mehr einfach zu Gunsten des Exportes vernachlässigt werden dürfen. Der Staatschef erkundigte sich eingehend nach den Möglichkeiten einer intensivierten industriellen Kooperation. Das Thema Kreditgewährung wurde von keiner Seite erwähnt.
- Mit Genugtuung wurde auf die guten schweizerisch-polnischen Kontakte im kulturellen Sektor hingewiesen[9].
- Der Staatschef wünscht sich eine Verstärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit[10]. Ein Rahmenabkommen sei hierzu nicht erforderlich («es herrschen hier andere Verhältnisse als in der UdSSR»)[11]; was er als besonders wichtig erachtet, sind direkte Beziehungen zwischen Universitäten, wissenschaftlichen Vereinigungen, Dachorganisationen, usw.
- Vom Aussenminister wurde die Frage der langen Vakanz auf der polnischen Botschaft in Bern angeschnitten und erwähnt, man sei sich polnischerseits dieses Problems bewusst und werde sich beeilen, es «bald» zu lösen[12].

In den am Schluss der Unterredung mit dem Staatschef der allgemeinen Weltlage gewidmeten Gedanken äusserte dieser die Meinung, ohne mehr Toleranz liessen sich die bestehenden Spannungen, Krisenherde und kriegerischen Verwicklungen nicht abbauen. Diese Worte spiegeln recht gut das Dilemma, um nicht zu sagen die Tragik eines Landes, das, als Folge einer langen geschichtlichen Entwicklung klar nach Westen orientiert, aus geopolitischen Gründen zu einem seiner Natur in vielem zuwiderlaufenden Verhalten gezwungen wird.

9. *Vgl. Anm. 5 und 6.*
10. *Vgl. Anm. 5.*
11. *Zu den wissenschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 172,* dodis.ch/35655.
12. *Vgl. dazu das Schreiben von P. A. Nussbaumer an E. Thalmann vom 11. November 1975,* dodis.ch/38371.

147

dodis.ch/39140

Notiz des stv. Chefs der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, A. R. Hohl[1]

Gespräch mit Botschafter Pham Van Ba (GRP)

Vertraulich Bern, 13. Mai 1975

1. Der Unterzeichnete empfing auf dessen dringlichen Wunsch hin am Auffahrtstag den in Paris residierenden Vertreter des GRP, Botschafter Pham Van Ba. Van Ba leitet bekanntlich auch das GRP-Büro in Genf. Er war in Begleitung eines bei letzterem tätigen Mitarbeiters, Nguyen Vinh My. Da am 8. Mai alle

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5407* (B.15.11.2). *Kopie an E. Thalmann, R. Keller, J. Iselin, F. de Ziegler, P.-Y. Simonin, F. Dubois, P. Luciri und A. Rüegg.*

Büros geschlossen waren, fand die Unterhaltung bei einem Mittagessen statt. Der Unterzeichnete fuhr mit seinen Gästen ins Rüttihubelbad im Emmenthal. Die Landpartie fand bei den beiden Vietcongs ein sehr positives Echo.

2. Hauptanliegen B*[a]*'s. war die Festlegung einer Prozedur für die möglichst *baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen*[2]. *B[a]* besitze diesbezüglich ein Verhandlungsmandat. Dieses sei gültig für die Schweiz, für Frankreich und für sämtliche EWG-Staaten. Hinsichtlich der Schweiz sei man indessen *ganz besonders* interessiert und in Eile. Weshalb? Weil man die Diversifikation der Aussenbeziehungen anstrebe und nach unverfänglichen neuen Partnern suche. Wieso nicht beispielsweise Holland? Weil verschiedene Drittstaaten, so auch Holland, sich *vor* dem Fall Saigons[3] zu keinerlei Geste gegenüber dem GRP bereit gefunden hätten. Man kann daraus wohl den Schluss ziehen, dass unsere Bewilligung des GRP-Büros in Genf beim GRP eine positive Stimmung gegenüber der Schweiz geschaffen hat[4].

3. Ich verwies Van Ba auf das gleichentags vom EPD publizierte Vietnam-Presscommuniqué[5] und präzisierte, dass beabsichtigt sei, letzteres durch unseren Geschäftsträger in Saigon[6] dem dortigen Aussenministerium in Notenform[7] überreichen zu lassen. B*[a]* nahm von dieser Absicht sehr befriedigt Kenntnis, meinte aber, dass Saigon gegenwärtig unter Militärverwaltung stehe und unser Vertreter Mühe haben dürfte, zivile Gesprächspartner zu finden[8]. B*[a]* schlug vor, die gleiche Note via unsere Botschaft in Paris ihm übermitteln zu lassen, da er selber als Sonderbeauftragter seiner Regierung für dieses wichtige Problem fungiere. Ich sagte B*[a]* eine positive Prüfung seines Vorschlags durch unser Departement zu. (Die gewünschten Instruktionen an Paris[9] wurden bereits am

---

2. *Zu den Kontakten mit der provisorischen revolutionären Regierung Südvietnams (GRP) vgl. die Notizen von A. R. Hohl vom 18. November 1974,* dodis.ch/39132; *vom 14. Januar 1975,* dodis.ch/39134; *vom 31. Januar 1975,* dodis.ch/39135 *sowie vom 11. April 1975,* dodis.ch/39137. *Zu den Beziehungen mit Südvietnam vgl. den Schlussbericht von G. de Dardel vom 18. September 1974,* dodis.ch/39131. *Zu den Beziehungen mit Nordvietnam vgl. das Schreiben von A. Simon an E. Thalmann vom 15. April 1973,* dodis.ch/39155; *das Schreiben von F. Châtelain an P. R. Jolles vom 27. Februar 1974,* dodis.ch/39172; *die Notiz von P. Luciri an P. Graber vom 15. Mai 1974,* dodis.ch/39156; *das Schreiben von M. Leu an P. R. Jolles vom 17. Juli 1974,* dodis.ch/39174; *das Schreiben von F. Châtelain an P. Graber vom 12. November 1974,* dodis.ch/39157; *die Notiz von A. Rüegg vom 16. Juli 1975,* dodis.ch/39158 *sowie das BR-Prot. Nr. 2298 vom 4. Dezember 1975,* dodis.ch/39159.

3. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 57 der schweizerischen Botschaft in Jakarta an das Politische Departement vom 25. April 1975,* dodis.ch/39138; *die Notiz von J. Iselin an P. Graber vom 29. April 1975,* dodis.ch/39148 *sowie das Schreiben von J. Holzer an E. Thalmann vom 15. Mai 1975,* dodis.ch/39149.

4. *Vgl. dazu die Notiz von A. R. Hohl vom 31. Januar 1975,* dodis.ch/39135.

5. *Mitteilung des Bundesrats vom 7. Mai 1975, Doss. wie Anm. 1.*

6. *J. Holzer.*

7. *Telegramm Nr. 61 von J. Iselin an die schweizerische Botschaft in Saigon vom 7. Mai 1975, Doss. wie Anm. 1.*

8. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Billieux an die Politische Direktion vom 25. November 1975,* dodis.ch/39145.

9. *Telegramm Nr. 134 von J. Iselin an die schweizerische Botschaft in Paris vom 9. Mai 1975, Doss. wie Anm. 1.*

Freitag erteilt). B*[a]* meinte, dass wir bald mit einer zustimmenden Antwort[10] rechnen könnten: «La Suisse est sur les premiers rangs». Lachend erzählte er, dass der französische Aussenminister am Mittwoch von Parlamentariern gefragt worden sei, weshalb sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und dem GRP hinauszögere. Sauvagnargues habe ausweichend geantwortet und alsdann sofort Van Ba zu sich bestellt. B*[a]* musste antworten lassen, dass er sich «auf einer wichtigen Mission in Bern» befinde! Die Audienz in Quai d'Orsay wurde deshalb auf Freitag, den 9. Mai verschoben. «Vous voyez l'importance que nous donnons à la Suisse»!

B*[a]* kam noch auf Japan zu sprechen, das die GRP-Regierung sehr schnell anerkannt habe: «Mais nous nous méfions des Japonais et nous ne sommes donc pas pressés pour l'établissement de relations diplomatiques».

4. Im Zusammenhang mit diesem Misstrauen gegenüber Japan erinnerte B*[a]* an unsere Präzisionsindustrie, an welcher Saigon sehr interessiert sei. Aus politischen Gründen könnten wir hier einen erheblichen Vorsprung auf unseren Hauptkonkurrenten gewinnen[11]. Das GRP sei auf schweizerische Investitionen sehr erpicht. Potentiellen Interessenten könne er jede Garantie abgeben. Ich nahm die Gelegenheit wahr, B*[a]* darzulegen, wie wichtig es in diesem Zusammenhang wäre, den Nestlé-Direktor in Saigon[12] von falschen Anschuldigungen (angebliche Erschiessung von drei vietnamesischen Soldaten) freizusprechen. Antwort: «ne craignez rien, j'ai déjà rassuré la direction de Nestlé».

5. Nebenbei machte ich B*[a]* auf die Notwendigkeit aufmerksam, den vertraulichen Charakter unserer Gespräche zu wahren. B*[a]* ist sich dessen voll bewusst. Er hat mit Nationalrat Ziegler nie über diese Kontakte gesprochen. Ziegler scheint seine «Weisheit» somit seinerzeit von Casella bezogen zu haben[13].

---

10. *Note der permanenten Mission der provisorischen revolutionären Regierung in Paris an die schweizerische Botschaft in Paris vom 4. Juni 1975, Doss. wie Anm. 1. Zum weiteren Verlauf vgl. die Aufzeichnung von J. Iselin vom 6. August 1975,* dodis.ch/39143; *die Notiz von A. Rüegg vom 19. November 1975,* dodis.ch/39144; *das Schreiben von P. Billieux an E. Thalmann vom 22. Dezember 1975,* dodis.ch/39146; *das Telegramm Nr. 259 der schweizerischen Botschaft in Paris an E. Thalmann und J. A. Iselin vom 23. Juni 1975, Doss. wie Anm. 1 sowie die Pressemitteilung des Politischen Departements vom 25. Juni 1975, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Zur japanischen Konkurrenz auf dem Uhrenmarkt vgl. die Notiz von R. Grossenbacher vom 24. Dezember 1975,* dodis.ch/39767.

12. *H. Stalder.*

13. *Vgl. den Artikel in der Tribune de Genève vom 30. April 1975, Doss. wie Anm. 1. Zum Kontakt von A. Casella mit Phạm Văn Ba vgl. die Notiz von A. R. Hohl vom 15. Januar 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#411* (B.25.60.17).

148

dodis.ch/34236

Notiz des Präsidenten der Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung, A. Weitnauer[1]

[Bern,] 15. Mai 1975

Der Sitzung[2] über das weitgespannte Thema der Möglichkeiten und Grenzen der schweizerischen Aussenpolitik in einer sich wandelnden Welt war ein voller Erfolg beschieden. Es ist den beiden Referenten, Professor Frei und Botschafter Thalmann, zu danken, wenn sie für die reichlich benutzte Diskussion eine Basis schufen, die eine Beleuchtung aller Aspekte des Gegenstandes erlaubte.

Professor Frei hat sein Thema auf sehr originelle Art behandelt, systematisch und doch wirklichkeitsbezogen, ohne trotz aller Behutsamkeit in der Setzung der Akzente mit seiner eigenen Meinung hinter dem Berge zu halten[3]. Botschafter Thalmann lieferte ganz aus der Sicht des Praktikers eine wertvolle Ergänzung, vom Bestehenden ausgehend und gleichzeitig in die Zukunft blickend[4]. Die Lektüre beider Referate bildet den unerlässlichen Ausgangspunkt für die Kenntnisnahme der Voten der übrigen Sitzungsteilnehmer[5].

Die Diskussion war weitgehend von zwei Polen bestimmt: der Notwendigkeit, die aussenpolitischen Interessen der Schweiz in einer immer komplexeren Welt optimal zur Geltung zu bringen einerseits, und andererseits der Schwierigkeit, dem wachsenden Wunsch von Parlament und Volk, sein Wort mitzureden, Rechnung zu tragen. Hier ging das Spektrum der Ansichten von einer eher skeptischen Beurteilung (Professor Hofer, Ständerat Grosjean, alt Bundesrat Wahlen) zu dem Ausdruck des Vertrauens, dass bei einer zielbewussten Anstrengung von Bundesrat, Parteien und anderen Bildnern der öffentlichen Meinung noch sehr viel mehr als heute erreicht werden kann, um das Volk zum Mitgehen mit einer klar konzipierten, den inneren Gegebenheiten sowohl als den auswärtigen Interessen der Schweiz Rechnung tragenden Politik zu veranlassen (Bundesrat Brugger, Redaktor Béguin u. a.).

Während Botschafter Rüegger sich zum Sprecher einer wohldurchdachten Rechtfertigung der überlieferten Maxime von «Neutralität und Solidarität» macht und in ihr die gegebene Grundlage für unsere Bemühungen um ein besseres Verständnis unserer Verhältnisse bei den Grossmächten sieht, beleuchten andere Redner wichtige Sonderaspekte unserer Aussenpolitik. So Bundesrat Spühler die Frage des Image der Schweiz im Ausland[6], das nach wie vor stark

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E9500.225#1996/436#2*.
2. *Für die Sitzung der Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung vom 5. April 1975 vgl. das Protokoll von F. Chappuis und Ch. Blickenstorfer,* dodis.ch/34216.
3. *Für das Referat von D. Frei vom 5. April 1975 vgl.* dodis.ch/34216.
4. *Für das Votum von E. Thalmann vgl. Anm. 2.*
5. *Anwesende Mitglieder: B. Béguin, J. Freymond, C. Gasteyger, C. Grosjean, W. Hofer, R. Meylan, P. Micheli, P. Ruegger, M. Troendle, E. Uhlmann, F. T. Wahlen. Eingeladen waren zudem: E. Brugger, P. Graber, H. Schaffner und W. Spühler.*
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 117,* dodis.ch/31341 *sowie DDS, Bd. 26, Dok. 135,* dodis.ch/40560.

von Klischeevorstellungen bestimmt wird, die allerdings überwiegend positiv sind. Der gleiche Redner sieht hinter der Notwendigkeit der Aufklärung des Schweizervolkes über internationale Zusammenhänge das tiefer liegende Problem der gestörten Beziehungen des Volkes zum Staate, was die Innen- so gut wie die Aussenpolitik betrifft. Nicht zuletzt darum ist die Verankerung einer aussenpolitischen Konzeption in der schweizerischen Öffentlichkeit nicht gelöst[7].

Bundesrat Wahlen und der Vorsitzende äussern sich zu der leidigen Frage, wie eine gradlinige, von den Landesinteressen bestimmte Aussenpolitik trotz der wechselnden Emotionen des Parlamentes und des Volkes durchgesetzt werden kann. Botschafter de Ziegler beschäftigt vor allem die aussenpolitische Aufklärung nicht nur der schweizerischen Stimmbürger, sondern vor allem die des Auslandes über die Schweiz, wo zweifellos noch mehr getan werden kann.

Professors Gasteygers Kommentare haben ebenfalls die Frage der Aufklärung zum Mittelpunkt, deren Probleme er in noch anderen Aspekten beleuchtet (Gegensatz zwischen leichterer Regierbarkeit des Kleinstaates und grösserer Schwierigkeit, die Aussenpolitik eines solchen Landes zu führen, Wecken des Verständnisses für den Vorrang der langfristigen vor den kurzfristigen aussenpolitischen Interessen, Wichtigkeit einer klaren politischen Führung).

Auf einen erfreulichen und ganz praktischen Aspekt verweisen sowohl Botschafter Probst wie Nationalrat Hofer, indem sie erläutern, wie – sei es in der UNIDO[8], sei es im Europarat[9] – die Möglichkeit der Leistung guter Dienste durch die Delegierten der neutralen Schweiz noch immer eine lebendige Realität ist.

Professor Freymond hebt den nach seiner Ansicht bestehenden Vorrang der traditionell-historischen Betrachtung der Aussenpolitik vor der politologischen Methode hervor. In historischer Sicht sind unsere Probleme nicht so neu wie sie scheinen. Herr Freymond beklagt das mangelnde Interesse des überwiegenden Teiles der schweizerischen öffentlichen Meinung einschliesslich der Eliten an aussenpolitischen Fragen. Dies soll uns aber nicht daran hindern, unverdrossen auf eine Verbesserung der Lage hin zu arbeiten.

In seinem Schlussvotum legt Professor Frei noch einmal den Hauptakzent auf die Weckung des Interesses im Schweizervolk für aussenpolitische Probleme, für ein Ernstnehmen dieser Probleme. Auch wenn es innenpolitisch nicht lohnend ist, muss unsere politische Führerschaft entschlossen die Pflicht auf sich nehmen, die unausweichlich wachsende Bedeutung der Aussenpolitik auch für die Schweiz aktiv zu bekunden. Es sollte nicht zu einem aussenpolitischen Interessenverzicht aus Angst vor dem Volk kommen.

Wiederum sei das gesamte Protokoll, dessen Inhalt hier nur angedeutet werden konnte, angelegentlichst zur Lektüre empfohlen.

---

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 52,* dodis.ch/35368.
8. *Vgl. dazu Dok. 144,* dodis.ch/39191.
9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 178,* dodis.ch/35765.

149

dodis.ch/38928

Notice interne de la Division politique I du Département politique[1]

VISITE À BERNE DE M. DAVID ANDERSON, DIRECTEUR DU BUREAU DE L'EUROPE CENTRALE AU DÉPARTEMENT D'ÉTAT, WASHINGTON

[Berne,] 2 juin 1975

Le 30 mai, les questions d'ordre bilatéral en suspens entre les deux pays ont été discutées par le visiteur (A), accompagné de M. Odell, Conseiller de l'Ambassade des États-Unis à Berne, et de l'Ambassadeur Müller (MCH), accompagné du soussigné.

À titre liminaire, A*[nderson]* a déclaré être conscient de l'importance que revêtait pour la Suisse la question du *fromage*, dont il avait parlé en détail, le 29 mai, avec l'Ambassadeur Jacobi[2]; MM. Simon et Butz ayant été informés en détail de la question, on peut s'attendre à ce qu'une décision soit prise bientôt.

1. A*[nderson]* soulève la question de la ratification de l'*accord d'assistance judiciaire*[3] et s'enquiert des réactions suisses à la note américaine du 13 mars[4] proposant un échange de notes précisant les procédures à appliquer en ce qui concerne les dépositions sous serment. Le Département d'État estime ne pouvoir soumettre l'Accord au Sénat, pour approbation, qu'après que ce point aura été précisé.

M*[üller]* Ch*[arles]* indique que la démarche américaine du 13 mars nous a plongés dans un certain embarras, intervenant à une date où la procédure d'approbation parlementaire de l'Accord et du projet de loi fédérale suisse est engagée. Il n'y a pas de difficultés sur le fond du problème, de sorte qu'on peut espérer trouver une solution pour satisfaire à la demande américaine, dès que la procédure parlementaire aura pris fin (session de juin). Il est cependant impossible de préciser aujourd'hui quelle serait cette solution, le Conseil fédéral devant se prononcer à ce sujet. Elle serait sans doute plus facile à trouver si la proposition américaine d'échange de notes ne faisait pas état de *divergences* ou *possibilités de conflit* entre l'art. 12 alinéa 1 de l'Accord et l'art. 26 alinéa 2 du Projet de loi fédérale[5].

Du côté américain, on exprime l'intention d'attendre l'approbation des textes soumis au Conseil des États et de reprendre à ce moment la proposition à la lumière de ce qui a été dit aujourd'hui.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1585* (B.15.21.). *Rédigée et signée par C. Caratsch. Copie à J. Monnier, F. Bohnert, F. R. Stähelin, K. Jacobi, M. Jaccard et l'Ambassade de Suisse à Washington.*

2. *Sur cette question, cf. aussi les télégrammes N° 121 et N° 136 de la Division du commerce du Département de l'économie publique à l'Ambassade de Suisse à Washington du 21 novembre 1974,* dodis.ch/38948 *et du 13 décembre 1974,* dodis.ch/38950.

3. *Cf. doc. 109,* dodis.ch/38960.

4. *Aide-mémoire de l'Ambassade des États-Unis à Berne du 12 mars 1975, remis le 13 mars 1975 par R. Rand,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1285* (B.14.21.3.1).

5. *Cf. doc. 109,* dodis.ch/38960, *note 3.*

2. A*[nderson]* se renseigne sur l'état de la question de l'achat d'*avions F-5-E*. M*[üller]* Ch*[arles]* indique que la procédure d'évaluation est encore en cours; le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale devront encore se prononcer, le moment venu, sur la proposition qui sera faite[6]. La question des compensations commerciales jouera un grand rôle à cet égard. A*[nderson]* précise que des préparatifs sont en cours au Département d'État pour établir, d'entente avec le Département de la Défense, un memorandum constituant une déclaration d'intention à cet égard. Apprenant que des compensations de l'ordre de 25% du montant total seraient considérées comme insuffisantes du côté suisse, il désirerait connaître le taux demandé; M*[üller]* Ch*[arles]* estime que 50% seraient un chiffre plus adéquat (en conformité avec la discussion du 27 mai entre l'Ambassadeur de Suisse à Washington[7] et M. Flatin du State Department).

3. M*[üller]* Ch*[arles]* fait état des réclamations suisses au titre des *mesures américaines de séquestration*[8] et notamment de l'aide-mémoire remis le 3 mai 1974 au State Department[9]. A*[nderson]* a connaissance de cette affaire et qualifie le document suisse de remarquable exposé juridique. Pour sa part, il ne voit guère quels arguments pourraient être opposés à la proposition suisse. Il s'engage à relancer à son retour à Washington les divers services fédéraux concernés, et en premier lieu le Département de la Justice.

4. M*[üller]* Ch*[arles]* rappelle aussi la question du *service militaire des ressortissants suisses aux États-Unis*[10]. A*[nderson]*, qui a discuté à diverses reprises de cette question avec l'Ambassade de Suisse, estime que les possibilités du State Department seraient pratiquement inexistantes pour modifier la situation actuelle. Il est d'avis que l'on devrait plutôt s'efforcer, du côté suisse, à convaincre un Sénateur de déposer un «private bill» au Congrès pour parvenir au résultat recherché ou, du moins, sonder les réactions des parlementaires sur cette question.

M*[üller]* Ch*[arles]* se demande s'il n'y aurait pas une possibilité de modifier la situation en obtenant une révision de l'opinion de l'Attorney général[11] du 1er avril 1968. A*[nderson]* concède que cela pourrait être tenté et consultera le Jurisconsulte du Département d'État[12] à ce propos. La personnalité libérale du Ministre de la Justice[13] actuel et ses bonnes relations personnelles avec le

---

6. *Sur le financement des avions, cf. le PVCF N° 1202 du 2 juillet 1975,* CH-BAR#E1004.1# 1000/9#820*. *Sur l'accord de compensation de cette affaire, cf. doss.* CH-BAR#E2200.36# 1996/251#363* (334.1).

7. *F. Schnyder.*

8. *Cf. doc. 73,* dodis.ch/38967.

9. *Aide-mémoire de l'Ambassade de Suisse à Washington au Ministère des Affaires étrangères des États-Unis du 3 mai 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1658* (B.52.31.0).

10. *Cf. DDS, vol. 1, doc. 481; DDS, vol. 19, doc. 117,* dodis.ch/9225; *DDS, vol. 20, doc. 81,* dodis.ch/11260 *et doc. 128,* dodis.ch/11355; *DDS, vol. 21, doc. 24,* dodis.ch/14868 *et doc. 136,* dodis.ch/14961 *et DDS, vol. 23, doc. 16,* dodis.ch/30942; *DDS, vol. 24, doc. 37,* dodis.ch/33132 *et la lettre de F. Schnyder à E. Thalmann du 21 avril 1975,* dodis.ch/38932.

11. *R. Clark. Cf. la notice de M. Gelzer à W. Spühler du 26 avril 1968,* dodis.ch/33969.

12. *G. H. Aldrich.*

13. *E. Levi.*

Secrétaire d'État[14] pourraient autoriser certaines espérances.

5. M*[üller]* Ch*[arles]* mentionne enfin la note que notre Ambassade vient de remettre au Département d'État au sujet du *trafic aérien entre les deux pays*[15]. Si les questions relatives à la répartition du trafic ont été réglées directement entre les compagnies aériennes intéressées, il convenait cependant, à notre sens, de rappeler les principes généraux qui doivent régir le trafic aérien international, et en premier lieu le principe de la libre concurrence entre sociétés commerciales. A*[nderson]* s'abstient de s'exprimer à cet égard.

---

14. *H. Kissinger.*

15. *Note de l'Ambassade de Suisse à Washington au Ministère des Affaires étrangères des États-Unis du 10 mai 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1760* (831). *Cf. aussi le PVCF N° 1843 du 20 novembre 1974,* dodis.ch/38981.

150

dodis.ch/39074

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BEZIEHUNGEN ZUR DDR

Bern, 3. Juni 1975

Aus Kreisen der Republikanischen Bewegung wurde dem Bundesrat in letzter Zeit verschiedentlich vorgeworfen, er vertrete die schweizerischen Interessen gegenüber der DDR nicht mit der nötigen Härte[2]. Dazu ist zu sagen, dass zwar unsere Beziehungen mit der DDR auf manchen Gebieten unbefriedigend sind, dass aber der Bundesrat und unsere Diplomatie selbstverständlich die Wahrung der schweizerischen Interessen auf *allen* Gebieten mit allem Nachdruck verfolgen.

1. Das Politische Departement widmet sich seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen[3] energisch der Frage der Entschädigung für konfiszierte schweizerische Vermögenswerte. Es haben bereits zwei Verhandlungsrunden stattgefunden und eine dritte ist für diesen Herbst vorgesehen[4]. Die Materie

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4691* (B.15.21). *Verfasst und unterzeichnet von Ch. Müller* für die Behandlung des Geschäftsberichts in den beiden Räten. *Vgl. dazu den* Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1974 *vom 3. März 1975. Zur Diskussion des Berichts des Politischen Departements im Ständerat an der Sitzung vom 4. Juni 1975 vgl. Amtl. Bull. SR, 1975, S. 266–270, zur Diskussion im Nationalrat an der Sitzung vom 18. Juni 1975 vgl. Amtl. Bull. NR, 1975, S. 924–933.*

2. *Vgl. dazu die Kritik in der Presse z. B. die Solothurner Zeitung vom 16. Mai 1975 oder Der Oberthurgauer vom 28. Mai 1975, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Punkt 1 sowie Dok. 181,* dodis.ch/38920.

3. *Vgl. dazu Dok. 39,* dodis.ch/38849, *Anm. 8.*

4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 181,* dodis.ch/34373; *die Notiz von F. Moser vom 5. Dezember 1973,* dodis.ch/39264; *das BR-Prot. Nr. 1760 vom 13. November 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#812* *sowie die Notiz von F. Moser vom 2. Dezember 1974,* CH-BAR#E2010A#1999/250#5911*

ist äusserst kompliziert und es handelt sich um tausende von Fällen, sodass der Verhandlungsrhythmus als normal bezeichnet werden kann (siehe beiliegende Antwort[5] auf Einfache Anfrage Schwarzenbach).

2. Kürzlich wurde zwischen der DDR und der Schweiz ein Luftfahrtabkommen[6] paraphiert, das ebensosehr im Interesse unseres Landes wie der DDR liegt (Swissair).

3. Über den Abschluss eines Handelsabkommens[7] hat ebenfalls eine erste Verhandlungsrunde stattgefunden, die nächstens fortgesetzt werden soll. Die schweizerische Wirtschaft ist angesichts der gegenwärtigen Konjunkturlage und der Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr daran interessiert, dass durch den baldigen Abschluss eines Handelsabkommens die Exportmöglichkeiten nach der DDR vermehrt ausgenützt werden können[8].

4. Auf humanitärem Gebiet verfolgt das Departement verschiedene Forderungen, doch ist leider bisher auf diesem Gebiet kein grosser Fortschritt zu verzeichnen. Es handelt sich um die Ausreisebewilligungen der Familien von Schweizern in der DDR, von denen die meisten Angehörigen Doppelbürger sind, oder um die Ausreise von Angehörigen der DDR zwecks Heirat mit Schweizerbürgern. Es wurden in dieser Hinsicht zahlreiche Demarchen sowohl direkt durch das Politische Departement wie auch durch die Botschaft in Berlin und die Schweizerische Delegation bei der KSZE gemacht[9]. Diese Bemühungen werden fortgesetzt.

5. Zu erwähnen wäre noch, dass am 18. Juni vor Bundesstrafgericht der Prozess gegen das Ehepaar Wolf (alias Kälin) wegen Spionage zugunsten der DDR beginnt[10].

(B.31.0). *Für den weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. Dok. 189,* dodis.ch/39026.

5. *Antwort des Bundesrats vom 12. Februar 1975, Doss. wie Anm. 1. Vgl. ferner Amtl. Bull. NR, 1975, S. 575.*

6. Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den regelmässigen Luftverkehr *vom 30. Juli 1975, AS, 1976, S. 2747–2757. Vgl. dazu die Notiz von K. Fritschi vom 25. Oktober 1974,* dodis.ch/39252 *sowie den Bericht von W. Frei und E. Aebi vom 27. März 1975,* dodis.ch/39258.

7. *Vgl. dazu Dok. 189,* dodis.ch/39026.

8. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR vgl. den Bericht von R. Probst vom März 1974,* dodis.ch/39234 *sowie das Schreiben von H. Kaufmann an P. R. Jolles vom 17. Dezember 1974,* dodis.ch/39892.

9. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Miesch an E. Thalmann vom 25. November 1974,* dodis.ch/38924 *sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4715* (B.35.51.20). *Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. Dok. 181,* dodis.ch/38920.

10. *Vgl. dazu Dok. 39,* dodis.ch/38849. *Für die Reaktionen der Presse auf den Prozess vgl. die Notiz von K. O. Wyss vom 1. Juli 1975,* dodis.ch/38850.

151

dodis.ch/38276

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

CHILE – KONSOLIDIERUNG KOMMERZIELLER AUSSENSCHULDEN

Bern, 6. Juni 1975

1. Ziel einer Schuldenkonsolidierung

Mit der Einwilligung zur Konsolidierung der Schulden eines Landes bezwecken die Gläubigerländer in erster Linie dank einem realistischen Tilgungsplan die Interessen der eigenen Gläubiger zu schützen. Ohne einen solchen Plan hätten die Gläubiger wahrscheinlich nur noch geringe Möglichkeiten, ihre Guthaben einzutreiben. Der Vorteil einer Konsolidierungsaktion liegt nämlich darin, dass das Schuldnerland dank dem gemeinsamen Vorgehen der Gläubigerländer diese nicht untereinander ausspielen kann, sondern gezwungen ist, mit ihnen über annehmbare Konsolidierungspläne zu verhandeln und diese nachher auch einzuhalten. Ein namhafter Teil der privaten Guthaben ist jeweils durch die Exportrisikogarantie gedeckt. Es geht demnach vor allem um die Deckung der Garantieleistungen des Gläubigerlandes.

2. Bisherige Konsolidierungen

Chile ist seit Jahren mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten konfrontiert. Ende 1971 stellte es den Transfer von Zahlungen an das Ausland ein, worauf im Jahre 1972[2] zusammen mit den meisten Gläubigerländern eine Konsolidierungsoperation für die Schulden von November 1971 bis Ende 1972 zustande kam[3].

1973 und 1974 fanden erneut Konsultationen im sogenannten «Pariser Club» statt[4]. Im März 1974 beschlossen Vertreter der meisten Gläubigerländer, ihren Regierungen zu empfehlen, im Anschluss an die Operation des Jahres 1972 auch chilenische Schulden der Jahre 1973 und 1974 zu konsolidieren. Im Januar 1975 stimmte der Bundesrat einem entsprechenden Antrag zu[5].

Für den 24. und 25. März dieses Jahres war nun eine neue Zusammenkunft des Pariser Clubs vorgesehen, an welcher die Konsolidierung der Schulden von 1975 behandelt worden wäre.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2305*(C41.125.0). *Verfasst und unterzeichnet von G. Kündig.*
2. *Handschriftliche Marginalie:* Allende.
3. *Vgl. dazu die Notiz von E. H. Léchot vom 24. Januar 1972,* dodis.ch/36542; *die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 6. Juni 1972,* dodis.ch/36544; *das BR-Prot. Nr. 1047 vom 12. Juni 1972,* dodis.ch/36548 *sowie das BR-Prot. Nr. 1475 vom 23. August 1972,* dodis.ch/36552.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Oppliger und P. Schmutz an den Bundesrat vom 31. März 1973,* dodis.ch/38277; *die Notiz von Th. Raeber an E. Brugger vom 24. September 1973,* dodis.ch/38278; *die Notiz von E. H. Léchot vom 19. April 1974,* dodis.ch/38279 *sowie das BR-Prot. Nr. 656 vom 24. April 1974,* dodis.ch/38280.
5. *BR-Prot. Nr. 71 vom 15. Januar 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#814*.

3. Politische Vorbehalte

Bereits bei den Verhandlungen für die Schulden von 1973/1974 meldeten verschiedene Länder politische Bedenken an. Während Italien aus menschenrechtlichen Erwägungen den Verhandlungen fernblieb, haben die Niederlande und Schweden das entsprechende bilaterale Abkommen mit Chile aus politischen Erwägungen nicht abgeschlossen. Österreich, Norwegen und Finnland waren als Beobachter (unbedeutende Beiträge) vom Abschluss dispensiert. Belgien enthielt sich angeblich aus technischen Gründen.

Die für den 24. und 25. März 1975 vorgesehene Sitzung des Pariser Clubs fand nicht statt, weil zu viele Gläubigerländer aus politischen Gründen nicht teilnehmen wollten[6]. Um die Lage zu klären, führten die Gläubigerländer in der Folge am 5. und 6. Mai 1975 in Paris Besprechungen durch, zu denen Chile nicht eingeladen war. An diesen Besprechungen nahmen die USA, Kanada, Japan, die Bundesrepublik, Frankreich, Schweden, die Niederlande, Dänemark, Spanien und die Schweiz teil. Italien und Grossbritannien blieben der Tagung fern[7]. Belgien und Norwegen waren durch Beobachter vertreten. Die bisherigen Beobachter Österreich und Finnland waren abwesend.

Bei dieser Aussprache, die keine Lösungsmöglichkeit hervorbrachte, zeichneten sich zwei grundlegende Tendenzen ab[8]:

– Die eine Gruppe, deren Wortführer die Niederlande waren und der Schweden, Norwegen, Dänemark und Belgien zuzurechnen sind, sah ihre Aufgabe darin, ihre unveränderte Haltung zu demonstrieren und die anderen Teilnehmer von der Notwendigkeit der Erfüllung der politischen Vorbedingungen (Einhaltung der Menschenrechte) zu überzeugen.
– Die andere Gruppe, nämlich die USA, Japan, Spanien, die Schweiz, die Bundesrepublik und Frankreich, betrachtet eine Konsolidierung als wirtschaftliche, finanzielle und technische Operation, wobei die beiden letzteren Länder jedoch viel Sympathie für die erste Gruppe zeigten. Die Delegierten dieser Gruppe traten für ein Weiterbestehen des Pariser Clubs ein und waren der Ansicht, dass die Respektierung der Menschenrechte wohl ein wichtiges Postulat sei, dass es aber in anderen Gremien behandelt werden müsse.

Nach dem Treffen fanden sich die Vertreter der zweiten Gruppe noch einmal zusammen, um gemeinsame Richtlinien für allfällige bilateral abzuschliessende Abkommen aufzustellen. Dabei insistierte die Vertreter der Bundesrepublik gegen den Widerstand Spaniens auf einer Erwähnung der Menschenrechte im Protokoll. Es wurde eine diskrete Behandlung dieser Angelegenheit vereinbart. Die Handelsabteilung wird nun ihrerseits nichts unternehmen. Man wartet ab, wieweit gegebenenfalls Abkommen zwischen Chile und den wichtigeren Gläubigerländern (USA, Kanada, Japan, etc.) zustande kommen. Auf alle Fälle besteht schweizerischerseits nicht die Absicht, die Lokomotive zu spielen[9].

---

6. *Vgl. dazu die Notiz von E. H. Léchot vom 19. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 87 der schweizerischen Botschaft in London an E. H. Léchot vom 1. Mai 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1534* (861.5).
8. *Vgl. dazu die Notiz von E. H. Léchot vom 7. Mai 1975, Doss. wie Anm. 7.*
9. *Für den Antrag des Politischen Departements zur Konsolidierung von Chiles Aussenhandelsschulden vom 15. Dezember 1975 vgl. das BR-Prot. Nr. 67 vom 9. Januar 1976,* dodis.ch/38284.

152

dodis.ch/38443

Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller[1]

Bern, 10. Juni 1975

Bundespräsident Graber empfing heute morgen den Präsidenten der Grossen Nationalversammlung Rumäniens, Nicolae Giosan zu einem Höflichkeitsbesuch[2].

Der Besucher begann die Unterredung mit der Feststellung, dass die bilateralen Beziehungen ausgezeichnet seien und zwischen den beiden Ländern keine schwierigen Probleme bestünden[3]. Bundespräsident Graber pflichtete dem bei, bemerkte aber, dass auf die bilateralen Beziehungen ein Schatten geworfen werde durch eine Anzahl von unerledigten Fällen auf dem humanitären Gebiet (Familienzusammenführungen, Heirat)[4]. Die schweizerische Öffentlichkeit reagiere sehr stark auf derartige Probleme, und es würde daher den Beziehungen mit Rumänien förderlich sein, wenn eine rasche Erledigung dieser Fälle eintrete. Es sei im übrigen für die Schweiz schwer verständlich, dass gerade Rumänien auf diesem Gebiet im Rahmen der Sicherheitskonferenz eine so negative Haltung einnehme. Abgesehen davon stimmte Bundespräsident Graber seinem Besucher zu, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Delegationen in Genf sehr gut sei[5].

Präsident Giosan reagierte kaum auf diese Bemerkungen, dagegen antwortete der ihn begleitende rumänische Botschafter[6]. Er machte geltend, dass das Problem zum Teil in dem etwas komplizierten rumänischen System liege, das oft starke Verzögerungen in der Behandlung dieser Fälle mit sich bringe. Damit schien er anzudeuten, dass die hängigen Fälle doch noch einer positiven Lösung zugeführt werden könnten[7].

Im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen und Handelsbeziehungen, die er als ausgezeichnet bezeichnete, kam Präsident Giosan auch auf das rumänische Begehren zur Einräumung von Zollpräferenzen[8] zu sprechen. Es war

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4783* (B.15.21). *Kopie an die schweizerische Botschaft in Bukarest, die schweizerische Delegation bei der KSZE in Genf, R. Probst, A. Hugentobler und R. Heinis.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller vom 6. Juni 1975,* dodis.ch/38444.
3. *Vgl. dazu den Bericht von A. Rappard vom 12. März 1974,* dodis.ch/38452.
4. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller vom 27. September 1974,* dodis.ch/38445. *Für ähnliche Probleme im Bezug auf die UdSSR und die DDR vgl. Dok. 77*, dodis.ch/38767 *sowie Dok. 181,* dodis.ch/38920.
5. *Zu den Verhandlungen der KSZE währen der zweiten Phase in Genf vgl. Dok. 57,* dodis.ch/38848 *und Dok. 86,* dodis.ch/38858.
6. *I. Georgescu.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von Ch. Müller an P. Graber vom 30. Oktober 1975,* dodis.ch/38446.
8. *Zu den Zollpräferenzen und weiteren Wirtschaftsfragen vgl. Dok. 182,* dodis.ch/38602, *Anm. 5; die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 1. Mai 1974,* dodis.ch/38455 *sowie die Notiz von R. Kummer an E. Brugger vom 21. Oktober 1975,* dodis.ch/38457.

wiederum der Botschafter, der den Hauptteil der Besprechung über diesen Punkt führte. Er machte geltend, dass Bundesrat Chevallaz ihm erklärt habe, vom Standpunkt seines Departements aus sehe er keine Hindernisse für einen solchen Schritt. Bundespräsident Graber bemerkte dazu, dass die Kompetenz beim Volkswirtschaftsdepartement liege und er sich daher über dieses Problem nicht aussprechen könne.

Der Besucher unterstrich noch die Nützlichkeit der parlamentarischen Kontakte zwischen den beiden Ländern. Über die Besuchsdiplomatie zwischen Regierungen[9] wurde dagegen nicht gesprochen.

Andere Gesprächsgegenstände wurden nicht berührt.

9. *Zum rumänischen Wunsch nach einem offiziellen Besuch von N. Ceaușescu in der Schweiz vgl. die Notiz von K. Fritschi vom 8. Mai 1974,* dodis.ch/38451. *Zum Gespräch zwischen G. Macovescu und P. Graber in Bern vom 16. Mai 1974 vgl. die Aufzeichnung vom K. Fritschi,* dodis.ch/38447.

153

dodis.ch/37707

L'Ambassadeur de Suisse à Pékin, A. Natural,
au Directeur de la Direction administrative du Département politique, A. Janner[1]

RAPPORT DE FIN DE MISSION

Pékin, 24 juin 1975

À mon arrivée en 1972, la Suisse était politiquement bien vue, mais par l'effet de la Révolution culturelle, les relations bilatérales sino-suisses, comme d'ailleurs celles des autres pays avec la Chine, étaient réduites à quelques manifestations protocolaires: le 1er août en ce qui nous concerne. Mon arrivée coïncida plus ou moins avec une période d'ouverture économique et culturelle[2].

La Chine qui s'ouvrait alors a d'abord valu l'honneur à la Suisse, avec le violoncelliste Henri Honegger, du premier concert de musique classique depuis 1965. Malheureusement cette ouverture ne s'est pas poursuivie et si quelques orchestres symphoniques (Londres, Vienne et Philadelphie) ont pu se produire en 1972–73, la campagne liée à la critique du film «La Chine» d'Antonioni et de la musique sans titre ont refermé précipitamment les portes qui venaient de s'ouvrir dès le début de 1974. Aujourd'hui nos échanges culturels ne consistent qu'en un échange d'étudiants instauré pour l'année universitaire 1974–75.

Du côté des échanges économiques, les contacts se sont développés. Ils ont permis d'assister avec l'exposition de l'industrie suisse de Pékin (SITEX) en été 1974[3], à un nouveau démarrage.

1. *Rapport:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2319* (B.15.21). *Rédigé par A. Natural et F. Pianca. Copie à H. Langenbacher, A. Natural et à la Direction politique du Département politique. Visé par L. Meier, A. Janner, A. Glesti et P. Burdet.*
2. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 121,* dodis.ch/35750.
3. *Cf. doc. 137,* dodis.ch/37700.

Sur le plan politique, une ouverture n'aurait été possible qu'au prix d'une prise de position pro-chinoise dans le différend sino-soviétique. Un petit pays comme la Suisse, éloigné de la Chine, n'aurait pu s'engager bien loin sur cette voie, en raison aussi des différences fondamentales de nos doctrines et de nos conceptions de la vie.

Cela étant dit, je crois pouvoir affirmer que, si la Suisse n'a pas de place particulière en Chine, elle est parmi les pays «capitalistes» l'un de ceux que l'on traite le mieux[4]. La Chine apprécie en effet notre volonté de défense et notre neutralité. Dans le contexte récent de la visite du président Marcos à Pékin le Vice-Premier Ministre Teng Hsiao-ping rappelait le 7 juin le prix qu'on attache à Pékin à la neutralité: «La position positive des pays de l'Asie du Sud-Est consistant à créer dans cette partie du monde une Zone de paix et de neutralité et de se débarrasser de l'intervention et de la rivalité des superpuissances bénéficie d'un large soutien sur le plan international». En plus de notre neutralité et de notre volonté de défense et de notre neutralité, la Chine apprécie chez nous certaines qualités de sérieux, que ses cadres et ses citoyens ont pu voir appliquées précisément à l'exposition de l'industrie suisse à Pékin (SITEX) en 1974.

Certes, à ces lumières s'opposent des ombres. Autant l'Ambassade de Chine à Berne que M. Chi Peng-fei, lors de la visite de M. Graber à Pékin en août 1974, nous ont mis en garde sur les conséquences que pourraient subir nos relations du fait de l'activité des réfugiés tibétains en Suisse[5]. Mais la visite dans notre pays du Dalai Lama en 1973[6] n'a jamais donné lieu à la moindre critique de la part de nos interlocuteurs.

La liste des nombreuses visites de la période 1972–1975 permet d'ailleurs de se faire une idée du développement de nos relations:

Printemps 1972: visite de M. Henri Schmitt, Conseiller d'État de Genève[7].

Juin 1972: visite de M. Werner Guldimann, Directeur de l'Office fédéral de l'air. Début des négociations sur un accord aérien[8].

Été 1972: visite d'un groupe de parlementaires présidé par M. Walter Renschler[9].

Septembre 1972: visite d'un groupe de journalistes présidé par M. Georges Duplain, de l'ATS, accompagné de M. Erni, Chef du Service d'information et presse[10].

Automne 1972: visite de l'architecte Werner Blaser et concert du violoncelliste Henri Honegger[11].

---

4. *Cf. les lettres de A. Natural à E. Thalmann du 3 janvier 1973,* dodis.ch/37712 *et du 20 mai 1975,* dodis.ch/37729. *Pour une analyse différée, cf. doc. 178,* dodis.ch/37717.

5. *Cf. le procès-verbal de P.-Y. Simonin et F. Pianca du 5 septembre 1974,* dodis.ch/37706, *pp. 35 s.*

6. *Cf. doc. 41,* dodis.ch/37698.

7. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.174#1985/195#10* (101.0).

8. *Cf. la photographie de juin 1972,* dodis.ch/40495 *et le rapport de E. Aebi du 4 juillet 1972,* dodis.ch/35859.

9. *Cf. doss. comme note 7. Sur la visite de W. Renschler en Chine en été 1974, cf. le rapport politique N° 41 de A. Natural au Département politique du 31 juillet 1974,* dodis.ch/37727.

10. *Cf. les photographies du 7 octobre 1972,* dodis.ch/40496 *et doss.* CH-BAR#E2001E-01# 1982/58#97* (A.15.41.33.11).

11. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.174#1988/78#182* (643.31) *et* CH-BAR#E2200.174#1988/78#183* (643.40).

Printemps 1973: visite de M. Max Petitpierre, ancien Conseiller fédéral[12].

Début de l'été 1973: visite de M. Willy Spühler, ancien Conseiller fédéral[13].

Automne 1973: visite de l'Ambassadeur Raymond Probst, de la Division du commerce[14].

Automne 1973: visite de M. Raymond Schneider, Directeur de l'Institut suisse de météorologie[15].

Automne 1973: visite d'une délégation de l'OSEC[16].

Août 1974: visite de M. Pierre Graber, Chef du Département politique fédéral, à l'occasion de la SITEX[17].

Août 1974: visite d'une délégation économique présidée par M. Gérard Bauer, à l'occasion de la SITEX.

Septembre 1974: visite d'une délégation des télécommunications suisses présidée par M. Fritz Locher.

Octobre 1974: visite d'une délégation des postes suisses présidée par M. Heinz Gubler.

Octobre 1974: visite d'une délégation du Comptoir Suisse de Lausanne[18].

Janvier 1975: visite d'une délégation de Swissair préparant l'ouverture de la ligne Zurich-Pékin, présidée par M. Adolf Gehriger[19].

Avril 1975: visite d'une délégation présidée par le Conseiller fédéral Willy Ritschard lors du vol inaugural de Swissair Zurich-Pékin[20].

Avril 1975: visite d'une délégation de médecins suisses présidée par M. Ulrich Frey, Directeur du Service fédéral de l'hygiène publique[21].

Mai 1975: visite d'une délégation du Vorort, dirigée par son président M. Etienne Junod[22].

Juin 1975: visite d'une délégation technique horlogère présidée par M. Jean-Claude Beuchat et M. Serge Balmer.

Parallèlement, quelques délégations chinoises se sont rendues en Suisse pendant la période 1972–1975; notamment une délégation de la CAAC pour

---

12. *Cf. la photographie du 9 mai 1973,* dodis.ch/40497 *et la lettre de A. Natural à P. Graber du 16 mai 1973,* dodis.ch/37713. *Sur la proposition d'une visite de M. Petitpierre en Chine, cf. DDS, vol. 23, doc. 167,* dodis.ch/30917, *en particulier notes 3 et 4.*

13. *Cf. les photographies du 20 juin 1973,* dodis.ch/40498; *le procès-verbal du 20 juin 1973,* dodis.ch/37714 *et la notice de N. Meienberger du 22 juin 1973,* dodis.ch/37715.

14. *Cf. le rapport de R. Probst d'octobre 1973,* dodis.ch/37716.

15. *Cf. le rapport de R. Schneider,* CH-BAR#E3370B#1991/3#296* (10.70.050.b).

16. *Cf. le rapport de H. J. Halbheer du 24 septembre 1973 et la lettre de A. Natural à P. R. Jolles du 28 novembre 1973,* CH-BAR#E7110#1984/70#1761* (877.3).

17. *Cf. doc. 137,* dodis.ch/37700.

18. *Sur la participation de la Chine au Comptoir Suisse, cf. doc. 157,* dodis.ch/37693.

19. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1236* (o.652.21) vol. 557.

20. *Cf. la lettre de A. Natural à E. Thalmann du 14 avril 1975,* dodis.ch/37728 *et doss.* CH-BAR#E2200.174#1988/78#151* (573.1).

21. *Cf. le rapport de U. Frey de septembre 1975,* CH-BAR#E3300C#1996/293#247* (10.-4008).

22. *Cf. les photographies de mai 1975,* dodis.ch/40503; *la lettre de A. Natural à P. R. Jolles du 22 mai 1975; la lettre de B. Wehrli et P. Hutzli à P. Graber du 4 août 1975 et le rapport* Vorortsdelegation in die Volksrepublik China 11.–24. Mai 1975, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2349* (C.41.111.0).

signer l'accord aérien[23], une délégation économique présidée par M. Wang Yao-ting[24], Président du Comité chinois pour le développement du commerce international, une délégation scientifique, une délégation de médecins[25], une délégation invitée par Swissair pour son vol inaugural Pékin-Zurich[26].

2. Les relations de l'Ambassade et de la colonie, par la nature même des colonies sous régime communiste, sont réduites à leur plus simple expression. La colonie se compose de deux vieilles dames[27], mariées à des Chinois, qui sont considérées comme chinoises par les autorités chinoises, des six étudiants[28] de l'échange 1974–75 et depuis quelques semaines du représentant de Swissair et de son collaborateur[29], de même que de lecteurs d'allemand à Pékin et à Canton, et d'un lecteur de français à Sian[30]. Ma femme[31] invitait régulièrement les dames suisse de Pékin à se rencontrer le mardi matin à l'Ambassade autour d'une tasse de café.

3. Les hommes politiques et les chefs de service qu'il nous est donné de rencontrer à Pékin sont généralement extrêmement évasifs et les conversations plus ou moins précises que l'on peut avoir avec eux ne concernent que le temps qu'il fait dans nos pays respectifs et à la rigueur, chez les plus paillards, les mérites de la cuisine chinoise. Cela ne va pas très loin et constitue intellectuellement une des grandes humiliations du séjour à Pékin. Cela étant dit, j'ajouterai qu'il y a quelques exceptions:

Un homme comme Chiao Kuan-hua, le nouveau Ministre des Affaires étrangères, ne sait être que rayonnant et je ne connais pas de collègue qui n'ait pas eu toujours intérêt à le voir exposer, avec beaucoup de charme, même les positions les plus figées de la politique étrangère chinoise. Chiao est d'ailleurs un grand ami de la Suisse, le pays étranger où il y a le plus longtemps séjourné (lors des Conférences de Genève sur le Vietnam en 1954[32] et sur le Laos en 1961[33]).

Au Ministère des Affaires étrangères, M. Hsü Wei-chin, Directeur-adjoint au Département de l'Europe occidentale, qui a vécu 10 ans en Suisse (1950–1960) et qui semble garder un bon souvenir de notre pays, est toujours un interlocuteur attentif et bienveillant. Le Directeur en titre, M. Wang Tung est malade depuis une année. Sa conversation aussi était très valable.

---

23. Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République populaire de Chine relatif aux transports aériens civils *du 12 novembre 1973, RO, 1975, S. 567–579. Pour les négociations, cf. doss. comme note 19.*

24. *Cf. doc. 137,* dodis.ch/37700, *en particulier note 16.*

25. *Pour les relations scientifiques, cf. la notice de E. Schurtenberger du 21 juillet 1972,* dodis.ch/35906 *et doss.* CH-BAR#E3370B#1991/3#307* (10.70.050.b) *et* CH-BAR#E3370B#1991/3#309* (10.70.050.b).

26. *Cf. la lettre de A. Natural à E. Thalmann du 20 mai 1975,* dodis.ch/37729 *et la photographie du 29 avril 1975,* dodis.ch/40504.

27. *O. Li-Rüesch et D. Wang-Brandenberger.*

28. *Cf. doss.* CH-BAR#E3370B#1991/3#296* (10.70.050.b).

29. *R. Pasquier et M. Schmid.*

30. *Pour les enseignants suisses en Chine, cf. la lettre de H. Keller à P. Micheli du 7 décembre 1965,* dodis.ch/30962.

31. *S. Natural.*

32. *Cf. DDS, vol. 19, doc. 93,* dodis.ch/9435 *et doc. 110,* dodis.ch/8175.

33. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 93,* dodis.ch/18880.

Le *corps diplomatique*, la seule société que l'on rencontre librement en Chine, est en revanche toujours de très haute qualité. Vu l'importance politique grandissante de la Chine, de nombreux pays envoient à Pékin leurs meilleurs diplomates. Un diplomate peu intéressant ou peu intéressé serait d'ailleurs amené par la force des choses à suivre les manifestations de la politique chinoise et à devenir pour les autres une source utile d'information ou d'appréciation.

Les nombreux journalistes de Pékin sont également des interlocuteurs valables, mais ils ne peuvent pas toujours avoir dans leurs écrits la liberté d'allure dont jouissent les diplomates qui correspondent avec leurs ministères.

4. Les clubs n'existent plus en Chine.

5. La vie à Pékin tend à se dérouler de plus en plus dans les deux ghettos diplomatiques de la ville. Les autorités chinoises ont créé pour nous non seulement des ambassades[34] et des appartements de service, mais des magasins de tous genres, qui vont du grand magasin aux salons de coiffure et à la teinturerie. Il sera possible prochainement, je pense, de vivre trois ans à Pékin, en arrivant à ne pas voir plus que les quelques Chinois qui sont à notre service. La vie culturelle, dont on pourrait penser qu'elle nous replonge bénéfiquement dans la grande tradition chinoise, ne consiste plus qu'en quelques œuvres «révolutionnaires modernes». Ces œuvres ne sont d'ailleurs pas visibles au bon contact des masses révolutionnaires chinoises, mais toujours présentées devant des parterres de diplomates et d'étrangers. C'est là aussi la conception chaperonnante du ghetto. Il vaut peut-être mieux pour le régime qu'il en soit ainsi. Qu'arriverait-il si lesdites masses révolutionnaires voyaient les réactions de ces étrangers «irrécupérables» ou tel ambassadeur qui s'enfuit après le premier acte de telle grande œuvre du répertoire, en emportant toute sa famille dans son sillage? Chacun arrive à Pékin, en peu de temps, à vivre sur sa bibliothèque et ses disques ou à se lancer dans quelque étude scientifique[35]. Je connais des collègues qui se sont perfectionnés en ornithologie, mais je ne serais pas étonné que d'autres, après Pékin, voient leurs études sur les batraciens ou les lépidoptères couronnées par de grands instituts scientifiques internationaux! Cela dit il convient de relever que l'intensité de la vie diplomatique, les innombrables corvées protocolaires, la lecture attentive de la presse chinoise, l'étude des analyses publiées à Hong Kong ou ailleurs à l'étranger sur la Chine, occupent à plein temps un chef de mission.

À propos des corvées protocolaires, deux d'entre elles sont très absorbantes:

a) le déplacement à l'aéroport pour saluer l'arrivée et le départ des chefs d'état ou de gouvernement étrangers, ainsi que des délégations suisses. Les Chinois attachent une grande importance à ce geste, de même que les collègues africains et asiatiques. Il convient donc d'être toujours présent ou représenté;

b) les banquets au Grand Palais du Peuple. On est toujours invité à ces banquets à la dernière minute, de sorte que très souvent il faut annuler ou renvoyer un dîner prévu longtemps à l'avance. Le 1er banquet, organisé par le

---

34. *Pour la pose de la première pierre du nouveau bâtiment de l'Ambassade de Suisse à Pékin par P. Graber, cf. la photographie du 6 août 1974,* dodis.ch/40527.

35. *Annotation manuscrite dans la marge:* siehe Seite 6 oben. *Cf. aussi la lettre de A. Natural à E. Thalmann du 3 janvier 1973,* dodis.ch/37712.

Gouvernement chinois exige la présence du Chef de mission. Il peut se faire représenter au second, donné en retour par le Chef d'État ou de gouvernement en visite. Mon collègue libanais[36], arrivé en même temps que moi, a compté le nombre de ces banquets: il a assisté en 3 ans à 153 d'entre eux! Une autre obligation protocolaire, mais agréable celle-ci, est constituée par les voyages diplomatiques organisés par le protocole. Dans la règle, il y en a deux par an, un au printemps, l'autre en automne. Ils durent en moyenne une semaine. Le Gouvernement chinois en assume toute la charge et invite, ou seulement les chefs de mission et leur épouse, ou six personnes par ambassade.

C'est pour nous presque le seul moyen de connaître la Chine. Les voyages privés ne sont guère praticables en effet, en dehors des grands centres comme Shanghaï, Nankin, ou des villes «musées» comme Hangchow et Soochow.

P. S. Rapport[37] économique suivra faisant état notament de notre accord[38] commercial.

36. *É. Boustany.*
37. *Rapport de A. Natural du 16 juin 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1854* (821).
38. Accord de commerce entre la Confédération suisse et la République populaire de Chine *du 20 décembre 1974, RO, 1975, pp. 1202–1204.*

154

dodis.ch/38890

Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Direktor der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements, R. Keller[1]

OAU-Konferenz der Staatschefs in Kampala

Vertraulich Nairobi, 24. Juni 1975

Ich komme auf Ihr Schreiben vom 28. Mai[2] zurück, auf das Geschäftsträger Wolf in meiner Abwesenheit am 5. Juni[3] geantwortet hat. Die bevorstehende Konferenz interessiert Sie vor allem wegen der Massnahmen gegen Rhodesien und Südafrika, von denen die Interessen schweizerischer Firmen berührt werden könnten.

Nicht nur aus dem Schreiben[4] unserer Botschaft in Dar-es-Salaam, für dessen Kopie ich Ihnen danke, sondern auch aus meinem P. B. N° 14[5] vom gleichen

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4329* (B.51.322.0).
2. *Schreiben von J. Iselin an R. Pestalozzi vom 28. Mai 1975,* CH-BAR#E2200.185-02#1987/123#44* (332.0).
3. *Schreiben von R. Wolf an J. Iselin vom 5. Juni 1975, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Schreiben von R. Berberat an J. Iselin vom 16. April 1975, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Politischer Bericht Nr. 14 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 16. April 1975,* dodis.ch/40787.

Datum «Nach der Konferenz der OAU über Australafrika» geht hervor, dass Massnahmen gegen Rhodesien und Südafrika in Prüfung stehen. Nachdem ich erwähnt hatte, dass an der Tagung des Befreiungskomitees der OAU auf Ministerebene ein Kompromiss zustande gekommen ist, der eine Weiterführung der Gespräche mit den Regierungen von Rhodesien und Südafrika erlaubt, fuhr ich fort: «Es wäre indessen falsch, hierin ein Einschwenken auf die Idee von Vorster, die Beziehungen mit Schwarzafrika zu normalisieren[6], zu erblicken. Es geht lediglich darum, die Erreichung des Ziels einer (schwarzen) Mehrheitsregierung durch friedliche Mittel, d. h. durch Verhandlungen, nicht auszuschliessen. Die Verhandlungen müssen ‹genuine negotiations to facilitate the transfer of power to the African majority› sein. Grosses Gewicht wird darauf gelegt, dass Afrika wachsam sein müsse, von Smith und Vorster nicht getäuscht und hingehalten zu werden, und dass bis auf weiteres kein Grund bestehe, in den Vorbereitungen für eine bewaffnete Auseinandersetzung, sollten die Verhandlungen scheitern, nachzulassen. Man einigte sich darauf, dass der Druck auf die weissen Regime in keiner Weise verringert werden soll. Er soll sogar noch verstärkt werden. Gegenüber Südafrika sollen folgende Massnahmen näher geprüft werden: Verbot des Handels zwischen Südafrika und dem Rest Afrikas, Beeinträchtigung von Firmen, die Geschäfte mit Südafrika haben (man denkt vor allem an die Multinationalen), Förderung von sozialen Unruhen (Streiks), Rückrufung von rund 600'000 schwarzen Arbeitern aus Südafrika. Auch die Bemühungen, Südafrika aus der UNO auszuschliessen, sollen weitergehen. Der Entscheid, ob zum bewaffneten Widerstand übergegangen werden soll, liege bei den Befreiungsbewegungen, und was immer sie beschliessen, soll von der OAU unterstützt werden. Kontakte mit Südafrika über Namibien sollen nur mit Zustimmung der Befreiungsbewegung SWAPO erfolgen. Berücksichtigt man all dies, so kann kaum von einem Sieg der Gemässigten gesprochen werden.»

Es ist somit zu erwarten, dass an der Konferenz in Kampala die Haltung der OAU gegenüber Rhodesien und Südafrika sich verschärft und dabei die Freunde dieser Länder, zu denen auch die Schweiz gezählt wird, etwas abbekommen. Dies umso mehr, als die Anhänger des Dialoges mit Rhodesien und Südafrika, an sich schon in der Minderheit, auf keine Erfolge ihrer Methoden der Beeinflussung der beiden weissen Minderheitsregime verweisen können, nachdem es bei den Verhandlungen zwischen dem African National Council als Vertreter der schwarzen Befreiungsbewegungen und der Regierung Smith bis jetzt nicht zu einem Durchbruch gekommen ist (über den Rhodesien-Konflikt im besonderen verweise ich auf meinen P. B. N° 15 vom 27. 5. 75[7]).

Ich bin ganz mit Ihnen einverstanden, dass die Schweiz mit der OAU, welche Sie als jung und deshalb empfindlich bezeichnen, gute Beziehungen unterhalten soll[8]. Ich habe sogar bisweilen den Eindruck, dass man ihre Be-

---

6. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 5 von T. Curchod vom 3. März 1975,* dodis.ch/40256.
7. *Politischer Bericht Nr. 15 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 27. Mai 1975,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#59* (A.21.31). *Vgl. ferner den Politischen Bericht Nr. 12 von T. Curchod an P. Graber vom 6. August 1974,* dodis.ch/40252.
8. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur OAU vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 86,* dodis.ch/35680 *und*

deutung unterschätzt, weil ihre hochtönenden Erklärungen sich eher selten in konkreten Aktionen niederschlagen. Ich möchte vor einer solchen Unterschätzung warnen, denn ich sehe im Kontakt mit afrikanischen Politikern und Diplomaten immer wieder, welch grosse Stücke von der OAU gehalten und welch grosse Hoffnungen in sie gesetzt werden (der Einfluss der OAU auf ihre Mitglieder wäre übrigens einmal eine Analyse wert). Wenn ich meine Anwesenheit in Kampala während der OAU-Konferenz nicht für angezeigt halte, so ist dies deshalb keineswegs, weil ich die Bedeutung guter Beziehungen der Schweiz zur OAU gering achte. Die Erfahrungen, welche einige meiner westlichen Kollegen gemacht haben, lehren indessen, dass die Afrikaner bei solchen Konferenzen unter sich sein und Aussenstehenden, besonders solchen die, wie im Südafrika-Konflikt nach ihrer Auffassung auf der anderen Seite stehen, nicht Einblick ins «grosse afrikanische Palaver» geben wollen. Es sei für diplomatische Beobachter in der Regel nicht mehr zu erfahren, als was die Organisatoren an den täglichen Pressekonferenzen und in den Schlusserklärungen sagen wollen. Meine Erkundigungen bei Kollegen mit Residenz in Nairobi und Akkreditierung auch in Uganda zeigen, dass sie eine Anwesenheit in Kampala entweder überhaupt nicht für nötig halten oder einen Mitarbeiter entsenden. Dass die Anwesenheit des schweizerischen Botschafters von der OAU als freundliche Geste des Interessens an ihrer Arbeit besonders vermerkt würde und sich günstig auf die Beziehungen zur OAU auswirken könnte, ist nicht zu erwarten. Es sind aber auch keine besonderen Angriffe auf die Schweiz, die an Ort und Stelle abgewehrt werden müssten, zu gewärtigen. Wenn die Schweiz im Zusammenhang mit dem Südafrika-Konflikt erwähnt wird, was natürlich nicht auszuschliessen ist, so als Teil einer Gruppe von Ländern, die nichts oder zu wenig unternehmen, um auf Rhodesien und Südafrika im Sinne der afrikanischen Forderungen nach Mehrheitsregimen Druck auszuüben. Was die schwarzen Listen als Waffe zur Durchsetzung der Forderungen der OAU betrifft, so wird in Kampala wohl nur der Grundsatz besprochen, während die Frage, was für Firmen auf die schwarze Liste zu setzen sind, den ausführenden Organen überlassen wird.

Nachdem, wie Herr Botschafter Langenbacher meint, die konstruktive Haltung der schweizerischen Behörden und der anvisierten Schweizerfirmen im Generalsekretariat der OAU einen guten Eindruck hinterlassen hat[9], werden sich unsere Anstrengungen vor allem darauf konzentrieren müssen, diesen guten Eindruck auch künftig in den konkreten Fällen der Drohung mit den schwarzen Listen aufrecht zu erhalten. Dazu wird sich aber in Kampala wohl kaum eine Gelegenheit bieten. Was die allgemeine Haltung der Schweiz im Südafrika-Konflikt[10] betrifft, stehen wir anderseits in den Augen Afrikas nicht besonders gut da. Der einzig eindeutig positive Punkt ist das Waffenausfuhr-

---

Dok. 132, dodis.ch/35682; *DDS, Bd. 26, Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 11 sowie Dok. 100*, dodis.ch/38893.

9. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Langenbacher an J. Iselin vom 21. März 1975, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Vgl. dazu Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 2; Dok. 60,* dodis.ch/38915 *sowie Dok. 162,* dodis.ch/38916.

verbot nach Rhodesien[11] und Südafrika[12]. Bei den wirtschaftlichen Sanktionen gegen Rhodesien haben wir uns die Beibehaltung des «courant normal» im Handelsverkehr vorbehalten und beschränken entsprechend die Einfuhr aus Rhodesien, nicht aber meines Wissens die Ausfuhr dorthin[13]. Im Afrika-Symposium an der Botschafterkonferenz 1974[14] war zwar davon die Rede, dass auch die Ausfuhr nach Rhodesien der Bewilligungspflicht unterstellt werden soll, aber diese Absicht ist offenbar wieder fallen gelassen worden. Im übrigen wickeln sich zahlreiche Geschäfte mit Rhodesien über den Finanz- und Handelsplatz Schweiz ab, wogegen wir offenbar nichts unternehmen können oder wollen. Dass es sich dabei in den meisten Fällen nicht um legitime schweizerische Interessen handelt und wir somit den Kopf für Interessen von Drittländern herhalten müssen, macht die Sache nicht besser. Die Durchsicht der mir zur Kenntnis gebrachten Fälle zeigt, dass es sich eigentlich nur bei Wild, Heerbrugg[15], um ein echtes schweizerisches Anliegen handelt. Im übrigen wissen wir natürlich genau so wie die OAU, dass die Sanktionen gegenüber Rhodesien durch die Zwischenschaltung von Südafrika umgangen werden können. Das wird übrigens noch vermehrt der Fall sein, wenn Mozambique, wie es immer mehr den Anschein hat, die Ein- und Ausfuhr Rhodesiens über die Häfen von Lourenço Marques und Beira nicht mehr gestatten sollte. Es ist deshalb nur konsequent, wenn die OAU darnach trachtet, die Sanktionen auf Südafrika auszudehnen.

Was im besonderen die Apartheidpolitik betrifft, so können wir es als glücklichen Zufall bezeichnen, dass die schweizerische Delegation an der Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968 die bekannte Erklärung[16] abgegeben hat, auf die uns zu berufen, wie Sie richtig sagen, uns schon verschiedentlich gelegen kam. Aber es muss auffallen, dass man es seither nicht wieder gewagt hat, eine entsprechende Erklärung abzugeben, ganz offensichtlich um unsere Beziehungen mit Südafrika nicht zu beeinträchtigen. Der Erklärung von Teheran kommt deshalb nur ein relativer Wert zu. Aber noch aus einem anderen Grund sollten wir die Berufung auf die Erklärung von Teheran nicht strapazieren. Es ist nämlich keineswegs damit getan, die Apartheid in Worten zu verurteilen. Die Verurteilung der Apartheidpolitik wird hier als ein Selbstverständlichkeit bezeichnet, als Ausfluss der Menschenrechte, die übrigens eine abendländische Erfindung seien. Worauf es aber ankomme, sei, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Hier fehle es offensichtlich am guten Willen. Es sei Heuchelei, wenn man einerseits die Apartheidpolitik verurteile, anderseits aber fortfahre, das

---

11. *BR-Prot. Nr. 2189 vom 17. Dezember 1965,* dodis.ch/31953.
12. *BR-Prot. Nr. 2284 vom 6. Dezember 1963,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#681*. *Vgl. dazu auch DDS, Bd. 22, Dok. 187,* dodis.ch/30436.
13. *Zur Problematik des Handelsverkehrs zwischen der Schweiz und Rhodesien vgl. Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 1 sowie Dok. 183,* dodis.ch/40605, *bes. Anm. 6.*
14. *Zur Botschafterkonferenz vom 4.–6. September 1974 vgl. das Protokoll des Politischen Departements vom September 1974,* dodis.ch/35118.
15. *Vgl. dazu das Schreiben von B. Turrettini an E. Thalmann vom 27. März 1974,* dodis.ch/39330; *das Schreiben von H. Langenbacher an E. Thalmann vom 21. März 1975,* dodis.ch/39331 *sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 11. Juli 1975,* dodis.ch/39646.
16. *DDS, Bd. 24, Dok. 80,* dodis.ch/33245.

südafrikanische Regime zu unterstützen. Aber für den kapitalistischen Westen gehe eben das Geschäft vor die moralischen Grundsätze.

Darf ich Sie, da inzwischen in Bern Personalveränderungen stattfanden, bitten, mein Schreiben vom 30. 5. 74[17] «Sanktionen gegen Rhodesien» (Ihre Ref. p.C.23.20.Rhod.(1)) sowie meinen Bericht vom 3. 4. 74[18] über Konfliktherde im Gebiete des Indischen Ozeans, wo ich näher auf den Südafrika-Konflikt einging, zu lesen. Noch weiter zurückliegend habe ich mich mit dem Problem ausführlich in meinem P. B. N° 3 vom 5. 4. 72[19] befasst. Wir haben zwei Möglichkeiten des Verhaltens im Südafrika-Konflikt. Die eine entspricht unserer gegenwärtigen Politik: Abwarten, Beschwichtigen, sich Kleinmachen, den Schaden im Einzelfall möglichst limitieren, Nachgeben nur unter dem Druck der Ereignisse. Offenbar findet man, mit dieser Politik komme man am besten davon und sie entspreche auch unserer öffentlichen Meinung. Die andere Haltung wäre eine Afrika-Politik, die diesen Namen verdient und bei der wir in Abwägung der längerfristigen Interessen uns nicht ins Lager der weissen Minderheitsregime Südafrikas drängen lassen, sondern uns ein Image schaffen, das uns gute Beziehungen zu dem politisch und wirtschaftlich wohl immer wichtiger werdenden schwarzen Afrika erlaubt, auch wenn dies Schritte erfordert, die nicht in unseren aussenpolitischen Traditionen liegen, sondern Neuland darstellen (ich habe in dem genannten Bericht vom 5. 4. 72 einige solche Schritte erwähnt).

Wenn Sie in Ihrem eingangs erwähnten Schreiben sagen «Sollte effektiv eine weitere Verschärfung der Haltung der OAU gegenüber diesem Land eintreten, könnte dies grosse Risiken für unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika bringen» und «Die von Südafrika gehandhabte Apartheidpolitik bringt auch für unser Land Schwierigkeiten politischer Natur mit sich»[20], so stimme ich dem voll zu. Während aber die Eskalation im Südafrika-Konflikt weitergeht, ist die schweizerische Aussenpolitik, mit anderen ihr wichtiger scheinenden Angelegenheiten beschäftigt, stationär geblieben. An der Sitzung der Afrika-Botschafter der letztjährigen Botschaftertagung wurde das Problem auch von den Vertretern des Politischen Departementes und der Handelsabteilung erkannt und es entstand der Eindruck, dass unsere Südafrika-Politik einer Überprüfung unterzogen werden sollte. Aber seither ist, soviel ich weiss, nichts geschehen und wir drehen uns immer noch mit Argumenten in Kreise herum, die zum Teil längst überholt sind[21].

---

17. *Schreiben von R. Pestalozzi an E. Thalmann vom 30. Mai 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4765* (C.23.20.(1)).
18. *Notiz von R. Pestalozzi an P. Graber vom 3. April 1974,* dodis.ch/40788.
19. *Politischer Bericht Nr. 3 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 5. April 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#53* (A.21.31).
20. *Vgl. Anm. 2.*
21. *Vgl. dazu auch Dok. 100,* dodis.ch/38893.

155

dodis.ch/38724

Notice interne de la Division politique I du Département politique[1]

Visite Jolles à Londres[2] – Relations entre la Suisse et la Grande-Bretagne

[Berne,] 26 juin 1975

Relations continuellement placées sous le signe de la bonne entente[3]; aménagées par le *Traité d'amitié, de commerce et d'établissement réciproque de 1855*[4], qui est toujours en vigueur.

Les contacts politiques ne sont cependant guère plus que sporadiques: visite de Sir Alec Douglas-Home à Berne en 1973[5], en réponse à la visite de Graber à Londres en 1972[6], est la première visite officielle d'un Foreign Secretary dans notre capitale.

Si le respect pour notre neutralité[7], dont la Grande-Bretagne a toujours fait montre, n'avait guère nourri un véritable dialogue politique entre les deux pays, les négociations conduisant à la création de l'AELE[8], puis à l'adhésion de la Grande-Bretagne à la CEE[9] et à la conclusion de notre traité de libre échange[10],

---

1. *Notice:* CH-BAR#E7110#1986/24#728* (870). *Cette notice a été rédigée par C. Caratsch en prévision de la visite de P. R. Jolles à Londres des 2 et 3 juillet 1975. P. R. Jolles l'a ensuite transmise à M. Lusser pour son information.*

2. *Cf. le compte rendu de B. de Tscharner du 4 juillet 1975,* dodis.ch/38677.

3. *Cf. la lettre de R. Bodenmüller à H. Roggwiler du 24 août 1973,* dodis.ch/38651; *le PVCF N° 365 du 4 mars 1974,* dodis.ch/38659; *la notice de R. Bodenmüller et P.-A. Ramseier du 2 avril 1974,* dodis.ch/38660; *le télégramme N° 77 de A. Weitnauer à E. Thalmann et P. R. Jolles du 18 avril 1975,* dodis.ch/38712 *et le télégramme N° 92 de Ch. Müller à l'Ambassade de Suisse à Londres du 25 avril 1975,* dodis.ch/38717. *Sur les relations économiques, cf. la lettre de A. Weitnauer à P. R. Jolles du 21 février 1974,* dodis.ch/38653 *et la notice de B. de Tscharner du 25 septembre 1974,* dodis.ch/35656. *Sur les contacts militaires, cf. la notice de C. Caratsch du 8 août 1975,* dodis.ch/38681 *et la lettre de Ch. Müller à P. Stoercklé du 26 septembre 1975,* dodis.ch/38682.

4. Traité d'amitié, de commerce et d'établissement réciproque entre la Confédération suisse et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande *du 6 septembre 1855, RS, 11, pp. 629–633.*

5. *Cf. la notice de A. Bill à M. Gelzer du 15 mai 1973* dodis.ch/38635 *et le compte rendu de J.-J. Indermühle, F. Nordmann et P.-Y. Simonin du 21 mai 1973,* dodis.ch/38636.

6. *Cf. le procès-verbal de P.-Y. Simonin du 6 mars 1972,* dodis.ch/36778.

7. *Cf. le rapport politique N° 19 de A. Weitnauer du 19 juin 1973,* dodis.ch/38720.

8. *Sur l'accord de Stockholm, cf. DDS, vol. 21, doc. 47,* dodis.ch/15943 *et doc. 58,* dodis.ch/15944, *en particulier note 3.*

9. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 44,* dodis.ch/35774, *note 11. Sur les conséquences de l'adhésion britannique pour la Suisse, cf. le PVCF N° 268 du 14 février 1973,* dodis.ch/39888 *et le PVCF N° 406 du 5 mars 1973,* dodis.ch/39889.

10. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972 et sur les négociations, cf. DDS, vol. 24, doc. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772; *doc. 44,* dodis.ch/35774; *doc. 108,* dodis.ch/35775; *doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510.

de même que notre participation au Conseil de l'Europe[11], ont quelque peu modifié ces rapports.

Dernièrement, la Grande-Bretagne a aussi marqué quelque intérêt pour nos institutions[12], notamment en ce qui concerne la protection constitutionnelle des minorités (études en vue d'une constitution pour l'Irlande du Nord[13]) et la péréquation financière dans un contexte fédéral (autonomie de l'Écosse[14]). L'organisation matérielle de nos référendums a aussi été étudiée en prévision de celui qui fut organisé en Grande-Bretagne le 5 juin[15].

L'activité de certains clients britanniques des banques suisses donne lieu à de fréquentes demandes d'assistance judiciaire dans des causes pénales britanniques[16], qui nécessitent souvent des arrangements spéciaux, pour tenir compte des diversités des procédures judiciaires.

Les échanges culturels[17], intenses et diversifiés, se développent en grande partie de manière décentralisée et sans appuis officiels. Pro Helvetia limite ses interventions à certains grands projets de prestige tels que, cette année, l'exposition de 200 peintures et dessins de Johann Heinrich Füssli à la Tate Gallery de Londres[18], ou à l'encouragement de publications sur notre pays (dernièrement «Switzerland» du Prof. Christopher Hughes)[19]. Échanges réguliers de professeurs de l'enseignement secondaire et d'étudiants[20].

---

11. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 120,* dodis.ch/3048; *DDS, vol. 24, doc. 69,* dodis.ch/32480; *DDS, vol. 25, doc. 178,* dodis.ch/35765; *le rapport de fin de mission de A. Dominicé du 27 juillet 1973,* dodis.ch/39394 *et la notice de R. Keller à P. Graber du 6 mars 1974,* dodis.ch/39399.

12. *Cf. le rapport politique N° 4 de A. Weitnauer du 29 janvier 1975,* CH-BAR#E2300-01#1977/30#50* (A.21.31).

13. *Sur la situation en Irlande du Nord, cf. la lettre de R. Born à E. Thalmann du 19 avril 1973,* dodis.ch/38683; *la notice de M. Leippert du 12 juin 1973,* dodis.ch/38684; *le rapport de fin de mission de R. Born du 14 décembre 1973,* dodis.ch/39688 *et la lettre de H. Jaques à la Direction politique du Département politique du 14 août 1975,* dodis.ch/38686.

14. *Cf. le rapport politique N° 61 de A. Weitnauer du 4 décembre 1975, doss. comme note 12.*

15. *Pour le référendum sur l'appartenance de la Grande-Bretagne à la Communauté européenne, cf. les rapports politiques N° 3, N° 33 et N° 36 de A. Weitnauer des 24 janvier, 9 et 12 juin 1975, doss. comme note 12.*

16. *Cf. doc. 176,* dodis.ch/38430. *Sur la perception des banques suisse en Grande-Bretagne, cf. la lettre de A. Weitnauer à J. Zwahlen 12 avril 1974,* dodis.ch/38687.

17. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#936* (o.031) vol. 410.

18. *Sur cette exposition itinérante, cf. doss.* CH-BAR#E9510.6#1991/51#1161* (41) *et* CH-BAR#E9510.6#1991/51#1162* (41).

19. Ch. Hughes, Switzerland, London 1975.

20. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1000* (o.317.1) *et* CH-BAR#E2003A#1990/3#971* (o.317).

156

dodis.ch/38540

Notiz für den Direktor der Eidg. Militärverwaltung des Militärdepartements, A. Kaech[1]

KORPS FÜR KATASTROPHENHILFE IM AUSLAND[2]

[Bern, 7. Juli 1975]

Einleitend erklärt *Direktor Kaech,* der Kontakt mit Dr. Bill sei seit dem ersten Einsatz des Korps für Katastrophenhilfe[3] förderlich gewesen. Die Aufgaben des EMD wurden im wesentlichen gut gelöst, einzelne Mängel seien dennoch aufgetreten[4]. Verbesserungsvorschläge werden im Schlussbericht[5] über die Einsätze in den Notgebieten Afrikas im Jahre 1974 festgehalten werden.

Dr. Bill wünscht, die verschiedenen Probleme, welche sich aus der Zusammenarbeit mit dem EMD ergeben haben, vor ihrer Aufnahme im Schlussbericht zu erörtern.

Verkehr mit den Dienststellen der Armee

Dr. Bill weist darauf hin, dass Einsätze der durchgeführten Art ohne Mithilfe der Armee unmöglich wären[6]. Im grossen und ganzen habe man ein positives Bild erhalten. Er wäre dankbar, wenn inskünftig Grundsätzliches auf der Stufe Departement zu erhalten wäre, in einer späteren Phase jedoch direkt von der Fachinstanz, was sehr vereinfachend wirken würde.

Auf die Mithilfe der «operationellen Abteilungen» der Gruppe für Generalstabsdienste und der Zeughäuser könne in den meisten Fällen verzichtet werden, da man nun über Personal mit den nötigen Kenntnissen verfüge. Eine diesbezügliche Einmischung erschwere in der Regel das Ganze.

Direktor Kaech ist ebenfalls der Auffassung, der Einsatz der Armee soll sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf die Bereitstellung und Überlassung von Material beschränken.

Herr Burkhart teilt mit, der Einsatz der Armeeapotheke und des AMP seien hervorragend gewesen. Der Kontakt mit den Zeughäusern war anfangs schleppend, wurde jedoch zusehends besser.

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E5001G#1986/105#1094* (7.2). *Unterzeichnet von F. Bargetzi. Kopie an A. Bill und E. Müller.*
2. *Anwesend: A. Kaech, A. Bill, E. Müller und O. Burkhart. Zur Gründung und zum Aufbau des Korps für Katstrophenhilfe vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 79,* dodis.ch/35193 *sowie das Referat von A. Bill vom 31. August 1973,* dodis.ch/38326.
3. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/38910 *sowie Dok. 103,* dodis.ch/39121.
4. *Vgl. dazu Dok. 136,* dodis.ch/39122, *bes. Anm. 4.*
5. *Vgl. Doss.* CH-BAR#E5001G#1986/105#109* (0352.1). *Für einen Zwischenbericht vgl. den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739.
6. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an R. Gnägi vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/38572 *sowie Doss. wie Anm. 1.*

Materiallagerung

Herr Burkhart ist der Ansicht, Sanitäts-Mat*[erial]* für das Katastrophenhilfskorps sollte in Zukunft, selbstverständlich soweit dies überhaupt möglich sei, in der Nähe von Bern zentral gelagert werden.

Für den Bezug von Fahrzeugen schlage er den AMP Burgdorf vor; die nötigen, guten Verbindungen bestehen seit dem letzten Einsatz.

Funkmaterial: Man verfüge z. T. über eigenes. Die notwendigen Batterien wären aber weiterhin vom EMD zu beziehen, am besten aus dem Zeughaus Bern.

Dr. Bill schlägt für die Materiallagerung folgende Lösung vor: Es seien Material-Zellen und -Poole zu schaffen, auf die rasch zurückgegriffen werden könne (siehe Beilage 1[7]). Mindestens ein solcher Materialsatz sollte in Dübendorf oder in der Nähe eines Flugplatzes, soweit möglich fertig verpackt, zum Einsatz bereit stehen. Es wäre ausserdem von Vorteil, wenn bei einem dringlichen Einsatz das zuständige Zeughaus mit der Spedition direkt beauftragt werden könnte. Bei der vorgetragenen Lösung stelle sich noch die Frage, ob das EMD in der Lage sei, aus der Kriegsreserve Korpsmaterial auszusondern, ohne negativen Einfluss auf die materielle Kriegsbereitschaft[8].

Herr Burkhart macht darauf aufmerksam, eine Liste des diesbezüglichen Materials sei letztes Jahr dem EMD übergeben worden, müsse jedoch im einzelnen nochmals überprüft werden.

Divisionär Müller ist überzeugt, dass die Materialbereitstellung verbessert werden könne. Auch die Armee wünsche eine rationellere Lösung. Was er nun als wichtigsten Punkt betrachte, sei die Festlegung der Kompetenzen. Er wünsche eine klare Abgrenzung. Zu diesem Zwecke schlägt er vor, in jeder tangierten Dienststelle eine Kontaktperson und einen Stellvertreter zu bestimmen, nämlich:

– für die Sanität
– für die KMV: 1. Bereich der Zeughäuser
  2. Bereich der AMP

Der schriftliche Verkehr könne direkt über die bezeichneten Stellen unter Kopiegabe an ihn erfolgen.

Mit der vorgeschlagenen Materialbereitstellung könne er sich grundsätzlich einverstanden erklären. Das gemäss Beilage 1 in Zellen verpackte Material müsse sofort verfügbar sein, das Pool-Material innert 6 Tagen. Er machte darauf aufmerksam, dass diverses Sanitäts-Material der kurzfristigen Haltbarkeit wegen nicht eingelagert werden könne. Die Armeeapotheke könne mit der Bereitstellung bis zu einem gewissen Grade beauftragt werden.

Motorfahrzeuge: *Divisionär Müller* begrüsst es, dass das Katastrophenkorps beabsichtige, eigene leichte Motorfahrzeuge zu beschaffen (VW 181). Als Bereitstellungsort sei er mit dem AMP Burgdorf einverstanden. Um einen reibungslosen Ablauf der Fahrzeugübergabe zu gewährleisten, müsse noch eine Bereitschaftsgradliste nach Zeit und Fahrzeugtypen ausgearbeitet

---

7. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/38540.
8. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an R. Gnägi vom 19. Dezember 1973,* dodis.ch/38572 *sowie die Notiz von Ch. Cerutti vom 3. April 1974, Doss. wie Anm. 1.*

werden. Er bittet Dr. Bill um Verständnis, wenn bezüglich des Einsatzes der teuren Motorfahrzeuge auch die Meinung der Fachinstanz angehört werden müsse. Auch sei eine gewisse Zurückhaltung im Einsatz von Fahrzeugen auf Grund der in Afrika gemachten Erfahrungen angezeigt[9].

Als nächster, wichtigster Schritt seien nun die Kontaktpersonen zu bezeichnen. Diese können dann zusammenkommen, um die weiteren Probleme zu besprechen.

Einsatz von qualifiziertem Führungspersonal des EMD im Katastrophenhilfskorps[10]

Direktor Kaech macht darauf aufmerksam, dass die von Dr. Bill vorgeschlagene Anrechnungsmöglichkeit des WK eine heikle Angelegenheit sei, worüber etwas Genaues erst nach Vorliegen des Schlussberichtes gesagt werden könne[11]. Was den Einsatz von Instruktoren des EMD betrifft, erklärt er, dass höchstens solche in Frage kämen, die nicht mehr im Fronteinsatz stehen. Vorgängig einer Lösung bedürfe es jedoch noch einer detaillierten Abklärung. Im weiteren mache er aber auf die Möglichkeit aufmerksam, Instruktoren zu rekrutieren, die nach der neuen Regelung vor Erreichen des 65. Altersjahres aus dem Bundesdienst ausscheiden.

Divisionär Müller ist bereit, den letzten Vorschlag abklären zu lassen. Was den Einsatz von Instruktoren für eine Zeitdauer von 1–3 Jahren betrifft, ist er der Auffassung, dass dies schon der prekären Personallage des Instruktorenkorps wegen nicht möglich sein werde.

Dr. Bill erklärt, jede, auch noch so kleine Hilfe auf diesem Gebiet sei sehr willkommen.

---

9. *Vgl. dazu den Bericht des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland vom Februar 1975,* dodis.ch/39739, *bes. S. 10–15 sowie das Referat von J. Clerc vom 21. März 1975,* dodis.ch/39747, *bes. S. 7–9.*

10. *Vgl. dazu das Schreiben K. W. Rickenmann an das Militärdepartement vom 5. Oktober 1973,* dodis.ch/38596.

11. *Die Anrechnung von im Ausland geleisteten Diensttagen führte bereits während der Aktion im Sahel-Gebiet zu Diskussionen. Vgl. dazu die Notiz von P.-M. Halter vom 26. März 1975,* dodis.ch/38573.

157

dodis.ch/37693

Der stv. Direktor der Politischen Direktion des Politischen Departements, J. Iselin, an den schweizerischen Chargé d'affaires a. i. in Peking, F. Pianca[1]

Vertraulich Bern, 23. Juli 1975

Auf unsere Korrespondenz[2] betreffend das «Taipeh Century Symphony Orchestra» zurückkommend teilen wir Ihnen mit, dass nach einer eingehenden Erörterung auf höchster Ebene zwischen unserem Departement und dem EJPD der Beschluss gefasst worden ist, die erteilte Bewilligung für die einschlägigen Visa nicht rückgängig zu machen.

Wir halten zu Ihrer Orientierung fest, dass die Fremdenpolizei die Bewilligung ohne unser Wissen und ohne das EPD zu konsultieren erteilt hat. Sobald wir nachträglich und durch Zufall von diesem «fait accompli» erfuhren, setzten wir uns mit Nachdruck für eine Annullierung oder wenigstens eine Entschärfung dieses Entscheides ein. Wir machten vor allem politische Bedenken geltend, konnten jedoch den Vorsteher[3] des EJPD nicht zu einer Abänderung bewegen. Nach dessen Ansicht ist in kulturellen Angelegenheiten an einer liberalen Praxis festzuhalten. Für eine Rückgängigmachung sei es ohnehin zu spät.

So sehr wir diesen Entscheid bedauern, müssen wir ihn akzeptieren, da derselbe in den Kompetenzbereich des EJPD gehört. Unserm Bedenken wird immerhin durch eine Reihe besonderer Massnahmen Rechnung getragen. So wird Bundespräsident Graber am Comptoir in Lausanne persönlich das Wort ergreifen, um die Teilnahme der Volksrepublik China anerkennend hervorzuheben und die anwesenden Chinesen in zuvorkommender Weise zu begrüssen[4].

Auf der andern Seite haben die zuständigen kantonalen Behörden[5] Weisung erhalten, bei Organisation und Durchführung der Konzerte des taiwanesischen Orchesters grösste Zurückhaltung zu üben. Insbesondere sollten allfällige politisch zweifelhafte Anschriften und Aussagen vermieden werden (so soll das Orchester ausdrücklich als *Stadt*-Orchester von Taipeh präsentiert werden und nicht als nationalchinesisches Staatsorchester).

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Datum der Veranstaltungen in der Schweiz offenbar nicht mit demjenigen des Comptoir in Lausanne zusam-

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2338* (B.44.32.0). *Verfasst von A. Rüegg. Kopie an H. Langenbacher, die Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements, die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Kaufmann sowie J. Iselin. Diese Kopie ging an J. Iselin.*
2. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
3. *K. Furgler. Für weitere Konflikte zwischen den Vorstehern des Justiz- und Polizeidepartements und dem Politischen Departement vgl. Dok. 10,* dodis.ch/39340; *Dok. 28,* dodis.ch/38389, *Punkt 2; Dok. 41,* dodis.ch/37698 *sowie Dok. 130,* dodis.ch/38490.
4. *Vgl. die* Rede von Herrn Bundespräsident Graber gehalten am offiziellen Tag des 56. «Comptoir Suisse» von Lausanne *vom 18. September 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#883* (C.40.88.1).
5. *Geplant waren Konzerte in Bern, St. Gallen, Zürich und Genf.*

menfällt. Es wird somit aller Voraussicht nach nicht zu einer simultanen Anwesenheit von Vertretern der Volksrepublik China und Taiwans in der Schweiz kommen. Wir hoffen jedenfalls mit Ihnen, dass diese nicht sehr befriedigende Affäre ohne grösseren Schaden über die Bühne geht[6].

6. *Handschriftliche Marginalie von J. Iselin:* – 25/7 Frepo an RS *[A. Rüegg]:* 1) Durchschnittsalter: 17 Jahre 2) «Taipeh» (nicht «Taiwan» …) Orchestra. Hauptüberlegungen, weshalb brit. Bewilligung *[für die Teilnahme des Orchesters am Aberdeen International Youth Festival]* erteilt wurde trotz Bedenken Auskunft Brit. Botschaft an RS. – 25/7 Frepo an RS: Furgler an Frepo Überprüfung schweiz. positiven Entscheid, nur, sofern brit. Bewilligung für Aberdeen, Hauptkonzerte, rückgängig gemacht. 25. 7. 11 h: Visa sind in Hongkong noch nicht erteilt. *Für den weiteren Verlauf dieser Affäre vgl. das Schreiben von H. Kaufmann an R. Gerber vom 21. August 1975,* dodis.ch/37694.

158

dodis.ch/38867

Discours du Président de la Confédération, P. Graber, à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe[1]

Helsinki, 30 juillet 1975

Permettez-moi d'adresser d'abord à nos hôtes finlandais mes sentiments de vive gratitude pour la qualité de leur accueil. Je tiens à leur dire le plaisir que j'éprouve à me trouver une nouvelle fois chez eux. Les affinités qui existent entre la Suisse et la Finlande tiennent à la nature profonde des choses. Elles nous rendent particulièrement réceptifs à l'âme de ce pays, empreinte, à l'image de la musique de Sibelius, de grandeur sans ostentation et de sérénité.

La Suisse, située au carrefour de trois cultures qui ont valu au vieux continent son rayonnement universel, la *Suisse a toujours vibré de la vie de l'Europe*. Elle en a, au long de son histoire sept fois séculaire, partagé les fastes et les tribulations.

Comme je l'ai déclaré de cette même tribune voici deux ans[2], la *neutralité* de mon pays n'a jamais été l'alibi d'une politique de la chaise vide, de l'indifférence, du repli sur soi-même. Elle lui a dicté, au contraire, un souci de solidarité et l'ambition d'être prêt, en permanence et selon ses moyens, à rendre service à la Communauté internationale.

Parce qu'elle connut elle-même la chance historique de surmonter les antagonismes de race, de langue et de religion qui causèrent l'affrontement de ses voisins, la Suisse a ressenti leurs conflits comme autant de luttes fratricides. Elle

1. *Discours (copie):* CH-BAR E2812(-) 1985/204 Bd. 7 (4). *Ce texte a aussi été publié dans FF, 1975, II, pp. 934–938. Cf. aussi le compte rendu sténographique de la deuxième séance de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe tenue au Finlandia Hall à Helsinki le 30 juillet 1975,* doc. CSCE/III/PV.2*, pp. 42–48,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#691* (B.72.09.15.1). *Pour les entretiens bilatéraux au cours de la troisième phase des négociations de la CSCE à Helsinki, cf. doc. 160,* dodis.ch/38322.

2. *Discours de P. Graber du 5 juillet 1973,* dodis.ch/38846. *Pour un bilan des consultations préliminaires et de la première phase de la CSCE, cf. doc. 32,* dodis.ch/38816.

avait ardemment souhaité leur réconciliation. Elle se félicite de leur coopération d'aujourd'hui. Mais son intérêt ne s'est pas limité à cet horizon immédiat: c'est la bonne entente de l'*Europe entière* que nous n'avons cessé d'appeler de nos vœux. Notre refus d'adhérer à des alliances ou à des coalitions répondait ainsi dans ses profondeurs à une vocation plus largement européenne.

C'est pourquoi nous nous réjouissons de voir l'*option de neutralité* inscrite au chapitre des principes qui devraient régir les relations entre nos États. La neutralité est ainsi reconnue comme un instrument spécifique de la sécurité et de la coopération européenne.

Mais notre volonté d'ouverture est loin de se borner au cercle des États ici présents. Si nous souhaitons que l'Europe – qui fut trop souvent dans le passé la source de déchirements universels – devienne une zone claire de paix et de travail, c'est aussi pour qu'elle puisse consacrer davantage d'attention, d'énergies et de ressources à l'œuvre prioritaire de notre temps, qui est d'orienter vers le développement et le bien-être les multitudes encore dépourvues des biens que nous avons presque tous en abondance.

On a mis l'accent sur le caractère profondément *original*, à plus d'un titre, de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe. En effet, c'est la première fois que se trouvent réunis les dirigeants de tous les pays membres de la famille européenne[3] – rejoints par ceux des deux grandes démocraties nord-américaines, liées à elle par une vivante communauté d'origine et de destin.

À la différence de certains congrès diplomatiques du passé, la CSCE a été préparée, convoquée, a siégé, délibéré, pris ses résolutions, pour conclure aujourd'hui ses travaux sur la base de l'*égalité souveraine des États participants*. Ce principe a trouvé son expression parlante dans la pratique du consensus. S'il n'a pas simplifié les discussions de Genève[4], un tel système a eu le mérite de permettre aux délégations de tous les pays, grands ou petits, de faire librement valoir leurs points de vue et de participer activement à l'élaboration d'un document[5] politique commun. Il s'agit à nos yeux d'une prérogative tout à fait légitime, mais qui trouve sa contre-partie nécessaire dans un comportement responsable et mesuré.

Pour nous autres Suisses, la vertu essentielle de l'égalité souveraine des États, c'est qu'elle conditionne à son tour le principe suprême de l'*indépendance nationale*.

Mais, l'indépendance, pour quoi faire? D'abord, bien entendu, pour conduire librement et dans le respect des règles internationales nos rapports avec l'étranger. Mais, tout autant, pour bâtir et développer notre propre communauté en fonction d'*une certaine idée que nous nous faisons de la personne humaine*, de sa dignité, de ses besoins et de sa finalité, en un mot de son *bonheur*.

Une autre caractéristique originale de la CSCE est d'aménager des structures plus complètes et plus sûres dans les rapports inter-européens, mais

---

3. *À l'exception de l'Albanie. Pour les relations de la Suisse avec l'Albanie, cf. doc. 75,* dodis.ch/38383, *note 19.*

4. *Pour les négociations à Genève, cf. doc. 57,* dodis.ch/38848 *et doc. 89,* dodis.ch/38858.

5. Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe *rédigé par le Comité de coordination du 21 juillet 1975,* doc. CSCE/CC/64, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#687* (B.72.09.15.1). *Cf. aussi FF, 1975, II, pp. 939–1016.*

également de faciliter, de développer et d'harmoniser dans chacun de nos pays, et par-dessus leurs frontières, les relations humaines.

Il s'agit à nos yeux d'un tout indissociable. Car il n'est pas de libertés individuelles sans souveraineté nationale, de même que l'indépendance de l'État trouve sa justification première dans le plein épanouissement de la *personne*. C'est pourquoi nous reconnaissons à la CSCE le mérite d'avoir hissé les *droits de l'homme*[6] au niveau des dix principes appelés à régir les relations mutuelles entre les États participants. En raison de la valeur égale qui est expressément reconnue à chacune de ces règles, le respect des libertés fondamentales pourra ainsi devenir une contribution positive de la Conférence au système des relations entre États. Il en résulte que le respect d'un principe si solennellement consacré revêt désormais, au niveau de la conscience européenne, la même importance que celui de l'inviolabilité des frontières.

C'est précisément pour des considérations de cet ordre que la Suisse avait estimé, dès le point de départ, que le chapitre sur les contacts humains et l'information constituerait un élément indispensable de la CSCE.

À première vue, nous devons le dire, les résultats paraissent modestes. Ils ne répondent certainement pas aux espoirs que certains avaient nourris. Les textes élaborés sont trop souvent imprécis et assortis de réserves qui en réduisent encore la portée.

Et pourtant! Que des sujets aussi délicats aient pu être abordés et discutés en toute franchise, au niveau diplomatique, entre pays à systèmes politiques, économiques et sociaux différents, est déjà en soi un élément positif. Et le fait que les mêmes pays aient pu se mettre d'accord sur des textes qui ont au moins le mérite d'exister, est un gage supplémentaire d'espoir. Ici plus qu'ailleurs, il faut se garder de la tentation du tout ou rien. C'est pourquoi l'excès d'ambition n'avait pas sa place dans la réalité politique de l'Europe. Mais l'absence d'ambition eût été le désaveu des objectifs mêmes que nous nous étions assignés. On peut dire, dans ces conditions, que le document que nous avons sous les yeux représente un premier *point d'ancrage*. L'avenir seul dira ce qu'il vaut.

En d'autres termes, il faudra demain que les dispositions que nous allons solennellement adopter dans ce domaine, comme dans d'autres, soient encore traduites dans les faits. Leur mise en application révèlera le degré de volonté des États ici représentés de donner un contenu concret au cadre qui vient d'être tracé[7].

Les progrès qui seront réalisés dans le vaste domaine des relations humaines, c'est-à-dire de celles qui sont vécues au niveau de la personne, destinées à rendre les cloisons moins étanches en Europe, joueront tout particulièrement le rôle d'un révélateur dans notre appréciation du bilan[8] de la Conférence elle-même.

---

6. *Sur la Convention des droits de l'homme du Conseil de l'Europe, cf. doc. 25,* dodis.ch/39375 *et doc. 107,* dodis.ch/39382.

7. *Sur le développement de la CSCE, cf. doc. 177,* dodis.ch/38875.

8. *Pour un bilan de la CSCE, cf. le rapport de la Délégation suisse à la CSCE du 7 juillet 1975,* dodis.ch/38868 *et la notice du Secrétariat politique du Département politique du 8 juillet 1975,* dodis.ch/38869 *dont le Conseil fédéral a pris connaissance avec le PVCF N° 1230 du 9 juillet 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#820*. *Cf. aussi le rapport de R. Bindschedler du 29 août 1975,* dodis.ch/38870.

Nous souhaitons, par exemple, que certains problèmes qui se sont révélés particulièrement difficiles – je pense notamment à tous les drames humains qui résultent de la séparation des familles – trouvent à l'avenir, dans les cadres multilatéral ou bilatéral appropriés, des solutions qui procèdent de cet esprit.

Dans un autre domaine – auquel nous attachons également une grande importance – celui de l'*information*, nous espérons que sa diffusion plus large et son accès plus libre, ainsi que le travail des journalistes seront facilités et qu'ainsi il sera mis fin, peu à peu, à une situation qui est encore loin d'être satisfaisante partout.

C'est le même souci de donner un prolongement concret aux principes destinés à régir les relations entre États participants qui nous a incités à présenter un *projet détaillé de règlement pacifique des différends*.

Les discussions de Genève ont malheureusement révélé que certaines caractéristiques de ce projet, notamment la nature obligatoire des décisions ou simplement de la procédure, n'étaient pas encore acceptables à tous. Cela ne nous a nullement découragés dans notre effort. Nous constatons pour l'instant que la Conférence a, d'une part, donné aux trente-cinq pays participants l'occasion de discuter, pour la première fois et d'une façon approfondie, une idée qui a de tout temps constitué une des lignes de faîte de notre politique étrangère. D'autre part, les suites de la Conférence et le mandat précis que nous avons reçu à ce sujet nous permettront de reprendre dans deux ou trois ans l'étude et l'élaboration d'un tel système.

Nous pourrons envisager, cette fois-ci avec de meilleures chances de succès, la réalisation de notre projet. Certains l'avaient trouvé trop ambitieux, d'autres pas assez mûr. Quoi qu'il en soit, il garde à nos yeux le mérite d'essayer d'organiser ce que nous appelons la paix, la sécurité et la détente; de donner à ces concepts généraux un contenu réel, concret et, pourquoi ne pas le dire, une dimension nouvelle.

Dans le *secteur économique*, enfin, la CSCE, bien que d'essence politique, s'est efforcée de faciliter les transactions, de renforcer la confiance et d'animer d'un meilleur esprit la coopération industrielle, scientifique et technique entre nos États. Pour un pays tel que la Suisse, tributaire plus que tout autre de l'essor du commerce mondial, toute mesure destinée à promouvoir le libre mouvement des échanges est la bienvenue. Nous souhaitons que les efforts entrepris dans ce domaine se poursuivent, en vue de parvenir à un équilibre judicieux entre les droits et obligations réciproques.

Monsieur le Président[9], Messieurs les Hauts-Représentants[10],

Il ne serait sans doute pas équitable de mesurer les résultats concrets qui ont été obtenus à l'aune des espoirs généreux, mais fragiles, que l'annonce de la Conférence avait suscités chez certains. De toute évidence – et, pour notre

---

9. *A. Casaroli.*

10. *H. Schmidt, E. Honecker, G. Ford, B. Kreisky, L. Tindemans, T. Jivkov, P. E. Trudeau, Makarios III., A. Jørgensen, C. Arias Navarro, U. Kekkonen, V. Giscard d'Estaing, H. Wilson, K. Karamanlis, J. Kádár, L. Cosgrave, G. Hallgrímsson, A. Moro, W. Kieber, G. Thorn, D. Mintoff, A. Saint-Mleux, T. Bratteli, J. den Uyl, E. Gierek, F. da Costa Gomes, N. Ceauşescu, G. L. Berti, O. Palme, G. Husák, S. Demirel, L. I. Breschnew et J. Broz Tito.*

part, nous n'en avons jamais douté – instaurer le règne de la sécurité et de la coopération en Europe – région qui, plus que nulle autre au monde, fut ravagée par les guerres et cloisonnée par la méfiance réciproque – est une *œuvre de longue haleine*. Elle exige de tous les États participants une bonne volonté sans défaillance; elle nécessitera encore les plus considérables efforts.

Je me garderai donc de porter sur les textes laborieusement mis au point à Genève un jugement prématuré. *Ces textes vaudront en définitive ce que vaudra leur application.*

C'est donc moins aujourd'hui que dans les mois et les années qui viennent que nous pourrons les apprécier à leur juste valeur.

Pour l'heure, ce qui est avant tout nécessaire, c'est qu'un *esprit nouveau* souffle sur les relations internationales; c'est que les principes solennellement énoncés – ceux avant tout qui consacrent la pleine indépendance des États, la non-ingérence dans leurs affaires intérieures, le non-recours à la menace ou à l'emploi de la force, la pratique du règlement pacifique des différends et, bien entendu, le respect des droits de l'homme – que tous ces principes, dis-je, se traduisent demain en actes dans le comportement quotidien des Puissances.

Mais ne nous y trompons pas, si les choses devaient continuer à aller comme trop souvent dans le passé, c'est-à-dire si les petits pays demeuraient exposés aux pressions des plus grands, alors à coup sûr, la Conférence aurait échoué dans son effort d'instaurer la sécurité en Europe. Ce qui est certain, c'est qu'une telle sécurité n'est guère compatible avec le renforcement continu des potentiels militaires sur notre continent. L'État actuel des travaux des conférences consacrées à la réduction ou à la limitation des armements nous confirme en tout cas qu'une défense nationale adaptée aux défis de la guerre moderne demeure, pour un pays comme le nôtre, impérieuse de nécessité.

Pour toutes ces raisons je dirai en conclusion que les résultats que nous allons entériner sont à la fois *peu et beaucoup*. *Peu*, si on ne les considère qu'en eux-mêmes et comme le point final d'un long et difficile exercice. *Beaucoup* s'ils pouvaient être le signe et la promesse d'une ère vraiment nouvelle dans les relations internationales.

Nous attendons quant à nous un tel avènement avec un *optimisme* à la mesure des quelques progrès qui ont été déjà obtenus. Mais aussi avec *réalisme et circonspection*. Nous avons toujours pensé en effet que ce n'était pas le climat de la détente – si bénéfique qu'il soit en lui-même, en tant qu'antidote à la guerre froide – qui engendrerait comme par enchantement cette sécurité à laquelle aspirent tous les peuples que nous représentons ici, mais que c'était bel et bien l'inverse.

C'est dans cet esprit que j'exprime le vœu que les longs travaux de la Conférence, qui trouvent leur consécration solennelle aujourd'hui, connaissent un écho durable dans les événements de demain.

159

dodis.ch/38439

Notiz der politischen Abteilung II an die Direktion für Völkerrecht des Politischen Departements[1]

ENTWURF ZU EINEM AUSLÄNDERGESETZ[2]

Bern, 31. Juli 1975

Wir beziehen uns auf Ihre Notiz vom 16. Juli 1975[3] in dieser Angelegenheit und möchten uns wie folgt äussern:

Wie Sie richtig feststellen, ist es besonders der Sachbereich «*Politische Tätigkeit der Ausländer*», insofern dadurch die äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährdet werden könnte, der potentiell Zuständigkeiten des EPD tangiert.

Wir begrüssen grundsätzlich die in *Artikeln 67–70* des Entwurfs vorgesehene neue Regelung der Materie, und insbesondere die Gleichstellung der *Flüchtlinge* mit den andern Ausländern; sie entspricht einem Postulat, das die Politische Abteilung II in ihren Ausführungen zum «Problemkatalog für die Richtlinien der Regierungspolitik 1975–1979» formuliert hat («… Unter dem Gesichtpunkt *Innere Sicherheit* (Ziffer 215) wäre wünschbar, wenn die zuständigen Stellen Richtlinien bearbeiten könnten, nach denen die politische Tätigkeit demokratisch gesinnter Flüchtlinge in der Schweiz zwar nach wie vor den Forderungen unserer Neutralität- und Nichteinmischungs-Politik untergeordnet wird, anderseits aber auch die liberalen Grundsätze der schweizerischen Meinungsfreiheit beachtet werden.»). Die neue Regelung ist nicht nur liberaler, sondern sie enthebt die Bundesbehörden auch verschiedener Verantwortlichkeiten, die sie bisher – im Gefolge von hier nicht zu Diskussion stehenden, z. T. weit zurückliegenden Massnahmen und Entwicklungen – auf sich genommen hatten. Wegen der bei uns traditionell streng zu beachtenden Trennung zwischen offizieller Aussenpolitik und privaten Äusserungen zu aussenpolitischen Themen standen ihnen solche Funktionen einerseits nicht wohl zu, anderseits bescherten sie ihnen auch immer wieder unwillkommene «Haftpflicht-Ansprüche» und überhaupt schmälerten sie ihren legitimen und autonomen Handlungs- und Entscheidungsspielraum in dieser Materie.

Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass der vorliegende Entwurf in einigen Bereichen legiferiert, die direkt oder indirekt an aussenpolitische Belange angrenzen. Hier besteht natürlich für das EPD, d. h. die Behörde,

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#554* (B.41.10.1). *Verfasst von H. Kaufmann und unterzeichnet von J. Iselin.*
2. *Für das Gesetz von 1931 vgl.* Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer *vom 26. März 1931, BS, 1, S. 121–130. Zum Entwurf eines neuen Gesetzes vgl. die Notizen von M. Krafft vom 3. Juli 1974,* dodis.ch/38435 *und vom 12. Juli 1974,* dodis.ch/38437; *den Bericht der Eidg. Konsultativkommission für das Ausländerproblem vom 27. Januar 1975,* dodis.ch/38438 *sowie das Schreiben von E. Thalmann an G. Solari vom 19. August 1975,* dodis.ch/38440.
3. *Notiz von B. Dumont vom 16. Juli 1975,* dodis.ch/40817.

welche die Aussenpolitik des Bundesrates durchführt, trotzdem eine gewisse Verantwortung. Sie könnte es u. E. als angezeigt erscheinen lassen, dass die *Pflicht* für die jeweils federführende Behörde stipuliert würde, das EPD bei jenen Entscheiden zu *konsultieren* oder zumindest zu *informieren*, welche potentiell aussenpolitische Rückwirkungen zeitigen könnten. Um den Bundesbehörden, und vor allem unserem Departement, den eingangs erwähnten Spielraum in Entscheiden und Reaktionen zu erhalten, würden wir allerdings vorziehen, dass dieses Recht, konsultiert bzw. informiert zu werden, nicht im Gesetzestext selbst, sondern höchstens in der Ausführungsverordnung (oder noch besser auf dem Weg interner Briefwechsel zwischen den kompetenten Departementen und dem EPD) festgehalten würde. Die Formulierung sollte, wieder aus demselben, oben erwähnten Grund, elastisch-umfassend sein, so dass wir zwar nötigenfalls die Möglichkeit, nie aber die Pflicht zur Stellungnahme hätten.

Wir denken vor allem an folgende drei Bereiche, wo eine solche Konsultation bzw. Information angezeigt wäre:

– *Einreise* bzw. Zurückweisung oder *Ausweisung von Ausländern*, wenn eine Gefährdung der *äussern* Sicherheit der Eidgenossenschaft vorauszusehen ist. Wir denken z. B. an die Einreise von Angehörigen schweizerischerseits nicht anerkannter Staaten[4], von militanten Befreiungsorganisationen, militanten Oppositionsgruppen im Exil o. ä. Selbstverständlich hätte das Recht, konsultiert zu werden, in erster Linie den Sinn, dass wir rechtzeitig erfahren, *wer* jeweils in die Schweiz kommen will, wobei wir nur in wirklich gravierenden, *direkte* negative Auswirkungen zeitigenden Fällen eine negative Stellungnahme abgeben sollten.
– Postulat der Erreichung eines «ausgewogenen Verhältnissses» zwischen schweizerischer und *ausländischer Wohnbevölkerung*. In Fällen, in welchen eine ausländische Regierung in allfälligen in diesem Sinne getroffenen einschränkenden Massnahmen der Schweiz eine Beeinträchtigung vermeintlicher «wohlerworbener Rechte» von Gastarbeitern ihrer Nationalität in unserem Land erblicken könnte, hätte die Konsultation vor allem den Zweck, die Möglichkeit irgendwelcher ausländischer Retorsionsmassnahmen gegen schweizerische Interessen auf anderen Sektoren abzuschätzen. Da die grössten Gastarbeiterkontingente[5] aus Staaten stammen, die in die Kompetenz der Politischen Abteilung I fallen, möchten wir uns hier nicht weiter auslassen und es bei dieser Anregung belassen.
– *Politische Tätigkeit von Ausländern* in der Schweiz[6]. Hier möchten wir, aus den eingangs erwähnten Gründen, die Konsultation praktisch ausschliesslich als Information über das verstanden wissen, was sich in diesem Bereich tut. Allfällige negative Stellungnahmen wären wirklich nur für extreme Fälle vorbehalten. Zu verhindern wäre m. a. W. nicht jede politische Aktivität gegen ein ausländisches Ziel, sondern nur dann, wenn durch sie *wesentliche* schweizerische Interessen im betroffenen Ausland konkret gefährdet sind, also nicht nur ein Risiko dazu besteht.

---

4. *Vgl. dazu das Dok. 41,* dodis.ch/37698.
5. *Vgl. dazu Dok. 86,* dodis.ch/38402, *bes. Anm. 2, 3 und 4.*
6. *Vgl. dazu Dok. 94,* dodis.ch/38488.

160

dodis.ch/38322

Notiz des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller[1]

Vertraulich Helsinki, 1. August 1975

Anlässlich der 3. Phase der KSZE in Helsinki[2] vom 30. Juli bis 1. August 1975 fanden verschiedene bilaterale Gespräche zwischen Bundespräsident Graber und Delegierten anderer Länder statt, und zwar meistens in sehr informeller Art und Weise im Konferenzsaal selber oder im Vestibül. Darüber ist erwähnenswert:

1. DDR

Auf schweizerische Anregung[3] kam ein Treffen zwischen G*[raber]*, begleitet vom Unterzeichneten, mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker zustande, an dem auch der Sekretär des Zentralkomitees der SED, Hermann Axen, sowie ein Sekretär[4], der Notizen machte, teilnahmen. Es war das einzige Treffen, das etwas formeller war, indem es in einem separaten Sitzungssaal stattfand (und zwar von der Delegation der DDR organisiert), wobei auch am Anfang Photographien gemacht wurden.

G*[raber]* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, er habe diese Gelegenheit benützen wollen, um einen direkten Kontakt mit den leitenden Persönlichkeiten der DDR herzustellen. Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen[5] haben sich in schweizerischer Sicht die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf verschiedenen Gebieten gut entwickelt, was insbesondere auch durch die kürzliche Unterzeichnung eines Handels- und Wirtschaftsabkommens[6] zum Ausdruck komme. Auf zwei Gebieten sei jedoch die Entwicklung für uns noch unbefriedigend. Einmal seien die Verhandlungen über die Entschädigung für schweizerische Vermögenswerte nur langsam vorangekommen[7] und wir hofften sehr, dass die nächste Runde im Oktober einen entscheidenden Fortschritt bringen werde. Dies sei insbesondere auch wichtig, weil bei der parlamentarischen Behandlung des Handels- und Wirt-

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4691* (B.15.21). *Kopie an P. Graber, E. Thalmann, R. Bindschedler, E. Diez und F. de Ziegler.*
2. *Vgl. dazu Dok. 158,* dodis.ch/38867.
3. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Miesch an E. Thalmann vom 8. Juli 1975,* dodis.ch/38811.
4. *P. Steglich.*
5. *Vgl. dazu Dok. 39,* dodis.ch/38849, *Anm. 8.*
6. Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (mit Briefwechsel) *vom 27. Juni 1975, AS, 1975, S. 1577–2588. Vgl. dazu Dok. 189,* dodis.ch/39026. *Zur Zusammenarbeit auf den Gebieten des Gesundheitswesens und der Wissenschaft vgl. das Schreiben von H. Miesch an P. R. Jolles vom 12. Juli 1974,* dodis.ch/39367 *sowie das Schreiben von R. Keller an U. Hochstrasser vom 27. Oktober 1975,* dodis.ch/39403.
7. *Vgl. dazu Dok. 150,* dodis.ch/39074, *bes. Punkt 1.*

schaftsabkommens Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn nicht in diesen Verhandlungen ebenfalls befriedigende Fortschritte aufzuzeichnen seien[8].

Das andere Gebiet sei dasjenige der menschlichen Kontakte. Hier sei eine ganze Anzahl von Fällen hängig, und zwar handle es sich um Bewilligungen für Übersiedlungen von schweizerischen Familien nach der Schweiz sowie die Eingehung der Ehe für Angehörige beider Staaten verbunden mit Ausreise aus der DDR. Dies sei ein Problemkreis, für den sich die schweizerische Öffentlichkeit ganz besonders interessiere und der deshalb ebenfalls auf unsere allgemeinen bilateralen Beziehungen wesentliche Auswirkungen habe. Dies sei insbesondere auch deshalb der Fall, weil der Bundesrat anlässlich der nächsten Parlamentssession im September eine Anfrage[9] beantworten müsse, in der der schweizerischen Diplomatie vorgeworfen werde, die Interessen gegenüber der DDR nicht mit genügender Energie zu vertreten[10].

H*[onecker]* erwiderte darauf, dass er mit der positiven Einschätzung der Entwicklung der allgemeinen Beziehungen zwischen den beiden Ländern durchaus einverstanden sei. Die von Botschafter Diez geführten Vermögensverhandlungen würden von Seiten der DDR gefördert und er sei sicher, dass anlässlich der nächsten Runde im Oktober weitere Fortschritte gemacht werden können. Wichtig sei in dieser Beziehung auch die Haltung des Zentralkomitees der Partei, wofür A*[xen]* verantwortlich sei. Dieser bemerkte dazu, dass auch er diesen Problemen gegenüber durchaus positiv eingestellt sei und dass er nicht bezweifle, dass im Oktober genügende Fortschritte gemacht werden können, um uns zu erlauben, das Handels- und Wirtschaftsabkommen auf den 1. Januar in Kraft treten zu lassen, woran der DDR viel gelegen sei.

Was die menschlichen Kontakte anbetrifft, so antwortete H*[onecker]*, dass es sich hier um ein Problem handle, das immer wieder auftauche, und zwar auch in den Beziehungen mit anderen Staaten. So habe er gerade kürzlich mit Premierminister Palme einen derartigen Fall geregelt. Es sei das Problem der doppelten Staatsbürgerschaft und unsere Anliegen werden selbstverständlich von Seiten der DDR geprüft. H*[onecker]* nahm die von G*[raber]* überreichte Liste[11] der hängigen Fälle entgegen mit der Bemerkung, dass er sich selbst dafür bemühen werde, dass diese in positivem Geiste geprüft werden. Eine Antwort werde dann unserem Botschafter in der DDR übermittelt werden[12].

In dieser ganzen Diskussion, die in einem durchaus freundlichen Ton geführt wurde, machten weder H*[onecker]* noch A*[xen]* die geringste Bemerkung, die auch nur als eine entfernte Anspielung auf den Spionagefall Wolf[13] hätte verstanden werden können. Auch wurden keinerlei andere Schwierigkeiten in unseren bilateralen Beziehungen erwähnt.

---

8. *Vgl. dazu Dok. 189,* dodis.ch/39026.

9. *Zur Interpellation Bräm vom 25. November 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 1706 vom 15. September 1975,* dodis.ch/38922. *Vgl. auch Amtl. Bull. NR, 1975, S. 1131–1134. Zur Kritik am Bundesrat vgl. Dok. 150,* dodis.ch/39074.

10. *Handschriftliche Ergänzung:* Auch der Zusammenhang mit der KSZE wurde unterstrichen.

11. Hängige Gesuche um Ausreise von Schweizerfamilien *und* Gesuche um Heirat und Ausreise, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4715* (B.35.51.20).

12. *Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. Dok. 181,* dodis.ch/38920.

13. *Vgl. dazu Dok. 39,* dodis.ch/38849 *sowie Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 5.*

Es folgte dann eine Plauderei in freundlichem Ton über unerhebliche Themen, wobei H*[onecker]* unter anderem erzählte, dass er 1935 vier Monate in der Schweiz verbracht habe. Er erkundigte sich auch nach dem Problem der Arbeitslosigkeit in der Schweiz und deutete dabei an, dass wohl wir ebenso sehr wenn nicht mehr als die DDR an der Entwicklung der Handelsbeziehungen interessiert seien.

Zum Schluss lud H*[onecker]* G*[raber]* zu einem offiziellen Besuch in der DDR ein. Der Letztere antwortete, dass dies angesichts seines Programms auf absehbare Zeit gänzlich ausgeschlossen sei. H*[onecker]* drückte darauf die Hoffnung aus, dass ein solcher Besuch doch später zustande kommen könne und dass vielleicht bis dahin auch Besuche auf einer tieferen Stufe ausgetauscht werden könnten.

2. Frankreich

Auf schweizerische Initiative fand eine kurze Begegnung zwischen G*[raber]* und Präsident Valéry Giscard d'Estaing statt, die sich bis jetzt noch nie getroffen hatten. V*[aléry]* G*[iscard d']*E*[staing]* zeigte sich ausgesprochen freundschaftlich[14]. Es wurde hervorgehoben, dass es schade sei, dass zwischen den beiden Nachbarstaaten die Kontakte eigentlich weniger intensiv gepflegt werden als mit vielen anderen Staaten. V*[aléry]* G*[iscard d']*E*[staing]* regte darauf an, dass G*[raber]* einmal anlässlich eines Besuchs in Paris durch unsere dortige Botschaft mit dem Élysée Kontakt aufnehme, wobei ein Treffen, z. B. anlässlich eines Mittagessens, organisiert werden könnte. Auf die Bemerkung von G*[raber]*, dass solche Treffen auch nützlich wären und angesichts des Umstandes, dass gerade zwischen Nachbarstaaten oft gewisse Meinungsverschiedenheiten entstehen können, erwiderte V*[aléry]* G*[iscard d']*E*[staing]*, dass ihm von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen nichts bekannt sei.

3. Italien

In einem kurzen Gespräch mit Aussenminister Rumor erinnerte G*[raber]* an dessen offiziellen Besuch[15] in Bern im letzten Frühling und gab unserer Enttäuschung Ausdruck, dass die damals auf Juli vereinbarte Verhandlungsrunde über das Doppelbesteuerungsabkommen[16] kurzfristig und ohne Grundangabe abgesagt worden sei. R*[umor]* erwiderte darauf, dass der Grund lediglich technischer Natur sei und keineswegs als politische Manifestation interpretiert werden solle. Es ginge lediglich darum, dass die beiden zuständigen Ministerien keine genügende Zeit für die Vorbereitung gehabt hätten. Es sei nun aber ja ein Termin für den Oktober vereinbart worden.

G*[raber]* antwortete darauf, dass diese Verschiebung dennoch unangenehme Folgen habe. Die parlamentarische Kommission zur Prüfung des Abkommens über die Doppelbesteuerung der Grenzgänger werde nämlich Ende August

---

14. *Zur negativen Perzeption der Schweiz durch V. Giscard d'Estaing vgl. Dok. 172,* dodis.ch/38721, *bes. Anm. 9.*
15. *Vgl. dazu Dok. 194,* dodis.ch/38628, *bes. Anm. 4.*
16. *Vgl. dazu Dok. 70,* dodis.ch/38622, *bes. Anm. 5.*

zusammentreten. Der Bundesrat habe seinerzeit beschlossen, dass zwischen den beiden Abkommen kein Junktim gemacht werden soll. In Wirtschaftskreisen bestehen jedoch starke Widerstände gegen das Grenzgängerabkommen[17] und es sei unvermeidbar, dass diese zu einer Verschiebung der parlamentarischen Behandlung führen werden. Der Bundesrat bedaure diese Entwicklung, doch könne er nichts dagegen tun. R*[umor]* betonte darauf nochmals, dass die Gründe der Verschiebung lediglich technischer Natur seien und dass er überzeugt sei, dass im Oktober[18] befriedigende Fortschritte in den Verhandlungen gemacht werden könnten. Er werde unverzüglich nach seiner Rückkehr nach Rom seinen Kollegen, die in der Regierung für diese Frage zuständig seien, über das Gespräch mit G*[raber]* Kenntnis geben.

4. Irland

Auf deren Anregung fand ein Treffen zwischen G*[raber]* und Premierminister Liam Cosgrave sowie Aussenminister Garret Fitzgerald statt, an dem auch der Unterzeichnete teilnahm. Der Zweck dieser Begegnung bestand einmal darin, Bekanntschaft zu schliessen; ferner wollten uns die Iren ihren Standpunkt über die Probleme Nordirlands[19] darlegen. Kurz zusammengefasst besteht dieser darin, dass gegenwärtig befürchtet wird, die kürzlich gewählte Versammlung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung werde ihr Ziel nicht erreichen können. Es sei möglich, dass in diesem Falle die Engländer, die für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verantwortlich seien, sich zurückziehen würden («opt out»). In diesem Fall könnte eine ausserordentlich kritische Situation entstehen. Die Erklärung der Unabhängigkeit Nordirlands, die eine der Möglichkeiten darstellen würde, könnte kaum auf einer realistischen Grundlage ruhen, und zwar einerseits aus rein wirtschaftlichen Gründen (etwa die Hälfte des nordirischen Budgets wird von England bestritten), aber auch weil sich die sich befehdenden Volksgruppen nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen könnten. Es wäre möglich, dass eine ähnliche Situation wie in Zypern[20] entstehen würde.

Irland mache auch weiterhin die Engländer für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verantwortlich; es trage das seinige dazu bei, indem es nach Möglichkeit die Aktivität terroristischer Gruppen über die Grenzen hinweg zu verhindern trachte. Falls sich die Engländer zurückzögen oder falls sie sonst nicht mehr imstande wären, die Ordnung aufrecht zu erhalten, müsste Irland allerdings anderorts Hilfe suchen. In welcher Weise dies geschehen würde, wurde nicht gesagt, doch sprach der Premierminister die Hoffnung aus, auch die Schweiz würde in diesem Fall all ihren Einfluss zur Regelung diese Problems geltend machen. G*[raber]* nahm von diesen Erklärungen Kenntnis, ohne näher darauf einzugehen.

---

17. *Vgl. dazu ibid.*
18. *Vgl. dazu Dok. 194,* dodis.ch/38628, *Anm. 2.*
19. *Vgl. dazu Dok. 155,* dodis.ch/38724, *Anm. 8.*
20. *Vgl. dazu Dok. 98,* dodis.ch/38813.

5. Belgien

Zwischen G*[raber]* und Premierminister Tindemans fand eine kurze Begegnung statt, um zum ersten Mal Bekanntschaft zu schliessen. Auch Aussenminister Van Elslande nahm daran teil. Die Diskussion berührte keine substantiellen bilateralen Themen[21].

6. Tschechoslowakei, Polen und Ungarn

Da das Protokoll sich nach der alphabetischen Reihenfolge der Teilnehmerstaaten richtete, sassen die schweizerischen Vertreter mehrmals neben den tschechischen Delegierten, und zwar auf allen Ebenen, das heisst mit dem Generalsekretär der kommunistischen Partei Husak, mit Premierminister Strougal und mit Aussenminister Chnoupek. Diese Gesprächspartner zeigten sich durchaus freundlich und machten auch nicht die geringste Anspielung auf die kürzliche Spionageaffäre[22]. Ebensowenig machten polnische Vertreter derartige Anspielungen[23]. Auch von ungarischer Seite wurde der kürzliche Absprung in der Schweiz eines ungarischen Botschafters[24] in keiner Weise erwähnt.

---

21. *Zu den Handelsbeziehungen vgl. die Notiz an E. Brugger vom 13. November 1975,* dodis.ch/38199.

22. *Vgl. dazu Dok. 10,* dodis.ch/39340, *Anm. 5. Zu den Beziehungen zur Tschechoslowakei vgl. Dok. 132,* dodis.ch/39323.

23. *Zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit von Mitgliedern der polnischen Botschaft in Bern vgl. die Notiz von Ch. Müller vom 15. Juli 1975,* dodis.ch/38378.

24. *J. Pataki. Vgl. dazu die Notiz von A. Hugentobler vom 29. Juli 1975,* dodis.ch/38323.

161

dodis.ch/39509

Proposition du Département fédéral des finances et des douanes au Conseil fédéral[1]

ENTRETIENS EN RAPPORT AVEC LE SERPENT

Confidentiel Berne, 5 août 1975

I. Proposition française

Le Directeur du Trésor français[2] a fait savoir à notre Ambassade à Paris[3] que M. Fourcade, Ministre des finances, suggérait une rencontre au début de septembre avec le Chef du Département des finances[4] en vue d'examiner les problèmes qui se posent au sujet de l'entrée de la Suisse dans le serpent.

Il résulte des précisions demandées par le représentant de l'Ambassade de Suisse[5]:

a) que la rencontre pourrait avoir lieu aussi bien à Paris qu'à Berne;

b) que les questions qui pourraient être abordées seraient les mesures prises en cas d'afflux de monnaies spéculatives, les questions fiscales pouvant également être un sujet à examiner.

II. Commentaires

La proposition française fait partie de la tactique générale adoptée par la France à l'égard de l'association du franc suisse au serpent[6] et qui consiste soit à retarder, voire empêcher cette association, soit à obtenir des assurances ou des concessions de la Suisse dans des domaines tels que les mouvements de capitaux[7] ou les questions fiscales[8]. Déjà à l'issue de la réunion des Ministres des finances des pays de la CEE participant au serpent, le 10 juillet à Bruxelles[9], le Ministre Fourcade avait indiqué à l'un des membres de notre mission que les sujets à aborder avec la Suisse le 22 septembre[10] dépasseraient le domaine de la simple technique de change

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#821*. *Signée par G.-A. Chevallaz.*
2. *J. de Larosière.*
3. *Cf. le télégramme N° 299 de E. Bauermeister à G.-A. Chevallaz du 23 juillet 1975,* CH-BAR#E7113A#1989/1#461* (777.820).
4. *G.-A. Chevallaz.*
5. *E. Bauermeister, cf. note 3.*
6. *Cf. le PVCF de décision II du 26 mai 1975 de la 17ème séance du 7 mai 1975,* dodis.ch/39663; *le télégramme N° 81 de M. Gelzer au Bureau de l'intégration du 19 juin 1975,* dodis.ch/39711; *la notice de F. Blankart à E. Brugger du 6 août 1975,* dodis.ch/39712 *et le télégramme N° 416 de l'Ambassade de Suisse à Paris à P. Graber du 19 novembre 1975,* dodis.ch/39709.
7. *Cf. la lettre de F. Blankart à C. Caillat du 6 octobre 1975,* CH-BAR#E7113A#1989/1#462* (777.820).
8. *Cf. la notice de G. Menétrey du 1er septembre 1975,* dodis.ch/40805.
9. *Cf. le télégramme de G.-A. Chevallaz à diverses représentations suisses du 26 juin 1975,* dodis.ch/39699; *la lettre de G.-A. Chevallaz à E. Franzoni du 27 juin 1975,* dodis.ch/39700 *et la notice de J. Hulliger à P. Graber du 10 juillet 1975,* dodis.ch/40806.
10. *Cf. doc. 170,* dodis.ch/39508, *note 2.*

et toucheraient aux conditions économiques, monétaires et fiscales du bon fonctionnement du serpent. Un collaborateur du Ministre français avait ajouté qu'il serait peut-être bon que MM. Chevallaz et Fourcade se voient avant le 22 septembre. Notre représentant avait répondu que sans préjuger de rien, il serait étonné que le Chef du Département des finances veuille s'engager dans une discussion bilatérale avec la France dans cette affaire que nous traitons avec l'ensemble des pays du serpent.

Comme il existe une divergence de vues au sujet du contenu des entretiens avec la Suisse entre la France et les pays participant au serpent et que par conséquent la France n'est pas sûre de pouvoir diriger à sa guise la discussion qui aura lieu en commun avec la Suisse le 22 septembre, elle prend les devants en suggérant une rencontre franco-suisse. Il n'est pas improbable que le Ministre Fourcade vise à retirer de cette rencontre des éléments dont il se prévaudrait auprès de ses partenaires de la CEE pour influencer les conditions de l'association de la Suisse au serpent.

La proposition française place la Suisse dans une situation très embarrassante à l'égard des autres pays de la CEE participant au serpent. Les conclusions de la réunion du 10 juillet faisaient en effet état du désir des Ministres et des Gouverneurs «de continuer *ensemble* la discussion avec les autorités suisses en vue de trouver une issue favorable à l'association du franc suisse au serpent». Cette formule qui visait clairement à écarter des discussions bilatérales entre certains pays du serpent et la Suisse correspond également à l'appréciation de la situation contenue dans notre proposition au Conseil fédéral du 15 juillet[11] concernant la participation de la Suisse à la prochaine réunion des Ministres du serpent. Une rencontre franco-suisse quelques jours avant la réunion de Bruxelles pourrait être ressentie par les autres Ministres du serpent comme une manœuvre visant à faire échec à la décision prise en commun. Ils pourraient faire grief à la Suisse d'y avoir prêté la main et d'avoir ainsi affaibli sa propre position de défense face aux revendications françaises. Les réactions enregistrées à Bonn et à Bruxelles vont d'ailleurs dans ce sens puisqu'il y fait état de surprise et de perplexité.

Dans les conditions actuelles, une rencontre franco-suisse pourrait également susciter des inquiétudes dans certains milieux de l'opinion publique suisse. Les thèses du Ministre des finances français ont en effet déjà reçu une publicité telle au cours de ces derniers mois que l'on ne manquerait sans doute pas d'imputer au Conseil fédéral l'intention d'accepter d'entrer en matière sur des sujets tels que le secret bancaire[12] et la politique fiscale. Il serait certes possible de refuser tout préalable, mais nous ne pourrions empêcher la délégation française d'amener la discussion sur les dossiers qu'elle aurait apportés, engrenage dans lequel il serait dangereux de s'engager.

---

11. *Pour la proposition du Département des finances et des douanes du 15 juillet 1975, cf. le PVCF N° 1282 du 18 juillet 1975,* dodis.ch/39701.

12. *Cf. doc. 109,* dodis.ch/38960, *en particulier note 5. Cf. aussi la lettre de G.-A. Chevallaz à F. Muheim du 31 juillet 1975,* dodis.ch/39702.

III. Marche à suivre

Comme première réaction à la proposition française, l'Ambassade de Suisse à Paris a été priée le 25 juillet[13] de faire savoir au Directeur du Trésor que le Gouvernement suisse étant encore en vacances pour deux semaines, la réponse subirait quelque retard. L'Ambassade a été cependant autorisée à assurer le Directeur du Trésor que le Conseil fédéral voudra dès sa rentrée examiner la possibilité de donner suite à la proposition française et se prononcer sur les sujets qui pourraient être abordés à l'occasion d'une telle rencontre.

Parallèlement, vu le sommet franco-allemand à Bonn des 25 et 26 juillet[14] et pour prévenir tout malentendu de la part des autorités allemandes, notre Ambassade à Bonn a été chargée de faire connaître[15] aux autorités allemandes le contenu de cette réponse provisoire, de rappeler notre position sur le fond du problème, c'est-à-dire notre détermination de nous limiter à des dispositions concernant les modalités de fonctionnement du serpent ainsi que de donner l'assurance que la réponse suisse sera certainement inspirée du désir de tenir compte des résultats de la réunion des Ministres du serpent du 10 juillet et du souci de ne pas préjuger la discussion du 22 septembre à laquelle la Suisse a été invitée.

Il y a lieu maintenant d'arrêter la réponse que le Conseil fédéral entend donner à la proposition française et de déterminer les considérations qui l'accompagneront.

Sur le principe, il ne nous paraît pas que la Suisse puisse accepter la proposition française d'une rencontre à si bref délai et si proche de la réunion à Bruxelles, en raison de la situation très embarrassante qu'elle créerait pour nous vis-à-vis des autres Ministres du serpent et peut-être de notre opinion publique.

Simultanément, il faut cependant admettre qu'une réponse suisse proposant une remise à plus tard de la rencontre pourrait entraîner – eu égard aux traditions et aux usages diplomatiques dans les rapports entre deux pays amis – certains inconvénients pour les relations franco-suisses[16]. Le Ministre Fourcade pourrait également se considérer justifié à raidir sa position, ce qui se manifesterait sans doute déjà lors de la réunion du 22 septembre. Mais nous n'aurions fourni tout au plus qu'un prétexte à la France pour le cas où celle-ci maintiendrait une attitude peu favorable à l'association du franc suisse au serpent. Ce prétexte serait d'ailleurs considéré comme tel par les autres membres du serpent.

La réponse à Paris[17] devrait donc envisager une rencontre ultérieure à Berne, M. Fourcade rendant alors la visite faite par le Chef du Département des finances au mois d'avril[18]. Une telle rencontre porterait sur les problèmes

---

13. *Télégramme N° 29 du Bureau de l'intégration à l'Ambassade de Suisse à Paris du 25 juillet 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1152* (C.41.765.19).

14. *Cf. le télégramme N° 108 de l'Ambassade de Suisse à Cologne du 29 juillet 1975, ibid.*

15. *Cf. le télégramme N° 107 de M. Gelzer au Bureau de l'intégration du 25 juillet 1975, ibid.*

16. *Cf. doc. 172,* dodis.ch/38721, *en particulier note 3.*

17. *Télégramme N° 32 de F. Blankart à l'Ambassade de Suisse à Paris du 19 août 1975,* CH-BAR#E7113A#1989/1#461* (777.820).

18. *Sur la visite de G.-A. Chevallaz à Paris le 8 avril 1975, cf. la notice de P. R. Jolles du 14 avril 1975,* dodis.ch/39710.

financiers et monétaires d'intérêt commun et sur les relations bilatérales. Elle se ferait dans le même esprit et avec les mêmes objectifs que les échanges de vues réguliers que le Chef du Département des finances a, depuis plusieurs années, avec ses collègues allemand et autrichien[19].

La formulation de la réponse et la voie utilisée pour sa transmission aux autorités françaises doivent être conçues de telle manière qu'elles réduisent au minimum les inconvénients du refus d'une rencontre[20] avant le 22 septembre. À notre sens, elles devraient s'inspirer essentiellement de l'acceptation de la procédure proposée dans l'invitation des membres du serpent le 10 juillet et qui figure dans la lettre adressée le 31 juillet[21] par le Chef du Département des finances au Ministre De Clercq, Président du Comité des Ministres de la CEE. La Suisse s'en tiendrait ainsi à une procédure arrêtée en commun par les membres du serpent, dont la France, laquelle, au demeurant, connaît notre position sur le fond depuis l'entretien d'avril entre le Chef du Département des finances et le Ministre Fourcade, position réaffirmée à l'occasion de contacts diplomatiques ultérieurs.

Nous vous *proposons*:

d'autoriser le Chef du Département fédéral des finances et des douanes à répondre à la proposition française selon les grandes lignes énoncées ci-dessus et en choisissant les voies diplomatiques les plus appropriées à la transmission de la réponse. À notre avis, ces voies les plus appropriées seraient une lettre personnelle du Chef du Département fédéral des finances à son collègue français relevant tout l'intérêt du contact régulier sur les problèmes monétaires et financiers intéressant nos deux pays, mais proposant que cette entrevue ait lieu après les 22 septembre, vu la procédure décidée par les Ministres du serpent[22].

---

19. *H. E. Apel et H. Androsch. Cf. doc. 141,* dodis.ch/39506.

20. *Des pourparlers franco-suisses ont finalement eu lieu le 19 septembre 1975, cf. la notice de G. Menétrey du 22 septembre 1975,* dodis.ch/39713.

21. *Lettre de G.-A. Chevallaz à W. de Clercq du 31 juillet 1975, doss. comme note 17.*

22. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1390 du 11 août 1975,* dodis.ch/39509. *Sur la discussion, cf. le PVCF de décision II du 14 août 1975 de la 27ème séance du 11 août 1975,* CH-BAR#E1003#1994/26#18*.

162

dodis.ch/38916

Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat[1]

SÜDAFRIKA: EXPORTRISIKOGARANTIE

Bern, 12. August 1975

A) Das Politische Departement spricht sich gegen den Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes aus, der Firma Aktiengesellschaft Brown Boveri & Cie. in Baden die Gewährung der Exportrisikogarantie für die Lieferungen von drei Turbogruppen nach Südafrika in Aussicht zu stellen.

B) Dieser Entscheid basiert auf folgenden Überlegungen:

1. Das Politische Departement verweist auf seinen Mitbericht vom 24. Juni 1974[2], in welchem es bereits die Gewährung der Exportrisikogarantie für die Lieferung von Turbinen derselben Firma nach Südafrika ablehnte. Die dort erwähnten Gründe für diese negative Haltung haben grösstenteils ihre Bedeutung beibehalten:

– Die Ereignisse in Portugal, Mozambique und Angola[3] haben dazu geführt, dass die internationale öffentliche Meinung der Apartheidpolitik Südafrikas verstärkte Aufmerksamkeit schenkt.
– Mit der Gewährung der Garantie für ein Exportgeschäft dieses Ausmasses würde Südafrika nicht nur einer der wichtigsten, von der schweizerischen ERG profitierenden Staaten, auch die schweizerische Wirtschaft erhielte die zweifelhafte Stellung eines der bedeutendsten Investoren in Südafrika. Ein solcher Ausbau der schweizerisch-südafrikanischen Beziehungen ist angesichts der wachsenden Bedeutung der Rohstofflieferanten der Schweiz und ihrer Haltung gegenüber Südafrika nicht erstrebenswert.
– Das Politische Departement hat seit Jahren gegen den Ausbau schweizerischer Investitionen in Südafrika Stellung genommen[4]. Eine Änderung dieses Verhaltens würde unter den gegebenen Umständen die bisherige Politik des Bundesrates unglaubhaft machen. Ausserdem sind Reaktionen im Parlament sowie in der schweizerischen und internationalen Öffentlichkeit

---

1. *Mitbericht:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#822*. *Verfasst von W. Fetscherin und unterzeichnet von P. Graber.*
2. *Für den Mitbericht des Politischen Departements vom 24. Juni 1974 vgl. das BR-Prot. Nr. 1122 vom 9. Juli 1974,* dodis.ch/40342.
3. *Zu Portugal vgl. Dok. 164,* dodis.ch/39059; *den Politischen Bericht Nr. 7 von J.-L. Pahud vom 28. April 1974,* dodis.ch/39053; *das BR-Prot. Nr. 1231 vom 9. Juli 1975,* dodis.ch/39057 *sowie den Politischen Bericht Nr. 65 von G. E. Bucher vom 4. November 1975,* dodis.ch/39061. *Zur Entkolonisierung der portugiesischen Überseegebiete vgl. Dok. 101,* dodis.ch/38885; *Dok. 166,* dodis.ch/38886 *sowie die Notiz von C. Huguenin und H. Vogt vom 24. April 1975,* dodis.ch/40019.
4. *Zur Problematik schweizerischer Investitionen in Südafrika vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 156,* dodis.ch/31047; *DDS, Bd. 24, Dok. 60,* dodis.ch/33642 *und Dok. 124,* dodis.ch/33248; *DDS, Bd. 25, Dok. 86,* dodis.ch/35680, *Punkt 2; Dok. 124,* dodis.ch/35683, *bes. Anm. 13 und Dok. 130,* dodis.ch/35684 *sowie DDS, Bd. 26. Dok. 60,* dodis.ch/38915.

zu erwarten, welche unsere Handelsbeziehungen zu Südafrika mit neuer Intensität kritisch beleuchten dürften[5].

2. Im Verlaufe der letzten Monate konnte in der fraglichen Region keine Tendenz zu einer Beruhigung der politischen Lage festgestellt werden. Man spricht immer häufiger von Guerillaaktionen in Rhodesien und sogar Infiltrationsversuchen in Südafrika selbst. Ausserdem haben die Erlangung der Unabhängigkeit Mozambiques und die im November 1975 bevorstehende Entlassung Angolas aus der portugiesischen Herrschaft neue Elemente ins Spiel gebracht, welche die Zukunft des südlichen Teils Afrikas sehr ungewiss erscheinen lassen.

3. Diese Entwicklung scheint Südafrika, das weiterhin mit der portugiesischen Präsenz an seinen Grenzen gerechnet hatte, überrascht zu haben. Nur so ist der Umstand zu verstehen, dass gemäss einem seinerzeit zwischen Portugal und Südafrika abgeschlossenen Vertrag, letzteres sich bereit erklärt hatte, nicht nur den Bau des Sambesi-Kraftwerkes Cabora Bassa zu unterstützen, sondern nach Inbetriebnahme des ersten Blocks des Projektes einen beträchtlichen Teil der Stromerzeugung zu übernehmen. Nach dem Regimewechsel in Portugal und der Staatsgründung Mozambiques dürfte nun die Lieferung von elektrischer Energie von Cabora Bassa nach Südafrika weitgehend aleatorisch geworden sein. Im Lichte dieser veränderten Situation ist der südafrikanische Entschluss zu verstehen, den Ausbau der Kernkraftwerke als substitutive Energiequellen zu beschleunigen. Die Lieferungen von Brown Boveri könnten in diesem Zusammenhang leicht als «staatliche Kaution» der Schweiz für Südafrika betrachtet werden.

4. Es ist anzunehmen, dass im Anschluss an die OAU-Konferenz im Kampala[6] und die bevorstehende 7. Sondersession der UNO die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der verschiedenen Länder mit Südafrika verstärkten Untersuchungen unterworfen werden[7].

C) In Anbetracht dieser Erwägungen ist das Politische Departement der Ansicht, dass das vorliegende Projekt grundlegenden Interessen der schweizerischen Aussenpolitik entgegenläuft und trotz des zweifellos positiven Einflusses auf die gegenwärtige Situation der schweizerischen Wirtschaft abzulehnen ist[8].

---

5. *Vgl. dazu Dok. 100*, dodis.ch/38893; *die Notiz von C. Huguenin vom 27. Februar 1974,* dodis.ch/40243 *sowie die Notiz von R. Pestalozzi vom 5. Dezember 1975,* dodis.ch/40370.

6. *Vgl. dazu Dok. 154,* dodis.ch/38890.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Luciri an R. Keller vom 24. Oktober 1975,* dodis.ch/40296.

8. *Der Bundesrat hat den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 11. Juli 1975 mit gewissen Änderungen angenommen und beschlossen, der Firma Brown, Boveri & Cie. die Exportrisikogarantie zu einem Garantiesatz von 90% für eine Lieferung im Wert von maximal 2'600 Mio. Schweizer Franken zu gewähren. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1683 vom 10. September 1975,* dodis.ch/38916. *Vgl. ferner das Schreiben von N. Celio an E. Thalmann vom 5. August 1975,* dodis.ch/40346 *sowie die Notiz von M. Jost vom 13. November 1975,* dodis.ch/40377.

163

dodis.ch/39526

Notiz des Chefs des Integrationsbüros, F. Blankart[1]

REVISION DES STAATSVERTRAGSREFERENDUMS[2]

Bern, 20. August 1975

Zu Ihrer Notiz vom 23. Juli[3] gestatten wir uns, folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Ausgangslage

1. Bei der Behandlung des Problemkreises des Staatsvertragsreferendums ist von der Tatsache auszugehen, dass keine Kongruenz zwischen innerstaatlicher Gesetzgebung und internationalem Recht besteht. Die grundsätzlich verschiedenen Interessenlagen bedingen eine Teilung der beiden Bereiche. Schon das Vorverfahren der Bundesgesetzgebung zeigt mit aller Deutlichkeit die vielfältigen, ständig sich ändernden Interessen der Rechtssubjekte im *internen Bereich*, die in ihren Auswirkungen jeweils schwer abzuschätzen sind. Der *externe Bereich* kennzeichnet sich durch Interessengegensätze zwischen den Staaten.

2. Die Interdependenz der Völkergemeinschaft bedingt für die am internationalen Geschehen partizipierenden Staaten – für einen Kleinstaat ohnehin eine existenzielle Notwendigkeit –, dass sie über ähnliche aussenpolitische Mittel verfügen. Ziel muss deshalb sein, den Staat mit jenen Mitteln zu versehen, die ihn auf den Interdependenzgebieten funktionsfähig machen bzw. erhalten. Da es keine internationale Demokratie gibt, ist eine möglichst umfassende Regierungskompetenz im aussenpolitischen Handeln anzustreben.

3. Ein ausgedehntes Staatsvertragsreferendum erweist sich so letzten Endes als undemokratisches Mittel. Die überstrapazierte Anwendung systemimmanenter Mittel in wesensfremden Bereichen wirkt kontraproduktiv. Der Preis der Demokratie liegt auch im Verzicht dogmatischer Ausdehnung, wenn darunter die Funktionsfähigkeit des Systems Schaden nimmt. Eine ständige Rückkoppelung des aussenpolitischen Handelns an innerstaatliche plebiszitäre Formen schränkt den Verhandlungsspielraum, die Reaktionsfähigkeit, die Beurteilungsmöglichkeiten der Lage im Hinblick auf die internationalen Gegebenheiten ein. Der unbedingte Glaube an das Plebiszit, die Legitimität – Abbild des Rousseau'schen Gedankengutes, das in der Schweiz schon immer Montesquieu in den Hintergrund geschoben hat –, mag im innerstaatlichen

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7113A#1989/1#10* (771.113). *Gerichtet an S. Arioli. Kopie an P. Languetin, R. Probst, F. Rothenbühler, K. Jacobi, H. Hofer, E. Moser, A. Dunkel, H. Brunner, E. H. Léchot, M. Lusser, R. Madöry, L. Roches sowie Ph. Lévy.*
2. *Vgl. dazu Dok. 25,* dodis.ch/39375; *die Notiz von E. Thalmann an den Bundesrat vom 29. Mai 1975,* dodis.ch/39021 *sowie die Notiz von R. Pasche vom 10. September 1975,* dodis.ch/40544, *Anhang 12.*
3. *Notiz von S. Arioli vom 23. Juli 1975, Doss. wie Anm. 1.*

Bereich seine Berechtigung haben. Allein, mit dem Stimmzettel lässt sich keine auf Dauer angelegte Aussenpolitik betreiben.

4. Anders stellt sich die Lage dar, wenn durch Staatsverträge gewisse *Verfassungsnormen* (Grundrechte, Kompetenzordnung) aufgehoben, geändert oder ergänzt werden sollen. Allerdings könnte man sich in diesem Zusammenhang fragen, welcher Stellenwert den Art. 8, 85 Ziff. 5 und 102 Ziff. 8 BV im Gesamtaufbau der Verfassung zukommt und ob nicht die Verfassung selbst dem aussenpolitischen Handeln Schranken setzt. Durch einen Ausbau des Staatsvertragsreferendums lässt sich diese Frage formell lösen; ob sie auch materiell gelöst ist, bleibe dahingestellt. Ein Ausbau des Staatsvertragsreferendums kann dann geboten erscheinen, wenn – im Umkehrverhältnis – die Funktionsfähigkeit der Demokratie beeinträchtigt würde durch eine ebenso falsche Rückkoppelung ihrer systemwesentlichen Mechanismen an aussenpolitische Imperative.

II. Die Vorschläge des Bundesrates und der Kommission

Der Vorschlag des Bundesrates[4] ist – im Gegensatz zu jenem der Kommission[5] – nicht mit unklaren Rechtsbegriffen belastet.

Die Kommission scheint den Entscheid, völkerrechtliche Verträge im Sinne der beiden Vorschläge dem fakultativen Referendum zu unterbreiten, dem Bundesrat zuzuschieben und ihm auch gleichzeitig die Interpretation der chamäleonartigen Wendungen der Kommission zu überlassen. Die Delegation ist zwar klar, der Delegationsinhalt aber ungenügend gefasst. Bei Annahme des Kommissionsvorschlages besteht zudem die Gefahr, dass die Auslegung der Wendungen «wichtige Änderungen oder Ergänzungen» und «von grosser Tragweite» verpolitisiert wird. Dies könnte die schweizerische Verhandlungsdelegation gegebenenfalls in schwierige Situationen manövrieren. Die Referendumsdrohung ist in diesem Fall wirksamer, als wenn das Referendum durch Mehrheit aller Mitglieder in jedem den beiden Räte beschlossen werden müsste (bundesrätlicher Vorschlag).

Welche Bedeutung den beiden Vorschlägen im Rahmen des Problems der Partialrevision der Bundesverfassung zukommt, ist nicht klar ersichtlich. Immerhin scheint der Wortlaut des Kommissionsvorschlags eher von der Auffassung geleitet zu sein, dass über den Weg des Staatsvertragsreferendums wesentliche Teile der Verfassung geändert werden können, was nicht unbedenklich erscheint[6].

---

4. *BR-Prot. Nr. 1645 vom 23. Oktober 1974,* dodis.ch/39821.
5. *Zu den Vorschlägen der Kommission vgl. die Notizen von R. Pasche vom 30. April 1975; vom 27. Mai 1975 sowie vom 29. Mai 1975,* CH-BAR#E7113A#1988/1#10* (771.113). *Für die Reaktion des Bundesrats darauf vgl. das BR-Prot. Nr. 1631 vom 10. September 1975,* dodis.ch/39841.
6. *Für den weiteren Verlauf der Angelegenheit vgl. die Notiz des Politischen Departements vom 9. Dezember 1975,* dodis.ch/39022.

164

dodis.ch/39059

Notice de la Direction politique du Département politique[1]

RELATIONS AVEC LE PORTUGAL

[Berne,] 20 août 1975

1. Situation générale

La lutte pour le pouvoir et les options politiques et économiques opposées des parties en présence ajoutent de nouvelles incertitudes à la situation économique désastreuse dans laquelle se trouve le Portugal. L'on ne peut guère parler de politique économique suivie par les autorités en dépit de plusieurs trains de nationalisations et de mesures de caractère isolé. Les gouvernements successifs ont donné l'impression de devoir suivre les événements plutôt que de les précéder et actuellement, c'est de *carence du pouvoir* qu'il faut parler[2].

Deux choses à retenir cependant:

– plusieurs membres des différents gouvernements ont rappelé à diverses reprises qu'en dehors de quelques secteurs réservés, les investissements étrangers étaient désirés au Portugal;
– les nationalisations n'ont en principe pas touché la partie étrangère des entreprises frappées par ces mesures.

2. Les intérêts suisses au Portugal

Les intérêts suisses ont beaucoup à souffrir du marasme[3]. Pertes dues à l'insolvabilité de nombreuses entreprises et particuliers; difficultés des entreprises opérant sur place pour l'obtention de crédits, difficultés dans leurs rapports avec les commissions ouvrières, etc. Nos exportations vers ce pays, qui s'étaient élevées en 1974 à 481 Mio. de francs, diminuent de l'ordre de 50% en 1975. Ces difficultés n'ont cependant *pas de caractère discriminatoire.*

Plusieurs entreprises suisses sont obligées de prendre des mesures en vue de réduire le volume de leurs intérêts au Portugal. Il est à craindre que le mouvement s'accentue.

Pour ce qui est des personnes, leur situation matérielle se ressent des circonstances ou de mesures particulières comme des ruptures de contrats, mais elles n'ont été menacées, en dehors de quelques cas très particuliers, ni dans leur liberté, ni dans leurs biens[4].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4647* (B.73.0). *Rédigée par J.-P. Zehnder. Adressée par E. Thalmann à P. Graber en vue de la réunion des Commissions des affaires étrangères du Parlement.*
2. *Sur la situation au Portugal, cf. doc. 164,* dodis.ch/39059 *et doss.* CH-BAR#E2300-01#1977/30#49* (A.21.31).
3. *Cf. la lettre de Ch. Müller à O. Uhl du 12 juin 1975,* CH-BAR#E2200.54-03#1992/228#367* (521.70).
4. *Cf. la notice de J.-P. Zehnder du 15 juillet 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4627* (B.31.22.1.1).

3. Attitude des pays occidentaux

Les pays occidentaux suivent les évènements au Portugal avec une attention préoccupée. *Stratégiquement*, ce pays joue un rôle important dans le système de défense occidental. *Solidarité européenne*: la révolution portugaise a suscité l'espoir qu'à un régime obscurantiste succède un régime s'inspirant des principes communs aux pays du Conseil de l'Europe.

Les pays occidentaux ont manifesté appui et compréhension et certains font maintenant ouvertement pression pour favoriser l'évolution du Portugal vers une *démocratie pluraliste*.

Concrètement:

– appui aux forces modérées
– compréhension pour les mesures prises pour tenter d'enrayer l'effondrement économique (ex. surtaxe à l'importation)
– promesse d'une aide économique massive.

a) Conseil de l'Europe

Le Conseil de l'Europe le premier a mis sur pied un programme de coopération technique, relativement modeste, de l'ordre de 1 Mio. de francs français[5].

b) Pays de la Communauté

Les Neuf ont pris une véritable option politique en se déclarant prêts à accorder une aide massive. Ils l'ont réaffirmé solennellement lors de la réunion du dernier Conseil des chefs de gouvernement (16 et 17. 7) tout en étant absolument clairs sur ses conditions politiques: le Conseil européen fait également observer que, conformément à ses traditions politiques et historiques, la Communauté européenne ne saurait apporter son soutien qu'à une démocratie de caractère pluraliste[6]. Ce dossier est actuellement en veilleuse, dans l'attente que se clarifie la situation politique au Portugal.

c) AELE

Les deux dernières conférences ministérielles[7] ont admis le principe d'une aide et l'AELE a été saisie de différentes demandes portugaises, notamment de coopération technique, de facilités tarifaires et la création d'un Fonds de développement industriel[8] dont ni les objectifs précis, ni les modalités, ni l'ordre de grandeur n'ont été déterminés. Ces requêtes sont à l'étude.

---

5. *Cf. le* document d'information du Comité des ministres du Conseil de l'Europe *du 7 juillet 1975,* CH-BAR#E2210.8-03#1991/171#54* (–).

6. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1126* (C.41.765.004).

7. *Sur la réunion ministérielle des 31 octobre et 1er novembre 1974, cf. le PVCF N° 2064 du 18 décembre 1974,* dodis.ch/39896 *et sur la réunion ministérielle du 22 mai 1975, cf. le PVCF N° 1154 du 25 juin 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#819*. *Sur les relations entre l'AELE et le Portugal, cf. aussi le PVCF N° 875 du 23 mai 1973,* dodis.ch/39891; *le PVCF N° 1193 du 7 août 1974,* dodis.ch/39595; *la notice de C. Jagmetti du 6 octobre 1975,* dodis.ch/39897 *et doss.* CH-BAR#E2210.8-03#1991/171#54* (–) *et* E7113A#1988/216#230* (762.3).

8. *Cf. la notice de J.-J. Maeder du 7 octobre 1975,* dodis.ch/39886 *et la lettre de E. Brugger à la Ritex AG du 23 décembre 1975,* dodis.ch/39887.

d) Aides bilatérales

Accordées ou en négociation des USA, de la France, de la RFA, etc.

4. Attitude de la Suisse

Pour des raisons de politique générale et de solidarité, la Suisse ne peut rester indifférente aux efforts en vue de soutenir une évolution du Portugal vers un régime s'inspirant ou se rapprochant des grands principes communs aux pays du Conseil de l'Europe.

Elle est prête à l'aider dans cette voie et dans la mesure de ses moyens – (y. c. si nécessaire à solliciter l'approbation parlementaire pour une participation éventuelle à un Fonds de développement industriel de l'AELE[9]) – en prenant part dans un esprit positif à l'élaboration de mesures d'aides en sa faveur dans le cadre de l'AELE. Elle participe d'ores et déjà au programme du Conseil de l'Europe. Le Conseil fédéral a approuvé ces vues lors de sa séance du 9 juillet 1975[10].

Par ailleurs, il est prévu qu'une délégation économique portugaise de haut niveau vienne en Suisse pour discuter des possibilités de coopération entre les deux pays. La date n'a pas encore pu être fixée. Néanmoins, l'invitation est maintenue (y. c. par le Vorort) et permettra le cas échéant d'attirer l'attention sur les problèmes en suspens[11].

5. Angola

a) La Suisse a déjà accordé une aide humanitaire à l'Angola, de l'ordre de 1 Mio. de francs, pour venir en aide aux victimes des troubles[12]. Par ailleurs, la Swissair, sous contrat de la compagnie nationale portugaise TAP, participe à l'évacuation de la population blanche de l'Angola vers Lisbonne[13]. Il n'est pas à exclure – étant donné la situation économique et financière du Portugal – que ce pays nous demande une aide financière pour remplir ses obligations vis-à-vis de Swissair.

b) La colonie suisse en Angola s'est progressivement réduite à 50 personnes environ, missionnaires pour la plupart.

c) Il est peu probable que l'Angola puisse accéder comme prévu à l'indépendance, le 11 novembre, à la suite d'élections générales tenues au mois d'octobre. Il n'est pas à exclure que le MPLA déclare unilatéralement l'indépendance, ni que les autorités portugaises, dépassées par les événements, remettent le pouvoir à plusieurs gouvernements provisoires angolais et fassent appel à l'ONU. Il importe, dans ces conditions, de ne pas donner suite aux sollicitations adressées à la Suisse par l'un ou l'autre des mouvements nationalistes en conflit[14].

---

9. *Cf. le PVCF N° 2062 du 5 novembre 1975,* dodis.ch/39898.
10. *PVCF N° 1231 du 9 juillet 1975*, dodis.ch/39057.
11. *Sur les motifs du report de la venue en Suisse de la délégation portugaise, cf. le télégramme N° 206 de G. E. Bucher au Département politique du 13 octobre 1975,* CH-BAR#E7113A# 1988/216#230* (762.3).
12. *Cf. doc. 166*, dodis.ch/38886, *note 15.*
13. *Cf. la notice de C. Huguenin du 17 juin 1975,* dodis.ch/40032.
14. *Cf. la notice de C. Huguenin du 11 novembre 1975,* dodis.ch/40031.

165

dodis.ch/38984

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

La Suisse et les non-alignés

Berne, 20 août 1975

1. *La Conférence des Ministres des Affaires étrangères des pays non-alignés* se réunira à *Lima* du 25 au 19 août 1975. L'Autriche, la Suède, la Finlande ayant été invitées à assister aux débats, alors que notre pays n'est pas invité, l'idée a été discutée au sein du Département d'envoyer à Lima un représentant de la Centrale avec mission de hanter les couloirs de la Conférence, de récolter des informations, d'établir des contacts utiles et de manifester ainsi l'intérêt de notre pays pour cette importante manifestation.

2. La Direction politique, compétente pour ce qui a trait à nos relations avec le mouvement des non-alignés, a estimé qu'une telle mission n'était pas opportune et que sa réalisation précipitée comportait plus de risques que d'avantages[2].

De manière générale et à long terme, la Direction politique (Division II) considère cependant qu'il serait *souhaitable* que notre diplomatie manifeste un *intérêt plus marqué* pour les non-alignés[3]. Pour dissiper tout malentendu, précisons que, ce faisant, il ne s'agirait pas de cautionner, en quelque sorte, ce mouvement, en lui témoignant officiellement les faveurs ou les sympathies du peuple suisse, sur lesquelles nous ne sommes pas certains de pouvoir compter sans autres.

Il s'agirait plutôt de rechercher le moyen d'*accomplir plus efficacement notre travail diplomatique*, qui nous demande de nous adapter constamment aux situations nouvelles sur le plan international pour augmenter la qualité de notre information et pour établir de nouveaux contacts dans l'intérêt bien compris de notre pays.

3. La Suisse est intéressée à participer de manière active aux négociations internationales qui se préparent au titre du «dialogue» entre pays producteurs et consommateurs d'énergie. Il est significatif que, dans ce contexte, notre neutralité n'a pas été perçue comme un obstacle à une participation pleine et entière à l'*Agence internationale de l'énergie*[4] ou à une collaboration active aux travaux par lesquels les pays industrialisés se concertent au sein de l'*OCDE*[5]. Au contraire, notre position officielle utilise précisément l'argument de notre

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#706* (B.73.8.21). *Rédigée par P. Luciri et signée par J. Iselin. La notice et ses annexes ont été envoyées à plusieurs représentations suisses à l'étranger. Pour une réaction, cf. la lettre de H. Hess à J. Iselin du 20 octobre 1975,* dodis.ch/38990.
2. *Cf. la lettre de J. Iselin à G. Fonjallaz du 8 août 1975,* dodis.ch/38985.
3. *Cf. la notice de P. Luciri à J. Iselin du 28 mai 1975,* dodis.ch/38986. *Pour l'attitude du Département politique à l'égard du mouvement des non-alignés dans les années soixante, cf. DDS, vol. 24, doc. 153,* dodis.ch/32372.
4. *Cf. doc. 110,* dodis.ch/38752.
5. *Cf. doc. 5,* dodis.ch/39496.

statut et notre politique de neutralité pour appuyer notre candidature à la *future Conférence de Paris sur le «dialogue»*[6].

«Die Schweiz weist ein klares politisches Interesse an einer Teilnahme am Dialog auf, das sich insbesondere aus ihrem Neutralitätsstatut und ihrer Neutralitätspolitik ableitet[7].»

L'argument peut être utilisé également dans le contexte des non-alignés. Si la neutralité nous permet de nous associer pleinement à la politique des pays riches, elle nous permettra aussi d'aller simplement écouter les débats des pays moins favorisés.

4. Il nous a semblé souhaitable de retenir comme hypothèse de travail une éventuelle approche suisse des non-alignés avec pour perspective la *Conférence au sommet des non-alignés* prévue à *Colombo* lors de la deuxième moitié de 1976.

Pour le moment, les instructions[8] ont été données à notre Ambassade à *Lima*, qui a été chargée de nous procurer la documentation nécessaire pour assurer notre information[9]. Nous pourrons ainsi étudier sans précipitation tous les aspects de la question de nos relations avec les non-alignés.

Si vous approuvez en principe l'idée que notre diplomatie devrait s'intéresser de plus près aux non-alignés, nous nous efforcerons de déterminer quelle serait *la forme la plus appropriée* pour établir un contact utile avec ce mouvement et quelle procédure devrait être retenue pour parvenir à nos fins. Cet examen préalable ne négligerait pas de prendre en considération certaines objections ou obstacles possibles: politique de neutralité, réaction de l'opinion publique, résistances de certains pays non-alignés (cf. Secrétariat technique de l'Algérie[10]!).

5. Les annexes ci-jointes font le point de la situation:

A) Résumé[11] de notre attitude à l'occasion de la Conférence d'Alger en septembre 1973
B) Éléments nouveaux intervenus depuis 1973[12].

---

6. *Cf. doc. 184,* dodis.ch/40609 *et doc. 185,* dodis.ch/40610.
7. *Télégramme de P. Languetin à diverses ambassades et représentations suisses du 4 août 1975,* dodis.ch/40761.
8. *Cf. note 2.*
9. *Cf. la lettre de G. Fonjallaz à E. Thalmann, R. Keller et P. R. Jolles du 5 septembre 1975,* dodis.ch/38989.
10. *Sur les points de contentieux entre la Suisse et l'Algérie, cf. doc. 113,* dodis.ch/38991.
11. *Notice de P. Luciri du 19 août 1975,* dodis.ch/38987.
12. *Notice de P. Luciri du 19 août 1975,* dodis.ch/38988.

166

dodis.ch/38886

Notice interne du Département politique[1]

SITUATION EN AFRIQUE NOIRE AUSTRALE (MOZAMBIQUE, ANGOLA)

Berne, 21 août 1975

1. L'accès à l'indépendance des anciennes colonies d'Afrique met un terme à la première phase de la stratégie conçue en son temps par le président Ben Bella et que l'OUA a faite sienne par la suite consistant à libérer de la domination blanche le continent africain au sud du Sahara.

2. La deuxième phase, soit la libération de la *Rhodésie,* a déjà commencé. Quelques espoirs subsistent encore néanmoins quant à une solution négociée du problème rhodésien d'autant plus que la position du régime de Salisbury s'affaiblit inéluctablement, que ce soit en raison des menaces accrues qui pèsent sur les lignes de ravitaillement rhodésiennes, de la pression morale toujours plus forte de l'opinion internationale et, surtout, du fait que l'Afrique du Sud se voit de plus en plus contrainte au repli sur soi et à une politique de détente.

3. Le constat d'échec du récent sommet de l'OUA à *Kampala*[2] *est patent à maints égards, notamment en raison du fait que le front commun afro-arabe contre l'Afrique du Sud ne s'est pas concrétisé. Il ne fait aucun doute néanmoins que les pressions internationales vont s'intensifier à l'encontre de l'Afrique du Sud* et se concentrer sur ce dernier bastion blanc en Afrique au fur et à mesure de la liquidation du problème rhodésien (boycott, listes noires, sanctions, expulsion des organismes internationaux, etc.)[3]

4. Au *Mozambique*, c'est sans coup férir que le pouvoir est passé aux mains du Frelimo[4]. N'ayant à vrai dire aucune opposition véritable à craindre à l'heure actuelle, ce dernier peut continuer à s'ériger en seul représentant du peuple mozambicain. Le Mozambique n'a plus guère fait parler de lui depuis le 25 juin, accaparé qu'il est par ses énormes problèmes intérieurs que les nouveaux dirigeants comptent résoudre selon les lignes marxistes. Bien qu'une pression directe ou indirecte de sa part à l'encontre de la Rhodésie ne soit pas exclue, il est vraisemblable que le Mozambique optera pour une attitude plutôt pragmatique que de confrontation à l'égard de ce pays et, surtout, à l'égard de l'Afrique du Sud actuellement si indispensable à son économie.

Entretenant un consulat à Lourenço-Marques depuis 1922, la Suisse n'a ni reconnu, ni soutenu le Frelimo[5] durant ses années de lutte contre le Portugal. Invitée de la dernière heure, elle a néanmoins pu être représentée par un Am-

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4616* (B.73.0). *Rédigée par H. Vogt et C. Huguenin.*
2. *Cf. doc. 154,* dodis.ch/38890.
3. *Cf. doc. 183,* dodis.ch/40605.
4. *Cf. le rapport politique N° 2 de B. Stöckli du 20 mars 1975,* dodis.ch/40015 *et la notice de C. Huguenin et H. Vogt du 24 avril 1975,* dodis.ch/40019.
5. *Sur la question de l'attitude suisse à l'égard des mouvements de libération en général, cf. doc. 24,* dodis.ch/38891.

bassadeur en mission spéciale aux fêtes de l'indépendance du 25 juin dans la capitale mozambicaine[6]. À cette occasion, le Président de la Confédération a adressé un télégramme de félicitations au nouveau chef de l'État[7], consacrant ainsi, selon l'usage, la reconnaissance du Mozambique par la Suisse.

Nous comptons accréditer au Mozambique notre Ambassadeur résidant à Dar-es-Salaam. La loi fédérale[8] nécessaire à la transformation de notre consulat en ambassade a été votée ce printemps par les Chambres. Elle est cependant soumise à un délai référendaire jusqu'à la fin du mois de septembre. Entretemps, notre consulat à Lourenço-Marques a été fermé et, si la présence de notre consul est tolérée par les autorités mozambicaines, celui-ci ne peut exercer de fonctions, ni avoir de contacts officiels[9].

Outre une présence missionnaire presque séculaire, il existe au Mozambique des intérêts suisses substantiels (plantations et entreprises commerciales)[10]. Les premières nationalisations effectuées par les autorités mozambicaines qui affectent les hôpitaux et les écoles ne sont guère rassurantes quant à l'avenir d'intérêts privés au Mozambique.

5. La situation en Angola[11] est aujourd'hui à tel point confuse que toutes les possibilités sont ouvertes, y compris celles d'une remise du pouvoir par le Portugal à plusieurs gouvernements provisoires angolais, d'un partage territorial subséquent, voire d'un appel par l'une ou l'autre partie à une intervention de l'ONU.

Un fonctionnaire consulaire expérimenté a remplacé depuis quelques mois notre consul honoraire à Luanda[12]. Il vient d'être autorisé à se rendre dans le sud du pays où résident encore quelque 50 compatriotes, missionnaires pour la plupart. Lorsque l'Angola accédera à la pleine indépendance, nous comptons procéder comme dans le cas du Mozambique en ce qui concerne l'établissement de relations bilatérales, quand bien même les intérêts suisses dans ce pays sont encore relativement modestes[13].

---

6. *Cf. la lettre de P. E. Jaccaud à E. Thalmann, A. Janner et P. R. Jolles du 3 juillet 1975,* dodis.ch/40021.

7. *Télégramme de P. Graber à S. Machel du 25 juin 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4178* (B.15.11). *Cf. aussi le PVCF N° 1688 du 30 octobre 1974,* dodis.ch/40017.

8. Loi fédérale concernant la création de missions diplomatiques au Mozambique et en Angola *du 20 juin 1975, RO, 1976, pp. 1889 s.*

9. *Sur les efforts pour établir des relations diplomatiques, cf. la lettre de L. Mossaz à A. Janner du 21 octobre 1974,* dodis.ch/40022; *la lettre de B. Stöckli à E. Thalmann du 16 avril 1975,* dodis.ch/40018 *et les notices de C. Huguenin du 26 mai 1975,* dodis.ch/40020 *et du 21 août 1975,* dodis.ch/40014.

10. *Cf. la lettre de B. Stöckli à E. Thalmann du 16 avril 1975,* dodis.ch/40023.

11. *Cf. le rapport final de M. Guélat à la Direction administrative du Département politique du 10 juin 1975,* dodis.ch/40027; *le rapport final de H. Karlen à la Direction administrative du Département politique du 2 octobre 1975,* dodis.ch/40028 *et le rapport politique N° 21 de R. Pestalozzi du 5 décembre 1975,* dodis.ch/40029.

12. *R. P. Gottraux a été remplacé par M. Guélat en mars 1975, auquel H.-R. Karlen a succédé en juin 1975.*

13. *Cf. le PVCF N° 1056 du 16 juin 1975,* dodis.ch/40030; *la notice de H. Kaufmann à R. Heinis du 15 juillet 1975,* dodis.ch/40033 *et la notice de C. Huguenin du 11 novembre 1975,* dodis.ch/40031.

Sous contrat de la compagnie d'aviation portugaise TAP, la Swissair participe actuellement à l'évacuation de la population blanche vers Lisbonne[14].

Les mesures d'aide humanitaire de la Confédération à l'Angola déjà prises ou dont la réalisation est envisagée prochainement sont importantes et comprennent des dons de lait (45t), de farine (500t), de couvertures (6'750) par l'intermédiaire du CICR, ainsi que le financement de l'équipe médicale de la CRS qui assurera la relève de la première équipe du CICR[15].

14. *Cf. la notice de C. Huguenin du 17 juin 1975,* dodis.ch/40032.
15. *Cf. les notices de P. A. Barbey du 15 août 1975,* dodis.ch/40034 *et du 27 août 1975,* dodis.ch/40035 *et le PVCF N° 1587 du 3 septembre 1975,* dodis.ch/38571.

167

dodis.ch/39486

Mitbericht des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements an den Bundesrat[1]

MITBERICHT ZUM ANTRAG DES EDI VOM 22. 8. 1975[2] ÜBER DIE BETEILIGUNG DER SCHWEIZ AM PROGRAMM «FUSION THERMONUCLÉAIRE CONTRÔLÉE» DER EURATOM[3]

Ausgeteilt Bern, 27. August 1975

Wir sind mit dem Antrag des EDI *einverstanden* und unterstützen ihn mit Nachdruck. Die Kernfusion ist die grosse Zukunftshoffnung aller Energiewirtschafter. Sie ist unerschöpflich und könnte unser Land auf lange Sicht in der Energieversorgung autark machen. Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Kernfusion nehmen deshalb in den energiewirtschaftlichen Programmen (so auch im IEP[4]) eine wichtige Stellung ein. Die Schweiz sollte sich eine so günstige Gelegenheit, Zugang zu den Forschungsergebnissen der EURATOM zu erhalten, nicht entgehen lassen. Nicht zuletzt ist zu berücksichtigen, dass sich gemäss den Ausführungen im Antrag des EDI aus dieser Zusammenarbeit für unsere Industrie interessante Liefermöglichkeiten eröffnen dürften[5].

1. *Mitbericht:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#822*. *Unterzeichnet von W. Ritschard.*
2. *Für den Antrag des Departements des Innern vom 22. August 1973, der vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen wurde, vgl. das BR-Prot. Nr. 1638 vom 10. September 1975,* dodis.ch/39486. *Vgl. dazu ferner das Schreiben von F. Blankhart an C. Caillat vom 28. Juli 1975,* dodis.ch/39847.
3. *Vgl. dazu Dok. 9,* dodis.ch/39495, *bes. Anm. 3.*
4. *Vgl. dazu Dok. 110,* dodis.ch/38752.
5. *Vgl. dazu das Schreiben des Vororts an den Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller vom 28. April 1975,* CH-BAR#E7113A#1988/175#432* (777.752.1).

168

dodis.ch/38341

Notiz für die Teilnehmer der Privatwirtschaft an der Botschafterkonferenz[1]

DIE EINSATZMÖGLICHKEITEN DER SCHWEIZERISCHEN AUSSENVERTRETUNGEN IM WIRTSCHAFTLICHEN BEREICH

Bern, *[August]* 1975

Beiliegend übermitteln wir Ihnen als Dokumentation über die Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes unserer Aussenvertretungen im Interesse der Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen folgende Unterlagen:

1. Richtlinien für die diplomatischen und konsularischen Vertretungen betreffend Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Ausland (Weisung 951 von 1973[2]);

2. Bericht der sog. Arbeitsgruppe «Florian» betitelt: «Ein Aussenministerium befragt sich selbst»[3].

Wir verweisen insbesondere auf Kapitel 2 und 3 dieses soeben erschienen Berichtes sowie auf dessen Beilage 6, die eine Ergänzung zu den in Ziff. 1 erwähnten Richtlinien darstellt.

Herr Bundesrat Brugger wird in seinem Einleitungsreferat am Donnerstag, 4. September[4] die Botschafter über die gegenwärtige schweizerische Wirtschaftslage orientieren, sodass sich eine allgemeine Diskussion hierüber anlässlich der Einzelbesprechungen mit den Industriegruppen[5] erübrigt. Wir werden Ihnen den Text dieses Vortrages noch rechtzeitig zustellen.

Zusammenfassend möchten wir folgendes festhalten:

Bei den gegenwärtigen Rezessionserscheinungen liegen die Schwerpunkte der Tätigkeit unserer Aussenvertretungen im wirtschaftlichen Bereich auf folgenden drei Gebieten:

- wirtschaftliche Berichterstattung an die Zentrale und von der Zentrale an die Aussenposten;
- intensivierte Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung[6];
- vermehrte Unterstützung und Beratung schweizerischer Export- und Dienstleistungsunternehmungen, die sich für neue Märkte interessieren.

Bezüglich dieses letzten Punktes sei festgehalten, dass die Einführung und Vermittlung von Kontakten schon bisher zum normalen Aufgabenbereich

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2004B#1990/219#62* (a.133.41).
2. Wahrung der schweizerischen Wirtschaftsinteressen im Ausland. Richtlinien für die diplomatischen und konsularischen Vertretungen *vom 1. Januar 1970, Stand vom August 1973,* dodis.ch/40819.
3. Politisches Departement, Ein Aussenministerium befragt sich selbst, Bern 1975, dodis.ch/40926. *Vgl. ferner Dok. 87,* dodis.ch/39216.
4. *Referat von E. Brugger vom 4. September 1975,* dodis.ch/38334 *sowie* dodis.ch/38335.
5. *Vgl. dazu das Protokoll der Botschafterkonferenz vom 4.–9. September 1975,* dodis.ch/38333.
6. *Vgl. dazu das Referat von E. Junod an der Botschafterkonferenz vom 4.–9. September 1975,* dodis.ch/38340.

der Aussenposten gehörte. Bei den gegenwärtigen Rezessionserscheinungen kommt jedoch der Vermittlung von Kontakten an Ort und Stelle für Schweizer Firmen, die sich nach potentiellen Märkten umsehen, erhöhte Bedeutung zu. Die Vertretungen sollen über die zuständigen Instanzen und über die massgeblichen Persönlichkeiten ihres Gastlandes Auskunft erteilen sowie über genügend enge Kontakte verfügen, um Vorsprachen vermitteln zu können.

Demgegenüber können unsere Aussenvertretungen mit ihrem beschränkten Personal keine Marktanalysen durchführen. Hier wird, soweit nicht spezialisierte Firmen hiefür beansprucht werden, in vermehrtem Masse die Zentrale für Handelsförderung einspringen, beispielsweise durch Entsendung von Delegationen der Privatwirtschaft. In wichtigen Fällen (z. B. OPEC-Länder[7]) werden auch Delegationen des Vorortes erforderlich sein. Diese werden meistens von der Botschaft des Gastlandes zu betreuen sein, was wiederum einer Belastung für unsere Aussenvertretungen gleichkommt. Von grosser Bedeutung für die Privatwirtschaft ist des weitern die rasche Vorlage von internationalen Ausschreibungen (Submissionen). Unsere Aussenvertretungen sind beauftragt, alle ihnen zur Kenntnis gelangenden Ausschreibungen direkt und wenn nötig auf raschestem Wege der Zentrale für Handelsförderung (Sitz Lausanne) bekannt zu geben. So wurden der Handelszentrale z. B. 1974 rund 9000 Ausschreibungen mitgeteilt und von ihr veröffentlicht. Davon wurden 1200 von schweizerischen Firmen angefordert und weiterbehandelt.

Auch für die übrigen Tätigkeiten der Handelszentrale zugunsten der schweizerischen Privatwirtschaft werden unsere Aussenvertretungen stark beansprucht (Teilnahme an Messen und Ausstellungen, Organisation von schweizerischen Industrieausstellungen, Dokumentation und Information über fremde Märkte, Vertretervermittlung, Vertrieb von Propagandamaterial etc.[8]).

Rechnet man die Tätigkeit hinzu, welche für die Zentrale (Handelsabteilung, Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD) geleistet werden muss (wirtschaftliche Berichterstattung, Interventionen, Vorbereitung von Verhandlungen, Lagebeurteilung für die ERG und IRG[9], etc.), so kann man sich leicht vorstellen, welcher Belastung unsere kleinen Aussenvertretungen ausgesetzt sind.

Hinzu kommt, dass der Aufgabenbereich des EPD in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist. Der zunehmenden Arbeitslast steht kein adäquater Personalzuwachs gegenüber. Das Parlament hat, im Gegenteil, die Vermehrung der öffentlichen Dienste scharfen Beschränkungen unterworfen. Das EPD und die Handelsabteilung EVD werden davon auch betroffen.

Die grosse Mehrheit unserer Aussenposten besteht aus kleineren und kleinsten Vertretungen (29 Vertretungen verfügen über einen einzigen Diplomaten – den Missionschef oder Geschäftsträger, 17 Vertretungen verfügen,

---

7. *Zur Förderung der Handelsbeziehungen mit den OPEC-Staaten vgl. Dok. 142,* dodis.ch/37208. *Zur Rolle der Privatwirtschaft vgl. z. B. das Schreiben von H. Hofer an Ch.-A. Wetterwald vom 1. April 1975,* dodis.ch/37663.

8. *Für die Werkzeugmaschinenausstellung in der Sowjetunion vgl. Dok. 34,* dodis.ch/38769, *Punkt 1; für die Swiss Industrial Technology Exhibition SITEX 74 in Peking vgl. Dok. 137,* dodis.ch/37700 *sowie für die Industrieausstellung in Sao Paulo vgl. Dok. 40,* dodis.ch/38919.

9. *Vgl. dazu Dok. 11,* dodis.ch/38471.

einschliesslich des Missionschefs, über 2 Diplomaten, 19 Vertretungen über drei oder mehr Diplomaten). Zudem sind von unseren 92 Vertretungen (einschliesslich der Missionen bei internationalen Organisationen) deren 35 in 2 bis 6 Ländern akkreditiert (Mehrfachakkreditierungen[10]). Der sog. «Florianbericht» gibt hierüber nähere Auskunft.

Nachdem in der gegenwärtigen Situation kaum mit einer personellen Ausdehnung unserer Aussenvertretungen gerechnet werden kann, ist es von besonderer Bedeutung, die verfügbaren Beamten auf unseren Aussenposten möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Die Diskussionen anlässlich der Botschafterkonferenz sollten somit klarstellen, welche Dienste für die Privatwirtschaft am wichtigsten sind, welche Tätigkeiten dementsprechend verstärkt und welche abgebaut werden sollen[11].

10. *Vgl. dazu Dok. 63,* dodis.ch/39412.
11. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Dumont an A. Janner vom 29. Juli 1975,* dodis.ch/38345 *sowie die Referate an der Botschafterkonferenz vom 4.–9. September 1975 von M. Erb,* dodis.ch/38336 *und von E. Nef ,* dodis.ch/38337.

169

dodis.ch/38819

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

KRIEGSMATERIAL-AUSFUHR

Bern, 10. September 1975

Gemäss Art. 12 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial vom 30. Juni 1972[2] ist der Bundesrat zuständig, zu entscheiden, ob die Ausfuhr von Kriegsmaterial den Landesinteressen zuwiderläuft oder zwischenstaatlichen Vereinbarungen widerspricht (Art. 10), ob in den Gebieten, nach denen die Ausfuhr erfolgen soll, ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen (Art. 11, 2a), oder schliesslich, ob Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe[3], beeinträchtigen (Art. 11, 2b). Das Politische Departement bestimmt im Einzelfall, welche Aus-

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#593* (B.51.14.21.20). *Verfasst von H. Vogt. Die Notiz wurde verfasst für die vertrauliche Presseorientierung durch P. Graber vom 12. September 1975 und ins Französische übersetzt. Vgl. die Notiz von E. Thalmann vom 1. September 1975,* dodis.ch/40544, *bes. Anhang 13.*
2. Bundesgesetz über das Kriegsmaterial *vom 30. Juni 1972, AS, 1973, S. 108–115. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 68,* dodis.ch/35692.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 112,* dodis.ch/35139; *das BR-Prot. Nr. 445 vom 12. März 1973,* dodis.ch/39468 *sowie das BR-Prot. Nr. 446 vom 12. März 1973,* dodis.ch/39467 .

fuhrgesuche dem Bundesrat vorzulegen sind[4]. Dieser behält sich übrigens alle Grundsatzentscheide vor (Art. 13 der Verordnung über das Kriegsmaterial vom 10. Januar 1973[5]). Das gleiche Verfahren gelangt für Fabrikationsbewilligungen zur Anwendung, wenn der Empfängerstaat bereits bekannt ist.

Die wirtschaftliche Rezession lässt die dem Bundesgesetz innewohnende Problematik in einem neuen Licht erscheinen. Einerseits hält sich der Bundesrat an das seinerzeit abgegebene Versprechen gebunden, das Gesetz restriktiv zu handhaben – dass er dies nach wie vor tut, wurde ihm übrigens vor der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommission ausdrücklich bestätigt[6] – anderseits kann er sich aber auch der Tatsache nicht verschliessen, dass eine allzu enge Auslegung des Gesetzes zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze führen würde; dies übrigens nicht nur in den eigentlichen Rüstungsbetrieben, sondern auch bei vielen kleinen Zuliefer-Firmen. Bekanntlich hatte ja die bisherige bundesrätliche Praxis bereits zur Folge, dass die schweizerische Rüstungsindustrie einen Teil ihrer Fabrikation ins Ausland verlegte[7].

Zu der kürzlich in der Presse veröffentlichten Kritik an der Praxis des Bundesrats ist allgemein folgendes zu bemerken:

Der Bundesrat war immer der Meinung, für ein Kriegsmaterial-Embargo wegen Beeinträchtigung der von der Schweiz zur Achtung der Menschenwürde verfolgten Bestrebungen genüge es nicht, dass eine Regierung mit der Opposition für unsere Begriffe unverhältnismässig hart verfährt. Vielmehr müsse eine gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe gerichtete, dauernde Massnahme (Rassendiskriminierung usw.) vorliegen. Sieht man von eindeutigen Fällen wie Südafrika[8], Rhodesien[9], Uganda usw. ab, ist es aber eine Ermessensfrage, wo die Grenze verläuft. Dasselbe lässt sich übrigens auch in bezug auf das Bestehen gefährlicher Spannungen sagen. Das Politische Departement ist indessen, soweit seine Zuständigkeit gegeben ist, stets bemüht, bei der Beurteilung solcher Situationen möglichst objektive Kriterien anzuwenden.

Die Verordnung über das Kriegsmaterial unterscheidet zwar nicht zwischen Kriegsmaterial offensiven und solchem defensiven Charakters. Indessen lassen sich dort, wo ein Ermessensspielraum gegeben ist, Überlegungen solcher Art vernünftigerweise nicht ausschliessen. Es ist sicher ein Unterschied, ob nach einem Land, in dem innere Auseinandersetzungen im Bereich des Möglichen liegen, rein defensive Fliegerabwehrsysteme geliefert werden oder Material, das sich für den Einsatz in solchen Auseinandersetzungen besonders eignet.

Ein besonderes, allerdings nicht allzu schwerwiegendes Problem bilden in diesem Zusammenhang die persönlichen Handfeuerwaffen. Insbesondere

---

4. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Gelzer an A. Kaech vom 10. Januar 1973,* dodis.ch/39461.
5. Verordnung über das Kriegsmaterial *vom 10. Januar 1973, AS, 1973, S. 116–122. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 33 vom 10. Januar 1973,* dodis.ch/39464. *Zur Regelung der Ausfuhr von Kriegsmaterialbestandteilen vgl. Dok. 42,* dodis.ch/38820.
6. *Vgl. das Protokoll von E. Wüthrich der Sitzung der Geschäftsprüfungskommissionen des National- und Ständerats vom 10. April 1975,* CH-BAR#E1050.7A#1984/53#566*.
7. *Vgl. dazu z. B. die Notiz von J.-L. Grognuz vom 7. März 1974,* dodis.ch/39463 *sowie den Bericht von A. Sommer vom 16. August 1974,* dodis.ch/39471.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 187,* dodis.ch/30436 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 176,* dodis.ch/31195.
9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 176,* dodis.ch/31195.

seitdem die früher gültige generelle Ermächtigung, im Reisendenverkehr eine persönliche Waffe mit dazugehöriger Munition bewilligungsfrei ein- und auszuführen, als mit dem Kriegsmaterialgesetz nicht vereinbar aufgehoben wurde, drängte sich eine largere Bewilligungspraxis auf[10]. In der Kriegsmaterial-Ausfuhr-Statistik[11] können deshalb jederzeit Ausfuhren einzelner Handfeuerwaffen auch nach sogenannten Embargoländern in Erscheinung treten.

Für Einzelheiten über die vom Bundesrat und der Verwaltung in den letzten Monaten erteilten Ausfuhrbewilligungen sei auf die Stellungnahme des Militärdepartements vom 19. August[12] verwiesen.

10. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E5001G#1985/220#1096* (79.3).
11. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#595* (B.51.14.21.20).
12. *Notiz der Abteilung Information und Dokumentation des Militärdepartements vom 18. August 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#593* (B.51.14.21.20). *Eine Kopie wurde am 19. August 1975 vom Militärdepartement ans Politische Departement übermittelt.*

170

dodis.ch/39508

Interne Notiz des Volkswirtschaftsdepartements[1]

Sitzung der bundesrätlichen Delegation für Finanz und Wirtschaft vom 12. September 1975

[Bern,] 14. September 1975

1. Währungsschlange

Die Zusammensetzung der schweizerischen Delegation für die Tagung der Finanzminister der Schlangenländer vom 22. September 1975 in Brüssel[2] wird entsprechend dem Antrag des EFZD[3] genehmigt.

Nach Auffassung der Nationalbank sollte auch weiterhin ein Beitritt unseres Landes zur Währungsschlange[4] angestrebt werden. Durch die Erstarkung des Dollars und die Schwächung der D-Mark haben sich die Aspekte eines Beitritts nicht grundsätzlich verschoben. Mit Hilfe der Schlange dürfte es nach Meinung der Nationalbank vielmehr gelingen, eine weitere negative

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E6100B-02#1986/168#1872* (975.01). *Verfasst und unterzeichnet von V. Kind. Teilnehmer: E. Brugger (Vorsitz), P. Graber, G.-A. Chevallaz, R. Bieri, J.-P. Bonny, A. Hasler, A. Hay, P. R. Jolles, D. Kaeser, F. Kneschaurek, H. Kneubühler, P. Languetin, F. Leutwiler, L. Schlumpf, L. Schürmann, H. Würgler und J. Zwahlen.*
2. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1282 vom 18. Juli 1975,* dodis.ch/39701; *das Protokoll Nr. 984 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 11. September 1975,* dodis.ch/39643; *die Aufzeichnung des Finanz- und Zolldepartements vom 24. September 1975,* dodis.ch/39706; *das BR-Beschlussprot. II vom 2. Oktober 1975 der Sitzung vom 15. September 1975,* dodis.ch/39559 *sowie das BR-Prot. Nr. 1906 vom 29. September 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#822*.
3. *Für den Antrag des Finanz- und Zolldepartements vom 12. September 1975 vgl. das BR-Prot. Nr. 1731 vom 15. September 1975,* dodis.ch/39705.
4. *Vgl. dazu Dok. 141,* dodis.ch/39506, *bes. Anm. 5.*

Entwicklung des D-Mark-Kurses gegenüber dem Schweizerfranken zumindest eine Zeitlang zu verhindern. Die BRD und die Niederlande werden am 22. September die schweizerischen Beitrittsbemühungen unterstützen. Es ist wahrscheinlich, dass die Schlangenländer aufgrund dieser Unterstützung einem schweizerischen Beitritt zustimmen werden. Ein Verzicht unsererseits würde daher Enttäuschung und Erstaunen auslösen. Zudem scheint auch Österreich einen Beitritt in die Schlange ins Auge zu fassen, so dass die Bundesrepublik, Holland, Belgien, Österreich und die Schweiz einen Stabilitätskern innerhalb der Schlange bilden würden.

Der französische Versuch[5], bilaterale Kontakte mit der Schweiz anzuknüpfen, hat zu einer Kontroverse innerhalb der Schlange geführt. Die französische Notenbank, die mit einer Rückkehr Frankreichs in die Schlange nicht einverstanden gewesen zu sein scheint, hat die schweizerischen Notenbankvertreter wissen lassen, dass ein Beitritt der Schweiz mit seiner starken Währung den französischen Franc unter Druck bringen könnte und daher von Frankreich nicht begrüsst würde. Die schweizerischen Notenbankvertreter haben für diese Argumente Verständnis gezeigt, sich aber dagegen verwahrt, die Schweiz sei ein Fluchtwährungsland, was gegen seine Aufnahme in die Schlange spräche. Dr. Leutwiler erinnerte dabei an die Spekulationen der Renault-Finance gegenüber unserer Währung.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen einen Beitritt unseres Landes in die Europäische Währungsschlange sind nach Auffassung der Notenbank nicht stichhaltig. Wir verfügen auch bei einem Nicht-Eintritt nicht über eine volle stabilitätspolitische Autonomie. Devisenmarktinterventionen werden in jedem Fall erforderlich sein. Die Frage ist vielmehr, ob wir bei einem Nicht-Eintritt auf uns allein gestellt ausschliesslich Interventionen in Dollars vornehmen, oder ob wir, im Falle eines Beitritts, diese Interventionen in den Währungen der Schlangenländer direkt und mit deren Unterstützung vornehmen können. Insbesondere wenn nur eine Schlangenwährung Schwächen zeigt, lässt sich ein allfälliger Druck auf unsere Währung im Falle eines Beitritts schnell und wirkungsvoll beseitigen. Sind wir dagegen nicht Mitglied der Schlange, so macht sich dieser Druck auf Dollar-Ebene bemerkbar, wobei unsere Interventionen in Dollars sehr viel grösser ausfallen müssen, um die gleiche Wirkung gegenüber der betreffenden Währung hervor zu rufen.

Das Niveau des Schweizerfrankenkurses wird nach Meinung der Nationalbank nicht nur hoch bleiben, sondern sich wahrscheinlich noch weiter erhöhen. Die Gefahr einer Blockierung des Schweizerfrankens auf einem zu hohen Niveau besteht daher nicht, es geht vielmehr darum, gegenüber den europäischen Währungen, die heute das Hauptproblem bilden, möglichst lange auf dem derzeitigen Niveau zu bleiben. Die Schlangenländer können unser Land bei diesen Bemühungen unterstützen. Auf längere Sicht rechnet jedoch auch die Nationalbank mit einer Aufwertung unserer Währung innerhalb der Schlange.

Als gewichtiger Vorteil eines Schlangenbeitritts muss die relative Wechselkursstabilität unserer Währung gewertet werden. Die Wechselkursschwan-

5. *Vgl. dazu Dok. 161,* dodis.ch/39509, *bes. Anm. 6.*

kungen (Fluktuationen) unserer Währung sind ein Hauptproblem unserer Exportwirtschaft[6]. Bundesrat und Nationalbank haben sich immer wieder zu festen Wechselkursen bekannt. Der Beitritt zur Schlange ist eine Gelegenheit, diese Rückkehr zu festen Wechselkursen im Interesse unserer Exportwirtschaft wahr zu machen. Unter der Voraussetzung, dass unser Land nur monetäre Verpflichtungen im Rahmen der Schlange übernehmen muss, überwiegen nach Auffassung der Nationalbank die positiven Aspekte eines Beitritts. Diese Ansicht wird nach Aussage von Direktor Jolles von der Ständigen Wirtschaftsdelegation geteilt[7].

Der Delegierte für Konjunkturfragen[8] hält einen Beitritt zur Schlange nur für vorteilhaft, wenn die Schlangenländer zu einem Stabilitätsblock werden. Das ist aufgrund der grossen Unterschiede in den Inflationsraten und der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ziele unwahrscheinlich. Unser Land würde in der Schlange sofort unter einen Aufwertungsdruck geraten. Dadurch würden wir den Rest an konjunkturpolitischer Autonomie, über den wir noch verfügen, verlieren. Da die Bevölkerung und die Wirtschaft von einem Beitritt zur Schlange eine grössere Wechselkursstabilität erhoffen, würden eine Aufwertung und der damit verbundene Autonomieverlust nicht verstanden. Demgegenüber machte der Vertreter der Notenbank geltend, eine weitere Aufwärtsbewegung des Schweizerfrankens sei wahrscheinlich unvermeidbar, durch den Beitritt zur Schlange könnten aber die notwendigen Interventionen zur Stützung unserer Währung systematisiert und erleichtert werden. Nur durch den Beitritt zur Schlange ist es möglich, eine gewisse Beruhigung in unserer Wechselkursentwicklung zu erreichen. Auf die Einwendungen des Präsidenten der Kommission für Konjunkturfragen[9], der Schlangenbeitritt sei nicht nur eine währungstechnische Frage, sondern habe auch realwirtschaftliche Auswirkungen, entgegnete die Nationalbank, vor diese realwirtschaftlichen Probleme seien wir auf jeden Fall gestellt. Der ausschlaggebende Punkt sei, dass man mit systematisierten Interventionen im Rahmen der Europäischen Währungsschlange den Bedürfnissen unseres Landes besser entsprechen könne. Das Vertrauen der Nationalbank in den freien Devisenmarkt sei aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen nicht sehr gross. Eine Aufwertung unserer Währung im Rahmen der Schlange wird nicht so schnell eintreten, wie heute befürchtet wird. Im Falle einer Aufwertung wird es zwar heissen, ohne Schlangenbeitritt hätten wir nicht aufwerten müssen; treten wir der Schlange jedoch nicht bei und der Wechselkurs des Frankens steigt, so wird man den Vorwurf erheben, man habe die notwendigen Vorkehrungen versäumt, indem man der Schlange nicht beitrat.

Es wird Aufgabe der schweizerischen Delegation sein, bei den Beitritts-Verhandlungen zu erreichen, dass unser derzeitiger Wechselkurs gegenüber

---

6. *Vgl. dazu Dok. 7,* dodis.ch/39504, *Anm. 11 sowie Dok. 123,* dodis.ch/39500, *bes. Anm. 3.*
7. *Vgl. dazu die Notiz an E. Brugger vom 8. September 1975,* CH-BAR#E7113A#1989/1#462* (777.820).
8. *F. Kneschaurek. Vgl. ferner dessen Notiz* Stellungnahme des Büros des Delegierten für Konjunkturfragen zum Problem des Beitritts der Schweiz zur Währungsschlange *vom 8. September 1975,* dodis.ch/39704.
9. *H. Würgler.*

den Schlangenwährungen zum Mittelkurs erklärt wird. Die Schlangenländer scheinen die Auffassung zu vertreten, dass unser derzeitiger Wechselkurs den unteren Interventionspunkt unserer Währung bilden sollte. Einem allfälligen Wiederaustritt unseres Landes aus der Schlange steht nichts entgegen. Es ist jedoch Auffassung aller beteiligten Länder, das eine Mitgliedschaft in der Schlange von längerer Dauer sein sollte. Ein Unterbruch in der Mitgliedschaft nach dem Muster Frankreichs ist damit jedoch nicht ausgeschlossen.

Die Brüsseler Verhandlungen werden sich schwierig gestalten. Die Orientierung der Öffentlichkeit über die Verhandlungsmaterie sollte daher mit der gebührenden Vorsicht und Zurückhaltung erfolgen.

2. Konjunkturpolitische Verfassungsgrundlage

Es ist beabsichtigt, der PdA-Initiative, die nach der Ablehnung des Konjunkturverfassungsartikels in der Volksabstimmung vom 2. März 1975[10] eingereicht wurde, einen Gegenentwurf gegenüberzustellen. Die Bemühungen gewerblicher Kreise, eine Initiative zustande zu bringen (Initiative Debétaz), scheinen gleichfalls noch nicht abgebrochen.

Das EFZD und die Nationalbank lassen zurzeit die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Notenbankgesetzes prüfen[11]. Eine Modifizierung des Notenbankgesetzes auf interpretativem Wege scheint jedoch ausgeschlossen. Auch eine Erweiterung der Notenbankkompetenzen durch Ergänzung von Artikel 39 BV ist problematisch und würde zudem eine Verfassungsänderung bedingen. Die Schaffung eines Konjunkturverfassungsartikels, auf den sich auch ein neues Notenbankgesetz abstützen liesse, lässt sich daher nicht umgehen.

Die Arbeiten für einen neuen Entwurf eines Konjunkturverfassungsartikels[12] sind aufzunehmen. Er hat den kritischen Punkten Rechnung zu tragen, die zu dem ablehnenden Entscheid in der Abstimmung vom 2. März geführt haben.

3. Preisüberwachung

Die Stabsgruppe hat sich für eine modifizierte Weiterführung der Preisüberwachung als Missbrauchsvorkehrung ausgesprochen. Der Abbau der Preisüberwachung sollte stufenweise erfolgen. Nach dem neuen Entwurf hätte der

---

10. *Der* Bundesbeschluss über den Konjunkturartikel in der Bundesverfassung *vom 4. Oktober 1974 wurde vom Volk mit 52,8% Ja-Stimmen angenommen, hat aber mit 10½ zu 9½ das Ständemehr nicht erreicht. Vgl. dazu BBl, 1975, II, S. 196 f. Zum Konjunkturartikel vgl. das Referat von E. Brugger vom 17. Februar 1975,* dodis.ch/40914 *sowie die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Änderung der Artikel 31quinquies und 31 Absatz 1 der Bundesverfassung (Konjunkturpolitik) *vom 10. Januar 1973, BBl, 1973, I, S. 117–180.*

11. *Vgl. dazu das Schreiben von G.-A. Chevallaz an E. Brugger und K. Furgler vom 29. Januar 1974,* dodis.ch/40915; *die Notiz von R. Bieri an G.-A. Chevallaz vom 11. Februar 1975,* dodis.ch/40916; *das Schreiben von B. Müller an P. Ehrsam, B. Müller und D. Kaeser vom 4. August 1975,* dodis.ch/39703 *sowie die* Botschaft des Bundesrats über die Änderung des Nationalbankgesetzes (Ermächtigung zu Devisentermingeschäften) *vom 10. September 1975, BBl, 1975, II, S. 1436–1440.*

12. *Vgl. dazu das Protkoll von R. Gallati und J. Weilenmann vom 12. November 1975,* dodis.ch/40917 *sowie das BR-Prot. Nr. 841 vom 12. Mai 1976,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#831*.

Bundesrat die Möglichkeit, bestimmte Branchen- und Gütergruppen vorzeitig aus der Preisüberwachung zu entlassen.

Im Mittelpunkt der Preisüberwachung stehen heute vermehrt die sogenannten öffentlichen Preise. Der Preisüberwacher[13] vertritt die Auffassung, für diese Preisgruppe sollten «Leitlinien für Preiserhöhungen» erlassen werden, um die Preisgestaltung transparenter zu machen und wie im privatwirtschaftlichen Bereich einen vorgezogenen Dämpfungseffekt zu erreichen. Die Überwachung dieser Preisgruppe verlangt die Zusammenarbeit mit dem EFZD.

Zur Wirtschaftslage hat die Kommission für Konjunkturfragen in ihrem jüngsten Bericht[14] Stellung genommen. Eine Aussprache über dieses Traktandum (vgl. Einladung vom 25. August 1975[15]) fand in der Sitzung der bundesrätlichen Delegation nicht statt.

---

13. *L. Schlumpf.*
14. Die Wirtschaftslage. Mitteilung Nr. 23 der Kommission für Konjunturfragen, CH-BAR# E7296A#1994/333#95* (074.20).
15. *Vgl. ibid.*

171

dodis.ch/38504

Rundschreiben des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, K. Jacobi[1]

GESPRÄCH MIT WELTBANKPRÄSIDENT MCNAMARA

Bern, 22. September 1975

Im Verlaufe der diesjährigen Jahresversammlung der Bretton Woods Organisationen wurde der Unterzeichnete von Weltbankpräsident McNamara empfangen[2]. Hauptthemen des Gesprächs bildeten ein allgemeiner tour d'horizon über Entwicklungsfragen sowie die Beziehungen zwischen der Weltbankgruppe und der Schweiz[3]. Im Vordergrund der letzteren steht die Möglichkeit einer Volksabstimmung über das schweizerische Darlehen von 200 Mio. Franken an die vierte Wiederaufstockung der IDA[4], gegen welche bekanntlich das Referendum ergriffen wurde. Dessen Zustandekommen hätte zur Folge, dass erstmals in der Geschichte der Weltbank eine an sie

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E7110#1986/24#301* (799.2.1.0). *Gerichtet an F. Leutwiler, J. R. Lademann, E. Thalmann, R. Keller, J. Zwahlen, M. Heimo, Th. Raeber, R. Wilhelm, R. Bieri, B. Müller, H.-U. Ernst, D. Kaeser, die schweizerische Botschaft in Washington und die schweizerischen Missionen bei den Europäischen Gemeinschaften und bei der OECD. Kopie u. a. an P. R. Jolles, P. Languetin, R. Probst, F. Rothenbühler, A. Dunkel, Ph. Lévy, P. Saladin, H. Stingelin, J.-P. Béguin, O. Zosso und R. Imhoof.*
2. *Vgl. die Beilage,* dodis.ch/38504.
3. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vgl. Dok. 88,* dodis.ch/38459 *und Dok. 108,* dodis.ch/38470.
4. *Zur Diskussion dazu vgl. Dok. 72,* dodis.ch/38499, *bes. Anm. 4.*

gerichtete Beitragsleistung Gegenstand einer Volksabstimmung würde. Weltbankpräsident McNamara und seine Mitarbeiter sind dementsprechend am Ausgang dieser allfälligen Volksabstimmung sehr interessiert, insbesondere wegen möglicher negativer Auswirkungen auf die Haltung gegenüber der Weltbank auch seitens der übrigen Geberländer. McNamara ist nicht zuletzt im Zusammenhang mit der komplexen und heiklen Ausgangslage für die fünfte Wiederaufstockung der IDA, die im Zeichen eines nachlassenden Leistungswillens der traditionellen Geberländer sowie abnehmender Überschüsse der Erdölländer steht, über die bevorstehende Auseinandersetzung in unserem Lande besorgt.

In den kommenden Monaten gedenkt die Weltbank eine neue Anleihe in der Schweiz aufzunehmen. In welchem Ausmass aus dem Resultat deren Zeichnungen Rückschlüsse auf die Haltung unserer Bevölkerung in einer allfälligen Abstimmung über unsere Leistung an die IDA gezogen werden dürfen, ist unseres Erachtens eher fragwürdig, da die Kreise der Anleihenszeichner kaum als repräsentativ für eine derartige Volksabstimmung angesehen werden können. Immerhin dürfte der Erfolg einer Weltbankanleihe nach dem Zustandekommen des Referendums gegen die IDA-4 zeigen, dass das Vertrauen der schweizerischen Gläubiger in diese Institution weiterhin besteht.

172

dodis.ch/38721

Notice interne de l'Ambassade de Suisse à Paris[1]

Paris, 26 septembre 1975

Long entretien téléphonique avec M. Dabernat hier après-midi 25 septembre, à la suite de l'article paru dans «Le Quotidien de Paris» du même jour, reprenant et développant le contenu de l'article précédent dans le «Journal de Genève»[2].

Les explications de M. Dabernat peuvent se résumer par la formule suivante:

La France a l'intention de réactiver les relations avec la Suisse[3]. Ce processus a déjà débuté par la désignation de M. Lebel comme Ambassadeur, en remplacement de M. Dufournier. Il devrait continuer par des visites officielles qui pourraient aboutir à un haut niveau.

M. Dabernat a ajouté les précisions suivantes sur les points résumés ci-dessus:

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2903* (B.15.21). *Rédigée et signée par J.-P. Ritter. La notice a été transmise à la Direction politique du Département politique, cf. la lettre de P. Dupont à E. Thalmann du 26 septembre 1975,* dodis.ch/38697.

2. *Cf. doss. comme note 1.*

3. *Pour un tour d'horizon des relations entre les deux pays, cf. la notice de C. Huguenin du 2 avril 1974,* dodis.ch/38700 *et le rapport de H. Cuennet du 26 novembre 1974,* dodis.ch/38701. *Sur les aspects économiques, cf. la notice du Bureau de l'intégration du 4 avril 1975,* dodis.ch/38705.

Le Ministère des Affaires étrangères avait le sentiment que le capital amassé en Suisse du temps de l'Ambassadeur Jacques Roux allait être perdu si l'on ne décidait pas le remplacement de son successeur[4] et le déplacement en Suisse de personnalités officielles. Il y a plus d'un an que les personnes déterminantes au cabinet du Ministre[5] pour les Affaires d'Europe centrale réclament le retrait de M. Dufournier. Celui-ci est toutefois un ami personnel de M. Sauvagnargues qui l'a longuement défendu. Le Ministre vient seulement de céder aux instances dont il était l'objet.

La mission de M. Lebel doit, dans un premier temps, ramener les relations au niveau où elles étaient du temps de M. Jacques Roux; déboucher, dans un deuxième temps (peut-être durant la première moitié de 1976), sur une reprise des visites au niveau où elles avaient été pratiquées précédemment (visites de Lipkowski[6] et Maurice Schumann[7]); enfin, aboutir éventuellement à des visites à un niveau plus élevé et peut-être jamais atteint jusqu'alors: visite du Premier Ministre ou du Président de la République[8].

Dans cette campagne de reprise, il y a toutefois un élément défavorable, qui tient à la personne du Président de la République. M. Giscard d'Estaing veut, certes, multiplier les pôles d'intérêt de la politique française en Europe et il inclut la Suisse dans cette opération mais, au contraire de Georges Pompidou, il n'a pas de sympathie pour notre pays[9]. Ses sentiments remontent à diverses expériences du temps où il était Ministre des finances. La position négative de la France dans l'affaire du «serpent»[10] reposait sur une attitude personnelle de M. Giscard d'Estaing, dont les personnes déterminantes en politique monétaire l'ont détourné avec peine.

M. Dabernat ne mentionne pas ses sources. De tout ce qu'il dit, il se déduit qu'elles se situent au cabinet du Ministre.

M. Dabernat nous prie de considérer ces propos comme confidentiels et exclusivement destinés au DPF.

---

4. *B. Dufournier.*
5. *J. Sauvagnargues.*
6. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 44,* dodis.ch/35774*, note 16.*
7. *Cf. doc. 180,* dodis.ch/38699*, note 3.*
8. *J. Chirac et V. Giscard d'Estaing.*
9. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 128,* dodis.ch/35739*, note 3 et la lettre de V. Giscard d'Estaing à P. Graber du 17 février 1975,* dodis.ch/38696.
10. *Cf. doc. 161,* dodis.ch/39509. *Sur la question d'une participation de la Suisse au serpent monétaire européen, cf. aussi doc. 141,* dodis.ch/39506 *et doc. 170,* dodis.ch/39508.

173

dodis.ch/39512

Notice du Chef adj. du Bureau de l'intégration, Ch. Boesch[1]

VISITE SPÉNALE[2]

Berne, 30 septembre 1975

État des relations Suisse/CEE

1. Parmi les nombreux accords et échanges de lettres que la Suisse a conclus avec les Communautés européennes, 71 sont actuellement en vigueur (voir le Rapport de synthèse 1/75 annexé[3]). Ce seul fait montre l'importance que le Marché commun revêt pour nous, dans les domaines les plus divers. Nous écoulons dans la Communauté 50% de nos exportations et elle nous fournit 70% de nos importations. Pour la CEE, en revanche, nos ventes représentent moins de 2% de ses importations totales et nos achats environ 3% de ses exportations globales. De telles relations commerciales nécessitent dans tous les domaines économiques d'intérêt commun des mécanismes de *consultation,* afin d'éviter que nous soyons placés dans des situations où le développement de la législation communautaire pourrait apparaître comme un élément contraignant de notre politique. Une telle situation mettrait partiellement en cause notre souveraineté, souveraineté que nous essayons de sauvegarder en renonçant au statut de membre de plein droit. Si nous n'avons pas adhéré aux CE[4], c'est pour les *sept raisons* suivantes:

– neutralité
– pouvoirs du Parlement
– démocratie directe
– fédéralisme
– politique d'immigration
– agriculture
– treaty-making-power

2. Les accords de libre-échange conclus en 1972 entre la CEE élargie et les États non adhérents de l'AELE ont permis de réaliser, sous une forme quelque peu différente, la grande zone de libre-échange que plusieurs pays, dont la Suisse, avaient envisagée dès 1956 comme clé de voûte de la libéralisation des échanges dans le cadre de l'OEEC[5]. Malgré le changement

---

1. *Notice:* CH-BAR#E7113A#1989/1#146* (776.451).
2. *Cf. doss. comme note 1.*
3. *Rapport de P. Hollenweger et Ch. Boesch de mars 1975,* CH-BAR#E6351G#1996/323#15* (1.2-017/0007).
4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772. *Sur une évalution de cette politique, cf. le rapport de B. de Tscharner de juillet et août 1973,* dodis.ch/40918.
5. *Cf. DDS, vol. 20, doc. 61,* dodis.ch/13224; doc. *135,* dodis.ch/13222 *et doc. 136,* dodis.ch/13221; *DDS, vol. 21, table méthodique:* III.1.5 La Suisse et l'Association européenne de libre échange *et DDS, vol. 22, doc. 44,* dodis.ch/30154.

des circonstances extérieures (problèmes monétaires[6] et pétroliers[7]) et en dépit des législations économiques partiellement divergentes (agriculture, cartels)[8], notre accord avec la CEE[9] a fait ses preuves: en particulier, le démantèlement tarifaire, qui est son objectif principal, se poursuit normalement selon le calendrier prévu.

Le Comité mixte[10] s'est révélé un instrument approprié pour résoudre les questions d'application de l'accord et constitue en outre un cadre utile pour des *consultations* touchant au développement des conditions générales du libre-échange (agriculture, produits de base, balances des paiements). Récemment il s'est aussi livré à des prévisions économiques à court terme.

3. Les accords de libre-échange ne sauraient cependant répondre à tous les problèmes d'ordre économique qui se poseront entre la Suisse et les CE. Certains de nos accords bilatéraux conclus avec différents États membres arrivent à échéance et devront être remplacés par des arrangements avec la Communauté, seule compétente dorénavant dans les domaines que couvrent ces accords (Exemple: transport de personnes par route à travers des frontières[11]). Indépendamment de cela, des problèmes se posent en matière d'environnement[12] (nous préparons deux arrangements concernant l'échange d'informations et la recherche commune) et d'obstacles non tarifaires qui risquent de résulter des travaux d'harmonisation du droit dans la Communauté[13] (nous sommes en train d'instaurer des mécanismes de consultation pragmatiques). Notons en particulier que la Suisse envisage d'entamer des négociations dans un proche avenir sur le droit d'établissement des sociétés d'*assurance*[14] *et sur la fusion* nucléaire[15]. Quant à la collaboration sur le plan *monétaire*, les récentes

---

6. *Cf. doc. 3,* dodis.ch/39503; *doc. 7,* dodis.ch/39504; *doc. 36,* dodis.ch/37657 *et doc. 123,* dodis.ch/39500.

7. *Sur la crise pétrolière, cf. doc. 49,* dodis.ch/39686, *note 4.*

8. *Sur les questions agricoles, cf. la notice de F. Rothenbühler du 3 mai 1973,* dodis.ch/39861; *le PVCF N° 2140 du 10 décembre 1973,* dodis.ch/39877 *et la notice de F. Blankart à P. R. Jolles et P. Languetin du 10 octobre 1974,* dodis.ch/39850 *et sur les cartels, cf. la notice de F. Blankart du 28 novembre 1974,* dodis.ch/40919.

9. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510. *Sur les protocoles additionnels conclus suite à la non-adhésion de la Norvège, cf. le PVCF N° 632 du 9 avril 1975,* dodis.ch/39860.

10. *Cf. le PVCF N° 135 du 24 janvier 1973,* dodis.ch/39853; *le PVCF N° 1696 du 10 octobre 1973,* dodis.ch/39862; *le PVCF N° 1285 du 21 août 1974,* dodis.ch/40481; *la lettre de F. Blankart à C. Caillat du 17 septembre 1974,* dodis.ch/39872; *la notice de A. Dunkel au Bureau de l'intégration du 14 mai 1975,* dodis.ch/39873 *et le PVCF N° 982 du 2 juin 1975,* dodis.ch/39874.

11. *Cf. la notice de F. Blankart à W. Ritschard du 10 mai 1974,* dodis.ch/39879.

12. *Cf la notice de F. Blankart à H. Hürlimann du 4 décembre 1975,* dodis.ch/39852.

13. *Cf. le compte rendu du 1er mars 1973 de la séance de la Délégation économique permanente du 28 février 1973,* dodis.ch/39504, *point 2.*

14. *Cf. le PVCF N° 1079 du 25 juin 1973,* dodis.ch/39881 *et la notice de F. Blankart à K. Furgler du 28 janvier 1974,* dodis.ch/40920. *Les négociations commencent en 1976, cf. doss.* CH-BAR# E7001C#1987/101#680* (2520.01).

15. *Sur la participation de la Suisse au programme de fusion thermonucléaire contrôlée de l'EURATOM, cf. doc. 9,* dodis.ch/39495 *et doc. 167,* dodis.ch/39486.

discussions au niveau ministériel ont révélé qu'une association du franc suisse au serpent[16] correspondrait à un intérêt mutuel. Tout en affirmant le caractère communautaire du serpent, les parties ont convenu qu'une telle association renforcerait la zone de stabilité monétaire européenne. La Suisse reste disposée, comme elle l'a toujours été, à engager des consultations avec les Communautés européennes «sur des domaines économiques d'intérêt commun», sans pour autant accepter le moindre lien entre de telles consultations et l'association éventuelle du franc suisse au serpent.

4. Quant à l'affaire Roche/Adams[17], nous étions quelque peu étonnés des moyens utilisés par la Commission en vue d'obtenir des renseignements. Nous aurions préféré que la Communauté en informe immédiatement le Comité mixte comme cela est prévu dans l'accord. L'affaire suit son cours de part et d'autre selon les procédures propres aux parties contractantes, procédures dont elles avaient délibérément écarté l'harmonisation lors de la négociation et de la conclusion de l'accord.

---

16. *Sur la question d'une participation de la Suisse au serpent monétaire européen, cf. doc. 141,* dodis.ch/39506; *doc. 161,* dodis.ch/39509 *et doc. 170,* dodis.ch/39508.
17. *Cf. doc. 138,* dodis.ch/39493.

174

dodis.ch/39119

Notice du Chef du Département politique, P. Graber, au Conseil fédéral[1]

Urgent Berne, 2 octobre 1975

J'ai reçu hier soir notre Ambassadeur en Espagne, M. Samuel Campiche, rappelé en consultation par décision du Conseil fédéral du 29 septembre 1975[2].

1. M. Campiche m'a informé de la situation en Espagne. Il a notamment fait état du très net raidissement du Gouvernement de Madrid à la suite des réactions suscitées en Europe par l'exécution de cinq opposants espagnols[3] et de la décision de 14 États européens[4] de rappeler leur chef de mission en consultation.

Reçu au Ministère des Affaires étrangères le 30 septembre, avant son départ, M. Campiche y a appris que la mesure décidée par le Conseil fédéral avait été

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2680* (B.15.21). *Rédigée par P.-Y. Simonin et C. Caratsch. Signée par P. Graber. Copie à K. Huber, E. Thalmann, S. F. Campiche, Ch. Müller, J. Iselin, F. de Ziegler, A. Hugentobler, C. Caratsch et P.-Y. Simonin. Annotation manuscrite dans la marge:* Confidentiel.
2. *PVCF de décision II du 1er octobre 1975 de la 34ème séance du 29 septembre 1975,* dodis.ch/39775. *Cf. aussi la circulaire de E. Andres du 1er octobre 1975*, dodis.ch/39101; *la lettre de S. Marcuard à E. Thalmann du 2 octobre 1975,* dodis.ch/39102 *et* R. Reich *du 23 octobre 1975,* dodis.ch/39103.
3. *H. Baena, R. García Sanz, Á. Otaegui Etxebarria, J. Paredes Manot et J. L. Sánchez Bravo.*
4. *Autriche, Belgique, Danemark, Finlande, France, Grèce, Italie, Norvège, Pays-Bas, Pologne, Portugal, République fédérale d'Allemagne, Royaume-Uni et Suède.*

évoquée au Conseil des Ministres. Notre Ambassadeur a été prié de transmettre au Gouvernement suisse un *message* oral qui se résume comme suit:

a) eu égard aux bonnes relations existant entre la Suisse et l'Espagne, le Gouvernement de Madrid, désireux d'éviter toute escalade, adoptera à l'endroit de notre pays une attitude sereine et *ne rappellera pas son Ambassadeur à Berne*[5]. Le Gouvernement espagnol exprime en outre sa reconnaissance aux autorités suisses pour la manière efficace dont elles ont assuré la protection des missions[6] et des ressortissants espagnols en Suisse.

b) si toutefois «les choses devaient aller plus loin», le Ministère ne pourrait pas «répondre des réactions du Gouvernement et d'autres réactions».

Selon l'interprétation de notre Ambassadeur, serait considérée comme allant «plus loin» toute nouvelle décision g*ouvernementale* – telle que celle d'un embargo sur le matériel de guerre ou d'autres mesures restrictives; des manifestations anti-espagnoles en Suisse[7] n'entreraient cependant pas dans cette catégorie. Aux dires de M. Campiche, les autorités espagnoles comprennent les protestations[8] fondées sur le respect des droits de l'homme mais sont très sensibles à la discrimination dont leur pays est l'objet de la part de certains gouvernements.

2. L'Ambassadeur Campiche estime que son absence de Madrid ne devrait pas être de trop longue durée (environ une semaine) afin d'éviter de compromettre l'avenir de nos relations avec l'Espagne et la défense de nos intérêts, notamment économiques[9].

a) M. Campiche a laissé une *colonie suisse* (env. 4000 personnes) désemparée et inquiète des excès qui pourraient être commis à son endroit.

b) Les temps à venir seront encore difficiles. La présence à son poste de notre chef de mission s'avère plus utile que jamais. Ses contacts officiels pourraient lui permettre, le cas échéant, d'accéder au plus haut niveau pour accomplir toutes démarches et interventions nécessaires.

3. Je partage l'avis de M. Campiche; son absence devrait être aussi brève que possible[10]. La décision quant au *moment de son retour* sera prise en coordination avec l'*Autriche*: nous sommes virtuellement d'accord avec Vienne de renvoyer nos Ambassadeurs[11] au début de la semaine prochaine. La *Suède*,

---

5. *N. Martin Alonso.*

6. *Cf. la lettre de A. Parodi à la Direction politique du Département politique du 3 janvier 1974,* dodis.ch/39112 *et la lettre de Ch.-A. Wetterwald à la Direction du droit international public du Département politique du 3 juillet 1974,* dodis.ch/40227.

7. *Cf. doc. 94*, dodis.ch/38488.

8. *Cf. la proposition de P. Graber au Conseil fédéral du 5 septembre 1975,* dodis.ch/39099*; la notice de Ch. Müller à P. Graber du 12 septembre 1975,* dodis.ch/39100 *et la lettre de A. Renaud à P. Graber du 6 décembre 1975,* dodis.ch/40843. *Sur le premier procès de Burgos, cf. DDS, vol. 25, doc. 54,* dodis.ch/35679.

9. *Cf. la lettre de S. F. Campiche à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 22 mai 1975,* dodis.ch/39106 *et la notice de H. Hofer à E. Brugger du 1er septembre 1975,* dodis.ch/39108. *Sur la question des travailleurs étrangers espagnols, cf. doc. 94,* dodis.ch/38488*, note 5.*

10. *Annotation manuscrite dans la marge:* aha!

11. *S. F. Campiche et G. Hinteregger.*

pour sa part, semble prévoir une absence de deux semaines; le cas suédois est particulier dans la mesure où l'Ambassadeur d'Espagne à Stockholm[12] a été à son tour rappelé à Madrid, sans doute à la suite des propos injurieux du Premier Ministre Palme à l'adresse du Chef d'État espagnol.

Quant aux neufs pays des CE, ils fixeront leur attitude lors de leur réunion à Luxembourg de lundi et mardi prochain (6–7 octobre); d'après nos renseignements, ils devraient décider le retour assez rapide de leur Ambassadeur à Madrid.

4. En conclusion et sauf événement grave et imprévisible, je me propose, en coordination avec le Gouvernement de Vienne, de *renvoyer notre Ambassadeur en Espagne au début de la semaine prochaine.* Au cas où vous auriez des objections à cette manière de procéder, je vous saurais gré de vouloir bien les faire connaître aussi rapidement que possible soit à l'Ambassadeur E. Thalmann, Secrétaire général du Département politique, soit à son suppléant, l'Ambassadeur Ch. Müller, Chef de la Division I.

12. *A. de la Serna y Gutiérrez-Repide.*

175

dodis.ch/39060

Notice du Chef adj. de la Division politique I du Département politique, C. Caratsch[1]

ASSISTANCE TECHNIQUE ET ÉCONOMIQUE AU PORTUGAL

Confidentiel *[Berne,]* 6 octobre 1975

La réunion convoquée par la Division du commerce (Ambassadeur Languetin, président; MM. Brunner, Léchot, Jäger, Div[*ision du*] co[*mmerce*]; M. Jagmetti, Dél[*égation*] suisse AELE; M. Jetzer, Vorort; M. Wiesmann, assistance technique; le soussigné) avait pour but de déterminer si le moment était venu de faire bénéficier le Portugal d'une assistance suisse et de quelle nature pourrait être une telle assistance[2].

1. Les assistants ont constaté que la situation politique actuelle se définissait comme une nouvelle phase de la course au pouvoir, sur un arrière-plan de marasme économique tel qu'aucun gouvernement ne pourrait s'affirmer à court terme[3]. Les institutions actuelles du pouvoir ont cependant le mérite de tenir compte des expressions de volonté de la majorité silencieuse.

Alors que M. Jagmetti constate chez ses collègues portugais un pessimisme très vif quant aux chances du Gouvernement Azevedo, M. Jetzer, pour sa part, a

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4637* (B.34.66.0).
2. *Cf. la lettre de E. H. Léchot au Bureau du Délégué à la coopération technique du Département politique et au Vorort du 15 septembre 1975,* CH-BAR#E2210.8-03#1991/171#54* (–).
3. *Sur la situation au Portugal, cf. doc. 164,* dodis.ch/39059 *et doss.* CH-BAR#E2300-01#1977/30#49* (A.21.31).

recueilli auprès des firmes suisses ayant des succursales au Portugal des plaintes concernant un certain freinage administratif, qui pourrait être discriminatoire pour les étrangers. (M. Languetin l'invite à préciser de tels cas, qui pourraient donner lieu à des démarches)[4].

2. Après discussion détaillée, il est convenu que la Suisse ne devrait pas se prononcer de manière purement négative sur le problème des demandes d'assistance portugaise présentées à l'AELE. On envisage la solution d'un memorandum qui pourrait formuler des propositions concrètes sur l'état de la coopération et pour de nouveaux projets, marquer notre disponibilité en ce qui concerne les conditions commerciales de la concurrence (Annexe G et C)[5], toutefois sous la condition du non-cumul de ces avantages avec la surtaxe; éventuellement, on y ajouterait des indications sur une assistance économique au niveau des entreprises; il y aura lieu de déterminer s'il conviendra de proposer une réunion de la Commission mixte bilatérale.

Le Vorort serait sceptique actuellement sur la possibilité de réaliser une assistance économique directe des entreprises, étant donné les mauvaises expériences faites en matière de transfert au titre de licences et en matière de sous-traitance[6]. À plus long terme, la situation pourrait s'éclaircir. Pour l'instant, M. Jetzer estime que le Vorort devrait s'opposer à toute assistance aussi longtemps que le «code des investissements» portugais ne sera pas connu avec précision[7].

Il est envisagé provisoirement que le memorandum (qui sera élaboré par la Division du commerce avec l'aide des participants à la réunion du 3 octobre) pourrait être remis lors de la réunion ministérielle de novembre[8].

---

4. *Cf. doss.* CH-BAR#E7110#1986/24#1023* (890.1).

5. *Cf. doss.* CH-BAR#E2210.8-03#1991/171#55* (–).

6. *Cf. la lettre du Vorort du 30 mai 1975 et la notice de J.-J. Maeder pour E. H. Léchot du 8 juillet 1975,* CH-BAR#E7110#1986/24#1024* (890.1).

7. *Cf. le rapport de G. E. Bucher à P. R. Jolles et J. Zwahlen du 26 août 1975, ibid.*

8. *Aide-mémoire suisse du 6 novembre 1975, doss. comme note 2. Cf. aussi les notices de la Division du commerce du Département de l'économie publique des 21 et 27 octobre 1975*, CH-BAR#E7110#1986/24#1024* (890.1); *le* Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la participation de la Suisse au Fonds de développement industriel de l'AELE en faveur du Portugal *du 30 juin 1976, FF, 1976, II, pp. 1128–1147 et doss.* CH-BAR#E7001C#1985/232#586* (2520.1).

176

dodis.ch/38430

Aide-mémoire du Département politique à l'Ambassade de Grande-Bretagne à Berne[1]

[Berne, 8 octobre 1975]

1. Dans l'aide-mémoire que Son Excellence l'Ambassadeur J. R. Wraight a remis, le 13 novembre 1974[2], à M. l'Ambassadeur Charles Müller, l'Ambassade de Sa Majesté Britannique a soulevé un certain nombre de points ayant trait principalement aux relations d'entraide judiciaire entre la Suisse et le Royaume-Uni. Après avoir pris contact avec les autorités fédérales compétentes[3], le Département politique est en mesure de répondre comme il suit à ces différentes questions:

2. En rapport avec la visite que deux fonctionnaires des douanes britanniques, MM. Michael Knox et Richard Kellavay, ont faite en Suisse au mois de mai 1974[4], l'Ambassade avait demandé, en particulier, si les autorités douanières britanniques peuvent s'adresser à des maisons en Suisse pour obtenir des renseignements sans entrer par là en conflit avec la législation suisse. Dans la lettre qu'il a adressée le 2 juillet 1974[5] à Mlle Gillian Brown, alors Conseiller de l'Ambassade, M. Krafft a décrit la situation de la manière suivante: rien ne s'oppose, du point de vue du droit suisse, à ce que des autorités britanniques demandent des renseignements à des maisons suisses, notamment sous la forme d'un questionnaire. Pour obtenir ces informations, elles ne peuvent cependant, sans autorisation préalable, procéder sur le territoire suisse à des actes qui relèvent des pouvoirs publics[6] (Art. 271 du Code pénal suisse). En outre, sont punissables, en vertu de l'article 273 du Code pénal suisse, les personnes qui cherchent à découvrir un secret de fabrication ou d'affaires pour le rendre accessible à un organisme officiel étranger.

L'application de ces deux dispositions légales appelle certaines remarques complémentaires. C'est ainsi, tout d'abord, que, selon la conception suisse, tout acte de procédure (notamment la notification d'actes judiciaires[7] et l'exécution de commissions rogatoires[8]) constitue un acte de souveraineté qui est

---

1. *Aide-mémoire (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3053* (B.11.42.0). *Remis par E. Diez à J. R. Wraight. Copie à la Division de la police du Département de justice et police, à la Division du commerce du Département de l'économie publique, au Ministère public de la Confédération, à la Division politique I du Département politique et à l'Ambassade de Suisse à Londres.*
2. *Cf. doss. comme note 1.*
3. *Cf. la notice de M. Krafft du 19 décembre 1974,* dodis.ch/38431.
4. *Cf. la notice de K. Fritschi du 17 mai 1974,* dodis.ch/38432 *et la notice de J. Monnier du 14 juin 1974,* dodis.ch/38434.
5. *Cf. doss. comme note 1.*
6. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 172,* dodis.ch/18878; *DDS, vol. 23, doc. 68,* dodis.ch/30944; *doc. 87,* dodis.ch/31434 *et doc. 113,* dodis.ch/31433; *DDS, vol. 24, doc. 26,* dodis.ch/32619 *et doc. 66,* dodis.ch/32685; *DDS, vol. 25, doc. 61,* dodis.ch/35212 *et la compilation thématique* dodis.ch/T981.
7. *Cf. p. ex. DDS, vol. 24, doc. 162,* dodis.ch/32504, *en particulier note 4.*
8. *Cf. la lettre de O. Schürch à E. Diez du 9 septembre 1975,* dodis.ch/40803. *Cf. aussi l'aide-*

réservé aux organes compétents de l'État sur le territoire duquel il doit être accompli. Un renseignement dont une autorité britannique peut avoir besoin dans l'intérêt d'une procédure pendante au Royaume-Uni doit dès lors être demandé par la voie de l'entraide judiciaire internationale lorsque la réponse peut avoir des conséquences juridiques pour l'intéressé. En outre, seules les autorités suisses peuvent ordonner des mesures de contrainte. Un fonctionnaire étranger ne saurait assortir une demande de renseignements adressée à une personne physique ou morale en Suisse de la menace de sanctions. Pour éviter un conflit avec la législation suisse, il devrait dès lors attirer l'attention de la personne à laquelle il demande des renseignements sur le fait qu'elle est libre de les donner ou de les refuser.

Par ailleurs, il convient de relever que l'article 273 du Code pénal suisse fait de l'espionnage économique une infraction contre l'État et sa souveraineté territoriale. Pour que le délit soit consommé, il faut non seulement que l'auteur ait consciemment et volontairement cherché à découvrir un secret de fabrication ou d'affaires, mais en outre qu'il ait agi dans le dessein de rendre ce secret accessible, en particulier, à un organisme officiel étranger. Il appartient aux seuls tribunaux de juger si, dans un cas particulier, les conditions objectives et subjectives du délit de service de renseignements économiques sont réalisées.

3. L'Ambassade aimerait en outre savoir dans quels cas des fonctionnaires britanniques peuvent être autorisés à se rendre en Suisse dans le cadre d'une procédure engagée au Royaume-Uni. Elle se réfère à cet égard notamment aux documents du Ministère public fédéral en date du 29 mai 1974[9] portant suspension de l'enquête instruite contre MM. Knox et Kellavay, d'où il résulte, en particulier, qu'en matière fiscale aucune entraide judiciaire de quelque nature que ce soit ne peut être fournie et aucune autorisation prévue à l'article 271 du Code pénal suisse ne peut être donnée.

À ce propos, il convient tout d'abord de relever qu'une distinction doit être faite entre deux situations différentes. Dans l'affaire du compte bancaire de M. Edward Short[10], les inspecteurs Morrison et Howley se sont contentés d'assister aux actes d'instruction effectués par des agents de la police zurichoise; ils n'ont accompli eux-mêmes aucun acte d'autorité qui aurait nécessité l'octroi d'une autorisation préalable au sens de l'article 271 précité. La présence de fonctionnaires étrangers lors de l'exécution d'une commission rogatoire ne soulève pas d'objections, dans les cas tout au moins où l'entraide judiciaire n'est pas d'emblée exclue (cf. paragraphe suivant). En revanche, les deux fonctionnaires des douanes britanniques Knox et Kellavay ont procédé sur le territoire suisse à des actes relevant des pouvoirs publics; leur activité tombait dès lors sous le coup de la disposition susmentionnée.

---

mémoire de B. Dumont à l'Ambassade de Grande-Bretagne à Berne du 28 mai 1975, dodis.ch/38436.

9. *Ordonnance du Ministère public fédéral du 29 mai 1974 contre R. Kellavay et Ordonnance du Ministère public fédéral du 29 mai 1974 contre M. Knox, doss. comme note 1. Cf. aussi la lettre de R. Gerber à Ch. Müller du 4 juin 1974,* dodis.ch/38433.

10. *Cf. le télégramme N° 186 de A. Weitnauer au Département politique du 31 juillet 1974 et le télégramme N° 147 de Ch. Müller à l'Ambassade de Suisse à Londres, doss. comme note 1.*

Il y a lieu ensuite de rappeler qu'une autorisation, au sens de l'article 271 du Code pénal suisse, ne peut pas être donnée lorsque l'entraide judiciaire doit en principe être refusée. Il s'agit des cas suivants: infractions ayant un caractère politique, violation des obligations militaires, infractions à la législation sur les cartels et aux lois antitrusts, violation des prescriptions concernant les impôts, les droits de douane, les droits de monopole de l'État et le service des paiements avec l'étranger. Pour les autres cas, le droit suisse ne prévoit pas de critères particuliers. Chaque demande est examinée pour elle-même. La pratique des autorités fédérales à cet égard est très restrictive.

4. L'Ambassade désire, enfin, savoir quelle procédure doit être suivie lorsque des fonctionnaires de la police britannique, dans le cours d'une enquête menée au Royaume-Uni, sont amenés à étendre leurs investigations au territoire suisse.

Dans les affaires d'entraide judiciaire et notamment dans les cas urgents, rien ne s'oppose à ce que l'Ambassade corresponde directement avec la Division de police du Département fédéral de justice et police. La plupart des demandes passent d'ailleurs par le canal d'Interpol, sans que l'Ambassade ou le Département politique fédéral soit appelé à intervenir. La voie diplomatique reste cependant toujours ouverte. En cas de doute, il est souhaitable que l'Ambassade s'adresse au Département politique (Direction du droit international public), qui sera en mesure de déterminer si un problème particulier se pose au regard de la législation suisse, et spécialement de l'article 271 du Code pénal.

177

dodis.ch/38875

Rundschreiben des stv. Direktors der Politischen Direktion des Politischen Departements, Ch. Müller, an diverse schweizerische Vertretungen[1]

KSZE-Dokumentation

Bern, 14. Oktober 1975

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist mit der feierlichen Unterzeichnung der Schlussakte[2] in Helsinki am 1. August dieses Jahres nicht beendet; ja in mancher Beziehung fängt sie jetzt erst

1. *Rundschreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#690* (B.72.09.15.1). *Verfasst von H. Renk. Gerichtet an alle schweizerischen Botschaften im Ausland, das Bureau des schweizerischen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York, die schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, die schweizerische Delegation bei der OECD in Paris, die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf, den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg sowie an das schweizerische Generalkonsulat in New York.*

2. *Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 21. Juli 1975,* doc. CSCE/CC/64, CH-BAR#E2001E-01#1987/78#687* (B.72.09.15.1) *und BBl, 1975, II, S. 924–1006. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1433 vom 20. August 1975,* dodis.ch/38883. *Zur dritten Phase der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 158,* dodis.ch/38867 *und Dok. 160,* dodis.ch/38322.

richtig an. Die zweijährige «Probezeit», welche sich die 35 Teilnehmerstaaten bis zu ihrer nächsten Zusammenkunft in Belgrad im Sommer 1977 eingeräumt haben, soll Gelegenheit geben, die Bestimmungen der verschiedenen «Körbe» der KSZE in die Wirklichkeit umzusetzen, aber auch, diese Durchführung gegenseitig zu kontrollieren, damit in zwei Jahren in Belgrad eine erste Bilanz gezogen werden kann.

Unser Land hat aktiv an den Verhandlungen in Helsinki[3] und Genf[4] teilgenommen und immer die Ansicht vertreten, die Beschlüsse der Konferenz seien – auch ohne rechtlich verbindlichen Charakter – durchzuführen. Unter der Leitung des Politischen Departements haben verwaltungsinterne Überlegungen begonnen, deren Ziel es sein wird, festzustellen

- welche Bestimmungen der Schlussakte bei uns bereits *«funktionieren»;*
- auf welchen Gebieten ein besonderes Aktivwerden unsererseits *wünschbar* wäre (Liste von Prioritäten);
- welche Massnahmen überhaupt *möglich* sind, wobei auf den unterschiedlichen Grad staatlicher Kompetenzen (gesetzliche Grundlage, Abgrenzung Bund/Kantone, Staat/private Organisationen) Rücksicht zu nehmen ist;
- welche KSZE-Themen bereits in den diversen *internationalen Organisationen* behandelt werden, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Es ist vorgesehen, dass die zuständigen Dienste ihre Abklärung auch auf nichtstaatliche Stellen (z. B. Pro Helvetia, OSEC, ONST) sowie auf private Interessensvertreter (z. B. im Bereich der Presse und des Buchhandels) ausdehnen.

Es ergibt sich aus der Natur der Sache, dass sich die praktische Anwendung der einzelnen Bestimmungen der KSZE in erster Linie auf die «operativen» Körbe II (Wirtschaft) und III (Humanitäres) konzentriert. Die beiliegende Dokumentation beschränkt sich daher auf diese beiden Bereiche. Das will nicht heissen, dass «Korb I» (Sicherheit) bei der Durchführung der KSZE-Beschlüsse vernachlässigt werden soll. Die darin enthaltenen Problemkreise (Prinzipien, friedliche Streiterledigung, militärische Fragen) bedürfen indessen einer langfristigeren Beobachtung und Abklärung. Wir werden zu gegebener Zeit darauf zurückkommen. Die Grundhaltung des Bundesrates in diesen Bereichen geht aus den Antworten auf die Interpellationen Renschler[5] (Nationalrat) und Hefti[6] (Ständerat) hervor, die Ihnen zugestellt wurden.

---

3. *Zur Vorbereitungskonferenz und zur ersten Phase der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 32,* dodis.ch/38816.

4. *Zu den Verhandlungen der KSZE während der zweiten Phase in Genf vgl. Dok. 57,* dodis.ch/38848 *und Dok. 89,* dodis.ch/38858.

5. *BR-Prot. Nr. 1707 vom 15. September 1975,* dodis.ch/38881. *Zur Beratung an den Sitzungen vom 15.–16. September 1975 vgl. Amtl. Bull. NR, 1975, S. 1109–1129. W. Renschler war im Januar 1973 Leiter der schweizerischen Delegation an der IPU-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki. Vgl. dazu das Schreiben von S. F. Campiche an E. Thalmann vom 6. Februar 1973,* dodis.ch/38847.

6. *BR-Prot. Nr. 1792 vom 29. September 1975,* dodis.ch/38882. *Zur Beratung an der Sitzung vom 30. September 1975 vgl. Amt. Bull. NR, 1975, S. 579–587. Allgemein zur Beurteilung der KSZE durch das Parlament vgl. das Informationsbulletin des Diensts Information und Presse des Politischen Departements vom 6. Oktober 1975,* dodis.ch/38880.

Bei der Beurteilung dieses Korbes sind wir ganz besonders auf Ihre Beobachtungen und Kommentare angewiesen, sei dies zu den Prinzipien, zu unserem Streitschlichtungsprojekt oder zu den militärischen Fragen (Erfahrungen mit der vorherigen Ankündigung von Manövern[7], MBFR[8], etc.).

Für heute lasse wir Ihnen zwei Dokumente[9] zukommen, die den «Korb II» (Wirtschaft) bzw. «Korb III» (Kontakte, Information etc.) betreffen. Es handelt sich um:

1. Considération sur le problème de la mise en œuvre du chapitre «Coopération économique» de l'Acte final de la CSCE verfasst von der schweizerischen Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen in Genf. Diese Notiz, welche die Haltung der Handelsabteilung zu den wirtschaftlichen Belangen der KSZE wiedergibt, konzentriert sich auf die Kapitel «Handel» und «Industrielle Kooperation», die sie nicht nur interpretiert, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeiten betrachtet, welche die darin enthaltenen Bestimmungen der schweizerischen Wirtschaft bieten[10]. Der auf Seite 5 der Notiz (oben) erwähnte Gedanke einer Informationsbroschüre für Geschäftsleute wird in Ausarbeitung genommen.

2. «Einige Überlegungen zu Korb III der KSZE», verfasst von der Politischen Abteilung I. Dieses Dokument soll vor allem dazu dienen, die recht verklausulierten Formulierungen dieses Teils der Schlussakte besser zu verstehen und unsere Interpretation der darin enthaltenen Hauptprobleme geben. Es ist also eine Art «Gebrauchsanweisung», die vorerst die wichtigsten prinzipiellen Fragen behandelt. Detailliertere Anweisungen[11] zum Unterkapitel «Menschliche Kontakte» gehen separat an unsere Botschaften in den Oststaaten. Entsprechende Weisungen zu den Unterkapiteln «Information», «Kultur» und «Bildung» können erst nach Abschluss der erwähnten internen Abklärungen erfolgen.

Generell sind wir an allen Informationen interessiert, die direkt oder indirekt die KSZE-Thematik betreffen. Dieses Interesse beschränkt sich nicht nur auf den Kreis der 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz, auch Reaktionen aus Drittstaaten sind uns willkommen. Es ist anzunehmen, dass gerade Diplomaten aus den Oststaaten auf der ganzen Welt häufig das Thema KSZE im Gespräch aufwerfen werden. Wir haben es deshalb als wichtig erachtet, die beiliegenden allgemeinen Überlegungen allen unseren Botschaften zukommen

---

7. *Zu Manöverankündigungen im Rahmen der KSZE-Schlussakte vgl. das Rundschreiben von Ch. Müller an die schweizerischen Botschaften in den KSZE-Teilnehmerstaaten vom 2. Oktober 1975,* dodis.ch/38872 *sowie das Rundschreiben von Ch. Müller vom 8. Dezember 1975,* dodis.ch/38873.

8. *Zum MBFR vgl. Dok. 79,* dodis.ch/38884.

9. *Notiz von J. Lugon vom 2. Oktober 1975,* dodis.ch/38876 *und Notiz der Politischen Abteilung I des Politischen Departements,* dodis.ch/38874.

10. *Zur Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 176,* dodis.ch/35755 *sowie DDS, Bd. 26, Dok. 27,* dodis.ch/38361. *Zur Umsetzung der ebenfalls in «Korb II» enthaltenen Bestimmungen im Bereich Umwelt vgl. die Notiz von E. Bourgnon vom 20. Oktober 1975,* dodis.ch/38877.

11. *Rundschreiben von Ch. Müller vom 20. Oktober 1975,* dodis.ch/38879.

zu lassen. Detaillierte Weisungen werden in Zukunft in erster Linie an unsere Vertretungen in KSZE-Staaten erfolgen.

An der bisherigen Kompetenzverteilung innerhalb des EPD ändert sich auch nach Abschluss der KSZE nichts. Zur besseren Übersicht bitten wir Sie jedoch, von allen Briefen, die nicht im Original an die Politische Abteilung I oder an das Politische Sekretariat gerichtet sind, sondern an andere von der Sache her kompetente Dienste des EPD, den beiden genannten Diensten eine Kopie zuzustellen, sofern der Gegenstand direkt oder indirekt die KSZE-Thematik berührt.

178

dodis.ch/37717

Politischer Bericht des schweizerischen Botschafters in Peking, H. Langenbacher[1]

DIE SCHWEIZ UND CHINA

Vertraulich Peking, 24. Oktober 1975

Mysteriöses China[2]? Jedenfalls nicht, was das Verhältnis des Reichs der Mitte zu unserem Lande betrifft[3]. Chinas Haltung ist, wie sein gesamtes politisches Konzept, im Grunde genommen kristallklar. Meine Antrittsbesuche zeigten dies mit aller Deutlichkeit.

1. Die Schweiz ist «in», weil die 2. Welt und damit Westeuropa im Rahmen der weltpolitischen Strategie Chinas «in» ist. Das «chinesische Lächeln» für Europa ist eine direkte Folge des chinesisch-sowjetrussischen Konfliktes, einer Feindschaft, die China aus innen- wie aussenpolitischen Gründen nötig hat. In seiner Auseinandersetzung mit der UdSSR und, in begrenztem Umfange, auch mit der Supermacht USA[4], ist China auf die lebenswichtige «Entwicklungshilfe» der 2. Welt dringend angewiesen. Bei dieser Hilfe ist auch der *Schweiz mit ihrer fortgeschrittenen Technologie* eine angemessene Rolle zugeteilt. Unser *Qualitätsdenken* macht uns dabei sympathisch, unsere *Qualitätsarbeit* attraktiv. Dass unsere *Volkswirtschaften komplementär* sind, ist ein weiteres Plus.

2. Alle anderen «Qualifikationen», alles Lob, das man uns Schweizern in der Regel vordergründig zollt, ist aus dieser Interessen-Sicht *sekundärer Natur:*

– unsere *Neutralität* findet Anerkennung: wir sind *ohne politische Bindungen und Aspirationen*, ein unverdächtigerer Partner als andere. Hier ist allerdings

---

1. *Politischer Bericht Nr. 36:* CH-BAR#E2300-01#1977/30#65* (A.21.31).
2. *Zur Innen- und Aussenpolitik der Volksrepublik China vgl. die Notiz von A. R. Hohl vom 1. April 1975,* dodis.ch/37730.
3. *Vgl. dazu Dok. 41,* dodis.ch/37698; *Dok. 137,* dodis.ch/37700; *Dok. 153,* dodis.ch/37707 *sowie Dok. 157,* dodis.ch/37693.
4. *Vgl. dazu Dok. 8,* dodis.ch/39285, *Punkt 2 sowie den Politischen Bericht Nr. 50 von A. Natural vom 13. November 1974,* dodis.ch/40528. *Allgemein zur Rolle der Volksrepublik China in der internationalen Politik vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 89,* dodis.ch/34585.

gleich beizufügen, dass uns die Chinesen auch daran messen, was wir zu den *europäischen Einigungsbestrebungen* an das von ihnen gewünschte einige, starke Europa beitragen. Wiederholt klingt in den Gesprächen die Erwartung an, die Schweiz möge sich der Bedeutung eines geeinten Europas für ihre eigene Sicherheit bewusst sein. Dass dieses Europa mit den USA eng verbunden ist, wird von China akzeptiert «solange Amerika Eure politische Unabhängigkeit nicht einschränkt» (Vize-Aussenminister[5]).

Die Neutralität ist den Chinesen aber auch als *politisches Modell* (Südostasien!) willkommen.

– Ebenfalls willkommener Modellcharakter kommt unserer *Armee* zu: unsere militärischen Anstrengungen werden anderen Ländern als Muster der zeitgemässen Wachsamkeit «im Europa der gefährlichen Détente-Träume» angepriesen. Unsere Anstrengungen decken sich teilweise (Milizarmee-Bewaffnung der Kommunen) mit den Absichten der Chinesen.
– Garnitur ist zweifellos auch die immer wieder repetierte chinesische Genugtuung über unsere *frühzeitige Anerkennung der Volksrepublik* (1950[6]), womit wir in die Gruppe der «old friends» gehören (es gibt aber auch «very old friends» oder «very good friends», die erst später kamen).
– Ebenfalls sekundär ist eine gewisse Sympathie für *gemeinsame Eigenarten:* Schweizerischer Realismus, pragmatisches Vorgehen, Perfektionismus, die den Chinesen ebenso zu beeindrucken scheinen wie unsere Ehrlichkeit (wenn wir etwa für Beziehungen auf der ehrlichen Grundlage der Gleichheit und des beidseitigen Nutzens plädieren).

3. Wir müssen uns jedoch im klaren sein, dass diese chinesische Haltung kühl vom alten Mao-Wort bestimmt wird: *«Das Ausländische in den Dienst des Chinesischen stellen».*

Wir bleiben, aus chinesischer Sicht, ein *Teil der kapitalistischen Welt*, deren Untergang für den Chinesen nur noch eine Frage der Zeit ist und auf den sie ruhig warten können. Unseren Beziehungen sind jedenfalls klare ideologische Grenzen gesetzt, die wir, wie zu hoffen bleibt, mit Würde zur Kenntnis nehmen. (Ein chinesischer Botschafter zu einem Afrikaner: «Wir werden mit Europa Handel treiben, solange wir Europa, auch im Interesse Afrikas, brauchen. Wir werden jedoch nie Handlanger des Kapitalismus werden».)

4. Abgesehen von diesem wirtschaftlichen Nutzdenken ist die *Schweiz für China ohne grosses Interesse*[7]. Auch auf allen anderen Gebieten, etwa der kulturellen Beziehungen, sind wir für die Chinesen nur so weit interessant, als wir uns «nützlich in den Dienst der chinesischen Sache stellen» lassen.

Tatsache ist auch, dass uns die Chinesen (und dies gilt für ganz Europa) schlecht kennen und, nach chinesischer Tradition, auch gar keine besonders grossen Anstrengungen unternehmen, dieses Europa besser kennenzulernen. Es ist oft geradezu beängstigend, welche Kenntnislücken bei den führenden Chinesen über den Westen bestehen, d. h. bei den politischen Chefs, die das Schicksal der Welt in nächster Zukunft mitentscheiden werden. (Davon, wie

5. *Wang Tung.*
6. *Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950,* dodis.ch/8016.
7. *Vgl. dazu Dok. 153,* dodis.ch/37707, *bes. Anm. 4.*

auch vom oft schlecht getarnten, jahrhundertelangen Superioritätsgefühl der Chinesen soll an anderer Stelle noch die Rede sein.)

5. Und noch etwas: Wenn die Chinesen einmal eine *grundsätzliche politische Linie* festgelegt haben, wird sie *stur eingehalten*, was auch immer auf anderen Ebenen geschieht. Weder eine ausländische Regierung noch ihr Botschafter in Peking können daran, im Guten oder Bösen, viel ändern. Oder um mit einem langjährigen europäischen Botschafter in Peking zu sprechen: «Ich könnte hier jeden Blödsinn machen, unsere guten bilateralen Beziehungen würden dadurch nicht betroffen, solange China die Europa-Fahne auf Schönwetter gestellt hat.» Und zurzeit steht sie fröhlich flatternd im Ostwind. Wir haben eine gute Chance, auf dem Wege zum besseren gegenseitigen Verständnis einige entscheidende Schritte zu tun.

179

dodis.ch/38639

Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Beyrouth, A. Natural, au Département politique[1]

LE NAUFRAGE LIBANAIS

Beyrouth, 27 octobre 1975, 12 h 30

1. Situation se dégrade de jour en jour. Faibles forces d'ordre sont épuisées. Armée est toujours tenue en réserve, bien que sur certains points sa présence «passive» soit visible. Gouvernement de salut public est aussi inefficace qu'impuissant. Parlement parvient pas à siéger valablement faute de quorum. Activité économique totalement paralysée. Plusieurs usines dans banlieues ont été dynamitées ou incendiées. Zones d'insécurité et combats s'étendent et ceux-ci s'intensifient. On parvient plus à faire compte des morts[2]. Depuis deux jours on se bat à 300 m de notre chancellerie[3]. Franc-tireurs et barrages volants terrorisent les quartiers où il n'y a pas affrontements directs, rumeurs de complots, brigandage, offensive contre secteurs calmes clouent les gens chez eux. Enlèvements commencent à concerner les étrangers[4]. Un S[*uédois*], un F[*rançais*] et un D[*anois*] ont été libérés après quelques heures détention. Mais on est sans nouvelle de deux US[5] depuis quatre jours.

---

1. *Télégramme N° 179 (copie de réception), également rapport politique N° 29:* CH-BAR# E2300-01#1977/30#11* (A.21.31). *Reçu:* 27 octobre 1975, 16 h.

2. *Sur l'évolution de la situation au Liban, cf. la notice de J. Bucher du 3 novembre 1975,* dodis.ch/38669 *et le rapport politique N° 34 de A. Natural du 5 novembre 1975,* dodis.ch/38666.

3. *Sur les répercussions immédiates de la guerre civile pour l'Ambassade de Suisse à Beyrouth, cf. la notice de J. Cuendet du 17 décembre 1975,* dodis.ch/38670 *et la notice de A. Natural à A. Janner du 27 décembre 1975,* dodis.ch/38671.

4. *Sur un enlèvement concernant la Suisse, cf. la lettre de J. Cuendet à E. Thalmann du 13 octobre 1975,* dodis.ch/38675.

5. *W. R. Dykes et C. D. Gallagher.*

2. Dans ce chaos, on est surpris voir fonctionner téléphone, électricité et eau courante, pouvoir se ravitailler, trouver de l'essence. Plupart employeurs et administrations ont réussi payer leur personnel, de sorte que crise n'affame pas encore les salariés. Compagnies d'aviation maintiennent leur activité et ont concentré leurs services à aéroport. Cars escortés en convoi conduisent voyageurs d'un secteur calme de Beyrouth à aérodrome. Mais nombre vols diminue. Swissair va réduire les siens de 7 à 4 par semaine.

3. Immobilisme du Gouvernement est incroyable. S'explique sans doute par lutte sourde entre Président République et Président Conseil. Frangié, dont incapacité n'a d'égale, qu'obstination (il n'a pas prononcé un seul discours en rapport avec événements depuis début troubles) déteste Karamé, qui le lui rend bien. Frangié aimerait acculer Karamé à la démission, Karamé voudrait forcer Frangié à se retirer ou obtenir sa destitution. Mais pour cela, il lui faut appuis parmi Chrétiens et un candidat chrétien pour remplacer Frangié. Ces jeux byzantins peuvent durer des semaines pendant lesquelles destructions, incendies et massacres se multiplient. À moins que majorité silencieuse ne s'impose. Mais pour l'instant, elle n'a qu'un porte-parole, le speaker de Radio Liban, Cherif Akhaoui, qui est parvenu à improviser marche populaire groupant Chrétiens et Musulmanes et qui est la seule lueur espoir dans ambiance d'incohérence, d'anarchie et de violences absurdes.

180

dodis.ch/38699

Notice interne du Département politique[1]

RELATIONS FRANCO-SUISSES

[Berne,] 31 octobre 1975

Ci-après, quelques faits marquants des relations franco-suisses[2] durant les trois dernières années, susceptibles d'être relevés lors de la visite d'adieux de M. l'Ambassadeur Dufournier.

En avril 1972, M. P. Graber a été reçu par M. P. Schumann au Quai d'Orsay[3] (en réponse à une visite de M. Schumann à Berne[4], en septembre 1971). La révision de la Convention franco-suisse de 1949 en matière d'assurances sociales[5] qui avait été évoquée à cette occasion a été signée le 3. 7. 1975[6].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2903* (B.15.21). *Rédigée et signée par H. Cuennet.*
2. *Cf. doc. 172,* dodis.ch/38721*, note 3.*
3. *Cf. les procès-verbaux de P.-Y. Simonin du 13 avril 1972,* dodis.ch/36477 *et du 1er mai 1972,* dodis.ch/36478.
4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 91,* dodis.ch/35757.
5. Convention entre la Suisse et la France relative à l'assurance-vieillesse et survivants *du 9 juillet 1949, RO, 1950, pp. 1164–1172.*
6. Convention de sécurité sociale entre la Confédération suisse et la République française *du 3 juillet 1975, RO, 1976, pp. 2061–2085.*

L'Ambassadeur Dufournier a pris une part active à la création d'une commission mixte consultative pour les problèmes nés du voisinage entre le canton de Genève et les Départements de l'Ain et de la Haute-Savoie (entrée en vigueur le 12. 7. 1973 par échange de lettres[7]).

Durant les années 1973–1975, plusieurs accords sont entrés en vigueur entre la France et la Suisse, notamment en ce qui concerne;

– la création de bureaux de douane à contrôles nationaux juxtaposés[8];
– la création d'un plan quinquennal commun pour l'examen des eaux du lac Léman[9];
– la rectification de la frontière entre le canton de Genève et le Département de Haute-Savoie[10].

En 1974 a également été signé un traité sur la protection des indications de provenance, des appellations d'origine et d'autres dénominations géographiques[11].

On peut également relever qu'avec plus de 90'000 membres – $^{2}/_{3}$ DN – la communauté suisse en France demeure la plus importante que nous ayons (environ $^{1}/_{3}$ des Suisses établis dans le monde).

---

7. Échange de lettres concernant la création d'une commission mixte consultative pour les problèmes nés du voisinage entre le Canton de Genève et les Départements de l'Ain et de la Haute-Savoie *du 12 juillet 1973,* CH-BAR K1(-) 1000/1414 vol. 369 (2545/3). *Cf. aussi la lettre de E. Mäder à E. Diez du 31 octobre 1973,* dodis.ch/38713; *la notice de G. Riva à E. Diez du 5 novembre 1973,* dodis.ch/38714 *et la lettre de J.-P. Bonny à E. Diez du 7 août 1974,* dodis.ch/38715.

8. *Cf. p. ex. le PVCF N° 1316 du 28 août 1974,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#809*.

9. *Cf. le PVCF N° 472A du 15 mars 1971,* dodis.ch/36517.

10. *Cf. la notice de G. Riva à E. Diez du 30 octobre 1973,* dodis.ch/38737; *la notice de E. Diez à P. Graber du 30 septembre 1974*, dodis.ch/38736 *et le PVCF N° 2076 du 20 décembre 1974,* dodis.ch/38738.

11. Traité entre la Confédération suisse et la République française sur la protection des indications de provenance, des appellations d'origine et d'autres dénominations géographiques *du 14 mai 1974, RO, 1975, pp. 1659–1692. Cf. aussi le PVCF N° 1616 du 16 octobre 1974*, dodis.ch/39336.

181

dodis.ch/38920

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

PENDENTE HUMANITÄRE FÄLLE MIT DER DDR:
VORLADUNG VON BOTSCHAFTER G. ULLRICH VOM 3. NOVEMBER 1975[2]

Bern, 3. November 1975

In unseren Beziehungen zur DDR stellen ungelöste Fälle auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden menschlichen Belange seit längerer Zeit ein Problem dar, das uns wenig befriedigt[3]. Trotz ständiger Bemühungen unsererseits haben nämlich die zuständigen DDR-Behörden einer ganzen Reihe von hängigen Gesuchen nicht stattgegeben, welche die Übersiedlung von Schweizer Familien in ihre Heimat sowie die Heirat zwischen Angehörigen der beiden Staaten, verbunden mit der Ausreise aus der DDR, bezwecken[4]. Anlässlich Ihrer Begegnung in Helsinki mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, brachten Sie diesen Problemkreis ebenfalls zur Sprache[5]. Die von Ihnen überreichte Liste[6] der hängigen Fälle nahm Honecker mit der Bemerkung entgegen, er werde sich persönlich dafür einsetzen, dass diese in positivem Geiste geprüft werden. Die Antwort darauf, welche unserem Botschafter[7] in der DDR hätte übermittelt werden sollen, ist bis jetzt ausgeblieben. Ebenso die Lösung von 4 konkreten Heirats- beziehungsw.[8] Familienzusammenführungsfällen, die Botschafter Miesch bereits Ende Mai 1975 in Aussicht gestellt wurde[9].

Die[10] Haltung der DDR hat dazu geführt, dass sich bei uns Presse, Parlament und Öffentlichkeit in vermehrtem Masse mit diesen menschlichen Problemen befassen, was nicht ohne Auswirkungen auf die allgemeinen bilateralen Beziehungen bleiben könnte.

Besonders befremdlich[11] wirkt die Angelegenheit des Schweizer Staatsangehörigen Wolfgang Brügger, der sich 1969 mit der DDR-Bürgerin Sigrid

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4715* (B.35.51.20). *Verfasst von K. O. Wyss und unterzeichnet von Ch. Müller.*
2. *Zum Gespräch zwischen P. Graber und G. Ullrich vgl. die Notiz von Ch. Müller vom 5. November 1975,* dodis.ch/38921.
3. *Vgl. dazu Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 4.*
4. *Zur allgemeinen Situation in der DDR vgl. das Schreiben von H. Miesch an L. Bischoff vom 16. Mai 1973,* dodis.ch/39341; *das Schreiben von H. Miesch an P. Erni vom 1. Juli 1974,* dodis.ch/39268; *den Politischen Bericht Nr. 6 von H. Miesch an P. Graber vom 14. Oktober 1974,* dodis.ch/39267 *sowie das Schreiben von H. Kaufmann an R. Keller vom 4. April 1975,* dodis.ch/39345.
5. *Vgl. dazu Dok. 160,* dodis.ch/38322.
6. *Vgl. dazu Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Anm. 11.*
7. *H. Miesch.*
8. *Handschriftliche Ergänzung von C. Caratsch aus:* bzw.
9. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Miesch an E. Thalmann vom 3. Juni 1975, Doss. wie Anm. 1.*
10. *Handschriftliche Streichung von C. Caratsch:* unkonziliante.
11. *Handschriftliche Korrektur von C. Caratsch aus:* stossend.

Rahmlow verlobte, seither jedoch vergeblich um die Ausreise seiner Braut, die ihm 1971 einen Sohn gebar, kämpft. Dieser Fall wurde letztes Jahr vom «Beobachter» in einem an Sie gerichteten Offenen Brief[12] aufgegriffen. Kaum minder befremdlich ist der Fall Otto Züllig/Evelyne Nath, wo die Heirat zwar im März dieses Jahres in der DDR stattfinden konnte, die Ausreise der Gattin samt ihrer Tochter aus erster Ehe indessen immer wieder hinausgezögert wird. «Blick» interessiert sich für diesen Fall[13]. In den Heiratsangelegenheiten Norbert Maurer/Sigrid Ollrog, Christian Nauser/Brigitte Niesse sowie Richard Weber/Ute Baumann, gehen die Bemühungen je um Ehe und Ausreise der Braut bis auf das Jahr 1972 zurück, wobei das zuletzt genannte Paar wegen eines 1973 geborenen Kindes besonders hart getroffen ist.

Diese festgefahrene Situation auf dem Gebiete der menschlichen Kontakte ist umso bedauerlicher, als eine wichtige Neuerung, die wir der KSZE[14] zu verdanken haben, nun gerade darin besteht, dass sie die Achtung der Menschenrechte – und somit auch der menschlichen Freizügigkeit – auf die Ebene der zehn Prinzipien erhoben hat, welche die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten bestimmen sollen. Die Respektierung der Menschenrechte hat ferner ihren besonderen Ausdruck im Korb III erhalten. Dort werden die Familienzusammenführung und die Eheschliessung zwischen Bürgern verschiedener Staaten ausdrücklich erwähnt und die Teilnehmerstaaten aufgefordert, diesbezügliche Gesuche «in positivem und humanitärem Geist»[15] zu behandeln.

Im Zusammenhang mit der Lösung humanitärer Fälle ist die DDR auf verschiedenen Wegen mit dem Ansinnen an uns herangetreten, die Erledigung einer Anzahl Fälle von Familienzusammenführungen und Ausreisebewilligungen zum Zweck der Heirat mit der vorzeitigen Ausschaffung von in der Schweiz inhaftierten Ostspionen abhängig zu machen[16]. Es wäre wünschbar, Botschafter Ullrich mit allem Nachdruck zu verstehen zu geben, dass ein solcher Austausch, in welcher Form auch immer, für uns weder jetzt noch später in Frage kommt, weil er gegen unser Rechtsempfinden verstösst[17].

---

12. *Offener Brief des Schweizerischen Beobachters an P. Graber vom 25. Oktober 1974, abgedruckt in* Der Schweizerische Beobachter *vom 31. Oktober 1974, S. 11. Vgl. auch das Schreiben von P. Graber an den Schweizerischen Beobachter vom 18. November 1974,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5158* (B.35.51.2). *Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 1706 vom 15. September 1975,* dodis.ch/38922.

13. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4714* (B.35.51.2).

14. *Zur Vorbereitungskonferenz (und zur ersten Phase) der KSZE in Helsinki vgl. Dok. 32,* dodis.ch/38816 *und zu den Verhandlungen der KSZE während der zweiten Phase in Genf vgl. Dok. 57,* dodis.ch/38848 *und Dok. 89,* dodis.ch/38858.

15. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, *BBl, 1975, II, S. 924–1006, hier S. 975. Vgl. dazu Dok. 177,* dodis.ch/38875.

16. *Vgl. dazu die Notiz von K. O. Wyss vom 30. September 1975,* dodis.ch/39004 *sowie die Notiz von Ch. Müller vom 20. Oktober 1975,* dodis.ch/39409.

17. *Zum weiteren Verlauf dieser Angelegenheit vgl. das Schreiben von H. Miesch an E. Thalmann vom 28. November 1975,* dodis.ch/39410 *sowie das Schreiben von E. Honecker an P. Graber vom 5. Dezember 1975,* dodis.ch/39414.

182

dodis.ch/38602

Notice pour le Directeur de la Division du commerce du Département de l'économie publique, P. R. Jolles, et pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, R. Probst[1]

TOKYO ROUND[2] – ÉTAT DE SITUATION;
MISE AU POINT DE STRUCTURES INTERNES DE TRAVAIL

[Berne,] 3 novembre 1975

L'état de situation

Les négociations progressent à un rythme lent. Néanmoins le *stade de la mise en question des politiques et pratiques* commerciales des différentes Parties Contractantes a *été atteint* dans tous les domaines – tarifs, ntb, agriculture – à l'exception de celui des produits tropicaux, qui est plus avancé.

Concrètement cela signifie

- que notre *politique agricole* – notamment dans les secteurs céréales (y compris céréales fourragères), produits laitiers, viande – et donc tout naturellement notre *protocole d'accession au GATT* sont soumis à un travail de sape;
- que *nos accords de libre-échange* (AELE[3] et CEE-CH[4]) sont exploités – essentiellement par nos partenaires industrialisés non européens – pour tenter d'affaiblir dès le départ notre position dans une négociation fondée en principe sur la clause de la nation la plus favorisée;
- que ceux des éléments de notre politique commerciale qui sont considérés par les *pays en développement* comme restrictifs – c'est-à-dire toutes les concessions que nous n'avons pu faire dans le système généralisé de préférences[5] – font l'objet de demandes concrètes (droits de douane sur le cacao brut, sur les bananes, sur les ananas; systèmes d'importation en vigueur pour les graisses et huiles, les fleurs, le miel etc.).

Parallèlement à cette phase de la négociation où chacun s'efforce de tester les réactions de ses partenaires quant aux mesures qui font obstacle à l'extension du libre-échange, *la discussion s'est engagée sur les règles régissant la concurrence en matière de commerce international*: clauses de sauvegarde; subventions et droits compensateurs; dumping etc. Enfin, une guerre de positions s'est engagée

---

1. *Notice:* CH-AfZ NL Paul R. Jolles 851 (7.3.3.1). *Rédigée et signée par A. Dunkel.*
2. *Sur le «Tokyo-Round» cf. doc. 114,* dodis.ch/38593, *note 5.*
3. *Sur l'accord de Stockholm, cf. DDS, vol. 21, doc. 47,* dodis.ch/15943 *et doc. 58,* dodis.ch/15944, *en particulier note 3. Sur les relations entre la Suisse et l'AELE, cf. doc. 105,* dodis.ch/39407.
4. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3 et DDS, vol. 26, doc. 145,* dodis.ch/39510. *Sur les relations entre la Suisse et les Communautés européennes, cf. doc. 173,* dodis.ch/39512.
5. *Sur les préférences douanières en faveur des pays en voie de développement, cf. DDS, vol. 25, doc. 42,* dodis.ch/35252, *en particulier note 6; la notice de J. Zwahlen du 21 août 1973,* dodis.ch/38603; *la lettre de J. F. Gugelmann au Vorort du 18 septembre 1973,* dodis.ch/38605 *et la notice de K. Jacobi à E. Brugger du 1er octobre 1973,* dodis.ch/38606.

sur le plan de *l'information:* bulletin de presse des États-Unis auquel répond un bulletin de presse de la CEE; exposés multiples des hauts Fonctionnaires américains; communiqués de presse de la Communauté … etc.

Ce tableau brossé à grands traits ne serait pas complet s'il n'était encore fait référence au *carrousel des rencontres entre chefs négociateurs* de la CEE, du Japon, des États-Unis, du Canada entre eux et avec le Directeur général[6] du GATT ainsi qu'aux informations selon lesquelles le Tokyo Round serait également l'un des thèmes de la Conférence au Sommet[7].

Mesures à prendre sur le plan Suisse

Afin d'être en mesure *de notre côté* de participer à cette phase de la négociation, nous avons *en collaboration avec le Vorort et la Division de l'agriculture instruit sur une base ad hoc un premier dossier de revendications* à adresser à nos partenaires industrialisés et en développement[8]. Ce dossier porte en l'état actuel sur les tarifs et les ntb – principalement les restrictions quantitatives.

Le fait que les *moyens d'information* les plus divers sont *utilisés intensément* par les principaux partenaires à la négociation s'ajoutant aux *enquêtes de tous ordres conduites dans l'économie* par l'Administration américaine et par la CEE en vue de fourbir leurs armes de négociation *n'est pas resté sans effet sur les milieux de l'économie suisse*.

Ainsi, si du côté du Vorort, l'on craignait jusqu'ici de «trop en demander» à ces milieux lorsque nous souhaitions instruire nos «dossiers d'accusation», aujourd'hui l'on nous fait part du souci de ces milieux – influencés par ce qui se passe chez leurs partenaires aux USA et dans la CEE – d'être mieux mis dans le coup. Cette évolution intervient au moment même où de notre côté, nous croyons qu'il y aurait un intérêt réel à engager le dialogue Administration – économie afin de «tester» nos positions sur des questions matérielles mais aussi sur des questions de principe.

Afin de répondre à ces préoccupations convergentes, j'aimerais soumettre à votre examen les suggestions suivantes:

– *Création* sous la présidence de la Division du commerce *d'un groupe de travail Tokyo-Round*[9] *dont seraient membres les principaux milieux intéressés de l'économie et de l'administration à savoir:*
  – *Administration:* Section importation et exportation; Douanes; Administration fédérale des finances; Division de l'agriculture; Régie des alcools;
  – *Économie:* Vorort; Union suisse des paysans;

Ce groupe de travail aurait la faculté:

---

6. *O. Long.*

7. *Annotation dans le texte original*: Deux membres du cabinet de Giscard d'Estaing seraient spécialement chargés d'étudier en prévision de cette conférence le dossier français en matière de commerce international dans une perspective Est-Ouest et Nord/Sud…

8. *Cf. la notice de H. Buchmann à la Délégation économique permanente du 17 décembre 1975,* CH-BAR#E7220A#1984/25#94* (106.0). *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E2210.8-02B#1991/187#237* (31.08).

9. *Cf. e doss.* CH-BAR#E7110#1987/20#240* (787.3.1).

  - de créer des *sous-groupes spécialisés* dans l'examen de certaines questions. Ces sous-groupes comprendraient selon les sujets des représentants d'autres milieux de l'économie ou d'autres secteurs de l'administration; par exemple: Veterinäramt pour les problèmes phyto-sanitaires; Normen-Vereinigung pour les questions de normes et
  - de faire appel à d'autres milieux de l'administration et de l'économie: par exemple: Régie des blés; Union suisse des arts et métiers.
- *Revitalisation* – pour examiner les requêtes des pays en voie de développement au titre des *produits tropicaux* – délai convenu au GATT pour la présentation d'offres par les pays industrialisés le 1er mars – du *Groupe sur les préférences* (cela bien que nos offres éventuelles ne doivent pas nécessairement prendre la forme d'une extension du champ couvert et de la durée des préférences).
- *Décision* – le cas échéant par le Conseil fédéral – quant à la *manière dont les intérêts de la Suisse seront définis* et *représentés* dans le domaine des *céréales*. Une telle décision me paraît importante non seulement en raison du départ de M. le Directeur Keller à la fin de l'année, mais aussi par le fait que la négociation sur les céréales s'inscrit dans un contexte économique et politique particulièrement complexe depuis que les États-Unis ont créé un lien entre leur politique d'aide alimentaire (y compris la charge du stockage) et les problèmes de l'énergie et que par ailleurs les États-Unis et la CEE ont choisi le terrain des céréales pour se battre sur la question du libre-échange agricole par opposition à l'organisation des marchés.

Il me paraîtrait souhaitable d'avoir – à brève échéance – un entretien avec vous pour examiner les points évoqués dans cette note[10].

---

10. *Annotation manuscrite dans la marge de P. R. Jolles:* 1976. Keine Ergebnisse zu erwarten wegen Rezession & negativer Haltung der US Wirtschaft in den Hearings. Aber «contours de solution» könnte sich abzuzeichnen beginnen. Kleine Schritte & Präzedenzfälle werden neue Regeln & Ordnungsprinzipien einleiten. *Pour la suite de ces discussions, cf. la notice de A. Dunkel* Les négociations commerciales multilatérales du GATT (Tokyo-Round) *du 17 décembre 1975,* CH-BAR#E2005A#1991/16#5688* (t.713-01).

183

dodis.ch/40605

Notiz des stv. Direktors der Politischen Abteilung II des Politischen Departements, H. Kaufmann[1]

ERLÄUTERUNGEN ZUR ANTWORT[2] DER POLITISCHEN ABTEILUNG II AN SWISS OBSERVER, NEW YORK, BETR. RHODESIEN-SANKTIONEN VOM 31. 10. 1975

Bern, 7. November 1975

Die besagter Antwort zugrunde liegenden Überlegungen waren die folgenden:

I. Die von den UN gestellte Frage lautete:

Warum haben die schweizerischen Importe und Exporte zu Rhodesien in den ersten 3 Monaten 1975 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr zugenommen?

In der betreffenden Note[3] der UN hiess es dazu «Le Comité a jugé que la question était particulièrement grave».

II. Wir legen bekanntlich über unsere Importe aus Rhodesien jährlich, nicht vierteljährlich, Rechenschaft ab, und über die Ausfuhren gar nicht. Dies nicht aus einer Laune heraus, sondern mit Rücksicht auf innerstaatliche Rechtsverhältnisse. Wenn die UN im vorliegenden Fall den Drohfinger erheben, bezwecken sie damit, den von uns innegehaltenen Spielraum auf kaltem Wege zu schmälern. Wir können hiezu nicht Hand bieten, nicht nur wegen der innerstaatlichen Rechtssituation, sondern auch mit Rücksicht auf die wirtschaftlich-innenpolitische Lage. Als vor einigen Wochen die Frage der ERG-Deckung für Lieferungen der BBC nach Südafrika zu klären war[4], wollte sich bekanntlich der Departementsvorsteher[5] selbst nicht mehr bloss auf prinzipielle Argumente verlassen, sondern bat, in der Industrie Zeugen namhaft zu machen, die negative Auswirkungen auf Schwarzafrika bestätigen sollten; wie erinnerlich, war niemand bereit, dies zu tun. Wir müssen ausserordentlich aufpassen, uns in unserer Haltung bezüglich Rhodesien (oder Südafrika) nicht allzu weit von der innenpolitischen Realität zu entfernen, da wir sonst letzten Endes gerade den Gegnern eines UN-Beitrittes in die Hände arbeiten.

III. Die UN kennen unser autonomes Regime betr. Rhodesien-Sanktionen[6] genau, und der vorliegende Versuch ist eindeutig eine Übermarchung bzw. eine

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4765* (C.23.20.(1)).
2. *Notiz von H. Kaufmann an S. Marcuard vom 31. Oktober 1975, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Note von K. Waldheim an S. Marcuard vom 28. Juli 1975, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu Dok. 162,* dodis.ch/38916.
5. *P. Graber.*
6. *Zur Problematik des Handelsverkehrs zwischen der Schweiz und Rhodesien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 120,* dodis.ch/31085*; Dok. 138,* dodis.ch/31090 *und Dok. 154,* dodis.ch/31951*; DDS, Bd. 25, Dok. 9,* dodis.ch/35688; *DDS, Bd. 26, Dok. 17,* dodis.ch/38892, *Punkt 1; die Notiz von F. Muheim an R. Keller vom 28. Februar 1974,* dodis.ch/40621; *die Notiz von C. Huguenin vom*

Anmassung. Schon so gesehen ist eine Antwort angezeigt, die unser Befremden zum Ausdruck bringt. Wenn wir, im weitern, bei jedem Räuspern der UN zusammenzucken und beflissen nach Erläuterungen und Entschuldigungen suchen, stilisieren wir in den Augen der schweizerischen Öffentlichkeit diese UN um zu einer Art fremden Richters, dem wir Rechenschaft schuldig sind und der sich in schweizerische Belange einmischt. Dies nährt den unterschwelligen Widerstand in der Bevölkerung gegen den UN-Beitritt. Es scheint psychologisch geschickter, gelegentlich zu manifestieren, dass die Schweiz, trotz prinzipieller Parallelität der Interessen zu den UN, doch ihr gegenüber selbständig ist und ungerechtfertigte Einmischungen zurückweist. Der vorliegende Fall, wo die UN eindeutig übermarchen, eignet sich für eine solche «psychologische Demonstration» besonders gut[7].

IV. Wohl werden die schweizerischen Antworten publiziert und sämtlichen Regierungen übermittelt. Sie gelangen aber nicht brühwarm und quasi rot unterstrichen auf den Tisch des Aussenministers, sondern landen zunächst im Büro des Sachbearbeiters für Rhodesien-Sanktionen. Dort werden sie erst hervorgeholt, wenn es darum geht, irgendeinen Angriff auf die Schweiz zu montieren; dabei geht es dann aber nicht primär um die Sanktionen, sondern gegen die Schweiz, und neben den Rhodesien-Sanktionen stehen die Argumente der Banken, der Waffenexporte, der «Interessengemeinschaft mit dem imperialistischen Monopol-Kapitalismus», etc. etc. M.a.W.: Wohlverhalten in den Rhodesien-Sanktionen schützt uns nicht davor, dass man uns in regelmässigen Abständen ans Schienbein tritt.

Auf Grund dieser Erwägungen glaubt die Politische Abteilung II, der in Frage stehende Antworttext sei in Inhalt und Ton gerechtfertigt[8].

---

6. Mai 1974, dodis.ch/40623; *die Notiz von H. Strauch an R. Keller vom 5. Juni 1974,* dodis.ch/40624; *die Notiz von J. Staehelin vom 27. Juni 1974,* dodis.ch/40626 *sowie das Protokoll von J. Kellenberger vom 9. September 1974,* dodis.ch/39326.

7. *Zum Stand der Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 12,* dodis.ch/40106; *das Protokoll des Politischen Departements der Botschafterkonferenz vom 29.–31. August 1973,* dodis.ch/35117, *S. 72–76 sowie das BR-Prot. Nr. 1586 vom 3. September 1975,* dodis.ch/40155. *Zur Haltung der schweizerischen Bevölkerung zur UNO vgl. die Notiz von H. Strauch an P. Gottret vom 9. April 1973,* dodis.ch/40084; *die Notiz von R. Dumoulin vom August 1973,* dodis.ch/40131 *und die Notiz von R. Keller an P. Graber vom 8. August 1974,* dodis.ch/40141.

8. *Zur Haltung der Direktion für internationale Organisationen des Politischen Departements vgl. die Notiz von R. Keller an die Politische Abteilung II des Politischen Departements vom 21. November 1975,* dodis.ch/40809. *Für die Antwort an die UNO vgl. die Note von S. Marcuard an K. Waldheim vom 20. November 1975,* CH-BAR#E2210.5#1993/30#38* (370.1).

184

dodis.ch/40609

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an den schweizerischen Botschafter in Köln, M. Gelzer[1]

Streng vertraulich Bern, 11. November 1975

Ich bitte Sie, wenn möglich persönlich, das beiliegende Schreiben[2] von Herrn Bundesrat Brugger Herrn Bundesminister Friderichs zu übergeben, noch diese Woche.

Die deutsche Regierung kennt unsere Kandidatur[3] für die Nord-Süd-Konferenz. Sie hatte uns jedoch gebeten, mit Österreich, das nachträglich ebenfalls sein Interesse angemeldet hat, eine Vereinbarung über die Vertretung der zentraleuropäischen Kleinstaaten zu treffen[4].

Zu Ihrer persönlichen Orientierung: Diese Absprache schien auf gutem Wege zu sein, indem das österreichische Aussenministerium anerkannte, dass die schweizerische wirtschaftliche Interessenlage in diesem Zusammenhang gewichtiger sei als die österreichische. Österreich verlangte jedoch Zusicherungen über eine besonders enge Konsultation, damit die schweizerische Delegation auch die österreichischen Gesichtspunkte an der Konferenz berücksichtigen und gegebenenfalls zum Ausdruck bringen werde. Wir waren und sind bereit, eine derartige Vereinbarung zu treffen, die bis zur Aufnahme eines österreichischen Beamten in die schweizerische Delegation oder jedenfalls den Beizug eines österreichischen Vertreters zu den internen Vorbesprechungen der schweizerischen Delegation reichen könnte[5].

Vor einigen Tagen hat sich nun aber die österreichische Haltung geändert. Wir vermuten, dass Bundeskanzler Kreisky persönlich ein Interesse an dieser Konferenz hat, um für seine Idee eines neuen Marshallplanes zugunsten der Entwicklungsländer eine möglichst gute Plattform zu finden. Obschon sowohl die USA wie Japan eindeutig die schweizerische Kandidatur zu unterstützen scheinen, möchten wir angesichts des zu erwartenden erneuten österreichischen Vorstosses nicht untätig bleiben. Da Kreisky jedoch, falls sich unsere Vermutung bestätigen sollte, auf höchstem politischem Niveau vorgehen würde, müssen auch wir die uns bekannten politischen Persön-

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E7113A#1988/216#167* (757.3.06).
2. *Schreiben von E. Brugger an H. Friderichs vom 11. November 1975,* dodis.ch/40727.
3. *Zur Kandidatur der Schweiz für die Teilnahme an der Konferenz für internationale Wirtschaftszusammenarbeit vgl. das Telegramm von P. Languetin an diverse schweizerische Vertretungen vom 4. August 1975,* dodis.ch/40761; *die Notiz von Ph. Lévy vom 3. Oktober 1975,* dodis.ch/40723 *sowie das Telegramm von Ph. Lévy an diverse schweizerische Vertretungen vom 8. September 1975,* CH-BAR#E7113A#1988/216#166* (757.3.06).
4. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles vom 5. September 1975, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Zu den Absprachen über die schweizerisch-österreichische Zusammenarbeit vgl. die Notiz von J.-P. Zehnder vom 9. September 1975,* dodis.ch/39745; *die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin vom 20. Oktober 1975,* dodis.ch/40570 *sowie die Notiz von Ph. Lévy an P. R. Jolles und P. Languetin vom 30. Oktober 1975,* dodis.ch/40725.

lichkeiten direkt ansprechen[6]. Dies ist der Grund für den beiliegenden Brief unseres Departementschefs an Herrn Minister Friderichs.

Sollte Minister Friderichs von sich aus auf die Frage Österreichs zu sprechen kommen, könnten Sie ihm bestätigen dass die Schweiz zu jeder wie immer gearteten engen Zusammenarbeit mit Österreich bereit wäre. Da die Schweiz jedoch, im Gegensatz zu Österreich, weder in den Vereinten Nationen noch in den Institutionen von Bretton Woods Sitz und Stimme besitzt, legt sie besonderen Wert darauf, an der Dialog-Konferenz zum Zuge zu kommen. Wir haben uns denn auch in den Sachfragen systematisch auf diese Konferenz vorbereitet und glauben heute über eine ausreichende personelle Infrastruktur zur Beschickung der Kommissionen an die Konferenz[7] zu verfügen (dies dürfte für Österreich kaum der Fall sein).

---

6. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Languetin an diverse schweizerische Vertretungen vom 14. November 1975,* dodis.ch/40370.

7. *Zur Teilnahme der Schweiz am Ministertreffen der Konferenz für internationale Wirtschaftszusammenarbeit in Paris vom 16.–19. Dezember 1975 vgl. die Erklärung von P. Graber vom 16. Dezember 1975,* dodis.ch/40731; *die Notiz der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 23. Dezember 1975,* dodis.ch/40732 *sowie den Bericht von Ph. Lévy und W. Rossier vom 29. Dezember 1975,* dodis.ch/40733.

185

dodis.ch/40610

Notiz für den Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, J. Zwahlen[1]

Bern, 12. November 1975

Rohstoffe und Aussenpolitik

1. Nach meiner Teilnahme an der 3. Sitzung der hochrangigen OECD-Rohstoffgruppe[2] möchte ich im folgenden einige Gedanken über die Bedeutung der aktuellen Rohstoff-Fragen für die Aussenpolitik wiedergeben.

2. Es ist auffallend, dass heute sowohl die Entwicklungsländer als auch die Industrieländer die Lösung von Rohstoffproblemen als prioritär betrachten. Für die Industrieländer ist angesichts der Knappheit die Versorgung in den Vordergrund gerückt, während die Entwicklungsländer im Rahmen von internationalen Abmachungen sich einen Ressourcentransfer erhoffen[3]. Gegenwärtig wird in verschiedenen Gremien (UNCTAD, FAO, Konferenz über die internationale Wirtschaftszusammenarbeit[4]) über neue Wege im Bereich der Rohstoffe debattiert.

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#861* (C.22.50). *Verfasst und unterzeichnet von G. Kündig.*

2. *Vgl. dazu die Notiz G. Kündig vom 11. November 1975,* dodis.ch/40884.

3. *Vgl. dazu die Notiz von J.-D. Gerber vom 27. August 1975,* dodis.ch/40885. *Zur Ölkrise vgl. Dok. 49,* dodis.ch/39686, *Anm. 4.*

4. *Vgl. dazu Dok. 184,* dodis.ch/40609.

3. Angesichts dieser Verhandlungsaktivitäten wird auch die Haltung der einzelnen Länder in diesen Fragen wichtig. Es zeigt sich, dass bereits innerhalb der OECD deutliche Nuancen in den Auffassungen bestehen, welche die aussenpolitische Haltung der einzelnen Länder reflektieren. Politisch weit wichtiger werden aber unsere Stellungnahmen gegenüber den Entwicklungsländern in der UNCTAD und in der FAO sein. Auch die schweizerische Haltung gewinnt demnach entsprechend an Bedeutung.

4. Man muss sich deshalb auch bei uns Gedanken über die einzuschlagende Linie machen, die man in den kommenden Verhandlungen verfolgen will. Wie bisher wird die Handelsabteilung in diesem Bereich federführend sein. Diese Arbeitszuweisung ist von der Sache her gegeben. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass die Rohstoff-Fragen eine neue aussenpolitische Dimension erhalten haben.

5. Das für die Aussenpolitik zuständige Departement wird regelmässig vor wichtigen Entscheiden in bilateralen Wirtschaftsfragen konsultiert. Diese Prozedur hat sich gut eingespielt. Hingegen scheint die Konsultation in Angelegenheiten, die erst vor kurzem aussenpolitische Relevanz erhalten haben, noch eher schleppend.

6. Die Teilnahme unseres Departementes in Ausschüssen wie die Rohstoffgruppe ist sicher begrüssenswert. Die Entscheidungen über die schweizerische Haltung werden jedoch in einer früheren Phase gefällt, an der wir nicht beteiligt sind. Es stellt sich deshalb die Frage, ob wir nicht bereits in diesem entscheidenden Meinungsbildungsprozess angemessen assoziiert werden könnten. Selbstverständlich müssten wir auch ausreichend dokumentiert und vorbereitet sein.

7. Diese Frage ist insbesondere auch wichtig für die Vorbereitung des Rohstoffteiles der UNCTAD IV[5]. Was entwicklungspolitische Interessen anbelangt, ist unser Departement bereits u. a. durch die TZ vertreten.

8. Um aussenpolitische Betrachtungen rechtzeitig in den neuen Rohstoffdialog einfliessen lassen zu können, müssten entsprechende Vorkehren wohl möglichst bald getroffen werden.

---

5. *Vgl. dazu die Notiz von G. Kündig an J. Zwahlen vom 20. November 1975,* dodis.ch/40886 *und die Notiz von E. Röthlisberger vom 28. Januar 1976,* dodis.ch/40887.

186

dodis.ch/39242

Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat[1]

ÄNDERUNG UND ERGÄNZUNG DES ABKOMMENS ÜBER SOZIALE SICHERHEIT ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND LUXEMBURG VOM 3. 6. 1967[2]

Bern, 12. November 1975

Das Politische Departement hat gegen die Verhandlungen mit Luxemburg[3] zwecks Abschluss eines Zusatzabkommens[4] an sich nichts einzuwenden.

Hingegen sieht es sich veranlasst, die Frage nach der Prioritätsordnung im Verhandlungskalender auf dem Gebiet der Sozialversicherung aufzuwerfen. Es fällt auf, dass das luxemburgische Arbeits- und Sozialministerium erst Mitte Oktober dieses Jahres Verhandlungen über ein Zusatzabkommen vorgeschlagen hat und dass diese schon am 11. dieses Monats begonnen haben. Demgegenüber insistieren die Schweizer in den skandinavischen Ländern[5] (die ein Vielfaches an Zahl gegenüber den Auslandschweizern in Luxemburg ausmachen), die dortigen schweizerischen Vertretungen sowie das Politische Departement seit mehr als zwanzig Jahren auf Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens mit Norwegen[6] und Finnland[7] und auf Revision der mit Dänemark und Schweden bestehenden Abkommen, die auch schon aus dem Jahre 1954[8] stammen.

Nach Ansicht des Politischen Departements sollte deshalb alles unternommen werden, um unsere Beziehungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit diesen Staaten so bald als möglich auf den neuesten Stand zu bringen und sich nicht durch allfällige Begehren anderer Länder um Änderung bestehender Vereinbarungen in eher untergeordneten Punkten abhalten zu lassen. So

---

1. *Mitbericht:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#825*.
2. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Grossherzogtum Luxemburg über Soziale Sicherheit *vom 3. Juni 1967, AS, 1969, S. 411–425. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 171,* dodis.ch/31661.
3. *Vgl. dazu die Notiz von M. Leippert vom 31. Oktober 1975,* dodis.ch/38765.
4. Zusatzabkommen zum Abkommen vom 3. Juni 1967 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Grossherzogtum Luxemburg über Soziale Sicherheit *vom 26. März 1976, AS, 1977, S. 2094–2298.*
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 100,* dodis.ch/35581, *bes. Anm. 4 sowie das Schreiben von A. von Sprecher an das Bundesamt für Sozialversicherungen des Departement des Innern vom 10. Januar 1975,* dodis.ch/39241.
6. *Zur Aufnahme von Verhandlungen mit Norwegen vgl. das BR-Prot. Nr. 855 vom 23. Mai 1975,* dodis.ch/38773.
7. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Wolf an S. F. Campiche vom 16. Februar 1973,* dodis.ch/38770.
8. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über Sozialversicherung *vom 21. März 1954, AS, 1954, S. 283–294 und* Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Schweden über Sozialversicherung *vom 17. Dezember 1954, AS, 1955, S.758–768. Zu Dänemark vgl. ferner die Notiz von C. Motta an H. Hürlimann vom 13. Mai 1975,* dodis.ch/40525.

ist soeben die österreichische Botschaft in einer Note[9] mit der Bitte an das Politische Departement herangetreten, ein zweites Zusatzabkommen[10] zum bestehenden schweizerisch-österreichischen Abkommen aus dem Jahre 1967[11] abzuschliessen; dabei sind seit dem Inkrafttreten des ersten Zusatzabkommens vom 17. Mai 1973[12] noch keine anderthalb Jahre vergangen. Es drängt sich die Frage auf, ob die neuerlichen Verhandlungsgegenstände nicht im ersten Zusatzabkommen hätten geregelt werden können, um die Belastung namentlich des Parlamentes mit derartigen Vereinbarungen vorwiegend technischen Charakters auf ein Minimum zu beschränken. Auch ist zu bedenken, dass ein solches Entgegenkommen gegenüber einem Land unweigerlich andere Staaten, mit denen die Schweiz auch schon ein erstes Zusatzabkommen abgeschlossen hat, auf den Plan ruft.

Aus diesen Gründen beehrt sich das Politische Departement, dem Bundesrat zu *beantragen:*

1. Dem Antrag des Departements des Innern auf Aufnahme von Verhandlungen über Soziale Sicherheit mit Luxemburg wird – im Sinne der Erwägungen – zugestimmt;

2. Das Departement des Innern wird eingeladen, auf dem Gebiet der Verhandlungen mit andern Staaten zwecks Abschluss von Sozialversicherungsabkommen eine Prioritätsordnung im Einvernehmen mit dem Politischen Departement aufzustellen, wobei den Verhandlungen mit den skandinavischen Ländern Vorrang zukommt[13].

---

9. *Note der österreichischen Botschaft in Bern vom 30. Oktober 1975,* CH-BAR#E2001E-01# 1987/78#1863* (B.31.31.0.1). *Zu Österreich vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 805 vom 16. Mai 1973,* dodis.ch/40542 *sowie das BR-Prot. Nr. 2370 vom 15. Dezember 1975,* dodis.ch/38772.

10. Zweites Zusatzabkommen zum Abkommen vom 15. November 1967 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit *vom 30. November 1977, AS, 1979, S. 1595–1602.*

11. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit *vom 15. November 1967, AS, 1969, S. 11–34. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 149,* dodis.ch/31201, *bes. Anm. 10 sowie DDS, Bd. 24, Dok. 17,* dodis.ch/32313.

12. Erstes Zusatzabkommen zum Abkommen vom 15. November 1967 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über Soziale Sicherheit *vom 17. Mai 1973, AS, 1974, S. 1169–1171.*

13. *Für die Stellungnahme des Departements des Innern sowie den Entscheid des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 2261 vom 1. Dezember 1975,* dodis.ch/39242.

187

dodis.ch/38640

Interne Notiz der Politischen Direktion des Politischen Departements[1]

BESUCH BARAKAT (PLO-MISSION GENF)

Bern, 17. November 1975

Herr Barakat sucht mich am 12. November 1975 auf seinen Wunsch hin auf.

1. Hauptthema der Vorsprache: Anti-Zionismus-Resolution der UN[2].

B*[arakat]* stellt dieses Thema nicht eigentlich in den Mittelpunkt des Gespräches, sondern kommt immer wieder, zwischen andern Themen, darauf zurück (er will offenbar nicht zugeben, wie wichtig ihm diese Frage ist; um ein «Wort des Vorsitzenden Mao» zu paraphrasieren: der Stein, den die PLO aufgehoben hat, entpuppt sich als schwerer als vermutet, und man beginnt zu fürchten, er werde auf die eigenen Zehen fallen). B*[arakat]* versucht zunächst, den Inhalt der Resolution zu «rationalisieren»: sie richte sich gegen den «Rassismus», und der «Zionismus» werde nur mit wenigen Sätzen erwähnt; so wie in Südafrika die Schwarzen politisch rechtlos seien, so seien es auch in Israel die Nicht-Juden; und dies habe bisher mitgeholfen, die Lösung des Palästina-Problems zu verhindern. Er erkundigte sich dann, ob die Schweiz auf die Resolution reagieren werde[3]. Ich antworte, nachdem wir nicht Mitglied der UN seien, hätten wir a priori nicht Veranlassung, uns dazu zu äussern; das hänge aber davon ab, welchen Druck die öffentliche Stimmung auf den Bundesrat ausüben werde. B*[arakat]* meint hoffnungsvoll, bis jetzt (d. h. am 12. 11. mittags) habe sich die schweizerische Presse objektiv gezeigt und auch das Fernsehen suche dem palästinensischen Gesichtspunkt Rechnung zu tragen[4].

(Offensichtlich befürchtet die PLO, die feste amerikanische Haltung könnte auch bei andern westlichen Staaten zu energischen Reaktionen führen, wodurch dann letztlich die Resolution für die Sache der Palästinenser kontra-produktiv wirken müsste.)

2. B*[arakat]* kommt von sich aus auf den Fall Mayr/Kuster[5] zu sprechen. Er betont, dass die beiden nicht von der PLO, sondern von einer Splitterorganisation behändigt worden seien, dass sich hingegen die PLO für deren Freilassung eingesetzt habe. B*[arakat]* unterstreicht, es sei nützlich gewesen, dass wir uns direkt an die PLO gewandt hätten; Botschafter Natural sei von Peking her bei der PLO gut angeschrieben (weil er dort dem PLO-Vertreter[6] die Teilnahme

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1988/15#57* (o.107.3.Uch.12). *Verfasst und unterzeichnet von H. Kaufmann. Kopie an E. Thalmann, J. Iselin, P. Luciri, R. Heinis, die Direktion für internationale Organisationen, den Delegierten für technische Zusammenarbeit und das Politische Sekretariat des Politischen Departements sowie an die schweizerischen Botschaften in Beirut, Damaskus und Tel Aviv.*
2. *Resolution der UNO-Generalversammlung vom 18. November 1975,* UN doc. A/RES/3379 (XXX), CH-BAR#E2003A#1988/15#1406* (o.713.275).
3. V*gl. dazu Dok. 193,* dodis.ch/37207, *bes. Anm. 4–6.*
4. *Vgl. dazu die Notiz von E. Bischof vom 22. Dezember 1975, Doss. wie Anm. 2.*
5. *Vgl. dazu die Notiz von J. Cuendet an E. Thalmann vom 13. Oktober 1975,* dodis.ch/38675.
6. *H. Aydi.*

am Eröffnungsflug der Swissair[7] ermöglicht habe). Übrigens habe die PLO verschiedentlich palästinensische Splittergruppen von Attentaten, die in oder gegen die Schweiz geplant gewesen seien[8], abhalten können unter Hinweis auf das jetzige gute Verhältnis zur Schweiz. (Möglicherweise nimmt B*[arakat]* hier seinen Mund ein wenig voll, aber wer weiss.) Er führt im weiteren aus, je mehr die PLO an internationalem Status gewinne, umso eher sei sie in der Lage, für Ruhe und Ordnung unter den Palästinensern zu sorgen und damit gegen den Terrorismus zu wirken.

3. B*[arakat]* kommt wieder auf Privilegien und Immunitäten des Genfer Büros der PLO[9] zu sprechen. Man habe den Status nun so akzeptiert, wie er angeboten worden sei, um die schweizerischerseits gemachte Geste zu honorieren. Aber eine gelegentliche Ausdehnung der Immunitäten auf seine Wohnung und insbesondere das Privileg einer Radioverbindung stehe nach wie vor auf der «Wunschliste» der PLO. Zur Frage der Radioverbindung entgegne ich, dass die Frage der Reziprozität problematisch sei. B*[arakat]* erwidert, dass während der letzten Wochen die Verbindung von Genf nach Beirut mit Telefon oder Telex gelegentlich schlecht oder überhaupt nicht funktioniert habe, weshalb eine Funkverbindung echtes Bedürfnis sei.

(Das Problem unter Hinweis auf die «Reziprozität» eliminieren zu wollen, scheint unklug: theoretisch könnte uns die PLO die Reziprozität für eine «schweizerische Vertretung bei der PLO» gewähren, worauf wir natürlich erwidern müssten, dass wir nicht an eine solche Vertretung denken; wir sollten deshalb die Frage so oder so autonom und einseitig entscheiden.)

4. B*[arakat]* weist auf das kürzlich eröffnete PLO-Büro in Frankreich hin und insinuiert (mit treuherzigem Augenaufschlag), ob uns dies nicht eine allfällige Ausdehnung des Kompetenzbereichs der PLO-Mission in Genf (quasi bilateral) auf die Schweiz erleichtern könnte (was natürlich eine faktische Anerkennung der PLO bedeuten würde). Ich gebe B*[arakat]* zu verstehen, dass für uns der multilaterale Bereich in Genf vom bilateralen Bereich klar geschieden sei; B*[arakat]* erklärt denn auch, dass er dies lediglich als ein «Fernziel» erwähnt habe.

5. B*[arakat]* betont des weiteren, die bisherigen Schritte der Schweiz zugunsten der PLO hätten ihn in die glückliche Lage versetzt, Pläne militanter Palästinenser zur Durchsetzung einer PLO-Teilnahme an internationalen Konferenzen, die von der Schweiz organisiert werden (was zu diplomatischen Schwierigkeiten für die Schweiz führen müsste), abzuwenden[10]. Dies werde ihm aber nicht immer gelingen, sofern er nicht gelegentlich weitere entgegenkommende Schritte seitens der Schweiz ins Feld führen könne.

---

7. *Zur Eröffnung der Swissairlinie zwischen Zürich und Peking vgl. Dok. 153,* dodis.ch/37707.

8. *Zur Problematik des palästinensischen Terrorismus in der Schweiz vgl. z. B. den Bericht von J. Amstutz vom 6. Juni 1973,* dodis.ch/39519. *Zur Frage der Bekämpfung des Terrorismus vgl. Dok. 78,* dodis.ch/39501.

9. *Vgl. dazu die Notiz von H. Hoffmann vom 30. April 1975,* dodis.ch/39525 *und das BR-Prot. Nr. 1126 vom 25. Juni 1975,* dodis.ch/39528.

10. *Vgl. dazu Dok. 23,* dodis.ch/39251.

6. Schliesslich erwähnt B*[arakat]*, dass vor einiger Zeit zwei Schweizer Ärzte[11] in palästinensischen Flüchtlingslagern gearbeitet hätten; die Erfahrungen seien beiderseits gut gewesen. Die PLO besitze genügend Ärzte, doch seien Stagiaires stets willkommen, weil sie zur gegenseitigen Verständigung beitrügen. Er fügt bei, dass heute die Oststaaten ein Monopol in Stipendien an Palästinenser besässen; um hier ein grösseres Gleichgewicht herzustellen, habe man kürzlich auch mit Frankreich Stipendien zur Berufsausbildung ausgehandelt. Falls die Schweiz dem Beispiel Frankreichs folgen könnte, würde dies von palästinensischer Seite sehr begrüsst.

7. Meine Feststellung, die Herausbildung eines guten Verhältnisses Schweiz-PLO dürfe in keinem Fall das gute Verhältnis Schweiz-Israel tangieren[12], veranlasst B*[arakat]* zum Fabulieren: gerade die guten Beziehungen der Schweiz sowohl zu Israel wie zur PLO könnten es ihr u. U. gestatten, im Sinne Guter Dienste bei Israel für die Freilassung «politischer Gefangener» (gemeint sind natürlich Terroristen), insbesondere von Frauen, ein gutes Wort einzulegen; die palästinensischen Überfälle auf Israel gälten der Befreiung solcher Gefangener, und wenn Israel sie freilasse, entfalle a) der Vorwand für weitere Überfälle und b) gebe Israel zu erkennen, dass es kompromissbereit sei. (Kein Kommentar).

8. Der Fall David Blaser[13] (Damaskus) konnte nur ganz unverbindlich gestreift werden, da sonst B*[arakat]* u. U. hätte versucht sein können, zu einem der obgenannten PLO-Postulate ein Junktim herzustellen.

---

11. *Im September und Oktober 1970 waren diverse schweizerische Ärzteteams im Rahmen von IKRK-Missionen in Jordanien tätig. Vgl. Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#773* (o.222).
12. *Vgl. dazu z. B. die Notiz von H. Kaufmann vom 16. September 1975,* dodis.ch/39531.
13. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5637* (B.32.11).

188

dodis.ch/38396

Schlussbericht des schweizerischen Botschafters in Canberra, M. König[1]

Vertraulich Canberra, 18. November 1975

Am Ende meiner Mission in Australien erstatte ich Ihnen weisungsgemäss[2] folgenden Schlussbericht:

1. Stand der schweizerisch-australischen Beziehungen

Die gegenseitigen Beziehungen sind ausgezeichnet. Es gelang mir während meiner mehr als fünfjährigen Amtsperiode, mit dem jeweiligen Premierminister[3] und den für unsere Interessen wichtigen Ministern persönliche Kontakte

---

1. *Schlussbericht:* CH-BAR#E2024A#1993/354#2133* (a.721.81). *Gerichtet an A. Janner.*
2. *Weisung 722* Schlussbericht der Missions- und Postenchefs *vom 1. Februar 1969. Vgl. das Kreisschreiben vom F. Bieri vom 5. März 1969,* dodis.ch/40420.
3. *J. Gorton, W. McMahon und G. Whitlam.*

anzuknüpfen. Aber auch mit den Mitgliedern des Schattenkabinetts konnte ich stets angenehme persönliche Beziehungen unterhalten.

Die Schweiz geniesst in Australien hohe Achtung als wirtschaftlich erfolgreiches und neutrales Land. Zur Stärkung unserer Stellung trägt die Rolle als Kapitalgeber bei. Die Schweiz gewährte der australischen Regierung während meiner Amtszeit ein Konversionsanleihen von 60 Mio. Franken[4], ferner verschiedenen staatlichen Organisationen und auch einem privaten Grossunternehmen[5] Anleihen zwischen 20 und 50 Mio. Franken, ferner der Regierung von Papua-Neuguinea, als dieses Land noch unter australischer Treuhandschaftsverwaltung stand, ein Anleihen von 50 Mio. Schweizerfranken mit australischer staatlicher Garantie[6].

Zu Beginn meiner Mission spürte ich die Verstimmung der australischen Regierung im Gefolge des schweizerischen Ausfuhrverbotes für eine Serie bereits bestellter Pilatus Porter Flugzeuge[7]. Dank der verständnisvollen Einstellung des damaligen Verteidigungsministers Malcolm Fraser, heute Sachwalter-Ministerpräsident bis zu den Wahlen am 13. Dezember[8], konnte die Lieferung der Flugzeuge aufgrund einer geeigneten australischen Erklärung betreffend Nichtverwendung in Vietnam wieder in Gang gebracht werden.

Das Schatzamt glaubt, die Schweiz als Steuerparadies für australische Fluchtgelder betrachten zu müssen. Unser Land wurde zusammen mit Luxemburg, Monaco, den Norfolkinseln usw. auf eine Liste gesetzt, wohin Finanztransaktionen nicht ohne besondere Prüfung durch die Steuerbehörden zugelassen sind.

Stand der Beziehungen in verschiedenen Sparten:

Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung:

Die australische Regierung hat sich nach längerer negativer Einstellung nun doch bereit erklärt, im Jahre 1976 mit der Schweiz in Verhandlungen über den Abschluss eines solchen Abkommens zu treten, nachdem es unter der früheren liberalen Regierung bereits zu informellen Gesprächen zwischen einer australischen und einer schweizerischen Delegation gekommen war[9].

---

4. *Vgl. dazu das Schreiben von L. Rochat an M. König vom 18. Februar 1975,* CH-BAR#E2200.120B#1993/168#68* (521.60). *Für weitere Kapitalexporte nach Australien vgl. Dok. 125,* dodis.ch/38400.
5. *Broken Hill Proprietary Company, Ltd., Melbourne. Vgl. dazu* CH-BAR#E7001C#1982/118#489* (1611.22).
6. *Vgl. dazu die Notiz an E. Brugger vom 5. März 1974,* CH-BAR#E7001C#1985/231#467* (1611.55). *Zur Anerkennung von Papua-Neuguinea durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 1432 vom 20. August 1975,* dodis.ch/38489. *Vgl. ferner die Notiz von P. F. Stauffer an J. Rial vom 7. August 1975,* dodis.ch/38491. *Zur Situation in Papua-Neuguinea und Ost-Timor vgl. den Politischen Bericht Nr. 13 von M. König vom 11. September 1975,* dodis.ch/38492.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 127,* dodis.ch/35695.
8. *Allgemein zur politischen Lage in Australien vgl. das Schreiben von M. König an P. Gottret vom 6. Juni 1975,* dodis.ch/38408 *sowie den Politischen Bericht Nr. 18 von M. König an F. de Ziegler vom 14. November 1975,* dodis.ch/38407.
9. *Zu den Verhandlungen vom Juli 1970 in Canberra vgl. den Bericht von K. Locher vom 24. August 1970,* dodis.ch/35238.

Luftfahrtabkommen:

In dieser Beziehung konnte ich in den 5½ Jahren meiner Tätigkeit in Australien trotz eifrigen Bemühungen keinen entscheidenden Fortschritt erzielen[10]. Es bleibt vorderhand dabei, dass Qantas an Landerechten in der Schweiz nicht interessiert ist (sie hebt sogar gewisse bestehende Fluglinien zwecks Rationalisierung auf). Sie ist noch nicht überzeugt, dass ihr ein direktes Anfliegen der Schweiz Vorteile brächte. Immerhin konnten anlässlich eines Besuches des Chefs des Schweizerischen Luftamtes[11] jährliche Aussprachen zwischen Swissair und Qantas vereinbart werden, sodass wenigstens die Kontakte nicht abreissen.

Rechtshilfe:

Australien hat verschiedentlich den Wunsch geäussert, mit der Schweiz in Verhandlungen über einen Rechtshilfe- und Auslieferungsvertrag zu treten[12]. Das Justiz- und Polizeidepartement in Bern war aber wegen der starken Inanspruchnahme durch das Rechtshilfeabkommen mit den Vereinigten Staaten[13] noch nicht in der Lage, einen Zeitpunkt für den Beginn dieser Verhandlungen zu nennen.

Sozialfragen:

Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge bestehen zwischen unserem Land und Australien kaum Probleme. Australien hat unilateral die Transfermöglichkeit für Altersrenten rückgewanderter Ausländer verfügt. Die Schweizerkolonie in Australien steht im Genuss der automatischen australischen Altersrente ab dem 70. Lebensjahr, während für Personen zwischen 65 und 70 immer noch der Bedarfsnachweis erforderlich ist. Mit konkreten Fällen von Sozialfürsorge hatte ich mich während meiner Amtszeit in Australien nie zu befassen.

Militärdienst:

Nachdem die Labour-Regierung an die Macht gekommen war (1972), wurde der Militärdienst in Australien auf Freiwilligkeit gestellt. Das frühere Problem der Doppelbürger, die zum australischen Militärdienst aufgrund des Auslosungsverfahrens eingezogen werden konnten[14], existiert daher nicht mehr.

Handel:

Bis 1974 hat der Handelsverkehr zwischen der Schweiz und Australien von Jahr zu Jahr regelmässig zugenommen[15] (auf die Rekordhöhe von rund 400 Mio. Franken schweizerische Ausfuhr nach Australien und rund 100 Mio. Franken schweizerische Einfuhr aus Australien). Die weltweite Rezession hat dieser

---

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 107,* dodis.ch/32130; *DDS, Bd. 26, Dok. 125,* dodis.ch/38400 *sowie das Schreiben von M. König an W. Guldimann vom 23. Juni 1971,* dodis.ch/36992.
11. *W. Guldimann. Zu dessen Besuch im Mai 1974 und den schweizerisch-australischen Verhandlungen vgl. Doss.* CH-BAR#E8150B#2005/304#377* (14) *und* CH-BAR#E8150B#2005/304#385* (14).
12. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2200.120B#1993/168#65* (461.0).
13. *Vgl. dazu Dok. 109,* dodis.ch/38960.
14. *Vgl. dazu die Notiz von H. Borner vom 25. September 1967,* dodis.ch/32128.
15. *Vgl. dazu die Notiz von M. Lusser und L. Georges vom 8. Mai 1974,* dodis.ch/38398.

Entwicklung offensichtlich Einhalt geboten. (Während der ersten neun Monate 1975 belief sich die schweizerische Ausfuhr nur noch auf 216 Mio. Franken, die Einfuhr aus Australien auf 38 Mio. Franken.) Es bestehen allerdings noch australische Projekte, an denen sich die schweizerische Industrie mit Lieferungen wird beteiligen können, insbesondere ein bedeutendes thermisches Kraftwerk[16] in Melbourne, für welches der Baubeginn allerdings wegen Einsprachen im Hinblick auf den Umweltschutz immer wieder verzögert wird.

Schweizerische Investitionen:

Das Grossunternehmen für Bauxitgewinnung und Aluminaherstellung in Gove an der Nordspitze Australiens, an dem die Alusuisse über die australische Tochtergesellschaft Nabalco mit 70% (über 1 Milliarde Schweizerfranken) beteiligt ist[17], läuft nun auf voller Produktion. Die Bedingungen, unter denen die Gesellschaft arbeitet, scheinen bis auf die üblichen Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften (gelegentliche Streiks) den Erwartungen zu entsprechen. Während einiger Jahre war es Mode, die Alusuisse wegen der angeblichen Missachtung der traditionellen Rechte der in Gove lebenden Ureinwohner zu beschuldigen[18]. Die australische Regierung hat diese Kampagne nie unterstützt und angeheizt, denn in Tat und Wahrheit hat die Alusuisse das Maximum an zumutbaren Massnahmen zugunsten dieser Ureinwohner getroffen. Es waren vor allem Linksextremisten, sensationshungrige Journalisten und der Weltkirchenrat, die das Problem aufbauschten und den Topf am Kochen hielten. In letzter Zeit ist es um Gove im Zusammenhang mit dem Ureinwohnerproblem ruhiger geworden.

Die schweizerische pharmazeutische Industrie hat sich durch Gründung von Tochtergesellschaften in Australien engagiert und etwa 130 Mio. Schweizerfranken in Endfabrikationsbetrieben und Forschungslaboratorien investiert[19]. Die Labour-Regierung, die viel für den öffentlichen Gesundheitsdienst ausgibt, hat diese Tochtergesellschaften, wie übrigens die gesamte Pharma-Industrie Australiens, durch die Blockierung der Preise ohne Rücksichtnahme auf Inflation und Lohnkostenexplosion in die roten Zahlen getrieben. Ich habe mich bemüht, ihre berechtigten Begehren bei den zuständigen Ministerien (Gesundheit und Finanz) zu unterstützen; ob mit Erfolg, wird sich in den nächsten Monaten zu zeigen haben.

Das Investitionsklima war in den vergangenen Jahren der Labour-Regierung ungünstig, weil sie für neue Projekte auf australische Mehrheitsbeteiligung drängte, im Energiesektor sogar auf 100%-iges australisches Eigentum. An-

---

16. *Newport D Gas Power Plant. Vgl. dazu das BR-Prot Nr. 102 vom 19. Januar 1972,* dodis.ch/37000 *sowie das Schreiben von M. König an P. A. Nussbaumer vom 22. März 1972,* dodis.ch/37001.

17. *Tatsächlich war die Tochtergesellschaft Swiss Aluminium Australia, Ltd. der Alusuisse mit 70% am Unternehmen Nabalco beteiligt.*

18. *Vgl. dazu das Schreiben von M. König an E. Thalmann vom 16. Juni 1971,* dodis.ch/37003 *sowie das BR-Prot. Nr. 496 vom 22. März 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#780*. *Allgemein zur Situation der australischen Ureinwohner vgl. den Politischen Bericht Nr. 3 von M. König vom 8. März 1974,* dodis.ch/38399.

19. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2200.120B#1993/168#81* (551.60).

gesichts der erlahmenden Forschung nach neuen Lagerstätten für Mineralien (Erdöl, Uran) und einem allgemeinen Abflauen der Investitionstätigkeit hat sich die Regierung wenn nicht zu einer Lockerung der Kontrolle so doch zu einer Milderung der bisherigen extremen Investitionsbedingungen herbeigelassen. Falls am 13. Dezember eine liberale Regierung an die Macht kommen sollte, dürften sich die Investitionsbedingungen vermutlich weiter bessern.

Australischer Protektionismus:

Rein theoretisch hat die Labour-Regierung die Schädlichkeit der traditionell allzu hohen australischen Zollmauern zugegeben und vor zwei Jahren eine lineare Zollsenkung um 25% angeordnet. In der Praxis können aber Industrien, die sich der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen fühlen, Zollschutzbegehren anhängig machen[20], über die dann nach Veranstaltung öffentlicher Hearings entschieden wird. Die Kommission für den Schutz der Industrie veranstaltet auch spontan solche Hearings, um die Lage gewisser Industriezweige zu durchleuchten und den Zollschutz den realen Notwendigkeiten anzupassen. Der Uhrenhandel war diesen Herbst Gegenstand solcher Hearings, an denen sich die schweizerische Uhrenindustrie beteiligt hat[21]. Das Ergebnis steht noch aus.

2. Schweizerkolonie Canberra

Die in Canberra und Umgebung ansässigen Schweizer werden konsularisch von Sydney aus betreut. Es handelt sich um ungefähr 200 Personen, die unter sich einen Schweizerverein gegründet haben, aber natürlich nicht über die notwendige personelle und finanzielle Basis verfügen, um sich ein Vereinslokal zu sichern und dem Vereinsleben grössere Dimensionen zu verleihen. Der Weiterbestand des Vereins wird wahrscheinlich nur in der bisherigen lockeren Form möglich sein. Die Botschaft unterhält mit ihm enge und sehr freundschaftliche Beziehungen.

[…][22]

---

20. *Vgl. dazu die Notiz von A. Dunkel an H. Bühler vom 17. November 1972,* dodis.ch/36998 *sowie das Schreiben von A. Dunkel an M. König vom 23. Dezember 1974,* dodis.ch/38405.

21. *Vgl. dazu das Schreiben von G. E. Ponnaz und T. Radja an P. R. Jolles vom 8. Juli 1974,* dodis.ch/38406 *sowie Doss.* CH-BAR#E2200.120B#1993/168#92* (562.00).

22. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/38396. *Zu den kulturellen Beziehungen zu Australien vgl. die Notiz von P. F. Stauffer vom 12. Dezember 1974,* dodis.ch/38409.

189

dodis.ch/39026

Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat[1]

HANDELS- UND WIRTSCHAFTSABKOMMEN MIT DER DDR: INKRAFTSETZUNG

Nicht für die Presse Bern, 19. November 1975

1. Mit *Ihrem Beschluss vom 6. August d. J.*[2] hatten Sie
- dem am 27. Juni 1975 in Berlin unterzeichneten Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der DDR[3] zugestimmt;
- das neue Abkommen im Rahmen Ihres Fünften Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik[4] der Bundesversammlung zur Genehmigung zugeleitet;
- das Volkswirtschaftsdepartement beauftragt, Ihnen hernach, unter Berücksichtigung der in der dritten vermögensrechtlichen Verhandlungsrunde des Politischen Departements mit der DDR[5] erzielten Fortschritte, über die Inkraftsetzung des Abkommens erneut Antrag zu stellen.

2. Der Fünfte Bericht zur *Aussenwirtschaftspolitik* ist inzwischen von den eidg. Räten (Nationalrat am 17. September, Ständerat am 25. September) in seiner Gesamtheit, einschliesslich des Handels- und Wirtschaftsabkommens mit der DDR, oppositionslos genehmigt worden[6]. In den vorausgegangenen Beratungen der Aussenwirtschaftskommissionen[7] war zwar die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht angezeigt wäre, die Beschlussfassung über dieses Abkommen durch die Bundesversammlung hinauszuschieben, bis hinsichtlich der vermögensrechtlichen Verhandlungen mit der DDR, die vom EPD geführt werden, grössere Klarheit und sichtbare Fortschritte vorlägen. Angesichts der Bedeutung, die dem Handelsabkommen in der heutigen Zeit wirtschaftlich zukommt, wurde dann aber schliesslich auf einen solchen Vorbehalt verzichtet und der letzte Entscheid über die Inkraftsetzung des Abkommens, wie Sie das den Räten vorgeschlagen hatten, ausdrücklich dem Bundesrat allein überlassen. Immerhin wurde der Wunsch nach Orientierung der Kommissionen über den Fortgang der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung geäussert.

---

1. *Antrag:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#825*.
2. *BR-Prot. Nr. 1304 vom 6. August 1975,* dodis.ch/39072.
3. Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (mit Briefwechsel) *vom 27. Juni 1975, AS, 1975, S. 1577–2588.*
4. Fünfter Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zur Aussenwirtschaftspolitik *vom 6. August 1975, BBl, 1973, II, S. 620–720.*
5. *Vgl. dazu Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 1 sowie Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Punkt 1.*
6. *Die Debatten fanden am 17. September im Ständerat und am 25. September 1975 im Nationalrat statt. Vgl. Amtl. Bull. SR, 1975, S. 517–522 und Amtl. Bull. NR, 1975, S. 1274–1279. Vgl. auch die Notiz von E. Thalmann vom 1. September 1975,* dodis.ch/40544, *Anhang 3.*
7. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Aussenwirtschaftskommission des Nationalrats vom 18.–19. August 1975,* dodis.ch/39120 *sowie das Protokoll der Aussenwirtschaftskommission des Ständerats vom 29. August 1975,* CH-BAR#E1050.12#1995/512#7*.

3. Die *dritte Runde der Entschädigungsverhandlungen mit der DDR*, die hier zur Frage stand, ist inzwischen vom 28. bis 30. Oktober in Bern durchgeführt worden. Das EPD behält sich vor, darüber in seinem Mitbericht[8] zum vorliegenden Antrag näher Aufschluss zu geben. Hier sei lediglich festgehalten, dass, wenn auch aus den im Bericht[9] des EPD im einzelnen dargelegten Gründen noch zahlreiche wichtige Fragen offen bleiben mussten, doch nicht unwesentliche Fortschritte, vor allem auch im Hinblick auf eine Beschleunigung des Anmeldeverfahrens, erzielt werden konnten. Jedenfalls hat die schweizerische Delegation aus der Verhandlungsführung der DDR den Eindruck gewonnen, dass diese die bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gegebenen Zusicherungen[10] im Hinblick auf eine Lösung der vermögensrechtlichen Fragen einhält. Das bisherige Resultat wird es der Schweiz erlauben, voraussichtlich noch dieses Jahr den geplanten Aufruf[11] (mit Verwirkungsfrist) zu erlassen, um allenfalls bisher noch unbekannt gebliebene schweizerische Vermögensansprüche gegenüber der DDR zu erfassen. Eine weitere Verhandlungsrunde, die der Überprüfung der bisher angemeldeten Einzelfälle dienen soll, ist auf den kommenden Mai in Berlin vereinbart. 4. Die in der dritten vermögensrechtlichen Verhandlungsrunde erzielten Fortschritte sind zwar nicht als spektakulär zu bezeichnen, und wir sind uns bewusst, dass noch eine recht lange Strecke Weges zu durchlaufen ist. Die Bemühungen des EPD werden dementsprechend mit allem gebotenen Nachdruck fortgesetzt werden. Bei *realistischer* Betrachtungsweise entspricht aber das Ergebnis ungefähr den Erwartungen. Das EPD stimmt unter diesen Umständen mit dem EVD überein, dass mit der Inkraftsetzung des Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen der Schweiz und der DDR nicht länger zugewartet werden sollte. Das wirtschaftliche Interesse, das für uns daran besteht, wurde in unserem Antrag vom 10. Juli d. J.[12], dem Sie beigepflichtet hatten, schon einlässlich dargelegt. Mit zunehmender Rezession haben sich die hierfür sprechenden Gründe noch verstärkt. Der Handelsaustausch zwischen der Schweiz und der DDR, der schon letztes Jahr ein Verhältnis von 2:1 zu unseren Gunsten aufwies, hat sich in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres sogar zu einer Relation von beinahe 3:1 für uns verschoben (127 Mio. Fr. Ausfuhren gegenüber 45. Mio. Fr. Einfuhren). Wir sind überzeugt, dass mit einem Aufschub der Inkraftsetzung kaum etwas gewonnen

---

8. *Für den Mitbericht des Politischen Departements vom 19. November 1975 vgl. das BR-Prot. Nr. 2280 vom 1. Dezember 1975,* dodis.ch/39026.

9. *Bericht von Th. Wernly vom 12. November 1975,* dodis.ch/39266. *Vgl. ferner das Protokoll vom 8. Dezember 1975 von Th. Wernly,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4732* (C.41.111.0).

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 181,* dodis.ch/34373. *Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR vgl. Dok. 39,* dodis.ch/38849, *Anm. 8.*

11. Aufruf zur Anmeldung schweizerischer und liechtensteinischer Vermögenswerte und Forderungen in bzw. gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik *vom 1. Dezember 1975, BBl, 1975, II, S. 2166–2169. Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2010A#1999/250#5914* (B.31.0).

12. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 10. Juli 1975 vgl. das BR-Prot. Nr. 1304 vom 6. August 1975,* dodis.ch/39072. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR vgl. Dok. 150,* dodis.ch/39074, *Punkt 3; Dok. 160,* dodis.ch/38322, *Punkt 1; die Notiz von M. Leippert vom 4. Juli 1975,* dodis.ch/39075 *sowie das Schreiben von A. Agócs an H. Miesch vom 21. August 1975,* dodis.ch/39218.

wäre, ein solcher sich vielmehr lediglich zum Nachteil unserer ohnehin schon mit Schwierigkeiten kämpfenden Exportwirtschaft auswirken würde, die auf bisher eher vernachlässigte, aber ausbaufähige Märkte auszuweichen sucht. Das EPD glaubt seinerseits, dass eine Absage durch uns im Wirtschaftssektor sich umgekehrt auf die vermögensrechtlichen Verhandlungen, in denen eine ostdeutsche Trotzreaktion durchaus im Bereiche des Möglichen läge, nur negativ auswirken würde. Die Kommissionen für Aussenwirtschaft[13], die wir inzwischen vereinbarungsgemäss über den letzten Stand der Frage orientierten, ebenso die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten[14], die soeben vom EPD informiert wurden, haben gegen diese Betrachtungsweise keine Einwendungen erhoben.

5. In Abwägung aller dieser Faktoren möchten wir deshalb dem Bundesrat, in voller Übereinstimmung mit dem EPD, die *Inkraftsetzung* des Handels- und Wirtschaftsabkommens auf den 1. Januar 1976 vorschlagen. Die Wirksamkeit des Abkommens fiele auf diese Weise mit dem Beginn des neuen ostdeutschen Fünfjahresplanes zusammen, was eine angemessene Berücksichtigung der schweizerischen Liefermöglichkeiten im Rahmen der DDR-Wirtschaftsplanung gewährleisten würde. Um diesen Termin einhalten zu können, wäre ein entsprechender Beschluss des Bundesrates bis Ende des Monats willkommen, da gemäss Artikel 12 des Abkommens die gegenseitige Notifikation der Vertragspartner, wonach die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung erfüllt sind, dieser um zwanzig Tage vorauszugehen hat und folglich bis zum 10. Dezember perfekt sein sollte. Die dazwischenliegende Frist dient der ordnungsgemässen Liquidation der Clearing-Konten bei den sog. «ermächtigten Banken».

6. Die Aufhebung des von uns autonom gehandhabten gebundenen Zahlungsverkehrs zwischen der Schweiz und der DDR erfordert zudem, wie seinerzeit schon hinsichtlich der anderen Oststaaten, die *Anpassung des Bundesratsbeschlusses über den gebundenen Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 17. Dezember 1956*[15]. Die Entwürfe (deutsch und französisch) zu einem entsprechenden Bundesratsbeschluss liegen bei. Dieser ist zu gegebener Zeit zusammen mit dem Abkommen in der amtlichen Gesetzessammlung zu veröffentlichen und ebenfalls auf den 1. Januar 1976 in Kraft zu setzen.

Auf Grund unserer Darlegungen stellen wir Ihnen im Einvernehmen mit dem EPD den *Antrag:*

---

13. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 4. November 1975,* dodis.ch/39123, *S. 36–42. Die Kommission für Aussenwirtschaft des Ständerats konnte das Thema an ihrer Sitzung vom 17. November 1975 aus Zeitmangel nicht mehr behandeln und wurde schriftlich informiert. Vgl. das Schreiben von M. Friedli an die Mitglieder der Kommission für Aussenwirtschaft des Ständerats vom 26. November 1975,* CH-BAR#E1050.12#1995/512#7*.

14. *Vgl. das Protokoll vom 28. November 1975 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 18. November 1975,* CH-BAR#E1050.12#1995/511#19*, *S. 20–25 sowie das Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 18. November 1975,* CH-BAR#E1050.12#1995/512#9*, *S. 14–19.*

15. *Vgl. AS, 1956, S. 1573–1591. Zur Abschaffung des Clearings gegenüber den anderen Oststaaten vgl. Dok. 27,* dodis.ch/38361.

a) Von den obigen Ausführungen wird in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen.
b) Das EVD wird ermächtigt, mit der DDR den Austausch der Notifikationen vorzunehmen, wonach die gegenseitigen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Handels- und Wirtschaftsabkommens zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der DDR vom 27. Juni 1975 erfüllt sind.
c) Das Abkommen wird auf den 1. Januar 1976, aber auf jeden Fall nicht später als 20 Tage nach dem obigen Notifikationsaustausch, in Kraft gesetzt.
d) Der beiliegende Entwurf zu einem Bundesratsbeschluss über die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs mit der DDR wird zum Beschluss erhoben. Er wird gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft gesetzt.
e) Das Abkommen und der Bundesratsbeschluss werden, sobald der Notifikationsaustausch vollzogen ist, veröffentlicht (Meldung des EVD an die Bundeskanzlei)[16].

16. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2280 vom 1. Dezember 1975,* dodis.ch/39026.

190

dodis.ch/38912

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, M. Heimo, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber, sowie an die Dienstchefs des Politischen Departements[1]

Behandlung grundsätzlicher Fragen des schweizerischen Beitrages zur internationalen Entwicklungspolitik im EPD

Bern, 27. November 1975

Ich möchte in den folgenden Abschnitten die Frage erörtern, wie das EPD seiner besonderen Verantwortung in der Gestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern künftig noch besser gerecht werden kann. Diese Frage ist heute und in den nächsten Jahren – gerade auch im Zusammenhang mit der Konferenz über die internationale Wirtschaftszusammenarbeit[2] – von zunehmender Bedeutung.

1. *Notiz:* CH-BAR#E2005A#1985/101#53* (t.110.0). *Verfasst von M. Heimo, Th. Raeber und R. Högger. Ausserdem gerichtet an E. Thalmann, A. Weitnauer, F. de Ziegler, R. Keller, J. Iselin und J. Zwahlen. Kopie an A. Janner und E. Diez.*
2. *Vgl. dazu Dok. 184,* dodis.ch/40609.

I.

Ausgehen möchte ich davon, dass der Bundesrat in seiner Botschaft an die Bundesversammlung vom 19. März 1973[3] zum Bundesgesetz[4] über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe den eidgenössischen Räten eine verwaltungsinterne Neuregelung der Zuständigkeiten im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mitgeteilt hat. Diese Neuregelung wurde vom Bundesrat am 7. Februar 1973[5] beschlossen. Die Stelle, auf die es hier ankommt und die sich in Abschnitt 821 der Botschaft findet, lautet so:

«Das Politische Departement soll in Zukunft für die Ausarbeitung der *Gesamtkonzeption* des schweizerischen Beitrages zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit *federführend* sein, wobei diese Konzeption wie bisher *gemeinsam mit dem Volkswirtschaftsdepartement und dem Finanz- und Zolldepartement* zu erarbeiten ist. In die Gesamtkonzeption fügen sich die Konzeptionen, Programme und Budgets der Teilgebiete der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein.

Dementsprechend soll das Politische Departement (der Delegierte für technische Zusammenarbeit) den Vorsitz des ‹interdepartementalen Komitees für Entwicklungshilfe› (CIAD) übernehmen und dessen Sekretariat besorgen[6].

Die Direktion für internationale Organisationen im Politischen Departement nimmt an den Arbeiten des interdepartementalen Komitees ebenfalls teil, da die humanitäre Hilfe in den meisten Fällen an Entwicklungsländer geleistet wird und deshalb eine Koordination mit der Entwicklungszusammenarbeit sich aufdrängt.»

Die genannten «Teilgebiete» der Entwicklungszusammenarbeit sind namentlich jene *vier «Formen»*, welche im Art. 6, Abs. 1, Buchstaben a – d des (vom Nationalrat[7] bereinigten, vom Ständerat[8] noch abschliessend zu behan-

---

3. *Vgl. BBl, 1973, I, S. 869–939. Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 484 vom 19. März 1973,* CH-BAR# E1004.1#1000/9#792*.

4. Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe *vom 19. März 1976, AS, 1977, S. 1352–1357. Vgl. dazu DDS, Bd. 25, Dok. 77,* dodis.ch/35253 *und Dok. 110,* dodis.ch/35242; *die Notiz von R. Wilhelm vom 27. Juni 1973,* dodis.ch/39430; *die Notizen von Th. Raeber vom 1. November 1973,* dodis.ch/39431 *und vom 4. Januar 1974,* dodis.ch/39432; *das Protokoll von P. Schweizer vom 19. Februar 1974,* dodis.ch/39433; *die Notiz von M. Heimo und P. R. Jolles an E. Brugger, P. Graber und G.-A. Chevallaz vom 1. Oktober 1974,* dodis.ch/39434; *die Notiz von M. Heimo vom 11. November 1974,* dodis.ch/39435 *sowie die Notiz von Th. Raeber und L. Erard vom 14. März 1975,* dodis.ch/39436.

5. *BR-Prot. Nr. 201 vom 7. Februar 1973,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#791*.

6. *Fussnote im Originaltext:* Bis 1973 wurden Vorsitz und Sekretariat des CIAD von Fall zu Fall verschiedenen Verwaltungsstellen zugewiesen. Ausser dem Direktor für internationale Organisationen und dem Delegierten für technische Zusammenarbeit gehören dem CIAD der Direktor der Handelsabteilung und der Direktor der Finanzverwaltung an; weitere Verwaltungsstellen können ad hoc eingeladen werden (z. B. Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland; Direktor der Abteilung für Landwirtschaft).

7. *Vgl. Amtl. Bull. NR, 1975, S. 1207–1218.*

8. *Vgl. Amtl. Bull. SR, 1976, S. 60–64.*

delnden) Entwurfes[9] zum Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe erwähnt werden, nämlich:

a) die technische Zusammenarbeit[10],
b) die Finanzhilfe[11],
c) handelspolitische Massnahmen[12],
d) Massnahmen zur Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel, die die Entwicklung im Sinne des Art. 5 begünstigen, namentlich von Investitionen[13].

Unter Buchstabe e) desselben Gesetzesabschnittes wird beigefügt, dass der schweizerische Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit «*jede andere Form*» annehmen kann, die «den in Art. 5 genannten Zielen» der Entwicklungszusammenarbeit dient. Die «Teilgebiete» umfassen somit ein nicht ein für alle Male abgegrenztes Feld, sondern einen immer neu zu definierenden Bereich.

II.

Festzuhalten ist auf Grund des Gesagten, dass

– der schweizerische *Beitrag zur internationalen Entwicklungspolitik* den unmittelbaren Kompetenzbereich des EPD übergreift;
– die Entwicklungspolitik nicht als begrenzter «technischer» Bereich verstanden werden kann, sondern die *Gesamtheit der Beziehungen* zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern berührt;
– sie damit ein wesentliches Element nicht nur der schweizerischen *Aussenwirtschaftspolitik*, sondern der *schweizerischen Aussenpolitik* überhaupt ist.

Die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Entwicklungsländern können nun aber ihrerseits nicht aus der Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Staaten herausgelöst werden. Sie sind für die Stellung der westlichen Industrieländer in der Welt (auch gegenüber dem «sozialistischen Lager») und damit für deren Wohlergehen und Sicherheit von grossem Gewicht. Das heisst einerseits, dass eine von der allgemeinen Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik isolierte Entwicklungspolitik in der Luft hinge, andererseits, dass der Delegierte für technische Zusammenarbeit und das EPD überhaupt sich zielbewusst all jener Probleme annehmen müssen, die offensichtlich oder potentiell zu dieser Politik gehören oder die Beziehungen zwischen der Schweiz (den Industrieländern) und den Entwicklungsländern beeinflussen.

---

9. *Vgl. Anm. 5*
10. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 100,* dodis.ch/31763 *und Dok. 173,* dodis.ch/31734; *DDS, Bd. 24, Dok. 18,* dodis.ch/32864 *und Dok. 101,* dodis.ch/32839; *DDS, Bd. 25, Dok. 42,* dodis.ch/35252; *Dok. 77,* dodis.ch/35253 *und Dok. 110,* dodis.ch/35242; *DDS, Bd. 26, Dok. 68,* dodis.ch/38299; *Dok. 74,* dodis.ch/38300; *Dok. 102,* dodis.ch/38913 *sowie Dok. 112,* dodis.ch/38914.
11. *Vgl. dazu Dok. 72,* dodis.ch/38499.
12. *Vgl. dazu Dok. 134,* dodis.ch/38594; *Dok. 114,* dodis.ch/38593; *das BR-Prot. Nr. 353 vom 26. Februar 1975,* dodis.ch/38543 *sowie die Notiz von E. Moser an P. R. Jolles vom 28. Februar 1973,* dodis.ch/38548.
13. *Vgl. dazu Dok. 11,* dodis.ch/38471.

Aus all dem Gesagten lässt sich der Schluss ziehen, dass das EPD seine federführende Funktion in Bezug auf die Gesamtkonzeption des schweizerischen Beitrages zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit dann wirksam ausüben kann, wenn es sein Interesse für alle wesentlichen Teile dieser Konzeption und die diesbezüglichen Aspekte der praktischen Politik laufend zur Geltung bringt und dabei *Standpunkte vertritt, die innerhalb des EPD* nicht nur von einzelnen Dienststellen, sondern in *breiter Kooperation und Koordination erarbeitet worden sind*. Solche Standpunkte müssen nach Notwendigkeit unter der Leitung des Generalsekretärs selbst festgelegt und – wenn dies der Departementschef nicht selbst zu tun wünscht – vom Generalsekretär nach ausserhalb des EPD vertreten werden.

III.

In der Praxis würde dies Folgendes bedeuten:

1. Zunächst gilt es, zwei Handlungsbereiche zu unterscheiden:

– einerseits die Entwicklungszusammenarbeit im *engeren* Sinne (technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe), mit deren Konzeption, Planung und Durchführung innerhalb des EPD allein der Delegierte für technische Zusammenarbeit – unter Vorbehalt der Kompetenzen der über- und nebengeordneten Stellen – betraut ist,
– anderseits die Gesamtheit der schweizerischen Beziehungen zu den Entwicklungsländern, d. h. die Entwicklungspolitik (oder die Entwicklungszusammenarbeit im *weiteren Sinne*). Sie umfasst den soeben genannten engeren Bereich, zusätzlich aber auch gewisse handelspolitische Massnahmen (Steigerung der Exporterlöse der Entwicklungsländer, Verringerung der Preisschwankungen bei Rohstoffen, Ausbau des allgemeinen Zollpräferenzsystems[14] etc.), die Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern sowie alle anderen politischen, finanziellen und wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Verbesserung des Gleichgewichts zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten.

2. Die federführende Kompetenz für die Gesamtkonzeption des schweizerischen Beitrages zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit in diesem weiteren Sinne würde vom EPD auf der Grundlage einer *permanenten systematischen Zusammenarbeit zwischen allen zuständigen Stellen im Departement* ausgeübt. Bei diesen Stellen ist in erster Linie zu denken an den Dienst für technische Zusammenarbeit, den Finanz- und Wirtschaftsdienst, das Politische Sekretariat, die Abteilung II der Politischen Direktion sowie allenfalls die Direktion für Internationale Organisationen. Diese Zusammenarbeit wäre darauf ausgerichtet, von den Gesichtspunkten unserer Aussenpolitik her spezifische Impulse an andere Departemente weiterzugeben, Entwürfe für Basistexte auszuarbeiten sowie bei der Behandlung von konzeptionellen Fragen in Bern oder an internationalen Konferenzen mitzuwirken. Auch müsste sie auf eine rationellere Ausnützung der beschränkten personellen Kräfte des EPD abzielen. Regelmässige Koordinationssitzungen könnten unter dem

14. *Vgl. dazu Dok. 152,* dodis.ch/38443, *Anm. 8 sowie Dok. 182,* dodis.ch/38602, *Anm. 5.*

Vorsitz des Generalsekretärs stattfinden, der eventuell nach Bedürfnis auch Sitzungen des CIAD präsidieren könnte und dessen Stellvertreter in dieser Funktion der Delegierte für technische Zusammenarbeit wäre.

IV.

Die hier gemachte Anregung müsste, jedenfalls in Bezug auf die Einzelheiten ihrer Durchführung, noch genauer überlegt und besprochen werden. Persönlich bin ich jedoch überzeugt, dass sie in der Hauptsache verwirklicht werden könnte. Die Ausarbeitung und Vertretung von Stellungnahmen zur Politik gegenüber den Entwicklungsländern, in welche das volle Potential des EPD koordiniert eingeflossen ist, würde dazu helfen, *dass das EPD sich* – gemäss seinen Verantwortungen und Kompetenzen – *in der Entwicklungspolitik mit noch grösserem Gewicht zur Geltung bringt und dass die* gerade *dabei wichtigen* weltwirtschaftspolitischen *Fragen im EPD eine noch intensivere* und das Departement stärker engagierende *Behandlung finden*, als es bisher der Fall sein konnte. Beides ist in höchstem Masse erwünscht, da die Fragen der Entwicklungspolitik, verbunden mit den weltumfassenden wirtschaftlichen Problemen in den kommenden Jahren unsere Aussenpolitik weitgehend mitprägen und die Antworten, die darauf gefunden werden, unsere internationale Stellung und unsere internationalen Beziehungen im Ganzen bestimmen.

Ich schlage vor, die hier gemachten Vorschläge in naher Zukunft innerhalb des Departements zu diskutieren.

191

dodis.ch/39095

Notice interne du Département politique[1]

Situation en Espagne

Berne, 3 décembre 1975

À la tête de l'État espagnol, la passation des pouvoirs du Général Franco, décédé le 20 novembre dernier[2], au Prince Juan-Carlos s'est effectuée dans le calme[3]. Les observateurs se demandent désormais à quel rythme et jusqu'à quel point le nouveau Roi – qui a prêté serment devant les Cortes le 22 novembre – pourra engager son pays sur la voie de l'ouverture vers la démocratie, appelée de leurs vœux non seulement par la majorité des Espagnols, mais aussi par les autres États d'Europe occidentale.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2744* (B.73.0). *Rédigée par S. Michl-Keller.*
2. *Cf. la notice de L. Maag du 28 novembre 1975,* dodis.ch/39098.
3. *Sur la transition démocratique en Espagne, cf. le rapport politique N° 10 de A. Parodi à P. Graber du 26 juin 1974,* dodis.ch/39116; *le rapport politique N° 24 de A. Parodi à P. Graber du 18 décembre 1974,* dodis.ch/39114; *le rapport politique N° 4 de S. F. Campiche au Département politique du 4 mars 1975,* dodis.ch/39115*; la notice de H. Cuennet du 7 juillet 1975,* dodis.ch/39118 *et la notice de S. F. Campiche du 17 décembre 1975,* dodis.ch/39097.

L'ampleur des problèmes qui attendent d'être résolus et la délimitation imprécise des pouvoirs du monarque dans la Constitution espagnole n'incitent qu'à un optimisme prudent. D'une part, le Roi devra réaliser l'impossible – se dégager du franquisme tout en apaisant la droite, remplir un vide d'autorité tout en étant libéral, être démocrate tout en résistant à certaines revendications. D'autre part, les complications et les subtilités – certainement voulues – de la Constitution ne permettent pas de déterminer si la souveraineté suprême est l'apanage de Juan-Carlos ou bien si elle est exercée conjointement par ce dernier et les Cortes. Il n'est pas non plus sûr qu'une libéralisation de la vie politique soit possible dans le cadre de la Constitution et des lois actuelles qui, par exemple, ne permettent ni n'interdisent clairement la constitution de partis politiques autres que le Movimiento.

L'absence de coudées franches du Roi, mais aussi sa volonté d'ouverture étaient toutes deux inscrites dans le discours qu'il a prononcé devant les Cortes après sa prestation de serment. Ce discours était savamment dosé afin de satisfaire à la fois l'aile droite et l'aile modérée du régime, c'est-à-dire un éventail de forces allant de l'extrême-droite à la droite modérée et qui détiennent actuellement la totalité du pouvoir. Il confirmait, d'autre part, sous forme habilement déguisée, l'orientation libérale du monarque. Après avoir juré d'être «loyal aux principes qui inspirent le Mouvement national» et non plus, comme en 1969[4], lorsqu'il fut désigné comme successeur de Franco, «fidèle aux principes de base du Mouvement» (de façon à être moins étroitement lié à la Constitution actuelle), Juan-Carlos I^er^ s'est engagé à «prêter l'oreille aux exigences de perfectionnement» des milieux réformateurs et libéraux, à les «canaliser», mais aussi à les «stimuler». Derrière l'engagement pris, vis-à-vis de l'Église, de «respecter les droits de la personne humaine» et derrière la confirmation résolue de l'appartenance européenne de l'Espagne, on décèle, semble-t-il, l'intention de faire entrer la démocratie en Espagne par une porte dérobée: par «respect des droits de la personne humaine», l'Église post-conciliaire entend aussi – et l'a fait savoir à maintes reprises – la reconnaissance des droits de l'homme, tels que la liberté de former des syndicats et des associations politiques. Et les États européens n'ont jamais caché qu'une libéralisation et une démocratisation de la vie politique en Espagne constituent la condition préalable de tout rapprochement entre ce pays et leur communauté.

Le même double souci de ménager le pouvoir établi et de faire patienter l'opposition semble avoir inspiré le décret de «grâce générale», accordée par Juan-Carlos 1^er^, à l'occasion de son accession au trône, aux prisonniers de droit commun et à ceux des détenus qui ont été condamnés pour des délits politiques non accompagnés de violence. Ce décret exclut du bénéfice de la clémence royale les condamnés au titre du décret-loi anti-terroriste du 27 août dernier, mais il est possible que les normes d'application qui seront promulguées à l'intention des tribunaux lui confèrent une portée plus large[5].

---

4. *Cf. le rapport politique N° 8 de R. Maurice à W. Spühler du 23 juillet 1969,* dodis.ch/32236.
5. *Cf. le rapport politique N° 31 de S. F. Campiche à P. Graber du 10 décembre 1975,* dodis.ch/39113.

L'opposition «illégale» de gauche (qui se compose essentiellement de deux groupes, la Junte démocratique dominée par le Parti communiste espagnol et la Plate-forme de convergence au sein de laquelle le Parti socialiste ouvrier espagnol donne le ton) a réagi négativement au discours de Juan-Carlos, qualifié de discours «continuiste», et n'a pas caché sa déception devant l'absence d'amnistie générale. Le maintien de la trêve politique et l'acceptation conditionnelle du fait monarchique par le PCE ainsi que par les socialistes et les chrétiens-sociaux (demandant que l'accession de Juan-Carlos au trône d'Espagne soit validée par un vote populaire) paraissent toutefois indiquer que la gauche est, pour le moment, résolue à modérer ses revendications et à accorder au nouveau Roi un délai de grâce.

La désignation, lundi dernier, d'une personnalité modérée du centre, Fernandez Miranda, au poste clef de président des Cortes et du Conseil du Royaume (l'ancien président, Rodriguez de Valcarcel, appartenait au «bunker» des ultras), ainsi que l'élargissement, mardi, de la grâce royale aux étudiants et enseignants universitaires condamnés à des peines disciplinaires, qui montrent que Juan-Carlos a déjà consolidé sa position aux dépens des ultras et particulièrement des phalangistes, devraient d'ailleurs faire patienter la gauche.

Juan-Carlos peut également compter d'emblée, à l'extérieur, sur l'appui des États-Unis et de la majorité des États européens.

192

dodis.ch/38818

Notice pour le Directeur de la Direction des organisations internationales du Département politique, R. Keller[1]

[Berne,] 4 décembre 1975

Dans sa lettre du 2 décembre 1975[2], relatant le retrait de l'équipe médicale suisse de Luang Prabang (Laos), M. l'Ambassadeur Hartmann exprime le désir de s'entretenir avec nous, lors de son prochain séjour en Suisse à l'occasion des fêtes de l'An, afin de connaître notre attitude à l'égard de l'aide humanitaire que la Suisse entend apporter à un pays en voie de développement marxiste-totalitaire[3].

Je me permets dès lors de vous soumettre les réflexions qui suivent en sollicitant votre approbation ou des directives complémentaires. Le cas échéant, la

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1988/15#633* (o.220). *Rédigée et signée par P. A. Barbey. Copie à la Division politique II du Département politique et à A. Bill.*

2. *Lettre de R. Hartmann à R. Keller du 2 décembre 1975*, dodis.ch/40548. *Sur cette mission, cf. aussi la notice de R. Hartmann à E. Thalmann du 28 septembre 1970,* dodis.ch/36037; *le PVCF N° 1848 du 28 octobre 1970,* dodis.ch/36039; *le rapport de A. Wenger du 15 novembre 1975,* dodis.ch/40549 *et la lettre de R. Hartmann à R. Keller du 16 juin 1975,* CH-BAR#E2003A#1988/15#663* (o.222).

3. *Cf. DDS, vol. 25, doc. 60,* dodis.ch/35275 *et doc. 149,* dodis.ch/35604 *et la notice de E. Schurtenberger et P. Hollenweger du 24 septembre 1975,* dodis.ch/38836.

question pourrait donner lieu à un échange de vues avec la Division politique II, à l'intention de laquelle une copie de la présente est établie.

Nous avons clairement défini que notre aide humanitaire «ne connaît pas de frontière ni dans le temps ni dans l'espace» et qu'elle a pour objectif «de contribuer, par des mesures de prévention ou de secours, à la sauvegarde de la vie humaine lorsqu'elle est menacée»… «La victime à secourir se place dès lors au centre de nos préoccupations et toutes nos actions doivent viser à une amélioration directe de son sort…»[4]

En conséquence, le régime politique du pays auquel nous offrons notre aide ne joue pratiquement pas de rôle. Nous n'entendons toutefois pas nous imposer à tout prix. N'ayant pas de passé colonial ou autre à nous faire pardonner, nous sommes simplement disponibles. Nous exprimons toutefois l'avis que les pays en voie de développement n'ont pas le monopole de la «dignité nationale» qu'ils revendiquent. Nous sommes et serons prêts à intervenir en faveur de populations dans la détresse tant et aussi longtemps que notre aide sera acceptée, voire même tolérée[5].

En ce qui concerne le Laos, d'entente avec la Croix-Rouge suisse, nous avons certainement trouvé le ton juste: l'équipe médicale a été retirée dans l'honneur à l'expiration d'un contrat dont les Laotiens ne souhaitaient pas la prolongation. Comme l'écrit M. Hartmann «Die Schweizerflagge in Luang Prabang ist auf würdige Weise eingezogen worden»[6]. Aucune partie n'a perdu la face; par des envois de médicaments – dont l'ampleur sera néanmoins réduite par rapport au passé – nous maintiendrons le contact. Mais – et c'est important – il appartiendra aux Laotiens de faire le premier pas au moment où ils souhaiteront la reprise de l'activité d'une équipe médicale suisse financée par la Confédération.

Peut-on envisager une autre attitude de principe[7]?

---

4. *Rapport* Politique suisse d'aide humanitaire *de la Direction des organisations internationales du Département politique de décembre 1975,* dodis.ch/40550. *Annotation manuscrite dans la marge de R. Keller:* juste.

5. *Annotation manuscrite dans la marge de R. Keller:* exact.

6. *Cf. note 2.*

7. *Annotation manuscrite dans la marge de R. Keller:* non.

193

dodis.ch/37207

Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Bagdad, A. Natural, à la Direction politique du Département politique[1]

NOTRE PRISE DE POSITION SUR LA RÉSOLUTION ANTISIONISTE DE L'ONU[2]
FORTE RÉACTION IRAKIENNE

Confidentiel Bagdad, 7 décembre 1975

1. M. Ibrahim al-Wali, Directeur politique MAE me convoqua 7 décembre pour me parler, d'ordre de son Ministre[3], de nos prises de position sur résolution antisioniste de l'ONU. Il s'est exprimé avec une grande courtoisie, mais la substance de ses propos était très ferme.

2. Il a cité le discours du Président de la Confédération au Parti socialiste[4], la déclaration formulée par 98 députés[5], un communiqué du Conseil des Églises, et les commentaires de la presse suisse[6]. Il a constaté que la Confédération n'étant pas membre de l'ONU, rien ne l'obligeait de prendre position sur la dite résolution. Dès lors notre réaction, aux yeux de son Ministre, est une manifestation d'hostilité à l'encontre des Arabes.

3. J'ai déclaré que tel n'était pas le cas et me suis livré à une très longue explication.

Je suis remonté à 1939, à l'antisémitisme qui régnait dans une partie de l'Europe, aux camps d'anéantissement de Hitler. Ai exposé les sentiments d'horreur que la révélation de ces faits avait causés en Suisse[7] et le soulagement qu'avions éprouvé quand la création de l'État d'Israël nous a permis de croire que de tels drames ne pourraient plus se reproduire. J'ai reconnu que le monde arabe n'était pour rien dans ces antécédents et que nous n'avions pas pris conscience de l'injustice qui était commise à l'égard du peuple palestinien. Toujours est-il qu'à nos yeux le fait israélien existe aujourd'hui et que la présence de plus de deux millions de juifs sur ce territoire ne peut pas être ignorée ni abolie. Dès lors, selon nous, une solution pacifique ne peut provenir que d'un dialogue, ou plus exactement d'une possibilité de dialogue entre les deux communautés, palestinienne et juive. Nous sommes favorables à tout ce qui peut faciliter ce dialogue, hostiles à ce qui peut y faire obstacle. C'est pourquoi nous avons vu

---

1. *Télégramme:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#3792* (B.15.21). *Copie à la Division du commerce du Département de l'économie publique et au Secrétariat politique du Département politique.*
2. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 18 novembre 1975,* UN doc. A/RES/3379 (XXX), CH-BAR#E2003A#1988/15#1406* (o.713.275).
3. *S. Hammadi.*
4. *Exposé de P. Graber au Congrès d'automne du Parti socialiste neuchâtelois du 15 novembre 1975,* CH-BAR#E2812#1985/204#169* (4).
5. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1988/15#1406* (o.713.275) *et doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#519* (B.34.94.10).
6. *Cf. ibid.*
7. *Cf. DDS, vol. 16, doc. 3,* dodis.ch/320.

dans la résolution antisioniste un risque de renaissance de l'antisémitisme aux conséquences si néfastes, une tendance qui ne favorise pas le retour à la paix.

Cette attitude n'est en rien dirigée contre les Arabes, à fortiori contre l'Irak. Elle part du désir de favoriser l'établissement de conditions permettant de résoudre, à longue échéance, le conflit israélo-arabe.

4. M. Al-Wali, ancien consul général à Genève, m'a écouté avec sympathie. Mais il a rétorqué que nous faisions bon marché de la cause arabe en admettant le fait accompli, ce à quoi l'Irak se refuse. Nous avons le droit, ajoute-t-il, d'avoir de la sympathie pour Israël, mais nous devrions aussi en avoir pour les Arabes.

J'ai évoqué ce que nous avons fait pour mieux comprendre le point de vue arabe, j'ai rappelé notre conférence des Ambassadeurs au Caire[8], j'ai dit que nous étions ouverts à leurs conceptions.

Il m'a répété alors que son Ministre l'avait chargé de me dire qu'il considérait notre attitude comme traduisant une hostilité à la cause arabe, et que dans ces conditions, il doutait que le Ministre soit prêt à nous envoyer un ambassadeur.

«Il vaut mieux, a-t-il conclu, que vous connaissiez nos sentiments, que nous jouions carte sur table. Il n'est pas mauvais que le Gouvernement suisse sache que le Gouvernement irakien a été froissé par votre réaction».

5. Personnellement, M. Al-Wali, avait l'air ennuyé de me tenir ce langage et il a plusieurs fois répété qu'il agissait sur instruction précise du Ministre.

C'est le Directeur politique qui a été chargé de cette tâche. Le Ministre lui-même ne m'en a rien dit, les deux Sous-Secrétaires d'État vus le même jour, se sont étendus sur les grands avantages réciproques d'une coopération économique entre la Suisse et l'Irak[9]. Le Président de la République[10] avait lui aussi souligné l'intérêt de cette collaboration, mais en disant avec force que la seule restriction possible à une intensification des relations économiques pouvait provenir d'une méconnaissance de la politique arabe de l'Irak, des aspirations fondamentales de Bagdad. «Et quand je dis arabisme, je pense à la Palestine». J'avais parlé alors du grand respect que nous éprouvions pour la politique arabe en général, irakienne en particulier.

Devant cette toile de fond, on comprend pourquoi l'Ambassadeur Jolles a été reçu en Irak à un niveau nettement inférieur à celui qui lui a été réservé en Iran[11]. Les rendez-vous ont été improvisés et certains de ceux qui ont été demandés avec insistance parce qu'ils avaient trait à des intérêts suisses spécifiques (Université technologique de Bagdad) n'ont pas été accordés.

De même, on comprend aussi mieux le sens d'une remarque faite par le Secrétaire d'État du Ministère de l'économie[12]. Il avait déclaré que pour l'Irak,

---

8. *Cf. doc. 14,* dodis.ch/39250 *et le compte rendu de J.-J. Indermühle et P.-Y. Simonin de juillet 1973,* dodis.ch/40077.

9. *Sur les relations économiques de la Suisse avec l'Irak, cf. p. ex. le PVCF N° 1978 du 22 octobre 1975,* dodis.ch/37688.

10. *A. H. al-Bakr.*

11. *Cf. le rapport de P. R. Jolles de décembre 1975,* dodis.ch/37667 *et le PVCF N° 2179 du 19 novembre 1975,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#824*.

12. *M. M. al-Ubaidi.*

économie et politique allaient de paire et que le développement des relations économiques n'était concevable qu'avec des pays amis.

M. Jolles avait répondu en soulignant que la Suisse était neutre, qu'elle n'était liée à aucun bloc, pas même avec la Communauté européenne, et que sa politique commerciale était totalement indépendante. Le Secrétaire d'État s'était alors empressé d'ajouter que les pays véritablement neutres pouvaient être comptés parmi les pays amis. Les différents interlocuteurs de M. Jolles, tout en relevant qu'un accord commercial était désirable avaient précisé qu'ils ne pouvaient entrer en négociation à ce sujet avant d'avoir obtenu une approbation politique.

7. M. Jolles fera rapport dès son retour en Suisse.

194

dodis.ch/38628

Il Ministro degli Affari Esteri italiano, M. Rumor, al Capo del Dipartimento politico, P. Graber[1]

Roma, 16 dicembre 1975

Abbiamo appreso con molta soddisfazione che le conversazioni, tenutesi a Berna a metà ottobre scorso[2], fra esperti svizzeri e italiani si sono concluse positivamente, con la parafatura del progetto di Convenzione in materia di Doppia Imposizione[3].

Tale risultato, che ha superato le generali previsioni, è stato reso possibile anche per le aperture e flessibilità dimostrate dall'una e dall'altra parte che hanno permesso di risolvere le difficoltà della delicata materia ed anche certe divergenze inevitabili nelle posizioni iniziali delle due delegazioni.

Sono quindi lieto che la positiva conclusione del negoziato abbia fatto cadere le perplessità nutrite da parte svizzera ed abbia dato – come Le avevo indicato nei nostri colloqui dell'aprile scorso[4] – conferma della nostra volontà di negoziare.

In tal modo viene rimossa la causa che aveva finora fatto sospendere la procedura per la ratifica svizzera dell'Accordo per il ristorno fiscale a favore dei lavoratori frontalieri[5] e mi auguro che nei termini brevi esso possa entrare in

---

1. *Lettera:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4045* (B.34.12.0). *La lettera è stata consegnata dall'Ambasciata d'Italia a Berna il 30 dicembre 1975.*

2. *Sulle negoziazioni d'ottobre 1975, cf. la lettera di A. Marcionelli a E. Thalmann del 9 ottobre 1975,* dodis.ch/38310 *e l'appunto di K. Locher a G.-A. Chevallaz del 20 ottobre 1975,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3667* (B.34.12.0).

3. Convenzione tra la Confederazione Svizzera e la Repubblica Italiana per evitare le doppie imposizioni e per regolare talune altre questioni in materia di imposte sul reddito e sul patrimonio *del 9 marzo 1976, RU, 1979, pp. 461–480. Cf. doc. 70,* dodis.ch/38622, *nota 5.*

4. *Sulla visita di M. Rumor, cf. l'appunto di J. Zwahlen a P. Graber dell'8 aprile 1975,* dodis.ch/38626 *ed il verbale del 15 maggio 1975 di J.-P. Zehnder e H. Cuennet,* dodis.ch/37755.

5. Accordo tra la Svizzera e l'Italia relativo all'imposizione dei lavoratori frontalieri ed alla

vigore e divenire operante, corrispondendo alle aspettative sempre più pressanti manifestate dai Comuni italiani di frontiera e dagli ambienti politici e sindacali.

A questo riguardo, desidero rivolgerLe, caro Presidente, una calda preghiera perché da parte del Governo elvetico sia prestato ogni interessamento per accelerare l'iter di ratifica, naturalmente nel pieno rispetto delle procedure e degli adempimenti parlamentari.

Ritengo infatti che il Parlamento, recentemente eletto, avrà non pochi problemi a carattere prioritario e temiamo che tali adempimenti facciano ritardare la ratifica dell'Accordo.

Mi permetto pertanto confidare nel personale interessamento di V. E. nel senso di vedere nei tempi brevi conclusa, secondo le nostre vive aspettative, la procedura di ratifica dell'Accordo.

Nell'occasione, mi è gradito[6] inviarle i più cordiali saluti col più amichevole ricordo, mi creda.

---

compensazione finanziaria a favore dei Comuni italiani di confine *del 3 ottobre 1974, RU, 1979, pp. 457–459. Cf. doc. 70,* dodis.ch/38622.

6. *Formula finale di saluto aggiunta a mano.*

ANHANG / ANNEXES / APPENDICE

VII. THEMATISCHES VERZEICHNIS / TABLE MÉTHODIQUE TAVOLA METODICA

Die Zahlen des thematischen Verzeichnisses verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les chiffres de la table méthodique renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

Le cifre della tavola metodica rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

1. Grundfragen der Aussenpolitik / Questions générales de politique étrangère / Questioni generali della politica estera 14, 19, 28, 31, 63, 80, 85, 98, 104, 148, 191
Diplomatische Beziehungen / Relations diplomatiques / Relazioni diplomatiche 6, 13, 14, 18, 21, 31, 35, 44, 45, 53, 55, 56, 64, 82, 85, 90, 109, 113, 126, 128, 149, 155, 160, 164, 172, 174, 180, 188, 193
Neutralität / Neutralité / Neutralità 18, 52, 82, 165
Beziehungen zu kommunistischen Staaten / Relations avec les États communistes / Relazioni con gli Stati comunisti 10, 28, 34, 39, 51, 71, 75, 77, 130, 132, 133, 143, 146, 150, 152, 153, 160, 178, 181, 189
Beziehungen zu geteilten Staaten / Relations avec les États divisés / Relazioni con Stati divisi 8, 91, 127, 157
Aufnahme diplomatischer Beziehungen / Établissement des relations diplomatiques / Stabilimento di relazioni diplomatiche 97, 101, 147, 166
Menschenrechte / Droits de l'homme / Diritti dell'uomo 25, 107
Bild der Schweiz im Ausland / Image de la Suisse à l'étranger / Immagine della Svizzera all'estero 135

2. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen / Relations économiques et financières / Relazioni economiche e finanziarie 4, 13, 17, 33, 60, 95, 128, 135, 137, 142, 162, 168, 188
Der Finanzplatz Schweiz / La place financière suisse / La piazza finanziaria svizzera 96, 109, 119, 121, 122, 139
GATT 13, 55, 114, 134, 182
Ost-West-Handel / Commerce Est-Ouest / Commercio Est-Ovest 27, 34, 146, 150, 152, 189
Doppelbesteuerung / Double imposition / Doppia imposizione 66, 67, 70, 93, 188, 194
Nationalisierungen / Nationalisations / Nazionalizzazioni 17, 73, 144
Bankenfragen / Questions bancaires / Questioni bancarie 6, 122, 125, 139
Nachrichtenlose Vermögen / Avoirs en déshérence / Averi in giacenza 129, 133
Währungsfragen / Questions monétaires / Questioni monetarie 3, 5, 7, 36, 117, 123, 140, 141, 161, 170
Uhrenfragen / Questions horlogères / Questioni orologiere 92, 120
Industrie / Industrie / Industria 33, 34, 40, 137, 138, 153
Verbotene Handlungen für einen fremden Staat / Actes exécutés sans droit pour un État étranger / Atti compiuti senza autorizzazione per conto di uno Stato estero 1, 138, 176

Kriegsmaterialexport / Exportation de matériel de guerre / Esportazione di materiale da guerra 20, 42, 59, 130, 149, 169
Verkehrsfragen / Transports / Trasporti 125, 143, 149, 188
Energie- und Rohstofffragen / Énergie et matières premières / Energia e materie prime 110, 143, 185
Ölkrise / Crise pétrolière / Crisi petrolifera 49, 52, 58, 62, 64, 68, 74, 76, 102, 110, 124, 184, 185
Atomenergie / Énergie nucléaire / Energia nucleare 9, 167

3. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern / Coopération économique et technique avec les pays en voie de développement et les nouveaux pays industrialisés / Cooperazione economica e tecnica con i paesi in via di sviluppo e di recente industrializzazione 74, 84, 102, 112, 190
Afrika / Afrique / Africa 2, 15, 17, 68, 131
Asien / Asie / Asia 37, 45, 84, 90, 99, 102, 106
Lateinamerika / Amérique latine / America latina 59, 151
Exportrisikogarantie / Garantie contre les risques à l'exportation / Garanzia contro i rischi delle esportazioni 11, 162
Finanzhilfe / Aide financière / Aiuto finanziario 11, 63, 72, 85, 88, 99, 151, 171

4. Internationale Organisationen / Organisations internationales / Organizzazioni internazionali 24, 154
UNO und UNO-Spezialorganisationen / ONU et Organisations spécialisées de l'ONU / ONU e Organismi specializzati dell'ONU 12, 24, 46, 47, 88, 95, 108, 126, 144, 193
Sanktionen der UNO gegen Südafrika und Rhodesien / Sanctions de l'ONU contre l'Afrique du Sud et la Rhodésie / Sanzioni dell'ONU contro il Sudafrica e la Rodesia 17, 60, 100, 154, 162, 183

5. Europapolitik / Politique européenne / Politica europea 9, 29, 61, 111, 138, 141, 145, 161, 167, 170, 173
EG / CE / CE 9, 18, 111, 145, 164, 173
Europarat / Conseil de l'Europe / Consiglio d'Europa 25, 61, 104, 107
EFTA / AELE / AELS 105
OECD / OCDE / OCDE 5, 110, 140

6. Gute Dienste und humanitäre Aktionen / Bons offices et activités humanitaires / Buoni uffici e attività umanitarie
Vertretung fremder Interessen / Représentation d'intérêts étrangers / Rappresentanza d'interessi esteri 22, 26
Gute Dienste / Bons offices / Buoni uffici 43, 45, 106
Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe / Aide humanitaire et aide en cas de catastrophe / Aiuto umanitario e aiuto in caso di catastrofe 30, 47, 48, 76, 93, 98, 103, 136, 156, 192

7. Migrations- und Flüchtlingspolitik / Politique de migration et des réfugiés / Politica migratoria e dei rifugiati
Auslandschweizer / Suisses de l'étranger / Svizzeri all'estero 66, 98
Ausländerpolitik / Politique des étrangers / Politica degli stranieri 35, 41, 53, 54, 62, 70, 86, 94, 115, 118, 159, 194
Sozialversicherungen / Sécurité sociale / Previdenza sociale 66, 93, 180, 186
Flüchtlings- und Asylpolitik / Politique de l'asile / Politica d'asilo 69, 81, 85, 90
Fremdenfeindlichkeit / Xénophobie / Xenofobia 86, 115

8. Innenpolitische Aspekte der Aussenpolitik / Enjeux de politique intérieure en politique étrangère / Aspetti di politica interna della politica estera 4, 38, 163
Wissenschaftsfragen / Questions scientifiques / Questioni scientifiche 29, 65
Kultur- und Sprachenfragen / Questions culturelles et linguistiques / Questioni culturali e linguistiche 50, 51, 155
Öffentlichkeit und Medien / Opinion publique et médias / Opinione pubblica e media 83, 86
Eidgenössische Behörden / Institutions fédérales / Instituzioni federali 87, 94, 98, 116, 168, 190

9. Innere und äussere Sicherheitspolitik / Politique de sécurité intérieure et extérieure / Politica di sicurezza interna ed esterna 94, 159
KSZE / CSCE / CSCE 28, 32, 57, 79, 89, 118, 158, 160, 177
Militärische Zusammenarbeit / Coopération militaire / Cooperazione militare 16
Spionage / Espionnage / Spionaggio 10, 39
Terrorismus / Terrorisme / Terrorismo 23, 78, 187
Nahostkonflikt / Conflit du Proche-Orient / Conflitto del Vicino Oriente 14, 22, 23, 44, 46, 47, 48, 126, 179, 187, 193
Sicherheit der diplomatischen Vertretungen / Sécurité des représentations diplomatiques / Sicurezza delle reppresentanze diplomatiche 38, 179

VIII. REGISTER / INDEX / INDICE

VIII.1. PERSONENREGISTER
INDEX DES NOMS DE PERSONNES
INDICE DELLE PERSONE

Nebst des Namens und der Funktion während der Periode des Bandes der betreffenden Person führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), in welcher zusätzliche biographische Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Am 16. Juli 1973 trat eine Reorganisation des Politischen Departements (EPD) in Kraft. Im vorliegenden Register werden die Bezeichnungen der Funktionen und Organisationen **nach** der Reorganisation verwendet. In der Datenbank Dodis befinden sich Organigramme des Departements vor (dodis.ch/37178) und nach (dodis.ch/48076) der Reorganisation.

Les noms des personnes de l'index et les fonctions des personnes pour la période du volume sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations biographiques et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Le 16 juillet 1973, une réorganisation du Département politique (DPF) entre en vigueur. Dans le présent index, les désignations des fonctions et des organisations utilisées sont celles adoptées **après** la réorganisation. La base de données Dodis reproduit les organigrammes du Département antérieurs (dodis.ch/37178) et postérieurs (dodis.ch/48076) à la réorganisation.

I nomi delle persone dell'indice recano, oltre alle loro funzioni durante il periodo del volume, anche i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni biografiche e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. Il 16 luglio 1973 entrò in vigore una riorganizzazione del Dipartimento politico (DPF). Le denominazioni di funzioni e organizzazioni utilizzate nel presente indice sono quelle entrate in vigore **dopo** la riorganizzazione. La banca dati Dodis fornisce gli organigrammi del Dipartimento anteriori (dodis.ch/37178) e posteriori (dodis.ch/48076) alla riorganizzazione.

Abdessalam, Belaid (algerischer Industrie- und Energieminister) dodis.ch/P46139, **113**
Abdulkadir, Jemal (äthiopischer Gesundheitsminister) dodis.ch/P51209, **131**
Abela, Joseph (maltesischer Finanzminister) dodis.ch/P52498, **21**
Adams, Stanley George (ehem. Mitarbeiter der Hoffmann-La Roche AG) dodis.ch/P51555, **138, 173**
Aebi, Ernst (Sektionschef im Eidg. Luftamt des EVED) dodis.ch/P41745, **150, 153**
Aebli, Hans (Adjunkt in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41885, **33**
Aellan, Gilbert (schweiz. Militärattaché in Stockholm) dodis.ch/P52184, **16**
Aenishänslin, Paul (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49256, **72**
Aga Khan, Sadruddin (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) dodis.ch/P17071, **17, 85**
Agócs, Attila (Mitarbeiter der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P50520, **189**
Akhaoui, Cherif (libanesischer Journalist) dodis.ch/P50855, **179**
Alder, Claudius (Nationalrat) dodis.ch/P42274, **25, 138**
Aldrich, George H. (Rechtsberater des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P47512, **73, 149**
Alemann, Roberto (Professor für Nationalökonomie an der Universität Buenos Aires) dodis.ch/P17640, **33**

Allende Gossens, Salvador (chilenischer Staatspräsident bis September 1973) dodis.ch/P35026, **69, 85, 151**
Alp, Ali Hikmet (Leiter der türkischen Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P51182, **89**
Altenpohl, Dietrich (Direktor der schweiz. Aluminium AG) dodis.ch/P51283, **34**
Altorfer, Max (Vizedirektor des Amts für kulturelle Angelegenheiten des EDI) dodis.ch/P12930, **135**
Amstutz, Josef (Mitarbeiter der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P52254, **187**
Anderson, David (Abteilungschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P51116, **149**
Andréani, Jacques (Leiter der französischen Delegation bei der KSZE in Helsinki und Genf) dodis.ch/P51175, **57**
Andres, Ernst (Chef der Sektion Internationale Wissenschaftliche Angelegenheiten des EPD, ab Mai 1975 Chef des Informations- und Pressedienst des EPD) dodis.ch/P15998, **9, 29, 174**
Andres, Frieder Heiner (schweiz. Botschafter in Lagos, akkreditiert in Malabo und in N'Djamena) dodis.ch/P2641, **90, 136**
Androsch, Hannes (österreichischer Finanzminister) dodis.ch/P15491, **141, 161**
Anghelis, Odysseus (griechischer Vizestaatspräsident) dodis.ch/P51297, **31**
Angst, Carl Louis (Generaldirektor der Nestlé Alimentana SA) dodis.ch/P29212, **34**
Anninos-Kavallieratos, Phedon (stv. griechischer Aussenminister) dodis.ch/P52128, **31**
Antonioni, Michelangelo (italienischer Filmregisseur) dodis.ch/P51642, **153**
Apel, Hans Eberhard (Finanzminister der BRD) dodis.ch/P51154, **141, 161**
Arafat, Yassir (Vorsitzender der PLO) dodis.ch/P46957, **23**
Arias Navarro, Carlos (spanischer Premierminister) dodis.ch/P51203, **158**
Arioli, Silvio (Sektionschef im Integrationsbüro und Chef des Rechtsdiensts der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24523, **1, 13, 54, 135, 163**
Armstrong, Willis Coburn (Abteilungschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P51505, **55**
Arx, Herbert von (juristischer Mitarbeiter des Rechtsberaters des EPD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P28884, **28, 57, 79**
Ash, Roy L. (Budgetberater der Regierung der USA) dodis.ch/P51463, **13**
Åström, Sverker (Generalsekretär des schwedischen Aussenministeriums) dodis.ch/P16730, **8, 50, 52**
Attinger, Hélène (stv. Sektionschefin beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P50963, **68**
Attinger, Philippe (wissenschaftlicher Adjunkt beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P50358, **102**
Axen, Hermann (Sekretär des Zentralkomitees der SED der DDR) dodis.ch/P51047, **160**
Aydi, Hamad (Vertreter der palästinensischen Befreiungsorganisation in Peking) dodis.ch/P51448, **187**
Bächtold, Kurt (Ständerat) dodis.ch/P41824, **91**
Baena Alonso, Humberto (spanischer Oppositioneller) dodis.ch/P51242, **174**
Bakr, Ahmad Hassan al- (irakischer Staatspräsident) dodis.ch/P48015, **193**
Baldi, Marino (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P49160, **138, 145**
Balleys, François (Mitarbeiter des Amts für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P49697, **120**
Balmer, Serge (Präsident der Generaldirektion der Ebauches SA) dodis.ch/P50913, **153**
Bang Ki Yong (Vizepräsident des nordkoreanischen Committees for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44886, **91**
Bänninger, Alex (Sektionschef im Amt für kulturelle Angelegenheiten des EDI) dodis.ch/P51046, **51, 57**
Barakat, Daoud Amin (Vertreter der PLO in Genf) dodis.ch/P48577, **23, 187**
Barbara, Agatha (maltesische Erziehungsministerin) dodis.ch/P49862, **21**
Barbey, Hildegard (Mitarbeiterin des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P46601, **7**
Barbey, Pierre Aimé (schweiz. Generalkonsul in Montreal bis Dezember 1974, ab Februar 1975 Chef der Sektion Internationale Hilfswerke des EPD) dodis.ch/P18992, **64, 106, 131, 166, 192**

Barchi, Pier Felice (Nationalrat) dodis.ch/P49401, **25**
Bargetzi, Fridolin (Mitarbeiter der Abteilung für Armeebelange der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P52356, **156**
Baroni, Hubert (schweiz. Direktor der TRAFIPRO) dodis.ch/P48578, **15**
Battista, Louis Alois de (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P41496, **15**
Bauer, Gérard (Präsident des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie, Präsident der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P1129, **59, 153**
Bauermeister, Ernest (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P4745, **38, 161**
Baumgartner, René (ehem. Mitarbeiter im politischen Dienst Ost des EPD) dodis.ch/P42728, **91**
Beaud, André (Chef des Rettungsdiensts des IKRK) dodis.ch/P51099, **76**
Béglé, Henri (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Khartum bis März 1973) dodis.ch/P5005, **17, 23**
Béglé, René (Verwaltungsratsdelegierter der Interfood SA) dodis.ch/P17018, **34**
Béguin, Bernard (Direktor des TSR) dodis.ch/P33965, **148**
Béguin, Jean-Pierre (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P50654, **171**
Ben Bella, Ahmed (ehem. algerischer Staatspräsident) dodis.ch/P15554, **166**
Bennett, Jack F. (Unterstaatssekretär im Finanzministerium der USA) dodis.ch/P50663, **55**
Ben-Yaacov, Itzhak (israelischer Botschafter in Valletta) dodis.ch/P52501, **21**
Berberat, Raymond (schweiz. Botschaftssekretär in Daressalam) dodis.ch/P12734, **154**
Berg, Wolfgang Friedrich (Professor für Fotografie an der ETH Zürich) dodis.ch/P51474, **37**
Bergier, Jean-François (Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der ETH Zürich) dodis.ch/P15624, **65**
Bernath, Erwin (schweiz. Botschafter in Ottawa) dodis.ch/P1133, **64**
Berthoud, Yves André (schweiz. Botschaftsrat in Kairo) dodis.ch/P2651, **129**
Berti, Gian Luigi (san-marinesischer Aussenminister) dodis.ch/P51202, **158**
Beuchat, Jean-Claude (Direktor des Verbands der Schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P51767, **153**
Beuys, Joseph (deutscher Künstler) dodis.ch/P52344, **50**
Bhutto, Zulfikar Ali (pakistanischer Staatspräsident) dodis.ch/P41701, **21, 45**
Biaudet, Jean Charles (Professor für Neue und Zeitgenössische Geschichte an der Universität Lausanne) dodis.ch/P26489, **65**
Bieri, Fred (ehem. Direktor der Verwaltungsdirektion des EPD) dodis.ch/P122, **188**
Bieri, Rudolf (Direktor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16671, **7, 47, 55, 72, 88, 170, 171**
Bilge, Ali Suat (türkischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43750, **98**
Bill, Arthur (Delegierter des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland) dodis.ch/P29204, **30, 37, 43, 45, 46, 47, 93, 103, 136, 155, 156, 192**
Billieux, Paul (Geschäftsträger a. i. in Saigon ab November 1975) dodis.ch/P30535, **147**
Bindschedler, Rudolf (Rechtsberater des EPD, Chef der schweiz. Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P1396, **7, 8, 14, 28, 32, 46, 47, 57, 61, 65, 71, 89, 108, 110, 158, 160**
Birchler, Georges (schweiz. Vizekonsul in Karatschi) dodis.ch/P52055, **106**
Birendra Bir Bikram Shah Dev (nepalesischer König) dodis.ch/P47133, **102**
Bisaz, Andri (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P50406, **68, 101, 136**
Bischof, Erwin (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P46600, **7, 49, 114, 144, 187**
Bischoff, Luc (Chef des Politischen Dokumentationsdiensts des EPD) dodis.ch/P1920, **181**
Björnberg, Arne (schwedischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P42784, **8**
Blankart, Franz (ab Oktober 1973 Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P22246, **9, 18, 61, 67, 105, 114, 138, 145, 161, 163, 167, 173**
Blaser, Werner (Schweizer Architekt) dodis.ch/P51763, **153**
Blickenstorfer, Christian (Sekretär der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung) dodis.ch/P15381, **148**

Bodenmüller, Rolf (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P24101, **17, 133, 155**
Boesch, Christian (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD, ab Mai 1974 Stellvertreter des Chefs des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P41268, **47, 173**
Böhler, Bernhard Karl (Sektionschef im Amt für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P49306, **143**
Bohnert, Fritz (Chef der Sektion Verkehr des EPD) dodis.ch/P15967, **149**
Boisard, Marcel (Delegierter des IKRK in Kairo) dodis.ch/P43811, **22**
Boissonnas, Luc (Direktor der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P40555, **51**
Bonnant, Georges (schweiz. Generalkonsul in Mailand) dodis.ch/P1146, **86**
Bonny, Jean-Pierre (stv. Direktor, ab Mai 1974 Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P31277, **54, 75, 94, 115, 170, 180**
Bonvin, Jean Roger (schweiz. Konsularagent in Bujumbura) dodis.ch/P16391, **2**
Bonvin, Roger (Bundesrat, Vorsteher des EVED bis Dezember 1973, 1973 Bundespräsident) dodis.ch/P12130, **19, 20, 25, 28, 35, 46, 47, 49, 56**
Borel, Claude (Mitarbeiter des Diensts für Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P48401, **135**
Born, Rolf (schweiz. Generalkonsul in Manchester bis März 1974) dodis.ch/P17174, **155**
Borner, Harald (ehem. Mitarbeiter des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P15375, **188**
Borschette, Albert (Kommissar für Wettbewerb der EG-Kommission) dodis.ch/P44794, **138**
Bosshard, Rudolf (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P17458, **34**
Bossi, Walter (schweiz. Botschafter in Prag bis Dezember 1974) dodis.ch/P1139, **26, 132**
Boumedienne, Houari (algerischer Staatspräsident) dodis.ch/P33898, **113**
Bourgeois, Jean (Chef der Personalsektion des EPD) dodis.ch/P15383, **26, 97**
Bourgnon, Etienne (diplomatischer Adjunkt der Sektion Internationale Wissenschaftliche Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P17411, **177**
Bourguiba, Habib (tunesischer Staatspräsident) dodis.ch/P15772, **80**
Boustany, Élie (libanesischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P51637, **8, 153**
Bouteflika, Abdelaziz (algerischer Aussenminister) dodis.ch/P42084, **113**
Braendli, Paul (Vizedirektor des Amts für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P37787, **120**
Bräm, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P26995, **160**
Brandt, Willy (Bundeskanzler der BRD bis Mai 1974) dodis.ch/P15409, **12, 57, 80**
Bratteli, Trygve (norwegischer Premierminister) dodis.ch/P27851, **158**
Brem, Ernst (Direktionspräsident der Oerlikon-Bührle AG) dodis.ch/P49053, **34**
Brennan, Peter J. (Arbeitsminister der USA) dodis.ch/P51935, **13**
Breschnew, Leonid Iljitsch (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P15543, **57, 89, 158**
Brodmann, Walter (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49289, **13**
Brogini, Paolo (schweiz. Diplomatenanwärter in Addis Abeba) dodis.ch/P15970, **131**
Brohy, André (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P49172, **30**
Brown, Gillian Gerda (britische Botschaftsrätin in Bern) dodis.ch/P46757, **98, 176**
Broz-Budisavljević, Jovanka (Ehefrau von J. Broz Tito) dodis.ch/P43808, **75**
Brugger, Ernst (Bundesrat, Vorsteher des EVD, 1974 Bundespräsident) dodis.ch/P31389, **1**, **5, 7, 11, 13, 17, 19, 25, 27, 28, 34, 35, 36, 40, 41, 48, 49, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 64, 72, 75, 80, 88, 89, 91, 94, 98, 99, 110, 112, 116, 120, 124, 125, 132, 135, 137, 139, 140, 142, 145, 148, 151, 152, 160, 161, 164, 168, 170, 174, 182, 184, 188, 190**
Brügger, Paul (Mitarbeiter des Vororts) dodis.ch/P31390, **1**
Brüngger, Hedwig (Adjunktin der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P44799, **57**
Brunner, Edouard (Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I des EPD, Stellvertreter des Chefs der schweiz. Delegation bei der KSZE in Helsinki und Genf) dodis.ch/P19047, **24, 28, 32, 50, 57, 61**
Brunner, Hans (Abteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2142, **105, 175**

Brunthaver, Carroll (Abteilungschefin im Landwirtschaftsministerium der USA) dodis.ch/P51145, **13, 55**
Bubanj, Viktor (ehem. jugoslawischer Generalstabschef) dodis.ch/P51391, **75**
Bucher, Giovanni Enrico (schweiz. Botschafter in Tokio, akkreditiert in Seoul, ab Februar 1975 schweiz. Botschafter in Lissabon) dodis.ch/P10060, **8, 124, 127, 128, 139, 162, 164, 175**
Bucher, Johann (schweiz. Diplomatenanwärter in Algier) dodis.ch/P21151, **113, 179**
Bucher, Josef (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P15357, **132**
Buchmann, Hans (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42413, **182**
Bühler, Hans (ehem. Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P322, **12, 188**
Bühler, Rolf (Verwaltungsratsdelegierter der Gebrüder Bühler AG) dodis.ch/P323, **34**
Burckhardt, Lukas (Chef der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des EPD bis April 1974) dodis.ch/P14178, **8, 14, 45, 50, 51, 57, 71, 135**
Burdet, Pierre (Mitarbeiter der Personalsektion des EPD) dodis.ch/P16140, **128, 153**
Burkhardt, Otto (Adjunkt beim Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland) dodis.ch/P45751, **43, 156**
Bürki, Albert (Adjunkt in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37786, **34**
Burns, Arthur Frank (Vorstandsvorsitzender der Federal Reserve Bank der USA) dodis.ch/P31499, **13, 55**
Buser, Walter (Vizekanzler) dodis.ch/P34772, **19, 46, 49, 94, 98, 116**
Butty, Laurent (Nationalrat) dodis.ch/P46911, **2**
Butz, Earl (Landwirtschaftsminister der USA) dodis.ch/P50662, **149**
Cabral, Amílcar (Generalsekretär der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde) dodis.ch/P39411, **24**
Caillat, Claude (schweiz. Botschafter in Den Haag, ab Mai 1974 Chef der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P2697, **9, 82, 138, 161, 167, 173**
Callaghan, James (ab März 1974 britischer Aussenminister) dodis.ch/P15454, **98**
Campiche, Samuel François (schweiz. Botschafter in Helsinki und Chef der schweiz. Delegation bei der KSZE in Helsinki, ab Februar 1975 schweiz. Botschafter in Madrid) dodis.ch/P1323, **28, 32, 57, 174, 177, 186, 191**
Caratsch, Claudio (Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I des EPD) dodis.ch/P15359, **18, 35, 57, 58, 61, 73, 82, 89, 91, 93, 101, 132, 146, 149, 155, 174, 175, 181**
Carrillo Solares, Santiago (Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens) dodis.ch/P51214, **94**
Carruzzo, Félix (Nationalrat) dodis.ch/P40063, **19**
Cart, Henri-Philippe (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD, ab April 1974 schweiz. Entwicklungsattaché in New Delhi) dodis.ch/P31398, **2, 102**
Carugo, Renata (Sektionschefin beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P44744, **68, 102**
Casanova, Max (schweiz. Botschafter in Djeddah) dodis.ch/P9805, **14, 124**
Casaroli, Agostino (vatikanischer Aussenminister) dodis.ch/P42817, **158**
Casella, Alexandre (schweiz. Journalist) dodis.ch/P48536, **147**
Casey, William J. (Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P5588, **55**
Cassar, Joseph (maltesischer Arbeitsminister) dodis.ch/P52497, **21**
Ceaușescu, Nicolae (rumänischer Staatspräsident, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens) dodis.ch/P15499, **152, 158**
Celio, Nello (Bundesrat, bis Dezember 1973 Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P26988, **3, 7, 17, 19, 25, 28, 36, 46, 47, 49, 53, 70, 76, 116, 162**
Chapatte, Philippe (Sektionschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P31140, **48, 69**
Chappatte, Serge (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P50465, **102, 106**
Chappuis, François (Sekretär der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung) dodis.ch/P15956, **148**
Chapuis, René (Sektionschef in der Zollverwaltung des EFZD) dodis.ch/P52352, **120**

Châtelain, François (schweiz. Botschafter in Colombo, akkreditiert in Hanoi, ehem. Sektionschef im politischen Dienst Ost des EPD) dodis.ch/P2752, **45, 84, 147**
Cherif, Mohammed (politischer Flüchtling in der Schweiz, ehem. guineischer Botschafter in Moskau) dodis.ch/P51212, **17**
Chevalier, René (Sekretär der Geschäftsprüfungskommission der Eidg. Räte) dodis.ch/P49110, **20**
Chevallaz, Georges-André (ab Januar 1974 Bundesrat, Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P23882, **7, 55, 60, 70, 72, 83, 90, 98, 101, 116, 124, 125, 130, 139, 140, 141, 152, 161, 170, 190, 194**
Chiao Kuan-hua (ab November 1974 chinesischer Aussenminister) dodis.ch/P47947, **153**
Chi Peng-fei (chinesischer Aussenminister bis November 1974) dodis.ch/P47042, **8, 137**
Chirac, Jacques (ab Mai 1974 französischer Premierminister) dodis.ch/P47037, **172**
Chňoupek, Bohuslav (tschechoslowakischer Aussenminister) dodis.ch/P48042, **132, 160**
Chou En-lai (chinesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P13140, **12**
Clark, Ramsey (ehem. Justizminister der USA) dodis.ch/P43460, **149**
Clerc, Alain (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P50403, **71**
Clerc, Blaise (Präsident der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P17465, **7**
Clerc, Joseph (Chef der Aktion Bassin du Lac Tchad des schweiz. Katastrophenhilfecorps) dodis.ch/P35049, **103, 136, 156**
Clopath, Gion (Präsident der schweiz. Handelskammer in Frankreich, Mitglied der Groupe d'Études helvetiques de Paris) dodis.ch/P51563, **66**
Clottu, Gaston (ehem. Nationalrat) dodis.ch/P35016, **135**
Coigny, André (schweiz. Botschaftsrat und Geschäftsträger a. i. in Athen) dodis.ch/P21915, **31, 93**
Colombo, Giovanni dodis.ch/P5931 (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P50931, **88**
Cornaz, Immita (stv. Sektionschefin beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P46323, **2, 15, 30, 136**
Cosandey, Maurice (Präsident der EPFL) dodis.ch/P31661, **128**
Cosgrave, Liam (irischer Premierminister) dodis.ch/P15295, **158, 160**
Costa Gomes, Francisco da (portugiesischer Staatspräsident) dodis.ch/P47036, **158**
Cramer, Hans Conrad (Chef des Diensts für Fremde Interessen des EPD, ab Juni 1973 schweiz. Botschaftsrat in Rom,) dodis.ch/P2310, **26, 35, 45**
Crivelli, Aldo (schweiz. Vizekonsul in Havanna) dodis.ch/P20766, **26**
Cross, Samuel (Mitarbeiter im Finanzministerium der USA) dodis.ch/P51808, **55**
Cuendet, Jean (schweiz. Botschaftsrat in Beirut) dodis.ch/P2492, **179, 187**
Cuennet, Henri (Mitarbeiter der Politischen Abteilung I des EPD) dodis.ch/P17214, **35, 82, 86, 94, 97, 98, 172, 191, 194**
Cuénoud, Pierre (Minister bei der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P14773, **28, 114, 128**
Curchod, Theodor (schweiz. Botschafter in Pretoria) dodis.ch/P9900, **12, 60, 100, 154**
Daane, Dewey J. (Vorstandsmitglied der Federal Reserve Bank der USA) dodis.ch/P52342, **13**
Dabernat, René (französischer Journalist) dodis.ch/P51146, **172**
Daddah, Mokhtar Ould (mauretanischer Staatspräsident, ehem. Vorsitzender der OAU) dodis.ch/P28201, **17**
Dahrendorf, Ralf (deutscher Soziologe, Kommissar für Aussenhandel der EG-Kommission) dodis.ch/P46743, **4**
Dannecker, Rudolf (schweiz. Entwicklungsattaché in Nairobi, ab Juni 1975 Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P31662, **2, 15, 17, 131, 136**
Dardel, Gilbert de (Geschäftsträger a. i. in Saigon bis September 1974) dodis.ch/P2698, **147**
De Chiara, Giuseppe (stv. Abteilungschef im italienischen Finanzministerium) dodis.ch/P48394, **70**
De Clercq, Willy (belgischer Finanzminister, Präsident des Ministerkomitees der Europäischen Gemeinschaft) dodis.ch/P51868, **161**
Debétaz, Edouard (Nationalrat) dodis.ch/P42674, **170**
Delfim Netto, Antônio (brasilianischer Finanzminister) dodis.ch/P45547, **40**

Demirel, Süleyman (türkischer Premierminister) dodis.ch/P44321, **158**
Deng Xiaoping (stv. chinesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P49371, **137, 153**
Dent, John Herman (Mitglied des Repräsentantenhauses der USA) dodis.ch/P45667, **13**
Dietschi, Peter (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P17152, **55**
Diez, Emanuel (Direktor der Direktion für Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P1692, **1, 7, 25, 61, 66, 70, 107, 108, 119, 121, 133, 139, 160, 176, 180, 190**
Diez-Vogel, Rosi (Ehefrau von E. Diez) dodis.ch/P51206, **121**
Disler, Marcel (schweiz. Botschaftssekretär in Peking) dodis.ch/P15427, **91**
Dominicé, André (Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg bis Juli 1973) dodis.ch/P1134, **18, 155**
Donaldson, William Henry (Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P51864, **55**
Dorward, Bill (Delegierter von Hong Kong beim GATT in Genf) dodis.ch/P50889, **92**
Douglas-Home, Alec (britischer Aussenminister bis März 1974) dodis.ch/P13965, **17, 155**
Dreifuss, Ruth (Mitarbeiterin beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P23588, **59**
Dubois, Charles Albert (schweiz. Botschafter in Beirut) dodis.ch/P1140, **14, 126, 129**
Dubois, Frédéric (Stellvertreter des Chefs des Informations- und Pressedienstes des EPD) dodis.ch/P20166, **22, 86, 109, 147**
Dubois, Gustave Ulrich (schweiz. Botschaftsrat in Köln) dodis.ch/P15373, **3**
Duboule, Gilbert (Staatsrat des Kantons Genf, Präsident des Staatsrats) dodis.ch/P31669, **47, 94**
Dufour, Ferdinand (ehem. Chef des Diensts für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2709, **26**
Dufournier, Bernard (bis Dezember 1975 französischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46116, **172, 180**
Dumont, Beat (stv. Direktor der Direktion für Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P2694, **22, 45, 65, 97, 118, 133, 159, 176**
Dumont, Pierre (schweiz. Botschafter in Amman) dodis.ch/P2447, **14, 168**
Dumoulin, Roger (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2817, **183**
Dunkel, Arthur (Abteilungschef in der Handelsabteilung des EVD, Ständiger Vertreter der Schweiz beim GATT in Genf) dodis.ch/P26681, **55, 105, 114, 134, 163, 171, 173, 182, 188**
DuPasquier, François (Generaldirektor der Ebauches SA) dodis.ch/P25312, **34**
Duplain, Georges (Direktor der Schweiz. Depeschenagentur) dodis.ch/P28078, **153**
Dupont, Pierre (schweiz. Botschafter in Paris) dodis.ch/P136, **38, 80, 117, 172**
Dürrenmatt, Peter (Nationalrat) dodis.ch/P3134, **14**
Dykes, William R. (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P51295, **179**
Eban, Abba (israelischer Aussenminister) dodis.ch/P16184, **23, 44**
Eberhard, Balthasar (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42350, **114**
Eberle, William Denman (Botschafter im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P46866, **5, 13**
Ebner, Fritz (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P43782, **33**
Edelstam, Axel (Direktor im schwedischen Aussenministerium) dodis.ch/P46551, **32**
Edelstam, Harald (schwedischer Botschafter in Santiago de Chile) dodis.ch/P50388, **81**
Eggenberger, Matthias (Ständerat) dodis.ch/P12218, **133**
Egger, Erwin (Mitarbeiter des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland) dodis.ch/P51355, **106**
Egli, Hans W. (Präsident der Federation of Swiss Societies in the United Kingdom) dodis.ch/P16335, **66**
Egli, Jean (Direktor der Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie) dodis.ch/P28962, **1**
Ehrsam, Paul (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P35691, **88, 170**
Elslande, Renaat Van (belgischer Aussenminister) dodis.ch/P47039, **160**
Erard, Lucien (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P48690, **190**
Erb, Martin (Direktor des Vereins Schweiz. Maschinen-Industrieller) dodis.ch/P50530, **168**

Erni, Peter (Chef des Informations- und Pressedienstes des EPD bis Mai 1975) dodis.ch/P9820, **2, 6, 7, 8, 57, 86, 94, 131, 135, 153, 181**
Ernst, Hans-Ulrich (Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P31680, **171**
Escher, Alfred (ehem. UNO-Sondergesandter für Namibia) dodis.ch/P413, **12**
Evéquoz, Raymond (schweiz. Militärattaché in Paris) dodis.ch/P43214, **80**
Faist, Theodor (Sekretär der Vereinigung der industriellen Holdingsgesellschaften) dodis.ch/P17646, **5, 70**
Falchi, Giovanni (Chef der italienischen Delegation in der Gemischten Kommission für Soziale Sicherheit) dodis.ch/P48195, **35**
Fasel, Edgar (Sekretär des Departementschefs des EJPD) dodis.ch/P48312, **38, 90**
Fässler, René (schweiz. Botschafter in Stockholm, ab Januar 1974 in Moskau) dodis.ch/P1142, **6, 42, 50, 57, 77, 79, 89, 143**
Fatton, René-Georges (schweiz. Vizekonsul in Hong Kong) dodis.ch/P17158, **92**
Favez, Jean-Claude (Professor für Neuere Geschichte an der Universität Genf) dodis.ch/P22370, **65**
Fehr, Arthur (wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Energiewirtschaft des EVD) dodis.ch/P50200, **49, 124**
Feller, Max (schweiz. Botschafter in Jakarta) dodis.ch/P16242, **37, 58, 102**
Fernández-Miranda Hevia, Torcuato (ab Dezember 1975 Präsident des spanischen Parlaments) dodis.ch/P51220, **191**
Ferraris, Luigi Vittorio (Direktor im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P48092, **61**
Fetscherin, Walter (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdienstes des EPD) dodis.ch/P22088, **162**
Finnmark, Lennart (schwedischer Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P45141, **118**
Fischer, Beat von (ehem. schweiz. Diplomat) dodis.ch/P128, **65**
Fischer, Otto (Direktor des Schweiz. Gewerbeverbands) dodis.ch/P16465, **7**
Fischer, Peter (Direktor der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel) dodis.ch/P42773, **64**
Fischli, Alfred (ehem. schweiz. Botschafter in Havanna) dodis.ch/P433, **26**
FitzGerald, Garret (irischer Aussenminister) dodis.ch/P50840, **160**
Flanigan, Peter M. (Wirtschaftsberater des Staatspräsidenten der USA) dodis.ch/P47485, **13, 55**
Flatin, Bruce (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P50820, **149**
Fleury, Antoine (Historiker am HEI) dodis.ch/P23173, **65**
Flütsch, Jürg (Staatsschreiber des Kantons Thurgau) dodis.ch/P51487, **20, 130**
Fonjallaz, Gérard (schweiz. Botschaftssekretär in Lima) dodis.ch/P16098, **165**
Fontanet, Guy (Staatsrat des Kantons Genf, Vorsteher des Departements für Justiz- und Polizei) dodis.ch/P38115, **94**
Fontanet, Joseph (französischer Erziehungsminister) dodis.ch/P51150**, 80**
Ford, Gerald (ab August 1974 Staatspräsident der USA) dodis.ch/P47012, **127, 134, 158**
Forster, Hans (Briefkastenonkel der National-Zeitung) dodis.ch/P41427, **112**
Forster, Jacques (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24535, **59, 85**
Fortescue, Adrian (Mitarbeiter der EG-Kommission) dodis.ch/P51562, **138**
Fourcade, Jean-Pierre (französischer Finanzminister) dodis.ch/P50935, **161**
Fox, Lawrence A. (Abteilungschef im Handelsministerium der USA) dodis.ch/P45565, **13, 55**
Franco Brahamonde, Francisco (spanischer Staatspräsident bis November 1975) dodis.ch/P157, **174, 191**
Franel, Gérard (schweiz. Botschaftsrat in Belgrad) dodis.ch/P16079, **75**
Franjiyeh, Suleiman (libanesischer Staatspräsident) dodis.ch/P49856, **179**
Franzoni, Enrico (Nationalrat) dodis.ch/P39146, **161**
Fraser, Malcolm (ab November 1975 australischer Sachverwalter-Premierminister, ab Dezember 1975 Premierminister, ehem. australischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P48376, **188**
Frei, Daniel (Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich) dodis.ch/P25317, **148**
Frei, Walter H. (Sektionschef im Eidg. Luftamt des EVED) dodis.ch/P42744, **150**
Frei, Xaver (Direktor des Schweiz. Wirteverbands) dodis.ch/P52525, **49**

Frey, Hans Karl (schweiz. Botschafter in Kairo, ehem. schweiz. Botschafter in Nairobi) dodis.ch/P2685, **2, 14, 17, 22, 68**
Frey, René (Präsident des Vereins Schweiz. Maschinen-Industrieller) dodis.ch/P17479, **7**
Frey, Ulrich (Direktor des Eidg. Gesundheitsamts des EDI) dodis.ch/P50268, **153**
Freymond, Bernard (Sekretär der Arbeitsgruppe Florian des EPD) dodis.ch/P16099, **87**
Freymond, Jacques (Direktor des HEI, ab April 1975 Präsident der Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz) dodis.ch/P3133, **65, 148**
Friedli, Max (Mitarbeiter des Sekretariats der Bundesversammlung) dodis.ch/P46512, **14, 189**
Friederich, Pierre (schweiz. Botschaftssekretär in Helsinki, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Helsinki) dodis.ch/P17413, **28, 32**
Friedrichs, Hans (Wirtschaftsminister der BRD) dodis.ch/P52089, **184**
Frisch, Max (schweiz. Schriftsteller) dodis.ch/P181, **69**
Fritschi, Karl (Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I des EPD, ab Februar 1975 schweiz. Minister in London) dodis.ch/P16389, **8, 10, 20, 35, 39, 61, 64, 71, 73, 75, 77, 89, 91, 93, 97, 104, 111, 118, 132, 138, 150, 152, 176**
Frochaux, Benoît (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Conakry) dodis.ch/P17221, **24, 101**
Frochaux, Pascal (schweiz. Botschafter in Warschau) dodis.ch/P5382, **66, 146**
Fröhlicher, Kurt (wissenschaftlicher Berater des Generalsekretariats des EVD) dodis.ch/P41256, **7**
Fürer, Arthur (Generaldirektor der Nestlé Alimentana AG) dodis.ch/P29161, **70**
Furgler, Kurt (Bundesrat, Vorsteher des EJPD) dodis.ch/P12150, **10, 25, 28, 35, 38, 39, 41, 42, 46, 47, 49, 68, 69, 81, 85, 89, 94, 98, 109, 115, 116, 130, 133, 138, 139, 157, 170, 173**
Füssli, Johann Heinrich (schweiz. Maler) dodis.ch/P14435, **155**
Fust, Walter (Mitarbeiter der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P42688, **58, 84**
Gaddafi, Muammar al- (libyscher Staatspräsident und Premierminister) dodis.ch/P44902, **56**
Gagnebin, Daniel (bis November 1974 schweiz. Botschafter in Teheran) dodis.ch/P2702, **58, 142**
Gaja, Roberto (Generalsekretär des italienischen Aussenministeriums) dodis.ch/P48107, **35**
Gallagher, Charles D. (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P51296, **179**
Gallati, Renatus (Mitarbeiter des Delegierten für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung des EVD) dodis.ch/P50072, **7, 170**
Galley, Robert (französischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P45622, **80**
Gallopin, Roger (Präsident des Versammlungsrats des IKRK) dodis.ch/P4127, **48, 98**
Gandhi, Indira (indische Premierministerin) dodis.ch/P40558, **45**
García Sanz, Ramón (spanischer Oppositioneller) dodis.ch/P51243, **174**
Garrastazu Médici, Emílio (brasilianischer Staatspräsident) dodis.ch/P47976, **40**
Gasteyger, Curt (Professor am HEI) dodis.ch/P24538, **148**
Gattiker, Heinrich (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P20981, **128, 142**
Gaulle, Charles de (ehem. französischer Staatspräsident) dodis.ch/P460, **80**
Gauye, Oscar (ab Januar 1974 Direktor des Schweiz. Bundesarchivs) dodis.ch/P23373, **65**
Gehriger, Adolf (Prokurist bei der Swissair) dodis.ch/P51765, **153**
Geiser, Auguste (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P2681, **13**
Gelbard, José Ber (ab Mai 1973 argentinischer Handelsminister) dodis.ch/P51482, **33**
Gelzer, Michael (stv. Direktor der Politischen Direktion und Chef der Politische Abteilung II des EPD, ab März 1975 Schweiz. Botschafter in Köln, ehem. Abteilungschef des Politischen Diensts West) dodis.ch/P2735, **7, 11, 14, 17, 20, 21, 23, 40, 42, 47, 55, 57, 59, 61, 81, 84, 85, 102, 112, 119, 121, 126, 127, 129, 130, 131, 144, 149, 155, 161, 169, 184**
Genscher, Hans-Dietrich (ab Mai 1974 Aussenminister der BRD) dodis.ch/P15414, **111**
Georges, Louis (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P51458, **188**

Georgescu, Io (rumänischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40929, **152**
Gerassimow, Pawel Iwanowitsch (sowjetischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P47998, **34, 77**
Gerber, Jean-Daniel (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P27450, **185**
Gerber, Rudolf (ab Januar 1974 schweiz. Bundesanwalt) dodis.ch/P45534, **42, 157, 176**
Germain, Hubert (französischer Minister für die Beziehungen zum Parlament) dodis.ch/P51152, **80**
Gibson Barboza, Mário (brasilianischer Aussenminister) dodis.ch/P47975, **40**
Gierek, Edward (Erster Sekretär des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei Polens) dodis.ch/P46565, **158**
Gillespie, Alastair (kanadischer Handels- und Industrieminister) dodis.ch/P50780, **64**
Giosan, Nicolae (rumänischer Parlamentspräsident) dodis.ch/P50611, **152**
Giovannini, Jean-François (schweiz. Entwicklungsattaché in New Delhi bis März 1974, ab Mai 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P43997, **63, 74, 102**
Girard, Pierre-Louis (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24540, **72**
Giri, Varahagiri Venkata (indischer Staatspräsident) dodis.ch/P47278, **45**
Giscard d'Estaing, Valéry (französischer Wirtschafts- und Finanzminister, ab Mai 1974 französischer Staatspräsident) dodis.ch/P13791, **80, 158, 160, 172, 182**
Glesti, Alfred (Chef der Personalsektion des EPD) dodis.ch/P17138, **128, 153**
Gloor, Peter (Sekretär des Verwaltungsrats der Jet Aviation AG) dodis.ch/P16458, **17**
Gnägi, Rudolf (Bundesrat, Vorsteher des EMD) dodis.ch/P12312, **16, 19, 20, 25, 28, 34, 41, 46, 47, 49, 98, 103, 116, 130, 156**
Godet, Blaise (schweiz. Diplomatenanwärter in Pretoria) dodis.ch/P15362, **100**
Godet, Rémy (ab Juli 1973 schweiz. Geschäftsträger a. i. in Khartum) dodis.ch/P12893, **68**
Gorton, John (ehem. australischer Premierminister) dodis.ch/P44653, **188**
Götschmann, Hans Rudolf (Mitarbeiter in der Zollverwaltung des EFZD) dodis.ch/P52351, **120**
Gottraux, Roland Pierre (bis März 1975 schweiz. Honorar-Konsul in Luanda) dodis.ch/P20344, **166**
Gottret, Paul (Adjunkt in der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2737, **183, 188**
Graber, Pierre (Bundesrat, Vorsteher des EPD, 1975 Bundespräsident) dodis.ch/P4171, **2, 3, 7, 8, 10, 11, 12, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 28, 30, 31, 32, 35, 36, 37, 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 60, 61, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 72, 74, 75, 77, 80, 83, 84, 85, 86, 88, 89, 91, 93, 94, 98, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 109, 110, 111, 113, 114, 116, 119, 121, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 134, 135, 137, 139, 140, 141, 147, 148, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 161, 162, 164, 165, 166, 169, 170, 172, 174, 180, 181, 183, 184, 190, 191, 193, 194**
Graffenried, André von (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P17215, **47**
Graffenried, Egbert von (schweiz. Botschafter in Athen) dodis.ch/P1137, **31, 93, 98, 104**
Graffenried, Peter von (Mitarbeiter des Delegierten des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland) dodis.ch/P15954, **24**
Grandjean, Jean-Denis (schweiz. Botschafter in Ankara, ab Januar 1975 in Prag) dodis.ch/P2727, **14, 98, 113, 132**
Grant, James P. (Chef der Overseas Private Investment Corporation der USA) dodis.ch/P51862, **55**
Greiner, Hans-Ulrich (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P17637, **33**
Grob, Hermann (Adjunkt in der Politischen Abteilung II des EPD, ab November 1973 schweiz. Botschaftsrat in Kopenhagen) dodis.ch/P4807, **2, 17, 57, 68**
Grognuz, Jean-Louis (Mitarbeiter der Rechtsabteilung der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P45465, **20, 42, 169**
Grosjean, Carlos (Ständerat) dodis.ch/P38117, **148**
Grossenbacher, Charles (Chef der Gruppe für Rüstungsdienste des EMD) dodis.ch/P41886, **16**
Grossenbacher, Marcel (schweiz. Botschafter in Buenos Aires) dodis.ch/P1654, **33**

Grossenbacher, Roger (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P48303, **28, 57, 92, 120, 147**
Grübel, Albert (Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD bis April 1974) dodis.ch/P6640, **7, 35, 54, 62, 100**
Grünigen, Marianne von (Mitarbeiterin der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P15361, **24**
Gubler, Heinz (Direktor der Postdienste der PTT) dodis.ch/P49961, **153**
Guélat, Marcel (schweiz. Generalkonsul in Rio de Janeiro, März bis Juni 1975 Generalkonsul in Luanda, ehem. schweiz. Konsul und Kanzleichef in Paris) dodis.ch/P22137, **38, 59, 166**
Guéra, Frédéric (Sektionschef in der der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15784, **69**
Guerassimov, Pavel Ivanovitch vgl. Gerassimow, Pawel Iwanowitsch
Gugelmann, Johann Fritz (Präsident der Schweiz. Textilkammer) dodis.ch/P50573, **182**
Guggenheim, Paul (em. Professor am HEI) dodis.ch/P1904, **122**
Guichard, Olivier (französischer Minister) dodis.ch/P51151, **80**
Guisan, Louis (Ständerat, Präsident der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P15719, **66**
Guldimann, Werner (Direktor des Eidg. Luftamts des EVED) dodis.ch/P43133, **125, 153, 188**
Güneş, Turan (türkischer Aussenminister) dodis.ch/P52471, **98**
Gwischiani, Dschermen Michailowitsch (stv. Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P46735, **34**
Haas, Leonhard (Direktor des Schweiz. Bundesarchivs bis Dezember 1973, Professor für Geschichte der Neuzeit an der ETH Zürich) dodis.ch/P23701, **65**
Hadorn, Urs (Mitarbeiter der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P27445, **69**
Hafner, Othmar (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD, ab Juni 1973 Direktor der TRAFIPRO) dodis.ch/P42247, **2, 15, 17**
Haile Selassie (äthiopischer Kaiser bis September 1974) dodis.ch/P4300, **119, 121, 130**
Halbheer, Hans Jakob (Direktor der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P26555, **40, 153**
Hallgrímsson, Geir (isländischer Premierminister) dodis.ch/P50150, **158**
Hallstein, Walter (ehem. Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD) dodis.ch/P2869, **91**
Halter, Pierre-Marie (Unterstabschef im Stab der Gruppe für Ausbildung des EMD) dodis.ch/P11965, **156**
Hammadi, Sa'dun (irakischer Aussenminister) dodis.ch/P52466, **193**
Hamshari, Mahmoud (ehem. Vertreter der PLO in Paris) dodis.ch/P50965, **23**
Häni, Werner (schweiz. Botschaftssekretär in Havanna) dodis.ch/P19384, **26**
Hänni, Otto (Chef des Rechtsdiensts des EJPD) dodis.ch/P3051, 1
Hartmann, Alfred (Vizepräsident der Hoffmann-La Roche AG) dodis.ch/P23093, **128**
Hartmann, Rudolf (schweiz. Botschafter in Bangkok, akkreditiert in Vientiane) dodis.ch/P2732, **37, 117, 192**
Hasler, Alfons (Generalsekretär des EVD) dodis.ch/P43683, **34, 36, 49, 53, 58, 99, 140, 170**
Hausheer, Heinz (Vizedirektor der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P27019, **133**
Hay, Alexandre (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P1643, **36, 88, 170**
Hefti, Peter (Ständerat) dodis.ch/P31801, **177**
Heim, Walter (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Dhaka ab September 1974) dodis.ch/P17277, **43**
Heimo, Marcel (Chef der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris, ab März 1974 Delegierter für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P1214, **5, 45, 63, 72, 74, 84, 88, 102, 112, 131, 136, 171, 190**
Heinemann, Gustav (Bundespräsident der BRD) dodis.ch/P13543, **80**
Heinis, Rolf (Sektionschef in der Politischen Direktion des EPD) dodis.ch/P48326, **44, 152, 166, 187**
Hentsch, Guy (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P38119, **171**
Hentsch, Jacques (Mitarbeiter der Hentsch et Cie.) dodis.ch/P48874, **6**
Hess, Hansjörg (schweiz. Botschafter in Tel Aviv, akkreditiert in Nikosia, ab August

1974 schweiz. Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P525, **14, 44, 47, 75, 97, 118, 165**
Heuberger, Alois (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47960, **125**
Hichens-Bergström, Richard (Leiter der schwedischen Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P16729, **28**
Hijzen, Theodorus C. (Generaldirektor für Aussenbeziehungen der EG-Kommission) dodis.ch/P45706, **114**
Hilber, Rudolf (Mitarbeiter der Buchhaltungssektion des EPD) dodis.ch/P16130, **98**
Hinderling, Martin (technischer Sekretär des Mekong Advisory Boards) dodis.ch/P51360, **37**
Hinteregger, Gerald (österreichischer Botschafter in Madrid) dodis.ch/P51485, **174**
Hirohito (japanischer Kaiser) dodis.ch/P66, **128**
Hitler, Adolf (ehem. Führer und Reichskanzler des Deutschen Reichs) dodis.ch/P535, **193**
Hochstrasser, Urs (Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des EDI, Professor an der ETH Zürich) dodis.ch/P16060, **9, 29, 160**
Ho Dam (nordkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P44884, **8**
Hodler, Jürg (Leiter der Medizinischen Fakultät der Universität Bern) dodis.ch/P51210, **131**
Hofer, Hermann (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14220, **11, 40, 54, 55, 64, 92, 120, 126, 142, 163, 168, 174**
Hofer, Irène (schweiz. Botschaftssekretärin in Wien) dodis.ch/P41245, **18**
Hofer, Walther (Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bern, Nationalrat) dodis.ch/P24640, **61, 148**
Hoffmann, Hansrudolf (Stellvertreter des Chefs der Sektion Entschädigungsabkommen bis April 1974, Mitarbeiter der Sektion Vereinte Nationen und internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15355, **23, 71, 133, 187**
Hofmann, Roland (wissenschaftlicher Adjunkt in der Sektion Atomforschung des EDI) dodis.ch/P31807, **9**
Högger, Rudolf (schweiz. Koordinator der technischen Zusammenarbeit in Nepal, ab Januar 1975 Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P43669, **63, 131, 190**
Hohl, Alfred Reinhard (Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P16080, **2, 14, 17, 21, 23, 24, 37, 45, 52, 56, 76, 81, 90, 91, 112, 124, 127, 129, 147, 178**
Hold, Willy (schweiz. Botschaftssekretär in Moskau) dodis.ch/P17188, **51, 77, 143**
Holenstein, Thomas (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EVD) dodis.ch/P1330, **49**
Hollenweger, Peter (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD, ab April 1975 schweiz. Botschaftssekretär in Bangkok) dodis.ch/P17415, **112, 173, 192**
Holzer, Jean (März bis November 1975 Geschäftsträger a. i. in Saigon) dodis.ch/P16054, **147**
Honecker, Erich (Vorsitzender des Staatsrats der DDR) dodis.ch/P46563, **158, 160, 181**
Honegger, Ernst (Chef der Abteilung für Übermittlungstruppen des EMD) dodis.ch/P42634, **43**
Honegger, Fritz (Präsident des Vereins Schweiz. Textilindustrieller) dodis.ch/P26594, **137**
Honegger, Henri (schweiz. Cellist) dodis.ch/P48130, **153**
Hool, Frédéric (Mitarbeiter des Diensts für Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P47967, **66**
Horie, Shigeo (ehem. Präsident der Bank of Tokyo) dodis.ch/P48437, **128**
Hörning, Walter (Präsident der Helisuisse AG) dodis.ch/P16274, **56**
Howley, Bill (Mitarbeiter von Scotland Yard) dodis.ch/P52517, **176**
Hsu Wei-chin (stv. Direktor im chinesischen Aussenministerium) dodis.ch/P51768, **153**
Huber, Karl (Bundeskanzler) dodis.ch/P9621, **19, 25, 94, 116, 174**
Hugentobler, Arnold (schweiz. Botschaftsrat in Havanna, ab Januar 1975 Adjunkt in der Politischen Abteilung I des EPD) dodis.ch/P16090, **26, 152, 160, 174**
Hughes, Christopher (Professor für Politikwissenschaften an der Universität Kent) dodis.ch/P51213, **155**
Huguenin, Claude (Mitarbeiter der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P15356, **24, 45, 90, 101, 162, 164, 166, 172, 183**
Hulliger, Jean (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P23737, **7, 53, 66, 67, 70, 161**

Humbert, Jean (Generalsekretär der Diplomatischen Konferenz über die Weiterbildung des humanitären Rechtes) dodis.ch/P2178, **24, 48**
Hunkeler, Franz-René (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P21930, **26**
Hunziker, Roy (schweiz. Botschafter in Oslo) dodis.ch/P142, **105**
Hürlimann, Hans (ab Januar 1974 Bundesrat, Vorsteher des EDI) dodis.ch/P25145, **9, 86, 116, 135, 173, 186**
Hurni, Auguste (ab Juni 1973 schweiz. Botschafter in Tunis, akkreditiert in Tripolis) dodis.ch/P1999, **56**
Husák, Gustáv (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und ab Mai 1975 tschechoslowakischer Staatspräsident) dodis.ch/P48694, **132, 158, 160**
Hussein I. von Jordanien (jordanischer König) dodis.ch/P14832, **23**
Hutzli, Peter (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P46707, **33, 153**
Hyun Jun Keuk (nordkoreanischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P49148, **8**
Iastrebov, Evgueni Sergeïevitch vgl. Jastrebow, Jewgeni Sergejewitsch
Ibárruri Gómez, Dolores (spanische Politikerin) dodis.ch/P40445, **94**
Ibrahim, Mohammed Hamid (Rechtsberater des äthiopischen Aussenministeriums) dodis.ch/P51207, **121**
Imhoof, Rodolphe (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P22198, **72, 171**
Immish, Ali Mohammed (libyscher Botschafter in Bern) dodis.ch/P46062, **56**
Indermühle, Jean-Jacques (Mitarbeiter der politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P16205, **14, 17, 42, 52, 113, 121, 124, 129, 155, 193**
Iselin, Jürg (ab Februar 1975 stv. Direktor der Politischen Direktion des EPD) dodis.ch/P2141, **112, 126, 142, 147, 154, 157, 159, 165, 174, 187, 190**
Ismail, Mohammed Zakaria (syrischer Vizeaussenminister) dodis.ch/P39904, **126**
Jabłoński, Henryk (polnischer Staatspräsident) dodis.ch/P48170, **146**
Jaccard, Maurice (Chef des Diensts für Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P4611, **7, 66, 70, 113, 135, 149**
Jaccaud, Paul Etienne (schweiz. Botschaftsrat in Tokio, ab Juni 1975 schweiz. Botschafter in Daressalam, akkreditiert in Lourenço Marques) dodis.ch/P9720, **128, 166**
Jacobi, Klaus (ab Februar 1973 Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P19511, **8, 13, 54, 55, 72, 99, 100, 102, 142, 149, 163, 171, 182**
Jaeger, Max (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41698, **105, 175**
Jaggi, Heinrich (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24382, **163**
Jaggi, Wilhelm (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P50583, **58, 110, 142**
Jagmetti, Carlo (Botschaftssekretär der schweiz. Delegation bei der EFTA in Genf) dodis.ch/P19512, **105, 164, 175**
Janner, Antonino (Direktor der Verwaltungsdirektion des EPD) dodis.ch/P1399, **7, 18, 26, 38, 45, 56, 63, 68, 75, 87, 116, 128, 153, 166, 168, 179, 188, 190**
Jaques, Horace (ab April 1974 schweiz. Honorar-Konsul in Manchester) dodis.ch/P17175, **155**
Jarring, Gunnar (Sondergesandter des UNO-Generalsekretärs für den Nahen Osten) dodis.ch/P16747**, 44**
Jastrebow, Jewgeni Sergejewitsch (Abteilungsleiter des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P51031, **143**
Jenny, Walter (Chef des Telegrammdiensts des EPD) dodis.ch/P5020, **43**
Jetzer, Alexandre (Erster Sekretär des Vororts) dodis.ch/P17523, **175**
Jiménez de Lucio, Alberto (peruanischer Industrie- und Tourismusminister) dodis.ch/P51490, **144**
Ji Pengfei vgl. Chi Peng-fei
Jivkov, Todor vgl. Schiwkow, Todor
Jobert, Michel (französischer Aussenminister bis Mai 1974) dodis.ch/P47096, **80**
Jolles, Paul Rudolf (Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2763, **1, 4, 5, 7, 9, 13, 17, 29, 33, 34, 35, 36, 37, 40, 49, 52, 54, 55, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 71, 72, 75, 76, 88, 90, 92, 99, 102, 109, 110, 112, 114, 124, 125, 126, 128, 134, 137, 138, 140, 141, 142, 145, 146, 147, 150, 152, 153, 155, 160, 161, 165, 166, 170, 171, 173, 175, 182, 184, 188, 190, 193**

Jonas, Franz (österreichischer Bundespräsident) dodis.ch/P15529, **80**
Jørgensen, Anker (dänischer Premierminister) dodis.ch/P51204, **158**
Joss, Heinz (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P46968, **37, 74, 84, 102**
Jossen, Hermann (Mitarbeiter der Politischen Direktion des EPD) dodis.ch/P43327, **17, 126**
Jost, Max (Sektionschef in der Handelsabteilung des EPD) dodis.ch/P42832, **49, 100, 162**
Juan Carlos I von Spanien (spanischer König ab November 1975) dodis.ch/P43285, **191**
Jucker, Waldemar (Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbunds) dodis.ch/P35079, **7**
Juliana der Niederlande (niederländische Königin) dodis.ch/P12796, **80**
Junker, Beat (Generalsekretär der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz) dodis.ch/P23825, **65**
Junod, Blaise (Sekretär der Eidg. Bankenkommission) dodis.ch/P51542, **122**
Junod, Étienne (Präsident des Vororts) dodis.ch/P18, **153, 168**
Juri, René (Direktor des Schweiz. Bauernverbands) dodis.ch/P16466, **105**
Kachtanov, Victor Vassilievitch vgl. Kaschtanow, Wiktor Wassiljewitsch
Kádár, János (Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns) dodis.ch/P11430, **158**
Kaech, Arnold (Direktor der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15107, **9, 16, 20, 42, 47, 156, 169**
Kaeser, Daniel (Mitarbeiter der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P31840, **170, 171**
Kälin, Hans Franz vgl. Wolf, Hans-Günter
Kälin-Meissner, Ursula vgl. Wolf-Klie, Gisela
Kamer, Armin (Stellvertreter des Chefs der Sektion Vereinte Nationen und internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P16097, **24, 101**
Kaminsky, Horst (Präsident der Staatsbank der DDR) dodis.ch/P51404, **117**
Kang Moon Bong (südkoreanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43887, **8**
Kappeler, Gaston (ehem. schweiz. Botschaftssekretär in Havanna) dodis.ch/P4824, **26**
Karamanlis, Konstantinos (ab Juli 1974 griechischer Premierminister) dodis.ch/P15271, **104, 158**
Karami, Raschid (libanesischer Premierminister) dodis.ch/P50856, **179**
Karlen, Hans-Ruedi (ab Juni 1975 Konsul in Luanda) dodis.ch/P17241, **166**
Kaschtanow, Wiktor Wassiljewitsch (Direktor der Woschod Handelsbank AG) dodis.ch/P51352, **77**
Katzir, Ephraim (israelischer Staatspräsident) dodis.ch/P51751, **47**
Kaufmann, Hansjakob (schweiz. Botschaftsrat in Berlin, DDR, ab Mai 1975 stv. Direktor der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P16150, **37, 150, 154, 157, 159, 166, 181, 183, 187**
Kaufmann, Max (ehem. Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P594, **49**
Kaufmann, Otto Konstantin (Bundesrichter am Bundesgericht) dodis.ch/P39097, **107**
Kayibanda, Grégoire (ruandischer Staatspräsident) dodis.ch/P17423, **15**
Kearns, Henry (Präsident der Export-Import-Bank der USA) dodis.ch/P48199, **13**
Keel, Guido Adalberto (Mitarbeiter der Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P27893, **9, 138**
Kekkonen, Urho (finnischer Staatspräsident) dodis.ch/P15249, **32, 158**
Kellavay, Richard (Mitarbeiter der britischen Zollverwaltung) dodis.ch/P51753**, 176**
Kellenberger, Jakob (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P22477, **183**
Keller, Carl J. (Adjunkt im Generalsekretariat des EVD) dodis.ch/P41984, **34**
Keller, Hans (bis März 1974 schweiz. Botschafter in Belgrad, ehem. schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P184, **28, 75, 153**
Keller, Hans Peter (Direktor der Eidgenössischen Getreideverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2169, **182**
Keller, René (Direktor der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P1109, **7, 12, 17, 24, 29, 30, 37, 45, 47, 48, 50, 51, 57, 61, 69, 71, 81, 85, 90, 100, 106, 126, 131, 139, 147, 153, 155, 160, 162, 165, 171, 181, 183, 190, 192**
Kellersberger, Armin (Direktor der Brown, Boveri & Cie.) dodis.ch/P47176, **34**
Keller-Spühler, Margrit (Ehefrau von H. Keller) dodis.ch/P41233, **75**

Kern, Fritz (stv. Generaldirektor der Georg Fischer AG) dodis.ch/P51284, **34**
Khalid, Mansour (sudanesischer Aussenminister) dodis.ch/P48671, **68**
Khider, Mohammed (ehem. algerischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P15558, **113**
Kieber, Walter (liechtensteinischer Premierminister) dodis.ch/P47997, **158**
Kim Dong-jo (südkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P51641, **127**
Kim Hi Sun (nordkoreanischer Botschafter in Warschau) dodis.ch/P47973, **8, 91**
Kim Il Sung (nordkoreanischer Präsident) dodis.ch/P40911, **91**
Kim The Hi (ehem. nordkoreanischer Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P40910, **91**
Kim Yeng Sik (ehem. nordkoreanischer Botschafter in Prag) dodis.ch/P47972, **91**
Kind, Volker (wissenschaftlicher Adjunkt im Wirtschaftsdienst des EVD) dodis.ch/P49276, **170**
Kirchschläger, Rudolf (österreichischer Aussenminister) dodis.ch/P15488, **17, 80, 111**
Kissinger, Henry (Nationaler Sicherheitsberater der USA, ab September 1973 Aussenminister der USA) dodis.ch/P31846, **8, 13, 55, 61, 110, 140, 149**
Kistler, Peter (Mitarbeiter im Generalstab des EMD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P44410, **28**
Kitahara, Hideo (Vertreter Japans bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47987, **114**
Klasen, Karl (Präsident der Nationalbank der BRD) dodis.ch/P31530, **96**
Klerides, Glafkos (Juli bis Dezember 1974 zypriotischer Staatspräsident) dodis.ch/P51110, **97, 104**
Kneschaurek, Francesco (Delegierter für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung des EVD) dodis.ch/P24219, **58, 170**
Kneubühler, Heinz (Stellvertreter des Delegierten für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung des EVD) dodis.ch/P41254, **170**
Knox, Michael (Mitarbeiter der britischen Zollverwaltung) dodis.ch/P51752, **176**
Kobe-Kaegi, Willi (Mitglied des Kirchlichen Friedensbunds der Schweiz) dodis.ch/P52422, **17**
Kobler, Hans (wissenschaftlicher Adjunkt im Amt für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P51828, **49**
Koetschet, Emile (stv. Sektionschef in der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P4810, **37, 106**
Kohn, Michael (Präsident der Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption) dodis.ch/P24057, **49**
König, Max (schweiz. Botschafter in Canberra) dodis.ch/P1143, **125, 188**
König, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P15898, **25**
Koninckx, Emile (Weibel der schweiz. Botschaft in Brüssel) dodis.ch/P50340, **38**
Krafft, Mathias-Charles (Mitarbeiter, ab Januar 1975 Stellvertreter des Chefs der Sektion Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P24549, **25, 97, 107, 122, 138, 159, 176**
Krajčír, František (Erster stv. tschechoslowakischer Aussenminister) dodis.ch/P51715, **132**
Krebs, Maxwell V. (Geschäftsträger der USA in Buenos Aires) dodis.ch/P52247, **33**
Kreis, Georg (Historiker an der Universität Basel) dodis.ch/P22315, **65**
Kreisky, Bruno (österreichischer Bundeskanzler) dodis.ch/P2507, **57, 89, 158, 184**
Krell, Max (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41280, **8, 54, 92, 128**
Krzak, Marian (stv. polnischer Finanzminister) dodis.ch/P27024, **27**
Kummer, Rudolf (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47172, **34, 152**
Kündig, Gregor (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P48964, **49, 58, 124, 134, 142, 151, 185**
Kuster, Werner (Vizedirektor der Schweiz. Gesellschaft für chemische Industrie) dodis.ch/P43899, **1**
Lacher, Adolf (schweiz. Botschaftssekretär in Ottawa) dodis.ch/P16173, **64**
Lacher, Hans (schweiz. Botschafter in Köln) dodis.ch/P637, **57, 111**
Lademann, John R. (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P41255, **60, 88, 100, 117, 125, 171**
Lajčiak, Milan (tschechoslowakischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P45952, **10**
Lalive, Jean-Flavien (schweiz. Rechtsanwalt) dodis.ch/P15735, **41**
Landgraf, François (Chef des Presse-, Informations- und Dokumentationsdiensts des EFZD) dodis.ch/P35200, **124**

Lang, Robert (Generaldirektor der Schweiz. Kreditanstalt) dodis.ch/P16858, **139**
Langenbacher, Heinz (schweiz. Botschafter in Addis Abeba, ab September 1975 in Peking, ehem. Sektionschef in der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P5076, **17, 24, 37, 47, 48, 90, 91, 100, 121, 131, 136, 153, 154, 157, 178**
Languetin, Pierre (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P16455, **5, 13, 54, 55, 58, 88, 93, 105, 110, 124, 142, 145, 163, 165, 170, 171, 173, 175, 184**
Lardy, Charles (ehem. schweiz. Gesandter in Paris) dodis.ch/P5840, **65**
Larera de Morel, Bertrand (Generaldirektor im französischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P44997, **5**
Larosière, Jacques de (Direktor im französischen Finanzministerium) dodis.ch/P46277, **161**
Lastiri, Raúl Alberto (Juli bis Oktober 1973 argentinischer Staatspräsident a. i.) dodis.ch/P51484, **33**
Läuffer, Doris (ehem. Mitarbeiterin der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P52020, **26**
Laurens-Castelet, Imbert de (französischer Botschafter in Valletta) dodis.ch/P52500, **21**
Lebel, Claude (ab Dezember 1975 französischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46570, **172**
Léchot, Ernst Henri (Abteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2434, **32, 40, 59, 134, 151, 163, 175**
Ledermann, Kurt (Mitarbeiter des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P44089, **120**
Lehmann, Max (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P41769, **102**
Leippert, Max (Stellvertreter des Chefs des Diensts für Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P40105, **17, 66, 135, 155, 186, 189**
Lempen, Roland (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49264, **114**
Lennep, Emile van (Generalsekretär der OECD) dodis.ch/P18064, **5, 140**
Leone, Giovanni (italienischer Staatspräsident) dodis.ch/P15296, **35, 53, 80**
Leu, Max (Juni bis Dezember 1974 schweiz. Geschäftsträger a. i. in Hanoi) dodis.ch/P21992, **147**
Leutwiler, Fritz (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P3832, **117, 124, 125, 141, 142, 170, 171**
Leuzinger, Pierre (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P8485, **59, 112**
Levi, Edward H. (Justizminister der USA) dodis.ch/P51148, **149**
Lévy, Philippe (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P31862, **5, 88, 105, 141, 163, 171, 184**
Lho Shin-young (stv. südkoreanischer Aussenminister) dodis.ch/P51740, **127**
Li Chiang (chinesischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P44861, **137**
Liedekerke, Philippe de (belgischer Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P49871, **118**
Liedermann, Helmut (Abteilungsleiter im österreichischen Aussenministerium) dodis.ch/P51320, **32**
Lipkowski, Jean de (Staatssekretär im französischen Aussenministerium bis Mai 1974) dodis.ch/P45301, **80, 172**
Locher, Fritz (Generaldirektor der PTT) dodis.ch/P16286, **153**
Locher, Kurt (Direktor der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P9761, **70, 188, 194**
Lon Nol (kambodschanischer Premierminister) dodis.ch/P37140, **12**
Long, Olivier (Generaldirektor des GATT) dodis.ch/P1110, **114, 182**
Loosli, Willy Urs (schweiz. Entwicklungskoordinator in Yaoundé) dodis.ch/P52624, **136**
Los Arcos y Elío, José Luis (Generaldirektor im spanischen Aussenministerium) dodis.ch/P31622, **61**
Losembe, Batwanyele (politischer Flüchtling in der Schweiz, ehem. zairischer Aussenminister) dodis.ch/P48051, **17, 28, 76, 90**
Luciri, Pierre (Mitarbeiter der Politischen Abteilung II des EPD, ab September 1975 Mitarbeiter der schweiz. Delegation bei der UNO) dodis.ch/P22129, **41, 84, 85, 91, 106, 113, 127, 147, 162, 165, 187**
Ludwig, Mario (Direktor der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P43977, **17**
Lugon, Jérôme (wissenschaftlicher Adjunkt bei der schweiz. Delegation bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen in Genf, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Genf) dodis.ch/P41695, **28, 89, 177**

Luns, Joseph (Generalsekretär der NATO, ehem. niederländischer Aussenminister) dodis.ch/P14246, **82**
Lusser, Milan (Abteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35089, **54, 67, 125, 155, 163, 188**
Lustenberger, Joseph Paul (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Seoul) dodis.ch/P20324, **8, 91, 127**
Lüthi, Hans (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P1956, **54, 111**
Lüthy, Herbert (Professor für Geschichte an der Universität Basel) dodis.ch/P22459, **65**
Luy, Marcel (schweiz. Botschafter in Akkra) dodis.ch/P2761, **17**
Maag, Louise (Sekretärin des Protokolldiensts des EPD) dodis.ch/P51245, **80, 191**
Machel, Samora (mosambikanischer Staatspräsident) dodis.ch/P51127, **166**
Macovescu, George (rumänischer Aussenminister) dodis.ch/P48063, **152**
Mäder, Elmar (Direktor der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P2925, **180**
Madöry, Robert (wissenschaftlicher Berater der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P46260, **105, 163**
Maeder, Frédéric (Mitarbeiter der Direktion für Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P49314, **11, 116**
Maeder, Jean-Jacques (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49254, **33, 164, 175**
Mägli, Kurt (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P52021, **26**
Maillard, André (schweiz. Botschaftsrat in Tokio) dodis.ch/P15384, **128**
Makarios III, (bis Juli 1974 zypriotischer Staatspräsident) dodis.ch/P16540, **97, 158**
Makonnen Haile Selassie (ehem. äthiopischer Prinz und Herzog von Harar) dodis.ch/P51211, **131**
Maleta, Alfred (Vizepräsident des österreichischen Parlaments) dodis.ch/P45377, **80**
Maliţa, Mircea (ehem. rumänischer Bildungsminister) dodis.ch/P50988, **19**
Malla, Krishna Bom (nepalesischer Botschafterin New Delhi) dodis.ch/P45831, **63**
Mallet, Jacques (schweiz. Botschafter in Islamabad) dodis.ch/P2751, **43, 45, 102, 106**
Malmgren, Harald B. (Botschafter im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P50765, **13, 55, 114**
Mamboury, Willy (Stellvertreter der Chefin der Sektion Internationale Hilfswerke des EPD) dodis.ch/P19127, **30, 47, 103, 106, 136**
Mann, Thomas (deutscher Schriftsteller) dodis.ch/P2617, **4**
Mao Zedong (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas) dodis.ch/P12354, **8, 91, 137, 178, 187**
Marcionelli, Arturo (schweiz. Botschafter in Rom) dodis.ch/P1144, **3, 21, 35, 53, 70, 86, 194**
Marcos, Ferdinand E. (philippinischer Staatspräsident) dodis.ch/P43415, **153**
Marcuard, Sigismond (Delegierter für technische Zusammenarbeit des EPD, ab April 1974 schweiz. Botschafter bei der UNO in New York) dodis.ch/P688, **2, 7, 15, 17, 20, 21, 24, 37, 59, 63, 68, 72, 95, 102, 112, 130, 131, 174, 183**
Marguerat, Philippe (Professor für Zeitgeschichte an der Universität Neuenburg) dodis.ch/P22461, **65**
Mariotti, Carlos (Generaldirektor der Empresas Electricas Asociadas) dodis.ch/P39543, **144**
Marjai, József (Staatssekretär im ungarischen Aussenministerium) dodis.ch/P14011, **71**
Markees, Curt Alfred (wissenschaftlicher Berater der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15785, **119**
Markezinis, Spyros (griechischer Politiker) dodis.ch/P45733, **31**
Martin, Eric (Präsident des IKRK) dodis.ch/P39903, **48**
Martin, Victor (schweiz. Botschaftsrat in Madrid) dodis.ch/P1470, **86, 94**
Martin, Yves (stv. Direktor der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P46666, **137**
Martin Alonso, Nicolas (ab August 1975 spanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P49686, **174**
Masnata, Silvio (schweiz. Botschafter in Havanna) dodis.ch/P3080, **26**
Massa'oud, Mohammed Ibrahim (saudischer Aussenminister a. i.) dodis.ch/P50319, **124**
Masset, Charles (schweiz. Botschafter in Santiago de Chile) dodis.ch/P2753, **69, 81, 85**
Matter, Albert (Präsident der Eidg. Bankenkommission) dodis.ch/P37565, **139**

Matthey, André (Direktor des schweiz. Uhrenzentrums in São Paulo) dodis.ch/P52544, **59**
Matthey, Ernest (Generaldirektor der André & Cie. SA) dodis.ch/P29190, **34**
Maurice, Robert (ehem. schweiz. Botschafter in Madrid) dodis.ch/P118, **191**
May, Pierre von (schweiz. Generalkonsul in Istanbul) dodis.ch/P5075, **98**
McMahon, William (ehem. australischer Premierminister) dodis.ch/P43234, **188**
McNamara, Robert Strange (Präsident der Weltbank) dodis.ch/P13909, **13, 55, 171**
Meany, George (Präsident der American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations) dodis.ch/P51142, **13**
Meeker, Leonard (Rechtsberater des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P45387, **73**
Mégel, Georges (Verwaltungsratsmitglied und Direktor der Tornos SA) dodis.ch/P48072, **34**
Meienberger, Norbert (schweiz. Botschaftssekretär in Peking) dodis.ch/P50342, **153**
Meier, Ludwig (stv. Direktor der Verwaltungsdirektion des EPD, Sicherheitsbeauftragter des EPD) dodis.ch/P2746, **38, 39, 87, 153**
Meier, Walter (wissenschaftlicher Adjunkt in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47553, **67, 70**
Meili, Sven (ehem. Mitarbeiter des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P16368, **23, 34**
Menétrey, Gérard (wissenschaftlicher Adjunkt in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47593, **67, 70, 161**
Mermod, Jacques (schweiz. Wissenschafts- und Industrieattaché in Moskau) dodis.ch/P40048, **34, 77**
Mesmer, Beatrix (Historikerin an der Universität Bern) dodis.ch/P22482, **65**
Messmer, Pierre (französischer Premierminister bis Mai 1974) dodis.ch/P15265, **80**
Meylan, René (Staatsrat des Kantons Neuenburg, Vorsteher des Departements für Inneres und Justiz) dodis.ch/P42678, **148**
Micheli, Pierre (Mitglied der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung, ehem. Generalsekretär des EPD) dodis.ch/P86, **26, 148, 153**
Michl-Keller, Sylvie (Mitarbeiterin des Politischen Sekretariats des EPD) dodis.ch/P51223, **191**
Miesch, Hans (schweiz. Botschafter in Berlin, DDR) dodis.ch/P2757, **7, 8, 39, 121, 150, 160, 181, 189**
Mills, Wilbur (Mitglied des Repräsentantenhauses der USA) dodis.ch/P45001, **13**
Milovanović, Vasilije (bis Oktober 1974 jugoslawischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43092, **118**
Milutinović, Mirko (Protokollchef von J. Broz Tito) dodis.ch/P51390, **75**
Minić, Miloš (jugoslawischer Aussenminister) dodis.ch/P50482, **118**
Mintoff, Duminku (maltesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P43091, **21, 158**
Mobutu, Sese Seko (zairischer Staatspräsident) dodis.ch/P27678, **17, 28, 90**
Monfrini, Henri (schweiz. Botschafter in Brüssel) dodis.ch/P15950, **38, 57**
Monnier, Jean (Vizedirektor der Direktion für Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P24570, **61, 78, 81, 85, 108, 109, 149, 176**
Montesquieu, Charles de Secondat (französischer Schriftsteller und Philosoph) dodis.ch/P46286, **163**
Moren, Pierre (Zentralpräsident des Schweiz. Wirteverbands) dodis.ch/P52524, **49**
Moret, Yves (Abteilungschef in der Direktion für internationale Organisationen des EPD**)** dodis.ch/P16369, **69**
Morgenthaler, Paul (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P43097, **76**
Moro, Aldo (italienischer Aussenminister, ab November 1974 Premierminister) dodis.ch/P13878, **35, 80, 158**
Morrison, Alexander Baillie (Abteilungschef im kanadischen Gesundheitsministerium) dodis.ch/P51651, **64**
Morrison, John (Mitarbeiter von Scotland Yard) dodis.ch/P52516, **176**
Moser, Emilio (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14195, **1, 14, 35, 54, 55, 76, 90, 142, 190**
Moser, Friedrich (Chef der Sektion Entschädigungsabkommen des EPD) dodis.ch/P15429, **17, 46, 47, 129, 133, 150**
Mossaz, Lucien (schweiz. Botschafter in Daressalam) dodis.ch/P2648, **15, 17, 24, 112, 166**
Motta, Cristoforo (Delegierter für Sozialversicherungsabkommen, stv. Direktor des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P12953, **35, 75, 86, 93, 186**
Muheim, Franz (Mitarbeiter, ab Januar 1974 Chef der Sektion Vereinte Nationen und

internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P20141, **12, 24, 28, 46, 47, 114, 161, 183**

Mühlemann, Fritz (stv. Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P50915, **120**

Müller, Bernhard (Vizedirektor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16652, **11, 55, 108, 139, 170**

Müller, Bruno (stv. Direktor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2688, **7, 36, 88, 170, 171**

Müller, Charles (schweiz. Botschafter in Jakarta, ab April 1973 stv. Direktor der Politischen Direktion und Direktor der Politischen Abteilung I des EPD) dodis.ch/P1258, **10, 21, 28, 35, 39, 52, 54, 55, 57, 61, 64, 70, 71, 73, 77, 79, 88, 89, 97, 98, 102, 104, 111, 118, 130, 132, 149, 150, 152, 155, 160, 164, 174, 176, 177, 181**

Müller, Edmund (Sektionschef im Stab der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P44466, **156**

Muller, Hilgard (südafrikanischer Aussenminister) dodis.ch/P31944, **12**

Mumenthaler, Hans (Unterabteilungschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15783, **10, 17, 69, 81**

Mysyrowicz, Ladislas (Historiker an der Universität Genf) dodis.ch/P23963, **65**

Nagy, János (stv. ungarischer Aussenminister) dodis.ch/P50531, **71**

Nagy, Nicolas (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41692, **125**

Nassif, Albert (libanesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46112, **129**

Natural, Albert (schweiz. Botschafter in Peking, akkreditiert in Pjöngjang, ab Juli 1975 schweiz. Botschafter in Beirut, akkreditiert in Bagdad) dodis.ch/P2696, **8, 37, 91, 153, 178, 179, 187, 193**

Natural-Taubert, Simone (Ehefrau von A. Natural) dodis.ch/P49352, **153**

Nef, Ernst (Direktor des Vereins Schweiz. Textilindustrieller) dodis.ch/P28961, **137, 168**

Neporoschni, Pjotr Stepanowitsch (sowjetischer Energieminister) dodis.ch/P51340, **143**

Ney, Marcel (Direktor des Auslandschweizersekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P47151, **66**

Nguyễn Thị Bình (Chefin der GRP-Delegation in Paris) dodis.ch/P42786, **12**

Nguyễn Văn Thiệu (südvietnamesischer Staatspräsident) dodis.ch/P41399, **12**

Nguyễn Vĩnh My (Mitarbeiter des Büros der GRP in Genf) dodis.ch/P51286, **147**

Niederhauser, Otto (Delegierter für wirtschaftliche Kriegsvorsorge) dodis.ch/P47488, **58**

Nimani, Elhami (ab November 1974 jugoslawischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43080, **118**

Nixon, Richard (bis August 1974 Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13584, **13, 79, 80, 89**

Nordmann, François (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P17187, **14, 17, 41, 61, 79, 97, 98, 104, 155**

Nordmann, Jean (Präsident des Schweiz. Israelitischen Gemeindebunds) dodis.ch/P36424, **129**

Nussbaumer, Pierre André (Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD, ab Feb. 1973 stv. Direktor der Direktion für internationale Organisationen des EPD, ab April 1975 schweiz. Botschafter in Warschau) dodis.ch/P2824, **3, 7, 9, 47, 50, 51, 85, 109, 117, 126, 133, 139, 146, 151, 188**

Oberson, Pierre (Adjunkt beim Delegierten für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge) dodis.ch/P52476, **49, 58**

Obrist, Martin (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P51113, **112**

Ochsenbein, Claude (schweiz. Botschaftsrat in Stockholm) dodis.ch/P17212, **6**

Ockrent, Roger (Botschafter, Chef der belgischen Delegation bei der OECD in Paris) dodis.ch/P18272, **5**

Odell, Harry Irvine (Botschaftsrat der USA in Bern) dodis.ch/P51147, **109, 149**

Oetterli, Max (Erster Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P1219, **7, 119**

Olszewski, Jerzy (polnischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P50466, **146**

Olszowski, Stefan (polnischer Aussenminister) dodis.ch/P47109, **146**

Omar, Abu (1971 Verbindungsmann der PLO in Genf) dodis.ch/P48579, **23**

Omar, Abu (Mitglied des Revolutionsrats der Fatah) dodis.ch/P51217, **23**

Ortoli, François-Xavier (Präsident der EG-Kommission) dodis.ch/P15433, **138**

Ossipow, Nikolai Grigorjewitsch (stv. sowjetischer Aussenwirtschaftsminister) dodis.ch/P50978, **143**

Otaegui Etxebarria, Ángel (spanischer Oppositioneller) dodis.ch/P51240, **174**
Owen, Henry (Direktor der Brookings Institution) dodis.ch/P51861, **55**
Pahlavi, Mohammad Reza (Schah des Irans) dodis.ch/P719, **58, 142**
Pahud, Jean-Louis (schweiz. Botschafter in Lissabon) dodis.ch/P145, **17, 101, 161**
Paillard, Lucien (Vizedirektor des Auslandschweizersekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P51554, **66**
Palme, Olof (schwedischer Premierminister) dodis.ch/P15501, **57, 158, 160, 174**
Palumbo, Donato (Abteilungsleiter in der EURATOM) dodis.ch/P51293, **9**
Panagoulis, Alexandros (griechischer Politiker) dodis.ch/P51966, **31**
Panayides, Tassos (zypriotischer Botschafter in Bonn, akkreditiert in Bern) dodis.ch/P43553, **97**
Panin, Dmitri Michajlowitsch (sowjetischer Publizist und Dissident) dodis.ch/P51356, **77**
Papadopoulos, Georgios (Juni bis November 1973 griechischer Staatspräsident) dodis.ch/P15443, **31**
Paredes Manot, Juan (spanischer Oppositioneller) dodis.ch/P51239, **174**
Park Chung Hee (südkoreanischer Präsident) dodis.ch/P37069, **91, 127**
Park Youn Pyong (nordkoreanischer Delegationschef in Paris) dodis.ch/P51940, **12**
Parker, Daniel (Leiter von USAID) dodis.ch/P51863, **55**
Parodi, André (schweiz. Botschafter in Madrid bis Dezember 1974, ehem. schweiz. Botschafter in Kairo) dodis.ch/P130, **14, 44, 94, 174, 191**
Pasche, René (Mitarbeiter der Sektion Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P27988, **108, 163**
Pasquier, Roger (Vertreter der Swissair AG in Peking) dodis.ch/P51784, **153**
Pataki, János (ungarischer Botschafter in Accra) dodis.ch/P50544, **160**
Pățan, Ion (stv. rumänischer Ministerpräsident) dodis.ch/P50987, **139**
Patolitschew, Nikolai Semjonowitsch (sowjetischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P40951, **34, 143**
Pedotti, Georges (Vizedirektor im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P17073, **54, 62, 75, 94**
Pedotti, Gian Frederico (Mitarbeiter der Politischen Direktion des EPD) dodis.ch/P15377, **146**
Pérez Hernández, José Luis (ehem. kubanischer Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P51384, **75**
Perlstain, Alain (Direktor des Amts für Mass und Gewicht des EFZD) dodis.ch/P52349, **120**
Pestalozzi, Richard (schweiz. Botschafter in Nairobi) dodis.ch/P2691, **2, 15, 17, 24, 72, 90, 154, 162**
Peter, Adolf (wissenschaftlicher Berater in der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P43545, **140, 141**
Peterson, Peter George (Handelsminister der USA) dodis.ch/P47486, **5, 13**
Petitpierre, Max (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P5, **91, 137, 153, 178**
Petrić, Jaksa (Erster stv. jugoslawischer Aussenminister) dodis.ch/P42109, **75**
Peyer, Erich (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P21367, **21, 37, 45**
Phạm Văn Ba (Leiter des Büros der GRP in Genf) dodis.ch/P51285, **147**
Phan Văn Phi, Raymond (Direktor für GATT-Angelegenheiten der EG-Kommission) dodis.ch/P51121, **114**
Pianca, Francis (schweiz. Botschaftsrat und Geschäftsträger a. i. in Peking) dodis.ch/P16365, **86, 137, 153, 157**
Pictet, François (Vizedirektor der Direktion für internationale Organisationen des EPD bis November 1975) dodis.ch/P17262, **8, 12, 22, 24, 47, 48, 57, 77, 78, 79, 100, 102**
Pictet, Jean (schweiz. Jurist, Vizepräsident des IKRK) dodis.ch/P1974, **22**
Pinheire de Azevedo, José Baptista (portugiesischer Premierminister) dodis.ch/P52393, **175**
Pius IX (Papst) dodis.ch/P32657, **122**
Platonow, Jewgeni Alexejewitsch (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P47335, **77**
Plüss, Hans (Präsident der Union schweiz. Handelskammern im Ausland) dodis.ch/P2682, **66**
Podgorny, Nikolai Wiktorowitsch (sowjetischer Staatspräsident) dodis.ch/P15544, **77, 80**
Pointet, Pierre Jean (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P810, **33**

Poher, Alain (Präsident des französischen Senats, französischer Staatspräsident a. i.) dodis.ch/P15528, **80**
Pometta, Francesca (schweiz. Botschaftsrätin in Rom) dodis.ch/P16364, **35, 70, 122**
Pompidou, Georges (bis April 1974 französischer Staatspräsident) dodis.ch/P15264, **53, 80, 172**
Ponnaz, Georges E. (Mitarbeiter des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P47656, **188**
Portmann, Hans (schweiz. Rechtsvertreter von S. G. Adams) dodis.ch/P36504, **138**
Pratini de Moraes, Marcus Vinicus (brasilianischer Wirtschaftsminister) dodis.ch/P48591, **40**
Probst, Raymond (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P11, **4, 8, 13, 27, 32, 34, 54, 55, 57, 75, 91, 92, 114, 118, 120, 128, 132, 137, 142, 143, 144, 146, 148, 150, 152, 153, 163, 171, 182**
Protonotarios, Antoine (griechischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P49554, **104**
Pudlák, Ján (Generalsekretär des tschechoslowakischen Staatspräsidiums) dodis.ch/P51717, **132**
Puja, Frigyes (Erster stv. ungarischer Aussenminister, ab Dezember 1973 Aussenminister) dodis.ch/P41791, **71**
Pury, David de (Botschaftssekretär der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P38126, **114**
Qiao Guanhua vgl. Chiao Kuan-hua
Quinche, Jean Olivier (Stellvertreter des Chefs der Sektion für wissenschaftliche Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15228, **77**
Radja, Tihomil (Mitarbeiter des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P48835, **188**
Raeber, Thomas (Stellvertreter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P17259, **59, 112, 131, 136, 151, 171, 190**
Ramseyer, Paul-André (Mitarbeiter der Politischen Direktion des EPD) dodis.ch/P16040, **18, 73, 75**
Rand, Richard (Botschaftsrat der USA in Bern) dodis.ch/P51162, **149**
Rapo, Marko (jugoslawischer General) dodis.ch/P51392, **75**
Rappard, Alfred (schweiz. Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P1136, **152**
Ravne, Per Galby (norwegischer Botschafter in Peking) dodis.ch/P51635, **8**
Real, Friedrich (schweiz. Botschafter in New Delhi) dodis.ch/P141, **45, 63**
Redard, André Albert (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P51737, **112**
Reich, Robert (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P49145, **174**
Renaud, Aymon (schweiz. Anwalt) dodis.ch/P31742, **174**
Renk, Hans-Jörg (Sekretär der schweiz. Botschaft in Helsinki, ab Juni 1973 Mitarbeiter des Politischen Sekretariats des EPD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Helsinki und Genf) dodis.ch/P47031, **28, 32, 57, 89, 177**
Renner, John C. (Abteilungschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P51807, **55**
Renschler, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P29759, **25, 153, 177**
Renzaho, Juvenal (Direktor der ruandischen Mittelschule in Kigali) dodis.ch/P49252, **15**
Reston, James (Vizepräsident der New York Times) dodis.ch/P15060, **55**
Reverdin, Jacques (schweiz. Botschaftssekretär in Jakarta) dodis.ch/P15951, **102**
Reverdin, Olivier (Nationalrat) dodis.ch/P11967, **21**
Rey, Jean (Präsident der Arbeitsgruppe der Weisen der OECD) dodis.ch/P14120, **5**
Rey, Jean-Claude (volkswirtschaftlicher Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49107, **28**
Rham, Jean de (ehem. schweiz. Botschafter in Rom) dodis.ch/P844, **21**
Riad, Mahmoud (Generalsekretär der Arabischen Liga) dodis.ch/P42337, **14, 19**
Rial, Jacques (Generalsekretär der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission des EPD) dodis.ch/P19128, **28, 188**
Rickenmann, Kurt Werner (Chef der Abteilung für Adjutantur des EMD) dodis.ch/P44511, **156**
Rieben, Pierre Etienne (schweiz. Journalist) dodis.ch/P22039, **85**
Rieder, Henning (Mitarbeiter des Informations- und Pressediensts des EPD) dodis.ch/P15353, **103**
Riesen, Armin (Generalsekretär des EJPD) dodis.ch/P7662, **47**
Rist, Gilbert (Direktor des Centre Europe – Tiers Monde) dodis.ch/P24719, **100**

Rist, Othmar (schweiz. Generalkonsul in Johannesburg) dodis.ch/P15147, **100**
Ritschard, Willy (ab Januar 1974 Bundesrat, Vorsteher des EVED) dodis.ch/P12151, **18, 49, 58, 83, 116, 143, 153, 167, 173**
Ritter, Jean-Pierre (Chef der Sektion Völkerrecht des EPD, ab März 1974 schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P17429, **11, 17, 22, 24, 44, 57, 73, 78, 81, 101, 172**
Riva, Guido (Chef der Sektion Landesgrenzen und Nachbarrecht des EPD) dodis.ch/P2734, **180**
Rocanas, Stylianos (griechischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P51989, **98**
Roček, Jiří (tschechoslowakischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P51729, **10**
Roch, William (Geschäftsträger a. i. in Damaskus) dodis.ch/P2740, **14, 126**
Rochat, Louis (Stellvertreter des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P43894, **6, 7, 60, 106, 110, 119, 122, 139, 188**
Roches, Louis (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P11698, **34, 75, 77, 132, 137, 146, 163**
Rodríguez de Valcárcel, Alejandro (bis Dezember 1975 Präsident des spanischen Parlaments) dodis.ch/P51221, **191**
Roggwiller, Hans (Chef der Staatskanzlei Zürichs) dodis.ch/P47487, **155**
Rohner, Kurt (Direktor der Ciba-Geigy AG) dodis.ch/P24070, **34, 137**
Rohner, Willy (Ständerat) dodis.ch/P12328, **11**
Rossel, Jacques-Michel (Präsident der Handelskammer Argentinien-Schweiz) dodis.ch/P51551, **33**
Rossetti, Oscar (schweiz. Botschafter in Wien, ehem. schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P2031, **57, 91**
Rossi, Henri (ab Juli 1973 Chef des Diensts für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P15382, **22, 26, 43, 56, 106**
Rossier, William (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47686, **184**
Rotach, Laurenz (Mitarbeiter des Rechts- und Informationsdiensts der Bundeskanzlei) dodis.ch/P52398, **65**
Rothenbühler, Fritz (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P14589, **33, 40, 55, 60, 111, 125, 142, 163, 171, 173**
Röthlisberger, Eric (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P22008, **185**
Roulet, Louis-Edouard (Präsident der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft) dodis.ch/P24038, **65**
Rousseau, Jean-Jacques (französischer Schriftsteller und Philosoph) dodis.ch/P2243, **163**
Roux, Jacques (ehem. französischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43520, **172**
Rüedi, Jacques (schweiz. Generalkonsul in München, ab September 1974 Botschafter in Tel Aviv) dodis.ch/P2809, **97**
Rüegg, Alfred (Mitarbeiter der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P17263, **45, 142, 147, 157**
Ruegger, Paul (Lehrbeauftragter an der Universität Genf) dodis.ch/P88, **148**
Ruf, Gaudenz (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15968, **126**
Ruffieux, Roland (Professor für allgemeine Zeitgeschichte an der Universität Freiburg i. Üe.) dodis.ch/P22490, **65**
Rumor, Mariano (ab November 1974 italienischer Aussenminister) dodis.ch/P15297, **35, 160, 194**
Rush, Kenneth (ehem. amerikanischer Botschafter in Bonn) dodis.ch/P48480, **13**
Sadat, Muhammad Anwar el- (ägyptischer Staatspräsident) dodis.ch/P46564, **14, 19**
Saint-Mleux, André (monegassischer Staatsminister) dodis.ch/P49942, **158**
Saladin, Peter (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P43126, **72, 171**
Salvi, Serge François (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P15380, **2, 15, 68, 74, 88, 136**
Sampsón, Nikos (vom 15. Juli bis 23. Juli 1974 zypriotischer Staatspräsident) dodis.ch/P52016, **97**
Sánchez Bravo, José Luis (spanischer Oppositioneller) dodis.ch/P51241, **174**
Sandoz, Albert-Jean (schweiz. Vizekonsul und Kanzleichef in Brüssel) dodis.ch/P50325, **38**
Sarasin, Alfred E. (Präsident der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P1835, **119**
Sauvagnargues, Jean (ab Mai 1974 französischer Aussenminister) dodis.ch/P42740, **147, 172**
Sauvant, Jean-Marc (Vizekanzler) dodis.ch/P32014, **19, 28, 41, 46, 47, 115, 130, 141**

Schaefer, Alfred (Verwaltungsratspräsident der Schweiz. Bankgesellschaft) dodis.ch/P25, **123**
Schaffner Hans (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EVD) dodis.ch/P1652, **5, 19, 40, 95, 116, 137, 148**
Schaffner-Rudolf, Ruth (Ehefrau von H. Schaffner) dodis.ch/P41434, **40, 95**
Schärer, Hans (schweiz. Botschaftssekretär in Addis Abeba) dodis.ch/P21843, **121**
Schärer, Kurt (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49329, **99, 102**
Scheel, Walter (Aussenminister der BRD bis Mai 1974) dodis.ch/P15413, **80**
Schenk, Blaise (Stellvertreter des Chefs des Politischen Sekretariats des EPD, Mitglied der schweiz. Delegation bei der KSZE in Helsinki und Genf) dodis.ch/P15229, **28, 57**
Scherrer, Rudolf (Sekretär des Departementschefs des EVD) dodis.ch/P49242, **49**
Schildknecht, Hermann (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P35208, **37**
Schiwkow, Todor (Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens und bulgarischer Staatspräsident) dodis.ch/P15343, **158**
Schläpfer, Albert (Nationalrat) dodis.ch/P41994, **20, 130**
Schlieder, Willy (Generaldirektor der Generaldirektion Wettbewerb der EWG-Kommission) dodis.ch/P51558, **138**
Schlochauer, Hans-Jürgen (Professor für Völkerrecht an der Universität Frankfurt) dodis.ch/P43754, **122**
Schlumpf, Leon (schweiz. Preisüberwacher) dodis.ch/P26604, **166, 170**
Schmelzer, Norbert (niederländischer Aussenminister bis Mai 1973) dodis.ch/P43055, **82**
Schmid, Maximilian (Mitarbeiter der Swissair AG in Peking) dodis.ch/P51820, **153**
Schmid, Richard (schweiz. Honorar-Konsul in Göteborg) dodis.ch/P48875, **6**
Schmidhauser, Bruno (Sekretär der Kartellkommission) dodis.ch/P43021, **58**
Schmidheiny, Max (Nationalrat) dodis.ch/P899, **11**
Schmidt, Erika (wissenschaftliche Adjunktin im Amt für Geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P52601, **132**
Schmidt, Helmut (ab Mai 1974 Bundeskanzler der BRD) dodis.ch/P15416, **158**
Schmitt, Henri (Staatsrat des Kantons Genf, Vorsteher des Departements für Volkswirtschaft) dodis.ch/P42165, **153**
Schmitz, Franz (Generaldirektor des Schweiz. Bankvereins) dodis.ch/P18833, **125**
Schneider, Raymond (Direktor der Schweiz. Meteorologischen Zentralanstalt des EDI) dodis.ch/P44284, **153**
Schnyder, Felix (schweiz. Botschafter in Washington) dodis.ch/P84, **5, 13, 26, 47, 55, 58, 72, 73, 95, 114, 149**
Schnyder-Bucher, Sigrid (Ehefrau von F. Schnyder) dodis.ch/P45531, **95**
Schubarth, Peter (schweiz. Arzt in Boussou) dodis.ch/P51373, **136**
Schumann, Maurice (französischer Aussenminister bis März 1973) dodis.ch/P7260, **139, 172, 180**
Schürch, Oscar (Direktor der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P920, **44, 69, 85, 90, 94, 176**
Schürmann, Leo (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P16492, **170**
Schurtenberger, Erwin (Mitarbeiter der Direktion für Internationale Organisationen des EPD, ab September 1973 schweiz. Botschaftssekretär in Bangkok) dodis.ch/P15428, **112, 192**
Schwarzenbach, James (Nationalrat) dodis.ch/P17589, **138, 145, 150**
Schweizer, Peter (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P15969, **190**
Sciolli, Dino (schweiz. Botschaftsrat in Rom) dodis.ch/P15376, **86**
Seiler, Alexander J. (schweiz. Filmregisseur) dodis.ch/P41013, **51**
Seiler, Karl (Fachtechnischer Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P51867, **21, 102**
Serna y Gutiérrez-Repide, Alfonso de la (spanischer Botschafter in Stockholm) dodis.ch/P51471, **174**
Serra, Etienne (schweiz. Botschafter in Bogotá) dodis.ch/P2683, **26**
Seuret, Jean-Pierre (Mitarbeiter im Amt für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P51018, **49, 143**
Shin Ki-heun (Direktor im südkoreanischen Aussenministerium) dodis.ch/P51741, **127**
Short, Edward (Präsident des britischen Parlaments) dodis.ch/P52515, **176**

Shukuroglu, Dimitri (schweiz. Honorar-Konsul in Nikosia) dodis.ch/P21815, **98**
Shultz, George P. (bis Mai 1974 Finanzminister der USA) dodis.ch/P46714, **13, 55**
Siegrist, Hans Rudolf (Direktor des Amts für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P2799, **49, 124, 143**
Sigg, Werner (schweiz. Generalkonsul in New York) dodis.ch/P16134, **55, 109**
Sihanouk, Norodom (kambodschanischer König) dodis.ch/P14847, **12**
Siilasvuo, Ensio (Stabschef der UNTSO, Kommandant der UNEF II) dodis.ch/P47861, **47**
Simbananiye, Artémon (burundischer Aussenminister) dodis.ch/P49858, **2**
Simon, André (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Hanoi) dodis.ch/P15738, **147**
Simon, William E. (ab Mai 1974 Finanzminister der USA) dodis.ch/P50936, **140, 149**
Simonin, Pierre-Yves (Sekretär des Departementschefs des EPD) dodis.ch/P15417, **14, 17, 18, 21, 35, 44, 47, 57, 89, 90, 111, 113, 137, 147, 153, 155, 174, 180, 184, 193**
Sköld, Nils (Sektionschef in der schwedischen Verteidigungsmaterialverwaltung) dodis.ch/P43216, **16**
Smith, Ian (rhodesischer Premierminister) dodis.ch/P36196, **154**
Soames, Christopher (Vizepräsident der EG-Kommission) dodis.ch/P41010, **13, 138**
Soarès, Mário Lopes (portugiesischer Aussenminister) dodis.ch/P46967, **101**
Solari, Guido (Direktor der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P14825, **35, 69, 75, 115, 159**
Solschenizyn, Alexander Issajewitsch (sowjetischer Dissident und Schriftsteller) dodis.ch/P47624, **77**
Sommer, Albert (Sekretär des Vereins Schweiz. Maschinen-Industrieller) dodis.ch/P46061, **20, 42, 169**
Sontheim, Rudolf (Verwaltungsratsmitglied der Brown, Boveri & Cie.) dodis.ch/P17965, **37**
Spénale, Georges (Präsident des Europäischen Parlaments) dodis.ch/P51652, **173**
Sprecher, Anton von (Präsident des Vororts der Schweizervereine in Skandinavien) dodis.ch/P50966, **186**
Spühler, Willy (alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD, Präsident von Pro Helvetia) dodis.ch/P2111, **71, 91, 113, 119, 135, 148, 149, 153, 191**
Stabler, Wells (Sektionschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P43160, **55**
Stadelhofer, Emile (schweiz. Botschafter in Brasilia, ehem. schweiz. Botschafter in Tokio) dodis.ch/P2647, **40, 59, 128**
Staehelin, Fritz Rudolf (Abteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P20811, **72, 149**
Staehelin, Jenö (Mitarbeiter der Sektion Völkerrecht des EPD) dodis.ch/P20812, **9, 73, 88, 97, 108, 183**
Stalder, Hans (Direktor der Nestlé Niederlassung in Saigon) dodis.ch/P51287, **147**
Staub, Rudolf (Praktikant des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P15399, **49**
Stauffer, Paul Friedrich (ab April 1974 Chef der Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P18787, **51, 126, 188**
Steffen, Carlo Augusto (Präsident der schweiz. Handelskammer in Italien) dodis.ch/P42070, **66**
Steffen, Hans (Direktor des Vereins Schweiz. Maschinen-Industrieller) dodis.ch/P28701, **7**
Steglich, Peter (Abteilungschef im Aussenministerium der DDR) dodis.ch/P51238, **160**
Steiger, Hans (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P43128, **120**
Stein, Herbert (Wirtschaftsberater der USA) dodis.ch/P51860, **13, 55**
Steinbach, Joachim (Botschafter der BRD in Valletta) dodis.ch/P52253, **21**
Steiner, Max (Generaldirektor der Sulzer AG) dodis.ch/P52401, **49**
Steinmann, Diether (Abteilungschef beim Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge) dodis.ch/P40884, **49**
Stepanow, Wassili Nikolajewitsch (Erster Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P51030, **77**
Stingelin, Harold (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24561, **171**
Stöckli, Bruno (schweiz. Konsul in Lourenço Marques) dodis.ch/P16055, **166**
Stoel, Max van der (ab Mai 1973 niederländischer Aussenminister) dodis.ch/P47040, **82**
Stoercklé, Pierre (Chef des Militärprotokolls des EMD) dodis.ch/P50887, **155**

Stopper, Edwin (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank, ehem. Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P972, **1, 36, 60**
Stössel, Walter John (Abteilungschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P44779, **13**
Stoudmann, René (schweiz. Botschafter in Budapest, bis Juni 1973 schweiz. Botschafter in Tripolis) dodis.ch/P1132, **14, 68, 71**
Stoutz, Jean de (schweiz. Botschafter in Moskau bis September 1973) dodis.ch/P2695, **51, 57**
Stoutz-Ott, Claude de (Ehefrau von J. de Stoutz) dodis.ch/P51371, **51**
Stratos, Christoforos (griechischer Innenminister) dodis.ch/P52478, **104**
Strauch, Hanspeter (Mitarbeiter der Direktion für internationale Organisationen des EPD, ab August 1975 schweiz. Botschaftssekretär in Pretoria) dodis.ch/P15978, **17, 100, 101, 183**
Stroelé, Charles-André (Mitarbeiter des Diensts für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P22077, **22**
Štrougal, Lubomír (tschechoslowakischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15510, **132, 160**
Strupp, Karl (ehem. Professor für Völkerrecht an der Universität Frankfurt) dodis.ch/P8424, **122**
Struś, Stanisław (Direktor im polnischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P48305, **27**
Stucki, Fridolin (Ständerat) dodis.ch/P43555, **133**
Stucky, Georg (Geschäftsführer der Erdöl-Vereinigung) dodis.ch/P15349, **52, 124**
Suter, Etienne (ab April 1975 schweiz. Botschafter in New Delhi) dodis.ch/P2704, **131**
Suter, Heinz (schweiz. Generalkonsul in Hong Kong) dodis.ch/P19866, **92**
Suter, Robert (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Kigali) dodis.ch/P19584, **15**
Sutter, Werner (Sekretär der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung, 1974 Direktor der SITEX) dodis.ch/P49342, **137**
Svoboda, Ludvík (tschechoslowakischer Staatspräsident bis Mai 1975) dodis.ch/P6240, **132**
Szalai, Béla (stv. ungarischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P43268, **27**
Takeda, Tsuneyoshi (Cousin von Kaiser Hirohito, Präsident des japanischen Olympischen Komitees und der Swiss-Japan Society) dodis.ch/P48428, **128**
Tanaka, Kakuei (japanischer Premierminister) dodis.ch/P46950, **80**
Telli, Diallo (Generalsekretär der OAU) dodis.ch/P41946, **17**
Teng Hsiao-ping vgl. Deng Xiaoping
Tenzin Gyatso (tibetisches Oberhaupt, 14. Dalai Lama) dodis.ch/P23544, **41, 93**
Tettamanti, Leopoldo Hugo (Unterstaatssekretär im argentinischen Aussenministerium) dodis.ch/P41531, **33**
Thalmann, Ernesto (Direktor der Politischen Direktion und Generalsekretär des EPD) dodis.ch/P997, **6, 7, 8, 9, 10, 12, 14, 17, 20, 21, 27, 28, 33, 35, 37, 39, 40, 42, 43, 44, 45, 47, 50, 51, 52, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 66, 68, 70, 71, 73, 75, 76, 77, 81, 84, 86, 89, 90, 91, 93, 94, 98, 104, 106, 110, 111, 118, 119, 121, 124, 126, 127, 128, 129, 131, 132, 134, 139, 142, 146, 147, 148, 149, 150, 153, 155, 159, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 169, 171, 172, 174, 177, 179, 181, 187, 188, 189, 190, 192, 194**
Thévenaz, Pierre (Chef des politischen Sekretariats des EPD, ab September 1973 schweiz. Botschafter in Luxemburg) dodis.ch/P2827, **7, 8, 14, 19, 22, 32**
Thomann, Martin (Vizedirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P50559, **100**
Thomas, Dominique A. (Delegierter des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie in Asien) dodis.ch/P43270, **92**
Thorn, Gaston (luxemburgischer Aussenminister) dodis.ch/P15471, **158**
Thurnheer, Ernst (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P15360, **5, 36, 53, 88, 114, 123, 140, 142**
Tindemans, Leo (belgischer Premierminister) dodis.ch/P50357, **158, 160**
Tito, Josip Broz (jugoslawischer Staatspräsident) dodis.ch/P1002, **75, 158**
Töndury, Jean-Eugène (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2113, **92**
Touré, Sékou (guineischer Staatspräsident) dodis.ch/P15775, **17**
Trachsel, Peter (Direktor des Amts für Verkehr des EVED) dodis.ch/P40166, **56**
Tribolet, Jean-Jacques de (schweiz. Botschafter in Rabat) dodis.ch/P2657, **14**

Troendle, Max (Präsident des Internationalen Büros für Ausstellungen) dodis.ch/P80, **148**
Trudeau, Pierre Elliott (kanadischer Premierminister) dodis.ch/P43403, **64, 80, 158**
Truninger, Charles (schweiz. Botschaftssekretär in Islamabad) dodis.ch/P20208, **99**
Tscharner, Benedikt von (bis Oktober 1973 Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD, schweiz. Botschaftsrat in London) dodis.ch/P16824, **9, 18, 29, 35, 96, 155, 173**
Tschudi, Hans Peter (Bundesrat, Vorsteher des EDI) dodis.ch/P11670, **19, 25, 28, 49, 51, 68**
Turrettini, Bernard (schweiz. Botschafter bei der UNO in New York, ab April 1974 in Stockholm) dodis.ch/P2656, **6, 12, 14, 17, 42, 154**
Ubaidi, Mahdi Mushi al- (Unterstaatssekretär im irakischen Wirtschaftsministerium) dodis.ch/P50115, **193**
Uhl, Othmar (schweiz. Botschaftssekretär in Budapest, ab April 1975 schweiz. Botschaftsrat in Lissabon) dodis.ch/P16000, **71, 164**
Uhlmann, Ernst (Mitglied der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung, ehem. Oberstkorpskommandant der Schweizer Armee) dodis.ch/P39023, **148**
Ullrich, Günther (ab März 1973 Botschafter der DDR in Bern) dodis.ch/P46521, **39, 181**
Ulrich, Josef (Ständerat, Präsident der Finanzkommission) dodis.ch/P32063, **15**
Ulrich, Richard (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P1932, **29**
Umbricht, Victor Hermann (Vorsitzender des Mekong Advisory Boards) dodis.ch/P1670, **37**
U Thant, Sithu (ehem. Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P15551, **47**
Uyl, Joop den (niederländischer Premierminister) dodis.ch/P50261, **158**
Vallon, André-Louis (ab Juli 1973 Stellvertreter des Chefs des Diensts für Fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P15374, **43, 49, 81**
Vallotton, Etienne (schweiz. Botschafter in Algier) dodis.ch/P2149, **14, 52, 113, 124, 144, 153**
Vaniček, Viteslav (Unterstaatssekretär im jugoslawischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P50484, **118**
Varsányi, György (ungarischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P42940, **71**
Vieux, Robert (Chef des Protokoll- und Informationsdiensts des Kantons Genf) dodis.ch/P43326, **47**
Virot, Marc (Abteilungschef in der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P49230, **20, 42, 130**
Vischer, Jakob Johann (Generalstabchef der Schweizer Armee) dodis.ch/P39256, **32, 79, 80, 130**
Vischer, Lukas (Mitarbeiter des Weltkirchenrats) dodis.ch/P28621, **100**
Vogelbacher, Marcel (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Bagdad) dodis.ch/P4581, **14, 52**
Vögele, Kurt (Stellvertreter des schweiz. Koordinators der technischen Zusammenarbeit in Nepal) dodis.ch/P43963, **102**
Vogt, Hannes (Mitarbeiter der Politischen Abteilung II des EPD) dodis.ch/P19463, **81, 85, 144, 162, 166, 169**
Vorster, Balthazar Johannes (südafrikanischer Premierminister) dodis.ch/P32071, **12, 154**
Voyame, Joseph (Direktor der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P26467, **129, 139**
Wacker, Alfred (ab Juli 1973 Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg) dodis.ch/P2760, **61, 104, 111**
Wahlen, Friedrich Traugott (Alt Bundesrat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P1047, **148**
Wälchli, Walter (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P19118, **58**
Walder, Hans (schweiz. Bundesanwalt bis September 1973) dodis.ch/P43487, **1, 28, 38, 39, 42**
Waldheim, Kurt (Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P15484, **12, 30, 46, 78, 101, 103, 183**
Wali, Ibrahim al- (Generaldirektor im irakischen Aussenministerium) dodis.ch/P38135, **193**
Wallich, Henry C. (Vorstandsmitglied der Federal Reserve Bank der USA) dodis.ch/P51187, **96**
Walthard, Friedrich (ehem. Beauftragter für die Uhrenindustrie und Industriefragen des EVD) dodis.ch/P2991, **29**
Wang Tung (Direktor im chinesischen Aussenministerium) dodis.ch/P51770, **153, 178**
Wang Yaoting (Präsident des chinesischen Komitees zur Förderung des Internationalen Handels) dodis.ch/P47090, **137, 153**
Weber, Jean-Pierre (schweiz. Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P1422, **90**

Weck, Philippe de (Generaldirektor der Schweiz. Bankgesellschaft) dodis.ch/P22305, **53**
Wehrli, Bernhard (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P16950, **33, 153**
Weidenmann, Carl (Unterstabschef der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr des EMD) dodis.ch/P41002, **75**
Weilenmann, Jakob (Mitarbeiter des Delegierten für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung des EVD) dodis.ch/P52625, **170**
Weitnauer, Albert (schweiz. Botschafter in London, Präsident der Arbeitsgruppe Historische Standortsbestimmung) dodis.ch/P2132, **4, 5, 109, 138, 148, 155, 176, 190**
Well, Günther van (Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt der BRD) dodis.ch/P51500, **111**
Wellenstein, Edmund (Generaldirektor für Aussenbeziehungen der EG-Kommission) dodis.ch/P45333, **114**
Wenger, Anton (Abteilungschef beim Schweiz. Roten Kreuz) dodis.ch/P49296, **192**
Wermuth, Roland (schweiz. Botschaftsrat in Buenos Aires) dodis.ch/P15230, **33**
Werner, Denise (Chefin der Sektion Internationale Hilfswerke des EPD) dodis.ch/P20211, **37, 47, 48, 76, 106**
Wernly, Thomas (Mitarbeiter der Sektion Entschädigungsabkommen des EPD) dodis.ch/P19145, **133, 189**
Wetterwald, Charles-Albert (Protokollchef des EPD, ab Januar 1975 schweiz. Botschafter in Teheran) dodis.ch/P2684, **31, 168, 174**
Weyermann, Hans (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P25239, **33**
Wickman, Krister (schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P45589, **8**
Widmer, Derrik (Verwaltungsratsdelegierter der Holderbank Management & Beratung AG) dodis.ch/P51489, **144**
Widmer, Max (Sektionschef in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16732, **67**
Wiesmann, Peter (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24379, **15, 37, 45, 63, 74, 84, 102, 175**
Wildhaber, Luzius (Professor für Staats-, Völker- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg i. Üe.) dodis.ch/P24566, **107**
Wilhelm, Rolf (Vizedirektor des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24367, **2, 11, 37, 59, 63, 74, 84, 102, 112, 131, 171, 189**
Wilson, Harold (britischer Premierminister) dodis.ch/P13688, **111, 158**
Winterberger, Gerhard (Direktor des Vororts) dodis.ch/P17634, **1, 7**
Wittwer, Charles-Maurice (Generaldirektor der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P14112, **92, 120**
Whitlam, Gough (bis November 1975 australischer Premierminister) dodis.ch/P48385, **188**
Wodak, Walter (Generalsekretär des österreichischen Aussenministeriums) dodis.ch/P42619, **52**
Wolf, Hans (Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P41541, **186**
Wolf, Hans-Günter (Staatsangehöriger der DDR) dodis.ch/P51105, **39, 150, 160**
Wolf, Richard (schweiz. Botschaftssekretär in Nairobi) dodis.ch/P20910, **1, 154**
Wolf-Klie, Gisela (Staatsangehörige der DDR) dodis.ch/P51106, **39, 150, 160**
Wraight, John Richard (britischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41350, **176**
Würgler, Hans (Präsident der Kommission für Konjunkturfragen des EVD) dodis.ch/P42479, **170**
Wurth, Paul Henri (bis April 1974 Chef der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P1522, **25, 75**
Wüthrich, Elsi (Sekretärin der Geschäftsprüfungskommission der Eidg. Räte) dodis.ch/P52574, **20**
Wüthrich, Ernst (Nationalrat) dodis.ch/P12325, **169**
Wyss, Edmund (Chef der Sektion Treib- und Brennstoffe des EVD) dodis.ch/P12318, **49**
Wyss, Kurt O. (Mitarbeiter der Poltischen Direktion des EPD) dodis.ch/P15421, **10, 118, 132, 150, 181**
Xu Wijin vgl. Hsu Wie-chin
Xuereb, Paul (maltesischer Wirtschafts-, Industrie-, Landwirtschafts- und Tourismusminister) dodis.ch/P52499, **21**
Yamani, Ahmed Zaki (saudischer Ölminister) dodis.ch/P50260, **124**
Zanolli, Noa (Mitarbeiterin des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P51208, **131**

Zayyat, Mohammed Hassan el- (ägyptischer Aussenminister) dodis.ch/P48518, **14, 19, 44**
Zbinden, Louis-Albert (Mitglied der Groupe d'Études helvétiques de Paris) dodis.ch/P14191, **66**
Zehnder, Jean-Pierre (Mitarbeiter der Politischen Abteilung I des EPD) dodis.ch/P19603, **35, 86, 184, 194**
Zellweger, Robert (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Tripolis) dodis.ch/P2818, **14**
Zenger, André (Mitarbeiter des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P47220, **35, 75**
Zhou Enlai vgl. Chou En-lai
Ziegler, François de (schweiz. Minister in Paris, ab September 1973 stv. Direktor der Politischen Direktion und Chef des Politischen Sekretariats des EPD) dodis.ch/P2755, **28, 55, 57, 61, 79, 80, 89, 102, 104, 111, 126, 147, 148, 160, 174, 188, 189, 190**
Ziegler, Jean (Nationalrat) dodis.ch/P27154, **81, 119, 147**
Zimmermann, Hans (schweiz. Botschaftsrat in Wien, ab Juli 1973 Minister und Geschäftsträger a. i. in Moskau) dodis.ch/P2736, **7, 36, 51**
Zogg, Christian (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Dhaka bis September 1974) dodis.ch/P17276, **43, 102, 106**
Zogromalidis, Athanassios (Generaldirektor des griechischen Instituts für Sozialversicherungen) dodis.ch/P52294, **93**
Zosso, Oscar (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P50801, **72, 171**
Züblin, Marcel (Direktor der Sulzer AG) dodis.ch/P48727, **34**
Zwahlen, Jean (Stellvertreter des Chefs, ab März 1973 Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P15811, **2, 3, 7, 34, 36, 49, 53, 55, 57, 58, 60, 64, 67, 70, 72, 88, 95, 96, 100, 109, 112, 114, 119, 122, 123, 124, 125, 134, 139, 140, 141, 155, 170, 171, 175, 182, 184, 185, 190, 194**

VIII.2. KÖRPERSCHAFTSREGISTER
INDEX DES ORGANISATIONS
INDICE DELLE ORGANIZZAZIONI

Neben dem Namen der Körperschaft führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Verwaltungseinheiten und Regierungsstellen der einzelnen Staaten sind im Register nicht aufgeführt, da sie in den Dokumenten anhand des Registers der geografischen Bezeichnungen auffindbar sind.

Les noms des organisations de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les structures administratives et gouvernementales des différents États n'ont pas été prises en compte, dans la mesure où elles peuvent être trouvées dans les documents grâce à l'index des noms géographiques.

I nomi delle organizzazioni dell'indice sono completati con i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. Nell'indice le strutture delle amministrazioni dei singoli Stati non sono state considerate perché rintracciabili nei documenti attraverso l'indice dei nomi geografici.

24 heures dodis.ch/R18616, **85**
Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) dodis.ch/R1534, **4, 5, 13, 18, 27, 55, 61, 64, 105, 114, 128, 134, 182**
Accord monétaire européen (AME) dodis.ch/R19319, **140**
Action nationale contre l'emprise étrangère du peuple et de la patrie dodis.ch/R26546, **25, 115**
Action populaire indépendante du Chili (API) dodis.ch/R29324, **85**
Adolph Saurer AG / SA dodis.ch/R658, **130**
AELE dodis.ch/R10096, **4, 18, 42, 52, 54, 82, 101, 105, 155, 164, 173, 175, 182**
–, Comité consultatif dodis.ch/R27880, **105**
–, Conférence des ministres dodis.ch/R22565, **105**
Aeroflot dodis.ch/R23734, **143**
Aéroport Bâle-Mulhouse dodis.ch/R27339, **17**
Afrikanische Entwicklungsbank dodis.ch/R23253, **100**
Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde dodis.ch/R26710, **24, 101**
Afrikanischer Entwicklungsfonds dodis.ch/R26374, **100**
Agence de presse Novosti dodis.ch/R29697, **51**
Agence internationale de l'énergie dodis.ch/R22884, **110, 124, 140**
Agence télégraphique suisse (ATS) dodis.ch/R145, **19, 51, 98, 153**
Agrex, Ltd. dodis.ch/R29758, **17**
AHV dodis.ch/R22782, **66**
Air Rhodesia Corporation dodis.ch/R29546, **17**
Alitalia dodis.ch/R11034, **35**
Alters- und Hinterlassenenversicherung vgl. AHV
Aluminium-Industrie AG / Alusuisse dodis.ch/R1013, **34, 53, 90, 188**
American Swiss Association dodis.ch/R29726, **13**
Amerikanische Export-Import-Bank dodis.ch/R2056, **13, 55**
Amnesty International dodis.ch/R29047, **69**
André SA dodis.ch/R2643, **34**
Arabische Handelsbank AG dodis.ch/R11001, **113**
Arabische Liga dodis.ch/R965, **14, 19, 44**
Arabisches Boykottbüro dodis.ch/R23217, **126**
Arbalète – Semaine Suisse dodis.ch/R30390, **135**
Asiatische Entwicklungsbank (AEB) dodis.ch/R23274, **37**
Asiatisches Institut für Technologie dodis.ch/R30161, **106**
Association de la presse suisse dodis.ch/R2002, **135**
Association des importateurs hors trusts de benzine en Suisse dodis.ch/R12363, **58**

Association européenne de libre-échange cf. AELE
Association internationale de développement dodis.ch/R16862, **72, 171**
Association suisse d'aide aux pays en développement dodis.ch/R7310, **45**
Association suisse des banquiers (ASB) dodis.ch/R14, **7, 88, 119, 125**
Association suisse en Italie dodis.ch/R27984, **66**
Association Suisse-Japon dodis.ch/R14741, **128**
Assurance-vieillesse et survivants (AVS) cf. AHV
Athens News dodis.ch/R30181, **31**
AVIA cf. Association des importateurs hors trusts de benzine en Suisse
Awami-Liga dodis.ch/R27533, **106**
BAD cf. Afrikanische Entwicklungsbank
Balair AG dodis.ch/R18516, **30, 47**
Bank of Tokyo, Ltd. dodis.ch/R25202, **139**
Banque africaine de développement (BAD) cf. Afrikanische Entwicklungsbank
Banque américaine d'export-import cf. Amerikanische Export-Import-Bank
Banque asiatique de développement (BASD) cf. Asiatische Entwicklungsbank
Banque commerciale arabe SA cf. Arabische Handelsbank AG
Banque de Financement SA dodis.ch/R26950, **122**
Banque du Vatican dodis.ch/R29099, **122**
Banque interaméricaine de développement (BID) dodis.ch/R22331, **63**
Banque internationale pour la reconstruction et le développement dodis.ch/R586, **55, 72, 88, 171**
Banque nationale des États-Unis d'Amérique dodis.ch/R2292, **55, 96**
Banque nationale du Ghana dodis.ch/R24583, **1**
Banque nationale de Pologne, dodis.ch/R6220, **133**
Banque nationale de RDA dodis.ch/R9446, **117**
Banque nationale de RFA dodis.ch/R19421, **36, 96**
Banque nationale de Taïwan dodis.ch/R29069, **139**
Banque nationale du Zaïre dodis.ch/R18425, **1**
Banque nationale suisse (BNS) dodis.ch/R30, **1, 3, 7, 17, 36, 58, 60, 88, 117, 123, 125, 140, 141, 142, 170**
–, Direction générale dodis.ch/R25074, **3, 5, 7, 36, 60, 117, 123, 145**
Banque populaire suisse dodis.ch/R1642, **60**
Banque pour Entreprises électriques dodis.ch/R270, **37**
Béliers dodis.ch/R23234, **38**
Benninger AG, dodis.ch/R27370, **1**
BIRD vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BIT dodis.ch/R1601, **68, 73, 108**
Blick dodis.ch/R22569, **181**
BNS cf. Banque nationale suisse
Bofors AB dodis.ch/R15916, **16**
Broken Hill Proprietary Company, Ltd., Melbourne dodis.ch/R27406, **188**
Brookings Institution dodis.ch/R26187, **55**
Brown, Boveri & Cie (BBC) dodis.ch/R272, **13, 17, 34, 37, 162, 183**
Bühler Frères SA dodis.ch/R273, **34**
Bührle AG dodis.ch/R274, **34**
Bureau central de Damas / Bureau central pour le Boycott d'Israël de la Ligue arabe cf. Arabisches Boykottbüro
Calair dodis.ch/R29544, **17**
CE dodis.ch/R9899, **3, 4, 7, 9, 13, 14, 18, 29, 32, 34, 35, 36, 52, 55, 57, 61, 76, 82, 89, 101, 105, 108, 111, 114, 134, 138, 145, 147, 155, 161, 164, 171, 173, 174, 175, 182**
–, Commission exécutive dodis.ch/R19371, **4, 29, 118, 138**
–, Conseil des ministres dodis.ch/R23652, **161**
–, Direction générale de la concurrence dodis.ch/R29957, **138**
CEE cf. CE
Cementos Lima SA (CELIMA) dodis.ch/R29895, **144**
Centre Europe-Tiers Monde (CETIM) dodis.ch/R17191, **100**
Centre européen de recherche nucléaire (CERN) dodis.ch/R9870, **29**
Centre international d'études agricoles (CIEA) dodis.ch/R22899, **113**
Chambre de commerce suisse en Argentine dodis.ch/R23899, **33**
Chambre de commerce suisse en France dodis.ch/R1748, **66**
Chambre suisse du commerce dodis.ch/R832, **40**
Chambre suisse de l'horlogerie (CSH) dodis.ch/R48, **34**
Christdemokratische Partei Chiles dodis.ch/R23243, **85**
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz dodis.ch/R9739, **69**

Ciba-Geigy AG dodis.ch/R1787, **17, 33, 34, 40, 75, 137**
CICR dodis.ch/R69, **14, 43, 45, 46, 47, 48, 76, 98, 106, 131, 133, 166, 187**
CNUCED dodis.ch/R23118, **185**
Collège officiel de Kigali (COK) dodis.ch/R28676, **2, 15, 17**
COMECON dodis.ch/R11549, **27, 34**
Comité international de la Croix-Rouge cf. CICR
Comité international olympique dodis.ch/R1984, **128**
Comité Mékong dodis.ch/R25035, **35**
Comité olympique japonais dodis.ch/R25480, **128**
Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger dodis.ch/R27988, **51, 119, 135**
Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée (NNSC) dodis.ch/R9203, **8, 12, 91**
Commission internationale de Police Criminelle dodis.ch/R1813, **176**
Commission Internationale pour l'Exploration Scientifique de la Méditerranée (CIESM) dodis.ch/R29794, **29**
Commission nationale pour la publication de Documents diplomatiques suisses dodis.ch/R15878, **65**
Commission pour la garantie contre les risques à l'investissement dodis.ch/R28005, **11, 168**
Communauté économique européenne cf. CE
Communauté européenne de l'énergie atomique (CEEA) dodis.ch/R9898, **9, 167, 174**
Communautés européennes cf. CE
Compagnie Sud-Américaine d'Électricité dodis.ch/R13278, **11**
Comptoir Suisse, Lausanne dodis.ch/R10114, **71, 90, 137, 153, 157**
Confédération des syndicats chrétiens de Suisse cf. Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz
Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
Conférence européenne sur la biologie moléculaire (CEBM) dodis.ch/R24161, **29**
Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) dodis.ch/R20591, **14, 28, 29, 32, 44, 57, 61, 64, 71, 79, 82, 89, 111, 118, 132, 146, 150, 152, 158, 160, 175, 177, 181**
–, Groupe N+N dodis.ch/R29472 **89, 118**
Conseil d'assistance économique mutuelle cf. COMECON
Conseil de l'Europe dodis.ch/R2382, **18, 21, 25, 29, 57, 58, 61, 78, 104, 107, 111, 148, 155, 158, 164, 175**
–, Assemblée consultative dodis.ch/R4760, **61**
–, Comité des ministres dodis.ch/R4766, **57, 61, 111, 164**
–, Commission européenne des droits de l'homme dodis.ch/R23258, **107**
–, Cour européenne des droits de l'homme dodis.ch/R23257, **107**
Conseil œcuménique des Églises dodis.ch/R5580, **100, 188, 193**
Conseil suisse des associations pour la paix dodis.ch/R9879, **69**
Contrôle technique suisse des montres (CTM) dodis.ch/R29203, **120**
Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique dodis.ch/R27483, **18, 29**
Corriere della Sera dodis.ch/R2783, **138**
COST cf. Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique
Cour internationale de Justice (CIJ) dodis.ch/R212, **89, 107**
Courrier Suisse dodis.ch/R29212, **66**
Crédit Suisse (CS) dodis.ch/R63, **60, 128, 139**
Croix-Rouge malienne dodis.ch/R29733, **30**
Croix-Rouge nord-coréenne dodis.ch/R18060, **8**
Croix-Rouge sud-coréenne dodis.ch/R27828, **8**
Croix-Rouge suisse (CRS) dodis.ch/R256, **30, 68, 106, 166, 192**
CSCE cf. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
CSH cf. Chambre suisse de l'horlogerie
Dai-Ichi Kangyo Bank, Ltd. dodis.ch/R27755, **128, 139**
DDS cf. Commission nationale pour la publication de Documents diplomatiques suisses
Déclaration de Berne dodis.ch/R20578, **69**
Département Missionnaire des Églises protestantes de la Suisse romande (DMR) dodis.ch/R20575, **15**
Der Schweizerische Beobachter dodis.ch/R11668, **181**
Deutsche Aussenhandelsbank AG dodis.ch/R27429, **117**

Duke of Harrar Memorial Hospital dodis.ch/29748, **131**
Ébauches SA dodis.ch/R2827, **34**
ECAFE dodis.ch/R11432, **37**
École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) dodis.ch/R11536
–, Centre de recherches en physique des plasmas (CRPP) dodis.ch/R22737, **9**
École polytechnique fédérale de Zurich (EPFZ) dodis.ch/R712, **37**
Economic and Social Council (ECOSOC) dodis.ch/R218, **29, 95**
EFTA vgl. AELE
–, Konsultativkomitee vgl. AELE, Comité consultatif
–, Ministerkonferenz vgl. AELE, Conférence des ministres
EG vgl. CE
–, Generaldirektion Wettbewerb vgl. CE, Direction générale de la concurrence
–, Kommission vgl. CE, Commission exécutive
–, Ministerrat vgl. CE, Conseil des ministres
Eidgenössische technische Hochschule Lausanne (ETHL) vgl. École polytechnique fédérale de Lausanne
–, Forschungszentrum für Plasmaphysik vgl. École polytechnique de Lausanne, Centre de recherches en physique des plasmas
Eidgenössische technische Hochschule Zürich (ETH) vgl. École polytechnique fédérale de Zurich
Elektrobank vgl. Banque pour Entreprises électriques
ELEKTRO-WATT vgl. Banque pour Entreprises électriques
Entreprise des postes, téléphones et télégraphes (PTT) dodis.ch/R1775, **29, 83**
EPFL cf. École polytechnique fédérale de Lausanne
Erklärung von Bern vgl. Déclaration de Berne
ETH vgl. École polytechnique fédérale de Zurich
EURATOM / Europäische Atomgemeinschaft (EAG) vgl. Communauté européenne de l'énergie atomique
Europäische Freihandelsassoziation vgl. AELE
Europäische Gemeinschaften vgl. CE
Europäische Konferenz für Molekularbiologie vgl. Conférence européenne sur la biologie moléculaire
Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO) dodis.ch/R29793, **29**
Europäische Organisation für Molekularbiologie (EMBO) dodis.ch/R26566, **29**
Europäische Organisation für Raumforschung (ESRO), dodis.ch/R22346, **29**
Europäische Währungsschlange dodis.ch/R30369, **7, 18, 36, 82, 141, 161, 170, 172, 173**
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vgl. CE
Europäische Wissenschaftsstiftung dodis.ch/R30536, **29**
Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technologie vgl. Coopération européenne dans le domaine de la recherche scientifique et technique
Europäische Zahlungsunion (EZU) dodis.ch/R608, **140**
Europäisches Währungsabkommen vgl. Accord monétaire européen
Europäisches Zentrum für Kernforschung (CERN) vgl. Centre européen de recherche nucléaire
Europarat vgl. Conseil de l'Europe
–, Beratende Versammlung vgl. Conseil de l'Europe, Assemblée consultative
–, Europäische Kommission für Menschenrechte vgl. Conseil de l'Europe, Commission européenne des droits de l'homme
–, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte vgl. Cour européenne des droits de l'homme
–, Ministerkomitee vgl. Conseil de l'Europe, Comité des ministres
European Management Forum dodis.ch/R20620, **4**
EWG vgl. CE
EXIM-Bank vgl. Amerikanische Export-Import Bank
Exposition de l'industrie suisse à Pékin (SITEX) dodis.ch/R27245, **19, 91, 137, 153, 168**
Fabrique de Machines-Outils Oerlikon-Bührle SA cf. Bührle AG
FAO dodis.ch/R575, **24, 30, 68, 136, 185**
Fatah dodis.ch/R25033, **23**
Federation of Swiss Societies in the United Kingdom dodis.ch/R29963, **66**
Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (FH) dodis.ch/R2130, **92, 106**

Fédération suisse des communautés israélites (FSCI) dodis.ch/R1655, **129, 133**
Fellenberg Training Centre for Industrial Electronics dodis.ch/R30395, **21**
Finabank vgl. Banque de Financement SA
Flughafen Basel-Mülhausen vgl. Aéroport Bâle-Mulhouse
FMI dodis.ch/R593, **5, 7, 13, 72, 88, 108, 124, 171**
–, Comité intérimaire dodis.ch/R29489, **88**
–, Groupe des Dix dodis.ch/R23168, **13, 36, 88, 140, 151**
–, Groupe des Vingt dodis.ch/R26876, **5, 13**
Fokker dodis.ch/R15520, **47**
Foire Internationale d'Alger dodis.ch/R26585, **113**
Fondation européenne de la science cf. Europäischer Wissenschaftsstiftung
Fondation suisse d'assistance au développement technique dodis.ch/R16839, **106**
Fonds africain de développement (FAD) cf. Afrikanischer Entwicklungsfonds
Fonds monétaire international cf. FMI
Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS) dodis.ch/R11667, **65**
Forces motrices du Nord-Est de la Suisse SA (NOK) dodis.ch/R2189, **34**
Front de libération du Mozambique (FRELIMO) dodis.ch/R10993, **24, 166**
FSCI cf. Fédération suisse des communautés israélites
Fuji Bank, Ltd. dodis.ch/R27751, **139**
GATT vgl. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
Gazzetta Svizzera dodis.ch/R30002, **66**
Gebrüder Bühler AG vgl. Bühler Frères SA
Gebrüder Sulzer AG dodis.ch/R173, **21, 34, 39, 49, 75, 130**
Gebrüder Volkart dodis.ch/R1074, **17**
Georg Fischer AG dodis.ch/R941, **34**
Groupe d'Études Helvétiques de Paris dodis.ch/R28492, **66**
Groupement de holdings industrielles suisses dodis.ch/R987, **67, 70**
Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés (UNHCR) dodis.ch/R8974, **43, 45, 69, 81, 85, 106**
Helvetas dodis.ch/R11095, **63**
Helvetische Studiengruppe Paris vgl. Groupe d'Études Helvétiques de Paris
Herstatt Bank dodis.ch/R29570, **96**
Hidrandina SA dodis.ch/R10613, **144**
Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
Hoffmann-La Roche & Co. AG / SA dodis.ch/R2327, **17, 33, 128, 138, 173**
Hohmann (Sudan), Ltd. dodis.ch/R29075, **17**
Holderbank AG dodis.ch/R8634, **144**
«Holderbank» Management & Beratung AG dodis.ch/R27871, **144**
IDA vgl. Association internationale de développement
IEA vgl. Agence internationale de l'énergie
IEP dodis.ch/R29470, **49, 110, 165, 167**
IKRK vgl. CICR
ILO dodis.ch/R224, **24**
IMF vgl. FMI
Indústrias Químicas Resende SA dodis.ch/R22942, **40**
Industrie-Holding vgl. Groupement de holdings industrielles suisses
Institut asiatique de technologie cf. Asiatisches Institut für Technologie
Interamerikanische Entwicklungsbank vgl. Banque interaméricaine de développement
Interfood SA dodis.ch/R2962, **34**
Interhandel dodis.ch/R439, **73**
International Acceptance Corporation (IAC) dodis.ch/R29755, **17**
International Watch Company (IWC) dodis.ch/R25801, **75**
Internationale Arbeitsorganisation vgl. ILO
–, Internationales Arbeitsamt, vgl. BIT
Internationale Atomenergie-Organisation
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
Internationale Entwicklungsorganisation vgl. Association internationale de développement
Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen AG vgl. Interhandel
Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission vgl. Commission internationale de Police Criminelle
Internationale Messe Algier vgl. Foire Internationale d'Alger
Internationaler Gerichtshof (IGH) vgl. Cour internationale de Justice
Internationaler Währungsfonds (IWF) vgl. FMI
–, Gruppe der Zwanzig vgl. FMI, Groupe des Vingt

–, Interimskomitee vgl. FMI, Comité intérimaire
–, Pariser Zehner-Klub vgl. FMI, Groupe des Dix
Internationale Energieagentur vgl. Agence internationale de l'énergie
Internationaler Zivildienst dodis.ch/R22148, **69**
Internationales Energieprogramm vgl. IEP
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) vgl. CICR
Internationales Olympisches Komitee vgl. Comité international olympique
Internationales Studienzentrum für landwirtschaftliches Bildungswesen vgl. Centre international d'études agricoles
Interpharma dodis.ch/R10848, **17**
Interpol vgl. Commission internationale de Police Criminelle
IOC vgl. Comité international olympique
Istituto per le Opere di Religione cf. Banque du Vatican
IWC vgl. International Watch Company
IWF vgl. FMI
Japanisches Olympisches Komitee vgl. Comité olympique japonais
Jean Frey AG / SA dodis.ch/R29935, **83**
Jet Aviation AG dodis.ch/R29545, **17**
Journal de Genève dodis.ch/R963, **172**
Kommission für die Investitionsrisikogarantie (IRG) vgl. Commission pour la garantie contre les risques à l'investissement
Kommunistische Partei Spaniens dodis.ch/R26696, **191**
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei dodis.ch/R2335, **160**
Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vgl. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
–, N+N-Gruppe vgl. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, Groupe N+N
Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz im Ausland vgl. Commission de coordination pour la présence de la Suisse à l'étranger
KSZE vgl. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
Kunsthaus Zürich dodis.ch/R10175, **45**
Kuoni AG dodis.ch/R21853, **33**
Lanka Baur Holding SA dodis.ch/R12675, **84**
La Tribune de Lausanne dodis.ch/R3024, **51**
Le Monde dodis.ch/R10379, **31**
Le Quotidien de Paris dodis.ch/R29729, **172**
Libby, McNeill & Libby dodis.ch/R9901, **13**
Liga der Rotkreuz-Gesellschaften, dodis.ch/R1526, **30**
Ligue arabe cf. Arabische Liga
Ligue Awami cf. Awami-Liga
Ligue des Sociétés de la Croix-Rouge cf. Liga der Rotkreuz-Gesellschaften
Ligue suisse des droits de l'homme dodis.ch/R18667, **69**
Lima Light & Power Co. dodis.ch/R10612, **144**
MBFR dodis.ch/R26836, **32, 78, 79 89, 177**
McDonnell Douglas dodis.ch/R3125, **47**
Medienzentrum Schulwarte Bern dodis.ch/R24396, **45**
Mekong Komitee vgl. Comité Mékong
Migrol dodis.ch/R13057, **58**
Mosambikanische Befreiungsfront vgl. Front de libération du Mozambique
Motor-Columbus AG dodis.ch/R307, **37**
Mouvement national d'Espagne dodis.ch/R29760, **191**
Mouvement populaire de libération de l'Angola dodis.ch/R18384, **164**
Mouvement républicain dodis.ch/R26830, **150**
Museum für Moderne Kunst der Stadt Stockholm / Musée d'art moderne de Stockholm dodis.ch/R30381, **50**
Mutual and Balanced Force Reductions vgl. MBFR
Nabalco Pty., Ltd. dodis.ch/R28123, **188**
National Aeronautics and Space Administration (NASA) dodis.ch/R22392, **80**
Nationalbank, BRD vgl. Banque nationale de RFA
Nationalbank, DDR vgl. Banque nationale de RDA
Nationalbank, Ghana vgl. Banque nationale du Ghana
Nationalbank, Polen vgl. Banque nationale de Pologne
Nationalbank, Schweiz (SNB) vgl. Banque nationale suisse
Nationalbank, Taiwan vgl. Banque nationale de Taïwan
Nationalbank, Vereinigte Staaten von Amerika vgl. Banque nationale des États-Unis d'Amérique
Nationalbank, Zaire vgl. Banque nationale du Zaïre

Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat vgl. Action nationale contre l'emprise étrangère du peuple et de la patrie
Nationale Bewegung Spaniens vgl. Mouvement national d'Espagne
Nationale Front für die Befreiung Süd-Vietnams vgl. Front national pour la libération du Sud-Vietnam
Nationale Herbstmesse, Lausanne vgl. Comptoir Suisse, Lausanne
Nationale Kommission für die Veröffentlichung Diplomatischer Dokumente der Schweiz vgl. Commission nationale pour la publication de Documents diplomatiques suisses
NATO dodis.ch/R2837, **21, 61, 79, 89**
Nestlé Alimentana SA dodis.ch/R309, **11, 13, 33, 34, 89, 128, 147**
Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) dodis.ch/R5260, **66**
–, Auslandschweizerkommission dodis.ch/R26307, **66, 135**
–, Auslandschweizersekretariat dodis.ch/R1843, **66**
Neue Zürcher Zeitung (NZZ) dodis.ch/R627, **66, 85, 146**
Neutrale Überwachungskommission des Waffenstillstandes in Korea / Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC) vgl. Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée
Newport D Gas Power Plant dodis.ch/R29947, **188**
New York Stock Exchange dodis.ch/R16825, **7**
New York Times dodis.ch/R648, **7, 55**
Nordatlantikpakt vgl. NATO
Nordostschweizer Kraftwerke AG (NOK), vgl. Forces motrices du Nord-Est de la Suisse SA
Nouvelle Société Helvétique (NSH) cf. Neue Helvetische Gesellschaft
–, Commission des Suisses de l'étranger cf. Auslandschweizerkommission
–, Secrétariat des Suisses à l'étranger cf. Neue Helvetische Gesellschaft, Auslandschweizersekretariat
NZZ vgl. Neue Zürcher Zeitung
OAPEC dodis.ch/R27059, **110**
OAU dodis.ch/R20598, **17, 24, 100, 154, 162, 166**
Observatoire européen austral (ESO) cf. Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre
OCDE dodis.ch/R600, **3, 5, 7, 13, 18, 29, 36, 52, 58, 61, 62, 67, 72, 88, 105, 140, 142, 165, 171, 173, 175, 185**
–, Comité de la politique scientifique et technologique dodis.ch/R29792, **29**
–, Comité des échanges dodis.ch/R27924, **5**
–, Comité exécutif dodis.ch/R9234, **5, 13**
–, Conseil des ministres, dodis.ch/R9236, **5**
–, Fonds de Soutien Financier dodis.ch/R29926, **123, 140**
–, Secrétariat dodis.ch/R26147, **7**
OECD vgl. OCDE
–, Ausschuss für Wissenschafts- und Technologiepolitik vgl. OCDE, Comité de la politique scientifique et technologique
–, Exekutivkomitee vgl. OCDE, Comité exécutif
–, Finanzieller Beistandsfonds vgl. OCDE, Fonds de Soutien Financier
–, Handelsausschuss vgl. Comité des échanges
–, Ministerrat vgl. OCDE, Conseil des ministres
–, Sekretariat vgl. OCDE, Secrétariat
Oerlikon-Bührle AG vgl. Bührle AG
Office central suisse d'aide aux réfugiés (OSAR) dodis.ch/R6850, **129, 133**
Office national suisse du tourisme (ONST) dodis.ch/R1738, **135, 177**
Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) dodis.ch/R344, **40, 135, 137, 153, 168, 177**
Offizielle Mittelschule Kigali vgl. Collège Officiel de Kigali
OIT cf. ILO
OMM dodis.ch/R10888, **84**
OMS dodis.ch/R216, **30, 91, 108**
ONU dodis.ch/R202, **3, 8, 12, 14, 30, 43, 44, 46, 47, 68, 78, 91, 94, 95, 97, 100, 102, 103, 124, 127, 154, 162, 164, 166, 175, 183, 184, 187, 193**
–, Assemblée générale dodis.ch/R570, **12, 24, 78, 91, 126, 127, 187, 193**
–, Bureau international du travail (BIT) cf. BIT
–, Commandement des Nations Unies de la Commission militaire d'armistice dodis.ch/R9217, **12**
–, Commission des droits de l'homme dodis.ch/R690, **12**

–, Commission du droit international dodis.ch/R23289, **78**
–, Commission économique pour l'Asie et l'Extrême-Orient cf. ECAFE
–, Commission économique pour l'Europe (UNECE) dodis.ch/R1871, **29, 32**
–, Commission pour l'unification et la reconstruction de la Corée (UNCURK) dodis.ch/R9117, **12, 91**
–, Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
–, Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale dodis.ch/R27858,
–, Conseil de sécurité dodis.ch/R222, **12, 14, 17, 47, 98, 104**
–, Conseil économique et social cf. Economic and Social Council (ECOSOC)
–, Conseil pour la Namibie dodis.ch/R28091, **17**
–, Cour internationale de Justice cf. Cour Internationale de Justice
–, Fonds des Nations Unies pour l'enfance (UNICEF) dodis.ch/R738, **12, 106**
–, Forces de maintien de la paix dodis.ch/R23291, **46, 47**
–, Force des Nations Unies chargée du maintien de la paix à Chypre (UNFICYP) dodis.ch/R23207, **12**
–, Force d'urgence des Nations Unies (UNEF) dodis.ch/R11540, **47**
–, Haut-Commissariat pour les réfugiés cf. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) dodis.ch/R748, **78**
–, Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (ONUAA) cf. FAO
–, Organisation des Nations Unies pour le développement industriel (ONUDI) dodis.ch/R23120, **144, 148**
–, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO) dodis.ch/R574, **24, 50, 51, 108, 124, 126**
–, Organisation internationale du travail cf. ILO
- **Organisation météorologique mondiale** cf. OMM
–, Organisation mondiale de la santé cf. OMS
–, Organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve en Palestine (ONUST) dodis.ch/R25379, **47**
–, Programme alimentaire mondial (PAM) dodis.ch/R23763, **30**
–, Programme des Nations Unies pour le développement (PNUD) dodis.ch/R23121, **2, 12, 24**
–, Programme des Nations Unies pour l'environnement (PNUE) dodis.ch/R22883, **12**
OPEC dodis.ch/R22853, **110, 124, 126, 134, 140, 142, 168**
Organisation de libération de la Palestine (OLP) dodis.ch/R11002, **23, 187**
–, Bureau à Genève dodis.ch/R29555, **23**
Organisation de l'unité africaine (OUA) cf. OAU
Organisation des Nations Unies cf. ONU
Organisation du peuple du Sud-Ouest africain dodis.ch/R28143, **154**
Organisation du Traité de l'Atlantique Nord (OTAN) cf. NATO
Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten / Organisation des pays arabes exportateurs de pétrole vgl. OAPEC
Organisation erdölexportierender Länder / Organisation des pays exportateurs de pétrole vgl. OPEC
Organisation européenne de biologie moléculaire (EMBO), cf. Europäische Organisation für Molekularbiologie
Organisation européenne de recherches spatiales (ESRO) cf. Europäische Organisation für Raumforschung
Organisation für Afrikanische Einheit vgl. OAU
Organisation internationale du travail (OIT) cf. ILO
–, Bureau international du travail (BIT) cf. BIT
OSEC cf. Office suisse d'expansion commerciale
OTAN cf. NATO
OUA cf. OAU
Pacte de Varsovie dodis.ch/R14957, **32, 79, 130**
Palästinensische Befreiungsorganisation vgl. Organisation de libération de la Palestine
–, Büro in Genf vgl. Organisation de libération de la Palestine, Bureau à Genève
PAM cf. ONU, Programme alimentaire mondial
Partei der Arbeit der Schweiz (PdA) dodis.ch/R502, **170**

Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et du Cap-Vert (PAIGC) cf. Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
Parti communiste d'Espagne cf. Kommunistische Partei Spaniens
Parti communiste de la Tchécoslovaquie vgl. Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
Parti démocrate-chrétien du Chili cf. Christdemokratische Partei Chiles
Parti suisse du Travail (PdT) cf. Partei der Arbeit der Schweiz
Parti socialiste ouvrier espagnol dodis.ch/R29763, **181**
Parti socialiste neuchâtelois dodis.ch/R24501, **193**
Parti socialiste suisse dodis.ch/R42, **69, 193**
Péchiney dodis.ch/R10351, **53**
Plantagen AG dodis.ch/R27671, **11**
PLO vgl. Organisation de libération de la Palestine
Post, Telephon- und Telegraphenbetriebe (PTT) vgl. Entreprise des postes, téléphones et télégraphes
Presseagentur Novosti vgl. Agence de presse Novosti
Programme international de l'énergie cf. IEP
Pro Helvetia dodis.ch/R340, **50, 51, 57, 71, 135, 155, 177**
Qantas Airways dodis.ch/R24744, **188**
Radio Andorra / Radio Andorre dodis.ch/R29940, **83**
Radio Liban dodis.ch/R29554, **179**
Radio Monte Carlo (RMC) / Radio Monte-Carlo (RMC) dodis.ch/R29939, **83**
Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) vgl. COMECON
Renault Finance dodis.ch/R30187, **170**
Republikanische Bewegung vgl. Mouvement républicain
Rinsoz & Ormond SA dodis.ch/R26647, **11**
Ritex AG dodis.ch/R30524, **164**
Rotes Kreuz, Mali vgl. Croix-Rouge malienne
Rotes Kreuz, Nordkorea vgl. Croix-Rouge nord-coréenne
Rotes Kreuz, Schweiz vgl. Croix-Rouge suisse
Rotes Kreuz, Südkorea vgl. Croix-Rouge sud-coréenne
Sandoz AG dodis.ch/R315, **17, 40**
SALT II dodis.ch/R26835, **32, 79**
Schmidheiny & Co. dodis.ch/R13524, **17**
Schweizer Kurier vgl. Courrier Suisse
Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) dodis.ch/R55, **33, 60, 125, 128, 139**
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) vgl. Association suisse des banquiers
Schweizerische Depeschenagentur (SDA) vgl. Agence télégraphique suisse
Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie (SGCI) dodis.ch/R610, **1**
Schweizerische Gesellschaft für Chronometrie dodis.ch/R30539, **34**
Schweizerische Handelskammer vgl. Chambre suisse du commerce
Schweizerische Handelskammer in Argentinien, vgl. Chambre de commerce suisse en Argentine
Schweizerische Handelskammer in Frankreich vgl. Chambre de commerce suisse en France
Schweizerische Industrieausstellung in Peking (SITEX) vgl. Exposition de l'industrie suisse à Pékin
Schweizerische Kreditanstalt AG (SKA) vgl. Crédit Suisse
Schweizerische Liga für Menschenrechte vgl. Ligue suisse des droits de l'homme
Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik dodis.ch/R317, **130**
Schweizerische Nationalbank (SNB) vgl. Banque nationale suisse
–, Direktorium vgl. Banque nationale suisse, Direction générale
Schweizerischer Bankverein AG (SBV) dodis.ch/R22, **60, 99, 125, 128, 139**
Schweizerischer Bauernverband (SBV) dodis.ch/R508, **114, 182**
Schweizerischer Friedensrat vgl. Conseil suisse des associations pour la paix
Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund vgl. Fédération suisse des communautés israélites
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) dodis.ch/R559, **7, 182**
Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB) dodis.ch/R605, **7, 69**
Schweizerischer Kurzwellendienst dodis.ch/R18747, **98**
Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) vgl. Fonds national suisse de la recherche scientifique
Schweizerische Rundspruchgesellschaft (SRG) dodis.ch/R6384, **135**
Schweizerischer Schriftsteller-Verein dodis.ch/R6403, **69**

Schweizerische Stiftung für technische Entwicklungszusammenarbeit vgl. Fondation suisse d'assistance au développement technique
Schweizerische Technische Uhrenkontrolle vgl. Contrôle technique suisse des montres
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK) vgl. Croix-Rouge suisse
Schweizerische Uhrenkammer vgl. Chambre suisse de l'horlogerie
Schweizerische Vereinigung für Entwicklungshilfe vgl. Association suisse d'aide aux pays en développement
Schweizerische Verkehrszentrale vgl. Office national suisse du tourisme
Schweizerische Volksbank vgl. Banque populaire suisse
Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SZH) vgl. Office suisse d'expansion commerciale
Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe vgl. Office central suisse d'aide aux réfugiés
Schweizerisch-Japanische Gesellschaft vgl. Association Suisse-Japon
Schweizervereinigung in Italien vgl. Association suisse en Italie
Serpent monétaire européen cf. Europäische Währungsschlange
Service civil international cf. Internationaler Zivildienst
Service suisse des ondes courtes cf. Schweizerischer Kurzwellendienst
Shell Schweiz / Shell Suisse dodis.ch/R27287, **58**
SITEX cf. Exposition de l'industrie suisse à Pékin
SNB vgl. Banque nationale suisse
Société Anonyme des Métaux et Minerais cf. Aktiengesellschaft für Erz- und Metallhandel
Société de Banque Suisse (SBS) cf. Schweizerischer Bankverein
Société des écrivains suisses cf. Schweizerischer Schriftsteller-Verein
Société des Nations (SdN) dodis.ch/R221, **108**
Société générale de surveillance (SGS) dodis.ch/R1779, **1**
Société internationale pour Entreprises Chimiques SA cf. Interhandel
Société suisse de chronométrie cf. Schweizerische Gesellschaft für Chronometrie
Société suisse de radiodiffusion (SSR) cf. Schweizerische Rundspruchgesellschaft
Société suisse des cafetiers et restaurateurs cf. Schweizerischer Wirteverein
Société suisse des constructeurs de machines dodis.ch/R830, **1, 42, 167**
Société suisse des industries chimiques cf. Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie
Société suisse pour la construction de locomotives et de machines cf. Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik
Solothurner Zeitung dodis.ch/R16239, **150**
South African Broadcasting Corporation dodis.ch/R29749, **60**
South African Iron and Steel Industrial Corporation dodis.ch/R14759, **60**
South-West African People's Organisation (SWAPO) cf. Organisation du peuple du Sud-Ouest africain
Sozialdemokratische Partei der Schweiz vgl. Parti socialiste suisse
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) dodis.ch/R3942, **160**
Spanische Sozialistische Arbeiterpartei vgl. Parti socialiste ouvrier espagnol
SRPD dodis.ch/R28155, **14, 32, 57, 89**
Strategic Arms Limitation Talks II cf. SALT II
Sturzenegger & Cie, H. dodis.ch/R1961, **73**
Suchard Holding SA cf. Interfood SA
Südamerikanische Elektrizitätsgesellschaft vgl. Compagnie Sud-Américaine d'Électricité
Südwestafrikanische Volksorganisation vgl. Organisation du peuple du Sud-Ouest africain
Sulzer Frères SA cf. Gebrüder Sulzer AG
Swissaid vgl. Association suisse d'aide aux pays en développement
Swissair, Schweizerische Luftverkehr-Aktiengesellschaft dodis.ch/R331, **55, 98, 125, 135, 150, 153, 164, 166, 179, 187, 188**
Swiss Aluminium Australia, Ltd. dodis.ch/R27031, **188**
Swiss-Japan Society cf. Association Suisse-Japon
Swiss Observer dodis.ch/R2967, **66**
Swisspetrol Holding AG dodis.ch/R29396, **58**
Swiss Society of New York dodis.ch/R2381, **13**
Système de règlement pacifique des différends / System der friedlichen Beilegung von Konflikten cf. SRPD
SZH vgl. Office suisse d'expansion commerciale

Tate Gallery dodis.ch/R29757, **155**
Team 67 dodis.ch/R29327, **69**
Technologische Universität Bagdad dodis.ch/R29137, **193**
Terre des hommes dodis.ch/R15526, **69, 113**
Tornos SA dodis.ch/R17121, **34**
TRAFIPRO (Travail, Fidélité, Progrès) dodis.ch/R22656, **15**
Transportes Aéreos Portugueses (TAP) dodis.ch/R18378, **164, 166**
Tribune de Genève dodis.ch/R525, **66, 147**
UBS cf. Schweizerische Bankgesellschaft
Unabhängige Volksaktion von Chile vgl. Action populaire indépendante du Chili
UNCTAD vgl. CNUCED
UNESCO vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
UNHCR vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
UNICEF vgl. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
Union de Banques Suisses SA (UBS) cf. Schweizerische Bankgesellschaft
Union européenne des paiements (UEP) cf. Europäische Zahlungsunion
Union nationale des étudiants de Suisse dodis.ch/R8005, **69**
Union schweizerischer Handelskammern im Ausland / Union des chambres de commerce suisses à l'étranger dodis.ch/R12380, **66, 135**
Union suisse des arts et métiers (USAM) cf. Schweizerischer Gewerbeverband
Union suisse des paysans (USP) cf. Schweizerischer Bauernverband
Union syndicale suisse (USS) cf. Schweizerischer Gewerkschaftsbund
United African National Council (Rhodesien/Rhodésie) dodis.ch/R29756, **154**
United Nations Command Military Armistice (UNCMAC) cf. ONU, Commandement des Nations Unies de la Commission militaire d'armistice
–, Medizinische Fakultät / Faculté de médecine dodis.ch/R22537, **131**
Universität Buenos Aires / Université de Buenos Aires dodis.ch/R10432, **33**
Universität Bujumbura / Université de Bujumbura dodis.ch/R23040, **2**
Universität Chulalongkorn / Université de Chulalongkorn dodis.ch/R29776, **37**
Universität Zürich / Université de Zurich dodis.ch/R645, **59**
Université technologique de Bagdad cf. Technologische Universität Bagdad
UNO vgl. ONU
–, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen vgl. ONU, Programme des Nations Unies pour le développement
–, Friedenstruppen vgl. ONU, Forces de maintien de la paix
–, Friedenstruppen der Vereinten Nationen in Zypern vgl. Force des Nations Unies chargée du maintien de la paix à Chypre
–, Generalversammlung vgl. ONU, Assemblée générale
–, Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Internationale Arbeitsorganisation vgl. ILO
–, Internationaler Gerichtshof (IGH vgl. Cour internationale de Justice
–, Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vgl. ONU, Organisation de l'aviation civile internationale
–, Internationales Arbeitsamt, vgl. BIT
–, Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen vgl. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
–, Kommission für den Wiederaufbau und die Wiedervereinigung Koreas vgl. ONU, Commission pour l'unification et la reconstruction de la Corée
–, Konferenz für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
–, Menschenrechtskommission vgl. ONU, Commission des droits de l'homme
–, Namibia-Rat vgl. ONU, Conseil pour la Namibie
–, Noteinsatztruppe der Vereinten Nationen vgl. Force d'urgence des Nations Unies
–, Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina (UNTSO) vgl. ONU, Organisme des Nations Unies pour la surveillance de la trêve en Palestine
–, Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft vgl. FAO
–, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture

–, Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour le développement industriel
–, Rat der internationalen Zivilluftfahrtorganisation vgl. ONU, Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale
–, Sicherheitsrat vgl. ONU, Conseil de sécurité
–, Umweltschutzsekretariat vgl. ONU, Programme des Nations Unies pour l'environnement
–, Völkerrechtskommission vgl. ONU, Commission du droit international
–, Waffenstillstandskommission Korea vgl. ONU, Commandement des Nations Unies de la Commission militaire d'armistice
–, Welternährungsprogramm vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
–, Weltgesundheitsorganisation vgl. OMS
–, Weltorganisation für Meteorologie vgl. OMM
–, Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten, vgl. ECAFE
–, Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) vgl. ONU, Commission économique pour l'Europe
–, Wirtschafts- und Sozialrat vgl. Economic and Social Council
Vatikanbank vgl. Banque du Vatican
Verband der Schweizerischen Studentenschaften vgl. Union nationale des étudiants de Suisse
Verband der schweizerischen Uhrenindustrie vgl. Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie
Verband trustfreier Benzin- und Heizöl-Importe vgl. Association des importateurs hors trusts de benzine en Suisse
Vereinigung Schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften vgl. Groupement de holdings industrielles suisses
Verein der Schweizer Presse vgl. Association de la presse suisse
Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Völkerbund vgl. Société des Nations
Volkart Frères cf. Gebrüder Volkart
Volksbewegung zur Befreiung Angolas vgl. Mouvement populaire de libération de l'Angola
Volkseigner Aussenhandelsbetrieb Industrieanlagen-Import dodis.ch/R29844, **117**
Vorort de l'Union suisse du commerce et de l'industrie / Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins dodis.ch/R34, **1, 7, 33, 58, 153, 164, 167, 168, 175, 182**
VSM vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Warschauer Pakt vgl. Pacte de Varsovie
Weltbank vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
Weltgesundheitsorganisation (WHO) vgl. OMS
Weltkirchenrat vgl. Conseil œcuménique des Églises
Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon-Bührle AG vgl. Bührle AG
WFP vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
WHO vgl. OMS
Wild Heerbrugg AG dodis.ch/R655, **154**
Wozchod Handelsbank AG dodis.ch/R23431, **77**

VIII.3. REGISTER DER GEOGRAFISCHEN BEZEICHNUNGEN
INDEX DES NOMS GÉOGRAPHIQUES
INDICE DEI NOMI GEOGRAFICI

Nebst der geografischen Bezeichnung führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Die mit einem * gekennzeichneten Dokumente sind für die Beziehungen der Schweiz zu diesem Land besonders relevant. Die Bezeichnungen «Bern» und «Schweiz» sind im Register nicht berücksichtigt, da sie zu häufig in den Dokumenten vorkommen.

Les noms géographiques de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), où se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les documents marqués d'un * sont particulièrement pertinents en ce qui concerne les relations entre la Suisse et le pays en question. Les termes «Berne» et «Suisse» n'ont pas été retenus vu leur apparition très fréquente dans les documents.

Oltre ai nomi geografici, l'indice reca i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni e documenti. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. I documenti contrassegnati da un * sono particolarmente rilevanti per le relazioni della Svizzera con il rispettivo paese. I termini «Berna» e «Svizzera», che compaiono molto frequentemente nei documenti, non sono ritenuti nell'indice.

Abidjan dodis.ch/G6967, **30**
Accra dodis.ch/G4651, **17**
Addis Abeba dodis.ch/G852, **17, 100, 121, 131**
Afghanistan dodis.ch/G495, **102**
Afrika / Afrique dodis.ch/G900, **2, 12, 17*, 24*, 30, 48, 60, 68*, 76, 100, 103, 154*, 156, 166*, 178**
Afrique australe dodis.ch/G9809, **100, 154, 162, 166**
Afrique du Nord dodis.ch/G901, **68, 126**
Afrique du Sud dodis.ch/G204, **2, 12*, 17, 20, 60*, 100*, 154*, 162*, 166*, 169, 183, 187**
Afrique noire dodis.ch/G8214, **100, 154, 166, 183**
Ägypten dodis.ch/G216, **14*, 19, 22, 44, 47, 48, 68**
Ain dodis.ch/G9004, **180**
Akrotiri dodis.ch/G7756, **98**
Albanie / Albanien dodis.ch/G457, **75, 158**
Alger / Algier dodis.ch/G236, **113, 142, 165**
Algérie / Algerien dodis.ch/G896, **14, 17, 57, 68, 72, 76*, 113*, 124, 137, 165**
Allemagne (en général) dodis.ch/G5, **73, 83, 189** cf. aussi Bundesrepublik Deutschland et Deutsche Demokratische Republik
Amérique du Sud dodis.ch/G210, **20, 33, 130, 134**
Amérique latine dodis.ch/G983, **40, 48, 81, 85, 144**
Amman dodis.ch/G3484, **23, 142**
Andhra Pradesh dodis.ch/G9999, **102**
Angola dodis.ch/G4498, **17, 24, 100, 101, 162, 164, 166***
Ankara dodis.ch/G471, **12. 98**
Arabie saoudite dodis.ch/G217, **11, 23, 123, 124*, 142***
Arabische Staaten dodis.ch/G4664, **14, 45, 46, 52, 57, 58, 61, 102, 111, 113, 123, 124, 126, 129, 166, 193**
Arbon dodis.ch/G917, **130**
Argentine / Argentinien dodis.ch/G193, **26, 33*, 91**
Asie / Asien dodis.ch/G47, **8, 102***
Asie du Sud-Est dodis.ch/G3760, **153, 178**
Athen / Athènes dodis.ch/G467, **12, 30, 93, 98, 104**
Äthiopien dodis.ch/G219, **11, 103*, 119*, 121*, 131*, 136***
Australie / Australien dodis.ch/G203, **64, 89, 91, 114, 125*, 188***
Autriche dodis.ch/G31, **7, 18*, 20, 32, 36, 52, 57, 80, 83, 89, 91, 101, 110, 118, 127, 140, 141, 151, 165, 170, 174*, 184*, 186***
Baden dodis.ch/G460, **162**
Bagdad dodis.ch/G2800, **142, 193**
Bâle dodis.ch/G83, **17, 25, 33, 36, 96, 125, 128, 137, 138**
Bâle-Ville (Canton) dodis.ch/G1984, **138**

Baltimore dodis.ch/G4713, **55**
Bamako dodis.ch/G6961, **30**
Bangalore dodis.ch/G9791, **45**
Bangkok dodis.ch/G430, **37, 106**
Bangladesch / Bangladesh dodis.ch/G9439, **43*, 45, 48*, 91, 99*, 102, 106**
Basel vgl. Bâle
Basel-Stadt (Kanton) vgl. Bâle-Ville
Battambang / Battambeng dodis.ch/G8863, **37**
Beijing dodis.ch/G1203, **8, 19, 91, 137, 153, 157, 168, 178, 187**
Beira dodis.ch/G4919, **154**
Beirut dodis.ch/G997, **47, 98, 142, 179, 187**
Belgien / Belgique dodis.ch/G75, **5, 38*, 57, 66, 67*, 78,79, 101, 118, 151, 160*, 170, 174**
Belgrad / Belgrade dodis.ch/G85, **73, 75, 118, 177**
Bengale / Bengalen dodis.ch/G2222, **106**
Berlin-Est dodis.ch/G3061, **39, 117, 118, 121, 150, 189**
Berlin-Ouest dodis.ch/G3581, **69**
Berthoud dodis.ch/G9430, **156**
Beyrouth cf. Beirut
Blockfreie Staaten dodis.ch/G10520, **165***
Bolivie / Bolivien dodis.ch/G478, **20**
Bombay dodis.ch/G2201, **106**
Bonn dodis.ch/G2101, **12, 19, 43, 61, 89, 97, 111, 161**
Brasilia dodis.ch/G8923, **40**
Brasilien / Brésil dodis.ch/G180, **11, 19, 40*, 59*, 137**
Braunschweig / Brunswick dodis.ch/G813, **17**
Brüssel / Bruxelles dodis.ch/G137, **35, 38, 57, 61, 111, 114, 117, 138, 141, 161, 170, 171, 177**
Bucarest / Bukarest dodis.ch/G233, **152**
Budapest dodis.ch/G8, **27, 71**
Buenos Aires dodis.ch/G208, **26, 32**
Bulgarie / Bulgarien dodis.ch/G284, **27, 32, 79**
Bundesrepublik Deutschland dodis.ch/G806, **7, 8, 12*, 13, 17, 20, 23, 32, 36, 54, 57, 62, 66, 73, 79, 83, 91, 101, 111*, 123, 141, 151, 161, 164, 170, 184***
Burgdorf vgl. Berthoud
Burgos dodis.ch/G7909, **174**
Burkina Faso dodis.ch/G7458, **30***
Burundi dodis.ch/G4589, **2*, 17**
Cabora Bassa / Cahora Bassa dodis.ch/G10336, **162**
Cambodge dodis.ch/G3764, **12*, 37***
Cameroun dodis.ch/G1861, **17, 103**
Canada dodis.ch/G230, **12, 32, 58, 64*, 79, 101, 114, 151, 182**
Canal de Suez dodis.ch/G4638, **44, 47, 49**
Canberra dodis.ch/G42, **188**
Cap-Vert dodis.ch/G4980, **24, 101***
Caracas dodis.ch/G38, **26, 81, 142**
Ceylan / Ceylon dodis.ch/G1562, **84*, 112**
Charm el-Cheikh dodis.ch/G10615, **12**
Chiang Rai dodis.ch/G10670, **37**
Chicago dodis.ch/G220, **78**
Chile / Chili dodis.ch/G205, **46*, 48, 69*, 76*, 81*, 85*, 112, 151***
China / Chine dodis.ch/G29, **8, 12, 29, 41*, 80, 91, 102, 137*, 139, 153*, 157*, 178***
Chypre dodis.ch/G364, **12*, 89, 97*, 98*, 104, 111, 160**
Chypre du Nord dodis.ch/G11129, **104**
Cologne dodis.ch/G780, **36, 161, 184**
Colombo dodis.ch/G1969, **84, 165**
Copenhague dodis.ch/G215, **57, 118**
Corée dodis.ch/G33, **8*, 12*, 91**
Corée du Nord dodis.ch/G1422, **8*, 12*, 91*, 127***
Corée du Sud dodis.ch/G1423, **8*, 11, 91, 127***
Côte d'Ivoire dodis.ch/G6968, **1, 11**
ČSSR dodis.ch/G73, **10*, 27, 32, 57,69, 79, 91, 132*, 160***
Cuba dodis.ch/G190, **26*, 81**
Dacca dodis.ch/G9438, **43, 106**
Dakar dodis.ch/G129, **30**
Damas / Damaskus dodis.ch/G2801, **47, 126, 187**
Danakil / Danakil-Wüste dodis.ch/G11166, **136**
Dänemark / Danemark dodis.ch/G138, **32, 54, 62, 79, 91, 101, 105, 128, 151, 174, 179, 186***
Daressalam / Dar es Salam dodis.ch/G9053, **1, 154, 166**
Davos dodis.ch/G135, **4**
Den Haag dodis.ch/G88, **78, 82, 107**
Deutsche Demokratische Republik dodis.ch/G283, **8, 12*, 27, 32, 39*, 77, 79, 117*, 121, 150*, 152, 160*, 174, 181*, 189***
Deutschland (allgemein) vgl. Allemagne (en général)
Dhaka vgl. Dacca
Djakarta dodis.ch/G2121, **142, 147**
Djeddah / Dschidda dodis.ch/G4795, **142**
Dübendorf dodis.ch/G92, **156**
Écosse dodis.ch/G9100, **155**
Ecuador dodis.ch/G479, **89**
Eglisau dodis.ch/G1103, **28**
Égypte cf. Ägypten
Elfenbeinküste vgl. Côte d'Ivoire
Emmental dodis.ch/G3965, **147**

Entwicklungsländer dodis.ch/G4633, **11*, 12, 13, 15*, 20, 59*, 72, 74*, 75, 88, 95, 100, 102*, 106*, 112*, 113, 119, 131*, 134, 136, 144, 184, 185, 190*, 192**
Équateur cf. Ecuador
Eritrea / Érythrée dodis.ch/G4794, **48**
Espagne dodis.ch/G126, **57, 61, 81, 86, 90, 94*, 101, 118, 151, 174*, 191***
Est (Pays de l') dodis.ch/G936, **10, 27, 29, 32, 57, 61, 64, 75, 88, 89, 91, 177, 187, 189**
États-Unis d'Amérique dodis.ch/G11, **3, 4, 5, 8, 12, 13*, 14, 16, 26*, 32*, 33, 35, 36, 38, 44, 50, 52*, 54, 55*, 57, 61*, 63, 72, 73*, 75, 79*, 82, 89, 91, 96, 101, 109*, 111, 113, 114, 123, 124, 126, 127, 134*, 137, 149*, 151, 164, 178, 179, 182*, 184, 188**
Éthiopie cf. Äthiopien
Europa / Europe dodis.ch/G12, **4*, 7*, 9*, 13, 18*, 23, 25*, 29*, 30, 32*, 35*, 44, 55, 57*, 58, 61*, 75, 79*, 81, 82*, 85, 103, 105*, 107*, 108, 109, 111, 114*, 127, 128, 132, 134, 137, 138, 141*, 145*, 153, 158*, 161*, 164, 170*, 172, 173*, 174*, 178, 181, 193**
Europe centrale dodis.ch/G1380, **79, 184**
Europe de l'Est dodis.ch/G311, **4**
Europe méridionale dodis.ch/G991, **13, 57, 89**
Europe occidentale dodis.ch/G347, **32, 61, 68, 80, 82, 105, 137, 178, 191**
Extrême-Orient / Ferner Osten dodis.ch/G281, **92**
Finlande / Finnland dodis.ch/G76, **32, 89, 91, 105, 132, 151, 158, 165, 174, 186**
France / Frankreich dodis.ch/G13, **2, 5, 16, 23, 28, 32, 38*, 54, 57, 61, 66, 72, 75, 78, 80*, 82, 89, 101, 110, 111, 124, 139*, 141, 147, 151, 160*, 161*, 164, 170, 172*, 179, 180*, 187**
Francfort / Frankfurt dodis.ch/G386, **96**
Gelbes Meer dodis.ch/G10262, **91**
Genève / Genf dodis.ch/G28, **1, 12, 13, 17, 22, 23, 24, 28, 32, 47, 48, 53, 57, 64, 71, 77, 79, 82, 89, 91, 92, 94, 98, 104, 105, 106, 114, 118, 132, 134, 147, 152, 153, 157, 158, 177, 181, 187, 193**
Genève (Canton) / Genf (Kanton) dodis.ch/G4401, **94, 180**
Genfersee dodis.ch/G242, **180**
Gawani / Gewani dodis.ch/G11058, **103, 131, 136**
Ghana dodis.ch/G4568, **1*, 17**
Girne dodis.ch/G11131, **98**
Glattfelden dodis.ch/G11390, **28**
Golanhöhen dodis.ch/G10617, **48**
Göteborg dodis.ch/G354, **6**
Gove dodis.ch/G9651, **188**
Grande-Bretagne dodis.ch/G14, **4, 7, 16, 17, 21, 32, 36, 54, 61, 66, 72, 78, 79, 92*, 96, 98*, 101, 104, 105, 111, 151, 155*, 160, 174, 176***
Graubünden / Grigioni / Grisons dodis.ch/G761, **53**
Grèce / Griechenland dodis.ch/G178, **31*, 57, 79, 93*, 98*, 104*, 111, 137, 174**
Grossbritannien vgl. Grande-Bretagne
Guangdong dodis.ch/G4510, **153**
Guinea-Bissau / Guinée-Bissau / Guinée portugaise dodis.ch/G4988, **17, 20, 24, 101***
Gujarat dodis.ch/G9604, **45**
Hangchow / Hangzhou dodis.ch/G9817, **153**
Hanoi / Hanoï dodis.ch/G796, **12, 91**
Harar dodis.ch/G4798, **131**
Haute-Savoie dodis.ch/G1138, **180**
Haute-Volta cf. Burkina Faso
Havanna dodis.ch/G188, **26**
Heerbrugg dodis.ch/G916, **154**
Helsinki dodis.ch/G622, **14, 19, 28, 32, 57, 69, 82, 89, 146, 158, 160, 177, 181**
Helsingborg dodis.ch/G10596, **6**
Hochsavoyen vgl. Haute-Savoie
Hong Kong dodis.ch/G52, **3, 92, 153**
Hongrie dodis.ch/G20, **27*, 32, 69, 71*, 79, 90, 133*, 160***
Ibiza dodis.ch/G10505, **28**
Inde / Indien dodis.ch/G201, **43*, 45*, 48, 57, 63, 102, 106, 112**
Indischer Ozean dodis.ch/G2221, **154**
Indischer Subkontinent dodis.ch/G10327, **43, 102, 106**
Indochina / Indochine dodis.ch/G50, **12, 102**
Indonésie / Indonesien dodis.ch/G49, **58, 63, 72, 102**
Industriestaaten dodis.ch/G9188, **37, 72, 100, 119, 146, 185, 190**
Irak / Iraq dodis.ch/G482, **193***
Iran dodis.ch/G743, **20, 48*, 58, 102, 142, 193**
Irland / Irlande dodis.ch/G128, **101, 155, 160***
Irlande du Nord dodis.ch/G4877, **57, 155, 160**
Islamabad dodis.ch/G8922, **43, 45, 106**
Island / Islande dodis.ch/G214, **91, 105**
Israel / Israël dodis.ch/G1761, **12, 14, 22*, 23, 44*, 45, 47, 48, 56, 102, 124, 126, 187, 193***
Italia / Italie / Italien dodis.ch/G77, **3, 23, 32, 35*, 49, 53*, 54, 57, 61, 62, 66, 70*, 72, 79, 82, 86, 101, 111, 118, 122, 151, 160*, 174, 194***
Jakarta vgl. Djakarta
Japan / Japon dodis.ch/G45, **4, 7, 12, 13, 21, 36, 54, 64, 91, 114, 117, 124, 128*, 134, 139*, 147, 151, 182, 184**

Japanisches Meer dodis.ch/G10983, **91**
Jemenitische Arabische Republik dodis.ch/G948, **23**
Jerusalem / Jérusalem dodis.ch/G324, **44, 47, 126**
Johannesburg dodis.ch/G4569, **60**
Jordan / Jourdain dodis.ch/G1901, **23**
Jordanie / Jordanien dodis.ch/G2761, **187**
Jugoslawien dodis.ch/G69, **28*, 57, 75*, 89, 118***
Kagel dodis.ch/G11149, **39**
Kairo dodis.ch/G40, **12, 14, 19, 22, 23, 44, 47, 142, 193**
Kambodscha vgl. Cambodge
Kamerun vgl. Cameroun
Kampala dodis.ch/G5152, **154, 162, 166**
Kanada vgl. Canada
Kap Verde vgl. Cap-Vert
Karachi / Karatschi dodis.ch/G1921, **106**
Karadjordjevo / Karađorđevo dodis.ch/G9681, **75**
Katmandou / Katmandu dodis.ch/G4507, **63**
Kenia / Kenya dodis.ch/G4796, **1*, 17**
Kerala dodis.ch/G8901, **45**
Khartum / Khartoum dodis.ch/G6541, **23**
Kigali dodis.ch/G8988, **2, 15, 17**
Kinshasa dodis.ch/G2928, **90, 142**
Kloten dodis.ch/G1741, **23**
Köln vgl. Cologne
Kopenhagen vgl. Copenhague
Korea vgl. Corée
Koweït / Kuwait dodis.ch/G4858, **123, 137, 142**
Kuba vgl. Cuba
Kyrenia cf. Girne
Lac Léman cf. Genfersee
Lac Tchad cf. dodis.ch/G11057, **103, 135**
Lagos dodis.ch/G4655, **142**
La Havane cf. Havanna
La Haye cf. Den Haag
Laos dodis.ch/G3763, **37*, 153, 192***
Lateinamerika vgl. Amérique latine
Lausanne dodis.ch/G174, **9, 71, 128, 137, 153, 157, 168**
Le Caire cf. Kairo
Le Pirée dodis.ch/G1154, **31**
Leningrad dodis.ch/G3147, **51, 143**
Liban / Libanon dodis.ch/G483, **8, 20, 129*, 179*, 187***
Liberia / Libéria dodis.ch/G484, **76**
Libye / Libyen dodis.ch/G4636, **46*, 56*, 68**
Liechtenstein dodis.ch/G253, **17, 83*, 90, 137, 189**
Lima dodis.ch/G213, **144, 165**
Lisbonne / Lissabon dodis.ch/G349, **17, 67, 101, 164, 166**
Lod dodis.ch/G10241, **23**
London / Londres dodis.ch/G55, **61, 66, 98, 109, 117, 118, 151, 153, 155, 176**
Lourenço Marques dodis.ch/G4715, **154, 166**
Luanda dodis.ch/G4654, **166**
Luang Prabang dodis.ch/G3782, **192**
Luxembourg / Luxemburg dodis.ch/G196, **66, 79, 101, 174, 186*, 188**
Madrid dodis.ch/G941, **174**
Maharashtra dodis.ch/G9603, **45**
Mailand dodis.ch/G840, **3**
Malaisie / Malaysia dodis.ch/G822, **91**
Malakal dodis.ch/G10982, **68**
Mali dodis.ch/G5201, **17, 30***
Malta / Malte dodis.ch/G4826, **21*, 89, 138***
Mao dodis.ch/G11075, **136**
Maputo vgl. Lourenço Marques
Maroc / Marokko dodis.ch/G975, **68**
Mauretanien / Mauritanie dodis.ch/G6307, **30*, 68*, 76**
Mekong / Mékong dodis.ch/G3762, **37**
Melbourne dodis.ch/G871, **188**
Mer du Japon cf. Japanisches Meer
Mer Jaune cf. Gelbes Meer
Mer Méditerranée dodis.ch/G291, **44**
Mexiko / Mexique dodis.ch/G319, **20, 101**
Milan / Milano cf. Mailand
Mitteleuropa vgl. Europe centrale
Mittelmeer vgl. Mer Méditerranée
Mittelmeerländer vgl. Europe méridionale
Mittlerer Osten vgl. Naher Osten
Moghegno dodis.ch/G11164, **136**
Molakal vgl. Malakal
Monaco dodis.ch/G4023, **32, 188**
Montreal / Montréal dodis.ch/G183, **78**
Mosambik / Mozambique dodis.ch/G4652, **17, 20, 24, 100, 101, 154, 162, 166***
Moscou / Moskau dodis.ch/G21, **19, 34, 51, 57, 77, 79, 89, 137, 143**
Moyen-Orient cf. Naher Osten
Mülhausen / Mulhouse dodis.ch/G1036, **17**
Mumbai cf. Bombay
München / Munich dodis.ch/G862, **23**
Murree dodis.ch/G7202, **45**
Mysore dodis.ch/G4581, **45**
Naher Osten dodis.ch/G854, **12*, 14*, 22*, 23*, 44*, 45, 46*, 47*, 48*, 52*, 62, 102, 110, 123, 124, 126*, 129*, 142, 187*, 193***
Nairobi dodis.ch/G5150, **2, 12, 154**
Namibia / Namibie dodis.ch/G7621, **12, 17, 154**
Nankin / Nanjing dodis.ch/G270, **153**

N'Djamena dodis.ch/G7967, **136**
Nepal / Népal dodis.ch/G4263, **63*, 102, 131**
Neuseeland dodis.ch/G218, **89**
Neutrale Staaten dodis.ch/G8724, **16, 18, 20, 52, 61, 89**
New Delhi dodis.ch/G516, **43, 45, 63, 106, 112**
New York dodis.ch/G23, **3, 7, 12, 13, 55, 91, 96, 98, 100, 177, 183**
N'Guigmi dodis.ch/G11165, **136**
Nicosie dodis.ch/G7753, **47, 98**
Niederlande dodis.ch/G78, **24, 49, 57, 79, 80, 82*, 101, 147, 151, 170, 174**
Niger dodis.ch/G7456, **30*, 136***
Nigeria / Nigéria dodis.ch/G4656, **103**
Nikosia vgl. Nicosie
Nordafrika vgl. Afrique du Nord
Nordirland vgl. Irlande du Nord
Nordjemen vgl. Jemenitische Arabische Republik
Nordkorea vgl. Corée du Nord
Nordvietnam dodis.ch/G4846, **8, 12, 91, 147**
Nordzypern vgl. Chypre du Nord
Norfolk (île) / Norfolkinsel dodis.ch/G7341, **188**
Norvège / Norwegen dodis.ch/G194, **8, 79, 91, 101, 105, 151, 173, 174, 186***
Nouvelle-Zélande cf. Neuseeland
Obervolta vgl. Burkina Faso
Occident dodis.ch/G1858, **10, 57, 58, 61, 75, 89, 104, 164, 178, 190**
Océan Indien cf. Indischer Ozean
Océan Pacifique dodis.ch/G209, **89**
Odisha / Orissa dodis.ch/G9609, **45**
Orly dodis.ch/G9104, **80**
Oslo dodis.ch/G406, **8**
Ost-Berlin vgl. Berlin-Est
Ostblock vgl. Est (Pays de l')
Österreich vgl. Autriche
Osteuropa vgl. Europe de l'Est
Ostpakistan vgl. Bangladesch
Osttimor dodis.ch/G11019, **188**
Ottawa dodis.ch/G169, **89**
Ouagadougou dodis.ch/G7941, **30**
Ouganda dodis.ch/G4797, **15, 17, 154, 169**
Pakistan dodis.ch/G1433, **14, 21, 43*, 45, 48*, 99*, 102, 106***
Pakistan oriental cf. Bangladesch
Palästina / Palestine dodis.ch/G335, **14, 22, 23*, 24*, 44*, 47, 187*, 193**
Papouasie-Nouvelle-Guinée / Papua-Neuguinea dodis.ch/G265, **188**
Paris dodis.ch/G18, **5, 12, 13, 19, 36, 38, 65, 66, 80, 104, 111, 138, 140, 141, 147, 160, 161, 165, 171, 172, 177, 184**
Pays arabes cf. Arabische Staaten
Pays-Bas cf. Niederlande
Pays en voie de développement cf. Entwicklungsländer
Pays industriels cf. Industriestaaten
Pays neutres cf. Neutrale Staaten
Pays non-alignés cf. Blockfreie Staaten
Pazifischer Ozean vgl. Océan Pacifique
Pékin / Peking cf. Beijing
Pendjab dodis.ch/G4289, **45**
Pérou / Peru dodis.ch/G212, **11, 112, 144***
Philadelphia / Philadelphie dodis.ch/G1644, **153**
Piräus vgl. Le Pirée
Pjöngjang dodis.ch/G5219, **8, 91**
Plateau du Golan cf. Golanhöhen
Polen / Pologne dodis.ch/G68, **27*, 32, 79, 81, 91, 133*, 146*, 160*, 174**
Portugal dodis.ch/G127, **11, 20, 24, 28*, 32, 67*, 86, 90, 101*, 105, 162, 164*, 166*, 174, 175***
Portugiesisch-Guinea vgl. Guinea-Bissau
Prag / Prague dodis.ch/G71, **10, 132**
Pretoria dodis.ch/G469, **12, 60, 100**
Proche-Orient cf. Naher Osten
Punjab vgl. Pendjab
Pyongyang cf. Pjöngjang
Quito dodis.ch/G7401, **142**
République arabe du Yémen cf. Jemenitische Arabische Republik
République démocratique allemande cf. Deutsche Demokratische Republik
République démocratique du Congo cf. Zaire
République fédérale d'Allemagne cf. Bundesrepublik Deutschland
République populaire du Congo dodis.ch/G7728, **76**
Resende dodis.ch/G4753, **40**
Rhodésie / Rhodesien dodis.ch/G4449, **17, 100*, 154*, 162, 166*, 169, 183***
Rikon dodis.ch/G9780, **41**
Rio de Janeiro dodis.ch/G207, **40**
Rom / Roma / Rome dodis.ch/G361, **21, 35, 49, 53, 62, 70, 78, 138, 160, 194**
Romandie dodis.ch/G2061, **128**
Roumanie / Rumänien dodis.ch/G234, **19, 27, 32, 57, 77, 79, 130*, 137, 139*, 152***
Ruanda / Rwanda dodis.ch/G4588, **2*, 15*, 17**
Sahel dodis.ch/G10274, **30*, 68, 76, 103*, 136*, 156**
Saigon / Saïgon dodis.ch/G431, **12, 37, 147**
Saint-Gall dodis.ch/G562, **157**
Saint-Martin-de-Belleville dodis.ch/G11145, **80**

Saint-Moritz dodis.ch/G555, **64**
Salisbury dodis.ch/G4657, **166**
Sambesi dodis.ch/G4925, **162**
Sambia dodis.ch/G5036, **17**
Santiago / Santiago de Chile dodis.ch/G211, **69, 81, 85**
São Paulo dodis.ch/G4069, **19, 40, 137, 168**
Sapporo dodis.ch/G9734, **128**
Saudi-Arabien vgl. Arabie saoudite
Savoie / Savoyen dodis.ch/G1139, **80**
Scandinavie dodis.ch/G514, **12, 66, 91, 105, 186**
Schottland vgl. Écosse
Schlangenbad dodis.ch/G11373, **57**
Schwarzafrika vgl. Afrique noire
Schweden dodis.ch/G15, **6*, 8*, 12, 15, 16*, 20, 28, 32, 42, 50*, 52, 57, 64, 81, 89, 91, 101, 105, 110, 118, 127, 140, 151, 165, 174*, 179, 186***
Senegal / Sénégal dodis.ch/G7455, **30*, 76**
Seoul / Séoul dodis.ch/G4261, **8, 91, 127**
Scharm El-Scheich vgl. Charm el-Cheikh
Shanghai dodis.ch/G274, **153**
Si'an dodis.ch/G5701, **153**
Sicile / Sicilia / Sizilien dodis.ch/G768, **53**
Shimla / Simla dodis.ch/G10945, **45**
Singapour / Singapur dodis.ch/G53, **11**
Skandinavien vgl. Scandinavie
Slovénie / Slowenien dodis.ch/G750, **118**
Soochow dodis.ch/G11257, **153**
Soudan dodis.ch/G982, **17, 68*, 74***
Soudan du Sud dodis.ch/G9172, **68, 74**
Sous-continent indien cf. Indischer Subkontinent
Sowjetunion dodis.ch/G30, **12, 32*, 34*, 51*, 57, 64, 75, 77*, 79*, 82, 89, 91, 134, 137, 142, 143*, 146, 152, 153, 168, 178**
Spanien vgl. Espagne
Sri Lanka vgl. Ceylan
St. Gallen vgl. Saint-Gall
St. Moritz vgl. Saint-Moritz
Stockholm dodis.ch/G94, **6, 8, 16, 32, 50, 91, 105, 155, 174, 182**
Strasbourg / Strassburg dodis.ch/G2361, **104, 107, 111, 138, 177**
Strausberg dodis.ch/G11148, **39**
Südafrika vgl. Afrique du Sud
Südamerika vgl. Amérique du Sud
Sudan vgl. Soudan
Südkorea vgl. Corée du Sud
Südliches Afrika vgl. Afrique australe
Südostasien vgl. Asie du Sud-Est
Sud-Ouest africain / Südwestafrika cf. Namibia
Südsudan vgl. Soudan du Sud
Südvietnam dodis.ch/G4847, **12, 37*, 147***
Suède cf. Schweden
Suezkanal vgl. Canal de Suez
Suzhou vgl. Soochow
Sydney dodis.ch/G473, **188**
Syrie / Syrien dodis.ch/G485, **14, 47, 126*, 187***
Taipeh / Taipei dodis.ch/G3981, **157**
Taiwan / Taïwan dodis.ch/G32, **139*, 157***
Tamil Nadu dodis.ch/G10328, **45**
Tansania / Tanzanie dodis.ch/G5025, **1*, 11, 17, 112**
Tachkent /Taschkent dodis.ch/G664, **51**
Tarbela dodis.ch/G10334, **106**
Tbilissi dodis.ch/G10122, **51**
Tchad dodis.ch/G7461, **30*, 103*, 135, 136***
Tchécoslovaquie cf. ČSSR
Teheran / Téhéran dodis.ch/G1235, **48, 100, 142, 154**
Tel Aviv dodis.ch/G1766, **19, 23, 47, 56, 98, 187**
Tessin dodis.ch/G688, **49, 53, 138**
Thailand / Thaïlande dodis.ch/G202, **37*, 91**
Tibet dodis.ch/G1198, **41*, 63, 131**
Ticino cf. Tessin
Tiflis vgl. Tbilissi
Timor oriental cf. Osttimor
Tirana dodis.ch/G458, **75**
Togo dodis.ch/G6444, **76**
Tokio / Tokyo dodis.ch/G35, **13, 78, 105, 114, 127, 128, 133, 139**
Tripoli / Tripolis dodis.ch/G7849, **56, 142**
Tschad vgl. Tchad
Tschadsee cf. Lac Tchad
Tschechoslowakei vgl. ČSSR
Tunesien / Tunisie dodis.ch/G362, **68**
Tunis dodis.ch/G903, **56**
Türkei / Turquie dodis.ch/G122, **21, 57, 79, 89, 98*, 104**
UdSSR vgl. Sowjetunion
Uganda vgl. Ouganda
Ungarn vgl. Hongrie
Union soviétique / URSS cf. Sowjetunion
Uruguay dodis.ch/G947, **101**
USA cf. États-Unis d'Amérique
USSR vgl. Sowjetunion
Vaduz dodis.ch/G1968, **17**
Valais dodis.ch/G689, **53**
Varadero dodis.ch/G4765, **26**
Varsovie dodis.ch/G144, **8, 27, 133, 146**
Vatican / Vaticano / Vatikan dodis.ch/G712, **101, 122***
Venezuela / Vénézuela dodis.ch/G486, **26**
Vercorin dodis.ch/G11356, **113**

Vereinigte Staaten von Amerika vgl. États-Unis d'Amérique
Vevey dodis.ch/G766, **128**
Vienne dodis.ch/G238, **11, 18, 32, 61, 79, 89, 98, 141, 153, 174**
Vietnam dodis.ch/G1434, **12*, 13, 147, 153, 188**
Vietnam du Nord cf. Nordvietnam
Vietnam du Sud cf. Südvietnam
Volksrepublik Kongo cf. République populaire du Congo
Wallis vgl. Valais
Warschau vgl. Varsovie
Washington, D. C. dodis.ch/G16, **3, 8, 12, 13, 26, 52, 55, 58, 72, 73, 95, 98, 105, 149, 171**
West-Berlin vgl. Berlin-Ouest
Westen / westliche Staaten vgl. Occident
Westeuropa vgl. Europe occidentale
Westschweiz vgl. Romandie
Wien vgl. Vienne
Winterthour / Winterthur dodis.ch/G679, **39, 130**
Würenlingen dodis.ch/G5561, **23**
Xi'an vgl. Si'an
Yémen du Nord cf. Jemenitische Arabische Republik
Yougoslavie cf. Jugoslawien
Zagreb dodis.ch/G1258, **75**
Zaire / Zaïre dodis.ch/G5031, **1*, 17, 28*, 76*, 90***
Zambèze cf. Sambesi
Zambie cf. Sambia
Zarqa / Zerqa dodis.ch/G8094, **23**
Zentraleuropa vgl. Europe centrale
Zimbabwe cf. Rhodésie / Rhodesien
Zürich / Zurich dodis.ch/G27, **8, 34, 45, 51, 58, 59, 60, 77, 91, 117, 123, 124, 125, 143, 153, 157, 171, 176, 187**
Zypern vgl. Chypre

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE
LISTE DES FONDS UTILISÉS
ELENCO DEI FONDI UTILIZZATI

Die **fett** hervorgehobenen Bestände sind besonders forschungsrelevant.

Les fonds **en gras** sont particulièrement pertinents pour la recherche.

I fondi in **grassetto** sono particolarmente rilevanti per la ricerca.

IX.1. SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV, BERN
ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES, BERNE
ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO, BERNA

IX.1.1. ARCHIV DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES
ARCHIVES DE L'ÉTAT FÉDÉRAL SUISSE
ARCHIVIO DELLO STATO FEDERALE SVIZZERO

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

E1001*	Bundesrat: Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente / Conseil fédéral: Propositions de la Chancellerie fédérale et des Départements
E1003*	Bundesrat: Verhandlungsprotokolle und Beschlussprotokolle II / Conseil fédéral: Procès-verbaux des délibérations et procès-verbaux de décision II
E1004.1*	Bundesrat: Beschlussprotokolle / Conseil fédéral: Procès-verbaux de décision
E1010B*	Bundeskanzlei: Zentrale Ablage / Chancellerie fédérale: Enregistrement central
E1050.7A*	Bundesversammlung: Geschäftsprüfungskommissionen / Assemblée fédérale: Commissions de gestion
E1050.12*	Bundesversammlung: Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten / Assemblée fédérale: Commissions des affaires étrangères
E1050.15*	Bundesversammlung: Kommissionen für Zolltarif, Wirtschaft und Aussenwirtschaft / Assemblée fédérale: Commissions pour le tarif douanier, l'économie et le commerce extérieur
E1070*	Bundesversammlung: Geschäftsdossiers / Assemblée fédérale: Dossiers d'affaires
E1301*	Nationalrat: Protokolle / Conseil national: Procès-verbaux
E1401*	Ständerat: Protokolle / Conseil des États: Procès-verbaux

Politisches Departement / Département politique / Dipartimento politico

E2001E*	Abteilung für Politische Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division des affaires politiques: Enregistrement central
E2001E-01*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2003A*	Abteilung für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Division des organisations internationales: Enregistrement central
E2003-06*	Politische Direktion: Fremde Interessen / Direction politique: Intérêts étrangers
E2004B*	Verwaltungsdirektion im Eidgenössischen politischen Departement: Zentrale Ablage / Division des affaires administratives du Département politique fédéral: Enregistrement central
E2005A*	Delegierter für Technische Zusammenarbeit: Zentrale Ablage / Délégué à la coopération technique: Enregistrement central
E2010A*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2010-01A*	Politische Direktion: Politische Dokumentation / Direction politique: Documentation politique
E2023A*	Direktion für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Direction des organisations internationales: Enregistrement central
E2023A-01*	Politische Direktion: Ablage der Politischen Abteilung III Internationale Organisationen / Direction politique: Enregistrement de la Division III Organisations internationales
E2024A*	Verwaltungsabteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division administrative du Département fédéral des affaires étrangères: Enregistrement central
E2024-02A*	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: Personaldossiers / Département fédéral des affaires étrangères: Dossiers personnels
E2024B*	Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst: Zentrale Ablage / Direction administrative et du service extérieur: Enregistrement central
E2200 / E2210	Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz / Représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
E2300-01*	Eidgenössisches politisches Departement: Politische und militärische Berichte der Auslandvertretungen / Département politique fédéral: Rapports politiques et militaires des représentations à l'étranger

E2500* Eidgenössisches politisches Departement: Personaldossiers / Département politique fédéral: Dossiers personnels

E2812* Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Pierre Graber, Bundesrat / Département politique fédéral: Papiers Pierre Graber, Conseiller fédéral

E2814* Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: Handakten Rudolf Bindschedler, Minister / Département politique fédéral: Papiers Rudolf Bindschedler, Ministre

Departement des Innern / Département de l'intérieur / Dipartimento dell'interno

E3001B* Generalsekretariat: Zentrale Ablage / Secrétariat général: Enregistrement central

E3300C* Bundesamt für Gesundheitswesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la santé publique: Enregistrement central

E3340B* Bundesamt für Sozialversicherung: Zentrale Ablage / Office fédéral des assurances sociales: Enregistrement central

E3370B* Abteilung für Wissenschaft und Forschung: Zentrale Ablage / Division de la science et de la recherche: Enregistrement central

Justiz- und Polizeidepartement / Département de justice et police / Dipartimento di giustizia e polizia

E4001E* Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de justice et police: Enregistrement central

E4260C-01* Bundesamt für Polizeiwesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la police: Enregistrement central

E4264* Polizeiabteilung: Personenregistratur / Division de police: Enregistrement des personnes

E4280A* Delegierter für das Flüchtlingswesen: Zentrale Ablage / Délégué aux réfugiés: Enregistrement central

E4320C* Bundesanwaltschaft: Polizeidienst / Ministère public de la Confédération: Service de police

E4380B* Bundesamt für geistiges Eigentum: Zentrale Ablage / Office fédéral de la propriété intellectuelle: Enregistrement central

Militärdepartement / Département militaire / Dipartimento militare

E5001G* Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung: Zentrale Ablage / Direction de l'administration militaire fédérale: Enregistrement central

E5360A* Stab der Gruppe für Ausbildung: Zentrale Ablage / État-major du groupement de l'instruction

Finanz- und Zolldepartement / Département des finances et des douanes / Dipartimento delle finanze e delle dogane

E6100B-01* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6100C* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6351G* Oberzolldirektion: Zentrale Ablage / Direction générale des douanes: Enregistrement central

E6520B* Eidgenössische Bankenkommission: Zentrale Ablage / Commission fédérale des banques: Enregistrement central

E6521B* Eidgenössische Bankenkommission: Banken und Sparkassen / Commission fédérale des banques: Banques et caisses d'épargne

E6801* Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement: Handakten Georges-André Chevallaz / Département fédéral des finances et des douanes: Papiers Georges-André Chevallaz

E6802* Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement: Handakten Nello Celio / Département fédéral des finances et des douanes: Papiers Nello Celio

Volkswirtschaftsdepartement / Département de l'économie publique / Dipartimento dell'economia pubblica

E7001C* Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de l'économie publique: Enregistrement central

E7110* Handelsabteilung: Zentrale Ablage / Division du commerce: Enregistrement central

E7113A* Integrationsbüro: Zentrale Ablage / Bureau de l'intégration: Enregistrement central

E7113-02* Integrationsbüro: Dokumentation über die Entstehung der europäischen Integration / Bureau de l'intégration: Documentation sur les débuts de l'intégration européenne

E7170B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Enregistrement central

E7175B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Arbeitskraft und Auswanderung / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Main-d'œuvre et émigration

E7220A* Abteilung für Landwirtschaft: Zentrale Ablage / Division de l'agriculture: Enregistrement central

E7296A* Bundesamt für Konjunkturfragen: Zentrale Ablage / Office fédéral des questions conjoncturelles: Enregistrement central

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement / Département des transports et communications et de l'énergie / Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie

E8150B* Bundesamt für Zivilluftfahrt: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'aviation civile: Enregistrement central

E8190B* Bundesamt für Energiewirtschaft: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'économie énergétique: Enregistrement central

E8190B-01* Bundesamt für Energiewirtschaft: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'économie énergétique: Enregistrement central

Ausserparlamentarische Kommissionen / Commissions extraparlementaires / Commissioni extraparlamentari

E9510.6* Schweizerische Kulturstiftung Pro Helvetia: Zentrale Ablage / Fondation culturelle suisse Pro Helvetia: Enregistrement central

E9500.225* Arbeitsgrupppe Historische Standortbestimmung: Zentrale Ablage / Groupe de travail Implications historiques: Enregistrement central

IX.1.2. URKUNDEN / ACTES / DOCUMENTI

K1* Staatsverträge / Accords bilatéraux

K7* Urkunden / Actes officiels

IX.1.3. DEPOSITEN UND SCHENKUNGEN / DÉPÔTS ET DONS / DEPOSITI E DONAZIONI

J1.223* Bindschedler, Rudolf

J1.301* Probst, Raymond

IX.2. ARCHIV DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK, ZÜRICH
ARCHIVES DE LA BANQUE NATIONALE SUISSE, ZURICH
ARCHIVIO DELLA BANCA NAZIONALE SVIZZERA, ZURIGO

Protokolle des Direktoriums / Procès-verbaux de la Direction générale / Verbali della Direzione generale

IX.3. ARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE DER ETH-ZÜRICH

Nachlass P. R. Jolles

IX.4. BIBLIOTHÈQUE DE LA VILLE DE LA CHAUX-DE-FONDS

Fonds Pierre Graber

IX.5. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN / PUBLICATIONS OFFICIELLES / PUBBLICAZIONI UFFICIALI

- Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung / Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale / Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
- Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung / Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur sa gestion / Rapporto di gestione del Consiglio federale all'Assemblea federale
- Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Feuille fédérale de la Confédération suisse / Foglio federale della Confederazione Svizzera
- Eidgenössisches Politisches Departement, Ein Aussenministerium befragt sich selbst / Département politique fédéral, Un ministère des affaires étrangères s'interroge, Bern 1975 (dodis.ch/40926)
- Sammlung der eidgenössischen Gesetze / Recueil des lois fédérales / Raccolta delle leggi federali
- Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung / Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale / Compendio delle deliberazioni dell'Assemblea federale

IX.6. HILFSMITTEL / INSTRUMENTS DE TRAVAIL / STRUMENTI DI LAVORO

- Das Eidgenössische Politische Departement (Zentrale) von 1848 bis 1970, (Amtschronik), Bern 1971
- Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848 / Banque de données recensant les membres des conseils depuis 1848 / Banca dati dei deputati dal 1848 http://www.parlament.ch
- Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz seit 1798, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern 2010
- Documenta Helvetica, Bern 1970–2002
- Handbuch der Eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern 2010
- Historisches Lexikon der Schweiz / Dictionnaire historique de la Suisse / Dizionario storico della Svizzera, Basel, Hauterive, Locarno 2002–2014 http://hls-dhs-dss.ch
- Jahrbuch der Eidgenössischen Räte und Gerichte / Annuaire des Autorités fédérales / Annuario delle Autorità federali
- Jahrbuch Schweizerische Politik / Année politique suisse http://www.anneepolitique.ch
- Schweizerisches Ragionenbuch / Annuaire suisse du Registre du commerce / Annuario svizzero del Registro di commercio, Zürich 1894–2004
- Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Annuaire de la Confédération suisse / Annuario della Confederazione Svizzera

X. VERZEICHNIS NICHT FREIGEGEBENER DOSSIERS DER EIDGENOSSENSCHAFT IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIV
LISTE DES DOSSIERS DE LA CONFÉDÉRATION DANS LES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES NON RENDUS ACCESSIBLES
ELENCO DEI FASCICOLI DELLA CONFEDERAZIONE NELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO NON RESI ACCESSIBILI

Das Forschungsprojekt Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS) ist ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dazu trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) verabschiedeten Ethik-Kodex und deren Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung (VBGA) veröffentlicht. Die Forschungsgruppe der DDS hat gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) für die Periode des vorliegenden Bandes (1973–1975) mehrere Einsichtsgesuche gestellt, die eine Vielzahl nicht frei zugänglicher Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv umfassen. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsgruppe der DDS erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller».

Die Einsichtnahme in noch einer Schutzfrist unterstehende Dossiers kann nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Für die Periode des vorliegenden Bandes unterstanden 94 von der Forschungsgruppe der DDS aus freigegebenen Dossiers zur Publikation ausgewählte Dokumente der Auflage der Manuskriptvorlage bei der jeweiligen aktenabliefernden Stelle. Alle diese Dokumente konnten vollumfänglich und

ohne Einschränkungen im vorliegenden Band und/oder im Internet in der Datenbank Dodis veröffentlicht werden. Das Dokument der Periode von Band 25 (1970–1972), das sich noch in juristischer Abklärung befand (vgl. DDS, Bd. 25, S. 526 f.), konnte nun ebenfalls vollumfänglich publiziert werden.

Im vorliegenden Verzeichnis hingegen werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe der DDS die Einsicht während der Forschung für die Periode des vorliegenden Bands verweigert hat. In regelmässigen Abständen stellen die DDS erneute Einsichtsgesuche für diejenigen Dossiers, in die sie für die Erforschung der Perioden von früheren Bänden keine Einsicht erhalten haben, um der aktenablieferndenden Stelle die Möglichkeit zu bieten, die Berechtigung einer verlängerten Schutzfrist zu überprüfen. Das Verzeichnis führt das Datum des ersten sowie des allfälligen letzten negativen Entscheids auf. Da der Bundesrat am 20. Juni 2014 die im April 2003 verfügte Sperre zahlreicher Dossiers zu schweizerischen Exporten nach Südafrika aufgehoben hat, umfasst das Verzeichnis des vorliegenden Bandes erfreulicherweise wesentlich weniger Dossiers (vgl. ebenfalls die *Editorische Notiz*, S. XVIII).

Laufend aktualisierte Verzeichnisse sowohl aller für die Forschungsgruppe der DDS nicht freigegebenen Dossiers, als auch derjenigen Dossiers, die nachträglich freigegeben wurden, können im Internet unter dodis.ch/dds/BGA konsultiert werden.

Le projet de recherche Documents Diplomatiques Suisses (DDS) est une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH). Les membres du groupe de recherche des DDS sont ainsi soumis aux mêmes dispositions juridiques que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe de recherche des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS est soumis au Code d'éthique et aux Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr) du 26 juin 1998. Selon l'article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Les exceptions sont prévues à l'article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral en vertu de l'article 12 sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage (OLAr). Conformément à l'article 13 de la LAr (Consultation pendant le délai de protection), le groupe de recherche des DDS a adressé plusieurs demandes de consultation pour la période du présent volume (1973–1975), ce qui correspond à de nombreux dossiers de la Con-

fédération dont la consultation aux Archives fédérales suisses n'est pas libre. Sur la base de l'article 13, paragraphe 2 de la LAr, les autorisations accordées au groupe de recherche des DDS sont valables «aux mêmes conditions, à toutes les personnes qui en font la demande».

La consultation des dossiers pour l'heure soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», conformément à l'article 13, paragraphe 3 de la LAr. Pour la période couverte par le présent volume, 94 documents sélectionnés dans des dossiers dont la consultation a été autorisée étaient soumis à la condition de présentation du manuscrit aux services versants. Tous ces documents ont pu être publiés intégralement et sans aucune restriction dans le présent volume et/ou sur internet dans la base de donnés Dodis. Le document de la période du volume 25 (1970–1972), qui a fait l'objet d'une clarification juridique (cf. DDS, vol. 25, p. 528), a pu finalement être également entièrement publié.

En revanche, la liste ci-dessous consigne les dossiers dont l'autorité compétente du Département correspondant a refusé la consultation au groupe de recherche des DDS pendant la recherche sur la période du présent volume. À intervalles réguliers, les DDS présentent de nouvelles requêtes de consultations pour les dossiers pour lesquels ils n'ont pas reçu d'autorisation de consultation pour la recherche sur les périodes des précédents volumes afin d'offrir au service versant la possibilité de contrôler le bien-fondé d'un délai de protection prolongé. La liste contient les dates de la première et de la dernière décision négative. Comme le Conseil fédéral a levé le 20 juin 2014 le blocage en vigueur depuis avril 2003 sur de nombreux dossiers concernant les exportations suisses vers l'Afrique du Sud, la liste du présent volume comprend relativement peu, ce qui est réjouissant, de dossiers n'ayant pu être consultés (cf. aussi la notice éditoriale, p. XXV).

La liste constamment actualisée de tous les dossiers non rendus accessibles au groupe de recherche des DDS, ainsi que celle des dossiers rendus accessibles a posteriori peuvent être consultées sur Internet sur dodis.ch/dds/LAr.

Il progetto di ricerca Documenti Diplomatici Svizzeri (DDS) è un'impresa dall'Accademia svizzera di scienze humane e sociali (ASSMS). I membri del gruppo di ricerca dei DDS sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale della Confederazione svizzera garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca dei DDS è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al Codice d'etica e ai Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia approvati dalla Società svizzera di storia (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione

di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elenco degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione (OLAr). Conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), il gruppo di ricerca dei DDS ha sottoposto diverse richieste di consultazione per il periodo compreso in questo volume (1973–1975). Le richieste riguardano numerosi fascicoli della Confederazione non liberamente accessibili e conservati nell'Archivio federale svizzero. Conformemente all'articolo 13, paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al gruppo di ricerca dei DDS si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di fascicoli soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13, paragrafo 3 della LAr. Per il periodo coperto dal presente volume, 94 documenti selezionati dal gruppo di ricerca dei DDS da dossier soggetti a protezione e resi accessibili sottostavano alla condizione della presentazione del manoscritto ai servizi mittenti. Tutti questi documenti hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume e/o in internet nella banca dati Dodis. Il documento appartenente al periodo del volume 25 (1970–1972), allora ancora soggetto a una valutazione giuridica (cf. DDS, vol. 25, p. 529), ha nel frattempo potuto essere pubblicato integralmente.

Nel seguente elenco sono invece indicati i fascicoli la cui consultazione è stata negata al gruppo di ricerca dei DDS dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti durante la ricerca per il presente volume. Alfine di permettere ai servizi interessati di verificare la pertinenza di un intervallo di consultazione prolungato, i DDS inoltrano periodicamente nuove richieste di consultazione per i dossier il cui accesso è stato negato durante la ricerca per i volumi precedenti. L'elenco riporta la data della prima e, se del caso, dell'ultima decisione negativa. Avendo il Consiglio federale, il 20 giugno 2014, posto fine al blocco in vigore dall'aprile 2003 su numerosi fascicoli relativi alle esportazioni svizzere verso il Sudafrica, la lista dei dossier che non hanno potuto essere consultati risulta relativamente corta, e non possiamo che rallegrarcene (vedi pure l'*Introduzione editoriale*, p. XXXII).

Gli elenchi, continuamente aggiornati, dei fascicoli che non sono stati resi accessibili al gruppo di ricerca dei DDS e di quelli che sono stati resi accessibili posteriormente, sono consultabili all'indirizzo internet dodis.ch/dds/LArc.

Departemente / Départements / Dipartimenti

Dossier	Datum der ablehnenden Entscheide
Dossier	Date des décisions négatives
Fascicolo	Data delle decisioni negative

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement / Département fédéral de justice et police / Dipartimento federale di giustizia e polizia

E4320C#2001/55#208* (12) Rocek Jiri, 01.01.1927 (1174:0) 12/318 (1969–1986)	20. 4. 2015
E4320-05C#1995/234#179* (420) Arabische Terroristen Genf – Wien / A – L /(50)/41/420/D (1973)	29. 7. 2015
E4320-05C#1995/234#180* (420) Arabische Terroristen Genf – Wien / M – Z /(50)/41/420/D (1973)	29 7. 2015

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport / Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports / Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport

E 5560(D) 1998/166 Bd. 162 (241.2.1) Atomsperrvertrag (1972–1979)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E 5560(D) 1998/166 Bd. 170 (241.3.31) Zusammenarbeit mit Schweden. Abkommandierungsberichte (1972–1976)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E 5560(D) 1998/166 Bd. 174 (241.3.32) Zusammenarbeit mit Österreich. Allgemeines (1971–1979)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E 5560(D) 1998/166 Bd. 174 (241.3.32) Zusammenarbeit mit Österreich. Abkommandierungsberichte (1972–1976)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E5560D#2010/154#88* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Grunddokumente, Regelungen, Konferenz, Berichterstattung, Übersicht Zusammenarbeit (1967–1981)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E5560D#2010/154#89* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Dokumentation, Basispapiere, technische Prognose (1966–1983)	25. 10. 2011 27. 8. 2015
E5560D#2010/154#91* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Verteidigungsplanung. Besuch in Schweden 21.–23. Mai 1973 (1970–1988)	25. 10. 2011 27. 8. 2015